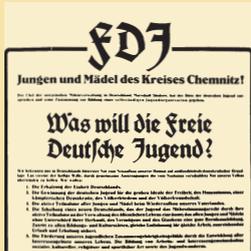


# HORST MAHLER

## BIOGRAPHISCHE STUDIE ZU ANTISEMITISMUS, ANTIAMERIKANISMUS UND VERSUCHEN DEUTSCHER SCHULDABWEHR

*Michael Fischer*





Michael Fischer

**Horst Mahler**

Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus  
und Versuchen deutscher Schuldabwehr

EUKLID

*Europäische Kultur und Ideengeschichte*

Studien. Band 9

Herausgeber: Bernd Thum, Hans-Peter Schütt

Institut für Philosophie, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Eine Übersicht aller bisher in dieser Schriftenreihe erschienenen Bände sowie Bildnachweise des Umschlags finden Sie am Ende des Buchs.

# **Horst Mahler**

Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus  
und Versuchen deutscher Schuldabwehr

von

Michael Fischer

Dissertation, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)  
Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften  
Tag der mündlichen Prüfung: 22. September 2014

## Impressum



Karlsruher Institut für Technologie (KIT)  
KIT Scientific Publishing  
Straße am Forum 2  
D-76131 Karlsruhe

KIT Scientific Publishing is a registered trademark of Karlsruhe  
Institute of Technology. Reprint using the book cover is not allowed.

[www.ksp.kit.edu](http://www.ksp.kit.edu)



*This document – excluding the cover – is licensed under the  
Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 DE License  
(CC BY-SA 3.0 DE): <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>*



*The cover page is licensed under the Creative Commons  
Attribution-No Derivatives 3.0 DE License (CC BY-ND 3.0 DE):  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/>*

Print on Demand 2015

ISSN 1867-5018  
ISBN 978-3-7315-0388-0  
DOI 10.5445/KSP/1000047194

*Für Patricia*



*Diese Arbeit wurde gefördert durch ein Stipendium  
der Landesgraduiertenförderung Baden-Württemberg.*



## Kurzfassung

Die Biographie eines der maßgeblichen Akteure der Protestbewegung der 1960er Jahre will die Fragen beantworten, warum sich der ehemalige Sozialdemokrat und Linkssozialist, spätere „APO-Anwalt“ und RAF-Gründer zum heutigen Holocaustleugner und Neo-Nationalsozialisten wandelte, welche kontinuierlichen Elemente dabei in dessen politischer Entwicklung ausgemacht werden können und inwieweit Mahlers Positionen symptomatisch bzw. repräsentativ für gewisse Erscheinungsformen der ehemaligen Protestbewegung und ihrem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit waren bzw. sind.

Hierbei wird die These vertreten, dass sich als dauerhaft auszumachende Kontinuität in Mahlers politischer Entwicklung dessen Versuch ausmachen lässt, das identitäre nationale Kollektiv von einer diffus empfundenen Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, zu entlasten. Hierzu bediente sich Mahler eines von ihm in allen verschiedenen politischen Phasen und Organisationen in jeweils unterschiedlicher Gewichtung vertretenen Antiamerikanismus und (strukturellen) Antisemitismus, der insbesondere seit 1967 als antizionistischer Antisemitismus in der radikalen Linken mehrheitsfähig geworden war.

Um zu prüfen, inwieweit Mahlers Schuldabwehr als symptomatisch für die Positionierung der ehemaligen Protestbewegung zu den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft bezeichnet werden kann, wurde sowohl dessen organisationspolitisches Wirken als auch seine politisch-inhaltlichen Veröffentlichungen mit dem Umgang der postnationalsozialistischen deutschen Gesellschaft(en) mit der nationalsozialistischen Vergangenheit kontextualisiert.

Dabei wurde auf den in der neueren Antisemitismusforschung von Thomas HAURY entwickelten Begriff des „strukturellen Antisemitismus“ zurückgegriffen. Demnach ist ein Weltbild dann (strukturell) antisemitisch, wenn dieses sich als Versuch einer säkularen Welterklärung beschreiben lässt und auf den folgenden Strukturprinzipien basiert:

1. Manichäismus (verstanden als Zusammenwirken eines Gut-Böse-Antagonismus, eines eschatologischen Grundzuges und der Deklaration eines wesenhaft bösen Feindes),
2. Welterklärung mittels Personifizierung und Verschwörungstheorie und

3. die Konstruktion identitärer Kollektive.

HAURY folgend ist ein solches antisemitisches Weltbild strukturell affin sowohl zu einem marxistisch-leninistischen als auch zu einem antiamerikanischen Weltbild.

## Abstract

Horst Mahler was one of the most important participants of the German student movement during the late 1960s. After several prison terms the former socialist, student lawyer and co-founder of the *Rote Armee Fraktion* became a radical National Socialist and holocaust denier. This conversion still bothers the German public. There are however ideological continuities in Mahler's worldview, which can be stated since the 1960s: structural anti-semitism, profound anti-americanism and repetitive attempts to refuse guilt feelings about the holocaust. In this connection Mahler's worldview is symptomatic for the German student movement.



# Inhaltsverzeichnis

<b>Kurzfassung</b> .....	<b>i</b>
<b>Abstract</b> .....	<b>iii</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>v</b>
<b>Vorwort</b> .....	<b>vii</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
Warum eine Biographie über Horst Mahler schreiben? .....	1
Interpretativer Zugang: Antisemitische und antiamerikanische Welterklärung als kontinuierliche Versuche deutscher Schuldabwehr .....	4
Forschungsstand, Methodik, Quellenlage und leitende Fragestellungen.....	19
<b>Kapitel I: Kindheit und Jugend. Mahler zwischen Flucht, Entwurzelung und früher Nachkriegszeit (1936-1956)</b> .....	<b>29</b>
Kindheit im niederschlesischen Haynau (1936-1945) .....	29
Flucht nach Naumburg und Roßlau (1945-1949) .....	34
Schule und Studium im Nachkriegs-Westberlin (1949-1956) .....	39
Zwischenfazit: Prägungen in Kindheit und Jugend zwischen Flucht, Entwurzelung und früher Nachkriegszeit .....	46
<b>Kapitel II: Sozialdemokratie und Sozialismus. Mahlers Weg von der SPD zum Leninismus (1957-1963)</b> .....	<b>49</b>
Zwischen Sozialdemokratie und SDS (1957-1961).....	49
Neue Linke im SDS, SB und der VUS (1962) .....	73
Marxist-Leninist in der VUS (1963) .....	94
Zwischenfazit: Ausbildung eines marxistisch-leninistischen, strukturell antisemitischen Weltbildes und antiamerikanische Schuldabwehr.....	107
<b>Kapitel III: „Führer“ der Protestbewegung. Mahler als „APO-Anwalt“ (1964-1968)</b> .....	<b>115</b>
Rechtsanwalt in der Zeit der „Flaute“ (1963-1965) .....	115
Mahler und der Beginn der Protestbewegung (1966) .....	120
Mahler und die Hochphase der Protestbewegung (1967-1968).....	132
Zwischenfazit: Marxismus-Leninismus, struktureller Antisemitismus und antiamerikanische Schuldabwehr .....	167

**Kapitel IV: Radikalisierung.**

**Mahlers Weg zur RAF und KPD (1969-1976) ..... 175**  
 Mahler und der Zerfall der Protestbewegung (1968-1969) ..... 175  
 Mahler im „bewaffneten Kampf“ (1970-1973) ..... 211  
 Sympathisant der KPD/AO und Mitglied  
 der Roten Hilfe e. V. (1974-1976) ..... 263  
 Zwischenfazit: Maoismus und strukturell antisemitisches Weltbild –  
 antizionistisch-antisemitische und antiamerikanische Schuldabwehr ..... 274

**Kapitel V: Abkehr vom Marxismus-Leninismus.**

**Mahlers „Ausbruch aus einem Missverständnis“ (1977-1989) ..... 281**  
 Ideologische Neuorientierung (1977)..... 281  
 Kritiker des Linksterrorismus (1977-1978) ..... 287  
 Entlassung aus der Haft und Rückzug  
 aus der Öffentlichkeit (1978-1990/91) ..... 295  
 Zwischenfazit: Bruch mit dem Marxismus-Leninismus  
 sowie Kontinuitäten in Weltbild und Schuldabwehr ..... 308

**Kapitel VI: „Schluss mit dem deutschen Selbsthaß“ –**

**Mahlers Entwicklung zum Holocaustleugner (1990-2013) ..... 313**  
 Ankunft im rechten Spektrum (1997/98) ..... 313  
 Mahler als Rechtsradikaler (1998-2002)..... 319  
 Holocaustleugner und Nationalsozialist (seit 2003)..... 345  
 Zwischenfazit: Antiamerikanisches und offen antisemitisches Weltbild –  
 Schuldabwehr und die Leugnung der Shoa..... 357

**Fazit: Eine Biographie Horst Mahlers als Studie zu Antisemitismus,  
 Antiamerikanismus und Versuchen deutscher Schuldabwehr ..... 365**

**Quellen- und Literaturverzeichnis ..... 373**  
 Quellen ..... 373  
 Sekundärliteratur..... 388

**Anmerkungen..... 405**

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2014 von der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) als Dissertation angenommen.

Am Ende eines langwierigen Projektes, wie es die vorliegende Studie zu einer politischen Biographie Horst Mahlers an vielen Stellen gewesen ist, steht der Dank gegenüber jenen Personen, die auf unterschiedlichste Art und Weise zu seinem Gelingen beigetragen haben.

An erster Stelle möchte ich Herrn Prof. Dr. Rolf-Ulrich Kunze am Institut für Philosophie bzw. Institut für Geschichte Karlsruhe für seine nie nachlassende und immer unterstützende Betreuung meiner Dissertation danken. Die durch ihn erfahrene Förderung meiner wissenschaftlichen Interessen und Neigungen wird mir stets in bester Erinnerung bleiben.

Ebenso gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Hans-Peter Schütt am Institut für Philosophie, der sich dankenswerter Weise dazu bereit erklärte, die Erstbetreuung dieses mit einigen Unwägbarkeiten verbundenen Promotionsvorhabens zu übernehmen und den Arbeitsprozess mit außergewöhnlich hohem Interesse sowie wichtigen Anregungen begleitet hat.

Auch Herr Prof. Dr. Kurt Möser hat mich in zahlreichen Gesprächen mit fundierter Kritik und Ratschlägen unterstützt. Gedankt sei zudem Herrn Prof. Dr. Rolf-Jürgen Gleitsmann, der mir während der Planungsphase meiner Dissertation mit wertvollen Hinweisen sehr geholfen hat.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen an dieser Stelle die Mitarbeiter der Archive und Bibliotheken, die mir Archivalien zugänglich gemacht haben und mich bei der Literaturrecherche unterstützt haben, insbesondere im *Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung* und dem *APO-Archiv* an der FU Berlin sowie in der *Badischen Landesbibliothek* in Karlsruhe.

Herzlichen Dank schulde ich Herrn Andreas Rothenhäusler, der diese Arbeit korrektur gelesen hat. Alle dennoch verbliebenen Fehler sind selbstverständlich allein vom Autor zu verantworten.

Auch meinen Eltern, Frau Veronika Schwemmer und Herrn Heinrich Fischer, sei für die immer unterstützende Begleitung dieser Arbeit gedankt.

Zuletzt sei meiner Lebensgefährtin Patricia Sulzbach gedankt, die über Jahre den Beginn, die Entstehung und die Fertigstellung meiner Dissertation begleitet und unterstützt hat. Ohne sie wäre diese Arbeit wohl nie geschrieben worden und ihr sei sie deshalb gewidmet.

Karlsruhe, April 2015  
Michael Fischer

## Einleitung

*„[D]as Schuldgefühl. Das war mein Problem. Diese ganze Geschichte bestimmte mein ganzes Leben, und mein Leben ist nur zu verstehen aus dieser Geschichte heraus.“<sup>1</sup>*

*Horst Mahler 2007*

*„Dabei steht Mahler wie kein anderer für das, was an der RAF möglicherweise so typisch deutsch gewesen ist und was nach wie vor so wenig verstanden wird: ibren als Internationalismus ausgegebenen Antiamerikanismus, ibren als Antifaschismus verbrämten Antizionismus und ihre aus angeblicher Freundschaft mit den Palästinensern begründete*

*Feindschaft gegenüber Israel.“<sup>2</sup>*

*Wolfgang Kraushaar 2007*

### Warum eine Biographie über Horst Mahler schreiben?

Über keinen der maßgeblichen Protagonisten der ehemaligen Protestbewegung der 1960er Jahre werden so vernichtende Bewertungen abgegeben wie über Horst Mahler. Bereits auf dem Höhepunkt der Protestbewegung war Mahler zwar als zentrale Figur und „APO-Anwalt“ unersetzbar, jedoch auf Grund seiner politischen Schwerpunktsetzungen, seines Hangs zu Zynismus und Polemik sowie seines machiavellistischen Taktierens auch stets umstritten gewesen.<sup>3</sup> Insbesondere nachdem Mahler sich in seiner Zeit im Gefängnis in den 1970er Jahren als Kritiker des Linksterrorismus profiliert und sich von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung losgesagt hatte, wurde er zum Ziel von teilweise vehementer Kritik aus der radikalen Linken.<sup>4</sup> Aber erst die öffentliche Inszenierung seiner Ankunft im rechten politischen Spektrum in den 1990er Jahren und vor allem wenig später als Holocaustleugner brachten Mahler vernichtende Urteile früherer Weggefährten, schroffe Distanzierungen und verständnislose Mitleidsbekundungen ein. Unter anderem bezeichnete Otto Schily, der Mahler in den 1960er Jahren einst nachgeeffert und diesen mehrfach juristisch vertreten hatte, dessen biographische Entwicklung als „Tragödie“, während Mahlers ehemaliger Anwaltskollege und politischer Mitstreiter Christian Ströbele im Rahmen der Premiere des Dokumentarfilms *Die Anwälte* unter keinen Umständen zu einem gemeinsamen öffentlichen Auftritt bereit war.<sup>5</sup> Andere ehemalige Mitstreiter Mahlers gehen sogar so weit, diesem bei zufälligen Begegnungen den Händedruck zu verweigern.<sup>6</sup>

In der Tat läßt der politische Lebensweg Horst Mahlers, der wie kein anderer der ehemaligen Protagonisten der Protestbewegung von Wandlungen und Brüchen durchzogen ist, sowie die ihm eigene Neigung zur Polemik einstige Mitstreiter gerade dazu ein, sich mit ihm ablehnend auseinanderzusetzen. Wenngleich sein Wandel von einem der führenden Köpfe der linken Protestbewegung zu einem bekennenden Neo-Nationalsozialisten und Holocaustleugner die heftigsten Reaktionen hervorgerufen hat, sind Wandlungen und Brüche in Mahlers Lebensweg schon erheblich früher zu finden: Aus einem nationalsozialistischen Elternhaus stammend war der jugendliche Mahler Ende der 1940er Jahre in der entstehenden DDR kurz in der noch jungen FDJ aktiv gewesen, bevor er 1955 nach erfolgreichem Abitur in Westberlin Mitglied einer pflichtschlagenden Studentenkorporation wurde. Schon 1956 folgten der Bruch mit dieser und der Wechsel zu den Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (SPD, *Jungsozialisten* und SJD), wobei Mahler sich 1962 unter anderem auf Grund seiner gleichzeitigen SDS-Mitgliedschaft wieder aus der SPD ausschließen ließ. Es folgten kurze Episoden im linkssozialistischen *Sozialistischen Bund* (SB) und der *Vereinigung Unabhängiger Sozialisten* (VUS) sowie 1966 – in der Inkubationsphase der Protestbewegung – der Aufbau der leninistischen *Novembergesellschaft* (NG), von der wiederum die Gründung des für die weitere Entwicklung der Protestbewegung in Westberlin zentralen *Republikanischen Clubs* (RC) initiiert wurde. Insbesondere nach dem 2. Juni 1967 trat Mahler in der Öffentlichkeit als Rechtsanwalt der Protestbewegung auf und verstand es dabei, sich medial äußerst geschickt und wirksam in Szene zu setzen, so dass er zeitweise nach Rudi Dutschke als zweitwichtigster „Führer“ der Westberliner Protestbewegung galt.<sup>7</sup> In deren Zerfallsphase radikalisierte sich Mahler Ende der 1960er Jahre zusehends und war initiativ an der Gründung der späteren *Roten Armee Fraktion* (RAF) beteiligt, wiewohl er sich Mitte der 1970er Jahre der maoistischen *Kommunistischen Partei Deutschlands/Aufbauorganisation* (KPD/AO) anschloss und vom bundesdeutschen Linksterrorismus distanzierte, bevor er sich Ende des Jahrzehnts öffentlich von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung lossagte. Nach politisch ruhigen Jahren in den 1980ern folgte ab Mitte der 1990er Jahre die öffentliche Inszenierung als Rechtsradikaler und in den 2000er Jahren die Entwicklung zum Holocaustleugner und Neo-Nationalsozialisten.

Mahlers politische Biographie wirft unter anderem die Frage auf, ob es sich bei seinem Wandel von einem der führenden Vertretern der Protestbewegung sowie der radikalen Linken der 1960/70er Jahre zu einem Holocaustleugner

und Neo-Nationalsozialisten um eine „spektakuläre Konversion“ handelte oder ob hierbei eine möglicherweise lang verdeckt gebliebene Kontinuität – deren ideologische Ausprägung grob mit den Begriffen Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antiparlamentarismus beschrieben werden können – sichtbar wurde.<sup>8</sup> Wenngleich Mahler heute im Gegensatz zur Hochphase der Protestbewegung in den 1960er Jahren politisch völlig isoliert ist, scheint obige, in der Person Mahler besonders radikal kulminierende ideologische Trias tatsächlich ein Symptom für einen lange verdeckt gebliebenen „Transmissionszusammenhang“ (Wolfgang KRAUSHAAR) der Protestbewegung zu sein, der sich in den 1990er Jahren in der „Entpuppung“ mehrerer einstiger Bewegungsakteure als (radikale) Rechte artikuliert hatte. Insbesondere die neueren Arbeiten von Gerd KOENEN, Wolfgang KRAUSHAAR und Götz ALY gaben hierbei Anstöße zu einer Kontextualisierung dieser „Entpuppung“ mit dem Umgang der einstigen Protestbewegung mit dem historischen Nationalsozialismus und insbesondere der Shoa.<sup>9</sup> Wenngleich Horst Mahlers politisch-ideologische Entwicklung offensichtlich nicht repräsentativ für die ehemalige Protestbewegung ist, muss jedoch die Frage gestellt werden, ob Mahlers sich in der oben genannten Trias artikulierender enger Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit nicht als symptomatisch für die Auseinandersetzung mit derselben durch die einstige Protestbewegung gelten kann und ob Mahler als eine „Zentralfigur der ganzen 68er-Szenerie“ (Gerd KOENEN) diese Auseinandersetzung (in freilich mehrfach radikalierter Weise) nicht konsequent und kontinuierlich bis heute fortgesetzt hat.<sup>10</sup>

Die Biographie Horst Mahlers ist zugleich Teil der Geschichte der DDR und der BRD, der reformistischen und radikalen deutschen Linken, der Protestbewegung der 1960er Jahre, des „roten Jahrzehnts“ (Gerd KOENEN) der 1970er Jahre, der radikalen Rechten sowie antiamerikanischer und antizionistischer bzw. antisemitischer Ideologie in Deutschland seit 1945 und nicht zuletzt des Umgangs der beiden postnationalsozialistischen deutschen Staaten mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa.<sup>11</sup> Wenngleich die Sekundärliteratur zu den genannten Themenkomplexen schlechterdings unüberschaubar ist, lassen sich insbesondere zur Geschichte der Protestbewegung in den 1960er bzw. 1970er Jahren noch erhebliche Lücken auffinden.<sup>12</sup> Wiewohl sich seit dem Beginn der (wissenschaftlichen) Bemühungen um eine Historisierung der Protestbewegung vor allem um deren Einordnung in einen globalen Kontext bemüht worden ist, haben insbesondere die neueren Arbeiten von KOENEN, KRAUSHAAR und ALY den Blick auf die

irritierenden und ambivalenten Momente der deutschen Protestbewegung gelenkt und dabei eine neue Perspektive eröffnet: In dieser stellt sich die Protestbewegung, in Revision von HABERMAS' These der „Fundamentalliberalisierung“ – nach der dieselbe den entscheidenden Beitrag zu einer umfassenden Demokratisierung der BRD geleistet habe – im Rahmen einer Interpretation der jüngeren deutschen Geschichte als „langer Weg nach Westen“ (Heinrich-August WINKLER) zunehmend, vor allem hinsichtlich ihrer bisweilen anti-amerikanischen, antisemitischen, gewalttätigen bzw. terroristischen, oftmals antiparlamentarischen und dezidiert antiwestlichen Inhalte, als „militante Gefahr“ für einen solchen Weg dar.<sup>13</sup>

Insbesondere die maßgeblichen Protagonisten der ehemaligen Protestbewegung haben dabei bereits eine biographische Würdigung erfahren, so liegen wissenschaftliche Monographieprojekte zu Rudi Dutschke, Ulrike Meinhof und Dieter Kunzelmann vor, auch zu Gudrun Ensslin ist eine Biographie in Arbeit.<sup>14</sup> Desgleichen wurden in den 2000er Jahren Biographien zu Andreas Baader, Otto Schily und Fritz Teufel veröffentlicht, wenngleich diese mehr journalistischer Natur sind.<sup>15</sup> Zwar kann sich die Forschung zur ehemaligen Protestbewegung erst langsam von der Deutungshoheit der einstigen Protagonisten lösen,<sup>16</sup> dennoch sind zum 40-jährigen Protestjubiläum 2008 mehrere umfangreiche Gesamtdarstellungen bzw. Interpretationen der Bewegung erschienen.<sup>17</sup> Bereits wenige Jahre zuvor hatte Gerd KOENEN seine kursorische, problemgeschichtlich orientierte Überblicksdarstellung zum „roten Jahrzehnt“ veröffentlicht. Zumindest KRAUSHAAR, KOENEN und vor allem ALY – wenngleich letzterer seine Fragestellung polemisch überstrapaziert – stellten dabei auch auf die Ambivalenzen der deutschen Protestbewegung ab und thematisierten die streckenweise anzutreffenden ideologischen, habituellen und praktischen Überschneidungen der radikalen Rechten mit Teilen der Protestbewegung sowie deren in vielfacher Hinsicht ambivalentes Verhältnis zum historischen Nationalsozialismus, welches sich unter anderem in der oben skizzierten Trias Antiamerikanismus, Antisemitismus und Antiparlamentarismus artikuliert.

### **Interpretativer Zugang: Antisemitische und anti-amerikanische Welterklärung als kontinuierliche Versuche deutscher Schuldabwehr**

Da Mahlers Positionierungen zur nationalsozialistischen Vergangenheit stets in einem engen Bezug zu einem anti-amerikanischen sowie (strukturell) antisemiti-

schen Weltbild standen und auch noch heute stehen, soll an dieser Stelle ausführlich auf die dieser Arbeit zugrunde liegenden Begrifflichkeiten ‚Antisemitismus‘ und ‚Antiamerikanismus‘ eingegangen werden und diese mit dem Umgang mit der NS-Vergangenheit durch die beiden postnationalsozialistischen deutschen Staaten kontextualisiert werden.

Der Unterschied zwischen der bis ins Mittelalter zurückreichenden, christlich inspirierten Judenfeindschaft und dem modernen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts liegt in der Bereitstellung eines säkularen Erklärungsmodelles für das Entstehen und die Widersprüche der modernen Gesellschaft durch letzteren: die „antisemitische Erklärung der Welt“.<sup>18</sup> Der moderne Antisemitismus erklärte ‚die Juden‘ zur Verkörperung und zu den schuldigen Urhebern aller unverstandenen und verunsichernden Phänomene der modernen Gesellschaft und stellte zugleich eine säkulare Eschatologie und politische Heilslehre dar, die durch die „Lösung der Judenfrage“ die Erlösung der Menschheit von allen Übeln versprach.<sup>19</sup> Die Anziehungskraft des modernen Antisemitismus ist hierbei nur in seiner Verbindung mit der Gemeinschaftsvorstellung der ‚Nation‘ zu verstehen.<sup>20</sup> Das antisemitische Weltbild vermag zweierlei zur Stabilisierung derselben zu leisten: Erstens erklärt es ‚die Juden‘ zu den ‚Anderen‘ im Inneren der Nation, als deren Gegenüber sich das nationale Kollektiv erst in identifikatorischer Hinsicht als Nation konstituieren kann. Zweitens konstruiert der Antisemitismus mit ‚den Juden‘ ein ideales Feindbild, demgegenüber sich das nationale Kollektiv als „Verteidigungsgemeinschaft“ formieren kann. Damit dienen ‚die Juden‘ – wie keine andere Gruppe – als innerer und äußerer Feind zugleich. Dabei ist zu beachten, dass innerhalb dieser Logik nur eine „[End-]Lösung der Judenfrage“ die „nationale Gemeinschaft“ abschließend konstituieren kann, der Vernichtungswunsch in jedwedem Antisemitismus also zumindest mit angelegt ist.<sup>21</sup> Thomas HAURY folgend ist jedes antisemitische Weltbild als Zusammenspiel dreier grundlegender Strukturprinzipien beschreibbar:

1. Welterklärung mittels *Personifizierung und Verschwörungstheorie*, wonach im antisemitischen Weltbild ‚die Juden‘ stellvertretend für alle unverstandenen Prozesse, Umbrüche und Entwicklungen der Moderne, die sich in abstrakter, ungesteuerter und ungeplanter Art und Weise ereignen, als Urheber personifiziert werden.<sup>22</sup> Diese individuelle Interpretation abstrakter Prozesse identifiziert hinter allen Vorgängen zielgerichtete Verantwortliche und Schuldige, die das antisemitische Subjekt zugleich – um sich als „Herr der Verhältnisse“ fühlen zu können –, aufspüren und ‚enttarnen‘ will. Dabei werden

‚die Juden‘ bzw. das antisemitische Objekt zwar als mächtig evoziert, gelten aber gleichzeitig, für den Fall der ‚Enttarnung‘ der Verschwörung, als schwach und besiegbare.<sup>23</sup> Der Antisemitismus versucht die gesamte moderne Gesellschaft mit dem absichtsvollen Tun konkreter Personen zu erklären, wobei diese personifizierende Logik in der Regel zur Konstruktion eines omnipotenten Feindes, zur imaginierten jüdischen Weltverschwörung führt.<sup>24</sup>

2. *Manichäismus* verstanden als Zusammenwirken dreier Komponenten:<sup>25</sup> einer radikal antagonistischen Einteilung der Welt in Gut und Böse, der Stilisierung des imaginierten Feindes zum existenziell bedrohlichen und wesenhaften Bösen sowie einem eschatologischen Grundzug.
3. *Konstruktion identitärer Kollektive*, welche nur schwer von dem Strukturprinzip des Manichäismus zu trennen ist. Hierbei werden sowohl der imaginierte Feind als auch die identifikatorisch umworbene Eigengruppe als sich konträr gegenüberstehende, subjekthaft handelnde, kollektive Entitäten mit bestimmten Wesenseigenschaften konstruiert. Die gebündelte Projektion der dem antisemitischen Subjekt verhassten Phänomene der Moderne auf ‚die Juden‘ führt zur Ausbildung binärer Gegensatzpaare, die über das Feindbild ‚Jude‘ bzw. das antisemitische Objekt das eigene Kollektiv als das spiegelbildliche Gegenbild dazu konstruieren.<sup>26</sup> Die dichotome Weltsicht und die wesenhafte Personifizierung alles Bösen der Welt in ‚den Juden‘ tendieren in ihrer inneren Dynamik dazu, ‚den Juden‘ als „totalen Feind“ zu imaginieren und führt zu eschatologischen Lösungs- und Erlösungsvorstellungen, die nur einen Sieg oder aber eine totale Niederlage für vorstellbar erscheinen lassen sowie die radikale, exterminatorische „Lösung der Judenfrage“ bereits tendenziell in sich tragen.<sup>27</sup>

Die binäre Strukturierung des antisemitischen Weltbildes enthält immanent logisch eine Legitimation der antisemitischen Aggression gegen ‚die Juden‘: die Umkehrung von Opfer und Täter bildet einen Grundzug des modernen Antisemitismus seit dem 19. Jahrhundert, womit jede Gewalttat des eigenen identitären Kollektivs gegen das jeweilige Objekt des Antisemiten zur Selbstverteidigung stilisiert werden kann/konnte.<sup>28</sup> Dies ist besonders für die Situation in Deutschland nach 1945 von gehobenem Interesse, da hierbei zur Legitimation

eines schuldabwehrenden „sekundären Antisemitismus“ angedeutet wurde/wird, ‚die Juden‘ trügen eine Mitschuld am Zustandekommen der Shoa.<sup>29</sup> In der Antisemitismusforschung werden unter dem Begriff „sekundärer Antisemitismus“ mehrere miteinander verwandte Phänomene verstanden, denen allen gemein ist, dass er sich um spezifische Formen von Antisemitismus handelt, die erst nach 1945 entstanden sind:<sup>30</sup>

Der moderne Antisemitismus war nach 1945 in den postnationalsozialistischen Nachfolgesellschaften bzw. -staaten des Deutschen Reichs als politische Ideologie diskreditiert und im öffentlichen Diskurs tabuisiert.<sup>31</sup> Heute findet er sich als offen propagiertes Weltbild nur noch in rechtsradikalen und neo-nationalsozialistischen Gruppen. Dennoch existier(t)en antisemitische Weltbilder, wenngleich seit 1945 kontinuierlich sinkend, in den Gesellschaften der westlichen Industriestaaten unvermindert fort: Zwischen 10 und 25 Prozent der dortigen Bevölkerung haben demnach ein antisemitisches Weltbild.<sup>32</sup> Gleichzeitig wurde die Legitimation der antisemitischen Weltsicht seit 1945 einem fundamentalen Wandel unterworfen: Stellte diese zuvor eine allgemein respektable Weltsicht dar, so stand sie nach 1945 unter dem Verdacht, die Shoa zu billigen oder einen neuen Judenmord anzustreben.<sup>33</sup> Der Antisemitismus nach 1945 stand vor der ständigen Herausforderung, die Shoa vor sich selbst und seiner gesellschaftlichen Umwelt zu rechtfertigen, was zu einer andauernden Bezugnahme des antisemitischen Subjekts auf die Shoa mit dem Ziel ihrer Dethematisierung führt(e).<sup>34</sup> Diese Dethematisierung variiert(e) von der offenen Leugnung bis zur weitaus häufigeren Bagatellisierung und Relativierung der Shoa.<sup>35</sup> Teil dieser Leugnungs- und Relativierungsversuche war stets der in sich selbst antisemitische Topos, ‚die Juden‘ selbst seien für die Shoa sowie deren Thematisierung nach 1945 verantwortlich. Durch die auf diesem Wege ermöglichte Relativierung der Shoa war eine Rehabilitierung der antisemitischen Weltsicht nach 1945 möglich, ohne die Shoa als Ganzes verteidigen oder leugnen zu müssen.<sup>36</sup> Hierzu gehört(e) auch das (international zu beobachtende) Auftreten einer spezifischen Form von antizionistischer „Israelfeindschaft“, die realiter das antisemitische Ressentiment kaschiert und weiter transportiert:<sup>37</sup> Ein als „Israelkritik“ bzw. Antizionismus – bewusst oder unbewusst – verschleierter Antisemitismus ermöglicht(e) erstens einen größeren Anschein an Realitätsgehalt des antisemitischen Ressentiments, da es sich hierbei um eine Kritik an einem staatlichen Gebilde und nicht um eine rassistische, ethnische oder religiöse Kategorie handelt(e). Zweitens soll(te) mit der semantischen Verschiebung des Adressaten des Ressentiments (statt ‚die Juden‘, ‚die Israelis‘, ‚Israel‘ oder ‚die

Zionisten“) dem Vorwurf des Antisemitismus vorgebeugt werden.<sup>38</sup> Drittens eignet(e) sich die „Israelkritik“ bzw. Antizionismus ideal zu einer neuen Rechtfertigung des Antisemitismus: Mittels einer Kritik des israelischen Handelns gegenüber der arabischen Bevölkerung konnte bzw. kann der jüdische „Staat der Opfer“ zum Täter umgedeutet, „die Juden“ gleichsam als einstige Opfer der Shoa zu den „Tätern“ von heute erklärt werden. Durch diese antisemitische Täter-Opfer-Umkehr wurde bzw. wird eine Relativierung der Shoa und neuerliche Legitimierung der antisemitischen Weltsicht ermöglicht.<sup>39</sup>

Der diskreditierende Bruch mit der politischen Ideologie des Antisemitismus galt in der BRD nach 1945 als Prüfstein eines Bruches mit der nationalsozialistischen Vergangenheit sowohl gegenüber den Westalliierten als auch in der offiziellen Innenpolitik.<sup>40</sup> Dennoch führte dies nicht zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und der Shoa, sondern zu einer Art staatsoffiziellen Anti-Antisemitismus (und abstrakten Philosemitismus) als Beweis der eigenen Läuterung sowie zu einem gleichzeitigen Beschweigen der Shoa und zu fortdauernden antisemitischen Einstellungen bei politischen Eliten und einfacher Bevölkerung.<sup>41</sup> Für die antisemitische Weltsicht in der frühen BRD ist hierbei von besonderem Interesse, dass eine Verschiebung des Antisemitismus auf das neue Objekt ‚Israel‘ zu konstatieren war: Israel wurde – gerade für Menschen mit einer „extrem“ antisemitischen Weltsicht – zum neuen Kristallisationspunkt, an dem Antisemitismus wieder öffentlich artikulierbar war und das anti-antisemitische Kommunikationsstabilisator in der frühen BRD konterkariert werden konnte.<sup>42</sup> Die Fortdauer antisemitischer Weltbilder muss auch für die sowjetische Besatzungszone und die DDR ab 1949 konstatiert werden: Die marxistisch-leninistische Ideologie der SED lieferte mittels einer schuldentlastenden Faschismusdefinition im Rückgriff auf Georgi Dimitrow eine ideale Grundlage für eine Selbstimagination als das antifaschistische, „bessere“ Deutschland.<sup>43</sup> Durch dieses Faschismusverständnis wurde die Bevölkerung der DDR von der Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere der Shoa, entlastet. Zwar wurden in der SBZ bzw. DDR nationalsozialistische Täter schneller und härter bestraft als in den westlichen Besatzungszonen bzw. der BRD, jedoch wurde durch den von der SED propagierten Antifaschismus ein „kollektive[s] Identifikationsangebot“ geschaffen, welches als Matrix einer aggressiven Schuldabwehr diente, die zuerst antiamerikanisch und in Folge zunehmend antizionistisch bzw. antisemitisch auftrat.<sup>44</sup>

Wenngleich die Verbreitung der antisemitischen Weltsicht (vor und) nach 1945 in der BRD in etwa der in anderen westlichen Industriestaaten entsprach, wurde die Lage in Deutschland um das Spezifikum ergänzt, dass es sich hierbei um das Land handelte, von dem aus die Shoa geplant und exekutiert wurde, und zwar von einem Regime, das sich als genuin ‚national‘ verstanden und zudem über eine breite Unterstützung der Bevölkerung verfügt hatte.<sup>45</sup> Viele „ganz normale Deutsche“ waren direkt oder indirekt an der Planung und Exekution der Shoa beteiligt gewesen oder hatten von ihr Kenntnis.<sup>46</sup> Durch die totale Niederlage des Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg, die Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen und deren antifaschistische Agitation nach 1945 (Entnazifizierung, Kriegsverbrecherprozesse) wurde die „deutsche Nation“ ständig mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft konfrontiert.<sup>47</sup> In der Regel reagierte die deutsche Bevölkerung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren auf diese Konfrontation mit Verdrängung und Abwehr.<sup>48</sup>

Theodor ADORNO hatte diese Reaktionen in seiner Studie *Schuld und Abwehr* (auf die auch der Begriff ‚Schuldabwehrantisemitismus‘ zurückgeht) 1954 empirisch untersucht und war dabei kaum auf Affirmation des Nationalsozialismus gestoßen, sondern vielmehr auf Befragte, die angesichts der Verbrechen der Shoa Fassungslosigkeit demonstrierten, gleichzeitig jedoch die sowohl bei der Generation der NS-Täter als auch bei den Nachgeborenen diffus vorhandenen Schuldgefühle vehement abwehrten.<sup>49</sup> Die grundlegenden Strategien dieser Schuldabwehr waren nach ADORNO: die Behauptung, von den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft nichts gewusst zu haben, die alleinige Schuldzuweisung an den engeren Führungskern des NS-Staates und die SS sowie die Rechtfertigung, Verharmlosung, Relativierung und Aufrechterhaltung der deutschen Verbrechen, insbesondere der Shoa, unter dem Verweis auf die (Kriegs-)Handlungen anderer.<sup>50</sup> Hierbei wurde von den Befragten argumentativ unter anderem die NS-Funktionseelite, die SS und die alliierten Befreier zu (alleinigen) Tätern erklärt und auf diese Weise das identitäre Kollektiv des „deutschen Volkes“ relativierend als unschuldiges, hilfloses und verfolgtes Opfer imaginiert – als Opfer der Versailler Verträge, der Verführung Hitlers, des Terrors der SS, von Krieg, alliierten Bombardements, Nachkriegsnot, Kriegsgefangenschaft, Vertreibung und ungerechtfertigten Kollektivschuldvorwürfen von Seiten des Auslands.<sup>51</sup> ADORNO erkannte in dieser Schuldabwehr den Versuch, die Identifikation mit dem nationalen Kollektiv in Einklang mit dem Wissen um die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft

zu bringen, was zu einer Relativierung oder Leugnung dieser Verbrechen führen musste.<sup>52</sup>

Die antisemitische Weltsicht nahm und nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein:<sup>53</sup> Die verdrängten Schuldgefühle, die Leugnung der Verantwortung, die Identifikation mit dem nationalen Kollektiv und die Selbststilisierung zum verfolgten Opfer verbanden sich mit Elementen des weiterhin in der Nachkriegsgesellschaft bestehenden Antisemitismus zu einer spezifisch deutschen Variante eines „Antisemitismus nach Auschwitz“, eines schuldabwehrenden „sekundären Antisemitismus“.<sup>54</sup> Die Entlastung des „deutschen Volkes“ von Schuld und Verantwortung mit Hilfe einer Täter-Opfer-Umkehr wurde dabei zur zentralen Triebkraft der deutschen antisemitischen Weltsicht.<sup>55</sup> Geprägt wurde der Begriff „sekundärer Antisemitismus“ von einem Mitarbeiter des Frankfurter *Instituts für Sozialforschung*, der ihn angesichts der antisemitischen „Schmierwelle“ im Winter 1959/60 entwickelt hatte und der von ADORNO anschließend popularisiert wurde. ADORNO hob insbesondere auf das Vorhandensein eines unbewussten Antisemitismus ab, also eines in der Gesellschaft virulent vorhandenen Antisemitismus, der jedoch vom antisemitischen Subjekt nicht bewusst artikuliert wurde, sondern sich unbewusst und diffus äußerte.<sup>56</sup> In der Antisemitismusforschung wird dies in der Regel mit dem Begriff der „Bewusstseinslatenz“ gefasst.<sup>57</sup> Erst mit den in den 1980er Jahren stattfindenden vergangenheitspolitischen Debatten (unter anderem die Schmidt-Begin-Kontroverse 1981, der Israelbesuch Helmut Kohls 1984, der Besuch des Bitburger Soldatenfriedhofs durch Helmut Kohl und Ronald Reagan 1985, die Waldheim-Affäre in Österreich 1986 und der deutsche Historikerstreit 1988), die allesamt mit Entlastungs-, Schlussstrich- und Normalisierungswünschen sowie mit einem Aufbrechen schuldabwehrender antisemitischer Ressentiments einhergingen, wurde ein „Folge-Antisemitismus“, der auch bei jüngeren, nicht mehr unmittelbar von der Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft Betroffenen ein Bedürfnis nach Entlastung artikuliert, in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert.<sup>58</sup> Auch rückte hierbei erstmals der bis in die 1980er Jahre in der bundesrepublikanischen radikalen Linken konsensuale, bisweilen offen antisemitische Antizionismus in das Blickfeld der Kritik. In einer 1986/87 durchgeführten Umfrage konnten sowohl dieser „sekundäre Antisemitismus“ sowie das weitverbreitete Bedürfnis nach einer „normalen nationalen Identität“, die von ‚den Juden‘ angeblich bedroht und durch die Erinnerung an die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft immer wieder gestört werde, empirisch belegt werden.<sup>59</sup> Unter den älteren Jahrgängen waren hierbei

tradierte, nationalsozialistisch inspirierte antisemitische Weltbilder weit häufiger anzutreffen, während bei Jüngeren der Zusammenhang zwischen Nationalismus und antisemitischen Ressentiments, ablehnender Haltung zur ‚Vergangenheitsbewältigung‘, der Wunsch nach einem Schlussstrich unter die ‚deutsche Vergangenheit‘, die Zuschreibung einer Mitschuld ‚der Juden‘ an der Shoa sowie die Unterstellung, ‚die Juden‘ würden einen Vorteil aus der NS-Zeit ziehen, weitaus häufiger auftrat.<sup>60</sup> ‚Die Juden‘ wurden als „verkörperte Ermahnung, den Holocaust und seine Ursachen nicht zu vergessen, für den prekären Zustand des nationalen Selbstbewusstseins mitverantwortlich gemacht“.<sup>61</sup>

Zwar hat der moderne Antisemitismus in seiner seit dem 19. Jahrhundert existierenden Form nach 1945 massiv an Bedeutung eingebüßt und seine Qualität als politisches Weltbild verloren, während hingegen eine Funktion des klassischen Antisemitismus nach 1945 an Bedeutung hinzugewonnen hatte: Weiterhin erschienen ‚die Juden‘ als das zentrale Störellement der Konstituierung einer nationalen Identität, jedoch nicht mehr – wie im klassischen Antisemitismus – als Personifizierung der modernen Gesellschaft und damit als Antiprinzip zur ersehnten nationalen Identität.<sup>62</sup> Der deutsche Nationalismus nach 1945 stand vielmehr vor dem besonderen Problem, dass die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft von einer explizit als ‚national‘ wahrgenommenen Regierung unter Mithilfe großer Teile der Bevölkerung geplant und exekutiert worden waren und dem deutschen Nationalismus verloren ging, worauf jede nationale Identität aufbaut: der Gewissheit, einer „guten Nation“ anzugehören.<sup>63</sup> Dies galt nicht nur für die Zeitgenossen der nationalsozialistischen Herrschaft, sondern auch für die Nachgeborenen; auch diese stießen/stoßen, sobald sie sich mit der „Nation“ als „vorgestellter politischer Gemeinschaft-in-der-Geschichte“ identifizieren woll(t)en, an die „Schranke“ der Shoa.<sup>64</sup> Der zentrale Topos des „sekundären Antisemitismus“ ist demzufolge die Unterstellung, ‚die Juden‘ würden die Herausbildung eines ‚normalen‘ deutschen Nationalempfindens durch ihre Schuldvorwürfe verhindern. Dies führt(e) in der Argumentation regelmäßig zu einer „Täter-Opfer-Umkehr“, die zwangsläufig antisemitisch begründet wurde/wird: Um das identitäre Kollektiv der deutschen Nation von der Shoa zu entlasten, genügt es nicht, die Shoa zu leugnen und/oder zu relativieren, vielmehr mussten/müssen auch ‚die Juden‘ als schuldige Täter konstruiert werden.<sup>65</sup> Insbesondere der bis heute beständig erhobene Vorwurf, das Ausland (und insbesondere die USA und Israel) bezichtige das gesamte Kollektiv des „deutschen Volkes“ als schuldig an der Shoa („Kollektivschuldthese“) ist ein Musterbeispiel für die oben genannte Mecha-

nismen:<sup>66</sup> Zwar hatten Vertreter der (West-)Alliierten sowie einzelne deutsche Emigranten während des Zweiten Weltkrieges tatsächlich vereinzelt die These geäußert, „alle Deutschen seien mitschuldig und verantwortlich“<sup>67</sup> für die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, jedoch distanzieren sich die Alliierten (insbesondere die USA) bereits Ende 1945 von allen Versuchen, eine wie auch immer nuancierte These der „Kollektivschuld“ zu vertreten.<sup>68</sup> Die US-amerikanischen Entnazifizierungsverfahren gingen dann auch explizit von einer Individualschuld aus. Die „Kollektivschuld“ gehörte dennoch zu den Grundvokabeln der politischen Sprache in Deutschland nach 1945, obwohl (oder weil) sie nie explizit von den Alliierten postuliert wurde.<sup>69</sup> Die Zurückweisung einer „Kollektivschuld“ durch die breite öffentliche Meinung hatte eine offensichtlich schuldabwehrende Funktion, indem das identitäre Kollektiv als vermeintliches Opfer imaginiert werden konnte.<sup>70</sup> Insbesondere ehemals während der nationalsozialistischen Herrschaft Verfolgte, wie beispielweise Martin Niemöller, wehrten sich energisch gegen die „Kollektivschuld“. Mit Beginn der 1950er Jahre wurde der Begriff im öffentlichen Diskurs zu einer „Stigmavokabel“, die ausschließlich pejorativ verwendet wurde.<sup>71</sup> Bis heute wird der Vorwurf, die Alliierten würden das „deutsche Volk“ unter den Verdacht einer „Kollektivschuld“ stellen, immer wieder prominent vertreten und dient hierbei dazu, eine Thematisierung deutscher Schuld und Verantwortung generell abzuwehren und diese Forderungen mit Empörung von sich weisen zu können.<sup>72</sup> Dabei übernimmt die Vorstellung eines Vorwurfs der „Kollektivschuld“ selbst nationalistische Denkmuster, indem sie das identitäre Kollektiv des „deutschen Volkes“ immer wieder neu konstruiert.<sup>73</sup> Auch mit der Projektion des eigenen, diffusen Schuldgefühls nach außen sowie der Imagination eines ungerechtfertigten Angriffes auf das identitäre Kollektiv wird dieses (erneut) als fest zusammenhaltende Opfer- und Verteidigungsgemeinschaft formiert.<sup>74</sup> Ebenso zeigt sich hierbei das deutsche Spezifikum eines „sekundären Antisemitismus“: Indem das „deutsche Volk“ als von ‚den Juden‘ angegriffenes Opferkollektiv imaginiert werden kann, wird gleichzeitig eine entlastende Verkehrung von Opfer und Tätern vorgenommen.<sup>75</sup>

Der Schuldabwehrantisemitismus ist die schuldabwehrende, antisemitische ‚Lösung‘ des Dilemmas des deutschen Nationalismus: Die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft verhindern eine Identifikation mit dem nationalen Kollektiv und je größer das Verlangen nach einer solchen Identifikation ist, desto störender wird diese Unmöglichkeit empfunden.<sup>76</sup> Insbesondere ‚die Juden‘ erinnern (durch ihre pure Existenz, durch das Vorhandensein jüdi-

scher Institutionen oder durch die Existenz des jüdischen Staates Israel) an die Shoa, sie sind Zeugen und imaginierter Vorwurf zugleich, weshalb im deutschen Nationalismus nach 1945 generell eine latente antijüdische Aggressivität angelegt ist.<sup>77</sup> Mit ihrer Gegenwärtigkeit kann die Shoa also zu einer neuen Quelle eines spezifisch deutschen Antisemitismus nach 1945 werden.<sup>78</sup>

Vielfach wurde in der modernen Antisemitismusforschung die These geäußert, der bisweilen antisemitische Antizionismus, der in der deutschen (radikalen) Linken nach 1967 zur bestimmenden Position wurde, sei ebenfalls ausschließlich vergangenheitspolitisch motiviert.<sup>79</sup> Diese Sichtweise ignoriert jedoch den (antizionistischen) Antisemitismus, wie er sowohl von der KPD in der späten Weimarer Republik als auch vom Marxismus-Leninismus der SED bzw. osteuropäischer und sowjetischer Provenienz insbesondere in den 1940er und 1950er Jahren vertreten wurde. Schon in der Marxismusrezeption und -auslegung Lenins lassen sich Affinitäten zu den Strukturprinzipien eines antisemitischen Weltbildes (Manichäismus, Personifizierung und Verschwörungstheorie, Konstruktion identitärer Kollektive, s. o.) erkennen.<sup>80</sup> Die strukturelle Ähnlichkeit von antisemitischer Weltsicht und der Ideologie des Marxismus-Leninismus widerlegen den Ansatz eines auf Schuldabwehr gegründeten (linken) Antisemitismus zwar nicht, können aber den Blick dafür schärfen, dass sich neben dem Bedürfnis nach Abwehr von Schuld auch andere Traditionslinien linker bzw. marxistisch-leninistischer Ideologie affin zu antisemitischen Weltbildern zeigten bzw. sich antisemitisch artikulierten.<sup>81</sup> Demnach muss linker Antisemitismus, wie er sich in der BRD verstärkt nach 1967 artikuliert, auf drei, in der Regel vielfach miteinander verflochtene Traditionslinien zurückgeführt werden: 1. eine Traditionslinie, die auf den auf Lenin fußenden marxistisch-leninistischen Antiimperialismus und marxistisch-leninistischen Nationalismus gegründet ist und sich in einer strukturellen Affinität der Weltbilder äußert (so genannter struktureller Antisemitismus), bisweilen jedoch auch offen antisemitisch auftritt, 2. eine Traditionslinie, die sich als „Befreiungsnationalismus“ in ersatzidentifikatorischer Absicht positiv auf die ‚Völker‘ der Dritten Welt bezieht und vor allem den Staat Israel bekämpft sowie 3. eine Traditionslinie des klassisch schuldabwehrenden Antisemitismus, der die Versöhnung und Identifikation mit dem nationalen Kollektiv sucht.<sup>82</sup>

Weit weniger Beachtung als der politischen Weltsicht des Antisemitismus ist in der Vergangenheit antiamerikanischen Weltbildern zuteil geworden, wenngleich das antiamerikanische Ressentiment in der bundesrepublikanischen Gesellschaft als allgegenwärtig gelten darf.<sup>83</sup> Dies lässt den Schluss zu, dass es

sich hierbei um ein tief in der deutschen Gesellschaft und Geschichte verwurzelttes Ressentiment handelt, dessen Ursprünge bis in das beginnende 19. Jahrhundert zurückzuverfolgen sind und dessen beinahe schon verwandtschaftliches Verhältnis zum Antisemitismus augenfällig ist.<sup>84</sup> Erst in der jüngsten Zeit wurde versucht, das Phänomen des Antiamerikanismus auf eine theoretische Grundlage zu stellen.<sup>85</sup> Antiamerikanismus ist in Deutschland ein gesellschaftlich weit verbreitetes Phänomen und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer „Mentalität“ geworden, bei der es sich „um ein weltanschaulich tief verankertes und überaus langlebiges Ressentiment“<sup>86</sup> handelt. Die in diesem Kontext artikulierte Kritik an den USA personifiziert allgemeine Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Moderne, identifiziert diese mit den USA und verallgemeinert sie zu Wesenszügen der „Amerikaner“. Es handelt sich beim Antiamerikanismus um einen ideologisch aufgeladenen „Rationalisierungsversuch, die unübersichtlich gewordenen Lebenswirklichkeiten und Lebenswelten durch projektive Schuldzuweisung an den definitiv Anderen erträglicher zu machen.“<sup>87</sup> Der Antiamerikanismus tritt hierbei mit einem welterklärenden Anspruch auf.<sup>88</sup>

Während der Antiamerikanismus vor 1918 in Deutschland in erster Linie die kulturelle Unterwanderung der „deutschen Kultur“ durch den „amerikanischen Geist“ propagierte, radikalisierte er sich während der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus unter der Hinzufügung der ideologischen Elemente des Rassismus und des Antiimperialismus.<sup>89</sup> Nach 1945 wandelte sich der (west-)deutsche Antiamerikanismus und griff dabei ältere tradierte anti-amerikanische Ressentiments auf, sowie er die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zu verarbeiten suchte.<sup>90</sup> Auch die Bedrohung durch die UdSSR änderte am anti-amerikanischen Ressentiment wenig, vielmehr wurde den USA eine (Mit-)Schuld an der deutschen Teilung attestiert.<sup>91</sup> Zwar postulierten nach 1945 insbesondere die gesellschaftlichen Eliten der BRD einen vehementen Pro-Amerikanismus, während die zwar zunächst ebenfalls pro-US-amerikanische (wenngleich stets ambivalente) Einstellung der Bevölkerung gegenüber den US-Amerikanern als „Befreiern“ sehr schnell der der „Besatzer“ wich.<sup>92</sup> In der deutschen Sozialdemokratie hatte sich in den 1950er Jahren ebenfalls eine „nationalneutralistische“, antiwestliche, bisweilen anti-amerikanische Position durchgesetzt, die – kapitalismuskritisch gewendet – mitunter den Vorwurf erhob, erst die USA hätten nach dem Zweiten Weltkrieg in der entstehenden BRD die kapitalistische Gesellschaftsordnung eingeführt.<sup>93</sup> In der entstehenden DDR hingegen integrierte der Marxismus-Leninismus der SED tradierte deut-

sche antiamerikanische Ressentiments fest in seine für ein solches manichäisches Denken anschlussfähige Ideologie.<sup>94</sup> Antiimperialistisch inspiriert griff die marxistisch-leninistische Propaganda Bilder aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft auf (insbesondere den Mythos vom so genannten Morgenthau-Plan) und nutzte diese für ihre eigenen antiimperialistischen bzw. anti-amerikanischen Kampagnen, die bisweilen hysterische Züge trugen.<sup>95</sup> Vor allem die kollektiven Erfahrungen der alliierten Luftangriffe wurden nun antiamerikanisch gedeutet und in ein antiimperialistisches Weltbild integriert.<sup>96</sup> Dieser antiimperialistische Antiamerikanismus der SED fand in der BRD jedoch lediglich eine verschwindend geringe Resonanz. Erst die entstehende studentische Protestbewegung artikulierte in den 1960er Jahren erstmals seit 1945 wieder ein zwar von vielfachen Ambivalenzen gekennzeichnetes, jedoch klar antiamerikanisches Weltbild im westdeutschen öffentlichen Diskurs. Der Antiamerikanismus der Protestbewegung argumentierte zwar politisch links und trat als Kritik am „Imperialismus“ der USA auf, überlagerte sich aber vielfach mit den älteren antiamerikanischen Ressentiments der Eltern- und Großeltern-generation. Im Zentrum des linken Antiamerikanismus stand zwar die Kritik an Imperialismus, Krieg und Kapitalismus, dennoch wurden auch hier – ähnlich wie beim antisemitischen Ressentiment – allgemeine (und ebenso im eigenen nationalen Bezugsrahmen vorzufindende) Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Moderne als Alleinstellungsmerkmal der USA begriffen und diese hierfür in personifizierender Weise verantwortlich gemacht. Gerade im Zusammenhang mit den Protesten gegen die US-amerikanische Kriegsführung in Vietnam wurde der Antiamerikanismus zu einer Chiffre für eine die Welt manichäisch in Gut und Böse aufteilende Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Antiamerikanismus und Antisemitismus sind in ihrer ideologischen Funktion eng miteinander verwandt, beide Weltansichten weisen erstaunlich „affine Bilder und Metaphern“ auf, beide stellen eine „weltanschaulich gehaltene Reaktion auf die Moderne“<sup>97</sup> dar. Die Rolle, welche ‚die Juden‘ im Antisemitismus spielen, spielen die USA im Antiamerikanismus. Beide Ressentiments personifizieren insbesondere die abstrakten Vorgänge der (Finanz-)Ökonomie mit ‚den Juden‘ bzw. ‚den Amerikanern‘ (das Geld, den Zins, die Börse, die Banken, den Kommerz schlechthin).<sup>98</sup> Die beiden ideologischen Weltbilder ergänzen und bedingen einander zudem: Die USA gelten dem antizionistischen Antisemiten als von ‚den Juden‘ beherrscht, Israel dem Antiamerikaner als „Amerikas Wachhund“ im Nahen Osten.<sup>99</sup> Die nach 1945 nicht mehr in der

Öffentlichkeit sanktionsfrei vertretbare politische Ideologie des Antisemitismus artikulierte sich in der Bundesrepublik auf Umwegen (s. o.), unter anderem in Form eines antizionistischen Antisemitismus, jedoch auch in einem mit antisemitischen Stereotypen aufgeladenen Antiamerikanismus.<sup>100</sup> Insofern der Antiamerikanismus in seinen Strukturprinzipien dem Antisemitismus gleicht, machte er nach 1945 in der BRD auch latente antisemitische Ressentiments aussprechbar.<sup>101</sup> Sowohl bei ‚den Juden‘ als auch bei ‚Amerika‘ handelt es sich um Projektionsflächen für die gleichen psychosozialen Mechanismen.<sup>102</sup> Eingeschränkt werden muss der „projektive Charakter“ des Antiamerikanismus im Vergleich zum Antisemitismus jedoch an drei Stellen:

1. Im Vergleich zum Antisemitismus ist der reale Gehalt der Projektion größer, insbesondere die Kritik an der expansiven Außenpolitik der USA.<sup>103</sup> Von einem antiamerikanischen Ressentiment kann dann gesprochen werden, „wo pauschale Urteile ohne eine differenzierte Bewertung realpolitischer Phänomene getroffen werden“ und diese in eine manichäische Weltsicht integriert werden.<sup>104</sup>
2. Im Gegensatz zu ‚den Juden‘, die sowohl innerhalb des sich als Nation konstituierenden identitären Kollektivs leben und gleichzeitig für die Antisemiten das exklusive ‚Andere‘ verkörpernten, waren und sind die USA ein geographisch weit vom eigenen nationalen Kollektiv getrenntes ‚Anderes‘.<sup>105</sup>
3. Auch imaginiert der Antisemitismus ‚die Juden‘ als zwar stark und übermächtig, gleichzeitig aber jedoch auch als schwach und minderwertig, wohingegen die USA nie als schwach, sondern stets als übermächtig verstanden werden.<sup>106</sup>

Den Strukturprinzipien eines antisemitischen Weltbildes nach Thomas HAURY folgend (Personifizierung und Verschwörungstheorie, Manichäismus, Konstruktion identitärer Kollektive) handelt es sich bei der antiamerikanischen Weltsicht um ein Weltbild, das dem antisemitischen strukturell gleicht.<sup>107</sup> Während sich das Strukturprinzip der Konstruktion identitärer Kollektive beispielsweise auch bei Rassismus nachweisen lässt, eint die antiamerikanische Weltsicht mit der antisemitischen ihr durch die beiden anderen Strukturprinzipien erwachsener „welterklärender“ Anspruch.<sup>108</sup> So werden ‚die Juden‘ ebenso wie die USA für die negativen Folgen der kapitalistischen Moderne verantwortlich gemacht.<sup>109</sup> Auch manichäisches Denken, das die Welt in Gut und Böse einteilt, ist ebenso bei beiden Weltbildern festzustellen, wobei ‚die Juden‘ das Böse

schlechthin verkörpern, während die USA auf Seiten des Bösen stehen.<sup>110</sup> In beiden Fällen sind diese Zuschreibungen in hohem Maße „irreal“ und „emotional aufgeladen“ und werden tatsächliche Vorkommnisse mit „anderen Realien“ vermischt, sowie mit „projektiven Anteilen zu einem undurchsichtigen Geflecht“<sup>111</sup> verdichtet.

Eine besondere Rolle spielte der Antiamerikanismus in Hinsicht auf die deutsche Schuldabwehr nach 1945.<sup>112</sup> Neben ‚den Juden‘ waren die von den USA angeführten alliierten Sieger über das nationalsozialistische Deutsche Reich die zweite große Gruppe, die allein durch ihre Existenz (aber auch durch bewusste Artikulation) die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft immer wieder vergegenwärtigten. Ohne dabei dem Nationalsozialismus affirmativ begegnen zu müssen, wurde hierbei das diffus empfundene Schuldgefühl auf die ehemaligen Alliierten – und vor allem auf die USA – projiziert. Da diese Projektionen oftmals mit einem gewissen Grad an Rationalität verknüpft waren/sind, ist es schwierig, „eine Grenze zu ziehen zwischen dem zweckmäßigen Versuch, durch Aufmachung eines Schuldkontos [...] sich selbst zu entlasten, und der unbewussten und zwanghaften Übertragung eigener Neigungen und Triebtendenzen auf andere [...]“.<sup>113</sup> Ähnlich wie im Falle des Schuldabwehrantisemitismus wurde bzw. wird den USA ein den Nationalsozialisten äquivalentes Verhalten vorgeworfen, so beispielsweise bei ihrem Umgang mit den amerikanischen Ureinwohnern oder der Behandlung der afro-amerikanischen Bevölkerung. Auch die expansive Außenpolitik der USA nach 1945 sowie der imperiale Charakter derselben zog vermehrt Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus nach sich. Hierin äußert sich eine „neue Dimension des Antiamerikanismus“ nach 1945, der mit Hilfe einer „projektive[n] Entlastung“ die Schuld an den während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft verübten Verbrechen abwehren will und hierbei der „allgegenwärtigen Funktion des Antiamerikanismus, [...] nämlich Projektionsfläche für die Abspaltung eigener Negativität zu sein“, folgte.<sup>114</sup> Die Identifikation mit der deutschen Nation stößt an die ‚Schranke‘ der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, so dass die moralische Legitimität der alliierten „Befreier“ relativiert oder gelehnet werden muss. Im öffentlichen Diskurs wurden nach 1945 die US-amerikanischen Befreier dann auch schnell zu „Besatzern“.<sup>115</sup> Der Vorwurf, die USA würden mit der *reeducation* eine Umerziehung der Deutschen betreiben, wurde in den 1950er und 1960er sowohl von rechts als auch von links artikuliert.<sup>116</sup> Jedoch erst in den späten 1960er Jahren wurde von Teilen der radikalen Linken in einem Akt der schuldentlastenden Relativierung der

Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft ein universalisierter Faschismusbegriff auf die USA projiziert – sinnhaft zusammengefasst in dem Demonstrationssslogan: „USA – SA – SS“. Auch die spätere Indienstnahme der revolutionären Bewegungen der Dritten Welt durch die deutsche Linke hatte hier ihren Ursprung.<sup>117</sup> Bereits die Friedensbewegung der späten 1950er und frühen 1960er Jahre hatte jedoch mit antiamerikanischen Positionen eine patriotische Schuldentlastung vorgenommen.<sup>118</sup> Mittels der Imperialismustheorien der radikalen Linken lösten die USA Anfang der 1960er Jahre die alten kolonialen Mächte als Feindbild zunehmend ab; gleichzeitig wurde so die Grundlage für eine Identifikation mit den antikolonialen Bewegungen der Dritten Welt geschaffen.<sup>119</sup> Außerdem identifizierte sich die radikale Linke der 1960er/70er Jahre mit den in den USA ethnisch diskriminierten Afro-Amerikanern (sowie den amerikanischen Ureinwohnern), die sie gleichsam als „antikolonial“ definierte und somit als „Nicht-Amerikaner“ imaginierte. Der Protest gegen den Vietnamkrieg katalysierte und dynamisierte schließlich das antiamerikanische Weltbild der radikalen Linken – spätestens zu diesem Zeitpunkt galten vielen die USA als der neue „Faschismus“, dem nur noch „ein charismatischer Führer“<sup>120</sup> fehle. Dies diente der projektiven Entlastung des eigenen nationalen Kollektivs:

„Dass Amerika [in Vietnam] angeblich die gleichen Verbrechen verübte, die sie ihrer eigenen Elterngeneration vorhielten, gab den jungen Linken das gerade noch so vehement negierte Vaterland zurück. Im projektiven antifaschistischen Widerstand gegen die USA bügeln sie den nationalen Selbstverlust aus, den Deutschland durch die unvergleichliche Katastrophe des Nationalsozialismus erlitten hatte. Im Kampf gegen Nazi-Amerika konnte man jetzt endlich wieder ein guter Deutscher sein. Der Antiamerikanismus der Linken war die einzig zeitgemäße Möglichkeit, den nationalen Widerstandsgeist gegen die fremden Eroberer [...] zu retten.“<sup>121</sup>

Die schuldentlastende politische Wirkung einer solchen Gleichsetzung der US-amerikanischen Vietnampolitik mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft äußerte sich in den 1970er Jahren insbesondere in den radikalen Zerfallsprodukten der Protestbewegung.

## Forschungsstand, Methodik, Quellenlage und leitende Fragestellungen

Schon früh hatte der in vielerlei Hinsicht radikale und aufsehenerregende Lebensweg Horst Mahlers zu einer publizistischen Beschäftigung mit dessen Biographie geführt: Bereits auf dem Höhepunkt der Protestbewegung der 1960er Jahre widmeten ihm fast alle großen (links-)liberalen deutschen Medien ausführliche Portraits.<sup>122</sup> Nach Mahlers öffentlicher Inszenierung als radikaler Rechter in den späten 1990er Jahren erhielt die publizistische und wissenschaftliche Beschäftigung mit seiner Biographie einen erneuten Schub.<sup>123</sup> Nach seiner Wandlung zum radikalen Rechten lag eine Interpretation von Mahlers Biographie im Rahmen der Extremismustheorie besonders nahe. Im *Jahrbuch für Extremismus & Demokratie* publizierte Eckhard JESSE 2001 ein Portrait Mahlers, umriss dabei kurz dessen politischen Lebensweg und verortete ihn als „ideelle[n] Universalextrémist[en]“, als exemplarischen Vertreter eines so genannten „extremistischen“ Spektrums.<sup>124</sup> Auch die 2013 erschienene Arbeit von Manuel SEITENBECHER nähert sich einer extremismustheoretischen Interpretation an (s. u.).<sup>125</sup>

Ein weiterer Zugang zur Biographie Horst Mahlers versucht die Beweggründe für dessen politische Wandlungen mit seiner narzisstischen Veranlagung zu erklären: Bereits in den späten 1960er Jahren galt Mahler als ‚extremer‘, stets vollkommen von seiner (aktuellen) politischen Position überzeugter Polemiker, dessen streckenweise zynische Einlassungen ihm bald den Ruf einbrachten, ein besonders unnachgiebiger und radikaler Vertreter der Protestbewegung zu sein,<sup>126</sup> wobei schon damals – hier vom Berliner *Tagespiegel* – artikuliert wurde, dass die „Handlungen“ des „rechtskundigen Musterschülers [...] selbst im Sinne revolutionärer Absichten so wenig Vernunft erkennen“ lassen würden, dass „seine tieferen Motive im Unterbewußtsein“ zu suchen seien.<sup>127</sup> Auch der FAZ erschien Mahler bereits in den frühen 1970er Jahren „[e]her als Fall für Professor Freud“<sup>128</sup> denn als ein ernstzunehmender politischer Protagonist. Auch die erste als politischer Seitenwechsel Mahlers wahrgenommene Wandlung – seine Lossagung von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung Ende der 1970er Jahre – wurde im Kontext von dessen an Narzissmus grenzendem Geltungsbedürfnis und seinem Hang zur zuspitzenden Polemik interpretiert und dabei als Ursache für seine Konversion verstanden: So bezeichnete Peter-Paul Zahl Mahler schon 1979 als „150%igen Renegaten“, dessen politische Wendung die Handlung eines autoritären „Zwangscharakters“ darstelle.<sup>129</sup> Mahler sei ein „Saulus, der nicht nur einmal sein Damaskus“ erleben würde, „sondern darauf abonniert“ sei, „ein Mann, der seine jeweils neu angelesene Position nicht nur

100%ig, sondern 150%ig und lautstark, überlegen, unbekümmert, wortmächtig wankelmütig“ vertrete.<sup>130</sup> Erich Fried hatte im Rahmen dieser Debatte Mahler Ende der 1970er Jahre ein lyrisches Denkmal gesetzt, das Mahlers Habitus bemerkenswert illustrierte:

„Du hast  
ganz und gar  
recht  
mit dem  
was du jetzt  
erkannt hast

Nur  
ein Mensch  
der ganz und gar  
recht hat  
macht mir immer  
ein wenig Angst

Und glaubtest du nicht  
schon früher  
als du ganz und gar  
unrecht hattest  
du habest ganz und gar recht

Und solltest du nicht  
vielleicht  
für die Irrtümer derer  
die denken  
wie du einmal dachtest  
ein wenig mehr Nachsicht aufbringen  
und sei es nur

um ihnen  
den letzten Weg  
aus dem Irrtum  
nicht ganz und gar  
zu vermauern?“<sup>131</sup>

Auch nach Mahlers aufsehenerregender Inszenierung seiner Ankunft im rechten politischen Spektrum Ende der 1990er Jahre wurde dessen narzisstisches Bedürfnis nach Selbstdarstellung zur Begründung seiner politischen Wandlungen herangezogen: So vermutete beispielweise die *Frankfurter Rundschau* 1999, Mahler könne die „Aussicht in der zweiten Reihe zu stehen“ nicht ertragen, „Erster zu sein, Bester, Extremster“ sei Mahlers ganzer „Ehrgeiz“ und gleichzeitig dessen politischer Antrieb.<sup>132</sup> Wenngleich eine gewisse Disposition (und Befähigung) Mahlers zur öffentlichkeitswirksamen, bisweilen narzisstischen Inszenierung nicht abgestritten werden kann, sowie sein Hang zur polemischen Zuspitzung offensichtlich ist, können diese das politische Subjekt Horst Mahler tendenziell pathologisierende Faktoren nicht ernsthaft als dessen ursächlicher Antrieb für seine umfangreiche und streckenweise breit affirmativ rezipierte politische Aktivität sowie seine mehrfachen Wandlungen gelten.

Vielfach wurde – auch und vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung Mahlers – auf die rechte bzw. rechtsradikale Entwicklung vieler ehemaliger Protagonisten der ehemaligen Protestbewegung hingewiesen, von denen Mahler nur die Spitze des Eisbergs darzustellen scheint, vor allem wenn nicht nur die offen rechtsradikalen Konvertiten, sondern auch die im (rechts-)konservativen, bürgerlich-arrivierten Mainstream Angekommenen hinzugezählt werden.<sup>133</sup> Schon die zeitgenössische Kritik an der Protestbewegung artikulierte oftmals eine Nähe der radikalen Linken der 1960er/70er Jahre zu Inhalt, Methode und Habitus der zeitgenössischen radikalen Rechten.<sup>134</sup> Diesem Gedanken schloss sich auch der unlängst von Bernd Rabehl unternommene Versuch an, die ehemalige Protestbewegung zu einem nationalrevolutionären Projekt umzuinterpretieren.<sup>135</sup> Der Frage, ob es sich bei einer solchen Vielzahl von in der Öffentlichkeit als „Konversionen“ wahrgenommenen „Entpuppung[en]“ (Wolfgang KRAUSHAAR) tatsächlich um radikale Wandlungen oder um eine lange verborgen gebliebene ideologische Kontinuität der Protestbewegung handelt, es also bereits in den 1960er Jahren eine genuin rechte, „nationalrevolutionäre“ Strömung gegeben habe, ist die 2013 erschienene Arbeit von Manuel SEITENBECHER nachgegangen. Die umfangreiche, die Biographien von Günter Maschke, Reinhold Oberlercher, Tilman Fichter, Bernd Rabehl und Horst Mahler auf diese Frage untersuchende Arbeit kommt zu dem Schluss, dass vor allem die Heterogenität sowohl der behandelten Protagonisten als auch der ehemaligen Protestbewegung im Zentrum der Betrachtung stehen sollte, als auch ein Schwerpunkt auf die Diskontinuitäten in der biographischen Entwick-

lung unter anderem Horst Mahlers zu legen sei (wenngleich SEITENBECHER auch einige kontinuierliche Elemente ausmachen kann).<sup>136</sup>

Demgegenüber soll in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen werden, einen Fokus auf ebenjene kontinuierlichen Entwicklungen in der Biographie Horst Mahlers zu legen, die ursächlich für die von vielen als „Konversion“ empfundene Entwicklung sind. Ein mögliches Narrativ, einen möglichen ‚roten Faden‘ für eine Mahler-Biographie, führte Martin JANDER in seiner 2006 veröffentlichten biographischen Skizze in die Diskussion ein: Im Rückgriff auf Norbert ELIAS interpretierte JANDER Mahlers Lebensweg – und insbesondere die Gewaltdiskussion und -eruption in den 1960er/1970er Jahren – als Replik auf den Zivilisationsbruch während der nationalsozialistischen Herrschaft.<sup>137</sup> ELIAS hatte unter anderem im Terrorismus der RAF ein Bedürfnis nach Identifikation mit der Elterngeneration erkannt, das sich auf Grund des moralischen Versagens derselben nicht offen habe artikulieren können, weshalb die Haltung der ehemaligen Protestbewegung zum historischen Nationalsozialismus stets zumindest ambivalent geblieben sei.<sup>138</sup> Dabei war diese auch von ideologischen Verschränkungen mit der zeitgenössischen politischen Rechten geprägt, welche sich vor allem in einem gemeinsamen Bedürfnis nach ‚Vergangenheitsbewältigung‘ bzw. Schuldrelativierung und -abwehr artikulierten.<sup>139</sup> Nicht – wie oftmals von deren Protagonisten imaginiert – die Protestbewegung der 1960er Jahre bedeutete eine Zäsur in der Frage des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, sondern die bereits Ende der 1950er Jahre einsetzende juristische Aufarbeitung der Verbrechen während der NS-Herrschaft. Der ständige Rekurs der Protestbewegung auf die NS-Vergangenheit war weniger auf ein Ausbleiben der Aufarbeitung zurückzuführen, als vielmehr auf das Vorhandensein derselben im politischen Diskurs.<sup>140</sup> So wurden auch die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft im Allgemeinen und der Shoa im Besonderen nur äußerst selten im Kontext der Protestbewegung thematisiert und waren alles andere als deren „Generationenprojekt“.<sup>141</sup> Vielmehr war das Kriegsende 1945 – also die Niederlage des von der eigenen Elterngeneration mehrheitlich (mit-)getragenen nationalsozialistischen Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg – die zentrale vergangenheitspolitische Kategorie der Protestbewegung.<sup>142</sup> Hierbei waren vor allem beim linksradikalen Kern der Protestbewegung kollektive, generationentypische Erfahrungen anzutreffen: Viele Lebensläufe der späteren Bewegungsprotagonisten wiesen einen soziokulturellen Bruch (Flucht-, Hunger- oder Entwurzelungserfahrungen) in Zusammenhang mit dem Kriegsende 1945 auf. Auch stammten

die späteren Protagonisten der Protestbewegung überdurchschnittlich oft aus Familien des mittleren bzw. gehobenen Bürgertums und kamen selten aus Elternhäusern, in denen eine direkte, intergenerationelle Konfrontation mit der nationalsozialistischen Vergangenheit stattgefunden hatte.<sup>143</sup> Erstaunlich oft hatte sich die Entwicklung in eine linke Radikalität sogar in Allianz mit den Eltern vollzogen und oftmals wurde auf diesem Wege der von diesen nicht geleistete Widerstand gegen den Nationalsozialismus projektiv in der BRD der 1960er Jahre ‚nachgeholt‘.<sup>144</sup> Dementsprechend herrschten in der Auseinandersetzung des linksradikalen Kerns der Bewegung mit deren Elternhäusern Verdrängung und Identifikation als Reaktionen auf die nationalsozialistische Vergangenheit der Eltern(-generation) vor.<sup>145</sup> Insbesondere da Mahler selbst die Auseinandersetzung mit dem diffus empfundenen „Schuldgefühl“ als bestimmenden Motor seines (politischen) „Leben[s]“ bezeichnet hat, stellt die schuldabwehrende bzw. –relativierende Auseinandersetzung der Protestbewegung bzw. der radikalen Linken mit den Verbrechen des historischen Nationalsozialismus ein mögliches Narrativ für eine Biographie Horst Mahlers dar.<sup>146</sup>

Die Quellenlage für ein hermeneutisch orientiertes biographisches Monographieprojekt zur Person Horst Mahlers kann insgesamt als gut bezeichnet werden: Mahler hat über die Jahrzehnte seiner politischen Tätigkeit eine beachtliche Menge an publizistischen Erzeugnissen produziert und darf so mit gutem Recht als „Vielschreiber“ gelten.<sup>147</sup> Sowohl aus seiner Phase als Marxist-Leninist in SDS und VUS, als Protagonist der ehemaligen Protestbewegung, RAF-Mitbegründer und KPD-Sympathisant als auch als Terrorismuskritiker in den 1980er Jahren sowie als Rechtsradikaler und Holocaustleugner seit den 1990er Jahren sind publizistische Erzeugnisse in den verschiedensten Medien sowie sonstige Veröffentlichungen Mahlers auswertbar. Der für eine Biographie von Horst Mahler äußerst relevante Bestand im *Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung* (HIS-Archiv) enthält Quellenmaterial von Mitte der 1960er bis in die 1970er Jahre, darunter unter anderem die Bestände zu Horst Mahler, Rudi Dutschke, zur RAF, zum *Republikanischen Club*, zur *Kommune I*, zum 2. Juni 1967 sowie zu den Gerichtsprozessen Mahlers. Von besonderem Interesse waren die von Mahler als Anwalt geführten Prozesse (der Thyssen-Wemhoff-Prozess, die *Kommune I*-Prozesse, der so genannte Brandstifterprozess, die Prozesse im Zusammenhang mit dem 2. Juni 1967) sowie die Prozesse, in denen Horst Mahler selbst Angeklagter war (verschiedene Ehrengerichtsverfahren, die Zivilklage Springers, die Strafprozesse). Im *Archiv „APO und soziale Bewegungen“ an der FU Berlin* (APO-Archiv) ließen sich Quellen zu den verschiedenen Statio-

nen in Mahlers politischen Leben finden, von 1960-1964 (SPD, SJD, SDS) sowie der Zeit nach 1970 (RAF, KPD). Auch die Bestände von Heinz Brake-meier (*Sozialistischer Bund*), Urs Müller-Plantenberg (SDS, *Novembergesellschaft*) und Bernd Rabehl waren hierbei aufschlussreich. Im *Archiv der sozialen Demokratie* (AdsD) in Bonn konnte zudem Mahlers Zeit in der Westberliner SPD nachvollzogen werden. Im *Archiv des Instituts für Zeitgeschichte* (IfZ-Archiv) in München waren einige Details zur frühen anwaltlichen Tätigkeit Mahlers sowie dessen engerer Familiengeschichte einsehbar.

Obwohl die Biographie als „schwierige Königsdisziplin“ die wohl publikumswirksame Gattung der Geschichtswissenschaft darstellt, war und ist sie innerhalb der „Zunft“ höchst umstritten.<sup>148</sup> Seit den 1960er Jahren galt der biographische Zugriff im Vergleich mit der modernen Sozial- und Strukturgeschichte vielen Historikern als veraltet und theoretisch unreflektiert. Erst Ende der 1980er Jahre wurde der Gattung Biographie im Zuge der Ablösung der sozial- und strukturgeschichtlichen Forschungsparadigmen durch eine *Neue Kulturgeschichte* wieder vermehrte Beachtung geschenkt. In den nach 1990 erschienenen Biographien wurde in der Regel der Versuch unternommen, das biographische Subjekt nicht als individuellen, autonomen „Einzelfall“ zu behandeln, sondern die jeweiligen historischen Akteure mit Struktur- und Kollektivphänomenen zu kontextualisieren.<sup>149</sup> Trotz Pierre BOURDIEUS Überlegungen zur „biographischen Illusion“<sup>150</sup> muss gerade in einer so stark von Brüchen und Diskontinuitäten gekennzeichneten Biographie wie der von Horst Mahler ein besonderer Schwerpunkt auf die Suche nach Kontinuitäten gelegt werden. Wohlwissend um die Gefahr, dabei einer konstruierten, in sich kohärent erscheinenden narrativen Perspektive zu erliegen, die in dieser Form vielleicht gar nicht existiert, soll das politische Subjekt Horst Mahler ernst genommen und gegen alle Versuche der Pathologisierung in Schutz genommen werden. Wenngleich in der vorliegenden Arbeit explizit nicht der Versuch unternommen werden soll, Mahlers Biographie einen „Konstruktionsplan“ zu unterlegen,<sup>151</sup> soll an dieser Stelle dennoch das Bild vom Historiker als „rückwärts gekehrte[n] Prophet[en]“ (Friedrich SCHLEGEL) als Orientierung dienen: Ausgehend vom Wissen um die spezifische, zeitgenössische ‚Gewordenheit‘ des Untersuchungsgegenstandes muss die Suche nach den Ursachen für Mahlers Entwicklung sowie nach den eventuell vorhandenen kontinuierlichen Elementen in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt werden.<sup>152</sup> Im Fokus der vorliegenden Studie stand dabei die kritisch-hermeneutische Erschließung der politischen Texte Mahlers sowie die Untersuchung von dessen Wirken als politi-

schem Subjekt. Auf Grund methodischer Bedenken und dem Problem „gesprächstaktischer Verzerrungen“ Mahlers wurde auf die Methode der *oral history* nach sorgfältiger Abwägung von vornherein verzichtet.<sup>153</sup> Zwar wurde gattungsspezifisch der individuellen Entwicklung Mahlers Raum gegeben, immer jedoch auch gefragt, inwieweit Mahlers Agieren – insbesondere im Kontext der Protestbewegung bzw. der radikalen Linken der 1960er/70er Jahre – für allgemeinere Entwicklungen symptomatisch, charakteristisch oder gar repräsentativ war.

Wie bereits angedeutet, beanspruchte die Protestbewegung, in Konfrontation mit der eigenen Elterngeneration – mithin der Generation, welche mehrheitlich die Verbrechen während der NS-Herrschaft aktiv exekutiert bzw. passiv mitgetragen hatte –, eine Zäsur im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit eingeläutet und sich in vielfacher Hinsicht auf diesem Wege erst als ‚eigenständige‘ Generation konstituiert zu haben. Sowohl für die Protestbewegung im Allgemeinen als für Horst Mahler im Besonderen stellte die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit bzw. mit der eigenen Elterngeneration mitunter den zentralen Bestandteil der politischen Aktivität dar, weswegen die Geschichte der Protestbewegung an dieser Stelle als Teil einer Generationengeschichte begriffen werden soll. Wenngleich das Deutungskonzept der ‚Generation‘ nicht universal tragfähig ist,<sup>154</sup> kann insbesondere das in der Generationenforschung gebräuchliche Konzept der „politischen Generationen“ einige Relevanz entwickeln.<sup>155</sup> Als solche können insbesondere für das 20. Jahrhundert drei generationelle Gruppen ausgemacht werden, in denen gewisse gemeinsame bzw. als gemeinsam imaginierte Erfahrungen als zentrale, das gesamte Leben bestimmende Prägungen verstanden wurden:<sup>156</sup>

1. Die „Kriegsjugendgeneration“, bzw. so genannte „überflüssige Generation“ (Detlev PEUKERT) oder „Generation der Sachlichkeit“ (Ulrich HERBERT), als welche die zwischen 1900 und 1910 Geborenen bezeichnet werden.<sup>157</sup> Die Normen und Werte, denen sich diese Generation verpflichtet sah, waren Kühle, Härte und ‚Sachlichkeit‘, die insbesondere durch die in der Regel ausgebliebene Fronterfahrung im Ersten Weltkrieg verinnerlicht wurden.<sup>158</sup> Diese Generation ist zudem als „vornehmliche Trägergruppe der NS-Diktatur“ identifizierbar, die nationalsozialistische Diktatur ermöglichte einem Teil ihrer Mitglieder erstaunlich schnelle und erfolgreiche Karrieren,<sup>159</sup> so dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als gemeinsame Erfahrungen Verbitterung, Enttäuschung und Trotz verzeichnet werden konnten,<sup>160</sup> denen jedoch

bald ein „internalisierter Anpassungsdruck“ folgen sollte, der zu einer mehrheitlich erfolgreichen Integration in die BRD führte.<sup>161</sup> Damit jedoch schwand gleichzeitig der die „Kriegsjugendgeneration“ konstituierende generationelle und einheitsstiftende Nimbus, der zweifelsohne der Nationalsozialismus gewesen war.<sup>162</sup> Die Elterngeneration der „68er-Generation“ wird in der Biographie von Horst Mahler unter anderem von dessen Eltern Willy (geb. 1900) und Dorothea Mahler (geb. 1901) sowie Oskar Hippe (geb. 1900) repräsentiert und fungierte für Mahler als stete vergangenheitspolitische und zu ‚entschuldigende‘ Referenz bei seinen Versuchen, das als generationenübergreifend verstandene identitäre Kollektiv der deutschen Nation von der diffus empfundenen Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft zu entlasten.

2. Die zweite (für die BRD) wesentliche politische Generation wird unter vielen Begrifflichkeiten gefasst – Generation der Hitler-Jugend, „Flakhelfer-Generation“ bzw. „skeptische Generation“ (Helmut SCHELSKY) – und bezeichnet die Jahrgänge der zwischen 1925 und 1935 Geborenen. In der Generationenforschung hat sich für sie der Begriff der „45er“ durchgesetzt, da die entscheidende generationelle Prägung der in den Jugendjahren erfahrene Zusammenbruch 1945 und die darauf folgenden Jahre der Neuorientierung darstellten.<sup>163</sup> Die „45er“ hatten die Zeit des Nationalsozialismus als Heranwachsende bzw. Jugendliche miterlebt und erste weltanschauliche Prägungen in den Institutionen des NS-Staates erfahren – wenngleich ihr junges Alter nach 1945 eine Neuorientierung ermöglichte, welche in den generationell charakteristischen Normen und Werten der Ideologieferne, Nüchternheit, des Pragmatismus und einer kritischen Grundhaltung mündete und sich dezidiert pro-westlich artikulierte.<sup>164</sup> Auffällig ist die ausbleibende Konfrontation mit der Trägergeneration des Nationalsozialismus, der oben genannte „Kriegsjugendgeneration“. Mahlers älterer Bruder Klaus (geb. 1927) wie auch etliche der linksliberalen Sympathisanten der Protestbewegung sind der Generation der „45er“ zuzuordnen.
3. Die Generation der „68er“ unterscheidet sich von den beiden vorher genannten auch dadurch, dass sie kein bewusstes Kriegserlebnis verzeichnen konnte,<sup>165</sup> wenngleich etliche der führenden Protagonisten und Stichwortgeber der späteren Protestbewegung prägende Kindheitserinnerungen an die letzten Kriegsjahre an der „Heimatfront“

aufwiesen, so unter anderem Ulrike Meinhof (geb. 1934), Bernd Rabehl (geb. 1938), Dieter Kunzelmann (geb. 1939) und eben auch Horst Mahler (geb. 1936). Der gesellschaftliche und kulturelle Paradigmenwechsel in den westlichen Ländern der 1960er Jahre fand in einem durchgängigen Bezug auf die populäre Jugend- und Protestkultur eine (internationale) einheitsstiftende, generationelle Erfahrung.<sup>166</sup> Ein grundlegender Dissens mit der oftmals nur wenige Jahre entfernten „45er“-Generation bestand in der virulenten idealistischen Attitüde der „68er“, die sich im Zerfall der „Koalition von [45er-]Reformern und oppositioneller Jugendbewegung“ der „68er“ in dem Moment artikulierte, als letztere die tradierten Grenzen der Opposition – „Rationalität, Systemtreue, Gewaltmonopol des Staates“ – überwandten und sich insbesondere nach 1967 zunehmend radikalisierten.<sup>167</sup> Wenngleich Mahlers Geburtsjahr ihn näher an die „45er“-Generation rückte als an die Folgegeneration der „68er“ sowie Mahlers inszenatorischer Auftritt an vielen Stellen eine Selbstverortung in ersterer nahelegte (beispielweise trug Mahler auch während der Hochphase der Protestbewegung stets die bürgerlich-formelle, standesgemäße Garderobe eines Rechtsanwalts der 1960er Jahre, die erst in den 1970er Jahren einem der jugendlichen Protestbewegung gemäßen look weichen sollte), so zeichnete Mahlers Normen- und Werteorientierung wie eben auch seine Selbstverortung (beispielweise erkennbar an Mahlers an vielen Stellen dokumentiertes Bemühen, von der interessierten Öffentlichkeit nicht lediglich als älterer, nicht zur „68er“-Generation zu zählender Ratgeber der Protestbewegung verstanden zu werden, sondern im Gegenteil als integraler Bestandteil der „jungen Leute“) und maßgebliche Rolle in der Protestbewegung ihn als Mitglied der „68er“-Generation aus.

Insgesamt ergeben sich aus den bisherigen Überlegungen folgende Fragestellungen für eine Biographie Horst Mahlers:

1. Welche persönlichen Erfahrungen Mahlers – vor allem in dessen Kindheit und Jugend – hatten Einfluss auf seine spätere politische Entwicklung und inwiefern sind diese Erfahrungen und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen repräsentativ bzw. symptomatisch für die „68er“-Generation?<sup>168</sup> Sind insbesondere die Entwurzelungserfahrungen in der Kindheit (Flucht aus der schlesischen Provinz 1945, mehrfache Umzüge, Suizid des Vaters 1949) in der ostdeutschen, sowjetisch

besetzten „Zusammenbruchgesellschaft“ (Hans-Ulrich WEHLER) prägend gewesen?

2. Welche Rolle spielte das politische Subjekt Mahler in den jeweiligen Organisationen und politischen Prozessen, in deren Zusammenhängen er seit Ende der 1950er Jahre aktiv war? Können Mahlers politische Positionen in den 1960er/70er Jahren als repräsentativ für die Organisationen, in denen er Mitglied war, sowie für die Protestbewegung im Ganzen gelten? Wie ist hierbei seine Rolle in der medialen Öffentlichkeit als einer der maßgeblichen „Führer“ der ehemaligen Protestbewegung zu bewerten?
3. Bei allen offensichtlichen Wandlungen und Diskontinuitäten in Mahlers Biographie drängt sich die Frage nach den kontinuierlichen Elementen geradezu auf: Hierbei soll allerdings nicht die Existenz einer genuin rechten, „nationalrevolutionären“ Strömung in der ehemaligen Protestbewegung angenommen werden. Ebenso wenig soll einer extremismustheoretisch inspirierten Fragestellung nachgegangen werden, die sich um eine Kategorisierung bzw. Etikettierung der politischen Positionen als rechts/rechtsradikal bzw. links/linksradikal bemüht, um dadurch – die manifesten Unterschiede in solchen Weltbildern verwischend – ein imaginiertes „extremistisches“ Spektrum von einer vermeintlich tugendhaften „demokratischen Mitte“ trennen zu können. Vielmehr soll, den Hinweisen Götz ALYS, Wolfgang KRAUSHAARS, Gerd KOENENS und Martin JANDERS folgend, nach der Ursache für die oberflächliche ideologische Kontinuität der Trias Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antiparlamentarismus gefragt werden und selbige mit der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit im postnationalsozialistischen Deutschland kontextualisiert werden, um hierbei den – beileibe nicht nur in den radikalen Rändern des politischen Spektrums anzutreffenden – Zusammenhang zwischen Schuldabwehr und antiamerikanischer bzw. antisemitischer Welterklärung herauszuarbeiten.
4. Weiter soll der Frage nachgegangen werden, ob Mahlers öffentliche Inszenierung als offener Antisemit in den 1990er Jahren ihren Ursprung nicht (auch) in der strukturellen Affinität von marxistisch-leninistischer Weltansicht und einem offen antisemitischen Weltbild haben könnte.

## **Kapitel I: Kindheit und Jugend. Mahler zwischen Flucht, Entwurzelung und früher Nachkriegszeit (1936-1956)**

*„Ich halte die überzeugten Nazis nicht für Unmenschen. Mein Vater zum Beispiel war nach meinen Begriffen das, was man einen guten Menschen nennt, gleichwohl war er ein überzeugter Nazi.“  
Horst Mahler 1979*

### **Kindheit im niederschlesischen Haynau (1936-1945)**

Betrachtet man die Äußerungen Mahlers in den letzten Jahren, so fällt unter anderem dessen ubiquitäre identifikatorische Bezugnahme auf die eigene Elterngeneration bzw. die eigene Familie auf. Mancherorts entstand hierbei der nicht von der Hand zu weisende Eindruck, Mahler habe mit diesem affirmativen Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus seine biographische Entwicklung ‚abgeschlossen‘ und sei wieder bei seiner individuell-biographischen, nationalsozialistischen familiären Herkunft ‚angekommen‘.<sup>2</sup> Mahler wurde am 23. Januar 1936 als Sohn eines Zahnarztes in der niederschlesischen Kleinstadt Haynau geboren.<sup>3</sup> Die Namensgebung für den jungen Horst Werner Dieter Mahler folgte dabei dem zeitgenössischen Trend im jungen nationalsozialistischen Staat: die Vornamen Hermann (nach Hermann Göring) und Horst (nach dem nationalsozialistischen Propaganda-Märtyrer Horst Wessel) erfreuten sich großer Beliebtheit bei den Anhängern des Nationalsozialismus.<sup>4</sup> Mit dem Namen Horst wurde zum einen der Aufstieg Wessels aus einfachen sozialen Verhältnissen zum nationalsozialistischen Musterkämpfer als auch der Herrschaftsvogel Adler, symbolhaft für einen zupackenden Charakter, sowie das beschützende Nest des „Adlerhorsts“ assoziiert.<sup>5</sup> Mit dem ältesten Bruder Klaus und Horst Mahlers Geschwistern Peter und Relli waren die Mahlers eine dem nationalsozialistischen Ideal entsprechende, sechsköpfige Musterfamilie;<sup>6</sup> eine Fotografie jener Zeit zeigt eine glückliche, einen bürgerlichen Habitus verkörpernde Familie, in deren Zentrum sich Mahlers Mutter Dorothea befand.<sup>7</sup> Als praktizierender Zahnarzt zählte Mahlers Vater Willy zur bürgerlich-kleinstädtischen Elite des 11.000 Einwohner zählenden Ortes, der bis zur Kreisreform von 1939 auch der Sitz der Kreisverwaltung war.<sup>8</sup> Eine 2009 von Mahler geschilderte Erinnerung an seinen Vater illustriert den bürgerlichen Habitus Willy Mahlers recht anschaulich:

„Er war eher ein bescheiden und still wirkender Mensch, der als Zahnarzt in der Kleinstadt auch eine bestimmte Respektsperson war. In der Kleinstadt gab es den Ring und zu bestimmten Tageszeiten flanierete man und zeigte sich. Und dann weiß ich, wie er ständig seinen Hut zog, den er damals trug. Er wurde von allen begrüßt, gelegentlich kam es dann zu Gesprächen – ein Leben, wie es heute gar nicht mehr stattfindet.“<sup>9</sup>

Zudem war im Haushalt der Mahlers eine Bedienstete angestellt,<sup>10</sup> auch verriet Mahlers Auftreten noch in den 1960er Jahren eine bürgerliche, „gute Kinderstube“.<sup>11</sup> Mahler hatte seine Kindheit in Haynau stets als „eine durch und durch heile Welt“ beschrieben,<sup>12</sup> an die er ausschließlich glückliche Erinnerungen habe.<sup>13</sup> Mahlers Eltern wurden von ihm mit den Attributen „liebvoll[e]“ und „gütig“ charakterisiert.<sup>14</sup> Auch habe im Haushalt der Mahlers Religion eine Rolle gespielt: „Zu jeder Mahlzeit – die Familie versammelte sich um einen ovalen Tisch – wurde ein Dankgebet gesprochen. Vor dem Einschlafen kamen die Eltern an unser Bett. Mit jedem Kind gesondert wurde ein Gebet gesprochen.“<sup>15</sup> Noch in Haynau wurde Mahler im Herbst 1942 eingeschult.<sup>16</sup> In Familie und Schule durchlief Mahler eine Erziehung im Sinne nationalsozialistischer und bürgerlicher Erziehungsideale: Er lernte beim „Hitlergruß immer die Hacken“ zusammen zu schlagen, sowie einen korrekten „Diener“ zu machen.<sup>17</sup> „Grundmuster“ dieser Erziehung sei die nationalsozialistische Formel „schnell wie ein Windhund, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl“ gewesen.<sup>18</sup>

Der Nationalsozialismus war in der Familie Mahler jedoch nicht nur im Rahmen der Kindererziehung präsent: Der ältere Bruder von Dorothea Mahler, Reinhold Nixdorf, war ein führendes Mitglied der schlesischen SA, die in den frühen 1930er Jahren entscheidenden Anteil am Aufstieg des Nationalsozialismus in Schlesien gehabt hatte.<sup>19</sup> Die Niederlage des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg hatte für Schlesien einen noch tieferen Einschnitt in der politischen Geschichte zur Folge gehabt, als dies für das restliche Kaiserreich der Fall war, insbesondere wegen der durch den Versailler Vertrag bestimmten Gebietsabtretungen und der Konfrontation mit der neugegründeten polnischen Republik.<sup>20</sup> Vor allem in Oberschlesien kam es zu bewaffneter Auseinandersetzung zwischen polnischen Nationalisten und dem so genannten *Selbstschutz Oberschlesien* sowie Freikorpsverbänden, in denen auch viele spätere Mitglieder der schlesischen NSDAP und SA Mitglied waren.<sup>21</sup> Nach einer kurzen Stabilisierungsphase Mitte der 1920er Jahre begann 1929 mit der einsetzenden Wirt-

schaftskrise auch in Schlesien der elektorale Aufstieg der NSDAP: Bereits bei den Reichstagswahlen 1930 konnte die NSDAP in Schlesien überdurchschnittliche Erfolge erzielen; bei den Wahlen im Juli 1932 erreichte sie im Wahlkreis Liegnitz, in dem auch Haynau lag, bereits 48,0%, im März 1933 sogar mit 54,0% die absolute Mehrheit.<sup>22</sup> Mahler hatte im Gegensatz zu den meisten anderen maßgeblichen Protagonisten der späteren Protestbewegung einen dezidiert nationalsozialistischen Familienhintergrund, seine Eltern waren „überzeugte Anhänger des Führers“.<sup>23</sup> Willy Mahler war 1900 geboren worden, damit Teil der besonders NS-affinen „Kriegsjugendgeneration“ und Mitglied der NSDAP sowie des *Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps* (NSKK).<sup>24</sup> Seine Ehefrau Dorothea war ebenfalls eine überzeugte Anhängerin des Nationalsozialismus und wurde mit dem Mutterkreuz ausgezeichnet,<sup>25</sup> während der älteste Bruder Klaus als Mitglied der Hitlerjugend den Rang eines Scharführers bekleidete.<sup>26</sup> Der ältere Bruder von Dorothea Mahler, Reinhold Nixdorf, spielte in der nationalsozialistischen Familiendynamik eine große Rolle.<sup>27</sup> Der am 19. Oktober 1890 in Breslau geborene Weltkriegsteilnehmer schloss sich nach 1918 einem Freikorps an und entwickelte sich in den 1920er Jahren zu einem führenden Mitglied der schlesischen SA. Dort erreichte er im Juni 1934 den Dienstgrad eines SA-Sturmhauptführers.<sup>28</sup> Die Krisenphänomene der Weimarer Republik hatten der NSDAP und deren paramilitärischer Gliederung SA enormen Zulauf beschert. Um die damit einhergehenden organisatorischen Aufgaben zu bewältigen, griff die SA auf „Spezialisten“ aus dem völkisch-paramilitärischen Milieu der 1920er Jahre zurück. Gerade die als besonders schlagkräftig und radikal geltende schlesische SA bediente sich unter ihrem Obergruppenführer Edmund Heines, einem früheren Weggefährten von Ernst Röhm, einer „ausgesprochenen Cliquenwirtschaft“,<sup>29</sup> einer Seilschaft ehemaliger Freikorpskämpfer, die sich Macht und Einfluss sicherte. Unter Heines Führung, insbesondere nach dem reichsweiten Wahlerfolg vom Juli 1932, steigerte sich das Selbstbewusstsein und die Siegeszuversicht der schlesischen SA außerordentlich, während sie Schlesien gleichzeitig mit einer regelrechten Terrorwelle überzog.<sup>30</sup> Nach der nationalsozialistischen Regierungsübernahme erhob die SA den Anspruch, sich neben der Reichswehr als eigenständiger Waffenträger zu etablieren.<sup>31</sup> Noch Ende 1933 diente Nixdorf im Rang eines SA-Sturmhauptführers als „Führer“ zur besonderen Verwendung im Stab der SA-Brigade Breslau unter dem SA-Oberführer Wilhelm Heerde.<sup>32</sup> In den kommenden Monaten wechselte er in den Stab des ebenfalls in Breslau stationierten Edmund Heines, der zugleich seit 1933 Polizeipräsident von Breslau

war.<sup>33</sup> Die beiden Männer hatten bereits während ihrer Zeit im Freikorps miteinander Bekanntschaft geschlossen.<sup>34</sup> Die schlesische SA forderte nun auch zunehmend die Kontrolle über die Einheiten des Grenzschutzes und begann sich im Hinblick auf eine zu erwartende Konfrontation mit der Reichswehr zunehmend zu bewaffnen sowie eigenständige SA-Kasernen einzurichten.<sup>35</sup> Auch in anderen Bereichen versuchte die SA seit März 1933 ihre Machtansprüche im jungen nationalsozialistischen Staat durchzusetzen: Das aus der Berliner *SA-Feldpolizei* hervorgegangene *SA-Feldjägerkorps* (FJK), dem Nixdorf angehörte, bestand aus besonders verdienten und vertrauenswürdigen SA-Mitgliedern, die zum einen polizeiliche Aufgaben innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung (vor allem der SA) wahrnahmen und zum anderen zur Bekämpfung der Gegner der nationalsozialistischen Regierung eingesetzt wurden.<sup>36</sup> Zum 1. Oktober 1933 wurden die Aktivitäten auf das gesamte Reichsgebiet ausgeweitet, unter anderem wurde auch in Breslau eine FJK-Abteilung eingerichtet. Die Ausweitung der FJK muss im Zusammenhang mit dem immer rigorosere auftretenden Machtanspruch der Obersten SA-Führung gegenüber dem jungen nationalsozialistischen Staat verstanden werden, auf den die Regierung alsbald mit deren Ausschaltung reagierte. Eines der Opfer des so genannten Röhm-Putsches war – zusammen mit anderen führenden Mitgliedern der schlesischen SA – Reinhold Nixdorf: In den Morgenstunden des 30. Juni 1934 verfügte Hermann Göring telegraphisch, dass „erhebliche Teile der SA unter Stabschef Röhm alle Vorbereitungen für den Staatsstreich“ getroffen hätten und der von ihm dort mit der vollziehenden Gewalt beauftragte SS-Obergruppenführer Udo v. Woyrsch unter anderem die „SA-Führer“ Edmund und Oskar Heines, Hans Ramshorn, Reinhold Nixdorf, Emil v. Wechmar, Karl Belding,<sup>37</sup> Enders und Engels verhaften solle.<sup>38</sup> Nixdorf war in den Morgenstunden des 30. Juni zufällig in das Breslauer Polizeipräsidium gekommen, dort von der anwesenden SS festgesetzt und gegen Abend in das SS-Gebäude in der Sternstraße gebracht worden.<sup>39</sup> Durch ein weiteres, von Himmler unterzeichnetes Telegramm wurde die Erschießung der festgesetzten SA-Mitglieder befohlen.<sup>40</sup> Der als „Bluthund“ geltende Woyrsch hatte die Liste der zu Ermordenden zudem eigenmächtig erweitert.<sup>41</sup> In einer verhörähnlichen Situation wurde den Verhafteten durch den SS-Standortführer von Breslau die Schulterklappen von den Uniformen gerissen. Anschließend wurden die Gefangenen in der Nacht in die Wälder bei Obernigk und Deutsch-Lissa gebracht. Dort wollte der mit der Exekution beauftragte SS-Obersturmbannführer Schlums die Hinrichtung bis zum nächsten Tag verzögern, da ihm eine nächtliche Erschießung „unsolda-

tisch<sup>42</sup> erschien. Daraufhin meldete sich SS-Obersturmführer Mohr, der im Vorfeld eine erhebliche persönliche Auseinandersetzung mit Nixdorf gehabt hatte, freiwillig für die Übernahme des Exekutionskommandos.<sup>43</sup> Die Leichen wurden vor Ort vergraben, später jedoch in einem Breslauer Krematorium verbrannt.<sup>44</sup> Laut amtlichem Totenschein waren Nixdorf und die anderen Ermordeten zwischen 2 und 3 Uhr am 1. Juli 1934 gestorben.<sup>45</sup> Die nationalsozialistischen Behörden vertuschten die Mordaktionen, nur wenige Namen der Ermordeten fanden ihren Weg in die mediale Öffentlichkeit, Nixdorf befand sich nicht darunter.<sup>46</sup> Trotz der Ermordung eines nahen Verwandten blieben Willy und Dorothea Mahler weiterhin loyale Anhänger des Nationalsozialismus.<sup>47</sup>

Sowohl die Ermordung seines Onkels als auch die Stimmungslage bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte der 1939 erst dreijährige Mahler lediglich aus den innerfamiliären Erinnerungen in Erfahrung bringen können. 2009 berichtete Mahler über die Erinnerungen seiner Mutter an den mit dem Überfall des Deutschen Reichs auf die Republik Polen beginnenden Zweiten Weltkrieg:

„Es wurde immer wieder gesagt, dass es 1939 ganz anders war als 1914. Es war ein heiliger Ernst. Sie waren nicht etwa dagegen, sondern sie wussten, es muss sein. Aber eben nicht mehr mit der Begeisterung von 1914, weil man ja wusste, was Krieg heißt. Krieg mit den modernen Waffen, mit den modernen Volksheeren, das sind Massenkriege und da ist massenhaftes Sterben angesagt. Und deswegen hatte man das Gefühl, es ist eine heilige Handlung gewesen.“<sup>48</sup>

Auch wenn die von Mahler kolportierten Erinnerungen im Spiegel seiner eigenen politischen Entwicklung seit den 1990er Jahren und seinem affirmativen Verhältnis zum historischen Nationalsozialismus verstanden werden müssen, so ist die enge Bindung der Familie Mahler an die nationalsozialistische Diktatur dennoch offensichtlich. Mit zunehmender Dauer des Krieges mehrten sich auch die Gefallenen aus dem persönlichen Umfeld der Mahlers:

„Man ist gegangen voller Ernst oder auch Trauer, aber auch Entschlossenheit: ‚Wir lassen uns nicht unterkriegen!‘ Wenn Berichte von der Front kamen, es sind Nachbarn gefallen, es sind Freunde gefallen, dann saß man beisammen und hat das irgendwie gemeinsam bewältigt. Natürlich wurde geweint, aber es wurde auch getröstet und es war ei-

ne ruhige Gefasstheit. Eine entschlossene Stimmung, dass wir das durchstehen.“<sup>49</sup>

Tatsächlich waren die Gefallenenmeldungen die einzige „Kriegserfahrung“ an der „Heimatfront“ in Haynau, da es in der niederschlesischen Provinz keine den Kriegsalltag in den urbanen Zentren des Deutschen Reichs prägenden Bombenangriffe gegeben hatte: „In Schlesien hatten wir kaum Bombenangriffe, überhaupt keinen einzigen“,<sup>50</sup> erinnerte sich Mahler 2009. Da Schlesien lange Zeit außerhalb der Reichweite der alliierten Luftwaffe lag, avancierte es durch die Aufnahme von „Ausgebombten“ schnell zum „Luftschuttkeller“ des Reiches. Erst ab Januar 1944 konnten die oberschlesischen Industriereviere von der alliierten Luftwaffe angegriffen werden.<sup>51</sup> Demzufolge war nicht der Kriegsalltag zwischen 1939 und 1945 das erste einschneidende Erlebnis im Leben des jungen Horst Mahlers, sondern die Flucht vor der anrückenden Roten Armee im Februar 1945.

### **Flucht nach Naumburg und Roßlau (1945-1949)**

Seit Sommer 1944 bedrohte die Rote Armee unmittelbar von der Ostseite der Weichsel aus die deutsche Ostgrenze, weshalb das OKW zur Verteidigung derselben den Aufbau eines „gestaffelten Stellungssystems“ veranlasste sowie die Aufstellung des „Volkssturms“ und die Erörterung möglicher Evakuierungspläne in Gang setzte. Dies führte zu großer Unsicherheit in der Bevölkerung, so dass bereits im Sommer 1944 erste Fluchtbewegungen in Richtung Westen stattfanden.<sup>52</sup> Mit Beginn der sowjetischen Großoffensive am 12. Januar 1945 und dem Überschreiten der ‚alten‘ Reichsgrenzen am 19. Januar 1945 durch die Rote Armee setzte sich ein Flüchtlingsstrom von rund fünf Millionen Menschen in Bewegung.<sup>53</sup> Da sich Willy Mahler freiwillig zum Wehrmachts-Sanitätsdienst gemeldet hatte, um dem „Desaster“ des „Volkssturms“ zu entkommen,<sup>54</sup> floh Dorothea Mahler allein mit ihren vier Kindern am 8. Februar 1945 aus Haynau;<sup>55</sup> nur drei Stunden bevor dort die Rote Armee einmarschierte.<sup>56</sup> Die Flucht fand unter schwierigen Bedingungen statt – unter anderem sanken die Temperaturen auf bis zu 20 Grad unter null –,<sup>57</sup> gleichzeitig war sie der erste tiefe Einschnitt im Leben des jungen Horst Mahlers, durch den er im „Schatten der Kriegereignisse“ erstmals in seinem Leben „Angst, Not und Armut“<sup>58</sup> kennen lernte. Die Familie gelangte schließlich in das in der preußischen Provinz Sachsen gelegene Naumburg an der Saale.<sup>59</sup> Dort wurde

sie auf Grund der Wohnraumknappheit bei einer Aufnahmefamilie einquartiert. In seiner nationalsozialistischen Phase Ende der 2000er Jahre erinnerte sich Mahler folgendermaßen an die Flucht nach Naumburg:

„Ich habe noch deutlich in Erinnerung, wie die Volksgemeinschaft funktionierte. Da wurde in großen Töpfen gekocht, man ging zum Marktplatz und wir sind umsorgt worden. Wir sind einquartiert worden bei einer Obersten-Familie. Die war nicht glücklich darüber, aber sie hat es hingenommen als Notwendigkeit. Das war eine ganz eigenartige Atmosphäre. Sie war nicht von Panik gekennzeichnet, obwohl man schlimme Sachen hörte. Als Kind wird man ja immer so ein bisschen abgeschirmt von dem, was passiert, aber einiges bekommt man mit. Man war aufmerksam, man guckte, man hielt Kontakt und organisierte. Wir sind dann in Naumburg gestrandet, da war Ende. Da wurden wir erst in einer Schule untergebracht mit Stroh, es war hygienisch sehr problematisch. Man wurde dann zügig in Privathaushalte einquartiert. Es war so eine Art Zuwendung vorhanden von denen, die uns aufgenommen haben. Gleichzeitig fühlten sie sich aber auch gestört. Das war eine Mischung aus Solidarität und Fremdheit. Die Flucht war natürlich eine Katastrophe. Ein gemeinsames Schicksal schafft aber Kraftreserven, an die man vorher gar nicht geglaubt hat.“<sup>60</sup>

Die Erinnerungen Mahlers neigen allesamt zu einer Idealisierung seiner frühen Kindheit und lenken an dieser Stelle davon ab, dass in der Regel die Skepsis und Ablehnung der autochthonen Bevölkerung gegenüber den zwangsweise einquartierten Flüchtlingen vorherrschte,<sup>61</sup> da mit diesen neben den Gütern des täglichen Bedarfs auch Wohnraum zu teilen war, was in den Küchen zu regelrechten „Kochlöffelkriegen“ führen konnte.<sup>62</sup> Naumburg lag in einem industriell-urbanen Großraum (Leuna-Bitterfeld-Leipzig-Halle), was die Stadt – im Gegensatz zum provinziell-kleinstädtischen Hayнау – zu einem Angriffsziel der alliierten Luftwaffe machte.<sup>63</sup> Sowohl am 16. August 1944 als auch vom 9. bis 11. April 1945 wurde die Garnisonsstadt Naumburg, in der sich auch das Heereszeugamt des Wehrkreises IV befand, zum Ziel von verheerenden Luftangriffen.<sup>64</sup> Bei letztgenanntem Angriff, den die Familie Mahler miterlebt haben muss, starben zwischen 200 und 400 Menschen.<sup>65</sup> Zwar wurde auch in Naumburg zur Verteidigung der Stadt ein „Volkssturm“ aufgebaut,<sup>66</sup> allerdings waren weite Teile der Bevölkerung angesichts der Luftangriffe, der schlechten Aus-

sichten auf eine erfolgreiche Verteidigung der Stadt sowie sich durch die Stadt wälzende Flüchtlingsströme aus dem Osten nicht mehr für eine Weiterführung des Krieges mobilisierbar.<sup>67</sup> Am 12. April 1945 konnte die US Army Naumburg ohne nennenswerten Widerstand einnehmen.<sup>68</sup> Bereits seit November 1944 war Naumburg die Zufluchtsstätte vieler Flüchtlinge aus dem Osten gewesen, was die Einwohnerzahl Naumburgs zeitweise so stark hatte anschwellen lassen, dass auf Grund der daraus resultierenden Wohnungsnot nach Kriegsende Wohnungen von NSDAP-Mitgliedern enteignet und Flüchtlingen zugewiesen wurden.<sup>69</sup>

Im Juli 1945 zog die US Army ab und übergab die Besatzungsrechte an die Rote Armee.<sup>70</sup> Hatte bereits die US-amerikanische Besatzungsmacht alle NS-Gesetze aufgehoben und erste Entnazifizierungsmaßnahmen eingeleitet, wurde unter der Regie der Roten Armee im Herbst 1945 eine Bodenreform in der gesamten SBZ durchgeführt: Grundbesitz von über 100 Hektar und solcher, der sich im Besitz von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern befand, wurde entschädigungslos enteignet.<sup>71</sup> Bereits kurze Zeit nach dem Kriegsende begann mit der Wiedergründung der Gewerkschaftsorganisationen im Juli 1945 und der SPD im Oktober 1945 das politische Leben in der Stadt Naumburg wieder.<sup>72</sup> Auch kulturelles Leben konnte nun wieder stattfinden: Kunstausstellungen, Maifeiern, eine Weltjugendwoche, die Inbetriebnahme einer Leihbücherei und von zwei Kinos unterstrichen die Bedürfnisse der Naumburger Bevölkerung, wieder ein eigenständiges Leben zu führen. Am 1. Oktober 1945 begann – auch für den zu diesem Zeitpunkt neunjährigen Horst Mahler – wieder der Schulunterricht. Mahlers Vater konnte Ende 1945 von seinem Einsatz an der Front in der Tschechoslowakei wieder zurück zur Familie gelangen.<sup>73</sup> Nach seiner Rückkehr zog die nun wieder komplettierte Familie Mahler im Frühjahr 1946 in das nicht weit entfernte dessauische Roßlau.<sup>74</sup> Noch Anfang 1945 war die Versorgungslage der Zivilbevölkerung im Deutschen Reich mit materiellen Gütern einigermaßen gut.<sup>75</sup> Dies änderte sich nach dem Kriegsende bereits nach kurzer Zeit: In der SBZ sanken beispielweise die Pro-Person-Kalorienwerte von etwa 2000 auf 1083.<sup>76</sup> Es entstand in kürzester Zeit ein florierender Schwarzmarkt, die hungernde Stadtbevölkerung unternahm „Hamsterfahrten“ in die ländlichen Regionen.<sup>77</sup> Krankheiten und Wohnraummangel grassierten, Millionen Menschen lebten in den Städten in Trümmerlandschaften, die Kriminalitätsrate stieg an.<sup>78</sup> Jahrelang wirkten die Sorgen des Alltags erdrückend, die Sorge um Lebensmittel, Wohnraum, Brennstoff, Kleidung, millionenfach begleitet von der Trauer um Tote und Verschollene.<sup>79</sup> Trotz der widrigen Umstände konnte sich die wirtschaftliche Situation der Familie Mahler in dem stark industriell und von

der Schifffahrt geprägten Roßlau an der Elbe stabilisieren, da Willy Mahler dort als „freier Zahnarzt“ wieder praktizieren konnte.<sup>80</sup> Auch für das alltägliche Leben des jungen Horst Mahlers stellte sich mit der Ankunft in Roßlau wieder ein gewisses Maß an Normalität ein: Schnell fand er Anschluss an Gleichaltrige, mit denen er die „dollsten Streiche verübte“ und in seiner kindlichen Ausgelassenheit den „Eltern viel Kopfschmerzen“ bereitete.<sup>81</sup>

Nach der Flucht war der Suizid des im Nachhinein von Mahler stark idealisierten Vaters im Februar 1949 der zweite große biographische Einschnitt;<sup>82</sup> die glücklichen Kindheits- und Jugendjahre in Roßlau „fand[en] mit dem Tod des Vaters ein jähes Ende.“<sup>83</sup> Besonders traumatisierend musste die eigene Anwesenheit Mahlers zum Zeitpunkt des Suizids im elterlichen Haus gewesen sein.<sup>84</sup> 1954 schrieb Mahler in seinem handschriftlichen Lebenslauf für die *Studienstiftung des Deutschen Volkes*, dass sich der Vater auf Grund „entsetzliche[r] Depressionen“ suizidiert habe.<sup>85</sup> Erst sehr viel später sprach Horst Mahler auch in der Öffentlichkeit über den Suizid seines Vaters und unternahm hierbei den Versuch, diesen im Rahmen seiner eigenen – zu diesem Zeitpunkt rechtsradikalen – politischen Positionen zu interpretieren: In seinem Gespräch mit Franz Schönhuber 2001 befand Mahler, der Suizid symbolisiere das „Verhältnis von Trauer und Gebrochenheit“ in der Geschichte des „deutschen Volkes“, an welchem sein Vater „zugrunde gegangen“ sei.<sup>86</sup> In einem Interview mit Michel Friedman verdeutlichte Mahler 2007 seine Interpretation, indem er seinen Vater als glühenden Nationalsozialisten beschrieb, der „Hitler geliebt“ habe „bis an sein Lebensende“ und die „Niederlage des Deutschen Reichs und alles, was damit verbunden war“ nicht verwinden habe können.<sup>87</sup> Journalistische Recherchen im Umfeld der Familie Mahler korrigierten diese Interpretation Mahlers dahingehend, dass weniger die nationalsozialistische Gesinnung Willy Mahlers als vielmehr die dürftigen ökonomischen Perspektiven eines nationalsozialistisch belasteten Zahnarztes in der jungen DDR als auch die diffus empfundene Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft die Gründe für dessen Suizid gewesen waren.<sup>88</sup> Der väterliche Suizid wurde innerhalb der Familie nicht reflektiert, dennoch beschäftigt der Tod seines Vaters Mahler bis heute:<sup>89</sup> Mahler interpretierte 2007 den Suizid seines Vaters als Einschnitt in seinem Leben, von dem ab er für das kämpfen habe wollen, wofür sein Vater gelebt hatte, vor allem gegen die „maßlose Dämonisierung“ der Generation seines Vaters.<sup>90</sup> Wenngleich solche ex post formulierten, autobiographischen Interpretationen in quellenkritischer Hinsicht äußerst grenzwertig erscheinen, kann dennoch konstatiert werden, dass der durch den

Schulunterricht ausgelöste Beginn von Mahlers Beschäftigung mit der Schuldfrage und der jüngsten deutschen Vergangenheit temporär nah am Suizid des Vaters gelegen hatte und sich der junge Horst Mahler mit dem Wissen um die Shoa auch einem Angriff auf die familiäre Identität ausgesetzt fühlte, in der die Zeit während der nationalsozialistischen Herrschaft glorifiziert wurde. Der Versuch, die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, zu relativieren bzw. abzuwehren sollte in den kommenden Jahrzehnten zum eigentlichen Motor der politischen Aktivitäten Horst Mahlers werden.

Wie tief Mahler den Suizid seines Vaters als Einschnitt erfahren haben musste, illustrierte der von ihm etwa fünf Jahre später verfasste handschriftliche Lebenslauf für eine Aufnahme in die *Studienstiftung des Deutschen Volkes*: „Über Nacht rückte alles, was ich einst für selbstverständlich hielt, in unerreichbare Ferne.“<sup>91</sup> Der erst 13-jährige fühlte sich kraft- und mutlos,<sup>92</sup> mit dem Suizid war nicht nur der geliebte Vater aus Mahlers Leben verschwunden, es fehlte nun auch an der ökonomischen Grundlage für einen erfolgreichen Lebens- und Karriereweg, da der Familie nun die finanziellen Mittel fehlten, um Mahler den Besuch einer weiterführenden Schule zu ermöglichen.<sup>93</sup>

Ebenfalls 1949 betätigte Mahler sich zum ersten Mal in seinem Leben politisch und wurde Mitglied der *Freien Deutschen Jugend* (FDJ).<sup>94</sup> Diese frühe FDJ-Mitgliedschaft wurde Mahler mit dem Beginn seiner medialen Popularität in den späten 1960er Jahren vielfach als erster Schritt in die DDR-apologetische Linke ausgelegt.<sup>95</sup> Tatsächlich stand bei Mahlers kurzer Mitgliedschaft in der FDJ Roßlau einerseits der Versuch im Vordergrund, der einem sozialen Aufstieg in der DDR hinderlichen bürgerlichen Familienherkunft ein DDR-apologetisches gesellschaftliches Engagement in der SED-nahen Jugendorganisation entgegenzusetzen sowie andererseits mittels eines solchen das durch den Suizid des Vaters verursachte Wegbrechen der finanziellen Mittel, die Mahler den Besuch einer weiterführenden Schule ermöglicht hätten, auszugleichen.<sup>96</sup> Neben diesen „opportunistischen Überlegungen“ (Mahler 1997) war jedoch bereits Mahlers Bemühen erkennbar, mittels der Mitgliedschaft in der SED-nahen und vor allem antifaschistischen FDJ die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, zu kompensieren. Später sprach Mahler über die Motive einer politischen Aktivität in der FDJ: „Da herrschte [...] eine merkwürdige Aufbruch[s]stimmung: eine lichte Zukunft war uns im ‚ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden‘ verheißen, der Eintritt in eine klassenlose, die

echte ‚menschliche‘ Gesellschaft, in den Sozialismus. Gerade junge Deutsche aus der letzten Kriegsgeneration haben daran sehr geglaubt [...].<sup>97</sup> Mit diesem Bedürfnis war der junge Mahler nicht alleine: Vielmehr suggerierte die FDJ bzw. die SED den Jugendlichen, sie könnten mit einem Beitritt in die FDJ nachträglich auf die Seite derer wechseln, die während der nationalsozialistischen Herrschaft als Kommunisten den konsequentesten Widerstand geleistet hatten.<sup>98</sup> Trotz Dominanz der SED-Kader war die FDJ anfangs weltanschaulich durchaus pluralistisch,<sup>99</sup> wiewohl sie sich ab Sommer 1947 immer stärker zu einer sozialistischen Jugendorganisation wandelte und spätestens seit Sommer 1949 als eine Massenorganisation der SED gelten musste.<sup>100</sup> Dennoch beflügelte die Möglichkeit, in der FDJ aufgrund des vorherrschenden Funktionsmangels schnell attraktive Posten besetzen zu können, viele Neumitglieder zu einem beträchtlichen Aktivismus, zudem ein Engagement in der FDJ als Nachwuchsorganisation der SED gleichzeitig große Berufschancen barg.<sup>101</sup> Der rhetorisch gewandte Mahler wurde als gerade 13-jähriger – entgegen den Satzungsbestimmungen – zum Vorsitzenden seiner FDJ-Schulgruppe bestimmt, wurde Mitglied im Ortsvorstand der FDJ Roßlau und durfte eine Rede auf einer Kreisdelegiertenkonferenz halten.<sup>102</sup> Mahler selbst erschien sein Erfolg in der FDJ als „unnatürlich rasche[r] Ausstieg“.<sup>103</sup> Sein Engagement in der sozialistischen FDJ führte im nationalsozialistisch geprägten Elternhaus zu „ernsten Auseinandersetzungen“<sup>104</sup> mit Dorothea Mahler. Diese sorgte sich um Mahlers beginnende Integration in den entstehenden sozialistischen Staat und beugte einem solchen durch den Umzug der Familie nach Westberlin im Oktober 1949 vor.<sup>105</sup> Die mangelhaften ökonomischen Perspektiven der bürgerlichen Familie in der jungen DDR, das Engagement des jungen Horst Mahlers in der FDJ sowie der Suizid Willy Mahlers, der die finanzielle und emotionale Situation der Familie nachhaltig verschlechtert hatte, ließen einen Umzug nach Westberlin offenbar sinnvoll erscheinen. Mahlers älterer Bruder Klaus war bereits im Vorfeld nach Westberlin verzogen und holte die restliche Familie nun nach.<sup>106</sup>

### **Schule und Studium im Nachkriegs-Westberlin (1949-1956)**

Die „Zusammenbruchsgesellschaft“ im postnationalsozialistischen Berlin musste dem jungen Mahler als denkbar schroffer Gegensatz zur vermeintlich intakten bürgerlichen Lebenswelt des kleinstädtisch-provinziellen Haynaus erscheinen, wenngleich die prekäre familiäre Situation, in der sich die Mahlers 1949 befanden, durchaus als generationentypisch einzustufen ist.<sup>107</sup> Die Familie

Mahler konnte jedoch auch nach ihrem Umzug nur auf eine bescheidene wirtschaftliche Zukunft hoffen: Zwar hatte nach der Beendigung der Berlinblockade von 1948/49 ein bescheidener wirtschaftlicher Aufschwung in Westberlin eingesetzt, doch die Stadt war aufgrund ihrer Insellage ohne umfangreiche finanzielle Hilfe der westlichen Alliierten sowie der sich rasch ökonomisch erholenden BRD nicht lebensfähig.<sup>108</sup> Durch die finanzielle Hilfe konnte sich Westberlin in den 1960er Jahren zwar wirtschaftlich konsolidieren, ohne jedoch jemals den Standard in der BRD zu erreichen.<sup>109</sup> Auf Grund der nach wie vor finanziell prekären Situation der Familie war es auch in Westberlin fraglich, wie dem begabten jungen Horst Mahler der Besuch einer Universität ermöglicht werden könne.<sup>110</sup>

Mahler besuchte ab September 1950 die *Friedrich-Ebert-Oberschule* im Westberliner Bezirk Wilmersdorf,<sup>111</sup> der im Osten an den Wohnbezirk der Familie in Schöneberg angrenzte. Das Gymnasium konnte zum Zeitpunkt von Mahlers Eintritt bereits auf eine 43-jährige Geschichte zurückblicken: Gegründet 1906 als „Realschule für Jungen“, war die Schule nach einem Umzug an den späteren Schulstandort in eine „Oberrealschule“ umgewandelt,<sup>112</sup> 1946 mit der benachbarten *Fichte- und der Treitschkeschule* fusioniert und provisorisch in *4. Schule Wilmersdorf-Süd* umbenannt worden.<sup>113</sup> Verschiedene progressive Namensvorschläge seitens des Lehrkörpers waren in der folgenden Zeit abgelehnt worden (unter anderem *Otto-Hahn-* und *Gerhart-Hauptmann-Schule*),<sup>114</sup> während anlässlich der Verabschiedung des Abiturjahrgangs 1946 die bis heute gültige Umbenennung in *Friedrich-Ebert-Oberschule* bekannt gegeben werden konnte.<sup>115</sup> Im Januar 1949 waren der *Friedrich-Ebert-Oberschule* so genannte Aufbauklassen angeschlossen worden,<sup>116</sup> bei denen es sich um ein „Novum in der deutschen Schulgeschichte“ gehandelt hatte.<sup>117</sup> Diese an fünf Westberliner Schulen eingerichteten Klassen sollten Schüler, die die in der entstehenden DDR für den Besuch einer höheren Schule obligatorischen acht Grundschuljahre absolviert hatten, in fünf Jahren auf das Abitur vorzubereiten.<sup>118</sup> Auch Mahler besuchte eine solche Aufbauklasse.<sup>119</sup> Die *Friedrich-Ebert-Schule* war in den 1950er Jahren, insbesondere im Vergleich mit den tradierten westdeutschen Gymnasien, eine relativ progressive Schule: Wenngleich Mädchen schon seit 1946 der Schulbesuch gestattet war, hatte ein Teil der mehrheitlich konservativen Elternschaft versucht, die Beibehaltung reiner Jungenklassen zu erreichen, während sich das Lehrerkollegium vehement für eine ausschließlich gemischtgeschlechtliche Erziehung ausgesprochen hatte.<sup>120</sup> Auch war der Schulalltag der *Friedrich-Ebert-Schule* ab 1950 durch das Abendgymnasium *Peter-A.-Silbermann-Schule* bereichert

worden.<sup>121</sup> 1952 wurde die *Friedrich-Ebert-Oberschule* zur ersten Oberschule mit wirtschaftlichem Zweig, die Englisch oder Russisch als erste sowie Latein als für alle verbindliche zweite Fremdsprache festlegte.<sup>122</sup> Bereits 1953 wurde jedoch Französisch zur zweiten Fremdsprache, während Latein ins dritte Glied verbannt wurde.<sup>123</sup> Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Schülerschaft, von denen Mahler erheblichen Gebrauch machte, waren im Rahmen eines Schülerparlaments vorhanden: Als führendes Mitglied einer nach ihm benannten „Mahler-Gruppe“ wirkte er „lange an führender Stelle im Schülerparlament“,<sup>124</sup> regte mit diesem Engagement jedoch offenbar den Schuldirektor zu einem Verbot der Gruppe an.<sup>125</sup> Auch nahm Mahlers Interesse, sich mit Fragen der Politik und des Staates zu befassen, während seiner späten Schulzeit stetig zu.<sup>126</sup> Gleichzeitig wurde Mahler erstmals mit den Verbrechen während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, konfrontiert, was innerhalb der Familie zu vehementen Auseinandersetzungen mit der Mutter und dem älteren Bruder Klaus führte, wie sich Mahler später erinnern sollte: „Wenn ich nach Hause kam aus der Schule und erzählte, da hat sich meine Mutter heulend gewehrt: ‚Das ist Feindpropaganda.‘“<sup>127</sup> Um die Mutter vor den Fragen des jungen Horst Mahlers zu schützen, habe der ältere Bruder diesen zur Rechenschaft gezogen und als „Nestbeschmutzer“ der Wohnung verweisen wollen. Mahler sei als Jugendlicher von der Weigerung der Mutter, die Faktizität der Shoa anzuerkennen, irritiert gewesen und habe dieser solange zugesetzt, bis sie schließlich „ihren Widerstand“ aufgegeben habe.<sup>128</sup> Der von Mahler so empfundene Widerspruch, dass die von ihm als „gute Menschen“ erlebte Elterngeneration bzw. das soziale Umfeld der eigenen Familie für die Verbrechen der Shoa (mit-)verantwortlich gewesen waren, beschäftigte den jungen Schüler nachhaltig:

„Es waren überwiegend liebe Menschen im Freundeskreis oder im Umgang mit Fremden, zugehend, offen, vertrauend und im anderen immer das Gute vermutend. Dieses Bild von den Leichenbergen passte nicht zu dem, was ich erlebt hatte in der Atmosphäre [...der Familie, Anm. d. Verf.] Ich war unerlässlich das ganze Jahr mit diesem Thema befasst. Ich bekam das nicht zusammen, aber letztendlich habe ich es geglaubt.“<sup>129</sup>

Die Beschäftigung mit den Verbrechen während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, die „Erklärung“ der Ursachen der Shoa, darf somit als Initiation Mahlers in ein eigenständiges politisches Leben gelten.<sup>130</sup> Diese Erfahrung

sollte später zum Motor von Mahlers politischen Engagement werden:<sup>131</sup> Sowohl in der SPD, dem SDS, der Protestbewegung der 1960er sowie der radikalen Linken der 1970er Jahre als auch als zeitgenössischer neo-nationalsozialistischer Holocaustleugner war es stets Mahlers Bestreben, die diffus empfundene Schuld bezüglich der Verbrechen der eigenen Elterngeneration während der nationalsozialistischen Herrschaft zu verarbeiten – allerdings in schuldrelativierender bzw. -abwehrender Art und Weise.<sup>132</sup> Im März 1955 legte Mahler an der *Friedrich-Ebert-Oberschule* erfolgreich als Jahrgangsbester sein Abitur ab.<sup>133</sup> Zwar hatte Mahler bereits Ende 1954 den Entschluss gefasst, ein Studium der Rechtswissenschaften zu beginnen und als „vorläufiges Berufsziel“ den Beruf des Rechtsanwaltes anzustreben, verstand sich jedoch mittlerweile schon so sehr als politischer Mensch, dass es sein „eigentlicher Wunsch“ war, auch beruflich „im politischen Leben tätig zu werden.“<sup>134</sup>

Als Jahrgangsbester wurde Mahler Ende 1955 von seiner Schule für ein Stipendium der *Studienstiftung des Deutschen Volkes* vorgeschlagen, das dem aus einem finanziell schwachen Elternhaus kommenden Hochbegabten ein Studium ermöglichen sollte.<sup>135</sup> In dem vorschlagsunterstützenden Schulgutachten wurde Mahler als „vielseitig begabter, besonders interessierter, fleißiger, zielstrebig junger Mann“ beschrieben, der über ein gutes Gespür für das Wesentliche verfüge. Die Prüfer erkannten in Mahler eine „sehr selbstständige[n] ernste[n] Zielstrebigkeit“ und einen Charakter, über dem „in ungewohntem Maß[e] Ernst und Gesammeltheit“ lag; der vaterlose und bereits früh auf sich gestellte Mahler habe dabei „gar nichts Jungenhaftes“ an sich gehabt.<sup>136</sup> Während Mahler sich in den Auswahlgesprächen bei persönlichen Fragen sehr zurückhaltend zeigte, gab er in „sachlichen Diskussion[en...]“ überraschend stark alle kühle Zurückhaltung auf.<sup>137</sup> Dass Mahler sich Mitte der 1950er Jahre noch keinesfalls als der politischen Linken zugehörig betrachtete, zeigte seine Reflektion über die Zeit in der FDJ, die in einer „gedanklichen Auseinandersetzung mit dem totalitären Staate“<sup>138</sup> gemündet sei. Eine weitere Prüferin notierte nach ihrem Gespräch mit Mahler, sie könne sich diesen „vorläufig noch schwer als etwas anderes denn als Berufspolitiker vorstellen“.<sup>139</sup> Politik war bereits damals Mahlers eigentlicher „Lebensinhalt“,<sup>140</sup> so dass sich die Prüfer dann auch hellsichtig darum sorgten, ob Mahler alle „Voraussetzungen für ein intensives Jurastudium“ besitzen würde und ob er nicht vielleicht, seinem „Hang zur Eingleisigkeit“ folgend, einen politischen Aktivismus der vielversprechenden Karriere als Rechtsanwalt vorziehen würde.<sup>141</sup> Mahler sei ein „Risikofall“ für die Studienstiftung, der aber dennoch aufgenommen werden sollte.<sup>142</sup> Im April

1955 teilte die Studienstiftung Mahler schließlich die Aufnahme mit.<sup>143</sup> Im Sommersemester 1955 schrieb er sich an der *Freien Universität Berlin* (FU) für ein Studium der Rechtswissenschaften ein.<sup>144</sup> Die FU Berlin war in den 1950er Jahren die wohl progressivste Universität der BRD und Westberlins: 1948 war sie unter anderem auf Betreiben von Studierenden als Gegenmodell zu der im sowjetischen Besatzungssektor befindlichen *Humboldt-Universität* gegründet worden und mit weitreichenden studentischen Mitbestimmungsrechten im Rahmen des so genannten Berliner Modells ausgestattet worden, womit sie mit ihrer Liberalität in vielfacher Hinsicht im Gegensatz zu den westdeutschen Ordinariuniversitäten stand.<sup>145</sup> Die liberale Außenwirkung der FU zog – im Vergleich zu den westdeutschen Universitäten – auch vermehrt aus der Emigration zurückkehrende jüdische Professoren an, so unter anderem 1952 Ernst Heinitz, den späteren Rechtsanwalt Gudrun Ensslins, sowie den späteren Rektor der FU, Ernst Eduard Hirsch. Neben diesen lehrten an der Juristischen Fakultät der FU die rechtswissenschaftlichen Koryphäen Wilhelm Wengler, Arwed Blomeyer und Dietrich Oheler.<sup>146</sup> Erst in den 1950er Jahren erlangte die FU den Status einer Volluniversität, mit sechs Fakultäten und über 7.000 Studierenden, davon über 1.000 an der Juristischen Fakultät. 53% der Studierenden, unter ihnen Horst Mahler, waren in Westberlin wohnhaft, 33% in Ostberlin oder der DDR.<sup>147</sup>

Trotz des liberalen Charakters der FU orientierte sich Mahler zum Beginn seines Studiums an einer akademischen Organisation, deren Selbstverständnis sich aus einem rechtskonservativ-elitären Habitus speiste: Mahler trat im Wintersemester 1955/56 einer schlagenden Korporation, der *Landsmannschaft Thuringia*, bei. Mahler wurde durch einen ehemaligen Klassenkameraden, dessen Vater ein Alter Herr der Landsmannschaft war, dort eingeführt. Damit folgte Mahler zum einen der individuell-biographischen Entwicklung seines eigenen Vaters, der ebenfalls Mitglied einer Korporation gewesen war,<sup>148</sup> und trat zum anderen einer Organisation bei, die zwar keine explizit nationalsozialistische Vergangenheit hatte, so doch im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft in der Regel eine konservativ-elitäre, schuldabwehrende Haltung einnahm.<sup>149</sup> Auch dies mag Mahlers „positives Verhältnis“ zum Korporationswesen erklären. Dem liberalen, sozialdemokratischen Charakter der FU entsprechend, waren schlagende Korporationen dort per universitärer Satzung nicht zugelassen.<sup>150</sup> Die Vertretung der Studierendenschaft versuchte zudem, Korporationsstudierende vom Studium auszuschließen, da die Satzung der Studierendenschaft noch im De-

zember 1949 zwar das Farbentragen für Verbindungsstudenten prinzipiell zuließ, die Zugehörigkeit zu „Vereinigungen und Gruppen, die gegen die Völkerverständigung arbeiten oder totalitäre Ziele haben oder terroristische Methoden empfehlen oder anwenden“ jedoch verbot.<sup>151</sup> Im Oktober 1954 – etwa zwei Jahre vor Mahlers Beitritt – hatte das Berliner Oberverwaltungsgericht die Zulassungsbeschränkungen für schlagende und/oder farbentragende Verbindungen jedoch für verfassungswidrig erklärt,<sup>152</sup> während der Passus in der Satzung der FU durch den *Bundesgerichtshof* (BGH) erst im Oktober 1958 aufgehoben werden sollte.<sup>153</sup> Auch die *Studienstiftung des Deutschen Volkes* hatte ein ambivalentes Verhältnis zu Mitgliedern von Korporationen, Mahler sprach im Nachhinein gar von einem „strikte[n] Korporationsverbot“.<sup>154</sup> Mahler selbst begründete seine Entscheidung, 1955 Mitglied einer schlagenden Korporation zu werden, später weniger mit den Versuchen einer identifikatorischen Allianz mit der Elterngeneration als vielmehr mit der Tatsache, dass diese an der FU „verboten“ gewesen sei.<sup>155</sup> Wenngleich Mahler damals – Ende der 1970er Jahre, im Zuge seiner öffentlichen Auftritte als terrorismuskritisches Ex-Mitglied der RAF – die Satzungswidrigkeit seiner Mitgliedschaft in der Landsmannschaft überzubetonen schien, stand deren klandestiner Charakter durchaus in einer Kontinuität von Mahlers politischer Entwicklung. Als weiteren Grund nannte Mahler, der sich selbst damals für einen „Feigling“ hielt, die Überwindung der Furcht vor der Pflichtmensur.<sup>156</sup>

Die *Landsmannschaft Thuringia* hatte sich im Zuge des Inkrafttretens des Grundgesetzes im Juli 1950 neu konstituiert, konnte aber, wie viele Landsmannschaften, auf eine lange Verbandsgeschichte zurückblicken:<sup>157</sup> Die Landsmannschaften hatten sich im Rahmen der innerkorporativen Differenzierungsprozesse seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gegründet und waren, wie die meisten anderen Korporationen, während der Zeit des Deutschen Kaiserreiches Vertreter eines rasseantisemitischen *common sense* innerhalb der Studierendenschaft und ab 1918 Teil der entschiedensten Gegner des demokratisch-parlamentarischen Systems.<sup>158</sup> Enge Verbindungen und vielfache Doppelmitgliedschaften zur und mit der NSDAP und speziell zu deren Studierendenorganisation NSDStB prägten die Jahre bis 1933.<sup>159</sup> Grenzen der „Gleichschaltung“, so sie denn nicht auf freiwilliger Basis geschah, entstanden nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern vor allem aus einem machtpolitischen Bedürfnis nach organisatorischer Eigenständigkeit.<sup>160</sup> Ab Herbst 1935 lösten sich mehr und mehr Korporationen selbst auf, 1936 beschloss der Dachverband *Deutsche Landsmannschaft*, alle aktiven Gliederungen aufzulösen.<sup>161</sup> Angesichts der militä-

rischen Niederlage des Deutschen Reichs 1945 und der umfassenden Diskreditierung der nationalsozialistischen Ideologie war es für die (landsmannschaftlichen) Korporationen unstrittig, sich bei der Rekonstituierung des Dachverbandes *Coburger Convent* (CC) 1950/51 von offen antisemitischen, völkisch-nationalistischen Positionen zu trennen. Weiterhin jedoch schlossen die Korporationen des CC die Mitgliedschaft von Frauen aus, hielten an der Pflichtmensur sowie den national-konservativen Leitbegriffen „Ehre, Freundschaft, Vaterland“ fest.<sup>162</sup> Der CC schloss sogar alle österreichischen Landsmannschaften und Turnerschaften mit ein, folgte demnach also weiterhin einem völkisch konnotierten, volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff. Zwar nahmen die Mitgliedsbünde des CC einige Änderungen und Neuinterpretationen der Verbandsprinzipien vor, welche die Korporationen des CC „entnazifizieren“ sollten und mit denen – dem Anspruch nach – die Lehren aus der nationalsozialistischen Vergangenheit gezogen werden sollten.<sup>163</sup> Dennoch standen die Korporationen des CC nach ihrer Rekonstituierung 1951 personell, praktisch und ideologisch – wenn auch in abgeschwächter Form und verbal „entnazifiziert“ – in der militaristischen, nationalistisch-traditionalistischen, rechtskonservativen Kontinuität der Zeit vor 1933/1945. Es verwundert also wenig, dass der aus einem nationalsozialistischen Elternhaus stammende Mahler keine „Vorbehalte“ gegen eine Mitgliedschaft in der Thuringia hatte.<sup>164</sup> 1956 – im Jahr von Horst Mahlers Mitgliedschaft – bezog die Landsmannschaft ihr Verbindungshaus in der Schwendenerstraße in Berlin-Dahlem.<sup>165</sup> Der Wahlspruch der farbentragenden („Blau-Gold-Rot“) Thuringia lautete: „Thuringia vivat, crescat, floreat in aeternum“ (dt.: „Thuringia blühe, wachse und gedeihe in Ewigkeit“).<sup>166</sup> Als Mitglied einer „pflichtschlagenden“ Verbindung musste Mahler wie jeder Korporierte in einer Verbindung des CC im Laufe seiner Mitgliedschaft als Studierender, der so genannten Aktivenzeit, mindestens drei Pflichtmensuren nach einem ritualisierten Regelwerk, dem so genannten Paucomment, bestreiten. Durch eine traditionelle stählerne Schutzbrille und weitere Schutzkleidung nur mäßig vor den Gefahren geschützt, absolvierte Mahler in der kurzen Zeit seiner Mitgliedschaft ganze sechs Fechtpartien.<sup>167</sup> Laut Eigenangabe der *Landsmannschaft Thuringia* bestehe der „Sinn der Mensur [...] nicht darin, zu gewinnen oder zu verlieren, sondern seine Angst zu überwinden und zu zeigen, dass man für seine Verbindung eintritt. Dadurch, daß der Bundesbruder eine besondere Belastung für den Bund auf sich nimmt, ist die Mensur für uns der sichtbare und manifeste Ausdruck des Lebensbundsprinzips.“<sup>168</sup> So gesehen hatte Mahler sein selbstgestecktes Ziel, vor sich selbst nicht mehr als

„Feigling“ gelten zu müssen, im Sinne der *Landsmannschaft Thuringia* mehr als erfüllt.<sup>169</sup> Dennoch trat er bereits im November 1956, nach gerade einem Jahr Mitgliedschaft, wieder aus der Verbindung aus. 2002 erklärte Mahler seinen ebenfalls 1957 erfolgten Eintritt in die SPD als „eigentliche Ursache“ dieses Austritts.<sup>170</sup> In der Tat hatte die Sozialdemokratie 1954 die Mitgliedschaft in einer schlagenden Verbindung für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der SPD erklärt.<sup>171</sup> Da Mahler zu diesem Zeitpunkt bereits die erforderlichen Messuren geschlagen hatte und nach einer Anwärterzeit durch das Zeremoniell der Burschung zu einem vollwertigen Mitglied, d. h. zu einem Aktiven Burschen der *Landsmannschaft Thuringia* geworden war, war der gewünschte Austritt ein nicht alltägliches Ereignis. Im Protokoll der fraglichen Versammlung, auf der Mahler seinen Austritt erklärte, bat dieser am 6. November 1956 förmlich darum, austreten zu dürfen: „a. B. Mahler stellt den Antrag auf einen ehrenvollen Austritt aus dem Bund. Er begründet diesen Schritt damit, dass seine Ideale nicht mit der in den Corporationen bewiesenen Praxis übereinstimmen. Vielmehr fehle den waffenstudentischen Corporationen die tragende Idee.“<sup>172</sup> Zwei Wochen später, am 20. November 1956, wurde Mahlers Antrag auf einer weiteren Versammlung der *Landsmannschaft Thuringia* ebenso förmlich verhandelt. Nach einer hitzigen Debatte, in der über die Frage gestritten wurde, ob man bei Gewährung eines „ehrenvollen Austritts“ Mahlers nicht dessen Kritik anerkenne, wurde am 4. Dezember 1956 der „ehrenvolle Austritt“ Mahlers aus der Korporation wirksam.<sup>173</sup>

### **Zwischenfazit: Prägungen in Kindheit und Jugend zwischen Flucht, Entwurzelung und früher Nachkriegszeit**

Mahler hatte mit der Flucht seiner Familie aus der schlesischen Heimat in Haynau, dem Erleben von Bombenkrieg und Kriegsniederlage bzw. des Einmarschs der US Army in Naumburg sowie dem Neuanfang im dessauischen Roßblau durchaus generationentypische, im Rahmen der Protagonisten der späteren Protestbewegung nicht unübliche Erfahrungen gesammelt, wengleich sein engerer Familienhintergrund unter den zentralen Aktivisten der späteren Protestbewegung eine Ausnahme darstellt: Nur bei wenigen anderen maßgeblichen Protagonisten der späteren Protestbewegung ist eine ähnliche, explizit nationalsozialistische familiäre Herkunft bekannt.<sup>174</sup> In Mahlers Fall verdichteten sich die generationentypischen Erfahrungen durch die mehrfachen Entwurzelungserfahrungen (Flucht, Umzüge der Familie, Suizid des Vaters) besonders

drastisch, wenngleich aus den frühen Kindheitserfahrungen nur spekulative Rückschlüsse auf seine spätere politische Entwicklung gezogen werden können. Festgehalten werden kann hingegen im Lichte von Mahlers späterer Entwicklung, dass sich seine Mitgliedschaften in der FDJ und der *Landsmannschaft Thuringia* in den Kontext seiner späteren Versuche, die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft zu relativieren bzw. abzuwehren, integrieren lassen können, wiewohl bei der Mitgliedschaft in der *Landsmannschaft Thuringia* das Bemühen um eine identifikatorische Allianz mit der Elterngeneration bzw. der eigenen nationalsozialistischen Herkunftsfamilie besonders auffällig ist. Gleichzeitig kann die schuldrelativierende bzw. -abwehrende Beschäftigung mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft bzw. mit der Shoa als Initiation Mahlers in ein eigenständiges politisches Leben gelten. Das Bemühen um Schuldabwehr war jedoch in der gesamten deutschen Bevölkerung im Umgang mit der jüngsten Vergangenheit vorherrschend: Nach 1945 war der Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung nicht einfach verschwunden – es entstand vielmehr eine Diskrepanz zwischen der offiziellen Politik und dem Fortbestehen des Antisemitismus in weiten Teilen der Bevölkerung. Die alliierten Versuche, die deutsche Bevölkerung mit Plakaten, Photographien und Filmen mit der Existenz der Shoa zu konfrontieren, hatten vehemente Schuldabwehrreaktionen zur Folge. Eine von den US-Amerikanern im Dezember 1946 durchgeführte Studie ermittelte einen 40%igen Anteil von Antisemiten in der deutschen Bevölkerung.<sup>175</sup> Antisemitische Ressentiments entzündeten sich in der frühen Nachkriegszeit vor allem an den Konflikten mit *displaced persons* (in der Regel jüdischen Shoa-Überlebenden), die sich mit dem Status ausländischer Flüchtlinge in den westlichen Besatzungszonen befanden, sowie im Rahmen einer Welle von antisemitischen Tumulten und Friedhofsschändungen 1947. Bis in die frühen 1950er Jahre belegten demoskopische Untersuchungen das Fortbestehen offen antisemitischer Ressentiments in der Bevölkerung, während gleichzeitig die Alliierten das öffentliche Leben, die Presse und die Politik von Antisemitismus bereinigt hatten und mit *reeducation*, Kriegsverbrecherprozessen und Entnazifizierung gegen den Fortbestand von nationalsozialistischer Ideologie und Antisemitismus ankämpften.<sup>176</sup>



## Kapitel II: Sozialdemokratie und Sozialismus. Mahlers Weg von der SPD zum Leninismus (1957-1963)

*„Marx und Lenin überzeugten mich. Sie gaben mir die Möglichkeit, die jüngste deutsche Geschichte als Fäulniserscheinung des zum Untergang verurteilten Kapitalismus zu sehen. Das war für mich zugleich der Freispruch von der Kollektivschuld.“<sup>1</sup>*

*Horst Mahler 1997*

### Zwischen Sozialdemokratie und SDS (1957-1961)

Nach Mahlers Mitgliedschaft in einer schlagenden Studentenverbindung, die Züge einer identifikatorischen Allianz mit der eigenen Elterngeneration getragen hatte, brach Mahler nun scheinbar mit seiner familiären Herkunft und trat in die SPD ein. Von dort aus sollte Mahler in den kommenden Jahren über Mitgliedschaften im SDS und der VUS ein umfassend marxistisch-leninistisches Weltbild entwickeln. Diesem zunächst als radikale politische Wende im Leben des jungen Jurastudenten erscheinenden Schritt sei – so Mahler später – eine intensive Lektüre marxistisch-leninistischer Literatur („mehr Lenin als Marx“)<sup>2</sup> vorausgegangen, mit der er erstmals umfassend während seines rechtswissenschaftlichen Studiums konfrontiert worden war, wobei er sich vor allem in Lenins Staatslehre und dessen Schrift *Staat und Revolution* vertieft hatte,<sup>3</sup> was zu einer erweckungsähnlichen Neuorientierung in Mahlers Leben und zu seinem Eintritt in die SPD geführt habe:

*„Also bin ich relativ früh auf Karl Marx aufmerksam geworden und habe mir das angeguckt. Ich hatte den Impuls, einen antikommunistischen Impuls aus der Familie. Ich wollte also Karl Marx widerlegen. Und damit ich ihn widerlege, muss man sich mit ihm beschäftigen und dann bin ich bei ihm hängen geblieben. Da war nix mit widerlegen. Von daher hatte ich schon eine gewisse Vorstellung, wie es in der Welt weitergehen könnte: proletarische Revolution, Weltrevolution und dann habe ich mir angeguckt, was es hier gibt und dann war die SPD für mich damals naheliegend.“<sup>4</sup>*

Bemerkenswert erscheint Mahlers Einlassung, er habe lediglich mit einem antikommunistischen „Impuls“ aus seiner Familie gebrochen, nicht aber – wie vielleicht anzunehmen – mit dieser selbst; immerhin hatte es sich bei beiden

Eltern um überzeugte Nationalsozialisten gehandelt. Auch bei seinem Ausscheiden aus der *Landsmannschaft Thuringia* hatte sich Mahler um einen „ehrenvollen Austritt“, also um eine Trennung im Guten bemüht, die erahnen lässt, dass es sich hier vor allem um einen Wechsel von einer Organisation zu einer anderen gehandelt hatte, was den Verdacht nährt, dass noch andere Motive für den Eintritt in die SPD ausschlaggebend waren:<sup>5</sup> Die politische Aktivität in der SPD sowie Mahlers neu angelesenes, wenngleich wenig fundiertes marxistisch-leninistisches Weltbild ermöglichten es diesem,<sup>6</sup> sich ab den frühen 1960er Jahren in einer spezifisch schuldabwehrenden Art und Weise mit der diffus empfundenen Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft auseinanderzusetzen: „Marx und Lenin überzeugten mich. Sie gaben mir die Möglichkeit, die jüngste deutsche Geschichte als Fäulniserscheinung des zum Untergang verurteilten Kapitalismus zu sehen. Das war für mich zugleich der Freispruch von der Kollektivschuld. Ich blieb also an Marx und Lenin kleben.“<sup>7</sup> Auf Grund der ideologischen Bezugnahme auf Lenin wäre eine politische Mitarbeit in der 1956 verbotenen, aber in der Illegalität weiter aktiven KPD oder der SED Westberlin inhaltlich zwar plausibler gewesen, wurde von Mahler jedoch offenbar auf Grund der geringen Aussichten auf einflussreiche und effektive politische Gestaltungsmöglichkeit verworfen.<sup>8</sup>

Sowohl die SED als auch die KPD betrieben seit 1945/46 eine radikal anti-amerikanische, streckenweise nationalistische Agitation gegen die USA und vertraten seit Ende der 1950er Jahre einen gegen Israel gerichteten Antizionismus, der deutlich antisemitische Züge trug.<sup>9</sup> Dieser war – gegen anfänglichen Widerstand – durch die in erster Linie außenpolitisch motivierte stalinistische Antizionismuskampagne der KPdSU, als deren Höhepunkt der antisemitische Slánský-Prozess in der ČSSR 1952 gelten darf, auch zur Position der SED geworden: Im Rahmen eines Prozesses gegen den hochrangigen SED-Funktionär Paul Merker, dem unter anderem „zionistische“ Auffassungen und, auf Grund seiner Bemühungen, emigrierten deutschen Juden eine Rückerstattung ihrer Vermögen zukommen zu lassen, die „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ vorgeworfen wurde, zeigten sich die virulenten Ausmaße des in DDR nach 1945 noch vorhandenen Antisemitismus – auch und gerade in der breiten Bevölkerung.<sup>10</sup> Zudem lehnte die SED bzw. die DDR alle materiellen israelischen Wiedergutmachungsansprüche mit der Argumentation ab, eine wirkliche Wiedergutmachung könne nur in der antikapitalistischen Überwindung der ideellen und gesellschaftlichen Wurzeln des Antisemitismus liegen.<sup>11</sup> Die KPD hatte 1953 im Deutschen Bundestag sogar gegen das Bundesentschä-

digungsgesetz gestimmt.<sup>12</sup> Parallel inszenierte sich die DDR als das „bessere“, antifaschistische Deutschland und prangerte – vor allem anlässlich des Eichmann-Prozesses 1961 – die mangelnde Entnazifizierung sowie die Reintegration von Nationalsozialisten in das öffentliche Leben der BRD an und nutzte dies zur eigenen antifaschistischen Profilierung.<sup>13</sup>

In der BRD korrespondierte eine Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten in das öffentliche Leben mit einer offiziellen Wiedergutmachungspolitik gegenüber jüdischen Deutschen und dem Staat Israel. Letztere wurde von der CDU unter Adenauer gegen Widerstand aus der Bevölkerung und den eigenen Reihen durchgesetzt,<sup>14</sup> war dabei jedoch auf die Unterstützung der SPD angewiesen.<sup>15</sup> Angesichts der Diskussionen über materielle Entschädigungen und des von manchen zivilgesellschaftlichen Institutionen initiierten selbstkritischen Dialogs mit dem Staat Israel begannen jedoch in den 1950er Jahren die antisemitischen Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung im Vergleich zu 1945/46 sogar wieder anzusteigen.<sup>16</sup> Anfangs der 1960er Jahre wurden – auch auf Grund der antisemitischen Schmierwelle 1959/60 – die Defizite in der bundesrepublikanischen Vergangenheitspolitik zunehmend offener diskutiert und bekamen anlässlich des Eichmann-Prozesses, des Auschwitz-Prozesses 1963-65 sowie der Verjährungsdebatte für NS-Gewaltverbrechen 1965 mehr Gewicht, was allerdings gleichzeitig die Forderung nach einem Ende der Strafverfolgung und einem generellen Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit in der breiten Bevölkerung stärker hervortreten ließ.<sup>17</sup>

Die SPD war nach 1945 die Partei, die sich am deutlichsten mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, beschäftigt hatte und öffentlich für eine materielle Entschädigung der Opfer eintrat.<sup>18</sup> Zwar war dieser Einsatz deutlich von einem Bedürfnis nach Entschuldung getragen – so äußerte unter anderem Kurt Schumacher: „Die Hitler-Barbarei hat das deutsche Volk durch die Ausrottung von sechs Millionen jüdischer Menschen entehrt!“ –,<sup>19</sup> eine parlamentarische Mehrheit für das Bundesentschädigungsgesetz kam jedoch nur mit den Stimmen der oppositionellen SPD zustande, die als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag geschlossen mit Ja stimmte.<sup>20</sup> Ab Mitte der 1950er Jahre rückte die SPD sukzessive von der öffentlichen Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit sowie der Forderung nach materieller Entschädigung ab, unter anderem weil diese von einer breiten Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung nicht mitgetragen wurde.<sup>21</sup> Auf Bundesebene befand sich die SPD seit 1949 in der Opposition. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft hatte sie

sich schnell erfolgreich wiedergegründet,<sup>22</sup> arbeitete jedoch formal weiterhin auf dem Boden des *Heidelberger Programms* von 1925 und forderte – zumindest programmatisch – die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und die Wiederherstellung der Grenzen von 1937.<sup>23</sup> Die tiefsten politischen Gegensätze zu den Regierungsfractionen betrafen die Fragen der Wiederbewaffnung, die Eingliederung in das entstehende westliche Bündnissystem sowie die Westorientierung im Ganzen.<sup>24</sup> Nach der erneuten Wahlniederlage von 1953 mehrten sich innerparteiliche Stimmen, die organisatorische und inhaltliche Parteireformen forderten. Der traditionalistische, noch an Kurt Schumacher orientierte Parteiapparat stand einer reformorientierten Gruppe um die spätere so genannte Troika Herbert Wehner, Helmut Schmidt und dem Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt gegenüber.<sup>25</sup>

Die Westberliner SPD hob sich in mehreren Hinsichten von den bundesdeutschen Landesverbänden ab: Zum einen stand sie in ständiger Konfrontation mit der SED; zum anderen war der innerparteiliche Streit um die Fragen der Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung im geteilten Berlin besonders intensiv.<sup>26</sup> Als Wortführer der in der Tradition Kurt Schumacher stehenden „Linken“ in der Westberliner SPD trat in den 1950er Jahre der Bundestagsabgeordnete Franz Neumann (zugleich Landesvorsitzender der Westberliner SPD) auf,<sup>27</sup> der, in Zusammenarbeit mit der *Sozialistischen Deutschen Jugend – Die Falken* (SJD), ein innerparteiliches Oppositionszentrum gegen die aufstrebende Gruppe der „Reformer“ installierte.<sup>28</sup> Willy Brandt trat hingegen als Frontfigur der reformorientierten Kräfte bereits auf den Landesparteitagen 1952 und 1954 gegen Neumann um den Landesvorsitz an, konnte jedoch erst als Regierender Bürgermeister eine Mehrheit in der Westberliner SPD erzielen.<sup>29</sup> Mahler wurde also zu einem Zeitpunkt Mitglied in der Westberliner SPD, an dem sich die traditionalistische Linke bereits auf dem innerparteilichen Rückzug befand. Er trat der SPD gute drei Monate nach seinem Ausscheiden aus der *Landsmannschaft Thuringia* am 7. März 1957 bei und wurde, seinem damaligen Wohnort gemäß, Mitglied im Kreisverband Schöneberg.<sup>30</sup> Das Parteileben der Schöneberger SPD verlief für Mahler – zumindest in den Jahren 1957/58 – in den tradierten Formen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Maifeier, Sommerfest und Kreisdelegiertenkonferenzen. Der bei seinem Eintritt 21-jährige fand im Kreisverband Schöneberg zudem eine aufstrebende Gruppe der *Jungsozialisten* (Jusos) vor,<sup>31</sup> an deren Veranstaltungen seit September 1957 auch die lokale SJD-Gliederung verstärkt teilgenommen hatte.<sup>32</sup> Mahler wurde nun auch Mitglied in der SJD, die in den kommenden Monaten als stärkste

innersozialdemokratische Oppositionskraft gegen das neue Grundsatzprogramm der SPD wirken sollte. In der SJD trat Mahler in ebenso energischer Weise und mit ähnlichen Positionen wie später im SDS auf.<sup>33</sup> Inhaltlich waren die sozialdemokratischen Veranstaltungen jener Zeit vor allem von den Debatten über den Entwurf eines neuen SPD-Grundsatzprogramms, die Frage der Wiederbewaffnung der Bundeswehr sowie die Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung geprägt.<sup>34</sup> Nach seinem Umzug in die Cauerstraße nach Berlin-Charlottenburg wechselte Mahler im September 1958 in den dortigen Kreisverband und wurde dort der Abteilung 6 zugeordnet.<sup>35</sup> Dort geriet er schnell in den Kreis um den umtriebigen SJD-Funktionär und SPD-Linken Harry Ristock.<sup>36</sup> Dessen reformorientierter Widerpart in der Charlottenburger SPD war eine der informellen Führungsfiguren der Reformkräfte, der spätere Innensenator und Bundestagsabgeordnete Kurt Neubauer.<sup>37</sup> Ristock repräsentierte bereits eine neue Generation von SPD-Linken, die darum bemüht war, sich von der traditionalistischen SPD-Linken um Franz Neumann abzusetzen. Er installierte in der Charlottenburger SPD einen so genannten Donnerstagskreis, auf dem die Charlottenburger SPD-Linke ihre Entscheidungen – durchaus im Stile einer Parallelpartei – vordiskutierte.<sup>38</sup> Der beinahe konspirativ agierende Donnerstagskreis löste sukzessive die alte innerparteiliche Oppositionsstruktur um Franz Neumann, die so genannte Keulenriege, ab.<sup>39</sup> In der SPD Charlottenburg stellten sich die innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse zum Zeitpunkt von Mahlers Zuordnung wie folgt dar: Während die Traditionalisten und SPD-Linken etwa ein Drittel der Mitglieder hinter sich versammeln konnten, machten die reformorientierten Kräfte etwa zwei Drittel der Mitglieder aus.<sup>40</sup> Vor allem durch das strömungspolitische Agieren der SPD-Linken im Donnerstagskreis gelang es der Gruppe um Harry Ristock, die Mehrheitsverhältnisse allmählich zu ihren Gunsten zu verändern. Auch Mahler nahm an den Sitzungen der SPD-Linken in Charlottenburg teil. Diese Sitzungen hatten teilweise den Charakter von „Generalstabsbesprechungen“, auf „denen diskutiert wurde, welche Positionen durch welche Genossen zu erobern“ seien.<sup>41</sup>

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im November 1958 hatten im Schatten der Berlinkrise von 1958 stattgefunden und bestätigten die pro-US-amerikanische Linie der reformorientierten Kräfte in der Westberliner SPD. Die UdSSR hatte im November 1958 ultimativ die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte „Freie Stadt“, den Abzug der alliierten Truppen sowie die Übergabe der Grenzkontrollfunktionen an die Einrichtungen der DDR gefordert. Mit diesem so genannten Chruschtschow-Ultimatum begann mit der

Berlinkrise von 1958-1962 eine der gefährlichsten internationalen Krisen des Kalten Krieges.<sup>42</sup> Zu Beginn des Jahres 1959 war die Charlottenburger SPD noch mit der Auswertung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1958 beschäftigt, in denen die SPD erstmals die absolute Mehrheit der Stimmen erlangen konnte.<sup>43</sup> Auf Grund der krisenhaften Gesamtsituation Westberlins setzte Brandt die Große Koalition mit der CDU jedoch dennoch fort, so dass im Abgeordnetenhaus keine parlamentarische Opposition vertreten war. In diese Zeit fiel auch die erste Wahl Mahlers in ein politisches Amt der SPD: Am 27. Januar 1959 wurde Mahler in der Abteilung 6 der SPD Charlottenburg zum „Abteilungs-Beisitzer für Heimatvertriebene“ gewählt, dessen Tätigkeitsbereich die Wahrnehmung der vertriebenenpolitischen Aufgaben in der Abteilung war.<sup>44</sup> Was auf den ersten Blick als bemerkenswerte Wahl Mahlers für seinen ersten parteipolitischen Posten erscheinen mag, war Ende der 1950er Jahre in der SPD jedoch üblich: Noch bis Mitte der 1960er Jahre verstand sich die SPD in der Tradition Kurt Schumachers als das Sprachrohr der Vertriebenen und arbeitete eng mit deren Interessensverband, dem *Bund der Vertriebenen* (BdV), zusammen.<sup>45</sup> Nach dem Sitzungsprotokoll zu urteilen, hatte die Postenübergabe von Mahlers knapp 70-jährigem Vorgänger an den vielversprechenden und energischen jungen Jurastudenten in wohlwollenden Einvernehmen stattgefunden.<sup>46</sup> Dass sich Mahler, dessen eigener biographischer Hintergrund als heimatvertriebener Schlesier bei der Übernahme des Beisitzerpostens im Abteilungsvorstand wohl die größte Rolle gespielt haben wird, in seinem weiteren politischen Leben nochmals in irgendeiner Form für die Interessen der Heimatvertriebenen engagierte, ist hingegen nicht belegbar.<sup>47</sup> Ebenso hatte Mahler an keiner Stelle jemals artikuliert, dass sein eigener Heimatvertriebenenstatus für seine politische Sozialisation identitätsstiftend gewesen sei, so dass davon auszugehen ist, dass Mahler dies als einfache Möglichkeit erkannte, in den Abteilungsvorstand aufzurücken, wenngleich der in der Postenübernahme enthaltene identifikatorische Anteil mit einem der politischen Kernanliegen der Elterngeneration bemerkenswert ist.

Im massiven Aufbrechen der Flügelkämpfe der Charlottenburger SPD in den folgenden Monaten wurde ein Konflikt deutlich, der den gesamten Modernisierungsprozess seit der verlorenen Bundestagswahl 1957 durchzogen hatte:<sup>48</sup> Auf der einen Seite wollte sich die seit 1958 mehrheitlich von reformorientierten Kräften geführte SPD neuen Schichten und Milieus öffnen, auf der anderen Seite musste sie weiterhin ihre mehrheitlich traditionalistisch orientierten Mitglieder und Funktionäre integrieren. Oskar Hippe, der später zusammen mit

Horst Mahler aus der SPD ausgeschlossen werden sollte, merkte in den Diskussionen jener Zeit an, dass es vor allem die auf ihre karrieristischen „Vorteile“ bedachten „neuen Mitglieder“ wären, die für das zunehmend „schlechte politische Niveau“ verantwortlich seien.<sup>49</sup> Hippe war demnach auch der Auffassung, die SPD solle weniger eine moderne Volkspartei als vielmehr eine „Kampforganisation“<sup>50</sup> sein. Um die Ablösung der alten, traditionalistisch orientierten Führung auch in der Charlottenburger SPD durchzusetzen – für die Mitglieder wie Oskar Hippe beispielhaft standen –, hatten sich sowohl die linke als auch die reformorientierte Strömung, die beide jeweils bereits von jüngeren Parteifunktionären (unter anderem Harry Ristock und Kurt Neubauer) dominiert wurden, in einem so genannten Integrationskreis abgesprochen und auf der Kreisdelegiertenkonferenz im April 1959 einen paritätisch aus rechten und linken Sozialdemokraten zusammengesetzten Kreisvorstand gebildet.<sup>51</sup> In einer turbulenten Sitzung war nach mehreren Wahlgängen Günter Spruch zum neuen Vorsitzenden der Charlottenburger SPD gewählt worden.<sup>52</sup> Nach wie vor war die SPD in Charlottenburg jedoch in zwei etwa gleich große Lager gespalten, was seinen Ausdruck auch in den mit aller Schärfe geführten Diskussionen über die anstehende Verabschiedung eines neuen SPD-Grundsatzprogrammes fand, das auf dem kommenden Bundesparteitag in Bonn-Bad Godesberg im November 1959 beschlossen werden sollte.

Neben seinem beginnenden politischen Engagement hatte sich Mahlers Lebensschwerpunkt in den Jahren 1958/59 hauptsächlich im Privaten abgespielt: Nachdem Mahler zu Beginn des Jahres 1958 seine Kommilitonin Ruth Frehn geheiratet hatte, waren im August 1958 sein Sohn Sven-Axel und im August 1959 seine Tochter Wiebke geboren worden.<sup>53</sup> Auch Mahlers Studium neigte sich bereits dem Ende zu: Im Juni 1959 bestand der vorbildliche Student die Erste Juristische Staatsprüfung mit einem „vollbefriedigendem“ Ergebnis.<sup>54</sup> Im Anschluss daran trat Mahler als Gerichtsreferendar am Kammergericht Berlin in den juristischen Vorbereitungsdienst ein.<sup>55</sup> Daneben arbeitete er seit dem vierten Semester an der FU Berlin als wissenschaftlicher Hilfsassistent bei Professor Ernst Eduard Hirsch.<sup>56</sup>

Obwohl er sein aktives Studium bereits beendet hatte, engagierte sich Mahler nun verstärkt im *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS), der spätestens seit 1958 im Rahmen der Diskussionen über eine mögliche atomare Bewaffnung der Bundeswehr, über das Verhältnis der BRD zur DDR und über das zu beschließende neue SPD-Grundsatzprogramm wahrnehmbar als zentrale oppositionelle Kraft innerhalb der Sozialdemokratie aufgetreten war. Im SDS

schien Mahler vorerst die geeignete Plattform für seine politischen Aktivitäten gefunden zu haben. Mahler selbst datiert seinen Eintritt auf das Jahr 1959,<sup>57</sup> ein Auskunftsbericht des *Ministeriums für Staatssicherheit* (MfS) vom Oktober 1964 gar bereits auf das Jahr 1956, allerdings mit der Einschränkung, Mahler sei erst seit 1959 aktiv an der Politik des SDS interessiert gewesen.<sup>58</sup> In einer Einladung des SDS-Bundesverbandes zu einem hochschulpolitischen Seminar im April 1961 wurde Mahler jedoch noch unter der Rubrik „Berliner Teilnehmer, die nicht SDS-Mitglieder sind“ geführt.<sup>59</sup> Das einzige Dokument, das einen Eintritt Mahlers in den SDS offiziell belegt, ist ein Sitzungsprotokoll der SDS-Gruppe an der FU Berlin, demzufolge Mahler auf der Sitzung am 19. Juli 1960 in den SDS aufgenommen wurde.<sup>60</sup> Auf Grund der übrigen Quellenlage ist jedoch davon auszugehen, dass Mahler schon vor Juli 1960 Mitglied des SDS war, er jedoch erst ab dem Frühjahr 1960 in größerem Maße im SDS aktiv wurde.<sup>61</sup>

Ursprünglich war der SDS als Verband für akademische Nachwuchsfunktionäre der SPD gegründet worden, hatte sich aber seit Mitte der 1950er Jahre sukzessive nach links entwickelt und dabei sowohl loyalen wie oppositionellen SPD-Mitgliedern, Sozialisten und Kommunisten (in der Regel Mitglieder der illegalen KPD, unter anderem Ulrike Meinhof und Klaus Rainer Röhl) eine Möglichkeit zur politischen Aktivität in einem gemeinsamen Verband gegeben.<sup>62</sup> Die oppositionellen Aktivitäten des SDS gegen die Politik der SPD dokumentieren die Abwehrkämpfe eines Teils des sozialdemokratischen Milieus gegen den inhaltlichen Wandlungsprozess in allen Fragen der transatlantischen Beziehungen, dem NATO-Bündnis, der Wiederbewaffnung sowie der europäischen Integration, bei denen die SPD beginnend mit dem Bundesparteitag in Stuttgart 1958, über den Beschluss des neuen Grundsatzprogrammes 1959 sowie durch die Abkehr vom *Deutschlandplan* im Sommer 1960 auf die außenpolitische Linie der CDU unter Konrad Adenauer eingeschwenkt war und sich damit aller Neutralitäts- und Abrüstungskonzeptionen der 1950er Jahre entledigte.<sup>63</sup> Lange Zeit hatte die SPD selbst an der Spitze der Bewegung gegen eine atomare Aufrüstung gestanden: Noch im März 1958 sollte der Kampf gegen den Bundestagsbeschluss zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr vom März 1958 „mit allen gegebenen verfassungsmäßigen Mittel innerhalb und außerhalb des Parlaments“ fortgesetzt werden, wurde jedoch im Verlauf des Jahres auf maßgebliches Betreiben der reformorientierten Kräfte hin aufgegeben.<sup>64</sup> Der SDS hingegen bekräftigte auf seiner bundesweiten Delegiertenkonferenz im Oktober 1958 seine ablehnende Haltung zur Frage der atomaren Bewaffnung.<sup>65</sup> Auch bei den Vorstandswahlen konnten sich die

SPD-kritischen und traditionalistischen linken Kräfte mit dem Kandidaten Oswald Hüller durchsetzen.<sup>66</sup> Mit dem Ausgang dieser Delegiertenkonferenz wurde der SDS endgültig zu dem, was manche schon länger in ihm sahen: die treibende Kraft der innerparteilichen Kritik am geplanten neuen Grundsatzprogramm der SPD. Der vom neuen Bundesvorsitzenden Oswald Hüller initiierte „wissenschaftliche Beirat“ (in dem neben Mitgliedern des SDS, auch Vertreter der Jusos und SJD-Mitglieder engagiert waren) widmete sich als erstes einer Analyse des seit 1958 vorliegenden Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm der SPD.<sup>67</sup> Mit der Arbeit dieses Beirats sollte eine innerparteiliche Opposition zum sich abzeichnenden Trend für eine Zustimmung zu diesem Programmentwurf geschaffen werden.<sup>68</sup> Dementsprechend besorgt war die SPD-Führung über die Aktivitäten der ihr nahestehenden Jugend- und Studierendenorganisationen, wobei weniger die Jusos als vielmehr die SJD und der SDS die treibenden Teile der jungen Opposition gegen den Programmentwurf waren.<sup>69</sup> Die SPD-Führung verstand diese Aktion ihres Studierendenverbandes als „Kampfansage“, da sie mit dem Entwurf für ein neues Parteiprogramm die unter anderem den SDS dominierenden linkstraditionalistischen, sozialistischen und marxistischen Positionen aus der sozialdemokratischen Programmatik tilgen wollte.<sup>70</sup> Diese zunehmende Distanz zur SPD kommunizierte der SDS 1959 im Rahmen von zwei größeren Kongressveranstaltungen auch an eine breitere Öffentlichkeit. Im Rahmen dieser Kongresse konnten auf Initiative der marxistisch-leninistischen, von der SED finanzierten so genannten *Konkret*-Fraktion Resolutionen zu den Fragen der Abrüstung und der Wiedervereinigung beschlossen werden, die dem Standpunkt der SED entsprach (unter anderem einseitige Abrüstung der BRD und Prüfung einer interimistischen Konföderation der beiden deutschen Staaten), was zu vehementen Protesten von Seiten der SPD führte.<sup>71</sup> Zwar führten diese Beschlüsse auch in manchen SDS-Gruppen zu wütenden Reaktionen, trafen aber bei vielen Mitgliedern auf Zustimmung, so auch bei Mahler.<sup>72</sup> In Reaktion auf die Kongresse fasste der SDS Westberlin einen Beschluss, der eine beidseitige Abrüstung der BRD und der DDR forderte, was in etwa die Position des *Deutschlandplans* der SPD rekapitulierte.<sup>73</sup>

Die politische Linksverschiebung des SDS verursachte innerverbandlich zunehmende Friktionen; Forderungen nach der Gründung von eigenständigen, ausschließlich sozialdemokratischen Hochschulgruppen wurden nun von der SPD-Führung offen artikuliert,<sup>74</sup> während gleichzeitig innerhalb des SDS – vor allem aus Westberlin – die Absetzung Hüllers und der Ausschluss der *Konkret*-

Fraktion gefordert wurde.<sup>75</sup> Die als besonders „rechts“ geltende SDS-Gruppe am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin verlangte – allerdings ohne Erfolg – bereits 1959 die Auflösung des SDS-Landesverbandes Westberlin und seine Ersetzung durch eine ausschließlich sozialdemokratische Hochschulorganisation.<sup>76</sup> Der auch in den linken Fraktionen des SDS sehr umstrittene Hüller wurde im Anschluss an die oben genannte Kongresse schließlich auf einstimmigen Beschluss des Bundesvorstandes abgesetzt.<sup>77</sup> Auf der folgenden Delegiertenkonferenz im Oktober 1959 konnte ein Bundesvorstand gewählt werden, der ausschließlich von der SPD-kritischen, aber gemäßigt linken so genannten Mittelfraktion getragen wurde und dem weder ein Vertreter der *Konkret*-Fraktion noch der SPD-loyalen Gruppen angehörte.<sup>78</sup> Erstere waren nicht gewählt worden, um weiteren Dissonanzen mit der SPD vorzubeugen, während sich letztere nicht gegen die von den linken Fraktionen getragene breite Ablehnung des neuen Grundsatzprogramms durchsetzen konnte, wenngleich auch nach den Neuwahlen im Bundesverband das Verhältnis des SDS zur SPD-Spitze weiterhin angespannt blieb.<sup>79</sup> Der Landesvorstand des Westberliner SDS hatte im März 1960 eine Erklärung verabschiedet, in der das Verhalten der Gruppe um Hüller als bewusste Provokation und als „Spaltungsversuch[e]“ bezeichnet wurden.<sup>80</sup> Auch warb der Landesvorstand für einen Eintritt aller seiner Mitglieder in die SPD, da es „heute dringender denn je erforderlich“ sei, „alle Sozialisten in einer geeinten Bewegung zusammenzufassen“.<sup>81</sup> Als Reaktion auf die ablehnende Haltung des SDS zum im November 1959 in Bonn-Bad Godesberg beschlossenen neuen Grundsatzprogramm erklärte der SPD-Parteivorstand im Februar 1960, ab nun sozialdemokratische Studierendengruppen – so denn diese das *Godesberger Programm* anerkannten – in gleicher Weise zu fördern wie den SDS.<sup>82</sup> Im Mai 1960 traten mehr und mehr Hochschulgruppen der „rechten“ Fraktion aus dem SDS aus und gründeten am 9. Mai 1960 in Bonn den *Sozialdemokratischen Hochschulbund* (SHB). Der fraktionsübergreifend anerkannte Klaus Meschkat,<sup>83</sup> eines der führenden Mitglieder im Westberliner SDS, kritisierte die SHB-Gründung und betonte, der SDS sei auch weiterhin der Platz für alle „sozialistischen Studenten, die eine Aktionseinheit mit den Anhängern des Ulbricht-Regimes ebenso ablehnen, wie ein Fraternisieren mit dem Antibolschewismus der Kanzlerpartei“.<sup>84</sup> Der SDS-Landesvorstand versendete am 13. Mai 1960 ein Rundschreiben an alle Abteilungsvorstände der Westberliner SPD, in dem er die SPD-Basis zur Solidarität mit dem SDS aufforderte. Dieses Schreiben erreichte Mahler zu einem Zeitpunkt, als er bereits seit einem Jahr als Beisitzer im Abteilungsvorstand arbeitete. Die zu-

nehmende Friktion zwischen SDS und SPD verstärkten Mahlers Engagement im SDS.<sup>85</sup> Kurz nach der SHB-Gründung erkannte die SPD diesen als ihren offiziellen Studierendenverband an und wünschte eine Vereinigung aller Mitglieder der SPD an den Hochschulen und Universitäten im SHB.<sup>86</sup> Der Berliner Landesvorstand der SPD verschärfte die Erklärung des SPD-Bundesvorstandes indessen noch, indem er verlautbarte, er werde in Zukunft explizit den SHB gegen den SDS unterstützen und alle sozialdemokratischen Studierenden zum Beitritt aufforderte.<sup>87</sup> Am 1. Juni 1960 fand eine Landesvollversammlung des Westberliner SDS statt, zu der 115 stimmberechtigte Mitglieder erschienen, unter ihnen 62 „eingeschriebene Mitglieder der SPD“.<sup>88</sup> Die Landesvollversammlung lehnte einstimmig den von der SPD geforderten Übertritt in den SHB ab.<sup>89</sup> Der Vertreter der Westberliner SPD warnte die Anwesenden vor einem drohenden Unvereinbarkeitsbeschluss der Mitgliedschaft in SPD und SDS.<sup>90</sup> Da die Beschäftigung des SDS mit den nicht-hochschulpolitischen Fragen der atomaren Rüstung, den Möglichkeiten einer Annäherung von BRD und DDR bzw. einer Wiedervereinigung sowie der Diskussion um das *Godesberger Programm* diesen erst in den Konflikt mit der SPD manövriert hatte, initiierten SDS-Mitglieder um Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg<sup>91</sup> im Sommer 1960 die Erarbeitung eines hochschulpolitischen Programms des SDS, um – auch von der SPD – wieder verstärkt als Akteur an den Hochschulen wahrgenommen zu werden.<sup>92</sup> Der Landesvorstand zog im Sommer ein durchwachsendes Fazit des bisherigen Jahres 1960: Das „Sommer-Semester 1960 ist zu Ende. Für unseren Verband war es die bisher schwerste Zeit seit seinem Bestehen, wenn man von dem Einschnitt der Jahre 1933-1945 absieht. Es ist zu erwarten, daß uns noch schwere Belastungen bevorstehen“.<sup>93</sup>

Der innerparteiliche Streit um eine zeitgemäße Auslegung der sozialdemokratischen Programmatik war auch ein Jahr nach dem Godesberger Parteitag noch nicht beigelegt. Die SPD Charlottenburg diskutierte auf einer Kreis-Delegiertenkonferenz im Oktober 1960 anlässlich von Referaten Gerd Löfflers und Harry Ristocks die Rolle der SPD in der bundesrepublikanischen Gesellschaft.<sup>94</sup> Ristock befasste sich nach einem Rückgriff auf die Geschichte der Sozialdemokratie mit der Situation der BRD und der deutschen Sozialdemokratie im Zeitalter der Blockkonfrontation zwischen einem „totalitäre[n] kommunistisch-stalinistische[n] System“ und einem sich in unterschiedliche Richtungen entwickelnden „westlich-kapitalistischen System“. Ristock war offensichtlich sehr um eine Positionierung in der politischen Mitte der Partei bemüht; so wies er ausdrücklich darauf hin, dass der Marxismus nur *ein* ideologischer Ursprung

der Sozialdemokratie gewesen sei und für ihn die „Sozialisierung [der Schlüsselindustrien] kein Dogma“ mehr sei. Gerd Löffler sprach darauf folgend über die Grundsätze „von Freiheit und Ordnung“ und ging dabei insbesondere auf den Freiheitsbegriff von Karl Marx ein. Löffler illustrierte seine Ausführungen mit einigen Beispielen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation. Am 23. November 1960 trug Löffler diesen Vortrag – in leicht veränderter Weise – unter dem Titel „Aufgaben der Sozialdemokratie“ auch auf einer Veranstaltung in Mahlers Abteilung vor.<sup>95</sup> Zu diesem Zeitpunkt war Mahler schon darum bemüht, seinem innerparteilichen Auftreten den Anstrich eines professionellen politischen Aktivisten zu geben: Seinen Redebeitrag hatte er bereits im Vorfeld angefertigt und im Nachgang zur Veranstaltung zur weiteren Verwendung und Dokumentation ein notizartiges Protokoll des Diskussionsverlaufs verfasst. Mahler kritisierte Löffler, dem es misslungen sei, in seinem Vortrag über das konkrete „Wie“ der gesellschaftspolitischen Fernziele der SPD zu sprechen und hielt diesem Mangel die tradierte SPD-Programmatik aus der Zeit vor der inhaltlichen Revision auf dem Godesberger Parteitag entgegen: Im Falle eines Wahlsieges bei der Bundestagswahl 1961 würde sich für die SPD die Frage „nach der Macht im Staate stellen“. Von der ökonomischen Potenz des „Monopolkapitals“ überzeugt, war Mahler der Auffassung, dass es zwischen diesem und einem Bundestag mit einer SPD-Mehrheit zu einem „Macht-dualismus“ kommen würde, wobei er kritisierte, dass die SPD keine Vorkehrungen getroffen habe, diesen „Dualismus zu liquidieren“. Mahler plädierte dafür, dass die SPD das „Volk“ darüber aufklären müsse, dass das „Monopolkapital durch Provokation von wirtschaftlichen Missständen versuchen“ werde, die „SPD-Politik zu diskreditieren“. Außerdem müsse sich die SPD auf einen „Machtkampf“ mit dem „Monopolkapital“ vorbereiten und die Sozialisierung der Schlüsselindustrien in Angriff nehmen. Mahler notierte die „Zustimmung vieler Genossen während der Ausführungen durch Kopfnicken [...und] starke[n] Beifall“. Löffler entgegnete Mahler, dass seiner Auffassung nach, falls „die Kapitalisten wirtschaftliche Schwierigkeiten provozieren“ würden, die SPD „unverzüglich verstaatlichen“ werde. Mahlers Verwendung des Begriffs „Monopolkapital“ ließ bereits zu diesem Zeitpunkt – im November 1960 – die Rezeption marxistisch-leninistischer Literatur erkennen, die Auswirkungen auf seine Stellung innerhalb der Organisationen haben sollte, denen er angehörte: Zum einen distanzierte sich Mahler auf diese Weise sukzessive auch vom linken Flügel der SPD und zum anderen band er sich damit immer stärker an den sich ebenfalls von der SPD entfernenden SDS.

Mittlerweile hatte die SPD auch auf Bundesebene die Beziehungen zum SDS abgebrochen.<sup>96</sup> Dennoch nahmen auf der 15. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS im Oktober 1960 in Frankfurt rund 50 Gäste aus dem sozialdemokratischen Umfeld teil. Der SDS betrachtete sich nun zum ersten Mal in seiner Geschichte als völlig unabhängig, dennoch aber als Teil der von der SPD geführten Arbeiterbewegung.<sup>97</sup> Scharf distanzierte sich die Konferenz deshalb von der geplanten Gründung einer parteipolitischen Alternative zur SPD, aus der später die *Vereinigung Unabhängiger Sozialisten* (VUS) hervorgehen sollte.<sup>98</sup> In dieser innerverbandlich immer turbulenter werdenden Situation konnte sich auf der Landesvollversammlung des SDS Westberlin am 12. November 1960 mit Erik Nohara ein gemäßigter Linker bei den Wahlen zum Landesvorsitz durchsetzen.<sup>99</sup> Eingangs hatte Nohara ein Referat über die politische Zukunft des SDS gehalten, in dem er versuchte, den politischen Standort des SDS in der deutschen Arbeiterbewegung neu zu definieren. Nohara sprach sich scharf gegen die Gründung der VUS aus und mahnte die Beschäftigung des SDS mit hochschulpolitischen Themen an. Der SDS sei keine „Ersatzpartei“ für die SPD. Um dieses Referat entzündete sich eine hitzige Diskussion, an der auch Horst Mahler teilnahm.<sup>100</sup> Mahler monierte, dass eine „Standortbestimmung der sozialistischen Bewegung“ bzw. des SDS eine umfassendere Analyse der historischen Grundlagen der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert erfordere. Insbesondere sollten die Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und die Entstehung des Stalinismus aus der Oktoberrevolution als „notwendiger historischer Prozeß verstanden“ werden.<sup>101</sup> Mahler hatte diesen Beitrag, wie er selbst schrieb, „bewußt provozierend“ gehalten, um damit eine Beschäftigung mit den erwähnten historischen Zusammenhängen und traditionalistischen marxistisch-leninistischen Positionen im SDS anzuregen.<sup>102</sup> Auf Mahler antwortete ein langjähriger SDS-Genosse mit einer wütenden Replik,<sup>103</sup> wobei jedoch die positiven „Reaktionen der meisten Zuhörer (Beifall)“ überwogen.<sup>104</sup> Mahlers Selbstinszenierung als frischgebackener Leninist stieß in Teilen des SDS auf interessierte Zustimmung, so lobte auch Klaus Meschkat in einem kurzen Gespräch Mahlers Beitrag.<sup>105</sup>

Während Mahler daran ging, innerhalb des SDS und der SPD Westberlins linke Kräfte zu bündeln, sammelten sich andere Linke außerhalb der SPD: Bereits während der SDS-Delegiertenkonferenz befand sich eine, als Reaktion auf die programmatische Neuausrichtung der SPD seit Godesberg zu verstehende Linksabsplattung der SPD in Gründung; im November 1960 gründete schließlich eine Gruppe „von ausgeschlossenen und ausgetretenen Sozialdemo-

kraten<sup>106</sup> um den ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär Viktor Agartz die VUS, in der Mahler Ende 1962 Mitglied werden sollte. Der SDS distanzierte sich scharf von der entstehenden VUS, unter anderem weil er es ablehnte, mit einer Partei zusammenzuarbeiten, die nur einige Intellektuelle, jedoch nicht die Arbeiterschaft repräsentiere.<sup>107</sup> Gegen einen der Mitbegründer der VUS, den ehemaligen SDS-Bundesvorsitzenden Oswald Hüller, lief bereits ein Ausschlussverfahren. Die VUS verstand sich jedoch selbst weniger als neue Partei im klassischen Sinne und wollte nicht in wahlpolitische Konkurrenz mit der SPD treten, als vielmehr diese politisch-inhaltlich beeinflussen, um so die mit dem *Godesberger Programm* aufgegebenen Positionen der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, der Ablehnung der Notstandsgesetze, des Ausscheidens aus der NATO sowie der Aufnahme von Verhandlungen mit der DDR über eine Wiedervereinigung wieder zur Programmatik der Sozialdemokratie zu machen.<sup>108</sup> Einige führende Repräsentanten der VUS – unter anderem Agartz, Hüller und Gerhard Gleissberg<sup>109</sup> – waren jedoch an den Aktivitäten der als Wahlpartei für die Bundestagswahlen 1961 gegründeten, linksneutralistischen *Deutschen Friedensunion* (DFU) beteiligt. Der SDS erklärte auch eine Mitarbeit in der DFU für unvereinbar mit der Mitgliedschaft im SDS.<sup>110</sup> Daraufhin entspann sich im SDS eine Kontroverse um die Frage der Haltung zu DFU und VUS. Die SDS-Führung war strikt darauf bedacht, der SPD keine weiteren Anlässe zum angedrohten Unvereinbarkeitsbeschluss zu geben, während Teile der SDS-Basis aus programmatischen Gründen die Zusammenarbeit mit der DFU und der VUS anstrebten.<sup>111</sup> An mehreren Stellen war die Vermutung artikuliert worden, dass innerhalb der VUS Funktionäre der illegalen KPD einen dominierenden Einfluss errungen hätten.<sup>112</sup> Auch im Westberliner SDS sympathisierten einige Mitglieder mit der DFU und arbeiteten – als Einzelpersonen und nicht als SDS-Mitglieder, wie der Landesvorsitzende Nohara dem Bundesvorsitzenden Michael Schuhmann<sup>113</sup> versicherte – in der örtlichen DFU-Gruppe mit. Auch einer Aufforderung des SDS-Landesvorsitzenden von Hessen, der SDS möge sich schnellstmöglich der VUS und der DFU anschließen, welche die „bislang richtige SPD-Politik“ fortsetzen würden, erteilte Nohara per Telegramm eine schnelle Absage und forderte den Ausschluss des hessischen Vorsitzenden aus dem SDS.<sup>114</sup> Horst Mahler, der sich inhaltlich auf der Linie der VUS-Gründung befand, nahm zwar Anteil an der Gründung der VUS in Westberlin, wurde jedoch (noch) nicht deren Mitglied.<sup>115</sup> Noch schien es ihm aussichtsreich, in der SPD für seine Positionen zu agitieren. Obwohl sich Ende 1960 die Hinweise für einen SDS-Unvereinbarkeitsbeschluss von

Seiten der SPD mehrten, zeigten Teile des sozialdemokratischen Milieus weiterhin ihre offene Solidarität mit dem SDS: Aus dem akademischen Umfeld der SPD an den Westberliner Hochschulen wurde im Januar 1961 zusammen mit einigen dem SDS wohlgesonnenen sozialdemokratischen Funktionären die Initiative *Freundeskreis für den Berliner SDS* zur finanziellen Unterstützung des SDS gegründet.<sup>116</sup> Aus dieser sollte sich später die *Sozialistische Förder-Gesellschaft* (SFG) entwickeln.<sup>117</sup>

Wenige Monate im Anschluss an diese Veranstaltung konnte Mahler seinen Aktivitätsgrad innerhalb der SPD merklich erhöhen: Am 28. Februar 1961 wurde er zum stellvertretenden Abteilungsvorsitzenden der (nach der Organisationsreform der SPD Charlottenburg) neuen Abteilung 2 gewählt, am 22. März zum Vorsitzenden der Charlottenburger Jusos und am 16. April zum Delegierten für die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Charlottenburg.<sup>118</sup> Das Amt des Kreisvorsitzenden der Jusos Charlottenburg hatte Mahler als Nachfolger von Harry Ristock übernommen.<sup>119</sup> Trotz Mahlers radikalen Ansichten, die selbst im Kreise der Charlottenburger SPD-Linken nicht mehrheitsfähig waren, stellte er für die Funktionäre der Partei eine präsentable Nachwuchskraft dar, bei der die Hoffnung berechtigt erschien, dass sie noch auf die Parteilinie einschwenken werde.<sup>120</sup> Mahler bewarb sich zudem auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 24. März 1961 für den Kreisvorstand der Charlottenburger SPD und kandidierte – als frisch gewählter Juso-Vorsitzender – für den den Jusos zustehenden Beisitzerposten im Kreisvorstand.<sup>121</sup> Bereits bei seiner Kandidatur zum Juso-Vorsitzenden hatte neben Mahler mit Wolf Tuchel ein Kandidat aus dem reformorientierten Lager zur Wahl gestanden, der nun auch auf der Kreisdelegiertenkonferenz wieder gegen Mahler kandidierte. Zwar hatte die Charlottenburger SPD-Linke dort mittlerweile eine eigene Mehrheit – Ristock wurde auf dieser Konferenz in den Kreisvorstand gewählt –, dennoch unterlag Mahler knapp gegen Tuchel.<sup>122</sup> Zu dieser Zeit nahm Mahler längst an den strömungspolitischen Besprechungen des Donnerstagskreises teil, war insofern parteilich verankert, was seine Nichtwahl zu einer deutlichen Niederlage machte, die sich nur mit seinem radikalen Auftreten in der SPD Charlottenburg erklären lässt.<sup>123</sup> Mahler wurde nach seiner Niederlage gegen Tuchel als Beisitzer für Bildung vorgeschlagen, lehnte dies jedoch ab.<sup>124</sup> Auf dem anschließenden SPD-Landesparteitag verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen dem linken und dem reformorientierten Flügel, insbesondere Harry Ristock profilierte sich dort als einer der Wortführer der Westberliner SPD-Linken.<sup>125</sup>

Mahler – mittlerweile ein sozialdemokratischer Multifunktionär in der Charlottenburger SPD – versuchte auch im Vorfeld der im September 1961 stattfindenden Bundestagswahlen seine Vorstellungen sozialdemokratischer Programmatik in die Gremien der SPD einzubringen. In einem Redebeitrag, den Mahler im Rahmen einer SPD-Versammlung hielt, versuchte er die grundlegenden Aufgaben der SPD nach der Bundestagswahl zu skizzieren.<sup>126</sup> Mahler erläuterte einleitend den Antagonismus zwischen CDU und FDP auf der einen Seite sowie der SPD auf der anderen Seite und erklärte die Demokratisierung der Bundesrepublik zu einer der Hauptaufgaben der SPD. Getreu Mahlers Kampf gegen die modernisierende Programmatik des *Godesberger Programms* und die im Sommer 1960 stattgefundenen Abkehr vom *Deutschlandplan*<sup>127</sup> der SPD ging er in seinem Beitrag auf den NATO-Beitritt der BRD, die Atomrüstung sowie die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein. Deutlich im Stile der nationalen Rhetorik Kurt Schumachers führte Mahler aus: „Der Parteivorstand ist der Ansicht, daß die [Frage nach der atomaren Aufrüstung] im Wahlkampf keine Rolle spielen sollte, da die entscheidenden militärischen Fragen innerhalb der Nato und durch US-Präsident Kennedy entschieden werden.“<sup>128</sup> Diese verschwörungstheoretisch inspirierte Aussage hatte Mahler dem Bundesvorstand der SPD in den Mund gelegt, um sie zu widerlegen: Denn nach Mahler müsse die „politische Führung der BRD“ in jedem Fall in die „Gestaltung der Nato-Politik“ eingreifen, da die Interessen der deutschen Bevölkerung „mit diesen von der Nato repräsentierten [...] Interessen [nicht] in allen Bereichen identisch“ seien. Anschließend führte Mahler das außenpolitische Agieren Schumachers als Beispiel an, das zeige, „wie wichtig es ist, daß das politische Gewicht der BRD voll eingesetzt wird, um die deutschen Interessen zu wahren.“ Hier artikulierte Mahler den Gedanken einer US-amerikanischen Fremdherrschaft, die als Besatzungsmacht das nationale Kollektiv daran hindere, seine „Interessen“ wahrzunehmen. Mahlers personifizierende Welterklärung wurde zudem durch die Annahme illustriert, der US-amerikanische Präsident sei alleine dazu in der Lage, die Geschicke der NATO bzw. der Weltpolitik zu lenken. Freilich verstand Mahler unter „deutschen Interessen“ keine militärischen bzw. wirtschaftlichen Anliegen, vielmehr sei der BRD auf Grund ihrer geographischen Lage in der Mitte Europas „schicksalhaft“ die Aufgabe zugefallen, „zu verhindern, dass durch die militärische Planung der Nato auch noch die letzten politischen Möglichkeiten für eine Entspannungspolitik beseitigt werden.“ In Mahlers schuldrelativierender Argumentation wurde – 15 Jahre nach dem vom nationalsozialistischen Deutschen Reich ausgelösten Weltkrieg – den die

NATO dominierenden USA die alleinige Schuld für das Zustandekommen des Kalten Krieges aufgeladen und mit der Behauptung, diese würden bewusst einen neuen Weltkrieg in Kauf nehmen, die Schuld des eigenen nationalen Kollektivs am Zweiten Weltkrieg relativiert. Weiter sprach Mahler davon, dass „Frieden und damit Entspannung [...] das vordringlichste Anliegen einer Politik im Interesse des schaffenden [Durchstreichung im Original, Anm. d. Verf.] Volkes“ sei und die NATO sich zu einem „unüberwindlichen Hindernis“ für eine solche Entspannungspolitik entwickle. Die von der SPD ausgegebene „Parole der Nato-Treue“ sei nur dann sinnvoll, „wenn sie [...] in Beziehung gesetzt“ werde zum „Lebensinteresse des deutschen Volkes an einer weltweiten Entspannung“. Mit seiner antiwestlichen Argumentation verteidigte Mahler nochmals den bereits im Sommer 1960 von der SPD-Führung aufgegebenen *Deutschlandplan*, der die Schaffung einer entmilitarisierten und atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als Voraussetzung für eine schrittweise deutsche Wiedervereinigung vorgesehen hatte. Auch sprach sich Mahler – hier im Einklang mit der Führung der SPD – gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus und machte diese zum „Kriterium für die Bereitschaft zur Entspannung in der Welt“. In einer handschriftlichen Notiz am Rand des Redemanuskripts hatte Mahler die antiamerikanische Stoßrichtung nochmals betont: „Die Entscheidung in dieser Frage dürfen wir [...] weder den Militärs der Nato noch dem US-Präsidenten überlassen, denn von ihnen können wir nicht verlangen, daß sie von deutschen Interessenslagen ausgehen.“ Abschließend warnte Mahler vor einem künftigen Kanzler „F. J. Strauß“, der „jenes deutsche Großmachtstreben“ verkörpere, „das maßgeblich zu den Völkermorden der beiden Weltkriege geführt“ habe. Er forderte die SPD dazu auf, in keinem Fall eine Koalition mit „Leuten“ einzugehen, „die dabei sind, das deutsche Volk erneut in Unfreiheit zu führen.“ In Mahlers manichäischer Weltsicht war die CDU/CSU Teil jener wesensbösen Kräfte, die – in der Kontinuität des Nationalsozialismus stehend – das „deutsche Volk“ wieder in die „Unfreiheit“ führen und gegen dessen eigentliches Interesse nach weltweitem Frieden agieren würden.

Die angespannte Lage zwischen SDS und SPD beruhigte sich während des Bundestagswahlkampfes im Sommer 1961 etwas. Im Sommersemester 1961 standen für den Westberliner SDS zwei Themen im Vordergrund der politischen Arbeit: Zum einen sollten die Arbeiten zu einer grundlegenden hochschulpolitischen Denkschrift abgeschlossen werden, und zum anderen – offenbar angeregt durch die Diskussionen auf dem Landesparteitag der SPD Westberlin, auf dem der SDS „wieder Gegenstand der Auseinandersetzung in der

Sozialdemokratie<sup>129</sup> geworden war – sollte der Landesverband eine Stellungnahme zu den Bundestagswahlen 1961 verfassen. Diese sollte erläutern, warum „die gegenwärtige Politik der SPD falsch“ sei und alternative Vorschläge der „deutsche[n] Linken“ unterbreiten.<sup>130</sup> Der Flügel des Westberliner SDS, der die Konfrontation mit der SPD am stärksten suchte, wollte durch diese „Erklärung“ wieder in die Offensive gelangen. Ein Mahler zuzuordnendes SDS-internes Papier vom Frühjahr 1961 fasste die Erwartungen dieses Flügels an eine „Erklärung“ zum Ausgang der Bundestagswahlen 1961 im Allgemeinen und der SPD im Besonderen zusammen.<sup>131</sup> Zweck der „Erklärung“ sollte laut Mahler explizit sein, auf die SPD-Linke und vor allem auf einfache Mitglieder in der SPD einzuwirken und diesen zu erklären, „wie eine SPD-Konzeption aussehen müsste, die ihrem Inhalt nach sozialistisch ist und gleichzeitig mit den Realitäten des Jahres 1961 übereinstimmt.“ In der Form sollte die auf etwa 30 Seiten angelegte Erklärung so gehalten sein, dass sie auch „von durchschnittlichen SPD-Mitgliedern verstanden werden kann.“ Auf marxistische Terminologie sollte aus taktischen Gründen weitgehend verzichtet werden. Dem Anspruch nach sollte die „Erklärung“ als eine Art strategisches Grundsatzpapier des (Bundes-)SDS auf der im Oktober 1961 stattfindenden 16. Delegiertenkonferenz beschlossen werden und die Richtschnur für das politische Handeln des künftigen Bundesvorstandes darstellen. Die in diesem internen Papier von Mahler skizzierten Vorstellungen zur Erstellung der „Erklärung“ wurden vom Landesvorstand übernommen.<sup>132</sup> Mahler wurde neben Klaus Wrobel zu einem der Koordinatoren der Erstellung der „Erklärung“ ernannt, sammelte die Beiträge der verschiedenen Autoren und Arbeitsgruppen und übernahm auch deren Endredaktion.<sup>133</sup> Ende September 1961 fand ein Seminar des SDS Westberlin statt, auf dem die „Erklärung“ in eine endgültige Fassung gebracht wurde.<sup>134</sup> Diese sollte dann weiter auf der bundesweiten SDS-Delegiertenkonferenz im Oktober 1961 behandelt werden. Mahler sprach auf dem Seminar einleitend zu den „Probleme[n] einer politischen Erklärung“.<sup>135</sup>

Der Wahlkampf zu den Bundestagswahlen 1961 hatte stark unter dem Eindruck des Baus der Berliner Mauer am 13. August 1961 gestanden. Diesem war 1959 und 1960 ein ergebnisloses Ringen der ehemaligen Alliierten vorausgegangen, bei dem die USA deutlich gemacht hatten, dass sie unter keinen Umständen dazu bereit waren, Westberlin in eine entmilitarisierte „Freie Stadt“ umzuwandeln.<sup>136</sup> Als die DDR am 13. August 1961 die innerstädtische Grenze abriegelte und mit dem Bau der Mauer begann und in Folge weder die westlichen Alliierten eingriffen noch die Bundesregierung ernsthaft reagierte, führte

dies in der Westberliner Bevölkerung zu einer Vertrauenskrise: Trauer, Enttäuschung und ohnmächtige Wut kennzeichneten die Stimmung in der Stadt.<sup>137</sup> Willy Brandt, der als Regierender Bürgermeister gleichzeitig Spitzenkandidat der SPD im Bundestagswahlkampf war, forderte die USA zur Unterstützung auf.<sup>138</sup> Diese waren allerdings nur dazu bereit, symbolisch ihre Truppen in Westberlin um 1.500 Mann zu verstärken; gleichwohl wurde dies von weiten Teilen der Westberliner Bevölkerung enthusiastisch begrüßt.<sup>139</sup> Bei den Bundestagswahlen am 17. September 1961 konnte die SPD mit ihrem reformorientierten Kanzlerkandidaten leichte Zugewinne verbuchen, was parteiintern als elektorale Bestätigung des neuen Kurses seit dem Parteitag in Godesberg gewertet wurde. Angesichts der ungebrochen positiven Haltung der Mehrheit der Westberliner Bevölkerung zu den westlichen Alliierten und insbesondere den USA geriet die politische Fraktion im SDS, die sich für eine antiwestliche, neutralistische Position in der Frage des Status' von Berlin sowie einer möglichen Wiedervereinigung aussprach, in die Defensive. Im Westberliner SDS fand sogar ein Antrag für die kommende bundesweite Delegiertenkonferenz des SDS eine Mehrheit, der die „Freiheit der Westberliner Bevölkerung, die freie Zufahrt von und nach Westberlin und die Anwesenheit von Garantietruppen in Westberlin“<sup>140</sup> forderte.

Mahler hatte sich innerhalb weniger Monate zu einem zentralen Mitglied des Westberliner SDS entwickelt. Zwar schien ihm dieser inhaltlich die richtige Plattform für seine politische Arbeit zu sein, weniger zufrieden war Mahler jedoch mit der begrenzten Wirksamkeit eines akademischen Verbandes. Bereits in den Vorarbeiten zur „Erklärung“ hatte Mahler immer wieder darauf gedrungen, dass diese in einer auch für Nichtakademiker verständlichen Sprache verfasst werden müsse. Ebenso äußerte er sich gegenüber dem Vorsitzenden der *Gewerkschaftlichen Studentengruppe* (GSG) an der FU Berlin, Heinz Kanneberg, der SDS solle verstärkt die „Diskussion mit Arbeitern“ suchen und in Zusammenarbeit mit der GSG im Wintersemester 1961/62 „ständige[,] gemischte Diskussionsgruppen von Arbeitern und Studenten“ bilden.<sup>141</sup> Im Nachgang der Bundestagswahlen nahm der Abgrenzungskampf der SPD gegen den SDS wieder an Fahrt auf. Auf seiner 16. ordentlichen Delegiertenkonferenz Anfang Oktober 1961 hatte sich der SDS bereits demonstrativ an die Entwicklungen in der radikalen politischen Linken in Großbritannien und Frankreich angelehnt, begriff sich also zunehmend als Teil einer *Neuen Linken* und nicht mehr als Teil der sozialdemokratisch geführten Arbeiterbewegung.<sup>142</sup> Die vom Westberliner SDS unter der Federführung von Horst Mahler entwickelte „Erklärung“ zum

Ausgang der Bundestagswahlen wurde zwar nicht mehr behandelt, die dort erarbeiteten Inhalte sollten jedoch in ein neues Grundsatzprogramm des SDS einfließen.<sup>143</sup> Stattdessen wurde von den Delegierten ein Aktionsprogramm beschlossen, welches den SDS deutlich links positionierte.<sup>144</sup> Der Westberliner Dietrich Staritz, mit dem Mahler eng politisch zusammenarbeitete und der für das MfS als „IM Erich“ tätig war, wurde in den Bundesvorstand gewählt.<sup>145</sup> Kurz nach der Delegiertenkonferenz beschloss der SPD-Parteivorstand am 16. Oktober 1961 die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in SDS und SPD.<sup>146</sup> Der Landesvorstand des Westberliner SDS rief daraufhin seine Mitglieder auf, „sich diesem diskriminierenden Beschluss des Vorstands der SPD zu widersetzen und weiterhin innerhalb des SDS an der Verbreitung des sozialistischen Gedankengutes an den deutschen Hochschulen und in der Arbeiterbewegung zu arbeiten“.<sup>147</sup> Der SDS war nun von allen organisatorischen und finanziellen Zusammenhängen innerhalb der SPD abgeschnitten und völlig auf sich gestellt. Auf der folgenden SDS-Landesvollversammlung im November 1961 wurde ein enger politischer Weggefährte von Horst Mahler, Klaus Wrobel, zum Landesvorsitzenden gewählt.<sup>148</sup> Nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss konnte die Strömung um Wrobel und Mahler im SDS zwar mehr Einfluss gewinnen, die internen Fraktionskämpfe im Westberliner SDS waren jedoch nicht beigelegt und drohten bei nächster Gelegenheit auszubrechen.

Der nun auch Mahler wegen seiner Mitgliedschaft im SDS drohende Ausschluss aus der SPD war im November 1961 jedoch bereits überholt, da gegen Mahler bereits ein anderes Ausschlussverfahren anhängig war: Für den 31. August 1961 hatte Mahler – zwei Wochen nach dem Bau der Berliner Mauer und kurz vor den Bundestagswahlen – in seiner Funktion als Vorsitzender der Jusos in Charlottenburg den SPD-Genossen Oskar Hippe eingeladen, um einen Vortrag über *Die Rolle der SPD in der bürgerlichen Demokratie* zu halten.<sup>149</sup> Hippe, ein Anhänger der Linkstraditionalisten um den ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden Franz Neumann, war für den jungen Mahler eine beeindruckende Figur – noch 1997 beschrieb er ihn als eine „durch und durch integere Person“.<sup>150</sup> 1900 – im gleichen Jahr wie Mahlers Vater! – als jüngstes von elf Kindern einer Arbeiterfamilie geboren, wurde Hippe 1914 Soldat im Ersten Weltkrieg und Mitglied des 1918 gegründeten Spartakusbundes, danach Mitglied der KPD. Während der Weimarer Republik wurde Hippe 1926 wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt, 1928 wegen Linksabweichung aus der KPD ausgeschlossen und entwickelte sich in Folge zu einem führenden Funktionär des deutschen Trotzkismus.

Nach dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft baute Hippe 1933 eine Widerstandsgruppe auf, wurde jedoch im Januar 1934 verhaftet und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Kurz nach Kriegsende gründete Hippe im Sommer 1945 die *Arbeitsgemeinschaft Neu Beginnen* und beteiligte sich am Aufbau trotzkistischer Gruppen in der SBZ. Im September 1948 wurde Hippe vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und von einem Militärtribunal zu insgesamt 50 Jahren Arbeitslager verurteilt, 1956 jedoch nach Westberlin entlassen, wo er im November der SPD beiträt.<sup>151</sup> Eines der zentralen Anliegen HIPPES war die Widerlegung der so genannten Kollektivschuldthese, die jene trotzkistische Tendenz, der sich Hippe zugeordnet hatte, strikt ablehnte.<sup>152</sup> Die „Lüge von der ‚Kollektivschuld aller Deutschen‘ am Holocaust und den anderen Nazi-Gräueltaten“ sei ein zentrales Mittel zur Absicherung der Herrschaft der „deutschen Bourgeoisie“, die damit ihre eigene Verantwortung für die Machtübernahme der NSDAP auf die einfache Bevölkerung und insbesondere auf die Arbeiterschaft abwälzen wolle.<sup>153</sup> Hippe schrieb zur Kollektivschuldthese in seiner 1979 erschienenen Autobiographie:

„Auch die Proklamation der Kollektivschuld des deutschen Volkes gehört in diesen Bereich des Kampfes gegen das Proletariat, da man von vornherein das Proletariat, die überwiegende Mehrheit des Volkes, diskriminieren, ihm sein Versagen als Minderwertigkeitskomplex einimpfen und ihm ein für alle Mal weismachen wollte, es sei unfähig, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und die Gesellschaft zu revolutionieren.“<sup>154</sup>

Hippe referierte auf der Versammlung der Jusos Charlottenburg im August 1961 zur Geschichte der SPD in der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik.<sup>155</sup> Dort bezeichnete er die BRD als „Staat der Besatzungsmächte“ und betrachtete den Mauerbau am 13. August 1961 als „Fazit der völlig verfehlten Politik der Bundesregierung“. Dies implizierte eine Kritik an der Führung der SPD, die erst vor kurzem in den Fragen der Deutschlandpolitik und der NATO-Mitgliedschaft auf die Linie der CDU eingeschwenkt war. Auch war Hippe der Auffassung, dass die Situation der deutschen Teilung nicht mit der Hilfe der USA gelöst werden könne; genauer sprach Hippe von den US-Streitkräften in der BRD und Westberlin als „Vertreter imperialistischer Armeen, die auf Grund eines Sieges hier sind“, und die daher „keine Freunde der Sozialisten sein“ könnten. Hippe konnte sich eine nationale Wiedervereinigung unter sozialistischen Vorzeichen nur mit Hilfe der „Kräfte des internationalen

Proletariats“ vorstellen.<sup>156</sup> Auch auf mehrfaches Nachfragen – unter anderem des Beisitzers im Kreisvorstandes Gerd Löffler sowie des Vorsitzenden der Abteilung 2 – beharrte Hippe auf seiner Position, welche der Kreisvorstand der SPD Charlottenburg als ein „Zuwiderhandeln gegen die Beschlüsse der Partei und eine Schädigung des Parteiinteresses“<sup>157</sup> wertete. Auch habe Hippe, so die Erinnerung Mahlers, auf der Veranstaltung die „Auflösung des [NATO-]Bündnisses wie des Warschauer Paktes und die Neutralisierung Deutschlands“<sup>158</sup> gefordert. Mahler habe, so der Vorwurf des Kreisvorstandes, als Leiter der Versammlung die Positionen Hippes nicht gerügt und die Aufforderung Gerd Löfflers, Hippe möge seine Äußerungen zurücknehmen, als „albern“ verworfen. In einem eigenen Diskussionsbeitrag identifizierte sich Mahler „ausdrücklich“ mit den Auffassungen Oskar Hippes. Auch in Mahlers Verhalten sah der Kreisvorstand ein „Zuwiderhandeln gegen die Beschlüsse der Partei und eine Schädigung des Parteiinteresses“ und beantragte daraufhin am 6. September 1961 beim Landesvorstand ein Parteiordnungsverfahren gemäß dem SPD-Organisationsstatut gegen Hippe und Mahler.<sup>159</sup> Zwischen dem 31. August und dem 6. September hatte es Versuche unter anderem von Gerd Löffler und verschiedenen SPD-Linken gegeben, Hippe und insbesondere Mahler zu einer Rücknahme ihrer Äußerungen zu bewegen, um ein Parteiordnungsverfahren zu verhindern. Es folgte eine Unterredung zwischen Gerd Löffler, Hippe und Mahler, die jedoch dazu führte, dass die beiden auf ihrem Standpunkt beharrten und Hippe in diesem Zusammenhang eine inhaltliche Erklärung abgab, die seine Position noch einmal schriftlich fixierte und der sich Mahler in vollem Umfang anschloss.<sup>160</sup> Am 7. September 1961 setzte der Kreisvorstand Mahler von der geplanten Eröffnung eines Parteiordnungsverfahrens in Kenntnis und bat ihn, seine „Funktionen von jetzt an bis zum Abschluss des Verfahrens ruhen zu lassen“, wobei an Mahlers „Loyalität gegenüber der Partei“ appelliert wurde. Ebenso forderte der Kreisvorstand Mahler dazu auf, bis „zum Abschluß des Verfahrens keine Referate“<sup>161</sup> mehr in Gliederungen der Partei zu halten. Zum Vorsitzenden des Verfahrens gegen Hippe und Mahler wurde vom Landesvorstand Kurt Neubauer, der Vertreter der reformorientierten Kräfte im Kreisverband Charlottenburg, bestellt, welcher Mahler und Hippe am 20. September 1961 dazu aufforderte, die für ein Parteiordnungsverfahren notwendigen Beisitzer zu bestimmen.<sup>162</sup> Das Parteiordnungsverfahren wurde jedoch nicht mehr eröffnet.<sup>163</sup> Am 10. Februar 1962 schrieb Mahler an den Kreisvorstand der SPD Charlottenburg, dass er sich zwar „aus Loyalität“ bereit erklärt habe, seine Funktionen bis zum Abschluss des Parteiordnungsver-

fahrens ruhen zu lassen, er aber „von vornherein keinen Zweifel daran“ gehabt habe, dass das gegen Hippe und ihn angestrebte Parteiordnungsverfahren ein Versuch des Kreisvorstandes sei, „die Diskussionsfreiheit selbst innerhalb der Partei zu liquidieren“.<sup>164</sup> Darüber hinaus stelle die Verschleppung des Verfahrens – immerhin waren seit der Ankündigung des Kreisvorstandes bis zu diesem Zeitpunkt bereits etwa fünf Monate vergangen – den Versuch dar, ihm und Hippe „auf kaltem Wege die Funktionen [innerhalb der Partei] abzuerkennen“. Dies sei ein „weiteres Zeichen für den Verfall der demokratischen Substanz“ der SPD. Mahler erklärte, dass er ab dem 1. März 1962 seine Funktionen in der SPD wieder wahrzunehmen gedenke. Zudem schrieb er, dass verschiedene „Parteinstanzen“ den Unvereinbarkeitsbeschluss des SPD-Parteivorstandes mit dem SDS auf Grund einer willkürlichen Anwendung dazu ausnutzen würden, ihnen unliebsame Mitglieder mit gleichzeitiger SDS-Mitgliedschaft aus der SPD auszuschließen. In der Tat waren bis zu diesem Zeitpunkt nur wenige SDS-Mitglieder aus der Westberliner SPD ausgeschlossen worden, noch nicht einmal der offensichtlich renitente Mahler. Dieser befürchtete – wohl zu Recht –, dass SDS-Mitglieder bei „aktivem Einsatz für eine sozialistische Politik innerhalb der Partei“ als „unbequeme Elemente“ Gefahr laufen würden, ausgeschlossen zu werden. Mahler forderte den Kreisvorstand abschließend dazu auf, verbindlich zu erklären, ob er in seinem Fall beabsichtige, vom Unvereinbarkeitsbeschluss Gebrauch zu machen. Der letzte Satz des Briefes zeigte deutlich, dass Mahler zu diesem Zeitpunkt noch an einem Verbleib in der SPD interessiert war, wenn auch nicht um den Preis einer Aufgabe seiner Mitgliedschaft im SDS: „Die Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes erfordert, daß auch in meinem Fall – wie [...] allgemein in Berlin – von dem Beschluß des Parteivorstandes kein Gebrauch gemacht wird.“ Nun reagierte der Landesvorstand der SPD Westberlin prompt und schloss Mahler am 14. Februar 1962 (und bis April 1962 fünf weitere SDS-Mitglieder) per Einschreiben auf Grund seiner Mitgliedschaft im SDS aus der SPD aus.<sup>165</sup> Mahler wandte sich daraufhin in einer Art Abschiedsbrief an die Mitglieder der Abteilung 2 der SPD Charlottenburg, deren stellvertretender Vorsitzender er war. Mahler erläuterte dort die Gründe für seinen Verbleib im SDS:

„Viele Genossen haben mir die Frage gestellt, warum ich der ‚mächtigen‘ Parteiorganisation den einem versprengten Haufen gleichenden Studentebund vorgezogen habe. Ich will versuchen eine kurze Antwort auf diese Frage zu geben.

Allein die Tatsache, dass SPD-Bundestagsabgeordnete an offiziellen Feierlichkeiten der spanischen Faschisten teilnehmen, an Gräbern gefallener Franco-Anhänger Kränze niederlegen, während in den Gefängnissen dieses Regimes Arbeiter – auch Kommunisten – zu Tode gefoltert werden, weil sie für Lohnerhöhungen und die Rechte des Volkes eingetreten sind,  
dass SPD-Bundestagsabgeordnete offiziell an Veranstaltungen der SS-Organisation HIAG teilnehmen,  
dass ein prominenter Funktionär und Bundestagsabgeordneter der SPD (Herr Erler) zum Ableben eines ehemaligen SS-Generals (Panzermeier) der Witwe des Generals als Repräsentant der Partei sein Beileid ausspricht (wegen welcher Verdienste eigentlich?),  
dass die Parteileitung bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Popanz des Weltkommunismus beschwört, um unter dem Deckmantel des Anti-Kommunismus jeder ernsthaften oppositionellen Regung die Spitze abzubrechen und eine freie Aussprache innerhalb der Partei zu liquidieren,  
dass die Parteileitung die Frage der Oder-Neisse-Grenze sowie die Frage unseres Verhältnisses zur DDR zum Tabu erklärt hat,  
dass die Parteileitung sozialistische Studenten und die mit ihnen sympathisierenden Professoren aus der Partei ausschliesst, weil sie sich in der geistigen Auseinandersetzung nicht in die vom Parteivorstand genehmigten Schablonen zwängen lassen,  
dass die Parteileitung den SDS nach dem Vorbild unserer Feinde von rechts, die damit schon erfolgreich demokratische Kräfte in der Weimarer Republik zerschlagen haben, als kommunistisch diffamiert, beweist,  
dass innerhalb der SPD das Empfinden für eine lebendige, nicht im Formalismus steckengebliebene Demokratie verloren gegangen ist, dass damit der SPD die Fähigkeit, in der auf uns zukommenden, sich im Schoss der scheinbaren gesellschaftlichen Harmonie entwickelnden innenpolitischen Krise die Führung des schaffenden Volkes zu übernehmen, fehlt, und daher der Versuch unternommen werden muss, diese Führungskraft zu entwickeln.“<sup>166</sup>

Mahlers primärer Austrittsgrund war also nicht die mit dem *Godesberger Programm* aufgegebenen sozialistische Programmatik, sondern der Umgang der SPD mit der deutschen Vergangenheit: Weder war die SPD (schon) bereit, die Oder-

Neiße-Grenze als Vergeltung für den verlorenen Krieg zu akzeptieren, noch strebte sie – wie Mahler es sich wünschte – ein affirmatives Verhältnis zur DDR an. Auch die offenen Kontakte von einzelnen Sozialdemokraten zu ehemaligen Mitgliedern der SS, die Mahler als vorrangige Täter während der nationalsozialistischen Herrschaft begriff, korrespondierten mit seinem Agieren gegen den angeblichen Vorwurf einer deutschen Kollektivschuld. Mit diesem nahm Mahler einen schuldentlastenden Freispruch für das identitäre Kollektiv des „schaffenden Volkes“ vor und übertrug gleichzeitig die Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft in klassisch schuldabwehrender Form auf die SS und die engere NSDAP-Führung.<sup>167</sup> Mahler war zudem – getreu dem leninistischen Avantgardeprinzip – der Auffassung, dass eine neue „Führungskraft“ in der wiederzubelebenden deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen sei, und der Akademikerorganisation SDS in diesem Zusammenhang „eine besondere Aufgabe“ zugefallen sei. Um an dieser Aufgabe mitwirken zu können, habe er sich „aus der SPD ausschliessen lassen“.<sup>168</sup>

### **Neue Linke im SDS, SB und der VUS (1962)**

Nach seinem Ausschluss aus der SPD intensivierte Mahler seine Aktivität im SDS. Nach der 16. Delegiertenkonferenz wurde bundesweit im SDS eine Diskussion um die Konstituierung einer *Neuen Linken* geführt, so zum Beispiel mit den Beiträgen *Anmerkungen zum Begriff der Neuen Linken* und *Neue Linke, Partei, Staat* im SDS-Bundesorgan *Neue Kritik* im Januar 1962. Die Debatte bestimmte das ganze Jahr, blieb dabei jedoch eine „Frage der theoretischen Selbstverständigung“ innerhalb des SDS.<sup>169</sup> Lediglich in Westberlin bemühte sich die Gruppe um Horst Mahler, diese theoretischen Überlegungen in praktische Politik zu überführen. In den ersten Darlegungen Mahlers zur *Neuen Linken* vom März 1962 kreisten dessen Gedanken um das „Wesen der Linken“, ihren revolutionären Charakter und um die hinter den Forderungen einer sozialistischen Bewegung stehende Utopie.<sup>170</sup> Zum Gedanken der Utopie, die notwendig für eine revolutionäre Bewegung sei, griff Mahler auf den polnischen marxistischen Philosophen Leszek Kołakowski und dessen Utopie-Begriff zurück. Mahler betonte mit Kołakowski den subjektiven Faktor für die erfolgreiche Formierung einer revolutionären Bewegung, wobei dieser subjektive Faktor ein voluntaristisches Element darstelle: Nicht aus der materiellen Situation und der ökonomischen Entwicklung heraus sollte das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer revolutionären Bewegung entstehen, sondern aus dem

„bewussten Willen“. Mahler schlussfolgerte: revolutionäre „[s]oziale Bewegung kann daher nur als die bewusste und vom Willen [...] gesteuerte und koordinierte Verhaltensweise einer Vielzahl von Menschen verstanden werden.“ Diese starke Betonung des voluntaristischen, nicht durch die ökonomischen Entwicklungen determinierten Prinzips, das in der politischen Tradition Lenins stand und die späteren Auseinandersetzungen im SDS über diese Frage bereits vorwegzunehmen schien, verknüpfte Mahler mit der leninistischen Staatstheorie, der zufolge sich in einer antagonistischen Klassengesellschaft die Herrschaft des Kapitals durch die Verfügung über das staatliche Gewaltmonopol ausdrücke.<sup>171</sup> Aufgrund von parlamentarischen Wahlen werde das Kapital seine Macht nicht aufgeben, jene müsse vielmehr im Interesse der Produzierenden von einer „soziale[n] Bewegung“ erobert werden, was den Einsatz von Gewalt notwendigerweise impliziere. In einem geringfügig später verfassten Papier konkretisierte Mahler diesen Gedanken nochmals: Die „sozialistische Umgestaltung“ sei „eine Auseinandersetzung mit noch bestehenden gesellschaftlichen Kräften [...] die als materielle Gewalt nur der materiellen Gewalt weichen“ würden.<sup>172</sup> Da die Macht der Herrschenden groß sei, die der Beherrschten jedoch sehr gering, könne nur eine „Massenaktion [...] eine Beseitigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse herbeiführen“. Diese könne nur erfolgreich sein, wenn sie „zielstrebig auf die Etablierung der eigenen Macht“ ausgerichtet sei. Ein „koordiniertes, kontinuierliches, folgerichtiges und zielstrebiges Handeln der Massen“ setze „jedoch die Überzeugung von der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Veränderung, der angewandten Mittel und des angestrebten Zustandes“, also das Vorhandensein einer Utopie, „als kollektive Bewusstseinsinhalte voraus.“ Große Unzufriedenheit reiche nicht aus, um bei den „Massen“ zu einer auf die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise gerichteten „Einstellung“ zu führen. Entscheidend sei, dass die Unzufriedenheit das „Streben der Massen nach einem sozialistischen Ziel“ auslöse, was sich nur über das „kollektive Bewusstsein“ vollziehen könne. Deshalb sei es die „vordringlichste Aufgabe der Linken, diese[s] Bewusstsein zu entwickeln.“ Die verstreute Linke in der BRD sei im „wesentlichen isoliert voneinander“, resigniert oder habe sich von der politischen Arbeit zurück gezogen. Nun käme es darauf an, „die in der Vereinzelung politisch dahinvegetierenden[,] sozialistischen Kräfte zusammenzuführen“. Dies könne jedoch nicht über die Gründung einer (weiteren) linken Kleinpartei erreicht werden. Eine solche Gründung wäre nicht nur zur Erfolglosigkeit verdammt, sie würde es den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Apparaten auch erleichtern, mit Hilfe von Unvereinbarkeitsbeschlüssen

eine strikte Abgrenzung durchzusetzen, weshalb die *Neue Linke* eine „offene, informelle Gruppe“ sein müsse. Mit der Durchführung gemeinsamer Aktionen sollten die „Meinungsunterschiede“ der verschiedenen an der *Neuen Linken* beteiligten Gruppen in den Hintergrund treten und langsam ein „Prestige, ein[en] N[i]mbus“ geschaffen werden, was einen „wesentlichen Integrationsfaktor“ darstellen könne. Um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen, dürften keine Gruppen ausgeschlossen werden und müsse sowohl innerhalb bestehender Organisationen des sozialdemokratischen Milieus gearbeitet werden, als auch, unter dem Dach der *Neuen Linken*, außerhalb von diesen. In der *Neuen Linken* solle es keine Vorstände und sonstigen Organe geben, ein „Zuordnungskriterium“ zum „aktiven Kern“ sollte alleine die aktive Mitarbeit sein. Die Bewältigung der vor der *Neuen Linken* liegenden Aufgaben würde zur „Herausbildung eines umfassenden Organisationsgerippes führen, das später den Funktionsapparat einer neuen Partei bilden“ könne. Die Namenswahl *Neue Linke* begründete Mahler in einem geringfügig später entstandenen Papier mit dem Argument, dieser sei nicht „emotional vorbelastet“ und „zugleich integrierend“, bringe die Verbundenheit mit den internationalen sozialistischen Bewegungen in anderen europäischen Ländern und Japan zum Ausdruck und werde „zudem nicht von vornherein mit dem Kommunismus östlicher Observanz assoziiert“.<sup>173</sup>

Ausgehend von Mahlers theoretischen Überlegungen wurde im Rahmen einer Tagung am 7. und 8. April 1962 der Grundstein für einen Arbeitskreis *Neue Linke* im Westberliner SDS gelegt, an dessen Zustandekommen Mahler maßgeblich beteiligt war.<sup>174</sup> Auf der Tagung referierte Mahler zum Thema *Die gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik* und versuchte sich an einer historisch-politischen Gegenwartsanalyse sowie einer Erörterung der Möglichkeiten einer erfolgreichen sozialistischen Politik.<sup>175</sup> Einleitend stellte Mahler die aktuellen Entwicklungen in der BRD in einen historischen Zusammenhang mit der Niederlage des Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein gesellschaftliches Gebilde, das nicht als eine geschichtslose Neuschöpfung betrachtet werden darf, in die die geschichtlich gewachsenen gesellschaftlichen und politischen Kräfte nicht hineinwirken und für die die Vergangenheit nur als Kontrastgrund vorhanden ist.“<sup>176</sup> Insbesondere die nationalsozialistischen Verbrechen müssten stärkere Beachtung finden:

„Das Schlagwort von der ‚unbewältigten Vergangenheit‘ kennzeichnet den mehr oder weniger eingestandenen Versuch, den Eindruck zu

vermitteln, dass die Vergangenheit zu den Akten gelegt sei und es nur noch gelte, die gegenwärtige Gesellschaft von Resten einer sowohl geistig als auch machtpolitisch überwundenen Epoche zu reinigen. Diese Verzerrung der sozialen Optik wird erleichtert durch den tiefen, alle Erfahrungsbereiche umfassende[n] Eindruck, den die Niederlage des deutschen Reiches im Jahre 1945 hinterlassen hat.“

Weder die „geistigen Träger“, noch die ökonomische Grundlage des Nationalsozialismus seien durch die „militärische Niederlage“ vernichtet worden. Ganz gemäß eines marxistisch-leninistischen Faschismusbegriffes, der unter Faschismus lediglich die schärfste Form kapitalistischer Herrschaft verstand, hätte nur eine Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, in Mahlers Worten: des „Monopolkapitals“, einen wirklichen Neuanfang nach 1945 ermöglicht. Diese Chance aber hätten – im Gegensatz zur DDR – weder die „westlichen Besatzungsmächte“ noch das „deutsche Proletariat“ ergriffen. In einem Rückgriff auf das *Prager Manifest* des SPD-Parteivorstandes von 1934 argumentierte Mahler, dass der SPD vor 1945 noch bewusst gewesen sei, dass die parteipolitische Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung die Hauptursache für den Sieg des Nationalsozialismus gewesen sei.<sup>177</sup> Auch habe die SPD vor 1945 noch gewusst, dass die „gesellschaftlichen Wurzeln“ des Nationalsozialismus – der „Monopolkapitalismus“ – nur durch eine „sozialistische Umgestaltung“ zu beseitigen seien.<sup>178</sup> Diese Erkenntnisse habe die Sozialdemokratie jedoch nicht auf die Zeit nach 1945 übertragen können. Dennoch sei 1945 die „Überzeugung von der Notwendigkeit einer sozialen Umwälzung“, die für eine Vernichtung der Wurzeln des Faschismus notwendig sei, „in Deutschland weit verbreitet“ gewesen.<sup>179</sup> Als Beleg zitierte Mahler Erklärungen Kurt Schumachers vom Mai 1946, das Ahlener Programm der CDU von 1947 sowie christliche Stichwortgeber und Konrad Adenauer.<sup>180</sup> Für besonders bemerkenswert hielt Mahler die Versuche, 1946 in Hessen eine Landesverfassung zur Volksabstimmung zu bringen, mit der eine Teilverstaatlichung bestimmter Schlüsselindustrien ermöglicht werden sollte.<sup>181</sup> Das von Mahler zuvor dargestellte, angeblich breit in der Bevölkerung vorhandene sozialistische Bewusstsein, das neben einer Abstimmung zu Gunsten des Teilverstaatlichungsartikels auch einen antifaschistischen „Neuanfang“ in der BRD ermöglicht habe, sei von der US-amerikanischen „Besatzungsmacht“ bekämpft worden: „Es hat nicht an Bemühungen General Clay[']s gefehlt, diese Bestimmungen zu Fall zu bringen.“ Trotzdem hatte die hessische Bevölkerung schließlich mit einer Mehrheit von 72% dafür gestimmt.<sup>182</sup> Weiter hätten die USA in den Besatzungszonen der anderen Alliiert-

ten „sämtliche Sozialisierungsbestrebungen sabotiert“, so beispielsweise die Versuche, Teile der Grundstoffindustrie im Ruhrgebiet „nach britischem Vorbild zu verstaatlichen“. In der Folgezeit habe sich die „Marshallplan-Hilfe als das wirksamste Instrument“ erwiesen, „die Enteignung der Grossunternehmer zu verhindern.“<sup>183</sup> Diese Argumentation Mahlers enthielt alle Anteile einer antiamerikanischen aufgeladenen Schuldabwehr: Kurz nach dem Untergang des nationalsozialistischen Staates (1946) sei bereits wieder ein „sozialistisches Bewusstsein“ in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden gewesen, was nach Mahler implizierte, dass diese Teile der Bevölkerung ebenfalls bereit gewesen wären, im Rahmen eines nicht näher spezifizierten Sozialismus, die angeblichen ökonomischen Grundlagen des Nationalsozialismus („Monopolkapital“) zu beseitigen. Im Rahmen einer schuldrelativierenden Projektion identifizierte Mahler die USA als Grund für das Ausbleiben eines antifaschistischen „Neuanfang[s]“ in Westdeutschland. Mahler folgerte, dass trotz „zwölfjährigem, grausamem Terror, der in seiner Perfektion ein geschichtliches Novum war“, die deutsche Arbeiterschaft objektiv dazu bereit gewesen sei, „sozialistische Losungen“ zu entwickeln.<sup>184</sup> Um die Arbeiterschaft jedoch zum Sieg, also zu einer „sozialen Umwälzung“ der herrschenden Verhältnisse zu führen, seien – ganz im Sinne des leninistischen Avantgardeprinzips – „theoretisch gebildete Politiker“ nötig, „die in der Lage“ sein sollten, „die den gegebenen Umständen entsprechende richtige Politik zu bestimmen.“<sup>185</sup> Ausgehend von dieser historischen Standortbestimmung analysierte Mahler die Ursachen der wirtschaftlichen Prosperität in der BRD nach 1949 und machte verschiedene Faktoren aus, die das so genannte Wirtschaftswunder ermöglicht hatten – unter anderem die „Währungsreform und die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan“.<sup>186</sup> Neben der wirtschaftlichen Prosperität in der Bundesrepublik und der ökonomischen Unattraktivität der DDR machte Mahler vor allem die Anwesenheit der USA und deren politisches Agieren für die „fast völlige[n] Auslöschung sozialistischer Bestrebungen in der Bundesrepublik“ verantwortlich:

„Die Tatsache, dass die USA durch ihre ‚Wirtschaftshilfe‘ von der hungernden Bevölkerung nicht als feindliche Besatzungsmacht[,] sondern als Freunde in der Not empfunden wurden, sicherte ihnen erheblichen ideologischen Einfluss auf die deutsche Arbeiterschaft, der durch die aus der westlichen Emigration heimkehrenden Funktionäre der Arbeiterorganisationen, die mit Hilfe der Besatzungsmächte in entscheidende Positionen gelangten, verstärkt wurde. So ist es erklär-

lich, dass die amerikanische Ideologie des sozialen Kapitalismus Eingang in die Arbeiterbewegung fand.“<sup>187</sup>

Auch die Jahre nach Gründung der BRD machte Mahler als Ursache für das ausbleibende antifaschistische, sozialistische Bewusstsein der „deutsche[r] Arbeiterschaft“ die Präsenz der USA aus und wiederholte an dieser Stelle sein Bedürfnis nach einer positiven Identifikation mit dem identitären Kollektiv der deutschen Nation mit Hilfe einer schuldentlastenden moralischen Delegitimierung der USA. Die Behauptung, ein spezifisch „amerikanische[r]“ Kapitalismus sei durch die USA nach 1945 in Westdeutschland implementiert worden, stellte zudem im Stile eines klassischen antiamerikanischen Ressentiments eine Projektion allgemeiner Entwicklungen der kapitalistischen Moderne ausschließlich auf die USA dar.

Auf diesen theoretischen Grundlagen aufbauend, trat die *Neue Linke* in Westberlin zum 1. Mai 1962 erstmals außerhalb der Hochschulen in Erscheinung.<sup>188</sup> Auf einem mit „SDS“ und „Neue Linke“ überschriebenen Flugblatt bewarben die Organisatoren eine alternative sozialistische 1. Mai-Kundgebung.<sup>189</sup> Die traditionelle DGB-Kundgebung wurde als „Kundgebung des Kalten Krieges“ bezeichnet und der SPD Verrat an den ursprünglichen sozialistischen Idealen der Arbeiterbewegung und an der Arbeitnehmerschaft vorgeworfen. Der Text war maßgeblich von den Erfahrungen der im Frühjahr 1962 in Westberlin erfolgten SPD-Ausschlüsse mehrerer im Umfeld der *Neuen Linken* agierender SDS-Mitglieder bestimmt. Als Antwort auf die Degeneration der SPD wurde die Formierung einer *Neuen Linken* gefordert:

„Was ist die Neue Linke? Sie ist keine neue Partei. In der Neuen Linken arbeiten Arbeiter, Angestellte, Studenten und Wissenschaftler zusammen an der Erneuerung der sozialistischen Arbeiterbewegung. [...] Der Sozialistische Deutsche Studentenbund ist ein Teil dieser Neuen Linken. Die Öffnung der SPD von links her ist eine unserer Aufgaben. Solidarität und Zusammenarbeit mit allen sozialistischen Kräften, die sich nicht durch Verrat und Verbrechen kompromittiert haben, ist die notwendige Bedingung des Erfolges.“<sup>190</sup>

Die Veranstaltung war im Vorfeld mit der Verteilung von 40.000 Flugblättern vor Betrieben und in der Stadt umfangreich beworben worden, an der Kundgebung selbst nahmen etwa 700 Personen unter der Parole „Verständigung, Frieden, Abrüstung“ teil.<sup>191</sup> Nach einer Begrüßung durch Klaus Wrobel sowie

den Ansprachen der Hauptredner Erich Kuby und Fritz Lamm sprach Mahler für den SDS Westberlin in einem Schlusswort über die anstehenden, „konkreten Aufgaben einer Neuen Linken in Westberlin“.<sup>192</sup> Die Arbeit der Westberliner *Neuen Linken* gestaltete sich nach den von Mahler entworfenen Kriterien eines „losen Zusammenschlu[es]“, in dem neben Studierenden auch Angestellte, Arbeiter und Wissenschaftler aktiv sein sollten, wobei die Teilnehmenden weiterhin in ihren bisherigen Organisationen (SPD, Gewerkschaften, SJD, SDS unter anderem) wirkten.<sup>193</sup> Auf regelmäßigen Treffen sollten „die Gedanken diskutiert und festgelegt werden, die den eigentlichen Prozeß der politischen Willensbildung in der Neuen Linken“ ausmachen sollten. Treibende Kräfte seitens des SDS waren neben Mahler Klaus Wrobel und Randolf Lochmann.<sup>194</sup> Für den Arbeitskreis *Neue Linke* im SDS, den Horst Mahler zusammen mit Michael Mauke<sup>195</sup> leitete, war zudem die „Überzeugung massgebend, dass eine Umformung der spätkapitalistischen Gesellschaft nur durch eine Veränderung des Bewusstseins der Mehrheit der Bevölkerung vollzogen werden“ könne.<sup>196</sup> Auch dem MfS wurde von dessen Mitarbeiter Dietrich Staritz im Mai 1962 über das Zustandekommen des Arbeitskreises *Neue Linke* im Westberliner SDS berichtet. Dieser sei „ausgesprochen in sich hätterogen [sic!]“ und versammle „mehr oder weniger alle Sektierergruppen soz[ialistischer] Prägung“ in Westberlin. Ziel des Arbeitskreises sei es, die unterschiedlichen, in ihm versammelten Strömungen durch gemeinsame Aktionen wie der Kundgebung am 1. Mai 1962, „zusammenzuhalten“.<sup>197</sup> Auf Grund seiner hohen Aktivität im Zusammenhang mit der Gründung des Arbeitskreises *Neue Linke* wurde Mahler im Mai 1962 in den Landesvorstand des SDS Westberlin kooptiert.<sup>198</sup>

Im Anschluss an den ersten öffentlichen Auftritt der *Neuen Linken* in Westberlin machte diese die „Berlinfrage“ zu ihrem Thema.<sup>199</sup> Nach dem Mauerbau war Westberlin eine in alle Richtungen abgeschnittene westliche „Insel“,<sup>200</sup> umgeben vom Staatsgebiet der DDR. Die Grenzschießung von Seiten der DDR hatte in Westberlin starke demographische, ökonomische, infrastrukturelle und finanzielle Probleme verursacht oder bereits vorhandene akzeleriert. Während westdeutsche Politiker – auch in der CDU – Westberlin als „hoffnungslosen Fall“ betrachteten und selbst die USA, für die geostrategische Überlegungen im Falle eines potentiellen militärischen Konflikts maßgeblich waren, eine sprunghafte Haltung zu ihrer militärischen Präsenz in Westberlin einnahmen, forderte die SPD unter Willy Brandt zwar rhetorisch eine Wiederöffnung der innerstädtischen Grenze, hatte sich jedoch ab 1962 in ihrer praktischen Politik bereits den neuen Gegebenheiten angepasst.<sup>201</sup> Mahler griff in

diesem Zusammenhang die Forderung der SPD („Die Mauer muss weg!“) auf und erklärte sie zu politischem Wunschdenken, wohingegen er die Existenz der DDR verteidigte, die als „deutscher Teilstaat“ eine zu akzeptierende Realität sei. Nachdem Westberlin bis zum Bau der Mauer die Rolle eines internationalen „Störzentrums“ gespielt habe, könne es jetzt – wenn in der Westberliner Bevölkerung die Mauer als Realität akzeptieren würde – die Rolle „einer aktiven Entspannungszone“ spielen und so zum Vorboten und Auslöser einer weltweiten Friedens- und Entspannungspolitik werden.<sup>202</sup> Die Bevölkerung Westberlins befand sich jedoch weit entfernt von einem solchen „Umdenken“, vielmehr war eine gegen die DDR gerichtete Stimmung weiterhin vorherrschend.<sup>203</sup> Dementsprechend wurde auch jede Abweichung von dieser (rhetorisch) kompromisslosen Linie scharf sanktioniert: Als beispielsweise der Kreuzberger SPD-Bezirksbürgermeister Willy Kressmann im Sommer 1962 Korrekturen an dieser Position öffentlich artikulierte, wurde er von der Westberliner SPD-Führung gnadenlos aus dem Amt gedrängt (s. u.). Mahler versuchte im Rahmen der Diskussionen über die „Berlinfrage“ die Vorschläge Chruschtschows bzw. der SED-Führung zur Schaffung einer entmilitarisierten „Freien Stadt“ wieder einzubringen, war aber über die sozialen und ökonomischen Entwicklungen in der DDR enttäuscht; unter anderem kritisierte er die dortigen „unerfreulichen Lebensverhältnisse“ und die Tatsache, dass die antifaschistische „gesellschaftliche Umwandlung in der DDR“ nicht „in einer demokratischen Aktion der Massen, sondern durch Dekrete der Besatzungsmacht eingeleitet“ worden sei, was zu einer Entfremdung der SED von den „werk tätigen Massen“ geführt habe.<sup>204</sup> Auf einer Folgeveranstaltung, die Mahlers Anmerkungen aufgriff, diskutierte die *Neue Linke* die gewandelte Rolle der SPD in der Deutschlandpolitik und kritisierte ihre vorgeblich kompromisslose Haltung, die die Realitäten nicht anerkenne. Vorgeworfen wurde der SPD also die unter anderem von ihr forcierte Westbindung der BRD sowie die Nichtanerkennung der DDR als deutschem Teilstaat. Eine solche sei jedoch die entscheidende Voraussetzung für eine Wiedervereinigung unter antifaschistischem Vorzeichen, welche die SPD lediglich rhetorisch fordere und dabei nicht erkenne, dass die Wiedervereinigung nur mit einer vorhergehenden Entspannung „zwischen Ost und West“ möglich sei, wobei sie diese mit der „Aufrechterhaltung [ihrer] unrealistische[r]n Forderungen“ sabotieren würde. Abschließend forderte die *Neue Linke* dazu auf, die Diskussion über die unrealistische Position der SPD zum Mauerbau, ergänzt um die Vorstellungen, Gesamtberlin in eine entmilitarisierte Zone umzuwandeln, auch in den Gliederungen der SPD zu führen.

Die virulente Aktivität der *Neuen Linken* in- und außerhalb des SDS sollte in den kommenden Monaten zu harten Strömungsauseinandersetzungen im Westberliner Landesverband führen. Insbesondere die durch Horst Mahler forcierte Behandlung der „Berlinfrage“ und die öffentliche Anlehnung an Positionen der SED sowie das verstärkte Agieren der *Neuen Linken* – die als berlinweiter Arbeitskreis eine offizielle SDS-Gliederung war – außerhalb der Universität führte zu scharfer innerverbandlicher Kritik. Vor allem die SDS-Gruppe an der FU Berlin versuchte, unter dem maßgeblichen Einfluss Mahlers, die Diskussionen um die *Neue Linke* voranzutreiben und in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der Gruppenvorsitzende fragte in einer Sitzungseinladung im Juni 1962 suggestiv, ob der SDS nicht „den Hochschulrahmen sprengen“ und sich einer „gesellschaftspolitische[n] Praxis“ zuwenden sollte.<sup>205</sup> In einem von der SDS-Gruppe an der FU Berlin verabschiedeten Entschließungsantrag zur Bündnispolitik des SDS, eingereicht von Horst Mahler und anderen, beschieden die Autoren den „Bemühungen nichtkommunistischer, sozialistischer Gruppen“ in der BRD um die Gründung einer neuen sozialistischen Partei keinen Erfolg.<sup>206</sup> Der Antrag plädierte vielmehr dafür, dass sich alle verschiedenen schon existierenden linken Gruppen „lose in der Neuen Linken“ zusammenschließen sollten. Begründet wurde dies mit der aktuellen Schwäche der sozialistischen Kräfte in der BRD, die vor allem darin liegen würde, dass es dieser noch zu gründenden Partei an einer überzeugenden sozialistischen Programmatik fehlen würde. Da von der SPD und der SED in dieser Hinsicht nichts zu erwarten sei, seien die „nichtkommunistischen linken Gruppierungen im kapitalistischen Teil Deutschlands aufgefordert, einen neuen Inhalt und eine neue Form sozialistischer Bewusstseinsbildung zu finden.“ Die Begründung schloss mit den Worten: „Die Schwierigkeit dieser Aufgabe ist offenbar, sie ist jedoch keine Rechtfertigung für Inaktivität.“

Die Gruppe um Mahler versuchte damit, die Diskussionen über die praktische Formierung einer *Neuen Linken* auch auf der SDS-Bundesebene zu verankern. Im Juli 1962 wurden in der SDS-Gruppe an der FU Berlin die Delegierten zur 17. (bundesweiten) Delegiertenkonferenz des SDS gewählt, die in der Frage der künftigen Ausrichtung des SDS von großer Bedeutung war.<sup>207</sup> Im Zentrum der Diskussionen stand, ob sich der SDS auch nach der Trennung von der SPD in Zukunft als primär hochschulpolitischer Akademikerverband verstehen sollte oder ob er zum Zentrum der *Neuen Linken* in der BRD und Westberlin und damit zur Keimzelle einer neuen sozialistischen Bewegung oder sogar Partei werden sollte. Im Anschluss an die Agitation zur „Berlinfrage“ im Frühjahr

1962 beschloss die SDS-Gruppe an der FU Berlin einen maßgeblich von Mahler verfassten „Entschließungsantrag[es] zur Deutschland[-] und Berlinfrage“ zur Weiterbehandlung auf der Delegiertenkonferenz.<sup>208</sup> Noch unter dem Eindruck des Mauerbaus stellte Mahler einleitend fest, dass „die Westberliner Bevölkerung und darüber hinaus das ganze deutsche Volk nicht nur Objekt der Politik der Großmächte sein darf; sondern nie aufhören kann, die eigenen Lebensinteressen zu vertreten“. Das zentrale deutsche „eigene[n] Lebensinteresse“ sei die Unversehrtheit in einem drohenden weltweiten Krieg der USA gegen die UdSSR sowie deren Verbündete in Europa. Jeglicher Einsatz von Atomwaffen – egal auf und von welcher Seite – führe zu einem „totale[n] Krieg“, der die Vernichtung aller Beteiligten zum Ergebnis haben würde. Auch ein konventioneller Krieg in Europa oder eine von den USA unabhängige deutsch-französische Atomrüstung würden letztlich zu einem solchen „totale[n] Krieg“ führen. In einem Rückgriff auf die geschichtlichen Erfahrungen Deutschlands in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur hätten „die Jahre 1933 bis 1945 gezeigt, daß die spätkapitalistische Gesellschaft vermöge ihrer inneren Instabilität in Gestalt autoritär-faschistischer Regimes hochgradig irrational bestimmte politische Ordnungen hervorbringen“ könne, „die [...] für die Abschreckungswirkung der sowjetischen Kernrüstung unempfindlich sein und einen totalen Krieg auslösen könnten.“ Mahler prognostizierte also in den kommenden Jahren das Zustandekommen einer „autoritär-faschistische[n]“ Regierung in der BRD, die einen erneuten Krieg gegen die UdSSR führen würde. Auch habe sich die „öffentliche Meinung“ in der BRD noch nicht mit der Tatsache der „durch den zweiten Weltkrieg herbeigeführten Gebietsveränderungen“ abgefunden, so dass dies zum „Vehikel nationalistischer Strömungen“ werden könne. Nur eine „effektive Entspannungspolitik in Mitteleuropa“ könne, als „ein Gebot der Vernunft“, die Gefahr eines neuen, drohenden weltweiten Krieges bannen. Dazu sollten nach Mahler folgende Schritte eingeleitet werden: Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, eine „Drosselung der Rüstung“ sowie die Herabsetzung der Truppenstärke der in der atomwaffenfreien Zone befindlichen Ländern. Dies müsse ergänzt werden um die „Anerkennung der durch den zweiten Weltkrieg herbeigeführten Gebietsveränderungen“ und den Verzicht auf die „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten mit einer anderen Gesellschaftsordnung“ (also der DDR). Hierbei übernahm Mahler weitgehend die deutschlandpolitischen Positionen der SED, war aber der Auffassung, dass diese in Westberlin am wirkungsvollsten nicht von dieser, sondern von einem unabhängigen SDS

vertreten werden könnten. Auch sollte der SDS mit einer aktiven Bündnisarbeit unter anderem auf die Anti-Atombewegung in diesem Sinn einwirken.

Die SDS-Gruppe an der FU Berlin beauftragte auf ihrer Versammlung im Juli 1962 den Landesvorstand mit der Einberufung einer Landesvollversammlung, um die im Verband seit Beginn des Sommersemesters stattfindenden „Diskussionen über die Aufgaben, Möglichkeiten und Formen der weiteren Arbeit“<sup>209</sup> des SDS auf eine breitere Grundlage zu stellen. Im Vorfeld dieser Landesvollversammlung fanden verschiedene informelle Gesprächsrunden über die Zukunft der politischen Orientierung des SDS statt. So lud der stellvertretende Landesvorsitzende zu einem Treffen in die Privatwohnung von Erik Nohara ein, um „die zahlreichen Gerüchte“ zu klären, „die in letzter Zeit in der [FU]-Gruppe über den Landesvorstand und die Neue Linke kursieren“.<sup>210</sup> Auch Mahler selbst lud zu einer informellen Runde ein, offensichtlich, um eine innerverbindliche Mehrheit für seine Konzeption einer *Neuen Linken* herzustellen; es galt laut Mahler „die politische Stellung des SDS neu zu bestimmen“, wobei es ihm zweckmäßig erschien, „die der Willensbildung notwendig vorangehende Meinungsbildung im Verband durch Diskussionen in kleineren Kreisen vorzubereiten“.<sup>211</sup> Die Landesvollversammlung am 27. Juli 1962 sollte nun die entstandenen „Meinungsverschiedenheiten“ über die „Aufgaben, Möglichkeiten und Formen der weiteren Arbeit des Verbandes“<sup>212</sup> diskutieren und eine Entscheidung herbeiführen. Allerdings befanden sich jene SDS-Mitglieder, die der Mahler'schen Konzeption einer *Neuen Linken* anhängen, zu diesem Zeitpunkt bereits in der Defensive: Der Co-Leiter des Arbeitskreises *Neue Linke* im SDS, Michael Mauke, hatte sich von dieser Konzeption bereits abgewandt und kritisierte den Begriff *Neue Linke* in einem dem Einladungsschreiben beiliegenden Konzeptpapier als „leere Worthülse“.<sup>213</sup> Maukes Gegenkonzept für einen Arbeitskreis *Europäische Linke*, der den Arbeitskreis *Neue Linke* ersetzen sollte, vertrat eine auf die Hochschule als politischen Resonanzboden des SDS ausgerichtete theoretische Konzeption und grenzte sich von den praktischen Bestrebungen der *Neuen Linken* scharf ab. Durch eine Satzungsänderung wurde die Gruppe um Mahler daran gehindert, weiter im Rahmen der SDS-Gruppe an der FU ihre Vorstellungen der *Neuen Linken* in die Praxis umzusetzen; von nun ab konnten Arbeitskreise ausschließlich beim Landesvorstand eingerichtet werden.<sup>214</sup> Zwar saßen mit Wrobel und Mahler zwei ausgewiesene Verfechter einer *Neuen Linken* an einflussreicher Stelle im Landesvorstand, dennoch gelang es den Gegnern der Mahler'schen Konzeption den Arbeitskreis *Neue Linke* aufzulösen und stattdessen – nun unter der Obhut des Landesvorstands – einen

Arbeitskreis gemäß den Vorstellungen Maukes einzurichten. Die Gruppe um Mahler und deren Konzeption einer aktionsorientierten, über die Hochschule hinaus wirkenden *Neuen Linken* hatte damit auf der Landesvollversammlung eine empfindliche Niederlage erlitten. Auch war eine Mehrheit der aktiven SDSler nicht bereit gewesen, Kompetenzen des SDS an die *Neue Linke* abzugeben.<sup>215</sup> Horst Mahler bemühte sich jedoch weiterhin „mit aller Energie darum [...], die Lebensfähigkeit dieser ‚Neuen Linken‘ zu beweisen“.<sup>216</sup>

Der Versuch Mahlers, den Westberliner SDS zum Motor einer *Neuen Linken* zu machen, erhielt im September 1962 mit dem Ausschluss des SDS aus dem *Arbeitskreis Berliner Studenten* (ABS), der für die Verteilung der Finanzmittel aus dem Bundesjugendplan zuständig war, einen weiteren Dämpfer.<sup>217</sup> Die politische Konkurrenz des SDS hatte dessen Wirken außerhalb der Hochschulen zum Anlass eines ABS-Ausschlusses genommen, was den innerverbandlichen Gegnern von Mahlers Aktivitäten Auftrieb gab.<sup>218</sup> Mahler sprach davon, dass ein „regelrechtes Kesseltreiben“<sup>219</sup> gegen ihn ausgelöst worden sei. Der unmittelbare Anlass zu diesem „Kesseltreiben“ war jedoch die von Mahler initiierte Aktion zur Kuba-Krise im Oktober 1962 gewesen,<sup>220</sup> die zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß §511 der Kontrollratsstatuten wegen „Verunglimpfung der Alliierten“ und einer Strafanzeige wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ geführt hatte: Während der Kuba-Krise hatte Mahler „zusammen mit ein paar Freunden“ auf dem Kurfürstendamm ein Transparent mit der Aufschrift „Die Kubakrise gefährdet den Weltfrieden“ entrollt.<sup>221</sup> Aufgebrachte Passanten griffen die Demonstranten tätlich an, die Polizei inhaftierte unter anderem Mahler für kurze Zeit.<sup>222</sup> Die Festnahmen lösten im SDS, der sich offiziell an der Aktion beteiligt hatte, ähnliche Konflikte wie im Sommer 1962 aus.<sup>223</sup> Zuvor hatte Klaus Wrobel auf einer Landesbeiratssitzung für eine Beteiligung seitens des SDS geworben.<sup>224</sup> In den Diskussionen innerhalb des SDS hatten Mahler und Wrobel Partei für die UdSSR genommen und unter anderem „den Abbau der amerikanischen Raketenbasen in der Türkei im Ausgleich für den Abbau sowj[etischer] Verteidigungsanlagen auf Kuba“<sup>225</sup> gefordert. Da eine Verurteilung Mahlers zu einem Ausscheiden aus seiner Referendarstätigkeit geführt hätte, führte dieser einen später so von ihm bezeichneten „Kuhhandel“ durch:<sup>226</sup> Während einer Flugblattverteilaktion im Vorfeld einer Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Charlottenburg war Mahler von seinem früheren SPD-Genossen Kurt Neubauer tätlich angegriffen worden und hatte seinerseits Strafanzeige gegen den damaligen Bundestagsabgeordneten gestellt.<sup>227</sup> Aufgrund Mahlers Zusage, die Strafanzeige zurück zu ziehen,

wurde das Ermittlungsverfahren gegen ihn eingestellt.<sup>228</sup> Mahlers innerverbandliche Gegner beschuldigten ihn, die Aktion zur Kubakrise habe die „Zulassung“ des SDS an den Hochschulen gefährdet.<sup>229</sup> Mahlers Gegner argumentierten unter anderem, dass die Aktivitäten der *Neuen Linken* in der „Berlinfrage“ zum einen taktisch falsch sei, da die Berliner Bevölkerung, die die *Neue Linke* für eine „vernünftige Haltung“ in der Wiedervereinigungsfrage gewinnen wollte, die Argumente eines als „kommunistisch“ bzw. SED-nah wahrgenommenen SDS nicht annehmen werde und zum anderen ein verstärktes Agieren des SDS in der „Berlinfrage“ weitere Munition für die politischen Kräfte sei, die den SDS aus dem ABS ausgeschlossen hatten.<sup>230</sup> Der SDS dürfe sich „im Interesse seiner Hochschulzulassung und seiner wichtigeren und effektiveren Tätigkeit“ an den Hochschulen nicht in der „Berlinfrage“ engagieren. Mahler und Wrobel hielten dem entgegen, dass „angesichts der [von ihnen] erwartenden kurzfristigen (2-4 Jahre) Veränderung der politischen Verhältnisse in Westberlin“ der SDS als Katalysator einer neuen, „vernünftigen Haltung“ der Westberliner Bevölkerung in der „Berlinfrage“ agieren könne.<sup>231</sup> Um diese im Sinne der *Neuen Linken* lösen zu können, sei es von größter Wichtigkeit, dass „die Berliner Bevölkerung in ihrer Mehrheit eine veränderte Einstellung zur DDR“ einnehme. Zudem würde angesichts der sich verändernden Weltlage der „Bankrott der bisherigen westlichen Berlinpolitik offenbar werden“, was in Westberlin eine diskreditierte SPD zur Folge haben würde. In dieses „personelle[s] Vakuum“ könnten dann die Vertreter des SDS bzw. der *Neuen Linken* stoßen. Es sei „die dringlichste Aufgabe des SDS[,] zusammen mit anderen sozialistischen Gruppen, ev. im Bündnis mit bürgerlichen Kräften, die eine vernünftige Berlinlösung anstreben, in diese Lücke beizeiten einzutreten.“ Einer rein hochschulpolitischen Tätigkeit des SDS erteilten Mahler und Wrobel eine klare Absage.<sup>232</sup> Mahlers Fraktion konnte sich in den Strömungsauseinandersetzungen im Sommer/Herbst 1962 im Westberliner SDS jedoch nicht durchsetzen und war mittlerweile zwar nicht isoliert, aber dennoch so stark in der Defensive, dass sich Mahler im Vorfeld der 17. Delegiertenkonferenz des SDS auf eine weitere organisatorische Plattform für seine politischen Aktivitäten orientierte. In Mahlers Perspektive hatte der SDS nach den Auseinandersetzungen im Sommer und Herbst 1962 „den Weg nach rückwärts eingeschlagen“ und war „innerlich zu wenig gefestigt [...], um die [...] begonnen Versuche [des Aufbaus einer *Neuen Linken*] konsequent fortzuführen“.<sup>233</sup>

Eine weitere Plattform für Mahlers politische Aktivität war dessen *Sozialistische Fördergesellschaft* (SFG), die sich im Oktober 1962 in den *Sozialistischen Bund*

(SB) umwandeln sollte und die er, wie den SDS, mittelfristig in der *Neuen Linken* verschmelzen wollte. In einem Schreiben vom 17. September 1962 erklärte Mahler gegenüber dem politischen Sekretär der SFG (und des späteren SB), Heinz Brakemeier, seinen und Klaus Wrobels Eintritt und erläuterte die politischen Vorstellungen, die beide zum Beitritt veranlasst hätten:<sup>234</sup> Wiederholte Mahler die Unfähigkeit des Westberliner SDS, die Brisanz der „Berlinfrage“ und das Mobilisierungspotential der Berliner Bevölkerung dadurch richtig einzuschätzen. Durch die Nichtwahrnehmung der „Berlinfrage“ seitens des SDS würden Gruppen der „äußersten Rechten [...] wie Pilze aus dem Boden“ schießen, sich des Themas bemächtigen und die „Bevölkerung zu Verzweiflungsakten“ ermutigen. Der SDS könne dies jedoch mit einer selbstständigen Agitation zur „Berlinfrage“ eindämmen. Mahler war sich „der Gefahr[,] zerrieben zu werden“ bewusst, jedoch dennoch der Auffassung, dass die *Neue Linke* „bei weiterer Abstinenz [entweder] ein Opfer der autoritären Kräfte“ oder „zur völligen Bedeutungslosigkeit herabsinken“ würde. Besorgt zeigte sich Mahler gegenüber Brakemeier über die Entwicklung der SFG, die er im Begriff sah, dem „Einfluß“ der Mehrheitsfraktion im Westberliner SDS („Bremser“) unterworfen zu werden. Mahler befürchtete, auch die SFG könne sich wie der SDS darin verlieren, ausschließlich theoretisch tätig zu werden und keine aktivistische Praxis zu entfalten. Insbesondere verwahrte sich Mahler gegen eine Abgrenzung zu linken Gruppen, die im Verdacht standen, von der SED „ferngesteuert“ zu sein. Nur wenn alle sozialistischen Gruppen jenseits der SPD zusammenarbeiten würden, könne die „Zersplitterung der deutschen Linken“ überwunden werden.

Nachdem Mahler im Sommer und Herbst 1962 damit gescheitert war, aus dem SDS heraus eine *Neue Linke* in Westberlin aufzubauen, versuchte er nun, die dortige Zersplitterung der Linken zu überwinden, indem er gleichzeitig den SDS, den SB und die VUS Westberlin zur Plattform für seine politischen Tätigkeiten ausbaute, eine Verschmelzung dieser Gruppen im Sinne seiner Konzeption der *Neuen Linken* vorantrieb und „vor allem in Berlin ein Beispiel dafür geben [wollte], daß eine Zusammenarbeit [...] nicht nur möglich, sondern auch fruchtbar“<sup>235</sup> sein könne. Zu diesem Zweck traten Horst Mahler und Klaus Wrobel im September 1962 neben dem SB auch der Westberliner VUS bei.<sup>236</sup> Diese existierte bereits seit einigen Jahren, führte jedoch lediglich ein Schattendasein im linken Milieu Westberlins. Mahler erlangte durch eine aggressive Personalpolitik rasch die Mehrheit und hatte es – wie es der MfS-Bericht von Dietrich Staritz anerkennend ausdrückte – „geschickt [...] verstan-

den, den alten Vorstand [...] zum Rücktritt zu veranlassen“.<sup>237</sup> Auch Mahler erinnerte sich später noch an die machiavellistische Dimension dieser Übernahme: „Das hat uns gar nicht mehr interessiert, was die da woll[t]en. Die waren nur noch eine Leiche. Wir hatten da nur so eine organisatorische Plattform, um [...] den SDS aus der Schusslinie zu bringen.“<sup>238</sup> An der Unterwanderung der VUS waren neben einer Gruppe aus dem SDS um Mahler und Wrobel auch Personen aus dem linkstraditionalistischen Milieu der Westberliner Sozialdemokratie beteiligt.<sup>239</sup> Der Beitritt so vieler neuer Mitglieder verschob das Bild der VUS Westberlin komplett zu Mahlers Gunsten.<sup>240</sup> Auf einer Mitgliederversammlung im Oktober 1962 wählten die Anwesenden den ehemaligen Vorsitzenden der Westberliner Jungsozialisten, Herbert Walter, zum 1. Vorsitzenden, Mahler wurde sein Stellvertreter. Im Vorstand waren zwar noch Mitglieder der ‚alten‘ VUS Berlin vertreten, jedoch hatte Mahlers Gruppe die deutliche Mehrheit inne.<sup>241</sup>

Auch im Rahmen der VUS war für Mahler die Agitation in der „Berlinfrage“ das wesentliche Betätigungsfeld für eine *Neue Linke* in Westberlin, weshalb Mahler dies zum Anlass nahm, seine Position im Herbst 1962 nochmals zu verschriftlichen und sich hierbei besonders darum bemühte, eine Erklärung für die konsequent pro-US-amerikanische Haltung der Westberliner Bevölkerung zu finden.<sup>242</sup> Mahler war sich darüber im Klaren, dass das „Berlinproblem ein Problem des Interessengegensatzes und des Interessenausgleiches“ der beiden Weltmächte sei, und dass erst in zweiter Linie die Meinung der Westberliner Bevölkerung, die er mit der Agitation der *Neuen Linken* zu beeinflussen suchte, den Ausschlag für eine „Berlirlösung“ geben konnte. Wirtschaftlich, demographisch und militärisch räumte Mahler Westberlin nur einen sehr begrenzten Wert für den „Westen“ ein; hingegen würde dessen Rolle als Enklave der DDR einen hohen Wert für die Westmächte aufweisen, der hauptsächlich darin bestünde, dass Westberlin „eine wesentliche Rolle bei der Verhinderung einer Konsolidierung der DDR“ spiele. In der Strategie der Westmächte eigne sich „Westberlin [...] für eine ständige Speisung des Kalten Krieges.“ Gerade dieser Umstand habe zu „unverhältnismäßigen Investitionen amerikanischen Prestiges“ geführt.

Demgegenüber habe der „Ostblock“ ein Interesse daran, diese „Sabotage“ der eigenen Konsolidierung zu verhindern und befände sich strategisch in einer besseren Ausgangslage, in erster Linie der Insellage Westberlins wegen. Die Westmächte hätten folglich nur zwei Alternativen: Entweder die USA würden auf Grund des steten Drucks durch den Ostblock einen „Vertrauensschwund

in die Verteidigungsmöglichkeiten der westlichen Welt“ riskieren oder sie würden den Weg eines „kurzfristigen Rückzuges im Wege einer Vereinbarung mit der SU“ wählen. Hier sah Mahler nun die Chance, innerhalb der Westberliner Politik zu intervenieren: Die USA würden vor allem deswegen einen „Prestigeverlust“ fürchten, weil die Westberliner Bevölkerung der Überzeugung sei, „der Amerikaner“ würde „unter Einsatz aller seiner Machtmittel den Status quo in der Stadt“ aufrechterhalten. Dies führe dazu, dass die USA etwaige Kompromissvorschläge der UdSSR ablehnen würden. Es sei demzufolge zu erreichen, dass die Westberliner Bevölkerung ihre „illusionären Hoffnungen“ in die militärische Präsenz der USA aufgeben müsse. Der Westberliner Bevölkerung sei also – von der *Neuen Linken* – zu vermitteln, dass „ein Hartbleiben der Amerikaner in Berlin zu einem allmählichen und schmerzhaften Siechtum für die Bevölkerung“ führen würde; eine veränderte Haltung der Westberliner in dieser Frage hingegen die USA dazu bringen werde, einem Kompromissvorschlag der UdSSR zuzustimmen.

Diese Gedanken Mahlers flossen, ebenso wie sein Papier vom Mai 1962, in die „Forderungen der Neuen Linken zur Berlinpolitik“<sup>243</sup> ein. Eingangs postulierte Mahler: „Westberlin darf nicht [...] das Objekt der Großmächte sein“, vielmehr müsse die Westberliner Bevölkerung in die Lage versetzt werden, das „Schicksal“ Berlins mitzugestalten. Mahler forderte, dass Westberlin nicht länger ein „Spielball fremder Interessenspolitik“ sein dürfe und die Bevölkerung ihr von den Besatzungsmächten behindertes Lebensinteresse endlich zum Zentrum der politischen Auseinandersetzung in der Stadt machen solle, um eine „menschenswürdige Existenz in Frieden“ zu schaffen. Auch legte Mahler, wie in den anderen Papieren zur „Berlinfrage“, den geringen Wert Westberlins in demographischer, militärischer und ökonomischer Hinsicht dar. In einem Krisenfall würde es zu einer massiven Kapitalflucht aus Westberlin in die BRD kommen („Kapital kennt keinen Patriotismus!“). Zuletzt spitzte Mahler einen bereits an mehreren anderen Stellen angedeuteten Gedanken zu: Durch eine Lösung der „Berlinfrage“ in der von Mahler skizzierten Weise könne Westberlin die Rolle eine „Mittler[s] bei der Annäherung beider deutscher Staaten“ spielen und beispielhaft für eine „langfristige Angleichung“ der „unterschiedlichen Gesellschaftsformen“ in der BRD und der DDR stehen – als Vorstufe einer Wiedervereinigung unter antifaschistisch-sozialistischen Vorzeichen.

Mahler hatte die schwierige Lage Westberlins im internationalen Konflikt herd des Kalten Krieges zwar realistisch umrissen, irrte jedoch vollumfänglich in seiner Einschätzung der Haltung der Bevölkerung. Gerade diese hatte in den

Jahren 1961/62 eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie nicht nur in die militärische Potenz der USA vertraute, sondern dass sie die US-amerikanische Präsenz in Westberlin in erster Linie als (einzigen) Schutz gegen die Interessen der DDR bzw. des Ostblocks betrachtete und unter keinen Umständen dazu bereit war, einen Abzug der alliierten Streitkräfte auch nur zu erwägen.<sup>244</sup> Diese fehlerhafte Einschätzung der Stimmungslage teilte Mahler mit der SED, die ebenfalls mit der Forderung nach einem Abzug der alliierten Streitkräfte und der Umwandlung Berlins in eine entmilitarisierte „Freie Stadt“ warb.<sup>245</sup>

Wie bereits bei dem Versuch im Frühjahr 1962, aus dem SDS heraus eine *Neue Linke* zu etablieren, versuchte Mahler auch nun über das akademische Milieu hinaus zu wirken und entwickelte in einem Konzeptpapier vom September 1962 einen Stufenplan für eine Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Akademikern und gewerkschaftlich orientierten Arbeitnehmern, der deutlich Züge einer leninistischen Vorstellung von Avantgardismus und Konspiration trug.<sup>246</sup> Dabei knüpfte er an Überlegungen aus dem Sommer 1961 an.<sup>247</sup> In einer ersten Stufe sollten „in internen Zirkeln“ Schulungen zu theoretischen und organisatorischen Fragen durchgeführt werden, darunter zu „Geheimhaltung“, „Herstellung und Vertrieb von Flugblättern“, „Einschleusung in andere Organisationen“ sowie „Demonstrationen und Sitzstreiks“. In einer zweiten Stufe sollte die Durchführung von ersten „Aktionen“ einen „Gruppenn[i]mbus“ schaffen, unter anderem sollten auf SPD-Versammlungen Flugblätter verteilt, die „Störung von Parteiversammlungen“ in Angriff genommen sowie in Zusammenarbeit mit dem SDS Podiumsdiskussionen veranstaltet werden. In einer letzten, dritten Stufe sollten ausgewählte Aktivisten als Mitglieder („Kandidaten“) geworben werden. Die gemeinsamen Aktivitäten im Rahmen von Vortragsveranstaltungen der VUS und der aus dem linkstraditionalistischen, sozialdemokratischen Milieu stammenden *Sozialistischen Bildungsgemeinschaft* im Herbst 1962 waren ein Versuch, auf dem von Mahler skizzierten Weg Wirkung auf nicht-akademische Milieus zu entfalten.<sup>248</sup>

Noch war Mahler neben dem SB und der VUS Westberlin auch weiterhin im SDS aktiv und nahm als Delegierter des Landesverbandes Berlin an der 17. Delegiertenkonferenz im Oktober 1962 in Frankfurt am Main teil.<sup>249</sup> Diese Konferenz stand in der öffentlichen Wahrnehmung unter dem Eindruck des Grundsatzreferats des Vorstands, in dem die Frage behandelt wurde, inwieweit der SDS „zum Kristallisationszentrum einer Neuen Linken in Westdeutschland“ werden könne, jedoch nicht im Sinne einer wie von Mahler geforderten Praxis, sondern im Sinne einer Neuformulierung der marxistischen Theorie.<sup>250</sup>

Die Delegiertenkonferenz einigte sich wie die Mehrheit des Westberliner SDS auf eine vornehmlich theoretische Arbeitsweise und lehnte unter anderem jegliche Bestrebungen ab, eine neue sozialistische Partei zu gründen.<sup>251</sup> Gemäß dem von Mahler postulierten Netzwerkcharakter einer *Neuen Linken* hatte dieser zusammen mit Klaus Wrobel einen Antrag zur Diskussion gestellt, in dem der SDS dazu aufgefordert wurde, Kontakte zu „allen linken Gruppierungen in der Bundesrepublik“ aufzunehmen, „sofern sie nicht von der DDR gesteuert“ würden.<sup>252</sup> Ein bloßer Verdacht der Steuerung reiche hingegen nicht aus, um „Kontakte auszuschlagen“. Dieser Antrag sollte den Boden für eine Zusammenarbeit der verschiedenen linken Gruppierungen in der BRD und Westberlin bereiten, unter anderem auch mit der VUS, die seit ihrer Gründung unter eben diesem Verdacht stand.<sup>253</sup> Die Delegiertenkonferenz folgte jedoch der zuvor beschlossenen theoretischen Grundausrichtung des SDS und lehnte den Antrag ab.<sup>254</sup> Die von der SDS-Gruppe an der FU Berlin nach der Vorlage von Horst Mahler eingebrachte *Resolution zur Westberlin-Frage* wurde dennoch verabschiedet, wie auch ein weiterer von Mahler eingebrachter Antrag, der ebenfalls auf eine erweiterte Bündnispolitik des SDS zielte und diesen zur Beteiligung an der Ostermarschbewegung aufforderte.<sup>255</sup> Die seit 1960 auch in der BRD stattfindenden pazifistischen und antimilitaristischen Ostermärsche mobilisierten neben Personen aus den kirchlichen und pazifistischen bürgerlichen Milieus auch enttäuschte SPD-Mitglieder und andere Linke aus dem traditionalistischen sozialdemokratischen Milieu.<sup>256</sup> Damit erschienen sie Mahler im Sinne der von ihm konzipierten Bündnispolitik in Fragen der Entmilitarisierung, Wiedervereinigungs- und Berlinpolitik als eine weitere geeignete Plattform zur Verankerung der eigenen Positionen und zur Gewinnung neuer Mitstreiter im Rahmen der *Neuen Linken*.<sup>257</sup> Auf dieser Delegiertenkonferenz wurde Mahler zudem in das Schiedsgericht des SDS-Bundesverbandes gewählt,<sup>258</sup> während Klaus Wrobel der Einzug in den politischen Beirat gelang.<sup>259</sup>

Obwohl Mahler nun in ein Gremium des Bundesverbandes gewählt worden war, war seine Fraktion auf Landesebene mittlerweile weitgehend isoliert. Auf der ordentlichen Landesvollversammlung des Westberliner SDS am 17. November 1962 wurde unter anderem ein neuer Landesvorstand gewählt. Die scharfen innerverbandlichen Auseinandersetzungen, die zwar ihre Vorentscheidung bereits im Juli 1962 gefunden hatten, waren jedoch auch im Herbst 1962 weiter akut und sollten nun in einer „offen geführte[n] politische[n] Generaldebatte“ abschließend geklärt werden,<sup>260</sup> weshalb die Landesvollversammlung, in Erwartung einer harten Diskussion und „entgegen den bisherigen Gepflogen-

heiten“<sup>261</sup> nicht öffentlich tagte. Auf der Versammlung sollte „die politische Stellung [...des] Verbandes [...] und seine politische Marschroute in [der] Zukunft“<sup>262</sup> bestimmt werden. Mahler versuchte nochmals seine Vorstellungen einer *Neuen Linken* im SDS durchzusetzen, während er zeitgleich bereits in der VUS und dem SB arbeitete. Die Gruppe um Mahler erlitt auf dieser Versammlung eine erneute Niederlage: bei seiner Kandidatur für den Landesvorstand erhielt Mahler nur 18 Stimmen und wurde somit „nicht in den Landesvorstand aufgenommen“.<sup>263</sup> Zum Landesvorsitzenden wurde mit Hubertus Hüppauf ein erklärter Gegner der Mahler'schen Linie gewählt.<sup>264</sup> Auf theoretischer Ebene wiederholte sich auf der Landesvollversammlung nochmals die Diskussion, die schon die Auseinandersetzung um den Arbeitskreis *Neue Linke* bestimmt hatte. Mahlers innerverbandliche Kritiker, deren Führungsfiguren Michael Mauke und Hubertus Hüppauf waren, bestritten das Vorhandensein einer ausreichenden sozialistischen Theoriebildung im SDS (wie in der gesamten bundesrepublikanischen Linken) und plädierten für eine fundierte theoretische Arbeit, um überhaupt erst die Grundlagen für ein politisches Handeln des SDS zu schaffen. Mahler beklagte an dieser Stelle den „Theorie-Fetischismus“ Maukes und Hüppaufs und wies darauf hin, dass seines Erachtens die Diskreditierung der sozialistischen Utopie durch die Entwicklungen des Sozialismus in den Ostblockländern und damit das Fehlen eines positiven, utopischen Bezugspunktes der sozialistischen Bewegung in der BRD und Westberlin das zu lösende Problem der bundesdeutschen Sozialisten darstelle und nicht deren mangelhafte theoretische Grundlage. Dadurch sei in der zu agitierenden Bevölkerung der Eindruck entstanden, die *Neue Linke* wolle mit ihren sozialistischen Positionen „den Teufel mit dem Beelzebub“ austreiben, was in der Regel zu einer scharfen Ablehnung und einer Akzeptanz des „Bestehende[n] als das kleinere Übel“ führe. Dieses Problem könne nicht durch eine „bessere Fundierung der sozialistischen Theorie“ behoben werden. Mahler plädierte aus diesem Grund für eine Agitation der *Neuen Linken* in der Berlin- und Wiedervereinigungsfrage, da er der Auffassung war, in diesen Fragen im Gegensatz zur SPD ein konsistentes politisches Angebot unterbreiten zu können und in diesem Sinne ein zur Agitation breiterer Schichten geeignetes Thema gefunden zu haben. Die Niederlage der Gruppe um Mahler und Wrobel auf der Landesvollversammlung im November 1962 führte zu ihrem Rückzug aus dem SDS. Die Aktivitäten Mahlers verlagerten sich nun zusehends auf die VUS Westberlin.<sup>265</sup> Im gleichen Zeitraum verfasste Mahler ein zornig-resignatives *Nachwort an den Sozialistischen Deutschen Studentenbund*, in dem er die Spaltung der deutschen Linken in „Akti-

visten“ und „intellektuelle Schwätzer“ als Ursache für die Erfolglosigkeit der Linken darstellte:<sup>266</sup> „Überall schießen kleine Grüppchen und Gruppen hervor, die die Arbeiterinteressen auf ihrem Stammtischwimpel geschrieben haben“. Da die SPD jeglichen Anspruch auf eine Vertretung der Arbeiterinteressen aufgegeben habe und die Arbeiterschaft sich auf eine sozialistische Alternative orientieren würde, „wenn erst einmal die Bedingungen für eine politische Massenbewegung gegeben“ seien, sei eine Sammlung der sozialistischen Kräfte im Rahmen einer von Mahler konzipierten aktivistischen Praxis notwendiger denn je. Gleichzeitig fänden es die „Denker“ der sozialistischen Bewegung wichtiger, eine „der spät-kapitalistischen Gesellschaft entsprechende[n] politische[n] Theorie“ zu erarbeiten. Den SDS rechnete Mahler zwar noch der „sozialistischen Linken“ zu, die „auf die Veränderung der Gesellschaft durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln“ ausgerichtet sei, monierte aber den sich im SDS manifestierenden Widerspruch zwischen gesellschaftsverändernden Anspruch und einer ausschließlichen Beschäftigung mit theoretischen Fragen. Der klare „Trennungsstrich“ zum SDS habe bei vielen SDS-Genossen, die sich der Gruppe um Mahler zugehörig fühlten, Verwirrung verursacht und diese „in die Resignation zurückfallen“ lassen, sei jedoch ohne Alternative gewesen.<sup>267</sup> Nach dem Rückzug der Gruppe um Mahler widmete sich der SDS Westberlin nun hauptsächlich einer theoretischen Grundlagenarbeit und trat – zumindest im Wintersemester 1962/63 und im Sommersemester 1963 – nicht im Sinne der von Mahler vertretenen Konzeption einer *Neuen Linken* in der Öffentlichkeit in Erscheinung.<sup>268</sup>

Mahler versuchte im Spätherbst 1962 diese auf eine weitere Gruppe auszuweiten: Bereits im Vorfeld der 17. Delegiertenkonferenz des SDS hatte sich innerhalb der SFG eine Mehrheit für die Umwandlung in den SB abgezeichnet.<sup>269</sup> Nun war satzungsgemäß zwar weiterhin die wissenschaftliche und finanzielle Förderung des SDS die zentrale Aufgabe des SB, jedoch gehörte auch dazu, „theoretisch und praktisch [die] Voraussetzungen für die Bewegung einer Neuen Linken in der Bundesrepublik zu schaffen“.<sup>270</sup> Gegen diese Versuche, den SB als mögliche neue Dachorganisation einer *Neuen Linken* zu formieren, hatte sich aber bereits während der Gründungsversammlung Protest geregt, mehrere ehemalige Mitglieder der SFG waren aus der SFG ausgetreten.<sup>271</sup> Auch der SDS reagierte auf diesen Versuch ablehnend.<sup>272</sup> Mahler hingegen traute der SFG bzw. dem SB zwar zu, im Prozess der Formierung einer *Neuen Linken* eine entscheidende Rolle zu spielen,<sup>273</sup> jedoch standen die Versuche einiger einflussreicher SB-Mitglieder, jede Zusammenarbeit mit Personen und Organisationen

von vornherein auszuschließen, die Kontakte zu SED und DDR unterhielten, Mahlers Konzeption im Weg.<sup>274</sup> Diese bezeichnete er als „Bremser“, gegen deren „faule[n] Kompromiß[e]“ er sich „mit Entschiedenheit“<sup>275</sup> wenden werde. Mahler agitierte gegen diese auch von Wolfgang Abendroth vertretene Konzeption, die an einer „bedenklichen Einseitigkeit“ leide und die „Notwendigkeit einer über die politische Analyse hinausgehenden politischen Tätigkeit“<sup>276</sup> nicht erkenne. Auf der Gründungskonferenz des SB sollte das Verhältnis zu anderen sozialistischen Gruppen (auch solchen, denen eine Steuerung durch die SED bzw. DDR nachgesagt wurde) „konkret“<sup>277</sup> bestimmt werden. Im Laufe der auf der Konferenz dann ausbrechenden hitzigen Kontroverse über diese Frage wurde Mahler von Abendroth sogar des Saales verwiesen.<sup>278</sup> Nachdem Mahler und Wrobel nun sowohl Mitglieder des SB als auch der VUS waren, hatte Brakemeier die beiden bereits im November 1962 dazu aufgefordert, sich zwischen einer der beiden Organisationen zu entscheiden.<sup>279</sup> Das oberste Organ des SB, der Bundesausschuss, hatte beschlossen, dass „eine Zusammenarbeit und gleichzeitige Mitgliedschaft mit und in der VUS nicht möglich ist, so lange einerseits die VUS in offener Abhängigkeit jede marxistische Kritik an der bürokratisch-diktatorischen Verhärtung in der DDR vermissen lässt und andererseits diese Zustände andauern.“<sup>280</sup> Der SB betrachte „jede organisatorische Verbindung mit der VUS als [...] politischen Selbstmord“.<sup>281</sup> Mahler verwies zum wiederholten Male darauf, dass zum einen die Einflussnahme der SED/DDR auf die VUS nicht bewiesen sei und dass zum anderen nur eine Zusammenarbeit aller sozialistischen Gruppen in der BRD – auch der vermeintlich sowie der tatsächlich von der DDR beeinflussten – notwendig sei, um die Zersplitterung des sozialistischen Lagers zu überwinden.<sup>282</sup> Er war nun seinerseits entschlossen, das „Verhalten des geschäftsführenden Vorstandes des Bundes zum Anlaß einer grundsätzlichen Debatte über die Prinzipien einer Zusammenarbeit linker Gruppen in der Bundesrepublik zu nehmen.“<sup>283</sup> Diese Debatte bereitete Mahler seit November 1962 vor, indem er Briefe an ihm nahestehende Genossen schrieb und um deren Unterstützung warb. Auch veranlasste er die Eintritte mehrerer Westberliner Genossen aus dem VUS-Umfeld in den SB, so unter anderem von Herbert Walter, dem Vorsitzenden der VUS Westberlin.<sup>284</sup> Im Januar 1963 wurde dann auf einer Sitzung des SB-Bundesausschusses (dem Mahler für die Berliner Sektion angehörte) über die gleichzeitige Mitgliedschaft von Wrobel und Mahler in VUS und SB verhandelt.<sup>285</sup> Der Bundesausschuss legte Mahler seine Gründe für eine Ablehnung der gleichzeitigen Mitgliedschaft in SB und VUS dar, während

Mahler nochmals sein großes Interesse an einer Mitarbeit im SB bekundete und betonte, dass selbst Herbert Wehner in einem SPD-Rundschreiben darauf hingewiesen habe, dass es keinen „Nachweis der Steuerung“ der VUS gebe. Auch sei die VUS Westberlin der bundesweiten VUS gegenüber nicht weisungsgebunden und finanziell unabhängig. Der Entschluss, in Westberlin statt im Rahmen des SB in der VUS aktiv zu werden, sei mit den den starken Vorbehalten der Gruppe um Mahler gegenüber dem SDS (und der SFG/SB) zu erklären, ein Überwechseln in die Strukturen des SB sei den Genossen in Westberlin nicht zuzumuten. Der Bundesausschuss vertagte die endgültige Entscheidung nochmals um zwei Monate, wobei Mahler abschließend erklärte, dass er nach dem derzeitigen, sich in der Diskussion darstellenden Sachstand leider aus dem SB ausscheiden werden müsse. Abschließend bemerkte ein Mitglied des Bundesausschusses „Ideologisierung-Tendenzen bei Mahler“.<sup>286</sup> Nach nochmaliger Aufforderung, sich zwischen einer Mitgliedschaft im SB und der VUS zu entscheiden,<sup>287</sup> schloss der SB Horst Mahler und Klaus Wrobel am 14. März 1963 aus.<sup>288</sup>

### **Marxist-Leninist in der VUS (1963)**

Im Verlauf des turbulenten Jahres 1962 war Mahler aus der SPD und zum Jahreswechsel aus dem SB ausgeschlossen worden und hatte zudem seine Mitarbeit im SDS eingestellt. Anfang 1963 sah Mahler nur noch in der VUS eine Perspektive für seine politische Arbeit. Bereits Ende 1962 hatte Mahler ein Strategiepapier für die weitere Arbeit der *Neuen Linken* bzw. der VUS Westberlin verfasst, um die *Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland* zu skizzieren.<sup>289</sup> Dieses Papier griff die Überlegungen Mahlers aus dem Jahr 1962 auf, fasste sie zusammen und spitzte sie zu. Das umfangreiche Strategiepapier sollte die Grundlage für die politische Arbeit der kommenden Jahre bilden und die informelle Grundlage für eine Sammlung sozialistischer Kräfte in- und außerhalb der SPD im Sinne der *Neuen Linken* einleiten und diese schließlich sogar spalten. Mit dem linken Teil des sozialdemokratischen Spaltprodukts sollte im letzten Schritt eine neue sozialistische Partei aufgebaut werden.

Die „sozialistische Linke“ war nach Mahler eine „Bewegung, die auf die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gerichtet“ sei.<sup>290</sup> Diese Umgestaltung der Besitzverhältnisse könne nur mit Gewalt „gegen den Widerstand der besitzenden Klassen“ vollzogen werden. Der Kampf gegen jene Klasse, die „notfalls

Parlamente auflöst und Regierungen stürzt“, könne jedoch nicht „allein von einer revolutionären Elite“ ausgefochten werden, sondern nur von der „handelnde[n] Masse unter der Führung einer zielstrebigem sozialistischen Partei“. Durch konsequente „Aufklärung“ solle der Ärger der „Massen“ über „unbefriedigende[n] Einzelercheinungen [...] in die richtige Richtung gelenkt werden“, was sich auf Grund der kapitalistischen „Manipulierung“ des Massenbewusstseins als sehr schwierig erweisen werde.<sup>291</sup> Unmittelbare Folge dieses falschen Massenbewusstseins sei die „Liquidierung bzw. restlose Korrumpierung“ der SPD und der Gewerkschaften als den selbstständigen Organisationen der Arbeiterschaft, weshalb sich „die Demokratie in der Bundesrepublik und in Westberlin in den Resten formaler Bürgerrechte“ erschöpfen würde.<sup>292</sup> Die objektive Funktion der sozialdemokratischen Organisationen bestehe mittlerweile ausschließlich darin, „den Klassenkampf [...] in ‚friedliche‘ Bahnen zu zwingen“ und die Arbeiterschaft unter die Herrschaft der „Besitzenden“ einzuordnen. Die Rolle der SPD bedinge sich nicht nur durch den Verrat ihrer Führung, sondern ergebe sich auch aus ihrer sozialen Zusammensetzung, die im Wesentlichen aus Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes bestehe und damit automatisch der „Sachwalter der bestehenden Gesellschaft“ sei. Dennoch zehre die SPD von „ihrem Nimbus, der sie als Interessensorganisation der Arbeiterschaft erscheinen“ lasse, weshalb die „Zerstörung des sozialdemokratischen Nimbus‘ in der Arbeiterschaft“ die „gegenwärtige und vordringlichste Aufgabe der sozialistischen Linken“ sei.<sup>293</sup> Hier deutet sich eine strategische Ausweitung von Mahlers Konzept an: Nicht mehr nur eine schlichte Sammlung der sozialistischen Linken war nun sein Ziel, sondern zugleich die Zerstörung des sozialdemokratischen Einflusses in der Arbeiterschaft. Daran müsse zugleich in- und außerhalb der SPD gearbeitet werden, denn die Zerstörung des sozialdemokratischen Einflusses könne „nicht allein dadurch gelöst werden, daß außerhalb der Sozialdemokratie tätige Gruppen in ihren Publikationsorganen und Versammlungen die Rolle der Sozialdemokratie“<sup>294</sup> aufzeigen. Da alle Versuche, „allein von außen diesen Schein zu korrigieren“ gescheitert seien, müsse in der SPD ein „starker sozialistischer Flügel“ aufgebaut werden und innerhalb der sozialdemokratischen Organisationen „die Auseinandersetzung um die bürgerliche Politik der Sozialdemokratie“ geführt werden. Erst wenn der „Nimbus“ der SPD auf diese Weise zerbrochen worden sei, könne an die Gründung einer neuen sozialistischen Partei gedacht werden.<sup>295</sup> Allerdings sprachen die Erfahrungen der letzten Jahre – so Mahler – gegen einen erfolgreichen Versuch innerhalb der SPD einen sozialistischen Flügel zu organisieren,

seien doch die „Genossen“, die dies in der Vergangenheit versucht hätten, „in steigender Anzahl ausgeschlossen oder kaltgestellt“ und die außerhalb der SPD tätigen Gruppen „zerschlagen“ worden. Dennoch seien in den sozialdemokratischen Organisationen viele junge Menschen, die einer „politischen Aufklärung“ im Mahler’schen Sinne „durchaus zugänglich“ seien und deren Weiterbildung zu „brauchbaren Kadern“ durch die Maßnahmen des sozialdemokratischen Parteiapparates verhindert würde. Deshalb sei es die Aufgabe von Gruppen außerhalb der SPD, innerhalb dieser einen „sozialistischen Flügel“ zu organisieren.<sup>296</sup> Dabei lege Mahler besonderen Wert auf eine effektive Organisation nach leninistischen Prinzipien, beispielsweise sollten, falls ein in der SPD aktiver Sozialist ausgeschlossen werde, seine Funktionen sofort einem anderen übertragen werden können. Durch eine koordinierte Vorgehensweise könnten „Angriffe auf die Sozialdemokratie an verschiedenen Stellen gleichzeitig“ durchgeführt werden. Dadurch würde vom Parteiapparat notgedrungen eine Art „Hexenjagd“ auf Oppositionelle in den eigenen Reihen ausgelöst werden, was zum Parteiausschluss ganzer Gruppen führen könnte, die alle den außerhalb der SPD tätigen sozialistischen Organisation zugeführt werden sollten, was das bisherige Problem der Isolierung der Ausgeschlossenen lösen würde. Die „Existenz eines organisierenden Zentrums“ außerhalb der SPD ermögliche eine möglichst große öffentliche Wirkung von potentiellen Ausschlüssen.<sup>297</sup> Düstere Einschätzungen von linken Sozialisten, die in der SPD lediglich eine Ansammlung von „Karrieristen“ sähen, würden an der Realität vorbei gehen: Vielmehr seien auch zum damaligen Zeitpunkt „noch tausende von Arbeitern und einfachen Angestellten in der SPD organisiert“, die, zwar frustriert, aber dennoch „gutwillig“, wieder in die politische Arbeit einsteigen würden, wenn sie „politisch angeleitet [...] und ihre Fehler erkennen“ würden.<sup>298</sup> Vermieden werden sollte der „Fehler“, darauf zu hoffen, dass die SPD „durch die Herausbildung eines starken linken Flügels und dessen Machtantritt in der Partei noch einmal zu einer sozialistischen Kampforganisation“ werden könne.<sup>299</sup> Dies sei jedoch nicht möglich, da der rechte, „bürgerliche“ Flügel der SPD dies in jedem Fall verhindern werde, weswegen die „sozialistische Bewegung [...] nur dann eine Zukunft“ habe, „wenn sich die Sozialisten von den opportunistischen und bürgerlichen Elementen [...] trennen würden, d. h. wenn die SPD gespalten“ werde.<sup>300</sup> Der Strategie einer sukzessiven Machtübernahme auf „leisen Sohlen“, welche die SPD-Linke bisher praktiziere, wurde eine klare Absage erteilt:<sup>301</sup> Dieser komme es lediglich darauf an, „die Positionen [...] zu halten und weitere zu besetzen, um bei günstigem Wetter den Rechten durch einen Handstreich

die Partei“ zu entreißen. „In Berlin betätigt sich Harry Ristock besonders eifrig und ausdauernd auf diesem Gebiet. [...] Diese sogenannten Linken erheben den Anspruch die sozialistische Opposition zu repräsentieren. Sie nähren die Illusion, die SPD könnte zu einer sozialistischen Partei regenerieren.“ Auch Herbert Wehner, in den der junge Mahler zum Zeitpunkt seines Eintritts in die SPD noch große Hoffnungen gesetzt hatte, wurde einer fundamentalen Kritik unterzogen. Der ursprünglich von der KPD kommende und als „links“ geltende Wehner, der als „Idol der ‚Linken‘“ in Godesberg einem „durch und durch bürgerliche[n] Programm“ zum Beschluss verholphen habe, sei dabei repräsentativ für die Rolle der „Linken“ in der SPD, wie auch für die Rolle der SPD in der bürgerlichen Gesellschaft: „Diese Rolle besteht darin, die Wirklichkeit hinter Illusionen zu verbergen, die Opposition mit sich selbst zu beschäftigen, zu besänftigen und zu kontrollieren. Diese ‚Linken‘ spielen innerhalb der Sozialdemokratie genau die Rolle, die die Sozialdemokratie insgesamt in der bürgerlichen Gesellschaft spielt.“<sup>302</sup> Mahler fasste nochmals die bevorstehenden Aufgaben zusammen:

„Die Aufgabe die vor uns liegt, ist nicht einfach zu lösen. Sie erfordert eine starke, politisch bewußte Organisation. Sie erfordert den Einsatz von Arbeitskraft und Geld. Sie setzt die Zusammenfassung aller geeigneten Kräfte voraus. Wir haben daher nicht nur den Kampf innerhalb der Sozialdemokratie zu organisieren, sondern auch eine Sammlungsbewegung für alle sozialistischen Kräfte zu sein – nicht zuletzt, um mit der Beseitigung der gruppenegoistischen Rivalität innerhalb der sozialistischen Linken die ewige Selbstschwächung zu beenden und uns als Keim einer erneuerten politischen Arbeiterbewegung in Westdeutschland zu legitimieren.“<sup>303</sup>

Zum wiederholte Male erteilte Mahler einer Nicht-Zusammenarbeit mit vermeintlich oder tatsächlich kommunistisch beeinflussten oder unterwanderten Gruppen eine Absage, nicht ohne jedoch zu betonen, dass dennoch „von vornherein und konsequent“ der Versuch einer Einflussnahme seitens der „in der DDR etablierten Kräfte“ bekämpft werden müsse.<sup>304</sup> Abschließend skizzierte Mahler die nächsten „praktischen Aufgaben“ der sozialistischen Linken. Zum einen sei dies der Aufbau von eigenen Gruppen, die Verbindungen mit oppositionellen Sozialdemokraten aufnehmen und diese anleiten sollten, innerhalb der SPD „zur Lösung unserer Aufgabe beizutragen“ sowie durch öffentliche Aktionen für Diskussionen in der SPD zu sorgen.<sup>305</sup> Zum anderen sollte

das „organisierende[n] Zentrum“ durch „unablässige Bemühungen um eine Sammlung aller sozialistischen Kräfte“ gestärkt werden. Auch sollte Kontakt zu allen „demokratischen Gruppen“ aufgenommen werden, die gegen die „autoritäre Entwicklung in Westdeutschland“ arbeiteten. Mahler schloss mit einem Aufruf an die Leser: „Die Überzeugung, daß wir unbeirrbar für eine freiere und menschenwürdigere Gesellschaft eintreten, macht uns über jeden Zweifel an unserer demokratischen und humanen Gesinnung erhaben. Aus dieser Überzeugung werden wir die Kraft zur Lösung unserer Aufgaben ziehen.“<sup>306</sup> Statt einer wenig versprechenden Sammlung allein außerhalb der SPD sollte nun in diese hineingewirkt werden, dort von außen ein linker Flügel aufgebaut werden und schließlich gespalten werden. Aus dem Spaltprodukt sollte eine neue sozialistische Partei hervorgehen. Mahler selbst versuchte im weiteren Verlauf des Jahres 1963 wieder in die SPD einzutreten, wurde jedoch abgelehnt.<sup>307</sup> Mahlers Papier dokumentiert die Ende 1962 zum Abschluss gekommene Entwicklung seines umfassend marxistisch-leninistischen Weltbildes. Nun sprach er offen in der Tradition des Avantgardeprinzips von einer „revolutionären Elite“, die als Führung einer sozialistischen Partei dafür Sorge zu tragen habe, dass die „Massen“ in „die richtige Richtung gelenkt werden“, hin zu einer gewaltsamen „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“. Die hierbei nötige Ausbildung von „Kadern“, die koordinierte „Angriffe“ auf die SPD ausführen sollten, wurde sprachlich in einen militanten Kontext gesetzt. Auch die Zerschlagung der SPD als politisches Ziel wurde hier erstmals in dieser Radikalität von Mahler formuliert.

Das Manuskript legte Mahler Ende 1962 jenem Kreis von Genossen zur Diskussion vor, die mit ihm zusammen im Oktober 1962 in der VUS Westberlin aktiv geworden waren. Auch fügte er es den Briefen bei, mit denen er Ende 1962 und Anfang 1963 um neue Mitglieder für die VUS Westberlin warb.<sup>308</sup> In der Diskussionsrunde, an der sich unter anderem Walter Barthel, Klaus Wrobel und Herbert Walter beteiligten, wurde vor allem die strategische Neuausrichtung in Mahlers Vorschlag, die VUS müsse von außen die Spaltung der SPD organisieren, einer scharfen Kritik unterzogen.<sup>309</sup> Es war in erster Linie Walter Barthel – der damals schon als „IM Kurt“ für das MfS arbeitete –, der die Ausführungen Mahlers unterstützte.<sup>310</sup> Mahler verteidigte seine Konzeption, forderte dazu auf, in der SPD zu arbeiten, sie „von innen zu spalten“ und in ihr einen klaren „Trennungsstrich“ zwischen bürgerlichen und sozialistischen Mitgliedern zu ziehen.<sup>311</sup> Ebenso war die Rolle der linken Intelligenz Gegenstand der Debatte, in der Mahler einen klar leninistischen, avantgardistischen Stand-

punkt einnahm und davon sprach, dass in einer Zeit ohne „objektive“ ökonomische Krise eine „kleine Elite“ die Führung der sozialistischen Bewegung übernehmen müsse. In der Frage nach einer möglichen Zusammenarbeit mit der SED in Westberlin nahm Mahler zwar eine nicht abgrenzende Position ein, kritisierte aber dennoch die seiner Ansicht nach falschen Entwicklungen in der DDR, welche sich vor allem in ihrem autoritären Charakter und der dortigen ökonomischen Fehlentwicklung zeigten, und war der Auffassung, dass erst die VUS „stark“ werden müsse, dann werde „sich [auch] die SED ändern“.<sup>312</sup> Hier verdeutlichte Mahler noch einmal seine Erwartungen an die eigene politische Aktivität: Nicht nur die SPD sollte von der VUS gespalten, sondern auch die SED durch ein Erstarren der VUS auf den richtigen Kurs gebracht werden, weshalb die „rein soz[ialistische] Kaderbildung“ die vordringlichste Aufgabe der VUS sei, denn: „Nicht die kleine, sondern die große Perspektive hat die VUS gewählt.“<sup>313</sup>

Mahlers Radikalisierungsschub nach seinem Ausschluss aus der SPD kam mit seiner endgültigen Wandlung zum Marxisten-Leninisten und der Vorstellung, die VUS könnte zur Keimzelle einer neuen, avantgardistischen sozialistischen Partei werden, zu einem vorläufigen Abschluss. Nachdem alle Versuche, innerhalb des SDS und des SB an einer Sammlung im Sinne der *Neuen Linken* zu arbeiten, gescheitert waren, war die VUS 1963 Mahlers alleinige Plattform für seine politischen Aktivitäten. Dort entfaltete er dann auch umfassende Aktivitäten: Zum Jahresbeginn 1963 lud Mahler die Mitglieder der VUS Westberlin zu einer „Aussprache“ mit Gerhard Gleissberg, einem der führenden Mitglieder der Bundes-VUS, zur „politischen Krise in der Bundesrepublik“<sup>314</sup> ein. Insbesondere sollte über die Entwicklungen in der (Bundes-)VUS, organisatorische Fragen für Westberlin und das Verhältnis der VUS zu anderen sozialistischen Gruppen in der BRD diskutiert werden.<sup>315</sup> Zudem standen die Einrichtung einer VUS-Geschäftsstelle sowie die Werbung neuer Mitglieder auf dem Programm.<sup>316</sup> Auf der ersten Mitgliederversammlung der VUS Westberlin 1963 fand eine Diskussion zum Verhältnis von *Berliner Friedenspartei* und VUS statt.<sup>317</sup> Mahler hatte bereits im Sommer 1962 versucht, Einfluss auf deren programmatische Ausrichtung zu nehmen und die Berlinpolitik der *Neuen Linken* dort zu verankern. Die Bundesorganisation der DFU, als deren Westberliner Gliederung die *Berliner Friedenspartei* auftrat, hatte dieser untersagt, den Namen DFU zu führen, da unter anderem enorme Vorbehalte gegen den Gründungskreis bestanden, an welchem auch viele ehemalige Mitglieder der NSDAP beteiligt gewesen waren.<sup>318</sup> Auch waren die christlich-pazifistischen

Kräfte in der *Berliner Friedenspartei* wesentlich ausgeprägter als in der DFU.<sup>319</sup> So war auch der Entwurf für ein Programm der *Berliner Friedenspartei*, die noch im Sommer 1962 einen Antritt zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im darauffolgenden Februar erwo, deutlich von christlich-pazifistischer Programmatik gekennzeichnet („Lasst uns nun endlich mit der Bergpredigt regieren.“).<sup>320</sup> Die Autoren des Entwurfs teilten mit Mahler die Auffassung, dass ein weiteres Wettrüsten der beiden „Machtblöcke[n] nicht zum Siege[,] sondern zum Tode führt“. Auch wurde vor der Möglichkeit eines deutsch-deutschen Krieges gewarnt, das Ausbleiben der Wiedervereinigung sowie das „gefährliche Inseldasein“ Westberlins moniert und „ein Verbot aller Atomtests, ein Auseinanderrücken der militärischen Machtblöcke in Europa, ein neutrales, atomwaffenfreies Mitteleuropa [sowie] eine Verminderung der militärischen Rüstungen“<sup>321</sup> gefordert. Diese neutralistischen Positionen waren mit denen Mahlers bzw. der *Neuen Linken* kompatibel, verzichteten allerdings auf den positiven Bezug zur DDR.<sup>322</sup> Mahler hatte bereits im Vorfeld den Autoren des Programmentwurfs eigene Anregungen zukommen lassen, die teilweise fast wörtlich in den Programmentwurf eingeflossen waren.<sup>323</sup> Dort wiederholte Mahler seine Positionen zu den Gefahren eines weltweiten, „totalen Krieges“ sowie einer weiteren konventionellen wie atomaren Rüstung, die „das Leben der in den Berührungszonen der Weltmächte lebenden Völker“ bedrohe. Angesichts der sich verschärfenden weltpolitischen Lage drohe auch in Deutschland „die Gefahr eines [...] begrenzten Konfliktes, der bei der seit dem zweiten Weltkrieg weiterentwickelten Zerstörungskraft der konventionellen Waffen unser Vaterland grausam verwüsten würde“, weshalb es das „dringste[n] Lebensinteresse“ Deutschlands geworden sei, von „der bisher geübten Gewaltpolitik“ abzuweichen. Die von der „Oligopol-Partei – CDU-SPD-FDP – befürwortete Politik der militärischen Stärke“ habe „entgegen den Versprechungen nicht zur Wiedervereinigung, sondern zur vollständigen Teilung Deutschlands geführt.“ Mahler leitete aus der durch den Bau der Mauer endgültig manifest gewordenen Teilung Deutschlands eine Forderung nach dem Abzug der alliierten Truppen aus Westberlin ab, welches als „leicht verwundbare Insel“ militärisch ohnedies nicht zu verteidigen sei. Die Westberliner Bevölkerung sei so nur ein Instrument in den Händen der NATO und insbesondere der USA, die die „Insellage“ Westberlins als „Pfahl im Fleische der DDR“ politisch ausschachten würden, wie auch in den Händen der UdSSR, die die Lage Westberlins „zur Erschütterung des westlichen Bündnisses“ nutzen würde. Die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien würden dem (angeblichen) „Streben der Westberliner

Bevölkerung“ nach einer vernunftgemäßen Lösung der Westberlinfrage nicht entsprechen und sich an der „Verbreitung gefährlicher Illusionen“ über die Lage Westberlins seitens der Medien (und der USA) beteiligen. Nachdem dem „deutschen Volke [...] die Aussicht auf eine Wiedervereinigung in absehbarer Zukunft genommen“ worden sei, drohe nun die Westberliner Bevölkerung ein „Opfer dieser Politik“ zu werden. Deshalb unterstützte Mahler einen Antritt der *Berliner Friedenspartei* zu den Wahlen im Februar 1963, denn nur eine „echte, kompromißlose Opposition im Abgeordnetenhaus“ könne das „Lebensinteresse der Westberliner Bevölkerung gegen eine kurzsichtige und fremden Interessen verpflichtete Politik“ vertreten. Obwohl einige Positionen Mahlers in den Programmentwurf eingeflossen waren, wurde die zentrale Forderung Mahlers nach einer konkreten Ausgleichspolitik mit der DDR bzw. der UdSSR nicht aufgeführt. Das mag zu Verstimmungen zwischen Mahler und der *Berliner Friedenspartei* geführt haben, war letztere doch Teil jener „bürgerlichen Kräfte[n], die eine vernünftige Berlinlösung anstrebten“ und mit denen Mahler eigentlich zusammenarbeiten wollte.<sup>324</sup> Vor diesem Hintergrund spielte sich auch eine Diskussion auf der VUS-Mitgliederversammlung im Januar 1963 ab, die die Differenzen zwischen der nun die VUS dominierenden Gruppe um Mahler und dem alten Vorstands deutlich machte.<sup>325</sup> Mahler kritisierte die bisherige Politik der DFU und insbesondere der *Berliner Friedenspartei* und forderte dazu auf, letztere als Organisation zu „liquidieren“, um die VUS zum alleinigen Motor der „Lösung“ der Berlinfrage zu machen. Mahlers Vorgängerin, die Gründerin der VUS Westberlin Irmgard Buchholz, kritisierte in einem Brief an die VUS-Mitglieder Mahlers Vorgehen und griff dessen jugendlichen „Ungestüm“ und seinen „Machiavellismus“ an sowie seine Methoden, „mit Menschen umzugehen“.<sup>326</sup> Dennoch konnte sich die Gruppe um Mahler als dominierende Kraft in der Westberliner VUS durchsetzen, so dass dieser im Januar 1963 organisatorische Erfolge an Gleissberg melden konnte: „Zwischenzeitlich macht die Arbeit in Berlin gute Fortschritte. Leider haben wir kaum Zeit, um die durch unsere Veranstaltungen angesprochenen Interessenten in der uns geeigneten Weise zu bearbeiten“.<sup>327</sup> Jedoch konnte Mahler nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Anzahl der Neueintritte weit unter seinen Erwartungen zurückgeblieben war, obwohl er umfangreiche Maßnahmen zur Werbung betrieben hatte: Er schrieb ihm geeignete erscheinende Kandidaten für eine Mitarbeit in der VUS an und legte eine Kartei über anzusprechende Personen aus dem Umfeld des SDS und der SJD an.<sup>328</sup>

Während der Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Februar 1963, welche immer noch unter dem Eindruck der Berlinkrise und des Mauerbaus standen und bei denen die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Willy Brandt ihr bis dahin bestes Ergebnis erzielte, hatte die VUS versucht, innerhalb der SPD Diskussionen über deren Berlin- und Deutschlandpolitik zu entfachen. Als Anlass dazu diente ihr der erzwungene Rücktritt von Willy Kressmann, der noch als Schüler der USPD beigetreten war, die Zeit des Nationalsozialismus im Exil verbracht hatte und nun – als SPD-Mitglied – seit 1949 Bezirksbürgermeister von Kreuzberg war.<sup>329</sup> Der in der Bevölkerung beliebte, schillernde Politiker hatte sich schon seit längerer Zeit als Mittler zwischen Ost und West inszeniert und ebenso lange versuchten die Reformkräfte in der Westberliner SPD den „Linksaußen“ und „Volksführer“ Kressmann von seinem Posten zu verdrängen.<sup>330</sup> Kressmann tätigte mehrere Reisen in die USA und vertrat dort offen seine vom Parteivorstand abweichende Meinung zur „Westberlinfrage“; auch hatte er die „Schandmauer“ als das „Ergebnis der Politik Deutschlands nach dem Zusammenbruch 1945 und das Ergebnis der Politik des Ostens und des Westens in der gleichen Zeit“ bezeichnet.<sup>331</sup> Daraufhin leitete der Landesvorstand ein Parteiordnungsverfahren gegen Kressmann ein und ließ ihn am 19. Dezember 1962 von der (SPD-dominierten) Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung als Bezirksbürgermeister abwählen. Bereits im November 1962 hatte die VUS Westberlin einen von Mahler verfassten offenen Brief veröffentlicht.<sup>332</sup> Einleitend bekundete die VUS Respekt vor dem Verhalten Kressmanns gegenüber dem Parteiapparat der SPD und insbesondere wegen seinen Äußerungen in den USA, um dann Kressmanns „politischen Fehler“ einer scharfen Kritik zu unterziehen: Obwohl Kressmann dagegen angekämpft habe, dass die SPD „zur Nachhut der bürgerlichen Parteien“ degeneriert sei, habe er dennoch die innerparteiliche Dynamik nicht verstanden und nicht erkannt, dass die Strategie einer Machteroberung in der SPD „auf leisen Sohlen“ nicht funktionieren werde und könne. Die SPD-Linke sei „von Wehner erfolgreich und restlos liquidiert“ worden und zum „sozialistische[n] und demokratische[n] Feigenblatt eines opportunistischen, anti-demokratischen Parteiapparates“ verkommen. Die aus der SPD ausgeschlossene, „echte sozialistische Opposition“ werde von der SPD „als ‚kommunistisch infiltriert‘ diffamiert“, müsse ihren „Kampf“ außerhalb der SPD fortsetzen und von außen die „Trennung von den opportunistischen und bürgerlichen Kräften in der Partei“ organisieren. Der Brief schloss mit der Aufforderung: „Die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten in Berlin hat sich diese Aufgabe gestellt. Herr Kressmann, wir erwarten Sie!“<sup>333</sup> Eigentlicher

Adressat der Kritik an der SPD war die Gefolgschaft der SPD-Linken, die Mahler und die VUS für sich gewinnen wollten. Dem Wortführer der SPD-Linken in Westberlin wurde vorgeworfen, seit Sommer 1962 nichts zur Verteidigung Kressmanns gegen das „Kesseltreiben“ der „Brandt-Gruppe“<sup>334</sup> unternommen zu haben. In der Tat war die SPD-Linke nicht bereit gewesen, sich für den schillernden Willy Kressmann und gegen die Führung der Westberliner SPD einzusetzen, sie hatte ihn tatsächlich „wie eine heiße Kartoffel fallen lassen“. Kressmann wurde in diesem Flugblatt zu einem Vorkämpfer der Forderungen der VUS in der Westberliner SPD stilisiert, der, im Gegensatz zur restlichen SPD-Linken, „eine falsche Politik beim Namen genannt“ habe und der den eigentlichen „Führer des linken Flügels“ in der SPD darstelle. Den SPD-Linken wurde der nicht unberechtigte Vorwurf gemacht, sich aus karrieristischen Gründen nicht mit Kressmann solidarisiert zu haben. Dies ermöglichte der „Brandt-Gruppe“ auch weiterhin, die linke Opposition in der SPD „kaltzustellen oder auszuschließen“, wobei die SPD-Linken nicht erkennen würden, dass schon bald sie selbst als nächste an der Reihe seien. Während des Wahlkampfes im Februar 1963 griff die VUS den Fall Kressmann nochmals auf und verteilte ein den Stil der SPD glossierendes Flugblatt in den Abteilungen und Veranstaltungen der SPD.<sup>335</sup> Das Flugblatt selbst bestand aus dem Nachdruck einer in der Zeitung *Das Berliner Wort* erschienenen Glosse mit dem Titel *Brief an einen Genossen*.<sup>336</sup> In dem Artikel wurde das rücksichtslose, undemokratische Durchgreifen der SPD-Führung gegen parteiinterne, linke Oppositionelle, die hohe Bereitschaft der SPD-Basis, die Kurswechsel der Parteiführung relativ kritiklos hinzunehmen sowie die mangelnde innerparteiliche Demokratie der SPD satirisch verarbeitet. Dieses Flugblatt wurde von der VUS in einer Auflage von 15.000 Stück bei Veranstaltungen der SPD während des Wahlkampfes verteilt und hatte die VUS laut Mahler „innerhalb der SPD ins Gespräch gebracht“.<sup>337</sup> Die Flugblatt-Aktion hatte „Unruhe in die Wahlversammlungen“ getragen, was dazu führte, dass gegen die auf der SPD-Abschlusskundgebung anwesenden VUS-Mitglieder ein „SPD-Rollkommando“<sup>338</sup> eingesetzt wurde.

Im März 1963 arbeitete der Vorstand der VUS zusammen „mit engen Freunden“ eine Grundsatzerklärung für die VUS Westberlin aus.<sup>339</sup> Diese für die interessierte Öffentlichkeit bestimmte Erklärung fasste auf Grundlage von Mahlers Strategiepapier vom Herbst 1962 die intern bereits ausgiebig diskutierten programmatischen und strategischen Überlegungen knapp zusammen.<sup>340</sup> Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung mit der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie sowie der SPD-Linken, deren Aktivität den „Verrat der

SPD an den Interessen des schaffenden Volkes verschleiern“ solle. Der „Kampf in der Partei und in den Gewerkschaften gegen den Verrat der Sozialbürokratie“ müsse auf Grund der Ausschlüsse von sozialistischen Linken von außen in die SPD getragen werden. Die Erklärung endete mit einem Marx-Zitat: „Die Arbeiterklasse muß lernen, denn sie muß die Führung in der Gesellschaft übernehmen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“<sup>341</sup> In einem anderen VUS-Flugblatt waren als ideologische Vorbilder nun ebenfalls Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel aufgeführt.<sup>342</sup> Besonderen Erfolg versprach sich Mahler von einer politischen Intervention in der SJD, war doch dort die Gegnerschaft zum Godesberger Programm mit am stärksten sowie intensive Verbindungen zur SPD vorhanden gewesen.<sup>343</sup> Anlass für ein von Mahler (mit-)verfasstes Schreiben an Mitglieder der SJD in Westberlin war der drohende Ausschluss mehrerer westdeutscher Falken aus der SPD, da die dortigen Bezirksverbände Württemberg und Rheinland-Pfalz zu einer Mobilisierung im Rahmen der Ostermärsche gegen „die Atomwaffen und für eine allgemeine Abrüstung“ aufgerufen hatten.<sup>344</sup> Mahler, der sich von einer Beteiligung an der Ostermarschbewegung solche Möglichkeiten zur Intervention versprochen hatte, versuchte gemäß der von ihm formulierten Strategie, Unruhe innerhalb sozialdemokratischer (Vorfeld-)Organisation zu schaffen und Friktionen herzustellen: Der Berliner SJD-Führung um Ristock wurde vorgeworfen, sie taktiere und würde einer klaren politischen Positionierung ausweichen, da diese „möglicherweise den Bruch mit der SPD herbeiführen“ könne.<sup>345</sup> Ristocks Strategie, die SJD Berlin zu einer Nachwuchsorganisation der SPD-Linken aufzubauen, sei gescheitert, die sozialdemokratischen Reformkräfte würden sich auch in der SJD sukzessive durchsetzen, der Verband sei „fast vollständig gleichgeschaltet.“ Die Basis der SJD solle die eigene Führung zu einer möglichst deutlichen Stellungnahme gegen die Politik der SPD zwingen. Eingeleitet wurde das Schreiben mit einem martialischen Aufruf: „Liebe Genossen! Ein Volk, dessen Jugend nicht für den gesellschaftlichen Fortschritt kämpft und bereit ist, in diesem Kampf Opfer zu bringen, hat keine Zukunft.“ Nur das Eintreten für die „Erbauung einer neuen Ordnung“ könne zu einer „Befreiung“ und einem Leben in „Frieden, Freiheit und Sicherheit“ führen. Diese „Befreiung“ könne nur „das Werk der Arbeiterklasse sein“, die sich zu diesem Zwecke „eine Kampforganisation schaffen“ müsse, die in der Lage sein müsse, „die Massen politisch richtig zu führen“. Die aktuelle Lage in der BRD wurde in Erwartung der Zunahme sozialer Konflikte pessimistisch eingeschätzt: „Am Horizont der Konjunktur zeichnen sich [...] dunkle Wolken

ab“, die Konkurrenz „auf den inneren und äußeren Märkten“ nehme ständig zu, die Arbeitslosigkeit wachse. Insbesondere leide die BRD unter dem ökonomischen Druck der USA: „Durch die Auferlegung zusätzlicher Rüstungslasten versucht die amerikanische Regierung die Exportkraft ihrer europäischen ‚Bündnispartner‘ zu schwächen um so die Repression zu exportieren.“ In dieser Lage seien „verstärkte Angriffe der Unternehmer auf den Lebensstandard der Schaffenden [...] unausbleiblich.“ Diese Situation erfordere eine starke „Kampforganisation“ der „Arbeiterklasse“, die sich am ehesten aus den „demokratischen Bewegungen“ heraus bilden könne, weshalb die SJD die Ostermärsche dringend unterstützen müsse: „Unser Platz ist an der Seite derjenigen Deutschen, die zu Ostern gegen die Atomwaffen und für eine allgemeine Abrüstung marschieren!“ Das Schreiben schloss mit dem Aufruf: „Genossen! Erkennt eure Mission als Vorhut eines geeinten sozialistischen Deutschlands! Kämpft!“

Die Intervention in der SJD war nicht ohne Erfolg: Bis zum Sommer 1963 konnten etliche Kontakte mit SJD-Mitgliedern hergestellt werden; die SJD-Gruppe *Rosa Luxemburg* in Berlin-Tiergarten sollte sogar von der VUS „übernommen“ werden, Mahler hatte bereits entsprechende Diskussionen mit dem dortigen Vorsitzenden geführt.<sup>346</sup> Davon versprach Mahler sich eine finanzielle Absicherung der eigenen Arbeit sowie die Möglichkeit, „müheles“ mit anderen SJD-Gruppen und Gewerkschaftsjugendlichen in Kontakt zu treten. Im „Rahmen“ der VUS sollte nun eine eigene „Falkenrunde“ gebildet werden, welche „Informationen über die Falkenarbeit in den verschiedenen Gruppen“ austauschen sollte und „die taktische Linie“ zur politischen Arbeit in der SJD festzulegen hätte. Auch in der SJD-Gruppe *Spartacus* konnten Mitglieder der VUS mit Erfolg aktiv werden, in Charlottenburg gründete sich währenddessen auf Mahlers Betrieben eine SJD-Gruppe mit dem Namen *Anti*.<sup>347</sup> Die Verbandsführung reagierte auf die Aktivitäten der VUS mit Gelassenheit, welche zum einen die nicht grundsätzliche ablehnende Haltung gegenüber den Gedanken Mahlers dokumentierte und zum anderen erkennen ließ, dass die SJD-Funktionäre den Bemühungen der VUS nicht viel Aussicht auf Erfolg zutrauten.<sup>348</sup>

Die umfangreichen Aktivitäten der VUS Westberlin belasteten den Kern der Gruppe jedoch stark. Bereits im Frühjahr 1963 hatte Klaus Wrobel seinen Vorstandsposten aufgegeben, im Frühjahr 1963 schied Wolfgang Zaehle „wegen Arbeitsüberlastung“<sup>349</sup> aus. Zu seinem Nachfolger wurde Peter Hohmann gewählt, der später zusammen mit Mahler im Rahmen der sich gründenden

RAF in ein Ausbildungslager der *El Fatah* nach Jordanien reisen sollte und gegen den dort, unter der Zustimmung von Mahler, auf Betreiben der Kerngruppe der späteren RAF ein (nicht exekutierte) Todesurteil verhängt werden sollte.<sup>350</sup> Die durch die politische Intervention bei der SJD gewonnenen Interessenten wurden nicht ohne Erfolg in eine ab Sommer 1963 startende Schulungsarbeit der VUS integriert. Der am meisten nachgefragte Schulungszirkel war der von Herbert Walter geleitete Kurs zur *Einführung in den Marxismus*.<sup>351</sup> Auch und gerade für Referententätigkeiten im Rahmen dieser Schulungsarbeit nahm die VUS erneut Kontakt zum Westberliner SDS auf.<sup>352</sup> In einer Vorlage zur Diskussion mit dem SDS bezeichnete Mahler die VUS Westberlin in übertragenem Sinn als „eine Partisanenorganisation, die kein eigenes Territorium zu verteidigen[,] sondern das vom Gegner besetzte zu gewinnen“<sup>353</sup> habe. Für eigene Veranstaltungen unter dem „Firmenschild“ VUS fehlten zunehmend die Mitglieder, auf Grund der marginalen Zuwächse stagnierte die Gruppe bei einer Mitgliederzahl von etwa 50.<sup>354</sup> Im Sommer 1963 riet Mahler daher von weiteren öffentlichen Veranstaltungen der VUS Westberlin ab, da diese auf Grund der geringen Teilnehmerzahlen ein „schädlicher Exhibitionismus“ seien. Wenn auch die bisherige Arbeit der VUS kleinere Erfolge im Rahmen der SJD gezeitigt hatte, so war die Erfolgsbilanz der gesamten Gruppenarbeit, insbesondere gemessen an den selbst gestellten Aufgaben, äußerst bescheiden, so dass sich der Vorstand im August 1963 eine „Urlaubspause bis September“<sup>355</sup> befohlen hatte. Für Herbst 1963 war ein letzter Anlauf für eine Intervention in der sozialdemokratischen Linken Westberlins geplant, die jedoch auf Grund mangelnden Interesses seitens der potentiellen Teilnehmer nicht zustande kommen sollte.<sup>356</sup> Die wiederholten Rückschläge und Misserfolge bei den seit 1961 praktizierten Versuchen, in den verschiedensten Organisationen eine Gruppe im Sinne der *Neuen Linken* aufzubauen, führten Ende 1963 zu einem vorübergehenden Rückzug Mahlers aus seiner politischen Aktivität. Mahler widmete sich nun in erster Linie seiner beruflichen Existenz: Bereits im Juli 1963 hatte Mahler das zweite juristische Staatsexamen erhalten und war am 17. September 1963 vom Amtsgericht Berlin-Charlottenburg als Rechtsanwalt zugelassen worden.<sup>357</sup>

### **Zwischenfazit: Ausbildung eines marxistisch-leninistischen, strukturell antisemitischen Weltbildes und antiamerikanische Schuldabwehr**

Mahler entwickelte während seiner politischen Aktivität zwischen 1957 und 1963, seiner Mitgliedschaft in der SPD, der SJD, dem SDS, dem SB und der VUS, ein umfassendes marxistisch-leninistisches Weltbild. Eine maßgebliche Kontinuität von Mahlers politischer Tätigkeit zwischen 1957 und 1963, die in dieser Phase hauptsächlich Fragen der Berlin- und Deutschlandpolitik zum Gegenstand hatte, war der Versuch, das identitäre Kollektiv des „deutschen Volkes“ von der diffus empfundenen Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft zu entlasten, wobei Mahler sich hierbei eines spezifisch schuldrelativierenden Antiamerikanismus bediente und gleichzeitig der antifaschistische Gründungskonsens der SED und der DDR für ihn als positiver Fluchtpunkt fungierte.

Als Leninismus bzw. Marxismus-Leninismus soll die Weiterentwicklung und Anpassung der marxistischen Theorie durch Wladimir Iljitsch Lenin und dessen Kanonisierung im Zuge der Konstituierung der UdSSR als sozialistischer Nation verstanden werden.<sup>358</sup> Insbesondere Lenins Erweiterung des kollektiven, revolutionären Subjekts des Proletariats, das im zaristischen Russland der Jahrhundertwende auf Grund der rückständigen ökonomischen Entwicklung zahlenmäßig noch sehr klein war, um die Bauern und Teile der Mittelschichten zu den „werk tätigen Massen“ oder zum „Volk“, als auch seine voluntaristische Vorstellung einer zentralistisch geführten, avantgardistischen kommunistischen Partei stellten die wichtigsten Unterschiede zum zeitgenössischen marxistischen Theoriegebäude dar.<sup>359</sup> Das Gedankengebäude Lenins und der sich daraus entwickelnde Marxismus-Leninismus war ein alles umfassendes, geschichtsteleologisches und deterministisches Weltbild mit deutlichen Zügen einer „säkularisierten Religion“.<sup>360</sup> Lenin hatte sich bereits 1902 mit seiner Schrift *Was tun?* von den ökonomistisch-deterministischen Vorstellungen Marx' abgewandt und einen voluntaristischen Politikansatz popularisiert, in dem eine kleine Gruppe von hochgeschulten Berufsrevolutionären im richtigen Moment stellvertretend im Interesse der „Massen“ handeln sollten.<sup>361</sup> Vielfach hatte Mahler sich in seinen theoretischen Äußerungen in den frühen 1960er Jahren zu einem solchen voluntaristischen Politikverständnis bekannt.<sup>362</sup> Ein solches implizierte stets auch die Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele. Mahler war Anfang der 1960er Jahre bereits so weit radikalisiert, dass er (in marxistisch-leninistischer Tradition stehend) den Einsatz von Gewalt zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als prinzipiell unaus-

weichlich ansah.<sup>363</sup> Die „Massen“ sollten das von der Bourgeoisie okkupierte staatliche Gewaltmonopol unter der Führung einer Gruppe von Berufsrevolutionären gewaltsam beseitigen.<sup>364</sup>

Einher mit einer voluntaristischen Auslegung der Marx'schen Theorie ging bei Lenin die Vorstellung von der Partei als eine kleinen, klandestin operierenden, hierarchisch-zentralistischen Gruppe entschlossener Berufsrevolutionäre. Nur eine solche ideologisch geschlossene sozialistische Partei könne den „Massen“ ein revolutionäres Bewusstsein vermitteln und sich in den jeweiligen Situationen auf eine „objektiv richtige“ Politik festlegen.<sup>365</sup> Mit Hilfe dieses leninistischen Avantgardeanspruches wurde im Namen einer „historischen Mission“ jede Politik der Bolschewiki gerechtfertigt.<sup>366</sup> Diese ideologische Geschlossenheit konnte nur durch eine rigorose Bekämpfung aller abweichenden Positionen erreicht werden.<sup>367</sup> Bereits in den frühen 1960er Jahren hatte Mahler damit begonnen, ein solches avantgardistisches Politikverständnis zu entwickeln.<sup>368</sup> Mahler war der Auffassung, dass eine neue „Führungskraft“ in der wiederzubelebenden deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen sei und dem SDS in diesem Zusammenhang „eine besondere Aufgabe“ zugefallen sei. Um an dieser Aufgabe mitwirken zu können, habe er sich „aus der SPD ausschließen lassen“.<sup>369</sup> In seinem Ende 1962 formulierten Strategiepapier für die *Neue Linke* war Mahlers avantgardistisches Politik- und Parteiverständnis abschließend in eine marxistisch-leninistische Form geronnen.<sup>370</sup> Dies zeigte sich insbesondere in seiner Vorstellung einer internen, beinahe schon konspirativen Kaderbildung sowie dem Gedanken einer steten Verfügbarkeit dieser Kader, die an einen bolschewistischen „Berufsrevolutionär“ denken ließ.<sup>371</sup> Diese Kader einer avantgardistischen „Kampforganisation“ sollten nach Mahlers Vorstellungen dann die „Massen politisch richtig [...] führen.“<sup>372</sup> Bereits in den späten 1950er Jahren hatte Mahler damit begonnen, Lenin als sein „theoretisches Gewissen“<sup>373</sup> zu verinnerlichen. Erst später sollte Mahler sich auch mit dem Werk Karl Marx' beschäftigen, den er jedoch bereits im Rahmen einer marxistisch-leninistischen Interpretation rezipierte.<sup>374</sup>

Vielfach wurde in der neueren Forschung auf die strukturelle Affinität eines marxistisch-leninistischen und eines antisemitischen Weltbildes hingewiesen.<sup>375</sup> Der Marxismus-Leninismus hat wie der Antisemitismus den Anspruch, ein welterklärendes Modell zum Verständnis der modernen kapitalistischen Gesellschaft bereitzustellen. Im Rahmen der politischen Aktivitäten Mahlers zwischen 1957 und 1963 ist keine explizit gegen Juden gerichtete politische Äußerung nachweisbar, die Begriffe ‚Israel‘ und ‚Jude(n)‘ tauchen in keinem Dokument

Mahlers in diesem Zeitraum auf. Da der Marxismus-Leninismus in seinen strukturellen Merkmalen eine starke Affinität zu einem antisemitischen Weltbildes aufweist (striktter Manichäismus, Personifizierung und Verschwörungstheorie, Konstruktion identitärer Kollektive) ist es jedoch erforderlich, auch bei dem von Mahler zwischen 1957 und 1963 entwickelten von einem strukturell zum Antisemitismus affinen Weltbild zu sprechen.<sup>376</sup>

Das grundsätzliche Strukturmerkmal des Marxismus-Leninismus ist ein strikter Manichäismus, der die eschatologische Vorstellung enthält, eine als nicht reformierbar empfundene, allumfassende Notsituation, wie die des zaristischen Russlands 1917, könne nur mittels einer gewaltsamen revolutionären Erhebung in einen Erlösungszustand verwandelt werden.<sup>377</sup> Dementsprechend düster zeichnete Mahler den Zustand der BRD Anfang der 1960er Jahre, in der sich am „Horizont der Konjunktur [...] dunkle Wolken“ abzeichnen würden, welche zunehmende Konkurrenz und wachsende Arbeitslosigkeit versprechen würden. Deshalb müsse das „Volk“, insbesondere dessen „Jugend“, für den „gesellschaftlichen Fortschritt“ kämpfen und bereit sein, „Opfer zu bringen“. Nur die „Erbaueung einer neuen Ordnung“ nach sozialistischem Vorbild könne zu einer „Befreiung“ und einem Leben in „Frieden, Freiheit und Sicherheit“ führen.<sup>378</sup> Eine solchermaßen eschatologische Heilserwartung zog zwingend die Einteilung der Welt in Kräfte nach sich, die eine solche Ordnung erkämpfen wollten und solche, die es auf dem Weg dorthin gewaltsam zu überwinden galt, also in Gut und Böse.<sup>379</sup> Nach Lenin befanden sich auf der einen Seite das „Proletariat“ bzw. die „werkstätigen Massen“ oder das „Volk“, auf der anderen die „Bourgeoisie“, das „Kapital“ bzw. der „Imperialismus“.<sup>380</sup> Zwischen diesen Antagonismen fand dem marxistisch-leninistischen Weltbild zufolge ein steter und unversöhnlicher Kampf statt.<sup>381</sup> Anklänge an eine manichäische Einteilung der Welt in einen strikten Gut-Böse-Antagonismus zeigten sich bei Mahler bereits 1960, beispielweise in seiner Betrachtung der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft, in der er CDU und FDP nicht als Mitbewerber in einer parlamentarischen Demokratie betrachtete, sondern als umfassend zu bekämpfende, böse Kräfte ausmachte.<sup>382</sup> Diese wesentlich bösen Kräfte sah Mahler vor allem in der Bourgeoisie („Monopolkapital“) verkörpert, die allmächtig Parlamente auflöse und Regierungen stürze.<sup>383</sup>

Dieser absolute, wesentlich böse Feind war im Weltbild Lenins zur Rechtfertigung von dessen politischer Radikalität unbedingt notwendig. Auch bei Lenin fand sich schon bald nach der Oktoberrevolution 1917 eine – von Marx abweichende – personifizierende Feindbestimmung. Am deutlichsten zeigte sich

diese Personifizierung in Lenins Schrift *Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*.<sup>384</sup> In Mahlers Weltbild artikulierten sich solche Tendenzen Anfang der 1960er Jahre, als er beispielweise den US-amerikanischen Präsidenten als alleinigen Faktor aller Entscheidungen der NATO und damit der westlichen Welt ausmachte. Auch der Terminus „Monopolkapital“ wurde von Mahler nicht als ökonomische Kategorie verwendet, sondern wie eine Person behandelt. Eng verbunden mit einer personifizierenden Betrachtung der kapitalistischen Verhältnisse ist im Marxismus-Leninismus eine starke Tendenz zu einer verschwörungstheoretischen Welterklärung, wonach einflussreiche kleine Gruppen von „Kapitalisten“, „Finanzkönigen“ und „Milliardären“ die Geschichte der Welt zu lenken verstünden.<sup>385</sup> Mahlers ständig vorgetragene Forderung nach einer rückhaltlosen Demokratisierung der gesellschaftlichen Strukturen der BRD und einer umfassenden Aufklärung der „Massen“ sind vor dem Hintergrund dieser dem (marxistisch-)leninistischen Weltbild innewohnenden verschwörungstheoretischen Elemente zu verstehen: Erst wenn die „Massen“ vollständig über die durch die Medien der Bourgeoisie durchgeführte „Manipulierung“ ihres Bewusstseins aufgeklärt seien, könnten diese unter der Führung der sozialistischen Avantgarde das Ende der kapitalistischen Ordnung herbeiführen.<sup>386</sup> Schon bei Lenin fand sich eine Unterscheidung bzw. Entgegensetzung von produktiver Arbeit und parasitärer Arbeit, bzw. produktivem Kapital und parasitärem Finanzkapital.<sup>387</sup> Zwar deutete sich eine solche Trennung bei Mahler in den frühen 1960er Jahren höchstens an, war jedoch in dem mehrfach gebrauchten Terminus vom „schaffenden Volk“<sup>388</sup> bereits erkennbar.

Als antagonistisches Gegenüber zum absoluten Feind, der Bourgeoisie, hatte Lenin den marxistischen Begriff des Proletariats um die Bauern und Teile der Mittelschichten zu einem neuen kollektiven revolutionären Subjekt erweitert: die „werk tätigen Massen“, das „werk tätige Volk“ (oder auch nur „Massen“ oder „Volk“).<sup>389</sup> Auch Mahler hatte seine revolutionäre Agitation Anfang der 1960er Jahre an die „werk tätigen Massen“, die „Massen“, das „deutsche Volk“, das „schaffende Volk“ bzw. das „Volk“ adressiert und sich damit den herkömmlichen marxistischen Kategorien entzogen. Dass sich Mahlers von Lenin übernommene identitäre Konstruktion eines kollektiven, revolutionären Subjekts in Abgrenzung zum antagonistischen, absoluten und wesentlich bösen Feind auch nationalen Aufladungen nicht entzog, belegte insbesondere Mahlers Forderung nach einer außenpolitischen Wahrnehmung spezifisch deutscher Interessen (gegen das von den USA geführte westliche Militärbündnis).<sup>390</sup>

Mahler hatte selbst schon Ende der 1970er Jahre darauf hingewiesen, dass der eigentliche Antrieb seiner politischen Aktivität der (unbewusste) Versuch einer Verarbeitung der diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft im Allgemeinen und der Shoa im Besonderen gewesen waren. In einem Interview 1997 äußerte er über seine Entwicklung seit Ende der 1950er Jahre: „Marx und Lenin überzeugten mich. Sie gaben mir die Möglichkeit, die jüngste deutsche Geschichte als Fäulniserscheinung des zum Untergang verurteilten Kapitalismus zu sehen. Das war für mich zugleich der Freispruch von der Kollektivschuld.“<sup>391</sup> Schon die von Mahler genannten Gründe, nicht weiter der SPD angehören zu wollen, bestanden weniger aus einer Kritik an der Aufgabe originär sozialistischer Positionen durch den Beschluss des *Godesberger Programms*, sondern waren dem aus Mahlers Sicht falschen Umgang der SPD mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft geschuldet.<sup>392</sup> An anderer Stelle verwies Mahler auf die seiner Ansicht auszumachende hohe Kontinuität der ökonomischen Grundlagen sowohl des nationalsozialistischen Deutschen Reichs als auch in der BRD.<sup>393</sup> Dies führte für Mahler jedoch nicht zu einer intensiven Beschäftigung mit diesen Verbrechen; im Gegenteil finden sich keinerlei Hinweise, dass Mahler sich mit der im selben Zeitraum beginnenden juristischen Aufarbeitung der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft beschäftigt hat. Die ‚Verarbeitung‘ der von Mahler stellvertretend für das identitäre Kollektiv der deutschen Nation diffus empfundenen Schuld drückte sich vielmehr in vielfachen Versuchen aus, diese zu relativieren und abzuwehren.

Mahler folgte dabei einer marxistisch-leninistischen Faschismusdefinition, die sich auf der Imperialismustheorie Lenins fußend auf die so genannte Dimitrow-Formel berief und in den 1950er und 1960er sowohl das Faschismusverständnis der SED als auch der traditionalistischen Linken in der frühen BRD bestimmte, später weite Teile der Protestbewegung der 1960er Jahre dominieren und von deren maoistisch inspirierten Zerfallsprodukten, der DKP und Teilen der Sozialdemokratie (so genannter Stamokap-Flügel der Jusos in den 1970er Jahren) vertreten werden sollte.<sup>394</sup> Nach Dimitrow war der „Faschismus die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ und war von diesem an die Macht gebracht worden, um – Anfang der 1930er Jahre – eine proletarische Revolution zu verhindern.<sup>395</sup> Dieser Faschismusbegriff eignete sich unter anderem auch dazu, die deutsche Bevölkerung von der Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft zu entlasten,

diese auf das Finanzkapital („Monopolkapital“), die engere Führung der NSDAP sowie die SS zu projizieren und damit einem (imaginierten) Vorwurf einer Kollektivschuld aller Deutschen entgegenzutreten. Die ständige lautstarke Zurückweisung eines angeblichen Vorwurfs einer deutschen Kollektivschuld hatte eine offensichtlich schuldabwehrende Funktion, mit deren Hilfe sich das identitäre Kollektiv der deutschen Nation immer wieder neu konstruiert und selbst als Opfer imaginierte.<sup>396</sup> Sowohl Mahlers Brief zu seinem Ausschluss aus der SPD als auch die eigentliche Ursache des Parteiordnungsverfahrens trugen Kennzeichen eines solchen schuldentlastenden Faschismusverständnisses. Nach seinem Ausschluss aus der SPD verdeutlichte Mahler diese Position, indem er als zentrale Ursache für den deutschen „Faschismus“ die Herrschaft des „Monopolkapitals“ verantwortlich machte und die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft gleichzeitig relativierte, indem er auch in der BRD weiterhin das „Monopolkapital“ an der Herrschaft sah und demzufolge eine immense strukturelle Ähnlichkeit zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und der BRD ausmachte. Zudem machte Mahler für die (erneute) Herrschaft des „Monopolkapitals“ in der BRD nicht die zwischen 1933 und 1945 in weiten Teilen den Nationalsozialismus unterstützende deutsche Bevölkerung verantwortlich, sondern imaginierte im Gegenteil das „deutsche Volk“, nachdem es bereits während der nationalsozialistischen Herrschaft schon einmal Opfer gewesen sei, ein zweites Mal als Opfer, indem er den westlichen Alliierten, allen voran den USA, die Schuld dafür gab, dass es nach 1945 nicht wie in der DDR zu einem antifaschistischen Neuanfang gekommen sei. Nur eine „sozialistische Umgestaltung“ aber habe die „gesellschaftlichen Wurzel[n]“ des Faschismus beseitigen können.<sup>397</sup>

Die Projektion des eigenen, diffus empfundenen Schuldgefühls nach außen diente abermals dazu, einer Konstruktion eines identitären nationalen Kollektivs Vorschub zu leisten und dieses (erneut) als zusammenhaltende Opfer- und Verteidigungsgemeinschaft zu formieren.<sup>398</sup> In diesem Zusammenhang bediente sich Mahler während seiner politischen Aktivität zwischen 1957 und 1963 typischer Elemente eines anti-amerikanischen Ressentiments nach 1945.<sup>399</sup> In Mahlers politischer Agitation für eine (links-)neutralistische Deutschlandpolitik, die einen Abzug der US-amerikanischen Truppen aus der BRD und Westberlin sowie einen Austritt der BRD aus dem von den USA geführten westlichen Militärbündnis der NATO implizierte, artikulierte sich vielfach der Gedanke einer US-amerikanischen Besatzungs- bzw. Fremdherrschaft, die ursächlich verantwortlich für die deutsche Teilung und das aus Mahlers Sicht restaurative

gesellschaftliche System der BRD sei.<sup>400</sup> Auch machte Mahler in diesem Kontext die USA für die Wiederbewaffnung der BRD und deren geplante atomare Aufrüstung verantwortlich.<sup>401</sup> Besonders einer schuldentlastenden Imagination des nationalen Kollektivs als zweifachem Opfer (zwischen 1933 und 1945 des „Faschismus“ und nach 1945 als solches der „feindlichen Besatzungsmacht“ USA) folgte Mahler mustergültig, indem er behauptete, das nach 1945 in der deutschen Bevölkerung eigentlich vorhandene „sozialistische Bewusstsein“, das einen antifaschistischen Neuanfang auch in der BRD möglich gemacht hätte, sei von der US-amerikanischen „Besatzungsmacht“ unterdrückt worden. Die ebenfalls in diesem Kontext geäußerte Vorstellung, die USA hätten im Rahmen ihrer „Besatzung“ Westdeutschlands auch einen spezifisch US-amerikanischen „sozialen Kapitalismus“ in der BRD eingeführt, vervollständigte das antiamerikanische Ressentiments Mahlers in den frühen 1960er Jahren.<sup>402</sup>

Während die USA als negativer Fluchtpunkt Mahlers fungierten, diente die DDR wiederum als positiver Bezugsrahmen in Mahlers Weltbild: Sowohl ideologisch als auch in praktischen politischen Fragen vertrat er in aller Öffentlichkeit Positionen, die sich von jenen der SED nur marginal unterschieden.<sup>403</sup> Mahlers zentrale Themen während seiner politischen Aktivität zwischen 1957 und 1963 bestanden vor allem aus Fragen der Deutschlandpolitik: Mahler agitierte gegen einen Verbleib der BRD in der NATO, für eine umfassende Abrüstung, für die Umwandlung von Westberlin in eine entmilitarisierte „Freie Stadt“ als Voraussetzungen für eine schrittweise stattfindende Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Auch die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der BRD setzte er in einen deutschlandpolitischen Kontext. In all diesen Fragen vertrat Mahler zwar eine nur wenig von der SED abweichende Position, traute dieser aber aufgrund der desolaten ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR nicht zu, mit ihren aus Mahlers Sicht unbedingt richtigen deutschlandpolitischen Positionen in der BRD und Westberlin nennenswerten Zuspruch zu erhalten.<sup>404</sup> Deshalb argumentierte Mahler für eine selbstständige, organisatorisch von der SED unabhängige politische Aktivität. Mahlers Parteinahme für die SED sowie insbesondere für deren deutschlandpolitische Positionen muss in den Kontext des antifaschistischen Gründungskonsens der DDR gesetzt werden. Schon kurz nach 1946 wich die SED angesichts des Ausmaßes und der Qualität der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft sowie einer breiten Mittäterschaft der deutschen Bevölkerung zur Erklärung des Zustandekommens dieser Verbrechen

auf die schuldabwehrende Faschismustheorie von Dimitrow aus.<sup>405</sup> Das Gründungsdokument der SED definierte folgerichtig den Nationalsozialismus als „Herrschaftsinstrument der wildesten, reaktionärsten und imperialistischsten Teile des Finanzkapitals“.<sup>406</sup> Erstens ließ sich mit einer solchen Faschismusdefinition der Aufbau der jungen DDR samt Repression als praktizierter Antifaschismus rechtfertigen. Zweitens konnte sich auf diesem Wege ein Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit ziehen lassen und die DDR als das antifaschistische, „bessere“ Deutschland inszeniert werden, dessen Bevölkerung sich auf diese Weise als unschuldig bzw. sogar als Teil des Widerstands gegen den Nationalsozialismus imaginieren konnte.<sup>407</sup> Drittens wurde auf diesem Weg eine Mitschuld und Mitverantwortung der deutschen Bevölkerung implizit minimiert und dethematisiert. Viertens entlastete die Dimitrow'sche Faschismustheorie die deutsche Bevölkerung auch dergestalt von der Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, als dass der Nationalsozialismus als „Faschismus“ universalisiert wurde. Er galt demnach nicht mehr als spezifisch deutsches Problem, sondern war als „Faschismus“ in vielen anderen historischen und zeitgenössischen Orten anzutreffen. Dies relativierte den Nationalsozialismus und ermöglichte es, diesen nachträglich zu „externalisieren“.<sup>408</sup> Insbesondere die BRD und die USA wurden von der SED nach 1948 penetrant als „faschistisch“ bezeichnet. Auf diese Weise wurde das „deutsche Volk“ sogar zum zweifachen Opfer, das zwischen 1933 und 1945 unter den „Faschisten“ und nach 1945 unter den USA leiden musste.<sup>409</sup> Die SED bzw. die junge DDR hatten jenen vergangenheitspolitischen Schlussstrich gezogen, den Mahler sich für das gesamte identitäre Kollektiv der deutschen Nation ersehnte. So gesehen war die Ideologie des Marxismus-Leninismus, die stete Parteinahme für die DDR und die SED, die sich vor allem in den Fragen der Deutschlandpolitik manifestierte sowie die eigene politische Aktivität ein steter Versuch, die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft im Allgemeinen und der Shoa im Besonderen zu relativieren bzw. abzuwehren und, in Mahlers Worten, sich von der „Kollektivschuld“ freizusprechen.

### **Kapitel III: „Führer“ der Protestbewegung. Mahler als „APO-Anwalt“ (1964-1968)**

*„In Vietnam führen die USA einen schmutzigen und barbarischen Krieg [...]. [Ich bin] der Meinung, daß L. B. Johnson nach den Grundsätzen des Internationalen Militärtribunals, vor dem sich 1945 die deutschen Kriegsverbrecher verantworten mussten, verurteilt werden müsste.“<sup>1</sup>*

*Horst Mahler 1968*

### **Rechtsanwalt in der Zeit der „Flaute“ (1963-1965)**

Schon bevor Mahler nach dem Ende seiner Referendariatszeit Sozius in der Anwaltskanzlei von Dietrich Scheid wurde, war er dort als juristischer Assistent angestellt gewesen.<sup>2</sup> Nach seiner Zulassung als Rechtsanwalt übernahm Mahler im Sommer 1964 die Kanzlei eines verstorbenen Kollegen in der Konstanzer Straße 59 – inklusive dessen mittelständischer Klientel – und wurde in den juristischen Kreisen Westberlins bald als Experte für Wirtschaftsstrafsachen bekannt.<sup>3</sup>

Mahlers erste in der Öffentlichkeit wahrgenommene anwaltliche Tätigkeit war seit Januar 1965 die juristische Vertretung von Karl-Heinz Wemhoff im so genannten Thyssen-Bank-Prozess,<sup>4</sup> in dem der größte Betrugsfall im westdeutschen Bankengewerbe nach 1945 verhandelt wurde:<sup>5</sup> Wemhoff hatte zusammen mit einem Prokuristen der Thyssen-Bank ein „Millionenkarussell“ mit vordatierten Schecks („Scheckreiterei“) betrieben, um angebliche PKW-Exporte nach Übersee zu tätigen; die betrügerisch bewegte Geldmenge umfasste insgesamt ein Volumen von 1,7 Milliarden DM.<sup>6</sup> Wemhoff befand sich seit November 1961 in Untersuchungshaft, wogegen Mahler – als erster deutscher Rechtsanwalt – erfolgreich Beschwerde beim *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* (EGMR) in Straßburg eingelegt hatte,<sup>7</sup> wengleich er eine Verurteilung Wemhoffs wegen „Beihilfe zur Untreue in einem besonders schweren Fall“ zu sechseinhalb Jahre Gefängnis nicht verhindern konnte.<sup>8</sup>

Der Schwerpunkt von Mahlers beruflichen Tätigkeit als selbstständiger Anwalt war jedoch Ende 1965 die anlaufende Rechtsberatung der *Hotel am Kaiserdamm GmbH*, bei der es sich um eine Abschreibungsfirma westdeutscher Kommanditisten handelte.<sup>9</sup> Karl-Heinz Schindler, ein aus Freiburg stammender Klient Mahlers, dokumentierte Ende der 1970er Jahre seine Erlebnisse mit dem jungen Rechtsanwalt ausführlich in Buchform. Schindler investierte Anfang der

1960er Jahre im Rahmen der durch das Berlinförderungsgesetz ermöglichten Abschreibungsaktivitäten westdeutscher Kapitalanleger in das Westberliner Abschreibungsobjekt *Kaiserdamm KG*, einen noch zu errichtenden Gebäudekomplex am Kurfürstendamm. Durch das Berlinförderungsgesetz wurden alleine im Jahr 1964 123 Millionen DM Steuern abgeschrieben; unter anderem durch diese Abschreibungsaktivitäten konnte beispielweise Karl Heinz Pepper, ein weiterer Klient Mahlers, den Bau von Einrichtungen wie des Europa-Centers in Berlin-Charlottenburg finanzieren.<sup>10</sup> Als Schindler während eines Aufenthalts in Westberlin seine Investition in die *Kaiserdamm KG* vor Ort überprüfen wollte, stellte er jedoch fest, dass es an dem von ihm ausgewählten Abschreibungsobjekt keinerlei Baufortschritte gegeben hatte, woraufhin er beschloss, juristisch gegen die *Kaiserdamm KG* vorzugehen und sich von Karl Heinz Pepper Horst Mahler als Rechtsanwalt vermitteln ließ.<sup>11</sup> Im Dezember 1965 besuchte Schindler Mahler erstmals in dessen Kanzlei in der Konstanzer Straße: Mahlers „[...] Büroraum glich eher einer Studierstube mit altmodischem Bücherschrank und Schreibtisch. Er war selbst korrekt gekleidet, wie überhaupt in all den sechzehn Monaten, in denen wir intensiv mit ihm zusammenarbeiteten. Er trug eine dunkle Brille mit leicht getönten Gläsern in einem stets blassen Gesicht. Sein Auftreten verriet eine gute Kinderstube.“<sup>12</sup> Schindler und einige Mitkommanditisten setzten sich nun bei der Bank, beim Architekten und dem Bauunternehmer gegen die Geschäftsführung der *Kaiserdamm KG* ein, während Mahler die juristischen Schriftsätze vorbereitete.<sup>13</sup> Von den ursprünglich 4 Millionen DM Kapital der *Kaiserdamm KG* waren im Dezember 1965 nur noch 9.000 DM übrig, der Rest war an andere Objektgesellschaften der *Fürst zu Ebrach-Schönberg KG*, zu der auch die *Kaiserdamm KG* gehörte, verteilt worden.<sup>14</sup> Am Abend des 10. Dezembers 1965 „putschten“ die aus Westdeutschland angereisten fünf Kommanditisten „unter Mahlers Führung“<sup>15</sup> gegen die bisherige Führung der *Kaiserdamm KG* und ließen beim Notar Dokumente aufsetzen, um alleine weiterbauen zu können. Bis zur Eröffnung eines eigenen Büros tagte die *Kaiserdamm KG* im Winter 1965/66 sogar in Mahlers Kanzlei.<sup>16</sup> Die Kommanditisten waren mir der juristischen Vertretung Mahlers sehr zufrieden, dieser habe „unschätzbare Dienste geleistet“.<sup>17</sup> Als Mahler jedoch im Frühjahr 1966 gegenüber der *Fürst zu Ebrach-Schönberg KG* nicht energisch genug vorgehen wollte, vermutete Schindler ein „weiches Gemüt“<sup>18</sup> als Ursache für Mahlers nachgiebiges Verhalten. Dass Mahler tendenziell – so schien es Schindler – den Schwächeren beistehen würde, sei jedoch nicht Ausdruck einer spezifischen „linken Ideologie“, sondern eher als „christliche Nächstenliebe“ zu verstehen

gewesen.<sup>19</sup> Auch betonte Schindler mehrfach, dass sich Mahler in der Zeit seines Mandats vom Winter 1965 bis zum Frühjahr 1967 in keiner Weise gegenüber seinen Klienten als politisch linksstehend zu erkennen gegeben habe.<sup>20</sup> Mahler bewegte sich noch das ganze Jahr 1966 über im Milieu der Westberliner Abschreibungsgesellschaften, wobei sein Engagement gegen Ende des Jahres deutlich nachließ, so dass seine Klienten ihn im Frühjahr 1967 von dem Mandat entbanden.<sup>21</sup> Noch im Januar 1967 jedoch hielt Mahler stellvertretend für Schindler auf dem Richtfest des nun von der *Kaiserdamm KG* am Kurfürstendamm (gegenüber dem SDS-Zentrum!) erbauten Gebäudes eine Rede voller Lob für die westdeutschen Investoren um Schindler:<sup>22</sup> Der Bau habe eine „städtebauliche Lücke an der Hauptverkehrsstraße unserer Stadt“<sup>23</sup> geschlossen. Ausdrücklich hob Mahler die „Hilfe der Bundesrepublik“ hervor, die mit dem Berlinhilfeförderungsgesetz die Grundlage für „westdeutsche Unternehmer“ geschaffen habe, sich am „Wiederaufbau und an der wirtschaftlichen Entfaltung“ Westberlins zu beteiligen. Mahler sah das Vertrauen der „westdeutsche[n] Bürger“ in die ehrliche „Tüchtigkeit und den Aufbauwillen der Westberliner Bevölkerung“ durch das „unkontrollierbare und ungenierte Treiben übler Geschäftemacher“ bedroht, denen – unter Mahlers juristischer Führung – durch ehrliche Unternehmer in einem „Bravourritt“ Einhalt geboten werden können.<sup>24</sup> Besonders hob Mahler das Engagement der westdeutschen Gesellschafter hervor, die dadurch „im wahrsten Sinne des Wortes Westberliner Unternehmer“ geworden seien und sich mit den „Sorgen der Westberliner“<sup>25</sup> identifizieren würden. Mahler hoffte, dass die neuen Westberliner „Wirtschaftsbürger“ auch weiterhin zum „Wohle dieser Stadt“<sup>26</sup> in Westberlin agieren würden. Auch wenn Mahler sich offensichtlich darum bemüht hatte, die Rede im Sinne seiner Auftraggeber zu halten, so fällt dennoch auf, wie die identifikatorische Bezugnahme auf Westberlin an die von Mahler Anfang der 1960er Jahren in SPD, SDS und VUS vertretene Position zur Berlinfrage anknüpfte. Hier wie dort betrachtete Mahler Westberlin als von der BRD unabhängig und ließ damit bewusst eine Flanke zu einer Lösung im Sinne der Drei-Staaten-Theorie der SED offen. Auch die Trennung zwischen unkontrollierbaren, üblen Geschäftemachern und ehrlichen (west-)deutschen Unternehmern ließ eine ideologische Kontinuität in Mahlers Weltbild erkennen. Dass Mahler die Richtfestrede nicht als Widerspruch zu seinem ideologischen Weltbild auffasste, zeigt die Tatsache, dass dieser während einer Rede zum 1. Mai 1968 seine Tätigkeit für die Kommanditisten um Schindler nochmals aufgriff, welche im Gegensatz zu den „[w]estdeutsche Spekulanten“ der *Fürst zu Ebrach-*

*Schönberg KG* „neue Produktionsstätten und Arbeitsplätze für Berlin“ geschaffen hätten und nicht wie letztere „weiterhin die Präferenzen des Berlinhilfegesetzes ausnutzen und sich Milliarden von Steuergeldern aneignen“<sup>27</sup> würden.

Mahler schien sich Mitte der 1960er Jahre mit dem „Establishment“ arrangiert zu haben und nun in erster Linie eine Karriere als junger Wirtschaftsanwalt zu verfolgen.<sup>28</sup> Er trat – wie auch während der späteren Hochphase der Protestbewegung – stets in bürgerlicher, standesgemäß-korrekturer Kleidung auf, dabei jedoch immer mehr mit schillernden Attitüde als mit besitzbürgerlichem Habitus,<sup>29</sup> was sich auch in der Neugestaltung seiner Büroräume in der Konstanzer Straße ausdrückte: Als Schindler Mahler im Oktober 1966 erneut in seiner Kanzlei besuchte, bot sich statt der alten Einrichtung, die Schindler an eine „Studierstube“ hatte denken lassen, ein völlig anderes, „hochmodern[es] und neuzeitlich[es]“<sup>30</sup> Bild. Besonders beeindruckt war Schindler von den weiblichen Mitarbeitern Mahlers: „Die Mädchen sahen aus, als ob sie eben erst vom Friseur, der Kosmetikerin und einem Damen-Salon entsprungen wären oder noch vorhatten, als Mannequin am Abend auf den Laufsteg zu treten.“<sup>31</sup>

Wenngleich sich Mahler gegenüber seinen Mandanten aus dem Wirtschaftsbereich nicht als „linksstehend“ zu erkennen gegeben hatte, führte er dennoch seit Anfang 1965 auch Prozesse mit politischen Hintergrund, die jedoch keine Erwähnung in der medialen Berichterstattung fanden: unter anderem hatte Mahler ein westdeutsches Mitglied der FDJ sowie den Westberliner SDS juristisch vertreten.<sup>32</sup> Mitte 1965 machte Mahler zudem die Bekanntschaft Rudi Dutschkes:<sup>33</sup> Dieser hatte zusammen mit Bernd Rabehl im Sommersemester 1965 einen SDS-Arbeitskreis unter anderem mit lateinamerikanischen Studierenden betrieben,<sup>34</sup> darunter auch der Peruaner Salomon Espinoza Quiros, der im Mai 1965 von der Westberliner Fremdenpolizei verhaftet worden war und wegen des Verdachts auf „kommunistische Propaganda“ ausgewiesen werden sollte.<sup>35</sup> Dutschke vermittelte Quiros auf Anraten eines SDS-Mitgliedes rechtlichen Beistand durch Horst Mahler.<sup>36</sup> Auch politische Hochschulgruppen und der AStA der FU Berlin engagierten sich für Quiros und konnten mittels eines offenen Briefes an den damaligen Innensenator Heinrich Albertz eine einstweilige Freilassung erreichen, die Quiros nutzte, um nach Kuba auszureisen. Wenige Tage später schrieb er Mahler, er hoffe damit den „richtigen Weg gegangen zu sein“<sup>37</sup> weswegen dieser das bereits vorbereitete Gerichtsverfahren nun wieder abbrechen musste. In Folge dieser juristischen Vertretung brachte Mahler sich nun jedoch wieder in die innerverbandlichen Diskussionen des SDS ein.

Noch im Herbst 1966, als die entstehende Protestbewegung bereits für sich reklamierte, einen angeblich in der BRD entstehenden neuen Faschismus verhindern zu wollen, war Mahler mit der juristischen Vertretung von Heinz Jentzsch, einem ehemaligen SS-Hauptscharführer und Aufseher im Außenlager Gusen I des Konzentrationslagers Mauthausen, an einem vergangenheitspolitisch brisanten Fall beteiligt.<sup>38</sup> 2001 erinnerte sich Mahler in seinem Gespräch mit dem ehemaligen Mitglied der Waffen-SS Franz Schönhuber an die schuldabwehrende Dimension dieses Prozesses:

„Dieser Mann war Bewacher in einer Nebenstelle des KZs Mauthausen gewesen. Dort haben Häftlinge in der Anwesenheit der SS-Bewacher Mithäftlinge mit kaltem Wasser aus einem Schlauch solange bespritzt, bis sie an Unterkühlung gestorben sind. Diesen SS-Mann habe ich vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte vertreten, weil er schon fünf Jahre in Untersuchungshaft zugebracht hatte und immer noch keine Gerichtsverhandlung gegen ihn durchgeführt worden war. [...] Für mich war bei dieser Verteidigung wichtig, meine Überzeugung zu prüfen, daß niemand – und sei seine Schuld auch noch so groß – als Unmensch abgeschrieben werden dürfe.“<sup>39</sup>

Während eines früheren Prozesses gegen den Lagerkommandanten Karl Chmielewski vor dem Schwurgericht Ansbach hatten mehrere Zeugen Heinz Jentzsch als den „Bademeister von Gusen“ und besonders eifrigen Initiator so genannter Todbadeaktionen bezeichnet.<sup>40</sup> Konkret wurde Jentzsch beschuldigt, an der Ermordung von 242 Häftlingen des KZ Gusen I in Mauthausen im Rahmen solcher „Todbadeaktionen“ führend beteiligt gewesen zu sein und diese maßgeblich inspiriert zu haben.<sup>41</sup> Gegen die ununterbrochene Untersuchungshaft hatte Jentzschs Verteidiger bereits mehrfach erfolglos Beschwerde eingelegt. Im Mai 1963 wurde der damalige Arbeitgeber von Horst Mahler, Dietrich Scheid, als zweiter Verteidiger von Jentzsch hinzugezogen.<sup>42</sup> Jentzsch hatte die Beteiligung an der Tötung der Häftlinge durch Ertränken in eiskaltem Wasser stets geleugnet und die Auffassung vertreten, die Morde seien durch das „kriminelle[n] Machtgefüge der Häftlings-Selbstverwaltung“<sup>43</sup> im KZ Gusen initiiert worden. In einem Prozess vor dem Landgericht Hagen sollte Jentzsch am 28. Oktober 1968 in „mindestens zwei Fällen des Mordes für schuldig“<sup>44</sup> befunden und zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt werden.<sup>45</sup>

Mahler hatte – wie im Fall Wemhoff –<sup>46</sup> im Rahmen der juristischen Vertretung Jentzschs durch die Kanzlei Scheid eine Beschwerde gegen dessen lange

Untersuchungshaft beim EGMR in Straßburg eingelegt und die „unverzüglich[e]“<sup>47</sup> Freilassung Jentzschs gefordert, welche jedoch abgewiesen wurde.<sup>48</sup> Wenngleich Mahler die Übernahme von Jentzschs Mandat in den 1960er Jahren nicht öffentlich thematisierte, ist sowohl seine Bereitschaft, in der Entstehungsphase der sich als antifaschistisch verstehenden Protestbewegung einen tatsächlichen Exekutor der Shoa juristisch zu vertreten, höchst bemerkenswert, genauso wie sein hierbei demonstriertes Bemühen um eine identifikatorische Annäherung an die Elterngeneration unübersehbar ist – unter anderem dadurch illustriert, dass Mahler lange Gespräche mit Jentzsch über dessen Auseinandersetzung mit der Schuldfrage geführt haben will.<sup>49</sup>

### **Mahler und der Beginn der Protestbewegung (1966)**

Während Mahler in den Jahren 1964 und 1965 hauptsächlich seiner anwaltlichen Tätigkeit nachging war, hatte sich der SDS Westberlin durch den Zustrom neuer Mitglieder in eine für Mahler interessante Richtung entwickelt.<sup>50</sup> Die von Mahler 1962 so apostrophierten „Bremsen“ im SDS schienen nun sukzessive in die Minderheit zu geraten zu sein, was den Verband für Mahler wieder als eine mögliche organisatorische Plattform erscheinen ließ. Nach der Trennung von der SPD hatte sich der SDS in Westberlin und in der BRD als ein unabhängiger sozialistischer Verband konsolidiert und dabei auch zaghaft Kontakte zu den orthodox-kommunistischen Organisationen in der DDR aufgenommen. So konnte sich – allerdings schon einige Zeit nach Mahlers Ausscheiden aus der aktiven Verbandspolitik – Mitte der 1960er Jahre eine Position in der Deutschlandpolitik durchsetzen, die eine Aufhebung des KPD-Verbotes in der BRD, die Anerkennung der DDR und die freie Betätigung der SED in Westberlin forderte.<sup>51</sup> Der SDS verstand sich nun als „Organisation junger sozialistischer Intellektueller“,<sup>52</sup> der die zentrale Frage zu beantworten habe, wie die eigenen Zielgruppen (Studierende, technische und soziale Intelligenz) für eine sozialistische Politik mobilisiert werden könnten. Der Tagespolitik einigermaßen entkoppelt verbreiterte sich die theoretische Grundlage des SDS rasch: Neben den marxistischen Klassikern wurden nun auch verstärkt Texte der *Kritischen Theorie* (unter anderem Adorno, Marcuse, Mitscherlich) aufgearbeitet sowie erste antikolonialistische Texte rezipiert. Bereits im Wintersemester 1965/66 war einer der Schwerpunkte der politischen Arbeit des Westberliner SDS die Kritik an der US-amerikanischen Kriegsführung in Vietnam. Hierbei kam es mehrfach zu Konflikten mit der Universitätsleitung der FU Berlin, die unter anderem mit

Rücksicht auf die US-Präsenz in Westberlin keine Räume für die Antivietnamkriegs-Veranstaltungen des SDS zur Verfügung stellen wollte.<sup>53</sup> Insbesondere für Horst Mahler stellte das Engagement gegen den Krieg der USA in Vietnam den entscheidenden Grund dar, sich nach den Jahren des Rückzugs wieder in höherem Maße politisch einzubringen und die „Routine der Anwaltstätigkeit“<sup>54</sup> zu verlassen. Schon Ende 1965 hatte Mahler die juristische Vertretung des Kabarettisten Wolfgang Neuss übernommen, der als ein vehementer Kritiker des Vietnamkrieges galt.<sup>55</sup> Neuss hatte in einem satirischen Flugblatt einen vom Springer-Verlag lancierten, in acht Westberliner Tageszeitungen veröffentlichten Aufruf zur Solidarität der Westberliner Bevölkerung mit den im Vietnamkrieg getöteten US-Soldaten kritisch-satirisch kommentiert und die US-amerikanische Kriegsführung indirekt mit der des nationalsozialistischen Deutschen Reichs gleichgesetzt: „Unter dem verbrauchten Gebimmel der Berliner Freiheitsglocke herden sich die West-Berliner Tageszeitungen zu einem zynischen Anzeigenvormarsch [...] In Vietnam kämpfen amerikanische Soldaten mit dem südvietnamesischen General Ky. Sein größtes Vorbild: Adolf Hitler.“<sup>56</sup> Als Reaktion auf das Flugblatt verweigerten die acht Westberliner Tageszeitungen eine weitere Veröffentlichung von Neuss' Kabarett-Annoncen, in denen dieser für seine Auftritte warb.<sup>57</sup> Die Staatsanwaltschaft prüfte, ob wegen Neuss' Flugblattaktion ein Strafverfahren wegen Verunglimpfung der US-amerikanischen Besatzungstruppen gemäß alliierter Kontrollratsverordnung eingeleitet werden müsste. Zwar teilten die US-amerikanischen Behörden mit, dass sie keine Strafverfolgung von Neuss wünschten, die CDU sprach dennoch von einer „Aktion des politischen Hofnarren“<sup>58</sup> Westberlins. Angesichts der aufgeheizten, virulent pro-US-amerikanischen Stimmung in Westberlin und verschiedenen Drohungen gegen Neuss' Familie zog dieser Anfang 1966 Teile seines Programms von der Aufführung zurück, da er, so sein Anwalt Mahler, „mindestens mit Eierbewurf“<sup>59</sup> hätte rechnen müssen.

Auch im Innenleben des Westberliner SDS rumorte es deutlich: Im Januar 1965 waren, sowohl in Westberlin als auch im Bundesgebiet, Mitglieder der situationistischen Avantgardegruppe *Subversive Aktion* fraktionell dem SDS beigetreten,<sup>60</sup> darunter in München Dieter Kunzelmann sowie in Westberlin Bernd Rabehl und Rudi Dutschke (dort als so genannte *Anschlag-Gruppe*). Ziel des Beitritts war zunächst, im SDS eine Plattform für die eigenen subversiv-aktionistischen Positionen zu erlangen und anschließend den SDS sukzessive zu radikalisieren.<sup>61</sup> Der Beitritt der *Subversiven Aktion* sollte maßgeblich die Entstehung einer „antiautoritären“ Fraktion im SDS verantworten.<sup>62</sup> Auf einer De-

monstration gegen den kongolesischen Diktator Moïse Tschombé im Dezember 1964 in Westberlin versuchte die *Anschlag-Gruppe* erstmals die Grenzen der Legalität zu überschreiten und Zusammenstöße mit der Polizei zu provozieren, um so die Demonstration zu radikalisieren.<sup>63</sup> Während die Gruppe um Kunzelmann im Münchner SDS relativ erfolglos blieb, konnte die weit mehr marxistisch inspirierte *Anschlag-Gruppe* schnell organisationspolitische Erfolge innerhalb des Westberliner SDS erzielen. So wurde Dutschke, die informelle Führungsfigur der sich in Abgrenzung zu den Traditionsozialisten „antiautoritär“ nennenden Fraktion, bereits auf der 20. ordentlichen Delegiertenkonferenz im Oktober 1965 in den politischen Beirat des SDS-Bundesvorstands gewählt.<sup>64</sup> Auch die sich verstärkende Bezugnahme des SDS auf die antikolonialen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt wurde maßgeblich von der *Anschlag-Gruppe* forciert, bereits im Wintersemester 1965/66 dominierte die politische und inhaltliche Arbeit zum Vietnamkrieg den Westberliner SDS.<sup>65</sup> Diese theoretische Arbeit wurde bald um praktische Aktionen ergänzt: Bereits im August 1965 hatten der Vorsitzende des AStAs der FU Berlin, Wolfgang Lefèvre (zugleich SDS-Mitglied), und sein Stellvertreter – neben über 100 Intellektuellen – unter dem Eindruck der eskalierenden Bombardierung Nordvietnams einen Friedensaufruf der SED-Vorfeldorganisation *Ständiger Arbeitsausschuss für Frieden, nationale und internationale Verständigung* unterzeichnet, einer Organisation, der auch Mahler angehörte.<sup>66</sup> Die zum Springer-Verlag gehörende *Berliner Zeitung* skandalisierte den Vorgang („AStA auf SED-Kurs“) und forderte die Abwahl Lefèvres.<sup>67</sup> Vor allem die Aktivitäten der Gruppe um Rudi Dutschke 1966 rückten antiimperialistisch konnotierte Aktionen gegen den Vietnamkrieg in den Vordergrund der Politik des Westberliner SDS; so fand im gleichen Jahr der SDS-Kongress *Vietnam – Analyse eines Exempels* in Frankfurt statt. Der Kongress sandte ein Telegramm an Bundeskanzler Erhard, in dem der Bundesregierung das Recht abgesprochen wurde, den Krieg der USA in Vietnam im Namen des deutschen Volkes zu billigen.<sup>68</sup> Die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt stellten für weite Teile der entstehenden Protestbewegung eine „Projektionsfläche“ für die romantisch aufgeladenen Bilder eines internationalen Befreiungskampfes dar.<sup>69</sup>

Eine Plakataktion der „antiautoritären“ Fraktion zur Mobilisierung für eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg im Februar 1966, die von den Studierendenorganisationen *Argument Club* (AC), *Liberaler Studentenbund Deutschlands* (LSD), *Humanistische Studentenunion* (HSU), SHB und SDS mitgetragen wurde, ließ die Strömungsauseinandersetzungen im Westberliner SDS schließlich

eskalieren: In der Nacht vor der Demonstration hatten Mitglieder der „antiautoritären“ Fraktion ohne Absprache mit dem SDS aber in dessen Namen Plakate geklebt, auf denen Bundeskanzler Ludwig Erhard und den „Bonner Parteien“ auf Grund der Bündnissituation zwischen der BRD und den USA die Unterstützung von „Mord“ vorgeworfen wurde und die mit dem Slogan: „Amis raus aus Vietnam“ endeten.<sup>70</sup> Sowohl der Mordvorwurf als auch die Forderung nach einem Abzug der USA aus Vietnam provozierte die Westberliner Öffentlichkeit wie von den Plakatklebern intendiert; vor allem deshalb, weil die Forderung ebenso auf die Präsenz der US-Armee in Westberlin bezogen werden können. Nachdem mehrere an der Aktion Beteiligte von der Polizei verhaftet worden waren, forderte die traditionssozialistische Fraktion den Ausschluss der *Anschlag-Gruppe* aus dem SDS.<sup>71</sup> Erstere wurde – wohl in Anlehnung an die traditionalistische Strömung in der Westberliner SPD in den 1950er Jahren – auch pejorativ als „Alte Keulenriege“ bezeichnet;<sup>72</sup> wenige Monate später sollte aus ihr die *Novembargesellschaft* (NG) hervorgehen.<sup>73</sup> Obwohl Mahler sowohl ideologisch als auch habituell als einer der Wortführer der traditionssozialistischen Fraktion galt, stellte er sich gegen die Ausschlussforderung, wohl auch, weil er im Aktionismus der „antiautoritären“ Fraktion zum einen die Aussicht auf eine stärkere Mobilisierung bisher passiver Studierender vermutete und zum anderen, weil sich deren voluntaristisches Politikverständnis gut mit Mahlers Überlegungen zur Strategie der *Neuen Linken* von 1962 ergänzte, wenngleich diesem Mahlers Forderung und Bedürfnis nach breiten politischen Bündnissen fehlte.<sup>74</sup> So waren es dann auch vor allem die traditionssozialistischen SDS-Mitglieder der zwar ebenfalls marxistisch-leninistischen, jedoch praxislosen Theoriezeitschrift *Das Argument* um Wolfgang Fritz Haug und Peter Furth, die den SDS als von „Anarchisten“ unterwandert sahen.<sup>75</sup> Zwar kritisierte Mahler dennoch die Plakataktion, vor allem weil er fürchtete, dass der SDS mit einem solchermaßen radikalen Auftreten potentielle Bündnispartner verschrecken könnte und deutete die Aktion als „Zeichen der Resignation“, sprach sich aber lediglich aus taktischen Gründen für eine legale Praxis des SDS aus: „[Die] Plakataktion hätte legal sein können. Man muss legal tun[,] was man legal tun kann. Die Voraussetzungen der Illegalität – wir können dem nicht standhalten.“<sup>76</sup> Letztlich konnten sich die Ausschlussbefürworter jedoch nicht durchsetzen; eine Mehrheit des Westberliner SDS votierte für den Verbleib der an der Plakataktion Beteiligten im SDS, so auch Mahler.<sup>77</sup> Der Plakataktion folgte eine mit 2.500 Menschen gut besuchte Demonstration gegen den „schmutzigen Krieg in Vietnam“,<sup>78</sup> in deren Folge eine kleine Gruppe von etwa 150 Teilneh-

mern, darunter Horst Mahler, im Anschluss an die abschließende Kundgebung zum Amerikahaus in Berlin-Charlottenburg zog und die Freilassung der inhaftierten Plakatkleber forderte.<sup>79</sup> Dabei setzten die Demonstranten die US-Flagge auf Halbmast und warfen Eier an die Hausfassade, was die Polizei zur Räumung des Platzes mit dem Einsatz – so Horst Mahler – von „härtere[n] Mittel wie Gummiknüppel“<sup>80</sup> veranlasste. Ganz im Sinne der „antiautoritären“ Fraktion provozierten diese Ereignisse eine erwartbare Reaktion der Westberliner Presse, insbesondere der Zeitungen des Springer-Verlages, die unter anderem von einer „Schande für Berlin“ schrieben.<sup>81</sup> Die massive öffentliche Kritik führte nun zur Spaltung des Bündnisses, das zuvor gemeinsam zur Demonstration aufgerufen hatte, womit sich Mahlers taktische Kritik an der Plakataktion als zutreffend erwiesen hatte und zugleich dessen theoretische Überlegungen erschwert wurden, denen zufolge aus der Zusammenarbeit des SDS mit anderen Gruppen neue Mitglieder für die sozialistische Bewegung gewonnen werden sollten.<sup>82</sup> Während der anschließend stattfindenden Manöverkritik griff der traditionssozialistische Flügel des Westberliner SDS die „antiautoritäre“ Fraktion massiv an. Der einflussreiche Klaus Meschkat warf der „antiautoritären“ Fraktion vor, sie setze an die Stelle einer marxistischen Weltanschauung eine „voluntaristische Ideologie“.<sup>83</sup> Auch andere der „Alten Keulenriege“ zuzuordnende Mitglieder polemisierten gegen die „antiautoritäre“ Fraktion, so unter anderem Wolfgang Lefèvre und Wolfgang Fritz Haug.<sup>84</sup> Zwar stießen Dutschke und die „antiautoritäre“ Fraktion Anfang 1966 noch auf erheblichen innerverbandlichen Widerstand,<sup>85</sup> wurden aber im Verlauf des Jahres immer stärker, unter anderem auch auf Grund des Zuzugs von Dieter Kunzelmann aus München.

Zur Jahreswende 1966/67 hatte sich der Westberliner SDS soweit fraktioniert, dass innerverbandlich unter den etwa 220 SDS-Mitgliedern drei Gruppen auszumachen waren:<sup>86</sup> eine Gruppe um Dieter Kunzelmann und die *Kommune I*, die sich deutlich für provokative Aktionen aussprach, eine Gruppe um Rudi Dutschke (die eigentliche „antiautoritäre“ Fraktion) die sich stark für eine antiimperialistische Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg der USA einsetzte und die „Alte Keulenriege“, die sich aus den übrigen traditionssozialistischen, gleichzeitig jedoch heterogenen Gruppierungen im SDS zusammensetzte.<sup>87</sup> Diese Zuordnungen trafen zwar in Teilen die Konfliktlinien der innerverbandlichen Auseinandersetzungen, waren jedoch ideologisch nicht scharf zu trennen: Sowohl zwischen der Gruppe um Kunzelmann und der um Dutschke, die sich beide zum „antiautoritären“ Lager rechneten, als auch zwischen der Grup-

pe um Dutschke und der „Alten Keulenriege“ gab es erhebliche inhaltliche Schnittmengen. Einem MfS-Bericht von Dietrich Staritz zufolge, sei es das Ziel der Gruppe um die *Kommune I* gewesen, „an allen Orten sozialer Unzufriedenheit und sozialer Konflikte durch Demonstrationen die Obrigkeit ad absurdum zu führen“ und „Zusammenstöße mit der Polizei“ unter allen Umständen zu provozieren, was nach Staritz die Bündnisfähigkeit des SDS massiv beeinträchtigen würde.<sup>88</sup> Auch die „antiautoritäre“ Fraktion sei für die weitere Entwicklung der SDS gefährlich, insbesondere deren kritische Haltung zur DDR.<sup>89</sup> Die „Keulenriege“ hingegen habe im Verlauf des Jahres 1966 „handfest“<sup>90</sup> versucht, den Einfluss der *Kommune I* im SDS zurück zu drängen. Für die „Keulenriege“ war es von größter Wichtigkeit, die Bündnisfähigkeit des SDS zu erhalten, dieser sollte in der Lage sein, mit anderen linken, liberalen und christlich-pazifistischen Organisationen in Sachfragen kurz- und mittelfristige Bündnisse eingehen zu können; beispielweise wurden von Horst Mahler – wie Anfang der 1960er Jahre – Bemühungen unternommen, in der Ostermarschbewegung aktiv zu werden.<sup>91</sup> Auch in der Arbeit der pazifistischen *Internationalen Liga für Menschenrechte* sowie im traditionalistischen Milieu der Westberliner SPD und deren Vorfeldorganisationen sollte wieder Einfluss gewonnen werden. Dort war es insbesondere Mahler, der sich weiterhin mit oppositionellen Sozialdemokraten in engem Austausch befand und diese bei den „Möglichkeiten und [der] Koordination linker Politik innerhalb und außerhalb der SPD“<sup>92</sup> beriet. Dass bei den Bündnisaktivitäten vor allem die Deutschland- bzw. Berlinpolitik eine Rolle spielen sollte, machte ein von Mahler mitunterzeichneter und aus dem Umfeld der „Keulenriege“ getragener offener Brief an Walter Ulbricht deutlich, in dem die Unterzeichnenden für eine „Anerkennung der DDR als eine[m] Schritt auf dem Wege der friedlichen Zusammenführung der Deutschen“ eintraten und, um dieses Ziel nicht zu gefährden, gegen die Erschießung von „wehrlose[n...] Flüchtlingen“<sup>93</sup> an der Berliner Mauer protestierten.

Nachdem es während der innerverbandlichen Auseinandersetzungen im Jahr 1966 für die traditionssozialistische Fraktion immer schwieriger geworden war, eigene Positionen gegen die „antiautoritäre“ Fraktion zu behaupten, gründete eine Gruppe von etwa 15 SDS-Mitgliedern, die alle der „Keulenriege“ zuzurechnen waren, am 26. November 1966 auf Mahlers Initiative in dessen Kanzlei eine eigene organisatorische Plattform außerhalb des SDS: die *Novembargesellschaft* (NG).<sup>94</sup> Inhaltlich war diese dennoch weit gefasst und versuchte sowohl die „Mittelfraktion“ des SDS der frühen 1960er Jahre, als auch traditionssozialistische DDR-Apologeten sowie orthodoxe Marxisten-Leninisten zu

vereinen.<sup>95</sup> Wenngleich Mahler der „tonangebende“ Initiator der Gründung war, wirkte er in praktischen Fragen schon als ein Zentrist,<sup>96</sup> dem mehr an einer breiten Verankerung und starken Mobilisierung der entstehenden Protestbewegung sowie an der Schaffung eines neuen Kristallisationspunktes für die Sammlung sozialistischer Kräfte in Westberlin und der BRD gelegen war, als in erster Linie an der Durchsetzung traditionssozialistischer Positionen im SDS.<sup>97</sup> So nahm die NG auch nicht die innerorganisatorischen Auseinandersetzungen im Westberliner SDS zum äußeren Gründungsanlass, sondern – ganz im Sinne der Aktivitäten Mahlers im traditionalistischen Milieu der Westberliner SPD in den frühen 1960er Jahren – den Eintritt der SPD in eine Bundesregierung und die Bildung der Großen Koalition mit der CDU/CSU.<sup>98</sup> Die Gründer waren der Auffassung, dass dies zu einer Abkehr vieler enttäuschter linker Sozialdemokraten von der SPD führen und der SDS – dominiert von der „antiautoritären“ Fraktion – nicht dazu in der Lage sein werde, diese organisatorisch zu erfassen.<sup>99</sup> Der Name war zum einen dem Gründungsdatum im Herbst 1966 geschuldet, hatte jedoch, dem klandestinen Charakter der NG entsprechend, noch einen zweiten Ursprung: Mit einer Referenz auf die russische Oktoberrevolution von 1917, die dem gregorianischen Kalender nach im November stattgefunden hatte, sollte sowohl der ideologische Ursprung im Marxismus-Leninismus als auch der Selbstanspruch zum Ausdruck gebracht werden, ein avantgardistischer, revolutionärer Zirkel von marxistisch-leninistischen Kadern zu sein.<sup>100</sup> Die Gründungsmitglieder entstammten allesamt dem traditionssozialistischen Umfeld des SDS (unter anderem Horst Mahler, Walter Barthel, Ulrich K. Preuß,<sup>101</sup> Dietrich Staritz, Solveig Ehrler,<sup>102</sup> Lothar Pinkall,<sup>103</sup> Klaus Meschkat, Peter Brandt,<sup>104</sup> Barbara und Johannes Agnoli,<sup>105</sup> Bernhard Blanke,<sup>106</sup> Urs Müller-Plantenberg, Carl Guggomos,<sup>107</sup> Manfred Kiemle<sup>108</sup> und Randolf Lochmann). Mit einer anonymen (Teil-)Finanzierung der NG aus finanziellen Quellen der DDR war eine Mehrheit der Gründer im Prinzip einverstanden, wenngleich das Startkapital für die Gründung aus Quellen der IG Metall gekommen war.<sup>109</sup>

Die NG gliederte sich nach ihrer Gründung in vier Ausschüsse: Im vorstandsähnlichen Leitungsgremium, dem Zentralkomitee („ZK“), waren vertreten: Johannes Agnoli, Bernhard Blanke, Horst Mahler, Klaus Meschkat und Manfred Kiemle.<sup>110</sup> Daneben bestand ein Clubausschuss, der die Gründung des *Republikanischen Clubs* (RC) vorbereiten sollte, in welchem Mahler ebenfalls mitarbeitete, sowie ein Programmausschuss, der „vorbereitende Stellungnahmen zu wichtigen Problemen“ verfassen sollte und ein Berlinausschuss, der die

Berlinpolitik der NG koordinierte.<sup>111</sup> Hier war Walter Barthel, der sich in Fragen der Berlinpolitik bereits in der VUS Westberlin exponiert hatte, bestimmend. Die NG ließ sich Anfang 1967 unter diesem Namen auch beim dafür zuständigen Polizeipräsidenten von Westberlin als Verein registrieren.<sup>112</sup> Intern war die NG nach einer Art leninistischem demokratischen Zentralismus aufgebaut: Sie begriff sich als „Kollektiv“ und ihre Funktionäre waren bei ihrem Agieren in anderen Organisationen an die Weisungen dieses Kollektivs gebunden, d. h. mit einem „imperativen Mandat“ ausgestattet und konnten jederzeit von ihrem Posten abgerufen werden.<sup>113</sup> Ihrem klandestinen Charakter entsprechend betrieb die NG keine offene Mitgliederwerbung – eine Aufnahme fand ausschließlich durch Kooptation und (nach Möglichkeit) durch die einstimmige Befürwortung der Mitglieder statt; so schlug Mahler beispielweise im Dezember 1966 den SDS-Bundesvorsitzenden Peter Gäng als Mitglied vor.<sup>114</sup> Im Januar 1967 wurde hingegen sogar eine Aufnahmesperre für neue Mitglieder beschlossen.<sup>115</sup> Eine Mitgliedschaft war darüber hinaus an die Bedingung einer festen Mitarbeit und einer monatlichen Beitragszahlung von monatlich ein bis zwei Prozent des Bruttogehalts gekoppelt.<sup>116</sup> Über die Anzahl der Mitglieder lässt sich auf Grund der klandestinen Organisationsform nur schwerlich eine Aussage treffen – nach den vorliegenden Dokumenten dürfte die Mitgliederanzahl 50 jedoch nicht überschritten haben.<sup>117</sup> Getreu ihres Avantgardeanspruches nahm die NG auch Kontakte zu „ähnlichen Gruppen“ in der BRD auf und wollte die „dortige politische u[nd] organisatorische Entwicklung beobachten und sich gegebenenfalls einschalten“.<sup>118</sup> In erster Linie waren Meschkat und Mahler für diese Kontaktaufnahmen zuständig, so unter anderem zu Linken in der SPD Bayern, zu Ernest Mandel in Brüssel und Fritz Lamm in Stuttgart sowie zu gewerkschaftlichen Kreisen in Hannover.<sup>119</sup> Auch in Marburg gründete sich eine in ihrer Zielsetzung ähnliche Gruppe und auch dort bestand der Gründungszirkel aus einer „alten Garde“ von traditionssozialistischen SDS-Mitgliedern.<sup>120</sup> Mahlers Thesenpapier von 1962 war an vielen Orten gar die Diskussionsgrundlage für die jeweiligen Gründungsbestrebungen. So wurde Mahler sogar von Wolfgang Abendroth, dem unangefochtenen *spiritus rector* des SDS der frühen 1960er Jahre, und dem ehemaligen SDS-Bundesvorsitzenden Eberhard Dähne dazu gedrängt, eine Veranstaltung in Marburg zu besuchen und dort über sein Thesenpapier zu referieren.<sup>121</sup>

Letzteres hatte Mahler anlässlich der NG-Gründung um „Anmerkungen aus der Sicht des Jahres 1966“<sup>122</sup> ergänzt. Eingangs erklärte Mahler seine Ausführungen von 1962 für nach wie vor aktuell, war aber der Auffassung, dass durch

die Zunahme der Aktivität der entstehenden Protestbewegung, die „heutige Aufgabenstellung wesentlich breiter“<sup>123</sup> sei. Die SPD habe die von ihm bereits 1962 skizzierte Rolle „konsequent weitergespielt“, mit dem vorläufigen Höhepunkt des „Eintritt[s] in die große Koalition“.<sup>124</sup> Dabei habe die gewerkschaftliche und linksliberale Opposition gegen die Sozialdemokratie zugenommen,<sup>125</sup> gleichzeitig seien Anzeichen erkennbar, dass der Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit einem absinkenden, „mehr oder weniger normalen konjunkturellen Rhythmus“<sup>126</sup> weichen werde. Dennoch sei die Arbeiterschaft weiterhin der Auffassung, einen steten wirtschaftlichen Aufschwung zu erleben und es demnach nicht möglich gewesen, innerhalb der SPD eine „anhaltende Politisierung“ zu erreichen, geschweige denn, einen sozialistischen Flügel aufzubauen.<sup>127</sup> Unter dem Eindruck des zunehmenden Erfolgs der NPD, die es geschafft habe, mit ihrer „nationalen und sozialen Demagogie“ Teile der sozialen Unzufriedenheit zu kanalisieren, müsse – neben dem nach wie vor notwendigen Aufbau einer sozialistischen Partei – „verhältnismäßig kurzfristig eine soziale Oppositionspartei“<sup>128</sup> aufgebaut werden, die in der Lage sein müsse, bei der Bundestagswahl 1969 zu kandidieren.

Die Diskussionen der NG in der Gründungsphase betrafen in erster Linie taktische Fragen:<sup>129</sup> Ausgehend von Mahlers Erfahrungen in der VUS Westberlin nahm dieser aus taktischen Gründen Stellung gegen die Versuche, durch eine „umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit [...] die Massen mit der spezifischen Berlin-Problematik“ zu konfrontieren, wie das unter anderem Walter Barthel favorisierte. Auch argumentierte Mahler gegen die seines Erachtens verfrühte Formierung einer „Wählerpartei“ zur Teilnahme an parlamentarischen Wahlen. Mahler hatte zwar keine Einwände gegen diese „im Kern“ richtigen Forderungen, hielt sie jedoch zu diesem frühen Zeitpunkt aus taktischen Gründen für falsch: die „Beeinflussung der Massen“ sei niemals „Selbstzweck“ sondern immer nur „Mittel zum Zweck“ und dieser wiederum das „Endziel der sozialistischen Linken“, die „Lösung der sozialen Frage durch die Enteignung der privaten Produktionsmitteleigentümer“, wie Mahler in der Tradition seines Textes von 1962 fortfuhr.<sup>130</sup> Weiter verdeutlichte Mahler seinen avantgardistischen Anspruch, da der erfolgreiche Weg zu einer sozialistischen Bewegung eine „enorme Kraftanstrengung mit ([m]acht-)politischen Mitteln“ erfordere, die zwar im „weitesten Sinne“ von den „lohnabhängigen Massen“ zu tragen wäre, in realiter aber von den „zum politischen Handeln befähigten Gruppen, die die Bewegung der politisierten Massen strukturieren und organisieren“ sowie deren „Aktion auf die richtigen Ziele“ lenken sollten.<sup>131</sup> Als zentrale

Aufgabe der Linken in der BRD bezeichnete Mahler wie 1962 die Schaffung organisatorischer Einheiten, die in den sozialdemokratischen Massenorganisationen in Rückkoppelung zu außerhalb von derselben organisierten Linken arbeiten und netzwerkartig miteinander in Kontakt stehen sollten.<sup>132</sup> Erstmals machte Mahler Aussagen zur Größe solcher Gruppen: Diese sollten aus klandestinen Drei- bis Fünfpersonengruppen bestehen, da dies einen „starken persönlichen Zusammenhalt“<sup>133</sup> der Gruppenmitglieder sichere. Überzeugt davon, dass die Bildung der Großen Koalition den Parlamentarismus in der BRD im Kern abgeschafft habe, warnte Mahler in das Vertrauen in den „parlamentarische[n] Mechanismus bürgerlicher Prägung“, welcher die „soziale Frage“ nicht im sozialistischen Sinne lösen könne.<sup>134</sup> Im Gegenteil erinnerte Mahler an das Verhalten der SPD, welche 1933 die Machtübernahme der NSDAP nicht mit außerparlamentarischen Aktionen verhindert habe, machte diese damit für die Herrschaftsübernahme der Nationalsozialisten verantwortlich und mahnte gleichzeitig, diesen Fehler nicht in der Gegenwart zu wiederholen.<sup>135</sup> Damit implizierte Mahler, dass sich die BRD in einer ähnlichen Situation wie das Deutsche Reich 1933 befände und es nun an der Generation der jungen bundesrepublikanischen Linken liegen würde, den antifaschistischen Widerstand zu leisten, den die Elterngeneration nicht geleistet hatte. Weiter mahnte Mahler zur unbedingten theoretischen Fundierung der politischen Praxis der NG, wenngleich diese von ihm nicht als eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie verstanden wurde, sondern vielmehr an ein marxistisch-leninistisches Glaubensbekenntnis erinnerte: Die marxistische Theorie sei nicht erst dann „als Anleitung zum politischen Handeln brauchbar [...], wenn sie in ihren wesentlichen Lehrsätzen durch die gesellschaftliche Wirklichkeit verifiziert“ werde, vielmehr genüge es, „eine mehr oder weniger intuitiv empfundene überwiegende Wahrscheinlichkeit der Richtigkeit dieser politischen Theorie“ zu besitzen.<sup>136</sup> Deutlicher hatte Mahler zuvor nie den eschatologischen Glaubenscharakter seiner Auslegung des Marxismus-Leninismus formuliert und damit gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass er sich nicht aus der durch Anschauung gewonnenen Überzeugung von der Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Theorie zum politischen Handeln aufgerufen sah, sondern sich vielmehr durch andere Motive zum politischen Handeln angeleitet sah, die dann in ein marxistisch-leninistisches Weltbild integriert wurden.

Vorerst agierte die NG jedoch als organisatorische Plattform im Strömungskampf des Westberliner SDS. Ende Dezember 1966 luden die NG-

Mitglieder Mahler, Meschkat, Preuß, Agnoli und Wolfgang Nitsch eine Reihe von anderen Mitgliedern zu einer klandestinen „wichtigen Besprechung über die Entwicklung des SDS“<sup>137</sup> ein. Dort sollte in Vorbereitung der SDS-Landesvollversammlung am 9. Januar 1967 „über eine Spaltung des Verbandes entschieden“<sup>138</sup> werden. Da die Besprechung jedoch von den Einladenden „außerordentlich schlecht vorbereitet“ wurde, konnten die Mitglieder der NG den restlichen SDS-Mitgliedern (solchen, die weder der Fraktion um die *Kommune I* noch dem harten Kern der „antiautoritären“ Fraktion zuzuordnen waren) argumentativ nicht vermitteln, warum eine Spaltung unausweichlich sei. Vielmehr wurden die fraktionell ungebundenen Mitglieder durch das arrogante und bestimmte Auftreten der NG-Mitglieder „völlig verärgert“, so dass zu befürchten stand, dass sie den SDS gegen jegliche „Eingriffe ‚von außen“<sup>139</sup> verteidigen, d. h. eine geplante Spaltung nicht mittragen würden. Auf der anschließenden Landesvollversammlung wurde eine von der NG initiierte Resolution verabschiedet, in der die Aktionen der „antiautoritären“ Fraktion und der *Kommune I* kritisch diskutiert wurden;<sup>140</sup> zudem forderten die NG-Mitglieder den Ausschluss der Mitglieder der *Kommune I* aus dem SDS. Da sich dafür jedoch keine Mehrheit im Verband finden ließ, stimmten die NG-Mitglieder auf einer weiteren Landesvollversammlung im Februar 1967 aus taktischen Gründen für eine Aufnahme von Mitgliedern der *Kommune I* in den SDS-Landesvorstand. Dadurch sollte der Verband chaotisiert und die Politik der *Kommune I* ad absurdum geführt werden. Mittelfristig sollte der Landesverband gespalten und ein Großteil der ehemaligen SDS-Mitglieder der NG zugeführt werden. Gerade dieses machiavellistische Kalkül sorgte bei den Mitgliedern, die sich weder der „antiautoritären“ noch der traditionssozialistischen Fraktion zuordnen wollten, für erheblichen Unmut. Mit der Wahl der Mitglieder der *Kommune I* in den Landesvorstand hatte die NG den Westberliner SDS vorübergehend gelähmt, wenngleich die „antiautoritäre“ Fraktion um Rudi Dutschke in den kommenden Wochen schnell wieder den bestimmenden Einfluss erlangen konnte.

Auf der Landesvollversammlung im Februar 1967 hatten die NG-Mitglieder gleichzeitig die Gründung des *Republikanischen Clubs* (RC) bekannt gegeben.<sup>141</sup> Bereits seit ihrer Gründung hatte sich die NG auf die Etablierung eines politischen „Clubs“ in Westberlin fokussiert, der eine informelle Vernetzung der verschiedenen linken, liberalen und christlich-pazifistischen Organisationen der entstehenden Protestbewegung ermöglichen sollte. Mahler war in der Anfangsphase als ZK-Mitglied für den Clubausschuss der NG verantwortlich,<sup>142</sup> son-

dierte mögliche Räumlichkeiten, Miethöhen und Besichtigungen und schloss im Januar 1967 im Auftrag der NG einen Vorvertrag für die Clubräumlichkeiten ab.<sup>143</sup> Ein Treuhänderkreis (aus der die spätere *Republikanische Club-GmbH* entstand) sollte die Spenden von „Sponsoren“ verwalten und bestand unter anderem aus Lothar Pinkall, Horst Mahler, Walter Barthel, Johannes Agnoli und Nikolaus Neumann.<sup>144</sup> Für mögliche Mitglieder und „Zeichnungswillige“ wurde ebenfalls im Januar ein Ansichtsprospekt verfasst und versendet.<sup>145</sup> Mit dem Club sollte – so Mahler – für die „Formung einer linken Opposition, die von den Liberalen bis zu den Sozialisten“ reiche, eine „politische[n] Gemeinde“<sup>146</sup> etabliert werden. Nur so könne die sozialistische Linke weitreichend in der sich formierenden Protestbewegung Einfluss nehmen und diese indirekt kontrollieren.<sup>147</sup>

Mahler war nach seinem Rückzug aus der politischen Arbeit im Herbst 1963 ein steiler beruflicher und sozialer Aufstieg als erfolgreicher, in Westberliner juristischen Kreisen bekannter und als talentiert anerkannter Rechtsanwalt mit Schwerpunkt auf Wirtschaftsrecht gelungen. Genau in die Zeit von Mahlers politischer Abstinenz fiel von Dezember 1963 bis August 1965 der von großem Medieninteresse der nationalen und vor allem internationalen Presse begleitete Auschwitzprozess in Frankfurt am Main gegen einen Teil des höheren Dienstpersonals des KZ Auschwitz-Birkenau.<sup>148</sup> Vor Gericht standen nicht wie während der Nürnberger Prozesse die Spitze des nationalsozialistischen Deutschen Reichs oder wie während des Eichmann-Prozesses in Jerusalem 1961 die Planer und Schreibtischtäter, sondern eine Gruppe der praktischen Exekutoren der Shoa. In der bundesdeutschen Gesellschaft führte die intensive Berichterstattung über die Praxis der Shoa zu einem deutlich von Schuldabwehr gekennzeichneten Bedürfnis, „endlich“ damit aufzuhören, durch eine weitere Thematisierung und juristische Verfolgung der NS-Verbrechen das „eigene[s] Nest zu beschmutzen“.<sup>149</sup> Der Jurist Mahler nahm jedoch von dem Beginn der juristischen Aufarbeitung der Shoa keine (dokumentierte) Kenntnis, ebenso wenig von der ebenfalls 1965 stattfindenden Debatte über die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord und damit für die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft.<sup>150</sup> Im Gegenteil war unter anderem in der juristischen Vertretung eines NS-Verbrechers, der Mahler nicht als „Unmensch“<sup>151</sup> galt, sein Bedürfnis nach Schuldabwehr erkennbar. Der in der juristischen Vertretung Jentzschs enthaltene identifikatorische Anteil mit der eigenen Elterngeneration (bzw. mit der eigenen Familie) gewann angesichts der Tatsache, dass

Mahler zeitgleich die politische Entwicklung in der BRD am Rande eines neuen „Faschismus“ währte, eine deutlich schuldabwehrende Dimension.

Zudem mag Mahlers Rede auf dem Richtfest der *Kaiserdamm KG* zum einen illustrieren, dass das antikapitalistische bzw. marxistisch-leninistische Weltbild, das sich Mahler in den frühen 1960er Jahren angeeignet hatte, auch in einem nicht als links verstehenden Milieu artikulierbar war: Die Trennung zwischen guten „westdeutschen Unternehmern“ und üblen „Geschäftemachern“<sup>152</sup> sowie die identitäre Bezugnahme auf Westberlin deutete eine weltanschauliche Kontinuität zu 1963 an. Mit der beginnenden Protestbewegung gegen die US-amerikanische Kriegsführung in Vietnam wurde auch Mahler wieder politisch aktiv und initiierte in Anknüpfung an seine Arbeit im traditionssozialistischen Milieu Westberlins 1966 die Gründung einer leninistischen Kaderorganisation, mit deren Hilfe er zum einen einer genuin marxistisch-leninistischen Position in der Westberliner Linken einen organisatorischen Ausdruck geben wollte und zum anderen einen Kristallisationspunkt für die Sammlung aller sozialistischen Kräfte Westberlins bilden wollte. Ziel Mahlers war es, das von ihm vertretene Weltbild in einer möglichst breit aufgestellten politischen Bewegung zu verankern.

### **Mahler und die Hochphase der Protestbewegung (1967-1968)**

1967/68 war die Mobilisierung der Protestbewegung in ihrer Hochphase, insbesondere nach der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 und den darauf folgenden Ereignissen. Bereits im April 1967 konnte nach längerer Vorbereitung aus den Reihen der NG der *Republikanische Club* (RC) gegründet werden.<sup>153</sup> Im Gründungsaufruf, der mit einer Einladung zur Beteiligung versehen im Januar 1967 an etwa 600 als interessiert eingeschätzte versandt wurde,<sup>154</sup> hatte der Name von Horst Mahler unter den Einladenden gefehlt, die Adresse seiner Kanzlei war jedoch als Anlaufstelle für etwaige Geldspenden und als Sitz der wirtschaftlichen Trägergesellschaft *Republikanische Clubgesellschaft mbH. und Co. KG* genannt.<sup>155</sup> Vertreten wurde diese von der persönlich haftenden Gesellschafterin *Republikanische Clubgesellschaft mit beschränkter Haftung*, als deren Treuhänder und Geschäftsführer Horst Mahler fungierte.<sup>156</sup> Im Gründungsaufruf wurden einleitend rhetorisch folgende Fragen gestellt:

„Wohin geht man in dieser Stadt, nachmittags oder abends, wenn es wieder einmal so weit ist? Wenn eine Große Koalition ins Haus steht,

wenn die Politische Polizei Büros durchsucht, wenn eine Redaktion ‚ausgehoben‘ wird, wenn es darauf ankommt, rasch zu handeln? Wo erfährt man, was nicht in der Zeitung steht? Wo trifft man sich, auch an den scheinbar ruhigen, gleichmäßigen Tagen, ohne besonderen Anlaß?“<sup>157</sup>

Die bisher in Frage kommenden Orte wurden als unpassend empfunden, denn es fehle ein Ort, an dem man sich „frei von Vereinsmeierei und institutioneller Betriebsamkeit“<sup>158</sup> treffen könne. Gedacht war der Club für „linke Leute, Leute, die im Parlament niemand mehr vertritt, Leute, die dennoch politisch etwas bedeuten“.<sup>159</sup> Die geplante Clubgründung wandte sich explizit an bereits im Berufsleben stehende Akademiker – auch wenn im Aufruf gehofft wurde, dass sich auch „Gewerkschaftler, Volksschullehrer, Autobusschaffner [...] in einem solchen Haus“<sup>160</sup> wohl fühlen würden – und war darum bemüht, einen gehoben-bürgerlichen Habitus zu verkörpern. Dieser zeigte sich unter anderem in der Tatsache, dass sich die Mitglieder untereinander sietzen, was sowohl in der traditionalistischen sozialdemokratischen Linken in Westberlin als auch in den Gruppen der entstehenden Protestbewegung wie ein Fremdkörper wirkte, wenngleich es dem RC sehr erfolgreich gelang, zahlreiche traditionssozialistische Linke, gemäßigte Linke aus dem sozialdemokratischen Milieu und Linksliberale miteinander zu vernetzen. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten unter anderem Otto Schily, Wolfgang Neuss, Hans Magnus Enzensberger und, als (einfaches) Vorstandsmitglied, Horst Mahler.<sup>161</sup> Zum Ersten Vorsitzenden wurde von den 200 auf der ersten Mitgliederversammlung Anwesenden das NG-Mitglied Klaus Meschkat gewählt, zu seinen Stellvertretern Marianne Regensburger und Lothar Pinkall.<sup>162</sup> Weitere Vorstandsmitglieder waren neben Horst Mahler: Bernhard Blanke als Geschäftsführer, Wilfried Gottschalch,<sup>163</sup> Ekkehart Krippendorff,<sup>164</sup> Nikolaus Neumann und Knut Nevermann.<sup>165</sup> Die Gründung des RCs wurde deutlich von der NG dominiert,<sup>166</sup> kein Angehöriger der „antiautoritären“ Fraktion im SDS bzw. niemand aus dem aktionsorientierten Protestbewegungsumfeld war ein Gründungsmitglied des RCs. Die „antiautoritäre“ Fraktion im SDS betrachtete den RC demnach auch als Konkurrenz für die eigenen politischen Konzeptionen; der SDS-Bundesvorstand ging sogar so weit, hinter den sich 1967 auch in der BRD gründenden RCs eine „geheimbündlerisch[e...] nationale[r] Strategie“<sup>167</sup> zu vermuten. Die NG hatte mit der RC-Gründung geschickt den Resonanzboden für ihre politische Aktivität verbreitern können.<sup>168</sup> Der RC verstand sich zwar per Satzung als „Teil der politischen Linken“, wollte aber von seinem ursprünglichen Konzept her

weniger „Podium für studentische Argumente“ (also für die Vertreter der „antiautoritären“ Fraktion in SDS und Protestbewegung) sein, als „vielmehr ein Treffpunkt für Gewerkschafter, Leute vom linken Flügel der SPD [und] FDP-Mitglieder[n]“<sup>169</sup> werden. Auch das Aufnahmeverfahren in den RC – jedes Neumitglied benötigte drei Bürgen, die bereits Mitglied waren – ließ wenig an die „antiautoritäre“ Bewegungspraxis denken und erinnerte vielmehr an das Kooptierungsverfahren der NG.<sup>170</sup> Dem Gründungsgedanken entsprechend, demzufolge der RC einen vernetzenden „Treffpunktcharakter“ haben sollte, wurde eine umfangreiche Getränke- und Speisekarte sowie eine kleine „Bücherstube“<sup>171</sup> angeboten. Gruppen aus dem traditionslinken Umfeld der RC-Gründer – wie beispielweise die SJD –, einzelne prominente Gewerkschaftsmitglieder und die Redakteure des späteren *Berliner Extra-Diensts*, dominierten in den ersten Wochen der Clubtätigkeit das dortige politische Geschehen.<sup>172</sup>

Die Ereignisse in Westberlin im Rahmen der Proteste gegen den Besuch des persischen Schahs am 2. Juni 1967, in deren Verlauf der Westberliner Polizeibeamte Karl-Heinz Kurras den Studierenden Benno Ohnesorg erschoss, waren ein entscheidender Wendepunkt der sich bis dahin vor allem in Westberlin zutragenden Protestbewegung und hatte auf deren Mobilisierung eine katalytische Wirkung.<sup>173</sup> Die zentrale Demonstration gegen den Schahbesuch war mit 3.000 überwiegend studentischen Teilnehmern gut besucht und durch das brutale Vorgehen von Mitarbeitern des persischen Geheimdiensts geprägt, die unter den Augen der Westberliner Polizei auf die bis dahin weitgehend friedlichen Demonstranten einprügelten. Bei einer weiteren Protestaktion am Abend des 2. Juni vor der Deutschen Oper griff die Polizei mit großer Härte gegen die Demonstranten durch, wobei der Student Benno Ohnesorg vom Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras erschossen wurde. In Folge der Tötung Benno Ohnesorgs veränderte sich die quantitative Basis der Bewegung in Westberlin explosionsartig, während die studentische Protestbewegung nun auch in nennenswertem Umfang auf die BRD übersprang.<sup>174</sup> Während die ersten medialen Reaktionen – vornehmlich der Westberliner Boulevardpresse – einen schrillen Ton der Empörung über das Verhalten der studentischen Demonstranten anschlugen und mit unverhohlener Aggressivität gegen die Protestbewegung anscrieben, betrachtete die streckenweise mit dem SDS sympathisierende linksliberale Medienöffentlichkeit die Protestbewegung nun durchaus wohlwollend.<sup>175</sup>

Unter dem Eindruck des Vorgehens der Polizei, den Reaktionen der Westberliner Politik und der medialen Öffentlichkeit gründete sich wenige Tage

nach dem Tod Ohnesorgs an der FU Berlin ein studentischer Ermittlungsausschuss, der unter der Anleitung von Horst Mahler den Tathergang eigenständig aufklärte.<sup>176</sup> Der Ausschuss sammelte Zeugenaussagen, Beweismittel und andere Dokumente, um gegen die offizielle Darstellung der Ereignisse argumentieren zu können und versuchte gleichzeitig eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, unter anderem wurden in einer Auflage von 300.000 Stück Flugblätter an die Westberliner Bevölkerung verteilt.<sup>177</sup> Ende 1967 sollte sich auf Initiative Mahlers beim AStA der FU Berlin ein studentischer Rechtshilfefonds gründen, da die „Strafverfahren mit politischen Hintergrund“ seit dem 2. Juni erheblich zugenommen hatten und Mahler auf Grund dieser Quantität nicht mehr in der Lage war, die „Verteidigung unentgeltlich“<sup>178</sup> zu führen. Sowohl der Ermittlungsausschuss als auch der Rechthilfefonds sollten später mit dem Ermittlungsausschuss an der TU Berlin, der nach den Osterunruhen 1968 gebildet wurde, eng zusammenarbeiten und dann im Rahmen der bundesweiten Justizkampagne weiter existieren.<sup>179</sup> Der vor allem von Horst Mahler und dem Ermittlungsausschuss rekonstruierte tatsächliche Tathergang, wonach die Polizei äußerst brutal gegen die Demonstranten vorgegangen war und die Lage bewusst eskalieren lassen, führte sukzessive zu einer Regierungskrise des Westberliner Senats:<sup>180</sup> Im September 1967 musste der oberste Dienstherr der Westberliner Polizei, Innensenator Wolfgang Büsch, zurücktreten, seine Nachfolge übernahm Mahlers langjähriger Intimfeind in der Westberliner SPD, Kurt Neubauer. Wenige Wochen später trat auch der Regierende Bürgermeister Albertz in Folge der Ereignisse vom 2. Juni 1967 zurück.

Die Ereignisse rund um den 2. Juni 1967 machten Horst Mahler auch außerhalb Westberlins einem breiteren Publikum bekannt. Zeitweise erschien er der interessierten Öffentlichkeit nach Rudi Dutschke als zweitwichtigster Protagonist der Protestbewegung.<sup>181</sup> Mahler war ein gefragter Interviewpartner, unter anderem trat er im Rahmen einer Fernsehdiskussion zur Situation in Westberlin nach dem 2. Juni auf.<sup>182</sup> Dort spitzte Mahler die Diskussion mit der Aussage zu, die Ereignisse um den 2. Juni seien nicht als Ergebnis der „Eskalation studentischer Protestformen“ zu betrachten, sondern vielmehr als „eine [gezielte] Eskalation seitens der Autoritäten“.<sup>183</sup> Es handele sich nicht um das „Versagen einzelner Polizeibeamter“, sondern um ein „planmäßiges und auch von der Polizeiführung, wenn nicht gar [...] von der politischen Führung dieser Stadt gewolltes Vorgehen gegen die Studenten außerhalb jeglicher Legalität“.<sup>184</sup> Damit vertrat Mahler die mehrheitliche Haltung der Westberliner Protestbewegung im Sommer 1967; gleichzeitig war er darum bemüht, die politische Ein-

stellung der Protestierenden zu radikalisieren. Für Mahler waren die Ereignisse des 2. Juni „die Bestätigung der marxistischen Theorie über die Rolle des Staates als Instrument der herrschenden Unterdrückung der ausgebeuteten Mehrheit.“<sup>185</sup> Auch besuchte er die Beisetzung Ohnesorgs, dessen Witwe er juristisch vertrat und berichtete am gleichen Abend auf dem SDS-Kongress *Bedingungen und Organisation des Widerstands* in Hannover über den Stand der Ermittlungen gegen Kurras.<sup>186</sup>

Mahler versuchte dort die moralische Empörung der frisch zur Protestbewegung Hinzugestoßenen über die Tatsache, dass der Bewegungsaktivist Fritz Teufel wegen Verdachts auf Landfriedensbruch am 2. Juni inhaftiert worden war, während der Todesschütze Kurras sich noch auf freiem Fuß befand, in eine grundsätzliche, wenngleich öffentlich noch legalistisch argumentierende Kritik zu transformieren: „Das Bedenkliche, das diesen Vorgängen zugrunde liegt, [...] ist, dass wir eine Stadtbürgerlichkeit haben, für die die Rechtsgarantien, die im Grundgesetz verankert sind, eine Last sind“.<sup>187</sup> Die Ereignisse im Anschluss an den Tod Ohnesorgs hatten jedoch auch die ideologischen Gegensätze im SDS wieder aktuell gemacht: Während der traditionssozialistische und marxistisch-leninistische Flügel die bündnispolitische Orientierung der Protestbewegung auf die tradierten Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung forderte, schlug Rudi Dutschke für die „antiautoritäre“ Fraktion die Formierung von „Aktionszentren“ vor und rief dazu auf, die dem staatlichen Unterdrückungsapparat inhärente „sublime“ Gewalt „manifest“<sup>188</sup> werden zu lassen. Der auf Dutschke antwortende Jürgen Habermas warf diesem eine „voluntaristische Ideologie“ und einen „linken Faschismus“<sup>189</sup> vor. Mahler warnte an anderer Stelle davor – und widersprach damit Habermas –,<sup>190</sup> dass der Umschlag des „latent[en]“ in der kapitalistischen Gesellschaft enthaltenen faschistischen Potentials in einen „konkreten“ Faschismus zwar durch die Protestbewegung ausgelöst worden sei, es jedoch diese im Namen des Fortschritts nicht zu verantworten habe, wenn es im Rahmen der Reaktion auf den geschichtlich notwendigen Protest (zum Erreichen einer besseren, „humaneeren“ Gesellschaftsordnung) menschliche Opfer auf der Seite der Protestierenden zu beklagen gebe. Mahler spitzte diesen Gedanken zu, indem er kongruent zum von Dutschke reklamierten „subjektiven Faktor“ forderte, so schnell wie möglich eine „Zuspitzung“ der gesellschaftlichen Zustände herbeizuführen, da der „Faschismus“ umso schwächer reagieren werden könne, je eher die studentische Protestbewegung eine solche herbeiführe. Dies sei ein „Stadium, durch das [die Protestbewegung] hindurch müsse[n].“ Mahler hielt auf dem Kongress

ein spontanes Schlusswort, in dem er die Ereignisse des 2. Juni und die zeitgenössische gesellschaftliche Entwicklung in der BRD mit dem historischen Nationalsozialismus gleichsetzte und dazu aufforderte, dem damals ausgebliebenen Widerstand der Elterngeneration einen zeitgenössischen Widerstand entgegenzusetzen:

„Man hat häufig nach 1945 die Frage gestellt, welchen Schuldvorwurf können wir der Generation der Väter machen. Ist es richtig, ihnen vorzuwerfen, der faschistischen Diktatur nicht Widerstand geleistet zu haben? Dann kam sehr schnell der Einwand, daß diese Diktatur absoluten Terrors umfassend war, und man niemanden ansinnen konnte, Selbstmord zu begehen. Aber man kann ihnen vielleicht den Vorwurf machen, daß sie nicht Widerstand geleistet haben zu einer Zeit, wo Widerstand noch möglich und sinnvoll war. Und ich glaube, [...] daß die akademische Jugend aus der Vergangenheit Lehren gezogen hat, daß die akademische Jugend heute auf der Seite derjenigen steht, die die Freiheiten rechtzeitig verteidigen wollen.“<sup>191</sup>

Mit dieser relativistischen Gleichsetzung der BRD mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich imaginierte sich Mahler – wie auch weite Teile der Protestbewegung – in die Rolle von Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus, die diesmal zu einem Zeitpunkt, wo dies noch „möglich und sinnvoll“<sup>192</sup> sei, Widerstand leisten würden und dabei, so Mahler implizit, erneute Verbrechen wie die Shoa verhindern könnten.

Die sprunghafte quantitative Entwicklung der Protestbewegung nach dem 2. Juni 1967 hatte auch Auswirkungen auf den RC und veränderte dessen funktionalen Charakter als Netzwerk: Der RC wurde nun zu einem „Informations- und Aktionszentrum“ der gesamten Protestbewegung. Dort wurden „Gegenöffentlichkeit“<sup>193</sup> hergestellt, Pressekonferenzen abgehalten und Arbeitsgruppen, die unter anderem die anwaltliche Ermittlungstätigkeit Mahlers unterstützten, konstituierten sich unter seinem Dach. Auch die nationale und internationale bürgerliche Presse berichtete nun über den RC. Dies erweiterte auch das politische Umfeld des RCs, der nun auch von den Gruppen des „antiautoritären“ Lagers immer häufiger frequentiert wurde,<sup>194</sup> welche nun zusammen mit traditionssozialistischen, linken und liberalen Gruppierungen im Rahmen eines *Koordinierungsausschusses* versuchten, die Aktivitäten der Protestbewegung in Westberlin aufeinander abzustimmen.<sup>195</sup> Die Anzahl der Mitglieder schwoll in diesem Kontext – trotz des aufwändigen Eintrittsverfahrens – sprunghaft an,

so dass die Mitgliedschaft des Westberliner RCs im Oktober 1967 bereits 650 Personen zählte.<sup>196</sup> Auch im Bundesgebiet gründeten sich seit Herbst 1967 an vielen Orten lokale *Republikanische Clubs*.<sup>197</sup> Im Rahmen des RCs gelang in Westberlin eine Vernetzung der unterschiedlichen Akteure der Protestbewegung im Sinne Mahlers. Dies schloss auch die SED Westberlin ein, deren Vertreter an den Treffen des *Koordinierungsausschusses* teilnahmen.<sup>198</sup> Zwar kritisierten diese die Dominanz des „antiautoritären“ Lagers in den Aktivitäten der Protestbewegung, dennoch waren der RC-Vorstand und insbesondere Horst Mahler stets darum bemüht, eine vermittelnde Haltung zwischen den verschiedenen Lagern einzunehmen. So betonten insbesondere die im RC aktiven NG-Mitglieder, vor allem Klaus Meschkat und Horst Mahler, öffentlich die Notwendigkeit einer Aktionseinheit mit der SED,<sup>199</sup> während der SDS auf solche Vorschläge in der Regel ablehnend reagierte und dem RC absprach, öffentlich für die Protestbewegung sprechen zu dürfen.<sup>200</sup> Die inhaltliche Weite des vom RC anvisierten politischen Spektrums führte jedoch bald zu Spannungen: Zwar bemühte sich der Vorstand auch nach dem 2. Juni 1967 um die Werbung von Interessierten aus dem Umfeld der Westberliner FDP,<sup>201</sup> allerdings entzündete sich im Herbst 1967 an der Haltung des mehrheitlich traditionssozialistischen RC-Vorstandes zur Frage der Berlinpolitik eine politische Auseinandersetzung mit den umworbenen linksliberalen RC-Mitgliedern und Sympathisanten. Daraus entwickelten diese die Forderung nach einem politischen Grundsatzzprogramm des RCs, das ausdrücklich das Bekenntnis zum Grundgesetz enthalten sollte, wenngleich es der traditionssozialistischen Fraktion gelingen sollte, die Diskussion darüber auf der Mitgliederversammlung im Oktober 1967 erfolgreich zu unterbinden.<sup>202</sup> Im Dezember 1967 beteiligte sich der RC unter dem Motto „Seid nett zueinander: Sagt DDR“ an einer öffentlichen Polit-Aktion zur Anerkennung der DDR als souveränem Staat.<sup>203</sup> Gegen die DDR-apologetischen Aktivitäten des Westberliner RCs wurde bereits im Juli 1967 ein sich als antikommunistische Gegenründung verstehender *Demokratischer Club* gegründet, der jedoch weitgehend ohne Einfluss bleiben sollte.<sup>204</sup>

Im Interesse einer quantitativ möglichst großen und politisch breit angelegten Protestbewegung vertrat Mahler auch Mandanten, zu denen er ein politisch ambivalentes bis ablehnendes Verhältnis hatte, darunter unter anderem Mitglieder der *Kommune I* und Rudi Dutschke, wenngleich sich zu letzterem während der Hochphase der Protestbewegung eine beinahe freundschaftliche Beziehung entwickelte.<sup>205</sup> Zwar war Mahler schon vor dem 2. Juni 1967 einer breiteren Öffentlichkeit als „linke[r] Rechtsanwalt und Studenten-Verteidiger“<sup>206</sup> bekannt

geworden, eine umfangreiche, bundesweite Berichterstattung über Mahler fand jedoch erst seit Sommer 1967 statt.<sup>207</sup> Insbesondere der neuartige, provokante Stil des jungen Anwalts führte einerseits in den etablierten juristischen Milieus in der Regel zu Verunsicherung, andererseits in den Reihen der Protestbewegung zu lagerübergreifenden Ansehen.<sup>208</sup> Seit Sommer 1967 war Mahler mit der juristischen Arbeit für die Protestbewegung weitgehend ausgelastet und konnte kaum noch andere politische Aufgaben im RC und der NG wahrnehmen.

Wenngleich Mahler erhebliche Differenzen sowohl auf inhaltlicher wie auf habitueller Ebene mit den Mitgliedern der *Kommune I* hatte, verteidigte er diese dennoch vor Gericht, da deren von der medialen Öffentlichkeit breit rezipierten Prozesse Mahler als zweckmäßig für eine weitere Mobilisierung der Protestbewegung erschienen.<sup>209</sup> Die von der *Kommune I* praktizierten Methoden der Provokation eignete Mahler sich zwar nicht selbst an, er war jedoch der Auffassung, dass das „Mittel der Provokation [...] geeignet [sei], Schwächen in der Position des Gegners aufzudecken [...]“. <sup>210</sup>

Schon im April 1967 hatte Mahler Mitglieder der *Kommune I* nach deren erster von einer breiteren Öffentlichkeit medial rezipierten Aktion, dem so genannten Pudding-Attentat, juristisch vertreten. Die Kommunarden hatten geplant, den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey während dessen Westberlin-Besuchs mit Rauchkerzen, Farbbeutel, Pudding und Mehl zu bewerfen.<sup>211</sup> Die Diskussionen der *Kommune I* waren im Vorfeld jedoch bereits einige Zeit von alliierten Geheimdiensten abgehört und deren Erkenntnisse über ein angeblich geplantes Attentat einer polizeibekanntem subversiven Gruppe auf Humphrey an die Westberliner Politische Polizei weitergegeben worden. Diese verhaftete am 5. April 1967 elf tatverdächtige Personen aus dem Umfeld der *Kommune I*, als deren Rechtsbeistand Horst Mahler fungierte, wenngleich dieser bereits am Folgetag die Entlassung aller Verhafteten erreichen hatte können. Noch in der Nacht vom 5. April überschlugen sich daraufhin die Pressekommentare, die von einer „Verschwörung“ zu einem „Attentat“<sup>212</sup> auf Humphrey sprachen. Die *Kommune I* war sich der provokatorischen Dimension eines „Pudding-Attentats“ selbstredend wohl bewusst und unterließ in den Folgetagen keine Gelegenheit, die Überreaktion der Westberliner Behörden, die angesichts der Stimmungslage in Westberlin wenige Jahre nach dem Mauerbau und dem Kennedy-Attentat zumindest nachvollziehbar war, in der Öffentlichkeit zu zelebrieren. Die Westberliner Presse sowie nationale und internationale Medien popularisierten den Vorfall mittels einer skandalisierenden Berichterstattung weiter.<sup>213</sup>

Eine noch größere mediale Öffentlichkeit erreichte Mahler im Rahmen der Vertretung von Fritz Teufel im Sommer/Herbst 1967. Dieser war wegen eines angeblichen „Steinwurfs“ während der Ereignisse am 2. Juni 1967 wegen Landfriedensbruchs angeklagt und hatte, da die Justizbehörden darum bemüht waren, Härte zu demonstrieren, bis Jahresende 148 Tage in Untersuchungshaft verbringen müssen. Obwohl Mahler schon vor Prozessbeginn 24 Entlastungszeugen hatte benennen können, dauerte der Prozess dennoch bis Jahresende und war dabei ein „typischer“<sup>214</sup> Prozess im Rahmen der Protestbewegung: Der Angeklagte hatte vor Gericht wiederholt durch erhebliche Provokationen für Irritationen gesorgt, sowie eine enorme Medienwirkung entfaltet.<sup>215</sup> Mahler verteidigte Teufel als „gewaltlos und zurückhaltend“, für ihn war Teufel ein „Held“.<sup>216</sup> Auch der RC-Vorstand hatte im September 1967 die Westberliner Bevölkerung zur Solidarität mit Fritz Teufel aufgefordert: „Seid Demokraten, befreit Euch aus dem Untertanengeist einer unseligen Vergangenheit, kämpft gemeinsam mit den Studenten für die Freiheit Fritz Teufels.“<sup>217</sup> Zudem hatte die Tatsache, dass der Todesschütze Kurras keinen einzigen Tag inhaftiert worden war, die Kampagne der Protestbewegung für die Freilassung von Teufel, die maßgeblich von der *Kommune I* vorangetrieben wurde, erheblich beflügelt und korrespondierte mit einer breiten Welle der Solidarisierung, vornehmlich unter den Studierenden.<sup>218</sup> Im Dezember 1967 konnte Mahler schließlich einen Freispruch für Fritz Teufel erreichen.<sup>219</sup>

Während der Prozessvertretung wurde Mahler erstmals vorgeworfen, zum Einsatz von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung aufgerufen zu haben: Bei einer Veranstaltung im RC im August 1967 hatte Mahler zur „Situation der Westberliner Justiz“ gesprochen und dabei die Frage behandelt, was der RC „angesichts der zynischen Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze im Falle Teufel und in anderen Fällen in den nächsten Monaten zu tun“<sup>220</sup> habe. An der Veranstaltungen hatten auch Abgeordnete der CDU teilgenommen, die Mahlers Äußerungen dahingehend kolportierten, er (und der RC) würden „die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele“<sup>221</sup> befürworten.

Eng mit diesem Vorwurf gegen Mahler korrespondierte ein weiterer Prozess gegen Mitglieder der *Kommune I*: Anlässlich der Berichterstattung der Springer-Medien über einen Kaufhausbrand in Brüssel, der am 22. Mai 1967 etwa 250 Todesopfer gefordert hatte, produzierte und veröffentlichte die *Kommune I* eine Serie von Flugblättern, in denen der von der Springer-Presse konstruierte Zusammenhang zwischen der Brandkatastrophe in Belgien und der Antivietnamkriegsbewegung satirisch aufgegriffen wurde. Die *Kommune I* lobte die

angebliche „Brandstiftung“ als „Aktion für Frieden und Völkerfreundschaft“, die es den Menschen in Westeuropa erstmals ermögliche, „jenes knisternde Vietnamgefühl (dabeizusein und mitzubrennen)“<sup>222</sup> mitzuerleben. Ein weiteres Flugblatt der Serie stand unter der Überschrift: „Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?“<sup>223</sup> Die Westberliner Staatsanwaltschaft erhob wegen „Aufforderung zur menschengefährdenden Brandstiftung“<sup>224</sup> Anklage gegen die von Mahler juristisch vertretenen *Kommune I*-Mitglieder Fritz Teufel und Rainer Langhans. Mahler versuchte im Rahmen einer regelrechten „Gutachter-schlacht“<sup>225</sup> den ästhetisch-literarischen Qualität der Flugblätter anerkennen zu lassen und deren satirischen Charakter nachzuweisen, was die strafrechtliche Relevanz mildern sollte. Insgesamt hatte Mahler 18 prominente Gutachter aus dem linksliberalen Sympathisantenmilieu der Protestbewegung bestellt, unter anderem Hans-Werner Richter, Walter Jens, Peter Szondi, Jacob Taubes, Gerhard Zwerenz und Günther Grass. Allen erschien es absurd und irreführend, den Inhalt der Flugblätter ernst zu nehmen oder gar für strafrechtlich relevant zu halten – wenngleich sie sich jedoch nicht mit den Angeklagten öffentlich solidarisierten.<sup>226</sup> Die Medien – insbesondere die Westberliner Zeitungen des Springer-Verlages – griffen die Anklage sowie die Auftritte der Kommunarden vor Gericht, das mit deren ironischem Stil völlig überfordert war, erfreut auf und verschafften der *Kommune I* erneut eine hohe Publizität. Rainer Langhans bemerkte in diesem Zusammenhang im März 1968 vor Gericht: „Entscheidend war für uns nicht, was [in Belgien] vorgefallen war, sondern wie es sich in der Vorstellung von Polizei und Presse darstellte [...]. Das heißt, dass wir Leute, die sich zur Brandstiftung aufgerufen fühlen, nur für blöd halten können.“<sup>227</sup> Die vor Gericht stehenden Kommunarden wurden allesamt im März 1968 freigesprochen. Wenige Wochen später legten jedoch die späteren Mitbegründer der RAF Andreas Baader und Gudrun Ensslin tatsächlich Brandsätze in zwei Frankfurter Kaufhäusern (s. u.).

Neben der juristischen Vertretung der maßgeblichen Protagonisten der Protestbewegung erscheint ein weiteres von Mahler übernommenes Mandant vor allem in vergangenheitspolitischer Hinsicht bemerkenswert: Bereits Ende 1966 hatte er die Verteidigung studentischer Aktivisten übernommen, die wegen der Störung von Vorführungen des Kinofilmes *Africa Addio* angeklagt worden waren, darunter den Vorsitzenden des *Afrikanischen Studentenbundes*, den Nigerianer Adekunle Ajala. Der umstrittene Film zeigte die Entkolonialisierungsprozesse in Ostafrika und agierte dabei offen mit rassistischen Stereotypen und Ressentiments.<sup>228</sup> Gegen die Vorführung des vermeintlichen Dokumentarfilms

formierte sich unter den linken und afrikanischen Studierendengruppen seit 1966 zunehmend Protest, unter anderem wurde mehrfach versucht, die Aufführung des Filmes zu verhindern. Bei einer Westberliner Protestaktion wurden während einer Demonstration auf dem Kurfürstendamm mehrere Personen festgenommen, deren juristische Vertretung Mahler übernahm.<sup>229</sup> Der Prozess gegen die Festgenommenen fand Anfang 1968 während der Hochphase der Westberliner Protestbewegung statt: In einem Brief an den damaligen Innensenator Heinrich Albertz verteidigte Mahler seine Mandanten mit dem bemerkenswerten Verweis, wonach der Protest gegen *Africa Addio* das durch den Film international beschädigte „Ansehen des deutschen Volkes“ bei den durch den rassistischen Film beleidigten „betroffenen Völkern“<sup>230</sup> wieder hergestellt habe. Anhand dieser um Identifikation mit dem nationalen Kollektiv bemühten Argumentation zog Mahler auch Parallelen zur Shoa – die in Mahlers Vorstellungen das „Ansehen des deutschen Volkes“ ebenfalls beschädigt hatte – und setzte *Africa Addio* mit dem antisemitischen NS-Film *Jud Süß* gleich, dessen Aufführung in Westberlin noch bis 1990 verboten war und gegen dessen Regisseur Veit Harlan ebenfalls verschiedene zeitgenössische Protestaktionen stattgefunden hatten.<sup>231</sup> Auch Mahlers Prozessführung war stark mit einer Abwehr der diffus empfundenen Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft verknüpft: Insbesondere die nationalsozialistische Vergangenheit des Richters – Amtsgerichtsrat Genthe war Mitglied der NSDAP gewesen – sei eine „Perversität“,<sup>232</sup> weshalb sich die Angeklagten – von Mahler heftig begrüßt – einer Weiterführung des Prozesses verweigerten. Nach Mahler hätten die Angeklagten damit die „Schuld der Vätergeneration zu ihrer eigenen“ gemacht, während der ehemalige Nationalsozialist Genthe sich „in der Öffentlichkeit mit Leidenschaft dagegen verwahrt [habe], daß die Söhne den Vätern die Vergangenheit vorwerfen.“ Mahler setzte das Verhalten der Angeklagten, die sich einer „Collaboration“ mit einem in der BRD angeblich heraufziehenden Faschismus sowie den „herrschenden gesellschaftlichen Kräften konsequent verweigert“ hätten, mit dem ausgebliebenen Widerstand gegen den Nationalsozialismus – mit dem die „Vätergeneration“ eine offene „Collaboration“ eingegangen sei – gleich. Der projektive Anteil in Mahlers Argumentation wurde insbesondere durch die Tatsache unterstrichen, dass es sich bei einem der Angeklagten um einen nigerianischen Staatsbürger handelte. In seinem – abgelehnten – Befangenheitsantrag gegen Genthe hatte Mahler angesichts dessen nationalsozialistischer Vergangenheit vor der Wiederkehr

ähnlicher Zustände in einem angeblich in der BRD heraufziehenden Faschismus gewarnt und hierbei Bezug auf die Shoa genommen:

„[In] Deutschland [wurden] Millionen Angehörige der jüdischen Minderheit durch die national-sozialistische Propaganda auf das Unglaublichste in ihrer Menschenwürde verletzt und einer nicht zu überbietenden rassistischen Hetze preisgegeben [...], ja schlimmer noch, [dass] Millionen jüdischer Mitbürger aus ihren Wohnungen, Geschäften und Arbeitsstellen vertrieben und unter erbärmlichen Bedingungen in Konzentrationslagern eingepfercht und dort systematisch vernichtet wurden.“<sup>233</sup>

Im weiteren Prozessverlauf trat Mahler schließlich mit pathetischer Geste von seinem Mandat zurück und solidarisierte sich mit der „Tat der Angeklagten“, da es ihm angesichts des „reaktionären Richter[s]“ Genthe nicht möglich sei, die moralisch richtige Tat seiner Mandanten „mit formalen juristischen Argumenten“ zu beleidigen und „um einen Freispruch oder eine milde Bestrafung zu feilschen.“<sup>234</sup>

Die breit von den Medien rezipierte, aggressiv wirkende und sich selbst als politisch verstehende Prozessführung Mahlers sorgte schon bald für Vorwürfe, er verletze seine „Standespflichten“<sup>235</sup> als Rechtsanwalt und sei im Rahmen eines ehrengerichtlichen Verfahrens zu sanktionieren. Schon im Sommer 1967 kritisierte die Westberliner CDU Mahlers juristische Vertretungspraxis und dessen politische Agitation während der Prozesse, gleichzeitig wurden in Westberliner „Anwaltskreisen“ erste Forderungen laut,<sup>236</sup> Mahler aus der Anwaltskammer ausschließen zu lassen. Im März 1968 leitete der Generalstaatsanwalt ein erstes Ehrengerichtsverfahren gegen Horst Mahler ein, da dieser durch verschiedene Äußerungen während des Prozesses gegen Fritz Teufel gegen die „Standespflichten“<sup>237</sup> eines Rechtsanwalts verstoßen habe. Insbesondere nach den Osterunruhen und der Strafanzeige Axel Springers gegen Mahler wurde die Forderung nach einem „Berufsverbot“ für Mahler laut, da dieser mit der Teilnahme an einer Demonstration die „Pflicht, seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und sich innerhalb und außerhalb des Berufes der Achtung und des Vertrauens, welche die Stellung des Rechtsanwalts erfordert, würdig zu erweisen [...], schuldhaft verletzt“<sup>238</sup> habe. Mahler habe durch seine aktive Teilnahme versucht, „sozialpolitische Ziele unter Verletzung der Strafgesetze mit Gewaltmethoden“<sup>239</sup> durchzusetzen. Wenngleich dieses erste Ehrengerichtsverfahren abgewiesen wurde, nahm der öffentliche Druck auf Mahler nun zu.

Die Mobilisierung nach den Ereignissen um den 2. Juni 1967 hatte auch Auswirkungen auf den SDS: Nach der Landesvollversammlung im Februar 1967 hatten sich – wie von der NG intendiert – die Konflikte des mehrheitlich „antiautoritären“ SDS mit der *Kommune I* zugespitzt und schließlich im Mai 1967 zum Ausschluss der Kommunarden geführt.<sup>240</sup> Unter der nun im Westberliner SDS hegemonialen „antiautoritären“ Fraktion wurde dieser zum Motor der studentischen Protestbewegung. Auf der Delegiertenkonferenz im September 1967, die auf Grund der Ereignisse rund um den 2. Juni eine hohe mediale Aufmerksamkeit erhielt, setzte sich im SDS auch auf Bundesebene die „antiautoritäre“ gegen die traditionssozialistische Fraktion durch. Zusammen mit Hans-Jürgen Krahl hielt Dutschke auf dieser Delegiertenkonferenz das so genannte Organisationsreferat, in dem die Frage beantwortet werden sollte, welche organisatorischen Konsequenzen der SDS aus der enormen Mobilisierung der Protestbewegung seit dem 2. Juni zu ziehen habe. Dutschke und Krahl forderten, der SDS solle sich vom „revisionistischen Modell der bürgerlichen Mitglie­derpartei­en“<sup>241</sup> verabschieden und stattdessen ein subversives Netzwerk oppositioneller Aktivisten ausbilden. Dieses „Sich-Verweigern in den eigenen Institutionenmilieus“ erfordere eine „Guerilla-Mentalität“, sollten „nicht Resignation und Zynismus die nächste Station sein.“ Die von Dutschke und Krahl zudem verwandte Metapher Ernesto Guevaras von der „Propaganda der Schüsse“ müsse durch die „Propaganda der Tat“ ergänzt werden, nur so sei die „Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit“ möglich. An der Verwendung der Guerilla-Metapher, die Dutschke und Krahl mit ihrem Beitrag überhaupt erst in die Diskussion der bundesdeutschen radikalen Linken eingebracht,<sup>242</sup> entzündete sich scharfe Kritik seitens der traditionssozialistischen Fraktion, die – wie Habermas auf dem Hannoveraner Kongress im Juni – eine starke Betonung des „subjektiven Faktors“ als „Voluntarismus“<sup>243</sup> kritisierte. Daneben dokumentierte ein Antrag zum Nahostkonflikt, der unter anderem vor dem Hintergrund einer marxistisch-leninistischen Analyse des „reaktionären Charakter[s] Israels“ selbiges als einen „Brückenkopf des westlichen Imperialismus“<sup>244</sup> bezeichnete, die antizionistische Wende im Weltbild der radikalen Linken seit Juni 1967 (s. u.). Im Verlauf des Jahres 1968 wurde der SDS auch auf Bundesebene zum Motor und aktionistischen Fokus der Protestbewegung, wenngleich die interne Spaltung zwischen „antiautoritärer“ und traditionssozialistischer Fraktion sukzessive zunahm und bereits bei der Delegiertenkonferenz im Herbst 1968 keine einheitliche Verbandspolitik mehr gestaltet werden konnte.<sup>245</sup>

Schon seit Mitte der 1960er Jahre hatte sich der (Westberliner) SDS immer stärker positiv auf die antikolonialistischen, sozialrevolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt bezogen, unter anderem im Rahmen des Algerienkriegs und der Kubanischen Revolution sowie auf die antikolonialen Prozesse in Afrika und – insbesondere seit 1966 – auf die *Front National de Libération* (FNL, auch: *Vietcong*) in Vietnam. Speziell in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg manifestierte sich die antiamerikanische Disposition einer Mehrheit der Protestbewegung, die die US-amerikanische Kriegsführung pauschal mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft gleichsetzte.<sup>246</sup> Sowohl das Telegramm an Bundeskanzler Erhard als auch die Plakataktion der „antiautoritären“ Fraktion 1966 hatten den Zusammenhang einer Gleichsetzung der US-amerikanischen Kriegsführung mit den NS-Verbrechen und einer antiamerikanischen Schuldabwehr bereits angedeutet.<sup>247</sup> Die Medien der studentischen Protestbewegung griffen dies auf und veröffentlichten Artikel mit Titeln wie: „Eskalation in Vietnam. Auf dem Weg in die militärische Endlösung“, „Auschwitz, Vietnam und kein Ende“ sowie „SS in Vietnam“.<sup>248</sup> Die antiamerikanisch konnotierte Schuldabwehr gipfelte schließlich in dem häufig skandierten Demonstrationslogan: „USA, SA, SS“.<sup>249</sup> In vielem konnten die von der Protestbewegung artikulierten antiamerikanischen Ressentiments an die Positionen in der deutschen Linken in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren anknüpfen.<sup>250</sup> Mahler stand hierbei repräsentativ für die Verbindung eines antiamerikanischen Ressentiments mit einer spezifisch deutschen Schuldabwehr in der politischen Linken der 1960er Jahre und insbesondere der Protestbewegung. Bereits Anfang der 1960er Jahre hatte er für das Ausbleiben einer sozialen Umwälzung nach der Niederlage des Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg die US-amerikanischen Befreier verantwortlich gemacht,<sup>251</sup> während die Protestbewegung nun die ehemaligen Opfer des historischen Nationalsozialismus rhetorisch durch die vietnamesische Bevölkerung ersetzte (und gleichsam den einstigen deutschen Aggressor durch die USA) und damit die historischen Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft relativierte.<sup>252</sup>

Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg war das einheitsstiftende Moment der Protestbewegung; die Positionen des RC-Vietnamarbeitskreises wurden von einer breiten Koalition sozialistischer, sozialdemokratischer, linksliberaler, christlich-pazifistischer sowie SED-naher Organisationen unterstützt.<sup>253</sup> Die Aufrufe des RCs zur Beteiligung an den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg nahmen dabei die antiimperialistische und gegen die USA gerichtete

Argumentation des SDS auf, indem sie unter anderem den „Kampf gegen die Nordamerikaner“ als einen Kampf der ausgebeuteten „Völker“ um eine „eigene Geschichte“<sup>254</sup> deuteten und die Volksrepublik China, Nordvietnam sowie Kuba als Gesellschaftsmodelle mit Vorbildcharakter für die gesamte Dritte Welt begriffen.<sup>255</sup> Die „Imperialisten“ hätten hierbei erkannt, dass die „Massen“ der Dritten Welt diese Länder als ihre Vorbilder verstünden, weswegen erstere nun alles daran setzen würden, Nordvietnam zu „zerstören“.<sup>256</sup> Dennoch demoralisiere der „Terror der USA“ und ihres „Hauptverbündeten“, der BRD, die „Massen“ der Dritten Welt nicht, im Gegenteil: Er verstärke „den Haß, die Solidarität, die Entschlossenheit zum Kampf gegen die Aggressoren.“<sup>257</sup> Insbesondere die Aktionen im Rahmen der Antivietnamkriegsbewegung wurden im *Koordinierungsausschuss* des RCs von den beteiligten Gruppen und Organisationen besprochen.<sup>258</sup> Zudem schien es kurzzeitig so, als wäre die Kritik an der US-amerikanischen Kriegsführung in Vietnam ein geeignetes Instrument, um enttäuschte Sozialdemokraten vom linken Rand der SPD und den tradierten Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung für die Protestbewegung zu gewinnen: Zwar traten tatsächlich prominente Westberliner Sozialdemokraten wie Harry Ristock und Gerd Löffler in die Diskussion mit der studentischen Protestbewegung ein, das von Mahler erhoffte Einbrechen in die Strukturen der Westberliner SPD gelang jedoch nicht.

Mahler war stets darum bemüht, allen Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg eine größtmögliche öffentliche Wirkung zu verleihen, auch und gerade im Rahmen seiner juristischen Tätigkeit, so beispielweise bei der Verteidigung von Mitgliedern der *Kommune I* im Frühjahr 1967 oder bei der Verteidigung von Demonstranten, die im August 1967 anlässlich einer US-Militärparade in Berlin-Neukölln gegen die „amerikanische[n] Kriegsführung in Vietnam“<sup>259</sup> protestiert hatten. Hierbei waren mehrere Demonstranten von Zuschauern der Parade „beschimpft, getreten und zusammengeschlagen“<sup>260</sup> worden, wobei die Polizei die Personalien der Täter nicht festgestellt hatte, stattdessen jedoch die Angegriffenen inhaftiert hatte. Sofort wurden die Protagonisten des RCs, vor allem Mahler, aktiv, ermittelten die auffälligsten Polizisten, richteten eine „Schlägerkartei“ ein und kündigten eine „Demonstrationen gegen individuelle Verantwortliche von politischen Übergriffen“ an, sowie eine Dokumentation von „Verfassungsbrüchen für einen eventuellen Appell an die alliierten Schutzmächte und die Europäische Kommission zum Schutze der Menschenrechte beim Europarat“.<sup>261</sup> Das Mitglied des Abgeordnetenhauses Karl Heinz Schmitz (CDU) unterstützte in einem Brief an den Neuköllner Bezirksbürger-

meister hingegen die gewalttätigen Zuschauer: Er sei voller „Bewunderung für die spontane Reaktion [der] Neuköllner Bürger“, womit diese zum ersten Mal bewiesen hätten, dass sie nicht mehr gewillt seien, dem „Treiben anarchistischer und terroristischer Minderheiten“<sup>262</sup> tatenlos zuzusehen. Diese Reaktion eines Mitglied des Abgeordnetenhauses sprach Bände über die aufgeheizte Westberliner Stimmungslage im Sommer 1967: Nur knapp drei Monate nach dem Tod von Benno Ohnesorg wurde von einem Repräsentanten der politischen Klasse Westberlins mehr oder weniger deutlich zu Übergriffen gegen die Angehörigen der Protestbewegung aufgerufen. Im Auftrag des RCs und der betroffenen Demonstranten erstattete Mahler am 24. August 1967 Anzeige gegen Schmitz wegen Aufforderung zu Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung.<sup>263</sup> In der Anzeige interpretierte Mahler Schmitz’ Aussage als Aufforderung an die Westberliner Bevölkerung, auch bei „künftigen Gelegenheiten [...] gegen [A]ndere, die von ihrem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch machen“,<sup>264</sup> vorzugehen.

Im Februar 1968 fand im restlos überfüllten Auditorium der TU Berlin wenige Wochen nach Beginn der Tet-Offensive der FNL der *Internationale Vietnamkongress* statt, der gleichsam den Höhepunkt der Protestbewegung markierte. Auf diesem rief Rudi Dutschke in seinem eschatologische Züge tragenden Hauptreferat zur Solidarität mit den „Befreiungsbewegungen der Dritten Welt“ auf, die zu einer „Destabilisierung der imperialistischen Machtzentren in den Metropolen“<sup>265</sup> führen sollte. Als konkrete flankierende Maßnahmen schlug Dutschke eine „Anti-NATO-Kampagne“<sup>266</sup> sowie eine Desertationskampagne für die Bundeswehr vor. Der Kongress wurde zu einer Demonstration der dort vertretenen nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gegen die „imperialistischen Interessen der USA“,<sup>267</sup> unter anderem waren auch Delegierte der offen nationalistischen *Euskadi Ta Askatasuna* (ETA) und der *Irish Republican Army* (IRA) anwesend. Der SDS Westberlin forderte in einer Kongresspublikation die Etablierung eines linken Antiamerikanismus, der sowohl als Alternative zur von imperialistischer Konkurrenz geprägten antiamerikanischen Positionierung der alten europäischen Großmächte (insbesondere Frankreichs) sowie zum rechten Antiamerikanismus der NPD verstanden werden sollte.<sup>268</sup> Die Schlusserklärung des Kongresses lobte den „revolutionären Volkskrieg“ der FNL, deren Erfolge auf „dem intensivierten Kampf des gesamten vietnamesischen Volkes“ beruhen würden. Es wurde befürchtet, dass der in die „Defensive getriebenen US-Imperialismus“ zum Einsatz von Nuklearwaffen greifen und weiterhin den Versuch unternehmen würde, mittels der NATO

die „westeuropäischen Metropolen in seine Politik der kolonialen Konterrevolution“ zu integrieren. Die NATO sollte demnach nicht wegen ihrer Eigenschaft als Militärbündnis zerschlagen werden, sondern weil sie als „Agentur“ der militärischen Zusammenarbeit des „Haupt[s] der kolonialen Konterrevolution, den USA“, mit den westeuropäischen Ländern diene. Der Forderungskatalog der Schlusserklärung wies dann auch dementsprechende antiamerikanische Tendenzen auf (unter anderem wurde dazu aufgerufen, „die Wehrkraft der US-Armee zu zersetzen [!]“).<sup>269</sup>

Im Vorfeld des Kongresses hatte der Senat die angekündigte Abschlussdemonstration verboten und Innensenator Neubauer für den Fall der Nichteinhaltung des Demonstrationsverbotes einen massiven Polizeieinsatz geplant.<sup>270</sup> Mahler erwirkte eine einstweilige Verfügung zur Genehmigung der Demonstration und vertrat die Klage vor dem Berliner Verwaltungsgericht. In seinem Wortbeitrag auf dem Kongress plädierte Mahler aus taktischen Gründen (um die Mobilisierung der Protestbewegung nicht zu gefährden) für die Einhaltung der Auflagen des Senats: Gegen die „imperialistischen Systeme“<sup>271</sup> müsse die Protestbewegung zwar auf „gewaltsame Auseinandersetzungen“ vorbereitet sein, jedoch sei es während des nun bald beginnenden „revolutionären Prozesses“ von äußerster Wichtigkeit, „Fehler zu vermeiden“, als welche er den Einsatz von Gewalt zu diesem Zeitpunkt noch ansah. Mahler warb dafür, sich von allen Bestrebungen abzugrenzen, die Polizeikräfte durch Provokationen herausfordern und offen auf der Straße in einer „physischen Konfrontation“ zu bekämpfen: „Wir schwören der Gewalt nicht ab, und ich bin der letzte, der der Gewaltlosigkeit in der Geschichte das Wort redet. Wo Gewalt gebraucht werden muß, um brutalen Terror zu brechen und eine menschenwürdige Gesellschaft zu schaffen, bin ich für den Einsatz von Gewalt.“ Aber: „Zur Revolution, die ein langer Weg ist und viele Opfer kostet, gehört Geduld und gehört Disziplin“, weshalb es wichtig für den „politischen Erfolg“ des Kongresses sei, dass die Demonstration gewaltfrei und „diszipliniert mit einem ordentlichen Abschluß“ durchgeführt werde. Dass Mahler prinzipiell ein Vertreter eines gewaltsamen Revolutionsmodells war, verdeutlichte eine wenige Wochen später getätigte Äußerung, in der Mahler die FNL dazu aufforderte, gegenüber den USA weiterhin eine kompromisslose Haltung einzunehmen, da die herrschende Klasse in der BRD im vorausseilenden Gehorsam gegenüber den USA das vietnamesische „Volk [dazu] aufrufen [würde], die Waffen zu strecken und sich der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung in einem ‚Verhandlungsfrieden‘ zu beugen“.<sup>272</sup> An der dann doch genehmigten Abschlussdemonstrati-

on des *Internationalen Vietnamkongresses* nahmen insgesamt etwa 15.000 Personen teil, darunter auch etwa 100 Mitglieder der Westberliner SPD.<sup>273</sup> Trotz der im Vorfeld artikulierten militanten Rhetorik der Protestierenden blieb die Veranstaltung friedlich, wohingegen auf der vom Senat organisierten Gegenkundgebung ein Passant, der Rudi Dutschke ähnelte, von Kundgebungsteilnehmern tätlich angegriffen und schwer verletzt wurde.<sup>274</sup>

Vielfach wurde in der jüngeren Forschung bereits auf den Zusammenhang zwischen einer Hinwendung zu einem antiimperialistisch codierten Internationalismus und dem Versuch einer Entlastung des identitären Kollektivs der deutschen Nation von der diffus empfundenen Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft hingewiesen.<sup>275</sup> Insbesondere der im antiimperialistischen Weltbild angelegte Manichäismus, der die imperialistischen USA den nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gegenüberstellte sowie die umstandslose Identifikation mit den „Völkern“ der Dritten Welt waren in eine schuldabwehrende Argumentation integrierbar.<sup>276</sup> Im SDS, insbesondere in dessen „antiautoritärer“ Fraktion, nahm die Bezugnahme auf die sozialrevolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, ausgehend von einer umfassenden Identifikation mit der FNL, seit Ende 1966 auch für die eigene politische Theorie und Praxis immer breiten Raum ein.<sup>277</sup> Der Erfolg der deutschen revolutionären Bewegung könne demnach nur gelingen, wenn auch die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt Erfolg hätten, was eine aktive Solidarität mit deren Kampf erfordere.<sup>278</sup> Zunehmend wurden nun auch die Schriften Ernesto Guevaras unter anderer lateinamerikanischer Befreiungsideologen im SDS bzw. in der Protestbewegung rezipiert.<sup>279</sup> Zweifelsohne verstand sich der SDS seit 1967 als Teil eines vor allem gegen den Imperialismus der USA gerichteten weltweiten Befreiungskampfes.<sup>280</sup> Besonders deutlich wurde der Zusammenhang zwischen einer antiamerikanisch aufgeladenen Schuldabwehr und der politischen Aktivität gegen den Krieg der USA in Vietnam von Horst Mahler hergestellt; so schrieb er im Januar 1968 an den damaligen Bundesjustizminister Gustav Heinemann:

„In Vietnam führen die USA einen schmutzigen und barbarischen Krieg gegen ein Volk, das um seine Freiheit kämpft. Verantwortlich für den organisierten Massenmord am vietnamesischen Volk ist der Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. L. B. Johnson. Mit Joan Baez bin ich der Meinung, daß L. B. Johnson nach den Grundsätzen des Internationalen Militärtribunals, vor dem sich nach 1945 die deut-

schen Kriegsverbrecher verantworten mußten, verurteilt werden mußte. Ich erkläre hiermit in aller Öffentlichkeit:

Präsident L. B. Johnson ist ein Mörder! Mit Mördern sollte die Regierung der Bundesrepublik keinen Umgang und keine Freundschaft pflegen.“<sup>281</sup>

Hier setzte Mahler den Krieg der USA in Vietnam schuldrelativierend als „organisierten Massenmord“ mit der Shoa gleich und forderte für die US-amerikanischen Verantwortlichen die gleiche Strafe wie für die deutschen Verantwortlichen der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft. Bemerkenswerterweise solidarisierte sich die rechtsradikale *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher* (AUD) wenige Wochen später im Rahmen einer Grußadresse offen mit den „Zielen des Internationalen Vietnam-Kongresses“: Der „Völkermord“ in Vietnam bedeute eine „direkte Gefahr für Berlin, Deutschland und Europa“, weswegen die AUD – wie Mahler – ein „Nürnberger Tribunal für die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam“ forderte. Die Solidaritätsadresse wurde bezeichnenderweise unkommentiert in einer vom SDS Westberlin herausgegebenen Dokumentensammlung des Kongresses abgedruckt.<sup>282</sup>

Auch der zukünftige Status von Westberlin, der bei Mahlers deutschlandpolitische Agitation in den frühen 1960er Jahren und der damit verbundenen politischen Nähe zu SED stets eine große Rolle gespielt hatte, wurde während des Erstarkens der Protestbewegung nun auch von den Vertretern des „antiautoritären“ Lagers diskutiert: In der Zeitschrift *Oberbaumblatt* hatte Rudi Dutschke 1967 unter einem Pseudonym die Entwicklung Westberlins als einen „strategische[n] Transmissionsriemen für eine zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands“<sup>283</sup> diskutiert und diese mit einer befreiungsnationalistischen Perspektive in Gegnerschaft zu den USA und der UdSSR verknüpft. Während der Wunsch nach einer nationalen Wiedervereinigung auch im „antiautoritären“ Lager (zumindest an seinen politischen Rändern) verhalten artikuliert wurde,<sup>284</sup> waren Mahlers berlin- und deutschlandpolitische Positionen hingegen voll und ganz vom antifaschistischen Gründungsmythos der DDR geprägt, in dessen Rahmen einer Anerkennung der DDR als souveränem Staat sowie der Formierung eines autonomen Berlins im Geiste der Drei-Staaten-Theorie stets der Vorzug vor etwaigen Wiedervereinigungsbestrebungen gegeben wurde. Ein von Mahler mitunterschiedener offener Brief an Walter Ulbricht hatte demnach vor allem die „Anerkennung der DDR“<sup>285</sup> zum Thema gehabt. Der RC verfasste an solche Diskussionen anknüpfend im September 1967 eine Denkschrift, in der

ein Sonderstatus für Westberlin reklamiert wurde, der sich gemäß der traditionssozialistischen Mehrheit im RC an der Drei-Staaten-Theorie der SED orientierte: „Westberlin kann kein Land der Bundesrepublik Deutschland sein, sondern es kann nur als ein mehr oder minder ‚autonomes‘ Staatsgebiet unter dem Schutz der drei Westmächte, der UdSSR, der beiden deutschen Staaten und der UNO überleben.“<sup>286</sup> Diese Position knüpfte an die berlin- und deutschlandpolitische Haltung Mahlers Anfang der 1960er Jahre an und war vor allem darum bemüht, den Charakter der DDR als antifaschistisches, „besseres Deutschland“ gegen die angeblich auf dem Weg in einen neuen „Faschismus“ befindliche BRD zu verteidigen.

Neben der Antivietnamkriegsbewegung bildete die nach den Ereignissen des 2. Juni 1967 vor allem vom traditionssozialistischen Lager geforderten Kampagne gegen den Springer-Verlag für Mahler den zweiten politischen Schwerpunkt während der Hochphase der Protestbewegung.<sup>287</sup> Bereits in den frühen 1960er Jahren hatte sich der Springer-Verlag im Zentrum einer Debatte über den Grad der Medienkonzentration in der BRD befunden.<sup>288</sup> Diese wurde von einer vor allem von den mit Springer konkurrierenden Verlagen von Rudolf Augstein und Gerd Bucerius publizistisch forciert, welche die studentische Anti-Springer-Kampagne ab 1967 auch großzügig finanziell unterstützten. Gleichzeitig nahm die SED maßgeblichen Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung der studentischen Anti-Springer-Kampagne, insbesondere in der von ihr eingebrachten Forderung nach der „Enteignung“ Springers. So hatte das traditionssozialistische *Extrablatt* bereits im Mai 1967 die Forderung nach einer Enteignung Springers veröffentlicht.<sup>289</sup> Auch legte der RC einen Initiativ-Bundesgesetzentwurf zur „Wahrung der Pressefreiheit“<sup>290</sup> vor, der zusammen mit einer Materialsammlung über den Springerkonzern herausgegeben wurde. Der Gesetzentwurf sah vor, dass ein Presseunternehmen Tages- und Wochenzeitungen nur bis zu einer Auflage von je einer Million verkaufter Exemplare pro Ausgabe herausgeben dürfen sollte.<sup>291</sup> Darüber hinaus sollte für alle „Publikumszeitschriften“<sup>292</sup> ein Marktanteil von maximal 20% zulässig sein. In der herausgegebenen Dokumentation wurde zudem die *Bild*-Zeitung hinsichtlich ihres Umgangs mit Kritikern, ihres Antikommunismus‘ und ihrer Rolle im Ost-West-Konflikt analysiert.<sup>293</sup> Treibendes Moment der studentischen Anti-Springer-Kampagne ab 1967 war jedoch weniger die Problematik einer zunehmenden Pressekonzentration, sondern vielmehr die Überzeugung, dass die Öffentlichkeit gezielt von den (Springer-)Medien manipuliert und so die Ausbildung eines kritischen Bewusstseins in der Bevölkerung verhindert würde.<sup>294</sup>

So beschloss der SDS auf seiner 22. Delegiertenkonferenz eine Resolution, in der zum „Kampf gegen die Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit“<sup>295</sup> aufgerufen wurde.

Vor allem der bekannte Horst Mahler war ein äußerst beliebtes Objekt der Berichterstattung der Zeitungen des Springer-Verlags, insbesondere wurde vielfach auf dessen führende Rolle in der Protestbewegung hingewiesen: Mahler trete auf wie ein Prophet, der „künftig sehr scharf im Auge behalten werden“<sup>296</sup> sollte, er sei die „Karikatur eines Rechtwahrers“<sup>297</sup> ein „Einpeitscher gegen [...] rechtsstaatliche Ordnung und [der] eigentliche Führer der antiparlamentarischen Opposition“.<sup>298</sup> Eine Studie aus dem Umfeld des RCs zum „Fall Horst Mahler“<sup>299</sup> untersuchte die Berichterstattung der Springer-Medien über die Protestbewegung zwischen Sommer 1967 und Sommer 1968 exemplarisch anhand der Person Mahlers. Zur Vorgehensweise der Springer-Autoren gehöre es laut dieser Studie, einzelne Protagonisten wie Mahler, welche versucht hätten, „transparent zu machen [...], was undurchschaubar bleiben“ solle, herauszugreifen, damit die kapitalistische „Herrschaft unangetastet“ bleibe. Die „systematische Hetze“ gegen Mahler habe die Funktion, die im Rahmen der personifizierenden Sichtweise der Springer-Medien nach dem Attentat auf Rudi Dutschke (s. u.) entstandene Lücke mit der Person Mahlers auszufüllen, ihm die „Rolle“ eines „Rädelsführers“ zuzuweisen, sie fordere zudem die Leser indirekt zu einem Lynchmord Mahlers auf. Mahler betrachtete wie die Aktivisten der Anti-Springer-Kampagne die „Organe des Springer-Konzerns“ als Manipulatoren der öffentlichen Meinung; die Redakteure der Springer-Zeitungen hätten im Laufe eines „gewissen Anpassungsprozess die bei allen Springer-Zeitungen nachweisbaren propagandistischen Leitlinien verinnerlicht“ und seien somit „gleichgeschaltet“.<sup>300</sup> Im März 1968, auf dem Höhepunkt der studentischen Anti-Springer-Kampagne, referierte Mahler als Vertreter des RCs vor verschiedenen Organisationen über die Anti-Springer-Kampagne, die dem traditionssozialistischen Lager als potentielle Bündnispartner galten.<sup>301</sup> Auch für Mahler beruhte der Kampf gegen den Springer-Verlag auf der Hoffnung, mit dessen Zerschlagung ein Ende der „permanenten Beeinflussung durch alle [...] Massenmedien“ zu erreichen, sowie die „Herausbildung eines richtigeren politischen Bewusstseins“ bei den „Massen“ erzielen zu können, was ihm als Voraussetzung für eine revolutionäre Bewegung galt, die dann die „Machtfrage“<sup>302</sup> stellen könne. Mit Mahler hofften weite Teile der Protestbewegung, dass sich die Kampagne bald zu einem möglichen „strategische[n] Transmissionsriemen zwischen Studenten und anderen Bevölkerungsteilen“<sup>303</sup> entwickeln

könne. Insbesondere hatten die Organisatoren der Anti-Springer-Kampagne die Hoffnung, dass durch sie der Nachweis einer direkten Manipulation der Bevölkerung durch die Zeitungen des Springer-Verlages erbracht werden könne. Auch galten der Springer-Verlag und dessen Besitzer Axel Springer als Repräsentanten des „Monopolkapitalismus“, da sich diese vollumfänglich mit der BRD und ihren Institutionen identifizierten und unter anderem für eine Aussöhnung zwischen „Juden und Deutschen“<sup>304</sup> eintraten, was die aktive publizistische Solidarität mit dem Staat Israel explizit mit einschloss. Der Vorwurf, in einer als autoritär verstandenen BRD würden die Medien zur Funktion der Herrschaftssicherung das Bewusstsein der Bevölkerung manipulieren, entstammte ursprünglich der *Kritischen Theorie*, wurde von der Protestbewegung rezipiert und dabei zunehmend mit dem Springer-Verlag bzw. mit Axel Springer identifiziert.<sup>305</sup> Insbesondere verhindere die Manipulation die Identifikation der als revolutionäres Subjekt imaginierten „Massen“ mit den Zielen der Protestbewegung.<sup>306</sup>

Die Entwicklung der Kampagne war dabei selbst bezeichnend für die zunehmende Radikalisierung der Protestbewegung: Wollte das traditionsozialistische Lager zu Anfang noch ein auf möglichst breite Bündnisfähigkeit und Öffentlichkeitswirksamkeit angelegtes „Springer-Hearing“ veranstalten, so wurde nach mehreren Protestaktionen Anfang des Jahres 1968 eine von 5.000 Studierenden besuchte Vorbereitungsveranstaltung für ein „Tribunal“ gegen Springer durchgeführt. Auf dieser Veranstaltung zeigte das spätere RAF-Mitglied Holger Meins einen von ihm produzierten Lehrfilm zur Herstellung von Molotowcocktails. Im Anschluss an diese Veranstaltung wurden in mehreren Westberliner Filialen des Springer-Verlags Fensterscheiben zerstört.<sup>307</sup> Zu dem dann doch stattfindenden „Springer-Hearing“ hatten jedoch unter dem Eindruck der zunehmenden Radikalisierung der Protestbewegung viele Vertreter der anvisierten liberalen Bündnispartner abgesagt, so dass die Veranstaltung inhaltlich von der Frage zur „Manipulation der öffentlichen Meinung“<sup>308</sup> durch die Zeitungen des Springer-Verlages bestimmt war. Daneben wurde lediglich ein externes Referat, nämlich das des österreichischen Zivilisationskritikers Günther Anders zum „aufdringlichen Pro-Semitismus“<sup>309</sup> des Springer-Verlages, verlesen. Speziell im Rahmen der Anti-Springer-Kampagne wurde der Springer-Verlag mehrfach mit dem historischen Nationalsozialismus gleichgesetzt, während sich die Initiatoren des Protests gleichzeitig als „langhaarige[n] Ersatzjuden“ und „Juden“ des Antikommunismus<sup>310</sup> imaginierten. Insbesondere Axel Springer selbst wurde als „Faschist“, als „Neo-Goebbels“, „Super-Rassist“

und „brutalste[r] Mittelsmann faschistischen Terrors“<sup>311</sup> bezeichnet. Die Anti-Springer-Kampagne zeigte jedoch bei weitem nicht die von ihren Initiatoren erhoffte Wirkung und wurde dann von der weiteren Radikalisierung der Bewegung im Zuge des Attentats auf Rudi Dutschke im April 1968 überrollt.<sup>312</sup>

Neben der Anti-Springer-Kampagne war auch die Kampagne gegen die Notstandsgesetze ein zentraler Mobilisierungsfaktor der Protestbewegung. Die Diskussion über eine Notstandsgesetzgebung dauerte in der BRD schon seit den späten 1950er Jahren an. Mithilfe der Ende der 1960er Jahre dann beschlossenen Notstandsgesetze konnten im Verteidigungs-, Spannungs- und Katastrophenfall sowie während eines inneren Notstands vorübergehend die Grundrechte eingeschränkt werden. Vor allem der linke Flügel der SPD und Teile der Gewerkschaften warnten vor einer sozialdemokratischen Zustimmung zu den Notstandsgesetzen, welche auf Grund des grundgesetzändernden Inhalts und der damit erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit jedoch notwendig war. In einer einmalig breiten Allianz formierte sich seit 1965 eine Anti-Notstandsbewegung, die vom SDS über die IG Metall bis zu linken wie liberalen Intellektuellen reichte.<sup>313</sup> Die durch die Anti-Notstandskampagne erzielte Mobilisierung wurde insbesondere nach den Ereignissen des 2. Junis 1967,<sup>314</sup> nach denen sich in Westberlin und in der BRD an vielen Hochschulstandorten lokale Anti-Notstandskomitees bildeten, zusehends umfangreicher: In Westberlin diskutierten die 6.000 Hochschulangehörigen, die sich am 3. Juni 1967 auf dem Gelände der FU Berlin versammelten, über den „nicht erklärten Notstand“;<sup>315</sup> schon im Oktober 1966 war auf Initiative des SDS und der *Kampagne für Abrüstung* das Kuratorium *Notstand der Demokratie* gegründet worden. Bereits Ende Oktober 1966 hatte in Frankfurt a. Main ein Kongress mit dem Titel *Notstand der Demokratie* stattgefunden, auf dem zahlreiche namhafte linke und liberale Intellektuelle zum Protest gegen die geplante Gesetzgebung aufgerufen hatten. Der Kongress wurde unter anderem von den großen Einzelgewerkschaften mitgetragen, an der Abschlussdemonstration nahmen 20.000 Menschen teil.<sup>316</sup>

Mahler war von den inhaltlichen und bündnispolitischen Möglichkeiten einer Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung überzeugt und betrieb deren Verankerung in den Gremien und Institutionen der Protestbewegung.<sup>317</sup> Auch war er aktiv an der Gründung eines Westberliner Ablegers des Kuratoriums *Notstand der Demokratie* beteiligt,<sup>318</sup> dessen Ziele die „Sicherung der Demokratie“ und die „sachgerechte Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung“<sup>319</sup> waren. In der ersten Jahreshälfte 1968 wurde in der gesamten Protestbewegung,

ihrem liberalen Sympathisantenumfeld sowie in weiten Teilen der Gewerkschaften und Teilen der Sozialdemokratie für eine Großdemonstration, den so genannten Sternmarsch auf Bonn, mobilisiert. An der vom Kuratorium *Notstand und Demokratie* organisierten Demonstration beteiligten sich rund 60.000 Menschen, es folgten in den nächsten Wochen weitere Protestaktionen in- und außerhalb der Hochschulen sowie partielle Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Unternehmen.<sup>320</sup> Trotz der äußerst umfangreichen Mobilisierung wurden die Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 vom Deutschen Bundestag mit dem Großteil der Stimmen der SPD beschlossen. Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze war die letzte Kampagne der Protestbewegung, an der sich eine breite Koalition aus christlich-pazifistischen, liberalen, sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen, sozialistischen sowie SED-nahen Gruppen und Organisationen beteiligte. Der beschlossene Gesetzestext war zwar im Vergleich zum Entwurf Anfang der 1960er Jahre entschärft worden, allerdings erkannte die zeitgenössische Protestbewegung diesen Teilerfolg nicht als solchen an. Dies ist im Hinblick auf die geradezu hysterische Qualität der Proteste und deren vergangenheitspolitische Aufladung auch wenig erstaunlich: Seit Mitte der 1960er Jahre wurden die geplanten Notstandsgesetze vehement als „NS-Gesetze“, „Ermächtigungsgesetz“ und „NS-Verfassung“<sup>321</sup> tituiert. Den Anstoß zu einer solchermaßen ubiquitären Gleichsetzung der geplanten Notstandsgesetze mit jenen des historischen Nationalsozialismus hatte der SDS gegeben, nachdem dort die „antiautoritäre“ Fraktion mehrheitsfähig geworden war und sich der Kampagne bemächtigt hatte. So stand nun auch nicht mehr das Bemühen um Bündnisfähigkeit zur Verhinderung der Notstandsgesetze im Vordergrund, sondern der antikapitalistische Kampf gegen einen angeblich in der BRD entstehenden „neuen Faschismus“, der sich sinnhaft in der SDS-Parole zur Mobilisierung für die Großdemonstration in Bonn ausdrückte: „Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus muss weg!“<sup>322</sup>

Neben den beiden oben genannten war die Mobilisierung gegen einen Bundestagseinzug der NPD die dritte große Kampagne der Protestbewegung.<sup>323</sup> Im Gegenzug ließ die NPD keine Gelegenheit aus, sich gegenüber der jugendlichen Protestbewegung als ordnender Gegenpol zu inszenieren.<sup>324</sup> Da sich nach einer Umfrage Mitte 1969 jedoch auch 18% der Studierenden vorstellen konnten, eine „mehr national orientierte“ Partei zu wählen, muss die erstarkende nationale Rechte auch als Konkurrenz zur Protestbewegung verstanden werden. Schon 1966 hatte Mahler dies zum Ausdruck gebracht, indem er für die Bundestagswahlen 1969 die Gründung einer „soziale[n] Oppositionspartei“ forder-

te, die eine Alternative zur erfolgreichen „nationalen und sozialen Demagogie“<sup>325</sup> der NPD darstellen sollte. Insbesondere nach dem fulminanten Erfolg der NPD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, bei denen die Partei mit 9,8% in den Landtag einziehen konnte – begann eine Phase der bundesweiten Mobilisierung gegen einen Bundestageinzug der NPD bei den Wahlen im September 1969.<sup>326</sup> Auffällig ist hierbei, dass Mahler – im Gegensatz zu den beiden anderen Kampagnen der Protestbewegung – dem Kampf gegen die NPD nur wenig Aufmerksamkeit zukommen ließ und er diesen nicht als mit dem Kampf gegen den Springer-Verlag bzw. die Notstandsgesetzgebung gleichwertigen mobilisierenden Faktor begriff.<sup>327</sup> Allerdings wollte die NPD mit Mahler als einer zentralen Figur der Protestbewegung ins Gespräch kommen: Im Mai 1968, kurz nach dem Attentat auf Dutschke, wurde Mahler von der NPD Berlin-Steglitz zu einem öffentlichen Diskussionsaustausch eingeladen.<sup>328</sup> Mahler antwortete abweisend: „Die Zielsetzungen der Nationaldemokratischen Partei machen es mir unmöglich, in Ihrem Kreise das Wort zu ergreifen.“<sup>329</sup> Auch hielten sich Mahlers praktische Aktivitäten im Rahmen der Kampagne gegen die NPD in argen Grenzen: Mahler vertrat einen studentischen Aktivist, der im Anschluss an eine NPD-Kundgebung in Westberlin am 18. Mai 1968 bei einem folgenden Überfall auf SDS-Räumlichkeiten durch NPD-Anhänger verletzt worden war.<sup>330</sup> Nachdem Bewegungsaktivisten gegen die lokale Westberliner Veranstaltung zum „Tag der NPD“ demonstriert hatten, war ein Teil der dort versammelten NPD-Anhänger von dort aufgebrochen und hatte ein „Apo-Büro“ in Moabit überfallen und beschädigt; auch im SDS-Zentrum am Kurfürstendamm kam es zu einer Schlägerei und zu Sachbeschädigungen.<sup>331</sup> Mahler stellte Strafanzeige wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung,<sup>332</sup> im Gegensatz zu vielen anderen von ihm geführten Prozessen fand dieser jedoch kaum publizistischen Niederschlag. Auch nahm Mahler im gleichen Monat als Mitglied des RC-Vorstandes an einem „Kontaktgespräch“<sup>333</sup> zur Verhinderung des NPD-Kongresses in Westberlin im Oktober 1968 teil. Darüber hinaus lassen sich jedoch keine Aktivitäten Mahlers in der Bewegungskampagne gegen die NPD feststellen. Nochmals in Kontakt trat Mahler mit der NPD, als 1967 und 1969 ein anonymer Mäzen im Namen von unter anderem Horst Mahler Geld an die NPD bzw. an die rechtsradikale *National-Zeitung* gespendet hatte. Mahler schrieb empört an die *National-Zeitung*, sie solle dringend auf eine Nennung von ihm als Spender verzichten; offenbar mache sich ein „Spaßvogel ein Vergnügen daraus, den Eindruck zu erwecken, als bemühe [...] er sich] um eine Förderung der deutschen National-Zeitung.“<sup>334</sup> Mehrfach

konnte das NPD-Spendenkonto auf den Namen Horst Mahler einen Eingang nachweisen, insgesamt betrug die Geldsumme über 1.000 DM,<sup>335</sup> mehrfach bat Mahler die NPD-Zentrale, ihn mit Dankesbriefen zu „verschonen“.<sup>336</sup> Später erklärte Mahler seine Zurückhaltung (bzw. sein „entspannte[re]s Verhältnis zu dem, was sich als ‚Deutsche Rechte‘ von Anfang an bis heute dargestellt hat“) mit der damaligen Einschätzung, dass ein Kampf gegen die NPD von dem gegen den eigentlichen „Hauptfeind“, den „US-Imperialismus“, abgelenkt hätte. Mahler wurde nicht müde, vor dem imaginierten Aufstieg eines neuen „Faschismus“ in der BRD zu warnen, während er gleichzeitig in der Kampagne gegen die NSDAP-apologetische NPD sehr zurückhaltend agierte. Schon damals hatte Mahler anscheinend Schwierigkeiten, die tatsächlichen Protagonisten während der nationalsozialistischen Herrschaft bzw. deren Apologeten in den 1960er Jahren als „Unmenschen“ (1979) bzw. „Monster“ (2001) zu begreifen.<sup>337</sup>

Neben der Aktivität in den Kampagnen der Protestbewegung suchte Mahler nach weiteren Möglichkeiten, deren öffentliche Reichweite zu vergrößern: Im Zusammenhang mit der mehrheitlich negativen publizistischen Berichterstattung über die Protestbewegung hatte diese früh die Wichtigkeit eigener Publikationsorgane erkannt. Schon 1966 hatte sich die spätere Gründungsgruppe der NG mit dem Gedanken eines eigenständigen linken Publikationsorgans für Westberlin beschäftigt: Im März 1966 fand eine Zusammenkunft „linker Publizisten und Politiker“,<sup>338</sup> unter anderem auch Horst Mahler, mit Rudolf Augstein statt, bei der dieser seine Beteiligung an einer wöchentlichen linken Zeitung für Westberlin zusagte. Dieses Zeitungsprojekt sollte vor allem die Dominanz des Springer-Verlages in Westberlin publizistisch angreifen.<sup>339</sup> Im August 1966 wurde mit Zustimmung von Augstein eine Redaktion für eine Wochenzeitung in Westberlin, die den Titel *Heute* tragen sollte, zusammengestellt; ihr gehörten unter anderem Walter Barthel und Carl Guggomos an.<sup>340</sup> Augstein zog sich allerdings nach drei erschienen Nullnummern aus diesem Projekt zurück, konkret ließ er am 31. Januar 1967 durch seinen persönlichen Referenten mitteilen, dass der „Spiegel aus verlagsinternen Gründen das Projekt nicht weiter betreiben könne.“<sup>341</sup> In einem Antwortschreiben bezeichnete Mahler Augsteins Rückzug als „demoralisierend“ und forderte – quasi als Wiedergutmachung – dessen finanzielle Beteiligung an der Gründung eines anderen linken Zeitungsprojekts für Westberlin.<sup>342</sup> Auf einer Sitzung der NG im Januar 1967 wurde auf Vorschlag Barthels beschlossen, zumindest während des Wahlkampfes zur Abgeordnetenhauswahl 1967 ein „wöchentlich erscheinendes Extrablatt in

Form einer Boulevardzeitung herauszugeben“.<sup>343</sup> Die von Mahler bei Augstein geforderte finanzielle Unterstützung für ein weiteres Zeitungsprojekt floss in die Gründung einer Zeitung mit dem Namen *Extra-Blatt*, Barthel und Carl Guggomos übernahmen im Auftrag der NG die redaktionelle Leitung.<sup>344</sup> Die erste Ausgabe erschien am 11. Februar 1967 in einer Auflage von 10.000 Stück und wurde von 150 Freiwilligen im Straßenverkauf angeboten; später wurde – auf Vermittlung Augsteins hin – ein Verkauf über Zeitungskioske betrieben.<sup>345</sup> Das *Extra-Blatt* musste jedoch aufgrund mangelnder Nachfrage und eines angeblichen Boykotts an den Kiosken der „Springer-Stadt“<sup>346</sup> sein Erscheinen bereits im Mai 1967 wieder einstellen.

Trotz dieser Rückschläge betrieb die NG weiterhin mit Nachdruck die Gründung einer linken Zeitung in Westberlin. Noch im April hatten fünf Mitglieder der NG (Horst Mahler, Walter Barthel, Klaus Meschkat, Carl Guggomos, Lothar Pinkall) eine GmbH gegründet, um die finanziellen Risiken für ein weiteres Zeitungsprojekt auf mehrere Schultern zu verteilen.<sup>347</sup> Jeder Gesellschafter übernahm eine Einlage von 10.000 DM.<sup>348</sup> Durch diese später in *Extra-Dienst GmbH* umbenannten Gesellschaft wurde am 20. Mai 1967 die erste Ausgabe des *Berliner Extra-Dienstes* herausgegeben.<sup>349</sup> Dieser vertrat als „Informationsdienst“ in enger Verzahnung mit dem RC einen traditionssozialistischen Standpunkt in der Protestbewegung und wurde dabei gemäß dem avantgardistisch-leninistischen Selbstverständnis der NG von dieser politisch kontrolliert.<sup>350</sup> Chefredakteur war das oppositionelle SPD-Mitglied Carl Guggomos, der ebenso wie Barthel ein Mitarbeiter des MfS war.<sup>351</sup> Der *Extra-Dienst* bezog zudem nicht unerhebliche finanzielle Unterstützung aus der DDR.<sup>352</sup> Vor allem 1967 beschäftigte sich der *Extra-Dienst* mit Themen, die gemäß der von Mahler 1962 konzipierten und 1966 für die NG aktualisierten Strategie der Schaffung von Unruhe in der sozialdemokratischen Linken mit der SPD und deren Vorfeldorganisationen ausgerichtet waren.<sup>353</sup> Die Verzahnung der *Extra-Dienst*-Redaktion mit dem RC war dabei eng: Im September 1967 schlug der RC-Vorstand seinen Mitgliedern vor, den eigenen Informationsbrief durch den Bezug des *Extra-Dienstes* zu ersetzen und auf diesem Wege über alle Termine des RCs informiert zu werden.<sup>354</sup> Ende 1967 hatte der *Extra-Dienst* 2.500 Abonnenten, Ende 1968 waren es bereits etwa 5.000.<sup>355</sup> Nachdem es seit Sommer 1968 zunehmend zu politischen Reibungen mit der auch im RC erstarkenden „antiautoritären“ Fraktion gekommen war, wurden die anfangs im RC untergebrachten Geschäftsräume von der Wielandstraße nach Berlin-

Wilmersdorf in die Pfalzbürger Straße verlegt und der *Extra-Dienst* in der dortigen Kneipe *Drehscheibe* herausgegeben.<sup>356</sup>

Nach der erfolgreichen Gründung des RCs, den Ereignissen vom 2. Juni 1967, der Etablierung des *Extra-Dienstes* und der zunehmenden Mobilisierung der Protestbewegung auch über Westberlin hinaus, erhöhte sich innerhalb der NG der Bedarf nach einer strategischen Neuorientierung. In einem internen Diskussionspapier forderte Bernhard Blanke im Winter 1967/68 eine Neuausrichtung der „Arbeitsteilung“ in der NG, damit diese sich „so schnell wie möglich auf ihre Aufgabe als strategisches Zentrum“ der Protestbewegung konzentrieren könne, da es die Aufgabe der NG sei, dort die zentralen Posten zu besetzen und diese „inhaltlich zu steuern“.<sup>357</sup> Die NG setzte ihre Mehrheiten in der GmbH des RCs und der des *Extra-Dienstes* bewusst steuernd und planend zur eigenen Machtsicherung ein, so sollte unter anderem in der *Extra-Dienst*-Redaktion stets die „Generallinie“ der NG durchgesetzt werden. Der klandestine Charakter der NG habe demzufolge auch den größten Anteil an ihren Erfolgen: Nur wenn dieser „informelle[n] Charakter“ aufrecht erhalten würde, sei eine weitere erfolgreiche Arbeit in den Strukturen der Protestbewegung zu garantieren. Dabei solle mit einer Art Doppelstrategie einerseits verdeckt (unter anderem durch die Besetzung der Leitungen der RC-Arbeitskreise mit NG-Mitgliedern) innerhalb der Strukturen des RCs Einfluss gewonnen werden und auf diese Weise auch liberalen Angehörigen der Protestbewegung eine Möglichkeit zur Beteiligung eingeräumt werden, sowie andererseits die „antiautoritäre“ Strömung sukzessive „majorisiert“ werden. Die NG solle überall dort die „Führung“ übernehmen, „wo indirekt oder direkt an der Strategie“ der Protestbewegung gearbeitet werde. Blanke stellte den avantgardistischen Charakter der NG und ihren Führungsanspruch abschließend nochmals heraus: „Der Grundsatz, daß die Präsenz der [Novembergesellschaft] in Entscheidungspositionen und –gruppierungen wichtiger ist als Majoritäten in bestimmten Organen, bedeutet umgekehrt, daß die Entscheidungen der [Novembergesellschaft] wichtiger sind als Beschlüsse solcher Organe.“ Die NG erwartete „in absehbarer Zeit“ (also noch im Jahr 1968) die „Bildung eines sozialistischen Zentrums“ in der BRD und beanspruchte, auch die seit Mitte des Jahres 1967 an vielen Orten in der BRD entstehenden *Republikanischen Clubs* zu kontrollieren. Ein weiteres internes Diskussionspapier von Manfred Kiemle und Randolf Lochmann stellte ebenfalls den avantgardistischen, kontrollierenden Charakter der NG innerhalb der Protestbewegung heraus, argumentierte jedoch für die Gründung einer sozialistischen, an den Prinzipien des Leninis-

mus ausgerichteten „Kaderorganisation“ (zusammen mit dem SDS und anderen sozialistischen Organisationen, jedoch unter der Führung der NG), warb explizit für eine „enge Zusammenarbeit und Absprachen mit der SED“ und stellte sogar ein Wahlbündnis „SED-APO“<sup>358</sup> sowie einen organisatorischen Zusammenschluss mit der SED Westberlin in Aussicht.

Die Diskussionen innerhalb der sich inhaltlich und strategisch immer weiter zerfasernden NG wurden durch die rasante Entwicklung und Radikalisierung der Protestbewegung beschleunigt. Im März 1968 zog ein Teil der Gründungsgruppe (unter anderem Horst Mahler, Bernhard Blanke, Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg) Bilanz der bisherigen Arbeit:<sup>359</sup> Die NG habe sich bei ihrer Gründung die zentrale Aufgabe gestellt, „die theoretische, praktische, organisatorische und finanzielle Vorbereitung einer relativ festen, politischen sozialistischen Organisation in Westberlin“<sup>360</sup> in Angriff zu nehmen. Dies war ihr bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht gelungen, wobei sie jedoch für sich in Anspruch nehmen konnte, bei der Bewerkstelligung zahlreicher für die Entwicklung der Protestbewegung bedeutungsvollen „Aufgaben“<sup>361</sup> eine entscheidende Rolle gespielt zu haben. Sei es bei der Gründung des RCs und dessen GmbH, der Gründung des *Extra-Dienstes* sowie der Einleitung der Anti-Springer-Kampagne. Auch war der dadurch ausgeübte Einfluss einer relativ kleinen, klandestin operierenden und nicht offen auftretenden Gruppe ein unübersehbarer organisatorischer Erfolg, hatte jedoch auch dazu geführt, dass fast ausnahmslos alle Mitglieder der NG in exponierter Stelle im Rahmen der Protestbewegung tätig waren und dementsprechend die Zeit fehlte, weitere Tätigkeiten für die NG zu übernehmen:<sup>362</sup> Die selbstgestellte Aufgabe, langfristig an der Gründung einer „sozialistischen Organisation“ zu arbeiten, verlor sich zunehmend im Tagesgeschäft der beteiligten „politischen Wortführer[n]“.<sup>363</sup> Angesichts der Überbelastung der maßgeblichen Akteure stellte sich für die NG die Frage nach ihrer weiteren Existenz, so dass mehrere Szenarien zur Diskussion gestellt wurden: 1. eine Rückkehr zu den ursprünglichen Zielen der NG als Vorbereitung für eine sozialistische Organisation, 2. die Bildung einer „ständigen Konferenz“<sup>364</sup> aller sozialistischen Organisationen in Westberlin (unter anderem SDS, SHB, VUS, SED), wobei die NG hier eine Moderations- und Leitungsaufgabe übernehmen sollte, 3. eine Neuorientierung der NG als unverbindliches Koordinations- und Diskussionsgremium, 4. die Übertragung der Funktionen der NG auf ein anderes Gremium (z. B. den RC) oder 5. die Selbstaflösung der NG. Durch die Arbeitsüberlastung ihrer Mitglieder hatte die Gruppe allerdings faktisch bereits die letzte Option gewählt. Auch

waren die strategischen Vorstellungen innerhalb der Gruppe und die ungefilterte Kooptierung neuer Mitglieder weitere Gründe für die Verwässerung des Gründungskonsens. Zwar wollte die Gruppe innerhalb der NG, für die Müller-Plantenberg die Diskussionsgrundlage verfasst hatte, sich nicht zurückziehen und „andere Leute falsche Kompromisse schließen“<sup>365</sup> lassen, doch die realen Entwicklungen ließen der NG keine andere Wahl: Obwohl kein offizieller Auflösungsbeschluss vorlag, stellte sie ihre Aktivität im weiteren Verlauf des Jahres 1968 ein.

Die zunehmende Radikalisierung und der quantitative Zustrom junger Bewegungsaktivisten zur Protestbewegung nach dem 2. Juni 1967 erreichten auch schnell den RC. Angesichts der öffentlichen und polizeilichen Reaktionen auf die Aktivitäten der Protestbewegung sah sich der RC dazu veranlasst, ab Februar 1968 alle zwei Wochen öffentlich die „Strategie der Außerparlamentarischen Opposition im Club“<sup>366</sup> zu diskutieren und daran vor allem auch Vertreter der „antiautoritären“ Strömung zu beteiligen. Im Rahmen dieser Diskussionsrunden stand sukzessive das politische Selbstverständnis des RCs zur Debatte: Hatte sich die traditionsozialistische Mehrheit 1967 noch einfach gegen die linksliberale Minderheit durchsetzen können, so drängten nun die in den vergangenen Monaten beigetretenen Mitglieder, die sich mehrheitlich der nach dem 2. Juni 1967 zunehmend radikalisierten „antiautoritären“ Strömung zugehörig fühlten, auf eine radikalere Ausrichtung der RC-Politik.<sup>367</sup> Auf der am 25. Mai 1968 stattfindenden Mitgliederversammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt, dem lediglich drei Mitglieder des alten Vorstandes, darunter Horst Mahler, angehörten.<sup>368</sup> Neuer Vorsitzender wurde Jörg Huffschmid, als Stellvertreter wurden Solveig Ehrler und Wilfried Gottschalch gewählt.<sup>369</sup> Mittlerweile war die Anzahl der RC-Mitglieder auf 800 angewachsen.<sup>370</sup> Der scheidende Vorsitzende Klaus Meschkat ging im Rechenschaftsbericht des Vorstandes besonders auf den Wandel des RCs seit seiner Gründung ein: die Mehrzahl der Mitglieder war nicht mehr an einem „Club als Treffpunkt“ interessiert, sondern begriff den RC längst als „politisches Aktionszentrum“, das sukzessive die Funktion der „Keimzelle einer Art von Gegenmacht“<sup>371</sup> übernehmen solle. Nur mittels einer radikalen „Offensivstrategie“<sup>372</sup> könne dieses Ziel erreicht werden. Insbesondere die im Rahmen des RC wirkenden Arbeitskreise sollten sukzessive zu selbstständigen und stadtweit operierenden Basisgruppen weiterentwickelt werden.<sup>373</sup>

Großen Raum nahm die Debatte über das Verhältnis des RCs zur SED Westberlin ein. Sowohl die linksliberale Minderheit als auch die neu hinzuge-

kommen antiautoritär beeinflussten Mitglieder waren mit der in der Regel DDR-apologetischen Position der traditionssozialistischen Mehrheit immer weniger einverstanden.<sup>374</sup> Meschkat verteidigte stellvertretend für die NG eine punktuelle und öffentliche Zusammenarbeit mit der SED Westberlin, wie sie während der Vorbereitungen zur 1. Mai-Kundgebung 1968 stattgefunden hatte. Vor allem Horst Mahler und Walter Barthel hatten diese Zusammenarbeit seitens der Protestbewegung mit der SED Westberlin maßgeblich vorangetrieben. An der 1. Mai-Kundgebung hatten etwa 12.000 Menschen unter der Losung „Vereint siegen – nicht getrennt unterliegen“<sup>375</sup> teilgenommen. Mahler hatte einen eigenen Wortbeitrag gehalten, in dem er im Sinne der von ihm vertretenen Bündnispolitik mit der SED „alle, die sich nicht länger von den Herrschenden belügen lassen wollen“<sup>376</sup> dazu aufrief, in der Protestbewegung mitzuarbeiten und sich gegen die Notstandsgesetzgebung und den Springer-Verlag zu engagieren. Zuvor hatte Mahler zum Jahreswechsel 1967/68 einen „Neujahrsgruß“ in der *Wahrheit*, der Zeitung der SED Westberlin, publiziert und dort der „studentische[n] Protestbewegung“ gewünscht, dass sie „weiter an Boden gewinnt und andere Bevölkerungsschichten erreicht, um die Voraussetzungen für eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu schaffen.“<sup>377</sup> Seit April 1968 war vom Vorsitzenden der SED Westberlin veranlasst worden, das SED-Mitglied Klaus Feske als ständigen „Verbindungsmann“ und „persönliche[n] Sekretär“<sup>378</sup> Mahlers in dessen Kanzlei anzustellen. Mahlers – im Übrigen von diesem nie gelegnete und auch stets offen artikuliert – Nähe zur SED machte ihn immer wieder verdächtig, wie viele seiner engsten politischen Freunde für das MfS zu arbeiten. 2011 erschien eine von Mahler sofort dementierte Pressemeldung, er habe in den 1960er Jahren als IM für das MfS gearbeitet.<sup>379</sup> Bereits im November 1962 hatte das MfS zwar eine IM-Vorlaufakte für Mahler angelegt,<sup>380</sup> es wollte diesen also tatsächlich anwerben, hatte jedoch offenkundig keinen Erfolg. Aus den heute zugänglichen Unterlagen des MfS geht, abgesehen von der 1964 abgebrochenen Anwerbung, keine Tätigkeit Mahlers für das MfS hervor. 1969 bezeichnete das MfS Mahler aufgrund von dessen Kritik an der Intervention der Warschauer Pakt-Staaten in der ČSSR sogar als „kleinbürgerlichen Abenteurer“.<sup>381</sup>

Eine neue quantitative Dimension erreichte die Protestbewegung mit der umfangreichen Mobilisierung in Folge des Attentats auf Rudi Dutschke am 11. April 1968. In Westberlin schloss sich an eine spontan einberufene Versammlung an der TU Berlin ein Protestmarsch zum Springer-Verlagsgebäude in der Kochstraße an, wo es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei

und den Demonstrierenden kam,<sup>382</sup> mehrere Demonstranten, unter ihnen Horst Mahler, drangen sogar in das Verlagsgebäude ein. Bei den Protesten entstand ein nicht unbeträchtlicher Sachschaden in Folge von Brandstiftungen.<sup>383</sup> Am Folgetag wurde von den sich an der TU Berlin Versammelnden beschlossen, die Auslieferung der Samstagsausgaben der Zeitungen des Springer-Verlages zu verhindern. Ab 22 Uhr zogen die Demonstranten von der TU Berlin in die Kochstraße zu den Verlagsgebäuden Springers. Nur vereinzelt konnten in den turbulenten und gewaltsamen Auseinandersetzungen an diesem Abend in der Kochstraße Auslieferungsfahrzeuge gestoppt werden, es kam jedoch zu massiven Beschädigungen an Fahrzeugen und am Gebäude. In der BRD führten die Versuche, die Auslieferungen von Zeitungen des Springer-Verlages zu verhindern, zu teilweise massiven Straßenschlachten mit der Polizei, in deren Verlauf etwa 400 Personen verletzt und in München ein Demonstrant und ein Pressefotograf getötet wurden.<sup>384</sup>

Auf einem wenige Tage später stattfindenden Teach-In an der TU Berlin diskutierte Mahler mit den Anwesenden über den Einsatz von Gewalt. Mahler erläuterte dabei den von ihm vertretenen Gewaltbegriff: „Wir wollen keine Agitation mit friedlichen Mitteln. Wir haben das Problem lange diskutiert“.<sup>385</sup> Auf erregte Zwischenrufe antwortete Mahler, dass vor allem die Gegner der Protestbewegung „nichts dringlicher erseh[n]“ würden, als dass die Bewegung „der Gewalt abschwöre[n]“.<sup>386</sup> Weiter bezeichnete Mahler die Toten in München als „Unfälle[n]“ und provozierte die Anwesenden mit einem zynischen Vergleich: „Ich habe niemanden für so dumm gehalten, daß man das ausdrücklich erklären muß. Das ist genauso, wie wenn ich mich an das Steuer eines Autos setze und damit rechnen muß, daß ein Reifen platzt.“<sup>387</sup> Wieder erklärte Mahler sein eigenes Engagement sowie das der gesamten Protestbewegung ursächlich mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft: Diese hätten über 50 Millionen Menschen das Leben gekostet, weshalb die Protestbewegung nun einen angeblich wieder heraufziehenden „Faschismus“ energisch bekämpfen müsse – zur Not auch mit dem Einsatz von Gewalt.<sup>388</sup> Ein Westberliner Bundestagsabgeordneter erstattete unter anderem auf Grund dieser Äußerungen wegen der willentlichen Inkaufnahme von Todesopfern Strafanzeige gegen Horst Mahler.<sup>389</sup> In der öffentlichen Wahrnehmung wurden diese polemischen Äußerungen Mahlers in den kommenden Monaten als Einstieg der Protestbewegung in die Gewaltdiskussion interpretiert, wenngleich Mahler sich schon zuvor positiv auf den Einsatz von Gewalt bezogen hatte.<sup>390</sup> Mahler selbst wehrte sich gegen die aus seiner Sicht „verkürzt[e]“ und

„sinnentstellend[e]“ Zitation seiner Äußerungen im *Spiegel* und verteidigte das von ihm Gesagte als einen Versuch, auf die Gefahren während einer revolutionären Auseinandersetzung hinzuweisen. Die Stimmung während der Osterunruhen sei in Westberlin „verständlicherweise katastrophal“ gewesen und er habe dafür Sorge tragen wollen, dass bei allem „menschliche[n] Bedauern“ über die Todesfälle die „politischen Perspektiven“<sup>391</sup> nicht vergessen würden.

In einem nicht veröffentlichten Entwurf für einen Artikel in der *Berliner Zeitung* legte Mahler seine Perspektive auf das Attentat auf Rudi Dutschke dar:<sup>392</sup> Wie die Mehrheit der Protestbewegung betrachtete Mahler den Attentäter Josef Bachmann nicht als Einzeläter, sondern als „Werkzeug“, das im „Interesse[n] der herrschenden Klasse“ gehandelt habe und hinter dem „gesellschaftliche[n] Kräfte und Gruppierungen“ stünden, die den „Mordanschlag tatsächlich zu verantworten“ hätten. Nicht Bachmann, sondern den Vertretern der herrschenden Klasse – namentlich nannte Mahler unter anderem Axel Springer, Klaus Schütz, Kurt Neubauer und Walter Sickert<sup>393</sup> – müsse der Prozess gemacht werden. Die „bürgerliche Justiz“ sei dazu jedoch aufgrund ihrer eigenen Rolle in der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht in der Lage, weshalb die von Mahler Genannten vor einem „Tribunal der unterdrückten Klassen“ von Vertretern des „werkstätigen Volkes“ verurteilt werden sollten. Mahler schloss den Artikel mit einem flammenden Aufruf: „Nicht die Bachmänner sind die Feinde des Volkes. Sie sind nur Werkzeuge. Der Feind ist das international organisierte Kapital. Venceremos!“ Dies unterstrich Mahler auch mit der Bereitschaft, Bachmann juristisch zu verteidigen: Mahler hielt „in einem gewissen Sinne [...] Josef Bachmann auch für ein Opfer der von der Springer-Presse betriebenen Hetze, deren Opfer Rudi Dutschke durch die Hand von Josef Bachmann geworden“<sup>394</sup> sei.

Im Frühjahr 1968 befand sich die Protestbewegung auf ihrem Höhepunkt: Das Attentat auf Rudi Dutschke hatte nochmal zu einer quantitativen Verbreiterung der Bewegung geführt, diese in Folge auch in der BRD zu einem Massenphänomen sowie – ebenso wie die Ereignisse um den Pariser Mai 1968 – die Frage nach dem Einsatz von Gewalt aktuell gemacht. Zeitgleich war es der bisher vornehmlich studentischen Protestbewegung im Rahmen der Anti-Notstandskampagne in Zusammenarbeit mit tradierten Organisationen der Arbeiterbewegung und der bundesrepublikanischen Linken gelungen, die organisatorische Basis der Proteste nochmals zu erweitern.<sup>395</sup> In Westberlin zeigte sich dies bei der Kundgebung zum 1. Mai 1968, bei der eine beträchtliche Teilnehmeranzahl die quantitative Stärke der Bewegung illustrierte und die

partielle Bündnisfähigkeit der Bewegung (scheinbar) unter Beweis gestellt werden konnte. Angesichts dieser einerseits durch den Anstieg der Mobilisierung und andererseits durch ein personelles und strategisches Vakuum geprägten Situation stand die Frage nach der weiteren politischen und strategischen Ausrichtung der Protestbewegung im Raum.

Einen Versuch, diese Frage zu beantworten, unternahm Mahler, der nach dem Ausfall Dutschkes die zentrale Figur zumindest der Westberliner Protestbewegung geworden war, im Juni 1968 im Rahmen eines Vortrages im RC mit dem Titel *Die ‚Krise‘ der Außerparlamentarischen Opposition im Sommer 1968 – und wie man sie überwindet*.<sup>396</sup> Eingangs bestritt Mahler, dass sich die Protestbewegung überhaupt in einer „Krise“ befinde, wie der *Extra-Dienst* behauptet hatte, sondern lediglich unter „Wachstumsbeschwerden“ leide: Anhand der Besucherzahlen des *Internationalen Vietnamkongresses* und den Veranstaltungen zum 1. Mai 1968 schloss Mahler auf eine „Massenbasis“ von 50.000 Personen in Westberlin. Dem „antiautoritären“ Lager sei hierbei der Verdienst zugekommen, „auf der politischen Bühne der Bundesrepublik und Westberlin überhaupt als Erste wieder eine politische Entwicklung [...] in Bewegung gebracht“ zu haben, weswegen Mahler sie gegen die ökonomistischen Argumente des traditionssozialistischen Lagers – nur die Arbeiterklasse, nicht die studentische Protestbewegung könne das revolutionäre Subjekt einer erfolgreichen Revolution sein – verteidigte. Mahler knüpfte hierbei an sein Strategiepapier von 1962/66 an, in dem er die Studenten als für die Arbeiterschaft vorbildhafte Avantgarde begriff, die mit ihrem voluntaristischen Agieren die Basis für eine reale Massenbewegung geschaffen habe. Dies setze nun allerdings die Frage nach deren Organisation auf die Tagesordnung der Protestbewegung. Nochmals verwarf Mahler die Organisationskonzepte der „bürgerlichen Parlamentsparteien“ und kritisierte gleichzeitig die „bürokratische Entartung“ der kommunistischen Parteien sowohl in Ost- als auch in Westeuropa, da diese dazu geführt habe, das „Leninische Prinzip der Kaderpartei“ in Misskredit zu bringen. Mahler versuchte dieses argumentativ für die Protestbewegung fruchtbar zu machen, indem er die mehrheitlich vorherrschende „antiautoritäre, institutions- und organisationsfeindliche Einstellung“ durch „freiwillig auferlegte Disziplinierung“ überwinden wollte. Die Aufgabe der Organisation, die nach Mahlers Vorstellungen aus der Protestbewegung hervorgehen solle, sei – ebenfalls in Anknüpfung an das Papier von 1962/66 – die „Zertrümmerung der Sozialdemokratischen Partei“.<sup>397</sup> Da die SPD immer noch in der Lage sei, die von ihr geschürte Illusion, sie könne die Interessen der Arbeiter wirksam vertreten, aufrecht zu erhalten,

müsse „durch koordinierte Aktion[en] innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratischen Partei diese zum politischen Offenbarungseid“ gezwungen werden. Nicht die vom „antiautoritären“ Lager favorisierte autonome Arbeit in so genannten Basisgruppen, sondern nur die „konsequente und zähe Kleinarbeit in den Institutionen, insbesondere in der Sozialdemokratischen Partei“ könne die „wesentlichen Stützen der kapitalistischen Gesellschaft [...] zum Zusammenbruch“ bringen. Die Basisgruppen sollten nach Mahlers Vorstellungen Orte des diskursiven Austausches zwischen den Kadern in- und außerhalb der sozialdemokratischen Organisationen sein. Zu diesem Zweck sollte nach Mahlers Auffassung eine Eintrittswelle in die SPD und die Gewerkschaften organisiert werden und gleichzeitig durch die Basisgruppen sicher gestellt werden, dass die dort aktiven Kader nicht in die sozialdemokratischen Organisationen integriert würden. Mahlers versuchte in der beginnenden Organisationsdebatte der Protestbewegung, sein 1962/66 formuliertes leninistisches Organisationskonzept an die Entwicklungen seit November 1966 anzupassen und insbesondere das „antiautoritäre“ Lager zum Motor seiner strategischen Überlegungen zu machen, gleichzeitig jedoch das traditionssozialistische Lager mit einzubinden.

Zwar war Mahler mittlerweile einer der führenden Protagonisten der Bewegung, dennoch waren die Reaktionen auf seine Versuche, die Einheit der Bewegung zu erhalten und zwischen den verschiedenen Lagern zu vermitteln, verhalten, wenngleich sie ihm große Aufmerksamkeit einbrachten:<sup>398</sup> Das traditionssozialistische Lager sympathisierte zwar inhaltlich mit der Idee einer Spaltung der SPD, gleichwohl hielt es eine solche für unrealistisch. Nach dem Friktionsprozess der Protestbewegung im Anschluss an die Intervention der Staaten des Warschauer Pakts in der ČSSR schloss sich der Großteil des traditionssozialistischen Lagers der im Herbst 1968 gegründeten DKP an und spaltete sich damit organisatorisch von der Bewegung ab. Die bereits in der SPD und den Gewerkschaften aktiven linken Sozialdemokraten begriffen sich hingegen entgegen der Hoffnungen Mahlers als konstitutiver Teil der SPD und wehrten sich gegen dessen Vereinnahmungsversuche, ja bezeichneten diese sogar als „Diffamierung“.<sup>399</sup> Das von Mahler umworbene „antiautoritäre“ Lager zeigte hingegen wenig Interesse an einer Zerschlagung der SPD, geschweige denn an einer Arbeit in dieser, und begann sich unter dem Eindruck der Ereignisse in der ČSSR und dem Aufkommen der Gewaltfrage in der Protestbewegung im Herbst 1968 zu radikalisieren und sukzessive zu isolieren.

### Zwischenfazit: Marxismus-Leninismus, struktureller Antisemitismus und antiamerikanische Schuldabwehr

Seit dem 2. Juni 1967 stand Mahler – noch vornehmlich als Anwalt der studentischen Protestbewegung – in der medialen Öffentlichkeit, galt hierbei als „glänzende[r] Rhetoriker“ und bereits damals als „Person der Zeitgeschichte“.<sup>400</sup> Neben Mahlers anwaltlicher Tätigkeit wurde auch seine herausragende Rolle in der Protestbewegung hervorgehoben: Er sei bei allen politischen Entscheidungen und den meisten Aktionen beteiligt, selten finde sich ein „Demonstrationszug, bei dem er nicht in der ersten Reihe“<sup>401</sup> mitmarschiere. In der Öffentlichkeit und dem liberalen Sympathisantenumfeld galt Mahler – wohl auch wegen seines betont bürgerlichen Erscheinungsbildes – als „Wortführer eines kritischen, jedoch gesetzestreuen Flügels der APO“;<sup>402</sup> wenngleich seine radikalen Äußerungen insbesondere zur Gewaltfrage kritisch registriert wurden. Andere publizistische Urteile fielen weniger schmeichelhaft aus: Die *Berliner Morgenpost* schrieb über den „Rädelsführer“: „Dieser Mahler [...] sollte künftig sehr scharf im Auge behalten werden“ und nannte ihn an anderer Stelle eine „Karikatur des Rechtswahrs“.<sup>403</sup> In anderen Medien wurde Mahler als „Rechtsvertreter prominenter SDS- und Kommunemitglieder“, „[e]ines der prominentesten Mitglieder der außerparlamentarischen Opposition“, „[p]olitisch engagierter Rechtsberater der außerparlamentarischen Opposition“, „Rechtsanwalt der Linken“, „Linksanwalt“, und „Drahtzieher der außerparlamentarischen Opposition“ bezeichnet.<sup>404</sup> Mahlers distinktierte äußere Erscheinung („undurchdringliches Bleichgesicht“), seine Kleidung („stets dunkelgrauen Einreihler“), sein PKW („burgunderroter BMW 1800“) sowie die Einrichtung seiner Privatwohnung („Fünf-Zimmer-Altbau-Wohnung am Lietzensee-Ufer“ mit „Feininger-Druck im Flur“) als auch seiner Anwaltspraxis („geräumige[r] Praxis“ mit „schwarzen Ledersesseln“)<sup>405</sup> wurden stets in Kontrast zu der mit radikal antibürgerlichem Habitus auftretenden Protestbewegung gesetzt. Das Spannungsverhältnis zwischen dem bürgerlichen Familienleben eines erfolgreichen Anwalt für Wirtschaftsrecht und einem Rechtsvertreter in politischen Prozessen,<sup>406</sup> der mittlerweile in der informellen Hierarchie der Protestbewegung eine Führungsrolle einnahm, wurde in der medialen Öffentlichkeit ebenfalls stets thematisiert und auch von Mahler selbst wahrgenommen: Mahler hielt das „Anwaltsdasein“ demnach nur für eine „Durchgangsstation“ zum Politiker und fühlte sich angesichts seines bürgerlichen Lebensstils „ein wenig beklommen“.<sup>407</sup> Die frühere Arbeit für Westberliner Wirtschaftsgrößen, deren „wirtschaftliche[n] Transaktionen“ er ideologisch verurteilt habe, deutete er nun

als „existentiellen Kompromiß“ eines radikalen Linken: „In dieser Gesellschaft muß man solange leben und arbeiten, wie sie besteht. Das bedeutet nicht, daß man für ihre Erhaltung eintritt.“<sup>408</sup>

Auf Grund der zentralen Rolle, die Mahler 1967 und 1968 in der Protestbewegung und vor allem der medialen Öffentlichkeit eingenommen hatte, erreichten ihn häufig an die gesamte Protestbewegung adressierte Beleidigungen – bis hin zur Morddrohung.<sup>409</sup> Oftmals wurde auch Mahlers gehobene gesellschaftliche Stellung als Rechtsanwalt zum Anlass einer Drohung genommen, so beispielweise im August 1967: „Sie Drecksack! Mit meinem Steuergroschen ist s[einer] Z[eit] Ihr Studium bezahlt worden.“<sup>410</sup> Auch ständige Drohanrufe in Mahlers Kanzlei gehörten zum Repertoire der teilweise aggressiv auf die Protestbewegung reagierenden Westberliner Bürger: „Bestellen Sie ihrem unterentwickelten Chef, im Kittchen ist noch ein Zimmer frei!“<sup>411</sup> Vor allem Teile der intensiv umworbenen Arbeiterschaft reagierten aggressiv auf Mahler: „Wir Arbeiter von Westberlin lassen uns das nicht länger bieten und schlagen diese Banditen in Grund und Boden. Wenn dabei einer zu Tode kommen sollte, desto besser, dann schrecken wir vor nichts zurück. Auch Ihnen geht es dann an den Kragen[,] Sie elendes dreckiges Schwein!“<sup>412</sup> Die an Mahler adressierten Beleidigungen illustrieren eindrücklich die Stimmungslage in Westberlin während der Hochphase der Protestbewegung.

In den inneren Strukturen der Protestbewegung galt Mahler 1967/68 hingegen lagerübergreifend als Respektsperson und politischer „Führer“: Aus der gesamten BRD erreichten Mahler Anfragen von verschiedenen politischen Gruppen mit der Bitte um Teilnahme an Vortragveranstaltungen und Podiumsdiskussionen. Gaston Salvatore bezeichnete Mahler gar als „Volkstribun[s]“,<sup>413</sup> die DGB-Wochenzeitung ihn hingegen als „Mini-Lenin in Berlin“. <sup>414</sup> In Folge des Dutschke-Attentats steigerte sich Mahlers öffentliche Bekanntheit nochmals, aus der ganzen BRD erreichten ihn Briefe mit Beileidsbekundungen, Anfragen für die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen sowie verschiedenste Angebote der Kooperation.<sup>415</sup> Politisch war Mahler in der Hochphase der Protestbewegung darum bemüht, deren Einheit zu bewahren und eine ständig zunehmende Mobilisierung zu gewährleisten. Hatte Mahler mit der Gründung der leninistischen NG 1966 noch eine strömungspolitische Plattform für die traditionsozialistischen Positionen im SDS schaffen und Vorbereitungen für die Gründung einer Wahlpartei für die Bundestagswahlen 1969 treffen wollen, so erkannte er schon bald das mobilisierende Potential des „antiautoritären“ Lagers und agierte ab 1967/68 tatsächlich als „Zentrist“<sup>416</sup> der Protestbewe-

gung, konnte jedoch nie – so wie es Dutschke scheinbar gelungen war – zu deren „Zentrum“ werden.

Mahler knüpfte zwischen 1964 und 1968 hinsichtlich seines marxistisch-leninistischen und strukturell antisemitischen Weltbildes an die frühen 1960er Jahre an. Auch in der Hochphase der Protestbewegung zeigten sich kontinuierlich auszumachende Versuche, die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, stellvertretend für das identitäre Kollektiv der deutschen Nation zu relativieren bzw. abzuwehren, wobei Mahler im Rahmen der Antivietnamkriegsbewegung auf einen schuldrelativierenden und -abwehrenden Antiamerikanismus zurückgreifen konnte. Im Unterschied zu den frühen 1960er Jahren artikulierte Mahler hierbei jedoch nicht mehr die minoritäre Position einer kleinen, isolierten Gruppe, sondern konnte – zumindest hinsichtlich der von ihm vertretenen antiamerikanischen Schuldabwehr und des Faschismusverständnisses – für die Mehrheit einer immer größer werdenden Protestbewegung sprechen. Allenfalls sein stets positiver Bezug auf die aus seiner Sicht antifaschistische DDR wurde von Teilen der Protestbewegung kritisch kommentiert.

Auch in der Hochphase der Protestbewegung blieb Mahler seinem Anfang der 1960er Jahre entwickelten marxistisch-leninistischen Weltbild treu und konnte dabei an vieles direkt anknüpfen, so unter anderem an sein 1962 verfasstes und 1966 erweitertes Strategiepapier. Anders als bei seinem Versuch, mit der VUS Westberlin den Kristallisationskern einer neuen sozialistischen (Massen-)Organisation zu schaffen, gelang es Mahler 1966 mit der Gründung der NG, eine erfolgreiche organisatorische Plattform zu schaffen, die alle (marxistisch-)leninistischen „Prinzip[ien] einer Kaderpartei“<sup>417</sup> vollauf erfüllte: Die NG war strikt nach dem leninistischen Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert,<sup>418</sup> verstand sich als avantgardistische Kaderorganisation, welche die „Massen“ zu „richtige[m]“ Handeln anleiten sollte und ein Großteil ihrer Mitglieder – darunter wortführend Horst Mahler – vertrat einen radikalen Voluntarismus.<sup>419</sup> Zur Erreichung des „Endziel[s]“ der sozialistischen „Revolution“ befürwortete Mahler auch stets den Einsatz von Gewalt, wenngleich er die Protestbewegung noch im Sommer 1968 nicht in einer potentiell revolutionären Situation sah und demnach – obgleich mit durchaus martialischen Formulierungen – aus taktischen Gründen vom Einsatz von Gewalt abriet.<sup>420</sup> Auch verstand sich die NG als klandestine Organisation, die getreu ihrem eigenen leninistischen Avantgarde-Anspruch die Protestbewegung steuernd und planend in die „richtige“ Richtung entwickeln wollte. Fast alle Mitglieder der NG

waren in exponierter Rolle im Rahmen der Gremien und Institutionen der Protestbewegung aktiv.

Deutlicher als Anfang der 1960er Jahre formulierte Mahler den weiterklärenden Anspruch seines ideologischen Weltbildes, wenn er davon sprach, es genüge, „eine mehr oder weniger intuitiv empfundene Wahrscheinlichkeit von der Richtigkeit“ eines marxistisch-leninistischen Weltbildes zu besitzen und verdeutlichte damit den quasi-religiösen Charakter des von ihm vertretenen Weltbildes.<sup>421</sup> Wenngleich auch in der Hochphase der Protestbewegung in Mahlers Stellungnahmen keine Positionen zum Staat Israel auftauchten und Mahler Juden lediglich als Opfer der Shoa thematisierte, so muss auch bei dem von Mahler zwischen 1964 und 1968 vertretenen Weltbild von einem strukturell antisemitischen gesprochen werden.<sup>422</sup> Der im Marxismus-Leninismus enthaltene strikte Manichäismus zeigte sich besonders in der eschatologischen Vorstellung einer bald nahenden, erlösenden und alle Widersprüche aufhebenden Revolution. Diese war zwar nach Mahlers Ansicht noch im Herbst 1967 nicht akut,<sup>423</sup> wenngleich er nach dem Attentat auf Rudi Dutschke davon sprach, dass die „revolutionäre Befreiung [...] schon begonnen“ habe, diese zwar noch ein „langer Prozeß“ sei, am Ende jedoch „nicht aufzuhalten“ sein werde.<sup>424</sup> Zwingend enthalten in einer solchen eschatologischen Erlösungsphantasie waren Kräfte, die die „Revolution“ vorantrieben (die „lohnabhängigen“ bzw. „werkstätigen“ Massen bzw. das „werkstätige Volk“ unter der Führung einer avantgardistischen Gruppe von Berufsrevolutionären) auf der einen sowie die Kräfte, die gegen die Revolution arbeiteten (die „Herrschenden“ bzw. das „international organisierte Kapital“) auf der anderen Seite.<sup>425</sup> Zwischen diesen beiden Antagonismen finde, einem marxistisch-leninistischen Weltbild getreu, ein steter, unversöhnlicher Kampf statt, der sich erst im Rahmen einer siegreichen Revolution mit der Vernichtung des wesensbösen Feindes final auflösen werde.

Das verschwörerische Handeln dieses wesensbösen Feindes konnte in Mahlers Weltbild im Rahmen einer personifizierenden Feindbestimmung kenntlich gemacht werden: So war Mahler vor allem im Rahmen der Anti-Springer-Kampagne davon überzeugt, dass der allmächtige Axel Springer die „Massen“ durch eine geplante, manipulative und „permanente Beeinflussung“ von der Ausbildung eines „richtigeren politischen Bewußtseins“<sup>426</sup> abhalte. Diese Manipulation hindere die „Massen“ daran, sich den eigentlich „richtigen“ Forderungen einer potentiell revolutionären Bewegung anzuschließen und halte wiederum diese davon ab, die „Machtfrage“<sup>427</sup> zu stellen. Insbesondere im Dutschke-

Attentäter Bachmann sah Mahler das Opfer einer verschwörerischen Manipulation von dessen „Bewußtsein“: „Dieses Volk wird heute noch unmündig gehalten und durch raffinierte Manipulationstechniken, die weit wirksamer als physischer Terror die Unterdrückung aufrecht erhalten, um seine Interessen betrogen“,<sup>428</sup> schrieb Mahler im Sommer 1968. Bachmann sei lediglich ein „Werkzeug“ im „Interesse[n] der herrschenden Klasse“.<sup>429</sup>

Noch in seiner Rede auf dem Richtfest der *Kaiserdamm KG* griff Mahler die bereits Anfang der 1960er Jahre von ihm verwendete Trennung zwischen produktivem und parasitärem Kapital auf: Dabei unterschied er zwischen guten „westdeutschen Unternehmer[n]“, die zum Wohle der identitären Gemeinschaft (in diesem Fall Westberlins) arbeiten würden, und deren Arbeit von schlechten Unternehmern („üblen Geschäftsmachern“)<sup>430</sup> bedroht würde. Auch in der Hochphase der Protestbewegung 1967/68 adressierte Mahler seine revolutionäre Agitation an die „lohnabhängigen“ bzw. „werktätigen Massen“, das „werktätige Volk“<sup>431</sup> und die „unterdrückte[n] Klasse“.<sup>432</sup> Diese Zuschreibungen wurden nicht als marxistische Kategorien verstanden, sondern vielmehr – im Rückgriff auf Lenin – als identitäre Kollektive konstruiert, die sich auch nationalen Aufladungen nicht entzogen: Mahlers Bedürfnis, sich mit dem identitären Kollektiv des „deutsche[n] Volk[es]“ zu identifizieren, zeigte sich insbesondere während der Vertretung im *Africa Addio*-Prozess, in dessen Rahmen er das internationale „Ansehen des deutschen Volkes“<sup>433</sup> durch den Film beschädigt sah. Dass sich Mahler mit diesem Bedürfnis mit der Mehrheit der Protestbewegung im Einklang sehen konnte, illustrierte beispielweise das Telegramm, das ein SDS-Kongress 1966 an Bundeskanzler Erhard sandte, in dem diesem das Recht abgesprochen wurde, den Krieg der USA in Vietnam im Namen des „deutschen Volkes“<sup>434</sup> zu billigen.

Wenngleich in den 1950er und frühen 1960er Jahren der Kampf gegen den in der BRD weiterhin vorhandenen Antisemitismus auch ein Kernanliegen des SDS war, so nahm die Beschäftigung mit dieser Thematik im Laufe der 1960er Jahre – parallel zum Anwachsen der Protestbewegung – ab.<sup>435</sup> Auch die konkrete Auseinandersetzung mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft spielte in der Protestbewegung – im Gegensatz zur späteren Selbstinszenierung ihrer einstigen Akteure – so gut wie keine Rolle.<sup>436</sup> So wurden auch die seit Ende der 1950er Jahre stattfindenden Gerichtsprozesse gegen ehemalige NS-Verbrecher in den linken Gruppen und der Protestbewegung kaum rezipiert.<sup>437</sup> Der ständige Rekurs auf den historischen Nationalsozialismus diente vor allem dazu, die zeitgenössische, westlich-kapitalistische BRD als

„faschistisch“ zu bezeichnen und damit im Rahmen einer „lähmenden Fixierung“<sup>438</sup> auf die Geschichte der Elterngeneration die während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Verbrechen zu relativieren. Dabei vertrat die Protestbewegung einen Faschismusbegriff, der – wie jener Mahlers und der SED – auf der Imperialismustheorie Lenins sowie der so genannten Dimitrow-Formel fußte. Obwohl in der Inkubationszeit der studentischen Protestbewegung ein marxistisch-leninistisches Faschismusverständnis noch kritisch diskutiert wurde, konnte sich dieses im weiteren Verlauf bis 1967 auch in den nicht-traditionssozialistischen Teilen der Protestbewegung durchsetzen.<sup>439</sup> Wenn gleich für Mahler seit den frühen 1960er Jahren die DDR den positiven Fluchtpunkt seines Weltbilds darstellte, konnte jedoch eine DDR-apologetische Position in der Protestbewegung nie majoritär werden.

Der US-amerikanische Krieg in Vietnam war für Mahler der eigentliche Anlass gewesen, sich 1966 wieder politisch engagieren, wobei sich Mahler – dessen politischer Antrieb nach wie vor von dem Versuch bestimmt wurde, die diffus empfundene Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft stellvertretend für das identitäre Kollektiv der deutschen Nation abzuwehren – eines schuldabwehrenden antiamerikanischen Ressentiments bediente und sich hier im Einklang mit der stetig wachsenden Protestbewegung befand: Eine schuldabwehrende Gleichsetzung der US-amerikanischen Kriegsführung in Vietnam mit dem historischen Nationalsozialismus war in der Protestbewegung lager-, fraktions- und strömungsübergreifend die Regel – und nicht die Ausnahme.<sup>440</sup> Mustergültig hatte Mahler seine antiamerikanische Schuldabwehr in dem offenen Brief an den damaligen Bundesjustizminister Gustav Heinemann ausgedrückt.<sup>441</sup> Mahler setzte hier die US-amerikanische Kriegsführung als „organisierten Massenmord am vietnamesischen Volk“ umstandslos mit der Shoa gleich und relativierte mit der schuldabwehrenden Forderung nach einer Bestrafung der US-amerikanischen „Kriegsverbrecher“ nach den Maßstäben des alliierten „Internationalen Militärtribunals“ die stellvertretend für das identitäre Kollektiv der deutschen Nation diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft. Gleichzeitig drückte Mahler dieses Bedürfnis nach Identifikation mit dem nationalen Kollektiv durch seinen Appell aus, die „Regierung der Bundesrepublik“ solle keine „Freundschaft“ mit den US-amerikanischen „Mördern“ pflegen. Weiterhin setzte Mahler das außenpolitische Agieren der NATO-Mitgliedsstaaten, insbesondere der USA, schuldab-

während mit dem historischen Nationalsozialismus gleich. In einem Vorwort für ein „Folterlexikon“ schrieb Mahler 1968:

„Die Greuel in den national-sozialistischen Konzentrationslagern erscheinen nicht mehr als die mehr oder weniger zufälligen Exzesse pat[h]ologischer Mörder, sondern die politischen und sozialen Zwecken dienende Kultivierung des Bösen im Menschen, die sich jederzeit aller Orten wiederholen kann und tatsächlich auch wiederholt (Algerien, Vietnam). Diese Einsicht führt zu der entscheidenden Fragestellung, welche soziale Konstellation ein Interesse an der Zerstörung des Menschen hervorbringt. [...] Den Menschenschlachtungen liegt stets der Wille zur Durchsetzung oder Bewahrung von Herrschaft zugrunde.“<sup>442</sup>

Mit der Gleichsetzung der Kriegsführung Frankreichs in Algerien bzw. der USA in Vietnam mit der Shoa („national-sozialistischen Konzentrationslagern“) relativierte Mahler die von der Elterngeneration während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Verbrechen. Da Mahler in der BRD weiterhin, wie einst während der nationalsozialistischen Herrschaft, das „Monopolkapital“ an der Macht sah, war er der Auffassung, dass sich diese – insbesondere nach den Ereignissen des 2. Juni 1967 und dem Dutschke-Attentat – wieder auf dem Weg in einen neuen „Faschismus“ finde:

„[Der] Geist der Vergangenheit [ist] in der Gegenwart noch lebendig [...], nicht etwa, weil es noch Menschen gibt, die in der Vergangenheit diesen Geist angenommen haben, sondern weil die gesellschaftlichen Verhältnisse ihn ständig wieder erzeugen. Wenn man nicht aufpaßt [...], kann das zu einer ernstesten Gefahr werden, und es kann zu einer Wiederholung solcher Zustände kommen, wie wir sie von 1933 bis 1945 in Deutschland hatten.“<sup>443</sup>

Damit rief Mahler implizit zum 1933 von der Elterngeneration nicht ausgeübten Widerstand gegen einen Staat auf, der seiner Ansicht nach auf dem Weg zum „Faschismus“ war.<sup>444</sup> Auch hier befand sich Mahler im Einklang mit der Mehrheit der Protestbewegung.<sup>445</sup> Dies war auch sein Antrieb, sich im Herbst 1968 weiter zu radikalieren: Mahlers erste von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommene, positive Äußerung zum Einsatz von Gewalt begründete dieser mit dem imaginierten Heraufziehen eines neuen „Faschismus“ in der

BRD, der schon während der nationalsozialistischen Herrschaft Millionen von Menschen das Leben gekostet habe und nun – zur Not auch mit dem Einsatz von Gewalt – von der Protestbewegung verhindert werden müsse.<sup>446</sup>

## **Kapitel IV: Radikalisierung.**

### **Mahlers Weg zur RAF und KPD (1969-1976)**

*„Der Zionismus hat mit der mitleidlosen und grausamen Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem zweitausend Jahren angestammten Lebensraum auf makabere Weise das Erbe des deutschen Faschismus angetreten.“*

*Horst Mahler 1972*

### **Mahler und der Zerfall der Protestbewegung (1968-1969)**

Nach den Osterunruhen im April 1968, dem Scheitern der Anti-Notstands-bewegung im Mai und dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR im August ebte die Mobilisierung merklich ab, die Protestbewegung hatte ihren Zenit bereits überschritten.<sup>2</sup> Es folgte eine Zeit der organisatorischen und politischen Fraktionierungen, unter anderem auch deshalb, weil der SDS als Studierendenverband den großen Zustrom neuer Aktivisten nicht weiter in eine organisationspolitische Strategie hatte umsetzen können und im Verlaufe des Jahres 1968 nicht mehr als „Motor“ der Protestbewegung zur Verfügung stand.<sup>3</sup> Ab Sommer 1968 wurde in der Protestbewegung eine regelrechte Organisationsdebatte geführt, die eine zunehmende Fraktionierung zur Folge hatte und schließlich in die Gründung verschiedener neuer linksradikaler Organisationen mündete.<sup>4</sup>

Die von Klaus Meschkat auf der Mitgliederversammlung im Mai 1968 formulierten Widersprüche der Protestbewegung traten nun auch in den Strukturen des RCs auf: Die Frage, ob sich aus der „antiautoritären“ eine „antikapitalistische Opposition“<sup>5</sup> bilden werde, führte im RC zu immer stärkeren Fraktionierungen. Um über die mögliche Rolle der von Meschkat besonders hervorgehobenen Basisgruppen zu diskutieren, veranstaltete der RC-Vorstand im Juni 1968 ein Wochenendseminar zur „Strategie der antikapitalistischen Bewegung unter den heutigen Bedingungen“.<sup>6</sup> Der in dieser Hinsicht sehr erprobte Mahler lieferte als Diskussionsbeitrag Thesen zum „Kampf in den Institutionen“.<sup>7</sup> Die handverlesenen Teilnehmer des Seminars entstammten mehrheitlich dem traditionssozialistischen Lager, fast die Hälfte war Mitglied der NG gewesen.<sup>8</sup> Trotz des homogenen Charakters des Seminars zeigte sich in der dort geführten Diskussion die Tendenz zur Spaltung: Mahler argumentierte gegen eine zu einseitige Konzentration auf die Betriebe, in denen die traditionssozialistisch gesonnenen Teilnehmer im Gegensatz zur Universität am ehesten eine Basis für

eine antikapitalistische Bewegung zu erkennen glaubten. Mahler vertrat in dieser Debatte – wie in seinem Diskussionsbeitrag zur „Krise“ der Protestbewegung – einen von ihm seit den frühen 1960er Jahren vertretenen voluntaristischen Aktivismus, der nun durch den Einfluss des „antiautoritären“ Lagers in der Protestbewegung mehrheitsfähig wurde und artikulierte dabei die Auffassung, dass über die Arbeit der entstehenden Basisgruppen, unter anderem in den Stadtteilen, durch konkrete Arbeit vor Ort „bestimmte Teile der Bevölkerung“ mobilisiert werden könnten, jedoch zusätzliche „Orientierungshilfen“ benötigen würden, um die „Autorität der Institutionen“ von „innen und außen in die Zange“ nehmen zu können.

Nach den Entwicklungen in Folge des 2. Juni 1967 hatte sich der RC bereits deutlich von seiner ursprünglichen Konzeption entfernt und war als eines der organisatorischen Zentren der Protestbewegung in Westberlin stets – bündnispolitisch – für alle Lager und Fraktionen offen gewesen. Nach der abebbenden Mobilisierung seit Sommer 1968 hatte sich die Mitgliedschaft des RCs im Kontext der „Organisationsfrage“ zunehmend fraktioniert und dem Einfluss der an anderen Orten politisch tätigen Basis-, Ad-hoc- und Betriebsgruppen geöffnet.<sup>9</sup> Zwar hatte der RC-Vorstand noch im Sommer 1968 die Durchführung einer Kampagne mit dem Titel *50 Jahre Konterrevolution sind genug* beschlossen, die sich entlang der strategischen Linie von Mahlers Diskussionsbeitrag vom Juni 1968 bewegte und versuchte, die SPD „ideologisch-konzeptionell“ anzugreifen, sowie im Rahmen der Organisationsdebatte die „verschiedenen linken Gruppierungen“ zu reorganisieren und – analog zum *Internationalen Vietnamkongress* – eine Vernetzung der Linken in Westeuropa voranzutreiben.<sup>10</sup> Die Kampagne war ein letzter Versuch des RCs, die auseinanderstrebenden Gruppen der Protestbewegung nochmals in einer gemeinsamen Aktion zu mobilisieren. Zur inhaltlichen Vorbereitung wurden im RC verschiedene Arbeitskreise gebildet, die die Kongressveranstaltung im Januar 1969 inhaltlich begleiten sollten.<sup>11</sup> Die zentrale Veranstaltung der Kampagne, auf der Ernest Mandel das Hauptreferat hielt, konnte jedoch nicht ansatzweise eine mit dem *Internationalen Vietnamkongress* vergleichbare Beteiligung auslösen.<sup>12</sup>

Der wesentliche Auslöser für die Trennung der sich an der DDR orientierenden Traditionsozialisten vom Rest der Bewegung war der Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR im August 1968. Noch im März 1968 hatte der RC-Vorstand den tschechoslowakischen Reformkurs unter der Führung von Alexander Dubček begrüßt und als „Demokratisierungsprozess“<sup>13</sup> der sozialistischen Gesellschaft in der ČSSR verstanden. Zwar fände der „Kampf

der [deutschen und der tschechoslowakischen] sozialistischen Avantgarden“ in Westberlin und ČSSR auf „verschiedenen Ebenen der gesellschaftlichen Entwicklung“ statt, habe jedoch mit der „Herstellung einer anti-autoritären, rational organisierten sozialistischen Menschengemeinschaft“ das gleiche Ziel. Als zentraler Feind aller europäischen „Linkskräfte“ wurde der „USA-Imperialismus“ ausgemacht. Mahler initiierte kurz nach dem Einmarsch eine Demonstration vor der Militärkommission der ČSSR in Westberlin. Zwar hatte er versucht, die SED Westberlin zu einem gemeinsamen Protest zu bewegen, diese war jedoch nicht dazu bereit, zusammen mit den mehrheitlich „antiautoritären“ Teilen der Protestbewegung gegen das außenpolitische Agieren der mit der DDR verbündeten Warschauer Pakt-Staaten zu demonstrieren.<sup>14</sup> Andere DDR-apologetische Gruppen der Protestbewegung (unter anderem die DFU und die *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend* (SDAJ), die spätere Jugendorganisation der DKP) verteidigten den Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR.<sup>15</sup> Mahler kritisierte den Einmarsch scharf und erläuterte den Protest des „antiautoritären“ Lagers:

„Es war eine Demonstration gegen den Versuch, die bürgerlichen Entartungserscheinungen des tschechoslowakischen Experiments mit den Mitteln des Stalinismus zu unterdrücken. Aber der Stalinismus hat diese Tendenzen erst hervorgebracht. Und es war auch eine Demonstration für die Vollendung der sozialistischen Revolution in der ČSSR. Die bürgerlichen Heuchler, die jetzt für den Kommunisten Dubček eintreten, werden den siegreichen Sozialismus fürchten lernen.“<sup>16</sup>

Für eine weitere Zusammenarbeit mit den orthodoxen kommunistischen Parteien der Warschauer Pakt-Staaten, auch der SED in der DDR, hatte Mahler nach der Intervention kaum noch Hoffnung: „Die Prager Ereignisse haben schlagartig klar gemacht, daß die [D]ritte Internationale der kommunistischen und Arbeiterparteien tot ist“,<sup>17</sup> schrieb er im September 1968 an Giangiacomo Feltrinelli.<sup>18</sup> Die UdSSR betreibe in „stillem Einvernehmen“ mit den USA „eine konservative Politik“, welche eine „Liquidierung spontaner revolutionärer Prozesse“<sup>19</sup> impliziere. Noch versuchte Mahler, die Kritik an der Politik der kommunistischen Parteien des Ostblocks im traditionssozialistischen Lager der Protestbewegung fruchtbar zu machen: So schrieb er in einem Brief an Carl Guggomos, dass die richtige Kritik an der Politik der orthodoxen kommunistischen Parteien (bzw. des „Stalinismus“)<sup>20</sup> nicht historisch geführt werden dürfe, sondern dort ansetzen müsse, wo diese den „emanzipatorischen Bewegungen

sowohl im sozialistischen Lager als auch in der übrigen Welt“ entgegenstehen würden. Der *Extra-Dienst* solle in diesem Sinne auf die „Auswahl“ seiner Texte achten. Nur in einem Punkt war Mahler bereit, seine Kritik zu relativieren: Auch wenn in Folge der Kritik an der Intervention das „Verhältnis“ zwischen der „APO und der SED in der DDR ein äußerst gespanntes“<sup>21</sup> gewesen war, warb Mahler auch im Herbst 1968 noch dafür, zumindest in Westberlin mit der dortigen SED punktuell im Rahmen von gemeinsamen Aktionen zusammenzuarbeiten. Mahler betrachtete die SED Westberlin – insbesondere in der Berlinfrage – nach wie vor als Bündnispartner, weshalb die Protestbewegung aus den Entwicklungen in der ČSSR „kein Dogma“ ableiten solle, „das jede Zusammenarbeit mit der SED prinzipiell verbietet“.<sup>22</sup> Die mit der Gründung der DKP einhergehende organisatorische Trennung des traditionssozialistischen Lagers von der Bewegung im September 1968 bezeichnete Mahler hingegen als Versuch der „Traditionalisten“, die „Bewegung zu spalten“.<sup>23</sup> Die sich dem „anti-autoritären“ Lager zurechnenden Gruppen und Einzelpersonen lehnten die Gründung der DKP ganz überwiegend ab.<sup>24</sup>

Dies zeigte sich in Westberlin, als sich im September 1968 die traditionssozialistische Fraktion auf Grund von Auseinandersetzungen mit der „antiautoritären“ Fraktion auch aus dem Alltagsgeschäft des RCs zurückzog. Walter Barthel, bis dahin Geschäftsführer der *Republikanischen Club GmbH*, erklärte seinen sofortigen Rücktritt, da „er die Politik des Vorstands des [RCs...] nicht mehr vertreten“<sup>25</sup> könne. Auch Mahler hatte sich von Barthel zunehmend entfernt und schrieb diesem Ende 1968, dass es wie „so oft bei politischen Auseinandersetzungen [...] schwer“ sei, mit ihm zu „cooperieren“.<sup>26</sup> Gleichzeitig war Mahler Ende 1968 der Ansicht, dass auch mit dem liberalen Sympathisantenumfeld nicht weiter zusammengearbeitet werden solle, da dessen „soziale Funktion“ im Kapitalismus darin bestehe, „die Revolution unter allen Umständen zu verhindern“ und Mahler mittlerweile zu der Auffassung gelangt war, dass „nur eine [offen] revolutionäre Strategie Abhilfe“ schaffen und „eine Reinstallation des Faschismus verhindern“<sup>27</sup> könne. Um die Jahreswende 1968/69 beurteilte Mahler die Lage der Protestbewegung zwar als „desolat“,<sup>28</sup> wertete das Entstehen der studentischen Ad-hoc- und Basisgruppen in den Westberliner Stadtbezirken jedoch positiv als zu begrüßende Vorstufe einer „Selbstorganisation“, welche bei der Wiederholung einer Situation wie im Mai 1968 in Frankreich die „Machtfrage stellen und erfolgreich lösen“ könnte. Die Gruppen sollten dabei durch „signalhafte Widerstandsaktionen“ stabilisiert

werden, welche gleichzeitig die „Perspektive auf den bewaffneten Aufstand“ eröffnen und die „Gegengewalt“ stufenweise eskalieren könnten.

Nachdem sich der DDR-apologetische marxistisch-leninistische und ein Großteil des traditionssozialistischen Flügels der Protestbewegung mit der Formierung der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) im September 1968 bzw. der *Sozialistischen Einheitspartei Westberlins* (SEW) im Februar 1969 aus den organisatorischen Zusammenhängen der Protestbewegung gelöst hatte,<sup>29</sup> war das „antiautoritäre“ bzw. sich bald aufgrund seiner Kritik am „Revisionismus“ der DDR-apologetischen marxistisch-leninistischen Gruppen als „antirevisionistisch“ bezeichnende Lager immer weniger bereit,<sup>30</sup> mit diesem bündnispolitisch zusammenzuarbeiten: Im Rahmen der Vorbereitungen zum 1. Mai 1969 konnten sich die „antirevisionistischen“ Gruppen nicht zu einer „Einheitsfront“<sup>31</sup> mit der SEW durchringen.

Die sich in der Fraktionierung artikulierende zunehmende Radikalisierung der Protestbewegung hatte sich jedoch schon früher angedeutet: Noch vor dem Attentat auf Rudi Dutschke hatten die späteren Mitbegründer der RAF, Andreas Baader und Gudrun Ensslin, sowie zwei weitere Personen in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze gelegt und waren in Folge von der Polizei festgenommen worden. Der SDS distanzierte sich sogleich von der in der Protestbewegung hoch umstrittenen Brandstiftung, was Mahler, der zügig das Mandat des ihm zuvor unbekanntenen Baader übernommen hatte, Anlass zu einem verärgerten Brief an den SDS-Bundesvorstand gab, in dem er scharf kritisierte, dass dieser durch auf „Fehlinformationen bestehenden Spekulationen“ den vier Angeklagten „in den Rücken“<sup>32</sup> gefallen sei. Im Oktober 1968 fand schließlich vor dem Frankfurter Landgericht der Prozess gegen unter anderem Baader und Ensslin statt, wobei die Angeklagten von insgesamt vier Rechtsanwälten verteidigt wurden (Horst Mahler, Otto Schily, Hans-Christian Ströbele und Ernst Heinitz).<sup>33</sup> Baader und Ensslin waren mit Mahler erstmals nach der Brandstiftung im April 1968 in Kontakt getreten; noch war der prominente Rechtsanwalt eine unangefochtene Führungsfigur der Bewegung und die beiden Brandstifter lediglich radikale Aktivisten, die gewissermaßen aus der zweiten Reihe der Protestbewegung heraus gehandelt hatten. In seinen ersten Briefen schrieb Baader noch artig an den „liebe[n] Herr[n] Mahler“,<sup>34</sup> während sich die beiden im Herbst 1968 bereits duzten und Baader Mahler mit „lieber Horst“<sup>35</sup> ansprach.

Der Prozess selbst lief unter turbulenten Umständen ab, die Angeklagten verweigerten sich renitent der Verfahrensordnung, auch die Anwälte, allen

voran Horst Mahler, drückten dem Gericht demonstrativ ihre Missachtung aus; unter anderem erhob sich Mahler nicht wie vom Gericht gefordert und weigerte sich, eine Robe zu tragen.<sup>36</sup> Mahler war offensichtlich von der Tat der Angeklagten beeindruckt: In einem Entwurf für ein Plädoyer verglich er diese, insbesondere Andreas Baader, mit dem Protagonisten aus Hermann Hesses *Steppenwolf* und stellte dessen Versuche, sich aus den Zwängen einer bürgerlichen Lebenswelt zu befreien ebenso wie die Brandstiftung der Angeklagten in den Kontext eines gewaltsamen Selbstbefreiungsversuches: „Von der Position des bürgerlichen Humanismus aus kann das Individuum als Mensch sich nur in der abstrakten Negation der bürgerlichen Welt bewahren, d. h. in seiner Selbstzerstörung.“<sup>37</sup> Darüber aber seien die Angeklagten, die wie Hesses Protagonist einer bürgerlichen Lebenswelt entstammten, hinaus, da deren „Reaktion“ auf die „bürgerliche Welt [...] nicht abstrakt existenziell“ geblieben sei, sondern den „existenziellen Ekel auf den Krieg in Vietnam“<sup>38</sup> reflektiert und in eine gewaltsame Handlung übersetzt habe. Vor Gericht verknüpfte Mahler den „Ekel“ der Angeklagten über den „Krieg in Vietnam“ mit dem ausgebliebenen Widerstand der Elterngeneration gegen die nationalsozialistische Herrschaft: Die Brandstiftung verstand er als eine „Rebellion gegen eine Generation, die in der NS-Zeit millionenfache Verbrechen geduldet und sich damit mitschuldig gemacht“<sup>39</sup> habe – womit Mahler die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft abermals mit einer umstandslosen Gleichsetzung mit der US-amerikanischen Kriegsführung in Vietnam im Rahmen einer antiamerikanischen Schuldabwehr relativierte. Mahler unterlegte die Handlungen der Angeklagten so stark mit einer eigenen Interpretation, dass es vielen Prozessbeobachtern so erschien, als ob der Rechtsanwalt den Angeklagten erst die Begründung für ihre Tat in den Mund legen würde.<sup>40</sup> So äußerte sich Ensslin auch erst am dritten Prozesstag zu den Motiven der Tat und bekannte, Baader und sie hätten den Brand gelegt, um gegen den Vietnamkrieg zu protestieren.<sup>41</sup> Mahler solidarisierte sich öffentlich mit den Angeklagten und bezeichnete angesichts der zu erwartenden Gefängnisstrafe das „Zuchthaus als den einzigen Ort in unserer Konsumgesellschaft, worin ein anständiger Mensch leben kann, ohne schuldig zu werden.“<sup>42</sup> Das Gericht hingegen könne Mahler zufolge die Motive der Angeklagten nicht nachvollziehen, denn sonst hätte es sich schon längst „die Robe ausgezogen und sich an die Spitze der Protestbewegung gesetzt.“<sup>43</sup> In ihrem Schlusswort bezogen sich die Angeklagten explizit auf den Flugblattprozess der *Kommune 1* und artikulierten ihren Unwillen, sich vor der „Justiz der herrschenden Klasse“<sup>44</sup> zu verteidigen. Zudem griffen sie die Begründung

Mahlers auf, die Brandstiftung sei eine Rebellion gegen die Schuld der Eltern-generation gewesen und unterstellten der bundesdeutschen Justiz, die seit Ende der 1950er Jahre stattfindenden „Naziprozesse“ nur zu führen, um „ihr eigenes schlechtes und rechtes Gewissen“ zu beruhigen, sowie lediglich die „kleinen Judenmörder“ zu verurteilen, die „großen Judenmörder“ jedoch juristisch nicht zu verfolgen und damit selbst in ungebrochener Kontinuität zum Nationalsozialismus zu stehen. In der Urteilsbegründung berücksichtigte das Gericht die Motive der Angeklagten nur am Rande und verurteilte diese zu je drei Jahren Zuchthaus.<sup>45</sup> Auch im liberalen Sympathisantenumfeld der Protestbewegung wurde das Urteil als überzogen und hart aufgenommen.<sup>46</sup>

Während Mahler im Prozess gegen die Brandstifter noch als Verteidiger vor Gericht agierte, wurde er im November 1968 im Rahmen eines Ehrengerichtsverfahrens bei der Berliner Anwaltskammer selbst angeklagt: Mahler habe seine Standeshhre und seine Berufspflichten „schuldhaft verletzt“,<sup>47</sup> als er sich am Gründonnerstag 1968 an der Demonstration zum Verlagsgebäude Springers führend beteiligt hatte. Der Staatsanwalt hielt Mahler in seinem Plädoyer vor, er habe „seinem Berufsstand schweren Schaden zugefügt“ und stelle „eine Gefahr für junge Leute dar, die ihn als Vorbild sehen“<sup>48</sup> würden. Mahler verteidigte sich vor den Standesrichtern: „Auch ein Anwalt bleibt Bürger dieses Staates. Ich hätte es nicht ertragen, zu Ostern zu Hause zu bleiben.“<sup>49</sup> Noch war Mahler ein auch im liberalen, mit der Protestbewegung sympathisierenden Umfeld weithin respektierter Rechtsanwalt, so dass sich der Bruder von Rudolf Augstein, Josef Augstein, dazu bereit erklärte, zusammen mit Otto Schily Mahler zu verteidigen. Dieser verteidigte sich zudem selbst mit einer von der Presse als „pathetisch“ und „polemisch“<sup>50</sup> wahrgenommenen Rede, in der er den dem Rechtsanwaltsberuf zugrunde liegenden Ehrbegriff in Frage stellte und auf die nationalsozialistische Vergangenheit vieler im bundesrepublikanischen Rechtswesen tätiger Juristen abstellte. Stets um eine Gleichsetzung des historischen Nationalsozialismus und der BRD der 1960er Jahre bemüht, verglich er unter anderem einstige NSDAP-Politiker mit bundesrepublikanischen Politikern von CDU und SPD, die sich – teils in tatsächlich drastischer Wortwahl – gegen die Aktivitäten der Protestbewegung ausgesprochen und die bundesrepublikanische Mehrheitsbevölkerung zu tätlichen Handlungen gegen diese aufgerufen hatten.<sup>51</sup> Mahler inszenierte sich als ein den elitären Habitus des Juristenstandes ablehnender Rechtsanwalt, der sich nicht – wie seine Standeskollegen – über die „anderen Schichten des werktätigen Volkes“ erheben, sondern „Solidarität mit den Unterdrückten“ gegen deren „Unterdrücker“<sup>52</sup> praktizieren wolle.

Augstein hingegen argumentierte, Mahler habe sich zu Recht an „exponierter Stelle für seine Überzeugung eingesetzt“ und solle nun mit „formalen Mitteln mundtot gemacht werden“,<sup>53</sup> während Schily sogar der Auffassung war, dass Mahlers uneigennütziges Verhalten die „Würde des Anwaltsstandes“ fördere und „Beispiel für viele Kollegen“<sup>54</sup> sein sollte. Tatsächlich lehnte das Ehrengericht den Antrag auf ein Berufsverbot schließlich ab.

Parallel zur Verhandlung hatte vor dem Gerichtsgebäude am Tegeler Weg eine Solidaritätsdemonstration mit dem „Anwalt der Außerparlamentarischen Opposition“ stattgefunden, zu der der SDS mit dem Slogan „Nieder mit der Klassenjustiz! Hände weg von Mahler!“<sup>55</sup> aufgerufen hatte. Die Demonstration entwickelte sich unter der Führung einiger SDS-Mitglieder zu einer Straßenschlacht mit der Westberliner Polizei, in deren Rahmen die rund 1.000 Demonstranten weniger Verletzte zu verzeichnen hatten als die Polizei.<sup>56</sup> Die Erfahrungen während der so genannten Schlacht am Tegeler Weg sollten in den kommenden Monaten die Diskussion über den Einsatz von Gewalt gegen staatliche Institutionen bestimmen.<sup>57</sup> So kritisierte der *Extra-Dienst*, dass ein Teil der „antiautoritären“ Strömung „den ‚individuellen Terrorismus‘ zum legitimen Bestandteil einer neuen Strategie und Taktik der Außerparlamentarischen Opposition“<sup>58</sup> machen wolle. Tatsächlich wurde der Einsatz von Gewalt auf der anschließenden SDS-Delegiertenkonferenz äußerst wohlwollend diskutiert, so äußerte beispielsweise Christian Semler, dass die Protestbewegung „tatsächlich in einem viel stärkeren Maße, als wir jemals angenommen haben, solche Aktionen und Demonstrationen“ sowie „den Einsatz von Gewalt“<sup>59</sup> planen könne.

Die sukzessive Radikalisierung auch des RCs im Herbst 1968 drückte sich durch die Einschätzung des Vorstandsmitgliedes Solveig Ehrler aus, die Schlacht am Tegeler Weg habe geholfen, das „Trauma des 2. Juni“ zu überwinden und sei ein „Schritt der Emanzipation“ gewesen. Ehrler rief dazu auf, auch in Zukunft „strategisch“<sup>60</sup> Gewalt einzusetzen, was etliche ablehnende Reaktionen zur Folge hatte und den RC-Vorstand wiederum veranlasste, in einer Erklärung den Beitrag von Ehrler zu konkretisieren und den Einsatz von Gewalt in eine Strategie des „Klassenkampfes“<sup>61</sup> einzubetten. Bereits im Frühjahr 1968 hatte sich eine Gruppe um den *Extra-Dienst* vom RC losgesagt und war mit dem *Extra-Dienst*-Büro aus den Räumlichkeiten in der Wielandstraße ausgezogen. Auch andere gemäßigte Kräfte kritisierten den Aufruf der Vorstandsmehrheit um Mahler und Ehrler zum strategischen Einsatz von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung, da es für eine „Linke unmöglich und

unverantwortlich“ sei, sich über die „moralische Seite des Gewaltproblems“<sup>62</sup> hinwegzusetzen. Die Diskussionen über die „Gewaltfrage“ führten im Januar 1969 zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des RC, auf der angesichts der rapide sinkenden Teilnehmerzahlen und der zunehmenden Radikalisierung der Protestbewegung über die zukünftige Funktion und Strategie des RCs diskutiert werden sollte. Mahler attackierte im Vorfeld der Mitgliederversammlung seine ehemaligen Bündnispartner aus der traditionssozialistischen Fraktion scharf: Diesen warf er vor, sie betrieben mit der Gründung der DKP eine „Politik der Restauration herkömmlicher Organisations- und Kampfformen parlamentarischer Arbeiterparteien“ und wolle diese nun zur „Generallinie“<sup>63</sup> des RCs machen. Auf der tumultartig verlaufenden Mitgliederversammlung konnte sich die Mehrheitsfraktion im Vorstand um Mahler und Ehrler nicht durchsetzen: Eine knappe Mehrheit der anwesenden Mitglieder unterstützte in der Gewaltfrage die Position der gemäßigten Kräfte bzw. der „Traditionalisten“, wenngleich dies nicht bedeutete, dass sich diese in anderen Fragen durchsetzen oder gar dem RC ihre „Generallinie“ oktroyieren konnten.<sup>64</sup> Im Gegenteil verwarf eine Mehrheit der anwesenden Mitglieder einen Antrag, der nochmals den pluralen, überfraktionellen Charakter des RCs festhalten wollte und orientierte sich damit tendenziell in die Richtung der „antiautoritären“ Fraktion. Diese wollte im gleichen Zeitraum einen größeren Einfluss auf die redaktionelle Gestaltung des *Extra-Diensts* nehmen, was eine Gruppe einflussreicher Anhänger der „Traditionalisten“, unter ihnen Ossip K. Flechtheim, zur Veröffentlichung einer „Warnung“ an die „antiautoritäre“ Fraktion veranlasste, den RC nicht zu spalten und nicht die „letzten noch bestehenden Bindungen auf der Linken“<sup>65</sup> zu zerreißen.

Eindrucksvoll lässt sich die Spaltung der Protestbewegung seit Sommer 1968 an der Entwicklung des *Extra-Dienstes* illustrieren. Besonders die Intervention der Warschauer Pakt-Staaten in der ČSSR hatte zwischen dem „antiautoritären“ Lager und der traditionssozialistischen *Extra-Dienst*-Redaktion um Barthel und Guggomos zu erheblichen Spannungen geführt.<sup>66</sup> Das „antiautoritäre“ Lager kritisierte deren „Informationspolitik“, die dazu beitrage, „Vorurteile und Popanzbildung der bürgerlichen Presse in gefährlicher Weise [zu] stabilisieren“<sup>67</sup> und verlangte einen größeren Einfluss auf die redaktionelle Gestaltung des wichtigsten Presseorgans der Westberliner Protestbewegung, das zu diesem Zeitpunkt knapp 4.000 Abonnenten zählen konnte. Den Auftakt zur öffentlichen Auseinandersetzung mit dem *Extra-Dienst* hatte im Januar 1969 das „antiautoritäre“ RC- und SDS-Mitglied Walter Weller gegeben, der auf einem Teach-

In anlässlich des 50. Jahrestages der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts an der TU Berlin öffentlich zur Kündigung von *Extra-Dienst*-Abonnements aufgerufen hatte. Wenige Tage später führten RC-Mitglieder, unter ihnen an führender Stelle Horst Mahler, eine „öffentliche Abbestellaktion“<sup>68</sup> durch, in deren Rahmen es – so kolportierte es die Westberliner Presse – bei einem von Mahler angeführten „Go-In“ in die Geschäftsräume des *Extra-Diensts* auf Grund der Entwendung der Abonnentenkartei zu einer handfesten Auseinandersetzung kam.<sup>69</sup> Wenige Tage später waren bereits 35 Abonnements gekündigt worden.<sup>70</sup> In einer zeitgleich vom RC herausgegebenen kritischen Dokumentation der publizistischen Arbeit des *Extra-Diensts* und dessen Chefredakteurs Guggomos dokumentierte die „antiautoritäre“ Fraktion deren „Anpassungsprozess“ an die „konforme[n] Publizistik“ und attestierte Guggomos, sich von den „aktiven Teilen der sozialistischen Bewegung“<sup>71</sup> entfernt zu haben. Der *Extra-Dienst*-Redaktion wurde der Abdruck einer Stellungnahme zu den Vorwürfen nicht gestattet.<sup>72</sup> In einem gemeinsam mit Johannes Agnoli verfassten Dokumentationsbeitrag wertete Mahler die Entwicklung des *Extra-Diensts* zum „bürgerlichen Journalismus“ als Ausdruck der von den „Parlamentaristen“, zu denen er sowohl das liberale und sozialdemokratische Sympathisantenumfeld vornehmlich des RCs als auch die an der DKP orientierten Teile der Protestbewegung zählte, betriebenen Spaltung. Diese habe ihre Ursache in der „demoralisierenden [...] ČSSR-Intervention“<sup>73</sup> und führe – so fürchtete Mahler – zu einer legalistischen weiteren Entwicklung der Protestbewegung. Die Forderungen der „antiautoritären“ Fraktion gipfelten darin, die „denkfaulen und praxisfaulen Dogmatiker aus dem Extra-Dienst [zu] entfernen.“<sup>74</sup> Eine weitere Gruppe im RC erörterte, die Redaktion des *Extra-Diensts* zu „besetzen“, wie einst die „Spartakisten“ 1919 den sozialdemokratischen Vorwärts besetzt hätten, da der *Extra-Dienst* der „Vorwärts von heute“<sup>75</sup> sei. Zudem erreichten die *Extra-Dienst*-Redaktion anonyme Drohanrufe.

Die *Extra-Dienst*-Redaktion um Barthel und Guggomos reagierte am 3. Februar 1969 auf die Aktivitäten des „antiautoritären“ Lagers mit einer Forderung des „Redaktionskollektivs“ an die fünf Gesellschafter der *Extra-Dienst GmbH*, ihre Gesellschafteranteile diesem zur Verfügung zu stellen, wobei Barthel und Guggomos gleichzeitig Mitglied der Redaktion als auch der GmbH waren.<sup>76</sup> Zwei weitere Gesellschafter, Lothar Pinkall und Klaus Meschkat, hatten sich aus der aktiven Protestbewegung bereits zurückgezogen und waren nicht mehr in Westberlin wohnhaft, während der fünfte Gesellschafter, Horst Mahler, an der Spitze der Opposition gegen die *Extra-Dienst*-Redaktion stand. Die GmbH

sollte nach den Plänen der Redaktion in eine „Produktionsgenossenschaft“ umgestaltet werden. Diese Forderung wurde mitsamt einer Begründung und einem kurzen Abriss der Geschichte des *Extra-Dienstes* veröffentlicht, in der Hoffnung auf einen „Vertrauensbeweis“ seitens der Leser, der sich in einer weiteren Abonnement-Bezug ausdrücken sollte. Auf diese Weise wollten Barthel und Guggomos sich der vom „antiautoritären“ Lager geforderten Einflussnahme entziehen, Druck auf die anderen Gesellschafter aufbauen sowie ihren Anspruch auf die Zeitung und die GmbH legitimieren. Die Gruppe um Mahler veröffentlichte wenige Wochen später eine Antwort, die zugleich Richtigstellung zu den Aussagen der *Extra-Dienst*-Redaktion war, als auch die erste Ausgabe einer neuen, konkurrierenden Zeitschrift war: der *Roten Presse-Korrespondenz* (RPK).<sup>77</sup> Als Herausgeber zeichnete sich ein ganzer Strauß von Einzelpersonen und Gruppen verantwortlich, unter anderem auch das RC-Vorstandsmitglied Solveig Ehrler.<sup>78</sup> Mahler hatte die Gründungserklärung der RPK maßgeblich mit verfasst; in einem ersten Entwurf hatte er den *Extra-Dienst* als „Guggomos-Barthel-Hauspostille“ bezeichnet, die systematisch gegen das „antiautoritäre“ Lager arbeite und eine „Fraktionspolitik zugunsten traditionalistischer Gruppen“<sup>79</sup> vorbereite. Deren Forderung nach Umwandlung der *Extra-Dienst-GmbH* in eine „Produktionsgenossenschaft“ wertete Mahler – wohl zurecht – als den Versuch, „mit linken Schlagworten die Privatisierung“<sup>80</sup> des *Extra-Dienst* durchzusetzen. Zuvor hatte es mit Guggomos und Barthel im Rahmen einer Gesellschafterversammlung erhebliche Differenzen über die Beurteilung militanter Aktionen der Protestbewegung gegeben – Mahler und Klaus Meschkat hatten einen positiveren Bezug auf solche gefordert.<sup>81</sup> Die Westberliner Presse hatte im Anschluss an die Aufforderung zur Kündigung des *Extra-Dienst*-Abonnements durch Walter Weller von „Angriffen der ‚Ultralinken‘“ auf den *Extra-Dienst* berichtet, und diese dabei als „Mahlergruppe“<sup>82</sup> bezeichnet.

Aufgrund der grundlegenden politischen Differenzen sowie der Tatsache, dass die *Extra-Dienst*-Redaktion die Diskussionen mit der (inzwischen inaktiven) NG im Verlauf des Jahres 1968 zunehmend vermieden (und sich damit einer Einflussnahme Mahlers entzogen) sowie es abgelehnt hatte, „anderen Gruppierungen der Außerparlamentarischen Opposition“ (gemeint waren die „antirevisionistischen“ Gruppen um den SDS) eine Mitgestaltung des *Extra-Dienstes* zu ermöglichen, schien die Gründung eines konkurrierenden Zeitungsprojekts unausweichlich geworden. Der Gründungsaufruf der RPK reflektierte die politischen Erfahrungen der letzten Monate und skizzierte die Anforderun-

gen an einen Informationsdienst der „Neuen Linken Bewegung“ aus Sicht der „antirevisionistischen“ Gruppen. Durch die Erfahrungen mit einer „manipulierten und gleichgeschalteten Öffentlichkeit“ habe die Protestbewegung, vor allem seit dem 2. Juni 1967, ein Konzept der „Gegenöffentlichkeit“ entwickelt, welches mittlerweile durch ein Konzept der „Gegengewalt“ ergänzt worden sei. Eine sozialistische Reformpolitik, wie sie die Redaktion des *Extra-Dienst* vertrat, wurde als eine letztlich die kapitalistische Gesellschaftsordnung erhaltende politische Praxis abgelehnt. Als die zentrale Erfahrung der Protestbewegung erachteten die Autoren, dass es „nicht Aufklärung“ sei, „sondern praktischer Kampf“, welcher „politisches Bewußtsein“ verändere. Ein „Informationsorgan“ der „sozialistischen Bewegung“ habe die staatlichen „Apparate“ durch ständige Berichte über den „aktiven Kampf an der Basis zu verunsichern.“ Die Strategie des *Extra-Dienstes* sei es hingegen, „bewußt auf die Förderung der organisierenden Wirkung einer Informationspolitik“ zu verzichten und „die Hilflosigkeit und Passivität der Basis“ zu fördern. Während die *Extra-Dienst*-Redaktion die von ihr verantwortete Zeitung als Instrument der „permanenten Aufklärung“ begriff, wollten die Autoren der Gründungserklärung der RPK mit einer Zeitung sowohl eine „organisierende Wirkung auf die einzelnen Gruppen“ der „sozialistische[n] Bewegung“ ausüben als auch schlussendlich den „Provinzialismus der Berichterstattung [...] durchbrechen und den Internationalismus einer Klassenkampfstrategie [...] fördern.“<sup>83</sup>

Die RPK entwickelte sich während des Jahres 1969 zum zentralen Organ des sich nun als „antirevisionistisch“ verstehenden Lagers der zerfallenden Protestbewegung.<sup>84</sup> In der Berichterstattung überwog inhaltlich in der ersten Jahreshälfte noch die Kritik am traditionssozialistischen Lager, während mit Beginn der zweiten Jahreshälfte die Organisationsdebatte den größten Raum in den Diskussionen im Umfeld der RPK einnahm. Diese wurden fast ausschließlich von „antirevisionistischen“ Gruppen aus dem universitären Milieu geführt und war von der Auffassung bestimmt, dass „die Umwandlung der radikal-demokratischen Studentenrevolte in eine sozialistische Massenorganisation notwendig“<sup>85</sup> sei. Die erste sich im weiteren Fortgang der „Organisationsdebatte“ fraktionell gründende und dem „antirevisionistischen“ Lager zugehörige Gruppe war im Juli 1969 die *Rote Zelle Germanistik* (Rotzeg), aus der später die *Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation* (KPD/AO) hervorgehen sollte.<sup>86</sup> Der Rotzeg folgten im Herbst 1969 weitere fraktionelle Gründungen im „antirevisionistischen“ Lager, so unter anderem die *ML-Fraktion*.<sup>87</sup> Mahler war zwar aus taktischen Gründen nicht als Unterzeichner des Gründungsauf-

fes der RPK aufgeführt, aber dennoch einer ihrer maßgeblichen Initiatoren und materiellen Förderer und richtete sich mit inhaltlichen Vorschlägen an die Chefredaktion oder monierte einzelne Artikel, wenn sie nicht seinen Anforderungen genügten.<sup>88</sup> Der Streit in der *Extra-Dienst-GmbH* wurde nach der Gründung der RPK einvernehmlich so geklärt, dass die Gesellschafteranteile Mahlers in gleicher Höhe in Gesellschafteranteile einer neugegründeten *Rote-Presse-Korrespondenz-GmbH* umgewandelt wurden.<sup>89</sup> Trotz der harten Auseinandersetzung mit der *Extra-Dienst*-Redaktion im Winter 1968/69 und der neu entstandenen Konkurrenzsituation zwischen *Extra-Dienst* und RPK war Mahler um eine Trennung im Guten bemüht: Beinahe schon freundschaftlich hatte Mahler abschließend den Konflikt in der *Extradienst-GmbH* geklärt, später wurde die RPK sogar in Barthels Druckerei produziert.<sup>90</sup>

Wenngleich sich Mahler 1969 weitaus aktiver in die politischen Auseinandersetzungen der zerfallenden Protestbewegung einbrachte, als es ihm 1967/68 möglich gewesen war, wurde er in der medialen Öffentlichkeit weiterhin hauptsächlich im Rahmen seiner juristischen Arbeit wahrgenommen. Bereits Ende 1968 hatte Mahler auch das Mandat Beate Klarsfelds übernommen und diese in einem Prozess vertreten, der hochgradig vergangenheitspolitisch aufgeladen war.<sup>91</sup> Die deutsch-französische Antifaschistin Beate Klarsfeld hatte in den späten 1960er Jahre eine Kampagne gegen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger initiiert, um auf dessen nationalsozialistische Vergangenheit aufmerksam zu machen. Auf dem CDU-Parteitag am 6. November 1968 ohrfeigte Klarsfeld Kiesinger öffentlich und bezeichnete ihn als „Nazi“.<sup>92</sup> Klarsfeld gab als Begründung für ihr Engagement an: „[E]ines Tages habe ich gefühlt, daß ich dies für Deutschland, und um die Ehre Deutschlands zu retten, tun mußte.“<sup>93</sup> Die Ohrfeige war der Beginn einer Kampagne, in der die „Nazi-Vergangenheit“ Kiesingers „aufgedeckt“<sup>94</sup> werden sollte. Kiesingers Kanzlerschaft und dessen nationalsozialistische Vergangenheit wurden von Klarsfeld als stete Erinnerung an die „Schuld und die Scham Deutschlands“<sup>95</sup> begriffen; mit ihrer Tat habe sie deutlich machen wollen, dass ein Teil der deutschen Bevölkerung die während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Verbrechen ablehne und es nicht dulde, dass ehemalige Nationalsozialisten in der BRD wieder leitende Stellungen innehaben dürften. Schon vor der Wahl Kiesingers zum Bundeskanzler hatte es Protest wegen dessen nationalsozialistischer Vergangenheit gegeben: Günter Grass protestierte 1966 mit einem offenen Brief gegen Kiesinger, in dem er schrieb: „Wie sollen wir der Toten von Auschwitz und Treblinka gedenken, wenn Sie, der Mitläufer von damals, es wagen, heute hier die

Richtlinien der Politik zu bestimmen?<sup>96</sup> Auch die *Zeit*-Herausgeberin Marion Dönhoff fragte öffentlich: „Ist es vertretbar, daß jemand, der von 1933 bis 1945 Parteigenosse war, 1966 in der Bundesrepublik Kanzler wird?“<sup>97</sup> Kiesinger war bereits im Juli 1968 in einem Prozess gegen den früheren Legationssekretär im Auswärtigen Amt, Fritz Gebhardt v. Hahn, wegen der Beihilfe zur Deportation von Juden aus Bulgarien als Zeuge vernommen worden und hatte hierbei jegliche Kenntnis der Shoa während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft abgestritten. Die Debatte um Kiesingers einstige NSDAP-Mitgliedschaft war stark vergangenheitspolitisch aufgeladen: Auch die nationale Rechte nutzte Kiesingers Behauptung, während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft nichts von der Shoa gewusst zu haben, in schuldabwehrender Absicht und fragte: „Wenn Kiesinger, der an der Quelle der Auslandsnachrichten saß, nichts wußte, wie konnte dann der einfache Mann davon wissen?“<sup>98</sup>

Im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens wurde Klarsfeld noch im 7. November 1968 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, musste die Strafe aufgrund ihrer französischen Staatsbürgerschaft jedoch nicht antreten und legte durch ihren Anwalt Horst Mahler Berufung ein.<sup>99</sup> Mahler setzte das Verfahren durch die Verwendung des Begriffs „Terrorurteil“<sup>100</sup> mit der Rechtsprechung während der nationalsozialistischen Herrschaft gleich. Auf die öffentliche Kritik an der Verwendung einer solchermaßen vorbelasteten Begrifflichkeit erwiderte Mahler: „[Gerade] weil wir eine solche Vergangenheit hinter uns haben – ich Gott sei Dank nicht, aber die Generation vor uns – muß man schon am Anfang ganz energisch Widerstand leisten, damit sich das nicht wiederholt, was in der Zeit von 1933 bis 1945 bei uns an der Tagesordnung war, auch in der Justiz.“<sup>101</sup> Bereits einen Tag nach Klarsfelds Festnahme beantragte Mahler, Kiesinger als Zeugen vorzuladen.<sup>102</sup> Dieser sollte bekunden, dass er der NSDAP nicht, wie er behauptete, aus „opportunistischen Gründen“ beigetreten war, sondern vielmehr „in der Überzeugung beigetreten“ sei, „daß die von Adolf Hitler vertretene Politik im Besonderen und die nationalsozialistische Ideologie im Allgemeinen richtig ist“;<sup>103</sup> zudem habe Kiesinger Kenntnis davon gehabt, dass „die physische Vernichtung der europäischen Juden ein zentrales Ziel der nationalsozialistischen Politik war“.<sup>104</sup> Mahler verknüpfte Kiesingers nationalsozialistische Vergangenheit mit einer Gleichsetzung der Regierungspraxis der Großen Koalition mit dem historischen Nationalsozialismus im Rahmen eines marxistisch-leninistischen Faschismusverständnisses: Noch heute sehe Kiesinger die „faschistische Bewegung als Garantie gegen einen Sieg des Sozialismus“, auch heute wolle er, um einem „Sturz des kapitalistischen Systems“ zu verhindern,

das „parlamentarische System[s]“<sup>105</sup> durch eine Diktatur ersetzen und habe aus diesem Grund die Verabschiedung der Notstandsgesetze forciert. Im April 1969 begann der Revisionsprozess, in dem Klarsfeld und ihr Anwalt Mahler die nationalsozialistische Vergangenheit Kiesingers zum zentralen Thema machten. Mahler hatte inzwischen mehrfach beantragt, Kiesinger als Zeugen vorzuladen, da dessen Aufgabe im Auswärtigen Amt unter anderem darin bestanden habe, „die Richtlinien für die Auslandssendungen entsprechend den Grundsätzen der [nationalsozialistischen] Außenpolitik auszuarbeiten und deren Durchführung zu bewachen.“<sup>106</sup> Zudem habe er „antijüdische“ Hetzpropaganda zu verantworten und sei daran beteiligt gewesen, die Auswanderung von „7.000 rumänischen Judenkindern“<sup>107</sup> nach Großbritannien verhindert zu haben. Mahler verknüpfte seine Anschuldigungen gegen Kiesinger auch mit einer Kritik an der bundesrepublikanischen Politik gegenüber dem Staat Israel:<sup>108</sup> Die BRD lieferte seit Ende der 1950er Jahre unter strikter Geheimhaltung Waffen nach Israel, was Mitte der 1960er Jahre in einigen Medienveröffentlichungen skandalisiert worden war. Dies griff Mahler nun auf, indem er behauptete, Kiesinger hätte im Zuge seiner Nominierung als Kanzlerkandidat der CDU in einem geheimen Treffen mit dem Vorsitzenden des *Zentralrats der Juden in Deutschland* die Abmachung getroffen, letzterer werde verhindern, dass jüdische Organisationen Kiesingers nationalsozialistische Vergangenheit thematisieren würden und habe von diesem im Ausgleich weitere bundesrepublikanische Waffenlieferungen für Israel zugesagt bekommen.<sup>109</sup> Hier klangen in Mahlers Äußerungen Elemente einer antisemitischen Verschwörungstheorie an. Auch beantragte Mahler zur Illustration des hohen Stellenwerts, den die Nationalsozialisten der Propaganda beigemessen hatten, einige Passagen aus *Mein Kampf* vor Gericht vortragen zu dürfen.<sup>110</sup> In einer Presseerklärung zum ersten Verhandlungstag des Revisionsprozesses bezeichnete Mahler Kiesinger als „Propagandist des Völkermords“.<sup>111</sup> Der Prozess endete im August 1969 mit der Reduzierung des Strafmaßes auf vier Monate zur Bewährung,<sup>112</sup> obschon einer Zeugenladung Kiesingers vom Gericht nicht entsprochen wurde.<sup>113</sup> Die von Mahlers Drang nach einer Schuldabwehr für das identitäre Kollektiv der deutschen Nation motivierte Prozessführung korrespondierte mit Klarsfelds Kampagne, die selbst deutlich schuldabwehrende Züge trug: Klarsfeld, die als nicht-jüdische Deutsche (Mädchenname Kunzel) mit einem französischen Juden verheiratet war, dessen Eltern die Shoa überlebt hatten, hatte mit der Begründung für ihre antifaschistischen Aktivitäten, insbesondere für die Ohrfeige für Kiesinger, die eigene schuldentlastende Motivation deutlich gemacht: Explizit sprach Klarsfeld

davon, die durch die „Schuld und Scham“ belastete „Ehre Deutschlands“<sup>114</sup> wiederherstellen zu wollen.

Neben Prozessvertretungen und Mandatsübernahmen war Mahler maßgeblich daran beteiligt, die juristische Arbeit im Rahmen der Protestbewegung zu einer eigenständigen Kampagne weiterzuentwickeln. Noch auf der SDS-Delegiertenkonferenz im Herbst 1968 war eine eigenständige „Justizkampagne“ der Protestbewegung „verbindlich diskutiert worden“<sup>115</sup> und sollte im Winter 1968/69 geplant werden. In Westberlin fokussierte sich diese Auseinandersetzung mit der Justiz auf den nach dem 2. Juni 1967 gegründeten *Ermittlungsausschuss*, während in der BRD – vor allem im Zuge der Gründung von Ad-hoc- und Basisgruppen – in den Zentren der Bewegung überall ähnliche Gruppen entstanden waren.<sup>116</sup> Der *Ermittlungsausschuss* bot in unregelmäßigen Abständen Informationsveranstaltungen an und mobilisierte Zuschauer für die Prozesse der angeklagten Bewegungsaktivisten.<sup>117</sup> Die auf der Delegiertenkonferenz anvisierte Vereinheitlichung der bald so genannten „Justizkampagne“ kam jedoch nur stockend in Gang,<sup>118</sup> unter anderem da es in der geplanten Problematisierung des „Herrschaftscharakter[s] der Justiz“<sup>119</sup> im Rahmen der zunehmenden Fraktionierung der Bewegung sehr unterschiedliche Positionen gab. Das „antirevisionistische“ Lager meinte in der Justizkampagne eine Möglichkeit erkannt zu haben, durch Skandalisierung der sozialen Ungerechtigkeiten im bundesdeutschen Justizwesen „dem herrschenden System langfristig die Unterdrückten an die Fersen“<sup>120</sup> zu heften. Die 1969 in hoher Zahl anstehenden Prozesse gegen Angehörige der Protestbewegung waren für Mahler ein Anlass, die Justizkampagne im Rahmen der Gründung eines „Syndikats kritischer Juristen“ auf eine erweiterte organisatorische Grundlage zu stellen. Bis zum 31. März 1969 wurden allein in Westberlin knapp 1.900 Verfahren gegen Angehörige der Protestbewegung eingeleitet.<sup>121</sup> In einem Diskussionspapier beschrieb Mahler die Funktion „kritischer“ Juristen im Gegensatz zu „liberalen“ Juristen folgendermaßen: Während letztere die „Aussöhnung des Rechtsbrechers“ mit der kapitalistischen Gesellschaft herstellen wollen würden, würden „kritische“ Juristen vor allem Eigentumsdelikte nicht individuell interpretieren, sondern diese als „individuelle Rebellion gegen die herrschende Eigentumsordnung“ verstehen, wobei mit der „Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ auch die „sozialökonomische Ursache der Eigentumsverletzung“<sup>122</sup> verschwinden würde. Mahler sah in allen „500.000 Personen, die [jährlich] die Strafanstalten in der Bundesrepublik durchwandern“, ein „Desintegrationspo-

tential“,<sup>123</sup> das für eine antikapitalistische Politik nutzbar gemacht werden könne.

Durchaus im Rahmen einer solchen Konzeption gründete Mahler am 1. Mai 1969 zusammen mit seinem früheren Referendar Hans-Christian Ströbele und Klaus Eschen in den ehemaligen Räumen der Rechtsanwaltskammer Berlin das *Sozialistische Anwaltskollektiv* (SAK).<sup>124</sup> Dem kollektivistischen Geist dieser Gründung entsprechend erhielten alle dort arbeitenden Personen den gleichen Lohn und waren gleichermaßen an allen das SAK betreffenden Fragen beteiligt.<sup>125</sup> Mahlers Vorstellungen der politisch-juristischen Arbeit des SAKs konnten hierbei an seine strategischen Papiere von 1962/66 und 1968 anknüpfen, indem er versuchte, alltäglich im Justizsystem entstehende soziale Ungerechtigkeiten aufzugreifen und in eine revolutionäre Praxis zu transformieren: Juristische Arbeit könne für die „sozialistische Bewegung“<sup>126</sup> nur dann einen Stellenwert haben, wenn durch rechtliche Argumentation „Widersprüche innerhalb des Herrschaftssystems des Kapitals – insbesondere seine Verschleierungsbedürfnisse“ ausgenutzt würden, um „Handlungsräume“ für die „kollektive politische Auseinandersetzung“ in Betrieb, Stadtteil oder Universität zu erkämpfen und gleichzeitig die „Verschleierungs- und Integrationsfunktion“ des juristischen Systems zu entlarven. Die Justizkampagne eigne sich deshalb besonders, die „Interessen der werktätigen Massen durch Bewußtmachung der gegensätzlichen, miteinander unvereinbaren Klasseninteressen in der kapitalistischen Gesellschaft[,] durch die Politisierung des sozialen Konflikts und die Entfaltung des Klassenkampfes“<sup>127</sup> durchzusetzen bzw. sichtbar zu machen. Wenngleich sich das SAK auch als politischer Akteur verstand und in die Auseinandersetzungen innerhalb des „antirevisionistischen“ Lagers intervenierte, stand die juristische Arbeit dennoch im Vordergrund: Das SAK war hierbei – so Klaus Eschen im Rückblick – initiativ an der Durchsetzung einer modernen anwaltlichen Praxis beteiligt, die gegen ein Justizsystem anzugehen hatte, in dem die große Mehrheit der Richter und Staatsanwälte ihre Ausbildung noch während der nationalsozialistischen Herrschaft erfahren hatten und deren autoritärer Habitus von jungen Anwälten wie Mahler, vor allem mittels der Aushebelung der von den Richtern vorgegebenen Verfahrensordnung, angegriffen wurde.<sup>128</sup> Auch war das Recht auf Akteneinsicht für die Anwälte mit der technischen Entwicklung neuer Reproduktionsverfahren leichter praktikierbar.<sup>129</sup> Nur zu einem Teil bestand das Arbeitsfeld des SAKs aus Straf- und Zivilprozessen: Es entwickelte sich sukzessive zur Anlaufstelle für alle juristisch nach Rat Suchenden aus dem Umfeld der Protestbewegung,<sup>130</sup> wobei der

Verdienst der Anwälte chronisch gering ausfiel.<sup>131</sup> Mahler übernahm zwischen 1966 und 1970 knapp 300 vornehmlich politische Mandate,<sup>132</sup> davon lediglich ein gutes Drittel zusammen mit Ströbele, Eschen oder einem anderen Kollegen. Vor allem seit 1968 hatten die politischen Mandate aus dem Umfeld der studentischen Protestbewegung zugenommen, während sich Mahlers „zahlungskräftige Klientel aus Wirtschaft und Bankwesen“ mit einem, so Mahler, „wohlwollende[n] Schulterklopfen“<sup>133</sup> schon seit längerem von ihm zurückgezogen hatte. Mahler hatte dabei fraktionsübergreifend viele bekannte Protagonisten der Protestbewegung juristisch vertreten, unter anderem Rudi Dutschke, Dieter Kunzelmann, Bahman Nirumand, Fritz Teufel, Manfred Grashof, Beate Klarsfeld, Andreas Baader und Georg v. Rauch.<sup>134</sup> Zusammen mit Eschen versuchte er zudem im Rahmen des so genannten „Robenstreits“ die sich durch die verschiedenen Prozesse eröffnenden Bühnen zur Agitation gegen die „autoritäre“ Justiz zu nutzen:<sup>135</sup> Im Wiederaufnahmeverfahren gegen Karl-Heinz Kurras hatte Mahler sich geweigert, die standesgemäße schwarze Robe zu tragen, was eine Aussetzung der Verhandlung zur Folge hatte.<sup>136</sup> Mahler und Eschen hatten sich anschließend entschlossen, in Strafverfahren „grundsätzlich ohne Robe“ aufzutreten, da diese für einen „geordneten Gang“ der Rechtspflege nicht notwendig sei und das so zelebrierte „Verhandlungsritual“ eine „repressive Atmosphäre“<sup>137</sup> erzeuge. Die Rechtsanwaltskammer strengte daraufhin im Sommer 1969 ein weiteres Ehrengerichtsverfahren gegen Mahler an.<sup>138</sup> Im März 1970 entschied das *Bundesverfassungsgericht* (BVG), dass das Tragen einer Robe für einen Rechtsanwalt eine „[g]esetzliche und gewohnheitsrechtlich begründete Verpflichtung“<sup>139</sup> darstelle.

Im Sommer 1969 bemühte sich Mahler vor allem im Rahmen des SAKs um eine Solidaritätskampagne mit inhaftierten Bewegungsaktivisten, die zur politischen Bewusstseinsbildung beitragen sollte. Demnach sollte durch „adäquaten, das heißt wirksamen und nicht nur pazifistischen oder symbolischen Widerstand“ die „Solidarität der Massen“ mit den inhaftierten „Opfern ihres sozialen Kampfes“ hergestellt und die „Massen“ durch die Entwicklung einer „revolutionären Perspektive“ aus ihrer „jahrzehntelangen Resignation“<sup>140</sup> gelöst werden. In einem Beitrag in der RPK im Herbst 1969 beschrieb Mahler sein Rechtsverständnis:<sup>141</sup> Mahler begriff das Recht bzw. den „Gesetzesbefehl“ in der „spätkapitalistischen Gesellschaft“ als die „Sicherung derjenigen gesellschaftlichen Funktionen, die die Herrschaft des Kapitals ausmachen und reproduzieren“. Neben diesem Aspekt des Rechts als „Instrument der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft“ enthalte es jedoch auch in dialektisch

widersprüchlicher Weise „progressive Elemente“. Mit Hilfe juristischer Argumentation – beispielweise im Rahmen des SAKs – sei es möglich, die „Verinnerlichung der Rechtsordnung“ durch die „unterdrückten Massen“ sukzessive aufzubrechen. Daraus könnten bei diesen Impulse entstehen, den „Waffenstillstand“ mit den „Herrschenden“ aufzubrechen und in den „offenen Klassenkampf“ überzugehen. Die gesamte Protestbewegung sei 1966/67 mehr oder minder aus „Nachweis[en]“ des „konkreten Rechtsbruchs“ entstanden. An anderer Stelle wurde Mahler deutlicher: Er bescheinigte der bundesrepublikanischen Justiz, dass sie in „treuer Pflichterfüllung und notfalls auch außerhalb der bürgerlichen Legalität“ den „Staat der Aktionäre und Manager voller Hingabe an die obrigkeitstaatliche und faschistische Justiztradition“ gegen die Interessen der „werk tätigen Massen“<sup>142</sup> verteidige. Die tradierten Formen des anwaltlichen Auftritts vor Gericht trugen für Mahler alle „Merkmale eines ‚Imponierhabes‘“, das die „Wahrheitsfindung“<sup>143</sup> beeinträchtige, da es unter anderem Zeugen einschüchtern würde.

Im Sommer 1969 zog eine *Initiatingruppe Berliner Referendare* in der RPK eine kritische Bestandsaufnahme der Tätigkeit von Juristen im Rahmen der Protestbewegung.<sup>144</sup> Darin wurde die These vertreten, dass es für „subjektiv sozialistische“ Anwälte zwar in der Vergangenheit vereinzelt die Möglichkeit gegeben habe, im Rahmen von Prozessen sozialistische Positionen zu vertreten, diese mittlerweile jedoch „objektiv“ dazu nicht mehr in der Lage seien: Für Juristen gebe es schlichtweg „keine revolutionäre Berufspraxis“. Der Tenor und die Argumentation richteten sich offen gegen Anwälte wie Eschen, Mahler und Ströbele. Letztere hatten sich erst wenige Wochen vor der Textveröffentlichung als SAK genau einer solchen „revolutionären Berufspraxis“ verschrieben. Gefordert wurde durch die *Initiatingruppe junger Referendare* eine Unterordnung linker Juristen und Anwälte unter die kollektive Praxis einer sozialistischen Massenbewegung. Insbesondere der nach dem 2. Juni 1967 von Mahler gegründete *Ermittlungsausschuss* sei nur noch in der Lage, die „liberalen Mitläufer“ der Protestbewegung zu organisieren und habe in einer „sozialistischen Bewegung“ nichts zu suchen. Wenngleich die Kritik an der Justizkampagne des SAKs umfassend war, so scheuten sich die jüngeren, offenbar frisch radikalisierten Kritiker, die Person Mahlers zu attackieren, dessen „historische und aktuelle Bedeutung“<sup>145</sup> von den jungen Referendaren explizit hervorgehoben wurde. In einer der folgenden RPK-Ausgaben antworteten Mahler und das SAK auf die Kritik.<sup>146</sup> Darin wurde die Funktion der Justiz in einem noch nicht „offen-faschistischen Staat“ wie der BRD als „Knüppel“ beschrieben, mit dem

die „Herrschenden ihre Befehle durchsetzen“ würden, während zugleich die Etikettierung der Justiz als „dritte[r] Kraft“ neben Exekutive und Legislative die wahren, kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse verschleiern würde. Das SAK verteidigte die bisherige Form der Justizkampagne, da es dieser seit Ostern 1968 sukzessive gelungen sei, die Justiz als „Klasseninstrument“ zu entlarven. Gleichwohl stimmte das SAK mit den Kritikern darin überein, das die Kampagne sich nicht verselbstständigen und dem Irrglauben verfallen dürfe, eine Abschaffung der Justiz sei von der sozialistischen Revolution unabhängig und so bereits innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft möglich. Die Justizkampagne sei dann sinnvoll, wenn durch sie bei der „Basis“ (gemeint waren unter anderem die Klienten aus dem proletarischen Milieu, die das SAK zu vertreten beabsichtigte) durch juristische Vertretung allgemeine Zweifel am Kapitalismus genährt werden könnten. Weder dürfe der sozialistische Rechtsanwalt dazu beitragen, die bürgerliche Justiz zu legitimieren, noch dürfe er durch sozialistische Agitation Klienten „verheizen“. Auch sei es nach den bisherigen Erfahrungen nicht möglich, auf juristische Praxis im Sinne des SAK zu verzichten. Die Debatte um eine mögliche revolutionäre Berufspraxis vor dem Hintergrund der zerfallenden Protestbewegung illustrierte unter anderem auch die Auseinandersetzungen zwischen den jüngeren, frisch radikalisierten Bewegungsaktivisten aus der zweiten Reihe und den älteren Protagonisten, die die Bewegung teilweise schon seit ihrem Beginn begleiteten. Mahler folgte hierbei seinen strategischen Überlegungen aus dem Sommer 1968 und versuchte weiterhin, die auseinanderdriftenden Bewegungsteile zusammenzuhalten. Das SAK veröffentlichte im Herbst 1969 im *Extra-Dienst* einen weiteren Artikel, der nochmals die Position der RPK-Veröffentlichung wiederholte. Insbesondere die Wahl des Mediums führte seitens der „antirevisionistischen“ Fraktion zu scharfer Kritik:<sup>147</sup> Mahler wurde für die „Art und Weise und [den] Ort der Veröffentlichung“ im Rahmen einer RC-Vorstandssitzung dazu aufgefordert, „Selbstkritik“ zu üben, wozu Mahler bereit war und gleichzeitig erklärte, im *Extra-Dienst* einen Artikel veröffentlichen zu lassen, der unter der Devise stehen sollte: „Die Revisionisten haben den revolutionären Faden noch nie gefunden.“

Neben der juristischen Arbeit verstand sich das SAK auch als politischer Akteur und intervenierte in die internen Auseinandersetzungen der in einem rasanten Fraktionierungsprozess zerfallenden Bewegung. Ende 1969 kritisierte das SAK in einem im *Spiegel* zitierten offenen Brief die „Schwätzer und Fäschingsrevolutionäre[n]“<sup>148</sup> (womit die sich seit 1969/70 gründenden, in der Regel maoistisch orientierten Klein- und Kleinstgruppierungen gemeint waren):

„Begriffe wie ‚Revisionist‘, ‚Opportunist‘, ‚Sektierer‘, ‚Kleinbürger‘ und ‚liberaler Scheißer‘ funktioniert ihr zu verbalen Totschlägern um und geht damit aufeinander los. Dabei verwechselt ihr diesen Clinch der Gruppen und Grüppchen mit revolutionärer Praxis.“ Der *Spiegel*-Autor resümierte, dass solche „linken Einsichten [...] besser als Outsider-Beobachtungen die apolitische Sektenbildung“ innerhalb der zerfallenden Protestbewegung charakterisieren würden.

Der Zerfall der ehemaligen Protestbewegung, die enorm nachlassende Mobilisierung und die zunehmende Radikalisierung und Isolierung des ehemaligen „antiautoritären“ Lagers zeigte sich auch in der Entwicklung des einstigen „Aktionszentrums“ der Protestbewegung, dem *Republikanischen Club*. Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des RCs im März 1969 konnte die „antirevisionistische“ Fraktion in den RC-Gremien eine hegemoniale Position erlangen: Als einziger „Traditionalist“ wurde Randolph Lochmann in den Vorstand gewählt.<sup>149</sup> Durch den mehrheitlichen Rückzug der traditionssozialistischen Fraktion aus der politischen Arbeit des RCs im Herbst 1968 hatte sich dessen Wirkungsgrad allerdings zunehmend verkleinert und war seit Frühjahr 1969 fast ausschließlich auf das sich stetig radikalisierende „antiautoritäre“ bzw. „antirevisionistische“ Lager in der Protestbewegung beschränkt. Die endgültige „Machtübernahme“ der „antiautoritären“ Fraktion im RC und insbesondere die „Ausschaltung“ aller anderen zuvor vertretenen Fraktionen, führte auch außerhalb des engeren Sympathisantenumsfelds des RCs zu erheblicher Kritik.<sup>150</sup>

Der Fraktionierungsprozess insbesondere der Westberliner Protestbewegung drückte sich im Frühjahr 1969 auch dadurch aus, dass anlässlich des 1. Mai 1969 mittlerweile drei Kundgebungen stattfanden: die tradierte sozialdemokratische DGB-Kundgebung, eine Veranstaltung der traditionssozialistischen und marxistisch-leninistischen Kräfte im Umfeld der SEW und eine Kundgebung der „antirevisionistischen“ Gruppen.<sup>151</sup> Die Dominanz der letzteren in den Gremien des RCs wurde durch den Aufruf im RC-Bulletin illustriert, statt des *Extra-Dienstes* nun die konkurrierende RPK zu abonnieren. Es waren nun – neben der Gruppe um Horst Mahler – vor allem junge, im Zuge der Ereignisse des 2. Juni 1967 politisierte Mitglieder, die den Kurs des RCs bestimmten, dessen Radikalisierung sich unter anderem durch eine immer stärkere Bezugnahme auf die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ausdrückte.<sup>152</sup>

Die im gesamten Jahr 1969 in allen nicht-traditionssozialistischen linken und sich zur Protestbewegung rechnenden Gruppen geführte Diskussion über die

„Organisationsfrage“ wurde auch in den Gremien des RC geführt, vor allem nachdem Anfang 1969 mit dem Rücktritt des traditionssozialistischen Rudolf Lochmann aus dem Vorstand die mit der DKP/SEW sympathisierende Fraktion endgültig aus der praktischen Arbeit im RC ausschied.<sup>153</sup> Im Mai 1969 zog der RC-Vorstand eine erste Zwischenbilanz der „Organisationsdebatte“: Anknüpfend an die Positionsbestimmungen der beiden ehemaligen Vorsitzenden Meschkat (vom Mai 1968) und Huffs Schmid (vom März 1969) artikulierte der Vorstand Bedarf an einem grundlegenden Funktionswandel des RCs. Nachdem das Konzept eines „Kommunikationszentrums“ schon kurz nach der Gründung dem eines „Organisationszentrums“ gewichen war, sondierte der RC nun die Möglichkeiten, sich als Dachorganisation der seit Herbst 1968 entstandenen Basisgruppen zu etablieren. Damit mag auch – ganz getreu der ursprünglichen Konzeption der NG – ein Versuch intendiert gewesen sein, auf diese Weise die sich verselbstständigenden und sich stetig radikalisierenden Basisgruppen einer gewissen institutionellen Kontrolle zu unterwerfen.<sup>154</sup> Wie stark die politische Initiative jedoch seit Herbst 1968 auf die Basisgruppen übergegangen war, zeigte die devote Haltung, mit der sich der RC als Dach einer „antirevisionistischen“ Linken anbot: Der Vorstand akzeptierte sogar das Urteil der Basisgruppen, der RC sei „keine relevante politische Organisation“ und beeilte sich hervorzuheben, dass die linksliberalen und traditionssozialistischen Mitglieder bereits nicht mehr im RC mitarbeiten würden.<sup>155</sup> Ausgehend von diesem Wandel der politischen Mehrheiten im RC wollte dieser in Zukunft eine „Stützpunktfunktion“ für die Basisgruppen und anderen „antirevisionistischen“ Gruppierungen bereitstellen.<sup>156</sup> Zudem sollte diesen die Möglichkeit gegeben werden, über die Funktionsänderung des RCs zu bestimmen.<sup>157</sup> Nach einem längeren Diskussionsprozess waren die Basisgruppen im Kern mit diesem Konzept einverstanden und wollten dies nun im Rahmen eines *Sozialistischen Zentrums* in die Tat umsetzen, das sich nicht an den Gruppen des universitären Milieus orientieren sondern sich ganz einer Arbeit im proletarischen Milieu widmen sollte.<sup>158</sup> Es fanden sich jedoch auch im „antirevisionistischen“ Lager Stimmen, die die rücksichtslose Verdrängung der „Traditionalisten“ und der „Liberalen“ aus dem RC kritisierten, aber hofften, dass im Zuge der Gründung eines *Sozialistischen Zentrums* neue, jugendliche, progressive Mitglieder gewonnen werden könnten und diese den Charakter des RCs wieder in eine Art Kommunikationszentrum verwandeln würden.<sup>159</sup> Zum Zweck der Errichtung eines *Sozialistischen Zentrums* war der RC auch bereit, aus seinem „Jugendstilpalast“ in der Wielandstraße in ein „Arbeitsviertel“ umzuziehen und verstand die Grün-

derung als Vorstufe zu einer sozialistischen „Massenorganisation“. <sup>160</sup> Mahler war Mitglied der RC-internen Arbeitsgruppe, die ab Herbst 1969 die Pläne für ein solches Zentrum konkretisieren sollte. <sup>161</sup>

Neben der Reorganisation des RCs erschien Mahler die vornehmlich im Sommer 1969 stattfindende so genannte Desertationskampagne als praktisches Instrument geeignet, sowohl die auseinanderstrebenden Teile der ehemaligen Protestbewegung unter einem Thema zu versammeln, wie auch an die von ihm seit den frühen 1960er Jahren fokussierten Berlinfrage anzuknüpfen. Da die bundesrepublikanische Wehrpflicht auf Grund der im Potsdamer Abkommen geregelten Untersagung des Dienstes an der Waffe, des Waffenbesitzes und der Waffenproduktion in Westberlin durch die drei westlichen Alliierten verboten war, entwickelte sich dieses insbesondere seit 1967 zur Anlaufstelle vieler Wehrdienstverweigerer aus der BRD. Strittig war in diesem Kontext, ob sich in Westberlin aufhaltende, wehrpflichtige Bundesbürger so dem Wehrdienst rechtswirksam entziehen konnten. Mittels eines Urteils des BVGs von 1959 und einer Verschärfung des Wehrgesetzes, konnten bis 1967 wehrpflichtige Bundesbürger, die sich in Westberlin aufhielten, in die BRD ausgewiesen werden. Insbesondere die von den Westberliner Behörden durchgeführte Verbringung westdeutscher Wehrdienstpflichtiger in die BRD war im Rahmen der staatsrechtlich zwar nicht fixierten, aber dennoch praktizierten Rechtseinheit zwischen der BRD und Westberlin hoch umstritten. 1967 erschwerte das BVG in einem neuen Urteil die Zugriffsmöglichkeiten der BRD auf wehrdienstpflichtige Bundesbürger in Westberlin. <sup>162</sup>

Seit der Gründung des RCs war die Frage nach dem rechtlichen Status Westberlins auf Initiative der NG dort ein Thema gewesen. <sup>163</sup> Der sich kurz nach der Gründung im RC konstituierende „Berlin-Arbeitskreis“ hatte schon im September 1967 eigene Vorschläge zur „politischen und wirtschaftlichen Situation Westberlins“ erarbeitet und sie der Öffentlichkeit vorgestellt. <sup>164</sup> Bereits im September 1967 hatte Mahler eine Veranstaltung zum „Übergriff der Bundeswehr nach Westberlin“ initiiert, aus der eine RC-Beratungsstelle zur rechtlichen Beratung für angehende Wehrdienstverweigerer hervorgegangen war. <sup>165</sup> Die Desertationskampagne der Westberliner Protestbewegung, die ihren öffentlichen Höhepunkt im Sommer 1969 hatte, wurde etwa ein Jahr zuvor erneut aus dem Umfeld der ehemaligen NG, namentlich von Barthel und Mahler, initiiert und konnte auf diese Vorarbeit zurückgreifen. <sup>166</sup> Geplant war, die nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze ansteigende Zahl von Wehrdienstverweigerern dazu zu bewegen, sich mit einem Umzug unter dem

Motto „Westberlin – Deine Chance“ dem Zugriff der bundesrepublikanischen Behörden zu entziehen. Flankiert werden sollte dies durch eine „Musterklage“,<sup>167</sup> welche dazu beitragen sollte, den Rechtsstatus von Westberlin öffentlich zu klären, durch Pressekonferenzen mit Deserturen sowie Appellen an die alliierte Stadtkommandantur und die mit dem Ausflug betrauten Fluggesellschaften. Ziel der Kampagne sollte es explizit sein, „Westberlin eine neuartige politische Funktion“<sup>168</sup> zu geben. Mahler fasste seine Vorstellungen für eine weitere Entwicklung Westberlins im November 1968 folgendermaßen zusammen: „Viele in West-Berlin meinen – und ich zähle mich dazu –, daß die Stadt nur dann eine Zukunft hat, wenn sie eine eigenständige politische Rolle spielt zwischen der DDR und der Bundesrepublik und wenn sie ihre eigentümliche Stellung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten oder Staaten bewußt wahrnimmt.“<sup>169</sup>

Neben Mahler, der die Desertationskampagne als „Inszenator“<sup>170</sup> seit Ende 1968 maßgeblich vorangetrieben hatte, zählte auch der Bundeswehredeserteur Manfred Grashof, ein späteres RAF-Mitglied, zu den zentralen Akteuren der Kampagne. Zwar hatte Mahler noch im August 1968 kein Interesse an einer juristischen Vertretung Grashofs gezeigt,<sup>171</sup> jedoch im Zuge der Desertationskampagne dessen Mandat übernommen: Im November 1968 hatte Mahler auf einer RC-Pressekonferenz bekannt gegeben, dass er als Rechtsanwalt von Manfred Grashof Klage gegen das Land Berlin eingereicht habe.<sup>172</sup> Mahler wollte mit der Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof „den [Westberliner] Behörden endlich klare Richtlinien über Amts- und Rechtshilfe, d. h. Festnahme und Auslieferung und somit Vollstreckung der zahlreich vorliegenden Haftbefehle westdeutscher Gerichte“<sup>173</sup> abringen. Die eng mit dem RC und Mahler zusammenarbeitende *Internationale der Kriegsdienstgegner* (IdK) unterstützte die Feststellungsklage und unterhielt in den Räumlichkeiten des RC den Arbeitskreis „Bundeswehrangelegenheiten“,<sup>174</sup> bei dem sich die rund 14.000 in Westberlin befindlichen, wehrdienstpflichtigen Bürger der BRD über ihre Situation beraten lassen können sollten.<sup>175</sup>

Der Klageprozess verlief jedoch äußerst schleppend, weswegen die Kampagne 1969 vom RC neu belebt werden musste:<sup>176</sup> Im Juli 1969 provozierte die Desertationskampagne und ihr „Regisseur“<sup>177</sup> Mahler schließlich absichtlich Festnahmen von in Westberlin gemeldeten Wehrdienstpflichtigen. Mahler hatte die Aktion, bei der sich einige Aktivisten als Bundeswehrsoldaten kostümiert hatten, im Vorfeld auf einer Pressekonferenz angekündigt.<sup>178</sup> So ließen sich mehrere Aktivisten, unter ihnen Manfred Grashof, auf den für das Meldewesen

zuständigen Polizeirevieren festnehmen, um anschließend gegen ihre Ausweisung in die BRD protestieren zu können.<sup>179</sup> Zeitgleich hatte sich Mahler mit einem offenen Brief an die Alliierte Kommandantur sowie die Botschaften der UdSSR und der DDR gewandt und darin die „Verhaftung und Überstellung“<sup>180</sup> der Wehrdienstpflichtigen in die BRD als Bruch der Bestimmungen der 2. Proklamation des Alliierten Kontrollrates und des Kontrollratsgesetzes Nr. 8 (beide von 1945) bezeichnet. Mahler forderte die alliierten Siegermächte dazu auf, „sicherzustellen, daß die Verhafteten nicht gegen ihren Willen in die Bundesrepublik verbracht werden [...und] die Westberliner Behörden anzuweisen, die Verhafteten sofort auf freien Fuß zu setzen.“<sup>181</sup> Während sich die UdSSR nicht zu dem Appell Mahlers äußerte, flankierte die DDR die Versuche der Kampagne mit Erklärungen und Kommentaren, die Trennung Westberlins von der BRD voranzutreiben.<sup>182</sup> Die von Mahler initiierte Aktion zeigte propagandistischen Erfolg: Zu einer Demonstration vor der Justizanstalt in Moabit gegen die Ausweisung der Festgenommenen konnten im Juli 1969 etwa 2.500 Teilnehmer mobilisiert werden.<sup>183</sup> Dabei kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Folge die RPK eine weitere Radikalisierung der Kampagne forderte und diese dabei von einer „radikal-demokratischen“ in eine „sozialistische“<sup>184</sup> Phase transformiert sah, was seinen Ausdruck in der aktiven Aufforderung zur Desertation fand. Dennoch wurden mehrere inhaftierte Deserteure, unter anderem Grashof, Ende Juli 1969 von Westberlin in die BRD ausgeflogen, wogegen wiederum mehrere Protestaktionen stattfanden.<sup>185</sup> Ende August 1969 „warnte“ der Vorstand des RC sechs Charterfluggesellschaften, weiterhin Bundeswehrdeserteure in die BRD auszufliegen, ansonsten würden „politische Reaktionen“<sup>186</sup> erfolgen. Die Desertationskampagne wurde insbesondere von der militanten, anarchistisch-libertären Strömung der zerfallenden Protestbewegung unterstützt, dessen zentrales Organ *Agit 883* im Juli 1969 sogar eine Sonderausgabe anlässlich der Verhaftungen der Deserteure herausgab, auf deren Titel Innensenator Neubauer wegen „Menschenraub[s]“<sup>187</sup> zur Fahndung ausgeschrieben wurde.

Mahler knüpfte im Rahmen der Wehrdienstverweigerungskampagne an seine konzeptionellen Überlegungen zur Berlinfrage aus den frühen 1960er Jahren an und wollte Westberlin zu einer „entmilitarisierten“<sup>188</sup> Stadt umwandeln, die autonom neben der BRD und der DDR existieren sollte. Von dort aus sollte der Kampf gegen die „Refaschisierung“ der BRD aufgenommen werden. Nicht nur sollte dafür gekämpft werden, dass in Zukunft keine Bundeswehrdeserteure aus Westberlin in die BRD ausgeliefert würden („Amtshilfe zugunsten der

Faschisten“), sondern dass auch alle anderen „politisch Verfolgten“ nicht mehr an das „zunehmend autoritär-faschistische System“ der BRD ausgeliefert würden. Da nach Mahlers Argumentation die westlichen Alliierten die im Potsdamer Abkommen 1945 beschlossenen Grundsätze der Denazifizierung und Demilitarisierung Deutschlands mittlerweile nicht mehr vertreten und damit den „Faschisierungstendenzen“ in der BRD Beihilfe leisten würden, müsse umso entschlossener Widerstand gegen die Entwicklung in der BRD von „Berliner Boden aus geleistet werden“. Dies solle „rechtzeitig“, organisiert und militant geschehen, wobei Mahler prognostizierte, dass der „Widerstand [...] selbstverständlich auf die Gewaltmaßnahmen der Herrschenden in der Bundesrepublik stoßen“ werde. Nur die radikale Linke jedoch könne an die „Grundlagen, die einmal 1945 für eine antifaschistische Entwicklung in Deutschland gelegt wurden“, anknüpfen, denn: „[W]er sollte es sonst tun?“

Anfang August 1969 veröffentlichten die drei Westalliierten jedoch eine Erklärung, die die bisherige Praxis der Westberliner Behörden rechtfertigte.<sup>189</sup> Dort bekräftigten diese zwar den Status Berlins als „entmilitarisierte[r] Stadt“,<sup>190</sup> leiteten jedoch gerade daraus die Berechtigung der Westberliner Polizeibehörden ab, Deserteure aus der BRD festzunehmen und ihre Verbringung in die BRD zu organisieren. Schon vor der Erklärung der Alliierten hatte sich an der bisherigen Strategie der „Bundeswehrkampagne“<sup>191</sup> immer stärker werdende Kritik artikuliert. Vor allem die bisherige Taktik Mahlers, unter anderem an die alliierten Hoheitsrechte über Westberlin zu appellieren, die einen Einsatz westdeutscher „Vollzugsorgane“ verbieten würden, wurde in einem RPK-Artikel von Bernd Rabehl als „bürgerliche Realpolitik“ bezeichnet. Gefordert wurde eine „sozialistische“ Ausrichtung der Kampagne, die sich weit mehr gegen die Alliierten und insbesondere die NATO wenden sollte und sich dabei durchaus einer befreiungsnationalistischen Rhetorik bediente.<sup>192</sup> In der gleichen Ausgabe der RPK wurde auch eine Stellungnahme Mahlers bzw. des SAKs abgedruckt, in der das bisherige Vorgehen in der „Desertationskampagne“ verteidigt wurde.<sup>193</sup> Vor allem wollte das SAK sich gegen den Verdacht immunisieren, es betriebe das Geschäft der „Besatzungsmächte“, deren Auslegung der eigenen Entmilitarisierungsgesetze nichts als ein „zynisches Wortspiel“ und einen „Rechtsbruch“ darstelle. Mit ihrer Auslegung hätten die Alliierten die Praxis der westdeutschen Behörden legitimiert und damit in die „Rechte“ der „sozial-emanzipatorischen und antifaschistischen“ Bewegung in Westberlin eingegriffen, weshalb sich der Widerstand der Bewegung genauso gegen die „Besatzungsmächte“ richten müsse, wie gegen die „Repräsentanten“ des deut-

schen Monopolkapitals. Die alliierten westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hätten auf Grund der internationalen Entwicklung seit 1945 ihr Interesse an der Umsetzung des Potsdamer Abkommens verloren und insbesondere kein Interesse, den zunehmenden „Faschisierungstendenzen“ in der BRD entgegen zu wirken. Im Sinne von Mahlers Vorstellungen von Westberlin als einer „Freien Stadt“ sollte es, nachdem die Protestbewegung die Machtfrage für sich entschieden habe, möglich sein, vor dem „Faschismus“ in der BRD nach Westberlin fliehen zu können und von dort nicht mehr zurück in die BRD gebracht werden zu können. Im Sinne einer solchen „Lösung“ der „Westberlin-Frage“ müsse die Protestbewegung die „Grundsätze des Potsdamer Abkommens über die demokratische und antifaschistische Entwicklung in Deutschland aufnehmen“.

Auch antwortete Mahler zusätzlich persönlich auf Rabehls Kritik und verteidigte sein Konzept der „Bundeswehrkampagne“ als Teil einer Strategie, Westberlin mittelfristig zu einer von der BRD losgelösten politischen Einheit umzugestalten.<sup>194</sup> Zwar hatte Mahler keine Hoffnung mehr, mit den orthodox-kommunistischen Kräften in der Protestbewegung sinnvoll zusammenzuarbeiten, dennoch war er nicht dazu bereit, die DDR als politischen Bezugsrahmen aufzugeben: Noch hoffte Mahler auf eine „Regeneration der sozialistisch-revolutionären Bewegung in der DDR“. Einer Analyse Wolfgang Lefèvres folgend argumentierte Mahler unbedingt für eine Akzentuierung der Agitation in Westberlin auf spezifische Westberliner Fragen, da er sich dadurch wie Lefèvre „initiale Erschütterungen“ der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD und der DDR erhoffte. Rabehl hatte Mahler vorgeworfen, er und die ihm nahestehenden Strömungen würden mittels dieser spezifischen Westberliner Akzentuierung eine „Partikularisierung“ der Westberliner Protestbewegung vorantreiben. Mahler hingegen wollte die Westberliner Spezifika – die „Zerschlagung der praktizierten Rechts- und Verwaltungseinheit zwischen Westberlin und der Bundesrepublik“ sowie die „Verhinderung von Amtshilfe zugunsten der Bundesrepublik im Interesse des [...] Monopolkapitals“ – als Teil der „allgemeine[n] Teilhabe am antikapitalistischen Kampf“ verstanden wissen und verfolgte damit seine Vorstellung, aus Westberlin ein von der DDR und der BRD unabhängiges staatliches Gebilde zu formen. Ein erster Schritt hierzu war für Mahler – anknüpfend an seine Positionen Anfang der 1960er Jahre – die sukzessive Trennung Westberlins von der BRD. Auch die Desertationskampagne war für Mahler nur Mittel zum Zweck: Durch seinen Appell an die

Alliierten wollte er eine Reaktion derselben provozieren, die die Trennung Westberlins von der BRD vertiefen sollte.<sup>195</sup>

Weder die Arbeit des SAKs noch die Desertationskampagne konnte allerdings den sich beschleunigenden Zerfallsprozess der Protestbewegung aufhalten: Die im September 1969 bundesweit einsetzenden „wilden“ Streiks, die erstmals seit 1945 organisatorisch unabhängig von den bundesrepublikanischen Gewerkschaftsverbänden stattgefunden hatten, spielten im Rahmen der Organisationsdebatte eine große Rolle.<sup>196</sup> Die sich bereits unter anderem in den inhaltlichen Debatten der RPK während des gesamten Jahres 1969 spiegelnde Neigung der organisatorisch noch wenig festgelegten „antirevisionistischen“ Gruppen, die „Arbeiterklasse“ wieder als ein in marxistisch-leninistischen Kategorien gefasstes, alleiniges „revolutionäres Subjekt“ zu begreifen und alle vom ehemaligen „antiautoritären“ Lager vertretenen Ansätze einer neomarxistischen auf die *Kritische Theorie* zurückgreifenden Theoriebildung zu verwerfen,<sup>197</sup> wurde durch das Einsetzen der „Septemberstreiks“ beschleunigt.<sup>198</sup>

Die RPK argumentierte während der Septemberstreiks sowohl gegen die Politik der DKP, als auch gegen die DGB-Gewerkschaften – die Streiks wurden als Beginn einer grundsätzlichen strategischen Neuorientierung begriffen.<sup>199</sup> Die „parlamentarische Taktik“<sup>200</sup> der DKP, die zu Gunsten der linkstraditionalistischen Sammlungspartei *Aktion Demokratischer Fortschritt* (ADF) auf einen eigenständigen Antritt zur Bundestagswahl 1969 verzichtet hatte, habe erstere „vollends blind“ gemacht für die Entwicklungen und „Erfordernisse des Klassenkampfes“. Für die „antirevisionistische“ Linke sei die Bildung einer SPD-FDP-Regierung von Vorteil, da dies die Agitation unter den „streikenden Arbeitern“ erleichtern würde. Erst allerdings wenn die „antirevisionistische“ Linke in der Lage sei, eine „klare sozialistische Strategie des Klassenkampfes“ zu entwickeln, könnten auch organisatorische Erfolge in der „Arbeiterklasse“ erzielt werden. Mit dem Wahlerfolg der SPD 1969 und der Einleitung einer sozialliberalen Reformpolitik entfielen jedoch weitgehend die mobilisierenden Voraussetzungen der Protestbewegung, was zu einer weiteren Isolierung und Radikalisierung der verbliebenen linksradikalen Teile führen sollte.<sup>201</sup>

Die endgültige Zäsur für die nun auch innerhalb des „antirevisionistischen“ Lagers auftretenden organisatorischen Spaltungen war schließlich die RPK-Arbeitskonferenz Anfang Dezember 1969.<sup>202</sup> Wenngleich sich einige Mitglieder des „antirevisionistischen“ Lagers noch am spätesten seit der Delegiertenkonferenz im Herbst 1968 dysfunktional gewordenen SDS orientierten, löste sich dieser im Frühjahr 1970 im Zuge der Organisationsdebatte selbst auf.<sup>203</sup> Vo-

rausgegangen war ein Versuch der *ML-Fraktion*, sich in der RPK-Redaktion eine Mehrheit zu organisieren und die RPK als strömungspolitische Publikation zu nutzen,<sup>204</sup> weshalb von den anderen Fraktionen des „antirevisionistischen“ Lagers, insbesondere dem RPK-Beirat, der Geschäftsführung sowie Horst Mahler,<sup>205</sup> die Einberufung der Arbeitskonferenz initiiert wurde, die jedoch nicht mehr das Ziel haben sollte, eine „Minimalplattform als kleinstes gemeinsames Vielfaches aller Gruppen zu erarbeiten, sondern verbindliche Arbeitsergebnisse in der Strategie- und Organisationsdiskussion“ zu erzielen und so die „Funktion der RPK“<sup>206</sup> neu zu bestimmen. Schon im Vorfeld hatte Mahler gegen die *ML-Fraktion* Stellung bezogen und gleichzeitig die Fraktionierung im „antirevisionistischen“ Lager scharf kritisiert.<sup>207</sup> Die streitenden Fraktionen würde den stattfindenden „Clinch der Gruppen und Grüppchen mit revolutionärer Praxis“<sup>208</sup> verwechseln und dabei jeden Anschluss zum von Mahler heftig umworbenen Kollektiv der „Massen“ verlieren. Mahler forderte eine Rückbesinnung auf die einheitsstiftenden Momente der Bewegung und glaubte, diese Einheit mit einem erhöhten Militanzniveau wieder erreichen zu können: „Hört endlich auf, vom Widerstand nur zu quatschen! Macht ihn endlich praktisch!“<sup>209</sup> Zentraler Punkt auf der RPK-Arbeitskonferenz war die Frage, wie der aktuelle Stand der politischen Entwicklung im „antirevisionistischen“ Lager einzuschätzen sei und welche organisationspolitischen Konsequenzen daraus zu ziehen seien. Die *ML-Fraktion* hatte im Vorfeld die Gründung einer sozialistischen Sammlungsorganisation vorgeschlagen, wurde aber auf der Arbeitskonferenz von dem Vorschlag überrumpelt, sofort mit dem Aufbau einer kommunistischen Partei zu beginnen.<sup>210</sup> Die Gruppe, die diesen Vorschlag eingebracht hatte, war der spätere Führungskern der KPD/AO, unter anderem die ehemaligen SDS-Funktionäre Christian Semler und Jürgen Horlemann. Zwar konnte sich der Vorschlag auf der Arbeitskonferenz noch nicht durchsetzen, wurde aber wenig später mit der Gründung der KPD/AO dennoch in die Tat umgesetzt.<sup>211</sup> Auch die anderen fraktionellen Zerfallsprodukte des „antirevisionistischen“ Lagers, die späteren maoistischen marxistisch-leninistischen so genannten K-Gruppen, übernahmen nun die Lenin’schen Prinzipien einer bolschewistischen Kaderpartei für die eigene organisatorische Praxis. Da nach diesen das potentiell revolutionäre Kollektiv der „Arbeiterklasse“ von sich aus lediglich ein an gewerkschaftlichen Tagesforderungen orientiertes Bewusstsein entwickeln könne, sollten bzw. mussten die revolutionären Ideen durch gut ausgebildete Kader in die „Arbeiterklasse“ getragen werden. Zwar hatte auch die anarchistisch-libertäre Strömung um die Zeitschrift *Agit 883* einen positiven, klassen-

kämpferischen Bezug auf die Septemberstreiks genommen, wehrte sich jedoch gegen die zunehmende Dogmatisierung und den immer offener propagierten „antirevisionistischen“ bzw. maoistisch inspirierten Marxismus-Leninismus. Sich auf das Erbe des „antiautoritären“ Lagers der Protestbewegung berufend, forderte die *Agit 883* eine stärkere Bezugnahme auf die nationalen und sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt statt der Fixierung auf das deutsche (Industrie-)Proletariat.<sup>212</sup> Die Fraktionierung des „antirevisionistischen“ Lagers hatte zum Beginn des Jahres 1970 einen Stand erreicht, an dem es unmöglich wurde, zu gemeinsamen Aktionen aufzurufen. Lediglich die Kampagne anlässlich des Strafprozesses gegen Horst Mahler konnte die Gruppen noch einmal in einer gemeinsamen Aktion vereinen.<sup>213</sup>

Nach dem Ehrengerichtsprozess im November 1968 fanden 1969 und 1970 zwei weitere Prozesse im Zusammenhang mit den Osterunruhen gegen Mahler statt. Die Anfang 1969 verhandelte Privatklage Axel Springers gegen Mahler, der für die während der Osterunruhen an den Verlagsgebäuden in der Kochstraße entstandenen Schäden alleine haftbar gemacht werden sollte, bedrohte die wirtschaftliche Existenz Mahlers: Springer forderte in diesem Zivilprozess einen Schadensersatz von 506.996,71 DM.<sup>214</sup> Mahler sei „an der Spitze eines mit Steinen, Brandfackeln und Molotow-Cocktails bewaffneten Haufens“<sup>215</sup> in die Verlagsgebäude gestürmt. Neben der Schadensersatzforderung sollte Mahler in Zukunft verboten werden, Gewalt gegen den Springer-Verlag anzuwenden, den Vertrieb von Springers Zeitungen zu behindern sowie die Geschäftsräume des Verlags zu betreten.<sup>216</sup> Die von Mahler „geführten linksradikalen Kreise“ hätten versucht, „die wirtschaftliche Existenz“ Springers zu bedrohen und die „parlamentarisch-demokratische Freiheitsordnung“<sup>217</sup> zu zerstören. Nicht nur Vertreter der Protestbewegung und ihr sympathisierendes Umfeld äußerten den Verdacht, Springer wolle an Mahler ein Exempel statuieren, immerhin hatten sowohl das ehrengerichtliche Verfahren vom November 1968, der Zivilprozess als auch der Strafprozess 1969/1970 auf Springers Initiative hin stattgefunden.<sup>218</sup> Schily nannte Springers Forderung ein „zivilprozessuales Abenteuer“, das „einen Mann, der aus ideellen Gründen Studenten verteidigt“ habe, „mundtot“<sup>219</sup> machen solle. Trotz Schilys Engagement wurde Mahler vom Berliner Landgericht „dem Grunde nach“<sup>220</sup> zum Ersatz des vom Springer-Verlag auf 506.996,76 DM bezifferten Schadens verurteilt.

Kurz nach der Privatklage Springers folgte im Februar 1969, basierend auf einer Anzeige des Springer-Verlags,<sup>221</sup> die strafprozessuale Anklageerhebung gegen Mahler: Dieser habe während der Osterunruhen als „Rädelsführer“ an

„einer öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge teilgenommen“ und sei mit dem Einsatz von Gewalt in das Verlagsgebäude in der Kochstraße eingedrungen. Mahler sei einer „der maßgeblichen Leute“ der Protestbewegung und befürworte zur „Durchsetzung von politischen Zielen die Anwendung von Gewalt“.<sup>222</sup> Er habe zudem den etwa 1.500 Menschen umfassenden Demonstrationzug in der Nacht des 11. April 1968 angeführt und an einem Sturm auf das Gebäude teilgenommen. Infolgedessen hätten Demonstranten die Brandstiftungen an Fahrzeugen des Verlags begangen. Weiter habe Mahler am 12. April 1968 eine nicht genehmigte Demonstration in Richtung Berliner Gedächtniskirche angeleitet und zum Einsatz von Gewalt aufgerufen.<sup>223</sup> Die Anklage wurde – obwohl in Springers Zivilprozess gegen Mahler dessen Schuld nicht festgestellt werden konnte – im Juli 1969 zugelassen und der Prozess im November 1969 eröffnet.<sup>224</sup> Die Anwälte Mahlers – Otto Schily und Kurt Groenewold – beantragten unter anderem die Zeugenladung von Axel Springer, Heinrich Albertz, Klaus Schütz und Josef Bachmann.<sup>225</sup> Dadurch sollte die ursächliche Verantwortung Springers für die ablehnende Einstellung der Westberliner Bevölkerung gegenüber der Protestbewegung seit dem 2. Juni 1967 sowie seine Verantwortung für den Tod von Benno Ohnesorg und das Attentat auf Rudi Dutschke nachgewiesen werden.<sup>226</sup> Auch die besonders intensive Berichterstattung über die Aktivitäten Mahlers als „Springer-Feind[es] Nr. 1“<sup>227</sup> sowie der Versuch Springers, mit juristischen Methoden gegen diesen vorzugehen, sollten Gegenstand der Verteidigung werden. Die zeitgenössische linksradikale Publizistik betrachtete Schütz und Springer als „Agenten der Konterrevolution“<sup>228</sup> die Mahler mit juristischen Mitteln „politisch liquidier[en]“<sup>229</sup> wollen würde.

Während des Prozesses nahm Mahler auch selbst die Befragung von ausgewählten Zeugen der Verteidigung vor. So versuchte er unter anderem im Rahmen der Befragung des Dutschke-Attentäters Josef Bachmann, der weiten Teilen der Protestbewegung lediglich als manipuliertes, unwissentlich im Auftrag der Herrschenden bzw. Springers handelndes Opfer erschien, den Nachweis zu führen, dass dieser hauptsächlich aufgrund der Lektüre der *Bild*-Zeitung zum Attentat verleitet worden sei.<sup>230</sup> Auch an der Befragung des als Zeugen geladenen Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz nahm Mahler teil, wobei hier der Nachweis von Springers Einfluss auf die politischen Entscheidungen des Senats geführt werden sollte.<sup>231</sup> Insbesondere sollte Schütz durch die Konfrontation mit der Frage, warum er angesichts der Ereignisse während der Gegendemonstration zum *Internationalen Vietnamkongress* im Februar 1968, auf

der es beinahe zu einem Lynchmord an einem Dutschke ähnelnden Teilnehmer gekommen war, nicht das „faschistische Potential“ in Westberlin kritisiert und Partei für die sich in der Minderheit befindliche Protestbewegung genommen habe, sondern sich im Gegenteil mit einer offensiven Parteinahme für den US-amerikanischen Krieg in Vietnam hinter diese Gegendemonstration gestellt habe.<sup>232</sup> Als Schütz seine damaligen Äußerungen verteidigte, schrie Mahler ihn an, dass er sich angesichts dieses „Zynismus [...] als geohrfeigt betrachten“<sup>233</sup> solle. Nachdem Springers Anwalt Dietrich Scheid (der ehemalige Arbeitgeber von Horst Mahler aus den frühen 1960er Jahren) mehrfach erfolgreich eine Ladung seines Mandanten hatte verhindern können, musste Springer schlussendlich Anfang März 1970 dennoch für eine Zeugenvernehmung vor Gericht erscheinen. Während der Befragung zog Springer sich auf die Position zurück, dass er als Verleger keinen Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung der von ihm verlegten Zeitungen genommen habe, während Mahler, Schily und Groenewold den Nachweis zu erbringen versuchten, dass Springers Zeitungen und sein persönlicher Einfluss für die Ereignisse seit dem 2. Juni 1967 ursächlich verantwortlich seien, oder wie Mahler es formulierte: „Der Angeklagte [sic!] Springer hat nicht nur den Anschlag auf Rudi Dutschke auf dem Gewissen, sondern auch den Tod von Joseph Bachmann.“<sup>234</sup> (Dieser hatte sich in der Zwischenzeit im Gefängnis im Februar 1970 suizidiert.) An anderer Stelle bezeichnete Mahler Springers verlegerische Betätigung als „Volksverhetzung“.<sup>235</sup> Mahler führte während der Befragung Springers an, dass in dessen Verlag viele ehemalige Mitglieder der NSDAP angestellt seien, welche „mit der einschlägigen Erfahrung auf dem Gebiet der faschistischen Propaganda“<sup>236</sup> geübt darin seien, Pogromstimmung gegen gesellschaftliche Minderheiten zu entfachen. Als das Gericht die Befragung zu den „Lebensläufen“ von Mitarbeitern des Springer-Verlages abbrach, erklärte Mahler, wenn die Prozessbeteiligten nicht die Zusammenhänge zwischen der historischen Erfahrung während der nationalsozialistischen Herrschaft und der Berichterstattung der Springer-Medien herstellen könnten, dann sei „vollkommen klar, daß hier die Dummheit die Anklage erhebt und das Vorurteil zu Gericht sitzt und alle Tricks unternimmt, dieses Würstchen zu schützen!“<sup>237</sup> Wegen der Beleidigung Springers als „Würstchen“ erhielt Mahler umgehend drei Tage Ordnungshaft.<sup>238</sup> Während des knapp halbjährigen Prozesses, der die radikalsten Teile der zerfallenden Protestbewegung nochmals unter einem gemeinsamen Thema versammelt hatte, waren 102 Zeugen gehört worden. Schily und Groenewold plädierten im Bewusstsein, dass ein solcher „Antrag vergeblich“<sup>239</sup> sei, auf Freispruch, die Staatsanwaltschaft

forderte zwei Jahre Gefängnis. Am 18. März 1970 wurde Mahler wegen Landfriedensbruchs und schweren Aufruhrs zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt.<sup>240</sup> Otto Schily schickte Mahler daraufhin einen Brief mit dem Gedicht *Lob des Revolutionärs* von Berthold Brecht, welches das „wahre Urteil“<sup>241</sup> über Mahler enthalte. Mahlers Kollege Heinrich Hannover sprach angesichts des Urteils von einem „erschütternde[n] Beleg für das Demokratieverständnis der deutschen Justiz“.<sup>242</sup>

Hatte Mahler schon während des Jahres 1969 mehrfach den Einsatz von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung mehr oder weniger offen gefordert, so wurden auch die Solidaritätsbewegung mit Mahler während des Prozesses seit November 1969 stets mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen verknüpft, die sich ein Jahr zuvor am Tegeler Weg ereignet hatten.<sup>243</sup> In der *Agit 883* wurde mit dem Slogan „Zermahlen wir die Justiz“ zu militanten Aktionen zugunsten des „Genossen Mahler“ aufgerufen.<sup>244</sup> Während der Solidaritätskampagne mit Mahler wurde nochmals dessen hoher Stellenwert in der zerfallenden Protestbewegung und insbesondere für das „antirevisionistische“ und anarchistisch-libertäre Lager deutlich. Im Januar 1970 gründete sich das Komitee *Solidarität mit Mahler/Initiative Genossenschutz*, an dem die an den Westberliner Hochschulen entstandenen *Roten Zellen*, der RC, die Mehrheitsfraktion der RPK sowie die Redaktion der *Agit 883* beteiligt waren.<sup>245</sup> Neben der praktischen Unterstützung Mahlers sollte die „politische Dimension“<sup>246</sup> des Prozesses sowie seine Verknüpfung mit der Springer- und Justizkampagne Ziel der Arbeit des Komitees sein. Vor allem die militante *Agit 883* mobilisierte zu Mahlers Gunsten, den Titel der Ausgabe im Vorfeld des Urteils zierte ein handgezeichneter Molotowcocktail mit der Forderungen „Freispruch“ und „Hände weg von Mahler“.<sup>247</sup> Die militante Rhetorik der *Agit 883* führte kurz vor der Urteilsverkündung zu einem Brandanschlag von unbekanntem Sympathisanten Mahlers auf das Privathaus des Chefredakteurs der zum Springer-Verlag gehörenden *Berliner Zeitung*. Ein Bekennerbrief zur Tat, bei der lediglich ein geringer Sachschaden entstanden war, forderte „Hände weg von Mahler“.<sup>248</sup> Bereits anlässlich des Auftritts von Klaus Schütz vor Gericht hatten etwa 100 Demonstranten im Februar 1970 unter dem Slogan „Hände weg von Mahler“ durch „massive Störungen“<sup>249</sup> den ordentlichen Ablauf des Prozesses sowie die Arbeit im gesamten Gerichtsgebäude behindert. Am 7. März 1970 fand eine mit 5.000 Teilnehmern sehr gut besuchte „Massendemonstration“ des Komitees statt, die zur „Solidarität mit den Opfern der Klassenjustiz“<sup>250</sup> aufforderte. Im Demonstrationsaufruf sprach das Komitee davon, dass sich alle „revolutionä-

ren Gruppen [...] in der Aktion zur Verteidigung des Genossen Mahler vereinen“<sup>251</sup> würden. Die Demonstration sowie die Arbeit des Komitees im Allgemeinen wurde als Vorstufe der Gründung einer eigenständigen Rote-Hilfe-Organisation verstanden, als deren Vorläufer den Initiatoren das SAK galt.<sup>252</sup> Ein Redebeitrag des *Komitees für Genossenhilfe* sprach von Mahler als einem „Genossen“, der „der Klassenjustiz ihre Vernunftlosigkeit und ihre Arroganz ins Gesicht gesagt“ habe und an dem diese nun ein für die gesamte radikale Linke „demoralisierendes Exempel statuieren“<sup>253</sup> habe wollen, was jedoch durch die praktizierte Solidarität verhindert worden sei und nun im Aufbau einer Roten-Hilfe-Organisation zur Betreuung aller linken Gefangenen münden sollte. Anlässlich der Urteilsverkündung demonstrierten nochmals 4.000 Personen auf dem Kurfürstendamm und drückten laut *Agit 883* den „Kampfeswillen der revolutionären Linken“<sup>254</sup> aus, indem im Rahmen einer „Strafaktion“ gegen die „Bourgeoisie“ die Scheiben verschiedener Filialen von Springer-Zeitungen eingeworfen sowie mehrere Polizisten verletzt und Polizeifahrzeuge beschädigt wurden. Zwar wurde der „undifferenzierte“ Einsatz von Gewalt in der RPK kritisiert, von der *Agit 883* jedoch als Mobilisierungserfolg betrachtet.

Später sollte Mahlers Strafe unter die Amnestie des sozialliberalen Straffreiheitsgesetzes vom 20. Mai 1970 fallen;<sup>255</sup> Mahler, der während des Prozesses auf viele Beobachter einen desinteressierten und teilnahmslosen Eindruck gemacht hatte, hatte sich im Frühjahr 1970 jedoch bereits soweit radikalisiert, dass er nun dazu bereit war, den bisher schon mehrfach von ihm geforderten Einsatz von Gewalt auch selbst in die Praxis umzusetzen.

Nach der Trennung der traditionssozialistischen Bewegungsteile im Herbst 1968 entstanden ab 1969 weitere Zerfallsprodukte der ehemaligen Protestbewegung:

- Verschiedene, marginale Organisationen trotzkistischer und anarchistischer Provenienz,<sup>256</sup>
- mehrere ebenfalls nur marginalen politischen Einfluss erlangende traditionssozialistische, jedoch nicht DDR-apologetische Gruppen wie das *Sozialistische Büro* (SB), wengleich etliche traditionssozialistische Bewegungsteile während der 1970er Jahre in den Jusos, den Juso-Hochschulgruppen und dem SHB einen nicht unerheblichen Einfluss auf die SPD erlangen sollten,
- verschiedenste unpolitische Gruppen („Psychosekten“, Drogensubkulturen),

- Fermente neuer sozialer Bewegungen wie der Ökologie- und Frauenbewegung,
- eine sich in erster Linie durch einen subproletarischen Habitus vom „antirevisionistischen“ Lager abgrenzende, bisweilen militante, anarchistisch-libertäre Strömung (in Westberlin als *Blues* um die Zeitschrift *Agit 883*), aus der sich später unter anderem die Subkultur der so genannten Spontis entwickelte, die jedoch auch terroristische Gruppen wie die *Tupamaros Westberlin* und die *Bewegung 2. Juni* hervorbringen sollte
- sowie, als einflussreichste politische Strömung der radikalen Linken in den 1970er Jahren, eine aus dem „antirevisionistischen“ Lager hervorgehende maoistische Strömung, aus der sich sowohl die verschiedenen K-Gruppen als auch die RAF entwickeln sollten.<sup>257</sup>

Noch im Juni 1968 hatte Mahler – anknüpfend an sein Strategiepapier von 1962/66 – der Protestbewegung einen zwischen den bereits auseinanderdriftenden Lagern vermittelnden Vorschlag zur weiteren strategischen Orientierung gemacht, der jedoch mehrheitlich auf Desinteresse und Ablehnung gestoßen war. Nur kurze Zeit später spaltete sich die Protestbewegung über die Beurteilung des Einmarschs der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR, im September 1968 folgte mit der Gründung der DKP die auch organisatorische Abtrennung weiter Teile des traditionssozialistischen Lagers. Mahler, der schon früh das Mobilisierungspotential des „antiautoritären“ Lagers erkannt hatte und dabei bereits während der Hochphase der Protestbewegung in Konflikt mit der traditionssozialistischen Fraktion getreten war, positionierte sich seit Herbst 1968 nun offen auf Seiten der ersteren und versuchte, die zerfallende Protestbewegung durch einheitsstiftende Aktionen und Kampagnen wieder in die Offensive zu bringen. Sowohl im Rahmen des SAKs als auch in der Desertationskampagne vertrat Mahler hierbei ein Konzept, mit dem bereits vorhandene soziale Konflikte durch Agitation – und bald auch durch die Forderung nach dem praktischen Einsatz von Gewalt – radikalisiert und in eine revolutionäre Bewegung transformiert werden sollten. So forderte Mahler im Zusammenhang mit während der Desertationskampagne im Sommer 1969 inhaftierten Bewegungsaktivisten, deren Freilassung durch militante „wirksame“<sup>258</sup> und „entschlossene“ Aktionen zu erwirken. Durch den Einsatz von Gewalt erhoffte Mahler sich eine Aktivierung der „Massen“, denn gewaltloser und passiver „Widerstand“ drücke lediglich deren „Ohnmacht“ aus und habe 1933 dazu

geführt, dass die NSDAP an die Macht kommen konnte. Weiterhin blieb Mahler einer der zentralen Protagonisten der zerfallenden Protestbewegung.

Ebenso war auch in der Zerfallsphase der Protestbewegung Mahlers Bedürfnis nach einer stellvertretend für das identitäre Kollektiv der deutschen Nation vorgenommenen Abwehr der diffus empfundenen Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, deutlich erkennbar. Während Mahler noch 1966 einen tatsächlichen Exekutor der Shoa juristisch vertreten hatte, den er im Rahmen eines marxistisch-leninistischen Faschismusbegriffes, der die eigentliche Schuld an den Verbrechen zwischen 1933 und 1945 einer kleinen Gruppe nationalsozialistischer Spitzenfunktionäre und dem Finanzkapital in Form des „Monopolkapitals“ übertrug, für nur sehr begrenzt schuldig gehalten hatte,<sup>259</sup> versuchte er nun im Kontext der Vertretung von Beate Klarsfeld Bundeskanzler Kiesinger als einen „Alt-Neofaschisten“<sup>260</sup> zu entlarven. Hierbei war die Diskrepanz zwischen der Behandlung Jentzschs, der ein offensichtlicher NS-Verbrecher und Täter der Shoa gewesen war, und Kiesingers augenfällig, welcher, wenngleich früher NSDAP-Mitglied, zur nationalsozialistischen Vergangenheit ein durchaus reflektiertes, nüchtern-distanziertes Verhältnis artikuliert hatte und dessen zeitgenössische Politik jedenfalls keinen Anlass gab, ihn als „Neofaschisten“ zu bezeichnen, noch ihn in einem oben genannten schuldabwehrenden Zusammenhang als Teil der engeren nationalsozialistischen Funktionselite und „Erfüllungsgehilfen“ des „Monopolkapitals“<sup>261</sup> zu begreifen. Insbesondere während des Prozesses gegen Baader und Ensslin im Oktober 1968, den Mahler offensiv als Bühne für seine Positionen nutzte, interpretierte Mahler die radikale Tat der Brandstifter in schuldabwehrender Diktion als „Rebellion gegen eine Generation, die in der NS-Zeit millionenfache Verbrechen“ geduldet habe und setzte diese Verbrechen – implizit meinte Mahler damit die Shoa – mit der US-amerikanischen Kriegsführung in Vietnam gleich. Gegen diese führe die Protestbewegung nun richtigerweise den „Widerstand“, den die Elterngeneration einst zur Verhinderung der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft nicht geleistet habe. Mit dem Abklingen der Antivietnamkriegsbewegung entfiel für Mahler jedoch zunehmend die Möglichkeit, im Rahmen einer antiamerikanischen Schuldabwehr die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft mittels einer Gleichsetzung mit den „Verbrechen der USA in Vietnam“<sup>262</sup> zu relativieren bzw. abzuwehren. Zwar radikalisierten die entstehenden Zerfallsprodukte die bereits während der Hochphase der Protestbewegung weit verbreitete antia-

merikanische Schuldabwehr nochmals, jedoch war mit den zunehmenden Misserfolgen in der Mobilisierung auch die einst breite Resonanz verloren gegangen.<sup>263</sup> Mahlers Auftreten während der Prozessvertretung Klarsfelds hatte bereits 1969 nahegelegt, dass dieser sich – im Kontext der antizionistischen Wende in der radikalen Linken seit Sommer 1967 und dem misslungenen Attentat der *Tupamaros Westberlin* im November 1969 (s. u.) – mittlerweile (auch) eine antizionistisch inspirierte Schuldabwehr zu eigen gemacht hatte. Obwohl Mahler sich nach dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR deutlich von den orthodoxen kommunistischen Parteien abgrenzte, blieb die DDR doch noch ein positiver Bezugspunkt in seinem Weltbild – zumindest hoffte er auf eine „Regeneration der sozialistisch-revolutionären Bewegung in der DDR“ und betrachtete diese weiterhin als eine „geschichtlich fortschrittliche[n] sozialistische[n] Übergangsgesellschaft“.<sup>264</sup> Der bereits in der Hochphase 1967/68 von der Protestbewegung mehrheitlich vertretende marxistisch-leninistische Faschismusbegriff fand auch in fast allen Zerfallsprodukten der Bewegung Verwendung und hatte dabei stets – vor allem im „antirevisionistischen“ Lager – (auch) eine schuldabwehrende Funktion.<sup>265</sup>

### Mahler im „bewaffneten Kampf“ (1970-1973)

Schon mit dem auslaufenden Jahr 1968 hatte Mahler eine Position entwickelt, die zunehmend ausbleibende Mobilisierung zu Aktionen der Protestbewegung durch eine gesteigerte Militanz wieder zu vitalisieren. Mahlers Perspektive war, wie er intern formulierte, der „bewaffnete[n] Aufstand“.<sup>266</sup> Wenngleich vor allem Mahler seit 1967 als militanter Stichwortgeber der Protestbewegung aufgefallen war, konnte er hierbei durchaus mit breitem Zuspruch aus deren Reihen rechnen: Der zentrale „Ursprungsmythos“ derselben, das „insgeheimen Magnetfeld“ war die Vokabel der Gewalt bzw. der Militanz.<sup>267</sup>

Seit 1967 und vor allem nach den Ereignissen in Folge des 2. Juni hatte die „antiautoritäre“ Fraktion im SDS und der Protestbewegung auf „direkte Aktionen“ gedrängt, die den Latenzcharakter der staatlichen Gewalt in den „Metropolen“<sup>268</sup> freilegen sollten: Besonders Rudi Dutschke forderte im Rahmen einer „Eskalationsstrategie“ die in der kapitalistischen Gesellschafts- und Herrschaftsordnung innewohnende Gewalt sicht- und erfahrbar zu machen, was Mahlers „bewaffneten Aufstand“ als Fernziel zumindest implizierte und stets von einer ausschweifenden Gewaltretorik begleitet wurde.<sup>269</sup> Mit dem so genannten Organisationsreferat auf der SDS-Delegiertenkonferenz im Septem-

ber 1967 führten Dutschke und Krahl den Begriff der Stadtguerilla erstmals in die Diskussionszusammenhänge der Protestbewegung ein, wenngleich die Forderung nach der „Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit“<sup>270</sup> (noch) nicht als Aufruf zur Gründung paramilitärischer Stadtguerillaformationen verstanden wurde. Wenngleich die Gewaltfrage seit Beginn der Protestbewegung in derselben angelegt war, vollzog sich die stufenweise Entgrenzung der Gewalt, der zweifellos nur eine Minderheit folgte und die ihr Zentrum im Westberliner SDS hatte, erst in Folge des Dutschke-Attentats und der darauf folgenden Osterunruhen:<sup>271</sup> Bereits kurz zuvor jedoch hatten unter anderem Baader und Ensslin mit der Brandstiftung in Frankfurt am Main das in die Tat umgesetzt, was die *Kommune I* zuvor noch (vermeintlich) spielerisch angekündigt hatte.<sup>272</sup> Wenn insbesondere Mahler immer wieder die Diskussionen über den Einsatz von Gewalt vorangetrieben hatte, so sprach er nicht nur für sich, sondern im Namen des Teils der Protestbewegung, dem dieser ebenfalls als adäquates Mittel erschien, um die seit Sommer 1968 abebbende Mobilisierung wiederzubeleben. So ist es auch mehr als ein biographischer Zufall, dass die Gewaltdiskussion ausgerechnet anlässlich der martialisch so genannten Schlacht am Tegeler Weg anlässlich Mahlers Ehrengerichtsverfahrens im November 1968 an Fahrt aufgenommen hatte. Initiativ war Mahler an der Veröffentlichung der gewaltapologetischen Erklärung der RC-Vorstandsmehrheit beteiligt (s. o.), in der der Einsatz von Gewalt als mögliches Mittel zur Überwindung der Mobilisierungsschwierigkeiten der Protestbewegung seit Mitte 1968 bezeichnet wurde.<sup>273</sup> Seit Beginn des Jahres 1969 versuchten Teile der zerfallenden Protestbewegung dies in die Praxis umzusetzen: Im Februar 1969 besuchte der amtierende US-Präsident Richard Nixon Westberlin, was Einzelpersonen aus dem Umfeld der *Agit 883* bzw. des *Blues* veranlasste, das 1967 von der *Kommune I* rhetorisch vorweggenommene Bombenattentat auf einen Repräsentanten der USA tatsächlich auszuführen. Allein dem Zufall in Form eines technischen Defekts war es zu verdanken, dass die am Wegrand der Paraderoute deponierte Bombe nicht detonierte.<sup>274</sup> Auch anlässlich der kurz darauf in Westberlin stattfindenden Bundespräsidentchaftswahlen im März 1969 waren von Mahler im Auftrag des RCs koordinierte Proteste geplant,<sup>275</sup> in deren Kontext es im Umfeld des RCs zu Befürchtungen kam, es werde sich die Konfrontation mit der Staatsgewalt vom November 1968 wiederholen. Mahlers martialische Ankündigungen gegenüber der Presse ließen jedenfalls eine solche Interpretation zu: Er drohte, dass die Bundesversammlung angesichts der massenhaften Proteste „hinter Stacheldraht-Barrikaden“ werde wählen müssen und kündigte eine europaweite

Mobilisierung der radikalen Linken im „Kampf“ gegen die Bundesversammlung an.<sup>276</sup> Der RC rief alle linken Gruppen dazu auf, sich an den Protesten gegen den Besuch Nixons und die Abhaltung der Bundesversammlung zu beteiligen. Dabei sollte auf Mahlers Initiative hin zum Ausdruck gebracht werden, dass die Protestbewegung Widerstand gegen die „Integration Westberlins in das spätkapitalistische System“ der BRD, gegen den Anspruch der BRD auf die im Zweiten Weltkrieg verlorenen Ostgebiete, gegen die „beabsichtigte Zerstörung der geschichtlich fortschrittlichen sozialistischen Übergangsgesellschaft in der DDR“ sowie die „Bestrebungen, Deutschland als imperialistische Großmacht wiederherzustellen“<sup>277</sup> leiste. Auch die *Agit 883* mobilisierte gegen die „Bundesversammlung [...], auf der alte und neue Nazis einen alten Nazi zum Präsidenten der Bundesrepublik wählen“ und die von den Demonstranten „zum Teufel“<sup>278</sup> gejagt werden sollte.

Diese praktischen Aktivitäten der zerfallenden Protestbewegung wurden von theoretischen Diskussionen über den Begriff der ‚Militanz‘ begleitet. Diese war begrifflich zwischen einem Gewalt- und einem Terrorakt anzusiedeln, zielte dabei zwar auf die physische Integrität des Gegners und nahm insofern Verletzungen von Personen zumindest in Kauf, unterschied sich jedoch vom Akt des Terrors dahingehend, als dass sie nicht aus dem Hinterhalt heraus begangen werden und sich auch nicht gegen Unbeteiligte richten sollte.<sup>279</sup> Als Militante begriffen sich auch die späteren Protagonisten der ersten bundesrepublikanischen bzw. Westberliner Stadtguerillaformation, welche sich jedoch nicht aus einem maoistisch inspirierten marxistisch-leninistischen Zusammenhang gegründet hatte, sondern ihre Ursprünge in der im Zuge des Zerfalls der Protestbewegung entstandenen, milieuhaften anarchistisch-libertären Subkultur der so genannten *Haschrebellen* bzw. des *Blues* hatte.<sup>280</sup> Das zentrale Publikationsorgan dieses Milieus war die *Agit 883*, zudem spielte neben den Diskussionen über den Einsatz von Gewalt auch Drogenkonsum eine große Rolle.<sup>281</sup> Außer Teilen der ehemaligen *Kommune I* war die *Wieland-Kommune* (die im gleichen Gebäude wie der RC untergebracht war) die zweite Keimzelle der späteren *Tupamaros Westberlin*. Im Juli 1969 versammelte sich das militante Milieu der Protestbewegung bundesweit im so genannten Knast-Camp im fränkischen Ebrach,<sup>282</sup> wo unter anderem über militante Strategien und die weitere Arbeit der *Agit 883* diskutiert wurde.<sup>283</sup> Eine Gruppe um Dieter Kunzelmann, Ina Siepman und Georg v. Rauch reiste von Ebrach über Italien nach Jordanien, um sich im Oktober 1969 in einem Trainingslager der *El Fatah* bei Amman militärisch ausbilden zu lassen und mit *El Fatah*-Funktionären die Möglichkeiten von pro-

palästinensischen Aktionen in der BRD zu diskutieren.<sup>284</sup> Ende Oktober 1969 befand sich die Gruppe wieder in Westberlin und unternahm konkrete Schritte zur Gründung der *Tupamaros Westberlin*. Die Reise nach Jordanien hatte hierbei zu einem Bruch in der militanten Szene in Westberlin geführt,<sup>285</sup> die radikalisierten Zurückgekehrten seien nur noch für wenige Leute in der militanten Linken „zu sprechen“<sup>286</sup> gewesen.

Erstmals in Erscheinung traten die *Tupamaros Westberlin* bei dem missglückten terroristischen Anschlagversuch auf das Jüdische Gemeindehaus in Westberlin am Jahrestag der Reichskristallnacht im November 1969. Geplant und koordiniert wurde der Anschlagversuch von Dieter Kunzelmann, ausgeführt hatte ihn Albert Fichter, der jüngere Bruder von Tilman Fichter, wenngleich die deponierte Bombe aus den Beständen des *Verfassungsschutzes* von dessen Mitarbeiter Peter Urbach geliefert wurde.<sup>287</sup> Das Bekennerschreiben, das als Flugblatt auf der am gleichen Abend im RC stattfindenden Diskussionsveranstaltung mit dem Titel *Palästina – ein neues Vietnam?* ausgelegt worden war, begriff den Nahostkonflikt als nach Vietnam nächste „Front[en]“ der internationalen antiimperialistischen Kräfte gegen den „US-Imperialismus“.<sup>288</sup> Der Text setzte mehrfach den Staat Israel mit dem historischen Nationalsozialismus gleich: So führe die Regierung der BRD „unter dem Deckmantel der Bewältigung der faschistischen Gräueltaten an den Juden“ die Politik des nationalsozialistischen Deutschen Reichs fort, indem es mit den Entschädigungsgeldern die „faschistischen Gräueltaten Israels gegen die palästinensischen Araber“ finanziere. Aus israelischer Gefangenschaft geflohene palästinensische „Freiheitskämpfer“ würden über „Gestapo-Foltermethoden“ berichten und die israelische Armee in den arabischen Gebieten Massaker verüben, die in ihrer Beschreibung an das Agieren der Waffen-SS und der Wehrmacht in den vom Deutschen Reich während des Zweiten Weltkriegs besetzten Gebieten erinnerten. Der Kampf der *El Fatah* gegen Israel habe Vorbildcharakter für den weltweiten Kampf gegen den „Imperialismus“. Dass es sich bei dem missglückten Anschlag um einen Versuch spezifisch deutscher Schuldabwehr gehandelt hatte, wurde im Schlussteil des Flugblatts deutlich: Die gescheiterten Attentäter nahmen explizit Bezug auf die Reichskristallnacht 1938 und hatten das Datum ihres Anschlags absichtlich auf den 9. November gelegt. Die neben dem Bombenanschlag am gleichen Tag in Westberlin stattgefundenen Schändung mehrerer jüdischer Mahnmale (mit „Schalom und Napalm“-Schmierereien) seien „nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren“, sondern ein „entscheidendes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität“. Die bis zum Sommer 1967 in der Linken

mehrheitlich vorherrschende proisraelische Position (die von den Flugblattauctoren als „theoretische[r] Lähmung“ verstanden wurde) sei der falsche Ausdruck eines „deutschen Schuldbewußtseins“ über die Shoa. Eine korrekte antifaschistische Position könne hingegen nur die „klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden Feddayin [sic!]“ sein. Aus den Erfahrungen der „verbal-abstrakten Aufklärungsmethoden“ im Rahmen der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg sei die Einsicht erwachsen, dass die „enge Verflechtung des zionistischen Israels mit der faschistischen BRD“ nur durch militante, „konkrete Aktionen“ bekämpfbar sei:

„Jede Feierstunde in Westberlin und der BRD unterschlägt, daß die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“

Der Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus sollte den Beginn dieses Kampfes gegen den „Weltimperialismus“ einläuten. Die militante und explizit antizionistische *Agit 883* druckte das Bekennerschreiben kommentarlos ab. Da das Bekennerflugblatt in den Räumen des RCs gefunden worden war, vermutete die Polizei die Attentäter in dessen Umfeld und durchsuchte am 11. November 1969 die Räumlichkeiten des RC. Die zu diesem Anlass vom RC-Vorstand, dem Mahler immer noch angehörte, herausgegebene Presseerklärung fasste einleitend die antizionistisch-antisemitische Position der Flugblattverfasser zusammen, um sich dann vom misslungenen Bombenanschlag zu distanzieren:<sup>289</sup> „Bomben in der jüdischen Gemeinde und Aktionen gegen Denkmäler für die Opfer des deutschen Faschismus [sind] keine geeigneten Mittel, [...um] auf faschistische Entwicklungen in Israel hinzuweisen.“ Allerdings war auch der RC-Vorstand der Auffassung, dass „die westdeutsche Linke endlich der [...] falschen Alternative ‚Garantie der Existenz des zionistischen Staates oder Vernichtung der Israelis‘ eine konsequente anti-imperialistische Strategie entgegen setzen“ müsse, da die Existenz des „zionistischen Staates Israel“ auf der „Nichtexistenz des palästinensischen Volkes“ basiere. Insbesondere wehrte sich der RC gegen die in der Öffentlichkeit in den Tagen nach dem misslungenen Anschlag gezogenen, totalitarismustheoretisch inspirierten Parallelen zwischen links und rechts: Wer immer die Bombe in das Gemeindehaus gelegt habe, habe damit die „Strategie der Konterrevolution begünstigt.“ Die Antwort der

radikalen Linken müsse nun die „Herausarbeitung einer konsequent anti-imperialistischen Strategie für den Nahen Osten“ sein.<sup>290</sup> In einem Brief an Heinz Galinski, den Vorsitzenden der *Jüdischen Gemeinde in Berlin*, der kein Wort der Entschuldigung oder des Bedauerns enthielt, wies man darauf hin, dass, obwohl sich der RC als vehementer Kritiker des „zionistischen Israel[s]“ verstehe, das „Beschmieren von Denkmälern für die Opfer des Faschismus und Bomben in jüdische Gemeindehäuser[n] keine Mittel der politischen Auseinandersetzung“<sup>291</sup> seien.

Mahler selbst hatte den versuchten Anschlag auf die *Jüdische Gemeinde* 1969 stets auch als Wendepunkt in seiner eigenen Biographie bezeichnet, an dem er begonnen habe, über den praktischen Einsatz von Gewalt nachzudenken.<sup>292</sup> Zwar habe er – im Einklang mit der Presseerklärung des RC-Vorstands, die Mahlers damalige Position gut zusammenfassen dürfte – das konkrete Ziel, die Jüdische Gemeinde und jüdische Denkmäler, abgelehnt, nicht jedoch auf Grund einer nicht-antizionistischen Position, vielmehr war Mahler nicht der Auffassung, dass mit einem Anschlag auf eine jüdische Einrichtung ein ähnlich mobilisierender Effekt wie durch die Agitation gegen den Vietnamkrieg zu erzielen sei.<sup>293</sup> Mahler war sich sowohl in der antizionistischen Weltsicht als auch mit dem Einsatz von Gewalt mit den Attentätern einig – wemgleich er zum damaligen Zeitpunkt die Wahl des Anschlagziels aus taktischen Gründen ablehnte.<sup>294</sup>

Der missglückte Bombenanschlag und die Presseberichterstattung, die den Antisemitismusrwurf auf die gesamte Linke ausweitete, löste in der radikalen Linken Westberlins eine Debatte über das Wesen des Antisemitismus aus. Im Umfeld des RCs und der *Agit 883* wurde nun gefordert, den (historischen) Antisemitismus mit den theoretischen Beiträgen von Marx, Engels, Luxemburg, Lenin und Mao Tse-Tung zu analysieren und einen theoretisch fundierten Antizionismus zu formulieren.<sup>295</sup> Ausgehend von Lenins Imperialismusbegriff und einem marxistisch-leninistischen Faschismusverständnis wurde der moderne Antisemitismus des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts in der Phase des Imperialismus bzw. Spätkapitalismus als „Rassismus“ begriffen,<sup>296</sup> den die „Herrschenden“ bzw. das „Monopolkapital“ bewusst-planend dazu eingesetzt hätten, um der „angestaute[n] Wut des Volkes“ ein Ventil zu verschaffen. Die Angst des nichtjüdischen „Kleinbürgertums“, welches der soziale Träger des Antisemitismus sei, durch das Agieren des Monopolkapitals „proletarisiert“ zu werden und der bürgerliche Glaube an die Höherwertigkeit der eigenen Rasse sowie die Angst vor der „proletarischen Revolution“ habe

letztlich die Massenbasis zur nationalsozialistischen Machtübernahme bereit gestellt. Während der nationalsozialistischen Herrschaft seien mittels der höheren Entwicklung der spätkapitalistischen Technologie („Einführung des Fließbandes in die KZs“) die Weiterentwicklung vom Pogrom zum Völkermord ermöglicht und von den Nationalsozialisten durchgeführt worden. Nach 1945 hätten sich die nationalsozialistischen Täter von einst jedoch eine „philosemitische Ideologie“ angeeignet und wären somit zur „Hauptstütze eines aggressiven Zionismus in Israel“ geworden. Aus diesen theoretischen Überlegungen wurde eine antizionistische Positionsbestimmung für die zeitgenössische radikale Linke abgeleitet.

Die im Spätherbst 1969 in der Westberliner radikalen Linken stattfindende Debatte um das Wesen des Antisemitismus und die Forderung nach einer pro-palästinensischen, antiimperialistischen und antizionistischen Position der deutschen Linken im Nahostkonflikt hatte ihren Ursprung bereits im Sommer 1967 gehabt. Sowohl die tradierten Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (unter anderem SPD, DGB, SJD, SHB) als auch der SDS sowie kirchliche Gruppen und einzelne Linkliberale hatten sich nach 1945 als dezidiert pro-israelisch verstanden und in den Fragen der materiellen Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft und der Shoa sowie der juristischen Verfolgung von NS-Verbrechern die weitestgehende Position innerhalb der postnationalsozialistischen Gesellschaft der BRD eingenommen.<sup>297</sup> Seit den späten 1950er Jahren artikulierten die oben genannten Organisationen ihre pro-israelische Position in der Öffentlichkeit jedoch weniger stark, da die Reaktionen aus der Bevölkerung vor allem gegenüber Forderungen nach materieller Entschädigung tendenziell ablehnend waren.<sup>298</sup> Bereits vor 1967 war die proisraelische Haltung des SDS einer inneren Distanzierung gewichen, die sich aus der Überzeugung speiste, mit der eigenen, im Rückgriff auf einen marxistisch-leninistischen Faschismusbegriff als antifaschistisch verstandenen, antikapitalistischen Aktivität bereits die nötigen Konsequenzen aus der nationalsozialistischen Vergangenheit gezogen zu haben sowie den immer noch in der Bundesrepublik existierenden Antisemitismus ignorierte.<sup>299</sup> Die SED und die KPD hingegen waren bereits in den frühen 1950er Jahren auf die antizionistische Position der KPdSU eingeschwenkt.<sup>300</sup>

In die allgemeine Radikalisierung der Protestbewegung nach der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 fiel auch der Sechstagekrieg, in dem sich Israel gegen die seit Wochen zuspitzenden Angriffs- und Vernichtungsdrohungen seitens der arabischen Anrainerstaaten mit einem Präventivschlag

zur Wehr setzte und rasch militärische Erfolge erringen konnte. Im Ergebnis besetzte Israel mehrheitlich von Palästinensern bewohnte Gebiete (Jerusalem, Westjordanland, Gaza), die bis dahin von Ägypten und Jordanien besetzt waren, was zu einer massiven palästinensischen Fluchtbewegung führte, teilweise auch ausgelöst durch israelische Vertreibungen.<sup>301</sup> Zwar versagte der SDS dem israelischen Staat seine Solidarität, dennoch waren im Sommer 1967 die Positionen in der radikalen Linken noch nicht einheitlich pro-palästinensisch bzw. antizionistisch geprägt. Doch insbesondere die Bezugnahme des SDS auf die sozialrevolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt führte zu einer antiimperialistischen Interpretation des Sechstagekriegs bzw. des gesamten Nahostkonflikts; so verlautbarte der SDS-Bundesvorstand:

„[Wir] Sozialisten in der BRD, die wir von Anfang an den Kampf gegen den Antisemitismus nicht nur unter moralischen, humanitären oder gar anti-rassistischen Gesichtspunkten betrieben haben, [dürfen] in der jetzigen Situation unsere Gefühle für das israelische Volk nicht verwechseln [...] mit der rationalen, ökonomischen und politischen Analyse der Position des Staates Israel im internationalen Konfliktsystem zwischen den hochindustrialisierten Ländern und den Ländern der Dritten Welt“.<sup>302</sup>

Auch Ulrike Meinhof hatte sich in einer *Konkret*-Kolumne ähnlich geäußert.<sup>303</sup> Noch distanzierten sich einige SDS-Gruppen von der Erklärung des Bundesvorstandes, vereinzelt waren im SDS sogar noch pro-israelische Stimmen vernehmbar.<sup>304</sup> Auch der RC nahm im Sommer 1967 noch eine distanzierte, eher neutrale Haltung zum Nahostkonflikt ein und veranstaltete noch im September 1967 eine Diskussionsveranstaltung zur „politischen Lage über die Nahostkrise“,<sup>305</sup> ohne sich im Vorfeld antizionistisch zu positionieren. Dass der seit Sommer 1967 verstärkt auftretende antizionistische Antisemitismus keine alleinige Domäne der „antiautoritären“ Fraktion war, belegte eindrücklich eine Stellungnahme aus dem Umfeld der traditionssozialistischen Fraktion des SDS, mit der sich Wolfgang Abendroth gegen die Solidarität mit Israel aussprach:

„Auch bei dem gegenwärtigen Präventivkrieg muß [...] Israel keineswegs nur den Feudalherren der monarchischen arabischen Staaten, sondern vor allem der Bevölkerung der im wesentlichen progressiven republikanischen Militärdiktaturen als Vortrupp amerikanischer imperialistischer Interessen erscheinen. [...] Im Weltmaßstab gesehen [sei]

leider eine Situation entstanden, in der die Gesamtinteressen der kolonialen Revolution, der sozialistischen Länder und auch des revolutionären Flügels der internationalen Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern stärker mit denen der arabischen Staaten [...] als mit den Interessen Israels übereinstimmen [würden.]“

während eine „Identifikation des sozialistischen Internationalismus [...] mit der gegenwärtigen Politik Israels bei aller Sympathie für die israelische Bevölkerung [...] unmöglich“<sup>306</sup> sei. Abendroths Position nahm die weitere Entwicklung im SDS vorweg: Der SDS-Bundesvorsitzende äußerte wenig später, der SDS habe es „nicht nötig, philosemitisch aufzutreten“, da man als deutscher Linker „keinen Antisemitismus zu bewältigen“<sup>307</sup> habe. In einer Beschlussvorlage für die Delegiertenkonferenz im September 1967 sollte der SDS auf eine antizionistische Position festgelegt werden. Dort hieß es: „Der Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kann nur auf dem Hintergrund des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker gegen die Unterdrückung durch den angloamerikanischen Imperialismus analysiert werden [...]. Der SDS verurteilt die israelische Aggression gegen die antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten.“<sup>308</sup> Dieser Betrachtung des Nahostkonflikts folgte die Aberkennung des Existenzrechts des Staates Israel: „Die Anerkennung des Existenzrechts der in Palästina lebenden Juden durch die sozialrevolutionäre Bewegung in den arabischen Ländern darf nicht identisch sein mit der Anerkennung Israels als Brückenkopf des Imperialismus und als zionistisches Staatsgebilde.“<sup>309</sup> Die Vorlage wurde auf der folgenden Delegiertenkonferenz zwar nicht verabschiedet, dennoch aber den offiziellen Konferenzunterlagen beigelegt. Ein Grund für die noch betriebene Rücksichtnahme auf die Wirkung, die ein solcher Beschluss in der Öffentlichkeit gehabt hätte, mag zum einen die Kritik älterer SDS-Mitglieder und anderer Linker an der Neupositionierung gewesen sein, zum anderen auch ein gewisses Gespür für die mediale Dynamik der Protestbewegung.<sup>310</sup> Dennoch hatte sich die radikale Linke in der BRD seit Herbst 1967 mehrheitlich auf eine antizionistische Nahostposition festgelegt. In den kommenden Monaten war die Protestbewegung jedoch schwerpunktmäßig mit der Mobilisierung gegen die Notstandsgesetzgebung und mit der Anti-Springer-Kampagne beschäftigt, so dass der Nahostkonflikt vorübergehend nur wenig Beachtung fand. Dennoch festigte sich im Verlauf des Jahres 1968 der Antizionismus in der zerfallenden Protestbewegung weiter.<sup>311</sup>

Die bundesdeutschen Eliten hingegen und insbesondere die Zeitungen des Springer-Verlages sowie Teile der Bevölkerung ergriffen in diesem Konflikt

überwiegend Partei für Israel. Bisweilen trug dieser Philosemitismus Züge einer nachholenden, schuldentlastenden Wiedergutmachung, so titelte beispielweise die *Bild-Zeitung* während des Sechstagekrieges: „Unsere wirkliche Wiedergutmachung hat [...] erst jetzt begonnen.“<sup>312</sup> Außer der Protestbewegung artikulierte nur noch die 1967 bereits in mehreren Länderparlamenten vertretene NPD eine antizionistische Position.<sup>313</sup> Parallel hierzu nahm – hauptsächlich als Folge der demographischen Entwicklung – die antisemitische Einstellung in der deutschen Bevölkerung leicht ab, wenngleich 1974 immer noch 20% aller Westdeutschen starke antisemitische Einstellungen aufwiesen.<sup>314</sup> Bereits zur Jahreswende 1967/68 warnten einzelne prominente, ältere Linke vor einer antizionistischen Positionierung der radikalen Linken, unter anderem Günter Grass, Herbert Marcuse und – am weitsichtigsten – Jean Améry, der insbesondere auf die Wesensverwandtschaft von Antizionismus und Antisemitismus hinwies.<sup>315</sup> Alle Einwände gegen eine antizionistische Anti-Israel-Positionierung der radikalen Linken wurden jedoch entweder ignoriert oder riefen massive Abwehrreaktionen hervor.<sup>316</sup>

In der Zerfallsphase der Protestbewegung seit Herbst 1968 verfestigte sich die antizionistische Position in der Linken nochmals und konnte im Rahmen einer aufkommenden „Palästinasolidarität“ in diversen Komitees weitere Kräfte mobilisieren, die der Protestbewegung mit dem Abebben der Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg mittlerweile fehlten.<sup>317</sup> Erst im Sommer 1969 jedoch kam es anlässlich einer Vortragsreise von Asher Ben-Natan, des ersten israelischen Botschafters in der BRD, zu einer regelrechten Antizionismuskampagne der radikalen Linken. Ben-Natan hielt an 19 westdeutschen Universitäten Vorträge zur Situation im Nahen Osten und wurde unter anderem in Frankfurt von deutschen Linken, palästinensischen *El Fatab*-Anhängern und einer kleinen Gruppe jüdischer Antizionisten an der Durchführung seines Auftritts gehindert. Dort wurde er als „Faschist“ bezeichnet und mit den Sprechchören „Zionisten raus aus Palästina“ und „Nazi-Kiesinger und Ben Nat[h]an, eine Clique mit Dajan“<sup>318</sup> bedrängt. Auf die darauffolgende negative öffentliche Resonanz der Protestaktion antworteten der SDS und der AStA der Universität Frankfurt in einer Presseerklärung und vertraten darin einen antiimperialistisch aufgeladenen antizionistischen Antisemitismus: So imaginierten sie eine „Hetzkampagne gegen alle Kritiker des Zionismus und des Staates Israel“ und legten Wert auf die Feststellung, dass sich ihr Kampf und der der *El Fatab* „nicht gegen die Juden, sondern gegen den Zionismus“ richte. Im Kampf gegen den Zionismus und dessen Wunsch nach einem „rein jüdischen Staat“ müsse „entweder [Par-

teij für die zionistischen Unterdrücker oder für die jüdischen und arabischen sozialrevolutionären Kräfte“ ergriffen werden. Diese Positionierung erfüllte bereits alle von der heutigen Antisemitismusforschung benannten Kriterien für einen antizionistischen Antisemitismus:<sup>319</sup> sie delegitimierte den Staat Israel als unrechtmäßigen „rein jüdische[n] Staat“, sie legte an den jüdischen Staat doppelte Standards im Gegensatz zu anderen Staaten an (unter anderem im Rahmen der Behauptung, der Zionismus als jüdische Nationalbewegung sei illegitim) und sie dämonisierte Israel als „zionistischen Unterdrücker“. Zudem setzte eine solche Position Juden und „Zionisten“ bereits miteinander synonym und popularisierte analog zu den Positionen der *El Fatah* die Abschaffung des Staates Israel.<sup>320</sup> Auch in Hamburg und Westberlin wurde gegen den Auftritt Ben-Natans protestiert.<sup>321</sup> Zur Mobilisierung für die Proteste in Westberlin erschien Ende August 1969 erstmals ein Artikel des Westberliner Palästina-Komitees in der RPK, der die Geschichte des Nahostkonflikts aus einer antizionistischen Perspektive nachvollzog.<sup>322</sup> In der gleichen Ausgabe befand sich auch der Aufruf zur Demonstration gegen den Besuch Ben-Natans in Westberlin. Ben-Natan sei der „Vertreter eines Staates, der sich auf eine rassistische Ideologie“ berufe, der die „ausdrückliche Solidarität mit dem westlichen Imperialismus“<sup>323</sup> betone sowie die „Einheitsbestrebungen der arabischen Welt ständig zu verhindern“ suche. Dieser antiimperialistisch inspirierte Antizionismus wurde von der *Agit 883* zum gleichen Anlass wesentlich deutlicher formuliert; dort wurde Ben-Natan als „Marionette des zionistischen Imperialismus“<sup>324</sup> bezeichnet. Ben-Nathan, der auch in Westberlin von anwesenden Demonstranten des SDS, der jüdisch-antizionistischen Gruppe *Maḏ-Pen* und *El Fatah*-Mitgliedern am Sprechen gehindert wurde, setzte das Verhalten der linksradikalen Demonstranten mit dem der Nationalsozialisten gleich, was der *Agit 883* als diskussionsunwürdige „Polemik“ erschien. Im antizionistischen Weltbild der *Agit 883* stellte Israel einen imperialistischen, militaristischen, rassistischen und kolonialistischen Staat dar, der einem gemeinsam von antizionistischen Juden und „palästinensischen Widerstandskämpfern“ erbauten sozialistischen und jüdisch-arabischen Staat weichen müsse.

Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung des RC im August 1969 war es bei einem Vortrag eines jüdisch-israelischen Politikwissenschaftlers durch Besucher aus dem Umfeld des RC bzw. SDS zu antisemitischen Störungen gekommen.<sup>325</sup> Die israelische Zeitung *Maariv* hatte das Verhalten der Veranstaltungsbesucher mit dem von „Neo-Nazis“<sup>326</sup> gleichgesetzt. Der Diskussionsleiter des RCs wehrte sich gegen die Presseberichterstattung, die er als „bewußt

entstellt<sup>327</sup> bezeichnete, ging auf die Vorwürfe des Antisemitismus jedoch nicht weiter ein. Insbesondere in Westberlin war dieser antizionistische Antisemitismus Ausdruck einer allgemeinen Radikalisierung der Bewegung und gleichzeitig ein manchen geeignet erscheinendes Mittel, wieder – wie im Fall der Bewegung gegen den Vietnamkrieg – eine größere Anzahl an Menschen für die Protestbewegung zu mobilisieren und damit die zunehmende Fraktionierung rückgängig zu machen, was insbesondere durch die Substituierung der FNL durch die *El Fatah* als neue antiimperialistische *peer group* der bundesdeutschen radikalen Linken illustriert wurde. Für den 4. September 1969 riefen der SDS, das *Palästina-Komitee Westberlin*, die *El Fatah* und eine antizionistisch-jüdische Gruppe zu einer Demonstration für ein „revolutionäres Palästina“<sup>328</sup> auf. Im Demonstrationsaufruf wurde die *El Fatah* romantisierend und realitätsfern als militantes und antiimperialistisches Vorbild idealisiert: „Die Guerillaverbände, in denen die Söhne und Töchter Palästinas versammelt sind, haben Sieg um Sieg errungen, Israel, dem Aggressionswerkzeug des US-Imperialismus, wirkungsvolle Schläge versetzt und im Kampf im Nahen Osten gewaltigen Wandel geschaffen.“ Erst mit dem „Widerstand durch den bewaffneten Kampf“ habe das seit seiner „Vertreibung“ 1948 „geschlagene palästinensische Volk“ einen Ausweg aus einer verfahrenen Situation gegen das „faschistische Israel“ gefunden. Eine für diese Demonstration mobilisierende Ausgabe der *Agit 883* illustrierte ihren Titel mit einem palästinensischen Kind, das ein Maschinengewehr (mutmaßlich) im Kampf gegen die israelischen Streitkräfte bedient.<sup>329</sup> Im vom Westberliner Palästina-Komitee verfassten antisemitischen Leitartikel wurde zum wiederholten Male der „bewaffnete Kampf“ der *El Fatah* als mobilisierendes Vorbild für die deutsche Protestbewegung gepriesen und Israel mehrfach mit dem nationalsozialistischen Deutschland („Nationalzionismus“, „nationalsozialistische Blitzsieger“)<sup>330</sup> gleichgesetzt.

Vielfach ist auf den Zusammenhang zwischen der Abwehr einer diffus empfundenen Schuld bezüglich der Shoa und der Entstehung eines antizionistischen Antisemitismus in der radikalen Linken nach 1967 hingewiesen worden und erstere dabei oftmals als die alleinige Ursache von zweiterem betrachtet worden.<sup>331</sup> Allerdings müssen im Rahmen eines Erklärungsversuches für die Entstehung eines linken antizionistischen Antisemitismus mehrere Ursachen bzw. Traditionslinien betrachtet werden:

1. ein bewusster linker Nationalismus („Befreiungsnationalismus“), der sich im Rahmen einer antiimperialistischen Identifikation mit den „Völkern“ der Dritten Welt auch und vor allem mit dem „pa-

lästinensischen Volk“ gegen Israel und die USA verbündete bzw. in eins setzte,

2. das für eine Biographie Horst Mahlers zentrale, oftmals unbewusste Bedürfnis nach einer Identifikation mit dem nationalen Kollektiv und einer Abwehr der diffus empfundenen Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, sowie
3. eine – ebenfalls für die Biographie Horst Mahlers bedeutsame – Traditionslinie, in der die strukturellen Affinitäten eines marxistisch-leninistischen und eines antizionistischen bzw. offen antisemitischen Weltbildes eine Erklärung für die antizionistische Wende in der radikalen Linken seit 1967 bereit stellen. Dieser strukturelle Antisemitismus hatte seinen Ursprung in der Imperialismustheorie Lenins, in der Übernahme eines bürgerlichen Nationalismus in die Staats- und Herrschaftsideologie des Marxismus-Leninismus unter Stalin sowie der Dimitrow-Formel der 1930er Jahre.<sup>332</sup>

Wenngleich Schuldabwehr also nicht die einzige Ursache für die Entstehung eines antizionistischen Antisemitismus in der radikalen Linken nach 1967 gewesen ist und die drei oben genannten Traditionslinien in der Regel eng miteinander verwoben artikuliert wurden (und werden), so äußerte sich die Traditionslinie der Schuldabwehr nach 1967 in der deutschen radikalen Linken dennoch am vehementesten.

Dass die Protestbewegung seit ihrem Beginn ein vielfach schuldabwehrendes Verhältnis zu den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft artikuliert, wurde bereits mehrfach deutlich gemacht: Weder beschäftigte sie sich mit den Prozessen gegen NS-Verbrecher, noch begriff sie Antisemitismus als zeitgenössisches Problem, während sie gleichzeitig mittels der Verwendung eines marxistisch-leninistischen Faschismusbegriffes die BRD Ende der 1960er Jahre an der Schwelle zu einem neuen „Faschismus“ imaginierte. Mehrfach, insbesondere während der Anti-Springer-Kampagne und der Anti-Notstandskampagne, inszenierten sich ihre Protagonisten angesichts der öffentlichen und staatlichen Reaktionen selbst als Verfolgte, als die „Juden von heute“.<sup>333</sup> Schon während der Ereignisse um den 2. Juni 1967 verlautbarte der SDS, die protestierenden Studierenden seien „zu den Juden“<sup>334</sup> eines bundesrepublikanischen Antikommunismus geworden und betrieb dadurch eine zweifache Relativierung der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, indem er einerseits sich selbst mit den Opfern der Shoa und zum

anderen den zweifellos in der BRD und vor allem in Westberlin weitverbreiteten Antikommunismus mit dem historischen Antisemitismus gleichsetzte. Der wie Mahler aus einer nationalsozialistischen Familie stammende Bernward Vesper schrieb 1967:

„Die Sportpalasthysterien der kleinbürgerlichen Massen finden sich mit der autoritären Erlauchtheit altpreußischer Honoratioren zur neuen Einheitsfront von oben zusammen: gemeinsam mit einer terroristischen Berichterstattung eröffnen sie eine Jagd, in der sich diese Stadt seit Goebbels Zeiten übt, die sie seit je beim Morgenkaffee genießt, die Kesseljagd, die schon seit 35 Jahren andauert, auf Juden, Kommunisten und – jetzt – die kritische Intelligenz der Studenten.“<sup>335</sup>

Schon vor den *Tupamaros Westberlin* hatten radikal antizionistische Teile der Protestbewegung die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit pro-palästinensischen Gruppen sondiert: Bereits im Juli 1969 besuchte eine Gruppe führender SDS-Mitglieder ein Ausbildungslager der *El Fatab* in Jordanien, unter anderem um dort Kooperationsmöglichkeiten zwischen linken Antizionisten und der *Palestine Liberation Organization* (PLO) zu prüfen.<sup>336</sup> Diese zunächst geheim gehaltene Reise sorgte in den bundesdeutschen Medien für irritierte Reaktionen.<sup>337</sup> Die Beziehungen zwischen SDS und *El Fatab* verfestigten sich jedoch, so dass im Dezember 1969 führende SDS-Vertreter an einer PLO-Konferenz in Algier teilnahmen, auf der unter anderem der „Endsieg“ über den jüdischen Staat gefordert wurde.<sup>338</sup>

In der maßgeblich von Mahler initiierten Formierung der RAF kulminierten 1970 die beiden oben skizzierten Radikalisierungsprozesse der ehemaligen Protestbewegung, wenngleich sich die erste bundesdeutsche Stadtguerilla nicht aus dem „antirevisionistischen“ Lager, sondern aus der anarchistisch-libertären Westberliner Subkultur heraus gegründet hatte. Für die *Tupamaros Westberlin* war Mahler im Herbst/Winter 1969 eine wichtige Kontaktperson, die der Gruppe bei der Gestaltung ihrer teilweise bereits illegalen Lebensumstände behilflich war und im Gegenzug an den Diskussionen der Gruppe beteiligt wurde, wobei sich Mahler hierbei erste Erfahrungen in konspirativen Verhalten aneignen konnte.<sup>339</sup> Im Nachgang des missglückten Anschlags der *Tupamaros Westberlin* auf die *Jüdische Gemeinde* wurden Mahlers Überlegungen zum praktischen Einsatz von Gewalt akut. Mahler war sich zwar in seiner antizionistischen Weltanschauung mit den Attentätern einig, hatte allerdings die Wahl des Anschlagsziels aus taktischen Gründen abgelehnt (s. o.). Er selbst betonte später auch die Rolle,

die Springers Privatklage gegen ihn und seine damit einhergehende finanzielle Verschuldung bei seinem Gang in den Terrorismus gespielt habe.<sup>340</sup> Wenn gleich der Springer-Verlag tatsächlich gegen Mahler als alleinigem Urheber der im Rahmen der Osterunruhen entstandenen Sachschäden stellvertretend für die Protestbewegung prozessiert hatte, war dessen Entscheidung, den Aufbau einer militanten Gruppe voranzutreiben, jedoch weniger überraschend, als es die zeitgenössischen Reaktionen vermuten ließen: Stets hatte Mahler den Einsatz von Gewalt – auch in einer breiteren, über die linken Gruppen der 1960er Jahre hinausreichenden Öffentlichkeit – lediglich aus taktischen, nie aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Zudem spiegelte Mahlers Gang in den Terrorismus die allgemeine Radikalisierung der auseinanderfallenden Protestbewegung wider: Auch andere führende Protagonisten beteiligten sich am Aufbau militanter Organisationen, so beispielweise Dieter Kunzelmann, Fritz Teufel und Ulrike Meinhof. Bereits im Rahmen der politischen Arbeit des SAKs als auch während der Desertationskampagne im Sommer 1969 hatte Mahler ein Konzept entwickelt, mit dem bereits vorhandene soziale Konflikte durch den Einsatz von Gewalt radikalisiert werden sollten, was das identifikatorisch umworbene Kollektiv der „Massen“ schließlich dazu veranlassen sollte, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen.<sup>341</sup>

Im Rahmen einer internen Auseinandersetzung zwischen Mahler und dem Führungskern der *Tupamaros Westberlin*, mutmaßlich über den missglückten Anschlag auf die Jüdische Gemeinde, löste sich ersterer aus deren Diskussionszusammenhängen und begann mit dem Aufbau einer eigenen militanten Gruppe,<sup>342</sup> die zu Beginn vor allem in den Mietkomitees des Märkischen Viertels aktiv war und sich zunehmend einer militanten Praxis öffnete.<sup>343</sup> Mahler sondierte im Winter 1969/70 weitere mögliche Aktivisten, so auch den mittlerweile in London lebenden Rudi Dutschke:

„Die Szenerie der Linken in Berlin und Westdeutschland bedürfte dringend einer fachkundigen Analyse. Die hassvolle Atmosphäre ist entnervend. Die Genossen bringen sich alle – zur Zeit noch verbal – gegenseitig um. Die schlimmsten Missverständnisse werden zum Ausgangspunkt immer neuer ‚Fraktionierungen‘. Das ganze bekommt mehr und mehr operettenhafte Züge. Ich glaube, wir haben einen Punkt erreicht, wo man sich nicht mehr um die Konsequenzen drücken kann. So wie die Dinge heute liegen, wird es notwendig sein, Dir alsbald wieder auf die Bude zu rücken, um über diese Konsequenzen zu reden“<sup>344</sup>

schrrieb Mahler im Januar 1970 an Dutschke. Wenngleich dieser nicht bereit war, sich am Aufbau einer militanten Gruppe zu beteiligen, so hatte er dennoch keine prinzipiellen Einwände gegen ein solches Projekt.<sup>345</sup> Später sprach Mahler davon, er und Dutschke seien damals „im Dissens, aber nicht unfreundschaftlich auseinandergeschieden.“<sup>346</sup> In Mahlers Gruppe waren um die Jahreswende 1969/70 unter anderem dessen Mandant Manfred Grashof, seine Geliebte Renate Wolff, die SAK-Mitarbeiterin Monika Berberich sowie Petra Schelm aktiv, ebenso stand er in Kontakt mit Ulrike Meinhof sowie mit Andreas Baader und Gudrun Ensslin.<sup>347</sup>

Bereits kurz nach der Urteilsverkündung im Kaufhausbrandprozess gegen letztere im Oktober 1968 hatte Mahler Revision beim BGH eingelegt, womit das Urteil vorerst nicht rechtskräftig wurde, wenngleich die Angeklagten dennoch weiter in Untersuchungshaft verblieben.<sup>348</sup> Zwar konnte sich Mahler aufgrund seiner Verpflichtungen in Westberlin nur sehr eingeschränkt um die in Frankfurt inhaftierten Angeklagten „kümmern“,<sup>349</sup> hielt aber engen brieflichen Kontakt – auch zu deren Angehörigen. Nachdem Mahler bereits im Februar 1969 Haftprüfung im Fall Baaders beantragt hatte, da „Anhaltspunkte für eine Fluchtgefahr“<sup>350</sup> nicht gegeben seien, sowie wegen der langen Dauer über eine Revisionsentscheidung im Mai 1969 eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die verantwortlichen Sachbearbeiter des BGHs erhoben hatte,<sup>351</sup> setzte das Oberlandesgericht Frankfurt schließlich im Juni 1969 die Haftbefehle außer Kraft und entließ die vier Angeklagten vorübergehend.<sup>352</sup> Als der BGH jedoch im November 1969 den Antrag auf Revision ablehnte, flohen Baader und Ensslin über Frankreich nach Italien und entzogen sich so dem Antritt ihrer Haftstrafen.<sup>353</sup> Dort suchte Mahler die beiden auf, um sie für die im Aufbau befindliche Gruppe zu „rekrutieren“. <sup>354</sup> Als Anfang Februar 1970 ein Gnaden gesuch an das hessische Justizministerium ebenfalls abgelehnt wurde, folgten Baader und Ensslin Mahler nach Westberlin und beteiligten sich an den Diskussionen über die Formierung einer militanten Gruppe.<sup>355</sup> Im März 1970 fand ein „Gipfeltreffen“ der militanten Gruppen und Einzelpersonen in Westberlin statt: In der Wohnung von Ulrike Meinhof trafen sich vermutlich unter anderem Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler, Dieter Kunzelmann, Georg v. Rauch und Thomas Weißbecker.<sup>356</sup> Über eine eventuelle Zusammenarbeit konnte jedoch keine Einigung erzielt werden, zu stark waren die *Tupamaros* in der Westberliner Subkultur des *Blues* verwurzelt, als dass diese sich dem Dominanzanspruch von Mahler und Baader gebeugt hätten.<sup>357</sup> Im

Anschluss vereinbarten Baader und Ensslin mit der Gruppe um Mahler den Aufbau einer gemeinsamen militanten Organisation.<sup>358</sup>

Erstmals versuchte Mahler seine Überlegungen zum Einsatz von Gewalt im Zusammenhang mit der Aktivität der Gruppe im Märkischen Viertel in Berlin-Reinickendorf praktisch umzusetzen. Dort war Mahler führend an der Gründung von Mietkomitees beteiligt gewesen und bemühte sich im Rahmen des SAK um die Vertretung von Familien, die wegen Mietrückständen juristisch in Bedrängnis gekommen waren.<sup>359</sup> In der soziokulturellen Struktur des Märkischen Viertels, einer Art Berliner „Slum“,<sup>360</sup> vermutete Mahler Potential für eine erfolgreiche Umsetzung seines militanten Konzeptes. Die Aktivitäten von Gruppen aus dem Umfeld der Protestbewegung im Märkischen Viertel reichten bis in den Herbst 1968 zurück, als eine studentische Ad-hoc-Gruppe der *Pädagogischen Hochschule* dort Sozialarbeit unter den dortigen jugendlichen „Rocker[n]“ betrieben und im Herbst 1969 als Zukunftsperspektive für die Arbeitsgruppe eine umfassende „Politisierung“ der im Märkischen Viertel lebenden „Randgruppen“<sup>361</sup> formuliert hatte. Während sich Ende 1969 andere Teile des „antirevisionistischen“ Lagers bereits in der Vorbereitung von Parteigründungen befanden, diskutierten Einzelpersonen und Arbeitsgruppen nach den unbefriedigenden praktischen Erfahrungen der vorangegangenen Monate im Rahmen eines strömungsübergreifenden Seminars abermals die in der frühen studentischen Protestbewegung rezipierte „Randgruppentheorie“ Herbert Marcuses und versuchten, diese auf eine neue, theoretisch verallgemeinernde Grundlage zu stellen.<sup>362</sup> Marcuses Theorie ging davon aus, dass die Industriearbeiterschaft in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten vollständig in das gesellschaftliche System integriert und deshalb außerstande sei, ein revolutionäres Bewusstsein zu entwickeln. Um dennoch die für eine erfolgreiche Revolution nötige Beteiligung der Arbeiterklasse zu erreichen, sei die Aktivierung von am Rande der Gesellschaft existierenden gesellschaftlichen Gruppen – wie den Intellektuellen oder sozial Marginalisierten – nötig, die katalytisch dazu beitragen könnten, ein revolutionäres Bewusstsein in der Arbeiterklasse zu erzeugen.<sup>363</sup> Alle vier maßgeblichen Gründungsfiguren der späteren RAF waren in Kampagnen bzw. Gruppen aktiv, die einen engen Bezug zur Randgruppenstrategie hatten: Während Meinhof als Journalistin über die Situation in Erziehungsheimen publizierte und Baader und Ensslin 1969 in der so genannten Heimkampagne im Frankfurter Raum aktiv gewesen waren, hatte Mahler sich im Frühjahr 1970 im Rahmen der im Aufbau befindlichen militanten Gruppe zusammen mit Meinhof im Märkischen Viertel engagiert.<sup>364</sup> Noch am 14. April

bat Mahler bei Dutschke brieflich um Informationen über Mieterstreiks und Mieterselbsthilfe in London, „da sich zur Zeit im Märkischen Viertel in Berlin sehr interessante Dinge entwickeln“ würden.<sup>365</sup> Mahler versuchte, in der Bevölkerung des Märkischen Viertels moralische Empörung über die dortigen sozialen Missstände zu entfachen und gleichzeitig die Arbeit der politischen Aktivisten durch militante Aktionen zu radikalisieren.<sup>366</sup> Anlässlich einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung mit Verwaltungsangestellten des Sozialamts agitierte Mahler die Bevölkerung gegen die Behandlung durch die sozialdemokratisch geführte Amtsleitung und bemühte sich im Sinne der Randgruppenstrategie, das Verhalten der sozial Deklassierten gegenüber den identifikatorisch umworbenen „Massen“ als vorbildlich darzustellen und zur Nachahmung zu empfehlen:

„[Die sozial Deklassierten] haben vielleicht schon sehr viel mehr begriffen als wir, die wir uns richtig elend fühlen, wenn wir mit der Miete mal ein paar Tage im Rückstand kommen oder überhaupt nichts zahlen können [...], die wir [...] die Gesundheit unserer Frauen durch die doppelte Last der Berufsarbeit und des Haushaltes ruinieren, unseren Kindern nicht die Erziehung geben, die ihrer Begabung und ihrem Lebensrecht entspricht.“<sup>367</sup>

Im Frühjahr 1970 plante die Gruppe im Rahmen einer militanten Aktion die gezielte Radikalisierung der politischen Aktivitäten im Märkischen Viertel, die die „Einheit der Arbeiter, Angestellten und der jungen Intelligenz“ herstellen und neue „Kampfformen“ erproben sollte.<sup>368</sup> In einem Stufenplan wurde eine exemplarische militante Hausbesetzung minutiös geplant: Einem Kern von 10-15 Gruppenmitgliedern, welcher die grundlegenden Fragen der „Propaganda, Technik und Information“ zu planen hatte, wurden, um die Geheimhaltung zu wahren, erst einen Tag vor der Aktion 30-45 weitere Personen zur Seite gestellt, die die Hausbesetzung durchführen und das Haus „unter der Anwendung von Gewalt“ stürmen sollten. Nach sieben Besetzungstagen sollte das Haus schließlich an eine soziale Einrichtung des Märkischen Viertels „übergeben“ werden. Die für den 4. Juni 1970 geplante Aktion war detailliert ausgearbeitet und sollte propagandistischen Zwecken dienen. Das Manuskript schloss mit dem Satz: „Brecht die Macht der Senatsfaschisten“.<sup>369</sup> Wenngleich die Besetzungsaktion wegen der geplanten Befreiung Baaders nicht umgesetzt wurde, stürmte eine von Ulrike Meinhof und Peter Hohmann angeführte Gruppe am 1. Mai 1970 ein Stadtverwaltungsgebäude im Märkischen Viertel.<sup>370</sup> Meinhof wurde dabei

festgenommen, konnte aber kurz darauf nach einer Intervention Mahlers wieder freigelassen werden.<sup>371</sup> Auch die erste praktische militante Aktion Mahlers fand im Märkischen Viertel statt: Nachdem Mahlers Gruppe beschlossen hatte, mit Baader und Ensslin zusammenzuarbeiten, verübte die Gruppe mit Molotowcocktails einen Brandanschlag auf ein Verwaltungsgebäude im Märkischen Viertel. Auch Mahler schmiss dabei einen Molotowcocktail auf das Gebäude, verfehlte sein Ziel jedoch zum Spott der anderen Gruppenmitglieder.<sup>372</sup> Im praktischen Einsatz von Gewalt war der kleinkriminelle Baader dem rhetorisch versierten, prominenten Rechtsanwalt Mahler überlegen, was diesen auch später noch tief beeindruckte, denn Baader „war über bestimmte Dinge hinaus, in denen wir noch drin steckten und war dadurch natürlich für uns ein Faszinosum [...] Ich weiß noch, wie das also für mich und Ulrike [Meinhof] schwierig war, dieses Niveau zu erreichen. Dass man ein Auto knacken kann und dabei keine Schuldgefühle hat und diese[n] ganzen Geschichten.“<sup>373</sup> Zwar griff der Gründungstext der entstehenden RAF die Erfahrungen im Märkischen Viertel und Mahlers Militanzkonzept nochmals auf, die spätere Praxis der RAF wandte sich jedoch von Mahlers Vorstellungen ab. Mahlers Konzeption einer militanten Gruppe entsprach 1970 weit weniger dem der späteren RAF als vielmehr dem Verständnis basisbezogener Stadtguerilla der späteren *Bewegung 2. Juni* oder der frühen italienischen *Brigade Rosse* in Norditalien.<sup>374</sup>

Während der Formierungsphase der zukünftigen RAF war Andreas Baader im April 1970 bei dem Versuch, auf einem Friedhof in Berlin-Buckow nach dort versteckten Waffen zu graben, von der Polizei festgenommen worden.<sup>375</sup> Mahler war bei den Versuchen, Waffen für die Gruppe zu organisieren – trotz vielfacher Warnungen aus dem militanten Milieu – einem Hinweis des *Verfassungsschutz*-Mitarbeiters Peter Urbach gefolgt, der wiederum die Polizei informiert hatte.<sup>376</sup> Seit Baaders Verhaftung legte die Gruppe ihren Diskussionsfokus auf eine gewaltsame Gefangenenbefreiung. Mit Hilfe einer fingierten Ausführung Baaders, die von Mahler als dessen Anwalt gegenüber den Behörden durchgesetzt wurde, in das *Institut für soziale Fragen*, wo er zusammen mit Ulrike Meinhof angeblich an einem Buchprojekt arbeiten sollte, wurde Baader am 14. Mai 1970 gewaltsam von Gudrun Ensslin, Ingrid Schubert, Irene Goergens und einem bis heute unbekanntem Mann aus der Gefangenschaft befreit, wobei ein Institutsangestellter lebensgefährlich angeschossen wurde. Mahler selbst war an der Aktion nicht beteiligt, eine Kenntnis der Befreiung Baaders muss jedoch angenommen werden, wenngleich sie ihm nie nachgewiesen werden konnte.<sup>377</sup> Die Westberliner Polizei leitete daraufhin die größte Fahndung nach 1945 ein,

in deren Kontext auch die Privatwohnung Mahlers und die Praxisräume des SAKs von der Polizei durchsucht wurden.<sup>378</sup> Gegenüber der Presse äußerte sein Kollege Klaus Eschen, Mahler befinde sich mit seiner Familie bis Mitte Juni in Urlaub.<sup>379</sup> Am 4. Juni 1970 wurde schließlich auch gegen Mahler ein Ermittlungsverfahren wegen „Beihilfe zur gemeinschaftlichen Gefangenenbefreiung“<sup>380</sup> eingeleitet. Anscheinend war von der Gruppe ein solchermaßen massiver Fahndungsdruck nicht vorgesehen worden, insbesondere hätte weder nach Meinhof noch nach Mahler gefahndet werden sollen.<sup>381</sup>

Ebenfalls am 4. Juni 1970 erläuterten Ensslin, Baader, Meinhof und Mahler der international renommierten Journalistin Michèle Ray ihre Vorstellungen einer militanten politischen Praxis.<sup>382</sup> Am Abend des gleichen Tages überbrachte Mahler Ray ein nach diesem Gespräch von Ulrike Meinhof besprochenes Tonbandgerät, auf dem diese im Namen der Gruppe die Gründe für die Befreiung Baaders erläuterte.<sup>383</sup> Teile von Meinhofs Erklärung wurden später im *Spiegel* veröffentlicht.<sup>384</sup> Nur einen Tag später, am 5. Juni 1970, erschien der erste Text der entstehenden RAF in der *Agit 883* unter dem Titel *Die Rote Armee aufbauen*.<sup>385</sup> Darin begriff die Gruppe die Befreiung Baaders als Beginn der bewaffneten Auseinandersetzung mit dem Staat, welcher von den „Genossen der 883“ publizistisch und agitatorisch begleitet werden sollte. Als revolutionäres Subjekt seien die „potentiell revolutionären Teile des Volkes“, die prekarierten Randgruppen und nicht die verkleinbürgerlichte Arbeiterbewegung zu agitieren. Noch zeigte sich Mahlers theoretischer Einfluss auf die Gruppe: Die „Rote Armee“ werde aufgebaut, um die latent schwelenden sozialen „Konflikte auf die Spitze treiben zu können“ und sich militant gegen das staatliche Gewaltmonopol („Bullenherrschaft“) zur Wehr zu setzen. Die im Aufbau befindliche „Rote Armee“ setzte sich in eine Reihe mit der FNL, den palästinensischen Befreiungsorganisationen, den *Black Panthers* sowie der chinesischen Roten Armee. Auch rekurrierte diese Erklärung offen auf die politische Herkunft ihrer Protagonisten aus der ehemaligen Protestbewegung und nahm gleichzeitig Bezug auf die Erfahrungen in der Fürsorgekampagne sowie der Mieterbewegung im Märkischen Viertel.

Bereits vor der Befreiung Baaders hatte die entstehende RAF, so wie etliche Gruppen aus dem Umfeld der Protestbewegung vor ihr, eine Reise in ein Ausbildungslager der *El Fatah* geplant.<sup>386</sup> Am 8. Juni 1970 flog Mahler mit anderen Gruppenmitgliedern und einem palästinensischen Verbindungsmann der PLO, Said Dudin,<sup>387</sup> über Berlin-Schönefeld in das libanesisches Beirut, wo die Gruppe nach einigen behördlichen Komplikationen in das jordanische

Amman weiterreisen konnte.<sup>388</sup> Mahler hatte den Kontakt zu Dudin über seine Anwaltstätigkeit hergestellt,<sup>389</sup> unter anderem hatte er 1970 palästinensische Mitglieder der linksterroristischen *Popular Front for the Liberation of Palestine-General Command* (PFLP-GC) gegen die Anklage der Bildung einer kriminellen Vereinigung vertreten, darunter Sufian Kaddoumi, den Bruder des späteren PLO-Generalsekretärs Farouk Kaddoumi.<sup>390</sup> Die restliche Gruppe, darunter Baader, Ensslin und Meinhof, erreichten das Ausbildungslager über eine andere Reiseverbindung am 23. Juni 1970,<sup>391</sup> wo sich schließlich eine Gruppe von insgesamt 14 Personen aus dem Umfeld der späteren RAF aufhielt. Das militärische Ausbildungsprogramm umfasste Dauerlauf, Schießübungen und Nahkampf; „Horst Mahler war so eifrig dabei“, erinnerte sich ein Teilnehmer, „als ob er schon immer Soldat werden wollte.“<sup>392</sup> Über die Umstände der Flucht Baaders und die Reise der Gruppe in den Nahen Osten fand währenddessen in der BRD eine umfangreiche mediale Berichterstattung statt, in der die sich konstituierende Gruppe zunächst noch als „Gruppe Meinhof/Mahler“<sup>393</sup> bezeichnet wurde, wenngleich sich realiter als Führungsduo bereits Baader und Ensslin durchgesetzt hatten.<sup>394</sup> In den später von Michael Baumann für das MfS angefertigten Skizzen über die Mitglieder der RAF bezeichnete dieser Mahler als „dritte[n] Mann in der Rangliste“<sup>395</sup> nach Baader und Ensslin und beschrieb zugleich die sich schon früh abzeichnende Auseinandersetzung über den strategischen Kurs der Gruppe: Mahler habe die Stadtguerilla stets mit „Basisarbeit“ verbinden wollen, sich jedoch gegen Baader und Ensslin nicht durchsetzen können. Diese gruppeninternen Auseinandersetzungen artikulierten sich im Umgang mit dem nicht zur Gruppe gehörenden und dennoch mitgereisten Peter Hohmann.<sup>396</sup> Hohmann hatte Baaders strategische Zielsetzungen kritisiert, woraufhin ihm die Gruppe „Verrat“ vorgeworfen und ihn angeblich im Rahmen eines „Volksgerichtsprozess“<sup>397</sup> unter der Leitung Mahlers zum Tode verurteilt hatte. Mahler gab später zu, dass die Gruppe tatsächlich beschlossen hatte, Hohmann, mit dem Mahler schon in den frühen 1960er Jahren im Rahmen der VUS zusammengearbeitet hatte, zu töten, er jedoch gegen eine Hinrichtung argumentiert habe, da er befürchtete, ein gemeinsamer Mord würde Misstrauen und Konflikte in der Gruppe schüren.<sup>398</sup> Dennoch beschloss die Gruppe die Tötung Hohmanns, einen Beschluss, den Mahler trotz seiner Zweifel mittrug.<sup>399</sup> Später verglich Mahler das Verhalten der Gruppe mit der Liquidierung des jungen Kommunisten in Brechts *Maßnahme*.<sup>400</sup> Damals – so Mahler 1997 – seien ihm die ersten Zweifel an der Konzeption der RAF gekommen, als die „Landsknechte in der RAF [...] darüber stritten, wer von ihnen

einen verdächtig gewordenen Genossen erschießen“<sup>401</sup> dürfe. Die palästinensische Lagerleitung hatte Hohmann jedoch bereits von der Gruppe getrennt, verhinderte dessen Ermordung und ermöglichte ihm die Abreise. Dennoch legitimierten Baader und Ensslin mit der Diskussion über eine Hinrichtung Hohmanns ihren Führungsanspruch, da seit dieser Auseinandersetzung – so Mahler 1978 – jede Kritik an der Gruppenkonzeption und -praxis in „irgendeine[r] Weise theoretisch [...] abgewertet, moralisch negativ sanktioniert[,] und [...] nicht mehr zur Diskussion gestellt“ worden sei, „weil man schon fürchtete, dann als unsicherer Kantonist zu gelten“.<sup>402</sup>

Seit August 1970 war die Gründungsgruppe der späteren RAF wieder in Westberlin und traf mit der Anmietung konspirativer Wohnungen und dem Diebstahl von PKWs die praktischen Vorbereitungen für ihre terroristischen Aktionen. Gleichzeitig diskutierte die Gruppe nochmals ihre theoretischen Grundlagen und politischen Ziele.<sup>403</sup> Die Gruppenmitglieder sondierten im Spätsommer und Herbst 1970 unter ihren Kontakten im liberalen und linken Sympathisantenumfeld der ehemaligen Protestbewegung mögliche neue Mitglieder, auch nahmen sie Kontakt zur Autowerkstatt von Eric Grusdat auf, in der auch das spätere Gruppenmitglied Karl-Heinz Ruhland arbeitete.<sup>404</sup> Bis zum September 1970 besaß die entstehende RAF bereits vier konspirative Wohnungen in Westberlin.<sup>405</sup> Als Tarnnamen verwendete das neben Meinhof älteste Gruppenmitglied Mahler in Anlehnung an die literarische Agentenfigur Ian Flemings den Decknamen „James“.<sup>406</sup> Um die finanzielle Grundlage für die geplanten terroristischen Aktionen zu schaffen, überfiel die Gruppe in Kooperation mit Militanten aus dem Umfeld der *Blues* am 29. September 1970 drei Westberliner Banken.<sup>407</sup> Baader und vermutlich Mahler beraubten zusammen mit Grusdat, Irene Goergens und Ruhland die Filiale der Berliner Bank in der Rheinstraße und erbeuteten einen Großteil der Gesamtbeute von etwa 209.000 DM.<sup>408</sup> Eine Tatbeteiligung Mahlers konnte diesem nie zweifelsfrei nachgewiesen werden, muss jedoch angenommen werden.<sup>409</sup>

Auf Grund eines anonymen Hinweises wurde Mahler nach mehrmonatiger Fahndung bereits am 8. Oktober 1970 zusammen mit Ingrid Schubert, Monika Berberich, Brigitte Asdonk und Irene Goergens in einer konspirativen Wohnung in der Knesebeckstraße in Berlin-Charlottenburg verhaftet.<sup>410</sup> Bei seiner Festnahme trug Mahler einen Vollbart, war mit einer Perücke verkleidet und mit einer durchgeladenen Pistole bewaffnet. Trotz seiner Verkleidung erkannten ihn die Polizisten sogleich und nahmen Mahler ohne Widerstand fest, was dieser mit: „Kompliment, meine Herren, [S]ie sind ganz schön findig“<sup>411</sup> kom-

mentierte. Nach diesen Verhaftungen und der Entdeckung weiterer konspirativer Wohnungen in Westberlin begann die restliche Gruppe, ihre Aktivitäten in die BRD zu verlagern.<sup>412</sup> Schon kurz nach Mahlers Festnahme erhielten die Polizei und andere staatliche Dienststellen anonyme Drohungen mit der Aufforderung, Mahler und die anderen Inhaftierten sofort wieder freizulassen.<sup>413</sup> Sowohl in München als auch in Westberlin fanden unter der Parole „Solidarität mit Mahler“ Rohrbomben-Anschläge auf Polizeidienststellen statt.<sup>414</sup> Auch bewirkte Mahlers Verhaftung (nochmals) eine einheitliche Stellungnahme der Nachfolgeorganisationen des Westberliner „antirevisionistischen“ Lagers, welches Mahler immer noch als „Genossen“<sup>415</sup> und „bedeutendsten Anwalt[s] verfolgter Kommunisten und Demokraten“ betrachtete. Vom Einsatz individueller Gewalt der entstehenden RAF distanzieren sich die Gruppen indem sie betonten, der „Faschisierungsprozeß der Unterdrückungsorgane“ sei nur durch die „revolutionäre Arbeiterklasse“ sinnvoll und effektiv zu stoppen. Vor allem die Boulevardpresse überschlug sich in Sensationsmeldungen über die Verhaftung des prominenten Rechtsanwaltes – insbesondere der Umstand, dass Mahler zusammen mit vier jungen, attraktiven Frauen verhaftet wurde, erregte die mediale Öffentlichkeit, die in Bezug auf die festgenommenen weiblichen Gruppenmitglieder von „Mahlers Harem“<sup>416</sup> sprach.

Mit der Entscheidung für den „bewaffneten Kampf“ der entstehenden RAF hatte sich Mahler von seiner Familie so weit entfernt, dass seine Ehefrau Ruth im Sommer 1970 die Scheidung beantragte.<sup>417</sup> Gleichzeitig verhängte das Ehrengericht der Rechtsanwaltskammer Berlin am 23. September 1970 ein Berufsverbot gegen Mahler, das jedoch erst im Juli 1974 rechtskräftig werden sollte.<sup>418</sup>

Bereits im Dezember 1970 erhob die Westberliner Staatsanwaltschaft Anklage gegen Horst Mahler wegen Verdachts auf „Beihilfe zum versuchten Mord“ an Georg Linke, dem Angestellten des *Instituts für soziale Fragen*, während der „Gefangenenerbefreiung“ Baaders sowie wegen „unbefugten Waffenbesitzes“<sup>419</sup> bei seiner Festnahme. Weiter hieß es in der Anklageschrift: „Angesichts seiner [...] außerordentlich engen Verstrickung mit der Tätergruppe ist es ausgeschlossen, daß die vom gleichen Geist beseelten Täter ein Mitglied ihrer Gruppe über die geplante Aktion – zu der auch der rücksichtslose Gebrauch der mitgeführten Schußwaffen gehörte – im Unklaren gelassen haben würden.“<sup>420</sup> Ebenfalls angeklagt wurden Ingrid Schubert und Irene Goergens, die beide zusammen mit Mahler am 8. Oktober 1970 festgenommen worden waren. Verteidigt wurde Mahler von Otto Schily, Klaus Eschen und Hans-Christian

Ströbele, den Vorsitz führte mit Landgerichtsdirektor Friedrich Geus jener Richter, der 1967 für den Freispruch von Karl-Heinz Kurras verantwortlich gewesen war. In der medialen Öffentlichkeit, deren Interesse am Prozess gegen den prominenten Rechtsanwalt immens groß war, wurde die Vermutung ange stellt, dass eine Verurteilung Mahlers im Sinne der Anklage äußerst unwahr scheinlich sein werde.<sup>421</sup> Dennoch war die öffentliche Vorverurteilung Mahlers allgegenwärtig, was auch von liberalen Medien kritisch kommentiert wurde.<sup>422</sup> Der Prozess, zu dem zahlreiche Journalisten „aus aller Welt“ eintrafen, fand am Berliner Landgericht unter den „strengsten Sicherheitsvorkehrungen [statt], die je von einem deutschen Gericht getroffen wurden“,<sup>423</sup> zu groß war die Furcht vor Bombenanschlägen oder einer weiteren Befreiungsaktion. Zum Prozessbe ginn am 1. März 1971 erschien Mahler mit wallendem Vollbart, Cordhosen und schwarzem Rollkragenpullover, offensichtlich darum bemüht, eine Aura revolu tionärer Entschlossenheit zu vermitteln.<sup>424</sup> Hatte die Staatsanwaltschaft bei der Anklageerhebung noch versprochen, die Beweisaufnahme werde ergeben, dass Mahler an der Planung und Vorbereitung der Befreiung Baaders beteiligt gewesen sei, widerriefen während des Prozesses jedoch drei wichtige Zeugen der Anklage ihre Aussagen.<sup>425</sup> Um die von Kurt Neubauer im Oktober 1970 prognostizierte „harte Bestrafung“ Mahlers dennoch zu erreichen, erteilte dieser dem *Verfassungsschutz*-Mitarbeiter Peter Urbach eine Aussagegenehmi gung für einen kurzen Zeitraum Anfang April 1970.<sup>426</sup> Weniger Urbachs uner hebliche Aussage über eine angebliche Waffenbeschaffung im April 1970, die Mahlers enge Verstrickung mit Baader, Ensslin und Meinhof belegen sollte, als vielmehr die Tatsache, dass Innensenator Kurt Neubauer den Zeugen Urbach kurzfristig als „ultima ratio“<sup>427</sup> beigebracht und damit Mahlers Verteidigung „alle Rechte [...] auf Akteneinsicht, auf Befragung im Ermittlungsverfahren und auf das [...] Schlußverhör“ verunmöglicht hatte, machte den Vorfall auch für die liberale Öffentlichkeit zum „Skandal“, dessen einzige Konsequenz ein Rücktritt Neubauers sein könne. Anlässlich der Zeugenaussage Urbachs meldete sich Mahler – der bis dahin sogar die Angaben zu seiner Person verweigert hatte – erstmals während des Prozesses mit einem Beitrag zu Wort. Mahler vermutete hinter der stark eingeschränkten Aussagegenehmigung die Sorge des *Landesamts für Verfassungsschutz* und des Innensensors, dass damit die weiteren Aktivitäten des „agent provocateur[s]“<sup>428</sup> Peter Urbach in der Westberliner Linken aufge deckt werden könnten. Neubauer müsse sonst darlegen, warum mehrere Sprengsätze von einem *Verfassungsschutz*-Mitarbeiter in die radikale Linke in Westberlin eingeschleust worden seien und insbesondere die Herkunft der

Bombe im jüdischen Gemeindehaus vom November 1969 aufklären.<sup>429</sup> Dies sei das erste Mal, dass ein „von ‚höchster Stelle‘ präpariertes Beweismittel“ gegen die radikale Linke eingesetzt werde. Die Aktivitäten des *Verfassungsschutzes* in der Westberliner Linken bezeichnete Mahler als „Techniken und Praktiken [...] oligarchische[r] Cliques“ zur „Bekämpfung ihrer politischen Feinde“, weshalb Urbach seine unmittelbaren Auftraggeber benennen müsse. Weiter verglich Mahler das Vorgehen des Innensensors mit der angeblichen juristischen Praxis in den USA: „[Dort] gehört es heute schon zum politischen Alltag, daß die mit der Staatsanwaltschaft abgekarteten falschen Aussage[n] von Geheimagenten den Herrschenden die formalen Rechtstitel verschaffen, mit denen sie die Freiheitskämpfer für viele Jahre in die Zuchthäuser stecken, wo sie häufig von faschistischen Gefangenenaufsehern meuchlings ermordet werden.“ Mahler schloss mit einer offenen Drohung: „Wir werden das Intrigennetz der Herrschenden zerreißen und die Feinde des Volkes zur Verantwortung ziehen. Die Unverbesserlichen werden wir hart bestrafen, die Verführten aber rehabilitieren. Wir werden siegen!“

Trotz der offensichtlichen Verfahrensmängel plädierte die Staatsanwaltschaft auf sechs Jahre Freiheitsstrafe für Mahler und Schubert sowie auf vier Jahre Jugendstrafe für Goergens. Als Begründung wurde angeführt, dass Mahlers Verhältnis zu Baader, Ensslin und Meinhof bereits im April 1970 dem eines „Komplicen“ entsprochen habe und Mahler kompromisslos den Weg eines Mannes gegangen sei, „der alle Brücken hinter sich“ abgebrochen habe und „die ihm erforderlich scheinende Revolution mit Gewalt“<sup>430</sup> herbeiführen wolle. Dennoch endete der Prozess für Mahler am 21. Mai 1971 mit einem Freispruch, während Schubert zu sechs Jahren und Goergens zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Das Gericht war zwar der Auffassung, Mahler habe von der Befreiung Baaders gewusst, eine Tatbeteiligung konnte ihm jedoch nicht nachgewiesen werden.<sup>431</sup> Nach der Urteilsverkündung erklärte Mahler pathetisch: „Auf diesen Freispruch pfeife ich! Er kann euch nicht retten. Die Zeiten, in denen man Sozialisten ungestraft ins Zuchthaus stecken konnte, sind endgültig vorbei! Das trifft nicht die, die nicht durchblicken! Aber die anderen, die durchblicken – die müssen und werden dafür gerade stehen!“<sup>432</sup> Da zwei weitere Haftbefehle gegen Mahler vorlagen, blieb er jedoch bis auf weiteres in Untersuchungshaft.<sup>433</sup>

Schon kurz nach der Festnahme hatte sich die militante Linke in Westberlin mit Mahler, Schubert und Goergens solidarisiert: In der *Agit 883* wurde dazu aufgefordert, Mahler mit Geld- und Bücherspenden zu unterstützen.<sup>434</sup> Auch

das Umfeld der KPD/AO solidarisierte sich mit den Angeklagten.<sup>435</sup> Aus dem Komitee *Solidarität mit Mahler und die Initiative Genossenschutz*, das die Solidaritätsaktionen zum Fall Mahler Anfang 1970 organisiert hatte, war mittlerweile das von Parteigängern der KPD/AO und anderer K-Gruppen dominierte *Rote Hilfe Komitee Westberlin* entstanden, das die Unterstützung der Angeklagten mit einer allgemeinen Klassenkampfposition verknüpfte, nach der die „herrschende Klasse“ mit Prozessen wie gegen Mahler „die Werkzeuge schaff[e], um bei kommender Verschärfung der Klassenkämpfe gegen fortschrittliche Arbeiter vorgehen zu können.“<sup>436</sup> Auch nutzte das *Rote Hilfe Komitee Westberlin* die Verlautbarungen während des Mahler-Prozesses um gegen die unmittelbare Konkurrenz der *Roten Hilfe Westberlin*, die der Proletarischen Linken/Parteinitiative (PL/PI) nahe stand und offen mit den militanten Aktionen der entstehenden RAF sympathisierte, zu argumentieren. Letztere begriff Mahler als „Symbolfigur des Massenwiderstands“ und forderte militante Aktionen, um zu verhindern, dass mit Mahler und der RAF „die militanteste Spitze des revolutionären Lagers nachhaltig“ liquidiert werden könne,<sup>437</sup> was wiederum dem *Roten Hilfe Komitee Westberlin* als eine von den „Massen“ losgelöste Politik erschien.<sup>438</sup>

Nach seiner Gefangennahme betrachtete es Mahler als seine Aufgabe, „noch einmal die Grundlagen der revolutionären Theorie nachzuvollziehen“ und die auf diese Weise gewonnenen Einsichten an die noch in Freiheit „kämpfenden Genossen“<sup>439</sup> weiterzugeben. Zwar beanspruchte er, seine theoretischen Überlegungen im Namen der gesamten Gruppe anzustellen, wenngleich Mahler, der bereits während der Konflikte im Ausbildungslager in Jordanien nicht dazu bereit gewesen war, sich dem Führungsanspruch Baaders und Ensslins vollständig unterzuordnen, zumindest geahnt haben muss, dass seine Guerillakonzeption von der der Restgruppe abweichen würde. Einen Monat nach seinem Prozess veröffentlichte Mahler im Mai 1971 eine umfangreiche und grundlegende Schrift zur Begründung und Rechtfertigung der Praxis der RAF, welche ab Juni 1971 unter den Titeln *Neue Straßenverkehrsordnung, Die Lücken der revolutionären Theorie schliessen – Die Rote Armee aufbauen* und *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* in der militanten Linken breit rezipiert wurde und im September 1971 vom Wagenbach-Verlag unter dem Titel *Kollektiv RAF. Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* veröffentlicht wurde, wodurch sie die wohl breiteste Rezeption aller RAF-Texte erlangen konnte.<sup>440</sup> Die Schrift wurde von der Restgruppe als Kritik an der von Baader und Ensslin dekretierten Praxis verstanden und stand in Konkurrenz zu dem von Ulrike Meinhof in deren Auftrag verfassten und kurz zuvor publizierten *Konzept Stadtguerilla*.<sup>441</sup> Mahler

bestritt später stets, der alleinige Autor von *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* zu sein, wenngleich die Diskussionen über die Strategie und Taktik der RAF im Frühjahr 1973 nur den Schluss zulassen, dass Mahler den Text ohne Rücksprache verfasst hatte, um mit dem Wissen um seine Popularität außerhalb des Gefängnisses, die ihm im Gegensatz zur Restgruppe eine ungleich höhere Publizität garantierte, den Versuch zu unternehmen, die inhaltliche Ausrichtung der noch bis Sommer 1972 in Freiheit agierenden Gruppe zu bestimmen.<sup>442</sup>

Mahler hatte den Text aus der „Einsicht“ heraus verfasst, dass die „Revolution ohne eine wissenschaftliche revolutionäre Theorie nicht siegen“ könne und in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation die „bewaffnete Phase des Klassenkampfes unvermeidlich“ sei.<sup>443</sup> Deshalb wolle er dazu beitragen, den „militärischen Aspekt des Klassenkampfes adäquat“ widerzuspiegeln und eine „konkrete Anleitung zum militärischen Handeln“ zu geben.<sup>444</sup> Zu diesem Zweck hatte Mahler sich nochmals in die Werke Mao Tse-Tungs, Lenins sowie Marx' und Engels vertieft, diese auf ihre Position zum „bewaffneten Kampf“ durchgearbeitet und war dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass die „Klassiker“ – vor allem Mao Tse-Tung – wegweisend die „militärischen Konsequenzen des Klassenkampfes als ein zentrales Problem in die revolutionäre Theorie und Praxis“ miteinbezogen hätten.<sup>445</sup>

Der von einem eschatologischen Ton durchzogene Text forderte den Kampf bis zum „endgültigen Sieg des Proletariats“,<sup>446</sup> wobei nur die „Aussicht auf [...diesen] Sieg [...] die Massen zu revolutionären Taten“ begeistern könne.<sup>447</sup> Auch stellte Mahler apodiktisch fest: „Zuallererst ist es der Wille an die Revolution, der Revolutionäre macht“,<sup>448</sup> welche sich anschließend dem „obersten[n] Prinzip“ der Revolution unterzuordnen hätten, nämlich „die Kräfte des Volkes entwickeln und erhalten [...und] die Kräfte des Feindes vernichten.“<sup>449</sup> Wieder dienten Mahler als Kategorien für das zu agitierende revolutionäre Subjekt die Begriffe „Volk“, „Massen“ und „Proletariat“. Wenngleich diese Begriffe auch im orthodoxen Marxismus-Leninismus als auch in den maoistisch inspirierten Kleinstparteien nicht ausschließlich auf die „industrielle Arbeiterschaft“ beschränkt waren, begriff Mahler das „Proletariat“ bzw. der „Massen“ in Abgrenzung zu den oben Genannten explizit als Kategorie, die „alle Schichten“ umfasse, „die nicht nur vorübergehend von jeglichem Kapitaleigentum getrennt sind und deren Reproduktion durch den Verkauf der Arbeitskraft vermittelt ist.“<sup>450</sup> Mahlers Begriff der „Masse“ war hierbei durchaus schon volksgemeinschaftlich aufgeladen:<sup>451</sup> Die „Masse“ sei die „Gesamtheit untereinander mannigfach verbundener und kommunizierender Schichten arbeitender Menschen, die

insgesamt durch ihre Klassenlage ein Interesse gemeinsam haben – das Interesse an der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Herrschaft“ und bilde wegen dieser „Interessengemeinschaft insgesamt das antikapitalistische Lager“.<sup>452</sup> Die „proletarische Führung“ des revolutionären Subjekts müsse für eine erfolgreiche revolutionäre Bewegung im Rahmen der „Avantgardefunktion“ realisiert werden.<sup>453</sup> Diese müsse der „Masse“ mittels „beispielhafte[r] Aktion[en]“ gegenüberreten und sich so erst als deren „Avantgarde“ konstituieren.<sup>454</sup> Unbedingten Wert legte Mahler auf die „Verankerung der Guerilla im Volke“,<sup>455</sup> nur in einer „Verbindung der Guerilla mit den politischen und ökonomischen Kämpfen der Massen“ sah Mahler ein erfolgreiches Konzept für den „bewaffneten Kampf“, der sich stufenweise von einzelnen beispielhaften „Kommandoaktionen über den Aufbau von Widerstandszentren, zur Bildung von Milizen, zur Desorganisation und Demoralisierung der Unterdrückungsstreitkräfte durch einen lang dauernden, zermürenden Kleinkrieg“ zu einer erfolgreichen Revolution entwickeln sollte.<sup>456</sup> Die „Kommandogruppen der Guerilla“ sollten sich hierbei mit den „bodenständigen“ Gruppen“ gegenseitig ergänzen, da nur die legale Existenz in den Stadtteilen und Betrieben einen Kontakt zu den „Massen“ dauerhaft sichern könne.<sup>457</sup>

Ein zeitgenössischer linker Einwand gegen den „bewaffneten Kampf“ war der Vorwurf, erst dieser führe zu einer staatlichen Reaktion, erst dieser „ermuntere die Herrschenden zum faschistischen Staatsstreich“.<sup>458</sup> Mahler entgegnete solcher Kritik, dass im Zustand der sich stetig zuspitzenden, unversöhnlichen Klassenkämpfe die Etablierung eines offen faschistischen Herrschaftssystems nur eine Frage der Zeit sei und die Stadtguerilla mit ihrer Aktivität den stärksten Widerstand gegen eine solche „faschistische Bedrohung“ darstelle.<sup>459</sup> Mahler begriff die BRD Anfang der 1970er Jahre als in einer gesellschaftlichen Situation, in der die „Liquidation“ des „bürgerlichen Rechtsstaates“ und der „parlamentarischen Demokratie“ durch das „Kapital“ (im Rahmen einer „faschistischen“ Diktatur) wie bereits in den 1920er und 1930er Jahre kurz bevorstand bzw. sich akut ereignete.<sup>460</sup> Er relativierte damit die historische nationalsozialistische Herrschaft, indem er die Situation in der BRD Anfang der 1970er mit jener von 1933 bis 1945 gleichsetzte und ausführte: „Die Namen von Auschwitz, Sétif, Vietnam, Indochina, Amman stehen für die Erfahrung, daß Massaker nicht der Vergangenheit überwundener Herrschaftssysteme angehören, sondern nach wie vor zum Instrumentarium der Herrschenden gehören.“<sup>461</sup> Die damit verbundene Zuspitzung der Klassenkämpfe sei „gut“ und „nicht schlecht“, wie Mahler in Anlehnung an Mao Tse-Tung formulierte:

„Wenn der Feind seine Kräfte anstrengen muß, um die unterdrückten Klassen niederzuhalten, so ist das nicht schlecht, sondern gut; zeigt es doch, daß das Proletariat wuchtige Schläge gegen den Klassenfeind führt, die ihn zittern machen. Der Faschismus ist ein großes Übel, das größte aller kapitalistischen Übel. Aber die Angst vor dem Faschismus ist schon ein Teil seiner Herrschaft. Das Proletariat darf ihn nicht fürchten, sondern muß ihn bekämpfen und sich auf diesen Kampf vorbereiten. Ganz falsch wäre es, aus der Angst vor dem Faschismus auf die Zuspitzung des Klassenkampfes zu verzichten; denn das hieße, dem Kapitalismus kampfflos das Feld zu überlassen, seine Herrschaft zu garantieren, bis er durch seine Widersprüche die Menschheit in die Katastrophe reißt, die in der Barbarei endet. Es wäre der Selbstmord aus Angst vor dem Tode.“<sup>462</sup>

Wer hingegen nur darauf bedacht sei, den „jämmerlichen Rest von bürgerlichen Scheinfreiheiten zu verteidigen“, der müsse den „revolutionären Fortschritt“ in Form des „bewaffneten Kampfes“ in der Tat „fürchten wie die Pest“.<sup>463</sup> Einem historischen Bewegungsgesetz gleich betätige das „Kapital“ aus Furcht vor einer revolutionären Umwälzung mit der Etablierung einer faschistischen Diktatur die „Notbremse“, weshalb Mahler seine Leserschaft aufforderte: „Redet nicht länger darüber, wie der Faschismus zu verhindern sei; denn er ist nicht zu verhindern – aber er ist besiegbar. Denkt darüber nach, was getan werden muß, um ihn endgültig niederzuwerfen, und handelt danach!“<sup>464</sup>

Abschließend wären nach Mahler in der Praxis des „bewaffneten Kampfes“ folgende „nächste Schritte“ einzuleiten gewesen: Neben einer „[u]mfassende[n] Propaganda“ sowie „Anleitungen für das Herstellen von Waffen“ sollten „Kommandogruppen“ in „3er-, 5er-, 10er-Zellen“ gebildet werden, die „solange es irgendwie geht, an der offenen politischen Arbeit in den Betrieben, in den Wohnbezirken und in der Universität“ teilnehmen sollten.<sup>465</sup> Mahlers Schrift war zugleich der Versuch, (wieder) in einen Diskussionszusammenhang mit der nicht-militanten radikalen Linken zu treten, vornehmlich mit der Westberliner KPD/AO, deren Vorgänger-Plattform Mahler bereits in den RPK-Fraktionskämpfen der Jahreswende 1969/70 unterstützt hatte.<sup>466</sup> Mahler argumentierte, dass der von den K-Gruppen propagierte „Generalstreik“ die „Frage nach dem bewaffneten Aufstand“ nicht ersetzen könne und Streikbewegungen immer vor der Gefahr der Niederwerfung durch die nationalen Militärs stünden, weshalb sich die (eigene) bewaffnete Gruppe nicht von der legalen „kommunistischen Partei des Proletariats“ trennen lasse.<sup>467</sup> Zudem sei der Vorbildcharakter der

revolutionären Entschlossenheit des „bewaffneten Kampfes“ für den Erfolg der gesamten Revolution notwendig, da auch die „bestorganisierte und ausgebildete Kaderpartei die Massen nicht [...] mobilisieren“ könne, „wenn sie nicht in der Lage“ sei, diesen „überzeugend die Möglichkeiten eines Sieges aufzuzeigen.“<sup>468</sup> Besonders Ulrike Meinhof unterzog Mahlers Schrift einer fundamentalen Kritik und warf diesem vor, er betreibe „Massenfetischismus“.<sup>469</sup> Zudem sei die Schrift „akademisch ambitioniert“ und „ml-gestelzt“,<sup>470</sup> sie versuche überflüssigerweise die Praxis des „bewaffneten Kampfes“ theoretisch zu begründen, wohingegen die RAF die Richtigkeit ihrer Praxis durch ihre Handlungen („Primat der Praxis“) bereits bewiesen habe. Die Politik der RAF sei eben „nicht noch eine Theorie“ sondern eine „Waffe – die Faschisten entlarven, die Opportunisten entwaffnen, die Scene polarisieren, den Feind identifizieren, Freund und Feind trennen“. Mahlers „RAF-feindliche Position“ drücke sich demnach am klarsten in seiner Forderung nach engem Bezug zur Basisaktivität aus, Mahler propagiere „nicht Stadtguerilla, sondern S t a d t t e i l guerilla [Sperrschrift im Original, Anm. d. Verf.]“, wie sich auch sein elitärer Führungsanspruch in seinem Verhältnis zu den „Massen“ ausdrücke, die nach Mahler „zu doof“ seien, „sich eine Strategie zu erarbeiten“, die das militärische „Niveau“ des „Imperialismus“ besitze. Mahlers Forderungen, „Hausbesitzer zur Rechenschaft [...]“ und kleine Chefs ‚zur Verantwortung‘ zu ziehen, sei nach der für Meinhofs Linie exemplarischen Mai-Offensive 1972 (s. u.) „Verrat bzw. konterrevolutionär“. Mahler habe in seinem Text das gemacht, „was er immer gemacht“ habe, nämlich „die Klassiker als Autoritäten zitiert statt als Verbündete“.<sup>471</sup> Die Bezugnahme Mahlers auf die maoistischen K-Gruppen stieß nicht nur innerhalb der RAF auf Kritik, sondern auch im militanten Sympathisantenumfeld des linken Terrorismus: In der *Agit 883* wurde im Dezember 1971 ein Artikel publiziert, der sich auf Mahlers Text bezog und von diesem ausgehend die RAF pejorativ als „Leninisten mit Knarre“<sup>472</sup> bezeichnete.

Nach der Verhaftung Mahlers war die Führung der RAF zwar intern endgültig an Baader und Ensslin übergegangen, in der Öffentlichkeit wurde Mahler jedoch immer noch als Führungsfigur der Gruppe verstanden. Anfangs diskutierte die Gruppe noch eine mögliche gewaltsame Befreiung Mahlers aus dem Gefängnis, auch auf Grund der hohen Reputation, die dieser in der radikalen Linken nach wie vor genoss. Unter anderem wurde sogar der Bau eines Mini-Hubschraubers erwogen, mit dem Mahler während eines Hofgangs ausgeflogen werden sollte, während unterdessen Karl-Heinz Ruhland vorgeschlagen hatte, Mahler durch die Kanalisation unter der JVA in die Freiheit zu schleusen.<sup>473</sup> Als

der Großteil der Gruppe im Herbst 1971 eine Gefangenenbefreiung in Kooperation mit der späteren *Bewegung 2. Juni* plante, stand Horst Mahler jedoch bereits nicht mehr auf der Liste der zu befreienden RAF-Gefangenen.<sup>474</sup>

Im Juli 1971 fand der „bewaffnete Kampf“ der RAF sein erstes Opfer: Bei einem Festnahmeversuch war das Gruppenmitglied Petra Schelm von der Polizei erschossen worden.<sup>475</sup> In einer kurz nach der Schießerei veröffentlichten Umfrage bekannte jeder vierte Befragte unter 30 Jahren „gewisse Sympathien“<sup>476</sup> für die RAF. Wenig später wurde der Polizeibeamte Norbert Schmid von Mitgliedern der RAF erschossen,<sup>477</sup> im Dezember 1971 eine der Führungsfiguren des *Blues*, Georg v. Rauch, und im März 1972 Thomas Weißbecker bei Festnahmeversuchen getötet.<sup>478</sup> Wenige Wochen später trat die RAF im Rahmen ihrer so genannten Mai-Offensive mit mehreren Bombenanschlägen in Aktion, bei denen insgesamt vier Menschen getötet und über 30 schwer verletzt wurden. Unter anderem wurden das Offizierscasino des V. US-Korps im IG-Farben-Haus in Frankfurt am Main, die Augsburger Polizeidirektion, das Verlagsgebäude des Springer-Verlags in Hamburg sowie das Europahauptquartier der US-Armee in Heidelberg ins Visier genommen. In der Erklärung zum Anschlag auf die Polizeidirektion in Augsburg, bei der es sich um einen Vergeltungsakt für die Erschießung Weißbeckers handelte, sprach die RAF von einer vorausgegangenen „SS-Praxis der Polizei“.<sup>479</sup> Der Erklärung zum Anschlag auf die US Army in Heidelberg wurde ein Zitat von Mao Tse-Tung vorangestellt: „Alle Arten von Ungeheuern werden vernichtet werden!“ Der Anschlag auf das „Ungeheuer“ des US-Imperialismus sollte als eine direkte Reaktion auf die Bombardierungen der US-Luftwaffe in Vietnam verstanden werden. Die RAF verknüpfte dies mit einer Gleichsetzung der Luftangriffe in Vietnam mit den Angriffen der US-amerikanischen und britischen Luftwaffe auf das Deutsche Reich während des Zweiten Weltkriegs:

„Die amerikanische Luftwaffe hat in den letzten 7 Wochen mehr Bomben über Vietnam abgeworfen als im 2. Weltkrieg über Deutschland und Japan zusammen. [...] Das ist Genozid, Völkermord, das wäre die ‚Endlösung‘, das ist Auschwitz. Die Menschen in der Bundesrepublik unterstützen die Sicherheitskräfte bei der Fahndung nach den Bombenattentätern nicht, weil sie mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und ihrer Billigung durch die herrschende Klasse hier nichts zu tun haben wollen. Weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben, weil sie wissen, daß gegen die Massenmörder von Vietnam Bombenanschläge gerechtfertigt sind.“<sup>480</sup>

Neben der Gleichsetzung der US-amerikanischen Kriegsführung in Vietnam mit der Shoa ist eine Argumentation unübersehbar, die diese Verbrechen ausgerechnet auf jene Armee projiziert, ohne deren Einsatz eine Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft nicht möglich gewesen wäre. So wie diese muss auch die Erklärung zum Attentat auf das Springer-Gebäude in Hamburg Ulrike Meinhof zugeordnet werden:<sup>481</sup> Dort hatte sie vom Springer-Verlag gefordert, dieser möge seine „Hetze gegen die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt einstell[en], besonders gegen die arabischen Völker, die für eine Befreiung Palästinas kämpfen“, als auch die „propagandistische[n] und materielle[n] Unterstützung des Zionismus [...] die imperialistische Politik der herrschenden Klasse Israels“,<sup>482</sup> beenden.

Bereits im Juni 1972 gelang der Polizei die Festnahme der gesamten Führungsgruppe der RAF, unter anderem Baader, Ensslin, Meinhof und Jan-Carl Raspe. Horst Mahler, der zu diesem Zeitpunkt bereits knapp zwei Jahre inhaftiert war, schrieb an Ensslin: „Ihr lebt. Das zählt. [...] Das, was bisher schon geleistet wurde, ist enorm, und das ist erst der Anfang.“<sup>483</sup>

Ein knappes halbes Jahr vor der Anschlagserie hatte der Generalbundesanwalt Anklage gegen Mahler wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung, seiner Rolle als „Rädelsführer“ sowie wegen gemeinschaftlich begangenen Raub und Diebstahl erhoben.<sup>484</sup> Der Prozess sollte laut Anklageschrift vor allem die herausragende Rolle Mahlers bei der Gründung der RAF beweisen.<sup>485</sup> Anlässlich der Anklageerhebung schrieb Mahler im Januar 1972 in einem Beitrag für den *Spiegel* im Zusammenhang mit der Weigerung staatlicher Stellen, der RAF einen „politische[n] Anspruch[s]“ zuzugestehen, von dem notwendig kriminellen Charakter „revolutionäre[r] Politik“ und wehrte sich gegen alle (linken) Versuche, die militante Praxis der RAF zu kritisieren. Die „Stadtguerilla“ sei „kriminell, weil sie gegen die Gesetze der Herrschenden“<sup>486</sup> verstoße. Nur wenige Wochen später veröffentlichte der *Spiegel* ein Interview mit Mahler, in dem dieser nochmals vollumfänglich die bisherige Praxis des „bewaffneten Kampfes“ rechtfertigte.<sup>487</sup> Auch explizierte Mahler seine Vorstellungen eines zu agitierenden identitären Kollektivs, das die „Randschichten“, die „Jugend der neuen Mittelschichten“, das „Fabrikproletariat, insbesondere [...] die Lehrlinge und Jungarbeiter“, die „revolutionäre Intelligenz in den Sozialisationsbereichen Schule, Jugendwohlfahrt und Hochschule“ sowie die „Partisanen in den Institutionen [...] Funk, Fernsehen, Presse, Verwaltung, Management usw.“<sup>488</sup> umfassen sollte. Abermals nutzte Mahler die Plattform, die der *Spiegel* ihm mit einer Interviewanfrage gegeben hatte, um seine eigene Guerillakonzeption zu propa-

gieren und sich selbst als tugendhaften Revolutionär zu inszenieren. Auf die Frage, ob die RAF mit ihrer Praxis nicht ihre Mitglieder verheize, antwortete Mahler:

„Die Kategorie des ‚Verheizens von Genossen‘ verrät bei dem, der sie benutzt, ein schier unüberwindliches Bedürfnis, sich unter allen Umständen für den Tag aufzusparen, an dem es gilt, den Sieg der Revolution zu beklatschen, den andere errungen haben. Ist dieser Wunsch auch menschlich verständlich, zählt er doch nicht zu den Tugenden eines Revolutionäres.“<sup>489</sup>

Anschließend forderte Mahler dazu auf, sich der RAF anzuschließen, skizzierte dabei auch seinen eigenen Weg vom Rechtsanwalt zum Guerillo:

„Jene Kategorie [die des ‚Verheizens‘, s. o., Anm. d. Verf.] übernimmt bürgerliche Zwangsvorstellungen, nach denen es nur Führer und Verführte gibt, als ob nicht jeder Genosse, dem die bürgerliche Unordnung zum Halse heraushängt, der das nicht weitermachen kann, was er bisher gemacht hat, für sich selbst die Frage entscheiden könnte, ob er nicht mehr aus seinem Leben macht, wenn er endlich aus dem Ghetto ausbricht und die Mauern einreißt, selbst wenn sich dadurch seine statistische Lebenserwartung verringern sollte.“<sup>490</sup>

Zu Prozessbeginn erhielt Mahler die Möglichkeit, eine eigene Erklärung zu verlesen. Wenngleich diese jedoch nur im harten Sympathisantenkern des linken Terrorismus auf Zustimmung stieß, wurde sie dennoch breit rezipiert: Sowohl die *Frankfurter Rundschau* als auch der *Extra-Dienst* druckten die Rede ab.<sup>491</sup> Letzterer distanzierte sich jedoch scharf von seinem früheren Weggefährten und Gesellschafter: Mahler summiere alle „Elemente der Ideologie, der Denkfehler und der Fernsicht von gestern“<sup>492</sup> und sei deshalb in der radikalen Linken weitestgehend isoliert. Die *Rote Hilfe Berlin*, die mit der politischen Praxis der RAF sympathisierte, druckte eine eigene Unterstützungsbroschüre mit Mahlers Prozessklärung,<sup>493</sup> während die Staatsanwaltschaft diese erfreut als Beleg für die Anklage wertete.<sup>494</sup>

Mahler versuchte im Rahmen seiner Erklärung dem „bewaffneten Kampf“ der RAF eine internationalistische Perspektive zu geben und Vorschläge zur Vermittlung einer antizionistisch inspirierten Schuldabwehr gegenüber dem identitären Kollektiv der „Massen“ zu machen. Daneben war die Erklärung eine

Reaktion auf die gescheiterte Geiselnahme israelischer Sportler durch ein palästinensisches Terrorkommando aus dem Umfeld der PFLP während der Olympischen Spiele in München im September 1972 als auch der Versuch,<sup>495</sup> Mahlers Interpretation des „bewaffneten Kampfes“ (in Anknüpfung an *Der bewaffnete Kampf in Westeuropa*) einer von der Kerngruppe der RAF verfassten Schrift zur *Aktion des Schwarzen September in München* entgegenzusetzen.<sup>496</sup> Erstmals nahm Mahler im Rahmen eines radikalen Antizionismus ausführlich Bezug auf den Staat Israel.<sup>497</sup>

Einleitend umriss Mahler den „globale[n]“ Imperialismus als zu bekämpfenden, wesentlich bösen Feind:

„Sie selbst, die Bande von General Motors, Ford, ARMO, General Electric, ITT, Siemens, AEG, Flick, Quandt, BASF, Springer, Unilever, United Fruit und einigen anderen – die transnationalen Kapitalkonsortien, das imperialistische Monopolkapital insgesamt – sind die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte. Diese mit allen notwendigen und erreichbaren Mitteln zu zerstören, ist eine Lebensnotwendigkeit für mehr als drei Milliarden Menschen.“<sup>498</sup>

Diese Ansammlung von Konzernen und Unternehmen, die Mahler in personifizierender Weise als „Imperialismus“ begriff, stellte seinem manichäischen Weltbild folgend das absolut Böse dar, schlimmer noch als alle anderen verbrecherischen Organisationen in der Geschichte, den historischen Nationalsozialismus implizit mit eingeschlossen. Diese zeitgenössische Form des „imperialistische[n] System[s]“ bilde „eine die nationalen Grenzen überschreitende weltweite Einheit“. Erst wenn der „globale“ Charakter des zeitgenössischen „Imperialismus“ als solcher erkannt werde, könne die „proletarische Revolution“ zur „Weltrevolution“ werden. In Mahlers Weltbild hatten sich die „Agenturen des Imperialismus“ gegen die restliche Menschheit verschworen und würden selbst gegen die „unscheinbarsten Ansätze von Volkswiderstand“ mit erbarmungsloser Repression reagieren. In seiner binären Weltsicht kam es demzufolge auch nur darauf an, dass das „Volk“ (die damalige Weltbevölkerung von „mehr als drei Milliarden Menschen“) mittels eines „Weltkrieg[es]“ nach „Jahrhunderten der Knechtschaft und Unterdrückung“ die Herrschaft der Großkonzerne beende, was in einer eschatologischen Perspektive zu einem Ende der Geschichte führen würde. Das „imperialistische System“, das für „immer größere[n] Teile[n] der Menschheit die Hölle auf Erden“ darstelle, sei nur durch die „Tat des bewaffneten Volkes zu besiegen“. Die RAF sei die

praktische „Volksbewaffnung“, da sie sich nicht durch „wohlfeile[n] Worte[n]“, sondern alleine durch „die Tat“ auf die „Seite der überwiegenden Mehrheit des Volkes gestellt“ habe. Die eschatologischen Erlösungsphantasien eines sich eröffnenden Weltenbrandes erreichten an dieser Stelle bei Mahler einen neuen Höhepunkt: „Nach Jahrhunderten der Knechtschaft“ antwortete das „Volk“ auf die „mörderische Unterdrückung durch die Ausbeuterklassen mit dem revolutionären Volkskrieg“, welcher gleichzeitig der „letzte und zugleich längste und blutigste Krieg der Geschichte“ sein werde. Insbesondere das „vietnamesische Volk“ habe mit seinem Kampf gegen den Imperialismus „ein bewundernswürdiges Beispiel an Mut, Entschlossenheit, Ausdauer und revolutionärer Phantasie“ gezeigt. Völlig von jeglicher materialistischer Position entkernt phantasierte Mahler, dass allein der „unbeugsame revolutionäre Geist dieses kleinen und armen Bauernvolkes“ die FNL zum „Sieg über die imperialistische Supermacht USA“ geführt habe. Der Staat Israel hingegen sei ein von den „imperialistischen Großmächten USA und Bundesrepublik“ etablierte „Speerspitze“ gegen die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten Welt; „Zionismus und Imperialismus“ seien darin eine Symbiose eingegangen, weshalb er das richtige Angriffsziel sei. Mahlers Volksbegriff war zu diesem Zeitpunkt noch frei von ethnischer Begrenzung, im Gegenteil: Ausdrücklich wies er darauf hin, dass es sich bei dem von ihm konstruierten identitären Kollektiv eines weltweiten „Volkes“ („Schon heute beginnt der revolutionäre Volkskrieg das in zahlreiche Nationalitäten, religiöse Gruppen und soziale Schichtungen vielfach gespaltene und zertrennte Volk [...] zu einen im Widerstand gegen den Imperialismus.“) um keinen rasseideologisch oder völkisch aufgeladenen Begriff handelte. Die einheimische, nationale Arbeiterklasse wertete Mahler als „Arbeiteraristokratie“, die von der imperialistischen Unterdrückung der Völker in der Dritten Welt profitiere, weswegen die Revolution dort ihren Ausgangspunkt haben und von der RAF in die westlichen Metropolen getragen werden müsse. Insbesondere verwies Mahler auf die in der Regel prekär beschäftigten Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund, die als „mobile Reservearmee“ in beinahe „totale[r] Rechtlosigkeit“ den „faschistischen Praktiken“ der bundesdeutschen Behörden ausgesetzt seien und für die der „Faschismus“ eine alltägliche Erfahrung sei. Besonders die „Arbeiteraristokratie“ des „amerikanischen Industrieproletariats“ unterzog Mahler einer moralischen Kritik: Die Arbeiter von *Dow Chemical* (der US-amerikanischen Firma, die das von der US Army in Vietnam eingesetzte Napalm produzierte) würden allenfalls für höhere Löhne, nicht aber gegen den „Völkermord am vietnamesischen Volk“ streiken und agierten nur deshalb

gegen den Vietnamkrieg, weil offensichtlich sei, dass die USA diesen nicht gewinnen können werde.

Den größten Teil seiner Erklärung verwandte Mahler darauf, den Zusammenhang zwischen deutscher Schuldabwehr und einer antizionistischen Position herzustellen: Das „Bewußtsein der westdeutschen Linken“ werde von dem Irrtum bestimmt, dass mit dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft 1945 der „faschistische Terror“ als „Mittel zur Erhaltung [...] von Herrschaft“ verschwunden sei. Tatsächlich jedoch sei der „Nazismus nur die nationalistisch bornierte Vorwegnahme [...] des faschistischen Terrors“ gewesen, „den die Agenturen des Imperialismus heute in den unterentwickelt gehaltenen Gebieten organisieren und finanzieren.“ Der gegenwärtige „faschistische Terror“ des weltweiten Imperialismus sei sogar weit schlimmer als der „Imperialismus“ während der nationalsozialistischen Herrschaft: „Gegenwärtig leiden weitaus mehr Menschen unter dem faschistischen Terror[,] als das in den Jahren von 1933 bis 1945 der Fall war.“ Die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft wurden von Mahler nun nicht mehr (nur) relativierend mit der Kriegsführung der USA in Vietnam gleichgesetzt, sie wurden mittels der Imagination eines „faschistische[n] Terror[s]“ des von den USA angeführten weltweiten Imperialismus sogar offen verharmlost. Auf Grund des „Versagens“ des deutschen Proletariats und der deutschen Linken beim Kampf gegen die Machtübernahme des Nationalsozialismus 1933 stünde die deutsche Linke in einer „unmittelbare[n] und enge[n] Verbindung“ mit dem „revolutionären Kampf des pal[ä]stinensischen Volkes um die Wiedererlangung“ dessen geographischer „Lebensgrundlage[n]“. Mit deutlich verschwörungstheoretischen Anklängen argumentierte Mahler, dass erst die Shoa („faschistische Ausrottungspolitik“) die Grundlage für den Erfolg der „reaktionäre[n] zionistischen Ideologie“ gelegt habe. Im Rahmen einer nun antizionistisch inspirierten Schuldabwehr setzte Mahler den Staat Israel mit dem historischen Nationalsozialismus gleich: „Der Zionismus hat mit der mitleidlosen und grausamen Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem zweitausend Jahren angestammten Lebensraum auf makabere Weise das Erbe des deutschen Faschismus angetreten.“ Gerade das bei Mahler stets präsente „wohlbegründete Schuldgefühl“ gegenüber den jüdischen Opfern der Shoa würde zur Begründung für die Verurteilung der „faschistischen Greuelthaten [...], die die Zionisten [...] am pal[ä]stinensischen Volk“ begehen würden. Die Verbrechen der eigenen Elterngeneration würden durch die „Zionisten“ ein „zweites Mal“ begangen, die Flüchtlingslager in Gaza seien im Kern mit den deutschen „Konzentrations-

lager[n]“ gleichzusetzen und die Politik Israels gegenüber den Palästinensern in den „besetzten Gebieten“ habe ihr „Vorbild in der faschistischen Besatzungspolitik gegenüber dem polnischen und russischen Volk während des zweiten Weltkrieges.“ Gerade auch deshalb sei der Kampf gegen Israel ein „gerechter Krieg“, da die israelische Armee systematische Kriegsverbrechen gegen die palästinensische Zivilbevölkerung begehe und selbst eine seitenlange Aufzählung der israelischen „Kriegsverbrechen“ laut Mahler wie „eine Verharmlosung“ erscheinen würde: „Die UNO protestiert, Israel terrorisiert, das pal[ä]stinensische Volk krepirt, die veröffentlichte Meinung in der Bundesrepublik applaudiert – den Mördern.“ In den Rahmen dieses „gerechten“ Kampfes sei auch das Attentat des *Schwarzen Septembers* in München einzuordnen: Die von einem palästinensischen Terrorkommando getöteten israelischen Sportler seien „keine unschuldigen Opfer“ gewesen, da sie sich bewusst als „Soldaten eines zionistischen Propagandatrups“ eingesetzt hatten. Wenngleich Mahler sich in seinem radikalen Antizionismus mit Ulrike Meinhofs Erklärung zur *Aktion des Schwarzen September in München* einig wusste, so zog er daraus doch gänzlich andere Schlussfolgerungen: Mahler rief dazu auf, den von ihm dargelegten antizionistisch-antisemitischen Antiimperialismus mit „konkreten, bedürfnisorientierten Aktionen“ in der BRD zu verknüpfen, so dass das von ihm heftig umworbene identitäre Kollektiv des „Volkes“ zur „Einsicht“ gelangen könne, dass der „bewaffnete Kampf“ richtig, möglich und sinnvoll sei; denn die RAF könne „mehr sein, als nur die ‚fünfte Kolonne‘ der nationalen Befreiungsfronten der proletarischen Völker.“ In der BRD bestünden „bisher weitgehend ungenutzte Möglichkeiten zur Verankerung des bewaffneten Widerstandes in den Massen“. Abschließend stellte Mahler klar, dass die „aktive Hilfestellung“ für die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, insbesondere für jene in Palästina das „Minimum“ dessen sei, was die deutsche Linke zu leisten habe. Darüber hinaus sei – und hier griff Mahler zum wiederholten Mal die Erfahrungen der entstehenden RAF im Märkischen Viertel auf – der Widerstand in den jungen subproletarischen Milieus und Wohnvierteln zu entfachen und militant zu radikalieren. In der militanten Unterstützer- und Sympathisanten-szene wurde die Erklärung Mahlers zustimmend rezipiert.<sup>499</sup>

Der Prozess gegen Mahler selbst war in seiner Dimension bis zum damaligen Zeitpunkt einmalig und wurde vor dem traditionsreichen Berliner Kammergericht unter den „schärfsten Sicherungen in der Berliner Justizgeschichte“<sup>500</sup> verhandelt, unter anderem wurde Mahler während der Sitzungen in einem kugelsicheren Glaskasten untergebracht, was in Folge in der Tagespresse zu

wiederholten Assoziationen mit dem Eichmann-Prozess von 1961 führte.<sup>501</sup> Zu Prozessbeginn war das Interesse der nationalen und internationalen Medien noch groß,<sup>502</sup> verteidigt wurde Mahler wieder von Otto Schily und Hans-Christian Ströbele. Während des Prozesses versuchte der sich zum damaligen Zeitpunkt bereits zwei Jahre in Untersuchungshaft befindliche Mahler, diesen zur Propagierung der von ihm entwickelten Guerillakonzeption zu nutzen, insbesondere anhand seiner Prozesserklärung, die ein vollumfängliches Bekenntnis zum „bewaffneten Kampf“ darstellte und in der Mahler den Versuch unternahm, seine stete Bezugnahme auf ein identitäres Kollektiv des „Volkes“ mit einem antizionistischen Antisemitismus zu konfundieren. Mahler inszenierte sich vor Gericht als unbeugsamen Revolutionär, beschimpfte die Richter und anwesenden Polizisten und bekannte sich dazu, die bestehende gesellschaftliche Ordnung „vernichten“<sup>503</sup> zu wollen. Er erschien zu den Gerichtsterminen mit gepflegtem Vollbart, schütterem Haar, Nickelbrille sowie dunkelblauem Arbeitskittel und grüßte ihm bekannte Zuschauer mit erhobener Faust.<sup>504</sup> Auch die militante Sympathisantenszene griff diese Inszenierung revolutionärer Entschlossenheit auf und verfremdete für den Titel einer Solidaritätsbroschüre ein bekanntes Bild von Mahler, Schubert und Goergens aus deren Prozess von 1971, auf dem die drei miteinander ins Gespräch vertieft Weintrauben aus Mahlers Händen aßen, zu einer Darstellung, in der die drei – wie Karikaturen südamerikanischer Guerillos – Patronengurte um die Schultern trugen, sowie Revolver, Gewehre und Handgranaten in den Händen hielten.<sup>505</sup> Im weiteren Prozessverlauf sollten ein Großteil der RAF-Mitglieder der ersten Generation als Zeugen auftreten, so unter anderem Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Manfred Grashof, Gerhard Müller, Monika Berberich und Brigitte Asdonk. Neben diesen sagten auch Karl-Heinz Ruhland, Ulrich Scholtz, Beate Sturm und Peter Hohmann aus; insgesamt wurden über 140 Zeugen gehört. Mahler sah seine Kampfgenossen bei dieser Gelegenheit erstmals seit Herbst 1970 wieder und wurde von Meinhof zur Begrüßung minutenlang umarmt; auf die Frage nach den Angaben zur Person antwortete Meinhof, der Angeklagte sei ihr „Bruder“, mit dem sie die „gleiche Kinderstube“ und die „gleiche Vergangenheit“<sup>506</sup> teile. Auch Meinhof stellte einen schuldabwehrenden Bezug des von der RAF vertretenen antizionistischen Antisemitismus zur Shoa her und führte aus: „Was ist Auschwitz? Was war wirklich Antisemitismus? Die Juden wurden mit ihren Geschäften identifiziert. Der Antisemitismus war seinem Wesen nach antikapitalistisch. Mit der Vernichtung von 6 Millionen Juden wurde die Sehnsucht der Deutschen nach Freiheit von Geld und Aus-

beutung selbst mit ermordet!“<sup>507</sup> Auch verwies Meinhof auf den Zusammenhang von identifikatorischer Bezugnahme auf das nationale Kollektiv und die Befreiung von einem diffus empfundenen Schuldgefühl: Der ehemaligen Protestbewegung sei es nicht gelungen, die deutsche Nation von der NS-Vergangenheit zu befreien bzw. diese zu „bewältigt[en]“, weshalb die Bewegung nicht auf die „ältere Generation“ habe überspringen können. „Ohne den Freispruch, daß dies [die Shoa, Anm. d. Verf.] hinter ihrem Rücken geschehen ist“ könne die deutsche Bevölkerung nicht für den revolutionären Kampf mobilisiert werden, so Meinhof weiter. Gleichzeitig artikuliert sie in diesem Kontext eine antiamerikanische Schuldabwehr, indem sie beklagte, dass „[n]ach dem [Zweiten Welt-]Krieg [...] die Amerikaner von uns [!] nicht angeklagt worden“ seien und setzte den „Bombenterror in Vietnam“ mit der Shoa gleich. Meinhof hatte die Äußerungen im Zusammenhang mit ihrer Zeugenbefragung durch Mahler getätigt, der diese dazu genutzt hatte, um mit ihr über das Papier zur *Aktion des Schwarzen September in München* zu diskutieren, da ihm offensichtlich daran gelegen war, die vergangenheitspolitische Dimension in Meinhofs Papier öffentlich zu explizieren.<sup>508</sup> Weder jedoch in den liberalen Medien noch in der linken Berichterstattung wurden Meinhofs Einlassungen thematisiert bzw. problematisiert – lediglich die FAZ erwähnte sie überhaupt.<sup>509</sup>

Deutlich umstrittener wurde hingegen auch in der liberalen Öffentlichkeit die Aussage des Zeugen Karl-Heinz Ruhland aufgenommen, der zuvor selbst Mitglied der RAF gewesen und seit seinem Prozess Anfang 1972 systematisch von der Bundesanwaltschaft zum „Kronzeuge[n]“<sup>510</sup> aufgebaut worden war. Ruhland war im Frühjahr 1972 selbst zu einer äußerst milden Haftstrafe verurteilt worden und sagte nun vollumfänglich gegen die Kerngruppe der RAF und insbesondere gegen Horst Mahler aus.<sup>511</sup> Ersterer war als kleinkrimineller Mitläufer über den Werkstattbesitzer Eric Grusdat zur RAF gelangt und hatte dort am unteren Ende der gruppeninternen Hierarchie gestanden. Mahler nahm während des Prozesses die Zeugenbefragung Ruhlands teilweise selbst vor und verwickelte diesen dabei so sehr in Widersprüche, dass Ruhland sich ohne das Beiseins seines Rechtsanwaltes zu keiner weiteren Aussage bereit erklärte.<sup>512</sup> Zu den Banküberfällen im September 1970 sagte Ruhland aus, Mahler habe die zentrale Planung innegehabt, den Überfall auf die Filiale der Berliner Bank in der Rheinstraße angeführt und mit einer schwarzen Wollmütze maskiert sowie einer Pistole bewaffnet gedroht: „Das ist ein Überfall – Geld her – es ist sowieso nicht eures!“<sup>513</sup> Vor allem in der Frage, ob Mahler bei dem Überfall auf die Bankfiliale in der Rheinstraße in Berlin-Friedau beteiligt gewesen war, war

das Gericht ausschließlich auf die Aussage Ruhlands angewiesen, dessen Glaubwürdigkeit jedoch bereits erschüttert worden war: Zum einen musste Ruhland, von Mahler und Schily in einem regelrechten „Kreuzfeuer“ befragt, mehrfach auf Gedächtnislücken ausweichen, zum anderen war sein Status als „Kronzeuge“<sup>514</sup> hoch umstritten, da mehrere Zeugen unter Eid bekundeten, Ruhland habe ihnen gegenüber zugegeben, im Austausch für ein eigenes mildes Urteil Mahler belastet zu haben. Der Nachweis einer Beteiligung Mahlers am Bankraub war jedoch die Grundlage für ein hohes Strafmaß. Auch Peter Hohmann war als Zeuge vorgeladen und gab Auskunft über die Gründungsphase der RAF. Er bezeichnete deren Initiatoren als „revolutionäre Wirkköpfe“,<sup>515</sup> was Mahler zu einer umfangreichen Erklärung veranlasste, in der er die Gelegenheit nutzte, den anwesenden Zuhörern die Entstehung der RAF vor dem Hintergrund der ehemaligen Protestbewegung zu erläutern. Mahler erklärte diese mit der Erfahrung nach der Gründung der Basisgruppen 1968 und dem folgenden „Umschlag in Resignation“ und bezog sich abermals positiv auf die Erfahrungen der politischen Aktivität im Märkischen Viertel, da dort die „gesellschaftlichen Widersprüche sehr krass“<sup>516</sup> hervorgetreten und durch illegale, die legale Arbeit ergänzende militante Politik radikalisiert worden seien. Die daraus gezogene Schlussfolgerung, in Zukunft erfolgreich mit illegaler und militanter Praxis bestehende Konflikte radikalisieren zu wollen, habe eine paramilitärische Ausbildung notwendig gemacht, weshalb die Gruppe zu einer bereits Monate zuvor vorbereiteten Reise nach Jordanien aufgebrochen sei. Die zeitliche Nähe von Baader-Befreiung und der Reise nach Jordanien bezeichnete Mahler als Zufall.<sup>517</sup>

Nach einer über viermonatigen Verhandlung wurde Mahler am 26. Februar 1973 wegen Mitgliedschafts in einer kriminellen Vereinigung und Bankraub zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Mahler entgegnete dem Richter nach der Verkündung des Urteils: „Mit den Bütteln des Kapitalismus redet man nicht, auf die schießt man!“<sup>518</sup> Das Strafmaß wurde sowohl in der radikalen und gemäßigten Linken, wie auch von liberalen Beobachtern als ungerechtfertigt wahrgenommen und als „Fehlurteil“<sup>519</sup> eingestuft. Zwar war Mahlers Mitgliedschaft in der RAF aufgrund seiner Auskunftsbereitschaft zweifelsfrei erwiesen, eine Beteiligung am Banküberfall am 29. September 1970 konnte ihm jedoch nicht nachgewiesen werden, wengleich eine solche äußerst wahrscheinlich war. Der Richterspruch gegen Mahler sei – so die *Zeit* – ein „Fehlurteil, das nahezu alle klassischen Merkmale des politischen Justizirrtums“ aufweise und, nach dem Freispruch von Kurras Ende 1968, das „zweite schwerwiegende Fehlurteil, das

seit Kriegsende im Saal 700 des Moabiter Kriminalgerichts verkündet wurde“.<sup>520</sup> Zwar hatte der Prozess gegen Mahler in der radikalen Linken, der militanten Unterstützer- und Sympathisantenszene als auch bei den maoistischen Kleinstparteien großes Interesse hervorgerufen, deren Solidaritätskampagne konnte jedoch kaum Wirkung über die eigenen engen Grenzen hinaus entfalten. Zur zentralen Solidaritätsdemonstration anlässlich Mahlers Verurteilung am 26. Februar 1973 erschienen zwar nochmals etwa 800 Personen, während des Prozesses waren jedoch – nach großem medialen Interesse zum Auftakt – die Besucherplätze im Gericht zunehmend frei geblieben. Zu Prozessbeginn hatte die Polizei, in Erinnerung an die Solidaritätsdemonstrationen zu Mahlers Prozess Anfang 1970, noch mit mehreren tausend Teilnehmern gerechnet,<sup>521</sup> im zunehmenden Prozessverlauf war „Mahlers Anhängerschaft“ jedoch „auf ein paar Unentwegte zusammengeschrumpft.“<sup>522</sup>

Nach der Inhaftierung der restlichen Gründungsgruppe nahmen die Konflikte der anderen RAF-Mitglieder mit Mahler rasch zu, vor allem im Kontext der Diskussion über die Art und Weise des in der Gefangenschaft zu leistenden Widerstands. Mahler war wenig begeistert von der Konzeption Baaders, Ensslins und Meinhofs und wandte sich gegen einen solchermaßen „passiv-masochistischen Widerstand“.<sup>523</sup> Auch in der inhaltlichen Diskussion stand Mahler mittlerweile auf verlorenem Posten: Als Ulrike Meinhof das Attentat des *Schwarzen Septembers* als Anlass für ein drittes Strategiepapier der RAF genommen, sich aber nicht vor der Veröffentlichung mit Baader und Ensslin abgesprochen hatte,<sup>524</sup> nahm Ensslin an, das Papier sei von Mahler verfasst worden und schrieb an diesen: „Einfach Scheiße [...] Es wäre besser gewesen, wenn es vorher andere gelesen hätten [...] Haben uns mal kurz gefragt, warum Du’s nicht vorher mal rüberreichst, aber jetzt ist es natürlich wichtig, weil Du irre bist, wenn Du auslässt, was uns die zwei Jahre Praxis gebracht haben [...]“.<sup>525</sup> In der Tat las sich Meinhofs im November 1972 erscheinender Text wie eine zustimmende Replik auf Mahlers antizionistisch-antisemitische Prozessklärung vom 9. Oktober 1972. Obschon Mahler und Meinhof gänzlich andere Schlussfolgerungen für die konkrete Praxis der Gruppe zogen, hatte sich auch Meinhof der gleichen schuldabwehrenden Argumentation wie in den Erklärungen zu den Anschlägen im Mai 1972 bedient und diese mit einem antizionistischen Antisemitismus vermengt (unter anderem hatte sie Israel blutrünstigen „Nazi-Faschismus“ vorgeworfen).<sup>526</sup> Vor allem wegen dieser schuldabwehrenden Einlassungen Meinhofs war Ensslin der Auffassung gewesen, die Schrift stamme vom „Schrotthaufen“<sup>527</sup> Mahler.

Bereits während Mahlers zweitem Prozess im Zusammenhang mit seiner RAF-Mitgliedschaft hatte Baader, der dort als Zeuge vorgeladen war, zu einem Hungerstreik der RAF-Gefangenen aufgerufen. Dieser erste Hungerstreik hatte zwei Monate gedauert und war ergebnislos abgebrochen worden.<sup>528</sup> Der im Mai 1973 begonnene, zweite Hungerstreik war besser vorbereitet und organisiert, unter anderem etwa 40 Gefangene nahmen daran teil. Mahler beteiligte sich nicht, er lehnte den Hungerstreik als „Ohnmachtsstrategie“ ab, die allenfalls zulässig sei, „wenn es um das Überleben der RAF“<sup>529</sup> gehe. Damit hatte Mahler das Selbstverständnis der RAF-Führung empfindlich getroffen, für die der Hungerstreik gegen die „Isolation“ bzw. die Haftbedingungen ein konstitutives Element darstellte, mit dem jede soziale Reintegration der Gefangenen verhindert und die engere Sympathisantenszene mobilisiert werden sollte.<sup>530</sup> Zudem hatte die Selbstinszenierung als von „Vernichtungshaft“ bedrohte Opfer einer als faschistisch imaginierten BRD eine offenkundig schuldrelativierende Funktion, mit der sich die Gefangenen der RAF an die Stelle der jüdischen Opfer des historischen Nationalsozialismus setzen wollten.<sup>531</sup> Dies korrespondierte zwar mit Mahlers Bedürfnis nach Schuldabwehr, war jedoch – aus Mahlers Sicht – nicht dazu geeignet, diese im zu entlastenden identitären Kollektiv des „Volkes“ zu verankern – gerade weil sie ausschließlich an ein engeres Sympathisantenumfeld gerichtet war und eine offenkundig isolierende Wirkung hatte. Zweifelsohne gab es mancherorts sadistische Übergriffe der Wärter und streckenweise äußerst scharfe Haftbedingungen (die jedoch an anderer Stelle mit erstaunlichen Freizügigkeiten korrespondierten),<sup>532</sup> jedoch keine phantasierte „Vernichtungshaft“ mit „weißer Folter“ und „Gas“.<sup>533</sup> Dementsprechend plante die RAF mit den Hungerstreiks nicht das Erreichen von Erleichterungen der Haftbedingungen sondern die Erbringung des Beweises des mörderischen Charakters der Gefängnisse, was im November 1974 zum Hungertod von Holger Meins führen sollte. Mahlers Kritik am Hungerstreik implizierte auch die Ablehnung einer Sonderrolle der RAF-Gefangenen als „politische[r] Gefangene[r]“,<sup>534</sup> welche die Restgruppe vehement einforderte. Im Rahmen von nicht-öffentlichen Diskussionen Mahlers mit der *Roten Hilfe e. V.* (RH) der KPD/AO hatte er diesen Sonderstatus für die Gefangenen aus der RAF abgelehnt. Anlässlich Mahlers Kritik entwickelte sich seit Anfang 1973 im kurz zuvor eingerichteten so genannten Info-System,<sup>535</sup> mit dem die RAF-Gefangenen über ihre Anwälte im Rahmen eines Verteilers schriftlich untereinander kommunizieren konnten, eine scharf geführte Diskussion über das Selbstverständnis der RAF. Mahler müsse sich dem Kollektiv unterordnen,

sonst könne er nicht länger Mitglied sein, beschied ihm Gudrun Ensslin:<sup>536</sup> „Du bist entweder [KPD/AO bzw. KPD/ML] oder w i r s t [Sperrschrift im Original, Anm. d. Verf.] RAF“.<sup>537</sup> Innerhalb des Info-Systems hatten die RAF-Gefangenen Codenamen aus Herman Melvilles Roman *Moby Dick* erhalten. Ensslin hatte Mahler in „Großmut“ den Namen „Bildad“ zugebracht, im Roman der Name des Teileigners des Walfangschiffes Pequod.<sup>538</sup> In der Romanhandlung kann Melvilles „fromme[r]“ Bildad die aus seiner inkonsequenten Lebensweise am „besinnlichen Abend seiner Tage“ hervortretenden Widersprüche nicht miteinander in Einklang bringen.<sup>539</sup> Mahlers Versuche, eine Guerillakonzeption durchzusetzen, die weit mehr darum bemüht war, den konkreten Kontakt zu den „Massen“ herzustellen, als jene von Baader, Ensslin und Meinhof, ließ ihn in deren Augen als konsequenzlos erscheinen.<sup>540</sup> Meinhof warf Mahler vor, er habe während der bisherigen Zeit der Inhaftierung seinen „Job“ nicht erledigt, der darin bestehen hätte sollen, die prekäre Situation der inhaftierten RAF-Gefangenen in den Vordergrund zu rücken: Mahler hätte darstellen sollen, dass die „antimperialistischen Kämpfer [der RAF] vor Folter“<sup>541</sup> geschützt werden müssten, damit

„die Genossen von der Straße den neuen Faschismus begreifen, die Funktion von Knast und KZ dadrin, die Lebensnotwendigkeit von Selbstorganisation in den Gefängnissen, Politisierung der Gefängnisse – heißt Verhinderung der Isolation deren, die entschlossen sind, Widerstand zu leisten, weil von deren Integration die Frage der Politisierung abhängt und Isolation gleich Liquidation ist. das ist wichtig und muß gemacht werden. Damit haben wir in der Hungerstreikerklärung angefangen, aber was Du daraus machst, mal rund raus, ist Obstruktion und jedem Wort, das von dir überkommt, merkt man an, daß es dir um d i e s e n [Sperrschrift im Original, Anm. d. Verf.] Job gar nicht geht.“<sup>542</sup>

Mahler habe während seiner Zeit im Gefängnis nicht Widerstand geleistet sondern „Welt-ZK gespielt, Parteivorstand, den mondialen Imperialismus erfunden“,<sup>543</sup> also die Zeit im Gefängnis nicht im Sinne der politischen Ziele der RAF genutzt. Auch Ensslin griff Mahler vehement an, er habe in den vergangenen zwei Jahren „den entfremdeten Scheissdreck [...der RH] nicht nur mitgemacht, sondern [...sogar] ermöglicht“, weil Mahler sich nicht wie ein „politische[r] Gefangene[r]“<sup>544</sup> im Sinne der RAF verhalten hatte sondern versucht hatte, sich mit den übrigen Gefangenen zu solidarisieren. Meinhof

setzte zudem ihre Haftsituation (und die anderer Gefangenen aus der RAF) in Köln-Ossendorf – vor allem die Isolation von den Mitgefangenen – mit der Situation im KZ Auschwitz gleich: Der „politische Begriff für toten Trakt, [...] sage ich ganz klar ist das Gas. Meine Auschwitzphantasien dadrin waren [...] realistisch.“<sup>545</sup> Mit einer solchen moralischen Legitimation ausgestattet, benötigte Meinhof keinerlei Rechtfertigung mehr für das Handeln der RAF. Alle externen Korrekturmaßnahmen an der Linie der RAF – und als solche begriff Meinhof die Beiträge Mahlers – konnten demnach nur ein Angriff auf das Projekt der RAF sein: Es

„gibt nur e i n e [Sperrschrift im Original, Anm. d. Verf.] Befreiung von den vielen Arten von Tod in diesem System und nur e i n e Heilung von den kolonialen und der faschistischen und der Ausbeuter- und Marktneurose – das ist die Gewalt gegen die Schweine: Knarre, Bewußtsein und Kollektiv. Und Bewußtsein ist nicht Bücherwissen, sondern der Hass, der Klassenhaß auf die Schweine und auf alles, was uns hindert, ihn in die Tat umzusetzen. [...] Sie oder wir – sie für sich oder wir für uns – entweder du bist ein Teil des Problems oder ein Teil der Lösung [...]“<sup>546</sup>

Als Mahler im Frühjahr 1974 nochmals die Widerstandsstrategie der RAF kritisierte und gegen die „Isolationshaft“ aller RAF-Gefangenen agitierte sowie deren elitären Anspruch als „Dünkel“<sup>547</sup> bezeichnet hatte, wurde ihm angedroht, dass er aus dem Info-System ausscheiden werde, sollte er seine Haltung nicht endgültig ändern, was einem Ausschluss aus der RAF gleichgekommen wäre. Kurz darauf unternahm Mahler einen Vorstoß, die RAF an die RH der KPD/AO zu binden und provozierte damit eine Spaltung der Gruppe, wengleich dies ohne Erfolg blieb.<sup>548</sup> Im Mai 1974 teilte Mahler seinen Anwälten schließlich mit, dass er aus dem Info-System ausgeschieden sei, was Baader als „Desertation“ des „wilhelminischen Wanst[s] in Tegel“<sup>549</sup> bezeichnete. Die RAF-Führung verstand Mahler nun nicht mehr als Militanten, der nach einer möglichen Gefangenenbefreiung wieder im Rahmen der RAF kämpfen werde.<sup>550</sup>

Bereits im April 1972 hatte der BGH den Freispruch Mahlers von 1971 aufgehoben, da die Richter der Auffassung waren, dass Mahler sehr wohl Kenntnis von der geplanten Befreiung Baaders gehabt und das Gericht in der Schuldfrage geirrt habe.<sup>551</sup> Zusammen mit Ulrike Meinhof und Hans-Jürgen Bäcker wurde Mahler nun erneut wegen versuchten Mordes, Gefangenenbefreiung und

unerlaubtem Waffenbesitz angeklagt. Der Prozess fand wieder vor dem Kriminalgericht in Moabit statt, die Verteidigung Mahlers übernahmen abermals Schily und Ströbele. Wenngleich Mahler sich zum Zeitpunkt des Prozessbeginns noch nicht öffentlich zu seinem Ausschluss aus der RAF bzw. seinem im September 1974 erfolgten Eintritt in die RH der KPD/AO geäußert hatte, dokumentierte er jedoch seinen Organisationswechsel äußerlich, indem er nicht mehr in Arbeitskittel und mit rauschendem Bart vor Gericht erschien, sondern mit ordentlich gestutztem Vollbart und dunklem Rollkragenpullover auftrat und dabei, wie ein prozessbeobachtender Journalist vermerkte, „drahtig“ und agil wirkte.<sup>552</sup> Ulrike Meinhof distanzierte sich demonstrativ von Mahler und drohte diesem: „Kein Wort zur RAF. Sonst geht's los. Du Rechtsanwalt“<sup>553</sup> um zu verhindern, dass sich Mahler während des Prozesses kritisch zur Strategie der RAF äußern würde. Sollten Mahlers ehemalige Kampfgenossen ihm wenig später auch vorwerfen, sich mit seiner Abwendung von der RAF eine Entlassung aus dem Gefängnis erwirken zu wollen, so gab sein Verhalten während des Prozesses hierfür jedoch nicht den geringsten Anlass: Mahler schlug einen der Pflichtverteidiger, beleidigte den Vorsitzenden Richter und wurde deshalb bereits am ersten Prozesstag von der Verhandlung ausgeschlossen.<sup>554</sup> In den Plädoyers der Staatsanwaltschaft wurden sechs zusätzliche Jahre Haft für Mahler gefordert, da dieser den „Befreiungsplan gekannt“ und die „Ausführung Baaders“ ermöglicht habe, sowie über eine „kriminelle Denkweise“<sup>555</sup> verfüge. In seinem Plädoyer beschuldigte Schily die Staatsanwaltschaft, sie zeige einen „totalen Verurteilungs- und Vernichtungswillen“<sup>556</sup> gegenüber dem Angeklagten. Aus der Beweislage gehe klar hervor, dass Mahler keine Kenntnis von der geplanten Befreiung Baaders gehabt habe. Dennoch wurde Mahler wegen der Beihilfe bei der Befreiung Baaders zu zusätzlichen zwei Jahren verurteilt, so dass sein Gesamtstrafmaß nun 14 Jahre betrug.

In seiner eigenen Erklärung vor Gericht machte Mahler nochmals deutlich, dass er zwar die RAF verlassen habe, sich jedoch in keiner Weise vom Einsatz von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung distanzieren wolle, indem er dazu aufforderte, das „Volk“<sup>557</sup> möge gegen die tagtäglich von den „Kapitalisten und ihre[n] Helfershelfer[n]“ zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft eingesetzten Gewalt, den „unbeugsamen Wille[n] zum Widerstand“ setzen, denn der „Wille des Räubers“ sei „Unrecht“, auch wenn er sich die „Gestalt des Gesetzes“ gebe. Die „Unterdrückung des Volkes“ könne nur durch die „revolutionäre Gewalt“ desselben aufgehoben werden und nicht, wie Mahler nun an der RAF kritisierte, stellvertretend für dieses. Nachdem Mahler seine Kritik an der

Linie der RAF im September 1974 in der KPD/AO-Zeitung *Rote Fabne* publiziert hatte, reagierte jene mit der Bekanntgabe des Ausschlusses Mahlers aus der RAF. Während des Prozesses verlas die als Zeugin geladene Monika Berberich die Ausschlusserklärung. Darin wurde vor allem Mahlers Weigerung, sich der Führung um Ensslin und Baader unterzuordnen sowie dessen Eintritt in die RH der KPD/AO als „bürgerlich“<sup>558</sup> abqualifiziert. Das Problem mit Mahler sei „schon immer [gewesen], daß er ein dreckiger, bürgerlicher Chauvinist geblieben“ sei, „der den Herrschaftsdünkel, den er in der imperialistischen Maschine[,] durch seine Karriere als Anwalt zu seiner Sache gemacht hatte[,] auf die proletarisch-revolutionäre Bewegung übertragen“ habe. Mahler habe sein „bourgeois Leben“ in der RAF weiterführen wollen: So habe er, „weil er nicht lernen und sich ändern“ wollte und „zu kollektiver, unnachgiebiger, geduldiger Arbeit unfähig“ geblieben sei, die „kollektiven Lern-, Arbeits- und Diskussionsprozesse der RAF nie zur Kenntnis genommen.“ Er habe eine „blasierte Selbstkonzeption“ als „Klischee eines bürgerlichen Berufspolitikers“ vertreten. Da Mahler nicht bereit gewesen war, sich dem Druck innerhalb der RAF zu beugen, konnte er nach deren internen Selbstverständnis nur die Seiten gewechselt haben: Mahler sei „zur bewußten Kollaboration mit dem Bundeskriminalamt und der Berliner Justiz [...] übergegangen“ und sei „geblieben, was er immer war: ein Zyniker, ein Chauvinist, ein Mandarin, jetzt offen Partei für den Staatsschutz – politisch eine belanglose, eine hauptsächlich lächerliche Figur.“ Nochmals griff die Ausschlusserklärung die taktischen Differenzen zwischen Mahler und der RAF auf, wobei sie darum bemüht war, Mahlers Rolle als möglichst gering darzustellen:

„Mahler hat in der Praxis der RAF, ihrer konkreten Politik, ihren taktischen Bestimmungen, in ihren B ü n d n i s s e n [Sperrschrift im Original, Anm. d. Verf.] nie eine Rolle [...] gespielt. Er hat sie in seinem dünnkelhaften Begriff von Politik nicht verstanden. Wie er schon 1970 nur ein bürgerliches Wrack war, das von der kämpfenden, sich zu einer politisch-militärisch entwickelnden RAF – wegen seiner Illegalisierung – nur ertragen wurde; auch weil er durch seine Eitelkeit und seine Ignoranz, seinen klassenspezifischen Subjektivismus und Leichtsinn eine dauernde Gefährdung ihrer Praxis war. Mit seinem Herrschafts-, Besitz- und Führungsanspruch auch noch im Gefängnis gegenüber den Gefangenen aus der RAF, mit seiner elitären Unfähigkeit, Kritik und Selbstkritik anders als als Machtkampf zu mißverstehen, mit seinen dauernden, revisionistischen, leeren, privatistischen

Reproduktion, mit der er sich hinter dem Rücken der RAF und der Gefangenen aus der RAF auf dem linken Meinungsmarkt ein Ansehen zu verschaffen gesucht hat, das seiner realen Funktion in der RAF nicht entsprach – einer Produktion, die nach dem Muster juristischer Schriftsätze mit beliebigem Inhalt [...] hat er seinen Ausschluß aus der RAF [...] erzwungen. Das lief einstimmig.“<sup>559</sup>

Ein Teil der wenigen Zuschauer reagierte wütend auf das Verlesen der Ausschlussklärung und solidarisierte sich offen mit Horst Mahler.<sup>560</sup> Verglichen jedoch mit den vorangegangenen Prozessen war die Anteilnahme und demonstrierte Solidarität der radikalen Linken mit den Angeklagten inzwischen äußerst gering.<sup>561</sup> Die Solidaritätsaktionen im Rahmen des Prozesses wurden ausschließlich von der RH der KPD/AO getragen.<sup>562</sup> Mehrfach rief diese zu Solidaritätsdemonstrationen auf, so unter anderem am Tag der Urteilsverkündung zu einer Kundgebung unter dem Motto „Dem Volke dienen“.<sup>563</sup> Ziel der Solidarität mit Mahler sowie den anderen Angeklagten aus der RAF war der Versuch einer Beweisführung, dass diese nicht wegen den ihnen vorgeworfenen kriminellen Taten verurteilt werden sollten, sondern wegen ihrer Gesinnung. An den Prozessen gegen die Angeklagten aus der RAF könne exemplarisch der Charakter der „Klassenjustiz“ nachgewiesen werden, die auf jeglichen Widerstand mit „Terrorurteilen“<sup>564</sup> antworte.

Nach dem Hungerstreiktod von Holger Meins riefen Mahler, Kunzelmann unter anderem nun als Mitglieder der RH und Sympathisanten der KPD/AO im Februar 1975 öffentlich dazu auf, den Hungerstreik abubrechen, da dieser „nichts [...] mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse“<sup>565</sup> zu tun habe. Gleichzeitig gab die RH eine grundsätzliche Kritik Mahlers an der Stadtguerillakonzeption der RAF heraus.<sup>566</sup> Mahler habe mit der RAF gebrochen, weil diese eine von den „Volksmassen losgelöste Politik“<sup>567</sup> betreibe. Mit der Schrift *Um die Reihen zu schließen – Organisiert die solidarische Kritik an der sektiererischen Linie der RAF* dokumentierte Mahler zum einen die Abkehr vom Gewaltkonzept der Stadtguerilla, zum anderen skizzierte er die ideologische Entwicklung der RAF seit ihrer Gründung und versuchte den Nachweis zu führen, dass die von ihm im Mai 1971 nochmals verschriftlichte Guerillakonzeption Anfang 1970 der gemeinsame Ausgangspunkt der Gruppe gewesen sei: Damals sei die Strategie der Gruppe noch gewesen,

„sich mit den Massen zu verbinden, deren Kämpfe um Tagesforderungen auf der Grundlage der proletarischen Linie zu organisieren in

der Absicht, die bewaffnete Intervention als Waffe in diesem Kampf zu entwickeln. Die Guerilla sollte mit den Mitteln der bewaffneten Politik unmittelbar in Klassenauseinandersetzungen im Stadtviertel – später in der Fabrik – eingreifen, und zwar jeweils in dem Augenblick, in dem die Basisgruppen in ihren Aktionen mit ihren beschränkten Mitteln und Möglichkeiten auf den entschlossenen Widerstand des Staatsapparates stoßen und daran zu scheitern drohen.“<sup>568</sup>

Die entstehende RAF habe sich ursprünglich durchaus als bewaffneter Arm des „antirevisionistischen“ Lagers der Protestbewegung verstanden und sowohl die legale Tätigkeit der Basisgruppen als auch die der kommunistischen Partei (gemeint war die KPD/AO) radikalieren bzw. ergänzen wollen. Mahler gestand ein, dass in der Gründungsphase der RAF ideologische Fragen nicht abschließend ausdiskutiert worden seien und durch den Gewalteininsatz bei der Gefangenenbefreiung Baaders die Grundlage für die Isolation der Stadtguerilla von der restlichen radikalen Linken gelegt worden sei, die schließlich im „kleinbürgerlich-elitäre[n] Guerillakonzep[t]“ Baaders, Ensslins und Meinhofs gemündet sei. Hierbei betonte Mahler nochmals den aus seiner Perspektive größten Dissens zwischen seiner Guerillakonzeption und jener der RAF: Das Unvermögen der RAF, sich auf ein identitäres Kollektiv, gleich ob „Massen“, „Volk“ oder Nation, anders als in einem abstrakten Sinne zu beziehen. Das Konzept der RAF war für Mahler „in der Tat kein Stadtguerilla-Konzept mehr[,] sondern der Versuch, sich als bewaffnete ‚Fünfte Kolonne‘ der diversen nationalen Befreiungsbewegungen der 3. Welt zu begreifen.“ Die „[u]nabweichliche Konsequenz dieser Strategie“ sei es gewesen, „daß die Aktionen der Guerilla als Kriegsführung gegen das eigene Volk erscheinen, obwohl sie in Wirklichkeit gegen das imperialistische System gerichtet“ seien. Gerade die paramilitärische, antiimperialistische Ausrichtung der RAF, in deren Rahmen zwar ebenso wie bei Mahler antiamerikanische und antizionistisch-antisemitische Schuldabwehr-Topoi aufgegriffen wurden,<sup>569</sup> war mit Mahlers tiefen Bedürfnis nach identifikatorischer Vereinnahmung des Kollektivs der „Massen“ bzw. des „Volkes“ nicht vereinbar, da Aktionen wie die Mai-Offensive 1972 die RAF zum „Fremdkörper“ im Volk gemacht hätten und diese sich damit in eine „Isolation [...] von den werktätigen Massen“ begeben habe. Mahler kritisierte zwar die Guerillakonzeption der RAF, sagte sich jedoch keineswegs vom Einsatz von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung los: Noch immer schien es Mahler geboten, die „überwiegende Mehrheit des Volkes für die Revolution“ zu gewinnen, um so „die Hand voll Ausbeuter und ihre Lakaien“ zu isolieren und anschließend

„ihren Widerstand durch die bewaffnete Macht des Volkes“ zu brechen. Selbstkritisch merkte Mahler an, dass seine Teilnahme am „bewaffneten Kampf“ wesentlich von einem „Mangel an Vertrauen in das Volk“<sup>570</sup> bestimmt gewesen sei. Der ebenfalls zur RH gewechselte Dieter Kunzelmann jubilierte anlässlich Mahlers Eintritt: Die „revolutionäre kommunistische Bewegung in der BRD und Westberlin“ habe am „Vorabend gewaltiger Klassenkämpfe“ mit der Person Mahlers „einen ihrer erfahrensten und kämpferischsten Genossen zurückgewonnen“, wie jeder, der „die revolutionäre Schöpferkraft und unermüdliche Tätigkeit“ Mahlers „im Dienste des Volkes aus eigenem Erleben“<sup>571</sup> kenne, bestätigen könne.

Seit den Ereignissen um den 2. Juni 1967 war im Rahmen der Protestbewegung die Diskussion über den Einsatz von Gewalt mit zunehmender Intensität geführt worden, wengleich nur eine sich sukzessiv radikalisierte und zunehmend isolierende Minderheit dazu bereit war, diesen auch praktisch in Erwägung zu ziehen. Aus diesen Diskussionen entwickelte sich mit den *Tupamaros Westberlin* die erste deutsche linksterroristische Stadtguerilla, deren erster Anschlagversuch im November 1969 der *Jüdischen Gemeinde* in Westberlin gegolten hatte. Mit diesem gescheiterten, offen antisemitischen Attentat war noch eine andere Entwicklung des innerlinken Radikalisierungsprozesses deutlich geworden: Seit Sommer 1967 war ein zunehmend antisemitischer Antizionismus in der radikalen Linken hegemonial geworden. Mahler war während der Protestbewegung stets Stichwortgeber einer prinzipiellen Gewaltbereitschaft gewesen und fungierte im Herbst/Winter 1969 als Kontaktmann für den bereits illegalisierten Führungskern der *Tupamaros Westberlin*. Dabei hatte er seit Ende 1968 einen Militanzbegriff vertreten, der durch den Einsatz von Gewalt bereits bestehende soziale Konflikte radikalisierte und diese so in eine revolutionäre Bewegung transformieren wollte. Den Einsatz von Gewalt betrachtete Mahler als Mittel, den Kontakt zu den identifikatorisch umworbenen „Massen“ herzustellen und diese zu mobilisieren – einen ersten Testlauf hierfür sollten die Aktivitäten im Märkischen Viertel 1970 darstellen.<sup>572</sup> In der Gründungsphase der RAF hatten die später offen hervortretenden taktischen Differenzen zwischen Mahler, der den eigentlichen Anstoß zur Gründung überhaupt erst gegeben hatte, und der restlichen Führungsgruppe entweder keine Rolle gespielt oder konnten auf Grund der sich überstürzenden Ereignisse nach der Baader-Befreiung nicht mehr ausreichend diskutiert werden.<sup>573</sup> Mahler selbst hatte aufgrund seiner frühen Inhaftierung außer der (mutmaßlichen) Beteiligung an einem Banküberfall nicht weiter zur Praxis der Gruppe beitragen

können. Während seiner Haftzeit versuchte Mahler durch eine umfangreiche Verschriftlichung seiner Konzeption von Militanz bzw. Stadtguerilla den taktischen Kurs der Gruppe zu bestimmen und trat gleichzeitig in der Öffentlichkeit, vor allem im Rahmen seiner Gerichtsprozesse 1971-73, als radikaler Vertreter des „bewaffneten Kampfes“ bzw. der RAF auf – auch nach der so genannten Mai-Offensive 1972, deren taktische Konzeption er gemäß seiner gruppeninternen Position nicht hätte teilen dürfen.<sup>574</sup> Mahlers theoretische Äußerungen – vor allem sein Strategiepapier von 1971 – waren zudem auch Versuche, den verlorengegangenen Diskussionszusammenhang mit der nicht-militanten, maoistisch inspirierten radikalen Linken wiederherzustellen, der unter anderem durch das in die innerlinke Isolation führende, elitäre Stadtguerillakonzept Meinhofs, Baaders und Ensslins abgebrochen worden war. Gleichzeitig verunmöglichte deren Guerillakonzeption einen positiven Bezug auf das identitäre Kollektiv der „Massen“. Dies zeigte sich paradigmatisch in der Diskussion über den Haftstatus der Gefangenen: Während Meinhof, Baader und Ensslin auf der elitären Sonderrolle der RAF gegenüber den Gefangenen ohne politischen Hintergrund beharrten, pochte Mahler auf den Status eines „sozialen Gefangenen“, mittels dem er sich als Teil der inhaftierten proletarischen „Massen“ imaginieren durfte. In diesem Kontext hatte Mahler auch eine Zusammenarbeit mit der RH der KPD/AO angebahnt. Bei den theoretischen Differenzen zwischen Mahler und der Restgruppe handelte es sich vornehmlich um die taktische Frage nach den Möglichkeiten einer positiven Bezugnahme auf das identitäre Kollektiv der „Massen“. Während Mahler sein tiefes Bedürfnis nach identifikatorischer Vereinnahmung der „Massen“ sowohl 1971 als auch in seiner Prozessklärung 1972 ausgedrückt hatte, wollte sich das Führungstrio der RAF durch exemplarische, paramilitärische Aktionen wie der so genannten Mai-Offensive 1972 als Bestandteil einer internationalen, antiimperialistischen Front inszenieren. Trotz dieser taktischen Differenz war es jedoch möglich, dass sowohl Mahler als auch die restliche RAF-Führungsgruppe beinahe identische Positionen vertraten, wie sich anhand des sowohl in Meinhofs *Aktion des Schwarzen September in München* als auch in Mahlers Prozessklärung vertretenen schuldabwehrenden, antizionistischen Antisemitismus gut illustrieren lässt. Die restliche Führungsgruppe der RAF vertrat in diesen Fragen sogar eine noch radikalere Position als Mahler, teilte jedoch nicht dessen immenses Bedürfnis nach Identifikation mit den „Massen“.<sup>575</sup> Es ist insofern auch kein Zufall, dass Mahler später, in seiner rechtsradikalen Phase die Liste seiner zur Lektüre empfohlenen Texte mit *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* beginnen ließ;

dort hatte er so deutlich wie nie zuvor artikuliert, für wie zentral er eine Identifikation mit dem Kollektiv der „Massen“ bzw. dem „Volk“ hielt. Meinhof kritisierte Mahlers Position demnach auch ahnungsvoll als „Massenfetischismus“.<sup>576</sup>

Wenngleich Mahler bereits 1969 im Rahmen der allgemeinen Entwicklung der radikalen Linken in internen Diskussionen eine antizionistische Kritik am Staat Israel formuliert hatte, war die Prozesserklärung vom Oktober 1972 sein erstmaliger Versuch, sein während der Haft umfassend ausgebildetes antizionistisch-antisemitisches Weltbild für eine Abwehr der diffus empfundenen Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft fruchtbar zu machen. Dort phantasierte Mahler im Stile einer antisemitischen Verschwörungstheorie über eine Kollaboration von „Zionismus und Imperialismus“ und forderte die deutsche Linke mit einem Verweis auf die Shoa dazu auf, sich mit dem „gerechte[n] Krieg“<sup>577</sup> der palästinensischen Befreiungsorganisationen zu solidarisieren. Insbesondere war Mahler darum bemüht, die Handlungen des Staates Israel mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft gleichzusetzen und damit die stellvertretend für das nationale Kollektiv diffus empfundene Schuld zu relativieren: „Der Zionismus hat mit der mitleidlosen und grausamen Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem zweitausend Jahren angestammten Lebensraum auf makabere Weise das Erbe des deutschen Faschismus angetreten.“ Auch war Mahler 1972 zu der Auffassung gelangt, dass sich eine solchermaßen artikuliert antizionistisch-antisemitische Schuldabwehr mit „konkreten, bedürfnisorientierten Aktionen“ in der BRD verknüpfen lassen würde und auf diese Weise die RAF das identifikatorisch umworbene identitäre Kollektiv der „Massen“ für sich gewinnen könne. Obwohl die RAF und Mahler einen denkbar radikalen antizionistischen Antisemitismus vertraten, war eine antizionistische Weltsicht in den 1970er Jahren in allen linken Gruppen, die sich auf die ehemalige Protestbewegung bezogen, breiter Konsens.<sup>578</sup> Während sich die DDR-apologetischen marxistisch-leninistischen Organisationen (unter anderem DKP, SHB, MSB Spartakus) nach 1973 im Zuge der sowjetischen Beteiligung an den Waffenstillstandsabkommen nach dem Jom-Kippur-Krieg zumindest rhetorisch etwas zügelten, traten Äußerungen maoistischer, anarchistisch-libertärer und spontaneistischer Gruppen umso schärfer hervor.<sup>579</sup> Während des Prozesses in Stammheim 1976 sollte die RAF in ihrer Prozessklärung ihre bisher vertretene antiamerikanische und antizionistische-antisemitische Position nochmals (rhetorisch) radikalieren und mit einem Befreiungsnationalismus verknüpfen,<sup>580</sup> wenngleich es

einer anderen terroristischen Gruppe vorbehalten bleiben sollte, mit einem diesmal erfolgreich umgesetzten, offen antisemitischen Terrorakt den in der radikalen Linken der 1970er konsensualen antizionistischen Antisemitismus einer breiten Öffentlichkeit zu demonstrieren: Im Juni 1976 entführte ein Terrorkommando, bestehend aus zwei palästinensischen Terroristen und zwei deutschen Mitgliedern der *Revolutionären Zellen* (RZ), ein Flugzeug mit unter anderem israelischen Staatsbürgern, zwang dieses zu einer Landung im ugandischen Entebbe und forderte die Freilassung von in israelischen Gefängnissen inhaftierten Palästinensern sowie Gefangenen der RAF und der *Bewegung 2. Juni*. In der Annahme, dass die nicht-jüdischen bzw. nicht-israelischen Geiseln bei der Erpressung der israelischen Regierung nicht von Interesse wären, selektierte das Kommando nicht-jüdische bzw. nicht-israelische von den jüdischen bzw. israelischen Passagieren und entließ erstere in die Freiheit. Kurz darauf stürmte jedoch eine israelische Sondereinheit das Flugzeug, tötete die Terroristen und befreite die Geiseln. Selbst an der offen antisemitischen Selektion durch deutsche Terroristen fand damals in der radikalen Linken keine generalisierte Kritik statt.<sup>581</sup> Die KPD/AO – mit der Mahler zu diesem Zeitpunkt offen sympathisierte – äußerte zu dem Terroranschlag: „Dem Ministerpräsidenten von Uganda, seiner Exzellenz Idi Amin, drücken wir unsere uneingeschränkte Solidarität aus und versichern ihm unser tief empfundenes Mitgefühl anlässlich der Ermordung von Angehörigen der ugandischen Armee.“<sup>582</sup>

Wie andere Gruppen der radikalen Linken der 1970er Jahre vertrat auch die RAF einen, wenngleich besonders radikalisierten, marxistisch-leninistischen Faschismusbegriff. Weite Teile der radikalen Linken, insbesondere die maoistischen K-Gruppen und die RAF, waren Anfang der 1970er Jahre davon überzeugt, dass in der BRD ein neuer „Faschismus“ heraufziehen würde bzw. bereits installiert wäre. So begriff Mahler die BRD Anfang der 1970er Jahre in einer gesellschaftlichen Situation, in der die „Liquidation“ des „bürgerlichen Rechtsstaates“ und der „parlamentarischen Demokratie“ durch das „Kapital“<sup>583</sup> wie bereits in den 1930er Jahren kurz bevor stand bzw. sich bereits ereignet hatte, weshalb es nötig sei, mit dem „bewaffneten Kampf“ zu beginnen. Diese Form von „Faschismus“ stellte für Mahler das „größte aller kapitalistischen Übel“ dar, das – wenn nicht der Widerstand dagegen organisiert würde – die gesamte „Menschheit in die Katastrophe“ reißen würde.<sup>584</sup> Auffallend ist, dass Mahler die DDR, die ihm in den Jahrzehnten zuvor stets als positiver Bezugsrahmen seines politischen Weltbildes gedient hatte, in seiner Zeit in der RAF nicht thematisierte. Mahler begriff den von ihm in der BRD gefürchteten

„Faschismus“ mittlerweile als global agierenden „Imperialismus“, dessen „Verbrechen“<sup>585</sup> in ungebrochener Kontinuität zum historischen Nationalsozialismus stünden. Im Kampf gegen diesen weltweiten „Imperialismus“ verstand Mahler die verschiedenen sozialrevolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen, insbesondere die palästinensischen Organisationen, als Verbündete, warnte jedoch davor, mit der selbstreferentiellen Guerillakonzeption der RAF den Kontakt zum von ihm identifikatorisch umworbenen identitären Kollektiv des „Volkes“ zu verlieren, so dass diesem die RAF als „bewaffnete ‚Fünfte Kolonne‘ der diversen nationalen Befreiungsbewegungen der 3. Welt“ bzw. als „Kriegsführung gegen das eigene Volk“<sup>586</sup> erscheinen müsse. Gerade die paramilitärische, antiimperialistische Ausrichtung der RAF war mit Mahlers tiefem Bedürfnis nach identifikatorischer Vereinnahmung des „Volkes“ nicht vereinbar.<sup>587</sup>

### **Sympathisant der KPD/AO und Mitglied der Roten Hilfe e. V. (1974-1976)**

Eine wichtige Rolle beim Eintritt in die RH der KPD/AO hatte Mahlers ehemaliger Mandant Dieter Kunzelmann gespielt, der wie dieser in der JVA Tegel inhaftiert war und mit dem Mahler eine „jahrelange Freundschaft“<sup>588</sup> verband. Durch die Lektüre der Publikationen der KPD/AO hatte Mahler seine ideologischen „Einstellungen“ korrigieren können und konnte nun aus der Haft heraus in einem Zusammenhang am „organisierten Kampf“ teilnehmen, der seine positive, identifikatorische Bezugnahme auf die „Massen“ und das „Volk“<sup>589</sup> offen teilte. Schnell sollte sich Mahler zudem den dogmatischen Sprachhabitus der KPD/AO aneignen.

Die RH war eine Vorfeldorganisation der KPD/AO, die sich nach außen zwar als fraktionsübergreifend inszenierte, ideologisch jedoch strikt von der Linie der KPD/AO bestimmt wurde. Im Spektrum der maoistischen Kleinstparteien, die sich alle explizit gegen die von Teilen des einstigen „antiautoritären“ Lagers in der ehemaligen Protestbewegung betriebenen Rekonstruktion dissidenter marxistischer Strömungen gewandt hatten,<sup>590</sup> lässt sich die KPD/AO, wie auch die direkte Konkurrenz der KPD/ML, der Gruppe der „Ultralinken“ zuordnen.<sup>591</sup> Alle maoistisch orientierten K-Gruppen machten zusammen genommen in den 1970er Jahren einen bedeutenden Teil des Zerfallsprodukts der ehemaligen Protestbewegung aus: Schätzungsweise waren in diesem Zeitraum etwa 100-150.000 Personen zeitweise im Rahmen einer K-

Gruppe politisch aktiv.<sup>592</sup> Seit 1970 waren, ausgehend von Westberlin, die ersten (anfangs noch überfraktionellen) *Rote Hilfe-Komitees* entstanden (dort die *Rote Hilfe Komitee Westberlin*, s. o.). Diese fungierten als Sammelbecken der organisatorisch zerfallenden Protestbewegung, da die taktischen, strategischen und theoretischen Differenzen im Zusammenhang mit der Betreuung der inhaftierten militanten Gefangenen (noch) eine untergeordnete Rolle spielten; wengleich die daraus resultierende relative ideologische Offenheit die *Rote Hilfe-Komitees* zum attraktiven Ziel der Unterwanderungsstrategien der sich zeitgleich formierenden maoistischen Organisationen machte,<sup>593</sup> die schon bald versuchten, in den jeweiligen Gruppen ideologischen Einfluss zu erlangen und die Aktivisten für eine Mitarbeit in ihren eigenen Organisationen zu gewinnen.<sup>594</sup> Insbesondere die KPD/AO, die sich seit Juli 1971 zur alleinigen „kommunistischen Partei“ erklärt und den Namenszusatz „Aufbauorganisation“ seitdem gestrichen hatte, war in der Roten Hilfe-Bewegung besonders aktiv. Die KPD hatte selbst auf ihrem Höhepunkt nur etwa 1000 Mitglieder, konnte sich aber unter den maoistischen Gruppen in Westberlin lokal als dominierende Kraft durchsetzen, wozu sicher die Ausstrahlung ihrer Mitbegründer Christian Semler und Jürgen Horlemann beitrug.<sup>595</sup> Auch konnte sie die einst von Mahler mitgegründete, prestigeträchtige RPK als Zeitschrift ihres Studierendenverbandes übernehmen.<sup>596</sup> Der KPD angegliedert waren mehrere Vorfeldorganisationen wie der *Kommunistische Studentenverband* (KSV), die *Liga gegen den Imperialismus* und seit Dezember 1970 eine eigene Rote Hilfe-Organisation, die *Rote Hilfe e. V.* (RH), die seitdem die Unterstützungskampagnen für die militanten Gefangenen mittrug.<sup>597</sup> Die parallele Gründung einer weiteren Roten Hilfe führte zu Unmut sowohl bei den undogmatischen *Roten Hilfe-Komitees* als auch bei den umworbenen Gefangenen. Im Februar 1972 versandte die RH die Parteizeitung der KPD an die inhaftierten militanten Linken und warb um ein Abonnement:

„Wenn wir es als eine unsere Hauptaufgaben betrachten, gegen die bürgerliche Klassenjustiz in erster Linie den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte zu organisieren, dann nicht weil wir Illusionen über die bürgerliche ‚Demokratie‘ haben, sondern weil wir meinen, daß die bürgerlich-demokratischen Garantien nützliche Bedingungen für den legalen Kampf der Arbeiterklasse darstellen, die nicht kampfflos aufgegeben werden dürfen, gerade in Zeiten ihrer relativen Unorganisiertheit und Schwäche.“<sup>598</sup>

Die Gefangenen wurden um Berichte aus den Gefängnissen gebeten, die dann wiederum von der RH der KPD als „Enthüllungen“ und „Entlarvungen“<sup>599</sup> des bürgerlichen Rechtsstaates publik gemacht wurden. Die Reaktionen der militanten Linken in den Gefängnissen darauf war mehrheitlich ablehnend, da diese sich in Abgrenzung zum organisierten maoistischen Parteikommunismus verstanden und in der Regel aus dem Umfeld der *Agit 883* in den Linksterrorismus diffundiert waren.<sup>600</sup> Ebenso verwehrte sich die aus dem überfraktionellen *Rote Hilfe-Komitee* hervorgegangene, undogmatische *Rote Hilfe Westberlin* gegen den Vereinnahmungsversuch der Gefangenen durch die RH der KPD: Diese habe zu Anfang der Solidaritätsarbeit die militante Praxis der entstehenden linksterroristischen Gruppen als „kleinbürgerlichen Anarchismus“<sup>601</sup> diffamiert, wolle nun aber, da es politisch opportun erschien, Solidarität mit den Gefangenen üben. Die *Rote Hilfe Westberlin* ahnte in der Aktion der RH einen Okkupationsversuch der Gefangenen-Solidarität durch die maoistischen Gruppen. Der Streit zwischen den Roten Hilfe-Organisationen dauerte fast zwei Jahre an,<sup>602</sup> seit 1973 veröffentlichte die RH der KPD zudem eine eigene Zeitschrift mit dem Titel *Rote Hilfe*. Der grundsätzliche Konflikt zwischen den undogmatischen Roten Hilfen und der RH der KPD lag in der Beurteilung des „bewaffneten Kampfes“: Erstere unterstützten die Gefangenen nicht nur juristisch und materiell, sondern waren auch in politischer Hinsicht mit ihnen solidarisch, während die KPD den Linksterrorismus aus taktischen Gründen ablehnte, sich jedoch trotzdem mit den Gefangenen solidarisierte. Mit dem Beitritt Mahlers hatte die RH der KPD bereits den zweiten prominenten ehemaligen Protagonisten der Protestbewegung und späteren Stadtguerillo für eine Mitgliedschaft gewinnen können: Bereits im Februar 1974 war mit Dieter Kunzelmann der einstige Mitbegründer der *Kommune I* und *spiritus rector* der *Tupamaros Westberlin* der RH der KPD beigetreten.<sup>603</sup> Nach seiner Haftentlassung im März 1975 wurde Kunzelmann Vorsitzender des RH-Landesverbandes Westberlin und engagierte sich maßgeblich in der Kampagne *Freiheit für Horst Mahler*.<sup>604</sup>

Die Partei, in die Mahler nun zwar nicht eintrat, der er jedoch in ideologischen Fragen auf ganzer Linie folgte, hatte sich in ihrem Programm vom Juni 1974 vornehmlich auf eine strikte Orientierung am Maoismus der *Kommunistischen Partei Chinas* (KPCh) festgelegt sowie den Versuch unternommen, an die stalinistischen Traditionen der deutschen KPD in der Weimarer Republik anzuknüpfen,<sup>605</sup> deren Sozialfaschismus-Theorie nun auf die „sozialimperialistische“ UdSSR als zu bekämpfenden Hauptfeind übertragen wurde.<sup>606</sup> Das

Programm postulierte die Zugehörigkeit der KPD zum „weltrevolutionären Lager“, das gegen „Sozialimperialismus und Revisionismus“ kämpfe und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unterstützte: „Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen Befreiung, Völker Revolution. Die sozialistischen Länder, voran die Volksrepublik China, sind das feste Hinterland der weltrevolutionären Bewegung.“<sup>607</sup> Die KPD übernahm zudem die anti-sowjetische Linie der KPdCh und verurteilte die Entstalinisierung in der UdSSR nach dem XX. Parteitag der KPdSU als „Staatsstreich der Chruschtschow-Clique“, der zur Herrschaft einer „neue[n] Bourgeoisie“ und des „Sozialimperialismus“<sup>608</sup> geführt habe. Insbesondere der Kampf gegen den sowjetischen „Sozialimperialismus“ sollte zu einem agitatorischen Schwerpunkt der KPD werden.<sup>609</sup> Die UdSSR wurde in den Publikationen der KPD nun auch vielfach mit dem historischen Nationalsozialismus und dessen Verbrechen gleichgesetzt; so schrieb die *Rote Fahne* beispielweise im März 1976:

„Daher ist es völlig richtig, die Diktatur der Bourgeoisie in der Sowjetunion als sozialfaschistische Diktatur zu kennzeichnen, die sich – je nach den besonderen Bedürfnissen der Täuschung oder Niederhaltung hinter den Aushängeschildern ‚Staat des ganzen Volkes‘ oder ‚Diktatur des Proletariats‘ versteckt. Auch Hitler erklärte seinen faschistischen Terrorstaat zum Ausdruck einer ‚Volksgemeinschaft‘, in dem es angeblich keine Klassen mehr gäbe, auch er bediente sich sozialistischer Phrasen, um über den Klassencharakter der faschistischen Herrschaft zu täuschen. Der Unterschied zwischen Hitler und den neuen Zaren besteht allein darin, dass diese die faschistische Unterdrückungsmaschine und die sozialistischen Phrasen noch umfassender und perfekter ausgebaut haben.“<sup>610</sup>

Mit der Argumentation, dass die UdSSR noch faschistischer als der historische Nationalsozialismus sei, glich sich die KPD an die von Teilen der radikalen Rechten betriebene Relativierung der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft mittels der die realsozialistischen Länder mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich gleichsetzender Totalitarismustheorie an.<sup>611</sup> Auch fand die Sozialfaschismus-These ihre Weiterentwicklung beim Übertrag auf die DDR der 1970er Jahre: So urteilte beispielsweise die RH der KPD über die Lage in der DDR: „Heute steht das deutsche Volk nicht nur der wachsenden politischen Unterdrückung in der BRD und Westberlin gegenüber. Ein Teil unseres Volkes muß unter dem Faschismus des DDR-Regimes leben.“<sup>612</sup>

Wenngleich nun auch Mahler die UdSSR als eine mit den USA gleichzusetzende „imperialistische Supermacht“ begriff, die mit letzterer um die „Vorherrschaft in der Welt“ ringe,<sup>613</sup> konnte er die Einschätzung der DDR als „faschistisch“ nicht teilen: Die ehemalige Protestbewegung habe sich zwar nach dem Einmarsch der „einst ruhmreichen Rote[n] Armee“ in die ČSSR von dem Land, das die „Große[n] Oktoberrevolution“ hervorgebracht hatte, richtigerweise abgewandt und sukzessive erkannt, dass das orthodox-kommunistische Lager und die UdSSR zum „imperialistische[n] Räuber“<sup>614</sup> geworden sei. Mahler ging zudem sogar so weit zu behaupten, dass die westdeutschen orthodox-kommunistischen Parteien DKP und SEW nun als „fünfte Kolonne des Sozialimperialismus“ die BRD dem „gefährlichsten Feind der europäischen Völker“, der UdSSR, ausliefern wollen würden, scheute jedoch auch noch 1975 vor einer expliziten Kritik der SED bzw. der DDR zurück. Nach wie vor war diese für ihn die politische Kraft, die nach 1945 das identitäre Kollektiv der deutschen Nation im Osten Deutschlands von der Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft entlastet hatte. Da sich der Vorwurf der KPD, auch in der DDR herrsche der „Faschismus“, lediglich auf die zeitgenössische DDR der 1970er Jahre und nicht auf die Zeit vor der Entstalinisierung bezog, konnte Mahler dies leichter in sein von Schuldabwehr bestimmtes Weltbild integrieren.

Wie die RAF, so verwendeten auch die K-Gruppen einen marxistisch-leninistischen Faschismusbegriff, der sich an der Dimitrow-These orientierte. Die *Rote Fabne* schrieb in einem exemplarischen geschichtspolitischen Beitrag über das Potsdamer Abkommen:

„Die ‚Kollektivschuld-Theorie‘ sollte die Absicht des anglo-amerikanischen Monopolkapitals verschleiern, die deutsche Industrie auszuschalten. So wie der faschistische Imperialismus seinen Versuch, kapitalistisch voll entwickelte, auf einer hohen Kulturstufe stehende europäische Staaten in seine Kolonien zu verwandeln und sie im Rahmen seines ‚Neuen Europa‘ zu agrar- und Rohstoffabhängigen Deutschlands zu machen, mit Hitlers ‚Herrenrasse-Theorie‘ rechtfertigte, begründete der anglo-amerikanische Imperialismus mit deren Kehrseite, der ‚Kollektivschuld-Theorie‘ seine Absicht, Deutschland in ein Agrarland zu verwandeln und durch Zerstückelung in Kleinststaaten in dauernder Abhängigkeit zu halten.“<sup>615</sup>

Die Rassenideologie der Nationalsozialisten wurde hierbei zu einem reinen Vorwand für einen ‚eigentlich‘ imperialistischen Krieg umgedeutet, der mit dem ebenfalls ‚eigentlich‘ imperialistisch motivierten Kriegseintritt der USA korrespondierte, für welchen spiegelbildlich eine angebliche Kollektivschuldthese den Vorwand lieferte. Mit dem Ausblenden der Verbrechen der Shoa wurde zudem den Verbrechen des historischen Nationalsozialismus deren Spezifik und Einzigartigkeit genommen und gleichzeitig die Verbrechen des „faschistische[n] Imperialismus“ mit denen des „anglo-amerikanische[n] Imperialismus“ auf eine Stufe gestellt. Das Faschismusverständnis der KPD (wie auch der anderen K-Gruppen) enthielt eine radikale Abwehr von jeglichem Eingeständnis einer Schuld von Teilen des nationalen Kollektivs an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft. Diese wurde mittels einer verschwörungstheoretischen und personifizierenden Logik einer kleinen Gruppe von „Monopolkapitalisten“ angelastet und das nationale Kollektiv von jedem Schuldvorwurf entlastet, immer wieder auch mit der Zurückweisung einer angeblich von außen angetragenen Kollektivschuld, sowie einer exzessiven Gleichsetzung zeitgenössischer Personen, Institutionen und Prozesse mit dem historischen Nationalsozialismus. Diese Befreiung der deutschen Nation vom Stigma der nationalsozialistischen Verbrechen war die Voraussetzung für ein positives Verhältnis zum „deutschen Volk“ mittels einer Übernahme des marxistisch-leninistischen Nationenbegriffes.<sup>616</sup> Durch die Relativierung der Verbrechen des historischen Nationalsozialismus, insbesondere der Shoa, sollte ein unbefangenes Verhältnis zur deutschen Nation politisch artikulierbar werden.

Auch als Sympathisant der KPD bemühte sich Mahler stets um eine schuldabwehrende Position zu den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft: In einem Rückgriff auf die Erfahrungen während der 1960er Jahre notierte Mahler im Oktober 1975, dass sich bei ihm (und bei der Protestbewegung) einst durch die Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie zum „Haß gegen die [US-amerikanischen] imperialistischen Mörder“<sup>617</sup> die Einsicht gesellt habe, dass die „kapitalistische Produktionsweise der Mutterboden der imperialistischen Kriege“ sei und die USA damit im Rahmen des Vietnamkrieges auf dem Boden des gleichen Gesellschaftssystems wie das nationalsozialistische Deutsche Reich einen gleichen, weil „imperialistischen“ Krieg führen würden. In einem Beitrag vom Februar 1976 schrieb Mahler zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft: „Vor etwas mehr als dreißig Jahren zerbrach in Deutschland unter den Hammerschlägen der Roten Armee und ihrer Verbündeten die faschistische Gewaltherrschaft.“<sup>618</sup> Wen Mahler unter „Verbünde-

te“ subsumierte, blieb unklar, da er weiter die „imperialistischen Westmächte“ dafür verantwortlich machte, dass in „Westdeutschland die Monopolbourgeoisie, die schon zweimal in diesem Jahrhundert die Welt mit Raubkriegen überzogen und 1933 die in einer beispiellos verheerenden Krise mächtig angeschwollene revolutionäre Arbeiterbewegung barbarisch grausam niedergeschlagen hatte“, nach 1945 – im Gegensatz zur SBZ/DDR – ihre Macht erhalten haben können.

Auch in ihrer politischen Praxis artikulierte sich die nationale Position der KPD: Diese betrieb – im Gegensatz zur DDR-apanogetischen Linken – keine pazifistische Abrüstungskampagne, sondern forderte ihre Mitglieder zum Wehrdienst auf und agitierte für die Gründung von kommunistischen Zellen in der Bundeswehr. Bisweilen mutete die Bundeswehr-Rhetorik der KPD geradezu offen nationalistisch an, wenn sie beispielweise anlässlich des 1977 stattfindenden NATO-Manövers *Standhafte Chatten* die Werte der „Vaterlandsverteidigung“<sup>619</sup> beschwor. In einer Erklärung des ZKs der KPD von 1975 wurde der positive Bezug auf die bundesdeutsche Armee wie folgt begründet:

„In der DDR muß der bewaffnete Kampf zur Abschüttelung des sozialimperialistischen Jochs geführt werden, bei gleichzeitiger Zurückweisung aller Einmischungsversuche der anderen Supermacht. In der BRD muß die Wachsamkeit gegenüber den Aggressionsabsichten des Sozialimperialismus erhöht werden. Die Einheit und Unabhängigkeit der europäischen Völker und Staaten gegenüber den Supermächten, insbesondere dem Sozialimperialismus, muß erkämpft werden.“<sup>620</sup>

Als Sympathisant der KPD artikulierte nun auch Mahler erstmals eine offen (befreiungs-)nationalistische Positionen, indem er davon sprach, dass das „Bewußtsein von der Einheit des antiimperialistischen und antihegemonistischen Kampfes in den Massen“<sup>621</sup> verankert und die „bürgerliche Klassenjustiz als Komplize[n] der nationalen Unterjochung des deutschen Volkes durch die imperialistischen Supermächte“ angeprangert werden müsse. Auch bezeichnete Mahler in nationaler Diktion Richter als „Landesverräter“. Als größte Gefährdung für das nationale Kollektiv betrachtete Mahler 1976 die sowjetischen Streitkräfte, die ihre „sozialimperialistischen Divisionen zur größten Panzerstreitmacht der Geschichte“<sup>622</sup> an „unseren Grenzen“<sup>623</sup> zusammenziehen würden, während die „deutsche Bourgeoisie“<sup>624</sup> vertreten durch die sozialliberale Koalition, um „ihrer Profite Willen die nationalen Interessen des deutschen Volkes verkaufen“ würde und dessen Bedürfnis nach einer „Verhinderung

eines Dritten Weltkrieges und [...der] nationale[n] Unabhängigkeit“ eines wiederzuvereinigenden Gesamtdeutschlands zugunsten eines militärischen Bündnisses mit den USA und intensivem Handel mit der UdSSR aufgegeben habe. Auch konnte die KPD mit ihrer antizionistischen Position an die Positionen des SDS bzw. der radikalen Linken seit 1967 anknüpfen, spitzte diese jedoch abermals zu.<sup>625</sup> In der Linken der 1970er Jahre dürfte die KPD – neben der konkurrierenden KPD/ML sowie der RAF – die am radikalsten auftretende antizionistisch-antisemitische Gruppe gewesen sein.<sup>626</sup> Die KPD lehnte das Existenzrecht Israels strikt ab, bezeichnete das „jüdische Volk“<sup>627</sup> als eine propagandistische Erfindung und veröffentlichte in ihren Publikationen einschlägige antisemitische Positionen. Auch wurde Israel stets mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich gleichgesetzt. Über das Olympia-Attentat von 1972 schrieb das Zentralorgan der KPD unter der Überschrift „Zionisten: Die Nazis unserer Tage“, die zionistischen Machthaber in Israel würden mit faschistischen Methoden Palästina „araberfrei“<sup>628</sup> machen wollen.

Einer breiten Öffentlichkeit wurde Mahlers Abkehr vom Linksterrorismus während der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz bekannt. Am 27. Februar 1975, drei Tage vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus, hatten Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* den Spitzenkandidaten der Westberliner CDU entführt und forderten im Austausch für diesen die Freilassung der inhaftierten Terroristen Horst Mahler, Verena Becker, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Ingrid Siepmann, Rolf Heißler und Rolf Pohle. Die Liste der Freizulassenden umfasste Personen aus dem gesamten Spektrum der militanten Linken, jedoch niemanden aus der engeren Führung der RAF. Wenngleich Mahler sich im September 1974 mit der bisherigen Praxis der RAF in der Öffentlichkeit ablehnend auseinandergesetzt und diese daraufhin Mahler wortreich ausgeschlossen hatte, rechnete ihn die Kommandogruppe der *Bewegung 2. Juni* immer noch zu jenen militanten Linken, die nach einer Freilassung den „bewaffneten Kampf“ wieder aufnehmen würden.<sup>629</sup> Zudem war Mahlers Schrift *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* zwar von der Führungsgruppe der RAF abgelehnt worden, die militante Linke im Umfeld der *Bewegung 2. Juni* hatte den Text jedoch zustimmend rezipiert.<sup>630</sup> Nach einer Besprechung mit Jürgen Horlemann, einem ehemaligen Weggefährten Mahlers aus dem Westberliner SDS und nun führendem Mitglied des ZKs der KPD, teilte Mahler der Öffentlichkeit in einer am 1. März 1975 ausgestrahlten Fernsehsendung die Ablehnung eines Austausches mit und bekannte sich zur KPD:

„Die Entführung des Volksfeindes Peter Lorenz als Mittel zur Befreiung von politischen Gefangenen ist Ausdruck einer von den Kämpfen der Arbeiterklasse losgelösten Politik, die notwendig in einer Sackgasse enden muß. Die Strategie des individuellen Terrors ist nicht die Strategie der Arbeiterklasse. [...] In der sich weltweit zuspitzenden Krise des Imperialismus nehmen die[se] Massenkämpfe sprunghaft in allen Bereichen zu und werden das kapitalistische System von Krise, Arbeitslosigkeit und politischer Unterdrückung sprengen.“<sup>631</sup>

Mahler war der „festen Überzeugung, daß sich durch den Kampf der revolutionären Massen gegen dieses kapitalistische Ausbeutersystem die Gefängnistore für alle Gefangenen öffnen“ würden und lehnte es deshalb ab, sich „auf diese Weise außer Landes“<sup>632</sup> bringen zu lassen. Die Lorenz-Entführer hatten nicht mit einer Ablehnung Mahlers gerechnet und reagierten entsetzt, wenngleich sie die Weigerung Mahlers und einer weiteren Person (Gabriele Kröcher-Tiedemann), sich austauschen zu lassen, akzeptieren mussten.<sup>633</sup>

Ein wenig später in der Zeitschrift *Internationale Solidarität*, dem Organ der *Liga gegen den Imperialismus*, veröffentlichtes Interview mit Horst Mahler legte dessen ideologische Neupositionierung als Sympathisant der KPD ausführlich für die interessierte Öffentlichkeit dar.<sup>634</sup> Mahler schilderte sein Weltbild nun vollkommen in der romantisierenden Diktion der KPD: Der „Sieg der Völker Indochinas über den US-Imperialismus“ habe „Hoffnung und revolutionäre Phantasie keimen“ lassen, da der „welthistorische[n] Sieg[es] kleiner Bauernvölker über die mächtigste Militärmaschine“ erahnen lasse, „welche Kräfte auch in unserem Volke aufbrechen werden, um die Welt von der Gei[ß]el des Imperialismus zu befreien.“ Auch in den Gefängnissen würde angesichts solcher Zukunftsaussichten jeder „die Morgenröte eines neuen verheißungsvollen Zeitalters“ erkennen können. Ein erneutes Literaturstudium, in dessen Rahmen Mahler die „chinesische Revolution“ aufgearbeitet und die „Große Proletarische Kulturrevolution“ verstehen gelernt habe, ließ ihn endgültig mit jeglicher positiven Bezugnahme auf den realsozialistischen Marxismus-Leninismus brechen: Der Maoismus „schaffte [...] die Voraussetzungen dafür, den Klassencharakter der russischen Bürokratie in den Kategorien des Marxismus-Leninismus zu begreifen.“ Die „Völker der Dritten Welt“ und die deutschen „Massen“ waren die identitären Kollektive, die Mahler gegen den Imperialismus, in Form der „beiden Supermächte“ in Stellung brachte. Wie schon nach seiner Inhaftierung als RAF-Mitglied hatte Mahler das vertiefende „Studium der

revolutionären Theorie“ als seine wichtigste Beschäftigung als inhaftierter Revolutionär erkannt.

Insbesondere nach Mahlers öffentlicher Ablehnung eines Gefangenaustausches im Zuge der Lorenz-Entführung sowie seinem öffentlichen Bekenntnis zur KPD im März 1975 verstärkte die RH ihre Bemühungen, eine Kampagne für die Freilassung Mahlers zu betreiben und setzte sich zum Ziel, alle „Mittel des Massenkampfes zum Aufbau einer starken Solidaritätsfront für die Freilassung von Horst Mahler einzusetzen.“<sup>635</sup> Im Juni 1975 gab die RH einen Sonderdruck mit dem Titel *Das Terrorurteil gegen Horst Mahler muss fallen* heraus, zuvor hatte anlässlich des 1. Mai 1975 eine Kundgebung der RH vor der JVA Tegel stattgefunden, auf der der wenige Monate zuvor aus der Haft entlassene Dieter Kunzelmann zur Solidarität mit Horst Mahler aufrief.<sup>636</sup> Im September 1975 gründete die RH schließlich ein Komitee *Freiheit für Horst Mahler*.<sup>637</sup> Im Gründungsdokument wurde das Urteil gegen diesen als eines der „ungeheuerlichsten Unrechtsurteile“ seit 1945 bezeichnet, Mahler solle für seine „antikapitalistische und antiimperialistische Gesinnung“ und für seine Parteinahme mit den „Entrechteten und Unterdrückten“<sup>638</sup> bestraft werden. Das Komitee forderte die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Mahler mit dem Ziel seiner Freilassung, sowie die Verurteilung des Kronzeugen Ruhlands wegen Meineides. Die große Aufmerksamkeit, die die RH ihrem prominentesten Mitglied Mahler schenkte, entsprang dem Kalkül, dass sich an Mahler demonstrieren lassen würde, wie hart die Justiz mit „Antiimperialisten und Kommunisten“ umspringe und war zugleich von der Hoffnung getragen, der Kampf um seine Freilassung könne ein Vorbild für ähnliche Kampagnen werden. Auch ging die RH davon aus, dass sich mit Mahlers Namen Werbung für die Ziele der RH (sowie der KPD) machen lassen würde und eine von der RH initiierte „Massenbewegung“ für Mahlers Freilassung eine breite Einheitsfront aus Kommunisten und allen „fortschrittlichen Kräften“<sup>639</sup> schaffen könne. Im Oktober 1975 fand eine erste Großdemonstration des Komitees statt, an der etwa 3.000 Menschen teilnahmen. Mahler selbst war der Auffassung, es gehe beim „Kampf“ um seine „Freilassung nicht um Einzelfallgerechtigkeit“, sondern verknüpfte die Arbeit der Kampagne gemäß den ideologischen Richtlinien der KPD mit der Funktion der „bürgerlichen Klassenjustiz“ als einer gegen die „Arbeiterklasse gerichtete[n] Waffe der Ausbeuterklasse“.<sup>640</sup> Die Kampagne könne zur „Klammer“ werden, „die die vielen Teilkämpfe gegen die Anschläge der Bourgeoisie auf die erkämpften demokratischen Rechte des Volkes zu einer einheitlichen machtvollen Bewegung“<sup>641</sup> zusammenfasse. Auch gelang es der RH, prominente Zeitge-

nossen für eine Freilassung Mahlers bzw. die Wiederaufnahme seines Prozesses zu gewinnen: An einer Solidaritätsaktion im Februar 1976 beteiligten sich neben Mahlers Anwalt Otto Schily auch Ossip K. Flechtheim und der ehemalige Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz, welcher unter anderem äußerte, das Urteil gegen Mahler sei „offensichtlich ein Fehlurteil“.<sup>642</sup> 1976 und 1977 war die Kampagne für die Freilassung Mahlers das zentrale Thema der RH, in fast jeder Ausgabe der monatlich erschienenen Zeitschrift *Rote Hilfe* war ein Artikel über die Aktivitäten des Komitees zu lesen, daneben wurden regelmäßig Beiträge von Mahler publiziert, während zur gleichen Zeit im gesamten Bundesgebiet Gliederungen der RH, des Jugend-, Oberschüler- und Studierendenverbandes der KPD sowie diese selbst im Rahmen der Kampagne aktiv waren.

Am 1. Mai 1976 veranstaltete die RH eine Kundgebung für die Freilassung Mahlers vor der JVA Tegel, auf der ein Redebeitrag Mahlers verlesen wurde, in dem er sich an die übrigen Gefangenen wandte und diese dazu aufforderte, nicht weiter mittels Diebstahl, Drogen- und Alkoholkonsum einen „individuellen Ausweg“ aus dem kapitalistischen System zu suchen, sondern sich dem „revolutionären Kampf“<sup>643</sup> der KPD anzuschließen. An der Kampagne beteiligte sich nun auch die Familie Horst Mahlers, so sprach unter anderem seine Tochter Wiebke auf der anschließenden Kundgebung und sein Bruder, Peter Mahler, forderte die „Freiheit für alle politischen Gefangenen in der BRD und der DDR.“<sup>644</sup> Auch der Tod von Mahlers Mutter wurde zum Gegenstand der Kampagne: Der Westberliner Justizsenator Oxfort (FDP) hatte eine Ausführung Mahlers an das „Krankenbett“ von Dorothea Mahler verweigert, deren „letzte[r] Wunsch“, ihren „Sohn Horst noch einmal sehen zu dürfen“, damit von einer „unmenschlichen und unbarmherzigen ‚Politik‘“<sup>645</sup> verweigert worden sei, wie es noch in Dorothea Mahlers Sterbeanzeige heißen sollte. Ebenfalls im Mai 1976 stellte das Komitee Strafanzeige gegen Ruhland, zu deren Unterstützung die RH knapp 10.000 Unterschriften sammeln konnte, wenngleich das Ermittlungsverfahren nur schleppend vorankam und im Juni 1977 eingestellt wurde.<sup>646</sup>

Gleichzeitig wurde Mahler im Stile einer kommunistischen Heldenerzählung in den Broschüren des Komitees, der RH und der KPD zum nachzuahmenden Vorbild stilisiert: Mahlers „Weg an die Seite der Arbeiterklasse“ wurde als vorbildlicher und kämpferischer Lebensweg eines privilegierten Rechtsanwaltes im Kampf für die „Ausgebeuteten und Unterdrückten“<sup>647</sup> dargestellt, der sich, ganz im Stile der literarischen Helden aus den kommunistischen Romanen der Endphase der Weimarer Republik, die der KPD-eigene Oberbaum-Verlag seit

1972 neu aufgelegt hatte, gegen die „ideologischen Irrungen“ und die „versteckten Feinde[n]“ und „Opportunisten“ in den eigenen Reihen durchsetzen musste, um schließlich „die Besten des Proletariats und Aktivsten der Volksmassen um sich zu sammeln“. <sup>648</sup> Neben der Berichterstattung in den Publikationen der RH und der KPD sowie ihrer Vorfeldorganisationen publizierte das Komitee selbst mehrere Broschüren, in denen die Aktivitäten für die Freilassung Mahlers ausführlich dokumentiert wurden und betrieb ein eigenes Mitteilungsorgan, das 1976 und 1977 in unregelmäßigen Abständen etwa einmal pro Monat erschien.

Bereits im Sommer 1976 begann jedoch Mahlers Ablösung auch von der KPD: <sup>649</sup> In internen Diskussionen der RH wurden Mahlers Beiträge nun als „rechte Abweichungen unter dem Einfluß kleinbürgerlicher Ideologien“ <sup>650</sup> bezeichnet, die RH verlangte „Selbstkritik“ <sup>651</sup> von Mahler. Nach den Bundestagswahlen im Oktober 1976, die für die KPD einen Stimmenanteil von marginalen 0,1% brachten, kam es, wohl auch aufgrund der Erfolglosigkeit der KPD bei den „Massen“, „zum Bruch [Mahlers] mit der KPD und der ‚Roten Hilfe‘“. <sup>652</sup> Wenige Monate später, im Sommer 1977, distanzierte Mahler sich überdies von der gesamten Ideologie des Marxismus-Leninismus, was die RH zu der Feststellung veranlasste, dass dieser damit zwar zum Standpunkt eines „kleinbürgerlichen Intellektuellen“ <sup>653</sup> zurückgekehrt sei, aber dennoch, „trotz der unterschiedlichen Weltanschauung[,] am Kampf um die Freiheit von Horst Mahler“ festgehalten werden sollte. Niemals sei die Kampagne von den „politischen Auffassungen Horst Mahlers abhängig gemacht“ worden. Dennoch nahmen die Aktivitäten des Komitees während des Jahres 1978 rapide ab, was jedoch auch in Zusammenhang mit den zunehmenden Auflösungserscheinungen der KPD und der ihr nahestehenden Organisationen stand. Im Frühjahr 1979 löste sich das Komitee *Freiheit für Horst Mahler* endgültig auf. <sup>654</sup>

### **Zwischenfazit: Maoismus und strukturell antisemitisches Weltbild – antizionistisch-antisemitische und antiamerikanische Schuldabwehr**

Wenngleich die Jahre von 1969 bis 1976 in Mahlers Werdegang von einer erheblichen Radikalisierung und – insbesondere mit der Entscheidung, im Rahmen der RAF linksterroristisch aktiv zu werden – von etlichen Brüchen gekennzeichnet waren, so lässt sich hinsichtlich des von Mahler vertretenen Weltbildes und seines ideologischen Antriebes dennoch eine immense Kontinuität aufzeigen: Auch von 1969 bis 1976 vertrat Mahler im Kontext der zerfal-

lenden Protestbewegung, als Mitbegründer der RAF sowie als Sympathisant der KPD ein – nun maoistisch inspiriertes – marxistisch-leninistisches Weltbild. Weiterhin war sein kontinuierlich auszumachender politischer Antrieb der Versuch, die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, stellvertretend für das identitäre Kollektiv der deutschen Nation abzuwehren, wobei im Zuge der Demobilisierung der Antivietnamkriegsbewegung Mahlers Antiamerikanismus im Rahmen der Diskussionen über den Nahostkonflikt durch einen schuldabwehrenden antizionistischen Antisemitismus ergänzt wurde. Einen echten Wandel in Mahlers Weltbild stellte dessen zunehmende Abwendung von der DDR als positivem politischen Bezugsrahmen dar.

Während Mahler in der Hochphase der Protestbewegung mittels der NG darauf hoffen hatte können, sein marxistisch-leninistisches Weltbild auf eine quantitativ anwachsende, in der medialen Öffentlichkeit breit rezipierte Bewegung zu übertragen, gelang es seit Ende 1968 immer weniger, dieses Weltbild über eine sich zunehmend gesellschaftlich isolierende radikale Linke hinaus zu popularisieren, wenngleich Mahler hierzu jede nur erdenkliche Anstrengung unternahm. Wie bereits unter anderem die NG beanspruchten sowohl die RAF als auch die KPD – wie im übrigen alle in einer marxistisch-leninistischen Tradition stehenden Gruppen – als Avantgarde, stellvertretend für die „Massen“, eine Führungsrolle in einer kommenden revolutionären Bewegung einzunehmen, wenngleich die RAF sich in ihrer Praxis darauf beschränken sollte, dem umworbenen identitären Kollektiv der „Massen“ durch exemplarische Aktionen den Weg zu weisen, die KPD jedoch tatsächlich, trotz ihrer quantitativen Bedeutungslosigkeit, deren „Führung“<sup>655</sup> beanspruchte.

Sowohl die RAF als auch die KPD waren ein Zerfallsprodukt des „antirevisionistischen“ Lagers der ehemaligen Protestbewegung. Beide orientierten sich in ihren theoretischen Konzepten an einem marxistisch-leninistischen „demokratischen Zentralismus“, wenngleich die realen Hierarchien in der RAF noch weitaus rigider waren. Zudem vertraten beide Gruppen – wie Mahler seit den frühen 1960er Jahren – einen voluntaristischen Aktivismus, obschon es der RAF vorbehalten blieb, diesen in einer gewalttätigen Form am radikalsten in die Praxis umzusetzen. Mahler hatte dies 1971 nochmals in einen Aphorismus gegossen: „Zuallererst ist es der Wille an die Revolution, der Revolutionäre macht“.<sup>656</sup> Insbesondere mit der Konzeption der RAF als kleiner, entschlossener und konspirativ operierender Gruppe konnte Mahler – wie in *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* von ihm beschrieben – an die von ihm vertrete-

nen Konzepte der Bildung klandestiner Kleingruppen von 1962/66/68 anknüpfen.

Seit den frühen 1960er Jahren hatte sich Mahler – zuerst nur in internen Zusammenhängen, später auch in der Öffentlichkeit – für die prinzipielle Bejahung des Einsatzes von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ausgesprochen. Mit dem zunehmenden Zerfall der Protestbewegung betrachtete Mahler den Einsatz von Gewalt als Mittel, um zum einen die ausgebliebene Mobilisierung wieder aufleben zu lassen und zum anderen, um eine Nähe zum identifikatorisch umwobenen Kollektiv der „Massen“ herzustellen. Dabei sollte der Einsatz von Gewalt bereits bestehende soziale Konflikte radikalisisieren und in eine revolutionäre Bewegung transformieren, nur so könne eine „Reinstallation des Faschismus“<sup>657</sup> verhindert werden. Während Mahler sein Militanzkonzept im Rahmen der RAF nicht umsetzen konnte, schuf er mit *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* einen militanten Grundlagentext, dessen Verbindung von Gewalteininsatz und gleichzeitiger praktisch-identifikatorischer Nähe zu den „Massen“ andere Guerillagruppen maßgeblich beeinflusste. Das – im Vergleich zur realen Praxis der RAF seit 1972 – tatsächlich wesentlich niedrigere „Militanzniveau“ der Gründungsphase hatte Mahler noch 1972 als „Einsicht in die Unvermeidlichkeit revolutionärer Gegengewalt“<sup>658</sup> bezeichnet. Auch nach seiner Trennung von der RAF hatte er zwar deren terroristische Konzeption kritisiert, jedoch nicht dem Einsatz von Gewalt prinzipiell abgeschworen – nun projizierte Mahler diesen auf das identitäre Kollektiv des „Volkes“: Die herrschenden „Ausbeuter und ihre Lakaien“ sollten nun durch „die bewaffnete Macht des Volkes“<sup>659</sup> bekämpft werden.

Auch ist zwischen den Jahren 1969 und 1976 weiterhin eine strukturelle Affinität des von Mahler vertretenen, im Vergleich zur Hochphase der Protestbewegung nochmals deutlich radikalisierten, marxistisch-leninistischen Weltbildes zu einem antisemitischen Weltbild festzustellen, das sich für eine Integration eines radikalen Antizionismus anschlussfähig zeigte.<sup>660</sup>

Weiterhin blieb ein strikter Manichäismus das zentrale Merkmal: Mahler erwartete die nahende Entscheidung zwischen offenem „Faschismus“ und der Revolution in den kommenden 10 Jahren.<sup>661</sup> Insbesondere seine Texte aus der Zeit der RAF forderten einen Kampf bis zum „endgültigen Sieg des Proletariats“,<sup>662</sup> dessen „Revolution“ die Menschheit „vor einer Katastrophe retten“<sup>663</sup> würde. 1972 artikulierte Mahler seine eschatologischen Erlösungsphantasien in nochmals radikalierter Form: Mittels eines „Weltkrieg[es]“ werde das „Volk“ nach „Jahrhunderten der Knechtschaft“ die „mörderische Unterdrückung

durch die Ausbeuterklassen mit dem revolutionären Volkskrieg<sup>664</sup> beenden. Dies werde der „letzte und zugleich längste und blutigste [Welt-]Krieg der Geschichte“<sup>665</sup> sein. Hierbei ging Mahler weiterhin von einer antagonistischen Einteilung der Kräfte in Gut und Böse aus: Die Welt werde bestimmt durch eine „Zweiteilung der Gesellschaft in Herrschende bzw. Ausbeuter und Beherrschte bzw. Ausgebeutete“,<sup>666</sup> in der das „gute“ „Volk“ gegen das „böse“ „international organisierte Kapital“<sup>667</sup> kämpfe. Diesen wesensbösen Feind umriss Mahler 1972 wie folgt:

„Sie selbst, die Bande von General Motors, Ford, ARMCO, General Electric, IIT, Siemens, AEG, Flick, Quandt, BASF, Springer, Unilever, United Fruit und einigen anderen – die transnationalen Kapitalkonsortien, das imperialistische Monopolkapital insgesamt – sind die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte. Diese mit allen notwendigen und erreichbaren Mitteln zu zerstören, ist eine Lebensnotwendigkeit für mehr als drei Milliarden Menschen.“<sup>668</sup>

In dieser Feindbestimmung war ebenso eine personifizierende Betrachtung als „monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“ enthalten; die Regierung der BRD bezeichnete Mahler als „Marionetten in Bonn“,<sup>669</sup> die Polizei als „Erfüllungsgehilfen des westdeutschen Monopolkapitals“.<sup>670</sup> Gleichzeitig imaginierte Mahler das „Monopolkapital“ als allmächtig und erklärte die abstrakten Prozesse der kapitalistischen Ökonomie mit dem verschwörerischen Handeln Einzelner: „Das Monopolkapital ist jederzeit in der Lage, die Auswechslung der Führungsgarnitur [der Regierung, Anm. d. Verf. ...] durchzusetzen.“<sup>671</sup> Auch die Entstehung der RAF wurde von einer solchermaßen personifizierenden Feindbestimmung geprägt: Mahler dachte „daran, den Kampf der Massen gegen Spekulanten und Mietwucher [...] voranzutreiben“,<sup>672</sup> „gezielte[r] Strafaktionen gegen die Blutsauger“ durchzuführen und damit „Druck auf [dieses] Gesindel auszuüben“.<sup>673</sup> Auch nach seiner Trennung von der RAF vertrat Mahler eine Weltsicht, in der eine „Hand voll Ausbeuter und ihre Lakaien“ über die „überwiegende Mehrheit des Volkes“<sup>674</sup> herrschen würde. Das Kapital behandelte Mahler nicht wie eine ökonomische Kategorie, sondern bezeichnete seine Vertreter personifizierend als „Geldsäcke“,<sup>675</sup> während er gleichzeitig den „Kapitalismus“ als „menschenfressende[s] Ungeheuer“ imaginierte, das es zu „töten“ gelte, „damit wir leben können.“<sup>676</sup>

Weiterhin hatte Mahler seine revolutionäre Agitation an das identitäre Kollektiv der „Massen“ und des „Volkes“ bzw. der „werk tätigen Massen“ und des „werk-

tätigen Volkes“ adressiert, wenngleich er während seiner Zeit in der RAF sichtlich darum bemüht war, den Begriff im Sinne der von der RAF in der Anfangsphase rezipierten Randgruppenstrategie zu erweitern:

„Die Aufforderung zur Entfaltung der Stadtguerilla richtet sich an die Randschichten, an die Jugend der neuen Mittelschichten, an das Fabrikproletariat, insbesondere an die Lehrlinge und Jungarbeiter, an die revolutionäre Intelligenz in den Sozialisationsbereichen Schule, Jugendwohlfahrt und Hochschule, an die Partisanen in den Institutionen (Funk, Fernsehen, Presse, Verwaltung, Management usw.).“<sup>677</sup>

Zwar bewertete Mahler (wie Ulrike Meinhof) die einheimische, nationale Arbeiterklasse als „Arbeiteraristokratie“<sup>678</sup> relativierte dies jedoch, indem er sie in seinem „Massen“-Begriff explizit miteinschloss.<sup>679</sup> Bemerkenswerterweise rechnete der später rechtsradikale Mahler insbesondere die in der Regel prekär beschäftigten Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund zu den zu agitierenden „Massen“, die als „mobile Reservearmee“ in beinahe „totale[r] Rechtlosigkeit“ den „faschistischen Praktiken“ der bundesdeutschen Behörden ausgesetzt seien und für die der „Faschismus“ eine tagtägliche Erfahrung sei, wobei es Mahler offensichtlich darum ging, die „faschistische“<sup>680</sup> Brutalität der BRD zu verdeutlichen. Auch versuchte Mahler 1972 den Begriff der „Massen“ bzw. des „Volkes“ auf eine internationale Ebene zu heben: Das in „zahlreiche Nationalitäten, religiöse Gruppen und soziale Schichtungen vielfach gespaltene und zertrennte Volk“ werde sich erst im „Widerstand gegen den Imperialismus“<sup>681</sup> einen. Zwar sollte Mahler diese Linie nicht weiter verfolgen – vielmehr griff er im Rahmen seines Ablösungsprozesses von der RAF wieder auf sein Papier von 1971 zurück –, dennoch war sein Begriff der „Massen“ bzw. des „Volkes“ durchaus schon volksgemeinschaftlich (wenn auch nicht völkisch) aufgeladen: Mahler verstand unter „Volk“ die „Gesamtheit untereinander mannigfach verbundener und kommunizierender Schichten arbeitender Menschen, die insgesamt durch ihre Klassenlage ein Interesse gemeinsam haben – das Interesse an der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Herrschaft“, weshalb sie wegen dieser „Interessensgemeinschaft insgesamt das antikapitalistische Lager bilden“<sup>682</sup> würden. Zentral war hierbei für Mahler, dass durch die politische Praxis der RAF eine „Verankerung [...] im Volke“<sup>683</sup> erreicht werde. Auch der von Mahler 1972 postulierte antizionistische Antisemitismus sollte zur „Verankerung des bewaffneten Widerstands in den Massen“ dienen. Gegen die strategische Ausrichtung Baaders, Ensslins und Meinhofs merkte Mahler kritisch an,

dass die RAF mehr sein müsse, „als nur die ‚fünfte Kolonne‘ der nationalen Befreiungsfronten der proletarischen Völker“,<sup>684</sup> da eine solche Konzeption die RAF von dem ‚eigentlich‘ umworbenen identitären Kollektiv der (deutschen) „Massen“ bzw. des (deutschen) „Volkes“ trennen würde. Nach seiner Abwendung von der RAF merkte Mahler folgerichtig an, dass seine Teilnahme am „bewaffneten Kampf“ wesentlich von einem „Mangel an Vertrauen in das Volk“<sup>685</sup> bestimmt gewesen sei. Als Sympathisant der offen nationalen KPD griff Mahler zunehmend einen national aufgeladenen Begriff des identitären Kollektivs der „Massen“, des „Volkes“ bzw. der „Arbeiterklasse“ auf und schwadronierte schon 1975 vom „erwachenden Riesen[.] der deutschen Arbeiterklasse“<sup>686</sup>

Der zentrale politische Antrieb Mahlers war auch von 1969 bis 1976 die stellvertretend für das identitäre Kollektiv der deutschen Nation vorgenommene Abwehr einer diffus empfundenen Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa. Während für Mahler lange Zeit die SED bzw. die DDR als positiver Bezugsrahmen in dessen Weltbild fungierte, löste er sich nach dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in der ČSSR deutlich von den orthodoxen kommunistischen Parteien der realsozialistischen Länder, wenngleich er auch während der Zeit von 1969 bis 1976 kaum konkrete Kritik an der SED und der DDR übte. Der weiterhin von Mahler – wie dem Großteil der radikalen Linken der 1970er Jahre – verwendete marxistisch-leninistische Faschismusbegriff erfüllte dabei weiterhin eine schuldabwehrende Funktion.<sup>687</sup> Mit dem weitgehenden Ende der Antivietnamkriegsbewegung war zugleich die Praktikierbarkeit einer öffentlichkeitswirksamen anti-amerikanischen Schuldabwehr entfallen, so dass Mahler – und mit ihm weite Teile der radikalen Linken der 1970er Jahre – einen gegen den Staat Israel gerichteten, schuldabwehrenden antizionistischen Antisemitismus popularisierte. Während Mahlers Zeit als Sympathisant der KPD konnte dieser sein Weltbild um die schuldrelativierende Gleichsetzung des historischen Nationalsozialismus mit der (entstalinisierten, „sozialimperialistischen“) UdSSR ergänzen.



## Kapitel V: Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Mahlers „Ausbruch aus einem Missverständnis“ (1977-1989)

„Ich mußte mich sehr früh, als ich politisch wach wurde, schämen, Deutscher zu sein. Das ist eigentlich eine fürchterliche Sache, wenn man sich nicht mit seinem eigenen Volk identifizieren kann.“<sup>1</sup>  
Horst Mahler 1979

### Ideologische Neuorientierung (1977)

Auch nach seinem Bruch mit der RH bzw. der KPD arbeitete Mahler während seiner restlichen Haftzeit weiter an den philosophisch-theoretischen Grundlagen seines ideologischen Weltbildes. Seit Mitte der 1970er Jahre hatte Mahler sich nochmals in die Marx'schen Frühschriften vertieft, auf die ein intensives „Studium“<sup>2</sup> des Hegel'schen Gesamtwerkes folgte. Diese Lektüererfahrung ließ Mahler 1977 mit dem von ihm knapp 20 Jahre vertretenen marxistisch-leninistischen Weltbild brechen und verwandelte diesen in einen überzeugten Hegelianer: „Man hat Hegel **lebendig** [Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.] begraben, und wir werden ihn wieder ausbuddeln“<sup>3</sup> schrieb Mahler im Frühjahr 1978 an den Herausgeber der Zeitschrift *Neues Forum*.

Mahler eröffnete seine Abwendung vom Marxismus-Leninismus mit einem theoretischen Rundumschlag, der unter dem Titel *Ausbruch aus einem Missverständnis* in der linken Zeitschrift *Kursbuch* veröffentlicht wurde.<sup>4</sup> Darin unterzog er sowohl sein individuelles ideologisches „Mißverständnis“ einer umfassenden Kritik, weitete diese jedoch auch auf die gesamte „revolutionäre[n] Bewegung“<sup>5</sup> der 1960er Jahre aus und stellte sein ehemaliges Engagement in den Kontext der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit: Zwar sei ihm damals klar gewesen, dass er nicht direkt vom historischen Nationalsozialismus („Faschismus“) betroffen sei, dennoch habe er die Zeit nach 1945 als „irgendwie von seinem Schatten überzogen“<sup>6</sup> wahrgenommen. Zu seinem steten Bemühen, sich durch seinen politischen Aktivismus von den diffus empfundenen Schuldgefühlen über die Shoa zu befreien, schrieb er: „War ich nicht – kollektivschuldig – ein Stück jener eiserner Ferse, die die Völker gerade abgehackt hatten? Im Umgang mit Ausländern und Opfern des Faschismus fühlte ich Fassungslosigkeit. [...] Ich wollte einer von den ‚anderen Deutschen‘ werden.“<sup>6</sup> Mahler hatte sich während seiner gesamten politischen Biographie bis 1976 im weitesten Sinne als „[Marxist-]Leninist“ verstanden – und in Lenins

Werken ein theoretisches Fundament für ein ideologisches Weltbild gefunden, das ihm eine Abwehr der diffus empfundenen Schuldgefühle über die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft ermöglichte.<sup>7</sup>

Noch begriff sich Mahler jedoch als Linker, der nun jedoch die dem Leninismus innewohnende „voluntaristische“ Tendenz scharf kritisierte: Eine marxistisch-leninistische Interpretation der Marx'schen Ideen – die in der Protestbewegung vorgeherrscht habe – habe zu dem „Mißverständnis“ geführt, dass die Revolution „nur noch zu ‚machen‘“<sup>8</sup> sei. Jedoch habe bereits Marx in seinen *Grundrissen*, in denen der hegelianische Einfluss noch deutlicher zu erkennen war als in dessen Spätwerk,<sup>9</sup> den „Charakter der Klassenkämpfe“ „falsch bestimmt“, woraus eine falsche „Revolutionstheorie“ entstanden sei, deren Rezeption die Protestbewegung daran gehindert habe, „die noch ausstehenden gesellschaftlichen Umwälzungen in den entwickelten Industrieländern richtig zu begreifen.“<sup>10</sup> Man habe das Ausbleiben der Revolution stets nur als „Verrat“ der „Opportunisten“<sup>11</sup> in der Arbeiterbewegung deuten können, und nicht die materiellen, ökonomischen Gründe dafür in Betracht ziehen können. Lenin habe die falsche Deutung durch Marx mit seiner Imperialismustheorie nochmals erweitert, sich dabei aber insbesondere in seiner Einschätzung der Entwicklung der Produktivkräfte im zaristischen Russland geirrt, und durch seine theoretischen Studien das „Werk von Karl Marx zu einer Zitatsammlung für die Legitimation einer voluntaristischen Politik degradiert.“<sup>12</sup> Erst durch eine radikale Kritik des Leninismus könne das Werk von Marx wieder fruchtbar gemacht werden.<sup>13</sup> Zwar verteidigte Mahler weiterhin Lenins Entschluss, 1917 die Oktoberrevolution zu „machen“, kritisierte jedoch scharf die theoretische Fundamentierung dieser „Eroberung der Staatsmacht“,<sup>14</sup> die in den Folgejahren dazu führen sollte, dass große Teile der revolutionären Linken weltweit Lenins theoretische Vorstellungen übernehmen sollten.

Nachdem Mahler sich bis zu seiner Distanzierung von der KPD stets auf das identitäre Kollektiv der „Arbeiterklasse“, des „Volkes“ bzw. der „Massen“ bezogen hatte, dieses (konstruierte) Kollektiv jedoch von den politischen Thesen der radikalen Linken der 1960er und 1970er Jahren nicht erfolgreich agitiert werden konnte, machte Mahler sich Gedanken um einen neuen Zugang zum „gesellschaftlichen Gesamtarbeiter“.<sup>15</sup> Mahler kritisierte, dass sich die Intellektuellen, die er als Träger der ehemaligen Protestbewegung begriff, der als Kollektiv imaginierten „Arbeiterklasse“ lediglich als „Bündnisschicht“<sup>16</sup> angedient hätten. Weiter deutete er die zunehmende „Vergeistlichung“ des produzierenden Lohnarbeiters als tendenziellen Machtzuwachs des „gesellschaftli-

chen Gesamtarbeiters“, welchem alle gesellschaftlichen Lager und Schichten mit Ausnahme einer kleinen, „ausbeuterische[n] Minderheit“<sup>17</sup> angehören würden, die Mahler auch als „Geldsäcke“<sup>18</sup> personifizierte. Der „gesellschaftliche Gesamtarbeiter“ und die „ausbeuterische[r] Minderheit“ stünden demnach in einem schroff-antagonistischen Verhältnis zueinander, welches erst dann aufgehoben werden könne, wenn „alle wesentlichen gesellschaftlichen Funktionen zu Funktionen der Lohnarbeit“ geworden seien und dadurch der „gesellschaftliche Gesamtarbeiter“ in die Lage versetzt würde, die „fremde Herrschaft“ der „Produktionsmitteleigentümer“<sup>19</sup> abzuschütteln. Abschließend erklärte Mahler, erst jetzt die „Verständnislosigkeit“ der „Werk tätigen in diesem Lande“ angesichts der auch von ihm über Jahre popularisierten, nun als missverständlich empfundenen marxistisch-leninistischen Parolen begriffen zu haben. Gleichzeitig erhob er den Anspruch, dass seine „Überlegungen“ der Ausgangspunkt für eine breite, innerlinke Debatte über eine neue antiimperialistische und antikapitalistische Theorie werden sollten. Mahler schloss mit dem Satz: „Die Trümmer hinter uns, um uns – das sind eingestürzte Mauern, die uns gefangen hielten.“<sup>20</sup>

Die deutliche Distanzierung von den marxistisch-leninistischen Zerfallsprodukten der ehemaligen Protestbewegung stieß in der radikalen Linken auf Ablehnung und scharfe Kritik. Nur wenige setzten sich inhaltlich mit den von Mahler aufgestellten Thesen auseinander, so beispielweise die Zeitschrift *Neuer Langer Marsch*, in der ein kritischer Artikel zu Mahlers *Ausbruch aus einem Missverständnis* veröffentlicht wurde.<sup>21</sup> In diesem wurde Mahlers Kritik am Marxismus-Leninismus zustimmend nachvollzogen und mit Äußerungen Hans-Jürgen Krahs verknüpft; Krahl hatte kurz vor seinem Tod 1970, während der Fraktionskämpfe des „antirevisionistischen“ Lagers, ähnlich argumentiert wie Mahler 1977 und, mit dem Argument der zunehmenden Technisierung des Produktionsprozesses, vor einer (marxistisch-leninistischen) Fixierung auf die Industriearbeiterschaft als „revolutionäres Subjekt“ gewarnt. Mahler habe diesen Faden richtigerweise wieder aufgenommen, gleichzeitig wurde jedoch die von diesem verwendete Kategorie des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ kritisiert: Mahler verwende den Begriff nicht im Sinne der „Gesamtheit der Arbeiter“ sondern wie ein Individuum. Ebenso wenig, wie es keinen personifizierten „Gesamtarbeiter“ gebe, gebe es keinen – dies war eine Replik auf Mahlers Begriff des „Geldsacks“ – personifizierten „Gesamtkapitalisten“.

Hatte Mahler noch in seinem *Ausbruch aus einem Missverständnis* angekündigt, eine neue Theorie der radikalen Linken formulieren zu wollen, so veröffentlichte

te er Anfang 1978 in der österreichischen Zeitschrift *Neues Forum* eine dreiteilige Serie, in der er seine neue, hegelianisch inspirierte Staatstheorie formulierte.<sup>22</sup> Mahler entwickelte hier eine umfassende Kritik des marxistisch-leninistischen Staatsverständnisses: Der Staat als solcher sei nicht Ausdruck des kapitalistischen Unterdrückungsverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse und demnach während der Revolution zu „zerschlagen“, sondern könne vielmehr die entscheidende Institution eines Interessenausgleichs der kollektiven gesellschaftlichen Akteure darstellen. Der Staat galt Mahler nun als identitärer Ausdruck des „allgemeinen Willens“ des „Volkes“. Mahlers früheres, in erster Linie auf Lenins Schrift *Staat und Revolution* fußendes Staatsverständnis sah er Ende der 1970er Jahren noch in vielen Gruppen der radikalen Linken vertreten, insbesondere in der RAF, deren Praxis in ihrer absoluten Gegnerschaft zum bürgerlichen Staat begründet sei. Hierbei knüpfte Mahler an eine Bundestagsrede des CDU-Politikers Alfred Dregger an, der im Terrorismus der RAF auch „die fehlgeleiteten idealistischen Energien eines Teils der deutschen Jugend“<sup>23</sup> erkannt haben wollte. Demnach hätten – laut Mahler – die postnationalsozialistischen Generationen sich aufgrund der vom nationalsozialistischen Staat exekutierten Verbrechen nicht mit dem Staat der BRD „identifizieren“<sup>24</sup> können. Dieser „Nachfolgestaat“ des nationalsozialistischen Deutschen Reichs habe „den Profit zum allesheiligmachenden Zweck“<sup>25</sup> erhoben und sei deshalb von der ehemaligen Protestbewegung im Allgemeinen und der RAF im Besonderen radikal bekämpft worden. Eigentlicher Wunsch der postnationalsozialistischen Generationen sei jedoch die „Identifikation“ mit dem Staat und dem „deutschen Volke“ gewesen: „Weder die angebliche Haltlosigkeit noch vermeintliche Schlechtigkeit der Jugend vereiteln deren Identifikation mit dem Staat und dem deutschen Volke, sondern die traumatische Erinnerung an die faschistischen Greuelthaten, das Ausbleiben einer antifaschistischen Revolution in Westdeutschland und die Kontinuität der imperialistischen Verstrickung des Staates hier.“<sup>26</sup>

Diese „Identifikation“ mit dem Staat erkannte Mahler hingegen bei der übergroßen Mehrheit der lohnabhängigen Schichten, die sich stets gegen die „Revolutionäre“ auf die Seite des Staates stellen würden. Dies sei nach Mahler deren Erfahrung geschuldet, dass die Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Lohnabhängigen in der sozialpartnerschaftlich orientierten BRD durchaus in der Lage seien, „den Verelendungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise“<sup>27</sup> entgegenzuwirken. Da die radikale Linke diese begründete Identifikation der Lohnabhängigen mit dem Staat nie „richtig verstanden“ habe,

sei sie immer wieder bei ihren verschiedenen Versuchen, eine revolutionäre Organisation zu begründen, gescheitert. Die RAF habe dieser „Ratlosigkeit“ schließlich durch den Einsatz von Gewalt ein Ende machen wollen und sei demnach der radikalste Ausdruck einer im Kern „antisozialistische[n], volksfeindlichen Strategie“<sup>28</sup> der politischen Linken. Erster Schritt zu einer politischen Wende sei die „Identifikation“ der politischen Linken mit dem eigenen nationalen Kollektiv: Die Grundlage für die Veränderung der Welt könne „nur die reale Bewegung unseres Volkes sein, in das wir zuallererst zurückfinden müssen. Wenn wir feststellen, daß dieses Volk am Kapital leidet und uns dennoch nicht versteht, dann liegt das nicht am Volk – nicht daran, daß es angeblich verhetzt oder dumm ist; das liegt an uns.“<sup>29</sup> Mahlers identifikatorischer Volksbegriff blieb in der Artikelserie im *Neuen Forum* noch vage: Er sprach davon – sein Artikel im *Kursbuch* hatte dies bereits angerissen –, dass im Zuge der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung der einzelne, persönlich „erfahrbar“ Kapitalist im Rahmen der zunehmenden Konzentrationsprozesse des Kapitals immer weiter als gesellschaftliche Kraft verschwinde und die Interessen des Kapitals zunehmend von anonymen „Manager-Teams“ wahrgenommen würden, welche die transnationalen Konzerne der Gegenwart dirigieren würden. Das Kapital trete demnach vor allem in Form des Finanzkapitals („Bankkapital“)<sup>30</sup> in Erscheinung. Durch diesen Prozess würden sich die vormals identischen Interessen von Kapital und bürgerlichem Staat immer weiter auseinanderbewegen und den Staat demnach vor die Aufgabe stellen, eine Art Schutzfunktion des Volkes gegenüber den Interessen des Finanzkapitals wahrzunehmen.<sup>31</sup> Die Interessen des „Bankkapital[s]“ sah Mahler im nationalen Rahmen von den bürokratischen Institutionen vertreten, deren Herrschaft zugleich die Existenz des Kapitalismus als Ganzes garantieren würden.<sup>32</sup> Diese „bürokratische Staatsmaschine“ werde von den Vertretern der Parteien besetzt und könne nur durch eine antiparlamentarische und gegen die bestehenden Parteien gerichtete „Volk[s]“-Bewegung<sup>33</sup> bekämpft werden. Als Beispiele für solche Bewegungen nannte Mahler die zu diesem Zeitpunkt aufblühende Anti-AKW-Bewegung sowie die tradierte Gewerkschaftsbewegung, die gemeinsam eine „Front“ gegen die von den Parteien beherrschte „Bürokratie“<sup>34</sup> errichten könnten. Diese Bewegungen würden die mögliche Alternative zum Kapitalismus bereits in der kapitalistischen Gegenwart erfahrbar machen – beispielweise in der „freien Gemeinde der Bürger“ während der Anti-AKW-Proteste in Wyhl oder den „Kooperativfabriken der Produzenten“.<sup>35</sup> Im Rahmen dieser Bewegungen könne die politische Linke wie in einem „Jungbrunnen“ regenerieren

und den Kampf „um die Herstellung einer lebensfreundlichen Umwelt“ und „gegen den apokalyptischen Verwertungs- und Wachstumszwang des Kapitals“<sup>36</sup> aufnehmen.

In einem Interview in der *Roten Fabne* der KPD hatte Mahler im Dezember 1978 nochmals seine Abkehr von der marxistisch-leninistischen Ideologie dargelegt, unter anderem mit der denkwürdigen Einlassung, in Zukunft werde man „Marx nur noch zitieren, um ihn zu kritisieren.“<sup>37</sup> Außerdem äußerte er sich zur politischen Entwicklung der *Alternativen Liste* in Westberlin, die bei den kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus im März 1979 erstmals antrat und hierbei von der KPD unterstützt wurde. Dabei betrachtete Mahler die grünen und alternativen Listen – ganz im Sinne seines neuen Verständnisses gesellschaftlicher Entwicklung – als „notwendigen Versuch, die gegebenen parlamentarischen Institutionen mit der neu entstehenden Bürgerbewegung organisch zu verbinden“. Solange die *Alternative Liste* jedoch nicht definitiv eine Koalitions- oder Tolerierungsaussage zu Gunsten der SPD machen würde, hielt Mahler es für ein „Gebot der politischen Vernunft [...], die Stimme der FDP zu geben [...]“. Die Mitarbeit der KPD in der *Alternativen Liste* begrüßte Mahler hingegen als „Beitrag zur allmählichen Überwindung des Parteienprinzips“. Der KPD, die sich seit den frühen 1970er Jahren für Mahlers „Freilassung eingesetzt und um eine Solidaritätsbewegung bemüht“ hatte, galt dieser mittlerweile „als scharfer Kritiker des Marxismus“. Wohl auch, weil die KPD selbst von der radikalen Abgrenzung Mahlers überrascht war, antwortete in der gleichen Ausgabe ein Mitglied des ZKs auf die Thesen Mahlers.<sup>38</sup> Mahler ignoriere die „Rolle der Volksmassen“, welche er nur als „Wahlvolk“ begreifen würde und nehme eine falsche Einschätzung hinsichtlich der Entwicklungspotentiale der *Alternativen Liste* vor. Vor allem wurde jedoch Mahlers Kritik am Marxismus-Leninismus moniert: „[Mahlers] Bemühen geht darum, statt der historischen Mission der Arbeiterklasse, die zivilisierende Rolle des Staates als emanzipatorische Kraft zu betonen.“ Eine solche Position ignoriere den Charakter des bürgerlich-kapitalistischen Staates, der nur vorgebe, die „allgemeine[n] Interessen“ zu vertreten und festige „die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes“.

Zwar hatte die radikale Linke mehrheitlich ablehnend auf Mahlers Thesen reagiert, dennoch versuchte dieser trotz seiner Inhaftierung an innerlinken Debatten teilzunehmen, bei denen er eine Möglichkeit zur theoretischen Intervention auf der Grundlage seines neuen Staatsverständnisses und seiner Kritik am Ideologiegebäude des Marxismus-Leninismus zu erkennen glaubte. In

diesem Zusammenhang wollte Mahler auf dem im November 1978 in Westberlin stattfindenden *Internationalen Kongress für und über Rudolf Bahro*, der sich für die Freilassung des in der DDR inhaftierten Kritiker des Realsozialismus einsetzte, mit einem eigenen Wortbeitrag auftreten. Da Mahler im Vorfeld jedoch keinen für eine Kongressteilnahme ausreichend umfangreichen Hafturlaub erhielt, konnte er sich lediglich publizistisch äußern.<sup>39</sup> Mahlers neuer Rechtsanwalt Gerhard Schröder, der als Juso-Bundesvorsitzender auf der Eröffnungsveranstaltung des Kongresses sprach, forderte die Anwesenden dazu auf, „nicht spektakulär, aber beharrlich dafür zu sorgen, daß die legalen Möglichkeiten, die es gibt und die beantragt sind, um Horst Mahler nach acht Jahren Freiheitsentzug ein Leben in Freiheit zu ermöglichen“,<sup>40</sup> umgesetzt würden. Im Februar 1979 erschien in der von Klaus Rainer Röhl herausgegebenen Zeitschrift *Dasda. Avanti* ein Beitrag Mahlers, in dem er sich kritisch mit Bahros international diskutierten Buch *Die Alternative* auseinandersetzte.<sup>41</sup> Mahler versuchte, Bahros Werk für seine eigene Kritik der marxistisch-leninistischen Staats- und Revolutionstheorie zu vereinnahmen: Zwar habe Bahro richtigerweise einige marxistisch-leninistische Dogmen als falsch entlarven können, dennoch bleibe er dem marxistisch-leninistischen „Begriffssystem“ verhaftet. Diese Kritik teilte Mahler mit Rudi Dutschke, der Bahro ebenfalls noch stark in der „leninistischen Deutung“ verhaftet sah und – freilich anders als Mahler – von diesem den allgemeinen „Menschenrechte[n]“ zu wenig Aufmerksamkeit geschuldet sah. Mahler hingegen argumentierte für einen starken Staat, der die auch im Realsozialismus der DDR auftretende „persönliche Willkür“ für die Durchsetzung des „allgemeine[n] Wille[ns]“ zu „unterdrücken“ habe.<sup>42</sup>

### **Kritiker des Linksterrorismus (1977-1978)**

Weit größere Aufmerksamkeit als für sein neues Staatsverständnis erhielt Mahler für seine radikale Kritik am linken Terrorismus im Allgemeinen und der RAF im Besonderen. So nahm er die Entführung von Hans-Martin Schleyer und dessen Erschießung im Oktober 1977 zum Anlass, zusammen mit dem ehemaligen RAF-Mitglied Hans-Jürgen Bäckler die Politik der RAF grundlegend zu kritisieren und in die Diskussion über eine sich verschärfende innenpolitische Sicherheitslage einzugreifen. In zehn Thesen bezeichneten Mahler und Bäckler das Entstehen und die Praxis der RAF als Ausdruck einer theoretischen und praktischen Krise der revolutionären Linken, deren zentrale Ursache in der tief verankerten Identifikation der Bevölkerung mit dem von der revolutionären

Linken bekämpften Staat liege. Der RAF warfen Mahler und Bäcker vor, durch ihr Handeln (mit dem Ziel, den „faschistischen“ Staat sichtbar zu machen) die autoritäre Reaktion der Gegenseite überhaupt erst zu provozieren.<sup>43</sup> In der Tat hatte Mahler diese in der restlichen Führungsgruppe der RAF vorhandene Tendenz schon 1971 kritisiert und argumentiert, dass es im Gegenteil gerade die RAF sein müsse, die mit ihrer militanten Praxis die Entstehung einer offenen faschistischen Herrschaft verhindern müsse.<sup>44</sup> Der Kampf der RAF – sowie die Entstehung der Protestbewegung im weiteren Sinne – hätten ihren Ursprung darin gehabt, dass die postnationalsozialistische Generation sich geschworen habe, den „Widerstand, den die Väter nicht geleistet“ hatten, „unter allen Umständen zu leisten“.<sup>45</sup> Die tatsächliche Praxis der RAF seit 1972 habe jedoch dazu geführt, dass die „überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung“ sich noch stärker mit „dem Staat und seinen Machtorganen“ identifizieren würde. Da die RAF somit der „Reaktion“ in Form von „CSU und Teile[n] der CDU“ in die Hände spiele, stünde für die progressiven Kräfte nun die „Verteidigung und Rückeroberung der bürgerlichen Freiheiten“ auf der politischen Agenda.<sup>46</sup> Das bisherige Ausbleiben einer ausformulierten, theoretischen „Alternative zum Kapitalismus“ fördere zudem die Identifikation des „Volkes“ mit dem „Kapitalstaat“.<sup>47</sup> Mahler und Bäcker interpretierten den rigiden Moralismus der RAF als radikale Reaktion auf die Ohnmacht, einerseits als (selbsternannte) revolutionäre Elite die „notwendige Aufhebung des Kapitalismus“ als längst überfällig und machbar begriffen zu haben, andererseits mit dem „Volk“ (bzw. der „Arbeiterklasse“) ein revolutionäres Subjekt deklariert zu haben, das „die bestehende soziale Ordnung“<sup>48</sup> verteidige. Gefangen in der marxistisch-leninistischen Ideologie könne man den Bewusstseinszustand des „Volkes“ lediglich als „Resultat“ der medialen Propaganda begreifen und habe deshalb ignoriert, dass der kapitalistische Staat (insbesondere der bundesrepublikanische) durchaus in der Lage sei, die Interessen der abhängig Beschäftigten sowie der Unternehmer miteinander zu versöhnen, was sich im „Wille[n] des Volkes, sich diesen Staat zu erhalten“<sup>49</sup> ausdrücke. Hierbei knüpfte Mahler an seine schon in den frühen 1970er Jahren geäußerte Kritik an der Praxis der Führungsgruppe der RAF an: Der „Haß und die Verachtung, die dem kapitalistischen Staat wegen seiner Verantwortung für zwei verheerende Weltkriege, für die Greuelthaten des Faschismus und die imperialistische Unterjochung der Dritten Welt“ eigentlich hätte gelten sollen, hätten die „Moralisten“ der RAF auf all jene übertragen, „die diesen Staat verteidig[t]en“.<sup>50</sup> Diese „Volksfeindlichkeit“ der RAF, gegen die Mahler schon in den internen Auseinandersetzungen

gen Anfang der 1970er Jahre argumentiert hatte, mache deren Mitglieder „subjektiv [...] zu Hilfstruppen des Kapitals“.<sup>51</sup> Abschließend prognostizierten Mahler und Bäcker die politische Entwicklung in den kommenden Jahren: In gewohnt manichäischer Diktion wurde ein beschleunigtes Wachstum „sozialer Probleme“ erwartet, welche in einer „sich zuspitzenden Systemkrise“<sup>52</sup> ständig zunehmen würden. Widerstand gegen diese Tendenzen erwartete Mahler nicht von der radikalen Linken, sondern von den sich Ende der 1970er Jahre formierenden parteiunabhängigen und überparteilichen Bürgerbewegungen, die sich – nach Mahler – gegen eine Zerstörung der „Umwelt“ und gegen den „apokalyptischen Verwertungs- und Wachstumszwang des Kapitals“ einsetzen sowie sich für die „Durchsetzung“ der eigenen „Lebensinteressen“<sup>53</sup> stark machen würden. Das zu erreichende Utopia nannte Mahler nun „freie Gemeinden“.<sup>54</sup>

Mahler kritisierte nicht nur die Politik und Praxis der RAF – er avancierte Ende 1977 auch zu einem international gefragten „Experten“ für die Einordnung des „RAF-Terrors als Phänomen der Zeitgeschichte“.<sup>55</sup> In einem in der italienischen Tageszeitung *Il Manifesto* erschienenen Interview begründete Mahler die Entstehung der ehemaligen Protestbewegung und des Linksterrorismus mit der diffus empfundenen Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft: „Unsere Reaktionen auf die Vergangenheit unseres Landes waren traumatisch und moralisch.“<sup>56</sup> Der eigene Idealismus habe zum Kampf gegen den postnationalsozialistischen Staat geführt, wohingegen der Idealismus der Elterngeneration für den „Faschismus“, für die „schlechteste Sache“<sup>57</sup> der Welt, missbraucht worden sei. Der zuerst „nur“ moralische Protest sei durch die Rezeption marxistisch-leninistischer Literatur zwar erweitert, daraus aber ein falsches Verständnis vom Verhältnis von Staat und „Volk“ entwickelt worden, welches schlussendlich zur Entstehung der RAF geführt habe, die mit ihrer Politik dem „Volk“ mittels einer „beispielhaften Geste“<sup>58</sup> den Weg zur Befreiung habe weisen wollen. Dies sei unter anderem die „Frucht einer romantischen Fehlinterpretation von Ché, Castro und den Fedajin“<sup>59</sup> gewesen. Mahler forderte, um die Entstehung einer neuen Generation von RAF-Mitgliedern und -Sympathisanten zu verhindern, eine lückenlose, internationale Aufklärung der Todesumstände von Baader, Ensslin und Raspe, da er zurecht befürchtete, die Unterstützerszene könnte mit einer Mystifizierung der Todesumstände „neue Helden“<sup>60</sup> für die RAF rekrutieren.

Bereits während seiner Zeit als inhaftiertes RAF-Mitglied hatte Mahler zu den Hungerstreiks und Solidaritätskomitees ein distanzierendes Verhältnis entwickelt. Nach seinem Bruch mit der KPD griff er die wohl wirksamste Strategie

der RAF zur Rekrutierung neuer Mitglieder aus dem Sympathisantenumfeld der linksradikalen „Folterkomitees“ öffentlich an, nämlich die Behauptung, die Gefangenen der RAF würden systematisch isoliert und gefoltert. Die Skandalisierung der Haftbedingen der RAF-Gefangenen durch eine breit getragene Kampagne hatte der RAF bis in weite Teile der linksliberalen Öffentlichkeit enorme Sympathien eingebracht. Besonders die Gefangenen aus der Gründungsgeneration setzten ihre Haftbedingungen mit der Haft in nationalsozialistischen Konzentrationslagern gleich und suggerierten der Öffentlichkeit (und wohl auch sich selbst) eine stete Bedrohung durch die eigene Vernichtung. Am deutlichsten hatte dies Gudrun Ensslin formuliert: „Unterschied toter Trakt und Isolation: Auschwitz zu Buchenwald. Der Unterschied ist einfach: Buchenwald haben mehr überlebt als Auschwitz. [...] Wie wir drin ja, um das mal klar zu sagen, uns nur wundern können, daß wir nicht abgespritzt werden.“<sup>61</sup> Vorausgegangen war Mahlers öffentlicher Kritik im September 1978 eine Anfrage des in der JVA Werl einsitzenden Schriftstellers Peter-Paul Zahl zu Mahlers „Haftstatus“.<sup>62</sup> Im Gegensatz zu Mahler – der im Milieu der linksradikalen „Folterkomitees“ das größte Rekrutierungsfeld für den Linksterrorismus erkannt hatte – war Zahl aktiv gegen die „Folter“ in den bundesrepublikanischen Gefängnissen engagiert. Mahler antwortete Zahl, dass für ihn die gleichen Haftbedingungen wie für alle anderen Gefangenen in der JVA Tegel herrschten und warf diesem zudem vor, dass er mit seinem „Geschrei über die Haftbedingungen“ die verlogene Anti-Folterkampagne der RAF fortsetzen würde, womit er dazu beitrage, dem Linksterrorismus in der BRD neue Mitglieder zuzuführen.<sup>63</sup> Mahlers Weigerung, sich als ehemaliges Mitglied der RAF an einer Mystifizierung der gefangenen Terroristen zu beteiligen, quittierte Zahl mit einem polemischen Rundumschlag, in dem er Mahler vorwarf, mittlerweile „rechts vom RCDS und den [s]chlagenden Verbindungen“ zu stehen und zu einem „Bauchredner der Herren des Morgengrauens“<sup>64</sup> geworden zu sein.<sup>65</sup> Zahl unterstellte Mahler, er arbeite deswegen nicht mit den „Folterkomitees“ zusammen, weil er sich durch solche Distanzierungen einen Erlass seiner restlichen Strafe erhoffe. Mahlers erneute Antwort an Zahl wurde im November 1978 auszugsweise im *Spiegel* veröffentlicht:<sup>66</sup> Dort argumentierte dieser, dass insbesondere die „Empörung über die extremen Haftbedingungen“ die jungen, „idealistisch gesonnenen“ RAF-Mitglieder der zweiten und dritten Generation, deren vorrangiges Ziel die Befreiung der Gründergruppe gewesen war, in den Terrorismus getrieben habe und weiterhin treibe. Durch die ständige Thematisierung des „Foltervorwurfes“ könnten sowohl der Terrorismus

moralisch legitimiert, die Forderungen der Inhaftierten nach militanter Gefangenbefreiung stets aktuell gehalten sowie ein verlässlicher Zustrom an neuen Mitgliedern gesichert werden. Der von Baader und Ensslin tatsächlich aus diesen Gründen erhobene „Foltervorwurf“ sei deshalb nichts weiter als eine „Propagandalüge“ gewesen, die dazu gedient habe, „die Linke in der Bundesrepublik moralisch zu erpressen und Faschismus vorzutäuschen, um die brutalisierten Kampfformen der RAF zu legitimieren“.<sup>67</sup> Mahler provozierte die Sympathisanten des Linksterrorismus mit seinem Plädoyer, gefangengenommene „Revolutionäre“ hätten eine Gefängnisstrafe diszipliniert durchzustehen, da dies ihren „Widerstandswillen“ steigern:<sup>68</sup> „Ein Revolutionär schreit nicht, wenn er vom Staat hart angefaßt wird“, sollten die Linken endlich den Gefangenen der RAF zurufen. Damit würden sie ihnen wirklich helfen.“ Abschließend nahm Mahler Partei für den von der RAF bekämpften Staat: Durch die moralische Erpressung mit dem „Foltervorwurf“ könne die RAF ihren „Privatkrieg“ gegen den „Staat“ noch gewinnen, und es durch stete „Provokation“ schaffen, den staatlichen „Faschismus hervorzukitzeln“. Die restliche Linke unterstütze die RAF fatalerweise dabei, indem sie nur die „Reaktionen der Staatsorgane“ sehe, nicht aber die „Provokation der Guerilla“. Für jede Reaktion des Staates auf die Handlungen der RAF müsse von der restlichen Linken „zuallererst eindeutig die Verantwortlichkeit der Terroristen für diese Entwicklung“ ausgesprochen und damit die RAF als „die Komplizen der Liquidatoren der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates“ verurteilt werden.

Mahlers öffentliche Weigerung, sich nicht weiterhin in die „Front zur Verwirklichung der Menschenrechte im BRD-Knast“ einzureihen, sorgte in der radikalen Linken eher für Irritationen statt für scharfe Polemiken von der Sorte Peter-Paul Zahls.<sup>69</sup> Es überwog auch deshalb die verhaltene Reaktion, weil viele radikale Linke, gerade solche, die den Terrorismus aus politischen Gründen ablehnten, sich mit Mahler nach dessen Trennung von der RAF solidarisiert hatten. Die *Rote Fabne* schrieb beispielweise in einem enttäuschten Tonfall von der Solidaritätsarbeit der KPD im Rahmen der mit erheblichem Aufwand geführten Kampagne *Freiheit für Horst Mahler*, die zu einem Zeitpunkt stattgefunden habe, als ihr Horst Mahler „politisch näher“<sup>70</sup> gestanden habe. Zahl publizierte als Reaktion auf Mahlers *Spiegel*-Veröffentlichung eine „abschließende Bemerkung“ in der linken Zeitschrift *Radikal* unter dem Titel „Ein Indianer weint nicht – Wider die 150%igen Bauchredner“.<sup>71</sup> Darin bezeichnete Zahl Mahler als „150%igen Renegaten“ und interpretierte Mahlers politische Wandlungen als Handlungen eines autoritären „Zwangscharakters“.<sup>72</sup> Von Zahl

wurde auch erstmals der Vorwurf gegen Mahler erhoben, dieser sei nicht mehr länger der politischen Linken zuzurechnen:

„Wer die Folter leugnet, findet sich auf den Seiten der Folterer, foltert mit. Horst Mahler hat jede Legitimation verloren, sich an die Linke zu wenden. Sollte jemand ihn noch als ‚Genossen‘ bezeichnen, sollte man diesen Begriff auch auf den Bundesanwalt Rebmann, Bundessicherheitshauptamtschef Herold, Ermittlungsrichter Kuhn und tutti quanti anwenden, die in Mahler einen nur zu willigen Bauchredner gefunden haben.“<sup>73</sup>

In der Tat schien sich Mahler in der Rolle des von der liberalen Öffentlichkeit hofierten Mahners in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der RAF und dem linken Terrorismus zu gefallen. Gegenüber der in der Gefangenenhilfe engagierten Brigitta Wolf äußerte er Ende 1978: „Trotzdem muß ich versuchen, jene Legenden zu zerstören, indem ich mich öffentlich über die Hintergründe der Anti-Folter-Kampagne der RAF ausspreche.“<sup>74</sup> Erst wenn die Kritik an den Haftbedingungen (insbesondere an der Isolationshaft, die auch Mahler scharf kritisiert hatte) von der Propaganda der RAF entkoppelt würde, erst dann könne sich die Situation in den Gefängnissen nachhaltig zum Besseren entwickeln.<sup>75</sup> Reaktionen auf Mahlers Wandlungen im Allgemeinen und der Kontroverse mit Peter-Paul Zahl im Besonderen folgten vor allem aus dem Milieu der sich als undogmatisch verstehenden militanten Linken im Umfeld der *Bewegung 2. Juni*. Fritz Teufel, aktives Mitglied der *Bewegung 2. Juni* und zu diesem Zeitpunkt in Untersuchungshaft,<sup>76</sup> nahm Mahlers Äußerungen zum Anlass, etwa zehn Jahre nach dem 2. Juni 1967 im Rahmen einer apologetischen, solidarisch-kritischen Bestandsaufnahme den „bewaffneten Kampf“ zu reflektieren: Die „Denkanstöße“, die der „ehemalige Apo-Krieger §§§-Hotte“, wie Teufel Mahler apostrophierte, der radikalen Linken mit seinen jüngsten Veröffentlichungen gegeben habe, seien eigentlich eine Selbstverständlichkeit für die militante Linke: „Indianer weinen nicht“ bedeute schlicht, im „Kampf für [die] gemeinsame Sache (den Weltkommunismus)“ nicht das eigene, persönliche Schicksal in den Vordergrund zu stellen, sondern selbstlos mit gutem Beispiel voranzugehen.<sup>77</sup> Teufel knüpfte hierbei direkt an die Positionen Mahlers aus den frühen 1970er Jahren an, als dieser in der für ihn typischen, zynisch-abgeklärten Diktion die „Tugenden“ eines Revolutionärs beschrieben hatte.<sup>78</sup> Überdies bescheinigte Teufel Mahler mit der Schrift *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* einst

einen „theoretischen Meilenstein für eine ganz bestimmte Richtung praktisch-revolutionärer Politik“<sup>79</sup> gesetzt zu haben.

Hatte Zahl Mahlers Wandlung lebensbiographisch als Versuch einer Rückkehr zu dessen bürgerlichen Wurzeln als korporiertem Student der Rechtswissenschaften interpretiert und seine Kritik an den Kampagnen gegen die „Folterhaft“ als Strategie zu einer beschleunigten Haftentlassung gedeutet, so hatte Fritz Teufel Mahler indessen gegen den Vorwurf verteidigt, seine Kritik sei auf ein strafreduzierendes Motiv zurückzuführen.<sup>80</sup> Der in der undogmatischen radikalen Linken aktive Karl-Heinz Roth nutzte die Diskussion über Mahlers Wandlung und dessen öffentlichkeitswirksame Terrorismus-Kritik für einen polemischen Angriff auf die innerlinken Kritiker des Terrorismus:<sup>81</sup> Anhand des Originalbriefes Mahlers, den der *Spiegel* unter dem Titel *Der Foltervorwurf – eine Propagandalüge* zwar nur gekürzt veröffentlicht hatte, der nun jedoch von Mahlers Sohn Sven-Axel Anfang 1979 dem Milieu der radikalen Linken ungekürzt zugänglich gemacht worden war,<sup>82</sup> ging Roth der Frage nach, wie Mahler vom „RAF-Strategen“ zu einem „Motor der Entsolidarisierungskampagne“ gegen den „gesamten bewaffneten Untergrund“<sup>83</sup> hatte werden können. Gerade an den vom *Spiegel* gekürzten Teilen sei – so Roth – ersichtlich, wie sehr besonders Mahler unter der jahrelangen „Isolationshaft“ gelitten und sich dem „brain-washing“ der „Staatschutzorgane“ unterworfen habe: „Der ‚neue Mensch‘ Horst Mahler ist mit dem, den ich aus den Jahren 1967 bis 1971 kenne, nicht mehr identisch.“<sup>84</sup> Die Handlungen Mahlers seien deshalb auch nicht als „Verrat“ zu denunzieren sondern lägen in der Verantwortung der sich selbst als links verortenden Stichwortgeber Mahlers: Der Redaktion der Zeitschrift *Neuer Langer Marsch*.<sup>85</sup> Insbesondere verwies Roth auf einen dort publizierten Artikel der ehemaligen SDS-Mitglieder Siegward Lönnendonker und Tilman Fichter, in dem die beiden die Staatsorgane der BRD im Rahmen der Schleyer-Entführung aufgefordert hatten, die Geisel nicht auszutauschen und demnach nicht auf die Forderungen der Entführer einzugehen. Für Roth stellte dies einen veritablen „Skandal“<sup>86</sup> dar. Zwischen 1977 und 1978 hatte der *Neue Lange Marsch* eine Reihe von Artikeln publiziert, die sich ablehnend mit dem linken Terrorismus in der BRD auseinandersetzten (unter anderem wurden auch Zweifel am Suizid von Baader, Ensslin und Raspe geäußert) sowie Kritik an der legalen Unterstützerszene äußerten. Der durch „Isolationshaft“ gebrochene Mahler habe in seinem Brief die „gesamte, seit 1977 verfaßte antiterroristische Publizistik [des *Neuen Langen Marsches*] in sich aufgesogen“ und sei demnach als ein „Opfer“ der „[W]estberliner Antiterroristen“<sup>87</sup> zu betrachten. Zwar

hatte der *Neue Lange Marsch* Mahler immer wieder ein Forum geboten und sich in der Tat für eine politische Bekämpfung des linken Terrorismus ausgesprochen, eine Einflussnahme auf Mahlers inhaltliche Positionen ist jedoch – noch dazu via „Gehirnwäsche“ – nicht belegbar.<sup>88</sup> Die Redaktion nahm die Angriffe Roths zum Anlass für eine Ausgabe, die sich komplett mit der Mahler-Roth-Debatte beschäftigte. Erich Fried bewertete darin Roths Vorwurf der „Gehirnwäsche“ als „unverantwortlich und abscheulich“ und die polemischen Überspitzungen in der Diskussion der sich gegenseitig des „Verrats“ bezeichnenden Linken als immer wieder auftretenden politischen „Irrsinn“.<sup>89</sup> Während Frieds Kritik oberflächlich blieb, griff Mahlers ehemaliger NG-Genosse Peter Brandt die Vorwürfe Roths auf und verteidigte Mahlers Standpunkt einer politischen „Isolierung“ der RAF und des bundesdeutschen Linksterrorismus, bestand jedoch darauf, mit allen linken politischen Gefangenen weiterhin „menschlich“<sup>90</sup> solidarisch zu bleiben. Gleichzeitig wehrte sich Brandt gegen Roths Vorwurf einer Zusammenarbeit mit „staatlichen Institutionen“<sup>91</sup> zur politischen Bekämpfung der RAF. Bernd Rabehl warf Roth hingegen „Kumpanei und Kameraderie“<sup>92</sup> mit der RAF vor und verteidigte die antiterroristische Position des *Neuen Langen Marschs*. Der humanistische Sozialist Heinz Brandt, der sowohl während der nationalsozialistischen Herrschaft als auch in der DDR inhaftiert gewesen war, wandte sich ebenfalls in einer scharfen Polemik gegen die Apologie des RAF-Terrorismus durch Roth.<sup>93</sup> Siegwald Lönnendonker und Tilman Fichter verwiesen in ihrem Beitrag auf die abstrusen Gleichstellungen, die Roth hinsichtlich der Zeit des Nationalsozialismus und der BRD vorgenommen hatte und warfen ihm hellsichtig eine damit vorgenommene Legitimation der RAF vor:

„Roth soll endlich einmal etwas dazu sagen, daß Kinder aus gutem Hause, die über die Nazi-Verbrechen an Millionen von Menschen zutiefst erschüttert sind, ihrerseits – nicht zuletzt aufgrund solcher Geschichtskollagen – in einer Art Wiedergutmachtungswahn heute den Widerstand gleichsam nachholen und den bewaffneten Kampf gegen den vermeintlich faschistischen Staatsapparat und seine Schergen aufnehmen.“<sup>94</sup>

Wenngleich die Debatte zu keinen weiteren Ergebnissen führte, so markiert sie dennoch nach Mahlers (theoretischen) Bruch mit einem marxistisch-leninistischen Weltbild dessen praktisches Ausscheiden aus den Diskussionen der radikalen Linken. Mahlers Haftbedingungen in der JVA Tegel waren –

wenngleich auch die eigene Solidaritätskampagne der RH nicht ohne schrille Töne ausgekommen war – durchaus mit großen Freiheiten verknüpft: so hatte Mahler sich schon Anfang der 1970er Jahre durch „energisches Auftreten“ und „konsequentes Querulieren“ einen großen Freiraum als prominenter Gefangener geschaffen und später „in seiner Zelle praktisch ein Anwaltsbüro [...] mit Sprechstunden, Beratung, Schreibbüro“<sup>95</sup> eröffnet. Auch die liberale Strafvollzugspraxis in der JVA Tegel trug zu einer nicht unangenehmen Haftsituation Mahlers bei. Einem Journalisten erschien er Mitte 1979 nach „achteinhalf Jahren Tegel fast unbeeindruckt“.<sup>96</sup> Ebenso nahm Mahler an allen gefängnisinternen Gemeinschaftsveranstaltungen teil, war Mitglied einer Schachgruppe und spielte regelmäßig in einer Gruppe „Faustball“.<sup>97</sup>

### **Entlassung aus der Haft und Rückzug aus der Öffentlichkeit (1978-1990/91)**

Im Sommer 1978 war der damalige Juso-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder Mahlers Rechtsanwalt geworden,<sup>98</sup> wobei Schröders Popularität mit ein Grund gewesen war, ihn mit der Wiederaufnahme von Mahlers Verfahren zu betrauen.<sup>99</sup> Die SPD-Führung um Willy Brandt war über Schröders neuen Klienten zwar nicht erfreut, unternahm jedoch auch keine Schritte, die Mandatsübernahme zu verhindern.<sup>100</sup>

Bereits Ende 1978 konnte Schröder den ersten Hafturlaub Mahlers in acht Jahren Haft durchsetzen,<sup>101</sup> wenngleich dieser dabei zu einem Westberliner Politikum im Vorfeld der im März 1979 anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus geworden war: Da bei Gefangenen mit politischem Hintergrund nicht die Leiter der Strafanstalten, sondern der Justizsenator über einen möglichen Hafturlaub zu entscheiden hatte, nutzte die CDU dies für eine Kampagne gegen den sozialliberalen Senat. Auch der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) argumentierte gegen einen Urlaub für Mahler, den Justizsenator Gerhard Meyer (FDP) jedoch dennoch genehmigte.<sup>102</sup> Im Sommer 1979 folgte bereits die Überführung in den offenen Vollzug in der Spandauer Strafanstalt Hakenfelde.<sup>103</sup> Nachdem ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wegen Bankraubs im Sommer 1979 zwar abgewiesen worden war, wurde Mahler dennoch 1980 vorzeitig aus der Haft entlassen, wenn auch mit dem „Makel der Gnade“<sup>104</sup> behaftet. Die restlichen vier Jahre Gefängnis wurden zur Bewährung ausgesetzt, 1984 wurde ihm die Strafe endgültig erlassen.<sup>105</sup> Der evangelische Theologe Helmut Gollwitzer wurde Mahlers Bewährungshelfer;<sup>106</sup>

Gollwitzer hatte bereits 1977 in der Diskussion über eine Wiederaufnahme von Mahlers Strafverfahren Partei für diesen ergriffen und dessen ideologische Wandlung und Abkehr vom „bewaffneten Kampf“ gelobt.<sup>107</sup>

Während Mahler Ende der 1970er Jahre in der radikalen Linken vor allem mit seiner Terrorismus-Kritik aufgefallen war, hatten dessen weitere publizistische Veröffentlichungen, die im Zusammenhang mit dem Verhältnis der Linken zur Nation sowie dem Umgang mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft standen, weniger Aufmerksamkeit erhalten: Um die weitere Strafverfolgung von Tätern der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft sicherstellen zu können, wurde seit den frühen 1960er Jahren eine Verlängerung bzw. die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord diskutiert. Nach dem bis dato geltenden Recht wären 1965 alle bis zur Kapitulation des Deutschen Reichs am 8. Mai 1945 begangenen Morde verjährt gewesen. Nachdem bereits 1960, 1965 und 1969 die Verjährungsfrist vom Deutschen Bundestag jeweils verlängert worden war, stand 1979 ihre endgültige Aufhebung zur Diskussion. Dieses Thema wurde in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit – die mittlerweile durch verschiedene NS-Prozesse, insbesondere dem Majdanek-Prozess von 1975, sowie durch die Ausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie *Holocaust* für die Verbrechen der Shoa zunehmend sensibilisiert war – kontrovers diskutiert.<sup>108</sup> Die erneute Verjährungsdebatte wurde auch zu einem Gradmesser für den Umgang der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft. Horst Mahler veröffentlichte seine Position zu dieser Frage im *Neuen Langen Marsch*: Während sich die bundesrepublikanische Linke fast ausnahmslos für eine Aufhebung der Verjährungsfrist aussprach, argumentierte Mahler gegenteilig für eine Verjährung der Straftat Mord, auch für die Morde während der nationalsozialistischen Herrschaft.<sup>109</sup> Mahler verwies auf den rechtstaatlichen Grundsatz der Rehabilitierung und argumentierte, dass die Erhebung des Tatbestandes Mord zum „absoluten Verbrechen“ konsequenterweise auch die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe beinhalten müsse, wohingegen auf der anderen Seite die „Abschaffung der Todesstrafe“ und die „Verjährung“ als Rechtsprinzip ebenso zusammengehören würden. Aus der allgemein progressiven Entwicklung der „Rechtskultur“ in der BRD leitete Mahler ab, dass eine Aufhebung der Verjährungsfristen für Mord einer solchen fortschrittlichen Tendenz widerspreche. Auch die besondere Quantität und Qualität der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft dürften hierbei keinen Grund für eine Ausnahme darstellen und zu „absoluten

Verbrechen“ erhoben werden, da die „Heimtücke und besondere Grausamkeit dieser Verbrechen [...] in erster Linie auf das Konto eines **entarteten** [Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.] Staates“ gehen würden, der „die im Menschen schlummernden bösen Instinkte geweckt und hochgezüchtet“ habe. Mahlers neuer, hegelianischer Staatsbegriff, demzufolge es einen Staat ‚an sich‘ gebe, ermöglichte es ihm, insbesondere die individuellen Täter zu entlasten und zu entschulden, indem er einen „entarteten Staat“ für die besondere Qualität dieser Verbrechen verantwortlich machte, der losgelöst vom Handeln der verbrecherischen Individuen existiere, und diesen sogar ebenfalls einen Opferstatus zuerkannte: „In gewisser Weise ist so auch der faschistische Gewalttäter Opfer jenes degenerierten Staates gewesen. Wollte man die Handlungen jener Individuen als Verbrechen schwerer wiegen lassen als Mordtaten unter normalen Verhältnissen, würden die Menschen für etwas bestraft, was nicht ihre Schuld ist.“ Mahlers Position sorgte für Irritationen – auch in der Redaktion des *Neuen Langen Marsches*. Ein Redaktionsmitglied hatte in einem Brief an Mahler um eine nochmalige Erläuterung von dessen Position gebeten.<sup>110</sup> Dabei machte sich Mahler für eine Aufarbeitung der gesellschaftlichen Umstände der Entstehung des „Nazismus“<sup>111</sup> stark, statt einer Strafverfolgung der ehemaligen Täter das Wort zu reden, welche nach Mahler die wirklichen Ursachen des Nationalsozialismus nur verschleierte, statt sie zu erklären. Noch diese Forderung nach einer Aufarbeitung der kollektiven Mechanismen der Entstehung der nationalsozialistischen Herrschaft nutzte Mahler jedoch im Sinne einer Schuldabwehr: „Die verherrlichende Dämonisierung Adolf Hitlers gilt es zu entlarven und diese Figur als die Projektion jenes Volkes zu begreifen, das sie hervorgebracht hat – unseres Volkes.“ Diese Forderung nach einer Entdämonisierung Hitlers kann hierbei nicht als Versuch gewertet werden, statt einer schuldabwehrenden Übertragung der Verantwortung auf wenige Funktionsträger des nationalsozialistischen Deutschen Reichs die Verstrickung weiter Teile der deutschen Bevölkerung in den Blick zu nehmen, sondern muss als Versuch Mahlers verstanden werden, das Zustandekommen der nationalsozialistischen Herrschaft (und implizit auch der während dieser begangenen Verbrechen) in schuldentlastender Absicht nachvollziehbar zu machen. Die Redaktion druckte in der gleichen Ausgabe einen bereits als Mahler-Replik konzipierten Beitrag von Ossip K. Flechtheim zur Verjährungsdebatte, in dem Flechtheim über die mehrheitlich in der bundesrepublikanischen Linken vertretene Position einer Anhebung der Verjährungsfrist für Mord referierte.<sup>112</sup> Auch reagierte er auf Mahlers Versuche einer Schuldrelativierung, indem er dessen Begriff des „ent-

arteten Staats“ und die damit verknüpfte Schuldabwehr kritisierte. Im Sommer 1979 stimmte der Deutsche Bundestag schließlich für eine Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord und ermöglichte damit eine bis in die Gegenwart andauernde Strafverfolgung der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft.

Ende der 1970er Jahre wurden in mehreren linken Publikationen offen die „nationale Frage“ diskutiert.<sup>113</sup> Während sich manche von Mahlers ehemaligen politischen Weggefährten bereits zunehmend einer nationalen bzw. wiedervereinigungsapologetischen Position öffneten, argumentierte Mahler im Rahmen der Serie *Die Linke und die Nationale Frage* in der Zeitschrift *Dasda. Avanti* Mitte 1979 für eine Anerkennung der DDR als eigenständiger deutsche Nation – dies zwar in philosophischer Hinsicht hegelianisch gewendet, aber dennoch in Kontinuität zu seiner DDR-apologetischen Position seit Anfang der 1960er Jahre stehend.<sup>114</sup> Mahler prognostizierte einleitend eine deterministische Entwicklung der Staatlichkeit, ausgehend vom menschlichen Stamm, über die Nation, zur bipolaren Blockbildung nach 1945 sowie – perspektivisch – hin zu einem unitaristischen Weltstaat. Damit stellte sich Mahler gegen eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, da eine solche der von ihm skizzierten progressiven Entwicklung widerspräche und demzufolge ein „Wunschdenken“ sei, welches irrtümlicherweise unter anderem auch von Teilen der politischen Linken begrüßt werde. Mahler machte zwei Quellen des „Verlangen[s] nach Wiedervereinigung“ in der deutschen Bevölkerung aus: Zum einen die nicht vorhandene Freizügigkeit zwischen BRD und DDR, zum anderen die Folgen der militärischen Niederlage des Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg. Diese hätten sowohl die DDR als auch die BRD gegenüber den „Siegermächten“ gefügig gemacht, was wiederum in Folge zu einem Wunsch der unter dem „russischen Joch“ bzw. der „amerikanischen Schutzherrschaft“ Lebenden nach nationaler Selbstbestimmung geführt habe: „Die Deutschen in beiden Staaten wollen sich von dieser Fremdherrschaft befreien. Das ist legitim.“ Zwar erkannte Mahler diese Gründe für den Wunsch nach Wiedervereinigung an, dennoch betrachtete er sie nicht als bestimmende Faktoren. Er kritisierte damit jene Teile der bundesrepublikanischen Linken, die sich der „nationalen Frage“ annehmen wollten, als „herkömmliche[r] Machtpolitik[er]“. Im Kontext der stets im Mittelpunkt seines politischen Wirkens stehenden Frage nach dem Umgang mit der diffus empfundenen Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft sprach Mahler dem Wunsch nach einer Wiedervereinigung den Realitätsgehalt ab und erkannte die beiden Staaten auf

„dem Boden des ehemaligen Deutschen Reiches“ als „unvermeidliche Konsequenz des von Hitler ausgelösten Zweiten Weltkrieges“ an. Beide Staaten seien für sich lebensfähig, weshalb der Wunsch nach einer Wiedervereinigung nicht das „absolute Interesse“ der in diesen beiden Staaten lebenden Menschen sein könne. Mahler unterzog unter anderem die früher von ihm selbst verbissen vertretene, neutralistische Forderung nach einem Austritt der BRD aus der NATO einer Kritik; mittlerweile vermutete Mahler hinter dieser Forderung, deren Erfüllung zu einer unmittelbaren Destabilisierung des „internationalen Kraftfeldes“ führen würde, den Wunsch nach einem manichäischen „Weltbrand“, aus dem eine proletarische Weltrevolution siegreich hervorgehen sollte. Diese zweifellos früher von ihm selbst vertretene Vorstellung hielt Mahler mittlerweile für eine „gefährliche Selbsttäuschung“, die ihren Ursprung in der Revolutionstheorie von Marx und der Imperialismustheorie Lenins habe. Mahler schloss den Beitrag mit den Worten: „Hüten wir uns vor dem Absturz in unsere Traumwelt“.

Obwohl es keine wahrnehmbare Resonanz auf die oben erwähnten Artikel gab, erreichte die öffentliche Aufmerksamkeit für den gewendeten Ex-Terroristen Mahler Ende 1979 einen neuen Höhepunkt: In einem vom *Spiegel* arrangierten Gespräch zwischen Bundesinnenminister Gerhart Baum und Horst Mahler distanzierte sich dieser nochmals, nun auch vor einer breiten medialen Öffentlichkeit, unmissverständlich vom Terrorismus und bezog sich positiv auf den bürgerlichen Rechtsstaat. Der *Spiegel* druckte Auszüge aus dem Gespräch ab, 1980 gab der Spiegel-Verlag die Gespräche in Buchform heraus.<sup>115</sup> Mahler benannte darin – so offen wie noch nie – die Beweggründe für seinen politischen Aktivismus seit den späten 1950er Jahren. Auch die Redakteure meinten, in der Problematik des Umgangs mit der Schuldfrage den Hauptbeweggrund Mahlers erkannt zu haben und bezeichneten Mahler einleitend als „politisch engagierte[n] Menschen“, der „verfolgt von der Vergangenheit des eigenen Volkes“<sup>116</sup> sei. Mahler kontextualisierte das Engagement der ehemaligen Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, den die Bewegung als imperialistische Fortsetzung der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft betrachtet hatte,<sup>117</sup> mit den eigenen Versuchen, die diffus empfundene Schuld zu verarbeiten: „Unsere Antwort auf die Unmoral des Naziregimes war [...] der moralische Rigorismus. Er ist entstanden aus dem Entsetzen und der Scham darüber, was in den Jahren von 1933 bis 1945 in Deutschland geschehen ist.“<sup>118</sup> Zwar hatte sich Mahlers weltanschauliches Fundament geändert, dennoch setzte er zum Zeitpunkt des Gespräches die

Vietnampolitik der USA weiterhin mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft gleich, indem er die rhetorische Frage stellte, warum der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt nicht „früh und eindeutig gegen die amerikanische Vietnampolitik Stellung bezogen“ habe, was insbesondere ins Gewicht falle, da Brandt im Dienst der norwegischen Armee konsequent gegen den deutschen Nationalsozialismus gekämpft habe und deshalb erkannt haben müsste, „welche Rolle die USA in Indochina spiel[t]en“,<sup>119</sup> nämlich die gleiche wie das nationalsozialistische Deutsche Reich von 1933 bis 1945. Dass die bundesrepublikanische Regierung diese „verbrecherische Politik“ unterstützt habe, habe die ehemalige Protestbewegung in den o. g. militanten „moralischen Rigorismus“ getrieben. Als zentralen Grund für sein politisches Handeln im weitesten Sinne benannte Mahler den Versuch, das auf dem identitären Kollektiv der deutschen Nation, dem er (bzw. „man“) „schicksalhaft“<sup>120</sup> angehöre, lastende, diffus empfundene Schuldgefühl zu verarbeiten: „Ich mußte mich sehr früh, als ich politisch wach wurde, schämen, Deutscher zu sein. Das ist eigentlich eine fürchterliche Sache, wenn man sich nicht mit seinem eigenen Volk identifizieren kann.“<sup>121</sup> Ziel von Mahlers politischem Handeln war es demnach, sich wieder mit „seinem eigenen Volk“ identifizieren zu können. Vor allem die Erkenntnis, dass die eigene Elterngeneration nicht nur tief in die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft verstrickt gewesen sei, sondern auch das Ausbleiben eines nennenswerten Widerstandes gegen den Nationalsozialismus habe das Schuldgefühl verdichtet: „Diese Kritik an der Generation der Väter [...] hat dann natürlich auch zu einem Anspruch an uns selbst geführt. [...] Das heißt, wir haben gesagt: die Väter hätten Widerstand leisten müssen und hätten auch Widerstand leisten können – sie haben aber keinen Widerstand geleistet [...].“<sup>122</sup> Gerade aus dem Ausbleiben eines solchen Widerstands habe die Protestbewegung wiederum die Legitimation für das eigene, zunehmend militante und im Terrorismus mündende politische Agieren abgeleitet: „Die Scham war zugleich der Anspruch an uns selbst, wenn jemals wieder eine Entwicklung für uns sichtbar würde, die auch nur im entferntesten an die zwölf Jahre erinnert, daß wir dann Widerstand leisten müßten.“<sup>123</sup> Dass es sich hierbei nicht um einen Vorwurf an die Generation der Eltern im Allgemeinen sowie an die eigene familiäre Herkunft im Besonderen handelte, machte Mahler deutlich, indem er deren schuldhaftige Verstrickungen in die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft im gleichen Atemzug verteidigte: „Es ist auch kein ‚Angriff‘ im Sinne von Schuldvorwurf gegen die Generation unserer Eltern, wenn ich hier meine Gedanken über die Folgen ihres Ver-

haltens äußere. Ich halte die überzeugten Nazis nicht für Unmenschen. Mein Vater zum Beispiel war nach meinen Begriffen das, was man einen guten Menschen nennt, gleichwohl war er ein überzeugter Nazi.“<sup>124</sup> Mahler ging in seiner Identifikation mit der eigenen familiären Herkunft sogar so weit, eine eigene positive Haltung zum Nationalsozialismus immerhin für möglich zu halten: „Wäre ich damals herangewachsen [...] wer weiß: ich wäre wahrscheinlich auch ein Nazi geworden.“<sup>125</sup> Mit dieser Relativierung bzw. Schuldentlastung einher ging die Forderung nach einer neuartigen „Vergangenheitsbewältigung“. Zwar formulierte Mahler (noch) keinen Wunsch nach einem „Schlussstrich“, dennoch war die Stoßrichtung seiner Argumentation klar auf eine Aussöhnung mit der deutschen Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft ausgerichtet.<sup>126</sup>

Mahlers offene Artikulation des Zusammenhangs zwischen „Vergangenheitsbewältigung“ und seiner eigenen politischen Aktivität war durch sein neues Staatsverständnis ausgelöst worden: Anfang der 1960er Jahre sei es ihm durch seinen Ausschluss aus der SPD verunmöglicht worden, „in einer noch relativ positiven Beziehung zum Staate in die Politik zu gehen“.<sup>127</sup> Vor allem im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 2. Juni 1967 sei nicht nur ihm, sondern auch einer Mehrheit der ehemaligen Protestbewegung ein marxistisch-leninistisches Weltbild plausibel erschienen.<sup>128</sup> Für eine weitere, progressive Entwicklung der deutschen Gesellschaft bezeichnete Mahler die Überwindung des marxistisch-leninistischen Staatsverständnisses als unabdingbar, nur eine Heranführung der nachwachsenden Generationen an den Staat könne diesen Gegensatz überwinden.<sup>129</sup> Dass Mahlers Staatsverständnis bereits damals mehr an einer Spielart von volksgemeinschaftlichem Korporatismus als an einem Modell parlamentarischer Demokratie orientiert war, unterstrich er durch seine ablehnende Haltung gegenüber den Parteien, die er durch die im Zuge der anwachsenden Ökologiebewegung entstehenden „Bürgerinitiativen“ kontrollieren lassen wollte.<sup>130</sup> Diese Bürgerbewegungen – und nicht die parlamentarisch orientierten Parteien – wollte Mahler in den Rang einer „Verfassungsinstitution“<sup>131</sup> erheben wissen. In seinem Bedürfnis nach Abwehr der Schuld und Identifikation mit dem nationalen Kollektiv hatte Mahler sein neues Staatsverständnis ausgebildet, mutmaßte sich selbst am Ende seiner ideologischen Entwicklung und verstand seine eigene Entwicklung als ‚aufgehoben‘ im dialektischen Sinne Hegels:

„Unsere totale Abkehr vom Staat war Ausdruck einer Haßliebe zu ihm. Die Scham, die wir über den Staat, über den faschistischen Staat

empfundene haben, drückt eine positive Beziehung zum Staat aus. Denn über etwas, wozu ich keine positive Beziehung habe, brauche ich mich nicht zu schämen. Es ist [...] in jedem das Bedürfnis vorhanden, sich mit seinem Volk, das nur als Staat existiert, zu identifizieren. Indem uns das nicht möglich war, waren wir innerlich zerrissen. Wir waren nicht mit uns identisch.“<sup>132</sup>

In der umfangreichen öffentlichen Wahrnehmung – 1981 wurde das Spiegel-Buch sogar in Italien veröffentlicht – traten die während des Gesprächs geäußerten Inhalte hinter der Frage zurück, ob sich der amtierende Bundesinnenminister auf ein öffentliches Gespräch mit einem noch inhaftierten ehemaligen RAF-Terroristen überhaupt hätte einlassen dürfen.<sup>133</sup> In den bürgerlichen Medien wurde das Gespräch zwar in der Regel – wie vom *Spiegel* intendiert – als Zeichen der Entspannung im Kampf gegen den Terrorismus gewertet; so bezeichnete die *Westfälische Rundschau* „Baums Bereitschaft zum Dialog mit einem Noch-Häftling“ als „mutig, richtig und wichtig“.<sup>134</sup> Die konservative FAZ sah hingegen in dem Gespräch zwischen Bundesinnenminister und ehemaligem Terroristen ein „groteskes Bild“.<sup>135</sup> Die politische Linke reagierte auf Mahlers neuerliches Zugehen auf die durch Baum verkörperte Staatsgewalt irritiert bis ablehnend,<sup>136</sup> wobei sich an diesem öffentlichen Auftritt Mahlers keine innerlinke Debatte wie bei seinen Äußerungen zur „Propagandalüge“<sup>137</sup> der RAF entzündete. Zu weit hatte sich Mahler bereits von den Diskussionszusammenhängen der radikalen Linken entfernt, wenngleich die Westberliner *Tageszeitung* monierte, dass Mahler als Forum für seine Auseinandersetzung mit Baum den *Spiegel* gewählt habe, weshalb die Diskussion nicht exklusiv innerhalb der Linken hätte geführt werden können. Baum geriet wegen seiner öffentlichen Auftritte mit Mahler – im Nachgang auf die Buchveröffentlichung waren einige gemeinsame Podiumsdiskussionen gefolgt – in die Kritik und galt dem *Spiegel* gar als „umstrittenste[r] Mann der Regierung“.<sup>138</sup> Mahler – mittlerweile wieder auf freiem Fuß – versuchte im Rahmen dieser öffentlichen Auftritte weiter eine „Brücke“ zwischen den „staatstragenden Kräften“ und der „Terroristenszene“<sup>139</sup> zu bauen. Auf einer Veranstaltung mit Baum und dem ehemaligen Hamburger Justizsenator Ulrich Klug in Köln wurde Mahler von seinen im Publikum anwesenden „Exgenossen“ scharf kritisiert. Mahlers abschließende Empfehlung, bei der kommenden Bundestagswahl die FDP zu wählen, führte zu „schallend[en]“<sup>140</sup> Gelächter.

Nach dieser kurzen Phase öffentlichen Interesses wurde es in den 1980er Jahren still um die Person Horst Mahler. Er arbeitete nun als Geschäftsführer

einer Servicefirma für juristische und wirtschaftliche Informationen und als juristischer Berater für befreundete ehemalige Kollegen.<sup>141</sup> Wieder politisch aktiv zu werden lehnte Mahler ab, da er fürchtete, dass jede Partei, in deren Rahmen dies geschehen würde, durch seinen Beitritt in der Öffentlichkeit Schaden nehmen würde.<sup>142</sup> Versuche seitens Mahlers, den *Republikanischen Club* wiederzubeleben und zu einem Zentrum der Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss zu machen, verliefen ebenso im Sande wie seine Aktivitäten in einer „sozialistischen Weinrunde“, einem Gesprächskreis von ehemaligen Aktivisten der Protestbewegung aus dem Umfeld der Zeitschrift *Neuer Langer Marsch*.<sup>143</sup>

Anknüpfend an Mahlers Vorstellungen von der Rolle der technischen Intelligenz im Zuge einer progressiven Entwicklung sowie an seine Beschäftigung mit der Rolle von „Manager-Teams“ im Rahmen seiner theoretischen Überlegungen seit Mitte der 1970er Jahre führte er 1980 gemeinsam mit dem Jesuiten, Philosophen und Wirtschaftsexperten Rupert Lay im Auftrag des *Managementinstituts Hobenstein* ein Wochenendseminar für Manager durch.<sup>144</sup> Bereits die Ankündigung des Seminars führte zu Protesten gegen die Mahler damit gebotene Plattform sowie zu einer breiten publizistischen Berichterstattung.<sup>145</sup> Mahler und Lay ergänzten sich hingegen inhaltlich gut, beide betonten ihre Ablehnung jeglicher Revolutionstheorien, insbesondere der marxistischen, sowie die herausgehobene Rolle des Einzelnen im gesellschaftlichen Evolutionsprozess.<sup>146</sup> Daraus entwickelten Lay und Mahler ein theoretisches Gesellschaftsmodell, das starke korporatistische Züge trug.

Anfang 1986 beantragte Mahler die Wiederezulassung als Rechtsanwalt. Während die Berliner Rechtsanwaltskammer das Ersuchen befürwortete, wurde es vom Westberliner Justizsenator Rupert Scholz (CDU) und dem *Ehrengerichtshof für Anwälte beim Berliner Kammergericht* abgelehnt, da „Mahler noch nicht würdig sei, [wieder] als ‚Organ der Rechtspflege‘ aufzutreten.“<sup>147</sup> Mahlers Anwalt Gerhard Schröder nannte die Ablehnung ein faktisch „lebenslange[s] Berufsverbot“ und legte Beschwerde beim BGH ein, dessen Ehrengerichtssenat am 30. November 1987 die Wiederezulassung Mahlers zum Anwaltsberuf entschied, da Mahler „sich von seinen früheren Taten distanziert“ habe und „auch in der Öffentlichkeit vom Terrorismus abgerückt“<sup>148</sup> sei. Anlässlich seiner Wiederezulassung führte der *Spiegel* im Dezember 1987 ein Interview mit Mahler.<sup>149</sup> Dort hoffte dieser, die Fähigkeit „konsequent zu sein“ nicht verloren zu haben und beteuerte, dass er die „Dinge nicht mehr so abstrakt und einseitig, hier das Gute, dort das Böse“ sehe wie früher. Auf die Frage wie er seine

terroristische Vergangenheit und die Zeit im Gefängnis verarbeitet habe, antwortete Mahler, dass er „zwar in der politischen Aktion die gesetzliche Ordnung verletzt“ habe, jedoch damals wie heute der Auffassung sei, „zum Besten der Allgemeinheit“ gehandelt zu haben. Auf seinen biographischen Hintergrund angesprochen, unterstrich Mahler seine engen, generationsübergreifenden innerfamiliären Bindungen und bezeichnete sich – um Identifikation mit der Elterngeneration bemüht – „in diesem Sinne [als] Kleinbürger“. Die Inszenierung des nun wieder mit bürgerlichem Habitus auftretenden Rechtsanwaltes komplettierte Mahler mit abwertenden Bemerkungen zum bundesdeutschen Sozialstaat und zum humanistischen Menschenbild:

„Man muß zwar, um seinem Menschenbild treu zu bleiben, für soziale Gerechtigkeit, gegen soziale Härten eintreten, aber man darf dabei nicht übersehen, daß die Basis des individuellen Wohlstandes die soziale Marktwirtschaft ist. Und es gibt sicherlich Entwicklungen, die auch von einem linken, um soziale Gerechtigkeit bemühten Menschen nicht ohne weiteres gutgeheißen werden können, Mißbrauch im sozialen Netz beispielsweise, Anspruchshaltung ohne eigene Leistung, die Vorstellung, daß die Welt auf dem silbernen Tablett serviert werden müßte.“

Seit April 1988 betrieb Mahler wieder eine eigene Kanzlei für Wirtschaftsrecht.<sup>150</sup> Seinen ersten Prozess nach der Wiederzulassung führte der ehemalige Marxist-Leninist nach einer 18-jährigen „Berufspause“ vor dem Westberliner Arbeitsgericht für ein mittelständisches Unternehmen gegen dessen Betriebsrat.<sup>151</sup> Auf die Tatsache angesprochen, dass es sich bei seinem Auftritt vor Gericht um ein „Stück bundesdeutscher Zeitgeschichte“ handele, antwortete Mahler: „Eine geschäftsmäßige Sache. Ich mache da keinen Pudding drum.“<sup>152</sup>

Ende der 1980er Jahre versuchte Mahler, sich wieder politisch-ideologisch in der Öffentlichkeit zu äußern, stieß jedoch kaum auf Resonanz. 1986 nahm er zusammen mit dem Polizeipräsidenten von Bremen und dem ehemaligen Berliner Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz, der einst nach den Ereignissen des 2. Juni 1967 zurückgetreten war, an einer Podiumsdiskussion zum Thema *Soziale Bewegungen, Abbau des Rechtsstaates und Terrorismus* teil. Die Veranstaltung sollte unterschiedliche gesellschaftliche und politische Spektren, „Staatsbedienstete, Bürgerinitiativen-Vertreter und Aktivisten aus dem Bremer Autonomen-Spektrum“ – ganz im Sinne von Mahlers Selbstinszenierung als „Brückenbauer“ Anfang der 1980er Jahre – in eine gemeinsame Diskussion

bringen. Mahler konnte hierzu allerdings wenig beitragen und versuchte die Diskussion auf „allgemeine Betrachtungen über die Rolle des Marxismus in den vergangenen 20 Jahren“<sup>153</sup> zu lenken, was jedoch weder das Publikum noch die anderen Podiumsteilnehmer aufnahmen.

Als der Philosoph, Technikkritiker und Anti-Atomkraft-Aktivist Günther Anders im Sommer 1987 zum Einsatz von Gewalt gegen Personen im Rahmen politischer Auseinandersetzungen aufgerufen hatte, antwortete Mahler ihm in einem offenen Brief. Anders hatte gefordert, im Angesicht der „atomare[n] Gefährdung des irdischen Lebens“<sup>154</sup> auch auf terroristische Attentate in der politischen Auseinandersetzung nicht zu verzichten. Seinen Aufruf hatte er mit den Worten geschlossen: „Wir werden nicht davor zurückscheuen, diejenigen Menschen zu töten, die aus Beschränktheit der Phantasie oder aus Blödheit des Herzens vor der Gefährdung und Tötung der Menschheit nicht zurückscheuen.“ In einem pathetischen, schon ganz in dessen Diktion der 1990er Jahre verfassten offenen Brief antwortete Mahler auf Anders' Aufruf zur Gewalt: „Günther Anders, hättest du 1970 aufgerufen, Strauß niederzuschießen, Genscher in die Luft zu sprengen, Schmidt mit dem Hubschrauber abstürzen zu lassen, Polizeibeamte zu lynchen – du wärest für mich ein Prophet gewesen.“ Mahler bezeichnete Anders als „Schreibtischtäter“ und forderte ihn auf, sich selbst zu ändern und damit die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beeinflussen. Zwar billigte er Anders' hehre Motive zu, verwies aber darauf, dass ein Einsatz von Gewalt gegen Menschen, um auch am Ende moralisch legitimierbar zu sein, impliziere, dass sich die gewalteinsatzende Gruppe letztlich siegreich durchsetze: „Du mußt sie alle töten. Ist dein Mut zu töten wirklich so groß? Du mußt ja siegen, wenn du nicht als Hitler II. in die Geschichte eingehen willst. Nur Sieger schreiben die Geschichtsbücher.“ Hier stellte Mahler einen Zusammenhang zwischen der Niederlage des Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg und der Beurteilung der Shoa nach 1945 her, wonach Hitler und die mit ihm synonym gesetzten Verbrechen nur deshalb verurteilt worden seien, weil andere, nämlich die westlichen Alliierten und die UdSSR, den Krieg für sich entscheiden hatten können und nicht, weil diese Verbrechen unter universalistischen, moralischen und juristischen Kriterien zu verurteilen gewesen wären. Weiter setzte Mahler Anders, der 1933 auf Grund seiner jüdischen Herkunft vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten nach Frankreich hatte emigrieren müssen, mit diesen gleich: „Du, Günther Anders – Philosoph und Schriftsteller, bist der Herold des spirituellen Rassismus, stehst an der Rampe und selektierst.“ Diese Vehemenz von einem Bedürfnis nach Schuldabwehr

bestimmte Äußerung Mahlers relativierte die nationalsozialistischen Verbrechen bzw. die Shoa noch nicht *expressis verbis*, ließ jedoch durch die Bezeichnung Anders' als Propagandist des „Völkermords“ und die Tatsache, dass Mahler seine Anwürfe an einen deutschen Juden richtete, der in den 1930er der Shoa durch Emigration entkommen war, die wahre politische Intension Mahlers hervortreten, die weniger an der Kritik an einem Aufruf zur politischen Gewalt als an einer Schuldabwehr in Form einer Gleichsetzung der Handlungen eines Überlebenden der Shoa mit dem historischen Nationalsozialismus interessiert war. Mahlers Kontroverse mit Anders wurde zwar in der *Tageszeitung* veröffentlicht, rief aber nur in einem kleinen Spektrum der linksradikalen Westberliner Subkultur eine – ablehnende – Reaktion hervor.<sup>155</sup>

In einem anderen Beitrag für die *Tageszeitung* erläuterte Mahler im Januar 1989 zum wiederholten Male die Ursachen für die Entstehung der RAF (sowie der ehemaligen Protestbewegung im Allgemeinen) indem er die Verarbeitung der Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft als Hauptgrund anführte und diese mit der im November 1988 für einen bundesweiten Skandal sorgenden Rede des ehemaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger (CDU) verknüpfte.<sup>156</sup> Das hehre moralische Motiv in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung – noch wenige Jahre zuvor hatte Mahler es als „moralischen Rigorismus“ bezeichnet, den er auch in sich selbst, in der ehemaligen Protestbewegung und der RAF wirken gesehen hatte – wollte er nun auch in den Handlungen der Nationalsozialisten erkennen: „Den Nationalsozialisten ging es ebenso wie den Kommunisten um ‚den neuen Menschen‘. Um ihn zu schaffen, versuchten jene, die Dominanz und Reinheit der germanischen Rasse herzustellen, diese, die besitzenden Klassen zu liquidieren und die Herrschaft des Proletariats aufzurichten.“ Mit der Aussage, die Shoa sei im Kern auf der gleichen moralischen Grundlage entstanden wie die Herrschaft des Sozialismus in Osteuropa, der UdSSR und in Asien, nahm Mahler zum einen eine Relativierung der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft vor und näherte sich rhetorisch zum anderen um Identifikation bemüht an die eigene Elterngeneration an. Die Entstehung der ehemaligen Protestbewegung sowie ihrer Zerfallsprodukte interpretierte Mahler – im Zusammenhang mit dem Protest gegen den Vietnamkrieg der USA, einem, so Mahler auch 1989, „staatlich organisierten[r] Massenmord“ – als nachgeholten Widerstand gegen den Imperialismus, „den die Väter nicht oder nicht genug geleistet“ hatten. Eine schuldrelativierende Gleichsetzung der US-amerikanischen Kriegsführung in Vietnam mit den Verbrechen der Shoa hatte

Mahler bereits seit den frühen 1960er Jahren kontinuierlich vorgenommen: Es sei in den 1960er Jahren Widerstand zu entwickeln gewesen „gegen die Kräfte, die vermeintlich es bewirkten, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland – die gerade erst die Vernichtung der jüdischen Rasse billigend hingenommen hatten – jetzt die im Fernsehen übertragenen Bilder von der täglichen Menschenjagd in Vietnam aushielten und sich nicht empörten.“ Die RAF sei die radikalste Konsequenz aus dieser als „Dilemma“ verstandenen Situation gewesen. 1989 – so Mahler – fehle es der radikalen Linken angesichts der Erosion der sozialistischen Staaten, die Mahler in seiner Kritik am Marxismus-Leninismus bestätigte, an einer tragfähigen Ideologie: „Die sozialistische Weltrevolution ist kein Leitbild mehr.“ Der Staat habe mit seiner Reaktion auf die ehemalige Protestbewegung allerdings eine „Mitverantwortung für die Entstehung des Terrorismus“, welche jedoch wiederum ursächlich in der zwischen 1933 und 1945 stattgefundenen „faschistischen Entartung“ des Staates gelegen habe. Erst wenn der Staat sich aus dieser „Entartung“ geistig wiederherstelle, habe er eine Zukunft. Jennings Bundestagsrede im Vorjahr interpretierte Mahler als Versuch, den „Faschismus in seiner Normalität“ begreifbar zu machen und damit die „Entartung“ des Staates während der Zeit des Nationalsozialismus zu erklären – wenngleich Jenninger realiter beabsichtigt hatte, die Mitverantwortung vieler Deutscher an den Verbrechen während des Nationalsozialismus zu thematisieren, statt die von Mahler gewünschte identifikatorische Schuldrelativierung vorzunehmen.<sup>157</sup> Da Jenninger jedoch mit seiner Rede über das „Judenpogrom“ eine Frage berührt habe, bei der in der BRD „Scham und heilige Scheu die Gedanken am Boden“ halte, müsse dieser Versuch als „mißlungen“ betrachtet werden. Mahler zog aus Jennings Rede die Schlussfolgerung, „daß der Faschismus [...] nur durch einen geistigen Prozeß, der noch nicht stattgefunden hat, überwunden werden“ könne.

Noch Ende der 1970er Jahre hatte Mahler die Existenz der DDR verteidigt und ihre Anerkennung als „deutsche Nation“ gefordert, wurde 1990 jedoch, wie viele andere, von den realen Ereignissen überholt und forderte nun eine schnelle Vereinigung von DDR und BRD. In einem Beitrag für die *Tageszeitung* im März 1990 unterstellte Mahler Bundeskanzler Helmut Kohl, der nach Mahlers Auffassung die Vereinigung von DDR und BRD nicht effizient genug vorantrieb, er wolle die Wiedervereinigung aus Gründen des eigenen Machterhalts bewusst sabotieren.<sup>158</sup> Durchaus in Kontinuität zu seiner DDR-apologetischen Position der 1960er und 1970er Jahre, in der Mahler die DDR als antifaschistischen Gegenpol zur „monopolkapitalistischen“ bzw. sich in

einer „faschistischen“ Entwicklung befindlichen BRD verstanden hatte, interpretierte er eine Wiedervereinigung auch als Ende der pro-US-amerikanischen Westbindung der BRD. Kohl wiederum mindere mit seiner Haltung nun „die Begeisterung der Deutschen für eine Vereinigung“, indem er die Bürger der DDR, die europäischen Nachbarn sowie die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs animiere, gegen eine Vereinigung Position zu beziehen. Mahler stellte Kohl pejorativ in die prowestliche Tradition Konrad Adenauers, der bereits in den 1920er Jahren einen westdeutschen Teilstaat („Westdeutsche Republik“) einem preußisch-deutschen Einheitsstaat vorgezogen hatte und 1953 nicht auf die Vorschläge der UdSSR eingegangen war, eine Wiedervereinigung in „Neutralität“ durchzuführen. Um die westlich geprägte bzw. pro-US-amerikanische BRD noch einige Zeit erhalten zu können, verhindere Kohl nun die Wiedervereinigung. Dass sich Mahler von einer solchen weniger eine nationalistische Bewegung als vielmehr eine Grundlage sowohl für seine korporatistischen Staatsvorstellungen als auch eine Möglichkeit für ein neues Verhältnis zur Schuldfrage auch für das bisherige Westdeutschland erhoffte, wurde auch dadurch deutlich, dass er im weiteren Verlauf der Ereignisse jegliche weitere eigenständige Existenz der DDR ablehnte: „Ich gehe davon aus, daß Deutschland eine Einheit ist, die jetzt als solche auch wieder erscheint. Das hat mit Chauvinismus nichts zu tun. Ich glaube, daß eine Regenerierung der Lebensverhältnisse in der DDR nicht auf einem dritten Weg, den ich für eine Illusion halte, zu erreichen ist.“<sup>159</sup>

### **Zwischenfazit: Bruch mit dem Marxismus-Leninismus sowie Kontinuitäten in Weltbild und Schuldabwehr**

Die intensive Auseinandersetzung mit dem Werk Hegels hatte Mahler den Bruch mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus gestattet, ebenso ermöglichte der Wechsel des ideologischen Weltbilds auch einen positiven Bezug zum zeitgenössischen Staat der BRD.<sup>160</sup> So betrachtete Mahler nun Ende der 1970er Jahre den von ihm und einem Großteil der ehemaligen Protestbewegung vertretenen Marxismus-Leninismus als einen Versuch, den wegen der diffus empfundenen Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft erfolgten „Bruch mit dem eigenen Volk“ theoretisch zu erfassen. Aus einem solchen Staatsverständnis heraus habe die ehemalige Protestbewegung den Staat als „absoluten Feind“ begreifen müssen.<sup>161</sup> Die Ideologie des Marxismus-Leninismus hatte Mahler in den 1960er und 1970er Jahren eine

Interpretation der nationalsozialistischen Herrschaft ermöglicht, mit der ein Großteil der NS-Täter bzw. der Elterngeneration von einer schuldhaften Verstrickung freigesprochen und die stellvertretend für das gesamte nationale Kollektiv diffus empfundene Schuld relativiert bzw. abgewehrt werden konnte.<sup>162</sup> Über einen affirmativen Staatsbegriff artikulierte Mahler nun eine offen positive Bezugnahme auf das identitäre Kollektiv der deutschen Nation und verknüpfte diese mit einer offenen Schuldabwehr: Gerade weil sich das von der marxistisch-leninistischen Linken umworbene identitäre Kollektiv der „Massen“ bzw. des „Volkes“ mehrheitlich mit dem Staat der BRD bzw. der deutschen Nation identifizierte, müsse sich die Linke ebenfalls mit diesem Staat, der in Mahlers Weltbild der Ausdruck des „deutschen Volkes“ sei, identifizieren, um wieder in diesen „zurückfinden“ und schließlich mit ihm „identisch“<sup>163</sup> zu werden. Das „moderne Gemeinwesen“ – so Mahler – existiere „nur als Staat, durch die Menschen, die in diesem Staate leben, die sich mit ihm identifizieren.“ Auf diese Weise sei der Staat „präsent in jedem einzelnen“: „Wir sind der Staat – und zugleich Individuen als unterschieden vom Staat.“<sup>164</sup> Dass sich Mahler mittels seiner Hegel-Rezeption und seiner positiven Bezugnahme auf den Staat, die von den Zeitgenossen ausschließlich als positiver Bezug auf den bundesrepublikanischen Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie (miss-)verstanden wurde, auch in der liberalen Öffentlichkeit profilieren konnte, zeigte beispielweise eine von ihm verfasste Rezension zu *Hegels Theorie des modernen Staates* des israelischen Politikwissenschaftlers Shlomo Avineri in der sozialdemokratischen Theoriezeitschrift *Neue Gesellschaft*.<sup>165</sup> Anstatt eine Debatte über Mahlers korporatistische Staatsvorstellung, die an eine volksgemeinschaftliche Konzeption anschlussfähig war, auslösen – die dieser wohl sehr gerne im sozialdemokratischen Umfeld der *Neuen Gesellschaft* geführt hätte –, lobte Avineri Mahlers Rezension in den höchsten Tönen: „It certainly is the one review from which I learned more than from many more detailed studies of Hegel and political philosophy.“<sup>166</sup> Auch Herbert Marcuse hatte zuvor Mahlers Artikelserie im *Neuen Forum* als „einen der wichtigsten Beiträge zur Theorie und Praxis der Linken“<sup>167</sup> gewürdigt.

Gleichwohl vertrat Mahler auch in den späten 1970er Jahren und 1980er Jahren ein Weltbild, das – wenngleich die einzelnen Strukturmerkmale schwächer ausgeprägt waren und weniger radikal artikuliert wurden als in den Jahren zuvor – eine strukturelle Affinität zu einem marxistisch-leninistischen bzw. offen antisemitischen Weltbild aufwies. Insbesondere war Mahlers Weltbild weiterhin von einem strikten Manichäismus gekennzeichnet: Auch nachdem

Mahler mit dem Marxismus-Leninismus gebrochen hatte, war er der Auffassung, dass zwar die bestehende Ordnung an „allen Ecken und Enden“<sup>168</sup> faulen würde, sich die Welt jedoch durch politischen Kampf auf ein erlösendes Ende hin entwickeln könne, es demnach gelte, in einer noch kommenden „Revolution“ den Kampf „um die Herstellung einer lebensfreundlichen Umwelt“ und „gegen den apokalyptischen Verwertungs- und Wachstumszwang des Kapitals“<sup>169</sup> aufzunehmen. Weiterhin beinhaltete Mahlers Weltbild einen deutlich eschatologischen Zug: Die sich beschleunigende Zunahme „sozialer Probleme“ werde sich in einer „sich zuspitzende[n] Systemkrise“ auflösen und könne in einem Erlösungszustand einer Welt von „freie[n] Gemeinden“<sup>170</sup> enden. Diese antikapitalistische Rhetorik blieb weiterhin ein Kennzeichen von Mahlers Weltbild: Man lebe „in einer Welt [...] wo der Profit über Leichen geht, über ganze Völker geht und auch die Menschheit zugrunde richten wird, wenn er nicht daran gehindert wird. D. h. das Kapital muss überwunden werden [...]“<sup>171</sup> Wenngleich Mahler einem eschatologischen Zug in seinem Weltbild treu geblieben war, nahm er in den späten 1970er und den 1980er Jahren keine klare Feindbestimmung vor. Unschärf bezeichnete er den wesensbösen Feind als „ausbeuterische[r] Minderheit“ und personifizierte diese als „Geldsack“,<sup>172</sup> der mittels verschwörerischen, manipulativen Handlungen das Bewusstsein des nationalen Kollektivs vernebele und nur so seine „fremde Herrschaft“<sup>173</sup> ausüben könne. Umso stärker war Mahler jedoch um eine offene Identifikation mit dem identitären Kollektiv der deutschen Nation bemüht. Bereits während seiner ideologischen Nähe zur KPD war die Bezugnahme auf das identitäre Kollektiv der „Massen“ und des „Volkes“ nationalistisch konnotiert gewesen, nun brach jedoch eine nationalistisch inspirierte Identifikation vollends durch: Stets sprach Mahler vom nationalen Kollektiv in der ersten Person Plural („unser Volk“,<sup>174</sup> „[w]ir als [...] Deutsche“)<sup>175</sup> und forderte die Identifikation mit dem „eigenen Volk“.<sup>176</sup> Dieses identitäre Kollektiv konstruierte Mahler nach wie vor gegen einen wesensbösen Feind und griff hierbei auch eine Trennung zwischen nicht mehr „erfahrbar[en]“ Kapitalformen („Bankkapital[s]“) und nicht-abstraktem Kapital auf, die an der antisemitischen Topos einer Trennung von „schaffendem“ und „raffendem“<sup>177</sup> Kapital anschlussfähig war.

Während der späten 1970er und der 1980er Jahre verknüpfte Mahler nun schuldabwehrend den offen positiven Bezug zum identitären Kollektiv der deutschen Nation mit einer offen praktizierten, identifikatorischen Annäherung an die eigene Elterngeneration. Hinsichtlich der Vergangenheitspolitik der BRD waren die 1980er Jahre – im Kontext mehrerer medial breit rezipierter Ereignis-

se (unter anderem Kohls Israelreise, die Bitburg- und Fassbinder-Affäre, der Historikerstreit und die Jenninger-Rede) – vor allem von der Debatte über eine adäquate Erinnerung an die Shoa sowie von der Frage deutscher Schuld und Verantwortung geprägt.<sup>178</sup> Schon bei seinem öffentlichen Bruch mit dem Marxismus-Leninismus hatte Mahler 1977 als vorrangige Motivation für sein Engagement in der radikalen Linken das stete Bemühen angeführt, die diffus als „Schatten“ empfundenen Schuldgefühle über die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft abzuwehren bzw. sich davon zu befreien. Mahler schrieb: „War ich nicht – kollektivschuldige – ein Stück jener eiserner Ferse, die die Völker gerade abgehackt hatten? Im Umgang mit Ausländern und Opfern des Faschismus fühlte ich Fassungslosigkeit. [...] Ich wollte einer von den ‚anderen Deutschen‘ werden.“<sup>179</sup> Das eigene politische Handeln der 1960er und 1970er Jahre betrachtete Mahler nun als eine „Antwort auf die Unmoral des Naziregimes“, das „aus dem Entsetzen und der Scham darüber, was in den Jahren von 1933 bis 1945 in Deutschland geschehen ist“,<sup>180</sup> entstanden sei. Wenngleich er diesen Zusammenhang schon früher artikuliert hatte, nutzte er ihn in den späten 1970er und 1980er Jahren zu einer offenen Identifikation mit den ehemaligen NS-Tätern bzw. der eigenen Elterngeneration: „Ich mußte mich sehr früh, als ich politisch wach wurde, schämen, Deutscher zu sein. Das ist eigentlich eine fürchterliche Sache, wenn man sich nicht mit seinem eigenen Volk identifizieren kann“,<sup>181</sup> betonte Mahler 1979 in seinem Gespräch mit Baum, verwahrte sich gleichzeitig dagegen, der Elterngeneration einen „Schuldvorwurf“ zu machen und stellte klar, dass auch „überzeugte[n] Nazis nicht für Unmenschen“<sup>182</sup> gehalten werden dürften. Mittels seines neuen Staatsverständnisses argumentierte Mahler, dass die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft nicht von individuellen Tätern zu verantworten, sondern von einem „entarteten“ Staat begangen worden und die tatsächlichen NS-Täter bzw. die eigene Elterngeneration somit ebenfalls Opfer dieses Staates gewesen seien.<sup>183</sup> Mehrfach versuchte Mahler durch öffentliche Äußerungen – wie in der Debatte über die Abschaffung der Verjährungsfrist für Mord 1979, bei seiner Inszenierung als „Experte“ für linken Terrorismus sowie in den Beiträgen Ende der 1980er Jahre (zur Kontroverse mit Günter Anders, zur Rede von Jenninger und zur Wiedervereinigung) – seine nun offen positive Bezugnahme auf das identitäre Kollektiv der deutschen Nation mit einer schuldabwehrenden Neuinterpretation der Schuldfrage zu verknüpfen, wenngleich er auf diesem Wege kaum die gewünschte öffentliche Resonanz erzielen konnte.

Auch hinsichtlich Mahlers spezifisch antiamerikanischer Schuldabwehr ist eine weitere ideologische Kontinuität in dessen Weltbild belegbar: Immer noch projizierte Mahler allgemeine Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Moderne auf die USA, so schrieb er beispielsweise: „Nach 1945 wollten insbesondere die Amerikaner uns jungen Leuten weismachen, der Kapitalismus habe sich gewandelt, er habe humane Züge angenommen.“<sup>184</sup> Weiter hatte sich auch Ende der 1970er Jahre seine Position zum Vietnamkrieg der USA im Kern nicht geändert; weiter setzte er diesen schuldrelativierend mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft gleich und bezeichnete die US-amerikanische Kriegsführung in Anlehnung an die Shoa als „staatlich organisierten Massenmord“.<sup>185</sup> Ebenso verstand Mahler sowohl die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft als auch die US-amerikanische Kriegsführung in Vietnam relativierend weiterhin als „Imperialismus“, gegen den die ehemaligen Protestbewegung richtigerweise den „Widerstand“ geleistet habe, „den die Väter nicht oder nicht genug geleistet“<sup>186</sup> hätten.

Den Zusammenhang zwischen seiner DDR-Apologie und dem Bedürfnis nach Schuldabwehr artikulierte Mahler nun selbst, indem er als vordringlichsten Wunsch auch der westdeutschen postnationalsozialistischen Generation eine „Identifikation“ mit dem Staat und dem „deutschen Volke“ ausmachte, die jedoch im Gegensatz zur Entwicklung in der DDR durch „die traumatische Erinnerung an die faschistischen Greuelthaten, das Ausbleiben einer antifaschistischen Revolution in Westdeutschland und die Kontinuität der imperialistischen Verstrickung des Staates [der BRD]“<sup>187</sup> verhindert worden sei. Die Selbstinszenierung der DDR als dem antifaschistischen, „besseren Deutschland“, welches jenen vergangenheitspolitischen Schlussstrich, den sich Mahler für das gesamte nationale Kollektiv ersehnte, bereits in den 1940er Jahren gezogen hatte, hatte ihm während seines Kampfes gegen die vermeintlich imperialistische BRD und den sich dort angeblich in Entstehung befindlichem „Faschismus“ stets als positiver Fluchtpunkt seines Weltbildes gedient.<sup>188</sup> Mit Mahlers nun positiver Bezugnahme auf den Staat ‚an sich‘ (was auch eine Bejahung des zeitgenössischen gesellschaftlichen Status quo in der BRD beinhaltete) entfiel sukzessive seine Berufung auf die DDR, die er 1990 während der Wiedervereinigung nun sogar als „Unrechtsregime“<sup>189</sup> bezeichnete.

## Kapitel VI: „Schluss mit dem deutschen Selbsthaß“ – Mahlers Entwicklung zum Holocaustleugner (1990-2013)

*„Mein ganzes bisheriges Leben habe ich geführt als Versuch, einen Beitrag dazu zu leisten, den auf uns Deutschen lastenden Schatten aufzubellen [...]“<sup>4</sup>*

*Horst Mahler 1998*

### Ankunft im rechten Spektrum (1997/98)

Nach der Wiedervereinigung hatte sich Mahler in den frühen 1990er Jahren nur wenig in der Öffentlichkeit bewegt und sich dort auch nicht politisch geäußert.<sup>2</sup> Einiges Aufsehen erregte Mahler Mitte der 1990er Jahre jedoch als Rechtsanwalt: In einem „Mammutprozess“<sup>3</sup> hatte er das Mandat der Berliner Unterweltgröße Klaus Speer übernommen. Speer und Mahler waren seit ihrem gemeinsamen Gefängnisaufenthalt während der 1970er Jahre in der JVA Tegel miteinander bekannt, im Vorfeld des Prozesses hatte Mahler Speer als „Musterbeispiel einer Resozialisierung“<sup>4</sup> bezeichnet. Während des insgesamt zwei Jahre dauernden Prozesses führte Mahler, ganz wie in den späten 1960er Jahren, heftige Auseinandersetzungen mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht, welches diesem auch umgehend bescheinigte, eine „Lehrstunde in Demagogie“<sup>5</sup> demonstriert zu haben.

Erst im Mai 1997 äußerte Mahler sich im Rahmen eines Interviews mit der *Zeit* seit längerer Zeit wieder politisch in der Öffentlichkeit.<sup>6</sup> Darin nahm er auch Stellung zur vergangenheitspolitischen Dimension der ehemaligen Protestbewegung und des linken Terrorismus; wie Mahler bereits in den späten 1970er Jahren dargelegt hatte, glaubte er deren Wurzeln in der nationalsozialistischen „Vergangenheit des Staates“ zu erkennen: „Der Staat war für uns das Böse. Wir waren vergiftet, weil uns dieser Staat wie ein Stachel im Fleische saß und wir uns dagegen gewehrt haben.“ Auch gab Mahler seiner gegenwärtigen Gesellschaftsinterpretation eine eschatologische Note: Die BRD zerfalle nach der Wiedervereinigung in „zunehmendem Maße“, gleichzeitig prognostizierte er eine Zunahme der „Gewaltsamkeit bei der [politischen] Auseinandersetzung“.<sup>7</sup> Auf seine Rolle in den frühen 1960er Jahren und der Inkubationsphase der Protestbewegung anspielend äußerte Mahler, auch nun würden wieder die „integersten“ Zeitgenossen die gesellschaftlichen Zerfallsprozesse als erstes wahrnehmen und eine „tragfähige Ideologie finden“, um „ihre Ansprüche,

Meinungen und Glaubenssätze in extremen Formen ins Bild setzen.“ Damit hatte Mahler seine sich selbst zugeschriebene Rolle der kommenden Jahre bereits vorskizziert; die „tragfähige“ Ideologie könne nach 1990/91 jedoch keine linke mehr sein: „Gegen das, was kaputtmacht, wird man sich zur Wehr setzen. Da gibt [es] verschiedene Tendenzen: Das kann rechts sein, das kann fortschrittlich sein, das kann spirituell sein.“ Auch in einem wenige Wochen später publizierten offenen Brief an Stefan Aust zog Mahler Parallelen zwischen der ehemaligen Protestbewegung (sowie der RAF) und dem zeitgenössischen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bzw. der Schuldfrage.<sup>8</sup>

Zwar hatten bereits die Positionierungen Mahler im Mai 1997 ein nach rechts offenes Weltbild erkennen lassen, allerdings wurde erst Mahlers Laudatio auf Günter Rohrmoser anlässlich dessen 70. Geburtstages von der medialen Öffentlichkeit als rechts rezipiert. Rohrmoser, ein konservativer Sozialphilosoph und unter anderem Mitbegründer des *Studienzentrums Weikersheim*, hatte Professuren in Hohenheim und Stuttgart innegehabt und war in den frühen 1980er Jahren – zusammen mit dem Frankfurter Politikwissenschaftler Iring Fetscher – von der sozialliberalen Bundesregierung in die *Kommission zur Erforschung der geistigen Ursachen des Terrorismus* berufen worden. Mehrmals hatte Rohrmoser Mahler während seiner Arbeit an der zusammen mit Fetscher herausgegebenen Studie *Analysen zum Terrorismus* in den späten 1970er Jahren im Gefängnis besucht und darin Mahlers Abwendung vom Terrorismus positiv hervorgehoben.<sup>9</sup> Auch in den 1980er Jahren hatten Rohrmoser und Mahler den Kontakt gehalten, unter anderem lobte Mahler Rohrmosers 1980 erschienenes Werk *Zäsur* in einer Rezension in den höchsten Tönen: „In Rohrmosers Buch wird so auch die geistesgeschichtliche Konstitution des terroristischen Bewußtseins nachgezeichnet, wie es in den Schriften und Aktionen der RAF exemplarisch zum Ausdruck kommt. Von allen, die sich um eine Erklärung des Terrorismus in der Bundesrepublik bemühten, hat er uns wohl am tiefsten verstanden.“<sup>10</sup>

Einleitend bezeichnete Mahler Rohrmoser 1997 in seiner Laudatio als „Mentor der Linken“, der dieser nach der mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder verbundenen Erosion des Marxismus-Leninismus die philosophischen Grundlagen bereitgestellt habe, ihr „Denken auf die Höhe der Zeit“<sup>11</sup> zu bringen. Mahler rechnete sich hierbei vereinnahmend weiterhin zur politischen Linken, nutzte die Laudatio jedoch dazu, das gesamte Werte- und Ideenkorsett derselben (insbesondere der marxistisch-leninistischen Linken) scharf zu kritisieren. In den Mittelpunkt seiner Kritik stellte Mahler dabei den

vergangenheitspolitischen Umgang der Linken mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft im Allgemeinen sowie der Shoa im Besonderen und legte dar, welche Antworten hierfür die Philosophie und Hegel-Rezeption Rohrmosers bereitstellen könne: In einem ersten Schritt setzte Mahler die Shoa mit den Verbrechen des Stalinismus gleich und verglich den zeitgenössischen Umgang der russischen Gesellschaft mit diesen Verbrechen mit dem der deutschen Gesellschaft mit der Shoa. Dabei lobte er den „offene[n] Umgang mit der jüngsten [russischen] Vergangenheit“ und forderte einen solchen auch für die BRD in Bezug auf die Shoa. Dass die deutsche Gesellschaft nicht in der Lage sei, diesen zu leisten, sei in der fehlenden deutschen „Identität als Volk und Nation“ begründet. Für diese Nicht-Existenz einer solchen machte Mahler – anknüpfend an seine Positionen während der 1960er und 1970er Jahren – die alliierten „Sieger über Deutschland“ im Zweiten Weltkrieg verantwortlich, die der deutschen Nation nach 1945 ihre „Identität“ aberzogen hätten. Die Linke – und so auch Mahler – habe mit ihrer antikapitalistischen Praxis den Versuch unternommen, mit der Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung (also der „vermeintlichen Ursache[n]“ für die Verbrechen des historischen Nationalsozialismus) ihrer „Verantwortung“ für das nationale Kollektiv gerecht zu werden. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR sei dieser „Standpunkt“ nicht mehr haltbar, da mit diesem auch die „marxistisch-leninistische[n] Gesellschaftstheorie [...] jegliche Plausibilität eingebüßt“ habe. Für Mahler ermöglichte die Hegel-Rezeption Rohrmosers „die Herstellung einer Gegenwart, die von der Vergangenheit endlich nicht mehr bedroht ist.“ Erst, wenn die Schuldfrage rationalisiert und „begriffen“ – und nicht mehr verdrängt – würde, sei eine lebenswerte „Gegenwart“ herstellbar, weshalb nach Mahler die Shoa nicht länger als etwas zu verdrängendes „Unbegreifliches“ dargestellt werden dürfe, sondern mit Hilfe von Rohrmosers Philosophie die in der Shoa zwar verbrecherische, aber dennoch vorhandene „Vernunft“ sichtbar gemacht werden müsse. Um diese „Vernunft“ diskutierbar machen zu können, müsse die von den alliierten Siegern des Zweiten Weltkriegs (und insbesondere von den USA) betriebene „unheilige Instrumentalisierung des Holocaust“ mittels der geistesgeschichtlich nicht ausgewiesenen Kollektivschuldthese“, die die „Wiederfindung des deutschen Volkes bis heute“ verhindere, bekämpft werden. Noch bezeichnete Mahler die alliierten Sieger des Zweiten Weltkriegs bzw. die USA als „Freunde“ der BRD: „Die Niederlage, die eine Befreiung war, war auch der Sieg der Feinde Deutschlands über unser Volk.“ Dennoch sei diese „Freundschaft“ in Wirklichkeit keine, denn sie beru-

he zum einen auf der durch den militärischen Sieg im Zweiten Weltkrieg erzwungenen Unterstützung „des von den USA getragenen atlantischen Hege-monieanspruchs“ und zum anderen auf der „Preisgabe unseres Rechts, als eine selbstbewußte Nation dazusein und respektiert zu werden. Nur in gebückter Haltung sind wir wohlgelitten.“ Dies vertiefend raunte Mahler mit antisemitischer Konnotation von weiteren „äußeren Mächten“, die die deutsche Nation weiter in „Schuld knechtschaft“ halten würden. Diese hätten zusammen mit den alliierten Siegermächten verhindert, dass nach 1945 offen über die Shoa gesprochen werden könne und hätten dafür mit der in ihrer „Identität“ gebrochenen deutschen Bevölkerung „willige Vollstrecker“ gefunden. Dies sei auch der Grund, warum sich die politische Linke der „[n]ationalen Frage“ annehmen müsse, denn nur durch eine positive Bezugnahme auf die deutsche Nation könne das geistige „Besatzungsregime“ zerstört und die deutsche Vergangenheit damit in Mahlers Sinne „bewältigt“ werden.

Im Nachgang auf die Rohrmoser-Laudatio näherte sich Mahler den publizistischen Institutionen der politischen Rechten in der BRD an: Im April 1998 veröffentlichte er in der rechtskonservativen Wochenzeitung *Junge Freiheit* einen Artikel über das „Vermächtnis der 68er“,<sup>12</sup> in dem er die vergangenheitspolitischen Thesen aus der Laudatio auf Rohrmoser nochmals zuspitzte. Dort schrieb Mahler – nun schon in deutlicherer Diktion –, die „deutschen Eltern“ der Protagonisten der ehemaligen Protestbewegung hätten „stolz und heldenhaft gegen die ganze Welt Krieg geführt“ und seien von den „Feinden Deutschlands“ besiegt worden. Zwar bezeichnete Mahler das nationalsozialistische Deutsche Reich als „mörderische[s] Naziregime“, in dessen Namen die eigene Elterngeneration das „grauenhafteste Verbrechen gegen die Menschheit verübt“ habe, während die ehemalige Protestbewegung die „lebhaft gefühlte Verpflichtung“ gehabt habe, sich der „Verantwortung zu stellen, die mit dieser Geschichte auf dem deutschen Volke“ lasten würde. Auf die Frage, warum der in der Öffentlichkeit als links Wahrgenommene ausgerechnet in der *Jungen Freiheit* publiziert habe, gab Mahler an, „Denk- und Sprechverbote“<sup>13</sup> angreifen und seine ehemaligen Mitstreiter wieder – in seinem Sinne – politisch aktivieren zu wollen.

Während sich Mahler nun zunehmend offen rechts positionierte, zog sein ehemaliger Rechtsanwalt – der Mahler noch zehn Jahre zuvor die Wiederzulassung als Rechtsanwalt erstritten hatte – im Herbst 1998 als Spitzenkandidat der SPD in die Bundestagswahlen. Kurz nach dem für SPD und *Bündnis '90/Die Grünen* siegreichen Urnengang wandte sich Mahler in einem Artikel in der

*Süddeutschen Zeitung* an den zukünftigen Bundeskanzler Gerhard Schröder.<sup>14</sup> Dort nahm Mahler auf eine von Schröder im Mai 1998 in der FAZ geschaltete Anzeige Bezug, in der dieser verkündet hatte, mit ihm als Bundeskanzler käme „[z]uerst das Land, dann die Parteien“. Weiter hatte Schröder den Wunsch geäußert, das „Volk“ möge zusammenfinden und „die großen Probleme rasch und entschlossen im Konsens“ anpacken. Gewerkschaften, Unternehmer und Arbeiternehmer sollten in einer interessenübergreifenden „Initiative“ für „Gemeinsinn und Zusammenhalt“<sup>15</sup> zusammen statt gegeneinander arbeiten. Mahler interpretierte in diese – wohl absichtsvoll so gehaltene – Annonce Schröders ein Programm für eine neue Volksgemeinschaft und suggerierte der Öffentlichkeit, zwischen Schröder und ihm hätten bis vor kurzem „vertrauensvolle“<sup>16</sup> Gespräche stattgefunden. Schröder würde den Weg zu einem „neuen Konsens“<sup>17</sup> beschreiten, einem dritten Weg zwischen „Raubtierkapitalismus“ und „Wohlfahrtsstaat[s]“. Der „Egoismus des Einzelnen“ ruiniere das „Gemeinwesen“, wenn dieser Einzelne sich nicht mit dem Staat bzw. der Nation „identifizieren“ könne, weshalb Schröder angeblich in besagten „vertrauensvolle[n]“<sup>16</sup> Gesprächen mit Mahler die Schaffung eines neuen „Geschichtsbild[s]“ gefordert habe, eines, das nicht mehr den deutschen „Nationalstolz“ vernichte. Während Schröders Vorgänger Kohl für eine an den westlichen Alliierten orientierte Politik gestanden habe, die „aus einem Schuldgefühl heraus Deutschland als Nation [...] auflösen“ habe wollen, stünde Schröder für ein neues „Nationalgefühl“. Noch bezeichnete Mahler jene, die dieses neue „Nationalgefühl“ als zeitgenössische Neo-Nationalsozialisten bereits brutalisiert auslebten, als „hässliche[n]“ Randerscheinungen, die eine wirkliche nationale Wiedergeburt aus der Mitte der Gesellschaft heraus in die Schranken weisen könne. Im gleichen Text bezeichnete Mahler – in der *Süddeutschen Zeitung!* – Holocaustleugner als „politische Gefangene“ und „Märtyrer[n] der nationalen Wiedergeburt Deutschlands“, mit denen das Gespräch zu führen bzw. wieder aufzunehmen sei. Im *Spiegel* wurde diese Aufforderung Mahlers als „Schützenhilfe eines verwirrten Ex-Terroristen von links“<sup>18</sup> gewertet. Wenngleich sich Schröder in seiner Annonce in der Tat in einer für Mahler Weltbild anschlussfähigen Weise geäußert hatte, waren ihm dessen politische Avancen sichtlich unangenehm: Schröder intervenierte wenige Tage später per Leserbrief an die *Süddeutsche Zeitung* und beendete die Debatte.<sup>19</sup> Wenige Monate später hatte Mahler sich bereits soweit radikalisiert, dass er die „Darstellung der rot-grünen Regierung als Machtantritt der 68er Ideen“<sup>20</sup> als die „Krone der Verfälschungen“ bezeichnete. Schröder und der Bundesregierung warf er vor, sich gegen-

über den USA wie „Vasallen“ zu verhalten. In einem Brief vom November 1999 – kurz nach der NATO-Intervention in Jugoslawien – versuchte Mahler, Schröder davon zu überzeugen, dass die einzige Alternative zur Weiterführung der rot-grünen und US-hörigen „Vasallenregierung“<sup>21</sup> für diesen darin bestünde, das „Lügengespinst“, welches das „deutsche Volk“ niederhalte und aussauge, zu zerreißen und damit als „große Führergestalt“ in die Geschichte einzugehen. Konkret forderte Mahler Schröder dazu auf, verschiedene revisionistische geschichtspolitische Positionen energisch gegenüber den USA zu vertreten, so unter anderem die Widerlegung der „Kriegsschuldfrage des Versailler Diktats“, die Aufdeckung der angeblichen „Verschwörung“, auf Grund derer die USA in den Zweiten Weltkrieg eingetreten seien sowie die Enthüllung des angeblichen Bestrebens der USA, ihre „NATO-Vasallen“ in einen „Dritten Weltkrieg“ zu verstricken. Schröder solle zurücktreten, damit demonstrieren, dass er nicht mehr länger „der Diener fremder Mächte“ sei und aus dem „Exil“ den „Aufstand des Deutschen Volkes gegen die Fremdherrschaft“ organisieren.

Um die Jahreswende 1998/99 erregte die öffentliche Inszenierung Mahlers als rechter Vordenker und Aktivist das rege Interesse einer breiten Öffentlichkeit. Im *Spiegel* zog Anfang 1999 Henryk M. Broder Parallelen zwischen Mahlers Entwicklung und allgemeinen Positionen in der radikalen Linken, insbesondere verwies Broder auf den Zusammenhang von linkem Antisemitismus und Schuldabwehr.<sup>22</sup> Auch war Mahler (wieder) ein gefragter Interviewpartner etablierter Medien: In einem *Focus*-Interview legte Mahler prägnant seine Motivation offen, wehrte sich in klassisch schuldabwehrender Diktion gegen vermeintliche „Kollektivschuld-Theoretiker“ und sprach sich für die Straffreiheit von Holocaustleugnungen aus: „[Die Holocaustleugner] leugnen den Holocaust, weil er auch für sie das Grauen schlechthin ist. Sie ertragen den Gedanken nicht, daß Deutsche das zu verantworten haben, und erweisen sich damit geradezu als Gutmenschen mit moralischem Kompaß. Im Glauben, daß ihnen Unrecht geschieht, nehmen sie es auf sich, für die nationale Sache ins Gefängnis zu gehen.“<sup>23</sup> Auch wurden die Beweggründe für Mahlers politischen Wandel öffentlich erörtert: So meinten manche, diese in dessem „maßlosen Ehrgeiz“ und seiner Motivation, immer „Erster [...], Bester, Extremster“<sup>24</sup> sein zu wollen, finden zu können, während an anderer Stelle auf die ideologischen Kontinuitäten Mahlers seit den 1960er Jahren hingewiesen wurde.<sup>25</sup> Die Diskussion über Mahlers politischen Wandel wurde auch deshalb in einer relativ breiten Öffentlichkeit geführt, weil Mahler lediglich der prominenteste Protagonist der ehemaligen Protestbewegung war, der mittlerweile auf der politischen Rechten zu

verorten war. Den Anfang hatte Günter Maschke, der eine wesentliche Rolle in der österreichischen Protestbewegung gespielt hatte, bereits in den 1970er Jahren gemacht. Ihm waren Anfang der 1990er Jahre Klaus Rainer Röhl, ehemaliges Mitglied der illegalen KPD und Herausgeber der Zeitschrift *Konkret*, Reinhold Oberlercher, der ehemalige Sprecher des SDS Hamburg und – etwas später – Bernd Rabehl, einstiger Intimus von Rudi Dutschke, gefolgt.<sup>26</sup> Auch der später mit Mahler und Oberlercher im *Deutschen Kolleg* aktive Frank Kerkoff war früher ein Funktionär des maoistischen KBW gewesen.<sup>27</sup> Zwar spricht wenig für eine selbstständige „rechte Strömung“ in der ehemaligen Protestbewegung, dennoch ist die Anschlussfähigkeit vieler ehemaliger Aktivisten an rechtes und rechtsradikales Gedankengut evident – insbesondere wie in Mahlers Fall im Kontext der „Trias Antiamerikanismus, Antisemitismus und Antiparlamentarismus“.<sup>28</sup>

### **Mahler als Rechtsradikaler (1998-2002)**

Seit dem Spätherbst 1998 nahmen die öffentlichen Äußerungen Mahlers an Intensität und Radikalität weiter zu: Immer wieder versuchte er, in aktuelle gesellschaftlichen Debatten publizistisch zu intervenieren, so beispielweise in der Diskussion über die Beurteilung der 1998 gehaltenen Rede Martin Walsers in der Frankfurter Paulskirche.<sup>29</sup> Dort hatte dieser die deutsche Erinnerungspolitik an die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft scharf kritisiert, eine Instrumentalisierung des Gedenkens an die Shoa behauptet und die Exponenten der deutschen Erinnerungskultur als „Gewissenswarte der Nation“ bzw. als „Meinungssoldaten“ bezeichnet, die mit „vorgehaltener Moralpistole den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen“<sup>30</sup> würden. Diese Äußerungen des in der öffentlichen Wahrnehmung als links geltenden Martin Walser führten im Herbst/Winter 1998/99 zu einer scharfen Kontroverse über den Umgang der deutschen Gesellschaft mit den Verbrechen des historischen Nationalsozialismus. Im *Spiegel* nannte Henryk M. Broder die Debatte eine „unmittelbare, öffentliche und folgenreiche Konfrontation zwischen [...] Juden und Nichtjuden [...] über den Holocaust“<sup>31</sup> und dem vergangenheitspolitischen Umgang mit demselben in der BRD. Mahler griff die Äußerungen Walsers erfreut auf und pries diesen als jemanden, durch den „bisher Unsichtbares sichtbar geworden“<sup>32</sup> sei, nämlich die „moralische Weltanschauung“ der Shoa als singuläres Menschheitsverbrechen als ein „geistiges Besatzungsregime“, welches durch die alliierten Sieger des Zweiten Weltkrieges und nach 1945 von

bundesdeutschen „kollaborationswilligen Intellektuellen“ den „Deutschen“ oktroyiert worden sei. Er wiederholte die bereits in der Rohrmoser-Laudatio dargelegte Gleichsetzung der Shoa mit den Verbrechen des Stalinismus sowie mit dem Abwurf der Atombombe durch die USA, um dann seine Position zur Frage der „Holocaust-Leugnung“ zu verschärfen:

„Und niemand, der den Holocaust als unsagbares Grauen empfindet, kann diese Wirklichkeit leugnen. Sie erweist noch in der Leugnung des Holocaust – die bei uns ja neuerdings unter Strafe steht – ihre Macht: denn die, die den Holocaust leugnen, wollen dadurch doch nur etwas, das ihnen heilig ist, unbefleckt halten. Indem sie den Holocaust als ein befleckendes Ereignis auffassen, stellen sie sich gegen das Böse – und erweisen sich so als ‚Menschen guten Willens‘.“

Zum einen kritisierte Mahler hierbei die strafrechtliche Verfolgung von Holocaustleugnern und zum anderen ließ er deutlich anklingen, warum er Holocaustleugner als „Menschen guten Willens“ betrachtete, da diese das identitäre Kollektiv des „deutschen Volkes“, das Mahler von der Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft entlasten wollte, „unbefleckt halten“ – also von der Schuld befreien – wollen würden. Dem stünde das „geistige Besatzungsregime“ der „political correctness“ entgegen. Auch Walsers größter Kritiker, der Präsident des *Zentralrates der Juden in Deutschland* Ignatz Bubis, wurde von Mahler in einem offenen Brief dazu aufgefordert, seine Kritik an Walser, und vor allem den „unreflektierten Vorwurf des ‚Antisemitismus‘“,<sup>33</sup> deutlich milder zu formulieren, da erst durch diese Kritik bereits „vorhandene antijüdische Ressentiments zu einer politikmächtigen Stimmung“ werden könnten. Bei dem Vorwurf, die Juden seien durch ihre Existenz und ihr Handeln selbst für die Entstehung von Antisemitismus verantwortlich, handelt es sich um einen gebräuchlichen antisemitischen Topos.<sup>34</sup> Walsers Rede war für Mahler deswegen von so großer Bedeutung, weil sie den Blick auf die „wahre Befindlichkeit der Deutschen“ freigegeben habe:

„Zu dieser Befindlichkeit gehört als Grundkonstante das Entsetzen und die tiefe Scham über die Vernichtung der europäischen Juden, die wir uns als Volk zurechnen lassen müssen und für die wir Verantwortung tragen. Der über dieses Grauen empfundene Schock hat aber nicht die im christlichen Abendland tief verwurzelten antijüdischen

Ressentiments zum Verschwinden gebracht. Dieser Schock hat uns nur den Mund verschlossen und uns zu Heuchlern gemacht.“

Noch bemäntelte Mahler seinen offenen Antisemitismus mit der angeblichen Sorge über einen in Reaktion auf die Existenz ‚der Juden‘ entstehenden Antisemitismus. Er argumentierte mit der rechtsradikalen Vorstellung einer angeblich vorhandenen „political correctness“, die verhindere, dass antisemitische Ressentiments sowie die Relativierung und Infragestellung der Shoa „zur Sprache“ gebracht werden dürften. Anschließend verdeutlichte Mahler, was seiner Meinung nach unbedingt „zur Sprache“ gebracht werden müsste, nämlich die angebliche Auffassung der Juden, sie seien das „von Gott auserwählte Volk“, welche notwendigerweise zur Ablehnung durch „die anderen Völker“ führen würde. Klassische antisemitische Topoi wie eine natürliche Affinität ‚der Juden‘ zu Geld und Finanzen begründete Mahler an dieser Stelle mit Karl Marx.<sup>35</sup> Dieser habe die „Überwindung des Antijudaismus“ mit der Schaffung der „sozialistischen Gesellschaft“ erreichen wollen, während Hitler „die jüdische Frage zur Rassenfrage“ transportiert habe. Mahler forderte von Bubis die Rücknahme von dessen Kritik an Walser, denn nur so könnten die „Probleme“ zwischen „Juden und Christen“, „Deutschen und Israelis“ lösbar gemacht werden und erst dadurch könne „Gedankenfreiheit“ erreicht werden.

Auch in einer anderen vergangenheitspolitischen Debatte, jener über den Bau eines Denkmals für die Opfer der Shoa, ergriff Mahler das Wort und vertrat erneut die Position einer „Absage an die These von der Unbegreiflichkeit des Holocaust“,<sup>36</sup> welcher im Gegenteil „begreifbar“ gemacht werden müsse. Die Wiederherstellung der „Würde [der Deutschen] als Kulturvolk“ sei die Voraussetzung für die Verarbeitung der aufgeladenen Schuld durch die „Vernichtung der europäischen Juden“. Das von Mahler bereits vielfach benutzte, gängige schuldabwehrende Topos der Ablehnung einer angeblichen „Kollektivschuld-These“ wurde von diesem auch in der Mahnmal-Debatte gebraucht: Das geplante (und später umgesetzte) Mahnmal sei die „Beglaubigung der Goldhagen-These, daß wir Deutschen durch unsere kulturelle Prägung ein Volk von Mördern und Folterknechten“ seien. Stattdessen sollte nach Mahler ein Forschungsinstitut gegründet werden, das die „Archive der Erinnerungsstücke des Holocaust pflegen und dem Publikum erschließen, eine Stätte der Begegnung und der stillen Meditation sein“ sollte. Als Leiter dieses Instituts schlug Mahler Günter Rohrmoser vor, als dessen Schüler er sich seit den 1980er Jahren begriff.

Waren Mahlers öffentliche Äußerungen bis dato in erster Linie von schuldabwehrenden, vergangenheitspolitischen Motiven getragen gewesen, griff er im Rahmen der Debatte um ein neues Staatsbürgerrecht im November 1998 mit einer *Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen* auch wieder in die politische Alltagsdiskussion ein.<sup>37</sup> Dabei versuchte Mahler eine vermeintliche „Landnahme“ (islamisch geprägter) Migranten in der BRD mit der Frage zu verknüpfen, wie sich das „deutsche Volk“ von der Schuld bezüglich der Shoa befreien könnte. Gleichzeitig war diese Schrift der Auftakt zu einer erneuten praktischen politischen Tätigkeit Mahlers. Einleitend dokumentierte Mahler Stellungnahmen von bundesdeutschen Politikern und Wissenschaftlern, die eine Zunahme ethnischer Konflikte anhand eines demographischen Wandels zu Gunsten von Einwohnern mit Migrationshintergrund belegen sollten: Dabei sprach er in einer offen rechtsradikalen Diktion von einer „Landnahme“ durch Ausländer, insbesondere von „Deuschtürken“, die den deutschen „Volkkörper“ gefährden würde. Dem entgegen sei es das „Recht“ der „Deutschen“, ihr „Menschenrecht“ auf „Heimat“ zu verteidigen. Mahler machte sich stellvertretend zum Sprecher einer schweigenden, angeblichen „Mehrheit der Deutschen“, wenn er forderte, dass er nicht in einer „Lebenswelt“ existieren wolle, die mehrheitlich von „Fremden“ bevölkert sei. Den Grund, warum sich die „Deutschen“ nicht wehrten, meinte Mahler in der deutschen „Geschichtslast“ erkannt zu haben: „Mein ganzes bisheriges Leben habe ich geführt als Versuch, einen Beitrag dazu zu leisten, den auf uns Deutschen lastenden Schatten aufzuhellen, den Schoß unfruchtbar zu machen, aus dem das braune Ungeheuer kroch. Dabei ging es mir immer auch um meine Heimat. Man sollte von uns Deutschen nicht erwarten, daß wir uns widerstandslos vertreiben lassen.“ Der „Holocaust“ bestimme das „Fühlen und Denken“ der Deutschen und würde als „ewige Schuld und zugleich als ein schlechthin unbegreifliches Geschehen vergegenwärtigt“ und „jeder Versuch, sich der Geschichte auch insoweit begreifend zu nähern“ werde „als Tabuverletzung geahndet“. Mahlers Vorstellung eines „Holocaust-Gedächtniskult[es]“ war anschlussfähig an sein DDR-apologetisches Weltbild der 1960er und 1970er Jahre, in dem er die Einführung einer realsozialistischen Gesellschaftsordnung als antifaschistischen Neuanfang und Schlussstrich unter die Schuldfrage begriffen hatte: Der „Holocaust-Gedächtniskult“ wurzele in der „Umerziehungsideologie, die den Deutschen als Folge ihrer militärischen Niederlage von den westlichen Besatzungsmächten übergestülpt worden“ sei, während „in der sowjetischen Besatzungszone [...] die Vernichtungsaktionen der Nazis als Teil der Fäulnisercheinungen des kapitalistischen Systems ver-

bucht“ worden seien und die Bevölkerung der DDR nicht unter der Last einer unbewältigten Vergangenheit zu leiden gehabt hätte. Insbesondere wetterte Mahler gegen die von Rechtsradikalen vielfach als „jüdisch“ verstandene *Frankfurter Schule*,<sup>38</sup> deren Protagonisten 1945 als „Soldaten der psychologischen Kriegführung“ mit der US Army nach Deutschland gekommen seien und dem „deutschen Volk“ im Auftrag der *American Jewish Agency* einen für die Shoa ursächlichen „autoritären Charakter“ bescheinigt hatten. Die USA habe als Besatzungsmacht diese (jüdische) Interpretation des „Hitlerismus“ gewaltsam sichergestellt. Eine „freie wissenschaftliche Debatte“ über die Shoa habe in der BRD nie stattgefunden, jedoch könne nur eine solche die „Identität der Deutschen“ wieder herstellen.<sup>39</sup> Eingebettet wurde Mahlers Forderung nach einem Kampf „der Deutschen“ gegen die geistige „Besatzungsmacht“ in einen paneuropäischen Antiamerikanismus: Mit dem Zusammenbruch der UdSSR sei die imperialistische und ökonomische Macht der USA in Form eines „denationalisierten Finanzkapitals“ auch über die europäischen „Völker und Nationen“ unbeschränkt und nur durch eine Rückbesinnung auf das „Nationalbewußtsein“ zu bekämpfen. Die BRD spiele hierbei eine Sonderrolle, da diese durch die Schwächung des deutschen „Selbsterhaltungswillen[s]“ mittels einer Instrumentalisierung der „prekären Geschichtslast“ ein besonders willfähriger Vollstrecker der USA sei und die Aufgabe habe, „Europa zu denationalisieren, d. h. dem Finanzkapital restlos auszuliefern.“ Wenn es „den Deutschen“ gelänge, ihre „Existenz als Volk“ wieder zu erlangen, könnten sie eine herausragende Rolle beim Kampf gegen die imperialen Interessen der USA spielen, wobei die Voraussetzung hierfür die „Wiederherstellung der deutschen Nation im Bewußtsein ihrer Bürger“ sei.<sup>40</sup>

In der Debatte über eine Novellierung des Staatsbürgerrechts durch die rotgrüne Bundesregierung sah Mahler eine Möglichkeit, im Rahmen einer breiten Bewegung gegen die so genannte doppelte Staatsbürgerschaft die in der *Flugschrift* erörterten Zusammenhänge zu popularisieren: Im April 1999 war er federführend an der Gründung der *Bürgerbewegung für Unser Land* beteiligt und wurde deren stellvertretender Vorsitzender.<sup>41</sup> Die politischen Ziele umriss Mahler wie folgt: „Wir sind Bürger, die aus verschiedenen Richtungen und Gruppen kommen, die hier endlich mal als Deutsche wieder zusammengefunden haben. Weil, worüber macht man sich Gedanken, worüber streitet man sich, wenn Deutschland verloren geht? Dann ist Rechts und Links ohne Bedeutung.“<sup>42</sup> Mahler sah die gesellschaftliche Entwicklung offenbar wie Mitte der 1960er Jahre an einem Punkt, an dem der Umschlag in eine breite Protestbewe-

gung gelingen könnte, hoffte, mit der *Bürgerbewegung* eine Art „Außerparlamentarische Opposition“ von rechts formieren zu können, die „von Edmund Stoiber angefangen bis zu NPD-Politikern“<sup>43</sup> reichen sollte, und sich gleichzeitig mit seiner *Flugschrift* als Vordenker einer solchen empfehlen zu können. Auf der im Anschluss an die Gründung stattfindenden ersten „Montagsdemonstration“ wurde Mahler von linken Gegendemonstranten als „Verräter“<sup>44</sup> beschimpft. In seinem Wortbeitrag machte Mahler deutlich, mit welchen Themen er die Bevölkerung agitieren wollte: Er plädierte für den Erhalt des geltenden Staatsbürgerrechts und rief für den 8. Mai 1999, dem Jahrestag zum Ende des Zweiten Weltkrieges, zu einer „Großdemonstration“<sup>45</sup> gegen die NATO-Intervention im ehemaligen Jugoslawien auf, sowie gegen die „Pläne der USA [...], Deutschland und Europa zu ihren Vasallen zu machen“. Mahler prophezeigte, ganz in der Kontinuität seiner Ansprüche aus den 1960er Jahren, ein rasanten Wachstum der Teilnehmerzahlen an den „Montagsdemonstrationen“, die semantisch auf die Demonstrationen gegen die Regierung der DDR Ende der 1980er Bezug nahmen. Tatsächlich versickerte die *Bürgerbewegung* jedoch zum Ende des Jahres 1999 in der Bedeutungslosigkeit und hatte lediglich kurzfristig wenige Funktionäre und Aktivisten rechtspopulistischer und rechtsradikaler Splitterorganisationen an sich binden können.<sup>46</sup>

Vor allem in den Reihen seiner ehemaligen Genossen aus den 1960er Jahren versuchte Mahler nun Mitstreiter zu gewinnen. Wie bereits erwähnt, hatten sich auch andere Exponenten der ehemaligen Protestbewegung seit den 1990er Jahren mit nationalen und rechten Äußerungen in der Öffentlichkeit positioniert (s. o.).<sup>47</sup> Insbesondere mit Günter Maschke und Reinhold Oberlercher arbeitete Mahler in den folgenden Jahren intensiv zusammen, unter anderem im Kontext des *Deutschen Kollegs*. Zusammen mit Peter Furth und Bernd Rabehl hatte Mahler im Rahmen der Vortragsreihe *Bogenhausener Gespräche* der rechten *Burschenschaft Danubia* referiert.<sup>48</sup> Rabehls Vortrag zum Thema *1968 – Symbol und Mythos* wurde von Mahler, unter dem bitteren Protest Rabehls, an die *Junge Freiheit* lanciert, die diesen in Gänze abdruckte.<sup>49</sup> Diese Veröffentlichung löste eine bundesweite Diskussion über eine „nationalrevolutionäre“ Deutung der ehemaligen Protestbewegung aus, unter anderem publizierten Mahler und Oberlercher in diesem Zusammenhang auch eine *Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968*. Einleitend stellten die Autoren einen „Missbrauch“<sup>50</sup> mit dem „Mythos von 1968“ durch die „Propagandisten der Fremdherrschaft über das deutsche Volk“ fest (gemeint war unter anderem die rot-grüne Bundesregierung), dem entgegenzuhalten sei, dass sich die ehemalige Protestbewegung

zum einen für das „Recht eines jeden Volkes auf nationalrevolutionäre wie sozialrevolutionäre Selbstbefreiung“ stark gemacht habe und zum anderen von einem scharfen Antiamerikanismus gegen die „globalimperialistische[n] Kapitalherrschaft“ durchdrungen gewesen sei. Auch wurde die Bewegung in einen Befreiungsnationalismus eingebettet, sie sei – nach dem 17. Juni 1953 in der DDR – der „zweite deutsche Aufstand“ gegen eine „Besatzungsmacht“ (1953 gegen die UdSSR, 1968 gegen die USA) gewesen. Weiter versuchten die Autoren den historischen Nationalsozialismus, welcher der erste „deutsche Revolutionsversuch gegen die Weltherrschaft des Kapitals“ gewesen sei, affirmativ in eine Kontinuität mit der ehemaligen Protestbewegung zu stellen, die einst zu Recht als „linker Faschismus“ bezeichnet worden sei. Der SDS wurde mit der *Jenaer Urburschenschaft* gleichgesetzt, während die RAF gleichsam als bewaffneter Arm des nationalrevolutionären SDS („Waffen-SDS“) in der Tradition der radikalen und militanten Studenten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gestanden habe. Deutlich wurde Mahlers erneute Radikalisierung an der Beurteilung der Ermordung von Hans-Martin Schleyer durch die RAF 1977: Schleyer sei, zwar „tragisch[en]“ aber nicht zu Unrecht, vom „Waffen-SDS“ ermordet worden, da er als ehemaliges SS-Mitglied die „Position der nationalrevolutionären Volksgemeinschaft zugunsten derjenigen des Anführers eines Klassenkampfverbandes verraten“ habe. Die Wiedervereinigung bezeichnete Mahler als nicht vollendete „Volksrevolution“, die von dem US-amerikanisch-fremdbestimmten parlamentarischen Parteiensystem („Vogtei der Fremdherrschaft“) abgewürgt worden sei. Zudem versuchten die Autoren Bezug auf Rabehls nationalrevolutionäre Interpretation der ehemaligen Protestbewegung zu nehmen und diesen damit für sich zu vereinnahmen: Die einstige Bewegung habe zwei „nationalrevolutionäre Flügel“ ausgebildet, die Neue Linke und die Neue Rechte. Letztere habe mit dem Untergang der UdSSR sowie der Diskreditierung des Marxismus-Leninismus ihr „Nahziel“ erreicht und wende sich nun, wie die Neue Linke schon seit den 1960er Jahren, ebenfalls gegen den „Amerikanismus und Kapitalismus“. Rabehl habe in seiner Rede vor der *Burschenschaft Danubia* im Dezember 1998 klar erkannt, dass der *Internationale Vietnamkongress* im Februar 1968 die „Keimformen einer europäischen Befreiungsfront“ gelegt habe, „um die Großmächte und ihre Kollaborateure aus Zentraleuropa zu drängen“.

Die „nationalrevolutionäre“ Vereinnahmung Rudi Dutschkes sowie der gesamten ehemaligen Protestbewegung durch Rabehl als auch die deutlich radikalere Stellungnahme Mahlers stieß bei vielen der ehemaligen Bewegungsakteuren

auf scharfe Kritik. So unterzeichnete eine Reihe ehemaliger Protagonisten, unter anderem Mahlers frühere enge politische Weggefährten Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg, eine Erklärung mit dem Titel *Nationalisten waren wir nie*, in der sie sich von Rabehl und Mahler distanzieren und ihnen absprechen, als Vertreter des SDS oder der ehemaligen Protestbewegung sprechen zu können.<sup>51</sup> Besonders lehnten die Unterzeichner die „Verfälschung“ ihrer „politischen Geschichte mit nationalistischen Erklärungsmustern mit aller Entschiedenheit ab.“<sup>52</sup> Mit Johannes Agnoli meldete sich ein weiterer ehemaliger Mitstreiter Mahlers aus der NG zu Wort und bestritt jeglichen nationalrevolutionären Impetus der ehemaligen Protestbewegung. Dabei attestierte er Mahler, während allen Wechsels seiner politischen Positionen immer der „Entschiedenste und Überzeugteste“<sup>53</sup> gewesen zu sein.

In einer weiteren Stellungnahme versuchte nun Mahler nochmals in die Debatte einzugreifen, wobei er weniger daran interessiert war, Rudi Dutschke als historische Leitfigur zu vereinnahmen, als vielmehr darzulegen, in welchen Punkten sich die radikale Linke der 1960er und 1970er Jahre und die zeitgenössische radikale Rechte glichen:<sup>54</sup> Mahler beklagte die (stattgefundene) Wandlung ehemaliger Protagonisten der Protestbewegung zu Apologeten der pro-westlichen, parlamentarisch-demokratischen Bundesrepublik und bezeichnete dies pejorativ als Affirmation des „American-way-of-life“, der „westliche[n] Wertegemeinschaft“ und der „Menschenrechte“. Da die radikale Linke damit den „Kontakt mit der Geschichte verloren“ habe, müsse die radikale Rechte die ursprünglich in der Linken geführte Diskussion über einen „Dritten Weg“ jenseits von Kapitalismus und Kommunismus wieder aufnehmen. Diese sei dabei ebenso „sozialistisch“ wie die einstige radikale Linke: „Jeder wirkliche Nationalist ist, dem auf Naturanschauung beruhenden Ganzheitsdenken entsprechend, notwendigerweise auch Sozialist.“ Auch der polnische marxistische Philosoph Leszek Kolakowski, den Mahler bereits in den frühen 1960er Jahren rezipiert hatte, diene ihm nun als Beleg für die These, dass die „Nationalisierung“ der radikalen Linken einen der „wichtigsten Faktoren im politischen Kräftespiel des 20. Jahrhunderts“ (Kolakowski) ausgemacht hatte.<sup>55</sup> Dieses Amalgam aus der national aufgeladenen radikalen Linken und der solidarisch-revolutionären radikalen Rechten bezeichnete Mahler nun erstmalig affirmativ als „National-Sozialismus“. Für den parteipolitischen Ausdruck dieses Amalgams hielt Mahler nun die NPD, welche sich seit den 1960er Jahren von einer traditionalistisch-rechtsradikalen und antikommunistischen Partei zu einer nationalistischen und in Mahlers Sinne auch antiimperialistisch und antikapita-

listisch ausgerichteten Partei gewandelt hatte.<sup>56</sup> Mahler hielt den früheren Gegensatz aus den 1960er Jahren zwischen radikaler „Linken“ und radikaler „Rechten“ nunmehr für aufgehoben.<sup>57</sup>

Mahlers Werbeversuche bei früheren Mitstreitern schlugen jedoch fehl – eher konnte Mahler auf der Suche nach neuen Bündnispartnern im rechtsradikalen Milieu Erfolge verbuchen und kappte damit auch die letzten noch bestehenden Bindungen in das Milieu der ehemaligen Protestbewegung. So gelang es ihm, auf dem Bundesparteitag der NPD im April 1999 eine Grundsatzrede zu seinen außenpolitischen Vorstellungen zu halten, in der er in aller Deutlichkeit sein nun nationalrevolutionär aufgeladenes, antiimperialistisches und antisemitisches Weltbild darlegte. Die NPD hatte ihr Agitationsfeld seit der Wahl von Udo Voigt zum Parteivorsitzenden (1996) um eine sozialpolitische Dimension erweitert, die an manchen Stellen durchaus mit einer antikapitalistischen Rhetorik artikuliert wurde und sogar die Forderung nach einem „deutschen Sozialismus“ oder „nationalen Sozialismus“ enthielt.<sup>58</sup> Mit Voigt als Bundesvorsitzendem wurde der NS-apologetische Flügel in der NPD gestärkt, auch öffnete sie sich für das Milieu der neo-nationalsozialistischen *Freien Kameradschaften*.

Mahler eröffnete seine Rede auf dem NPD-Bundesparteitag mit der Behauptung, weltweit wären Bestrebungen erkennbar, sich der globalen „amerikanische[n] Vorherrschaft“<sup>59</sup> zu widersetzen, lediglich die BRD sei auf Grund ihres Schuldkomplexes und Vasallenstatus‘ nicht in der Lage, eine wirkungsvolle antiamerikanische Politik zu entfalten.<sup>60</sup> Mahler konnte sich eine „stabile Weltordnung“ nur in einem „tri-polare[s]n System“ vorstellen, in dem neben den beiden „Kraftzentren“ USA sowie China / Japan das „1945 nur vorübergehend handlungsunfähig gewordene **Deutsche Reich** [Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.] in Koalition mit den übrigen europäischen Staaten unter Einschluß Rußlands“ existieren solle. Die Welt stünde zudem vor der Herausforderung eines entscherten, globalen Finanzkapitalismus („vagabundierende[n] Finanzmassen“), der „ganze Volkswirtschaften in Trümmerhaufen“ verwandele. Beherrscht werde dieser von einem „Club“ von „hyperreichen Oligarchen“, welche ein „unkontrollierbares, niemandem verantwortliches, allein am privaten Profit orientiertes, informelles Weltmanagement“ aufgebaut hätten und damit die Welt kontrollieren würden. Ausgangspunkt dieses Systems sei das „Kernland des Globalismus“, die USA. Diese Personifizierung abstrakter Prozesse in der kapitalistischen Weltökonomie krönte Mahler mit der offen antisemitischen Chiffre einer „Krake, [...] die die Welt umschlingt und würgt[,] bis ihr der Atem ausgeht oder bis sich die Völker zur Wehr setzen und sie

überwinden.“ Verschwörungstheoretisch erklärte Mahler diese „Krake“ zur weltweit alles beherrschenden, manipulativen, die Medien kontrollierenden Kraft. Erstmals benutzte Mahler zur geographischen Verortung der „Krake“ die ebenfalls antisemitische Chiffre der „Ostküste“, in der ‚die Juden‘ als steuernde Verantwortliche aller weltweit ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse mit den US-amerikanischen Zentren der Hochfinanz („Wall-Street“) amalgamiert wurden:

„[Die Krake...] hat ihre Stützpunkte in den finanziellen Zentren an der Ostküste. Dort sind es nur einige Dutzend Spekulanten, in deren Händen die weltweit geknüpften Fäden zusammenlaufen, in deren Geflecht die Weltherrschaft des Marktfundamentalismus [...] ihr Dasein hat. Diese Herrschaft ist pures Schmarotzertum, eine tödliche Gefahr für die Menschheit.“

Insbesondere habe die deutsche intellektuelle Elite aus den „Reihen der 68er“ ihren „Frieden mit der Krake gemacht“ und dabei „ihr Volk verraten“. In Mahlers Weltbild standen sich in einem noch niemals so offen ausformulierten manichäischen Antagonismus die „Völker“ als das prinzipiell Gute und die „Krake“ als das prinzipiell, wesenhaft und zu „überwinden[de]“ Böse gegenüber. Da die ökonomische Krise des „Finanzkapitalismus“ unmittelbar bevorstehe, werde der Kampf zwischen diesen beiden Antagonismen zur „Götterdämmerung des Globalismus“ in einem „Dritten Weltkrieg[es]“ führen, an dessen Ende der erlösende Wiederaufbau Deutschlands im Rahmen einer „freien, dem Gemeinwohl verpflichteten Volkswirtschaft“ stehe. Das durch die „Krake“ bedrohte „deutsche Volk“ würde erst im Angesicht der Gefahr und im Kampf gegen die Herrschaft der „Ostküste“ zu einem „Nationalstaat im vollen Sinne des Begriffs“ in Gestalt des „Deutschen Reichs“ gedeihen. Dieses wiedererstarke „Deutsche Reich“ könne als europäische „Zentralmacht“ in Zusammenarbeit mit Russland „im Interesse des Ganzen“ zu einer imperialen dritten Größe (neben den USA und China/Japan) werden. Als kurzfristige Voraussetzung hierfür benannte Mahler zum wiederholten Male die Freimachung des „deutschen Volks“ von den Schuldkomplexen über die Verbrechen der Shoa.

Mahlers Rede auf dem NPD-Parteitag wurde auch in der rechtsradikalen Zeitschrift *Staatsbriefe* publiziert, in der sowohl Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen, aber auch Neo-Nationalsozialisten wie Christian Worch schrieben. Zentrales Bestreben der 2001 eingestellten Zeitschrift war die Überwindung der

BRD und die Einführung einer „Reichsordnung“. Vielfach konnten sich in den *Staatsbriefen* offen antisemitische, antiamerikanische und verschwörungstheoretische Positionen artikulieren.<sup>61</sup> Mahler veröffentlichte während des Jahres 1999 mehrfach in den *Staatsbriefen*, bis er sich mit dem Herausgeber Hans-Dietrich Sander überwarf.<sup>62</sup>

Im Umfeld des NPD-Parteitag hatte Mahler der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* ein Interview gegeben, in dem er zu den Kontinuitäten und Diskontinuitäten in seiner politischen Biographie Stellung nahm.<sup>63</sup> Ausgangspunkt seines politischen Aktivismus in der ehemaligen Protestbewegung sei der antiamerikanische Protest gegen das „Morden in Vietnam“ gewesen. Die dort von der US Army begangenen „Verbrechen“ habe Mahler „nicht anders bewerten“ können, „als die Verbrechen, die man uns Deutschen vorwarf.“ Deshalb habe man „USA-SA-SS“ skandiert. Als ursächliche Motivation, sich mit der „geistige[n] Verfassung“ des „deutschen Volks“ auseinander zu setzen, benannte Mahler seine seit den 1950er Jahren andauernden Versuche, die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft und insbesondere der Shoa zu verarbeiten bzw. abzuwehren: „Ich war durch moralische Empörung politisiert worden. Mich hatte auf [das] äußerste empört, was ich über die Zeit von 1933 bis 1945 in der Schule gehört hatte. Der brennende Wunsch, mich von dieser ‚deutschen Erblast‘ möglichst weit zu entfernen, hat aus mir einen Moralisten gemacht.“ Im Wesentlichen richtig analysierte Mahler die ehemalige Protestbewegung als eine politisch heterogene Bewegung, in der sich die wirkungsmächtigste Strömung, zu der sich Mahler korrekterweise zuordnete, aus den „geistigen Arsenalen des Marxismus-Leninismus“ gespeist habe. Diese Strömung habe nach dem Zerfall der Bewegung die RAF und die maoistischen K-Gruppen hervorgebracht. Deren Protagonisten hätten „dem Volke dienen“ wollen und seien in ihrem antiindividualistischen Kollektivismus dem „Gedanken der Volksgemeinschaft“ sehr nahe gekommen.

Bereits in seiner Rede auf dem NPD-Parteitag im April 1999 hatte Mahler davon gesprochen, dass das „Deutsche Reich“ nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges „nur vorübergehend handlungsunfähig geworden[e]“ sei und demnach als Rechtsform weiterhin bestehe. In einer Phase der erneuten Radikalisierung ab Herbst 1999 veröffentlichten Mahler, Oberlercher und der Holocaustleugner Johannes P. Ney am 9. November 1999, dem zehnten Jahrestag der Öffnung der Berliner Mauer, ihre *Thesen zur Reichsstatthalterschaft*.<sup>64</sup> Später sollten diese Thesen das ideologische Fundament für Mahlers Engagement in der *Reichsbürgerbewegung* bilden. Darin behaupteten die Autoren das Fortbestehen

der „Reichsgesetze“ und des momentan handlungsunfähigen „Deutschen Reichs“ nach 1945 und demzufolge die Illegitimität der BRD. Oberstes Interesse des „Deutschen Reiches“ sei die Stärkung der „Reichstreue“ seiner Bürger sowie die Ahndung aller Handlungen „gegen das Deutsche Reich oder gegen den Bestand des Deutschen Volkes als einer durch Abstammung, Sprache und Kultur geeinten Schicksalsgemeinschaft“. Ferner sei dem „Deutschen Volk die Dämonisierung der Person Adolf Hitlers sowie die Horrifizierung des Nationalsozialismus als Waffe der fortdauernden psychologischen Kriegsführung der Siegermächte und ihrer Vasallen gegen das Deutsche Reich bewußt zu machen.“ Bis das „Deutsche Reich“ wieder handlungsfähig sei, solle ein Kreis „erwählter“ Vertrauensleute des Widerstandes“ an dessen Stelle im Rahmen einer „Reichsstatthalterschaft“ die Geschäfte führen. Unter anderem sollte diese „Reichsstatthalterschaft“ revisionistische Geschichtsschreibung zur Unterrichtung der „deutschen Jugend“ betreiben, durch eine kulturelle „Rückbesinnung auf das deutsche Wesen“ der „Anti-Kultur der Hollywood-Produktionen“ und den „geistesfeindlichen Machwerke[n] des Ostküsten-Kosmopolitismus“ Einhalt gebieten sowie die „Verbrechen“ der „Politiker, Meinungsmacher in den Medien, Lehrer[n...] und Entscheidungsträger in den Verwaltungseinheiten“ zur späteren „Aburteilung“ dokumentieren. Das Pamphlet war die Premiere für Mahlers nun völlig offen artikulierten Antisemitismus: Es wurde von den „Bedingungen des Gegensatzes des Judentums gegen die übrigen Völker“ ebenso gesprochen wie vom „Gedankengift des jüdischen Ausrottungsrassismus“ und die Überwindung der „jüdisch-rationalistischen Grundlagen des ‚wissenschaftlichen‘ Weltbildes“ durch die „Wiederaneignung“ des deutschen Idealismus gefordert. In einem an die *Thesen zur Reichsstatthalterschaft* anknüpfenden Text spitzte Mahler seine antisemitische Agitation nochmals zu:<sup>65</sup> „So ist den Juden der Hass gegen die anderen Völker als göttlicher Befehl auferlegt. Die Völker haben den Hass der Juden nur erwidert.“ Auch bediente Mahler den antisemitischen Topos von der besonderen Beziehung ‚der Juden‘ zur Finanzwelt, indem er schrieb, das „jüdische Volk“ habe „aus dem Geld einen Götzen“ gemacht, wohingegen es die Aufgabe der „germanischen Völker“ sei, die eschatologische „Emanzipation der Welt vom Judentum“ zur „Vollendung“ zu bringen. Gleichzeitig kündigte er die Aktivitäten einer *Werkstatt Neues Deutschland* an.

Diese bezeichnete eine Website Mahlers, auf der dieser seine Texte publizierte, die seinen „Anspruch auf intellektuelle Meinungsführerschaft“ im rechtsradikalen Lager untermauern sowie Synergien mit anderen rechtsradikalen

Intellektuellenzirkeln ausbilden sollte.<sup>66</sup> Der ihr beschiedene Erfolg war mäßig, immerhin gelang im Rahmen von Bildungsveranstaltungen der NPD-Vorfeldorganisation *Deutsche Akademie* eine Kooperation mit dem *Deutschen Kolleg*, dem *Thule-Seminar* und dem *Nationaldemokratischen Hochschulbund* (NHB).<sup>67</sup> Dieser durch das Betreiben des nationalrevolutionären NPD-Mitglieds Jürgen Schwab gegründete organisationsübergreifende Verbund versuchte durch Seminare und Schulungen „staatstheoretische Bildungsarbeit“ anzubieten, in deren Rahmen auch Horst Mahler als Referent auftrat.<sup>68</sup>

Ganz im Sinne der von Mahler in den *Thesen zur Reichsstatthalterschaft* geforderten Dokumentation der „Verbrechen“, erstattete er im Dezember 1999 Anzeige gegen die beiden SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel und Wolfgang Thierse.<sup>69</sup> Diese hatten die Bevölkerung dazu aufgefordert, jene Firmen, die nicht in den Entschädigungsfond für ehemalige NS-Zwangsarbeiter einzahlen wollten, zu boykottieren.<sup>70</sup> Mahler bezeichnete das Verhalten der beiden SPD-Politiker als „Erpressung“<sup>71</sup> und rechtfertigte den Zwangsarbeitereinsatz durch die nationalsozialistische Reichsregierung. Die Rechtsprechung US-amerikanischer Gerichte in dieser Angelegenheit nannte er eine „moderne Erscheinungsform der Piraterie“.<sup>72</sup>

Ende 2000 wurde ein längeres Zwiegespräch Mahlers mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Partei *Die Republikaner* und einstigen Mitglied der Waffen-SS Franz Schönhuber in Buchform publiziert. In diesem Gespräch wiederholte Mahler seine öffentlichen Verlautbarungen aus den Jahren 1997 bis 2000 und legte sein antisemitisches, antiamerikanisches und rechtsradikales Weltbild einer interessierten (Milieu-)Öffentlichkeit dar. Mahler gebärdete sich als distinguiertes, theoretisch bewanderter, philosophisch beleesener Intellektueller und Stichwortgeber der radikalen Rechten, während Schönhuber im Verlauf des mehrtägigen Gesprächs zunehmend die Rolle eines Interviewers einnahm.

Mahlers zu diesem Zeitpunkt bereits mehrfach öffentlich geäußerte Ablehnung der parlamentarischen Parteiendemokratie wurde insbesondere an dem von ihm geforderten Verbot aller politischen Parteien deutlich. Diese würden stets nur Sonderinteressen von kleinen, in der Regel gut organisierten Lobbygruppen, nie jedoch die Interessen des „Volkes“ in seiner Gesamtheit, der „Volksgemeinschaft“ vertreten.<sup>73</sup> Nach Mahler sollten an Stelle der Parteien berufsständische Interessensvertretungen treten. Als Regierungsform sprach sich Mahler nun kurzfristig für eine Wahlmonarchie aus, an deren Spitze ein in „Urwahl“ gewählter, mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteter „Monarch“ stehen solle, den Mahler aus einer antiamerikanischen Motivation heraus schon

deshalb „Kaiser“<sup>74</sup> nennen lassen wollte, weil eine der Bedingungen im *14-Punkte-Programm* Woodrow Wilsons die Aufgabe der monarchistischen Regierungsform gewesen war. Zwar war Mahlers Weltbild Anfang 2000 bereits ein offen antisemitisches, dennoch lag der Schwerpunkt während des Gespräches mit Schönhuber auf der Problematisierung der angeblich weltbeherrschenden Machtfülle der USA. Die antisemitische Chiffre der „Ostküste“ tauchte zwar neben offen antisemitischen Passagen mehrmals während des Gespräches auf, dennoch ging es in Mahlers Ausführungen um die vermeintliche Niederhaltung des „deutschen Volkes“ durch die USA. Die von diesen gesteuerte ethnische „Durchmischung“ der europäischen Länder und insbesondere des „deutschen Volkes“ sei energisch zu bekämpfen. Daher schlug Mahler – auch im Einklang mit der von ihm Ende 1999 gegründeten *Bürgerbewegung* – rassistische Töne gegen eine „Landnahme“ von Migranten mit muslimischen Hintergrund an.<sup>75</sup>

In Mahlers Weltbild hatte stets die Vorstellung vorgeherrscht, eine kleine Gruppe von Menschen kontrolliere das gesamte Weltgeschehen, selten jedoch hatte er diese Vorstellung zuvor so klar geäußert, wie in dem Gespräch mit Schönhuber: Der Feind sei

„ein relativ kleiner Kreis von skrupellosen Machtmenschen, die die Macht des Geldes verkörpern, die dadurch unangreifbar sind, vor nichts zurückschrecken und den politischen Apparat der USA und ihrer Vasallen fest in der Hand haben. Sie machen die Präsidenten, die Kanzler, die Ministerpräsidenten und die Gesetze. Sie stützen sich auf das Militär, die Polizei und die Mafia.“<sup>76</sup>

Die Überhöhung des Judentums zu etwas wesentlich Bösem wurde auch bei Mahlers Auseinandersetzung mit den durch die Shoa verursachten Schuldgefühlen des „deutschen Volkes“ deutlich: Mahler argumentierte, dass es in der Geschichte kein brutaleres und rachsüchtigeres Volk als ‚die Juden‘ gegeben habe: „Es gibt wohl neben den Juden kein zweites geschichtliches Volk, das die Ausmordung [...] anderer Völker als Beweis seiner Auserwähltheit kultisch überhöht.“ Nur wegen dieser wesentlich bösen „Auserwähltheit“ des Judentums sei dieses – im Gegensatz zu den ‚guten‘ Deutschen – in der Lage „bei dem Gedanken, Völkermord verübt zu haben“<sup>77</sup> keine Schuldgefühle zu entwickeln. Trotz Mahlers stellenweise rassistischer Agitation, war die von ihm verwendete Kategorie des „Volkes“ nicht rassistisch-biologistisch aufgeladen. Vielmehr galt es ihm – wie das Judentum – als ein „geistiges Prinzip“. Mahler behauptete am Beispiel von Karl Marx, dass wenn „ein Jude“ die Philosophie

des Hegel'schen Deutschen Idealismus begriffen habe, er sogar aufhöre, „Jude zu sein“. Das identitäre Kollektiv des „deutschen Volkes“ konstituierte sich bei Mahler erst gegen das Judentum: „Oh, daß die Deutschen doch endlich die Herausforderung erkannten [sic!], die darin für sie liegt! Mit jedem Tag liebe ich die Juden mehr, denn der Kampf gegen ihr geistiges Prinzip lässt in mir täglich neue Gedanken aufsteigen, die mir unendlich wertvoll sind und den Feind zuschanden machen.“<sup>78</sup> In einer für Mahler typischen Argumentation rügte er sogar die Übernahme „angelsächsischer Rassetheorien“<sup>79</sup> durch die NSDAP. Diese rassistische „Herabsetzung“ anderer „Völker“ ignoriere die geistig-kulturelle Dimension eines „Volkes“.<sup>80</sup> Für ihn sei das „deutsche Volk“ ein „germanisches, [...] geistiges Prinzip.“<sup>81</sup>

Zur Revision des bisherigen bundesrepublikanischen Geschichtsbildes forderte Mahler die Einrichtung deutschlandweiter „Studienzirkel[n] zur Geschichte“, in denen mittels des „elektronischen Weltnetzes“ revisionistische Positionen popularisiert und der Kampf gegen die geistige „Fremdherrschaft“<sup>82</sup> begonnen werden solle. Dies sollte das „deutsche Volk“ endlich vom angeblichen Vorwurf der „Kollektivschuld“ befreien. Die „Deutschen“ seien „nie ein Volk der Täter“ gewesen, die „Verbrechen des [nationalsozialistischen] Deutschen Reichs“ seien ausschließlich im „Geheimen“ verübt worden und „nicht allgemeines Wissen des deutschen Volkes“ gewesen. Mahler knüpfte hierbei an die durch das Erscheinen des Buches *Hitlers willige Vollstrecker* von Daniel Goldhagen ausgelöste Debatte um eine angebliche „Kollektivschuld“ der deutschen Bevölkerung während der nationalsozialistischen Herrschaft an.<sup>83</sup> Mahler schrieb in einem offenen Brief Anfang 2000 an Goldhagen, der die These vertreten hatte, dass ein spezifisch deutscher, „eliminatorischer Antisemitismus“ die Ursache der Shoa gewesen sei und dass diese nicht lediglich von einigen wenigen, fanatischen Nationalsozialisten begangen wurde, sondern auch und gerade von „normalen Deutschen“, dass dieser sich irre und das gesamte „deutsche Volk [...] nichts von der Vernichtung wusste“, es deshalb „nicht für schuldig befunden werden“ könne und demnach keinen Grund habe, „in Sack und Asche einherzugehen und Scham zu bekunden.“<sup>84</sup> Mahler setzte sogar die über die Verbrechen der Shoa diffus empfundenen Schuldgefühle mit dieser selbst gleich: „Ein ganzes Volk mit der Auschwitzkeule zu traktieren, ist ein Verbrechen, das einem Völkermord gleichkommt.“<sup>85</sup> Mahlers Bedürfnis nach Schuldabwehr wurde auch an dem von ihm verwandten Terminus der „Auschwitzdeutschen“<sup>86</sup> deutlich, also solchen Deutschen, die wegen der Schuldgefühle über die Verbrechen der Shoa nicht selbstbewusst und befreit

leben könnten. Diesen stellte er die von jeglichen Schuldgefühlen befreiten „guten Deutschen“ gegenüber.

Diese „guten Deutschen“ hatte Mahler zeitlebens in der DDR als dem antifaschistischen, „besseren Deutschland“ verortet. Auch hatte Mahler den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR in allen politischen Phasen seiner Biographie verteidigt – auch gegen Kritik von rechts. Seine eigenen Jugenderfahrungen in der frühen DDR beschrieb Mahler 2000 als „merkwürdige Aufbruchsstimmung“ in „eine lichte Zukunft“, in eine „echte ‚menschliche‘ Gesellschaft“, in den „Sozialismus“,<sup>87</sup> in der unausgesprochen auch die Schuldgefühle über Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft überwunden werden könnten. Besonders eindrucksvoll belegte Mahler sein stetes Bemühen, die DDR in vergangenheitspolitischer Hinsicht zu verteidigen, in einem ein Jahr später entstandenen Text mit dem Titel *Endlösung der Mauerfrage*, in dem Mahler der SED lediglich eine „erzwungene Mittäterschaft“ (sowohl durch die BRD und die USA, als auch die UdSSR), jedoch keine „Schuld“<sup>88</sup> am Bau der Berliner Mauer zusprach. Sogar alle „Grausamkeiten, die die Ostmacht zur Aufrechterhaltung der DDR beging“ hätten allein die „westliche Besatzungsmacht und ihre Handlanger, das Parteien- und Mediensystem der BRD“ zu verantworten gehabt. Auch habe die Abwesenheit der USA als Besatzungsmacht in der ehemaligen DDR dazu geführt, dass die „Mitteldeutschen“ von der US-amerikanischen „Umerziehung“ „nicht betroffen“ gewesen seien und deshalb in Zukunft sehr viel schneller die „Notwendigkeit einer starken Nation“<sup>89</sup> begreifen werden würden als die Bevölkerung des ehemaligen westdeutschen Landesteiles. Auch seine eigene Familiengeschichte bettete Mahler in sein ideologisches Weltbild ein: Der Suizid des Vaters, den Mahler noch nicht konkret, sondern nur als „diese[r] Geschichte in meiner Familie“ benannte, stelle das „Verhältnis der Trauer und Gebrochenheit zur Geschichte unseres Volkes“<sup>90</sup> dar. Sich selbst und stellvertretend das gesamte identitäre Kollektiv der deutschen Nation von den durch die Shoa hervorgerufenen Schuldgefühlen zu entlasten war seit jeher der Motor für die politische Aktivität Mahlers gewesen: „Und ich wollte als Angehöriger dieses Volkes aufrecht gehen, den Kopf auch im Blick auf Auschwitz nicht senken, aber auch dafür sorgen, daß den Opfern Genugtuung wiederfährt. [...Es] war für mich immer ein komplexes Problem, Deutscher zu sein. Das hat sich bis auf den heutigen Tag nicht geändert.“<sup>91</sup> Demzufolge habe er seine politische Aktivität während der 1960er Jahre auch nicht als Revolte gegen die Elterngeneration, gegen die „Generation der Täter“, verstanden. Vielmehr hätten sich die politisch Aktiven in Mahlers

Umfeld mit einer „selbstzweiflerische[n], nachdenkliche[n] Haltung“ gefragt, ob sie an der Stelle der Elterngeneration selbst „Widerstand geleistet“ hätten und diese Frage keineswegs bejahen können, sondern vielmehr versucht, im Angesicht einer „ähnlichen Herausforderung“ wie dem historischen Nationalsozialismus einen „Kampf gegen das imperialistische System“<sup>92</sup> zu führen. In diesem Sinne sei die ehemalige Protestbewegung auch eine „Bewegung zur nationalen Befreiung der Deutschen [...], eine patriotische Bewegung“<sup>93</sup> gewesen. Dieses „imperialistische System“, das Mahler mit den USA gleichsetzte, habe während des Vietnamkrieges gegen ein kleines „Bauernvolk“ und dessen Bestrebungen für eine „nationale Befreiung“ gekämpft. Die deutsche Protestbewegung habe den eigenen Wunsch nach einem Ende der US-amerikanischen politischen und kulturellen „Fremdbestimmung“ auf Grund der Schuldgefühle noch nicht offen nationalistisch artikulieren können, sondern diese Position nur vermittelt, im Rahmen einer Solidarisierung mit dem vietnamesischen Kampf gegen den „Weltfeind Nr. 1“<sup>94</sup> vertreten können. Mahler weitete die Schuldabwehr auch über die Zeit zwischen 1933 und 1945 aus: In seiner spezifisch antiamerikanischen Diktion erklärte er auch den Kriegseintritt der USA in den Ersten Weltkrieg – geplant und gesteuert von der jüdisch-US-amerikanischen „Ostküste“ – und die Forderung der Siegermächte, das Deutsche Reich müsse im Versailler Vertrag die alleinige Kriegsschuld anerkennen, zum Beginn der Geschichte ‚der Deutschen‘ als einem internationalen „Pariavolk“.<sup>95</sup>

Im rechtskonservativen und rechtsradikalen Milieu wurde das Buch mit Schönhuber weitgehend positiv aufgenommen: Die *Junge Freiheit* sprach in ihrer Rezension anerkennend von der „juristischen Kompetenz“ Mahlers, wenn dieser erkläre, das „Deutsche Reich“ sei seit 1945 lediglich „handlungsunfähig“, aber noch existent; das Buch lese sich „wohltuend, um nicht zu sagen spannend“ und das liege in erster Linie an Mahler, der „geistreich, anregend und originell“<sup>96</sup> argumentiere.

Schwerpunkt der politisch-theoretischen Arbeit Mahlers war seit Ende 1999 das *Deutsche Kolleg*.<sup>97</sup> Die Mehrzahl seiner Texte wurde unter dessen Dach veröffentlicht, oft zusammen mit Reinhold Oberlercher, der das *Deutsche Kolleg* 1994 initiiert hatte.<sup>98</sup> In den Berichten des *Verfassungsschutzes* seit 2002 wurde Mahler zusammen mit Oberlercher und dem Würzburger Uwe Meenen als Leiter des *Deutschen Kollegs* benannt. Als dessen bestimmendes Anliegen wurde die „Überwindung der französischen Aufklärung“ durch die „Deutsche Philosophie“<sup>99</sup> propagiert. Dazu betrieb das *Deutsche Kolleg* die Veröffentlichung von Grundsatzserklärungen sowie Schulungsarbeit für die „nationale[n] Intelli-

genz“.<sup>100</sup> Mahler etwa veranstaltete Wochenendseminare an seinem Wohnort im brandenburgischen Kleinmachnow, unter anderem zu Fragen wie: *Die Sehnsucht nach dem Wiedererscheinen Adolf Hitlers als philosophische Herausforderung für das Deutsche Volk*.

Im Sinne von Mahlers antisemitischer These, dass auch das Judentum ein Interesse an der Überwindung seiner Weltherrschaft habe, bot der deutsche „Vordenker“<sup>101</sup> Mahler sich mehrfach jüdischen Intellektuellen als Gesprächspartner an, so unter anderem Daniel Goldhagen und dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, Michel Friedman. Mahler machte Friedman im Mai 2000 das – ernstgemeinte – Angebot, gemeinsam anlässlich der NPD-Großveranstaltung *Tag des nationalen Widerstands* eine öffentliche Diskussion in der Passauer Nibelungenhalle durchzuführen.<sup>102</sup> Hierfür fasste Mahler für Friedman nochmals seine Thesen aus dem offenen Brief an Daniel Goldhagen vom Januar 2000 zusammen: Die Welt befände sich in einem manichäischen, seit 3000 Jahren andauernden Kampf zwischen dem Judentum und dem „deutschen Volk“, das „geistesgeschichtlich“ dazu bestimmt sei, unter der Berufung auf den „Rabbiner-Enkel Karl Marx“ die Menschheit vom Judentum zu emanzipieren.<sup>103</sup> Mahler behauptete, dass sein Brief an Goldhagen nach „Jahrzehnten der Verdrängung und Tabuisierung“ zu einer „Entspannung zwischen dem Deutschen Volk und der Judenheit“ führen könne. Mahler entwarf für eine nahe Zukunft die Vorstellung, die von ihm betriebene „Aufdeckung“ der Wahrheit über die „Auschwitzkeule“ und der angeblichen deutschen „Kollektivschuld“ würde zu einer „religiösen Besinnung“ und nationalen Erhebung des „deutschen Volkes“ führen. Angesichts dieser Aussicht bot Mahler Friedman an, gemeinsam „darüber [zu] debattieren“, ob sich die zu erwartende „geistige Auseinandersetzung“ zwischen „den Juden und dem [d]eutschen Volk [...] abermals [...] in Krieg und Verfolgung“ ausdrücken müsse oder ob letztere verhindert werden könnten. Mahler verbürgte sich dabei für Friedmans „Sicherheit“. Inwieweit sich Friedman überhaupt zu Mahlers Brief äußerte, ist nicht bekannt, ersterer nahm jedoch wie geplant an der Gegendemonstration zur NPD-Veranstaltung in Passau teil. Die Briefe an Friedman und Goldhagen publizierte Mahler Anfang 2001 im Rahmen des Buches *Guten Tag, Herr Friedman...* In einer Rezension in der nationalrevolutionären Zeitschrift *Sleipnir* wurde Mahlers Gesprächsangebot an jüdische Intellektuelle als bester Weg gelobt, eine „Eskalation zum Bürgerkrieg“<sup>104</sup> zu vermeiden. Je mehr sich Mahler offensichtlich in seine antisemitische Wahnvorstellung verstieg und je mehr er sich mehr und mehr von realpolitischen

Zusammenhängen löste, desto mehr wurde er von einer zwar immer kleiner werdenden, dafür aber umso radikaleren Szene tatsächlich als „Vordenker“ betrachtet. Sein Nachwort schloss der Verleger von *Guten Tag, Herr Friedman...* mit den Worten: „Spät ist Horst Mahler gekommen. Aber nicht zu spät. Erhört uns heute Deutschland, dann gehört uns morgen die Welt.“<sup>105</sup>

Im Rahmen des *Deutschen Kollegs* publizierten Mahler, Meenen und Oberlercher im Oktober 2000 ihre Antwort auf die Ausrufung des *Aufstands der Anständigen* durch Mahlers ehemaligen Rechtsanwalt den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder. Schröders Aufruf, bei dem es sich um eine Reaktion auf einen Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf gehandelt hatte, führte zu einer Welle von antifaschistischen Demonstrationen und vermehrten Forderungen nach einem Verbot der NPD, wenngleich tatsächlich zwei aus Marokko stammende deutsche Staatsbürger die Tat begangen hatten, um gegen die Politik Israels gegenüber den Palästinensern zu protestieren.<sup>106</sup> In diesem Kontext veröffentlichte das *Deutsche Kolleg* die Forderung nach einem nationalistisch gewendeten, zweiten *Aufstand der Anständigen*.<sup>107</sup> Der extrem antisemitische Text gab in bewährter Tradition dem jüdischen Staat – aufgrund seiner Politik gegenüber den Palästinensern – die Schuld an dem Anschlag, rief zu propalästinensischer Solidarität auf und forderte das „Verbot der jüdischen Gemeinden“ in der BRD. Weiter wurden Mahlers Thesen der letzten Jahre erneut abgearbeitet: Die angebliche (geistige) Besatzung Deutschlands durch die USA und die „jüdischen Agenturen“, die Existenz einer „Auschwitzkeule“, die es dem „deutschen Volk“ unmöglich mache, die Shoa „vernünftig“ zu erfassen, sowie die Existenz einer „jüdischen Weltherrschaft“. Abschließend stellten die Autoren einen Katalog autoritärer, rechtsradikaler Vorschläge für ein „Hunderttageprogramm[s]“ einer „nationale[n] Notstandsregierung“ vor, worin folgende Punkte gefordert wurden: Die „Beendigung der Ausländerbeschäftigung“, die „Freiräumung aller Asylantenunterkünfte und Ausweisung der Asylbewerber“ sowie die „Einweisung deutscher Obdachloser und Asozialer in geräumte Asylantenunterkünfte“, „Zwangsarbeit und Zwangsentzug“ für „Rauschgiftsüchtige[n]“, die standrechtliche Erschießung für „Rauschgiftbesitzer“, die „Umkehrung der Beweispflicht bei Strafverfahren wegen organisierten Verbrechens“ sowie ein „Verbot von Ausländerorganisationen“; die Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“ inklusive der „Abwicklung“ des „2+4-Vertrages“, der „Nato-Mitgliedschaft“ sowie der „EU“, einem Verbot von Finanzspekulationen und die Förderung von „deutsche[n] Hersteller[n] und werteschaaffende[n] Unternehmen“, einem „Verbot schmutziger, schundhafter,

gewalttätiger, pornographischer und sittlich tiefstehender Darstellungen“ sowie einer „Revision des Geschichtsbildes zugunsten Deutschlands und weltweite Durchsetzung [desselben] mittels auswärtiger Kulturpolitik“. Die Veröffentlichung dieses Pamphlets brachte Mahler das erste Ermittlungsverfahren wegen eines politischen Delikts seit den 1970er Jahren ein: Im Juni 2001 nahm die Staatsanwaltschaft Berlin Ermittlungen wegen des Verdachts auf Volksverhetzung gegen Mahler, Meenen und Oberlercher auf.<sup>108</sup> Bereits im Januar 2001 hatte die *Vereinigung der Berliner Strafverteidiger* ihr langjähriges Mitglied Mahler aus dem Verband ausgeschlossen: Dieser habe „mit seinen antisemitischen und faschistischen programmatischen Äußerungen die Basis eines selbstverständlichen menschlichen Grundkonsens verlassen“.<sup>109</sup>

Auf einer NPD-Pressekonferenz im Rahmen der Debatte um das Verbot der rechtsradikalen Partei stellte Mahler im August 2000 einen Antrag auf Parteimitgliedschaft. Zu diesem Zeitpunkt hatte Mahler zwar bereits mehrfach erklärt, er sei der Auffassung, dass Parteien prinzipiell kein Forum für politische Aktivität in seinem Sinne sein könnten;<sup>110</sup> Er argumentierte jedoch nun, ein Eintritt in die NPD sei im Zuge der Diskussionen über ihr mögliches Verbot ein Gebot der Solidarität: Auf der Pressekonferenz rief er alle, „denen Deutschland am Herzen liegt“, dazu auf, die „vaterländische Front dadurch zu stärken, dass sie in aller Öffentlichkeit der NPD beitreten ohne Rücksicht auf die Folgen für ihr persönliches Schicksal“.<sup>111</sup> Kurz danach verschriftlichte Mahler seine Gedanken zu seinem NPD-Eintritt im Rahmen des *Deutschen Kollegs*.<sup>112</sup> Dort schrieb er: „Man drischt auf die NPD ein – meint aber Deutschland.“ In geläufiger Diktion beschrieb Mahler die Pläne der angeblichen jüdisch-US-amerikanischen Weltverschwörung mit dem Ziel der Niederhaltung des „Deutschen Reichs“ – insbesondere mit einer gezielt betriebenen „Umvolkung“ der europäischen Nationen. Die NPD bezeichnete er als derzeit erfolgreichste Organisation des „Nationalen Widerstand[s]“, in der eine Sammlung aller nationalen Gegenkräfte sinnvoll sei.<sup>113</sup> Auf Grund der Mobilisierungserfolge der NPD sei die Bundesregierung sich der Gefährlichkeit der Partei bewusst geworden und wolle diese nun verbieten: „Der Verbotsantrag zielt gegen Deutschland. Für Deutschland muß die Front dort verstärkt werden, wo der Feind angreift.“<sup>114</sup> Vor allem aber hoffte Mahler, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für die NPD im Zusammenhang mit einem Verbotsverfahren rasant ansteigen und er selbst auf diesem Weg eine größere Bühne für seine Agitation bekommen könnte.<sup>115</sup> Neben seiner Tätigkeit als Prozessbevollmächtigter im Verbotsverfahren versuchte Mahler auch innerparteilich, die ihm nahestehen-

den Kräfte zu stärken, welche aus dem Milieu der *Freien Kameradschaften* kommend unter der Bezeichnung *Revolutionäre Plattform* (RPF) seit 2000 den Schulterschluss mit der NPD suchten. Die Integration dieser NS-apologetischen Kräfte um die RPF in die NPD führte zu einer harten innerparteilichen Auseinandersetzung, in die Mahler schlichtend eingriff, was zur Konstituierung der RPF als einer offiziellen Arbeitsgemeinschaft in den Strukturen der NPD führte.<sup>116</sup> Vielfach trat Mahler in der Folgezeit im Rahmen von Veranstaltungen der NPD als Referent auf. Bald schon regte sich jedoch innerhalb der NPD erheblicher Widerstand sowohl gegen den umtriebigen Mahler als auch gegen das *Deutsche Kolleg*. So agierte das langjährige und einflussreiche NPD-Mitglied Winfried Krauß bereits 2001 gegen die vom *Deutschen Kolleg* geforderte „Reformation der NPD“ und warnte vor dem immer größer werdenden Einfluss des *Deutschen Kollegs* auf den NS-apologetischen, radikalen Flügel der Partei. Krauß bescheinigte dem *Deutschen Kolleg* die „Ethik einer Verbrechergang“ sowie das Leben in einer „zusammenphantasierten Welt“ und bezog sich dabei vor allem auf die Forderung nach einer Wiederherstellung des „Deutschen Reichs“.<sup>117</sup>

Bereits im August 2000 hatte der bayerische Innenminister Günther Beckstein ein Verbot der NPD gefordert, auch Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte sich für ein Verbotsverfahren eingesetzt. Ab Anfang Oktober 2000 war ein weiterer von Mahlers ehemaligen Rechtsanwälten, Otto Schily (zum damaligen Zeitpunkt Bundesinnenminister), der Auffassung, ein Verbotsverfahren sollte zügig eingeleitet werden. Dem stimmte kurz darauf auch der Bundesrat und im Dezember 2000 der Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS zu. In dem Antrag auf ein Verbotsverfahren vom Januar 2001 wurde argumentiert, die NPD sei hinsichtlich ihrer „Programmatik, Taktik, Strategie, Traditionspflege und Sprache wesensverwandt mit der NSDAP“.<sup>118</sup> Die NPD benannte Mahler im März 2001 – nach einer kontroversen parteiinternen Debatte – zu ihrem Verfahrensbevollmächtigten. Mahler vertrat in Folge eine offensive Prozessstrategie, die sowohl eine weitere Integration von NS-apologetischen Kräften in die Partei als auch eine starke mediale Präsenz mittels provokanten Aktionen umfasste. Der Parteivorsitzende Udo Voigt sprach sich ebenfalls für eine solche Prozessstrategie aus, während andere Kräfte in der Partei einer Prozessbevollmächtigung Mahlers äußerst kritisch gegenüber gestanden hatten, vor allem wegen dessen Neigung zur „Selbstdarstellung“ und seiner „überhöhte[n] Ideologisierung“.<sup>119</sup> In Mahlers Stellungnahme zum Verbotsantrag des Bundestages – die am 20. April 2001, dem Geburtstag Adolf Hitlers, veröffentlicht wurde – forderte dieser eine Nichtzulassung des Haupt-

verfahrens, insbesondere widersprach er der vom Bundestag behaupteten Wesensverwandtschaft der NPD mit dem historischen Nationalsozialismus. Dennoch äußerte Mahler in der Parteizeitung *Deutsche Stimme*:

„Die Antragsteller wüten gegen den Begriff ‚Volksgemeinschaft‘. Bei aller Gegensätzlichkeit ergibt sich auch immer Gemeinsamkeit. Diese besteht hier in der Übereinstimmung darin, daß die Idee der Volksgemeinschaft für den Nationalsozialismus – hier als Volksbewegung verstanden – wesensbestimmend war und für die NPD gleichfalls im Mittelpunkt aller Überlegungen zur Neugestaltung Deutschlands steht.“<sup>120</sup>

Das BVG beschloss trotz Mahlers Widerspruch im Oktober 2001 die Eröffnung des Verfahrens, die mündliche Verhandlung über die Verbotsanträge wurde auf Februar 2002 terminiert. Mahler nutzte die öffentlichen Auftritte im Rahmen des Verbotsprozesses – wie vom gemäßigten Flügel der NPD befürchtet – massiv für seine rechtsradikale Agitation. Die NPD hatte dabei die Funktion eines Katalysators für Mahlers Ideologie: „Der NPD ist die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, im Verbotsverfahren vor dem BVG die Stimme des von den Siegermächten handlungsunfähig gemachten Deutschen Reiches zu erheben. Nach einem halben Jahrhundert wird diese Stimme endlich wieder gehört werden – weltweit. Die Botschaft ist: Das Deutsche Reich lebt“,<sup>121</sup> schrieb Mahler im August 2002. Ganz im Sinne der von ihm favorisierten offensiven Prozessstrategie betrieb Mahler eine noch radikalere antisemitische Agitation als in den Jahren zuvor. Die jüdische „Weltherrschaft“ wurde für alle Übel des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht:

„Der Gedanke bricht sich Bahn, daß es Juden in bewährter Weise verstanden haben, die Opfer-Propaganda als Rauchvorhang aufzuziehen, hinter dem die grauenhaften Zeugnisse ihrer Täterschaft der Wahrnehmung entzogen bleiben. Das beziehe ich nicht nur auf den Völkermord an den Palästinensern. Die Entvölkerung Afrikas, die 100 bis 150 Millionen beim Menschenfang getöteten Neger, stelle ich in ihr Schuldkonto ebenso ein wie die Atombrandopfer von Hiroshima und Nagasaki sowie die etwa 10 Millionen Opfer der von der US-Ostküste nach 1945 weltweit geführten Kriege und verübten Terrorakte. Und bei noch genauerem Hinsehen sind auch die 50 Millionen Kriegstoten

des Zweiten Weltkrieges allein den New Yorker Bankjuden anzulasten [...].“<sup>122</sup>

Die Gegner einer Prozessbevollmächtigung Mahlers in der NPD konnten sich bestätigt fühlen: Im Bericht des *Verfassungsschutzes* des Jahres 2002 wurden Mahlers antisemitische Äußerungen als Belege für eine Verfassungsfeindlichkeit der NPD aufgeführt.<sup>123</sup> Dennoch stützte der Parteivorsitzende Voigt Mahler weiterhin, im Januar 2002 veröffentlichten beide zusammen in der *Deutschen Stimme* eine gemeinsame Stellungnahme für den Fall eines Verbots. Darin skizzierten Mahler und Voigt einen weiteren außerparlamentarischen und militanten Weg der NPD, sollte diese den Prozess verlieren: „Der Urteilsspruch entscheidet auch darüber, ob sich der Kampf für Deutschland in den vom Grundgesetz vorgezeichneten Bahnen – also friedlich – entfalten kann, oder ob Deutsche auf den Weg des Ungehorsams gegen die Staatsgewalt der BRD gezwungen werden.“<sup>124</sup> Ebenfalls im Rahmen einer „offensiven Prozessstrategie“ agierte Mahler wie in den Prozessen der 1960er Jahre mit der Anrufung des Europäischen Gerichtshofes und beantragte 2001 dort die Prüfung, inwieweit ein von der BRD durchgesetztes Verbot der NPD gegen europäische Rechtsnormen verstoße.<sup>125</sup> Trotz der umfangreichen Aktivitäten Mahlers schien noch Ende 2001 deren Verbot wahrscheinlich. Erst als im Januar 2002 publik wurde, dass Teile der NPD-Bundes- und Landesvorstände mit Mitarbeitern des *Verfassungsschutzes* besetzt waren und deren Äußerungen unter anderem für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei herangezogen worden waren, konnte Mahler dies geschickt nutzen, um eine Einstellung des Verfahrens zu erwirken. Er konnte dabei sogar auf eigene Erfahrungen mit dem *Verfassungsschutz*-Mitarbeiter Peter Urbach aus den 1960er Jahren verweisen.<sup>126</sup> Anlässlich eines Erörterungstermins im Oktober 2002, bei dem über den tatsächlichen Einfluss des *Verfassungsschutzes* diskutiert werden sollte, bestritt Bundesinnenminister Schily eine Fremdsteuerung der NPD durch den *Verfassungsschutz*, während Mahler die Auffassung vertrat, diese sei gezielt unterwandert worden. In einer persönlichen Stellungnahme erklärte Mahler: „So wie die Dinge jetzt liegen, ist das Verbotsverfahren [...] nicht mehr durchführbar. Die Antragsteller haben die Essentialia eines geordneten Gerichtsverfahrens in irreparabler Art und Weise ignoriert. Das kann allein zu ihren Lasten gehen.“<sup>127</sup> Im März 2003 folgten drei der sieben Bundesrichter der Argumentation Mahlers, bezeichneten das Vorhandensein von *Verfassungsschutz*-Mitarbeitern als ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“<sup>128</sup> und bewirkten damit die Verfahrenseinstellung. Mahler hatte sich gegen seine ehemaligen Verteidiger Schily und Schröder behaupten kön-

nen. Das Agieren des *Verfassungsschutz* veranlasste Mahler zu einer umfangreichen, knapp 400-seitigen „Stellungnahme zur ‚V-Mann-Affäre‘ im NPD-Verbotsverfahren“.<sup>129</sup> Darin erörterte Mahler die Zusammenhänge zwischen geheimdienstlichem Agieren und den Bestrebungen für ein NPD-Verbot. Er wolle mit der Stellungnahme zeigen, dass „verdeckte kriminelle Operationen zum regulären Repertoire der Geheimdienste gehören.“ Das „regierende Parteienkartell“ sowie die „Eine Weltmacht“, deren Zentrale Mahler seinem antisemitischen und antiamerikanischen Weltbild entsprechend an der US-amerikanischen „Ostküste“ verortete, würden jede „grundsätzliche Opposition“ gegen das „liberal-kapitalistische System“ im parlamentarischen Rahmen im Keim ersticken und im Notfall verbieten. Der Kampf der politischen Institutionen sowie von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gegen die NPD, die parteipolitische „Gegenwehr gegen die Auflösung des Deutschen Volkes in ein multiethnisches Gemisch“, folge dabei den Prinzipien, die die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in der Frage der Behandlung des geschlagenen „Deutschen Reichs“ formuliert hätten – angeblich hätten Stalin und Roosevelt eine Vereinbarung beschlossen, in der die „Beseitigung der völkischen Reinheit“ festgeschrieben sei und seien dabei von den „Juden“ gesteuert worden. Unmittelbar nach der Einstellung des Verbotsverfahrens trat Mahler wieder aus der NPD aus: Diese sei am „Parlamentarismus ausgerichtet, deshalb unzeitgemäß und – wie das parlamentarische System selbst – zum Untergang verurteilt.“<sup>130</sup> Mahler erklärte, nur aus Solidarität in die Partei eingetreten zu sein, um ihr im Verbotsprozess mit „Hingabe“ dienen zu können. Auch kündigte Mahler an, sich ab nun noch stärker mit dem Themenkomplex Holocaustleugnung auseinandersetzen zu wollen, wobei er fürchte, dass die NPD bei einem weiteren Verbleib seiner Person ernsthaften Schaden nehmen könne.

In der Tat hatten Mahlers öffentliche Äußerungen als Mitglied der NPD für eine verstärkte Beobachtung der Partei durch den *Verfassungsschutz* gesorgt: Seit 1999 wurde Mahler unter der Kategorie „Rechtsextremismus“ in den *Verfassungsschutz*-Berichten des Bundesinnenministeriums aufgeführt. Seit seinem Beitritt zur NPD lieferte Mahler mit seinen radikalen antiparlamentarischen, antisemitischen und antiamerikanischen Verlautbarungen stets neues Anschauungsmaterial für den Geheimdienst. Insbesondere hatte sich Mahler als NPD-Mitglied im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 auf Einrichtungen in den USA radikal in der Öffentlichkeit positioniert: Bereits einen Tag nach den Anschlägen durch das radikal-islamistische, dschihadistische Terrornetzwerk *Al Quida* hatte Mahler im Rahmen des *Deutschen Kollegs*

eine Stellungnahme veranlasst, auf welche ein Interview mit der ARD folgte, aufgrund dessen wiederum ein Strafbefehl in Höhe von 6.000 Euro wegen Billigung einer Straftat gegen Mahler vollstreckt wurde:<sup>131</sup> In seiner Erklärung vom 12. September 2001 mit dem Titel *Independence Day Live* stellte Mahler das durch die „Luftangriffe“<sup>132</sup> markierte „Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus“ fest. Für Mahler gingen alle negativen Entwicklungstendenzen und Widersprüche der kapitalistischen Moderne von den USA aus, diese sei eine leere und oberflächliche, lediglich „sogenannte Zivilisation“.<sup>133</sup> In Mahlers Weltbild arbeitete eine kleine Gruppe von „One-World-Strategen“ und „Globalisten“ beständig an ihrer Herrschaft über die gesamte Welt. Diese kleine Gruppe habe auch im Kontext der Anschläge alles dafür getan, dass die wahren „Zusammenhänge“ und Ursachen „unsichtbar bleiben“<sup>134</sup> würden. Jenes Netzwerk, die „Ostküste, dieses Machtgeflecht von Geld und Militär, das weltweit agiert, in der Absicht, eine Weltherrschaft zu errichten und zu sichern“, bestehe nach Mahler nur aus „einige[n] Menschen“.<sup>135</sup> Angesichts der neuen Lage in der Welt stellte Mahler apodiktisch fest: „Es ist Krieg – gegenwärtig an unsichtbaren Fronten weltweit.“<sup>136</sup> In diesem Krieg stünden sich die „Finanz-Eliten“ aus den USA, die „US-Ostküste“ und die „Völker“ der Welt, insbesondere das „kraftvolle Volk der Deutschen“,<sup>137</sup> antagonistisch gegenüber; gleichzeitig seien terroristische Aktionen der kleinen, schwachen bzw. beherrschten Völker gegen die wesentlich bösen USA, den „Feind der Völker“<sup>138</sup> gerechtfertigt. Insbesondere die Attentäter vom 11. September seien zu verteidigen, da diese das „Herz dieses Ungeheuers“<sup>139</sup> erstmals effektiv getroffen hätten. Auch setzte Mahler die antiamerikanischen Terroranschläge mit dem eigenen Engagement in der ehemaligen Protestbewegung gleich: „Die gerechte Seite ist die Seite der Völker – wie damals 1968. Die USA sind die globale Macht, die die Völker unterdrückt und zerstört. Die wehren sich. Und da bin ich immer schon auf der Seite der Völker gewesen.“<sup>140</sup> Die damaligen Parolen „USA-SA-SS“ oder „USA – Internationale Völkermordzentrale“<sup>141</sup> seien nach wie vor richtig. Der Endkampf der „Völker“ gegen die USA sei notwendigerweise ein „Weltkrieg“, in dem diese vor die Wahl gestellt würden, „zu kämpfen oder unterzugehen“.<sup>142</sup> Den eschatologischen Erlösungscharakter von Mahlers Weltbild verdeutlicht die Vorstellung, dass erst wenn die von der „Ostküste“ der USA ausgehende jüdische Weltverschwörung durch eine weltweite Erhebung der „Völker“ gegen die „Macht des Geldes“<sup>143</sup> überwunden worden sei, die Welt in einem befreiten Zustand existieren könne. Mit den

Anschlägen sei der „Anfang“ des Endes der jüdisch-US-amerikanischen Welt-herrschaft eingeläutet worden, von diesem Zeitpunkt aus sei eine zukünftige „Zeitrechnung“ zu bestimmen. In den nächsten „5, 10, 20 Jahre[n]“ sei diese Herrschaft zu Ende, der Kampf bereits in sein „Endstadium“<sup>144</sup> eingetreten. Gegen die „Ostküste“ müssten die „Völker“ der Welt, insbesondere das deutsche und die „Völker des Mittleren Ostens“, vor allem die „Palästinenser, die Iraker, die Afghanen“<sup>145</sup> gemeinsam kämpfen. Mahler verknüpfte die Anschläge mit dem von ihm geführten Kampf des „deutschen Volkes“ gegen die „Auslöschung“<sup>146</sup> seiner Identität. Die Macht der „Ostküste“ sei im Begriff, durch die von den USA herbeigeführte gezielte „Durchmischung der Völker“ „auch das deutsche Volk zu zerstören.“<sup>147</sup> In Mahlers Äußerungen zum 11. September 2001 verdichtete sich nochmals dessen antisemitisches und antiamerikanisches Weltbild zu einer radikalen Schuldabwehr: Selbst als Mahler den Opfern sein „Mitgefühl“ ausdrückte, stellte er zugleich klar, dass hierbei eigentlich an die „Opfer des anglo-amerikanischen Bombenterrors“ im Zweiten Weltkrieg zu denken sei. Der Anschlag sei auch deswegen „rechtens“, da die USA selbst so viele Verbrechen begangen hätten: Die USA „haben die Indianer ausgerottet, sie haben etwa 100 bis 150 [Millionen] Afrikaner getötet, um 10 [Millionen] Sklaven in die USA zu verschleppen. Sie haben Pearl Harbour inszeniert, sie haben den 2. Weltkrieg inszeniert. Das alles kommt auf das Konto der Macht des Bösen.“ Die schuldrelativierende Funktion solcher Einlassungen zeigen sich insbesondere an den von Mahler aufgerechneten Opferzahlen, die sowohl die Zahl der Opfer der Shoa (6 Millionen) als auch der gesamten Opfer des Zweiten Weltkriegs (etwa 60 Millionen) bei weitem überstieg.

Während des Verbotsverfahrens hatte Mahler hauptsächlich in der von Andreas Röhler und Peter Töpfer herausgegebenen Zeitschrift *Sleipnir* publiziert. Diese hatte es sich seit 1995 zur Aufgabe gemacht, linke und rechte Diskussionen zusammenzuführen und politisch in einer „Querfront“<sup>148</sup> zu vereinen. Mahler verstand sich seit 2001 als eine der kommenden Führungsfiguren des rechtsradikalen Milieus in der BRD, wemgleich sein bekannter Hang zur Selbstdarstellung und überspitzender Polemik selbst in den radikalisierten Rändern dieses Milieus zu kritischen Einwänden führte: In einer Replik auf Mahlers dortige Veröffentlichungen setzte sich der als nationaler Anarchist verstehende Peter Töpfer mit Mahlers Thesen auseinander.<sup>149</sup> Töpfer bezeichnete Mahlers Denken als „philosophisch-religiösen Fundamentalismus“ und kritisierte insbesondere dessen Tendenz, seine eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse in identifikatorischer Absicht auf ein Kollektiv zu übertragen: „Hier

handelt es sich um eine Usurpierung des Volkes und einen Mißbrauch des Begriffes Volk. Keiner darf sich an die Stelle des Ganzen setzen!“ Trotz Töpfers Kritik erkannte dieser den Nutzen einer relativ prominenten Person wie Mahler für die eigene politische Agitation an. Er lobte Mahler als „charismatische Erscheinung“, kritisierte ihn aber als „Prediger“, der sich nicht als „Führungsfigur“ für das rechtsradikale Milieu eigne. An anderer Stelle wurde Mahler von einem Leser des *Sleipnir* bescheinigt, „keine Angst“<sup>150</sup> zu kennen und mutig zu sein. Allerdings erschienen im *Sleipnir* auch kritische Artikel zu den Publikationen Mahlers: Ende 2001 setzte sich ein Artikel kritisch mit der Hegelrezeption und der Tora-Exegese Mahlers auseinander und kritisierte diesen, er „überschätz[e] Hegel erheblich“, auch seien seine religiösen Überzeugungen „noch nicht ausgereift“.<sup>151</sup>

### **Holocaustleugner und Nationalsozialist (seit 2003)**

Mahler hatte sich bereits im Frühjahr 2001 mit der Absicht getragen, an einer Konferenz revisionistischer Historiker in Beirut teilzunehmen und dort – noch als NPD-Mitglied – eine Rede zu halten. An der Konferenz hatten auch Vertreter radikal israelfeindlicher und antisemitischer Organisationen aus dem Nahen Osten teilnehmen sollen.<sup>152</sup> Zwar hatte die libanesische Regierung die Konferenz auf Grund des öffentlichen Drucks kurzerhand verboten, was Mahler jedoch nicht davon abhielt, seinen geplanten Redebeitrag im Rahmen des *Deutschen Kollegs* zu veröffentlichen. In seinem antisemitischen Redemanuskript leugnete Mahler allerdings die Shoa (noch) nicht, zog jedoch den durch diese ausgelösten „Schamkomplex“<sup>153</sup> als Ursache für eine angebliche jüdische Welt Herrschaft heran und wollte die als Bündnispartner verstandenen Konferenzteilnehmer dazu auffordern, den „Kampf gegen diesen Feind“ an eine „Front zu verlagern, [...] an der er nicht verschanzt“ sei. Auch später versuchte Mahler, radikalislamistische und antiisraelische Organisationen als Bündnispartner zu gewinnen: Unter anderem besuchte er gemeinsam mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt im Oktober 2002 eine Vortragsveranstaltung der *Hizb ut Tahrir al-Islami* (dt.: *Islamische Befreiungspartei*) an der TU Berlin. Dort wurde offen zum Einsatz von Gewalt gegen Israel aufgerufen. Noch 1999 hatte Mahler gegen die Einwanderung von muslimischen Migranten agitiert, nun, nach den Anschlägen vom 11. September 2001, betrachtete er sie als Verbündete im Kampf gegen die USA und Israel:

„Die USA haben ja diesen Zustand herbeigeführt, überall die Völker zu durchmischen. Und sie sind verantwortlich dafür. Deswegen: wir kämpfen nicht gegen die Moslems hier. Wir kämpfen nicht gegen die Menschen, die ihre Chancen hier wahrgenommen haben. Wir kämpfen gegen diese Weltordnung, wollen unsere eigene Ordnung, unter der wir uns mit diesen Menschen hier auf menschliche Art und Weise auseinandersetzen.“<sup>154</sup>

Nach dem Verlassen der NPD Anfang 2003 radikalisierte sich Mahlers Weltbild erneut: Wie bei seinem Austritt angekündigt wurde die Frage nach der Legitimität der „Holocaustleugnung“ sein neues zentrales politisches Betätigungsfeld. Schon Ende 2001 hatte Mahler das Mandat des rechtsradikalen Musikers und mehrfachen NPD-Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten Frank Rennicke übernommen.<sup>155</sup> Rennicke war im Oktober 2002 unter anderem wegen der in seinen musikalischen Darbietungen artikulierten Volksverhetzung zu 17 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Rennickes Rechtsanwalt Mahler beantragte nun eine Verfassungsbeschwerde beim BVG. In dieser inhaltlichen Auseinandersetzung – unter anderem wollte Mahler die Altbundeskanzler Schmidt und Kohl als Zeugen vorladen – radikalisierte Mahler seine Abwehr der diffus empfundenen Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft abermals und leugnete nun öffentlich die historische Faktizität der Shoa.<sup>156</sup> Unter anderem argumentierte Mahler in dem über 200 Seiten umfassenden Revisionsantrag, dass alle von der „Siegerjustiz“<sup>157</sup> der Alliierten und der bundesdeutschen Justiz nach 1949 verurteilten NS-Verbrecher „unschuldig“ gewesen seien, dass eine Massenvernichtung von Juden nicht stattgefunden habe und legte umfangreich seine ans Obsessive grenzende Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung dar:

„Die offensichtlich mit der Politik abgestimmte Verstrickung der Justiz in den Abwehrkampf der Judenheit gegen die geschichtliche Wahrheit ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß es mit der Verfolgung der ‚Holocaustleugner‘ um etwas Bedeutendes geht: Diese sind die gefährlichste Bedrohung der Holocaustreligion. Mit dieser aber steht und fällt die Weltherrschaft (Oberlercher) des Judentums sowie die Existenz Israels. Wir haben es hier mit dem neuralgischen Punkt der gegenwärtigen Weltgeschichte zu tun.“

In diesen Sätzen verdichtete sich Mahlers antisemitisches Weltbild nochmals: Er selbst stünde demnach – als Verteidiger von Rennieke – an einem „neuralgischen Punkt“ der gesamten Menschheitsgeschichte und könne mit der Enthüllung der Tatsache, dass die Shoa niemals stattgefunden habe, das Ende der „jüdischen Weltherrschaft“ einleiten. Mahler schloss seine Ausführungen mit dem paradigmatischen Satz: „Das Deutsche Volk und Frank Rennieke sind freizusprechen.“ Erstmals öffentlich hatte Mahler die Existenz der Shoa allerdings schon im Februar 2003 geleugnet.<sup>158</sup> Zusammen mit dem Witikobund-Aktivisten Rigolf Hennig veröffentlichte er das *Verdener Manifest*, in dem die Autoren in aller Deutlichkeit die Existenz der Shoa bestritten und mit der im Oktober 2000 von palästinensischen Organisationen eingeleiteten *Al-Aqsa-Intifada* in Zusammenhang brachte:

„Der Aufstand gegen die Jüdische Weltherrschaft hat in Palästina mit der 2. Intifada begonnen. Der Befreiungskrieg setzt sich jetzt fort in Deutschland mit dem Angriff auf das Dogma von den 6 Millionen im Gas umgekommenen Juden [...]. Die Völker leiden unter der Meinungsdiktatur Israels und seiner Hilfstruppen – am schlimmsten ergeht es dabei dem Palästinensischen und dem Deutschen Volk. Während das Palästinensische Volk den Tod durch israelische Panzer und israelische Mörderbanden erleidet, wird das Deutsche Volk Opfer eines von Jüdischen Institutionen organisierten Seelenmordes, wie es ihn in der Geschichte noch nie gegeben hat.“<sup>159</sup>

In diesem Manifest nahm Mahler Bezug auf einen Artikel, den Fritjof Meyer (*Spiegel*-Redakteur und Politologe) im Mai 2002 in der historiographischen Fachzeitschrift *Osteuropa* veröffentlicht hatte und in dem die These vertreten wurde, im KZ Auschwitz-Birkenau seien statt der bisher angenommenen Opferzahlen nur 510.000 Menschen ermordet worden.<sup>160</sup> Der Artikel löste eine breite, bis 2004 andauernde Kontroverse aus, in der die Thesen Meyers von der Fachwissenschaft widerlegt wurden.<sup>161</sup> Begeisterte Resonanz erfuhr Meyers Artikel jedoch im Milieu der bundesdeutschen Holocaustleugner, welche Anfang 2003 eine Kampagne starteten, in der unter anderem Mahler Meyers Artikel an verschiedene öffentliche Institutionen versandte und anschließend Selbstanzeige erstattete.<sup>162</sup> In der Erwartung einer Abweisung der Selbstanzeige, der eine anschließende Skandalisierung folgen sollte, wurde der Versuch unternommen, eine öffentlichkeitswirksame Plattform für die Holocaustleugnung zu schaffen; tatsächlich wurden vielerorts die Selbstanzeigen wegen „mangelnden

Tatverdachts“<sup>163</sup> eingestellt. Weiter versuchte Mahler mit einer öffentlichkeitswirksamen Protestaktion Aufmerksamkeit für den von ihm ausgerufenen *Aufstand der Wahrheit* zu erlangen:<sup>164</sup> Eine geplante Verlesung des *Verdener Manifestes* durch Mahler auf dem Gelände des ehemaligen KZs Auschwitz-Birkenau wurde mittels eines durch die bundesrepublikanischen Behörden auferlegten Ausreiseverbots unterbunden, weshalb die rechtsradikalen Aktivisten stattdessen am 30. Juli 2003 auf dem Gelände der Wartburg eine öffentliche Protestaktion durchführten. Die Resonanz sowohl in der Öffentlichkeit als auch im rechtsradikalen Milieu war jedoch kaum wahrnehmbar. Während der Kundgebung auf der Wartburg hatte Mahler ein Transparent mit der Aufschrift „Den Holocaust gab es nicht“ gehalten.<sup>165</sup>

Um den Bestrebungen für eine Straffreiheit der Holocaustleugnung ein organisatorisches Dach zu geben, gründete Mahler mit anderen im Rahmen einer Veranstaltung des rechtsradikalen *Collegium Humanum* in Vlotho (Nordrhein-Westfalen) am 9. November 2003 (dem 65. Jahrestag der Reichskristallnacht) den *Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten* (VRBHV). Mahler war neben Ursula Haverbeck-Wetzel, der Witwe des hochrangigen NSDAP-Funktionärs Werner Haverbeck, und dem Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub die „treibende Kraft“<sup>166</sup> hinter der Vereinsgründung, an der zudem international bekannte Holocaustleugner wie Ernst Zündel, Manfred Roeder, Frank Rennie und Anneliese Remer mitwirkten. In der Gründungserklärung des (nicht eingetragenen) VRBHV hieß es: „Wir [...] geben Zeugnis davon, dass in allen Erdteilen Menschen redlicher Gesinnung den Holocaust im Sinne einer systematischen Vernichtung der europäischen Judenheit durch die Regierung des Deutschen Reiches bezweifeln.“<sup>167</sup> Auch auf Grund dieser Erklärung wurde unter anderem gegen den Mitunterzeichner Mahler polizeilich ermittelt. Ziel des VRBHV war es, die „bisher vorherrschende Vereinzelung der [wegen der Leugnung des Holocausts] Verfolgten aufzuheben, [...] die notwendige Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu gewährleisten und die finanziellen Mittel für einen erfolgreichen Rechtskampf bereitzustellen“.<sup>168</sup>

Ausgehend von Mahlers revisionistischer Betätigung im Rahmen des *Collegium Humanum* und des VRBHV betätigte er sich seit 2004 auf der Suche nach einer weiteren Plattform für seine politische Aktivitäten im Rahmen der *Reichsbürgerbewegung* (RBB, später auch: *Reichsbürger*, RB). Im Vorfeld war es zu einem weitgehenden Ende der Zusammenarbeit mit dem *Deutschen Kolleg* gekommen.<sup>169</sup> Die RBB/RB sollte als aktivistische Gruppe alle „Deutschen“ gegen die

„Fremdherrschaft“ der BRD mobilisieren, die von Mahler nun als „Organisationsform einer Modalität der Feindmächte des Deutschen Reichs“ („OMF-BRD“) bezeichnet wurde. Die Chiffre „OMF-BRD“ nahm Bezug auf eine 1948 vor dem Parlamentarischen Rat gehaltene Rede des Staatsrechtlers Carlo Schmid (SPD): In dieser hatte Schmid – vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes – den Zustand der Besatzung zwischen 1945 und 1948 als „im Grunde nichts anderes [ist] als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“ bezeichnet.<sup>170</sup> Schmid dient(e) vielen „Reichsbürgern“ als historischer Kronzeuge für die These von einer Illegitimität der BRD.<sup>171</sup> Das Milieu der *Reichsbürger*-Bewegung war und ist heillos in mehrere Einzelgruppen und -personen zersplittert. Gemein ist allen Gruppen, dass sie das Grundgesetz der BRD nicht anerkennen und die Auffassung vertreten, das „Deutsche Reich“ habe 1945 nicht aufgehört zu existieren und bestünde weiter. Damit einhergehend erkennen die verschiedenen *Reichsbürger*-Gruppen die Legitimität aller bundesrepublikanischen Institutionen nicht an. In der BRD existier(t)en mehrere verschiedenen „Reichsregierungen“ und weitere „Reichseinrichtungen“, die unter anderem verschiedene „Reichspapiere“, wie Ausweise und Führerscheine, an ihre Mitglieder bzw. „Untertanen“ ausstell(t)en. Das Milieu der organisierten *Reichsbürger* war jedoch immer sehr klein: 2012 wurden diesem weniger als 500 Personen zugerechnet.<sup>172</sup> Mahlers Schwerpunkt innerhalb der Aktivitäten der RBB/RB lag im Bereich von Schulungsveranstaltungen, die er nach wie vor auch in Zusammenarbeit mit dem *Deutschen Kolleg*, dem *Collegium Humanum* und des VRBHV abhielt. Seit 2006 wurde von Mahler und seinen Anhängern der Informationsdienst *Das Reich* herausgegeben.<sup>173</sup> Später benannte sich die RBB/RB in *Völkische Reichsbewegung* um. Nach wie vor sollte diese laut Mahler eine „breite, bundesweite Sammlungsbewegung Gleichgesinnter“<sup>174</sup> bilden, aus der die Gründung eines nationalsozialistischen „Vierte[n] Reich[s]“ hervorgehen solle.

Mahler verlor nun auch im rechtsradikalen Milieu an politischem Boden und war spätestens seit 2006 weitgehend isoliert; nur eine kleine, ultraradikale Gruppe von Holocaustleugnern war weiterhin in seinem Sinne aktiv. Seine wohl engste Unterstützerin fand Mahler in der Rechtsanwältin Sylvia Stolz, mit der er sich 2007 verlobte.<sup>175</sup> Stolz hatte unter anderem den deutsch-kanadischen Holocaustleugner Ernst Zündel juristisch vertreten und selbst mehrfach – auch vor Gericht – die Faktizität der Shoa bestritten. Als Mahler 2006 in Verdacht geriet, erneut an einer geschichtsrevisionistischen Konferenz teilnehmen zu wollen, wurde ihm von den bundesdeutschen Behörden zur Hinderung an der

Ausreise erneut der Reisepass entzogen.<sup>176</sup> Mahler hatte sich im Vorfeld aktiv um das Zustandekommen der Konferenz in Teheran bemüht und in einer iranischen Zeitung den Holocaust leugnenden iranischen Präsidenten gelobt: „Ahmadinejad hat uns sehr geholfen, der Holocaust hat nie stattgefunden. Er ist die größte Lüge der Geschichte.“<sup>177</sup> Fest in das internationale Milieu der Holocaustleugner eingebunden, bekannte sich Mahler nun auch weit offener und schärfer zum historischen Nationalsozialismus. So publizierte er seit 2006 auch für das geschichtsrevisionistische *Adelaide-Institute* (Australien). In einem dort veröffentlichten Schreiben an die Ehefrau von Ernst Zündel schrieb Mahler: Das „Deutsche Volk“ sei „erst dann wieder frei, wenn Deutsche ungehindert mit den Hakenkreuzfahnen der Nationalsozialistischen Bewegung durch das Brandenburger Tor marschieren“<sup>178</sup> könnten. Zum Prozess gegen Zündel hatte Mahler den von ihm vertretenden holocaustleugnenden Antisemitismus nochmals rhetorisch zugespitzt:

„Infolge der durch den 2. Weltkrieg militärisch erzwungenen Wehrlosigkeit des Deutschen Volkes gegen die Jüdischen Lügen ist es gelungen, die Züge des Deutschen Volkes – des Erlösers der Welt von der Zinsknechtschaft – im erfundenen Blausäurenebel des Zyklon B zur Teufelsfratze zu verzerren. In dem so gleichzeitig erzeugten Heiligenschein des ‚ewigen Opfervolkes‘ vermag Juda sich heute als der Messias darzustellen.“<sup>179</sup>

Wenngleich Mahler seine Formulierungen abermals radikalisiert hatte, blieb die Argumentation doch die gleiche: Mittels der „Auschwitzkeule“ sei das „Judentum“ dazu in der Lage, das „Deutsche Volk“ im Rahmen einer „Fremdherrschaft“ niederzuhalten. Auch Mahlers Antisemitismus hatte sich lediglich in der Wortwahl nochmals verschärft: „Wegen ihrer zersetzenden Wirkung [...] werden die Juden von den Völkern gehaßt. Und sie können diesen Haß nur im Auserwähltheitswahn und in der sicheren Erwartung der ihnen als Entschädigung zugesagten Weltherrschaft ertragen. [...] Der Gegenentwurf zum Individualismus [...des Judentums] ist der Nationalsozialismus als Idee der Volksgemeinschaft.“<sup>180</sup>

2008 wurden sowohl das *Collegium Humanum* als auch der VRBHV als zentrale organisatorische Plattformen der bundesdeutschen Holocaustleugner rechtskräftig verboten, wobei insbesondere Mahler großen Anteil an der revisionistischen Ausrichtung und Agitation der beiden Organisationen gehabt hatte. Vom VRBHV hatte Mahler sogar regelmäßig finanzielle Zuwendungen erhal-

ten.<sup>181</sup> Die öffentlichen antisemitischen und – seit 2003 – holocaustleugnenden Verlautbarungen Mahlers hatten für diesen auch juristische Konsequenzen: Bereits am 8. April 2004 hatte das Amtsgericht Tiergarten ein vorläufiges Berufsverbot gegen Mahler veranlasst. Das Gericht bescheinigte Mahler eine „menschenverachtende Handlungsweise“, die Nicht-Anerkennung der BRD und ihrer Institutionen sowie die öffentliche Artikulation eines antisemitischen, holocaustleugnenden Weltbildes während eines Prozesses gegen das *Deutsche Kolleg* 2004.<sup>182</sup> In diesem waren Mahler, Meenen und Oberlercher aufgrund von ihrem *Aufruf des Aufstands der Anständigen* vom Oktober 2000 wegen „gemeinschaftlicher Volksverhetzung“ angeklagt worden. Mahler nutzte den Prozess in bewährter Manier als Bühne für seine politische Agitation, was zu taktischen Differenzen mit Meenen und Oberlercher führte.<sup>183</sup> Zwar hatten auch diese während des Prozesses das „Deutsche Reich“ ausgerufen, Mahler jedoch nutzte den Prozess zusätzlich als „ideale Auftaktveranstaltung“ für die Anfang 2003 angekündigte und in der Öffentlichkeit bisher kaum beachtete Kampagne zur Holocaustleugnung.<sup>184</sup> Ganz im Sinne der RBB/RB hatten Mahler, Meenen und Oberlercher im Namen des *Deutschen Kollegs* zu Prozessbeginn eine *Erklärung zum politischen Schauprozess* verteilt und angekündigt, dass sich die am Prozess „beteiligten Juristen [...] demnächst vor Gerichten des Deutschen Reiches wegen dieser Verbrechen verantworten“<sup>185</sup> müssten. Über mehrere Verhandlungstage hinweg konnte Mahler im Rahmen der öffentlichen Verhandlung seine antisemitischen und holocaustleugnenden Positionen vertreten: Unter anderem erklärte er: „In der Vernichtung der Juden waltet Vernunft [...]. Milliarden Menschen wären bereit, Hitler zu verzeihen, wenn er nur den Judenmord begangen hätte.“<sup>186</sup> Damit provozierte er, wie auch beabsichtigt, weitere Strafprozesse wegen Leugnung der Shoa: In Mahlers narzisstischer Weltbetrachtung war er der Auffassung, dass ein Prozess wegen Holocaustleugnung gegen seine Person, einer – wie er selbst schrieb – „weltbekannte[n] Person der Zeitgeschichte“, erstmalig die Möglichkeit bieten würde, den „Auschwitz-Prozess“ (von 1963-65!) neu zu verhandeln. Bei dieser Neuauflage wollte Mahler die „Beweise zur Widerlegung der offiziellen Geschichtsschreibung“ einer weltweiten Öffentlichkeit darlegen.<sup>187</sup> 2004 konnte er zumindest in das rechtsradikal-revisionistische Milieu noch einige Wirkung entfalten – bis zu 100 mit Mahler sympathisierende Rechtsradikale fanden sich zu den öffentlichen Verhandlungen ein. In diesem Rahmen wurde von Peter Töpfer (unter anderem *Sleipnir*) und dem Querfrontler Bernhard Heldt ein *Komitee Freiheit für Horst Mahler* gegründet,<sup>188</sup> das wie das Komitee der RH der KPD in den 1970er Jahren

Mahlers Prozesse begleiten und ihn im Gefängnis unterstützen sollte. Am 12. Januar 2005 wurde Mahler zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten ohne Bewährung verurteilt, weitere Prozesse waren zu diesem Zeitpunkt bereits anhängig.<sup>189</sup> Beim Haftantritt in der JVA Cottbus-Dissenchen im November 2006 verabschiedete er sich von einer kleinen Gruppe seiner Anhänger mit den Worten „Heil Hitler“ und dem Zeigen des Hitlergrußes.<sup>190</sup>

Nach seiner Entlassung im August 2007 setzte Mahler seine antisemitische, holocaustleugnende Agitation fort und verherrlichte zudem in immer deutlicherer Form den historischen Nationalsozialismus. Im Rahmen eines Interviews erklärte er im September 2007: „[Die] Versklavung wird als solche gar nicht wahrgenommen. Es ist die Zinssklaverei, gegen die der Nationalsozialismus aufgestanden ist, und sie ist heute ein dringenderes Problem denn je. Die ganze Menschheit gerät in diesen Sog der jüdischen Zinsknechtschaft, und die ganze Menschheit muss sich davon befreien [...]“.<sup>191</sup> Im November 2007 wurde Mahler wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erneut zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.<sup>192</sup> Vorausgegangen war dieser Verurteilung ein Interview mit Michel Friedman für das Lifestyle-Magazin *Vanity Fair* im Oktober 2007, das Mahler mit einem Hitlergruß begonnen hatte und in dessen Folge Friedman Anzeige gegen diesen erstattete.<sup>193</sup>

Dieses Interview führte zur bis heute letzten größeren Publizität Mahlers seit dem NPD-Verbotsverfahren. Mahler breitete während des Interviews sein zum damaligen Zeitpunkt auch einer breiteren Öffentlichkeit bereits sattem bekanntes antisemitisches, antiamerikanisches, holocaustleugnendes und den historischen Nationalsozialismus verherrlichendes Weltbild aus, während Friedman mehrfach erfolglos versuchte, dieses argumentatorisch zu widerlegen. In bewährter antisemitischer Diktion bezeichnete Mahler das Judentum als „Herr im Hintergrund über alle Herren“ und erklärte Friedman, die „Juden“ und damit auch Friedman selbst, seien die „Negation zu den anderen [Völkern]“ und dementsprechend zwar einerseits die von allen Anderen „Gehassenen“, durch ihre Macht jedoch auch ein legitimer Anwärter auf die „Weltherrschaft“. Ebenfalls leugnete Mahler wiederholt die „systematische Vernichtung“ der europäischen Juden während des Zweiten Weltkriegs, bezeichnete sich stolz als „Nationalsozialist“ und charakterisierte Adolf Hitler als den „Erlöser des deutschen Volkes“. Friedman arbeitete mit Hilfe seiner individualpsychologischen Frageweise insbesondere Mahlers Motivation für dessen politisches Engagement heraus: Die Bilder von den Leichenbergen in den Konzentrations-

lagern hätten Mahler sein „ganzes Leben lang verfolgt“, so dass er sich geradezu „berufen“ gefühlt habe, sich mit der Shoa und der deutschen Schuld zu beschäftigen. Diese Auseinandersetzung leitete Mahler auch biographisch über den Suizid seines Vaters her, der – nach Mahler – die „Niederlage des Deutschen Reiches“ sowie die angeblich empfundene Schuld bezüglich der Shoa nicht habe verwinden können und aufgrund seiner Erschütterung darüber zugrunde gegangen sei. Mahler begriff seinen Kampf „gegen die maßlose Dämonisierung dieser Zeit“ sowie gegen die „Lügen, die man über uns kübelweise ausgeschüttet hat“, als eine Art Fortsetzung der Lebensweise seines nationalsozialistischen Vaters. Diesen Kampf führe er bereits seit den 1960er Jahren – damals freilich noch mit anderen Begrifflichkeiten und mit einem anderen „Bewusstseinsgrad“. Damals habe Mahler die „Lügen“ über die Schuld des „deutschen Volkes“ an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft „geglaubt“ und habe sich deswegen im Rahmen der ehemaligen Protestbewegung gegen die als Fortsetzung dieser Verbrechen verstandene BRD engagiert. Damals wie heute sei jedoch der „Feind [...] derselbe“ gewesen – damals der „US-Imperialismus“, heute die jüdische Weltherrschaft „USraels“. Im Ausbildungslager der *El Fatah* habe Mahler noch „Schuldgefühle gegenüber den Juden“ gehabt und sei „peinlich berührt“ gewesen, als ihm *El Fatah*-Mitglieder ihre Hitler-Zuneigung bekundet hatten.<sup>194</sup> Dieses „Schuldgefühl“, das Mahler mittlerweile für einen Ausdruck und ein Herrschaftsmittel der jüdischen „Fremdherrschaft“ hielt, sei das zu überwindende Problem: „Diese ganze Geschichte bestimmte mein ganzes Leben, und mein Leben ist nur zu verstehen aus dieser Geschichte heraus.“ In den 1960er und 1970er Jahren sei unter Mahlers heutigem Antisemitismus noch „Antizionismus“ verstanden worden – den in der deutschen Linken seit 1967 mehrheitsfähigen, oftmals antisemitischen Antizionismus bezeichnete Mahler als sehr weitgehend „für damalige Verhältnisse“. Damals wie heute habe er hinter allen Vorgängen „überall die gleiche Macht“ entdeckt, in diesem Sinne also schon immer „für dasselbe, immer für dasselbe“ gekämpft. Auch relativierte Mahler in diesem Gespräch die Gewalttaten der 1960er/70er Jahre: Diese hätten damals lediglich ihr Ziel verfehlt und seien deswegen abzulehnen, wenngleich der Einsatz von Gewalt jedoch gutzuheißen sei, wenn er effektiv den von Mahler artikulierten politischen Zielen diene – alles andere sei „Traumtänzeri“.

Nur wenige Wochen nach dem Interview wurde Mahler auf Grund der Anzeige Friedmans erneut zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt. In weiteren Prozessen wurde Mahler 2008 und 2009 wegen Volksverhetzung in

weiteren 15 Fällen zu einer Gesamtstrafe von insgesamt zwölf Jahren verurteilt; unter anderem hatte Mahler CDs mit antisemitischen und holocaustleugnenden Inhalt versendet und anschließend Selbstanzeige erstattet.<sup>195</sup> Mahlers gleichbleibende Bereitschaft, sich wegen seiner politischen Überzeugungen mehrfach verurteilen zu lassen, nötigte während eines Prozesses 2008 sogar der Oberstaatsanwältin Cäcilia Cramer-Krahorst „einen gewissen Respekt“<sup>196</sup> ab. Cramer-Krahorst hatte in ihrem Plädoyer zudem den „Mut“ Mahlers hervorgehoben und zog sich anschließend nach massiven Protesten aus Politik und Öffentlichkeit von ihrem Posten zurück. Im August 2009 verfasste Mahler im Gefängnis einen offenen Brief an den *Zentralrat der Juden in Deutschland*.<sup>197</sup> Dieses Dokument, von Mahler auch als *Manifest an die Söhne des Bundes (B'nai B'rith)* bezeichnet, gab nochmals Einblick in dessen mittlerweile vollends wahnhaftes Weltbild. Mahler schrieb den Brief, der zugleich sein „politisches Testament“ darstellen sollte,<sup>198</sup> an den *Zentralrat der Juden in Deutschland* in der Auffassung, damit gleichzeitig an die Organisatoren der „jüdische[n] Weltherrschaft“, die „Söhne des Bundes (B'nai B'rith)“,<sup>199</sup> zu schreiben. Darin erklärte Mahler, dass er alle Rechtsmittel, die ihm gegen seine diversen Verurteilungen zur Verfügung stünden, zurückgezogen habe und diese damit „rechtskräftig“ seien, wenngleich Mahler sie selbstredend nicht anerkenne, da diese von Gerichten einer „Marionettenregierung“ ausgesprochen und „deshalb null und nichtig“<sup>200</sup> seien. Die freiwillige Aufgabe aller Revisionsmöglichkeiten begründete Mahler mit der Sinnlosigkeit weiterer Appelle an die „Knechte“ der jüdischen „Marionettenregierung“.<sup>201</sup> In Rückgriff auf einen Beweisantrag, den Mahler während eines Prozesses gegen das *Deutsche Kolleg* verlesen hatte, erklärte er: „Die jüdische Weltherrschaft ist Realität und Ihr Söhne des Bundes (B'nai B'rith) seid deren Willensorgan.“<sup>202</sup> Mahler fabulierte von einem neuen „Nationalsozialismus“ ohne „Judenverfolgung und institutionalisierten Bürgerkrieg“, der die Welt vom „Alljudaismus“ zu dessen eigenem „Heil“<sup>203</sup> befreien werde. Dieser neue Nationalsozialismus werde die parlamentarische Demokratie überwinden und an ihre Stelle einen „freien Volksstaat nach dem Führerprinzip“ setzen.<sup>204</sup> Für die Herstellung dieses „Volksstaat[s]“ solle als eine Art Sofortmaßnahme eine Reihe „revolutionäre[r] Akte“<sup>205</sup> eingeleitet werden: Der „Wille zur Fremdbestimmung des Deutschen Volkes“ solle mit der Aufhebung des „Staatsschutzrechtes“ durchgesetzt werden, alle Urteile, die auf diesem „Staatsschutzrecht“ gegründet seien, müssten zudem aufgehoben, sämtliche Regularien des Parteienrechts abgeschafft und die „Willensäußerung“ des „Deutschen Volkes“ mit der Beseitigung der „größten Folgen der Feindeinwirkung auf das Bewusstsein

der Deutschen“<sup>206</sup> wieder ermöglicht werden. Eine Übergangsregierung solle die Geschäfte des „Deutschen Reichs“ vorerst verwalten; die von Mahler beigefügte Liste der Angehörigen dieser „provisorischen“ Reichsregierung las sich ebenso skurril wie megaloman, ihr sollten unter anderem angehören: der ehemalige Bundeskanzler und Mahler-Rechtsanwalt Gerhard Schröder für den Bereich „auswärtige Politik“, der Manager Ferdinand Piëch für die „Wirtschaftspolitik“, der ehemalige KSK-Kommandeur und rechtsradikale General a. D. Rainer Günzel für den „Wehrbereich“, Mahlers Lebensgefährtin Sylvia Stolz für die „Volksgesundheit“, der Manager Olaf Henkel als „Treuhand der Arbeit“, Deutsche Bahn-Chef Hartmut Mehdorn als „Verkehrspolitik[er]“, die neurechte Publizistin Eva Herrmann für den Bereich „Familienpolitik“, Mahlers Gesinnungsgenossin aus dem *Collegium Humanum* Ursula Haverbeck für das Feld der „Lebensabendgestaltung [!]“, der NPD-Politiker und Historiker Olaf Rose für die „Reinigung des Geschichtsbildes der Deutschen“ sowie Mahlers Sohn, der Informatiker Sven-Axel Mahler, für den Bereich der „Informationstechnologie“. Da Mahler den Platz des Regierungschefs freigelassen und den Brief mit folgendem Bibelzitat eingeleitet hatte: „Denket nicht, ich sei gekommen, Frieden auf die Erde zu bringen; Ich bin nicht gekommen[,] Frieden zu bringen, sondern das Schwert. [...] Wer nicht sein Kreuz nimmt und mir nachfolgt, ist meiner nicht wert“;<sup>207</sup> muss davon ausgegangen werden, dass er sich selbst als künftigen „Führer“ einer provisorischen Reichsregierung vorsah. Mahler war angesichts solcher Texte bis auf eine sehr kleine Gruppe an fanatischen Unterstützern politisch inzwischen vollständig isoliert: Einer dieser fanatischen Anhänger, der „Auschwitzprozessführer“ Gerd Walther, verfasste anlässlich von Mahlers 75. Geburtstages eine weihevolle Würdigung seines bisherigen politischen Wirkens mit dem Titel *Der 75. Geburtstag Horst Mahlers, sein Politisches Testament und kommende Aufgaben*.<sup>208</sup> Walther betitelte Mahler darin als „natürlichen Führer“ des „deutschen Volkes“, dessen „Mut“, sich der jüdischen „Weltherrschaft“ zu widersetzen, „nicht hoch genug eingeschätzt“ werden könne. Walther sah es als seine vordringlichste Aufgabe an, die „Gedanken Horst Mahlers“ in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.<sup>209</sup> Zu einer im gleichen Zeitraum vor der JVA Brandenburg stattfindenden Kundgebung unter dem Motto „Freiheit für Horst Mahler“ beteiligten sich noch einmal immerhin knapp 250 Personen.<sup>210</sup>

Anfang 2013 versuchte Mahler zum bis dato letzten Mal, publizistisch eine tagesaktuelle Debatte aufzugreifen: in *Das Ende der Wanderschaft* hatte Mahler eine Replik auf das Buch *The Wanderung Who?* des jüdischen Jazz-Musikers und

antizionistischen und die Shoa relativierenden Anti-Israel-Aktivisten Gilad Atzmon verfasst. Atzmons Buch war zuvor sowohl im rechtsradikal-antisemitischen Milieu als auch von antizionistischen Linken wohlwollend rezipiert worden.<sup>211</sup> Mahler lobte Atzmons Buch als einen „inspirierenden Beitrag“ eines Juden zur Beendigung der „Judenherrschaft über die Nichtjuden“.<sup>212</sup> Bei der umfangreichen Schrift Mahlers handelte es sich im Kern um den Versuch, dessen eigenes Weltbild anhand von Atzmons Buch zu belegen und insbesondere für eine Schuldabwehr fruchtbar zu machen. Einleitend erklärte Mahler nochmals seinen Begriff des „Judentums“ im Rahmen von Atzmons Begriffsbildung der „Jüdischkeit“, mit der sich dieser der Frage zugewandt habe, was das Judentum „als solches“ sei und worin die „Wurzel der Feindschaft gegen die Juden“<sup>213</sup> bestünde. Um die „Völker“ der Welt von der Schlechtigkeit „des Juden“ und des jüdischen Staates Israel zu überzeugen, und „den Juden“ die „Tarnkappe“ herunter zu reißen, bedürfe es demnach der „Mithilfe des ‚Menschen im Juden‘“.<sup>214</sup> Wie in seinen antisemitischen Texten der Vorjahre begriff Mahler „die Juden“ nicht als ethnisches Kollektiv, vielmehr sei das „Judentum“ ein „geistiges Prinzip“ und es sei danach zu fragen, welcher „Geist“<sup>215</sup> in den Juden wirke. Mahler ging so weit, zu behaupten, dass „die Juden“ selbst die rassistisch-biologistische Kategorisierung „erfunden“ hätten, um von ihrem weit gefährlicheren „geistigen Prinzip“<sup>216</sup> abzulenken. Mahler führte im Weiteren – in Anlehnung an Atzmon – aus, dass „das Jüdische ein Moment des Menschen überhaupt ist und latent in jedem Menschen“ wirke. Erst im Kampf gegen „die Juden“ könne der „innere Jude“ besiegt werden und die „Sittlichkeit“<sup>217</sup> im Menschen siegen. Mahler konkretisierte diese Ansicht nochmals in seiner Annahme, dass die Weltherrschaft des Judentums mit Hilfe der Hegel’schen Dialektik bzw. der „Deutschen Idealistischen Philosophie“ überwindbar sei, wenn die „nicht-jüdischen Völker“ den wahren Charakter des Judentums als „reinen Gedanken“ erkennen würden. Das nach Mahler antagonistische geistige Prinzip zum „Deutschen Idealismus“ sei der jüdische „Materialismus“. Mahler kritisierte sogar ausdrücklich den historischen Nationalsozialismus, welcher (im Rückgriff auf den Rasseantisemiten Wilhelm Marr) „die Juden“ lediglich als „Rasse- und Geldjuden“ begriffen, das weit gefährlichere Wesensmerkmal des „geistigen Prinzips“ des Judentums jedoch nicht erkannt habe und letztlich aus diesem Grunde daran gescheitert sei, die „jüdische Weltherrschaft“<sup>218</sup> zu beenden. Auf der Suche nach dem „Wesen der Juden“ erörterte Mahler in Anlehnung an Atzmon die These, die Juden selbst hätten den Antisemitismus „erfunden“, um zum einen über einen identitären

„Gründungsmythos“ für das „jüdische“ Volk zu verfügen und zum anderen eine „Angriffswaffe“ gegen die anderen „Völker“ der Welt zu besitzen.<sup>219</sup> Mahler griff damit eine radikalisierte Variante der Chiffre der „Antisemitismuskule“ auf, die schon früh sowohl im rechtsradikalen Milieu als auch in linken antizionistischen Zusammenhängen Verwendung gefunden hatte. In beiden Fällen wird unter der „Antisemitismuskule“ die Bezeichnung einer Aussage oder Handlung als „antisemitisch“ verstanden, um den Kritiker in der Öffentlichkeit zu brandmarken und zum Schweigen zu bringen.<sup>220</sup> Auch Mahlers Leugnung der Shoa wurde nun noch weiter in die Imagination einer „jüdischen Weltherrschaft“ integriert: Die Juden selbst hätten demnach mit dem Ziel der Weltherrschaft eine regelrechte „Holocaustreligion“ begründet. Mahlers Antiamerikanismus hingegen war – im Vergleich zu früheren Texten – nun endgültig gegenüber seinem phantasmagorischen, wahnhaften Antisemitismus in das zweite Glied gerückt. Die „totalitäre[n...] Judenherrschaft“ über die US-Regierung sei ein „Resultat der typisch [j]üdischen Kriegsführung“.<sup>221</sup> In Anknüpfung an Atzmons Ausführungen zum Wesen des „Zionismus“ als Herrschaftsmittel mit weltweitem Geltungsanspruch lobte Mahler diesen dafür, bei der Aufdeckung des Wirkens der jüdischen „Hintergrundmächte“<sup>222</sup> mitgeholfen zu haben. Als neuralgische Zentren der jüdischen Herrschaft über die US-Regierung sowie der Welt im Allgemeinen nannte Mahler die „Loge B'nai B[?]rith“, den „Jüdischen Weltkongreß“, die Trilaterale Kommission, die Weltbank, den IWF und die WTO, das „Bankhaus Rothschild“, „Hollywood“<sup>223</sup> sowie alle großen Zeitungen und Nachrichtenagenturen der USA. Mahler hatte *Das Ende einer Wanderschaft* Ende 2012 in der JVA Brandenburg a. d. Havel verfasst, das Papier wurde Anfang 2013 im Internet veröffentlicht. Die Staatsanwaltschaft Cottbus nahm daraufhin erneut Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen Mahler auf,<sup>224</sup> wengleich Mahlers letzte Texte ohne wahrnehmbare Resonanz auch im rechtsradikalen Milieu blieben. Lediglich die Partei *Die Rechte*, eine ultra-rechtsradikale Parteinuugründung des Neo-Nationalsozialisten Christian Worch, forderte noch 2013 auf Wahlplakaten die „Freiheit“ von Horst Mahler.<sup>225</sup>

### **Zwischenfazit: Antiamerikanisches und offen antisemitisches Weltbild – Schuldabwehr und die Leugnung der Shoa**

Während Mahler sich in den 1980er und frühen 1990er Jahren kaum noch in der Öffentlichkeit zu politischen Themen geäußert hatte und seine wenigen

Äußerungen keinen medialen Widerhall gefunden hatten, wurde sein öffentliches Bekenntnis zur politischen Rechten 1997 breit rezipiert, wengleich auch seine schnelle Radikalisierung innerhalb weniger Jahre nach und nach immer spärlicheres Interesse hervorrief. Anknüpfend an seine Hegel-Exegese in den 1970er und 1980er Jahren begriff sich Mahler als Schüler Günter Rohrmosers – die 1997 anlässlich dessen 70. Geburtstages von Mahler gehaltene Laudatio war zugleich der Beginn seiner öffentlichen Rezeption als Rechtsradikaler. Insbesondere verstand Mahler Rohrmosers Hegel-Interpretation als Möglichkeit für einen neuen, schuldbefreienden Zugang zur jüngsten deutschen Geschichte.

Erstmals seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis 1980 bemühte sich Mahler Ende der 1990er Jahre wieder um eine praktische politische Aktivität: Wollte er 1999 mit der Gründung der *Bürgerbewegung für Unser Land* noch ein breites gesellschaftliches Bündnis im Stile der ehemaligen Protestbewegung begründen, so markierte sein Eintritt in die NPD die Wende zum organisierten Rechtsradikalismus. Je weiter sich Mahler radikalisierte, desto geringer wurde die öffentliche wie politische Resonanz seines Engagements; spätestens seit seiner Inszenierung als Holocaustleugner bewegte sich Mahler nur noch in einem sektenhaften, von der Öffentlichkeit abgetrennten Milieu, wie beispielweise der *Reichsbürgerbewegung*. Seinen aktivistischen Schwerpunkt legte Mahler so oder so auf die Versuche, als ehemals prominenter Linker mit öffentlichen Beiträgen in gesellschaftliche, zumeist vergangenheitspolitisch inspirierte Debatten einzugreifen, so unter anderem in die Walser-Bubis-Debatte, in die Diskussion über das Buch von Daniel Goldhagen und in den Streit um das Holocaust-Mahnmal in Berlin. Auch mit dem NPD-Verbotsverfahren, dem *Verdener Manifest* und im Rahmen seiner zahlreichen Gerichtsprozesse versuchte Mahler Aufmerksamkeit für seine politischen Positionen zu generieren – freilich mit immer geringeren Erfolg, je radikaler seine Positionen wurden.

Mahlers öffentliches Bekenntnis zur politischen Rechten fiel Ende der 1990er Jahre mit der rechtsradikalen „Entpuppung“ weiterer ehemaliger Aktivistinnen der Protestbewegung zusammen,<sup>226</sup> ohne dass sich jedoch eine klar zu umreißende Gruppe im Sinne einer politischen Strömung konstituierte, noch sich gar – rückwirkend – eine genuin rechte Strömung in der einstigen Protestbewegung erkennen ließe.<sup>227</sup> So waren Mahlers Mobilisierungserfolge im Milieu seiner ehemaligen Genossen aus den 1960er und 1970er Jahren äußerst bescheiden, wengleich es diesem durchaus gelang – freilich in der ihm eigenen polemischen Zuspitzung –, ideologische Kontinuitäten zwischen der ehemaligen Protestbewegung bzw. der radikalen Linken der 1970er Jahre und seinen

eigenen zeitgenössischen Elaboraten herzustellen. Dies galt insbesondere für das nicht nur von Mahler seit den frühen 1960er Jahren vertretende marxistisch-leninistische Weltbild, das – in all seinen Schattierungen und der unterschiedlichen ideologischen Dichte der jeweiligen Ausprägung – stets eine strukturelle Affinität zu einem antisemitischen Weltbild aufgewiesen hatte, sowie für den ebenfalls nicht nur von Mahler vertretenden spezifisch schuldabwehrenden Antiamerikanismus und antizionistischen Antisemitismus.<sup>228</sup> Auch im Hinblick auf die affirmative Gewaltdiskussion der ehemaligen Protestbewegung als auch bei deren antiparlamentarischen Positionen konnte Mahler seit den späten 1990er Jahren anknüpfen.<sup>229</sup> Da zentrale Protagonisten der 1998 an die Macht gekommenen rot-grünen Bundesregierung einstige Aktivisten der Protestbewegung bzw. ihrer Zerfallsprodukte gewesen waren, hatte Mahler offenkundig darauf gesetzt, dass diese eine Revision der bisherigen Interpretation der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, vornehmen würden.<sup>230</sup> Als die neue Bundesregierung jedoch keine Anstalten machte, aus dem bis dato verfolgten pro-westlichen – und insbesondere nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 pro-US-amerikanischen – außenpolitischen Kurs der BRD auszuscheren, musste der „Machtantritt“ seiner ehemaligen Weggefährten Schröder, Fischer und Schily für Mahler tatsächlich und in sich kohärent als „Krone der Verfälschungen“<sup>231</sup> der Ideen der ehemaligen Protestbewegung erscheinen. Das von Mahler seit Ende der 1990er Jahre vertretene, zunehmend offen antisemitische Weltbild wies die gleichen strukturellen Merkmale auf wie sein marxistisch-leninistisches Weltbild der 1960er/70er, freilich ergänzt um einen deutlich autoritären Habitus, einen offen volksgemeinschaftlichen Staatsbegriff und einen – wenngleich meist nur taktisch artikulierten – ethnischen Rassismus. Auch in Bezug auf die paranoiden Züge eines solchen Weltbildes konnte Mahler an die zurückliegenden Jahrzehnte anknüpfen. Zentraler Antrieb von Mahlers politischer Aktivität war – wie in den Jahrzehnten zuvor – der Versuch, mittels einer antiamerikanischen und antizionistischen bzw. antisemitischen Schuldabwehr die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen der Shoa zu relativieren bzw. abzuwehren, seit 2003 in der denkbar radikalsten Form, der Leugnung der Faktizität der Shoa.

In Mahlers Weltbild waren nun alle gängigen antisemitischen Topoi offen aufzufinden, so unter anderem die Ansicht, Juden seien selbst auf Grund ihrer schieren Existenz für die Entstehung von Antisemitismus verantwortlich,<sup>232</sup> sie würden über eine besondere Affinität zu Geld und Finanzen verfügen,<sup>233</sup> es

bestünde ein prinzipieller „Gegensatz[es] des Judentums gegen die übrigen Völker“<sup>234</sup> sowie die Vorstellung, das jüdische „Volk“ sei zur „Weltherrschaft“ bestimmt und müsse ‚eigentlich‘ selbst ein Interesse an der Überwindung des eigenen Weltherrschaftsanspruchs haben, da dieser die anderen „Völker“ dazu verleiten würde, gegen es zu kämpfen.<sup>235</sup> Insbesondere war Mahlers offen antisemitisches Weltbild weiterhin von einem strikten Manichäismus geprägt, in dem ein starker eschatologischer Zug den zentralen Bestandteil ausmachte: Schon 1997 prognostizierte Mahler den in „zunehmenden Maße“ fortschreitenden Zerfall der BRD und eine (erneute) Zunahme der innergesellschaftlichen „Gewaltsamkeit bei der Auseinandersetzung“.<sup>236</sup> Weiter sprach Mahler davon, dass die bevorstehende große ökonomische Krise des „Finanzkapitalismus“ im Kampf der wesensguten und wesensbösen Kräfte zu einer „Götterdämmerung des Globalismus“ in einem „Dritten Weltkrieg[es]“ führen werde, an dessen Ende der erlösende Wiederaufbau Deutschlands im Rahmen einer „freien, dem Gemeinwohl verpflichteten Volkswirtschaft“<sup>237</sup> stehen werde. Diese wesensbösen Kräfte kennzeichnete Mahler unter anderem mit der antisemitischen Chiffre der „Krake“,<sup>238</sup> die auszehrend und manipulativ die Geschicke der Menschheit lenken würde. Mahler halluzinierte einen seit über 3000 Jahren stattfindenden, antagonistischen Kampf, an dessen Ende die Emanzipation der Welt vom „Judentum“ stehen werde. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 sah Mahler das Ende der angeblichen jüdisch-US-amerikanischen Weltherrschaft eingeleitet, welche in den nächsten „5, 10, 20 Jahre[n]“ mit dem Beginn des „heilige[n] Reich[s]“ in „Deutschland“<sup>239</sup> zu Ende gehen werde. Dabei imaginierte er das wesensböse „Judentum“ als allmächtig, rachsüchtig und brutal.<sup>240</sup> Den wesenhaft bösen Feind personifizierte Mahler als „fremde Mächte“,<sup>241</sup> als „Club“ von „hyperreichen Oligarchen“,<sup>242</sup> als „Ostküste“, „USrael“ und „skrupellose Machtmenschen“,<sup>243</sup> welche als „Herr[en] im Hintergrund über alle Herren“<sup>244</sup> verschwörerisch und manipulierend die „jüdische Weltherrschaft“<sup>245</sup> durchsetzen würden. Vor allem hierbei amalgamierte Mahler antiamerikanische, antizionistische und antisemitische Ressentiments.

Mahlers Agitation richtete sich durchweg an das identitäre Kollektiv des „deutschen Volkes“ bzw. der „deutschen Nation“, die es im „Bewußtsein ihrer Bürger“ erst wieder herzustellen gelte, da diese sowohl von den USA als auch von „den Juden“<sup>246</sup> niedergehalten werde. Die Wiederherstellung der „Identität“ des „deutschen Volkes“ galt Mahler als Voraussetzung für einen schuldbecknenden Umgang mit der Shoa. Hierbei konstruierte er sowohl die Eigengrup-

pe als auch den ‚Feind‘ als einander gegenüber stehende, subjekthaft handelnde, kollektive Entitäten mit bestimmten identitären Wesenseigenschaften: So stellte er den jüdisch-US-amerikanischen „vagabundierenden Finanzmassen“, die „ganze Volkswirtschaften in Trümmerhaufen“ verwandeln würden, eine deutsche „freie[n], dem Gemeinwohl verpflichtete[n] Volkswirtschaft“ gegenüber. Auf Grund der dichotomen Weltsicht Mahlers und der wesenhaften Personifizierung alles Bösen in der Welt in ‚den Juden‘ trugen dessen eschatologisch-antisemitische Erlösungsphantasien auch stets den Wunsch nach einer Vernichtung des ‚Feindes‘ in sich, da nur nach einem siegreichen Kampf gegen die „Ostküste“ das „Deutsche Reich“ sich abschließend als „Nationalstaat im vollen Sinne des Begriffs“ konstituieren könne. Hierbei verstand Mahler in seiner antisemitischen Logik ‚die Juden‘ als konsequente „Negation zu den anderen [Völkern]“,<sup>247</sup> als „Pseudo-Volk“, das im Gegensatz zum „kraftvolle[n] Volk der Deutschen“<sup>248</sup> kein „richtiges Volk“ sei.<sup>249</sup> Dabei vermied Mahler jedoch konsequent und bis zuletzt eine rassebiologische Aufladung seines Volksbegriffes – Mahler galt das „Judentum“ als „geistiges Prinzip“,<sup>250</sup> das prinzipiell auch für ‚Juden‘ selbst überwindbar sei. Im Gegensatz hierzu stünde das „deutsche Volk“ als ein „germanisches, [...] geistiges Prinzip.“<sup>251</sup>

Auch Mahlers antiamerikanisches Weltbild erlebte seit den späten 1990er Jahren eine sukzessive Radikalisierung. Die USA galten Mahler als geistige „Besatzungsmacht“ der BRD, die dem jüdischen, „denationalisierten Finanzkapital[s]“ zum Sieg ver helfe und gegen die sich die europäischen „Völker und Nationen“ – und hierbei insbesondere das „deutsche Volk“ – nur durch eine Rückbesinnung auf ihr „Nationalbewußtsein“<sup>252</sup> zur Wehr setzen könnten. Mit der Bezeichnung der USA als „Kernland des Globalismus“ versuchte Mahler an einen rechtsradikal gewendeten Imperialismusbegriff in der Tradition des orthodoxen Marxismus-Leninismus anzuknüpfen. Auch artikulierte Mahler nun in rechtsradikaler Diktion offen traditionalistisch-antiamerikanische Ressentiments, er sprach unter anderem von einer „Anti-Kultur der Hollywood-Produktionen“, den „geistesfeindlichen Machwerke[n] des Ostküsten-Kosmopolitismus“,<sup>253</sup> von den USA als einer leeren und oberflächlichen, lediglich „sogenannte[n] Zivilisation“,<sup>254</sup> welche die „Zerstörung der Völker und der Familien durch Kommerzialisierung von allem und jedem“ sowie die „Ausbreitung von Job-Mentalität, schlechter Musik, Pornographie, Rauschgift, Kapital, Verbrechen und Kapitalverbrechen“<sup>255</sup> zu verantworten habe. Mahler projizierte sämtliche Widersprüche und ihm negativ erscheinenden Entwicklungen der kapitalistischen Moderne auf die USA, die ihm als „Weltfeind Nr. 1“ und als

„Ungeheuer[s]“<sup>256</sup> erschienen. Mahlers antisemitische und antiamerikanische Weltansicht war in einem unentwirrbaren Geflecht miteinander verbunden und wurde von ihm mit der Chiffre von der US-amerikanisch-jüdischen Weltherrschaft „USraels“<sup>257</sup> ausgedrückt.<sup>258</sup>

War die Abwehr der diffus empfundenen Schuld an den Verbrechen der Shoah schon in den vergangenen Jahrzehnten der eigentliche Motor von Mahlers politischer Aktivität gewesen, so brach sich dessen Bedürfnis nach Schuldabwehr und Identifikation mit der Elterngeneration in den späten 1990er Jahren in solch deutlicher Form Bahn, dass beinahe jede öffentliche Äußerung Mahlers diesen Gegenstand zum Inhalt hatte. 1998 schrieb Mahler paradigmatisch: „Mein ganzes bisheriges Leben habe ich geführt als Versuch, einen Beitrag dazu zu leisten, den auf uns Deutschen lastenden Schatten aufzuhellen [...]“.<sup>259</sup> Dies implizierte eine Identifikation mit der eigenen Elterngeneration, mit dem identitären Kollektiv der „deutschen Nation“ bzw. dem „deutschen Volk“, die jedoch stets an die ‚Schranke‘ der Faktizität der Shoah gestoßen war.<sup>260</sup> Dabei war eine zwar rasante, aber dennoch wahrnehmbare, stetige Radikalisierung Mahlers zu beobachten: 1997 wollte er die Shoah lediglich als etwas rational begreifbar zu Machendes diskutieren,<sup>261</sup> während er bereits 1998 Holocaustleugner als „politische Gefangene“ und „Märtyrer[n] der nationalen Wiedergeburt Deutschlands“<sup>262</sup> bezeichnet hatte und die Abschaffung der Strafbarkeit von Holocaustleugnungen gefordert hatte. 1999 konstatierte Mahler – unter Zuhilfenahme einer deutlich zugespitzten Rhetorik – einen „Holocaust-Gedächtniskult“,<sup>263</sup> während er 2000 „den Juden“ in schuldrelativierender Absicht vorwarf, selbst „Völkermord“<sup>264</sup> begangenen, dabei jedoch – im Gegensatz zu den ‚guten‘ „Deutschen“ – keinerlei Schuldgefühle entwickelt zu haben. Auch bezeichnete Mahler die Strafbarkeit von Holocaustleugnungen in klassischer rechtsradikaler Diktion nun als „Auschwitzkeule“,<sup>265</sup> wenngleich er damit noch immer in rechtskonservativen Kreisen und der NPD reüssieren konnte, da er trotz seines bisweilen manischen, schuldrelativierenden und -abwehrenden Antisemitismus die Faktizität der Shoah (noch) nicht bestritten hatte.<sup>266</sup> Noch wenige Monate vor seinem Austritt aus der NPD artikuliert Mahler eine solche, die Faktizität der Shoah nicht bestreitende, gleichwohl radikal antisemitische Schuldabwehr:

„Der Gedanke bricht sich Bahn, daß es Juden in bewährter Weise verstanden haben, die Opfer-Propaganda als Rauchvorhang aufzuziehen, hinter dem die grauenhaften Zeugnisse ihrer Täterschaft der Wahrnehmung entzogen bleiben. Das beziehe ich nicht nur auf den Völ-

kermord an den Palästinensern. Die Entvölkerung Afrikas, die 100 bis 150 Millionen beim Menschenfang getöteten Neger, stelle ich in ihr Schuldkonto ebenso ein wie die Atombrandopfer von Hiroshima und Nagasaki sowie die etwa 10 Millionen Opfer der von der US-Ostküste nach 1945 weltweit geführten Kriege und verübten Terrorakte. Und bei noch genauerem Hinsehen sind auch die 50 Millionen Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges allein den New Yorker Bankjuden anzulasten [...].“<sup>267</sup>

Vor allem aber konnte Mahler im Rahmen einer spezifisch antiamerikanischen Schuldabwehr an seine Positionen aus den 1960er und 1970er Jahren anknüpfen; so schrieb Mahler 2001 anlässlich der Anschläge vom 11. September, die USA hätten „die Indianer ausgerottet, sie haben etwa 100 bis 150 [Millionen] Afrikaner getötet, um 10 [Millionen] Sklaven in die USA zu verschleppen. Sie haben Pearl Harbour inszeniert, sie haben den 2. Weltkrieg inszeniert. Das alles kommt auf das Konto der Macht des Bösen.“ In Mahlers relativierender Aufrechnung von halluzinierten Opfern der USA war die schuldrelativierende Funktion offensichtlich, da diese sowohl die Opferzahl der Shoa als auch die des Zweiten Weltkrieges insgesamt deutlich überstiegen, womit die „Macht des Bösen“<sup>268</sup> moralisch als weitaus negativer zu bewerten sei als das nationalsozialistische Deutsche Reich. Fast alle publizistischen Äußerungen Mahlers seit 1997, die die USA zum Gegenstand hatten, versuchten entweder sich mit diesen in schuldrelativierender bzw. -abwehrender Absicht auseinanderzusetzen oder die USA und deren „geistiges Besatzungsregime“ in der BRD als Grund für die (noch) nicht vorhandene „Identität“ der „Deutschen“ als „Volk und Nation“<sup>269</sup> verantwortlich zu machen. Bemerkenswerterweise stellte Mahler selbst – indem er auch als Rechtsradikaler und offener Antisemit eine DDR-apologetische Position vertrat – eine Verbindung zwischen der schuldabwehrend aufgeladenen Verteidigung der DDR als einem „besseren Deutschland“, die Mahler in den 1960er und 1970er Jahren vertreten hatte, und seiner rechtsradikal-schuldabwehrenden Position in den 1990er Jahren her: In der ehemaligen DDR sei demnach der zeitgenössische „Holocaust-Gedächtniskult“ weitaus schwächer ausgeprägt als in den alten Bundesländern, da die „Umerziehungsideologie, die den Deutschen als Folge ihrer militärischen Niederlage“<sup>270</sup> von den USA im jüdischen Auftrag oktroyiert worden sei, „in der sowjetischen Besatzungszone“ nicht stattgefunden habe und dort „die Vernichtungsaktionen der Nazis als Teil der Fäulniserscheinungen des kapitalistischen Systems verbucht“<sup>271</sup> worden seien, weshalb die Bevölkerung der DDR nicht unter der Last

einer unbewältigten Vergangenheit zu leiden gehabt hätte. Noch 2001 verteidigte Mahler die historische Rolle der SED beim Bau der Berliner Mauer gegenüber traditionalistisch-antikommunistisch argumentierenden Neo-Nationalsozialisten.<sup>272</sup>

2003 durchbrach Mahler die oben genannte letzte ‚Schranke‘ und radikalisierte seine Versuche, die diffus empfundene Schuld bezüglich der Shoa abzuwehren, weiter, indem er öffentlich die Faktizität der Shoa leugnete.<sup>273</sup> In den kommenden Jahren war diese radikalste Form der Schuldabwehr der zentrale Bestandteil der politischen Aktivität Mahlers, die ihm seit 2004 die verschiedensten Strafverfahren einbrachte und ihn auch in der rechtsradikalen Milieu zunehmend isolierte. Mahler integrierte die Leugnung der Shoa in sein antisemitisches Weltbild einer halluzinierten „jüdischen Weltherrschaft“ und war dabei fest in das internationale Milieu der Holocaustleugner eingebunden. Hierbei amalgamierte Mahler sein offen antisemitisches, antiamerikanisches und holocaustleugnendes Weltbild zunehmend auch mit einer radikalen Affirmation des historischen Nationalsozialismus. Schon 2006 hatte Mahler dies in der folgenden Äußerung zusammengefasst:

„Infolge der durch den 2. Weltkrieg militärisch erzwungenen Wehrlosigkeit des Deutschen Volkes gegen die [j]üdischen Lügen ist es gelungen, die Züge des Deutschen Volkes – des Erlösers der Welt von der Zinsknechtschaft – im erfundenen Blausäurenebel des Zyklon B zur Teufelsfratze zu verzerren. In dem so gleichzeitig erzeugten Heiligenschein des ‚ewigen Opfervolkes‘ vermag Juda sich heute als der Messias darzustellen. [...] Wegen ihrer zersetzenden Wirkung [...] werden die Juden von den Völkern gehaßt. Und sie können diesen Haß nur im Auserwähltheitswahn und in der sicheren Erwartung der ihnen als Entschädigung zugesagten Weltherrschaft ertragen. [...] Der Gegenentwurf zum Individualismus [...des Judentums] ist der Nationalsozialismus als Idee der Volksgemeinschaft.“<sup>274</sup>

Mahler bezeichnete sich nun stolz als „Nationalsozialist“ und titulierte Adolf Hitler als den „Erlöser des deutschen Volkes“.<sup>275</sup> In seinem 2007 mit Michel Friedmann geführten Interview deutete sich an, dass Mahler – dessen identifikatorisches Bedürfnis zur eigenen Elterngeneration sich wie ein roter Faden durch seine gesamte Biographie zog – mit diesem affirmativen Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus auch individual-biographisch wieder bei seiner Familie ‚angekommen‘ war.

## Fazit: Eine Biographie Horst Mahlers als Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und Versuchen deutscher Schuldabwehr

*Ich habe nicht das Gefühl, dass ich von links nach rechts gegangen bin, oder von rechts nach links, sondern das ist eine gewisse Abfolge, die in sich logisch erscheint, wenn man eben in dieser Logik Fuß gefasst hat. Es ist eine Entwicklung [...], die] zu neuen Einsichten führt, ohne dass es eine Wandlung ist.“<sup>9</sup>*

Horst Mahler 2009

Mit der Selbsteinschätzung seiner „Entpuppung“ (Wolfgang KRAUSHAAR) als Neo-Nationalsozialist als einer in sich logischen „Entwicklung“ (Horst Mahler) werden die apologetischen Gefahren einer Mahler-Biographie von diesem selbst gut zum Ausdruck gebracht: Wenngleich die biographische Deutung der vorliegenden Studie, vor allem die Kenntlichmachung der kontinuierlich von Mahler betriebenen Schuldabwehr als einen ‚roten Faden‘ in dessen Biographie, auf Mahlers Einverständnis stoßen dürfte, so sollen selbstverständlich nicht dessen ideologische Positionen gerechtfertigt werden, sondern vielmehr sowohl auf die strukturelle Affinität marxistisch-leninistischer und offen antisemitischer Weltbilder als auch auf das Vorhandensein einer nach rechts offenen antiamerikanischen, antizionistischen und antisemitischen Schuldabwehr von links hingewiesen werden.

Wie einleitend postuliert, wurde in der vorliegenden Studie, ausgehend von dem heutigen Wissen um die ‚Gewordenheit‘ von Mahlers politischer Entwicklung, die Frage nach deren kontinuierlichen Elementen in den Vordergrund gerückt. Diese sind zweifelsohne vorhanden, wobei sich Mahler zur Rechtfertigung seiner heutigen Positionen teilweise nachvollziehbar auf die Publikationen und Aktionen der 1960er und 1970er Jahre stützen kann. Mitunter muss anderen ehemaligen Protagonisten der Protestbewegung, wie beispielweise Joschka Fischer, eine größere Wandlung attestiert werden als Mahler. Jedoch ist es weder das Anliegen der vorliegenden Studie, anhand von Mahlers Entwicklung die ehemalige Protestbewegung als Ganzes zu analysieren noch vermeintlich ungebrochene Kontinuitäten bzw. Diskontinuitäten ihrer Protagonisten festzustellen und einander gegenüberzustellen.

Wenngleich viele andere ehemalige Bewegungsaktivisten darum bemüht waren bzw. sind, größtmögliche Distanz zu Mahler zu wahren, so ist dieser

dennoch sowohl ein integraler Bestandteil der Geschichte der ehemaligen Protestbewegung, ihrer Zerfallsprodukte und Folgeentwicklungen, als auch ein konstitutives Mitglied der „68er-Generation“:<sup>2</sup> Generationentypisch erlebte Mahler nach 1945 Flucht, Bombenkrieg und den Einmarsch der Alliierten sowie das Aufwachsen in der „Zusammenbruchsgesellschaft“ (Hans-Ulrich WEHLER) in der entstehenden DDR, wobei der väterliche Suizid diese Erfahrungen sicherlich traumatisierend verdichtete. Das Jahr 1945 – die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg und die daraus resultierende Verurteilung der Shoa als singuläres Menschheitsverbrechen – blieb sowohl für Mahler als auch für die Mehrheit der Protestbewegung die zentrale vergangenheitspolitische Kategorie.<sup>3</sup> Seine biographische Herkunft aus einer genuin nationalsozialistischen Familie stellt zwar kein Alleinstellungsmerkmal dar (so entstammten beispielweise auch Hans-Jürgen Krahl und Bernward Vesper ähnlichen Verhältnissen), dennoch ist Mahlers persönlich-familiärer Ursprung die individuelle Folie, vor der sich seine Versuche entfalteten, die diffus empfundene Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft und insbesondere der Shoa abzuwehren. Nachdem der jugendliche Mahler während seiner Schulzeit erstmals mit dieser konfrontiert wurde und von seiner Mutter Aufklärung verlangte, entwickelte sich daraus zwar ein intergenerationeller familiärer Konflikt über die Frage des Umgangs mit der jüngsten deutschen Vergangenheit, der jedoch kurz darauf versöhnlich aufgelöst wurde. Mahlers Gang in eine linke Radikalität fand – wie bei manchen anderen Protagonisten der Protestbewegung – im Rahmen einer identifikatorischen Allianz mit der Elterngeneration statt.<sup>4</sup> Die vielfach schuldrelativierende und –abwehrende Auseinandersetzung der Familie Mahler mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft wurde eventuell durch die Tatsache verstärkt, dass diese aufgrund der Ermordung von Mahlers Onkel Reinhard Nixdorf auch ein Opfer von jener war.

Mahler nahm stets sowohl in der Protestbewegung der 1960er Jahre als auch in der radikalen Linken der 1970er Jahre eine exponierte Rolle ein, in deren Rahmen er sich von Anfang an auf eine quantitativ bzw. qualitativ relevante politische Gefolgschaft berufen konnte. Sein antiamerikanisches Ressentiment, sein strukturell antisemitisches marxistisch-leninistisches Weltbild sowie sein antisemitischer Antizionismus können als durchaus repräsentativ für eine Mehrheit der ehemaligen Protestbewegung der 1960er als auch der radikalen Linken der 1970er Jahre gelten. Zwar hatte er sich bereits in den frühen 1960er

Jahren zu einer der führenden Personen der (randständigen) Westberliner Linken entwickelt, konnte in diesem Kontext jedoch mit seinen politischen Aktivitäten keine nennenswerte öffentliche Resonanz erzielen. Erst während der Protestbewegung erlangte er erheblichen politischen Einfluss und wurde als NG-Initiator und Rechtsanwalt fast aller bedeutenden Aktivisten zu einer der bestimmenden Protagonisten der Bewegung, einem „Mini-Lenin“<sup>45</sup> von Westberlin, der – fraktionsübergreifend respektiert – stets um die weitere quantitative Expansion der Protestbewegung bemüht war. In deren Zerfallsphase versuchte Mahler – im Bündnis mit dem ehemaligen „antiautoritären“ Lager – mittels verschiedenster Kampagnen und Aktivitäten die Einheit der Bewegung und deren Mobilisierungsgrad zu bewahren. Von der Überzeugung getragen, dass der Einsatz von Gewalt diesen wieder erhöhen könne, fungierte er 1970 als Initiator der späteren RAF, verließ diese jedoch nach wenigen Jahren aufgrund taktischer Differenzen und schloss sich der maoistischen KPD an. Auch nach seinem Bruch mit dem Marxismus-Leninismus war Mahler in der Öffentlichkeit präsent, wenngleich der von ihm erhoffte ideologische Diskurs zur Neuformulierung einer linken bzw. antikapitalistischen Ideologie ausblieb und seine Beiträge kaum bzw. überwiegend ablehnend rezipiert wurden. In den 1980er Jahren war es still um die Person Horst Mahlers geworden, erst seine öffentlich inszenierte Ankunft in der politischen Rechten in den späten 1990er Jahren verschaffte ihm wieder Aufmerksamkeit: Schnell etablierte er sich als eine der intellektuellen Führungsfiguren des bundesdeutschen Rechtsradikalismus und war an der Gründung mehrerer Initiativen beteiligt, wenngleich mit seiner zunehmenden Radikalisierung auch die Zahl seiner Unterstützer immer weiter schwand.

Im Hinblick auf die kontinuierlichen Elemente in Mahlers Weltanschauung(en) sind jene Ideologiefragmente, die sich unter dem Begriff ‚Antiparlamentarismus‘ subsumieren lassen, die zwar oberflächlichsten, jedoch gleichzeitig auch die augenfälligsten. Dies betrifft in erster Linie Mahlers Verhältnis zum Einsatz von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele: Schon in den frühen 1960er Jahren teilte er als Marxist-Leninist die Auffassung, dass die angestrebte sozialistische Gesellschaft prinzipiell nur gewaltsam zu errichten sei. In der von der Protestbewegung zunehmend apologetisch geführten Gewaltdiskussion trat Mahler in der für ihn typischen zynisch-abgeklärten Diktion als radikaler Stichwortgeber auf, während er in der Zerfallsphase der Bewegung offen den Einsatz von Gewalt forderte. Sowohl Mahler als auch ein Großteil der Protestbewegung imaginierten sich hierbei als Widerstandskämpfer gegen

einen angeblich in der BRD wieder entstehenden „Faschismus“. Die initiative Gründung der RAF durch Mahler erschien aus dieser Perspektive folgerichtig. Mit seiner Parteinahme für die maoistische KPD distanzierte er sich zwar vom konkret-individuellen Gewalteinsatz, blieb aber weiterhin einem radikalisierten marxistisch-leninistischen Standpunkt in der Gewaltfrage verhaftet, wengleich sein wenig später erfolgter Bruch mit dem Marxismus-Leninismus seine anschließende Inszenierung als geläuterter Ex-Guerillo Anfang der 1980er Jahre glaubhaft erschienen ließ. Dennoch konnte Mahler in den späten 1990er Jahren an seine Positionen zur Gewalt während der 1960er bzw. 1970er Jahre offen anknüpfen und empfahl noch als Neo-Nationalsozialist seinen Anhängern die Lektüre des 1971 von ihm verfassten militanten Schlüsseltexts *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa*.

Auch die Ablehnung von am Parlamentarismus orientierten Parteien zugunsten von (Protest-)Bewegungen, klandestinen Zirkeln und offen antiparlamentarischen Gruppen ist während Mahlers gesamter Biographie kontinuierlich feststellbar. Seine beiden kurzfristigen Parteimitgliedschaften (sowohl die in der SPD als auch jene in der NPD) waren vornehmlich taktisch motiviert, wie auch seine Aufforderungen zur Wahlteilnahme etc. lediglich als taktische Interventionen in die politische Debatte begriffen werden müssen und nicht als Versuch parlamentarischer Mitgestaltung zu missverstehen sind.

Ein weitaus wirkungsmächtigeres und tiefer verankertes kontinuierliches Element in Mahlers Weltanschauung(en) war sein stets von ihm artikuliertes antiamerikanisches Ressentiment. Dieses hatte Mahler bereits während seiner Mitgliedschaft in der Westberliner SPD ausgebildet und im Rahmen der Anti-vietnamkriegsbewegung in einer breiten Öffentlichkeit popularisieren können. Das antiamerikanische Ressentiment kann dabei als allgegenwärtig sowohl in der radikalen Linken als auch in der deutschen Gesamtgesellschaft gelten.<sup>6</sup> Auch nach seinem Bruch mit dem Marxismus-Leninismus blieb Mahler seinem antiamerikanischen Ressentiment treu und artikulierte dieses seit den späten 1990er Jahren wieder lautstark in der Öffentlichkeit. Stets stand diese Artikulation in einer engen Verbindung mit einer stellvertretend für das nationale Kollektiv vorgenommenen Schuldabwehr (unter anderem in Form einer immer deutlicher werdenden Gleichsetzung der USA mit dem historischen Nationalsozialismus) und wurde von Mahler, insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001, mit einem radikalen (antizionistischen) Antisemitismus verknüpft – sinnbildlich zusammengefasst in der antisemitisch-antiamerikanischen Chiffre „USreal“.

Der von Mahler vertretene Antisemitismus stellte jedoch die stärkste Kontinuität in dessen politischer Biographie dar: Mit seinem Eintritt in die SPD und der Mitgliedschaft in SJD, SDS, SB und VUS entwickelte Mahler ausgehend vom moralisierenden Sozialismus des linkstraditionalistischen Flügels der Westberliner Sozialdemokratie ein umfassendes marxistisch-leninistisches Weltbild, welches sich hinsichtlich seiner strukturellen Wesensmerkmale (*Manichäismus*, Welterklärung mittels *Personifizierung und Verschwörungstheorie* und der *Konstruktion identitärer Kollektive*) hochgradig affin zu einem offen antisemitischen Weltbild verhielt. Ein solches vertrat Mahler auch während der Protestbewegung und der sich anschließenden Phase der Radikalisierung. Auch hierbei blieben die strukturellen Grundlagen und Affinitäten des von ihm vertretenden Weltbildes gleich und zeigten sich besonders anschlussfähig an einen radikalen Antizionismus. Trotz Mahlers Bruch mit dem Marxismus-Leninismus Ende der 1970er Jahre waren in dessen Veröffentlichungen weiterhin die gleichen manichäischen, personifizierenden und verschwörungstheoretischen Ideologiefragmente feststellbar. Sein hegelianisch gewendeter, nun offen affirmativer Bezug auf das identitäre Kollektiv der deutschen „Volkes“ wurde von den Zeitgenossen als Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie missverstanden. Mahlers „Entpuppung“ Ende der 1990er Jahre knüpfte dann auch an diesen affirmativen Bezug an und verknüpfte ihn mit einem offen zutage tretenden antisemitischen Weltbild, welches die gleichen strukturellen Merkmale wie jenes der 1960er und 1970er Jahre aufwies. Obwohl Mahlers Entwicklung zum offenen Antisemiten die Ausnahme und nicht den Regelfall der ehemaligen Protagonisten der Protestbewegung darstellt, so ist sie dennoch in sich kohärent und nicht zwingend von mehr Brüchen durchzogen, als die Entwicklung vieler seiner einstigen Genossen, mit denen er in den 1960er und 1970er Jahren das gleiche, von Fall zu Fall graduell voneinander abweichende marxistisch-leninistische Weltbild geteilt hatte.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Biographie Mahlers war seit seiner Ankunft im rechten politischen Spektrum maßgeblich von der Frage nach den Ursachen für dessen als „Konversion“ wahrgenommene politische Entwicklung bestimmt. Wie einleitend dargestellt, können weder Mahlers narzisstische Neigungen, noch seine Anlage zu Polemik und Provokation sowie das Bestreben, seine zweifellos hohe Intelligenz stets unter Beweis zu stellen, als Gründe für seine Entwicklung herangezogen werden. Völlig untauglich zu einer solchen Erklärung sind auch Ansätze, die den Versuch unternehmen, Mahler zu pathologisieren. Eine extremismustheoretisch inspirierte Darstellung

vermag hierbei zwar einiges zur Beschreibung von Mahlers radikalen Positionen beizutragen, ist jedoch wenig geeignet, deren Ursachen zu erklären. Ein Zugang hingegen, der mittels eines strukturellen Antisemitismusbegriffes die Kontinuitäten in Mahlers Weltbild freilegt, sowie dieses mit dem Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden postnationalsozialistischen deutschen Staaten kontextualisiert, muss zu dem Schluss kommen, dass die Ursache für bzw. der Motor von Mahlers politischer Betätigung zweifellos der Versuch war, die diffus empfundene Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft bzw. der Shoa zu ‚bewältigen‘, d. h. zu relativieren und abzuwehren: Mahler selbst bezeichnete nach seiner Entwicklung zum neo-nationalsozialistischen Holocaustleugner das diffus empfundene „Schuldgefühl“<sup>47</sup> als zentralen Antrieb seiner politischen Biographie. Bereits seine Versuche, als Jugendlicher in der FDJ zu reüssieren sowie seine Mitgliedschaft in der *Landsmannschaft Thuringia* lassen sich in seine späteren Schuldabwehr-Versuche integrieren. Die während seiner Schulzeit stattgefundene erstmalige Konfrontation mit dem Verbrechen der Shoa muss als Initiation Mahlers in ein eigenständiges politisches Leben gelten. Der Eintritt in die Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und seine von dort ausgehende Entwicklung zum Marxisten-Leninisten standen in einem engen Bezug zum antifaschistischen Gründungsmythos der DDR, die jenen vergangenheitspolitischen Schlusstrich, den Mahler sich für das gesamte nationale Kollektiv ersahnte, bereits in den 1940er Jahren gezogen hatte. Den schuldabwehrenden Rekurs auf einen in der BRD in den 1960er Jahren angeblich (wieder) entstehenden „Faschismus“ teilte Mahler – mittels eines auf Lenins Imperialismustheorie fußenden und in der Tradition der Dimitrow-Formel stehenden Faschismusbegriffes – mit einer Mehrheit der Protestbewegung und der radikalen Linken. Dabei wurden der historische Nationalsozialismus und implizit dessen Verbrechen als radikale, bürgerliche Herrschaftsform im Kapitalismus interpretiert, für deren Zustandekommen nur eine kleine Gruppe von ‚Monopolkapitalisten‘ Verantwortung trage, womit die überwiegende Mehrheit des nationalen Kollektivs – das realiter mehrheitlich die nationalsozialistischen Verbrechen passiv geduldet oder sogar aktiv exekutiert hatte – von jeglicher Schuld freigesprochen werden konnte. Daneben konnten die Protestbewegung und deren radikale Zerfallsprodukte auf diesem Weg den von der eigenen Elterngeneration nicht geleisteten Widerstand gegen den angeblich in der BRD wieder entstehenden „Faschismus“ projektiv ‚nachholen‘.

Ausgehend von seiner Zeit in der radikalen Linken Westberlins Anfang der 1960er Jahre konnte Mahler – und mit ihm die große Mehrheit der Protestbewegung – im Rahmen der Antivietnamkriegsproteste eine antiamerikanische Schuldabwehr gegenüber einer relativ breiten Öffentlichkeit popularisieren. Nach dem Abebben der Mobilisierung Ende der 1960er Jahre wurde diese mit einer antizionistisch-antisemitischen Schuldabwehr im Rahmen einer antiimperialistisch inspirierten Kritik am jüdischen Staat Israel substituiert, welche seit den späten 1960er Jahren als in der radikalen Linken hegemonial bezeichnet werden kann. Nach seinem Bruch mit dem Marxismus-Leninismus näherte sich Mahler einer ‚klassischen‘ deutschen Schuldabwehr der politischen Mitte und Rechten an, bei der – entgegen der marxistisch-leninistischen Ideologie – nicht länger eine kleine Gruppe von ‚Monopolkapitalisten‘ die Schuld an den während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Verbrechen trug, sondern diese auf eine kleine Gruppe der nationalsozialistischen Führungselite sowie die SS projiziert wurde. Dabei formulierte Mahler sowohl ein offen affirmatives Verhältnis zum identitären Kollektiv des deutschen ‚Volkes‘ als auch zur eigenen Elterngeneration. Zwar hatten sich Mahlers in den Jahrzehnten zuvor artikuliert identitäre Bezugsgrößen (‚Arbeiterklasse‘, ‚Proletariat‘, ‚Massen‘, ‚Volk‘) nie vollständig nationalen und volksgemeinschaftlichen Aufladungen entzogen, nun jedoch identifizierte er sich offen mit dem ‚eigenen Volk‘ als ‚vorgestellter Gemeinschaft-in-der-Geschichte‘.<sup>8</sup> Daran anknüpfend radikalisierte sich Ende der 1990er Jahre Mahlers Bedürfnis nach Schuldabwehr: Fast jede seiner publizistischen Veröffentlichungen und praktischen politischen Aktionen stand nun im Kontext einer schuldabwehrenden ‚Vergangenheitsbewältigung‘ und nahm schließlich im Zuge eines immer affirmativeren Verhältnis zum historischen Nationalsozialismus und der Leugnung der Faktizität der Shoa die denkbar radikalste Form an.

Mahlers Bemühungen, die diffus empfundenen Schuldgefühle stellvertretend für das identitäre Kollektiv der (deutschen) ‚Massen‘, des deutschen ‚Volkes‘ bzw. der deutschen Nation abzuwehren, sind seit Beginn seines politischen Engagements nachweisbar – zuerst im Rahmen der sozialdemokratischen Linken und als Marxist-Leninist im Westberlin der frühen 1960er Jahre, dann im Kontext einer quantitativ großen und qualitativ bedeutsamen Protestbewegung und schließlich in der radikalen Linken der 1970er Jahre in Form eines linken schuldabwehrenden Antiamerikanismus, Antizionismus und Antisemitismus. Nachdem Mahler Ende der 1970er Jahre damit begonnen hatte, sich offen mit dem identitären Kollektiv der deutschen

Nation zu identifizieren, wandelte sich auch die Form seiner Schuldabwehr, die er seit den späten 1990er Jahren in Form eines offenen Antisemitismus und zunehmend affirmativen Bezugs zum historischen Nationalsozialismus artikulierte. Die letzte „Schranke“,<sup>9</sup> um sich vollends mit der deutschen Nation identifizieren zu können, war das Verbrechen der Shoa. Erst mit der Leugnung von deren Faktizität und der gleichzeitigen antisemitischen Konstruktion ‚der Juden‘ als den verantwortlichen Erfindern der „Holocaustreligion“<sup>10</sup> und damit als schuldige Täter konnte Mahler die volle Identifikation mit dem identitären Kollektiv der deutschen Nation herstellen. Zwar ist Mahler heute in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden, sein Bedürfnis nach Schuldabwehr, nach einem Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit und nach Identifikation mit der deutschen Nation ist jedoch – im Inhalt, nicht in der Form! – symptomatisch für den Umgang eines Teils der deutschen Bevölkerung mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft nach 1945.<sup>11</sup>

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Quellen

### *Archivalien*

IfZ-Archiv (München)

ED 381/7

HIS-Archiv (Hamburg)

MfS 62/001

RUD 250,05

SAK 220, 01 / 240, 08 / 280, 03-09 / 300, 82 / 700, 06

APO-Archiv (Berlin)

Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959 – Dezember 1963, I

LV Berlin, Korrespond. E. Nohara, 1959 – 1961 SDS

Ordner SDS Berlin 1961

Sammlung Horst Mahler. SDS, SFG 1960-1962

Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962

Sammlung Horst Mahler. SDS, Ak Hopo. 1960-1962

SDS „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin

Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963

Ordner Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63

LV Berlin Div. SDS

Ordner 1311, RC Blanke, Interna 67/70

Ordner 1313a) RC, Material Lochmann

Ordner Amerikanische Militärparade vom 19. August 1967

Sammlung Horst Mahler, Prozeß, Solidaritätsgruppen, RAF-Dokumente, 1971-1974

RAF-Prozesse 1) Mahler 2) Asdonk Bäcker Berberich Schubert Grusdat Georgens 1) Okt 1972 2) Nov 1972

Ordner: RAF-Prozesse Mahler u. a., Okt./Nov. 1972

Sig. 162-162, Karton: Bewaffneter Kampf, 1973-1974

Bewaffneter Kampf. 1971-1975 (Sig. 157-158).

Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516

Sig.: 1314, Rote Hilfe Berlin, 1971-1978  
Sammlung Horst Mahler 2  
Sammlung Horst Mahler 3  
Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH .e. V. 2,  
Freiheit f. H.M.

Archiv der sozialen Demokratie (Bonn)

Abt. III, SPD LV Berlin, Teil 1, Box 1447  
Abt. III SPD Landesverband Berlin, Box 3/BEAB000447  
Abt. III SPD Landesverband Berlin, Box 3/BEAB000455  
Abt. III, SPD KV Charlottenburg 3/BEAC000024  
Abt. III, SPD KV Charlottenburg 3/BEAC000057  
Abt. III SPD Kreisverband Charlottenburg 3/BEAC000060  
Abt. III, SPD KV Charlottenburg 3/BEAC000061  
Abt. III SPD Kreisverband Charlottenburg 3/BEAC000062  
Abt. III, SPD KV Charlottenburg 3/BEAC000080  
Abt. III SPD Landesverband Berlin, Box 3/BEAC000081  
Abt. III, SPD KV Charlottenburg 3/BEAC000100  
Abt. III, SPD KV Charlottenburg 3/BEAC000107

*Tageszeitungen*

Badische Zeitung 1971  
Berliner Zeitung 1966, 1970-1972, 1974, 1994-1995, 1998  
Der Abend 1968-1973  
Frankfurter Allgemeine Zeitung 1966-1967, 1969, 1972, 1974, 2001, 2007  
Frankfurter Rundschau 1970-1972, 1974, 1981, 1999  
Junge Welt 1999  
Rheinische Post 2000  
Süddeutsche Zeitung 1971, 1998  
Tagesspiegel 1965, 1968, 1970-1972, 2001, 2004, 2007-2008, 2013  
Tageszeitung 1986-1987, 1989, 2007-2008  
Telegraf 1967, 1970

*Periodika*

Analyse & Kritik 1999  
Agit 883 1969-1971  
Antifaschistisches Infoblatt 2001, 2004

Antifaschistische Nachrichten 2003  
 Berliner Extra-Dienst 1967-1969  
 Berliner Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik 1978  
 Dasda. Avanti 1979  
 Das Herrenhaupt 2001  
 Der Spiegel 1954, 1957, 1961-1962, 1965-1974, 1978-1979. 1980-1981, 1987-1988, 1991, 1993-1994, 1997-1999, 2000, 2002, 2006  
 Die Zeit 1962, 1965-1966, 1968-1969, 1971, 1973, 1979-1980, 1995, 1997, 2007  
 Deutsche Stimme 2001-2002  
 Focus 1998  
 Internationale Solidarität 1975  
 Junge Freiheit 1998-1999, 2001, 2003  
 Jungle World 1999, 2005, 2010  
 Kommunistische Arbeiterzeitung 1971  
 Konkret 1970, 1972  
 Kursbuch 1977  
 Langer Marsch. Zeitschrift für eine neue Linke 1978-1979  
 Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW 2004  
 Manager Magazin 1981  
 Neues Forum 1978  
 Neue Gesellschaft 1979  
 Neue Juristische Wochenschrift 1969  
 Pflasterstrand 1979  
 Rote Fahne 1978  
 Rote Presse-Korrespondenz 1969-1971  
 Sleipnir 2001  
 Stern 1972  
 Staatsbriefe 1999-2000  
 Titanic. Das endgültige Satiremagazin 2007  
 Vanity Fair 2007

*Internetquellen*

Aly, Götz: Klarsfeld und Kanzler Kiesinger, in: Frankfurter Rundschau vom 28. Februar 2012, URL: <http://www.fr-online.de/meinung/kolumne-klarsfeld-und-kanzler-kiesinger,1472602,11718830.html>, abgerufen am: 31. Oktober 2013

- Belau, Detlef: Die Russen kommen! [Oktober 2004], in: Website zur Stadtgeschichte Naumburgs, URL: <http://www.naumburg-geschichte.de/geschichte/dierussenkomen.htm>, aufgerufen am 30. November 2013
- Benicke, Jens: Von Adorno zu Mao. Die Rezeption der Kritischen Theorie und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit von der antiautoritären Fraktion der Studentenbewegung zu den K-Gruppen, Diss. Freiburg 2009, URL: <http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/7122/pdf/VonAdornozuMao.pdf>, abgerufen am 30. November 2013
- Ders.: Leninisten mit Knarren. War die Rote Armee Fraktion nur eine bewaffnete K-Gruppe?, Vortrag im Jour fixe der Initiative Sozialistisches Forum am 30. April 2008, URL: <http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/pdf/benicke-leninisten.pdf>, Abgerufen am 30. November 2013
- Elsässer, Jürgen: Zu Grass und Antisemitismus-Keule vom 7. April 2012, in: Website der Zeitschrift Compact. Magazin für Souveränität, URL: <http://juergensaelser.wordpress.com/2012/04/07/video-elsasser-zu-grass-und-antisemitismus-keule/>, abgerufen am 1. März 2013
- Hecht-Galinski, Evelyn: „Der wandernde – Wer?“ Eine Studie jüdischer Identitätspolitik von Gilad Atzmon, in: Neue Rheinische Zeitung vom 22. Juni 2012, URL: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17930>, abgerufen am 1. März 2013
- Kilpert, Daniel: Antisemitismus von links, in: Website der Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37960/antisemitismus-von-links?p=all>, abgerufen am 1. März 2013
- Krauß, Winfried: Die Vorschläge des Deutschen Kollegs sind keine Reformation, sondern eine Deformation der NPD!, Oktober 2001, in: Website von Winfried Krauß, Kopie in: URL: <http://www.geocities.ws/capitolhill/5680/ydeform.htm>, abgerufen am 1. März 2013
- Kraushaar, Wolfgang: Vermächtnis der RAF: Die Untoten der Bonner Republik, in: Spiegel Online, URL: <http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/vermaechtnis-der-raf-die-untoten-der-bonner-republik-a-503966.html>, abgerufen am 1. November 2013

- Koenen, Gerd: Rumor einer Nation (ungedrucktes Kapitel von: KOENEN, Gerd: Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine, deutsche Kulturrevolution. 1967-1977, Köln 2001), in: Website von Gerd Koenen, URL: [http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor\\_p.pdf](http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor_p.pdf), abgerufen am 1. November 2013
- Mahler, Horst: Persönliche Erklärung vom 17. Oktober 2002, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/erklaerung.html>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Information für die Presse betreffend meine angebliche Stasi-Mitarbeit [vom 4. August 2011], URL: <http://www.isioma.net/sds120302.html>, abgerufen am: 30. November 2013
- Ders.: Flugschrift. An die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Zwischen Turmbau zu Babel und Pfingstwunder [Laudatio zum 70. Geburtstag Günter Rohrmosers, gehalten am 1. Dezember 1997 in Stuttgart], in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/rede3.html>, abgerufen am 30. November 2013
- Ders.: Redaktionelle Anmerkung zum Artikel „Terrorismus als Aufklärung über die Aufklärung – oder der Unendlichkeitswahn des Endlichen (1981)“ im Elektronischen Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070621045111/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/bibliographie/>, abgerufen am 1. November 2013
- Ders.: Bemerkungen zu Martin Walsers Paulskirchenrede vom 13. Oktober 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120849/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/walser.html>, abgerufen am 1. November 2013
- Ders.: Offener Brief an Ignatz Bubis vom 1. Dezember 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Begreifen des Holocaust statt Monumentalisierung der Schande vom 4. Dezember 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL:

- <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Flugschrift. An die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Dutschke und Rabehl. Herolde des Nationalen Sozialismus?, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20041214051137/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/991113.html>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.; Oberlercher, Reinhard; Ney, Johannes P.: Thesen zur Reichsstatthalter-schaft, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Deutschland auf dem Wege zur Reichsordnung (2). Vorsicht! Der Feind denkt mit – in und mit unseren Köpfen, September 1999, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Endlösung der Mauerfrage vom 17. Juni 2001, in: Elektronisches Schau-fenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120550/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/mauerfrage.html>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Appell an die Bürger des Deutschen Reiches, in: Elektronisches Schau-fenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/appell.html>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Die Partei in der Verantwortung für das Deutsche Reich, August 2002, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Stellungnahme zur „V-Mann-Affäre“ im NPD-Verbotsverfahren, Au-gust/September 2002, S. 29-43, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013

- Ders.: Sie haben es gewußt!, Mai 2002, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120814/http://www.deutscheskolleg.org/hm/texte/siehabenengewusst.html>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Independence Day Live, September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120514/http://www.deutscheskolleg.org/hm/texte/independence.html>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Endlösung der Judenfrage. Gotteserkenntnis statt Judenhaß vom 25. März 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutscheskolleg.org/hm/texte/judenfrage.html>, abgerufen am 1. März 2013
- Ders.: Redaktionelle Anmerkung [aus den 2000er Jahren] zu *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa*, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://archive.today/piqP9>, abgerufen am 30. November 2013
- Ders.: Revisionsbegründung im Strafverfahren gegen Frank Rennicke wegen Volksverhetzung, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutscheskolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013
- Maier, Martin: Von der Aufarbeitung der Vergangenheit zum Totalitarismus? Aus der Literatur über die Studentenbewegung von 1968 und ihr Erinnern an den Nationalsozialismus, in: Website der Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <http://www.bpb.de/162703/von-der-aufarbeitung-der-vergangenheit-zum-totalitarismus>, abgerufen am 30. November 2013
- Meschkat, Klaus u. a.: Nationalisten waren wir nie! Ehemalige 68er SDS-Mitglieder distanzieren sich von Mahler und Rabehl, in: SDS-Website, URL: <http://www.isioma.net/sds00199.html>, abgerufen am 1. März 2013
- Nieszery, Norbert: Presseerklärung: Reflexartiger Antisemitismus-Vorwurf an Günter Grass ist intellektuell erbärmlich und politisch unredlich, in: Website der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern; URL: [www.spd-fraktion-mv.de/](http://www.spd-fraktion-mv.de/), abgerufen am 1. März 2013

- Nolde, Detlef: Gilad Atzmon: Ich bin ein Ex-Jude! vom 18. Dezember 2010, in: Website von Detlef Nolde, URL: <http://detlefnolde.wordpress.com/>, abgerufen am 1. März 2013
- NPD-Landtagsfraktion Sachsen: Presseerklärung vom 5. April 2012, URL: <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=28&aid=986>, abgerufen am 1. März 2013
- Rabehl, Bernd: Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritären Lager der Radikalopposition zwischen 1961/1980, Vortrag vor der Burschenschaft Danubia am 6. Dezember 1998, in: Website von Bernd Rabehl an der FU Berlin, Kopie in: <http://archive.today/P7YdR>, abgerufen am 1. November 2013
- Walther, Gerd: Der 75. Geburtstag Horst Mahlers, sein Politisches Testament und kommende Aufgaben, in: Website von Gerd Walther; URL: <http://gerd-walther.net/>, abgerufen am: 1. März 2013
- 100 Jahre Schulgebäude. Übersicht Schulhistorie FEO, in: Website der Friedrich-Ebert-Oberschule, URL: <http://feo.schule.de/schulleben/schulerzeitung-1/100-jahre-schulgebaeude>, abgerufen am 1. November 2013
- ARD-Interview mit Horst Mahler vom 19. September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070621045221/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/aktuelles/befragungard.htm>, abgerufen am 1. März 2013
- Brief Shlomo Avineri an Horst Mahler vom 7. Februar 1980, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070813123146/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/bibliographie/briefavineri.htm>, abgerufen am 30. November 2013
- Brief Herbert Marcuse an Günther Nenning, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070813122641/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/bibliographie/marcuse.htm>, abgerufen am: 30. November 2013
- Chronik der Stadt Naumburg (Saale), in: Website der Stadt Naumburg, URL: [http://www.naumburg-online.de/?load=history/nol\\_cn194x.html](http://www.naumburg-online.de/?load=history/nol_cn194x.html), abgerufen am 1. November 2013

- Die Landsmannschaft, Geschichte, in: Website der Landsmannschaft Thuringia, URL: <http://www.thuringia-berlin.org/thuringia/thuringia.html>, abgerufen am 1. November 2013
- Die Pflichtmensur, in: Website der Landsmannschaft Thuringia, URL: <http://www.thuringia-berlin.org/thuringia/thuringia.html>, abgerufen am 1. November 2013
- Horst Mahler auf der Pressekonferenz der NPD in Bruchsal bei Karlsruhe im August 2000, zit. nach: Horst Mahler und die NPD, in: World Socialist Web Site vom 24. August 2000, URL: <http://www.wsws.org/de/articles/2000/08/mahl-a24.html>, abgerufen am 1. März 2013
- Interview mit Beate Klarsfeld vom 9. November 2013: Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld: „Das war kein Rachefeldzug“, URL: <http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/1474501/NaziJaeger-in-Beate-Klarsfeld-Das-war-kein-Rachefeldzug>, abgerufen am 30. November 2013
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bekräftigt Bündnisse mit Neonazis (=Mitteilung des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz vom 21. März 2001), in: Website des bayerischen Verfassungsschutzes, URL: <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/service/mitteilungen/01568/index.php>, abgerufen am 1. März 2013
- Unsere Geschichte, in: Website der Landsmannschaft Thuringia, URL: <http://www.thuringia-berlin.org/thuringia/thuringia.html>, abgerufen am 1. November 2013
- Von der Hindenburg-Oberrealschule zur Friedrich-Ebert-Oberschule. Geschichte der FEO von 1945 bis heute, in: Website der Friedrich-Ebert-Oberschule, URL: <http://feo.schule.de/schulleben/schulerzeitung-1/geschichte-der-friedrich-ebert-oberschule/von-der-hindenburg-oberrealschule-zur-friedrich-ebert-oberschule-gymnasium>, abgerufen am 1. November 2013

### *Sonstige Quellen*

- SCHULZ, Birgit (Regie): Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte, Bildersturm Filmproduktion, BRD 2009
- Protokoll der Versammlung der Landsmannschaft Thuringia am 6. November 1956, in: Privatarchiv der Landsmannschaft Thuringia, zit. nach: Email

des Verantwortlichen des Archivs der Landsmannschaft Thuringia an den Verfasser vom Januar 2012

Protokoll der Versammlung der Landsmannschaft Thuringia am 20. November 1956, in: Privatarchiv der Landsmannschaft Thuringia, zit. nach: Email des Verantwortlichen des Archivs der Landsmannschaft Thuringia an den Verfasser vom Januar 2012

*Publizierte Quellen*

- ASTA DER FU BERLIN (Hrsg.): Dokumente des 2. Juni 1967 und der Zeit danach. Stellungnahmen, Resolutionen, Erklärungen, Beschlüsse, Flugblätter, Reden, Zeitungsberichte, Kommentare, Berlin 1967
- ATZMON, Gilad: Der wandernde – Wer? Eine Studie jüdischer Identitätspolitik, Vorwort des Verlages zur deutschen Ausgabe, Frankfurt am Main 2012
- BAADER, Andreas; ENSSLIN, Gudrun; PROLL, Thorwald; SÖHNLEIN, Horst: Vor einer solchen Justiz verteidigen wir uns nicht. Schlußwort im Kaufhausbrandprozeß, (=Voltaire Flugschrift 27), Westberlin 1968
- BAKKER SCHUT, Pieter H. (Hrsg.): Das Info. Briefe der Gefangenen aus d. RAF, 1973-1977, Kiel 1987
- BAUMANN, Michael: Wie alles anfang, München 1975
- BEHLER, Ernst (Hrsg.): KFSA, Bd. 2, Charakteristiken und Kritiken I (1796-1801), München u. a. 1967
- BERGMANN, Uwe (Hrsg.) Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbeck bei Hamburg 1969
- BLOCK, Martin; SCHULZ, Birgit: Die Anwälte. Ströbele, Mahler, Schily. Eine deutsche Geschichte, Köln 2010
- BÖCKELMANN, Frank; NAGEL, Herbert (Hrsg.): Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, erw. Neuaufl., Frankfurt am Main 2002
- BÖRSENVEREIN DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS (Hrsg.): Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1998, Martin Walser. Ansprachen aus Anlaß der Verleihung, Frankfurt am Main 1998
- BRUNNER, Johannes u. a. (Hrsg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, Berlin 1988
- BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2001-2011, Berlin 2002-2012

- CASDORFF, Claus Hinrich; ROHLINGER, Rudolf: Kreuzfeuer. Interviews von Kollé bis Kiesinger, Berlin 1971
- CURCIO, Renato: Mit offenem Blick. Ein Gespräch zur Geschichte der Roten Brigaden in Italien von Mario Scialoja, Berlin 1997
- DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.): Drucksache 17/11970 vom 20. Dezember 2012
- DUTSCHKE, Rudi: Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, in: BERGMANN, Uwe u. a. (Hrsg.): Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbeck bei Hamburg 1969, S. 58-85
- DUTSCHKE-KLOTZ, Gretchen; GOLLWITZER, Helmut; MIERMEISTER, Jürgen (Hrsg.): Rudi Dutschke. Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren, Reinbeck bei Hamburg 1980
- DUTSCHKE-KLOTZ, Gretchen: Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Rudi Dutschke. Eine Biographie, Köln 1996
- DIES. (Hrsg.): Rudi Dutschke: Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963-1979, Köln 2003
- ENZENSBERGER, Ulrich: Die Jahre der Kommune I. Berlin 1967-69, Köln 2004
- EXTRA-DIENST (Hrsg.): Der Mahler-Prozess: Freispruch für Springer?, Westberlin 1970
- F., Amilié; HALBACH, Robert; KRAMER, Bernd (Hrsg.): „Ich hasse zu hassen“, Berlin 1988
- FLOEHR, Ralf (Hrsg.): Das Grundgesetz entsteht. Aus den stenographischen Berichten über die Plenarsitzungen des Parlamentarischen Rates, Krefeld 1985
- FRITZSCH, Ronald; REINDERS, Ralf (Hrsg.): Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenzentführung, Knast, Berlin 1995
- FU BERLIN (Hrsg.): Freie Universität Berlin. 1948-1973. Hochschule im Umbruch, Teil II, Berlin 1978
- GEHRKE, Bernd; HORN, Gerd-Rainer (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg 2007
- HAUG, Wolfgang Fritz: Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten, Frankfurt am Main 1967
- HERZBRUCH, Barbara; WAGENBACH, Klaus (Hrsg.): Jahrbuch Politik 8, Berlin 1978
- HIPPE, Oskar: Und unsere Fahn' ist rot, Hamburg 1979

- HOCHHUTH, Rolf: Krieg und Klassenkrieg. Studien, Reinbek bei Hamburg 1971
- ID-VERLAG (Hrsg.): Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997
- INNENSENATOR DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Hamburg 2006, Hamburg 2007
- INNENMINISTERIUM BAYERN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Bayern 2012, München 2013
- INNENMINISTERIUM BRANDENBURG (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2012, Potsdam 2013
- INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1981
- INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): MEW, Bd. 19, Berlin 1966
- INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): MEW, Bd. 42, Berlin 1983
- INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): MEW, Bd. 25, Berlin 1986
- INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): MEW, Bd. 1, Berlin 1983
- JESCHKE, Axel; MALANKOWSKI, Wolfgang (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist. Gespräche zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler (=Spiegel-Buch 1), Hamburg 1980
- KLARSFELD, Beate: Kiesinger. Die Geschichte des PG 2633930. Dokumentation mit einem Vorwort von Heinrich Böll, Darmstadt 1969
- KOŁAKOWSKI, Leszek: Der revolutionäre Geist, Stuttgart 1972
- KOMITEE FREIHEIT FÜR HORST MAHLER DER ROTEN HILFE E. V. (Hrsg.): Broschüre des Komitees Freiheit für Horst Mahler, Berlin 1976
- KÖRNER, Wieland (Hrsg.): Mahler, Horst: Manifest an die „Söhne des Bundes“ B'nai B'rith, o. O. 2009
- KUNZELMANN, Dieter: Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998
- KUKUCK, Margareth: Student und Klassenkampf, Hamburg 1977
- LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HAMBURG (Hrsg.): Rechtsextremismus in Stichworten. Ideologien – Organisationen – Aktivitäten, Hamburg 2001
- LANGHANS, Rainer: Ich bin's. Die ersten 68 Jahre, München 2008

- MAHLER, Horst u. a. (Hrsg.): Big Lift oder Freiheit für die Deserteure, (=Voltaire Flugschrift 25), Berlin 1969
- DERS.: Die Angemessenheit der Untersuchungshaftdauer nach der Menschenrechtskonvention, in: NJW 22 (1969), Nr. 9, S. 353-355
- DERS. (Hrsg.): Die Verstrickungen des meineidigen Kronzeugen Ruhland und der Berliner Justiz, Selbstverlag 1977
- DERS.: Der 2. Juni 1967 und unsere Zukunft, in: ASTA DER PH WESTBERLIN U. A. (Hrsg.): „Sie würden uns gerne im Knast begraben...“, u. a. Westberlin 1977, S. 87-92
- DERS.: Der Pulverturm von Mogadischu, in: Theater heute, Nr. 11 (November 1979), S. 52
- DERS.: Guten Tag, Herr Friedman.. Unter Berufung auf Christus, Marx und deutsche Philosophen lädt der Vordenker Horst Mahler führende jüdische Köpfe zu erstem kritischen Dialog, Malmö [2001]
- DERS.; SCHÖNHUBER, Franz: Schluß mit dem deutschen Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland, 2. Aufl., Berg 2001
- MEINHOF, Ulrike: Drei Freunde Israels, in: RÖHL, Bettina u. a. (Hrsg.): Ulrike Marie Meinhof. Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken (Neuausgabe), Berlin 1992, S. 100-104
- MIERMEISTER, Jürgen; STAADT, Jochen (Hrsg.): Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965-1971, Darmstadt 1980
- MOHRMANN, Walter: Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Ostberlin 1972
- MUSEUM FÜR STADTGESCHICHTE DESSAU (Hrsg.): Stadtchronik Dessau 1945-1949, Dessau 1988
- NEVERMANN, Knut: Der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Schah-Besuchs, Köln 1967
- NORD, Ferdinand E. (Hrsg.): Was geschah vor fünfundzwanzig Jahren? Chronik d. Wollens und Wirkens der Gründer. 1951-1976, (=Historia academica des Coburger Convents der Akademischen Landsmannschaften und Turnerschaften an den Hochschulen 15), Nürnberg 1976
- RAUTER, Ernst Alexander: Folterlexikon. Die Kunst der verzögerten Human-schlachtung von Nero bis Westmoreland. Mit einem Vorwort von Horst Mahler, Hamburg 1969
- REGENSBURGER, Marianne: Der Fall Horst Mahler. Oder wie die Springer-Presse einen für den Abschuss präpariert, in: BROCKMEIER, Peter

- (Hrsg.): Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt am Main 1969
- REPUBLIKANISCHER CLUB (Hrsg.): Journalismus in der Ausserparlamentarischen Opposition, Westberlin 1969
- ROTH, Karl-Heinz; TEUFEL, Fritz (Hrsg.): Klaut sie! (Selbst-)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla, Tübingen 1979
- ROSE, John: Öl, Imperialismus und Zionismus: Israel und seine Rolle in Nahost, 2., korrigierte Aufl., Frankfurt am Main 2002
- ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Freiheit für Horst Mahler, Westberlin 1975
- ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Horst Mahler. Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen aus dem Gefängnis, Köln 1976
- ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.) Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972
- ROTE HILFE WESTBERLIN (Hrsg.): Schily/Ströbele. Plädoyers einer politischen Verteidigung. Reden und Mitschnitte aus dem Mahler-Prozeß (=Internationale Marxistische Diskussion Arbeitspapiere Nr. 11), Berlin 1973
- ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974
- SA-GRUPPE SCHLESSEN (Hrsg.): Vom Kampf und Sieg der schlesischen SA. Ein Ehrenbuch, Breslau 1933
- SCHINDLER, Heinz: Berlin und seine Kommanditisten. Authentisches und Satirisches aus Liebe zu Berlin, über Abschreibungsirrsinn zwischen Europa-Center und Steglitzer Kreisel – Horst Mahler – Kempinski und anderes Erstaunliche, Oldenburg 1978
- SCHNEIDER, Peter: Rebellion und Wahn. Mein 68. Eine autobiographische Erzählung, Köln 2008
- V. SCHRENK-NOTZING, Caspar: Charakterwäsche. Die Re-Education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen, (Neuaufgabe, Erstdruck 1965) Stuttgart 2003
- SCHRÖDER, Gerhard: Entscheidungen: Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006

- SCHUBERT, Karl-Heinz: Zur Geschichte der westberliner Basisgruppen, in:  
BRUNNER, Johannes u. a. (Hrsg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, Berlin 1988
- SDS WESTBERLIN UND INTERNATIONALES NACHRICHTEN UND FORSCHUNGS-INSTITUT (INFI) (Hrsg.): Internationaler Vietnam-Kongreß. 17./18. Februar 1968 Westberlin. Dokumentation. Der Kampf des Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus, Westberlin 1968
- SENATOR FÜR INNERES BERLIN (Hrsg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968
- ULBRICHT, Walter: Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus‘, Berlin 1946
- VESPER, Bernward: Nachwort zu Bernard Larsson. Demonstrationen. Ein Berliner Modell. Fotos (=Voltaire-Flugschrift 10), Westberlin 1967
- DERS. (Hrsg.): Bedingungen und Organisation des Widerstands. Der Kongreß in Hannover. Protokolle, Flugblätter, Resolutionen (=Voltaire Flugschrift 12), Berlin 1967
- ZAHL, Peter-Paul: Die Stille und das Grelle. Aufsätze, Frankfurt am Main 1981

## Sekundärliteratur

- ALBRECHT, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994
- ADORNO, Theodor W.: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Nr. 29 (1964), S. 88-104
- DERS.: Schuld und Abwehr, in: BUCK-MORRS, Susan; TIEDEMANN, Rolf (Hrsg.): Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften, Bd. 9.2. Soziologische Schriften II, Zweite Hälfte, Frankfurt 1975, S. 121-324
- ALY, Götz: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt am Main 2008
- ANDERSON, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main 2005
- ASSMANN, Aleida; FREVERT, Ute: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999
- AUST, Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex, aktualisierte Neuauflage, Hamburg 2012
- AYDT, Frank: Grenzgänger zwischen Alter und Neuer Rechter. Sprache und Ideologie Horst Mahlers am Beispiel seiner Propaganda im Internet, in: GESSENHARTER, Wolfgang; PFEIFFER, Thomas (Hrsg.) Die neue Rechte. Eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004
- BACKES, Uwe; JESSE, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Bonn 1996
- BALESTRINI, Nanni: Der Verleger, Berlin 1992
- BACKHAUS, Fritz; GROSS, Raphael; WEISSBERG, Liliane (Hrsg.): Juden. Geld. Eine Vorstellung, Frankfurt am Main 2013
- BANACH, Jens: Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945, Paderborn 1998
- BANKIER, David: Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995
- BEER, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen, München 2011
- BENICKE, Jens: Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg 2010

- DERS.: Die K-Gruppen und der Nationalsozialismus, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE; ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion, Berlin 2012, S. 36-50
- BENNECKE, Heinrich: Die Reichswehr und der „Röhm-Putsch“, München 1964
- BENZ, Michael: Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude, Linkssozialist, Emigrant 1911-1977. Eine politische Biographie, Essen 2007
- BENZ, Ute; BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Sozialisation und Traumatisierung. Kinder in der Zeit des Nationalsozialismus, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1998
- BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012
- DERS.: Misslungenes Gedenken. Die Rede Phillip Jenningers im Deutschen Bundestag am 10. November 1988, in: ZfG, Jg. 61, Nr. 11 (2013), S. 906-919
- BERGMANN, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten, Frankfurt am Main u. a. 1997
- DERS.: Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis heute, in: SALZBORN, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart, Gießen 2004, S. 51-81
- DERS.: ‚Störenfriede der Erinnerung‘. Zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: BOGDAL, Klaus-Michael u. a. (Hrsg.): Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz, Stuttgart 2007, S. 13-35
- DERS.; ERB, Rainer: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 38 (1986), S. 223-246
- DIES.: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung 1946-1989, Opladen 1991
- BEYER, Heiko; LIEBE, Ulf: Antiamerikanismus und Antisemitismus: Zum Verhältnis zweier Ressentiments, in: Zeitschrift für Soziologie, Nr. 3 (Juni 2010), S. 215–232.
- BIELING, Rainer: Die Tränen der Revolution. Die 68er zwanzig Jahre danach, Berlin 1988

- BIRKE, Peter: Der Eigen-Sinn der Arbeitskämpfe. Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik vor und nach 1969, in: GEHRKE, Bernd; HORN, Gerd-Rainer (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg 2007, S. 53-75
- BIRKENKÄMPER, Axel: Gegen Bush oder Amerika? Die transatlantischen Beziehungen und das deutsche Amerikabild, Bonn 2006
- BOURDIEU, Pierre: Die biographische Illusion, in: DERS. (Hrsg.): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt am Main 1998, S. 75-82
- BREUNING, Werner; HERBST, Andreas: Biographisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946-1963, Berlin 2011
- BRODER, Henryk M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, 2. Aufl., Berlin 2006
- DERS.: Vergesst Auschwitz! Der deutsche Erinnerungswahn und die Endlösung der Israel-Frage, München 2012
- BROSCH, Matthias (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin 2007
- BRUHN, Joachim; GERBER, Jan (Hrsg.): Rote Armee Fiktion, Freiburg 2007
- BUDE, Heinz: Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt am Main 1987
- DERS.: Bilanz der Nachfolge. Die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1992
- DERS.: Vom Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938-1948, Frankfurt am Main 1995
- BUTTERWEGGE, Christoph; DRESSEL, Jochen; TEGELER, Volker; VOIGT, Ulla (Hrsg.): 30 Jahre Ostermarsch. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland und ein Stück Bremer Stadtgeschichte, Bremen 1990
- CARINI, Marco: Fritz Teufel. Wenn's der Wahrheitsfindung dient, Hamburg 2003
- CYPIONKA, Ruth: Stadtgeschichte Naumburgs, in: STADT NAUMBURG (Hrsg.): Naumburg an der Saale. Beiträge zur Baugeschichte und Stadtsanierung, Petersberg 2001, S. 163-169
- CHAUSSY, Ulrich: Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Darmstadt 1983
- CLAUSSEN, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1994

- DANYEL, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: DANYAL, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 31-46
- DERS.: Der vergangenheitspolitische Diskurs in der SBZ/DDR 1945-1989, in: CORNELIBEN, Christoph (Hrsg.): Krieg – Diktatur – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005
- DINER, Dan: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, München 2002
- DITFURTH, Jutta: Ulrike Meinhof. Die Biografie, Berlin 2007
- EITZ, Thorsten; STÖTZEL, Georg: Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, Hildesheim 2007
- ELIAS, Norbert: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. Und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1989
- ERB, Rainer; KLÄRNER, Andreas: Antisemitismus zur weltgeschichtlichen Sinnstiftung. Horst Mahler vor Gericht, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Nr. 14 (2005), S. 111–134
- ESCHEN, Klaus: Das Sozialistische Anwaltskollektiv, in: KRAUSHAAR, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 957-972
- FICHTER, Tilman: Der Staat Israel und die Neue Linke in Deutschland, in: SCHNEIDER, Karlheinz; SIMON, Nikolaus (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Berlin 1987, S. 81-98
- DERS.: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988
- DERS.; LÖNNENDONKER, Siegward: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Essen 2007
- FINKELSTEIN, Norman: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, München 2001
- FLEMMING, Lars: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2005
- FOGT, Helmut: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982

- FREI, Norbert: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005
- DERS.: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, 2. Aufl., München 2008
- DERS.: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2012
- FRIEDRICH, Walter: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR?, in: APuZ, Nr. 46 (2001), S. 16-23
- FUCHS, Konrad: Politische Geschichte 1918-1945, in: MENZEL, Josef Joachim (Hrsg.): Geschichte Schlesiens, Bd. 3, Stuttgart 1999
- FUHRER, Armin: Wer erschoss Benno Ohnesorg? Der Fall Kurras und die Stasi, Berlin 2009
- GALLUS, Alexander: Ein Anfang, der das Ende nicht erwarten ließ. Die Studienstiftler Meinhof, Mahler, Ensslin, Vesper und die Elitförderung in der Bundesrepublik – eine Aktenlektüre, in: BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 2012, (24), S. 13-29
- GEMPP, Jonas: Europäische Identität durch Antiamerikanismus. Projekt Europa – Feindbild Amerika, Saarbrücken 2008
- GERLACH, Daniel: Die doppelte Front. Die Bundesrepublik Deutschland und der Nahostkonflikt. 1967-1973, Berlin 2006
- GEPPERT, Alexander C.T.: Forschungstechnik oder historische Disziplin? Methodische Probleme der Oral History, in: GWU 45, Nr. 5 (1994), S. 303-323
- GESSERT, Phillip: Kurt Georg Kiesinger. 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006
- GILCHER-HOLTEY, Ingrid (Hrsg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft (=Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17), Göttingen 1998
- DIES.: Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2001
- GRAB, Karl Martin: Edgar Jung, Papenkreis und Röhmkrise 1933/34, Heidelberg 1966
- GRIGAT, Stephan (Hrsg.): Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert, Freiburg 2012
- GRUMKE, Thomas; WAGNER, Bernd: Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002
- GÖRRES-AGNOLI, Barbara: Johannes Agnoli, Hamburg 2004

- GÖTZ, Margarete: Die öffentliche Ideologie und die Ideologisierung der Grundschule in der Zeit des Nationalsozialismus, in: OELKERS, Jürgen; OSTERWALDER, Fritz; RHYN, Heinz (Hrsg.): Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie. Zeitschrift für Pädagogik 38, Weinheim 1998, S. 209-224
- HAHN, Michael: Tägliche Faschismus-Vergleiche. Antiamerikanismus in der Neuen Linken der BRD, in: DERS. (Hrsg.): Nicht gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte, Hamburg 2003, S. 25-49
- HANLOSER, Gerhard: Bundesrepublikanischer Linksradikalismus und Israel. Antifaschismus und Revolutionismus als Tragödie und als Farce, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Nr. 33 (2005), Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, Göttingen 2005, S. 170-210
- DERS.: Horst Mahler – der Gefangenen-Star der Roten Hilfe, in: BAMBULE (Hrsg.): Das Prinzip Solidarität, Bd. 2, Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD, Hamburg 2013, S. 240-258.
- HARRISON, Hope M.: Ulbrichts Mauer, Berlin 2011
- HAURY, Thomas: „Goldhagen gegen rechts verteidigen und von links kritisieren“. Die deutsche Linke in der Goldhagen-Debatte, in: HEIL, Johannes; ERB, Rainer (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel J. Goldhagen, Frankfurt am Main 1998, S. 235-258
- DERS.: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002
- HAUSER, Dorothea: Deutschland, Italien, Japan. Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre, in: KRAUSHAAR, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 1272-1298
- DIES.: Baader und Herold. Beschreibung eines Kampfes, Reinbek bei Hamburg 2007
- HEIDEN, Detlev: Sozialisierungspolitik in Hessen 1946-1967. Vom doppelten Scheitern deutscher Traditionssozialisten und amerikanischer Industriereformer, Münster 1995
- HEIMLICH, Steven: Rechte Leute von links. Die 68er-Bewegung im Fokus der „Neuen Rechten“, Marburg 2009
- HEINRICH, Horst-Alfred: Zeithistorische Ereignisse als Kristallisationspunkt von Generationen. Replikation eines Messinstruments, in: ZUMA-Nachrichten, Nr. 39 (November 1996), S. 69-94

- HEISIG, Matthias: Die SA-Feldpolizei und ihr Gefängnis. Historischer Ort, geschichtliche Aufarbeitung und Erinnerung einer Zentrale des frühen NS-Terrors in Berlin, in: MÜLLER, Yves; ZILKENAT, Reiner (Hrsg.): Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), S. 195-219
- HELLER, Friedrich Paul; MAEGERLE, Anton: Die Sprache des Hasses. Rechtsextremismus und völkische Esoterik. Jan van Helsing und Horst Mahler, Stuttgart 2001
- HERBERT, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903-1989, Bonn 1996
- DERS.: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, in: REULECKE, Jürgen; MÜLLER-LUCKNER, Elisabeth (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 95-114
- HERBSTTRITT, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007
- HERZBERG, Guntolf: Rudolf Bahro. Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002
- HEß, Hans-Jürgen: Innerparteiliche Gruppenbildung. Macht- und Demokratieverlust einer politischen Partei am Beispiel der Berliner SPD in den Jahren von 1963 bis 1981, Bonn 1984
- HINCK, Gunnar: Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der siebziger Jahre, Berlin 2012
- HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN (Hrsg.): Berlin-Bibliographie, Bd. 43, Berlin 1973
- HOFMANN, Ulrike: Coburger Convent, in: BLESSING, Werner K. (Hrsg.): Festschrift für Karl Möckl, S. 109-131, hier: S. 115-118
- HÖHNE, Heinz: Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft. 1933-1934, Hamburg 1984
- HOLZ, Klaus: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft Hamburg 2005
- ILLICHMANN, Jutta: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt am Main 1997
- JAECKER, Tobias: Hass, Neid, Wahn. Antiamerikanismus in den deutschen Medien, Frankfurt am Main u. a. 2014

- JANDER, Martin: Horst Mahler, in: KRAUSHAAR, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 372–397
- JESSE, Eckhard: Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: BACKES, Uwe; JESSE, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 13 (2001), Baden-Baden 2001, S. 183-199
- JUREIT, Ulrike; SCHNEIDER, Christian: Gefühlte Opfer: Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010
- KAISER, Joachim: „Phasenverschiebungen und Einschnitte in der Kulturellen Entwicklung“, in: BROSZAT, Martin (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 69-74
- KARL, Michaela: Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt am Main 2003
- KENDA, Willey: Ein Anwalt in Waffen: Horst Mahler, in: MÜNKLER, Herfried (Hrsg.): Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt, Opladen 1990, S. 370-380
- KISTENMACHER, Olaf: Schuldabwehr als Motiv für Israel-Feindschaft in der politischen Linken?, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE; ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion, Berlin 2012, S. 51-60
- DERS.: Zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antizionismus. Die Nahost-Berichterstattung der der KPD, „Die Rote Fahne“, während der Weimarer Republik, in: NAGEL, Michael; ZIMMERMANN, Moshe (Hrsg.): Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte, Bd. 2, Bremen 2013, S. 591-608
- KITTEL, Manfred: „Vergangenheitsbewältigung“ und „68er“-Bewegung. Anmerkungen zum (west-)deutschen und japanischen Fall, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande, 35 (2003), Nr. 2, S. 273-289
- KLÄRNER, Andreas: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Köln 2000
- KLEIN, Thomas: SEW. Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“?, Berlin 2009
- KLOKE, Martin: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main 1990

- DERS.: Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus, in: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 163-196
- KLUGE, Ulrich (Hrsg.): Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft“ in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001
- KNABE, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 2. Aufl., Berlin 1999
- KOENEN, Gerd: Marxismus-Leninismus als universelle Verschwörungstheorie, in: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, Nr. 2 (1999), S. 127-132
- DERS.: Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003
- DERS.: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution. 1967-1977, Köln 2001
- KOMITEE FÜR DIE FREILASSUNG RUDOLF BAHROS (Hrsg.): Der Bahro-Kongreß. Aufzeichnungen, Berichte und Referate, Berlin 1979
- KOSIEK, Rolf: Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen, Tübingen 2001
- KRAUSHAAR, Wolfgang: Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie, in: SÖLLNER, Alfons u. a. (Hrsg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 267-283
- DERS.: Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung, in: DERS.: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000
- DERS.: Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005
- DERS.: Die Tupamaros West-Berlin, in: DERS. (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 512-530
- DERS. (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bd., Hamburg 2006
- DERS.; REEMTSMA, Jan Philipp; WIELAND, Karin: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2007
- KRAUSHAAR, Wolfgang: Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008
- KRUG, Uli: Gefühltes Gas. Der Mythos der Vernichtungshaft, in: BRUHN, Joachim; GERBER, Jan (Hrsg.): Rote Armee Fiktion, Freiburg 2007, S. 85-91
- KUBICKI, Karol; LÖNNENDONKER, Siegwald: Die Freie Universität Berlin 1948-2007. Von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb, Göttingen 2008

- KÜHN, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005
- KUNZE, Rolf-Ulrich: Die Studienstiftung des deutschen Volkes seit 1925. Zur Geschichte der Hochbegabtenförderung in Deutschland, Berlin 2001
- DERS.: Nation und Nationalismus, Darmstadt 2005
- LÄSSIG, Simone: Die historische Biographie auf neuen Wegen?, in: GWU 60, Nr. 10 (2009), S. 540-553
- LÖLHÖFFEL, Helmut: Die Interview-Falle. Wie die „Junge Freiheit“ immer wieder Prominente und sogar Sozialdemokraten einspannte, in: BRAUN, Stephan; VOGT, Ute (Hrsg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden 2007, S. 271-282
- LONGERICH, Peter: Geschichte der SA, München 2003
- LÖNNENDONKER, Sieghard; RABEHL, Bernd; STAADT, Jochen: Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD, Bd. 1 1960-1967, (=Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 91), Wiesbaden 2002
- LORENZ, Oliver: Die Adolf-Kurve 1932-1945, in: ALY, Götz (Hrsg.): Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2006, S. 22-37
- LÖWENTHAL, Richard: Der romantische Rückfall, Stuttgart 1970
- MÄHLERT, Ulrich; STEPHAN, Gerd-Rüdiger: Blaue Hemden, rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996
- MANNHEIM, Karl: Das Problem der Generationen (erstmalig: 1928), in: WOLFF, Kurt H. (Hrsg.): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Berlin 1970, S. 509-565
- MARCUSE, Herbert: Für eine gemeinsame Front, in: VOGT, Ernst: Israel. Kritik von links. Dokumentation einer Entwicklung, Wuppertal 1976
- MARKOVITS, Andrei S.: Amerika, dich haßt sich's besser. Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa, Hamburg 2004
- MAUSBACH, Wilfried: Wende um 360 Grad?, in: v. HODENBERG, Christina; SIEGFRIED, Detlef (Hrsg.): Wo ,1968' liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 15-47
- MEYER, Fritjof: Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivreise, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Nr. 5 (2002), S. 631-641

- MICHAEL, George: The Ideological Evolution of Horst Mahler. The Far Left-Extreme Right Synthesis, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, Nr. 4 (2009), S. 346-366
- MICHAELIS, Rolf: Die Kavallerie-Divisionen der Waffen-SS, 2. Aufl., Berlin 1998
- MÖHLE, Volker; RABE, Christian: Kriegsdienstverweigerer in der BRD. Eine empirisch-analytische Studie zur Motivation der Kriegsdienstverweigerer in den Jahren 1957-1971, Opladen 1972
- MÖLLER, Jürgen: Kriegesende an Saale und Unstrut. April 1945. Der Vorstoß des V. US Corps aus Nordthüringen zur Saale und Unstrut und die Besetzung der Region Querfurt, Naumburg und Weißenfels, Bad Langensalza 2007
- MOSES, A. Dirk: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: *Die Neue Sammlung*, Nr. 40 (2000), S. 211-232
- MÜLLER, Matthias: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht, Münster 2012
- NIETHAMMER, Lutz: Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“, Frankfurt am Main 1980. OTTO, Karl A.: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der ausserparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70, Frankfurt am Main 1977
- PAULMANN, Volker: Studentenbewegung und NS-Vergangenheit, in: GLIENKE, Stephan Alexander; PAULMANN, Volker; PERELS, Joachim (Hrsg.): Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 185-216
- PEGOLOW KAPLAN, Thomas: „Den mörderischen Alltag bei seinem richtigen Namen nennen“. Linke Protestbewegungen, jüdische Remigranten und die Erinnerung an die Massenverbrechen in den 1960er-Jahren, in: *ZfG*, 62 (2014), Nr. 7/8, S. 600-619
- PETERS, Butz: Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004
- PEUKERT, Detlev: Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik, Köln 1987
- PFAHL-TRAUGBER, Armin: „Antiamerikanismus“ und „Antiwestlertum“ von links und rechts. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus, in: JESSE, Eckhard; KAILITZ, Steffen (Hrsg.): Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 193-217

- DERS.: Eine nationalrevolutionäre Kritik an der NPD. Der rechtsextremistische Intellektuelle Jürgen Schwab als Ideologe und Kritiker der Partei, in: BACKES, Uwe; STEGLICH, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei (=Extremismus und Demokratie 17), Baden-Baden 2007
- DERS.: Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei (=Reihe Zukunftsforum Politik 92), Berlin 2008
- PLATTA, Holdger: Zwischen den Fronten – immer noch? Anmerkungen zur ‚Kriegskinder‘-Debatte und zur Rolle der 68er-Generation in ihr, in: RADEBOLD, Hartmut (hrsg.): Kindheiten im II: Weltkrieg und ihre Folgen, Gießen 2004, S. 211-226
- POHL, Karl Heinrich: Gustav Stresemann. Zur Konstruktion einer neuen Biographie, in: GWU 60, Nr. 10 (2009), S. 554-567
- POLLOCK, Friedrich: Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, Frankfurt am Main 1955
- PREUSS-LAUSITZ, Ulf: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem 2. Weltkrieg, Weinheim 1989
- PYTA, Wolfram: Hindenburg, Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007
- RABEHL, Bernd: Die drei Anti-Springer-Kampagnen 1967/68. Kommentar zu den Arbeiten von Hubertus Knabe, in: Zeitschrift des Forschungsbundes SED-Staat, Nr. 11 (2002)
- DERS.: Rudi Dutschke. Revolutionär im geteilten Deutschland, Dresden 2002
- RADEBOLD, Hartmut (Hrsg.): Kindheiten im II: Weltkrieg und ihre Folgen, Gießen 2004
- RASCHKE, Joachim: Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD, Hamburg 1974
- REICHEL, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland: Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, Bonn 2003
- REIMANN, Aribert: Dieter Kunzelmann. Avantgardist, Protestler, Radikaler, Göttingen 2009
- REINECKE, Stefan: Otto Schily. Vom RAF-Anwalt zum Innenminister, Hamburg 2003
- RENSMANN, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Hamburg 1998

- DERS.: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2005
- DERS.: Zwischen Kosmopolitanismus und Ressentiment. Zum Problem des sekundären Antisemitismus in der deutschen Linken, in: BROSCHE, Matthias (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin 2007, S. 165-190
- RIBBE, Wolfgang: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002
- RIEBE, Jan: Was ist israelbezogener Antisemitismus?, in: AMADEU ANTONIO STIFTUNG (Hrsg.): „Man wird ja wohl noch Israel kritisieren dürfen...!?“ Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen, Berlin 2012, S. 7-11
- ROHRMOSER, Günter: Das Elend der kritischen Theorie, Freiburg 1970
- DERS.: Zäsur. Wandel des Bewusstseins, Stuttgart 1980
- DERS.: Ideologische Ursachen des Terrorismus, in: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Analysen zum Terrorismus 1. Ideologien und Strategien, Opladen 1981, S. 274-339
- ROTT, Wilfried: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins. 1948-1990, München 2009
- RULAND, Maximilian: Inszenierung der Vergangenheitsbewältigung: Die Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ (1979) in der Bundesrepublik als Medienereignis, in: Grossmann, Yves Vincent u. a. (Hrsg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Tagungsband zum studentischen Symposium 2011 in Bremen, Bremen, 2014, S. 163-192
- RUSINEK, Bernd-A.: Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre, in: SCHILDT, Axel u. a. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000
- SALLEN, Herbert: Zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse der empirischen Antisemitismusforschung, Frankfurt am Main 1977
- SALZBORN, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart, Gießen 2004
- DERS.: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main 2010

- SCHELSKY, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1957
- SCHENK, Stefanie: Horst Mahler: Seine Entwicklung vom Linksterroristen zum Rechtsextremisten, in: KLONINGER, Herbert (Hrsg.): Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus: Internationalität, Paradigmenwechsel, Jugend- und Kampagnenarbeit, Homosexualität (=Schriftenreihe des Fachbereiches Öffentliche Sicherheit), Brühl 2001, S. 155-240
- SCHILDT, Axel (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000
- DERS.: Die Eltern auf die Anklagebank? Zur Thematisierung der NS-Vergangenheit im Generationenkonflikt der bundesrepublikanischen 1960er Jahre, in: CORNELIBEN, Christoph; KLINKHAMMER, Lutz; SCHWENDKER, Wolfgang (Hrsg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 317-332
- SCHMIDT, Christoph: Die Rückkehr der toten Seelen. Die deutsche Studentenbewegung und ihr Umgang mit Auschwitz, in: Mittelweg 36, 20 (2011), Nr. 6, S. 67-83
- SCHMIDT, Daniel: Der SA-Führer Hans Ramshorn, in: VfZ, Nr. 60 (2012), S. 201-235
- SCHMIDT, Giselher: Extremistische Odysse. Zum Lebensweg von Horst Mahler, in: Liberal. Vierteljahreshefte für Politik und Kultur, Nr. 45 (Juni 2003), S. 65-68
- SCHMIDT, Holger: Antizionismus, Israelkritik und ‚Judenknax‘. Antisemitismus in der deutschen Linken nach 1945, Bonn 2010
- SCHMIDT, Wolfgang: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963, Wiesbaden 2001
- SCHMIDTKE, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 2003
- SCHNEIDER, Karlheinz; SIMON, Nikolaus (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, 2. Aufl., Berlin 1987
- SCHOLZ, Sykla; ZAHLMANN, Stefan (Hrsg.): Scheitern und Biografie. Die andere Seite moderner Lebensgeschichten, Gießen 2005
- SCHÖNBACH, Peter: Reaktionen auf die antisemitische Welle 1959/1960, Frankfurt am Main 1961
- SCHULZ, Andreas: Individuum und Generation. Identitätsbildung im 19. Und 20. Jahrhundert, in: GWU, Nr. 52 (2001), S. 406-414

- SCHULZ, Hermann; RADEBOLD, Hartmut; REULECKE, Jürgen: Söhne ohne Väter. Erfahrungen der Kriegsgeneration, Berlin 2004
- SCHUSTER, Martin: SA-Feldpolizei und SA-Feldjägerkorps, in: v. GÖTZ, Irene; ZWAKA, Petra (Hrsg.): SA-Gefängnis Papestraße. Ein frühes Konzentrationslager in Berlin. Berlin 2013
- SEIBERT, Niels: Vergessene Proteste, Münster 2008
- SEITENBECHER, Manuel: Den deutschen „Cäsar“ bezwingen. Die 1960er und die Kampagne gegen Springer, Marburg 2008
- DERS.: Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung? Paderborn u. a. 2013
- SHLOMO, Shafir: Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel, in: HERBST, Ludolf; GOSCHLER, Constantin (Hrsg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 191-204
- SILBERMANN, Alphons: Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982
- SPERNOL, Boris: Notstand der Demokratie. Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit, Essen 2008
- SONTHEIMER, Michael: „Natürlich kann geschossen werden“. Eine kurze Geschichte der Roten Armee Fraktion, München 2010
- SOUKUP, Uwe: Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967, Berlin 2007
- STEFFEN, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002
- STEIN, Timo: Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken, Wiesbaden 2011
- STENDER, Wolfram: Konstellationen des Antisemitismus. Zur Einleitung, in: FOLLERT, Guido; ÖZDOGAN, Mihri; STENDER, Wolfram (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 7-38.
- STERN, Frank: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991
- STERN, Klaus; HERRMANN, Jörg: Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes, München 2007
- STÖSS, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, 2 Bd., Opladen 1983
- STROBEL, Ingrid: Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken, in: DIES. (Hrsg.): Das Feld des Vergessens. Jüdischer Wi-

- derstand und deutsche „Vergangenheitsbewältigung“, Berlin u. a. 1994, S. 102-118
- THAMER, Hans-Ulrich: Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er-Bewegung, in: Westfälische Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Nr. 48 (1998), S. 39-53
- TEICHERT, Olav: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Untersuchung der Steuerung der SEW durch die SED, Kassel 2011
- TIMMERMANN, Barbara: Die Faschismus-Diskussion in der Kommunistischen Internationale (1920-1935), Köln 1977
- TREFFKE, Jörg: Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien. Eine politische Biographie, Paderborn 2009
- UELLENBERG, Wolfgang; RUTZ, Günter: 75 Jahre Arbeiterbewegung in Deutschland 1904-1979, Bonn 1984
- UWER, Thomas; V. D. OSTEN-SACKEN, Thomas; WOELDIKE, Andrea (Hrsg.): Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt, Freiburg 2003
- VIERHAUS, Rudolf; HERBST, Ludolf (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, Bd. 2, München 2002
- WEBER, Hermann: Lenin, 19. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2008
- DERS.; HERBST, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008
- WEBER, Petra: Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie, München 1996
- WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2008
- WETTIG, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise. 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006
- WESEMANN, Kristin: Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin. Eine politische Biografie, Baden-Baden 2007
- WESTENFELDER, Frank: Genese, Problematik und Wirkung nationalsozialistischer Literatur am Beispiel des historischen Romans zwischen 1890 und 1945, Frankfurt am Main 1989
- WINKLER, Willy: Die Geschichte der RAF, Berlin 2005
- WIPPERMANN, Wolfgang: Über „Extremismus“, „Faschismus“, „Totalitarismus“ und „Neofaschismus“, in: JÄGER, Siegfried; SCHOBERT, Alfred

(Hrsg.): Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus – Rechtsextremismus  
– Rassismus: Kontinuitäten und Brüche, Duisburg 2000

WOLBRING, Barbara: Nationales Stigma und persönliche Schuld. Die Debatte  
über Kollektivschuld in der Nachkriegszeit, in: Historische Zeitschrift,  
289 (2009), Nr. 2, S. 325-364

# Anmerkungen

## Anmerkungen Einleitung

<sup>1</sup> Mahler zit. nach: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).

<sup>2</sup> [Kraushaar, Wolfgang:] Vermächtnis der RAF: Die Untoten der Bonner Republik, in: Spiegel Online, URL: <http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/vermaechtnis-der-raf-die-untoten-der-bonner-republik-a-503966.html>, abgerufen am 1. November 2013.

<sup>3</sup> Vgl. beispielweise [Hohmann, Peter:] Der Prozeß des Jahrhunderts is nicht, in: Konkret, Nr. 22 vom 12. Oktober 1972. Vgl. Wir hauen auf den Putz, in: Der Spiegel, Nr. 20 (1968) vom 13. Mai 1968.

<sup>4</sup> Vgl. FRITZSCH, Ronald; REINDERS, Ralf (Hrsg.): Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenzentführung, Knast, Berlin 1995, S. 119. Vgl. TEUFEL, Fritz: Indianer weinen nicht – sie kämpfen, in: ROTH, Karl-Heinz; TEUFEL, Fritz (Hrsg.): Klaut sie! (Selbst-)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla, Tübingen 1979, S. 20-30, hier: S. 21. Vgl. Brief Peter-Paul Zahl an Horst Mahler vom 20. Oktober 1978, in: ZAHL, Peter-Paul: Die Stille und das Grelle. Aufsätze, Frankfurt am Main 1981, S. 144. Vgl. ROTH, Karl-Heinz: Moral, Gehirnwäsche und Verrat, in: ROTH/TEUFEL (Hrsg.): Klaut sie!, S. 50-119, hier: S. 50.

<sup>5</sup> Schily zit. nach: SCHULZ, Birgit (Regie): Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte, Bildersturm Filmproduktion, BRD 2009.

<sup>6</sup> Vgl. SCHNEIDER, Peter: Rebellion und Wahn. Mein 68. Eine autobiographische Erzählung, Köln 2008, S. 340.

<sup>7</sup> Zit. nach: Berliner Morgenpost vom 3. Mai 1968.

<sup>8</sup> KRAUSHAAR, Wolfgang: Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008, S. 251.

<sup>9</sup> Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008. ALY, Götz: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt am Main 2008. KOENEN, Gerd: Das rote Jahrzehnt: Unsere kleine deutsche Kulturrevolution. 1967-1977, Köln 2001. Zur Auseinandersetzung der Protestbewegung mit dem historischen Nationalsozialismus vgl. MAUSBACH, Wilfried: Wende um 360 Grad?, in: v. HODENBERG, Christina; SIEGFRIED, Detlef (Hrsg.): Wo ‚1968‘ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 15-47. PAULMANN, Volker: Studentenbewegung und NS-Vergangenheit, in: GLIENKE, Stephan Alexander u. a. (Hrsg.): Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 185-211. BENICKE, Jens: Von Adorno zu Mao. Die Rezeption der Kritischen Theorie und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit von der antiautoritären Fraktion der Studentenbewegung zu den K-Gruppen, Diss. Freiburg 2009, URL: <http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/7122/pdf/VonAdormozuMao.pdf>, abgerufen am 30. November 2013. Als Buch erschienen: BENICKE, Jens: Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg 2010. THAMER, Hans-Ulrich: Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er-Bewegung, in: Westfälische Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Nr. 48 (1998), S. 39-53.

<sup>10</sup> Koenen, Gerd: Rumor einer Nation (ungedrucktes Kapitel von: KOENEN, Gerd: Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine, deutsche Kulturrevolution. 1967-1977, Köln 2001), S. 23, in: Website von Gerd Koenen, URL: [http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor\\_p.pdf](http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor_p.pdf), abgerufen am 1. November 2013.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu: REICHEL, Peter: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland: Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, Bonn 2003. FREI, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 2012. ASSMANN, Aleida; FREVERT, Ute: *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999. FREI, Norbert: *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen*, München 2005. JUREIT, Ulrike; SCHNEIDER, Christian: *Gefühlte Opfer: Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart 2010.

<sup>12</sup> Vgl. FREI, Norbert: *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*, 2. Aufl., München 2008, S. 9-31.

<sup>13</sup> REIMANN, Aribert: *Dieter Kunzelmann. Avantgardist, Protestler, Radikaler*, Göttingen 2009, S. 11f.

<sup>14</sup> Vgl. WESEMANN, Kristin: *Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin. Eine politische Biografie*, Baden-Baden 2007. KARL, Michaela: *Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution*, Frankfurt am Main 2003. REIMANN, Aribert: *Dieter Kunzelmann. Avantgardist, Protestler, Radikaler*, Göttingen 2009. Zu Gudrun Ensslin (in Planung): Bressan, Susanne: *Gudrun Ensslin. Die Biographie einer RAF-Terroristin im Kontext des öffentlichen Umgangs mit dem nationalsozialistischen Erbe in Deutschland*.

<sup>15</sup> Vgl. STERN, Klaus; HERRMANN, Jörg: *Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes*, München 2007. REINECKE, Stefan: *Otto Schily. Vom RAF-Anwalt zum Innenminister*, Hamburg 2003. CARINI, Marco: *Fritz Teufel. Wenn's der Wahrheitsfindung dient*, Hamburg 2003.

<sup>16</sup> Vgl. REIMANN: *Kunzelmann*, S. 11. Vgl. die autobiographischen Arbeiten: SCHNEIDER, Peter: *Rebellion und Wahn. Mein 68. Eine autobiographische Erzählung*, Köln 2008. LANGHANS, Rainer: *Ich bin's. Die ersten 68 Jahre*, München 2008. ENZENSBERGER, Ulrich: *Die Jahre der Kommune I*, Köln 2004.

<sup>17</sup> Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: *Achtundsechzig. Eine Bilanz*, Berlin 2008. FREI, Norbert: *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*, 2. Aufl., München 2008. ALY, Götz: *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*, Frankfurt am Main 2008.

<sup>18</sup> HAURY, Thomas: *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002, S. 31.

<sup>19</sup> Ebd., S. 157.

<sup>20</sup> Vgl. grundlegend: KUNZE, Rolf-Ulrich: *Nation und Nationalismus*, Darmstadt 2005. Zum Begriff der „Gemeinschaftsvorstellung“ vgl. ANDERSON, Benedict: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt am Main 2005. Vgl. HAURY: *Antisemitismus von links*, S. 158 und S. 42-84.

<sup>21</sup> Ebd., S. 158.

<sup>22</sup> Ebd., S. 106.

<sup>23</sup> Ebd., S. 107.

<sup>24</sup> Ebd., S. 108.

<sup>25</sup> Ebd., S. 109.

<sup>26</sup> So beispielweise: *Arbeitsfreude/Arbeitsscheu, schaffendes/raffendes Kapital, Arbeit/Ausbeutung, Bescheidenheit/Habgier, Gemeinsinn/Selbstsucht, Aufopferung/Egoismus, staatenbildend/zersetzend, konkret-bodenständig/abstrakt-wurzellos, idealistisch/materialistisch, wahre Kultur/oberflächliche Zivilisation, schöpferisch/geistig unfruchtbar, Gemeinschaft/Gesellschaft*, vgl. ebd., S. 109f.

<sup>27</sup> Zit. nach: ebd., S. 111. So beispielweise Adolf Stoecker: „Sein oder Nichtsein!“, „Sie oder wir!“ und „Kampf ums Dasein“, zit. nach: HAURY: *Antisemitismus von links*, S. 112. Bereits die biologistische Sprache der frühen modernen Antisemiten („Ungeziefer“, „Trichinen und Bazillen“, „Blutsauger“) spricht Bände, vgl. ebd., S. 112f.

<sup>28</sup> Ebd., S. 115

<sup>29</sup> Ebd., S. 116

<sup>30</sup> Vgl. ebd., S. 122. Vgl. KISTENMACHER, Olaf: Schuldabwehr als Motiv für Israel-Feindschaft in der politischen Linken?, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE; ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion, Berlin 2012, S. 51-60, hier: S. 51. Vgl. STENDER, Wolfram: Konstellationen des Antisemitismus. Zur Einleitung, in: FOLLERT, Guido; ÖZDOGAN, Mihri; STENDER, Wolfram (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 7-38. RENSMANN, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Hamburg 1998, S. 231-335.

<sup>31</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 122f. Zu „Postnazismus“ und „Postfaschismus“ vgl. GRIGAT, Stephan (Hrsg.): Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert, Freiburg 2012.

<sup>32</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 123. Vgl. BERGMANN, Werner; ERB, Rainer: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989, Opladen 1991.

<sup>33</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 124. Vgl. auch: BERGMANN, Werner: Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis heute, in: SALZBORN, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart, Gießen 2004, S. 51-81, hier: S. 51f.

<sup>34</sup> HAURY: Antisemitismus von links, S. 124.

<sup>35</sup> Vgl. ebd., S. 124f.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 125.

<sup>37</sup> Vgl. ebd., S. 126.

<sup>38</sup> Vgl. ebd.

<sup>39</sup> Vgl. ebd.

<sup>40</sup> Vgl. ebd., S. 127.

<sup>41</sup> Vgl. ebd., S. 128. Für die frühe BRD kann konstatiert werden, dass ein Drittel der Bevölkerung eine „extrem antisemitische“ Weltsicht hatte und ein weiteres Drittel „bedingt antisemitisch“ eingestellt war, vgl. ebd., S. 129.

<sup>42</sup> Ebd., S. 131.

<sup>43</sup> Vgl. ausführlich: Zwischenfazit in Kapitel II.

<sup>44</sup> Vgl. unter anderem DANYEL, Jürgen: Der vergangenheitspolitische Diskurs in der SBZ/DDR 1945-1989, in: CORNELIBEN, Christoph (Hrsg.): Krieg – Diktatur – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005, S. 191. Sowie: DANYEL, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: DANYAL, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 31-46. Vgl. RENSMANN: Kritische Theorie des Antisemitismus, S. 274.

<sup>45</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 132f.

<sup>46</sup> Vgl. BANKIER, David: Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995, S. 139-158, insbesondere S. 139-141.

<sup>47</sup> HAURY: Antisemitismus von links, S. 133.

<sup>48</sup> Vgl. ebd. Vgl. hierzu die Ergebnisse des berühmten „Gruppenexperiments“: POLLOCK, Friedrich: Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, Frankfurt am Main 1955. Vgl. STERN, Frank: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991.

<sup>49</sup> Vgl. ADORNO, Theodor W.: Schuld und Abwehr, in: BUCK-MORRS, Susan; TIEDEMANN, Rolf (Hrsg.): Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften, Bd. 9.2. Soziologische Schriften II, Zweite Hälfte, Frankfurt 1975, S. 121-324. Vgl. KISTENMACHER: Schuldabwehr, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE/ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II, S. 52.

<sup>50</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 134.

<sup>51</sup> Vgl. ebd., S. 134. Auch Versuche, den Nationalsozialismus zu „universalisieren“ – sei es von konservativer Seite mit dem Hinweis, der Nationalsozialismus sei lediglich eine Folge der „Moderne“ gewesen und somit von der „deutschen Nation“ bzw. dem „deutschen Volk“ unabhängig, also universalistisch zu interpretieren oder die Erklärungsform des orthodoxen Marxismus-Leninismus, der den Nationalsozialismus als Faschismus zu einer Extremform bürgerlicher Herrschaft in der kapitalistischen Moderne erklärte und damit von seiner nationalen, deutschen Folie löste – dienten der Freisprechung des „deutschen Volkes“ von der (Mit-)Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, vgl. ebd.

<sup>52</sup> Vgl. ebd. Nach einer Allensbach-Umfrage von 1965 verurteilten 57 Prozent der Befragten die Thematisierung der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft als „Nestbeschmutzung“, vgl. ebd. Vgl. RENSMANN: Kritische Theorie über den Antisemitismus, S. 233.

<sup>53</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 134f. Zur unmittelbaren Artikulation des nachkriegsdeutschen Antisemitismus vgl. den Umgang mit den *displaced persons* (in der Regel überlebende, osteuropäische jüdische Opfer der Shoa, die nach Westen geflohen waren) vgl. STERN: Im Anfang war Auschwitz, S. 65-110.

<sup>54</sup> HAURY: Antisemitismus von links, S. 138.

<sup>55</sup> Vgl. ebd.

<sup>56</sup> Vgl. SCHÖNBACH, Peter: Reaktionen auf die antisemitische Welle 1959/1960, Frankfurt am Main 1961, insbesondere S. 10-14. ADORNO, Theodor W.: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, 29 (1964), S. 88-104, hier: 89f. CLAUSSEN, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1994, S. 177-218.

<sup>57</sup> Im Gegensatz zur „Kommunikationslatenz“, bei der dem antisemitischen Subjekt sein Weltbild bewusst ist, es dieses aber auf Grund der gesellschaftlichen Situation nach 1945 nicht kommunizieren kann, ohne sozial (und strafrechtlich) sanktioniert zu werden, vgl. BERGMANN, Werner; ERB, Rainer: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 38 (1986), S. 223-246, hier: S. 226.

<sup>58</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 139ff.

<sup>59</sup> Ebd., S. 143f.

<sup>60</sup> Vgl. ebd., S. 144.

<sup>61</sup> Ebd., S. 144.

<sup>62</sup> Vgl. ebd., S. 155.

<sup>63</sup> Vgl. ebd., S. 145.

<sup>64</sup> Vgl. ebd.

<sup>65</sup> Vgl. ebd., S. 155f.

<sup>66</sup> Vgl. ebd., S. 156.

<sup>67</sup> EITZ, Thorsten; STÖTZEL, Georg: Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, Hildesheim 2007, S. 371-395, hier: S. 372.

<sup>68</sup> So stellvertretend der US-amerikanische Hauptankläger in den Nürnberger Prozessen am 21. November 1945, zit. nach: Kollektivschuld, in: ebd., S. 374. Vgl. hierzu kritisch: WOLBRING, Barbara: Nationales Stigma und persönliche Schuld. Die Debatte über Kollektivschuld in der Nachkriegszeit, in: Historische Zeitschrift, 289 (2009), Nr. 2, S. 325-364.

<sup>69</sup> Vgl. ebd., S. 378.

<sup>70</sup> Vgl. ebd., S. 374 und S. 379f.

<sup>71</sup> Vgl. ebd., S. 383. Erst Ende der 1980er Jahre hatte Ralph Giordano sich positiv auf eine kollektive Schuld aller Deutschen bezogen. Vgl. ebd., S. 389f.

<sup>72</sup> Vgl. ebd., S. 394.

<sup>73</sup> Vgl. HAURY, Thomas: „Goldhagen gegen rechts verteidigen und von links kritisieren“. Die deutsche Linke in der Goldhagen-Debatte, in: HEIL, Johannes; ERB, Rainer (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel J. Goldhagen, Frankfurt am Main 1998, S. 235-258, S. 239f.

<sup>74</sup> Vgl. ebd.

<sup>75</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 157.

<sup>76</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 149. Vgl. BERGMANN, Werner: ‚Störenfriede der Erinnerung‘. Zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: BOGDAL, Klaus-Michael u. a. (Hrsg.): Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz, Stuttgart 2007, S. 13-35. Vgl. SALZBORN, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main 2010.

<sup>77</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 149. Vgl. RENSMANN: Demokratie und Judenbild, S. 91. Vgl. BRODER, Henryk M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, 2. Aufl., Berlin 2006, S. 13.

<sup>78</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 150. Vgl. BRODER: Der ewige Antisemit, S. 11.

<sup>79</sup> Vgl. BRODER, Henryk M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, 2. Aufl., Berlin 2006. KLOKE, Martin: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main 1990. STEIN, Timo: Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken, Wiesbaden 2011. SCHMIDT, Holger: Antizionismus, Israelkritik und Judenknax. Antisemitismus in der deutschen Linken nach 1945, Bonn 2010.

<sup>80</sup> Vgl. HAURY, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002. BROSCH, Matthias (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin 2007. BENICKE, Jens: Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg 2010.

<sup>81</sup> Vgl. KISTENMACHER: Schuldabwehr, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE/ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II, S. 55.

<sup>82</sup> Vgl. ebd., S. 58.

<sup>83</sup> Vgl. JAECKER, Tobias: Hass, Neid, Wahn. Antiamerikanismus in den deutschen Medien, Frankfurt am Main u. a. 2014.

<sup>84</sup> Vgl. zum kulturgeschichtlichen Überblick: DINER, Dan: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, München 2002. Vgl. auch: MARKOVITS, Andrei S.: Amerika, dich haßt sich's besser. Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa, Hamburg 2004. GEMPP, Jonas: Europäische Identität durch Antiamerikanismus. Projekt Europa – Feindbild Amerika, Saarbrücken 2008.

- <sup>85</sup> Vgl. BEYER, Heiko; LIEBE, Ulf: Antiamerikanismus und Antisemitismus: Zum Verhältnis zweier Ressentiments, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Nr. 3 (Juni 2010), S. 215-232.
- <sup>86</sup> DINER: Feindbild, S. 25 u. 33.
- <sup>87</sup> Ebd., S. 35f.
- <sup>88</sup> Vgl. UWER, Thomas; V. D. OSTEN-SACKEN, Thomas; WOELDIKE, Andrea (Hrsg.): *Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt*, Freiburg 2003, S. 11.
- <sup>89</sup> Vgl. BEYER/LIEBE: Antiamerikanismus und Antisemitismus, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Nr. 3 (Juni 2010), S. 215-232, hier: S. 217.
- <sup>90</sup> Vgl. DINER: Feindbild, S. 122.
- <sup>91</sup> Vgl. ebd., S. 121.
- <sup>92</sup> Vgl. ebd., S. 119. Wenngleich die pro-amerikanische Einstellung in der einfachen Bevölkerung in der Literatur weitestgehend überschätzt wird, vgl. HAHN, Michael: Tägliche Faschismus-Vergleiche. Antiamerikanismus in der Neuen Linken der BRD, in: DERS. (Hrsg.): *Nicht gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte*, Hamburg 2003, S. 25-49, hier: S. 27.
- <sup>93</sup> Vgl. DINER: Feindbild, S. 124. Auch die Sprachregelung von einer durch die USA angeblich besonders beförderten kapitalistischen „Restauration“ in der BRD impliziert, dass es nach 1945 einen eigenen, deutschen Antrieb zu einer nicht-kapitalistischen (sozialistischen) Gesellschaft gegeben habe.
- <sup>94</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 50.
- <sup>95</sup> Vgl. DINER: Feindbild, S. 120f und 125.
- <sup>96</sup> Vgl. ebd., S. 126-128.
- <sup>97</sup> DINER: Feindbild, S. 33.
- <sup>98</sup> Vgl. ebd., S. 34.
- <sup>99</sup> Vgl. beispielweise ROSE, John: *Öl, Imperialismus und Zionismus: Israel und seine Rolle in Nahost*, 2., korrigierte Aufl., Frankfurt am Main 2002. Der Originaltitel lautet deutlicher *Israel: The Hijack-State. Americas Watchdog in the Middle East*.
- <sup>100</sup> Vgl. BEYER/LIEBE: Antiamerikanismus und Antisemitismus, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Nr. 3 (Juni 2010), S. 215-232, hier: S. 220.
- <sup>101</sup> Wobei Antiamerikanismus als ideologische Weltanschauung auch ohne die Verwendung antisemitischer Stereotype weiterklärend ‚funktioniert‘.
- <sup>102</sup> Vgl. BEYER/LIEBE: Antiamerikanismus und Antisemitismus, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Nr. 3 (Juni 2010), S. 215-232, hier: S. 220.
- <sup>103</sup> Vgl. DINER: Feindbild, S. 24. Vgl. auch: BIRKENKÄMPER, Axel: *Gegen Bush oder Amerika? Die transatlantischen Beziehungen und das deutsche Amerikabild*, Bonn 2006.
- <sup>104</sup> Vgl. BEYER/LIEBE: Antiamerikanismus und Antisemitismus, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Nr. 3 (Juni 2010), S. 215-232, hier: S. 220.
- <sup>105</sup> Vgl. ebd.
- <sup>106</sup> Vgl. ebd., S. 221
- <sup>107</sup> Vgl. BEYER/LIEBE: Antiamerikanismus und Antisemitismus, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Nr. 3 (Juni 2010), S. 215–232, hier: S. 217f.
- <sup>108</sup> Vgl. ebd., S. 217.
- <sup>109</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 106f. DINER: Feindbild, S. 9.
- <sup>110</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 109f.
- <sup>111</sup> DINER: Feindbild, S. 8.

<sup>112</sup> Antisemitismus und Antiamerikanismus waren und sind in ganz Europa weit verbreitet – jedoch in beiden Fällen nur in Deutschland mit einer spezifischen Schuldabwehr aufgeladen. Vgl. DINER: Feindbild, S. 38. Hinzu kommen im deutschen Antiamerikanismus lange Traditionen antiwestlicher Mentalitäten, die vor allem gegen die USA gerichtet waren, vgl. DINER: Feindbild, S. 39.

<sup>113</sup> ADORNO, Theodor W.: Schuld und Abwehr, in: BUCK-MORRS, Susan; TIEDEMANN, Rolf (Hrsg.): Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften, Bd. 9.2. Soziologische Schriften II, Zweite Hälfte, Frankfurt 1975, S. 121-324, hier: S. 233.

<sup>114</sup> DINER: Feindbild, S. 129 und 138ff.

<sup>115</sup> Ebd., S. 129

<sup>116</sup> Vgl. DINER: Feindbild, S. 129f. Anzuführen sind hier v. SCHRENK-NOTZING, Caspar: Charakterwäusche. Die Re-Education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen, (Neuaufgabe, Erstdruck 1965) Stuttgart 2003 (rechts) sowie HOCHHUTH, Rolf: Krieg und Klassenkrieg. Studien, Reinbek bei Hamburg 1971 (links).

<sup>117</sup> Vgl. DINER: Feindbild, S. 148-150.

<sup>118</sup> Vgl. ebd. Hingegen konstatiert Michael HAHN einen „linken Antiamerikanismus“ erst mit der entstehenden Protestbewegung der 1960er Jahre, vgl. HAHN: Tägliche Faschismus-Vergleiche, in: DERS. (Hrsg.): Nichts gegen Amerika, S. 25.

<sup>119</sup> Vgl. ebd., S. 30.

<sup>120</sup> Hans Magnus Enzensberger zit. nach: ebd., S. 33.

<sup>121</sup> Ebd. Dieses deutsche Spezifikum der antiamerikanischen Schuldabwehr unterscheidet diese Art von Gleichsetzung des historischen Nationalsozialismus und der US-amerikanischen Kriegsführung in Vietnam von ähnlichen international zu beobachtenden Gleichsetzungen des Nationalsozialismus und der USA.

<sup>122</sup> Vgl. unter anderem die Porträts: Stück im Schrank, in: Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968. Solidarisch mit Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 25 (1968) vom 21. Juni 1968. Porträt eines Linksanwalts. Revolution im Kanzleistil: Horst Mahler, in: FAZ vom 12. September 1967.

<sup>123</sup> Vgl.: SCHMIDT, Giselher: Extremistische Odyssee. Zum Lebensweg von Horst Mahler, in: Liberal. Vierteljahreshefte für Politik und Kultur, Nr. 45 (Juni 2003), S. 65-68. AYDT, Frank: Grenzgänger zwischen Alter und Neuer Rechter. Sprache und Ideologie Horst Mahlers am Beispiel seiner Propaganda im Internet, in: GESSENHARTER, Wolfgang; PFEIFFER, Thomas (Hrsg.): Die neue Rechte. Eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004. JESSE, Eckhard: Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: BACKES, Uwe; JESSE, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 13 (2001), Baden-Baden 2001, S. 183-199. SCHENK, Stefanie: Horst Mahler: Seine Entwicklung vom Linksterroristen zum Rechtsextremisten, in: KLONINGER, Herbert (Hrsg.): Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus: Internationalität, Paradigmenwechsel, Jugend- und Kampagnenarbeit, Homosexualität (=Schriftenreihe des Fachbereiches Öffentliche Sicherheit), Brühl 2001, S. 155-240. ERB, Rainer; KLÄRNER, Andreas: Antisemitismus zur weltgeschichtlichen Sinnstiftung. Horst Mahler vor Gericht, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Nr. 14 (2005), S. 111-134. HELLER, Friedrich Paul; MAEGERLE, Anton: Die Sprache des Hasses. Rechtsextremismus und völkische Esoterik. Jan van Helsing und Horst Mahler, Stuttgart 2001. JANDER, Martin: Horst Mahler, in: KRAUSHAAR, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 372-397. MICHAEL, George: The Ideological Evolution of Horst Mahler. The Far Left-Extreme Right Synthesis, in: Studies in Conflict & Terrorism, Nr. 4 (2009), S. 346-366.

<sup>124</sup> JESSE, Eckhard: Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: BACKES, Uwe; JESSE, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jg. 13 (2001), Baden-Baden 2001, S. 183-199, hier: S. 190. Vgl. zur in der Politikwissenschaft umstrittenen Extremismustheorie: BACKES, Uwe; JESSE, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Bonn 1996. Vgl. hierzu kritisch:

WIPPERMANN, Wolfgang: Über „Extremismus“, „Faschismus“, „Totalitarismus“ und „Neofaschismus“, in: JÄGER, Siegfried; SCHOBERT, Alfred (Hrsg.): Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus – Rechtsextremismus – Rassismus: Kontinuitäten und Brüche, Duisburg 2000. Zu einer extremismus-theoretisch inspirierten Analyse des Antiamerikanismus vgl. PFAHL-TRAUGBER, Armin: „Antiamerikanismus“ und „Antiwestertum“ von links und rechts. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus, in: JESSE, Eckhard; KAILITZ, Steffen (Hrsg.): Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 193-217.

<sup>125</sup> Vgl. SEITENBECHER, Manuel: Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung? Paderborn u. a. 2013.

<sup>126</sup> Vgl. beispielweise Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF, Claus Hinrich; ROHLINGER, Rudolf: Kreuzfeuer. Interviews von Kollé bis Kiesinger, Berlin 1971, S. 259-271, hier: S. 266.

<sup>127</sup> Krähenfüße auf Mahlers Weg, in: Der Tagesspiegel vom 10. Oktober 1970.

<sup>128</sup> Für die deutschen Genossen ist Mahler schon gestorben, in: FAZ vom 18. Oktober 1972.

<sup>129</sup> ZAHL, Peter-Paul: Ein Indianer weint nicht – Wider die 150%igen Bauchredner, in: ZAHL, Peter-Paul: Die Stille und das Grelle. Aufsätze, Frankfurt am Main 1981, S. 162-169, hier: S. 163-165.

<sup>130</sup> Ebd.

<sup>131</sup> [Fried, Erich]: Gehirnverschmutzung und Irrsinn, in: Neuer Langer Marsch, Nr. 42 (1979), S. 6.

<sup>132</sup> Erster sein, Bester, Extremster, in: Frankfurter Rundschau vom 15. März 1999.

<sup>133</sup> Beispielweise Thomas Schmid, Peter Furth, Peter Schütt, Rainer Langhans, Werner Olles, Klaus Rainer Röhl, Tilman Fichter bis zu Bernd Rabehl, Günter Maschke, Reinhold Oberlercher und eben Horst Mahler. Vgl. SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co., S. 10-12.

<sup>134</sup> Vgl. insbesondere die sozialliberalen Kritiker der Protestbewegung wie Jürgen Habermas, Kurt Sontheimer, Erwin K. Scheuch und vor allem Richard Löwenthal, vgl. ebd., S. 9 sowie zu Löwenthal ausführlich ALY: Unser Kampf, S. 135-143.

<sup>135</sup> Rabehl, Bernd: Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritären Lager der Radikalopposition zwischen 1961/1980, Vortrag vor der Burschenschaft Danubia am 6. Dezember 1998, in: Website von Bernd Rabehl an der FU Berlin, URL: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/fsi/bernie/rrrabehl.htm>, abgerufen am 15. März 2010. Vgl. auch: RABEHL, Bernd: Rudi Dutschke. Revolutionär im geteilten Deutschland, Dresden 2002. HEIMLICH, Steven: Rechte Leute von links. Die 68er-Bewegung im Fokus der „Neuen Rechten“, Marburg 2009, S. 86-93. KRAUSHAAR, Wolfgang: Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung, in: KRAUSHAAR, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 89-129.

<sup>136</sup> Vgl. SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co., S. 385-394.

<sup>137</sup> Vgl. auch: LÖWENTHAL, Richard: Der romantische Rückfall, Stuttgart 1970. KOENEN, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution. 1967-1977, Köln 2001. ALY, Götz: Unser Kampf. 1968. Ein irritierter Blick zurück, Frankfurt am Main 2008.

<sup>138</sup> Vgl. ELIAS, Norbert: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. Und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1989, hier das Kapitel *Der bundesdeutsche Terrorismus als Ausdruck eines Generationenkonflikts*, S. 300-389, insbesondere: S. 300-302. Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 396.

<sup>139</sup> Vgl. unter anderem Koenen, Gerd: Rumor einer Nation (ungedrucktes Kapitel von: KOENEN, Gerd: Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine, deutsche Kulturrevolution. 1967-1977, Köln 2001), S. 15, in: Website von Gerd Koenen, URL: [http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor\\_p.pdf](http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor_p.pdf), abgerufen am 1. November 2013. Auch weist KOENEN auf inhaltliche Schnittmengen zwischen der linken Protestbe-

wegung und der rechtsradikalen NPD der 1960er Jahre hin. Vgl. ebenfalls SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co., S. 204-227.

<sup>140</sup> Vgl. HAUSER: Achsenmächte, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 1278. Vgl. hierzu: PAULMANN, Volker: Studentenbewegung und NS-Vergangenheit, in: GLIENKE, Stephan Alexander; PAULMANN, Volker; PERELS, Joachim (Hrsg.): Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 185-216.

<sup>141</sup> Vgl. BUDE, Heinz: Vom Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938-1948, Frankfurt am Main 1995, S. 39-45.

<sup>142</sup> Vgl. HEINRICH, Horst-Alfred: Zeithistorische Ereignisse als Kristallisationspunkt von Generationen. Replikation eines Messinstruments, in: ZUMA-Nachrichten, Nr. 39 (November 1996), S. 69-94, hier: S. 84-86.

<sup>143</sup> Vgl. HINCK, Gunnar: Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der siebziger Jahre, Berlin 2012, S. 67f.

<sup>144</sup> Vgl. ebd., S. 74f. Ebenso auffallend ist die Tatsache, dass die Kinder der engeren Funktionselite des nationalsozialistischen Deutschen Reichs im Regelfall nicht in die Aktivitäten der Protestbewegung der 1960er Jahre involviert waren, vgl. ebd., S. 78.

<sup>145</sup> Ebd., S. 79. Vgl. Koenen, Gerd: Rumor einer Nation (ungedrucktes Kapitel von: KOENEN, Gerd: Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine, deutsche Kulturrevolution. 1967-1977, Köln 2001), S. 12. in: Website von Gerd Koenen, URL: [http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor\\_p.pdf](http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor_p.pdf), abgerufen am 1. November 2013.

<sup>146</sup> Mahler zit. nach: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).

<sup>147</sup> JESSE: Porträt, in: BACKES/JESSE (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 13 (2001), Baden-Baden 2001, S. 197.

<sup>148</sup> Die schwierige Königsdisziplin, in: Die Zeit, Nr. 15 (2007) vom 4. April 2007.

<sup>149</sup> Vgl. LÄSSIG, Simone: Die historische Biographie auf neuen Wegen?, in: GWU 60, Nr. 10 (2009), S. 540-553, hier: S. 541.

<sup>150</sup> Diese behauptet im Kern, dass jeglicher Versuch einer kohärenten biographischen Narration eine „Illusion“ sei. Vgl. BOURDIEU, Pierre: Die biographische Illusion, in: DERS. (Hrsg.): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt am Main 1998, S. 75-82.

<sup>151</sup> Vgl. SCHOLZ, Sykla; ZAHLMANN, Stefan (Hrsg.): Scheitern und Biografie. Die andere Seite moderner Lebensgeschichten, Gießen 2005. Vgl. PYTA, Wolfram: Hindenburg, Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007. POHL, Karl Heinrich: Gustav Stresemann. Zur Konstruktion einer neuen Biographie, in: GWU 60, Nr. 10 (2009), S. 554-567.

<sup>152</sup> Friedrich Schlegel zit. nach: BEHLER, Ernst (Hrsg.): KFSa, Bd. 2, Charakteristiken und Kritiken I (1796-1801), München u. a. 1967, S. 176.

<sup>153</sup> REIMANN: Kunzelmann, S. 16. Vgl. NIETHAMMER, Lutz: Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“, Frankfurt am Main 1980. GEPPERT, Alexander C.T.: Forschungstechnik oder historische Disziplin? Methodische Probleme der Oral History, in: GWU 45, Nr. 5 (1994), S. 303-323.

<sup>154</sup> Vgl. hierzu grundlegend: MANNHEIM, Karl: Das Problem der Generationen (erstmalig: 1928), in: WOLFF, Kurt H. (Hrsg.): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Berlin 1970, S. 509-565. Vgl. SCHULZ, Andreas: Individuum und Generation. Identitätsbildung im 19. und 20. Jahrhundert, in: GWU, Nr. 52 (2001), S. 406-414.

<sup>155</sup> Zum Begriff der „politischen Generationen“ im 20. Jahrhundert vgl. FOGT, Helmut: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982, S. 20f. FOGT versteht unter „politischer Generation“ die „Mitglieder einer Altersgruppe oder Kohorte, die – mit bestimmten

Schlüsselerlebnissen konfrontiert – zu einer gleichgesinnten bewußten Auseinandersetzung mit den Leitideen und Werten der politischen Ordnung gelangten, in der sie aufwuchsen. Diese Auseinandersetzung pflegt in einer politisch formativen Lebensphase der politischen ‚Normalbiographie‘ der Generationszugehörigen stattzufinden und diese zu einer langfristig stabilen Neuorientierung ihrer politischen Grundhaltungen zu bewegen. Politische Generationen weisen einen Grundbestand gemeinsamer Einstellungen, Verhaltensdispositionen und Handlungspotentiale auf, von Normen und Werten, die politisch von Relevanz und Einfluß sind.<sup>156</sup>

<sup>156</sup> Vgl. HERBERT, Ulrich: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, in: REULECKE, Jürgen; MÜLLER-LUCKNER, Elisabeth (Hrsg.): *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 2003, S. 95-114, hier: S. 96f.

<sup>157</sup> Vgl. HERBERT, Ulrich: *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903-1989*, Bonn 1996, hier: S. 42-87. Vgl. PEUKERT, Detlev: *Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik*, Köln 1987, S. 42.

<sup>158</sup> Vgl. HERBERT: *Drei politische Generationen*, in: REULECKE/MÜLLER-LUCKNER (Hrsg.): *Generationalität und Lebensgeschichte*, S. 98f.

<sup>159</sup> Vgl. ebd., S. 97-102. Vgl. HERBERT: *Best*, S. 42. Vgl. WILDT, Michael: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002. Vgl. BANACH, Jens: *Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945*, Paderborn 1998.

<sup>160</sup> Vgl. HERBERT: *Drei politische Generationen*, in: REULECKE/MÜLLER-LUCKNER (Hrsg.): *Generationalität und Lebensgeschichte*, S.: 100.

<sup>161</sup> Vgl. ebd.

<sup>162</sup> Vgl. ebd., S. 101.

<sup>163</sup> Vgl. MOSES, A. Dirk: *Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie*, in: *Die Neue Sammlung*, Nr. 40 (2000), S. 211-232. Vgl. KAISER, Joachim: „Phasenverschiebungen und Einschnitte in der kulturellen Entwicklung“, in: BROZAT, Martin (Hrsg.): *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, München 1990, S. 69-74. Vgl. BUDE, Heinz: *Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation*, Frankfurt am Main 1987. Vgl. SCHELSKY, Helmut: *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Düsseldorf 1957.

<sup>164</sup> Vgl. HERBERT: *Drei politische Generationen*, in: REULECKE/MÜLLER-LUCKNER (Hrsg.): *Generationalität und Lebensgeschichte*, S. 105.

<sup>165</sup> Vgl. BUDE, Heinz: *Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938-1948*, Frankfurt am Main 1995. Vgl. BIELING, Rainer: *Die Tränen der Revolution. Die 68er zwanzig Jahre danach*, Berlin 1988.

<sup>166</sup> Vgl. HERBERT: *Drei politische Generationen*, in: REULECKE/MÜLLER-LUCKNER (Hrsg.): *Generationalität und Lebensgeschichte*, S. 111. Vgl. RUSINEK, Bernd-A.: *Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre*, in: SCHILDT, Axel u. a. (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

<sup>167</sup> HERBERT: *Drei politische Generationen*, in: REULECKE/MÜLLER-LUCKNER (Hrsg.): *Generationalität und Lebensgeschichte*, S. 112.

<sup>168</sup> Vgl. PREUSS-LAUSITZ, Ulf: *Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem 2. Weltkrieg*, Weinheim 1989.

## Anmerkungen Kapitel I

<sup>1</sup> Mahler zit. nach: Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE, Axel; MALANKOWSKI, Wolfgang (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist. Gespräche zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler (=Spiegel-Buch 1), Hamburg 1980, S. 11-84, hier: S. 25.

<sup>2</sup> Vgl. beispielweise JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 394.

<sup>3</sup> Vgl. unter anderem GALLUS, Alexander: Ein Anfang, der das Ende nicht erwarten ließ. Die Studienstiftler Meinhof, Mahler, Ensslin, Vesper und die Eliteförderung in der Bundesrepublik – eine Aktenlektüre, in: BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 2012 (24), S. 13-29, hier: S. 13. Das frühere Haynau heißt heute Chojnów (Polen).

<sup>4</sup> Vgl. LORENZ, Oliver: Die Adolf-Kurve 1932-1945, in: ALY, Götz (Hrsg.): Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2006, S. 22-37.

<sup>5</sup> Ebd., S. 29.

<sup>6</sup> Der ältere Bruder Klaus Mahler wurde am 29. Februar 1929 geboren, vgl. Schreiben des LfV Berlin an den SPD-Landesverband Berlin vom 18. Dezember 1969, in: AdsD, Bestand: Abt. III SPD Landesverband Berlin, Box 3/BEAB000455, Allg. Korrespondenz M, 1963-1972.

<sup>7</sup> Vgl. SCHULZ, Birgit (Regie): Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte, Bildersturm Filmproduktion, BRD 2009. Dorothea Mahler, geb. 4. Dezember 1901, gest. 23. Oktober 1975, vgl. Sterbeanzeige Dorothea Mahler, in: Mitteilung Nr. 7 des Komitees Freiheit für Horst Mahler [Oktober 1975], in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516.

<sup>8</sup> Wohnhaft waren die Mahlers in Haynau in der Parkstr. 4, vgl. Schreiben des LfV Berlin an den SPD-Landesverband Berlin vom 18. Dezember 1969, in: AdsD, Bestand: Abt. III SPD Landesverband Berlin, Box 3/BEAB000455, Allg. Korrespondenz M, 1963-1972. Im Film *Die Anwälte* wird – in den 2000er Jahren – das einstige bürgerliche Wohnhaus der Mahlers in Haynau gezeigt, vgl. SCHULZ, Birgit (Regie): Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte, Bildersturm Filmproduktion, BRD 2009.

<sup>9</sup> Mahler zit. nach: BLOCK, Martin; SCHULZ, Birgit: Die Anwälte. Ströbele, Mahler, Schily. Eine deutsche Geschichte, Köln 2010, S. 24.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 26. Vgl. MAHLER, Horst; SCHÖNHUBER, Franz: Schluß mit dem deutschen Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland, 2. Aufl., Berg 2001, S. 8.

<sup>11</sup> SCHINDLER, Heinz: Berlin und seine Kommanditisten. Authentisches und Satirisches aus Liebe zu Berlin, über Abschreibungssirrsinn zwischen Europa-Center und Steglitzer Kreisel – Horst Mahler – Kempinski und anderes Erstaunliche, Oldenburg 1978, S. 101.

<sup>12</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S: 8.

<sup>13</sup> Vgl. SCHULZ, Birgit (Regie): Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte, Bildersturm Filmproduktion, BRD 2009.

<sup>14</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 8.

<sup>15</sup> Mahler zit. nach: ebd. 2009 ergänzte Mahler die Schilderung der religiösen Rituale in der Familie um eine nationalsozialistische Komponente: „Jedes Mal, wenn wir bei Tisch saßen, wurde gebetet, ein Dankgebet, und dann wurde abends noch einmal gebetet. Das waren Gebete, die am Schluss immer auch Adolf Hitler einschlossen, dass Gott Hitler beschützen möge. Das war vom Inneren her ein Bekenntnis, das hat niemand erzwungen. Das war auch ein Glücksgefühl.“ In: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 25.

<sup>16</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03. Zur nationalsozialistischen Ideologisierung in der Grundschule vgl. GÖTZ, Margarete: Die öffentliche

Ideologie und die Ideologisierung der Grundschule in der Zeit des Nationalsozialismus, in: OELKERS, Jürgen; OSTERWALDER, Fritz; RHYN, Heinz (Hrsg.): Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie. Zeitschrift für Pädagogik 38, Weinheim 1998, S. 209-224.

<sup>17</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 8. Zu Kindheit während der nationalsozialistischen Herrschaft vgl. BENZ, Ute; BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Sozialisation und Traumatisierung. Kinder in der Zeit des Nationalsozialismus, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1998.

<sup>18</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 8.

<sup>19</sup> Vgl. SCHMIDT, Daniel: Der SA-Führer Hans Ramshorn, in: VfZ, Nr. 60 (2012), S. 201-235.

<sup>20</sup> Vgl. FUCHS, Konrad: Politische Geschichte 1918-1945, in: MENZEL, Josef Joachim (Hrsg.): Geschichte Schlesiens, Bd. 3, Stuttgart 1999, S. 82.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 83.

<sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 88f.

<sup>23</sup> Mahler zit. nach: SCHÖNHUBER/MAHLER: Schluss, S. 157.

<sup>24</sup> Vgl. BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 24f. Zur „Kriegsjugendgeneration“ vgl. Einleitung.

<sup>25</sup> Vgl. ebd.

<sup>26</sup> Vgl. SCHÖNHUBER/MAHLER: Schluss, S. 9. Dort: „Bannfeldscherführer[s]“, wahrscheinlich Scharführer.

<sup>27</sup> „Der Bruder meiner Mutter, den ich nicht kennen gelernt habe, ihr Abgott, von dem sie ständig erzählte, ist in der Aktion gegen Ernst Röhm 1934 erschossen worden.“ Mahler zit. nach: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 24f.

<sup>28</sup> Vgl. Schwurgerichtsanklage des Oberstaatsanwalts am Landgericht vom 21. April 1956, in: IfZ Go 03.02/1, S. 53. Der Dienstgrad eines Sturmhauptführers entsprach in der Reichswehr dem eines Hauptmannes. Am 7. Oktober 1933 war Nixdorf vom SA-Obersturmführer zum SA-Sturmhauptführer befördert worden, vgl. SA-GRUPPE SCHLESIEN (Hrsg.): Vom Kampf und Sieg der schlesischen SA. Ein Ehrenbuch, Breslau 1933, Anhang S. 29. In der amtlichen Todesliste der während des so genannten Röhm-Putsches Ermordeten findet sich als Dienstgrad Nixdorfs fälschlicherweise noch „Obersturmführer“, vgl. Amtliche Todesliste vom 30. Juni 1934, in: BENNECKE, Heinrich: Die Reichswehr und der „Röhm-Putsch“, München 1964, S. 87f.

<sup>29</sup> SCHMIDT, Daniel: Der SA-Führer Hans Ramshorn, in: VfZ, Nr. 60 (2012), S. 201-235.

<sup>30</sup> Vgl. ebd., S. 230.

<sup>31</sup> Vgl. ebd., S. 232. Zur Geschichte der SA vgl. LONGERICH, Peter: Geschichte der SA, München 2003.

<sup>32</sup> Vgl. SA-GRUPPE SCHLESIEN (Hrsg.): Vom Kampf und Sieg, Anhang S. 29.

<sup>33</sup> Vgl. Schwurgerichtsanklage des Oberstaatsanwalts am Landgericht vom 21. April 1956, in: IfZ Go 03.02/1, S. 53.

<sup>34</sup> Vgl. ebd.

<sup>35</sup> Vgl. SCHMIDT, Daniel: Der SA-Führer Hans Ramshorn, in: VfZ, Nr. 60 (2012), S. 201-235, hier: S. 232. Vgl. auch: Urteil Schwurgericht Osnabrück gegen v. Woyrsch und Müller-Altenau vom 2. August 1957, in: IfZ Go 03.02/2, S. 12f.

<sup>36</sup> Die amtliche Todesliste der während des so genannten Röhm-Putsches Ermordeten wies als Nixdorfs Beruf „Feldjäger“ aus, vgl. Amtliche Todesliste vom 30. Juni 1934, in: BENNECKE, Reichswehr, S. 87f. Zur Geschichte der SA-Feldpolizei bzw. des SA-Feldjägerkorps vgl.: HEISIG, Matthias: Die SA-Feldpolizei und ihr Gefängnis. Historischer Ort, geschichtliche Aufarbeitung und Erinnerung einer Zentrale des frühen NS-Terrors in Berlin, in: MÜLLER, Yves; ZILKENAT, Reiner

(Hrsg.): Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), S. 195-219. Vgl. SCHUSTER, Martin: SA-Feldpolizei und SA-Feldjägerkorps, in: v. GÖTZ, Irene; ZWAKA, Petra (Hrsg.): SA-Gefängnis Papestraße. Ein frühes Konzentrationslager in Berlin, Berlin 2013, S. 69.

<sup>37</sup> In der älteren Literatur wird davon berichtet, Nixdorf sei zusammen mit dem Gestapo-Mitarbeiter Karl Belding auf Grund des Verdachts, am so genannten Schorfheide-Attentat auf Heinrich Himmler beteiligt gewesen zu sein, im Juni 1934 von Berlin nach Breslau versetzt worden. Dabei handelte es sich neben Belding jedoch nicht um Reinhold Nixdorf, sondern um Fischer-Schweder, vgl. Urteil Schwurgericht Osnabrück gegen v. Woyrsch und Müller-Altenau vom 2. August 1957, in: IFZ Go 03.02/2. Vgl. veraltet: GRAB, Karl Martin: Edgar Jung, Papenkreis und Röhmkrise 1933/34, Heidelberg 1966, Anhang, S. 83.

<sup>38</sup> Vgl. Schwurgerichtsanklage des Oberstaatsanwalts am Landgericht vom 21. April 1956, in: IFZ Go 03.02/1, S. 37f.

<sup>39</sup> Vgl. Urteil Schwurgericht Osnabrück gegen v. Woyrsch und Müller-Altenau vom 2. August 1957, in: IFZ Go 03.02/2, S. 33.

<sup>40</sup> Vgl. Schwurgerichtsanklage des Oberstaatsanwalts am Landgericht vom 21. April 1956, in: IFZ Go 03.02/1, S. 42.

<sup>41</sup> Vgl. Der Furcht so fern, dem Tod so nah. Der „Röhm-Putsch“ oder der Mord von Staats wegen, in: Der Spiegel, Nr. 20 (1957) vom 15. Mai 1957.

<sup>42</sup> Schwurgerichtsanklage des Oberstaatsanwalts am Landgericht vom 21. April 1956, in: IFZ Go 03.02/1, S. 41.

<sup>43</sup> Vgl. ebd.

<sup>44</sup> Vgl. SCHMIDT, Daniel: Der SA-Führer Hans Ramshorn, in: VfZ, Nr. 60 (2012), S. 201-235, hier: S. 234.

<sup>45</sup> Vgl. Schwurgerichtsanklage des Oberstaatsanwalts am Landgericht vom 21. April 1956, in: IFZ Go 03.02/1, S. 52.

<sup>46</sup> Allerdings war Nixdorf auf der amtlichen, „offiziellen“ Todesliste vermerkt. Diese Liste war der Öffentlichkeit jedoch nicht bekannt, vgl. HÖHNE, Heinz: Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft. 1933-1934, Hamburg 1984.

<sup>47</sup> Auch ein vorübergehender Parteiausschluss Willy Mahlers änderte nichts an den Loyalitätsverhältnissen, vgl. BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 25. Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 157.

<sup>48</sup> Mahler zit. nach: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 26.

<sup>49</sup> Mahler zit. nach: ebd.

<sup>50</sup> Mahler zit., nach: ebd.

<sup>51</sup> Vgl. FUCHS: Politische Geschichte 1918-1945, in: MENZEL (Hrsg.): Geschichte Schlesiens, S. 96.

<sup>52</sup> Vgl. BEER, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen, München 2011, S. 68.

<sup>53</sup> Vgl. ebd., S. 70.

<sup>54</sup> Mahler zit. nach: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).

<sup>55</sup> Vgl. Schreiben des LfV Berlin an den SPD-Landesverband Berlin vom 18. Dezember 1969, in: AdsD, Bestand: Abt. III SPD Landesverband Berlin, Box 3/BEAB000455, Allg. Korrespondenz M, 1963-1972. Vgl. auch Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03.

<sup>56</sup> Vgl. BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 27.

<sup>57</sup> Vgl. MENZEL (Hrsg.): Geschichte Schlesiens, S. 101.

<sup>58</sup> Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954, zit. nach: GALLUS: Die Studienstüftler, in: BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17.

<sup>59</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03. Seit dem 01. April 1944 hieß die preußische Provinz Sachsen Provinz Halle-Merseburg.

<sup>60</sup> Mahler zit. nach: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 27f.

<sup>61</sup> Vgl. BEER: Flucht, S. 107. Beispielweise bemerkte Mahler 2009, dass er alle seinen Kindheitserinnerungen an Haynau mit stetem „Sonnenschein“ in Verbindung bringe, vgl. SCHULZ, Birgit (Regie): Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte, Bildersturm Filmproduktion, BRD 2009.

<sup>62</sup> Ebd., S. 112.

<sup>63</sup> Vgl. MÖLLER, Jürgen: Kriegsende an Saale und Unstrut. April 1945. Der Vorstoß des V. US Corps aus Nordthüringen zur Saale und Unstrut und die Besetzung der Region Querfurt, Naumburg und Weißenfels, Bad Langensalza 2007, S. 27-39.

<sup>64</sup> Vgl. ebd.

<sup>65</sup> Auf diese Angriffe nahm Mahler in dem Interview mit BLOCK und SCHULZ 2010 Bezug: „[...] In Schlesien hatten wir kaum Bombenangriffe, überhaupt keinen einzigen. In Mitteldeutschland lief das ja praktisch jede Nacht, da musste man raus, und da habe ich gesehen, wie Leute unter der Decke ‚London‘ gehört haben, den Feindsender. Da haben sie sich natürlich vorgesehen, denn darauf stand die Todesstrafe.“ In: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 26f. Zu den Opferzahlen vgl. MÖLLER: Kriegsende, S. 39.

<sup>66</sup> Vgl. MÖLLER: Kriegsende, S. 116-119.

<sup>67</sup> Vgl. ebd., S. 118f.

<sup>68</sup> Vgl. ebd., S. 119f.

<sup>69</sup> Vgl. Kindheit in Naumburg, in: Website des Stadtmuseums Naumburg, URL: <http://mv-naumburg.de/index.php/component/content/article/46/135-jung-volkhard-3>, abgerufen am 1. November 2013.

<sup>70</sup> Vgl. CYPIONKA, Ruth: Stadtgeschichte Naumburgs, in: Stadt Naumburg (Hrsg.): Naumburg an der Saale. Beiträge zur Baugeschichte und Stadtsanierung, Petersberg 2001, S. 163-169, hier: S. 168.

<sup>71</sup> Zur Bodenreform in der SBZ vgl. KLUGE, Ulrich (Hrsg.): Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft“ in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001.

<sup>72</sup> Vgl. Belau, Detlef: Die Russen kommen! [Oktober 2004], in: Website zur Stadtgeschichte Naumburgs, URL: <http://www.naumburg-geschichte.de/geschichte/dierussenkommen.htm>, aufgerufen am 30. November 2013.

<sup>73</sup> Vgl. So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007). Damit korrigierte Mahler ältere Darstellungen, denen zu Folge Willy Mahler sich in US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft befunden habe, vgl. beispielweise in: BACKES, Uwe; JESSE, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Bonn 1993, S. 306.

<sup>74</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03. Vgl. Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954, zit. nach: GALLUS: Die Studienstüftler, in: BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17. Vgl. MUSEUM FÜR STADTGESCHICHTE DESSAU (Hrsg.): Stadtchronik Dessau 1945-1949, Dessau 1988.

<sup>75</sup> Vgl. WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2008, S. 951.

<sup>76</sup> Vgl. ebd.

<sup>77</sup> Vgl. ebd.

<sup>78</sup> Vgl. ebd., S. 953

<sup>79</sup> Vgl. ebd.

<sup>80</sup> Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954, zit. nach: GALLUS: Die Studienstiftler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17.

<sup>81</sup> Mahler zit. nach: ebd.

<sup>82</sup> Zum Zeitpunkt des Suizids vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03. Vgl. zudem: Schreiben des LfV Berlin an den SPD-Landesverband Berlin vom 18. Dezember 1969, in: AdsD, Bestand: Abt. III SPD Landesverband Berlin, Box 3/BEAB000455, Allg. Korrespondenz M, 1963-1972. Zur Idealisierung des Vaters vgl. beispielweise: „Ich hatte immer das Problem mit dieser Geschichte in dieser Familie, die schließlich dieses Verhältnis von Trauer und Gebrochenheit unseres Volkes hatte. Mein Vater ist daran zugrunde gegangen – und ich liebte und achtete meinen Vater über alles.“ In: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 165. Und: „Das war ein gutes Verhältnis, eine heile Familie in einer scheinbar heilen Welt. Und ich denke an ihn zurück voller Liebe.“ In: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007). Wenngleich im Fall Mahler der väterliche Suizid eine Ausnahme in den Biographien der zwischen 1933 und 1945 geborenen Männer darstellt, so wuchsen dennoch etwa ein Drittel von ihnen wie Mahler vaterlos auf, vgl. SCHULZ, Hermann; RADEBOLD, Hartmut; REULECKE, Jürgen: Söhne ohne Väter. Erfahrungen der Kriegsgeneration, Berlin 2004. Als Forschungsüberblick zu Kriegskindheiten vgl. RADEBOLD, Hartmut (hrsg.): Kindheiten im II: Weltkrieg und ihre Folgen, Gießen 2004, darin insbesondere den Beitrag: PLATTA, Holdger: Zwischen den Fronten – immer noch? Anmerkungen zur ‚Kriegskinder‘-Debatte und zur Rolle der 68er-Generation in ihr, in: ebd., S. 211-226.

<sup>83</sup> Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954, zit. nach: GALLUS: Die Studienstiftler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17.

<sup>84</sup> Vgl. BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 29.

<sup>85</sup> Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954, zit. nach: GALLUS: Die Studienstiftler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17.

<sup>86</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 165.

<sup>87</sup> Mahler zit. nach: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007)

<sup>88</sup> Vgl. Wie geht eigentlich... Horst Mahler? (1), in: Titanic. Das endgültige Satiremagazin, Nr. 11 (November 2007), S. 57.

<sup>89</sup> Zur nicht stattgefundenen Reflektion über den väterlichen Suizid s. beispielweise „Der hat sich nicht erschossen, der hat sich vergiftet. Ich war im Haus, ziemlich dramatisch. Wir waren vier hinterlassene Kinder. Wir haben darüber nie gesprochen. Ich weiß nicht, was innerlich das Gespräch darüber blockiert. Doch, ich weiß es. Es ist eine Sache, die ist nicht für die Öffentlichkeit.“ In: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 29. Und: „Das war ein Punkt, der irgendwie nicht losgelassen hat. ‚Was macht das mit mir? – Das kann ich nicht beurteilen. Ich habe gelebt, habe in irgendeiner Weise auch versucht, mein Leben bewusst zu leben. Welche Einflüsse dieses Ereignis hatte, das kann ich nicht bestimmen. [...] Das, letzten Endes, kann man vielleicht als Außenstehender beurteilen, man selbst reflektiert das so nicht. Man hat eine Empfindung.“ In: ebd., S. 29f. vgl. auch: „Das, letzten Endes, kann man vielleicht als ein Dritter beurteilen, man selbst reflektiert das so nicht. Man hat eine Empfindung. [...]“ In: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).

<sup>90</sup> Mahler zit. nach: ebd.

<sup>91</sup> Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954, zit. nach: GALLUS: Die Studienstiftler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17.

<sup>92</sup> Vgl. ebd., S. 18.

<sup>93</sup> Vgl. ebd.

<sup>94</sup> Zwar ist kein genauer Zeitpunkt von Mahlers Eintritt in die FDJ auszumachen, dieser – und seine dortige Aktivität – muss jedoch zwischen Februar 1949 und Oktober 1949 stattgefunden haben.

<sup>95</sup> Vgl. unter anderem die Porträts: Stück im Schrank, in: Der Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968. Solidarisch mit Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 25 (1968) vom 21. Juni 1968. Porträt eines Linksanwalts. Revolution im Kanzleistil: Horst Mahler, in: FAZ vom 12. September 1967.

<sup>96</sup> Vgl. unter anderem Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954, in: GALLUS: Die Studienstiftler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 18. Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 162. Weiter: „Obwohl ich im Elternhaus antikommunistisch beeinflusst wurde, habe ich mitgemacht. Aus rein opportunistischen Überlegungen: Ich wollte studieren. Da ich aus einer kleinbürgerlichen Familie stammte, also praktisch zu m Klassenfeind gehörte, wäre das nicht möglich gewesen. Von der FDJ-Leitung wurde mir zugesichert, daß ich studieren dürfte, wenn ich mich ihr zur Verfügung stelle. Mir wurde damals schon klar, daß ich mich praktisch hatte kaufen lassen.“ In: Ein Zeit-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: Die Zeit vom 2. Mai 1997. Und: „Da habe ich erfahren, wie Menschen solchen Verlockungen letztlich erliegen. Ich bin dann in die FDJ eingetreten, obwohl ich erst 13 Jahre alt war.“ In: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 30.

<sup>97</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 163.

<sup>98</sup> Vgl. MAHLERT, Ulrich; STEPHAN, Gerd-Rüdiger: Blaue Hemden, rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 47.

<sup>99</sup> Vgl. ebd., S. 50f.

<sup>100</sup> Vgl. ebd., S. 53 und 73.

<sup>101</sup> Vgl. ebd., S. 48f.

<sup>102</sup> Vgl. GALLUS: Die Studienstiftler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 18.

<sup>103</sup> Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954, zit. nach: ebd.

<sup>104</sup> Vgl. ebd.

<sup>105</sup> Vgl. ebd. Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 163.

<sup>106</sup> Die restliche Familie inkl. Horst Mahler zog am 24. Oktober 1949 in die Güntzelstr. 63 in Berlin-Wilmersdorf, etwa einen Monat später (am 1. Dezember 1949) in die Erdmannstr. 12 nach Berlin-Schöneberg und am 3. März 1955 schließlich an den Wittenbergplatz 5/6 in Berlin-Schöneberg. Dort betrieb noch 1969 Mahlers Bruder Klaus eine Zahnarztpraxis, vgl. Bericht Einwohnermeldeamt Horst Mahler u. a. vom 17. Mai 1968, in: HIS-Archiv, SAK 240, 08.

<sup>107</sup> Vgl. HINCK: Maschinen, S. 133.

<sup>108</sup> Vgl. RIBBE, Wolfgang: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 97-105, hier: S. 99.

<sup>109</sup> Vgl. ebd., S. 102.

- <sup>110</sup> Vgl. GALLUS: Die Studienstiftler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17.
- <sup>111</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03.
- <sup>112</sup> Vgl. 100 Jahre Schulgebäude. Übersicht Schulhistorie FEO, in: Website der Friedrich-Ebert-Oberschule, URL: <http://feo.schule.de/schulleben/schulerzeitung-1/100-jahre-schulgebäude>, abgerufen am 1. November 2013.
- <sup>113</sup> Vgl. Von der Hindenburg-Oberrealschule zur Friedrich-Ebert-Oberschule. Geschichte der FEO von 1945 bis heute, in: Website der Friedrich-Ebert-Oberschule, URL: <http://feo.schule.de/schulleben/schulerzeitung-1/geschichte-der-friedrich-ebert-oberschule/von-der-hindenburg-oberrealschule-zur-friedrich-ebert-oberschule-gymnasium>, abgerufen am 1. November 2013.
- <sup>114</sup> Vgl. ebd.
- <sup>115</sup> Vgl. ebd.
- <sup>116</sup> Vgl. Russisch als Pflichtfach, in: Der Spiegel, Nr. 47 (1954) vom 17. November 1954.
- <sup>117</sup> Ebd.
- <sup>118</sup> Vgl. ebd.
- <sup>119</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03.
- <sup>120</sup> Vgl. 100 Jahre Schulgebäude. Übersicht Schulhistorie FEO, in: Website der Friedrich-Ebert-Oberschule, URL: <http://feo.schule.de/schulleben/schulerzeitung-1/100-jahre-schulgebäude>, abgerufen am 1. November 2013. Vgl. Von der Hindenburg-Oberrealschule zur Friedrich-Ebert-Oberschule. Geschichte der FEO von 1945 bis heute, in: Website der Friedrich-Ebert-Oberschule, URL: <http://feo.schule.de/schulleben/schulerzeitung-1/geschichte-der-friedrich-ebert-oberschule/von-der-hindenburg-oberrealschule-zur-friedrich-ebert-oberschule-gymnasium>, abgerufen am 1. November 2013.
- <sup>121</sup> Vgl. ebd.
- <sup>122</sup> Vgl. 100 Jahre Schulgebäude. Übersicht Schulhistorie FEO, in: Website der Friedrich-Ebert-Oberschule, URL: <http://feo.schule.de/schulleben/schulerzeitung-1/100-jahre-schulgebäude>, abgerufen am 1. November 2013.
- <sup>123</sup> Vgl. ebd.
- <sup>124</sup> Zit. nach: GALLUS: Die Studienstiftler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17.
- <sup>125</sup> Vgl. Die Revolution des Horst Mahler, in: Stern, Nr. 44 (1972) vom 15. Oktober 1972
- <sup>126</sup> Vgl. GALLUS: Die Studienstiftler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 18.
- <sup>127</sup> Mahler zit. nach: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 28.
- <sup>128</sup> Wenngleich die von Mahler – bereits in seiner rechtsradikalen Phase – in diesem Zusammenhang kolportierte Äußerung der Mutter: „Ja, es war ein Verbrechen, daß Hitler die Juden umgebracht hat. Er hätte sie lieber in die Mansardenwohnungen stecken sollen, dann wären wenigstens die deutschen Städte nicht zerbombt worden“, mit der Behauptung, ein als allmächtig evoziertes Judentum habe die Kriegsführung soweit bestimmen können, dass die alliierte Luftwaffe für den Fall, dass der NS-Staat die verfolgten Juden in den deutschen Städten gelassen hätte, keine Bombardierungen vorgenommen hätte, weiter einem klassischen antisemitischen Ressentiment folgte. In: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 10.
- <sup>129</sup> Mahler zit. nach: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 28.

<sup>130</sup> Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 9. Vgl. Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 12 und 15. In einem Interview mit Michel Friedman 2007 erläuterte Mahler hierzu: „Wissen Sie, also in Bergen-Belsen beispielsweise, da gab's ja diese Berge von Hungerleichen, die dann mit einem Bulldozer in ein Massengrab geschoben wurden. Dieses Bild hat mich mein ganzes Leben lang verfolgt.“ In: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).

<sup>131</sup> Vgl. Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 18.

<sup>132</sup> An anderer Stelle bedauerte Mahler, auf Grund des väterlichen Suizids keine direkte Möglichkeit mehr gehabt zu haben, mit diesem über die Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft zu diskutieren, vgl. KENDA, Willey, Ein Anwalt in Waffen: Horst Mahler, in: MÜNKLER, Herfried (Hrsg.): Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt, Opladen 1990, S. 370-380, hier: S. 372.

<sup>133</sup> Vgl. GALLUS: Die Studienstifter, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17.

<sup>134</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 18.

<sup>135</sup> Zur *Studienstiftung des Deutschen Volkes* vgl. grundlegend: KUNZE, Rolf-Ulrich: Die Studienstiftung des deutschen Volkes seit 1925. Zur Geschichte der Hochbegabtenförderung in Deutschland, Berlin 2001. Vgl. darin für die 1950er Jahre insbesondere S. 294-299.

<sup>136</sup> Gutachten der Vorprüferin vom 19. Januar 1955 zit. nach: GALLUS: Die Studienstifter, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 17.

<sup>137</sup> Ebd.

<sup>138</sup> Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954, zit. nach: ebd.

<sup>139</sup> Gutachten des Auswahlausschussmitglieds, Berlin, vom 10. Februar 1955 zit. nach: ebd. Mahler dramatisierte diese frühe Bestimmung für eine politische Laufbahn 2009 folgendermaßen: „Das war eigentlich in frühester Kindheit schon klar, ich wollte in die Politik. Das war die große Angst meiner Mutter, weil sie sagte: ‚Also Politiker sind schlechte Menschen!‘ Das war die Sicht auf die Weimarer Zeit. Dann habe ich auch schon Volksreden gehalten, ich habe mir die Haare so geschnitten wie Adolf Hitler und habe mich hingestellt und habe also Reden gehalten. Gott, was macht man nicht als kleines Kind? Man spielt irgendeine Rolle, die man sich als Ideal vorstellt, das war schon immer in mir drin. Und dann wusste ich, wenn Du in die Politik, in den Staat gehen willst, musst Du das Recht studieren. Das war von vornherein klar. Ich wollte nicht Mediziner werden, ich wollte nicht Pilot werden, ich wollte nicht Lokomotivführer werden, ich wollte Politiker werden.“ In: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 30.

<sup>140</sup> Vgl. Gutachten des Auswahlausschussmitglieds, Berlin, vom 10. Februar 1955 zit. nach: GALLUS: Die Studienstifter, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 18.

<sup>141</sup> Bemerkung samt Votum Gerhard Fels' für die Geschäftsführung auf der ersten Seite des Bewerbungsbogens Horst Mahlers zit. nach: ebd., S. 19.

<sup>142</sup> Gutachten des Auswahlausschussmitglieds, Berlin, vom 10. Februar 1955 zit. nach: ebd., S. 18.

<sup>143</sup> Vgl. ebd., S. 27.

<sup>144</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03.

<sup>145</sup> Vgl. KUBICKI, Karol (Hrsg.): Die Freie Universität Berlin 1948-2007. Von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb, Göttingen 2008, S. 32f.

<sup>146</sup> Vgl. ebd., S. 43.

<sup>147</sup> Alle Daten Stand Sommersemester 1955, vgl. ebd.

<sup>148</sup> „Mein Vater war Korporierter. Von daher hatte ich ein sehr positives Verhältnis zu diesen Korporationen. Zweitens war damals, insbesondere in West-Berlin, die Korporation verpönt. Ich war ja gefördert durch die Studienstiftung des deutschen Volkes, und die hatte ein striktes Korporationsverbot. Und das ist immer ein Punkt, der mich reizt. Mein bester Freund als Schulkamerad war der Sohn eines Rechtsanwaltes, und dieser Vater war auch in einer schlagenden Verbindung. Und dann hat der Sohn mich als Freund mitgenommen. Das dritte Moment – ich hielt mich immer für einen Feigling und meinte: ‚Das stehst du nicht durch und probier es mal aus.‘ Dann habe ich gefochten und bin ohne Blessuren davon gekommen. Aber diese Angst, ich habe sie überwunden! Das ist eine wertvolle Erfahrung.“ Mahler zit. nach: BLOCK/SCHULZ: *Anwälte*, S. 31. Auch: „Das ist eine sehr persönliche Geschichte gewesen, die zu dem Eintritt in die Verbindung geführt hat.“ In: *Der Anwalt der Agitation*, in: CASDORFF/ROHLINGER: *Kreuzfeuer*, S. 265. „Ich hatte keine ideologischen Vorbehalte dagegen, mein Vater war auch in einer Verbindung gewesen.“ Zit. nach: JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): *RAF*, S. 374.

<sup>149</sup> Vgl. beispielweise die sich um eine schuldabwehrende Position bemühenen Reden von führenden Verbandsmitgliedern in den frühen 1950er Jahren, in: NORD, Ferdinand E. (Hrsg.): *Was geschah vor fünfundzwanzig Jahren? Chronik d. Wollens und Wirkens der Gründer. 1951-1976 (=Historia academica des Coburger Convents der Akademischen Landsmannschaften und Turnerschaften an den Hochschulen 15)*, Nürnberg 1976.

<sup>150</sup> Vgl. FU BERLIN (Hrsg.): *Freie Universität Berlin. 1948-1973. Hochschule im Umbruch, Teil II*, Berlin 1978, S. 27.

<sup>151</sup> Zit. nach: ebd., S. 7.

<sup>152</sup> Vgl. ebd., S. 27.

<sup>153</sup> Vgl. KUBICKI: *Freie Universität*, S. 40.

<sup>154</sup> Mahler zit. nach: BLOCK/SCHULZ: *Anwälte*, S. 31. Wenngleich sich ein solches nicht belegen lässt. Aus dem Agieren des damaligen Generalsekretärs der *Studienstiftung des Deutschen Volkes*, Heinz Harten, kann jedoch geschlussfolgert werden, dass sich das seit jeher nicht konfliktfreie Verhältnis zwischen studentischen Korporationen und der Studienstiftung in den 1950er weiter verschlechterte bzw. die Studienstiftung kaum Studierende aus dem korporationsstudentischen Milieu anzog, vgl. KUNZE: *Studienstiftung*, S. 300-306.

<sup>155</sup> „Es wäre wohl nie dazu gekommen, wenn diese Verbindung an der Freien Universität nicht verboten gewesen wäre.“ In: Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler. „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): *Der Minister und der Terrorist*, S. 18.

<sup>156</sup> Mahler zit. nach: BLOCK/SCHULZ: *Anwälte*, S. 31.

<sup>157</sup> Vgl. Die Landsmannschaft, *Geschichte*, in: Website der Landsmannschaft Thuringia, URL: <http://www.thuringia-berlin.org/thuringia/thuringia.html>, abgerufen am 1. November 2013.

<sup>158</sup> Vgl. HOFMANN, Ulrike: *Coburger Convent*, in: BLESSING, Werner K. (Hrsg.): *Festschrift für Karl Möckl*, S. 109-131, hier: S. 115-118.

<sup>159</sup> Vgl. ebd., S. 119.

<sup>160</sup> Vgl. ebd., S. 120. Die Landsmannschaften hatten – wie auch die Burschenschaften und andere Korporationen – die Regierungsübernahme 1933 frenetisch begrüßt. Widerstand gegen die „Gleichschaltung“ der Korporationen leisteten – jedoch auch hier wenig nachhaltig – am ehesten die in einer aristokratisch-großbürgerlichen Tradition stehenden Corps und – aus religiösen Motiven – die katholischen Korporationen.

<sup>161</sup> Vgl. ebd., S. 119.

<sup>162</sup> Die Korporationen des CC machten die Mensur – wie die Corps – zur Pflicht („pflichtschlagend“), während einige Korporationen (so manche Burschenschaften im Dachverband *Deutsche Burschenschaften*) ihren Korporationen (und damit den jeweiligen Mitgliedern) die Mensur frei stellt („fakultativ schlagend“) sowie einige andere komplett darauf verzichteten („nichtsschlagend“), vgl. ebd., S. 123.

<sup>163</sup> Vgl. ebd., S. 124.

<sup>164</sup> Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 374.

<sup>165</sup> Vgl. Unsere Geschichte, in: Website der Landsmannschaft Thuringia, URL: <http://www.thuringia-berlin.org/thuringia/thuringia.html>, abgerufen am 1. November 2013.

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> Vgl. Solidarisch mit Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 25 (1968) vom 21. Juni 1968.

<sup>168</sup> Die Pflichtmensur, in: Website der Landsmannschaft Thuringia, URL: <http://www.thuringia-berlin.org/thuringia/thuringia.html>, abgerufen am 1. November 2013.

<sup>169</sup> Vgl. BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 31.

<sup>170</sup> Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 375.

<sup>171</sup> 1967 hob die SPD diese Unvereinbarkeit wieder auf. Vgl. Hart auf den Kopf, in: Der Spiegel, Nr. 6 (1967) vom 30. Januar 1967.

<sup>172</sup> Protokoll der Versammlung der Landsmannschaft Thuringia am 6. November 1956, in: Privatarchiv der Landsmannschaft Thuringia, zit. nach: Email des Verantwortlichen des Archivs der Landsmannschaft Thuringia an den Verfasser vom Januar 2012.

<sup>173</sup> Protokoll der Versammlung der Landsmannschaft Thuringia am 20. November 1956, in: Privatarchiv der Landsmannschaft Thuringia, zit. nach: Email des Verantwortlichen des Archivs der Landsmannschaft Thuringia an den Verfasser vom Januar 2012. Vgl. Stück im Schrank, in: Der Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968. Vgl. KENDA: Anwalt in Waffen, in: MÜNKLER (Hrsg.): Der Partisan, S. 372.

<sup>174</sup> So beispielweise bei Hans-Jürgen Krahl, der ebenso wie Mahler Mitglied einer schlagenden Korporation gewesen war und bei Bernward Vesper. Mahlers späterer Genosse in der *Novembergesellschaft*, Johannes Agnoli, war Freiwilliger der Waffen-SS gewesen und auch Ulrike Meinhofs Pflegemutter Renate Riemack war, wie Mahlers Eltern, Mitglied der NSDAP gewesen. Vgl. KOENEN, Gerd: Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003. Vgl. GÖRRES-AGNOLI, Barbara: Johannes Agnoli, Hamburg 2004. Vgl. DITFURTH, Jutta: Ulrike Meinhof. Die Biografie, Berlin 2007. 1975 benannte Mahler als prägendste Kindheitserfahrungen: „Es waren die am eigenen Leibe verspürten Folgen eines imperialistischen Weltkrieges, das Krachen der Bomben und die erlittene Angst, die schon früh die Fragen von Krieg und Frieden, Imperialismus und Kapitalismus in den Vordergrund rückten.“ In: IS-Interview mit Horst Mahler, in: Internationale Solidarität, Nr. 11 (November 1975).

<sup>175</sup> Zit. nach: BERGMANN, Werner: Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis heute, in: SALZBORN, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart, Gießen 2004, S. 51-81, hier: S. 53.

<sup>176</sup> Vgl. ebd. Vgl. REICHEL: Vergangenheitsbewältigung, S. 13-41.

## Anmerkungen Kapitel II

<sup>1</sup> Mahler zit. nach: Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: Die Zeit, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.

<sup>2</sup> Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 77-98, hier: S. 82.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., S. 79.

<sup>4</sup> Horst Mahler zit. nach: JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 375. An anderer Stelle behauptete Mahler, er habe mit dem Studium von Marx und Lenin seine „Vergangenheit“ in der FDJ „verarbeiten“ wollen, vgl. Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: *Die Zeit*, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.

<sup>5</sup> Noch während der Hochphase der späteren Protestbewegung sprach Mahler von seiner korporationsstudentischen Zeit um Identifikation bemüht in der ersten Person Plural: „Ganz fern ist ihm die ferne Zeit noch nicht: Nach der Art der benutzten Schläger gefragt, antwortet er: ‚Wir‘ [Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.] nennen es Speere.“ In: Solidarisch mit Angeklagten, in: *Die Zeit*, Nr. 25 (1968) vom 21. Juni 1968.

<sup>6</sup> Noch Jahre später brachte Mahlers energisches Auftreten im Rahmen des SDS in Kombination mit der geringen Qualität seiner Artikulation „der Kernsätze des Marxismus-Leninismus in der Güte, in der sie im Allgemeinen in der Grundschule des Parteilehrjahres abgegeben werden“ ihm seitens einer Redakteurin der *Konkret* und IM des MfS den Verdacht ein, er würde für „[W]estberliner Institutionen der politischen Polizei“ arbeiten. Ein anderer IM des MfS äußerte die Vermutung, Mahler sei „als Provokateur“ zum SDS geschickt worden, um „durch scheinbar revolutionäres Auftreten die Diskussionen zu lockern, um so zu erkennen, welche Stimmung im SDS tatsächlich“ vorherrsche, in: MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BSTU], S. 12, in: HIS-Archiv, MfS 62/001. An anderer Stelle wurde im Bericht des MfS festgehalten: „Diese Vermutung ist tatsächlich nur eine Vermutung, es fehlt jeder Hinweis.“, in: ebd., S. 13.

<sup>7</sup> Horst Mahler zit. nach: Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: *Die Zeit*, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.

<sup>8</sup> Darauf lassen Mahlers spätere Bemühungen schließen, zwar inhaltlich die Positionen der SED zu vertreten, jedoch aus wahrnehmungstaktischen Gründen nicht im Rahmen dieser zu agieren, sondern eine eigene linksradikale Organisation in Westberlin bzw. der BRD aufzubauen.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu: HAURY: Antisemitismus von links, S. 239-455. Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 22-24. Wenngleich die antizionistische Agitation in der Propaganda der KPD nur eine sehr geringe Rolle spielte.

<sup>10</sup> Zit. nach: HAURY: Antisemitismus von links, S. 315-317. Vgl. BERGMANN: Antisemitismus in Deutschland, in: SALZBORN (Hrsg.): Antisemitismus, S. 55.

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 59. Vgl. auch: ILLICHMANN, Jutta: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt am Main 1997.

<sup>12</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 22.

<sup>13</sup> Vgl. BERGMANN: Antisemitismus in Deutschland, in: SALZBORN (Hrsg.): Antisemitismus, S. 59f.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 56. Vgl. REICHEL: Vergangenheitsbewältigung, S. 73-73.

<sup>15</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 20.

<sup>16</sup> Vgl. BERGMANN: Antisemitismus in Deutschland, in: SALZBORN (Hrsg.): Antisemitismus, S. 57.

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 60.

<sup>18</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 19. Vgl. weiter: SHLOMO, Shafir: Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel, in: HERBST, Ludolf; GOSCHLER, Constantin (Hrsg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 191-204. Vgl. MEYER, Kristina: Die SPD und die NS-Vergangenheit (1945-1989), Göttingen, erscheint 2014.

<sup>19</sup> Kurt Schumacher zit. nach: SCHMIDT: Judenknax, S. 19.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 20.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 21f.

<sup>22</sup> Vgl. MILLER: Kleine Geschichte, S. 176.

<sup>23</sup> Vgl. ebd., S. 185.

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 199.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 202-204.

<sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 178.

<sup>27</sup> Franz Neumann (1904-1974), unter anderem MdB und Landesvorsitzender der SPD (West-)Berlin bis 1958, vgl. VIERHAUS, Rudolf; HERBST, Ludolf (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, Bd. 2, München 2002, S. 599.

<sup>28</sup> Vgl. HEB, Hans-Jürgen: Innerparteiliche Gruppenbildung. Macht- und Demokratieverlust einer politischen Partei am Beispiel der Berliner SPD in den Jahren von 1963 bis 1981, Bonn 1984, S. 31.

<sup>29</sup> Vgl. ROTT, Wilfried: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins. 1948-1990, München 2009, S. 131.

<sup>30</sup> Vgl. Mitgliederliste Landesverband Berlin, in: AdsD, Bestand: Abt. III SPD Landesverband Berlin, Box 3/BEAC000081.

<sup>31</sup> Vgl. Organisationsbericht KV Schöneberg 1957, in: AdsD, Abt. III, SPD LV Berlin, Teil 1, Box 1447, Jahresberichte der Kreise 1957.

<sup>32</sup> Vgl. ebd.

<sup>33</sup> Vgl. MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BStU], S. 12, in: HIS-Archiv, MfS 62/001.

<sup>34</sup> Vgl. Organisationsbericht KV Schöneberg 1957, S. 5, in: AdsD, Abt. III, SPD LV Berlin, Teil 1, Box 1447, Jahresberichte der Kreise 1957.

<sup>35</sup> Vgl. Mitgliederliste Landesverband Berlin, in: AdsD, Bestand: Abt. III SPD Landesverband Berlin, Box 3/BEAC000081. Mahler zog aus der Wohnung am Wittenbergplatz 5-6 in Berlin-Schöneberg am 15. September 1958 in eine Wohnung in der Cauerstr. 2 in Berlin-Charlottenburg. Vgl. „Mitglieder ab 1951“, S. 301, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000100, SPD Charlottenburg. Die Organisationsstruktur der Westberliner SPD ähnelte der im Bundesgebiet: Unterhalb des Landesverbandes Westberlin war die SPD in Kreisverbänden organisiert, die in der Regel anhand der Bezirksgrenzen gebildet wurden, so beispielsweise der Kreisverband Charlottenburg, der 1958 etwa 2000 Mitglieder umfasste und damit einer der mitgliederstärkeren Kreisverbände war. Unterhalb der Kreisverbandsebene war die SPD in Westberlin in so genannten Abteilungen organisiert (im Bundesgebiet hieß diese Gliederungseinheit in der Regel Ortsverein). Nach einer umfassenden Organisationsreform Ende 1960 wurde die Anzahl der Abteilungen verringert und den Grenzen der Wahlkreise zur Abgeordnetenhauswahl angepasst. Vgl. AdsD, Bestand Abt. III SPD Kreisverband Charlottenburg, 3/BEAC000062.

<sup>36</sup> Harry Ristock (1928-1992), führender SPD-Linker in der Westberliner SPD, 1954-1963 Landesvorsitzender der SJD Berlin, Mitglied des Abgeordnetenhauses, 1975-1981 Senator für Bau- und Wohnungswesen.

<sup>37</sup> Vgl. RASCHKE, Joachim: Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD, Hamburg 1974, S. 161. Nachdem sich der KV Charlottenburg sukzessive zu einer Hochburg der Parteilinken entwickelt hatte, wechselte Neubauer am 29. Januar 1962 in den KV Wedding. Vgl. AdsD, Bestand Abt. III SPD Kreisverband Charlottenburg, 3/BEAC000060.

<sup>38</sup> Vgl. HEB: Innerparteiliche Gruppenbildung, S. 44

<sup>39</sup> Vgl. ebd., S. 45. „Keule“ bedeutet im Berliner Dialekt so viel wie „Kumpel“. Die reformorientierten Kräfte in der Westberliner SPD hatten die linke Opposition um Franz Neumann mit dem Ausdruck „Keulenriege“ bedacht, um zum einen den netzwerkartigen, beinahe nepotistischen Charakter der

Gruppe zu kennzeichnen als auch, um deren aggressive Methoden im innerparteilichen Machtkampf zum Ausdruck zu bringen. Die „Keulenriege“ wiederum bezeichnete die reformorientierten Kräfte wegen deren vermeintlicher politischer Nähe zu den USA als „amerikanischen Club“. Vgl. ebd., S. 33. In den fraktionellen Auseinandersetzungen des Westberliner SDS Mitte der 1960er Jahre tauchte der Begriff „Keulenriege“ wieder auf. Dort bezeichnete er die traditionalistische Gruppe im SDS um unter anderem Horst Mahler.

<sup>40</sup> Vgl. die Abstimmung auf der Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Charlottenburg am 3. Januar 1958 zur Frage, wer der nächste Landesvorsitzende der SPD Westberlin werden sollte: Ein Drittel der Anwesenden stimmte für den links-traditionalistischen Franz Neumann, während zwei Drittel der Stimmberechtigten den Reformler Willy Brandt unterstützten, vgl. Protokoll der Kreis-Delegiertenversammlung der SPD Charlottenburg am 3. Januar 1958, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000060, SPD Charlottenburg.

<sup>41</sup> Mahler, Horst: *Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland* (1962), S. 12, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.

<sup>42</sup> Vgl. WETTIG, Gerhard: *Chruschtschows Berlin-Krise. 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau*, München 2006.

<sup>43</sup> Vgl. Protokoll der Kreis-Delegiertenversammlung der SPD Charlottenburg am 7. Januar 1959, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000061, SPD Charlottenburg.

<sup>44</sup> Protokoll der Versammlung der Abteilung 6 vom 27. Januar 1959, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000057, SPD Charlottenburg.

<sup>45</sup> Noch 1963 auf dem *Deutschlandtreffen der Schlesier* hatte die SPD-Führung in einer Grußadresse folgenden Standpunkt vertreten: „Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten? 100 Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.“ Zit. nach: MÜLLER, Matthias: *Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht*, Münster 2012.

<sup>46</sup> Mahlers Vorgänger hieß Heinrich Kewald und war 1890 geboren, vgl. AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000057.

<sup>47</sup> Im Gegenteil war Mahler schon während seiner Zeit in der SPD ein energischer Befürworter einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

<sup>48</sup> Vgl. Protokoll der Jahres-Kreis-Delegiertenversammlung der SPD Charlottenburg am 4. April 1959, S. 3, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000061, SPD Charlottenburg.

<sup>49</sup> Wortbeitrag Oskar Hippe auf der Jahres-Kreis-Delegiertenversammlung der SPD Charlottenburg am 4. April 1959, S. 3, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000061, SPD Charlottenburg.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Vgl. HEB, *Innerparteiliche Gruppenbildung*, S. 49. Auch 1961 konnte ein solcher „integrierter“ Kreisvorstand gewählt werden.

<sup>52</sup> Günter Spruch (1908-1985), SPD, unter anderem Bezirksbürgermeister von Charlottenburg. Vgl. Protokoll der Jahres-Kreis-Delegiertenversammlung der SPD Charlottenburg am 4. April 1959, S. 8, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000061, SPD Charlottenburg.

<sup>53</sup> Die Eheschließung fand am 22. Februar 1958 auf dem Standesamt Berlin-Zehlendorf statt, vgl. SCHENK, Stefanie: Horst Mahler: Seine Entwicklung vom Linksterroristen zum Rechtsextremisten, in: KLONINGER, Herbert (Hrsg.): *Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus: Internationalität, Paradigmenwechsel, Jugend- und Kampagnenarbeit, Homosexualität* (=Schriftenreihe des Fachbereiches Öffentliche Sicherheit), Brühl 2001, S. 155-240, hier: S. 157.

- <sup>54</sup> Vgl. GALLUS: Die Studienstiffler, in BACKES, Uwe; GALLUS, Alexander; JESSE, Eckard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Nr. 24 (2012), S. 13-29, hier: S. 27.
- <sup>55</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03.
- <sup>56</sup> Vgl. ebd.
- <sup>57</sup> Vgl. Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 77-98, hier: S. 77.
- <sup>58</sup> MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BStU], S. 1, in: HIS-Archiv, MfS 62/001.
- <sup>59</sup> Schreiben Bundesvorstand: Betr. Hochschulpolitisches Bundesseminar, in: APO-Archiv, Ordner SDS Berlin 1961. Hierbei ist von einem Missverständnis auszugehen.
- <sup>60</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll SDS-Gruppe an der FU vom 19. Juli 1960, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959 – Dezember 1963, I.
- <sup>61</sup> Dies legt auch eine Einladung an aktive Mitglieder der SDS-Gruppe an der FU Berlin nahe, die ein Treffen im kleinen Kreis einberief, um „Fragen der Verbandspolitik“ zu erörtern. Auf der Liste der Eingeladenen stand unter anderem Walter Barthel, jedoch nicht Horst Mahler, vgl. Einladung zu interner Beratung vom 16. Februar 1960, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I.
- <sup>62</sup> Zur Geschichte des SDS vgl. unter anderem: ALBRECHT, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994. FICHTER, Tilman; LÖNNENDONKER, Siegwald: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Essen 2007.
- <sup>63</sup> Vgl. SCHMIDT, Wolfgang: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963, Wiesbaden 2001, S. 325-338.
- <sup>64</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 311.
- <sup>65</sup> Vgl. ebd., S. 312
- <sup>66</sup> Oswald Hüller war eine schillernde Figur im SDS und wurde wenig später wegen seinen deutschlandpolitischen Positionen aus der SPD ausgeschlossen. Daraufhin verlegte sich Hüller auf eine bürgerliche Karriere in der Industrie, unter anderem arbeitete er bei Thyssen-Krupp, vgl. Plötzlich Millionär, in: WAZ vom 31. Dezember 1970. Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 313f.
- <sup>67</sup> Vgl. ebd., S. 315.
- <sup>68</sup> Vgl. ebd.
- <sup>69</sup> Vgl. ebd. Zur oppositionellen Haltung der SJD vgl. UELLENBERG, Wolfgang; RUTZ, Günter: 75 Jahre Arbeiterbewegung in Deutschland 1904-1979, Bonn 1984, S. 86-95.
- <sup>70</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 316.
- <sup>71</sup> Die Gruppe versammelte sich um die von Klaus Rainer Röhl herausgegebene Zeitschrift *Konkret* und wurde maßgeblich von der SED finanziert, vgl. ebd., S. 316-329.
- <sup>72</sup> Vgl. Rede von Horst Mahler [entstanden zwischen Dez. 1960 und August 1961], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.
- <sup>73</sup> Vgl. Resolution des Landesverbandes Berlin des SDS zu den Frankfurter Beschlüssen vom 6. Juni 1959, in: APO-Archiv, „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>74</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 323
- <sup>75</sup> Vgl. Resolution des Landesverbandes Berlin des SDS zu den Frankfurter Beschlüssen vom 6. Juni 1959, in: APO-Archiv, „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>76</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 333.

<sup>77</sup> Vgl. ebd., S. 332.

<sup>78</sup> Vgl. ebd.

<sup>79</sup> Vgl. ebd., S. 333.

<sup>80</sup> Beschluss des Landesvorstandes des Westberliner SDS vom 17. März 1960, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959 – Dezember 1963, I.

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 360. Seit Ende 1959 hatte sich die SPD bereits aus der Finanzierung des SDS-Bundesorgans *Standpunkt* zurückgezogen, woraufhin als Nachfolgerin die *Neue Kritik* entstand.

<sup>83</sup> Klaus Meschkat (geb. 1935), Soziologe, führendes Mitglied des SDS Westberlin, Mitbegründer der Novembargesellschaft, erster Vorsitzender des *Republikanischen Clubs* Westberlin.

<sup>84</sup> Stellungnahme Klaus Meschkat im Rundschreiben Nr. 5 des Westberliner SDS vom 10. Mai 1960, in: APO-Archiv, LV Berlin, Korrespond. E. Nohara, 1959 – 1961 SDS.

<sup>85</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll SDS-Gruppe an der FU vom 19. Juli 1960, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959 – Dezember 1963, I.

<sup>86</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 381.

<sup>87</sup> Vgl. ebd., 383.

<sup>88</sup> Rundschreiben Nr. 7 des SDS Westberlin vom 24. Juni 1960, in: APO-Archiv, LV Berlin, Korrespond. E. Nohara, 1959 – 1961 SDS.

<sup>89</sup> Vgl. ebd.

<sup>90</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 384.

<sup>91</sup> Urs Müller-Plantenberg (geb. 1937), Soziologe, Mitglied des SDS, Mitglied der NG und des RCs Westberlin.

<sup>92</sup> Vgl. Brief von Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg von 27. Juli 1960, in: APO-Archiv, LV Berlin, Korrespond. E. Nohara, 1959 – 1961 SDS.

<sup>93</sup> Rundschreiben Nr. 9 des SDS Westberlin vom 4. August 1960, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin.

<sup>94</sup> Alle folgenden Zitate aus: Protokoll der Kreis-Delegiertenversammlung der SPD Charlottenburg am 28. Oktober 1960, S. 1, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000061, SPD Charlottenburg.

Gerd Löffler (1927-2004) war Mitglied im Kreisvorstand der SPD Charlottenburg, später Mitglied des Abgeordnetenhauses und Senator in Westberlin.

<sup>95</sup> Alle folgenden Zitate aus: Handschriftliche Notizen Mahlers zur Kontaktversammlung des Wahlkreises 2 (Abt. 2) am 23. November 1960, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.

<sup>96</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 389

<sup>97</sup> Vgl. ebd., S. 393

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> Im zweiten Wahlgang mit 26 zu 25 Stimmen, vgl. Rundbrief Nr. 12 des SDS Westberlin vom 15. November 1960, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.

<sup>100</sup> Vgl. Handschriftliche Notiz Mahlers zur Landesvollversammlung des SDS [am 12. November 1960] vom 5. Dezember 1960, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.

<sup>101</sup> Ebd.

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> Vgl. Brief N. N. an Erik Nohara vom 16. November 1960, in: APO-Archiv, Ordner SDS Berlin 1961.

<sup>104</sup> Handschriftliche Notiz Mahlers zur Landesvollversammlung des SDS [am 12. November 1960] vom 5. Dezember 1960, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.

<sup>105</sup> Vgl. ebd.

<sup>106</sup> HEIMANN, Siegfried: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: STÖSS, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, S. 2116. Viktor Agartz (1897-1964), Ökonom und Gewerkschaftsfunktionär, 1958 aus der SPD ausgeschlossen, Mitbegründer der VUS.

<sup>107</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 395.

<sup>108</sup> Vgl. HEIMANN: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: STÖSS (Hrsg.): Parteienhandbuch, S. 2116.

<sup>109</sup> Gerhard Gleissberg (1905-1973), Journalist und Redakteur der *Anderen Zeitung*, Mitbegründer der VUS, später DFU. Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 396.

<sup>110</sup> Vgl. ebd.

<sup>111</sup> Vgl. ebd., S. 397

<sup>112</sup> Vgl. LÖNNENDONKER, Siegward; RABEHL, Bernd; STAADT, Jochen: Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD, Bd. 1 1960-1967 (=Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 91), Wiesbaden 2002, S. 58.

<sup>113</sup> Michael Schuhmann (geb. 1937), Soziologe, war 1960/61 Bundesvorsitzender des SDS. Vgl. Brief Erik Nohara an Michael Schumann vom 9. Januar 1961, in: APO-Archiv, LV Berlin, Korrespond. E. Nohara, 1959 – 1961 SDS.

<sup>114</sup> Rundschreiben Arndt Böttcher vom 19. März 1961, in: APO-Archiv, Ordner SDS Berlin 1961. Vgl. Telegramm Erik Nohara an den Parteivorstand der SPD, in: APO-Archiv, LV Berlin, Korrespond. E. Nohara, 1959 – 1961 SDS.

<sup>115</sup> In Mahlers Sammlung aus jener Zeit finden sich mehrere Einladungen zu VUS-Mitgliederversammlungen. Ob Mahler bereits zum Gründungszeitpunkt Mitglied der VUS wurde oder erst im Vorfeld der VUS-Unterwanderung im September/Oktober 1962 war nicht feststellbar. Eine Aktivität Mahlers im Rahmen der VUS Westberlin ist jedoch erst seit Herbst 1962 nachweisbar, vgl. Einladung VUS-Mitgliederversammlung vom 1. Januar 1961, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Vgl. weiter: Einladung zu einem Vortrag von Willi Huhn im Rahmen der VUS Westberlin vom 3. Februar 1961, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Diese Einladung ist handschriftlich mit „Herrn Mahler“ überschrieben.

<sup>116</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 403.

<sup>117</sup> Vgl. Brief von Helga Einsele vom Mai 1961, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962. Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 409. Vgl. auch LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 40-42.

<sup>118</sup> Vgl. AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000057, SPD Charlottenburg.

<sup>119</sup> Vgl. AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000080, SPD Charlottenburg.

<sup>120</sup> So schrieb beispielweise der Kreisgeschäftsführer der SPD Charlottenburg am 13. Juli 1960 einen Brief an Mahler, in dem der gerade 24-jährigen darum gebeten wurde, bei einer Veranstaltung der *Deutschen Partei* (DP) im Studentenhaus am Steinplatz als offizieller Beobachter der Partei zu fungieren und seine Beobachtungen an den Landesverband weiterzuleiten, vgl. Brief Kreisgeschäftsführer SPD

Charlottenburg an Horst Mahler vom 13. Juli 1960, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000024, SPD Charlottenburg

<sup>121</sup> Neben dem 1. und 2. Vorsitzenden, dem Kassierer, dem stellvertretenden Kassierer und dem Schriftführer bestand der Kreisvorstand der SPD Charlottenburg aus mehreren Beisitzern für einzelne Fachthemen oder Bezugsgruppen, wie unter anderem dem Beisitzer für die Jusos, der im Kreisvorstand die Belange der Parteijugend vertreten sollte.

<sup>122</sup> Vgl. Protokoll der Jahres-Kreis-Delegiertenversammlung der SPD Charlottenburg am 24. März 1961, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000061, SPD Charlottenburg. Wolf Tüchel war nach seiner Niederlage gegen Mahler um den Juso-Vorsitz dessen Stellvertreter geworden.

<sup>123</sup> Vgl. Protokoll der Jahres-Kreis-Delegiertenversammlung der SPD Charlottenburg am 24. März 1961, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000061, SPD Charlottenburg.

<sup>124</sup> Vgl. ebd.

<sup>125</sup> Vgl. Protokoll der Kreis-Delegiertenversammlung der SPD Charlottenburg am 2. Juni 1961, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000061, SPD Charlottenburg. Vgl. auch: Meuterei im Esplanade, in: Der Spiegel, Nr. 21 (1961) vom 17. Mai 1961.

<sup>126</sup> Alle folgenden Zitate aus: Rede von Horst Mahler [entstanden zwischen Dez. 1960 und August 1961], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.

<sup>127</sup> Ein gutes halbes Jahr vor dem Hannoveraner Parteitag 1960 hatte die SPD mit der Aufgabe ihres *Deutschlandplans* die Westbindung der BRD akzeptiert.

<sup>128</sup> Konkret hatte sich die SPD auf ihrem Parteitag 1960 noch einmal ausdrücklich zur Mitgliedschaft der BRD in der NATO bekannt.

<sup>129</sup> Rundschreiben Nr. 1/61 des SDS Westberlin vom 9. Mai 1961, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962. Mahler hatte sich den Programmpunkt „Alternativen“ mit einem Kreuz markiert. Zudem interessierte sich Mahler offenbar für eine Veranstaltung zum Thema „Monopolkapitalismus“, die der SDS zusammen mit dem Liberalen Studentenbund im Juli 1961 durchführen wollte. Ende April 1961 hatte ein vom Bundesverband in Zusammenarbeit mit dem Westberliner SDS organisiertes „Hochschulpolitisches Bundesseminar“ zur „Vorbereitung eines neuen SDS-Hochschulprogramms“ in Westberlin stattgefunden, vgl. Rundschreiben betr. Hochschulpolitisches Seminar vom 25. März 1961, in: APO-Archiv, Ordner SDS Berlin 1961.

<sup>130</sup> Ebd.

<sup>131</sup> Alle folgenden Zitate aus: [Mahler, Horst:] Betrifft: SDS-Erklärung, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler. SDS, Ak Hopo. 1960-1962.

<sup>132</sup> Vgl. Information SDS Berlin [Juni 1961], in: APO-Archiv, LV Berlin Div. SDS.

<sup>133</sup> Vgl. Information SDS Berlin [Juni 1961], in: APO-Archiv, LV Berlin Div. SDS. Klaus Wrobel, 1961/62 Landesvorsitzender SDS Westberlin, 1962/63 Mitglied im politischen Beirat des Bundes-SDS, später Mitglied des SB und der VUS.

<sup>134</sup> Vgl. Rundbrief SDS Landesverband Berlin, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler. SDS, Ak Hopo. 1960-1962.

<sup>135</sup> Einladung zum Seminar Sozialistische Politik nach den Bundestagswahlen 1961, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler. SDS, Ak Hopo. 1960-1962.

<sup>136</sup> Vgl. SCHMIDT: Kalter Krieg, S. 239-338.

<sup>137</sup> Vgl. ebd., S. 393f.

<sup>138</sup> Vgl. ebd., S. 394f.

<sup>139</sup> Vgl. ebd., S. 396.

- <sup>140</sup> Materialien zur 16. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, zit. nach: LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 33. Dieser Antrag wurde auch auf der bundesweiten Delegiertenkonferenz beschlossen.
- <sup>141</sup> Brief Horst Mahler an Heinz Kanneberg vom 1. August 1961, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.
- <sup>142</sup> Vgl. ALBRECHT:, SDS, S. 414.
- <sup>143</sup> Vgl. Jahresbericht SDS Westberlin 1960/61, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.
- <sup>144</sup> Vgl. ALBRECHT, SDS, S. 415
- <sup>145</sup> Dietrich Staritz (geb. 1934), Politologe, SDS, MfS- und VS-Mitarbeiter, vgl. Berichte von Erich, in: Der Spiegel, Nr. 38 (1994) vom 19. September 1994.
- <sup>146</sup> Vgl. ALBRECHT: SDS, S. 421
- <sup>147</sup> Rundschreiben des SDS Westberlin [November 1961], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.
- <sup>148</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. I – 61/62 SDS Westberlin, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>149</sup> Vgl. Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: Die Zeit, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.
- <sup>150</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd.
- <sup>151</sup> Zur Person Oskar HIPPES vgl. WEBER, Hermann; HERBST, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008, S. 377f.
- <sup>152</sup> Vgl. hierzu: Wehrmacht, Holocaust und „Kollektivschuld“, in: Spartakist. Zeitung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Nr. 163 (2006).
- <sup>153</sup> Vgl. ebd.
- <sup>154</sup> HIPPE, Oskar: Und unsere Fahn' ist rot, Hamburg 1979, zit. nach: ebd.
- <sup>155</sup> Vgl. Parteiordnungsverfahren gegen die Genossen Hippe und Mahler, Schreiben des Kreisvorstandes der SPD Charlottenburg an den Landesverband SPD Westberlin vom 10. September 1961, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000107, SPD Charlottenburg. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>156</sup> Vgl. RASCHKE: Opposition, S. 368.
- <sup>157</sup> Parteiordnungsverfahren gegen die Genossen Hippe und Mahler, Schreiben des Kreisvorstandes der SPD Charlottenburg an den Landesverband SPD Westberlin vom 10. September 1961, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000107, SPD Charlottenburg. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>158</sup> Horst Mahler zit. nach: JESCHKE/MALANKOWSKI: Der Minister und der Terrorist, S. 25.
- <sup>159</sup> Vgl. ebd. Vgl. Organisationsstatut der SPD, S. 3, in: AdsD, Abt. III, SPD LV Berlin. LandesSchiKo, Parteiausschlussverf. Kressmann.
- <sup>160</sup> Die Erklärung HIPPES ist nicht erhalten. Sie wird aber in dem Brief des Kreisvorstandes zur Eröffnung des Parteiordnungsverfahrens erwähnt, vgl. Parteiordnungsverfahren gegen die Genossen Hippe und Mahler, Schreiben des Kreisvorstandes der SPD Charlottenburg an den Landesverband SPD Westberlin vom 10. September 1961, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000107, SPD Charlottenburg.
- 1997 äußerte Mahler über diese Unterredung: „Aber die Partei wollte mich halten. Man ist an mich herangetreten mit den Worten: ‚Du bist Jurist, du kannst reden. Damit hast du eine glänzende Karriere in der Partei vor dir, aber du mußt abschwören.‘ Das sind offensichtlich die Dinge, die man können

muß. Ich bin nicht darauf eingegangen. Ich habe dann auch keine Karriere gemacht in dieser Partei. Der Rest ist bekannt.“ In: Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: *Die Zeit*, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.

<sup>161</sup> Brief Kreisvorstand SPD Charlottenburg an Horst Mahler vom 7. September 1961, in: : AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000107, SPD Charlottenburg.

<sup>162</sup> Vgl. Brief Kurt Neubauer MdB an den Kreisvorstand der SPD Charlottenburg [vom 20. September 1961], in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000107, SPD Charlottenburg.

<sup>163</sup> Ein Grund für die Nichteröffnung des Verfahrens geht aus den gesichteten Quellen nicht hervor. Mahlers Verfahren wurde durch seinen Ausschluss im März 1962 auf Grund seiner Mitgliedschaft im SDS hinfällig. Der Kreisvorstand forderte Kurt Neubauer in mehreren Schreiben 1962 und 1963 dazu auf, das Verfahren gegen Hippe zu eröffnen, vgl. Brief Kreissekretär SPD Charlottenburg an Kurt Neubauer vom 6. Dezember 1962, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000107, SPD Charlottenburg. Als Hippe im Juni 1968 aus der SPD austrat, waren jedoch keine Parteiordnungsverfahren gegen ihn mehr anhängig, vgl. Brief Oskar Hippe an den Landesvorstand der SPD Westberlin vom 25. Juni 1968, in: AdsD, Abt. III, SPD Landesverband Berlin Bd. I, 3/BEAB000447. Der Kreisvorstand der Charlottenburger SPD wünschte schließlich im Dezember 1963 die Einstellung des Parteiordnungsverfahrens, vgl. Brief Kreissekretär SPD Charlottenburg an Kurt Neubauer vom 3. Dezember 1963, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000107

<sup>164</sup> Brief Horst Mahler an den Kreisvorstand der SPD Charlottenburg vom 10. Februar 1962, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000024, SPD Charlottenburg. Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. RASCHKE: *Opposition*, S. 368.

<sup>165</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an die Mitglieder der Abteilung 2 des KV Charlottenburg vom 11. März 1962, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000024, SPD Charlottenburg. Dennoch wurde von dem Unvereinbarkeitsbeschluss und der Möglichkeit des Ausschlusses von SDS-Mitgliedern nur selektiv Gebrauch gemacht: Nach einer Liste von dem im SPD-Parteivorstand für den SDS zuständigen Waldemar v. Knoeringen vom April 1962 waren es nur sechs Mitglieder des SDS, die aus dem Berliner SPD-Landesverband ausgeschlossen wurden: Erik Nohara, Randolph Lochmann, Hartmut Zimmermann, Peter v. Feldmann, Regine Jedwabski und Horst Mahler, vgl. ALBRECHT: *SDS*, S. 428. Einige SDS- bzw. SFG-Mitglieder traten jedoch von sich aus aus: unter anderem Manfred Rexin, Ansgar Skriver, Ossip K. Flechtheim, Peter Furth, Wilfried Gottschalch, Carola Stern und Wolfgang Fritz Haug. Unter diesen war eine Reihe von ehemaligen SPD-Mitgliedern, die 1966 zusammen mit Mahler die *Novembargesellschaft* gründen sollten.

<sup>166</sup> Brief Horst Mahler an die Mitglieder der Abteilung 2 des KV Charlottenburg vom 11. März 1962, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000024, SPD Charlottenburg.

<sup>167</sup> Vgl. HAURY: *Antisemitismus von links*, S. 134. Vgl. ADORNO, Theodor W.: *Schuld und Abwehr*, in: BUCK-MORRS, Susan; TIEDEMANN, Rolf (Hrsg.): *Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften*, Bd. 9.2. *Soziologische Schriften II, Zweite Hälfte*, Frankfurt 1975, S. 182-185.

<sup>168</sup> Brief Horst Mahler an die Mitglieder der Abteilung 2 des KV Charlottenburg vom 11. März 1962, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000024, SPD Charlottenburg.

<sup>169</sup> LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: *SDS*, S. 50. Vgl. *Neue Kritik*, Nr. 9 (1962), S. 16-21.

<sup>170</sup> Mahler, Horst: *Einige Gedanken zur Neuen Linken* [März 1962], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>171</sup> Vgl. die Darlegung der marxistischen Staatstheorie durch Lenin in dessen Schrift *Staat und Revolution* (1917), in: INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *Lenin, Werke*, Bd. 25, Berlin 1981, S. 393-507.

<sup>172</sup> Mahler, Horst: *Einige Bemerkungen zur Neuen Linken* vom 6. Mai 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>173</sup> Ebd. Die USA fehlten in dieser Aufzählung und dienten Mahler nicht als positiver Bezugspunkt einer „internationalen sozialistischen Bewegung“.

<sup>174</sup> Vgl. Einladung Seminar „Möglichkeiten und Aufgaben der Neuen Linken – die Arbeiterbewegung in Deutschland nach 1945“, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62 Landesverband Berlin. Vgl. Rundschreiben SDS-Gruppe FU Berlin, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I Teil I.

<sup>175</sup> Mahler, Horst: Die gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik [unveröffentlichtes Korrekturmanuskript vom 1. April 1962], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.

<sup>176</sup> Ebd., S. 1.

<sup>177</sup> Ebd., S. 3.

<sup>178</sup> Ebd., S. 4f

<sup>179</sup> Ebd., S. 5.

<sup>180</sup> Vgl. ebd., S. 5f.

<sup>181</sup> Ebd., S. 6.

<sup>182</sup> Vgl. HEIDEN, Detlev: Sozialisierungspolitik in Hessen 1946-1967. Vom doppelten Scheitern deutscher Traditionsozialisten und amerikanischer Industriereformer, Münster 1995. Die Teilverstaatlichung von Schlüsselindustrien wurde jedoch nie voll umgesetzt. Mit Inkrafttreten des Grundgesetzes wurde der Teilverstaatlichungsparagraph in der hessischen Landesverfassung weitestgehend überflüssig.

<sup>183</sup> Mahler, Horst: Die gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik [unveröffentlichtes Korrekturmanuskript vom 1. April 1962], S. 7, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.

<sup>184</sup> Ebd.

<sup>185</sup> Ebd.

<sup>186</sup> Ebd., S. 9.

<sup>187</sup> Ebd., S. 14.

<sup>188</sup> Vgl. Rundschreiben SDS Westberlin Nr. V 1961/62 vom 25. April 1962, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62 Landesverband Berlin.

<sup>189</sup> Vgl. Flugblatt: Aufruf sozialistische Maikundgebung Berlin 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler. SDS, Ak Hopo. 1960-1962. Als verantwortlich für das Flugblatt zeichnete der Mahler-Vertraute Klaus Wrobel.

<sup>190</sup> Ebd.

<sup>191</sup> Vgl. Informationen aus dem SDS-Berlin [Mai 1962], in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62 Landesverband Berlin.

<sup>192</sup> Informationen aus dem SDS-Berlin [Mai 1962], in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62 Landesverband Berlin. Erich Kuby (1910-2005), Journalist, Kritiker von Wiederbewaffnung und atomarer Aufrüstung.

Fritz Lamm (1911-1977), Linkssozialist, mehrfach aus der SPD ausgeschlossen, 1969 Mitbegründer des *Sozialistischen Büros*, vgl. BENZ, Michael: Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude, Linkssozialist, Emigrant 1911-1977. Eine politische Biographie, Essen 2007.

<sup>193</sup> Vgl. Informationen aus dem SDS-Berlin [Mai 1962], in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62 Landesverband Berlin. Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 57.

- <sup>194</sup> Ernst-Randolf Lochmann (1931-2003), SDS, Mitbegründer der *Novembargesellschaft, Republikanischer Club*, später Mitbegründer der Partei *Die Grünen*, vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 58.
- <sup>195</sup> Michael Mauke (1928-1966), SDS, Kritiker eines orthodox marxistisch-leninistischen Weltbildes im Westberliner SDS, innerverbandlicher Gegner von Mahler. Vgl. Rundschreiben SDS-Gruppe FU Berlin, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I Teil I.
- <sup>196</sup> Vgl. ebd.
- <sup>197</sup> MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BStU], S. 9, in: HIS-Archiv, MfS 62/001.
- <sup>198</sup> Vgl. Rundschreiben SDS Westberlin Nr. VI 1961/62 vom 8. Mai 1962, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62 Landesverband Berlin.
- <sup>199</sup> Vgl. Einladung Zusammenkunft zur Berlinfrage vom 18. Mai 1962, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62 Landesverband Berlin.
- <sup>200</sup> Vgl. ROTT: Insel, S. 187-189.
- <sup>201</sup> Vgl. SCHMIDT: Kalter Krieg, S. 540-542.
- <sup>202</sup> Brief von Horst Mahler an Siegfried Hille vom 21. Mai 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.
- <sup>203</sup> Vgl. ROTT: Insel, S. 214f.
- <sup>204</sup> Brief von Horst Mahler an Siegfried Hille vom 21. Mai 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>205</sup> Einladung zur Gruppenvollversammlung der SDS-Gruppe an der FU Berlin vom 19. Juni 1962, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>206</sup> Entschliessung des SDS [an der FU Berlin] vom 27. Juni 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>207</sup> Vgl. Einladung zur Gruppenvollversammlung der SDS-Gruppe an der FU Berlin vom 18. Juli 1962, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin. Auf dieser Sitzung am 25. Juli 1962 wurde unter anderem Horst Mahler als Delegierter zur 17. Delegiertenkonferenz des SDS gewählt.
- <sup>208</sup> [Mahler, Horst u. a.:] Entwurf eines Entschließungsantrages zur Deutschland[-] und Berlinfrage für die 17. DK des SDS, in: HIS-Archiv, SAK 280, 07. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>209</sup> Rundschreiben Nr. VII – 1961/62 SDS Westberlin vom 22. Juli 1962, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>210</sup> Einladung zu Aussprache vom 22. Juni 1962, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I Teil I.
- <sup>211</sup> Mahler zit. nach: Einladung informativer Meinungsaustausch vom 17. Juli 1962, in: APO-Archiv, „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>212</sup> Rundschreiben Nr. VII – 1961/62 des SDS Westberlin vom 22. Juli 1962, in: APO-Archiv, „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>213</sup> Mauke, Michael: Thesen zur Konzeption und Organisation des Arbeitskreises für Probleme der europäischen Linken, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“, 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>214</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. VIII – 1961/62 SDS Westberlin, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I Teil I.
- <sup>215</sup> Vgl. MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BStU], S. 9, in: HIS-Archiv, MfS 62/001.
- <sup>216</sup> Ebd.

- <sup>217</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. VIII – 1961/62 SDS Westberlin, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I Teil I.
- <sup>218</sup> Vgl. Linke Studenten mit rotem Anwalt, in: Der Tag vom 23. November 1962. Der konkrete Anlass waren der Besuch einer französischen kommunistischen Studierendengruppe im Juli 1962 und die Teilnahme zweier Mitglieder des Westberliner SDS an den Weltjugendfestspielen in Helsinki im August 1962, vgl. Gedächtnisprotokoll über eine Besprechung betreffend die politischen Aufgaben des SDS in Berlin, in: HIS-Archiv, SAK 280, 07. Ende 1964 konnte der SDS, juristisch vertreten durch Mahlers ehemaligen Arbeitgeber Dietrich Scheid, im Rahmen eines Vergleichs die Unwirksamkeit des Ausschlusses des SDS aus dem ABS erreichen, vgl. Brief Dietrich Scheid an Peter v. Feldmann vom 21. Dezember 1964, in: HIS-Archiv, SAK 300, 82.
- <sup>219</sup> Brief Horst Mahlers an Heinz Brakemeier vom 17. September 1962, S. 2, in: APO-Archiv, Ordner Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63.
- <sup>220</sup> Vgl. IS-Interview mit Horst Mahler, in: Internationale Solidarität, Nr. 11 (November 1975).
- <sup>221</sup> Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 17.
- <sup>222</sup> Vgl. IS-Interview mit Horst Mahler, in: Internationale Solidarität, Nr. 11 (November 1975).
- <sup>223</sup> Vgl. ebd.
- <sup>224</sup> Einladung Landesbeiratssitzung SDS Westberlin vom 25. Oktober 1962, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>225</sup> MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BStU], S. 9, in: HIS-Archiv, MfS 62/001.
- <sup>226</sup> Vgl. IS-Interview mit Horst Mahler, in: Internationale Solidarität, Nr. 11 (November 1975).
- <sup>227</sup> Vgl. Als Mahler Flugblätter verteilte, verlor Neubauer die Beherrschung, in: Frankfurter Rundschau vom 28. November 1972.
- <sup>228</sup> Vgl. 1956-1976. Mahlers Weg an die Seite der Arbeiterklasse, in: KOMITEE FREIHEIT FÜR HORST MAHLER DER ROTEN HILFE E. V. (Hrsg.): Broschüre des Komitees Freiheit für Horst Mahler, Berlin 1976.
- <sup>229</sup> Vgl. IS-Interview mit Horst Mahler, in: Internationale Solidarität, Nr. 11 (November 1975).
- <sup>230</sup> Gedächtnisprotokoll über eine Besprechung betreffend die politischen Aufgaben des SDS in Berlin, in: HIS-Archiv, SAK 280, 07. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>231</sup> Hier nahmen Mahler und Wrobel vermutlich Bezug auf die von der SED Westberlin vertretene Position, dass ein zur BRD gehöriges Westberlin nach dem 13. August 1961 alleine nicht lange existieren werde können, da der Bau der Mauer die ökonomischen, demographischen und infrastrukturellen Probleme Westberlins akzeliert habe. Die SED Westberlin vermittelte daraufhin die Einschätzung nach Ostberlin, die Bevölkerung Westberlins sei gegenüber einer Entwicklung Westberlins zu einer „Freien Stadt“ aufgeschlossen, vgl. TEICHERT, Olav: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Untersuchung der Steuerung der SEW durch die SED, Kassel 2011, S. 63f.
- <sup>232</sup> Vgl. Gedächtnisprotokoll über eine Besprechung betreffend die politischen Aufgaben des SDS in Berlin, in: HIS-Archiv, SAK 280, 07.
- <sup>233</sup> Brief Horst Mahlers an Heinz Brakemeier vom 17. September 1962, in: APO-Archiv, Ordner Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63. Brief Horst Mahlers an Struck vom 28. November 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>234</sup> Brief Horst Mahlers an Heinz Brakemeier vom 17. September 1962, in: APO-Archiv, Ordner Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>235</sup> MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BStU], S. 10, in: HIS-Archiv, MfS 62/001.

- <sup>236</sup> Wobei der Entschluss zum Beitritt bereits im Spätsommer 1962 gefallen war, vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 376.
- <sup>237</sup> MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BStU], S. 14, in: HIS-Archiv, MfS 62/001.
- <sup>238</sup> Horst Mahler zit. nach: JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 376.
- <sup>239</sup> Unter anderem Herbert Walther, der ehemalige Vorsitzende der Westberliner Jungsozialisten; Siegfried Hille, der schon im Sommer 1962 im Rahmen der *Neuen Linken* aufgetreten war; sowie Otto Köppen, der wie Walter Barthel und Dietrich Staritz ebenfalls für das MfS tätig war, vgl. HERBSTTRITT, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, S. 326. Vgl. zudem: MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BStU], S. 14, in: HIS-Archiv, MfS 62/001.
- <sup>240</sup> Vgl. Brief Horst Mahlers an Struck vom 28. November 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>241</sup> Neben Walter und Mahler waren dies: Randolf Lochmann, Wolfgang Zachle, Hermann Schmidt und Klaus Wrobel (der sein Vorstandsmandat allerdings bereits zum Jahresbeginn 1963 wieder niederlegte). Einzig das Ehepaar Egon und Irmgard Karolczak vertraten noch die ‚alte‘ VUS Berlin im neuen Vorstand, vgl. Mitteilung nach dem Vereinsgesetz vom 13. Februar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>242</sup> Mahler, Horst: Zur Berlinfrage [Herbst 1962], in: HIS-Archiv, SAK 280, 07. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>243</sup> Mahler, Horst: Forderungen der Neuen Linken zur Berlinpolitik [Herbst 1962], in: HIS-Archiv, SAK 280, 07. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>244</sup> Das Wahlergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom März 1963 dokumentiert die pro-US-amerikanische Haltung der Westberliner Bevölkerung eindrucksvoll: Die SED Westberlin erhielt lediglich 1,4% der Stimmen (was nochmals einen Verlust im Vergleich zu den Wahlen von 1958 bedeutete), während die prowestlichen und pro-US-amerikanischen Parteien CDU, SPD und FDP zusammen über 98% der Stimmen auf sich vereinen konnten.
- <sup>245</sup> Vgl. TEICHERT: SEW, S. 74f.
- <sup>246</sup> Vgl. Mahler, Horst: Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Arbeiter u[nd] Studenten (SAS), in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.
- <sup>247</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an Heinz Kanneberg vom 1. August 1961, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.
- <sup>248</sup> Eine Möglichkeit, sowohl die „sozialistischen Kräfte“ außerhalb der SPD zu sammeln als auch linke Sozialdemokraten für die eigenen Positionen zu interessieren, waren Vortragsveranstaltungen, die von der VUS Westberlin in Zusammenarbeit mit der SBG angeboten wurden. In diesem Rahmen referierte unter anderem Mahler beispielweise am 11. November 1962 in Form eines Forumsgesprächs mit dem Metathema *Gibt es noch ein Proletariat?* zum *Begriff der Klasse und der Ausbeutung*. Von Herbert Walther wurde *Über die Verschleierungsversuche der SPD* gesprochen, vgl. [Veranstaltungsankündigung:] Sozialistische BildungsgemeinschaftBild in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten in Berlin (VUS), in: HIS-Archiv, SAK 280, 07.
- <sup>249</sup> Vgl. Handschriftlicher Initiativantrag zu „Ost-Kontakte“ und Delegiertenunterlagen, in: APO-Archiv, Karton Sammlung Urs Müller-Plantenberg.
- <sup>250</sup> Zit. nach: LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 52.
- <sup>251</sup> Vgl. Beschlussprotokoll der ordentlichen 17. DK des SDS, zit. nach: LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 54.

- <sup>252</sup> Vgl. Handschriftlicher Initiativantrag zu „Ost-Kontakte“ und Delegiertenunterlagen, in: APO-Archiv, Karton Sammlung Urs Müller-Plantenberg. Folgendes Zitat ebd.
- <sup>253</sup> Handschriftlicher Initiativantrag zu „Ost-Kontakte“ und Delegiertenunterlagen, in: APO-Archiv, Karton Sammlung Urs Müller-Plantenberg. Vgl. HEIMANN, Siegfried: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: STÖSS (Hrsg.): Parteienhandbuch, S. 2116. In der VUS arbeiteten Mitglieder der illegalen KPD mit, die unter anderem den finanziellen Spielraum der VUS erweiterten. Eine direkte Zusammenarbeit mit der illegalen KPD bzw. der SED fand jedoch nicht statt.
- <sup>254</sup> Aktenvermerk IM Erich vom 6. Oktober 1962 [Kopie aus BStU], in: HIS-Archiv, MfS 62/001. Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 54-56.
- <sup>255</sup> Vgl. ebd., S. 55.
- <sup>256</sup> Vgl. hierzu: OTTO, Karl A.: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der ausserparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70, Frankfurt am Main 1977, S. 130-136.
- <sup>257</sup> Zur Ostermarschbewegung vgl. BUTTERWEGGE, Christoph; DRESSEL, Jochen; TEGELER, Volker; VOIGT, Ulla (Hrsg.): 30 Jahre Ostermarsch. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland und ein Stück Bremer Stadtgeschichte, Bremen 1990.
- <sup>258</sup> Vgl. Delegiertenunterlagen XIV. Delegiertenkonferenz des SDS, in: APO-Archiv, Ordner Sammlung Heinz Brakemeier, 1963, SBund. Vgl. auch: Anschriftenliste Wintersemester 1962/63, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I Teil I. Helmut Schauer (1937-2003), später SDS-Bundesvorsitzender (1964-66). Der politische Beirat des SDS entsprach in seiner Funktion einem Bundesvorstand.
- <sup>259</sup> Vgl. Anschriftenliste Wintersemester 1962/63, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I Teil I.
- <sup>260</sup> Einladung ordentliche Landesvollversammlung 1962 SDS Westberlin, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>261</sup> Rundschreiben Nr. XI – 1961/62 SDS Westberlin vom 13. November 1962, in: APO-Archiv, SDS „Kränzchen“ 61/62, Landesverband Berlin.
- <sup>262</sup> Ebd.
- <sup>263</sup> Aktenvermerk IM Erich vom 30. November 1962 [Kopie aus BStU], in: HIS-Archiv, MfS 62/001.
- <sup>264</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. 1 vom 23. November 1962, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I Teil I. Vgl. Mahler, Horst: Anmerkungen zur theoretischen Auseinandersetzung im SDS im Herbst 1962, in: HIS-Archiv, SAK 280, 07. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>265</sup> Vgl. Mahler, Horst: Wo stehen wir? – Was ist die „Neue Linke“ [Winter 1962], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS 1960-1963.
- <sup>266</sup> Mahler, Horst: Nachwort an den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) [Winter 1962], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS 1960-1963. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>267</sup> Brief Horst Mahler an Albert Berg vom 23. Februar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>268</sup> Vgl. Bericht über die Arbeit des SDS im Wintersemester 1962/63, in: APO-Archiv, Urs Müller-Plantenberg, SDS Januar 1959-Dezember 1963, I Teil I.
- <sup>269</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/STAADT/RABEHL: SDS, S. 56.
- <sup>270</sup> Satzung des Sozialistischen Bundes, zit. nach: ebd., S. 56. Diese Zeile war auch stets auf den offiziellen Dokumenten des SBs angegeben, vgl. beispielweise Rundbrief des Sozialistischen Bundes vom 19. Dezember 1962, in: HIS-Archiv, SAK 700, 06, 4. Box.
- <sup>271</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/STAADT/RABEHL: SDS, S. 57.

272 Vgl. ebd.

273 Vgl. Brief Horst Mahler an Heinz Brakemeier vom 17. September 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63.

274 Unter anderem vertreten durch Wolfgang Abendroth, Heinz Brakemeier und Heinz-Joachim Heydorn, vgl. LÖNNENDONKER/STAADT/RABEHL: SDS, S. 60.

275 Brief Horst Mahler an Heinz Brakemeier vom 17. September 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63.

276 Ebd.

277 Ebd.

278 Vgl. FICHTER, Tilman: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988, S. 346f.

279 Vgl. Brief Heinz Brakemeier an Horst Mahler vom 25. November 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63.

280 Ebd.

281 Ebd.

282 Vgl. Brief Horst Mahlers an Struck vom 28. November 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

283 Ebd.

284 Vgl. Brief Horst Mahler an Heinz Brakemeier vom 1. November 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63.

285 Protokoll der Bundesausschuß-Sitzung des SB vom 13. Januar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63. Alle folgenden Zitate ebd.

286 Das Mitglied hieß Kuhr.

287 Vgl. Brief Heinz Brakemeier an Horst Mahler und Klaus Wrobel vom 7. März 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Heinz Brakemeier, SBund 1962-63.

288 Vgl. Brief Heinz Brakemeier an Horst Mahler und Klaus Wrobel vom 27. April 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Ein am 14. März 1963 stattgefundenes Telefongespräch zwischen Horst Mahler und Heinz Brakemeier wurde vom geschäftsführenden SB-Vorstand als „Austrittserklärung aus dem SB betrachtet.“

289 Mahler, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland (1962), in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.

290 Vgl. ebd., S. 1.

291 Vgl. ebd., S. 2.

292 Vgl. ebd., S. 3.

293 Vgl. ebd., S. 4.

294 Vgl. ebd., S. 5.

295 Vgl. ebd., S. 6.

296 Vgl. ebd., S. 7.

297 Vgl. ebd., S. 8.

298 Vgl. ebd., S. 9.

299 Vgl. ebd., S. 10.

300 Vgl. ebd., S. 11.

301 Vgl. ebd., S. 12.

<sup>302</sup> Ebd., S. 14.

<sup>303</sup> Ebd., S. 14f.

<sup>304</sup> Vgl. ebd., S. 16.

<sup>305</sup> Vgl. ebd., S. 18f.

<sup>306</sup> Vgl. ebd., S. 20.

<sup>307</sup> Vgl. RASCHKE: Innerparteiliche Opposition, S. 369. Der Kreisvorstand der SPD Charlottenburg – zu diesem Zeitpunkt schon fest in der Hand der SPD-Linken um Ristock – willigte in einen Wiedereintritt Mahlers zwar ein, der Landesverband lehnte Mahler jedoch mit dem Hinweis ab, nur er könne über eine Wiederaufnahme entscheiden.

<sup>308</sup> Vgl. Brief Horst Mahlers an Gunter vom 9. Januar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>309</sup> Vgl. Protokoll einer Diskussionsrunde mit Wolfgang Zaehle, Walter Barthel, Klaus Wrobel, Herbert Walter, Hermann Schmidt und Horst Mahler, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>310</sup> Walter Barthel (1931-2003), Journalist, SDS, Mitbegründer der Novembergesellschaft und des *Republikanischen Clubs*, Redakteur unter anderem beim *Berliner Extra-Dienst*; Mitarbeiter des MfS und des Verfassungsschutzes. Später Mitbegründer der *Demokratischen Sozialisten* (DS).

<sup>311</sup> Vgl. Protokoll einer Diskussionsrunde mit Wolfgang Zaehle, Walter Barthel, Klaus Wrobel, Herbert Walter, Hermann Schmidt und Horst Mahler, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>312</sup> Wie wenig die Versuche erfolgreich waren, sich trotz weitgehend ähnlicher Inhalte von der SED abzugrenzen, um von der Westberliner Bevölkerung nicht mit dieser identifiziert zu werden, zeigte die umfangreiche Schmähpост, die die VUS zwischen 1961 und 1963 erhielt („Ihr getarnten SED Strolche könnt Berliner nicht täuschen!“), in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler VUS, SDS 1960-1963

<sup>313</sup> Protokoll einer Diskussionsrunde mit Wolfgang Zaehle, Walter Barthel, Klaus Wrobel, Herbert Walter, Hermann Schmidt und Horst Mahler, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>314</sup> Einladung der VUS Westberlin vom 27. Dezember 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Das ehemalige SPD-Mitglied Gerhard Gleissberg war einer der Gründer der VUS, Mitglied in deren Zentralkomitee, der DFU sowie Herausgeber der *Anderen Zeitung* (AZ). Die AZ (1955-1969) war eine „nonkonformistische“, sozialistische Zeitung in Westdeutschland, vgl. Jünke, Christoph: Die Andere Zeitung 1955 bis 1969, in: Sozialistische Zeitung (SoZ) vom 31. Mai 2005.

<sup>315</sup> Vgl. [Mahler, Horst:] Merktzettel für die VUS-Vorstandssitzung am 2. Januar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963

<sup>316</sup> Vgl. ebd.

<sup>317</sup> Vgl. Einladung Mitgliederversammlung VUS Westberlin vom 18. Januar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>318</sup> Zur Berliner Friedens-Partei vgl. SCHÖNFELDT, Ralf: Deutsche Friedens-Union, in: STÖSS (Hrsg.): Parteienhandbuch, S. 848-876, hier: S. 867f.

<sup>319</sup> Vgl. Entwurf eines Programms für die Berliner Friedens Partei vom 25. Juli 1962, in: HIS-Archiv, SAK 280, 07.

<sup>320</sup> Ebd. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1963 trat die Partei dann aber doch nicht an.

<sup>321</sup> Ebd.

- <sup>322</sup> Mahler hatte wiederholt eine Verständigung mit der DDR und der UdSSR, sowie einen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD zu einer Bedingung für eine Wiedervereinigung gemacht. Gerade hier sah Mahler die spezifische Aufgabe der sozialistischen Linken in der BRD und Westberlin: Diese könne glaubwürdig sowohl einen Ausgleich mit der UdSSR fordern als auch den für die Wiedervereinigung nötigen gesellschaftlichen Wandel in der BRD herbeiführen.
- <sup>323</sup> [Mahler, Horst:] Anregungen zum Entwurf eines Programms der Berliner Friedenspartei, in: HIS-Archiv, SAK 280, 07. Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. beispielweise die Textstellen: „Die von den verantwortlichen Politikern der Oligopol-Partei – CDU-SPD-FDP – befürwortete Politik der Stärke hat entgegen den Versprechungen nicht zur deutschen Wiedervereinigung, sondern zur vollständigen Teilung Deutschlands geführt.“ (Mahler) und „Die von den Politikern der drei verantwortlichen deutschen Parteien – CDU, SPD, FDP – befolgte ‚Politik der militärischen Stärke‘ hat uns nicht die versprochene Wiedervereinigung gebracht.“ (Programmtext).
- <sup>324</sup> Vgl. Gedächtnisprotokoll über eine Besprechung betreffend die politischen Aufgaben des SDS in Berlin, in: HIS-Archiv, SAK 280, 07.
- <sup>325</sup> Vgl. Brief von Irmgard Buchholz an die Mitglieder der VUS Westberlin vom 31. Januar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>326</sup> Ebd.
- <sup>327</sup> Brief Horst Mahler an Gerhard Gleissberg vom 15. Januar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>328</sup> Beispielweise in einem Brief Horst Mahlers an N. N. vom 9. Januar 1963, dem ein Manuskript der *Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland* beilag, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>329</sup> Zu Willy Kressmann vgl. BREUNING, Werner; HERBST, Andreas: Biographisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946-1963, Berlin 2011, S. 154.
- <sup>330</sup> Vgl. Mauer-Fehde, in: Der Spiegel, Nr. 30 (1962) vom 27. Mai 1962.
- <sup>331</sup> Kressmann verhandelte in den USA eigens mit dem künftigen Bonner US-Botschafter Foy D. Kohler über eine Perspektiven einer möglichen Wiedervereinigung, vgl. Mauer-Fehde, in: Der Spiegel, Nr. 30 (1962) vom 27. Mai 1962. Vgl. weiter: Der Fall Willy Kressmann, in: Die Zeit, Nr. 49 (1962) vom 7. Dezember 1962. Und: Ärger mit Bürgermeister Kressmann, in: Die Zeit, Nr. 29 (1962) vom 20. Juli 1962. Vgl. SCHMIDT: Kalter Krieg, S. 447.
- <sup>332</sup> Mahler, Horst: Offener Brief an Willy Kressmann vom 26. November 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>333</sup> Über etwaige Kontaktaufnahmen Kressmanns zur VUS Westberlin ist nichts bekannt. Kressmann trat 1963 aus der SPD aus.
- <sup>334</sup> Als prominente SPD-Linke wurden namentlich Werner Stein, Josef Grunner, Harry Ristock, Erwin Beck und Günter Spruch genannt.
- <sup>335</sup> Vgl. Brief Herbert Walters an die Mitglieder der VUS Westberlin vom 31. Januar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>336</sup> Vgl. Flugblatt VUS Westberlin Brief an einen Genossen, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Die Zeitung *Das Berliner Wort* war eine seit 1961 im Umfeld der Berliner FDP erscheinende „Zeitung für freiheitliche Politik, Kultur und Wirtschaft“, seit 1961 herausgegeben von der *Berliner Wort Verlag GmbH*, die sich später in *Berliner Liberale Zeitung* umbenennen sollte, vgl. HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN (Hrsg.): Berlin-Bibliographie, Bd. 43, Berlin 1973, S. 214.
- <sup>337</sup> Brief Horst Mahler an Albert Berg vom 23. Februar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>338</sup> Ebd.

<sup>339</sup> Vgl. ebd.

<sup>340</sup> Vgl. [Mahler, Horst u. a.] Erklärung der Berliner VUS, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Alle folgenden Zitate aus ebd.

<sup>341</sup> „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“, in: INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): MEW, Bd. 19, Berlin 1966, S. 165.

<sup>342</sup> Vgl. „Rückbesinnung auf die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus, auf den Geist von Marx, Engels und August Bebel.“, zit. nach: Was ist die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten?, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>343</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an Albert Berg vom 23. Februar 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Ristock war Landesvorsitzender der SJD Berlin von 1954 bis 1963.

<sup>344</sup> [Mahler, Horst u. a.] Aufruf: An die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Auf Druck der SPD machten die SJD-Bezirksverbände Württemberg und Rheinland-Pfalz ihre Beschlüsse wieder rückgängig. Der Streit um die Beteiligung der SJD an der Ostermarschbewegung wurde noch Jahre später weitergeführt, unter anderem diskutierten die teilnehmenden Verbandsteile eine Spaltung der SJD. Vgl. OTTO: Ostermarsch, S. 216.

<sup>345</sup> [Mahler, Horst u. a.] Aufruf: An die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>346</sup> Vgl. [Mahler, Horst:] Arbeitsprogramm der VUS für Juni 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>347</sup> Vgl. Rundbrief Falkengruppe Spartacus vom 1. November 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Vgl. ebenso: [Mahler, Horst:] Arbeitsprogramm der VUS für Juni 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>348</sup> Vgl. Brief des stellvertretenden Kreisvorsitzenden der SJD Charlottenburg an Horst Mahler vom 5. Juni 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>349</sup> Protokoll über die Mitgliederversammlung der VUS Westberlin vom 27. Juni 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>350</sup> Vgl. Auch gestern blieb Mahler nur Randfigur, in: Der Abend vom 19. Oktober 1972. Vgl. Kapitel IV.

<sup>351</sup> Vgl. Einladung Zirkelarbeit Einführung in den Marxismus vom 24. Juli 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>352</sup> Vgl. [Mahler, Horst:] Arbeitsprogramm der VUS für Juni 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>353</sup> [Mahler, Horst:] Grundlagen für die Diskussion mit dem SDS, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>354</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 60.

<sup>355</sup> Mahler zit. nach: Protokoll der Vorstandssitzung der VUS Westberlin vom 5. August 1963, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963. Insbesondere waren die Übertritte aus der SPD in die VUS weit unter den Erwartungen Mahlers geblieben, vgl. [Mahler, Horst: Konzept für eine Veranstaltung zum 9. November 1963], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>356</sup> Die VUS Westberlin plante für den 9. November 1963, dem 45. Jahrestag der Novemberrevolution 1918, eine stadtweite Konferenz, auf der diese ihr politisches Programm mit der Westberliner SPD-Linken öffentlich diskutieren wollte. Mahler forderte: „Der 9. November muß zu einem Begriff in den Reihen der Sozialdemokratie in Berlin werden.“ Mahler plante die Einladung der gesamten linken SPD-

Prominenz von Berlin, unter anderem standen auf Mahlers Liste: Harry Ristock, Lothar Pinkall, Manfred Rexin, Alfred Gleitze, Wolfgang Büsch, Joachim Bischoff, Johannes Agnoli, Peter Furth, Hubertus Hüppauf, Wolfgang Fritz Haug, Otto Stammer. Auch hier konnte nicht im Ansatz – wie von Mahler konzipiert – von außen in die SPD-Linke eingewirkt werden, so dass die Konferenz schließlich nicht stattfand. Dass es sich beim 9. November 1963 ebenso um den 25. Jahrestag der Reichskristallnacht handelte, wurde in der VUS-internen Diskussion nicht thematisiert.

<sup>357</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03.

<sup>358</sup> Vgl. zur Biographie Lenins: SERVICE, Robert: Lenin. Eine Biographie, München 2000. Vgl. WEBER, Hermann: Lenin, Reinbek bei Hamburg 2008. Zum leninistischen Weltbild vgl. unter anderem HAURY: Antisemitismus von links, S. 210-252.

<sup>359</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 231f.

<sup>360</sup> HAURY: Antisemitismus von links, S. 231. Vgl. hierzu Mahler: „Die Überzeugung, daß wir unbeirrbar für eine freiere und menschenwürdigere Gesellschaft eintreten, macht uns über jeden Zweifel an unserer demokratischen und humanen Gesinnung erhaben. Aus dieser Überzeugung werden wir die Kraft zur Lösung unserer Aufgaben ziehen.“, zit. nach: Mahler, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland (1962), S. 20, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.

<sup>361</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 240.

<sup>362</sup> Vgl. unter anderem: Mahler, Horst: Einige Gedanken zur Neuen Linken [März 1962], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962. Vgl. Mahler, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland (1962), S. 20, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.

<sup>363</sup> Vgl. Mahler, Horst: Einige Gedanken zur Neuen Linken [März 1962], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.

<sup>364</sup> Vgl. Mahler, Horst: Einige Bemerkungen zur Neuen Linken vom 6. Mai 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.

<sup>365</sup> Zit. nach: HAURY: Antisemitismus von links, S. 240.

<sup>366</sup> HAURY: Antisemitismus von links, S. 241f.

<sup>367</sup> Vgl. ebd., S. 244: „Von Beginn seiner politischen Laufbahn an bekämpfte Lenin mit heftigster Polemik alle von seiner Politik abweichenden Konzepte, selbst auf die Gefahr hin, zum Führer einer isolierten Splittergruppe zu werden.“

<sup>368</sup> Vgl. Mahler, Horst: Einige Bemerkungen zur Neuen Linken vom 6. Mai 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962.

<sup>369</sup> Brief Horst Mahler an die Mitglieder der Abteilung 2 des KV Charlottenburg vom 11. März 1962, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000024, SPD Charlottenburg.

<sup>370</sup> Vgl. Mahler, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland (1962), in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.

<sup>371</sup> Vgl. ebd.

<sup>372</sup> [Mahler, Horst u. a.]: Aufruf: An die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.

<sup>373</sup> Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 77-98, hier: S. 79.

<sup>374</sup> Vgl. ebd.

<sup>375</sup> Vgl. zur Anschlussfähigkeit eines leninistischen Weltbildes an antisemitisches Denken: HAURY: Antisemitismus von links, S. 210-252.

- <sup>376</sup> Dies gilt selbstredend nicht nur für Mahlers Weltbild, sondern für alle sich auf das Weltbild des Marxismus-Leninismus berufenden Gruppen und Personen, wobei sich daraus keine deterministische Entwicklung ableiten lässt. Vgl. hierzu: HAURY: Antisemitismus von links, S. 11-23. Vgl. KISTENMACHER, Olaf: Zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antizionismus. Die Nahost-Berichterstattung der der KPD, „Die Rote Fahne“, während der Weimarer Republik, in: NAGEL, Michael; ZIMMERMANN, Moshe (Hrsg.): Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte, Bd. 2, Bremen 2013, S. 591-608.
- <sup>377</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 231.
- <sup>378</sup> [Mahler, Horst u. a.] Aufruf: An die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>379</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 231.
- <sup>380</sup> Vgl. ebd. Auch findet sich bei Lenin eine Beschreibung des Proletariats als von „Natur nach sozialistisch“, zit. nach: ebd.
- <sup>381</sup> Vgl. ebd.
- <sup>382</sup> Vgl. Rede von Horst Mahler [zwischen Dez. 1960 und August 1961], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.
- <sup>383</sup> Vgl. Mahler, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland (1962), S. 1, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.
- <sup>384</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 106-108, 203f und 233.
- <sup>385</sup> Zit. nach: ebd., S. 233f. Den verschwörungstheoretischen Charakter des Marxismus-Leninismus betont unter anderem auch: KOENEN, Gerd: Marxismus-Leninismus als universelle Verschwörungstheorie, in: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, Nr. 2 (1999), S. 127-132.
- <sup>386</sup> Vgl. Mahler, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland (1962), in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.
- <sup>387</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 233f.
- <sup>388</sup> Brief Horst Mahler an die Mitglieder der Abteilung 2 des KV Charlottenburg vom 11. März 1962, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000024, SPD Charlottenburg.
- <sup>389</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 235.
- <sup>390</sup> Vgl. unter anderem: Rede von Horst Mahler [zwischen Dez. 1960 und August 1961], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962; Mahler, Horst: Einige Bemerkungen zur Neuen Linken vom 6. Mai 1962, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG, 1960-1962. Mahler, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland (1962), S. 1, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09. [Mahler, Horst u. a.] Aufruf: An die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, VUS, SDS, 1960-1963.
- <sup>391</sup> Mahler zit. nach: Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: Die Zeit, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.
- <sup>392</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an die Mitglieder der Abteilung 2 des KV Charlottenburg vom 11. März 1962, in: AdsD, Abt. III, SPD KV Charlottenburg, 3/BEAC000024, SPD Charlottenburg.
- <sup>393</sup> Vgl. Mahler, Horst: Die gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik [unveröffentlichtes Korrekturmanuskript vom 1. April 1962], S. 1, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.
- <sup>394</sup> Vgl. unter anderem: Mahler, Horst: Die gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik [unveröffentlichtes Korrekturmanuskript vom 1. April 1962], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.

- <sup>395</sup> Georgi Dimitrow (1882-1949), Mitglied der Bulgarischen Kommunistischen Partei, 1935-1943 Vorsitzender der Kommunistischen Internationale, 1946-1949 Ministerpräsident Bulgariens. Zur Dimitrow-Formel vgl. TIMMERMANN, Barbara: Die Faschismus-Diskussion in der Kommunistischen Internationale (1920-1935), Köln 1977.
- <sup>396</sup> Zur schuldabwehrenden Dimension der Kollektivschuld-These vgl. Einleitung.
- <sup>397</sup> Mahler, Horst: Die gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik [unveröffentlichtes Korrekturmanuskript vom 1. April 1962], S. 3, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.
- <sup>398</sup> Vgl. HAHN: Tägliche Faschismus-Vergleiche, in: DERS. (Hrsg.): Nichts gegen Amerika, S. 33.
- <sup>399</sup> Zu den Strukturelementen einer antiamerikanischen Weltsicht vgl. Einleitung.
- <sup>400</sup> Vgl. unter anderem: Rede von Horst Mahler [zwischen Dez. 1960 und August 1961], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962. Mahler, Horst: Die gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik [unveröffentlichtes Korrekturmanuskript vom 1. April 1962], S. 3, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.
- <sup>401</sup> Vgl. unter anderem: Rede von Horst Mahler [zwischen Dez. 1960 und August 1961], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962; Mahler, Horst: Die gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik [unveröffentlichtes Korrekturmanuskript vom 1. April 1962], S. 3, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.
- <sup>402</sup> Ebd., S. 7.
- <sup>403</sup> Vgl. MfS-Auskunftsbericht der HA XX/6 vom 9. Oktober 1964 [Kopie aus BStU], in: HIS-Archiv, MfS 62/001.
- <sup>404</sup> Vgl. ebd., S. 2. Zudem war Mahler Mitglied im *Ständigen Arbeitsausschuss für Frieden, nationale und internationale Verständigung*, einer Vorfelddorganisation der SED Westberlin, vgl. TEICHERT: SEW, S. 292f.
- <sup>405</sup> Ein frühes Beispiel für die schuldabwehrende Funktion der Verwendung der Dimitrow'schen Faschismusdefinition findet sich in: ULBRICHT, Walter: Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus‘, Berlin 1946, insbesondere S. 11-27.
- <sup>406</sup> Zit. nach: HAURY: Antisemitismus von links, S. 375.
- <sup>407</sup> Zwar hatte es in der SBZ und der DDR eine umfassendere Entnazifizierung als in der BRD gegeben. Durch deren Ende 1952 und der Instrumentalisierung des Antifaschismus als Staatsdoktrin wurde jedoch eine „Schlussstrichmentalität“ gefördert, die eine breite und umfassende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beendete, als diese noch in den Anfängen lag. Gleichzeitig inszenierte sich die DDR seit den 1950er als antifaschistisches, „besseres“ Deutschland. Zur Erinnerungspolitik in der SBZ und DDR vgl.: DANYEL, Jürgen: Der vergangenheitspolitische Diskurs in der SBZ/DDR 1945-1989, in: CORNELIBEN, Christoph (Hrsg.): Krieg – Diktatur – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005, S. 191. Sowie: DANYEL, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: DANYAL, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 31-46.
- <sup>408</sup> Zit. nach: HAURY: Antisemitismus von links, S. 378.
- <sup>409</sup> Vgl. ebd., S. 379.

### Anmerkungen Kapitel III

- <sup>1</sup> Brief Horst Mahlers an Gustav Heinemann vom 26. Januar 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 1.
- <sup>2</sup> Dietrich Scheid betrieb zusammen mit Klaus Goldammer eine Anwaltskanzlei am Witzlebenplatz 4, vgl. Brief Dietrich Scheid an Dr. Richard Hengstler vom 27. Mai 1963, in: IfZ-Archiv, ED 381/7. Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03. Vgl. auch: Die schärfsten Sicherungen der Berliner Justizgeschichte, in: Tagesspiegel vom 7. Oktober 1972.
- <sup>3</sup> Vgl. ebd. Vgl. auch: JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 377.
- <sup>4</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an Karl-Heinz Wemhoff vom 20. Januar 1965, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler 3.
- <sup>5</sup> Vgl. Ohne einen Pfennig. Phantastische Geschichten zum Thyssen-Bank-Prozess, in: Die Zeit, Nr. 16 (1965) vom 16. April 1965.
- <sup>6</sup> Vgl. ebd.
- <sup>7</sup> Vgl. SCHINDLER: Kommanditisten, S. 151. Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 377. Vgl. U-Haft: Schnell erschöpft, in: Der Spiegel, Nr. 47 (1966) vom 14. November 1966. Mahler legte mehrmals beim EGMR Beschwerden ein: Neben Wemhoff und Jentzsch auch im Falle des wegen Einbruchdiebstahls, gefährlicher Körperverletzung und Vergewaltigung verurteilten Westberliner Kriminellen Armin Pörschke, der seit Februar 1963 in Untersuchungshaft inhaftiert war. Mahler berief sich in der Beschwerde auf eine „unangemessen lange Untersuchungshaft“ und hatte im Februar 1966 Erfolg: Nach Verhandlungen mit der Bundesregierung konnte Pörschke im Dezember 1966 aus der Haft entlassen werden. Mahler betonte, dass er den Fall nicht aus „persönlichem Interesse“ übernommen habe, sondern „weil es [ihm] ums Prinzip ging“: In: Die Menschenrechtskommission half, in: FAZ vom 19. Dezember 1966.
- <sup>8</sup> Vgl. SCHINDLER: Kommanditisten, S. 150.
- <sup>9</sup> Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 377.
- <sup>10</sup> Vgl. Flucht vor dem Finanzamt, in: Der Spiegel, Nr. 49 (1965) vom 1. Dezember 1965.
- <sup>11</sup> Vgl. SCHINDLER: Kommanditisten, S. 101.
- <sup>12</sup> Ebd.
- <sup>13</sup> Vgl. Goldene Klinken, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1966) vom 5. Dezember 1966.
- <sup>14</sup> Vgl. ebd.
- <sup>15</sup> SCHINDLER: Kommanditisten, S. 117. Vgl. Goldene Klinken, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1966) vom 5. Dezember 1966.
- <sup>16</sup> Vgl. SCHINDLER: Kommanditisten, S. 117.
- <sup>17</sup> Ebd., S. 151.
- <sup>18</sup> Ebd., S. 155.
- <sup>19</sup> Ebd.
- <sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 156 und 158.
- <sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 193. Die nachlassende Intensität von Mahlers anwaltlicher Arbeit hing vermutlich vor allem mit seinen 1966 wieder aufgenommenen politischen Aktivitäten zusammen.
- <sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 210f.
- <sup>23</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd., S. 211f.
- <sup>24</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd., S. 212f.
- <sup>25</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd., S. 213.

<sup>26</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd., S. 213f.

<sup>27</sup> Mahler, Horst: Redemanuskript für 1. Mai-Rede 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.

<sup>28</sup> Vgl. Die abenteuerliche Karriere des Bürgerschrecks, in: Badische Zeitung vom 11. Juni 1971.

<sup>29</sup> Vgl. Stück im Schrank, in: Der Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968. Dort ist von einem burgunderroten Anzug Mahlers die Rede, mit dessen Hilfe er aus den durch seine anwaltliche Tätigkeit entstandenen gesellschaftlichen Zwängen habe „ausbrechen“ wollen. Auch sein violetter BMW sowie die ausladenden Feiern mit den westdeutschen Kommanditisten im Westberliner Kempinski-Hotel glichen mehr dem Bild eines leicht exzentrischen, urbanen Hedonisten als dem eines bürgerlich-arrivierten Rechtsanwaltes.

<sup>30</sup> SCHINDLER: Kommanditisten, S. 203.

<sup>31</sup> Ebd., S. 203.

<sup>32</sup> Das von Mahler vertretende FDJ-Mitglied war zusammen mit anderen von der Hannoveraner Polizei verprügelt worden. Die Polizisten hatten sich untereinander mit Meineiden gedeckt, was Mahler jedoch aufdecken konnte. Vgl. ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Freiheit für Horst Mahler, Westberlin 1975, S. 11. Zur Vertretung des SDS vgl. Antrag auf Strafanzeige gegen Berliner Morgenpost vom 4. März 1965, in: HIS-Archiv, SAK 300, 82.

<sup>33</sup> Etwa 20 Jahre später erinnerte sich Mahler folgendermaßen an seine erste Begegnung mit Dutschke: „Rudi Dutschke war für mich noch gar kein Begriff, das schon zu einer Zeit, als er im Berliner SDS zu einer bestimmenden Figur geworden war. Da rief mich jemand an mit dieser merkwürdigen Stimme, ob ich die Verteidigung eines peruanischen Studenten übernehmen würde. Es handelte sich damals um Salomon Espinoza Quiros. Der hatte zu tun mit den Berliner Ausländerbehörden, sollte ausgewiesen werden, weil er sich geweigert hatte, mit dem amerikanischen CIA gegen die eigenen Landsleute, die hier in Berlin studierten, zusammenzuarbeiten. Ich übernahm die Sache, das war mein erster Kontakt mit Rudi. Er kam dann auf Grund dieses Telefongesprächs mit seiner berühmten abgewetzten Aktentasche und machte zunächst einen merkwürdigen Eindruck auf mich. Dieser ‚New Look‘ war damals noch nicht üblich, er kam gerade erst auf, als Teil der Bewegung. Für Espinoza endete die Auseinandersetzung damit, dass die Angelegenheit für die Behörden so peinlich wurde, dass er seine Aufenthaltserlaubnis bekam und Albertz, damals Innensenator, schließlich öffentlich erklärte: Er sei der erste, der für diesen jungen Studenten Espinoza spende, damit er hier in Westberlin unangefochten sein Studium weiterführen könne.“ In: CHAUSSY, Ulrich: Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Darmstadt 1983, S. 102. 2010 ergänzte Mahler: „Ich bekam einen Anruf und da war eine merkwürdige Stimme [...]. Ich kannte Rudi ja noch nicht. Er sagte: ‚Du bist doch Mitglied im SDS. Wir haben einen südamerikanischen Studenten. Der soll ausgewiesen werden, weil er sich weigert, seine Landsleute an der Universität für die CIA zu bespitzeln. Übernimmst du den Fall?‘ Da habe ich gesagt: ‚Ja‘. Das war der Punkt – ich habe die Stimme noch im Ohr –, an dem sich mein Leben entschieden veränderte. Ich habe deren Sachen mit Herzblut vertreten und so bin ich ein Teil von ihnen geworden.“ In: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 34.

<sup>34</sup> Vgl. CHAUSSY: Rudi Dutschke, S. 101.

<sup>35</sup> Vgl. Ein verdächtiger Peruaner, in: Die Zeit, Nr. 33 (1965) vom 13. August 1965. Vgl. CHAUSSY: Rudi Dutschke, S. 101.

<sup>36</sup> Vgl. ebd.

<sup>37</sup> Ebd., S. 103. Vgl. Ein verdächtiger Peruaner, in: Die Zeit, Nr. 33 (1965) vom 13. August 1965.

<sup>38</sup> Vgl. Seit fünf Jahren in Untersuchungshaft, in: FAZ vom 9. September 1966. Vgl. Urteile im „Gusen-Prozess“, in: FAZ vom 30. Oktober 1968.

<sup>39</sup> Horst Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 115. Auch wies Mahler 2001 auf die Gespräche hin, die er seinerzeit mit Jentsch geführt hatte und die von der Frage nach dessen individu-

eller Schuld geprägt gewesen seien. Jentzsch habe Mahler hierbei „nachvollziehbar den Prozess der Verrohung“ während dessen Zeit als KZ-Aufseher und Mitglied der Waffen-SS beschrieben. Jentzsch habe in Haft „das Gewissen“ geplagt und er habe begreifen wollen, wie er sich „mit den Mördern gemein“ machen habe können. Horst Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 116.

<sup>40</sup> Im Juli 1961 übernahm Rechtsanwalt Friedrich Lange die Verteidigung von Heinz Jentzsch. Der Rechtsanwalt von Karl Chmielewski war Richard Hengstler, vgl. Brief Dr. Friedrich Lange an Dr. Richard Hengstler vom 5. Juli 1961, in: IfZ-Archiv, ED 381/7. Vgl. Brief Richard Hengstler an Friedrich Lange vom 17. Juli 1961, in: IfZ-Archiv, ED 381/7.

<sup>41</sup> Vgl. Beschwerde Friedrich Lange in der Ermittlungssache Heinz Jentzsch vom 5. Dezember 1962, in: IfZ-Archiv, ED 381/7.

<sup>42</sup> Vgl. Brief Dietrich Scheid an Richard Hengstler vom 27. Mai 1963, in: IfZ-Archiv, ED 381/7.

<sup>43</sup> Brief Dietrich Scheid an Richard Hengstler [1965], in: IfZ-Archiv, ED 381/7. Scheid monierte im gesamten, insgesamt elfseitigen Schriftsatz den vermeintlich harten Umgang mit NS-Verbrechern nach 1945.

<sup>44</sup> Zit. nach: Urteile im „Gusen-Prozeß“, in: FAZ vom 30. Oktober 1968.

<sup>45</sup> Vgl. Brief H. Mundorf I. an Richard Hengstler vom 7. Dezember 1968, in: IfZ-Archiv, ED 381/7. Jentzsch hatte am Tag vor der Urteilsverkündung einen Suizidversuch unternommen, vgl. Einmal lebenslänglich im Gusen-Prozeß, in: Die Welt, Nr. 254 (1968) vom 30. Oktober 1968.

<sup>46</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Die Angemessenheit der Untersuchungshaftdauer nach der Menschenrechtskonvention, in: NJW 22 (1969), Nr. 9, S. 353-355.

<sup>47</sup> Mahler zit. Nach: Seit fünf Jahren in Untersuchungshaft, in: FAZ vom 9. September 1966.

<sup>48</sup> Vgl. Halbjahresberichte der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats und der Westeuropäischen Union, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.): Drucksache 6/2773 vom 26. Oktober 1971, S. 4.

<sup>49</sup> Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 116.

<sup>50</sup> Vgl. Brief Rudi Dutschke an Horst Mahler [Ende 1968], in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 4.

<sup>51</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 104. Im Frühjahr 1964 nahm der SDS als erster westdeutscher Verband mit einer offiziellen Delegation am Deutschlandtreffen der FDJ teil.

<sup>52</sup> Zit. nach: FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte, S. 116f.

<sup>53</sup> Vgl. KUBICKI, Karol; LÖNNENDONKER, Siegwald: Die Freie Universität Berlin 1948-2007. Von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb, Göttingen 2008, S. 69.

<sup>54</sup> Mahler zit. nach: IS-Interview mit Horst Mahler, in: Internationale Solidarität, Nr. 11 (November 1975).

<sup>55</sup> Vgl. Wasser in den Augen, in: Der Spiegel, Nr. 52 (1965) vom 22. Dezember 1965.

<sup>56</sup> Flugblatt von Wolfgang Neuss, zit. nach: Wasser in den Augen, in: Der Spiegel, Nr. 52 (1965) vom 22. Dezember 1965.

<sup>57</sup> Vgl. Acht Berliner Zeitungen lehnen Annahme von Neuss-Annoncen ab, in: Der Tagesspiegel vom 7. Dezember 1965.

<sup>58</sup> Zit. nach: ebd.

<sup>59</sup> Horst Mahler zit. nach: Neuss im Trockendock, in: Die Zeit, Nr. 8 (1966) vom 18. Februar 1966.

<sup>60</sup> Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 108-113.

<sup>61</sup> Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte, S. 127.

<sup>62</sup> Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 112f.

- <sup>63</sup> Vgl. ebd., S. 109. Vgl. [Flugblatt:] Die Einladung des Mörders Tschomb[é] ist eine Billigung seiner Verbrechen, in: BÖCKELMANN, Frank; NAGEL, Herbert (Hrsg.): Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, erw. Neuaufl., Frankfurt am Main 2002, S. 278 sowie: [Flugblatt:] Was hat der Mörder Tschomb[é] bei uns zu suchen?, in: ebd., S. 281.
- <sup>64</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 132.
- <sup>65</sup> Vgl. ebd., S. 218-224. Vgl. GILCHER-HOLTEY: 68er-Bewegung, S. 37-40. Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 100-110.
- <sup>66</sup> Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte, S. 137. Vgl. auch: KLEIN, Thomas: SEW. Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“?, Berlin 2009, S. 114. Zur Mitgliedschaft Mahlers vgl. TEICHERT: SEW, S. 292f.
- <sup>67</sup> Vgl. KLEIN: SEW, S. 114.
- <sup>68</sup> Vgl. GILCHER-HOLTEY: 68er Bewegung, S. 40.
- <sup>69</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 109f.
- <sup>70</sup> Zit. nach: LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 226. Der gesamte auf dem Plakat veröffentlichte Text lautete: „Erhard und die Bonner Parteien unterstützen Mord [...] Die US-Aggression in Vietnam verstößt nicht gegen die Interessen des demokratischen Systems: Wer es wagt, sich aufzulehnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, wird von den Herrschenden mit Brutalität niedergemacht. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kämpfen gegen Hunger, Tod und Entmenschlichung. [...] Ost und West arrangieren sich immer mehr auf Kosten der wirtschaftlich unterentwickelten Länder. Jetzt bleibt den Unterdrückten nur noch der Griff zu den Waffen. Für sie heißt Zukunft: Revolution[.] Wir sollen den Herrschenden beim Völkermord helfen. [...] Wie lange noch lassen wir es zu, daß in unserem Namen gemordet wird? Amis raus aus Vietnam! [-] Internationale Befreiungsfront[.]“ Zit. nach: KUNZELMANN, Dieter: Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998, S. 51. Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 226f. Auch die Münchner Gruppe um Kunzelmann klebte in dieser Nacht das Plakat.
- <sup>71</sup> Aus Furcht vor Repressionen schraubten Mitglieder der „Keulenriege“ angeblich sogar das SDS-Emblem an der Eingangstür des SDS-Zentrums ab, vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 59. Vgl. auch FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 141.
- <sup>72</sup> Wenngleich dieser Begriff keine Eigenbezeichnung der „Alten Keulenriege“ war und nur von den Mitgliedern der „antiautoritären“ Fraktion verwendet wurde.
- <sup>73</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 228.
- <sup>74</sup> Vgl. ebd.
- <sup>75</sup> Vgl. ebd., S. 229.
- <sup>76</sup> Horst Mahler zit. nach: Plakataktion – Gesamtanalyse [Februar 1966, Aufzeichnungen Rudi Dutschke], in: HIS-Archiv, RUD 210, 08.
- <sup>77</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 228.
- <sup>78</sup> Zit. nach: Ebd., S. 231.
- <sup>79</sup> Vgl. Neuss im Trockendock, in: Die Zeit, Nr. 8 (1966) vom 18. Februar 1966.
- <sup>80</sup> Horst Mahler zit. nach: Neuss im Trockendock, in: Die Zeit, Nr. 8 (1966) vom 18. Februar 1966. Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 58f.
- <sup>81</sup> Zit. nach: Berliner Zeitung vom 7. Februar 1966.
- <sup>82</sup> Vgl. DUTSCHKE, Gretchen: Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Rudi Dutschke. Eine Biographie, Köln 1996, S. 87.
- <sup>83</sup> Klaus Meschkat zit. nach: CHAUSSY: Rudi Dutschke, S. 128.

<sup>84</sup> Vgl. ebd., S. 128.

<sup>85</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 235-238.

<sup>86</sup> Vgl. Bericht Dietrich Staritz an das MfS, Hauptabteilung XX/5 Berlin vom 18. Januar 1967, in: KUNZELMANN: Widerstand, S. 57.

<sup>87</sup> Vgl. ebd. So wurden neben Teilen der alten Mittelfraktion im SDS (wie beispielweise Erik Nohara), die Gruppe um Mahler, einflussreiche Einzelpersonen wie Klaus Meschkat und die „Theorie-Rechte“ um Wolfgang Fritz Haug zur „Keulenriege“ gerechnet, vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 238f.

<sup>88</sup> Vgl. Bericht Dietrich Staritz an das MfS, Hauptabteilung XX/5 Berlin vom 18. Januar 1967, in: KUNZELMANN: Widerstand, S. 57.

<sup>89</sup> Vgl. ebd.

<sup>90</sup> Ebd.

<sup>91</sup> Vgl. Brief N.N. an Horst Mahler vom 28. Oktober 1967, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

<sup>92</sup> Brief G. Schneider an Horst Mahler vom 29. Januar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.

<sup>93</sup> Brief Ossip K. Flechtheim an Horst Mahler u. a. vom 8. Februar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.

<sup>94</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 314-316. Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 168f.

Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 142. Vgl. Kurze Studie über einen Fall, in: Jungle World, Nr. 8 (1997) vom 17. Februar 1999.

<sup>95</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 316.

<sup>96</sup> Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 101.

<sup>97</sup> Wenngleich die Mehrheit der Gründungsmitglieder der NG tatsächlich eine Gegenründung zum Kurs der „antiautoritären“ Fraktion um Rudi Dutschke im Sinn gehabt hatte, vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 315. Vgl. [Hohmann, Peter:] Der Prozeß des Jahrhunderts is nich, in: Konkret, Nr. 22 vom 12. Oktober 1972.

<sup>98</sup> Nach dem Austritt der FDP aus der Bundesregierung bildete die SPD im November/Dezember 1966 eine Koalition mit der CDU/CSU.

<sup>99</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 315.

<sup>100</sup> Vgl. GÖRRES-AGNOLI: Johannes Agnoli, S. 82. Mahler ergänzte rund 30 Jahre später die Ziele der NG um den Versuch, den Einfluss westlicher und östlicher Geheimdienste in der Westberliner Linken zurückzudrängen: „Wir bildeten uns damals ein, dem Geheimdienst eine Nase drehen zu können“, Horst Mahler zit. nach: SCHÖNHUBER/MAHLER: Schluss, S. 168f. Dieser Versuch sollte jedoch gründlich scheitern, da sowohl mehrere Mitarbeiter des MfS als auch des Verfassungsschutzes direkt an der Gründung beteiligt waren.

<sup>101</sup> Ulrich K. Preuß (geb. 1939), Jurist, SDS, später Mitarbeit im SAK.

<sup>102</sup> Solveig Ehrler (geb. 1936), Journalistin, SPD, später RC. Vgl. Platter Hau-Ruck, in: Der Spiegel, Nr. 45 (1970) vom 2. November 1970.

<sup>103</sup> Lothar Pinkall, (gest. 2001), IG Metall.

<sup>104</sup> Peter Brandt (geb. 1948), Sohn des späteren Bundeskanzlers Willy Brandt, vgl. Die Quellen des Hubertus Knabe, in: Taz vom 18. Juli 2009.

<sup>105</sup> Johannes Agnoli (geb. 1925, gest. 2003), ehemaliges Mitglied der Waffen-SS, SDS, später Professor für Politikwissenschaften an der FU Berlin.

<sup>106</sup> Bernhard Blanke (geb. 1939), SDS, später Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hannover.

<sup>107</sup> Carl Guggomos (gest. 2008), vgl. Jewgenij (Schenja) Jewtuschenko, in: Der Spiegel, Nr. 44 (1972) vom 23. Oktober 1972. Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie, in: SÖLLNER, Alfons u. a. (Hrsg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 267-283, hier: S. 276.

<sup>108</sup> Manfred Kiemle, SDS, vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 123.

<sup>109</sup> Vgl. KNABE: Die unterwanderte Republik, S. 208.

<sup>110</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 20. Dezember 1966, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>111</sup> Vgl. ebd.

<sup>112</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 10. Januar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>113</sup> Vgl. Blanke, Bernhard: Novembargesellschaft und außerparlamentarische Opposition. Zur organisatorischen Struktur [Winter 1967/68], in: APO-Archiv, Ordner 1313a) RC, Material Lochmann.

<sup>114</sup> Protokoll der Sitzung [der NG] am 20. Dezember 1966, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>115</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 10. Januar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>116</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 20. Dezember 1966, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>117</sup> Vgl. eine Notiz, die dem Dokument „Einladung zu einem Arbeitsessen am 29.02.1968“ von Urs Müller-Plantenberg, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 2, beigelegt war und auf der eine Liste von etwa 60 Namen von Mitgliedern der NG und deren politischen Umfeld notiert waren, wobei einige auf dieser Liste befindlichen keine Mitglieder, sondern lediglich Sympathisanten mit unklarem Status waren. 2009 schrieb Müller-Plantenberg von 20 Mitgliedern der NG, was jedoch zu kurz greift, vgl. Die Quellen des Hubertus Knabe, in: Taz vom 18. Juli 2009.

<sup>118</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 20. Dezember 1966, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>119</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 3. Januar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58. Ernest Mandel (geb. 1925, gest. 1995), marxistischer Ökonom und führendes Mitglied der (trozkistischen) *Vierten Internationale*.

<sup>120</sup> Vgl. Bericht Kurt Steinhaus vom 4. Dezember 1966, in: APO-Archiv, Ordner 1311, RC Blanke, Interna 67/70.

<sup>121</sup> Vgl. unter anderem Brief von Eberhard Dähne an Horst Mahler vom 19. Januar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

Eberhard Dähne (geb. 1938, gest. 2010), 1961/62 SDS-Bundesvorsitzender, später DKP.

<sup>122</sup> Mahler, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland [Ergänzung: Aus der Sicht des Jahres 1966], S. 20-23, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.

<sup>123</sup> Ebd., S. 20.

<sup>124</sup> Ebd., S. 21.

<sup>125</sup> Vgl. ebd.

<sup>126</sup> Ebd.

<sup>127</sup> Vgl. ebd., S. 22.

<sup>128</sup> Ebd., S. 23.

<sup>129</sup> Vgl. Mahler, Horst: Manuskript zur Diskussion innerhalb der Novembargesellschaft [Ende 1966], S. 1, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>130</sup> Vgl. ebd., S. 2.

<sup>131</sup> Ebd.

<sup>132</sup> Vgl. ebd., S.2f.

<sup>133</sup> Ebd., S. 3.

<sup>134</sup> Ebd.

<sup>135</sup> Vgl. ebd., S. 4.

<sup>136</sup> Ebd., S. 5.

<sup>137</sup> Einladung zu einer Besprechung vom 28. Dezember 1966, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58. Wolfgang Nitsch (geb. 1938), SDS, später Professor für Philosophie an der Universität Oldenburg.

<sup>138</sup> Internes Diskussionspapier zur Versammlung am 29. Dezember 1966, in: APO-Archiv, Ordner 1311, RC Blanke, Interna 67/70.

<sup>139</sup> Ebd.

<sup>140</sup> Vgl. Bericht Dietrich Staritz an das MfS, Hauptabteilung XX/5Berlin vom 18. Januar 1967, in: KUNZELMANN: Widerstand, S. 57.

<sup>141</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 315f. Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 155f.

<sup>142</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 20. Dezember 1966, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>143</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 3. Januar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>144</sup> Nikolaus Neumann hatte den Gründungsaufruf des RCs unterschrieben, vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 3. Januar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>145</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung [der NG] am 10. Januar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>146</sup> Mahler, Horst: Manuskript zur Diskussion innerhalb der Novembargesellschaft [Ende 1966], S. 7f, in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>147</sup> Vgl. ebd.

<sup>148</sup> Aus dem durchgesehen Quellenmaterial Mahlers aus jener Zeit geht keine Beschäftigung o. ä. des jungen, an der Schulfrage interessierten Juristen hervor. Zum ersten Auschwitzprozess vgl. REICHEL: Vergangenheitsbewältigung, S. 158-181.

<sup>149</sup> Zit. nach: ebd., S. 181.

<sup>150</sup> Vgl. REICHEL: Vergangenheitsbewältigung, S. 182-193. Auch in diesem Fall findet sich im durchgesehenen Quellenmaterial Mahlers aus jener Zeit kein Hinweis, dass sich Mahler mit diesem Thema beschäftigt hätte.

<sup>151</sup> Horst Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 115

<sup>152</sup> Horst Mahler zit. nach: SCHINDLER: Kommanditisten, S. 212f.

<sup>153</sup> Vgl. Der Club der Linken, in: Blickpunkt, Nr. 165 (Dezember 1967), S. 20-22, hier: S. 20f.

<sup>154</sup> Davon seien etwa 350 weitgehend wohlwollende Antworten bei den Initiatoren eingegangen, vgl. ebd., S. 21.

<sup>155</sup> Die Einladenden waren: Johannes Agnoli, William Borm (Landesvorsitzender der Westberliner FDP), Ossip K. Flechtheim, Hans Magnus Enzensberger, Wilfried Gottschalch, Ekkehart Krippendorff, Klaus Meschkat, Nikolaus Neumann, Wolfgang Neuss, Lothar Pinkall und Manfred Rexin, vgl. Gründungsaufruf Republikanischer Club, in: Berliner Manuskripte, Nr. 1 (1967) vom 2. Mai 1967, S. 17.

<sup>156</sup> Vgl. Der Club der Linken, in: Blickpunkt, Nr. 165 (Dezember 1967), S. 20-22, hier: S. 21.

<sup>157</sup> Gründungsaufruf Republikanischer Club, in: Berliner Manuskripte, Nr. 1 (1967) vom 2. Mai 1967, S. 17.

<sup>158</sup> Ebd.

<sup>159</sup> Ebd.

<sup>160</sup> Ebd. Vgl. Entwurf eines Informationsschreibens an die Interessenten für einen politischen Club in Berlin, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

<sup>161</sup> Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 129. Vgl. auch KENDA: Ein Anwalt in Waffen, in: MÜNKLER (Hrsg.): Der Partisan, S. 370.

<sup>162</sup> Vgl. FU BERLIN (Hrsg.): Freie Universität Berlin. 1948-1973. Hochschule im Umbruch, Teil IV, Berlin 1975, S. 159.

<sup>163</sup> Wilfried Gottschalch (geb. 1929, gest. 2006), früheres SJD-Mitglied, später Sozial- und Erziehungswissenschaftler.

<sup>164</sup> Ekkehart Krippendorff (geb. 1934), SPD, später Professor für Politikwissenschaften an der FU Berlin.

<sup>165</sup> Knut Nevermann (geb. 1944), SHB, AStA-Vorsitzender der FU Berlin.

<sup>166</sup> ENZENSBERGER: Kommune I, S. 129.

<sup>167</sup> Zit. nach: LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 348f.

<sup>168</sup> Vgl. KNABE: Die unterwanderte Republik, S. 209.

<sup>169</sup> Der Club der Linken, in: Blickpunkt, Nr. 165 (Dezember 1967), S. 20-22, hier: S. 21.

<sup>170</sup> Ebd.

<sup>171</sup> RC-Informationsbrief Nr. 1 (1967), in: HIS-Archiv, SAK 220,01.

<sup>172</sup> Vgl. RC-Informationsbrief Nr. 1 (1967), in: HIS-Archiv, SAK 220,01.

<sup>173</sup> Zu den Ereignissen am und um den 2. Juni 1967 vgl.: SOUKUP, Uwe: Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967, Berlin 2007. AStA DER FU BERLIN (Hrsg.): Dokumente des 2. Juni 1967 und der Zeit danach. Stellungnahmen, Resolutionen, Erklärungen, Beschlüsse, Flugblätter, Reden, Zeitungsberichte, Kommentare, Berlin 1967. NEVERMANN, Knut: Der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Schah-Besuchs, Köln 1967. Zu den Verwicklungen der Geheimdienste und Kurras' 2009 öffentlich gewordene Mitgliedschaft in der SED: FUHRER, Armin: Wer erschoss Benno Ohnesorg? Der Fall Kurras und die Stasi, Berlin 2009.

<sup>174</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 331.

<sup>175</sup> Vgl. zur allgemeinen Entwicklung der Protestbewegung nach dem 2. Juni 1967: GILCHER-HOLTEY: 68er Bewegung, S. 65-71. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 150-153. FICHTNER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 160.

<sup>176</sup> Vgl. SCHULZ, Birgit (Regie): Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte, Bildersturm Filmproduktion, BRD 2009.

<sup>177</sup> Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 166.

<sup>178</sup> Übersicht über die studentischen Aktivitäten im Rahmen der Justizkampagne [Sommer 1968], in: HIS-Archiv, SAK 226, 02.

<sup>179</sup> Vgl. ebd.

<sup>180</sup> Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 166.

<sup>181</sup> Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 378.

<sup>182</sup> Vgl. [Transkript:] Fernsehdiskussion im Dritten Programm vom 14. Juni im Auditorium Maximum der FU Berlin zum Thema: „Studenten an der FU – Zur Behandlung einer Minderheit“, in: NEVERMANN, Knut: Der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Schah-Besuchs, Köln 1967, S. 115-136.

- <sup>183</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd., S. 124.
- <sup>184</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd. S. 125.
- <sup>185</sup> Mahler zit. nach: BLOCK/SCHULZ: Anwälte, S. 73.
- <sup>186</sup> Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 164. Vgl. VESPER, Bernward (Hrsg.): Bedingungen und Organisation des Widerstands. Der Kongreß in Hannover. Protokolle, Flugblätter, Resolutionen (=Voltaire Flugschrift 12), o. O. 1967.
- <sup>187</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd., S. 35.
- <sup>188</sup> Zit. nach: GILCHER-HOLTEY: 68er Bewegung, S. 67.
- <sup>189</sup> Zit nach: ebd.
- <sup>190</sup> Vortrag Horst Mahler: Solidarisierung u[nd] Protest u[nd] Reaktion der Öffentlichkeit [März 1968], in: HIS-Archiv, SAK 280,08 Mappe 1. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>191</sup> Horst Mahler zit. nach: VESPER: Bedingungen und Organisation, S. 104.
- <sup>192</sup> Ebd.
- <sup>193</sup> RC-Informationsbrief Nr. 2, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.
- <sup>194</sup> Vgl. KNABE, Republik, S. 209.
- <sup>195</sup> Ein solcher *Koordinierungsausschuss* existierte in Westberlin noch bis Sommer 1968, vgl. Einladung zu Koordinierungsgesprächen, in: HIS-Archiv, SAK 220,01.
- <sup>196</sup> Vgl. Diskussionsveranstaltung „Die FDP und die Ereignisse am und nach dem 2. Juni“ mit FDP-Vertretern, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01. Zu den Mitgliedszahlen vgl. Der Republikanische Club in Westberlin, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.
- <sup>197</sup> Im Oktober 1968 existierten in der BRD und Westberlin 42 *Republikanische Clubs*, teilweise jedoch unter anderen Namen, vgl. Berliner Extra-Dienst, Nr. 80 (1968) vom 5. Oktober 1968.
- <sup>198</sup> Vgl. KNABE, Republik, S. 209.
- <sup>199</sup> Vgl. ebd., S. 210.
- <sup>200</sup> Vgl. ebd.
- <sup>201</sup> Vgl. Diskussionsveranstaltung „Die FDP und die Ereignisse am und nach dem 2. Juni“ mit FDP-Vertretern, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.
- <sup>202</sup> Vgl. Protokoll der a. o. Mitgliederversammlung des RC am 24. Oktober 1967, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.
- <sup>203</sup> Vgl. Informationsbrief Nr. 10 (1967), in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.
- <sup>204</sup> Vgl. Der Club der Linken, in: Blickpunkt, Nr. 165 (Dezember 1967), S. 20-22. hier: S. 22.
- <sup>205</sup> Vgl. unter anderem Brief Horst Mahler an Rudi Dutschke vom 19. August 1968, in: HIS-Archiv, RUD 152,10. Während einer Diskussion in der NG [wahrscheinlich 1967] zur Rolle Dutschkes hatte Mahler hingegen noch verlautbart: „Den bauen wir auf, und dann bauen wir ihn wieder ab“, zit. nach: GÖRRES-AGNOLI: Johannes Agnoli, S. 130.
- <sup>206</sup> GmbH und Co. KG, in: Der Spiegel, Nr. 23 (1967) vom 29. Mai 1967.
- <sup>207</sup> Vgl. Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF, Claus Hinrich; ROHLINGER, Rudolf: Kreuzfeuer. Interviews von Kolle bis Kiesinger, Berlin 1971, S. 259-271, hier: S. 260.
- <sup>208</sup> Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 321. Vgl. REINECKE, Schily, S. 75. Vgl. ESCHEN, Klaus: Das Sozialistische Anwaltskollektiv, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 957-972.
- <sup>209</sup> Vgl. Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF/ROHLINGER: Kreuzfeuer, S. 259-271
- <sup>210</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd., S. 267.

- <sup>211</sup> Zur geplanten Aktion gegen Humphrey vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 319-324.
- <sup>212</sup> Ebd.
- <sup>213</sup> Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 144f.
- <sup>214</sup> Vgl. 7 x 2 bis 3, in: Der Spiegel, Nr. 1 (1968) vom 1. Januar 1968.
- <sup>215</sup> Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 173. Vgl. 7 x 2 bis 3, in: Der Spiegel, Nr. 1 (1968) vom 1. Januar 1968.
- <sup>216</sup> Horst Mahler zit. nach: Knisterndes Gefühl, in: Der Spiegel, Nr. 27 (1967) vom 26. Juni 1967. Vgl. Stück im Schrank, in: Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968.
- <sup>217</sup> Es gilt ein Justizverbrechen zu verhindern. Presserklärung des RC vom 15. September 1967, in: HIS-Archiv, SAK 220,01.
- <sup>218</sup> Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 160f.
- <sup>219</sup> Vgl. 7 x 2 bis 3, in: Der Spiegel, Nr. 1 (1968) vom 1. Januar 1968.
- <sup>220</sup> Horst Mahler zit. nach: RC-Informationsbrief Nr. 5 (1967), in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.
- <sup>221</sup> Zit. nach: Rechenschaftsbericht Marianne Regensburger, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.
- <sup>222</sup> Zit. nach: ebd., S. 150f.
- <sup>223</sup> Zit. nach: ebd.
- <sup>224</sup> Zit. nach: ebd., S. 151.
- <sup>225</sup> Ebd.
- <sup>226</sup> Vgl. ebd., S. 152f.
- <sup>227</sup> Zit. nach: ebd., S. 157.
- <sup>228</sup> Vgl. SEIBERT, Niels Vergessene Proteste, Münster 2008, S. 35-50.
- <sup>229</sup> Vgl. Starker Spürsinn, in: Der Spiegel, Nr. 34 (1966) vom 15. August 1966.
- <sup>230</sup> Brief Horst Mahler an Heinrich Albertz [August 1966], in: HIS-Archiv, SAK 110, 02.
- <sup>231</sup> Vgl. ebd. Vgl. Befangenheitsantrag vom 9. Januar 1968, in: HIS-Archiv, SAK 110, 02. Vgl. REICHEL: Vergangenheitsbewältigung, S. 129-138.
- <sup>232</sup> Mahler, Horst: Manuskript zum Prozess Africa Addio vom 23. Januar 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>233</sup> [Horst Mahler] Befangenheitsantrag vom 9. Januar 1968, in: HIS-Archiv, SAK 110, 02.
- <sup>234</sup> Mahler, Horst: Manuskript zum Prozess Africa Addio vom 23. Januar 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.
- <sup>235</sup> Generalstaatsanwalt Günther, zit. nach: Zentraler Ermittlungsausschuss der ASten an FU und TU (Hrsg.): Mahler-Dokumentation, S. 6, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.
- <sup>236</sup> Zit. nach: Pressespiegel Berliner Hefte [CDU], Nr. 35 vom 31. August 1967, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.
- <sup>237</sup> Generalstaatsanwalt Günther, zit. nach: Zentraler Ermittlungsausschuss der ASten an FU und TU (Hrsg.): Mahler-Dokumentation, S. 6, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.
- <sup>238</sup> Ebd., S. 7.
- <sup>239</sup> Ebd. S. 9.
- <sup>240</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 324.

- <sup>241</sup> Zit. nach: REIMANN: Kunzelmann, S. 178-180. Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 379-382.
- <sup>242</sup> Vgl. ebd., S. 382. Zu Rudi Dutschke und der Gewaltfrage vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang; REEMTSMA, Jan Philipp; WIELAND, Karin: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2007.
- <sup>243</sup> Zit. nach: REIMANN: Kunzelmann, S. 178-180. Ein traditionssozialistischer Delegierter beschimpfte Dutschke als „Linksfaschisten“, vgl.: LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 383.
- <sup>244</sup> Zit. nach: REIMANN: Kunzelmann, S. 180. Vgl. Kapitel IV.
- <sup>245</sup> Vgl. Hü und Hott, in: Der Spiegel, Nr. 39 (1968) vom 23. September 1968.
- <sup>246</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 101-103. Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 32-37.
- <sup>247</sup> Schon 1965 hatte ein Flugblatt des Vietnam-Arbeitskreises im Westberliner SDS formuliert: „Alle Bürger, die schweigen, tolerieren im Stillen den US-Krieg und machen sich genauso mitschuldig, wie diejenigen, die bei den Verbrechen Hitlers schwiegen.“ Erst im Laufe des Jahres 1966 wurde dies jedoch zu einer mehrheitsfähigen Position im SDS. Zit. nach: SCHMIDT: Judenknax, S. 32.
- <sup>248</sup> Alles zit. nach: ebd., S. 32f.
- <sup>249</sup> Zit. nach: ebd.
- <sup>250</sup> Vgl. ebd., S. 22-25.
- <sup>251</sup> Vgl. Kapitel II, beispielweise Mahler, Horst: Die gesellschaftliche und politische Situation in der Bundesrepublik [unveröffentlichtes Korrekturmanuskript vom 1. April 1962], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, SDS, SFG 1960-1962.
- <sup>252</sup> Zur „Opfer-Rochade“ vgl. MAUSBACH, Wilfried: Wende um 360 Grad?, in: v. HODENBERG, Christina; SIEGFRIED, Detlef (Hrsg.): Wo ‚1968‘ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 15-47, hier: S. 29-34. Vgl. ALY: Kampf, S. 147-151. Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 32-37. Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 68-76, hier insbesondere S. 76 sowie S. 101-103.
- <sup>253</sup> Vgl. Flugblatt Vietnam 1. Informationen [Oktober 1967], in: HIS-Archiv, SAK 220, 03.
- <sup>254</sup> Ebd.
- <sup>255</sup> Flugblatt Vietnam 2. Informationen [Oktober 1967], in: HIS-Archiv, SAK 220, 03.
- <sup>256</sup> Ebd.
- <sup>257</sup> Flugblatt Vietnam 3. Informationen [Oktober 1967], in: HIS-Archiv, SAK 220, 03.
- <sup>258</sup> Vgl. beispielweise Brief Horst Mahler an die am *Koordinierungsausschuss* beteiligten Gruppen vom 18. Oktober 1967, in: HIS-Archiv, SAK 220, 03.
- <sup>259</sup> Presserklärung des RC [August 1967], in: APO-Archiv, Ordner Amerikanische Militärparade vom 19. August 1967.
- <sup>260</sup> Bespuckt, geschlagen und getreten, in: Der Telegraf vom 22. August 1967.
- <sup>261</sup> Presserklärung des RC [August 1967], in: APO-Archiv, Ordner Amerikanische Militärparade vom 19. August 1967.
- <sup>262</sup> Zit. nach: Der Club der Linken, in: Blickpunkt, Nr. 165 (Dezember 1967), S. 20-22, hier: S. 21.
- <sup>263</sup> Vgl. RC-Informationsbrief Nr. 6 (1967), in: HIS-Archiv, SAK 220, 01. Vgl. Strafanzeige gegen Karl-Heinz Schmitz, in: APO-Archiv, Ordner Amerikanische Militärparade vom 19. August 1967.
- <sup>264</sup> Strafanzeige gegen Karl-Heinz Schmitz, in: APO-Archiv, Ordner Amerikanische Militärparade vom 19. August 1967. Noch im April 1968 sagte Mahler auf Grund der Anwesenheit von Schmitz die angefragte Teilnahme an einer Podiumsdiskussion der CDU Berlin ab, vgl. Brief Horst Mahler an die CDU-Landesgeschäftsstelle Berlin, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 2.

- <sup>265</sup> Zit. nach: KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 105.
- <sup>266</sup> Ebd.
- <sup>267</sup> Die Schlusserklärung der Internationalen Vietnam-Konferenz, in: SDS WESTBERLIN UND INTERNATIONALES NACHRICHTEN UND FORSCHUNGS-INSTITUT (INFI) (Hrsg.): Internationaler Vietnam-Kongreß. 17./18. Februar 1968 Westberlin. Dokumentation. Der Kampf des Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus, Westberlin 1968, S. 158-160.
- <sup>268</sup> Vgl. Vorwort, in: ebd.
- <sup>269</sup> Die Schlusserklärung der Internationalen Vietnam-Konferenz, in: ebd., S. 159.
- <sup>270</sup> Vgl. DUTSCHKE-KLOTZ: Leben, S. 184.
- <sup>271</sup> Wortbeitrag Horst Mahler auf dem Internationalen Vietnamkongress, in: SDS WESTBERLIN UND INTERNATIONALES NACHRICHTEN UND FORSCHUNGS-INSTITUT (INFI) (Hrsg.): Internationaler Vietnam-Kongreß. 17./18. Februar 1968 Westberlin. Dokumentation. Der Kampf des Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus, Westberlin 1968, S. 156f. Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 185.
- <sup>272</sup> Mahler, Horst: Redemanuskript für 1. Mai-Rede 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.
- <sup>273</sup> Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 185. Unter anderem trugen Harry Ristock und Erwin Beck ein Schild mit der Aufschrift: „Ich protestiere gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam. Ich bin SPD-Mitglied“. Vgl. auch GILCHER-HOLTEY: 68er Bewegung, S. 73f.
- <sup>274</sup> Mahler – in Sorge um Dutschke – warnte dessen Frau Gretchen Dutschke anschließend per Telefon: „Es wäre besser, wenn Rudi in der nächsten Zeit nicht in die Stadt ginge. Die Menschen sind aufgetzt. Man weiß nicht, was sie tun könnten“, in: DUTSCHKE-KLOTZ: Leben, S. 189.
- <sup>275</sup> Zum Zusammenhang marxistisch-leninistischer Ideologie und Schuldabwehr vgl. BENNICKE: Adorno zu Mao, S. 226. Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 40f. Vgl. ALY: Unser Kampf, S. 206f. Vgl. auch: ELIAS: Studien über die Deutschen, S. 300-302.
- <sup>276</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 32f und 35-37.
- <sup>277</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 195-303.
- <sup>278</sup> Vgl. BENNICKE: Adorno zu Mao, S. 103-105.
- <sup>279</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 35f.
- <sup>280</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 104.
- <sup>281</sup> Brief Horst Mahler an Gustav Heinemann vom 26. Januar 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 1. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>282</sup> Solidaritätsadresse AUD Berlin, in: ebd., S. 167.
- <sup>283</sup> [Rudi Dutschke] Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung, in: Oberbaumblatt, Nr. 5 (1967) vom 12. Juni 1967, zit. nach: KRAUSHAAR, Wolfgang: Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung, in: DERS.: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 103f. Vgl. auch: Ein Gespräch über die Zukunft, in: DUTSCHKE-KLOTZ, Gretchen; GOLLWITZER, Helmut; MIERMEISTER, Jürgen (Hrsg.): Rudi Dutschke. Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 24-28.
- <sup>284</sup> Vgl. SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co., S. 177-179.
- <sup>285</sup> Vgl. Brief Ossip K. Flechtheim an Horst Mahler u. a. vom 8. Februar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.
- <sup>286</sup> RC-Informationsbrief, Nr. 7 (1967), in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.
- <sup>287</sup> Vgl. GILCHER-HOLTEY: 68er Bewegung, S. 70.

- <sup>288</sup> Vgl. hierzu: SEITENBECHER, Manuel: Den deutschen „Cäsar“ bezwingen. Die 1960er und die Kampagne gegen Springer, Marburg 2008, S. 12-56.
- <sup>289</sup> Vgl. ebd., S. 101.
- <sup>290</sup> Vgl. Der Club der Linken, in: Blickpunkt, Nr. 165 (Dezember 1967), S. 20-22, hier: S. 21f.
- <sup>291</sup> Vgl. ebd.
- <sup>292</sup> Vgl. ebd.
- <sup>293</sup> Vgl. ebd.
- <sup>294</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 157.
- <sup>295</sup> Resolution der 22. DK des SDS [September 1967], zit. nach: SEITENBECHER: Cäsar bezwingen, S. 73.
- <sup>296</sup> Zit. nach: Berliner Morgenpost vom 27. August 1967.
- <sup>297</sup> Zit. nach: Berliner Morgenpost vom 14. April 1968.
- <sup>298</sup> Zit. nach: Berliner Morgenpost vom 3. Mai 1968.
- <sup>299</sup> [N. N., Korrekturmanuskript] Der Fall Horst Mahler. Oder wie die Springer-Presse einen für den Abschuss präpariert, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1. Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. REGENSBURGER, Marianne: Der Fall Horst Mahler. Oder wie die Springer-Presse einen für den Abschuss präpariert, in: BROCKMEIER, Peter (Hrsg.): Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt am Main 1969, S. 114-127.
- <sup>300</sup> Brief Horst Mahler an Claus Werner Caro vom 14. September 1967, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 1.
- <sup>301</sup> Vgl. Brief der Evangelischen Kirchengemeinde Alt-Tempelhof-Ost an Horst Mahler vom 10. Januar 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280,05.
- <sup>302</sup> Vortrag Horst Mahler: Solidarisierung u[nd] Protest u[nd] Reaktion der Öffentlichkeit [März 1968], in: HIS-Archiv, SAK 280,08 Mappe 1.
- <sup>303</sup> Rudi Dutschke zit. nach: Wir fordern die Enteignung Axel Springers. Spiegel-Gespräch mit dem Berliner FU-Studenten Rudi Dutschke (SDS), in: Der Spiegel, Nr. 29 (1967) vom 10. Juli 1967.
- <sup>304</sup> SEITENBECHER: Cäsar, S. 80-82.
- <sup>305</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 56. Vgl. SEITENBECHER: Cäsar, S. 62f.
- <sup>306</sup> Vgl. ebd., S. 67f.
- <sup>307</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 161f. Die Beschädigung der Springer-Filialen verglichen Zeitungen des Springer-Verlages anschließend mit der „Reichskristallnacht“, vgl. CHAUSSY: Rudi Dutschke, S. 207.
- <sup>308</sup> Zit. nach: KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 161f.
- <sup>309</sup> Ebd.
- <sup>310</sup> Langhaarige Ersatzjuden, in: Darmstädter Studentenzeitung (Mai 1968), zit. nach: SCHMIDTKE, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 2003, S. 149. Zur Selbstgleichsetzung der Protestbewegung mit den Opfern der Shoa vgl. weiter: Niederlage oder Erfolg der Protestaktion. Erklärung des SDS, in: MIERMEISTER, Jürgen; STAADT, Jochen (Hrsg.): Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965-1971, Darmstadt 1980, S. 108-110. MAUSBACH: Wende, in: v. HODENBERG/SIEGFRIED (Hrsg.): Wo ‚1968‘ liegt, S. 32-34. HAUSER, Dorothea: Deutschland, Italien, Japan. Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 1288.

- <sup>311</sup> SDS-Flugblatt [November 1967], zit. nach: SEITENBECHER: Cäsar, S. 85. Auch die Springer-Medien setzten ihre studentischen Kontrahenten penetrant mit den historischen Nationalsozialisten gleich, vgl. ebd. S. 85f.
- <sup>312</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 163.
- <sup>313</sup> Vgl. ebd., S. 163-175. Zur Anti-Notstandskampagne vgl. SPERNOL, Boris: Notstand der Demokratie. Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit, Essen 2008.
- <sup>314</sup> Vgl. ebd.
- <sup>315</sup> Zit. nach: ebd., S. 153. Vgl. GILCHER-HOLTEY: 68er Bewegung, S. 67.
- <sup>316</sup> Vgl. SPERNOL: Notstand der Demokratie, S. 36-40.
- <sup>317</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an die Mitglieder des Koordinierungsausschusses vom 18. Oktober 1967, in: HIS-Archiv, SAK 220, 03.
- <sup>318</sup> Vgl. ebd.
- <sup>319</sup> Satzung Kuratorium Notstand und Demokratie Berlin (West), in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.
- <sup>320</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 163-175.
- <sup>321</sup> Zit. nach: ebd., S. 167.
- <sup>322</sup> SDS-Rundschreiben, Nr. 12 (WS 67/68) vom 12. Mai 1968, zit. nach: BENICKE: Adorno zu Mao, S. 101.
- <sup>323</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 175.
- <sup>324</sup> Vgl. ebd., S. 175-182.
- <sup>325</sup> Mahler, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland (1962), S. 23, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.
- <sup>326</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 175-182.
- <sup>327</sup> Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 94.
- <sup>328</sup> Vgl. Brief NPD Berlin-Steglitz an Horst Mahler vom 24. Mai 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05.
- <sup>329</sup> Brief Horst Mahler an NPD Berlin-Steglitz vom 6. Juni 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05.
- <sup>330</sup> Schriftwechsel Überfall SDS-Zentrum [Juli 1968], in: HIS-Archiv, SAK 300, 82. Vgl. Gedächtnisprotokoll „Der Überfall auf das Büro der Apo und das SDS Büro“, in: HIS-Archiv, SAK 300, 82.
- <sup>331</sup> Vgl. Gedächtnisprotokoll „Der Überfall auf das Büro der Apo und das SDS Büro“, in: HIS-Archiv, SAK 300, 82.
- <sup>332</sup> Strafantrag vom 26. Juli 1968, in: HIS-Archiv, SAK 300, 82.
- <sup>333</sup> Protokoll der RC-Vorstandssitzung vom 28. September 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220,05.
- <sup>334</sup> Brief Horst Mahler an die *National-Zeitung* vom 25. Juli 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 04.
- <sup>335</sup> Vgl. Dankesbriefe der NPD an Horst Mahler, in: HIS-Archiv, SAK 280, 02. Vgl. Herzlichen Dank, in: Der Spiegel, Nr. 37 (1969) vom 8. September 1969.
- <sup>336</sup> Ebd.
- <sup>337</sup> Horst Mahler zit. nach: Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 25 und MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 94.
- <sup>338</sup> Extra über uns. Berliner Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969.
- <sup>339</sup> Vgl. ebd.
- <sup>340</sup> Vgl. ebd.

<sup>341</sup> Vgl. ebd.

<sup>342</sup> Brief Horst Mahler an Rudolf Augstein vom 2. Februar 1967, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02. Konkret forderte Mahler eine Beteiligung an den zu erwartenden Kosten in Höhe von 25.000-30.000 DM.

<sup>343</sup> KNABE: Republik, S. 212.

<sup>344</sup> Vgl. Extra über uns. Berliner Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969.

<sup>345</sup> Vgl. ebd. Vgl. KNABE: Republik, S. 212f.

<sup>346</sup> Extra über uns. Berliner Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969.

<sup>347</sup> Vgl. Errichtungsurkunde der Westberliner Zeitungs-GmbH vom 5. April 1967, in: HIS-Archiv, SAK 700, 06, Box 2. Vgl. Warum eine neue Korrespondenz? Gründungserklärung der „RPK“-Redaktion, in: RPK, Nr. 1 (1969) vom 22. Februar 1969.

<sup>348</sup> Vgl. Errichtungsurkunde der Westberliner Zeitungs-GmbH vom 5. April 1967, in: HIS-Archiv, SAK 700, 06, Box 2.

<sup>349</sup> Vgl. Extra über uns. Berliner Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969.

<sup>350</sup> Vgl. ebd. Vgl. Warum eine neue Korrespondenz? Gründungserklärung der „RPK“-Redaktion, in: RPK, Nr. 1 (1969) vom 22. Februar 1969.

<sup>351</sup> Vgl. KNABE: Republik, S. 216.

<sup>352</sup> Vgl. Treffen auf der Parkbank, in: Spiegel, Nr. 30 (1991) vom 22. Juli 1991.

<sup>353</sup> Vgl. beispielweise Berliner Extra-Dienst, Nr. 3 (1967) vom 27. Mai 1967.

<sup>354</sup> Vgl. Club-Mitteilungen und Berliner Extra-Dienst vom 1. September 1967, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

<sup>355</sup> Vgl. Extra über uns. Berliner Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969.

<sup>356</sup> Nach vorn geträumt, in: Spiegel, Nr. 46 (1968) vom 11. November 1968.

<sup>357</sup> Blanke, Bernhard: Novembargesellschaft und außerparlamentarische Opposition. Zur organisatorischen Struktur [Winter 1967/68], in: APO-Archiv, Ordner 1313a) RC, Material Lochmann. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>358</sup> Kiemle, Manfred; Lochmann, Rudolf: Arbeitspapier zur Organisationsfrage [1967], in: APO-Archiv, Ordner 1313a) RC, Material Lochmann.

<sup>359</sup> Vgl. Einladung zu einem Arbeitsessen, von Urs Müller-Plantenberg, am 29.02.1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 2.

<sup>360</sup> Ebd., S. 1.

<sup>361</sup> Ebd.

<sup>362</sup> Vgl. ebd.

<sup>363</sup> Ebd., S. 2.

<sup>364</sup> Ebd., S. 3f.

<sup>365</sup> Ebd., S. 5.

<sup>366</sup> RC-Informationsbrief Nr. 11 (1968), in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.

<sup>367</sup> Vgl. RC-Informationsbrief Nr. 13 (1968), in: HIS-Archiv, SAK 220, 02. Im Rahmen dieser beginnenden Auseinandersetzung zwischen traditionssozialistischer und „antiautoritärer“ Fraktion im RC

hatte das Gründungsmitglied William Borm seinen Austritt erklärt und stand damit stellvertretend für das linksliberale Spektrum im RC, das sich spätestens ab diesem Zeitpunkt auf dem Rückzug befand. Ebd. In diesem Kontext beteuerte der RC-Vorstand, er stünde selbstverständlich auf dem „Boden des Grundgesetzes“ und habe niemals das „Prinzip der parlamentarischen Demokratie“ angezweifelt, vgl. Presseerklärung RC-Vorstand [September 1967], in: HIS-Archiv, SAK 220,01.

<sup>368</sup> Mahler erhielt mit 165 von 235 Stimmen ein gutes Ergebnis, vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 25. Mai 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.

<sup>369</sup> Vgl. Informationsbrief Nr. 14 (1968), in: HIS-Archiv, SAK 220, 02. Vgl. Mitgliederrundbrief vom 27. Mai 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.

<sup>370</sup> Vgl. Rechenschaftsbericht Marianne Regensburger, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.

<sup>371</sup> Rechenschaftsbericht Klaus Meschkat, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.

<sup>372</sup> Ebd.

<sup>373</sup> Vgl. ebd. Im Mai 1968 waren folgende Arbeitskreise im RC aktiv:

- AK „Bürokratie und Rätssystem“, bei dem es sich um eine Neukonstituierung der *Sozialistischen Bildungsgemeinschaft* um den ehemaligen Vorsitzenden der VUS Westberlin Herbert Walter handelte.
- AK „Emanzipation“, ein von Frauen getragener, gegen die „Benachteiligung der Frau“ arbeitender AK
- Ein sich am 8. März 1968 gegründeter „Jüdischer Arbeitskreis für Politik – Berlin e. V.“, der die Jüdischen Gemeinden als Teil des „Establishments der deutschen Gesellschaft“ betrachtete, in dem „Renommierjuden“ den „latenten Antisemitismus“, der sich mittlerweile als Antikommunismus ausdrücke, „mit verdecken helfen“. Der antizionistische AK begriff sich als „Teil der sozialistischen Linken“ und „Kritik an der deutschen Gesellschaft“ auch als „Kritik an ihren jüdischen Teilen“.
- AK „Berufsschule und Gesellschaft“, ein Arbeitskreis, der versuchte (Berufs-)Schülern ein „kritisches Bewusstsein“ zu vermitteln.
- AK „für Organisationsfragen im RC“, der die Strategie der APO weiterentwickeln wollte
- AK „für Politische Theorie“, der insbesondere die marxistischen Klassiker Marx, Engels, Lenin und Luxemburg bearbeitete, vgl. RC-Informationsbrief Nr. 14 (1968), in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.

<sup>374</sup> Vgl. Rechenschaftsbericht Klaus Meschkat, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.

<sup>375</sup> Immer dabei, in: Der Spiegel, Nr. 22 (1968) vom 27. Mai 1968. Vgl. TEICHERT: SEW, S. 226-228.

<sup>376</sup> Mahler, Horst: Redemanuskript für 1. Mai-Rede 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.

<sup>377</sup> Mahler zit. nach: Stück im Schrank, in: Spiegel, 13 (1968) vom 25. März 1968, S. 80.

<sup>378</sup> SENATOR FÜR INNERES BERLIN (Hrsg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 36, zit. nach: TEICHERT: SEW, S. 235. Vgl. Mahler, Horst: Information für die Presse betreffend meine angebliche Stasi-Mitarbeit [vom 4. August 2011], URL: <http://www.isioma.net/sds120302.html>, abgerufen am: 30. November 2013. Vgl. RABEHL, Bernd: Die drei Anti-Springer-Kampagnen 1967/68. Kommentar zu den Arbeiten von Hubertus Knabe, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 11 (2002), S. 145.

<sup>379</sup> Vgl. unter anderem: Naivität mit starkem Pathos, in: Taz vom 3. August 2011. Vgl. Mahler, Horst: Information für die Presse betreffend meine angebliche Stasi-Mitarbeit [vom 4. August 2011], URL: <http://www.isioma.net/sds120302.html>, abgerufen am: 30. November 2013.

<sup>380</sup> Vgl. Beschluss IM-Vorlaufakte MfS HA V/6 [Kopie aus BSU], in: HIS-Archiv, MfS 62/001.

- <sup>381</sup> MfS über Horst Mahler, in: BStU MfS ZAIG Nr. 4618, zit. nach: SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co., S. 88.
- <sup>382</sup> Vgl. Im Auge, in: Der Spiegel, Nr. 18 (1968) vom 29. April 1968. Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 279. Vgl. REINECKE: Schily, S. 104.
- <sup>383</sup> Vgl. BAUMANN, Michael: Wie alles anfing, München 1975, S. 38-40. Vgl. AUST, Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex, aktualisierte Neuauflage, Hamburg 2012, S. 67. Vgl. KUNZELMANN: Widerstand, S. 98. Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 279. Vgl. REINECKE: Schily, S. 105.
- <sup>384</sup> Vgl. Verlorenes Wochenende, in: Der Spiegel, Nr. 17 (1968) vom 22. April 1968.
- <sup>385</sup> Horst Mahler zit. nach: Wir hauen auf den Putz, in: Der Spiegel, Nr. 20 (1968) vom 13. Mai 1968.
- <sup>386</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd.
- <sup>387</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd. Anscheinend war Mahler von der Analogie des Einsatzes revolutionärer Gewalt und der Gefahren im Straßenverkehr fasziniert: In einem Interview Ende 1968 antwortete er auf die Frage, ob er auf Grund seiner politischen Tätigkeit nicht Angst vor einem Anschlag auf sein Leben haben würde: „Man ist so vielen Gefahren ausgesetzt, im Straßenverkehr, wo immer.“ Zit. nach: Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF/ROHLINGER: Kreuzfeuer, S. 265. Sein später während der Haft verfasstes Strategiepapier *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* wurde auch unter dem Namen *Neue Straßerverkehrsordnung* herausgegeben.
- <sup>388</sup> Horst Mahler zit. nach: Mahler: „Ein Unglücksfall“, in: Der Abend vom 18. April 1968.
- <sup>389</sup> Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 285. Mahler selbst wehrte sich gegen die Darstellung seiner Äußerungen zur „Gewaltfrage“ im *Spiegel* und bezeichnete den Artikel als „Montage“, vgl. Brief Horst Mahler an die Spiegel-Redaktion vom 22. Mai 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 2.
- <sup>390</sup> Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit dem Westberliner CDU-Politiker Peter Lorenz im August 1967 hatte Mahler geäußert, sich in gewissen Situationen nicht von dem Einsatz von Gewalt („Maschinengewehre“) distanzieren zu wollen, vgl. [N. N., Korrekturmanuskript:] Der Fall Horst Mahler. Oder wie die Springer-Presse einen für den Abschuss präpariert, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1.
- <sup>391</sup> Horst Mahler zit. nach: Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF/ROHLINGER: Kreuzfeuer, S. 267. Dies wird unter anderem durch den Versuch Mahlers illustriert, den schwer verletzten Rudi Dutschke noch im Krankenhaus davon zu überzeugen, einer Illustrierten exklusive Fotos zu verkaufen und den Erlös der Protestbewegung zukommen zu lassen. Gretchen Dutschke erinnerte sich an die Ablehnung ihres Ehegatten: „Rudi ließ ihn nicht ausreden, er schätzte Horst zu sehr, wollte die Erniedrigung von sich und Horst abwenden.“ In: DUTSCHKE-KLOTZ: Leben, S. 204.
- <sup>392</sup> Mahler, Horst: [Korrektur-]Manuskript für die Berliner Zeitung zum Fall Josef Bachmann [Sommer 1968], in: HIS-Archiv, SAK 280,08, Mappe 1. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>393</sup> Walter Sickert, (geb. 1919, gest. 2013), SPD, Vorsitzender DGB-Landesbezirk Berlin.
- <sup>394</sup> Horst Mahler zit. nach: Rechtsdienst, in: Der Spiegel, Nr. 22 (1968) vom 27. Mai 1968.
- <sup>395</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 119-121.
- <sup>396</sup> Mahler, Horst: Die Krise der Außerparlamentarischen Opposition im Sommer 1968 und wie man sie überwindet, in: HIS-Archiv, SAK 280,08, Mappe 1. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>397</sup> „Die Notwendigkeit, dieses Prozeß zu fördern und zu organisieren, habe ich in dem Manuskript: ‚Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland (1962)‘ skizziert. Die bisherige Entwicklung hat die dort gegebene Einschätzung in wesentlichen Punkten bestätigt. Unsere Arbeit muß auf dieser Linie fortgesetzt werden.“ In: ebd.
- <sup>398</sup> Vgl. HINCK: Maschinen, S. 216. Vgl. Zur Sonne, in: Der Spiegel, Nr. 26 (1968) vom 24. Juni 1968. Vgl. [Hohmann, Peter:] Der Prozeß des Jahrhunderts is nich, in: Konkret, Nr. 22 vom 12. Oktober 1972.

- <sup>399</sup> Brief Gert Börnsen an Horst Mahler vom 13. September 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Band 4. Gert Börnsen (geb. 1943) war später Bundesvorsitzender des SHB und bis 1996 Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein und dort Vorsitzender der SPD-Fraktion, vgl. Börnsens tiefer Fall, in: Die Zeit, Nr. 37 (1995) vom 8. September 1995.
- <sup>400</sup> Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF,/ROHLINGER: Kreuzfeuer, S. 260. Vgl. u. a. die Porträts: Stück im Schrank, in: Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968; Solidarisch mit Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 25 (1968) vom 21. Juni 1968; Porträt eines Linksanwalts. Revolution im Kanzleistil: Horst Mahler, in: FAZ vom 12. September 1967.
- <sup>401</sup> Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF,/ROHLINGER: Kreuzfeuer, S. 260.
- <sup>402</sup> Ebd., S. 261.
- <sup>403</sup> Zit. nach: Im Auge, in: Der Spiegel, Nr. 18 (1968) vom 29. April 1968.
- <sup>404</sup> Zit. nach: Solidarisch mit Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 25 (1968) vom 21. Juni 1968.
- <sup>405</sup> Stück im Schrank, in: Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968. Vgl. Solidarisch mit Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 25 (1968) vom 21. Juni 1968. Vgl. Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF/ROHLINGER: Kreuzfeuer, S. 260. Mahler war am 1. August 1966 aus der Cauerstr. 2 in eine Wohnung am Lietzenseeufer 3 in Berlin-Charlottenburg gezogen, vgl. Bericht Einwohnermeldeamt über Horst Mahler u. a., in: HIS-Archiv, SAK 240, 08.
- <sup>406</sup> Laut Mahler habe sich die „zahlungskräftige Klientel aus Wirtschaft und Bankwesen“ mit Beginn der Hochphase der Protestbewegung mit „wohlwollendem Schulterklopfen“ von ihm zurückgezogen. In: Stück im Schrank, in: Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968.
- <sup>407</sup> Stück im Schrank, in: Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968.
- <sup>408</sup> Mahler zit. nach: Solidarisch mit Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 25 (1968) vom 21. Juni 1968.
- <sup>409</sup> Stück im Schrank, in: Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968.
- <sup>410</sup> Anonymer Drohbrief vom 28. August 1967, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler 2.
- <sup>411</sup> Vermerk über ein Ferngespräch vom 29. August 1967, in: Anonymer Drohbrief vom 28. August 1967, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler 2.
- <sup>412</sup> Anonymer Drohbrief vom 28. August 1967, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler 2.
- <sup>413</sup> Brief Gaston Salvatore an Horst Mahler vom 3. Februar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05.
- <sup>414</sup> Notiz über einen Anruf von [Wolfgang] Zaehle am 3. Oktober 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06. Der Artikel über Mahler war am 27. September 1968 erschienen.
- <sup>415</sup> Vgl. unter anderem: Brief C. W. an Horst Mahler vom 14. April 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 2; Brief G. K. an Horst Mahler vom 22. April 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 2; Brief H. H. an Horst Mahler vom 2. April 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 2.
- <sup>416</sup> [Hohmann, Peter:] Der Prozeß des Jahrhunderts is nich, in: Konkret, Nr. 22 vom 12. Oktober 1972.
- <sup>417</sup> Mahler, Horst: Die Krise der Außerparlamentarischen Opposition im Sommer 1968 und wie man sie überwindet, in: HIS-Archiv, SAK 280,08, Mappe 1.
- <sup>418</sup> Vgl. beispielweise Blanke, Bernhard: Novembargesellschaft und außerparlamentarische Opposition. Zur organisatorischen Struktur [Winter 1967/68], in: APO-Archiv, Ordner 1313a) RC, Material Lochmann.
- <sup>419</sup> Vgl. beispielweise Mahler, Horst: Manuskript zur Diskussion innerhalb der Novembargesellschaft [Ende 1966], in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.
- <sup>420</sup> Vgl. beispielweise Mahlers Äußerungen bei einer Diskussion im RC im August 1967, in: Rechenschaftsbericht Marianne Regensburger, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02. Vgl. Wortbeitrag Horst Mahler

auf dem Internationalen Vietnamkongress, in: SDS WESTBERLIN UND INTERNATIONALES NACHRICHTEN UND FORSCHUNGS-INSTITUT (INFI) (Hrsg.): Internationaler Vietnam-Kongreß. 17./18. Februar 1968 Westberlin. Dokumentation. Der Kampf des Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus, Westberlin 1968, S. 156f. Vgl. weiter Mahlers Diskussionsbeitrag auf einem Teach-In nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, in: Wir hauen auf den Putz, in: Der Spiegel, Nr. 20 (1968) vom 13. Mai 1968. Noch im September 1967 stand für Mahler die „Revolution“ nicht auf der Tagesordnung, vgl. Brief Horst Mahler an Claus Werner Caro vom 14. September 1967, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 1.

<sup>421</sup> Vgl. Mahler, Horst: Manuskript zur Diskussion innerhalb der Novembergesellschaft [Ende 1966], in: HIS-Archiv, SAK 300, 58. Zur „ideologische[n] Gläubigkeit“ im Rahmen eines marxistisch-leninistischen Weltbildes vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 431-438.

<sup>422</sup> Vgl. ebd., S. 428-431.

<sup>423</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an Claus Werner Caro vom 14. September 1967, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 1.

<sup>424</sup> Mahler, Horst: [Korrektur-]Manuskript für die Berliner Zeitung zum Fall Josef Bachmann [Sommer 1968], in: HIS-Archiv, SAK 280,08, Mappe 1.

<sup>425</sup>Ebd. sowie Mahler, Horst: Redemanuskript für 1. Mai-Rede 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.

<sup>426</sup> Vortrag Horst Mahler: Solidarisierung u[nd] Protest u[nd] Reaktion der Öffentlichkeit [März 1968], in: HIS-Archiv, SAK 280,08 Mappe 1.

<sup>427</sup> Ebd.

<sup>428</sup> Mahler, Horst: [Korrektur-]Manuskript für die Berliner Zeitung zum Fall Josef Bachmann [Sommer 1968], in: HIS-Archiv, SAK 280,08, Mappe 1.

<sup>429</sup> Ebd.

<sup>430</sup> Horst Mahler zit. nach: SCHINDLER: Kommanditisten, S. 212f.

<sup>431</sup> Mahler, Horst: [Korrektur-]Manuskript für die Berliner Zeitung zum Fall Josef Bachmann [Sommer 1968], in: HIS-Archiv, SAK 280,08, Mappe 1.

<sup>432</sup> Zit. nach: ebd.

<sup>433</sup> Brief Horst Mahler an Heinrich Albertz [August 1966], in: HIS-Archiv, SAK 110, 02.

<sup>434</sup> Zit. nach: GILCHER-HOLTEY: 68er Bewegung, S. 40.

<sup>435</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 76-81.

<sup>436</sup> Vgl. PAULMANN, Volker: Studentenbewegung und NS-Vergangenheit, in: GLIENKE, Stephan Alexander u. a. (Hrsg.): Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 185-211, hier: S. 209-211. Eine Ausnahme stellt die vom SDS konzipierte und hochumstrittene Ausstellung *Ungesühnte Nazijustiz* Ende der 1950er Jahre dar, vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 83. Vgl. weiter zur Beschäftigung der Protestbewegung der 1960er Jahre mit den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft: MAIER, Martin: Von der Aufarbeitung der Vergangenheit zum Totalitarismus? Aus der Literatur über die Studentenbewegung von 1968 und ihr Erinnern an den Nationalsozialismus, in: Website der Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <http://www.bpb.de/162703/von-der-aufarbeitung-der-vergangenheit-zum-totalitarismus>, abgerufen am 30. November 2013. PEGOLOW KAPLAN, Thomas: „Den mörderischen Alltag bei seinem richtigen Namen nennen“. Linke Protestbewegungen, jüdische Remigranten und die Erinnerung an die Massenverbrechen in den 1960er-Jahren, in: ZfG, 62 (2014), Nr. 7/8, S. 600-619. KITTEL, Manfred: „Vergangenheitsbewältigung“ und „68er“-Bewegung. Anmerkungen zum (west-)deutschen und japanischen Fall, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande, 35 (2003), Nr.

2, S. 273-289. SCHMIDT, Christoph: Die Rückkehr der toten Seelen. Die deutsche Studentenbewegung und ihr Umgang mit Auschwitz, in: *Mittelweg* 36, 20 (2011), Nr. 6, S. 67-83.

<sup>437</sup> SCHILDT, Axel: Die Eltern auf die Anklagebank? Zur Thematisierung der NS-Vergangenheit im Generationenkonflikt der bundesrepublikanischen 1960er Jahre, in: CORNELIBEN, Christoph; KLINKHAMMER, Lutz; SCHWENDKER, Wolfgang (Hrsg.): *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt am Main 2003, S. 317-332, hier: S. 325f. Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 84-86.

<sup>438</sup> Zit. nach: BUDE, Heinz: Bilanz der Nachfolge. Die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1992, S. 89. Hierbei kam es zu einer inflationären Verwendung des „Faschismus“-Begriffes, vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 84-86.

<sup>439</sup> Vgl. HAUG, Wolfgang Fritz: Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten, Frankfurt am Main 1967. Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 68-76, hier insbesondere S. 76.

<sup>440</sup> Vgl. ebd., S. 101-103. Vgl. SCHMIDT: *Judenknax*, S. 32-37.

<sup>441</sup> Brief Horst Mahler an Gustav Heinemann vom 26. Januar 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 1. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>442</sup> Manuskript: Vorwort für das Buch von Rauter vom 8. Dezember 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 4. Vgl. RAUTER, Ernst Alexander: *Folterlexikon. Die Kunst der verzögerten Humanschlichtung von Nero bis Westmoreland*. Mit einem Vorwort von Horst Mahler, Hamburg 1969.

<sup>443</sup> Horst Mahler zit. nach: *Der Anwalt der Agitation*, in: CASDORFF/ROHLINGER: *Kreuzfeuer*, S. 264.

<sup>444</sup> Vgl. Mahler, Horst: Manuskript zur Diskussion innerhalb der Novembergesellschaft [Ende 1966], in: HIS-Archiv, SAK 300, 58.

<sup>445</sup> Horst Mahler zit. nach: VESPER: *Bedingungen und Organisation*, S. 104. Ein von Mahler spontan gehaltener Beitrag wurde von der Tagungsleitung als offizielles Schlusswort betrachtet.

<sup>446</sup> Vgl. Mahler: „Ein Unglücksfall“, in: *Der Abend* vom 18. April 1968.

## Anmerkungen Kapitel IV

<sup>1</sup> Mahler, Horst: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“, in: ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): *Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn*, Hamburg 1972.

<sup>2</sup> Vgl. KRAUSHAAR: *Achtundsechzig*, S. 184.

<sup>3</sup> Vgl. ebd.

<sup>4</sup> Vgl. KOENEN: *Jahrzehnt*, S. 183-206. Vgl. KRAUSHAAR: *Achtundsechzig*, S. 183-239, hier: 183f.

<sup>5</sup> RC-Informationsbrief Nr. 18 (1968), in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.

<sup>6</sup> Protokoll Vorstandssitzung RC vom 8. Juni 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220, 03.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ein in den Unterlagen Bernhard Blankes abgelegtes Protokoll der Wochenendtagung trägt den handschriftlichen Vermerk „Vertraulich“, was den Verdacht nährt, dass es sich bei dem Seminar um eine strömungspolitische Veranstaltung handelte, vgl. Protokoll der Wochenendtagung vom 15. Juli 1968 zum Thema „Strategie der antikapitalistischen Bewegung unter den heutigen Bedingungen“, in: APO-Archiv, Ordner 1311, RC Blanke, Interna 67/70. Alle folgenden Zitate zit. nach ebd.

- <sup>9</sup> Vgl. Preuß, Ulrich K.: Politischer Rechenschaftsbericht des Vorstands, in: RC-Bulletin, Nr. 6 (1969) vom 3. April 1969.
- <sup>10</sup> Vgl. SCHUBERT, Karl-Heinz: Zur Geschichte der westberliner Basisgruppen, in: BRUNNER, Johannes u. a. (Hrsg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, Berlin 1988. Vgl. Protokoll RC-Vorstandssitzung vom 20. August 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220, 03.
- <sup>11</sup> Vgl. Berliner Extra-Dienst, Nr. 60 (1968) vom 27. Juli 1968.
- <sup>12</sup> Vgl. SCHUBERT, Karl-Heinz: Zur Geschichte der westberliner Basisgruppen, in: BRUNNER, Johannes u. a. (Hrsg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, Berlin 1988.
- <sup>13</sup> Grußadresse des RC-Vorstands an das ZK der KPC vom 11. März 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 1. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>14</sup> Vgl. Hüpfendes Herz, in: Der Spiegel, Nr. 36 (1968) vom 2. September 1968.
- <sup>15</sup> Vgl. ebd. Die SDAJ war bereits im Mai 1968 in Konkurrenz zum von der Linie des „antiautoritären“ SDS dominierten *Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler* (AUSS) gegründet worden, vgl. HEIMANN, Siegfried: Die Deutsche Kommunistische Partei, in: STÖSS (Hrsg.): Parteienhandbuch, S. 968f.
- <sup>16</sup> Horst Mahler zit. nach: Brief Spiegel-Redaktionsvertretung Berlin an Horst Mahler vom 28. August 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05.
- <sup>17</sup> Brief Horst Mahler an Giangiacomo Feltrinelli vom 2. September 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 4.
- <sup>18</sup> Giangiacomo Feltrinelli (geb. 1926, gest. 1972), italienischer Verleger, militanter Anhänger der antiautoritären Fraktion. Vgl. BALESTRINI, Nanni: Der Verleger, Berlin 1992.
- <sup>19</sup> Ebd.
- <sup>20</sup> Brief Horst Mahler an Carl Guggomos vom 27. September 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 4. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>21</sup> Brief Horst Mahler an B. S. vom 23. September 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 4.
- <sup>22</sup> Horst Mahler zit. nach: Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF/ROHLINGER: Kreuzfeuer, S. 269.
- <sup>23</sup> Brief Horst Mahler an Rudi Dutschke vom 16. Januar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.
- <sup>24</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 125-127.
- <sup>25</sup> Kurzprotokoll der Gesellschafterversammlung am 12. September 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220,02.
- <sup>26</sup> Brief Horst Mahler an Walter Barthel vom 29. November 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 4.
- <sup>27</sup> Brief Horst Mahler an Werner Hofmann vom 21. November 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 4.
- <sup>28</sup> Brief Horst Mahler an Rudi Dutschke vom 16. Januar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06. Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 184.
- <sup>29</sup> Zur Geschichte der DKP vgl. HEIMANN: Die Deutsche Kommunistische Partei, in: STÖSS (Hrsg.): Parteienhandbuch, S. 901-981. Zum Aspekt der soziologischen Herkunft der DKP aus der zerfallenden Protestbewegung vgl. KOENEN: Jahrzehnt, S. 263-276. Die SEW wurde gemäß der Drei-Staaten-Theorie aus der SED Westberlin im Zuge der Neukonstituierung einer kommunistischen Partei in der BRD gegründet.
- <sup>30</sup> Hierbei wurde unter ‚Revisionismus‘ die Entstalisierungsmaßnahmen der orthodoxen kommunistischen Parteien seit 1956 verstanden.
- <sup>31</sup> RPK, Nr. 9 (1969) vom 18. April 1969. Vgl. auch: Sozialistisches Maikomitee: Wie die Revisionisten die theoretische Diskussion der Bündnisfrage führen, in: Agit 883, Nr. 11 (1969) vom 24. April 1969.

- <sup>32</sup> Brief Horst Mahler an SDS-Bundesvorstand vom 8. April 1968, in: HIS-Archiv, SAK 250, 04.
- <sup>33</sup> Vgl. STERN/ HERRMANN: Baader, S. 129.
- <sup>34</sup> Brief Andreas Baader an Horst Mahler vom 15. April 1968, in: HIS-Archiv, SAK 250, 03.
- <sup>35</sup> Brief Andreas Baader an Horst Mahler vom 11. Oktober 1968, in: HIS-Archiv, SAK 250, 03. Vgl. Brief Andreas Baader an Horst Mahler vom 10. Dezember 1968, in: HIS-Archiv, SAK 250, 03.
- <sup>36</sup> Vgl. PETERS, Butz: Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 105-110.
- <sup>37</sup> Mahler, Horst: Vermerk für ein Plädoyer im Brandstifter-Prozeß vom 25. Oktober 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02. Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 111f. Mahlers *Steppenwolf*-Interpretation traf jedoch mehr dessen eigene biographische Entwicklung als die des kleinkriminellen Andreas Baader. Letzterer las den *Steppenwolf* erst während seiner Untersuchungshaft und artikuliert gegenüber Mahler sein Bedürfnis, über die Lektüreerfahrungen sprechen zu wollen, da diese ihn „quält[en]“, vgl. Brief Andreas Baader an Horst Mahler vom 15. Januar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 250, 04.
- <sup>38</sup> Mahler, Horst: Vermerk für ein Plädoyer im Brandstifter-Prozeß vom 25. Oktober 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220, 02.
- <sup>39</sup> Horst Mahler zit. nach: HAUSER, Dorothea: Baader und Herold. Beschreibung eines Kampfes, Reinbek bei Hamburg 2007, S. 150.
- <sup>40</sup> Vgl. Eschens Einschätzung von Mahlers Prozessführung, in: REINECKE: Schily, S. 97. Vgl. die Erinnerungen von Baaders Pflichtverteidiger Klaus Guthke, nach dem Mahler Baader zu radikalen Äußerungen angeleitet habe, in: STERN/HERRMAN: Baader, S. 125.
- <sup>41</sup> Vgl. REINECKE: Schily, S. 97. Vgl. PETERS: Irrtum, S. 108.
- <sup>42</sup> Horst Mahler zit. nach: HAUSER: Herold, S. 150.
- <sup>43</sup> Zit. nach: ebd.
- <sup>44</sup> BAADER, Andreas; ENSSLIN, Gudrun; PROLL, Thorwald; SÖHNLEIN, Horst: Vor einer solchen Justiz verteidigen wir uns nicht. Schlußwort im Kaufhausbrandprozeß (=Voltaire Flugschrift 27), Westberlin 1968, S. 5f. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>45</sup> Vgl. PETERS: Irrtum, S. 114.
- <sup>46</sup> Vgl. ebd., S. 114f.
- <sup>47</sup> Zit. nach: Nach vorn geträumt, in: Der Spiegel, Nr. 46 (1968) vom 11. November 1968. Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 194.
- <sup>48</sup> Zit. nach: Zentraler Ermittlungsausschuss der ASten an FU und TU (Hrsg.): Mahler-Dokumentation, S. 12, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.
- <sup>49</sup> Horst Mahler zit. nach: Nach vorn geträumt, in: Der Spiegel, Nr. 46 (1968) vom 11. November 1968.
- <sup>50</sup> Nach vorn geträumt, in: Der Spiegel, Nr. 46 (1968) vom 11. November 1968. Vgl. Mahler, Horst: Wer ist würdig, in: Der Spiegel, Nr. 46 (1968) vom 11. November 1968.
- <sup>51</sup> Namentlich erwähnte Mahler Kurt Neubauer und Klaus Schütz, vgl. Mahler, Horst: Wer ist würdig, in: Der Spiegel, Nr. 46 (1968) vom 11. November 1968.
- <sup>52</sup> Horst Mahler zit. nach: Nach vorn geträumt, in: Der Spiegel, Nr. 46 (1968) vom 11. November 1968.
- <sup>53</sup> Zit. nach: Zentraler Ermittlungsausschuss der ASten an FU und TU (Hrsg.): Mahler-Dokumentation, S. 12, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.
- <sup>54</sup> Zit. nach: ebd.

- <sup>55</sup> Nach vorn geträumt, in: Der Spiegel, Nr. 46 (1968) vom 11. November 1968. Vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 198.
- <sup>56</sup> Vgl. ebd.
- <sup>57</sup> Vgl. HINCK: Maschinen, S. 210f.
- <sup>58</sup> Berliner Extra-Dienst, Nr. 89 (1968) vom 6. November 1968.
- <sup>59</sup> Christian Semler zit. nach: KOENEN: Jahrzehnt, S. 139.
- <sup>60</sup> Ehrler, Solveig: Demonstration und Gewalt, in: RC-Bulletin, Nr. 3 (1968) vom 7. November 1968
- <sup>61</sup> Erklärung RC-Vorstand, in: RC-Bulletin, Nr. 4 (1968) vom 21. November 1968.
- <sup>62</sup> Regensburger, Marianne: Abweichende Meinung eines Vorstandsmitglieds, in: RC-Bulletin, Nr. 5 (1968) vom 5. Dezember 1968.
- <sup>63</sup> Mahler, Horst: Zu einigen Aspekten der internen Auseinandersetzung, in: RC-Bulletin, Nr. 6 (1968) vom 19. Dezember 1968.
- <sup>64</sup> Vgl. RC-Bulletin, Nr. 2 (1969) vom 23. Januar 1969.
- <sup>65</sup> Kritik der 18 an der Politik des RC-Vorstands, in: RC-Bulletin, Nr. 4 (1969) vom 20. Februar 1969.
- <sup>66</sup> Vgl. Extra über uns. Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969.
- <sup>67</sup> RC-Bulletin, Nr. 3 (1969) vom 6. Februar 1969.
- <sup>68</sup> Vgl. Extra über uns. Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969. Neben Mahler waren Peter Sörgel (amtierender RC-Sekretär) und Solveig Ehrler beteiligt, vgl. Warum eine neue Korrespondenz? Gründungserklärung der „RPK“-Redaktion, in: RPK, Nr. 1 (1969) vom 22. Februar 1969.
- <sup>69</sup> Vgl. Genossenschaftlich, in: Der Abend vom 23. Januar 1969. In einer Gegendarstellung sprach Mahler davon, dass lediglich Walter Barthel tätlich gegen einen vermeintlichen Diebstahl der Abonnementkartei vorgegangen sei, er jedoch von seinen Mitarbeitern im Zaum gehalten worden sei, vgl. Zum Thema: Genossenschaftlich, in: Der Abend vom 24. Januar 1969.
- <sup>70</sup> Vgl. Extra über uns. Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969.
- <sup>71</sup> EHRLER, Solveig: Vorwort, in: REPUBLIKANISCHER CLUB (Hrsg.): Journalismus in der Ausserparlamentarischen Opposition, Westberlin 1969. Das Autorenteam der Broschüre bestand unter anderem aus: Johannes Agnoli, Solveig Ehrler, Wolfgang Lefèvre, Horst Mahler, Peter Sörgel, und Walter Weller.
- <sup>72</sup> Vgl. Extra über uns. Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969.
- <sup>73</sup> AGNOLI, Johannes; MAHLER, Horst: Journalismus in der Außerparlamentarischen Opposition, in: REPUBLIKANISCHER CLUB (Hrsg.): Journalismus in der Ausserparlamentarischen Opposition, Westberlin 1969.
- <sup>74</sup> Wolfgang Lefèvre zit. nach: REPUBLIKANISCHER CLUB (Hrsg.): Journalismus in der Ausserparlamentarischen Opposition, Westberlin 1969.
- <sup>75</sup> Zit. nach: Extra über uns. Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>76</sup> Diesem Redaktionskollektiv gehörten unter anderem die ehemaligen *Heute*-Redakteure Walter Barthel, Carl Guggomos, Martin Buchholz und Hannes Schwenger an, vgl. ebd.
- <sup>77</sup> Vgl. Warum eine neue Korrespondenz? Gründungserklärung der „RPK“-Redaktion, in: RPK, Nr. 1 (1969) vom 22. Februar 1969

<sup>78</sup> Die Redaktion des Gründungsaufrufs bestand unter anderem aus: Solveig Ehrler, den Ad-hoc-Gruppen an den Hochschulen, den Berufsbasisgruppen im RC Berlin, den Betriebsbasisgruppen, dem Internationalen Forschungsinstitut (INFI), dem Zentralen Ermittlungsausschuß der AStA FU und TU (Justizkampagne), vgl. ebd.

<sup>79</sup> Mahler, Horst: [Korrekturmanuskript] Warum eine neue Korrespondenz [Februar 1969], in: SAK 280, 08, Mappe 1.

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> Vgl. KUCKUCK, Margareth: Student und Klassenkampf, Hamburg 1977, S. 100-102.

<sup>82</sup> Warum eine neue Korrespondenz? Gründungserklärung der „RPK“-Redaktion, in: RPK, Nr. 1 (1969) vom 22. Februar 1969. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>83</sup> Extra über uns. Extra-Dienst GmbH: Redaktionskollektiv will „Enteignung“, in: Berliner Extra-Dienst vom 5. Februar 1969.

Vgl. Warum eine neue Korrespondenz? Gründungserklärung der „RPK“-Redaktion, in: RPK, Nr. 1 (1969) vom 22. Februar 1969.

<sup>84</sup> Neben der RPK existierten noch die sich ebenfalls von den „revisionistischen“ Gruppen abgrenzenden anarchistischen, libertär-militanten Zeitschriften *Agit 883*, *Linkecke*, *Charlie Kaputt* und *Radikalinski*, vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 200f.

<sup>85</sup> Vgl. Was lehrt und die Organisationsdebatte?, in: RPK, Nr. 17 (1969) vom 13. Juni 1969.

<sup>86</sup> Vgl. RPK, Nr. 20 (1969) vom 4. Juli 1969.

<sup>87</sup> Vgl. Organisation der Studenten: Rote Zellen, in: RPK, Nr. 35 (1969) vom 17. Oktober 1969. Vgl. auch: Wahlen zum Universitätskonzil, in: RPK, Nr. 37 (1969) vom 31. Oktober 1969.

<sup>88</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an RPK vom 28. Februar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280,06. Vgl. Brief Horst Mahler an RPK vom 14. April 1969, in: HIS-Archiv, SAK 700,06, Box 2. Darin beklagte Mahler den akademischen Duktus der RPK, eine einreißende „Tendenz zum Feuill[e]ton“ sowie den Abdruck von Artikeln in anderen Sprachen. Konkret verlangte Mahler, dass in Zukunft Artikel in eine „verständliche Umgangssprache“ zu übersetzen seien – und diese sei „immer noch deutsch“.

<sup>89</sup> Vgl. Brief von Horst Mahler an Carl Guggomos vom 18. März 1969, in: HIS-Archiv, SAK 700,06, Box 2.

Mahler war zusammen mit Hermann v. Rohde einer der beiden Gesellschafter der neuen GmbH, vgl. Gesellschaftervertrag Rote-Presse-Korrespondenz GmbH, in: HIS-Archiv, SAK 700,06, Box 2.

<sup>90</sup> Die ersten Ausgaben der RPK waren im Verlag von Peter-Paul Zahl erschienen, der allerdings den qualitativen Anforderungen von Mahler und v. Rohde nicht genügen konnte, vgl. Brief Hermann v. Rohde vom 1. Mai 1969, in: HIS-Archiv, SAK 700,06, Box 2. Ab Mai 1969 wurde die RPK dann im *Verlag + Druck Westberlin* gedruckt, vgl. Vertrag zwischen Verlag + Druck Westberlin und RPK GmbH, in: HIS-Archiv, SAK 700,06, Box 2.

<sup>91</sup> Vgl. ALY: Unser Kampf, S. 203-205.

<sup>92</sup> Vgl. KLARSFELD, Beate: Kiesinger. Die Geschichte des PG 2633930. Dokumentation mit einem Vorwort von Heinrich Böll, Darmstadt 1969.

<sup>93</sup> Zit. nach: Die Ohrfeige war ein politischer Akt, in: Der Spiegel, Nr. 47 (1968) vom 18. November 1968.

<sup>94</sup> Vernehmung Beate Klarsfeld vom 6. November 1968, in: HIS-Archiv, SAK 260,08.

<sup>95</sup> Erklärung Beate Klarsfeld, in: HIS-Archiv, SAK 260, 08.

<sup>96</sup> Günter Grass zit. nach: Aly, Götz: Klarsfeld und Kanzler Kiesinger, in: Frankfurter Rundschau vom 28. Februar 2012, URL: <http://www.fr-online.de/meinung/kolumne-klarsfeld-und-kanzler-kiesinger.1472602,11718830.html>, abgerufen am: 31. Oktober 2013.

<sup>97</sup> Zit. nach: Sagte Kiesinger die Wahrheit?, in: HIS-Archiv, SAK 260,08.

<sup>98</sup> Zit. nach: Sagte Kiesinger die Wahrheit?, in: HIS-Archiv, SAK 260,08. Zu Kiesingers NSDAP-Mitgliedschaft vgl. umfassend: GESSERT, Phillip: Kurt Georg Kiesinger. 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 69-87.

<sup>99</sup> Vgl. Urteil gegen Beate Klarsfeld vom 7. November 1968, in: HIS-Archiv, SAK 260,08.

<sup>100</sup> Vgl. Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF/ROHLINGER: Kreuzfeuer, S. 263.

<sup>101</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd.

<sup>102</sup> Vgl. Antrag Vorladung Kiesinger vom 7. November 1968, in: HIS-Archiv, SAK 260,08.

<sup>103</sup> Antrag Vorladung Kiesinger vom 7. November 1968, in: HIS-Archiv, SAK 260,08.

<sup>104</sup> Ebd.

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Vgl. Anträge im Strafverfahren gegen Beate Klarsfeld, in: HIS-Archiv, SAK 260,08-09, alle am 14./15. April 1969 eingereicht. Vgl. auch: Mahler, Horst: Antrag um Strafverfahren gegen Beate Klarsfeld, in: RPK, Nr. 9 (1969) vom 18. April 1969.

<sup>107</sup> Mahler, Horst: Antrag um Strafverfahren gegen Beate Klarsfeld, in: RPK, Nr. 9 (1969) vom 18. April 1969.

<sup>108</sup> In einem 2013 geführten Interview bestätigte Klarsfeld, 1969 erhebliche Differenzen mit Mahler gehabt zu haben, da dieser 1969 eine ablehnende Position gegenüber dem Staat Israel eingenommen hatte, vgl. Interview mit Beate Klarsfeld vom 9. November 2013: Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld: „Das war kein Rachefeldzug“, URL: [http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/1474501/NaziJaegerin-Beate-Klarsfeld\\_Das-war-kein-Rachefeldzug](http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/1474501/NaziJaegerin-Beate-Klarsfeld_Das-war-kein-Rachefeldzug), abgerufen am 30. November 2013.

<sup>109</sup> Vgl. Mahler, Horst: Antrag um Strafverfahren gegen Beate Klarsfeld, in: RPK, Nr. 9 (1969) vom 18. April 1969.

<sup>110</sup> Vgl. Antrag im Strafverfahren gegen Beate Klarsfeld, in: HIS-Archiv, SAK 260,08.

<sup>111</sup> Presseerklärung Horst Mahler vom 17. April 1969, in: HIS-Archiv, SAK 260,08

<sup>112</sup> Strafe für Beate Klarsfeld auf vier Monate Gefängnis herabgesetzt, in: Der Tagesspiegel vom 26. August 1968. Vgl. auch: Mein Mann ist leider verhindert..., in: Der Spiegel, Nr. 36 (1969) vom 1. September 1969.

<sup>113</sup> Vgl. ebd.

<sup>114</sup> Vgl. Interview mit Beate Klarsfeld vom 9. November 2013: Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld: „Das war kein Rachefeldzug“, URL: [http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/1474501/NaziJaegerin-Beate-Klarsfeld\\_Das-war-kein-Rachefeldzug](http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/1474501/NaziJaegerin-Beate-Klarsfeld_Das-war-kein-Rachefeldzug), abgerufen am 30. November 2013.

<sup>115</sup> Hü und Hott, in: Der Spiegel, Nr. 39 (1968) vom 23. September 1968. Vgl. Rundschreiben SDS Tübingen vom 19. November 1968, in: HIS-Archiv, SAK 260, 17.

<sup>116</sup> Vgl. Zur Organisation der Justizkampagne, in: HIS-Archiv, SAK 260, 18. Vgl. zu den Gruppen in der BRD: Anschriftenliste – Justizkampagne, in: HIS-Archiv, SAK 260, 17.

<sup>117</sup> Vgl. Flugblatt des Ermittlungsausschuss beim AStA der FU Berlin: Justiz-Info-Veranstaltung [September 1968], in: HIS-Archiv, SAK 260, 18.

<sup>118</sup> Vgl. Einladung zum Vorbereitungsseminar, in: SDS-Info, Nr. 1 (1968) vom 4. November 1968.

- <sup>119</sup> Diskussionsbeitrag zur Justizkampagne, in: HIS-Archiv, SAK 260, 18.
- <sup>120</sup> Zur Organisation der Justizkampagne, in: HIS-Archiv, SAK 260, 18.
- <sup>121</sup> Vgl. Westberlin: In 15 Monaten fast 1900 Verfahren gegen Anhänger der APO eingeleitet, in: Berliner Extra-Dienst, Nr. 39 (1969) vom 14. Mai 1969.
- <sup>122</sup> Mahler, Horst: [Korrekturmanuskript:] Zur Gründung eines Syndikats kritischer Juristen, in: HIS-Archiv, SAK 260, 18.
- <sup>123</sup> Ebd.
- <sup>124</sup> ESCHEN, Klaus: Das Sozialistische Anwaltskollektiv, in: KRAUSHAAR, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Band 2, Hamburg 2006, S. 957-972, hier: S. 959. Die genaue Adresse war: Meierottostraße 1 in Berlin-Wilmersdorf.
- <sup>125</sup> Vgl. ebd., S. 960
- <sup>126</sup> Mahler, Horst: Hinweise zum Fall M./ R., in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1. Alle folgenden Zitate ebd. Mahler setzte sich dafür ein, dass dieser seiner Ansicht nach exemplarische Fall durch die Justizkampagne popularisiert werden sollte. M. und R. waren zwei Lehrlinge, die Mahler in einem Arbeitsgerichtsprozess (erfolgreich) vertreten hatte. Vgl. Unterlagen zum Fall M./R., in: HIS-Archiv, SAK 226, 01.
- <sup>127</sup> Mahler, Horst: Hinweise zum Fall M./R., in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1.
- <sup>128</sup> Vgl. ESCHEN, Klaus: Das Sozialistische Anwaltskollektiv, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 957.
- <sup>129</sup> Ebd., S. 961.
- <sup>130</sup> Ebd., S. 962.
- <sup>131</sup> Ebd.
- <sup>132</sup> Im HIS-Archiv sind unter der Signatur SAK 300 insgesamt 294 Fälle aufgelistet, in denen Mahler einer der vertretenden Rechtsanwälte war. Ein Großteil der Akten ist gesperrt. Die tatsächliche Zahl der von Mahler übernommenen Mandate dürfte jedoch noch weit höher liegen.
- <sup>133</sup> Horst Mahler zit. nach: Stück im Schrank, in: Der Spiegel, Nr. 13 (1968) vom 25. März 1968. Vgl. Akten des SAK, in: HIS-Archiv, SAK 300.
- <sup>134</sup> Vgl. ebd. Hinzu kamen noch unter anderem die Mandate von: Michael Baumann, Thomas Weißbeker, Johannes Agnoli, Barbara Agnoli, Peter Gäng, Peter Urbach, Ulrich Enzensberger, Wolfgang Lefèvre, Carl Guggomos, Rainer Langhans und alle übrigen Mitglieder der *Kommune I*, Gaston Salvatore, Sebastian Haffner, Ina Siepmann, Bodo Saggel, Hans Werner Henze, Peter Schneider, Christian Semler, Jürgen Horlemann und Manfred Grashof.
- <sup>135</sup> Eschen, Klaus; Mahler, Horst: Schreiben an die Rechtsanwaltskammer Berlin vom 13. März 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 04.
- <sup>136</sup> Vgl. Kurras-Prozeß scheitert am „Robenstreit“, in: FAZ vom 25. April 1969. Die Witwe Ohnesorgs, als deren Prozessbevollmächtigter Mahler in diesem Prozess erschienen war, entzog Mahler daraufhin das Mandat, vgl. Schreiben der Rechtsanwaltskammer Berlin an Horst Mahler betreffend der Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens vom 30. Juli 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 04.
- <sup>137</sup> Eschen, Klaus; Mahler, Horst: Schreiben an die Rechtsanwaltskammer Berlin vom 13. März 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 04.
- <sup>138</sup> Schreiben der Rechtsanwaltskammer Berlin an Horst Mahler betreffend der Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens vom 30. Juli 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 04.
- <sup>139</sup> Anwälte müssen vor Gericht Robe tragen, in: Frankfurter Rundschau vom 26. März 1970.
- <sup>140</sup> Vortrag Horst Mahler: In der Bundesrepublik und in Westberlin herrscht der nicht erklärte Notstand [August 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1.

- <sup>141</sup> Horst Mahler in: Diskussionsbeiträge zur Desertationskampagne, in: RPK, Nr. 29 (1969) vom 5. September 1969. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>142</sup> Vortrag Horst Mahler: In der Bundesrepublik und in Westberlin herrscht der nichterklärte Notstand [August 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1.
- <sup>143</sup> Schreiben Horst Mahler an die Rechtsanwaltskammer Berlin vom 21. April 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 04.
- <sup>144</sup> Zur Geschichte der Justizkampagne, in: RPK, Nr. 23/24 (1969) vom 1. August 1969. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>145</sup> Revolutionäre Berufspraxis für Juristen, in: RPK, Nr. 34 (1969) vom 10. Oktober 1969.
- <sup>146</sup> Zur Funktion der Justizkampagne, in: RPK, Nr. 29 (1969) vom 5. September 1969. Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. auch: Mahler, Horst: [Korrekturmanuskript] Zur Funktion der Justizkampagne, in: HIS-Archiv, SAK 280, 09.
- <sup>147</sup> Protokoll RC-Vorstandssitzung vom 8. November 1969, in: HIS-Archiv, SAK 220, 03. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>148</sup> Offener Brief des SAK, zit. nach: Rote Ritze, rote Skizze, roter Punkt, in: Der Spiegel, Nr. 22 (1970) vom 25. Mai 1970. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>149</sup> Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung am 26 März 1969, in: RC-Bulletin, Nr. 6 (1969) vom 3. April 1969.
- <sup>150</sup> Vgl. Es ist vollbracht, in: Agit 883, Nr. 8 (1969) vom 3. April 1969.
- <sup>151</sup> Zu letzteren zählten sich im März 1969 die in fast allen Westberliner Stadtteilen entstandenen Basisgruppen, die studentischen Ad-hoc-Gruppen, Betriebs- und Schülergruppen, die Asten der FU und der TU Berlin, der RC, SDS, SHB, LSD, Teile der SJD, „Spartakus und Rote Garden“, vgl. RC-Bulletin, Nr. 7 (1969) vom 29. April 1969. Die „antirevisionistische“ 1. Mai-Kundgebung fand unter anderem unter den Parolen: „Für ein rotes Vietnam“, „Gegen die Klassenjustiz“, „Für eine rote Universität“, „Widerstand und Organisation der Basis“ sowie „Kampf dem Revisionismus“ statt. Vgl. RPK, Nr. 10 (1969) vom 25. April 1969.
- <sup>152</sup> Vgl. RC-Bulletin, Nr. 7 (1969) vom 29. April 1969.
- <sup>153</sup> Vgl. Rücktrittserklärung Randolph Lochmann, in: RC-Bulletin, Nr. 1 (1970) vom 13. März 1970.
- <sup>154</sup> Vgl. RC-Bulletin, Nr. 8 (1969) vom 28. Mai 1969.
- <sup>155</sup> Vgl. Rücktrittserklärung Randolph Lochmann, in: RC-Bulletin, Nr. 1 (1970) vom 13. März 1970.
- <sup>156</sup> Konkret sollte dies bedeuten, Räume für Veranstaltungen und Treffen bereitzustellen sowie finanzielle Unterstützung zu leisten, vgl. RC-Bulletin, Nr. 8 (1969) vom 28. Mai 1969.
- <sup>157</sup> Vgl. RC-Bulletin, Nr. 8 (1969) vom 28. Mai 1969.
- <sup>158</sup> Vgl. RPK, Nr. 20 (1969) vom 4. Juli 1969. Vgl. RC-Bulletin, Nr. 9 (1969) vom 4. Juli 1969.
- <sup>159</sup> Vgl. Merkwürdige Gepflogenheiten, in: Agit 883, Nr. 17 (1969) vom 5. Juni 1969.
- <sup>160</sup> Vgl. RC-Bulletin, Nr. 8 (1969) vom 28. Mai 1969. Vgl. RPK, Nr. 22 (1969) vom 18. Juli 1969.
- <sup>161</sup> Vgl. Protokoll RC-Vorstandssitzung vom 13. September 1969, in: HIS-Archiv, SAK 220, 03.
- <sup>162</sup> Vgl. Großer Topf, in: Der Spiegel, Nr. 30 (1969) vom 21. Juli 1969. Zur Geschichte der Wehrdienstverweigerung in der BRD vgl. MÖHLE, Volker; RABE, Christian: Kriegsdienstverweigerer in der BRD. Eine empirisch-analytische Studie zur Motivation der Kriegsdienstverweigerer in den Jahren 1957-1971, Opladen 1972.
- <sup>163</sup> Vgl. RC-Informationsbrief, Nr. 1 (1967), in: HIS-Archiv, SAK 220,01.
- <sup>164</sup> Vgl. RC-Informationsbrief, Nr. 7 (1967), in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

- <sup>165</sup> Vgl. Protokoll Vorstandssitzung RC vom 2. September 1967, in: HIS-Archiv, SAK 220, 03.
- <sup>166</sup> Vgl. [Internes Papier der NG ohne Titel vom Sommer 1968], in: HIS-Archiv, SAK 260, 10.
- <sup>167</sup> Planung Bundeswehrkampagne [Herbst 1968], in: HIS-Archiv, SAK 260, 10. Vgl. Flugblatt „Westberlin – Deine Chance“, in: HIS-Archiv, SAK 260, 10.
- <sup>168</sup> Brief Jörg Huffschmid an Horst Mahler vom 22. Oktober 1968, in: HIS-Archiv, SAK 260, 10.
- <sup>169</sup> Horst Mahler zit. nach: Der Anwalt der Agitation, in: CASDORFF/ ROHLINGER: Kreuzfeuer, S. 265.
- <sup>170</sup> Rückzug der APO, in: Die Zeit, Nr. 33 (1969) vom 15. August 1969. Vgl. Haftbefehl gegen Manfred Grashof vom 24. Juli 1968, in: HIS-Archiv, SAK 260, 10.
- <sup>171</sup> Vgl. Brief Manfred Grashof an Horst Mahler vom 10. August 1968, in: HIS-Archiv, SAK 260, 10. Darauf hatte Mahler für ein Antwortschreiben notiert: „Ich kann Ihnen leider nicht helfen. Ich empfehle Ihnen, sich an einen Kollegen in Lübeck zu wenden.“
- <sup>172</sup> Vgl. Rückzug der APO, in: Die Zeit, Nr. 33 (1969) vom 15. August 1969. Vgl. Klage Manfred Grashof gegen das Land Berlin, in: HIS-Archiv, SAK 260, 10.
- <sup>173</sup> SAK zit. nach: MAHLER, Horst u. a. (Hrsg.): Big Lift oder Freiheit für die Deserteure (=Voltaire Flugschrift 25), Berlin 1969, S. 21.
- <sup>174</sup> Vgl. RC-Bulletin, Nr. 8 (1969) vom 28. Mai 1969.
- <sup>175</sup> Vgl. Agit 883, Nr. 22 (1969) vom 10. Juli 1969.
- <sup>176</sup> Vgl. Protokoll der RC-Vorstandssitzung vom 21. Dezember 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220,03.
- <sup>177</sup> Großer Topf, in: Der Spiegel, Nr. 30 (1969) vom 21. Juli 1969.
- <sup>178</sup> Vgl. Personalien, in: Der Spiegel, Nr. 29 (1969) vom 14. Juli 1969. Vgl. Einladung zur Pressekonferenz vom 1. Juli 1969, in: HIS-Archiv, SAK 260, 10.
- <sup>179</sup> Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 335f.
- <sup>180</sup> Offener Brief Horst Mahlers an den Alliierten Kontrollrat sowie die Botschaften der UdSSR und der DDR vom 4. Juli 1969, in: MAHLER: Big Lift, S. 21f. Auch in: HIS-Archiv, SAK 260, 10. Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 335.
- <sup>181</sup> Ebd.
- <sup>182</sup> Vgl. Rückzug der APO, in: Die Zeit, Nr. 33 (1969) vom 15. August 1969.
- <sup>183</sup> Vgl. Jetzt beginnt der Widerstand gegen Bonns Griff nach Westberlin, in: RPK, Nr. 23/24 (1969) vom 1. August 1969.
- <sup>184</sup> Ebd.
- <sup>185</sup> Vgl. Rückzug der APO, in: Die Zeit, Nr. 33 (1969) vom 15. August 1969.
- <sup>186</sup> Vgl. Agit 883, Nr. 29 (1969) vom 28. August 1969.
- <sup>187</sup> Vgl. Agit 883, Nr. 25 (1969) vom 31. Juli 1969. Tatsächlich hatte das SAK Strafanzeige gegen Neubauer wegen „Menschenraubes“ gestellt, das Ermittlungsverfahren wurde jedoch zügig eingestellt, vgl. Brief Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin an SAK vom 28. August 1969, in: HIS-Archiv, SAK 260, 10.
- Die Desertationskampagne wurde von folgenden Organisationen unterstützt: IdK, RC, SDS, SHB, LSW, AStA TU, AStA FU, RPK und VDS.
- <sup>188</sup> Rede Horst Mahler anlässlich der Bekanntgabe der Stellungnahme der Alliierten [Sommer 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>189</sup> Vgl. unter anderem Das Ausfliegen ist rechtmäßig, in: FAZ vom 9. August 1969.
- <sup>190</sup> Rückzug der APO, in: Die Zeit, Nr. 33 (1969) vom 15. August 1969.

- <sup>191</sup> Der antiimperialistische und antirevisionistische Kampf der sozialistischen Opposition in Westberlin, in: RPK, Nr. 25/26 (1969) vom 5. August 1969.
- <sup>192</sup> Vgl. ebd.
- <sup>193</sup> Vgl. Verschleppung der Deserteure, in: RPK, Nr. 25/26 (1969) vom 5. August 1969. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>194</sup> Mahler, Horst: Zu einigen Aspekten des Westberlin-Problems, in: RPK, Nr. 27/28 (1969) vom 29. August 1969. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>195</sup> Vgl. Rückzug der APO, in: Die Zeit, Nr. 33 (1969) vom 15. August 1969. Vgl. auch: Mahler, Horst: [Manuskript:] Zum rechtlichen Status Berlins, in: HIS-Archiv, SAK 280, 10.
- <sup>196</sup> Vgl. BIRKE, Peter: Der Eigen-Sinn der Arbeitskämpfe. Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik vor und nach 1969, in: GEHRKE, Bernd; HORN, Gerd-Rainer (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg 2007, S. 53-75, hier: 64-66.
- <sup>197</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 266-271.
- <sup>198</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 186.
- <sup>199</sup> Vgl. Einige Lehren aus den Streiks, in: RPK, Nr. 31 (1969) vom 19. September 1969. Vgl. Streik in Westdeutschland, in: RPK, Nr. 30 (1969) vom 12. September 1969. Vgl. RPK, Nr. 32 (1969) vom 26. September 1969.
- <sup>200</sup> Die Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD und die Bundestagswahl 1969, in: RPK, Nr. 33 (1969) vom 3. Oktober 1969. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>201</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 185. Unter anderem nahm die neue Bundesregierung Impulse der Protestbewegung im Bereich der Bildungspolitik auf und legte ein Amnestiegesetz für Straftaten vor, die im Zusammenhang mit „APO-Delikten“ begangen worden waren, in dessen Rahmen auch Mahlers zehntonatige Bewährungsstrafe erlassen wurde.
- <sup>202</sup> Die RPK-Arbeitskonferenz war das letzte gemeinsame Treffen der verschiedenen „antirevisionistischen“ Strömungen, vgl. HINCK: Maschinen, S. 140-144.
- <sup>203</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 188.
- <sup>204</sup> Vgl. SCHUBERT, Karl-Heinz: Zur Geschichte der westberliner Basisgruppen, in: BRUNNER, Johannes u. a. (Hrsg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, Berlin 1988.
- <sup>205</sup> Vgl. RPK, Nr. 41 (1969) vom 28. November 1969.
- <sup>206</sup> Informationen zur Arbeitskonferenz der RPK, in: HIS-Archiv, SAK 700, 06, Box 2.
- <sup>207</sup> Vgl. Mahler, Horst: Vermerk zum Artikel der „ML-Fraktion“ in der RPK, in: HIS-Archiv, SAK 280, 10. Vgl. Mahler, Horst u. a.: Entwurf eines offenen Briefes des SAK [Oktober/November 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 10.
- <sup>208</sup> Ebd.
- <sup>209</sup> Mahler, Horst u. a.: Entwurf eines offenen Briefes des SAK [Oktober/November 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 10.
- <sup>210</sup> Vgl. SCHUBERT, Karl-Heinz: Zur Geschichte der westberliner Basisgruppen, in: BRUNNER, Johannes u. a. (Hrsg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, Berlin 1988.
- <sup>211</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 191-193. Bereits rund ein Jahr zuvor war zum Jahreswechsel in Hamburg die KPD/ML gegründet worden, deren Führungsfiguren aus oppositionellen maoistischen Ex-Mitgliedern der 1956 verbotenen KPD bestand und die in den weiteren Fraktionskämpfen zumindest innerhalb der Westberliner „antirevisionistischen“ Linken kaum eine Rolle spielte. Die weiteren Produkte dieses Fraktionierungsprozesses in Westberlin waren die aus der Betriebs- bzw. Basisgruppe *Projektgruppe Elektroindustrie* (PEI) hervorgegangene *Proletarische Linke/Parteinitiative* (PL/PI),

- gegründet im Juli 1970), der aus der *ML-Fraktion* (vornehmlich an der FU Berlin) hervorgegangene *Kommunistische Bund/ML* (gegründet im Mai 1970, nicht zu verwechseln mit dem norddeutschen *Kommunistischen Bund*, der sich aus Hamburger Gruppen rekrutierend, später auch überregionale Wirkung entfalten konnte) und die vor allem aus den *Roten Zellen* heraus gegründete KPD/AO (März 1970). Lediglich die KPD/AO konnte eine, wenngleich begrenzte, überregionale Wirkung entfalten, vgl. KOENEN: Jahrzehnt, S. 280-309. Vgl. RPK, Nr. 43/44/45 (1969) vom 19. Dezember 1969.
- <sup>212</sup> Vgl. Einige Bemerkungen von „883“ zur Polemik der ML-Gruppe, in: Agit 883, Nr. 36 (1969) vom 16. Oktober 1969.
- <sup>213</sup> Vgl. RPK, Nr. 49 (1970) vom 22. Januar 1970. Vgl. auch die unterzeichnenden Gruppen der „Solidaritätsadresse“ für Horst Mahler: Komitee für Genossenhilfe, Rote Zellen, Harzer Gruppen (unter anderem PEI), ML Westberlin, Ruhrkampagne, in: RPK, Nr. 49 (1970) vom 22. Januar 1970.
- <sup>214</sup> Vgl. An der Spitze, in: Der Spiegel, Nr. 28 (1968) vom 8. Juli 1968. Vgl. REINECKE: Schily, S. 105.
- <sup>215</sup> Zit. nach: An der Spitze, in: Der Spiegel, Nr. 28 (1968) vom 8. Juli 1968. Vgl. REINECKE: Schily, S. 105.
- <sup>216</sup> Vgl. An der Spitze, in: Der Spiegel, Nr. 28 (1968) vom 8. Juli 1968. Vgl. Zentraler Ermittlungsausschuss der ASten an FU und TU (Hrsg.): Mahler-Dokumentation, S. 6f, in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.
- <sup>217</sup> Zit. nach: Zivilklage gegen Horst Mahler, zit. nach: ebd., S. 8.
- <sup>218</sup> Vgl. In dubio pro Springer, in: EXTRA-DIENST (Hrsg.): Der Mahler-Prozess: Freispruch für Springer?, Westberlin 1970, S. 16.
- <sup>219</sup> An der Spitze, in: Der Spiegel, Nr. 28 (1968) vom 8. Juli 1968.
- <sup>220</sup> Vom Rechtsanwalt zum Revolutionär, in: Die Zeit, Nr. 10 (1971) vom 5. März 1971. In einem Anschlussverfahren reduzierte das Gericht die Summe auf 118.000 DM, im Juli 1970 weiter auf 75.884 DM, vgl.: Mahler soll 75 000 Mark zahlen, in: Berliner Zeitung vom 1. Juli 1970. Vgl. Brief Horst Mahler an Landgericht Berlin vom 19. März 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 01.
- <sup>221</sup> Vgl. Anzeige Axel Springer GmbH gegen Horst Mahler am 17. April 1968, in: HIS-Archiv, SAK 240, 08.
- <sup>222</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 4. Februar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280,01.
- <sup>223</sup> Vgl. ebd.
- <sup>224</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an das Landgericht Berlin vom 19. März 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 01. Vgl. Beschluß in der Strafsache Horst Mahler wegen Landfriedensbruch vom 14. Juli 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 01. Vgl. Ladung Horst Mahler vom 25. September 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 01.
- <sup>225</sup> Vgl. Brief Kurt Groenewold an Landgericht Berlin vom 20. November 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 01.
- <sup>226</sup> Vgl. Portrait eines Zeugen (II), in: EXTRA-DIENST (Hrsg.): Der Mahler-Prozess: Freispruch für Springer?, Westberlin 1970, S. 3.
- <sup>227</sup> Zit. nach: ebd.
- <sup>228</sup> RPK, Nr. 49 (1970) vom 22. Januar 1970.
- <sup>229</sup> Ebd.
- <sup>230</sup> Vgl. Bachmann gibt zu: Bild hat mitgeschossen, in: EXTRA-DIENST (Hrsg.): Der Mahler-Prozess: Freispruch für Springer?, Westberlin 1970, S. 6.
- <sup>231</sup> Vgl. Antrag auf Aussagegenehmigung für Klaus Schütz vom 10. Dezember 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 01.

<sup>232</sup> Vgl. Wortprotokoll Befragung Klaus Schütz am 9. Februar 1970, in: HIS-Archiv, SAK 280, 01.

<sup>233</sup> Horst Mahler zit. nach: Schütz als Zeuge: „Fühlen Sie sich geohrfeigt“, in: EXTRA-DIENST (Hrsg.): Mahler-Prozess: Freispruch für Springer?, Westberlin 1970, S. 5.

<sup>234</sup> Horst Mahler zit. nach: Zeuge Springer, in: ebd., S. 11.

<sup>235</sup> Vortrag Horst Mahler: In der Bundesrepublik und in Westberlin herrscht der nichterklärte Notstand [August 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1.

<sup>236</sup> Horst Mahler zit. nach: RPK, Nr. 55 (1970) vom 6. März 1970.

<sup>237</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd.

<sup>238</sup> Vgl. ebd.

<sup>239</sup> Vor dem Urteil im Mahler-Prozess, in: EXTRA-DIENST (Hrsg.): Der Mahler-Prozess: Freispruch für Springer?, Westberlin 1970, S. 15.

<sup>240</sup> Vgl. In dubio pro Springer, in: EXTRA-DIENST (Hrsg.): Der Mahler-Prozess: Freispruch für Springer?, Westberlin 1970, S. 16.

<sup>241</sup> „Lob des Revolutionärs  
Wenn die Unterdrückung zunimmt  
Werden viele entmutigt  
Aber sein Mut wächst.

Viele sind zu viel  
Wenn sie fort sind, ist es besser  
Aber wenn er fort ist, fehlt er

Er organisiert seinen Kampf  
Um den Lohngroschen, um das Teewasser  
Und um die Macht im Staat.  
Er fragt das Eigentum:  
Woher kommst du?  
Er fragt die Ansichten:  
Wem nützt ihr?

Wo immer geschwiegen wird  
Dort wird er sprechen  
Und wo Unterdrückung herrscht und von  
Schicksal die Rede ist  
Wird er die Namen nennen.

Wo er sich zu Tisch setzt  
Setzt sich die Unzufriedenheit zu Tisch  
Das Essen wird schlecht  
Und als eng wird erkannt die Kammer.

Wohin sie ihn jagen, dorthin  
Geht der Aufruhr, und wo er verjagt ist  
Bleibt die Unruhe doch.“

In: Brief Otto Schily an Horst Mahler vom 19. März 1970, in: HIS-Archiv, SAK 280, 01.

<sup>242</sup> Brief Heinrich Hannover an Horst Mahler vom 23. März 1970, in: HIS-Archiv, SAK 280, 01.

<sup>243</sup> Vgl. Prozess gegen Horst Mahler, in: RPK, Nr. 38 (1969) vom 7. November 1969.

- <sup>244</sup> Warum muss Genosse Mahler für 2 Jahre und 11 Monate in's Zuchthaus?, in Agit 883, Nr. 39 (1969) vom 6. November 1969.
- <sup>245</sup> Vgl. RPK, Nr. 49 (1970) vom 22. Januar 1970.
- <sup>246</sup> Ebd.
- <sup>247</sup> Vgl. Agit 883, Nr. 53 (1970) vom 13. März 1970.
- <sup>248</sup> Berliner Zeitung, zit. nach: ebd.
- <sup>249</sup> RPK, Nr. 51 (1970) vom 6. Februar 1970.
- <sup>250</sup> RPK, Nr. 54 (1970) vom 27. Februar 1970.
- <sup>251</sup> Zit. nach: RPK, Nr. 55 (1970) vom 6. März 1970.
- <sup>252</sup> Vgl. ebd.
- <sup>253</sup> Redebeitrag „Rote Hilfe (Komitee für Genossenhilfe)“ auf der Demonstration am 7. März 1970, in: RC-Bulletin, Nr. 1 (1970) vom 13. März 1970.
- <sup>254</sup> Agit 883, Nr. 54 (1970) vom 26. März 1970.
- <sup>255</sup> Vgl. Vom Rechtsanwalt zum Revolutionär, in: Die Zeit, Nr. 10 (1971) vom 5. März 1971.
- <sup>256</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 194.
- <sup>257</sup> Vgl. ebd., S. 188-233, zum Gründungshintergrund der RAF vgl. S. 206f.
- <sup>258</sup> Vortrag Horst Mahler: In der Bundesrepublik und in Westberlin herrscht der nicht erklärte Notstand [August 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>259</sup> Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 116.
- <sup>260</sup> Vortrag Horst Mahler: In der Bundesrepublik und in Westberlin herrscht der nicht erklärte Notstand [August 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1.
- <sup>261</sup> Ebd.
- <sup>262</sup> Ebd.
- <sup>263</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 159f.
- <sup>264</sup> Mahler, Horst: Zu einigen Aspekten des Westberlin-Problems, in: RPK, Nr. 27/28 (1969) vom 29. August 1969. Zusatzantrag von Horst Mahler, in: RC-Bulletin, Nr. 4 (1969) vom 20. Februar 1969.
- <sup>265</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 153-161. So schrieb die RPK Ende 1970 beispielweise: „Dagegen ging der US-Imperialismus mit einer konterevolutionären Strategie vor, die die Hauptträger des deutschen Imperialismus und Hauptschuldigen des Weltkrieges zunächst durch die Kollektivschuldtheorie entlastete, um sich später mit ihnen zu verbünden.“ In: Rote Zelle Germanistik: Die Seminare des Sozialistischen Studiums der Roten Zelle Germanistik WS 1970/71, in: RPK, Nr. 88 (1970) vom 30. Oktober 1970, zit. nach: BENICKE: Adorno zu Mao, S. 158.
- <sup>266</sup> Brief Horst Mahler an Rudi Dutschke vom 16. Januar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.
- <sup>267</sup> KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 81.
- <sup>268</sup> Zit. nach: ebd., S. 87f.
- <sup>269</sup> Vgl. ebd., S. 88.
- <sup>270</sup> Vgl. LÖNNENDONKER/RABEHL/STAADT: SDS, S. 382. Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang; REEMTSMA, Jan Philipp; WIELAND, Karin: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2007.
- <sup>271</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 88. Der Kaufhausbrandstiftung waren jedoch bereits andere Versuche militanter Aktionen vorausgegangen: Im Februar 1968 hatten Rudi Dutschke und Bahman Nirumand versucht, im Anschluss an den *Internationalen Vietnamkongress* zur Unterstützung der FNL

den Sendemasten eines US-amerikanischen Soldatensenders zu sprengen. Der Sprengsatz, mit dem die beiden bis nach Frankfurt am Main reisten, stammte vom VS-Mitarbeiter Peter Urbach. Dutschke und Nirumand brachen unter dem Eindruck einer Festnahme den Versuch jedoch ab, vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 185. Im März 1968 wurde im obersten Stockwerk des Kriminalgerichts Moabit während der Verhandlung gegen Fritz Teufel und Dieter Kunzelmann ein Molotowcocktail mit Zeitzündler zur Explosion gebracht und verursachte einen geringen Sachschaden, vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 261. Vgl. auch KOENEN: Vesper, Ensslin, Baader, S. 145f.

<sup>272</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 88.

<sup>273</sup> Vgl. Erklärung RC-Vorstand, in: RC-Bulletin, Nr. 4 (1968) vom 21. November 1968.

<sup>274</sup> Vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 317-319. Vgl. BAUMANN: Wie alles anfing, S. 42.

<sup>275</sup> Vgl. Protokoll der RC-Vorstandssitzung vom 21. Dezember 1968, in: HIS-Archiv, SAK 220,03.

<sup>276</sup> Zit. nach: März-Aufstand, in: Der Spiegel, Nr. 1 (1969) vom 6. Januar 1969.

<sup>277</sup> Zusatzantrag von Horst Mahler, in: RC-Bulletin, Nr. 4 (1969) vom 20. Februar 1969.

<sup>278</sup> Agit 883, Nr. 4 (1969) vom 6. März 1969. Auch wenn die *Agit 883* mit der Bezeichnung „Nazi“ wenig wählerisch umging, war hier wohl nicht der dann tatsächlich (knapp) gewählte Gustav Heine-mann sondern dessen Gegenkandidat Gerhard Schröder (CDU) gemeint, der sowohl Mitglied der NSDAP als auch der SA gewesen war.

<sup>279</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 89. Dort weiter: „Im Begriff der Militanz kommt einerseits eine Zuspitzung des Gewaltbegriffs und andererseits eine ins Habituelle übergehende Ablösung von der konkreten Form einer Gewalttätigkeit zum Ausdruck. Ein Militanter drückt bereits in seiner Haltung Gewaltbereitschaft aus. In ihr vereinigen sich Stolz, Selbstbewusstsein und Entschlossenheit. Seine vorrangige Artikulationsform ist die Körpersprache. Deshalb tritt auch seine Art sich zu kleiden in den Vordergrund. Militanz – selbst ohne dass sie in actu tritt – beinhaltet nicht zuletzt eine ästhetische Dimension.“

<sup>280</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 213-218. Zur Entstehung der Tupamaros Westberlin vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Die Tupamaros West-Berlin, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 512-530.

<sup>281</sup> Vgl. ebd., S. 517-521.

<sup>282</sup> Dort war der Bewegungsaktivist Reinhard Wetter inhaftiert, vgl. ENZENSBERGER: Kommune I, S. 341. In Ebrach waren unter anderem Dieter Kunzelmann, Ina Siepmann, Fritz Teufel, Georg v. Rauch, Thomas Weißbecker, Baader, Ensslin, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Rolf Heißler sowie Rolf Pohle anwesend.

<sup>283</sup> Vgl. Kommt zur roten Knastwoche nach Ebrach, in: Agit 883, Nr. 22 (1969) vom 10. Juli 1969.

<sup>284</sup> Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 232-235.

<sup>285</sup> Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Die Tupamaros West-Berlin, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 519.

<sup>286</sup> BAUMANN: Wie alles anfing, S. 74. Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 237.

<sup>287</sup> Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.

<sup>288</sup> Schalom + Napalm, in: Agit 883, Nr. 40 (1969) vom 13. November 1969. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>289</sup> Presseerklärung des RC vom 11. November 1969, in: Agit 883, Nr. 40 (1969) vom 13. November 1969. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>290</sup> Der Club und die Bombe, in: RC-Bulletin [November 1969], S. 6, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

<sup>291</sup> Brief des Republikanischen Clubs an den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde vom 12. November 1969, in: RC-Bulletin [November 1969], S. 7, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

<sup>292</sup> In einer Diskussion über den missglückten Anschlag habe man Mahler entgegnet: „Ja, wenn du so genau Bescheid weißt über den richtigen Einsatz von Gewalt, warum machst du’s dann nicht?“ Mahler zit. nach: Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: *Die Zeit*, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997. Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 260.

<sup>293</sup> „Ich wußte, wer sie [die Bombe, Anm. d. Verf.] dorthin gebracht hatte, und habe das aufs heftigste kritisiert – genau mit dieser Erinnerung an das, wo wir herkommen.“ Mahler zit. nach: Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: *Die Zeit*, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.

<sup>294</sup> Zwar finden sich für diesen Zeitraum außer der von Mahler mindestens mitgetragenen Positionierung des RC-Vorstandes keine offen antizionistische Veröffentlichung von diesem, doch sowohl sein damaliger Rechtsanwalt Otto Schily als auch Mahlers Mandantin Beate Klarsfeld erinnerten sich an eine deutlich antizionistische Position Mahlers, vgl. REINECKE: Schily, S. 117. Vgl. Interview mit Beate Klarsfeld vom 9. November 2013: Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld: „Das war kein Rachefeldzug“, URL: <http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/1474501/NaziJaegerin-Beate-Klarsfeld-Das-war-kein-Rachefeldzug>, abgerufen am 30. November 2013. In einem Interview mit Michel Friedman erläuterte Mahler seine damalige Position wie folgt: „Damals [in den 1960er Jahren, Anm. d. Verf.] war das, was Sie jetzt unter Antijudaismus verstehen, der Antizionismus und die Kritik an der Politik Israels als eines jüdischen Staates im Verhältnis zu seinen Nachbarn. Das war für uns präsent, und insoweit sind wir dann in der Kritik an den Juden sehr weit gegangen für damalige Verhältnisse. Ich muss Ihnen sagen, weswegen ich dann praktisch in diese Entwicklung RAF eingetreten bin, weil im Jüdischen Gemeindehaus am 9. November 1969 eine Plastikbombe [...] gefunden wurde. [...] Und eine Gruppe [die *Tupamaros Westberlin*, Anm. d. Verf.], die ich kannte, hat sie dort deponiert, um gegen Israel zu demonstrieren. Und dann habe ich gesagt: ‚Das geht nicht, das ist ein völlig falscher Weg. Mit unserer Vergangenheit können wir das nicht machen.‘ Und dann habe ich als meine Vorstellungen entwickelt, wie man es machen müsste, und dann hat mein Gesprächspartner gesagt: ‚Ja, wenn Du es so weißt, warum tust Du es nicht?‘ Das war für mich praktisch zwingend ein Befehl, es zu tun.“ In: So spricht man mit Nazis, in: *Vanity Fair*, Nr. 45 (November 2007).

<sup>295</sup> Zu einer orthodox marxistisch-leninistischen Analyse des Antisemitismus vgl. MOHRMANN, Walter: Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Ostberlin 1972.

<sup>296</sup> Zit. nach: Der Imperialismus und der Nahost-Konflikt [Teil 1], in: RPK, Nr. 38 (1969) vom 7. November 1969; Der Imperialismus und der Nahost-Konflikt [Teil 2], in: RPK, Nr. 39 (1969) vom 14. November 1969. Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. Was ist Antisemitismus, in: *Agit 883*, Nr. 41 (1969) vom 20. November 1969.

<sup>297</sup> Gerade jedoch auch die stereotype proisraelische Position, die mitunter bewundernde Formen annehmen konnte, war ein Indiz dafür, dass die Haltung der politischen Linken nach 1945 auch von Befangenheit und latenten Schuldgefühlen geprägt war. Vgl. hierzu: STERN, Frank: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991. Vgl. HANLOSER, Gerhard: Bundesrepublikanischer Linksradikalismus und Israel. Antifaschismus und Revolutionismus als Tragödie und als Farce, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, Nr. 33 (2005), Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, Göttingen 2005, S. 170-210, hier: S. 187. Für die SPD und den SDS vgl.: SCHMIDT: *Judenknax*, S. 19-22 und S. 37f. Vgl. STEIN: *Israelkritik*, S. 43-45.

<sup>298</sup> Vgl. SCHMIDT: *Judenknax*, S. 38.

<sup>299</sup> Zum Antisemitismus in der BRD in den 1950er und 1960er Jahren vgl. SILBERMANN, Alphons: Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982, S. 62-71. Vgl. SCHMIDT: *Judenknax*, S. 41. Timo STEIN hingegen terminiert die

beginnende Entfremdung der radikalen Linken und Israels mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen der BRD mit Israel, vgl. STEIN: Israelkritik, S. 45.

<sup>300</sup> Wenngleich sich bereits in den Medien der KPD der 1920er Jahre antizionistische bzw. antisemitische Positionen feststellen lassen (s. u.), vgl. KISTENMACHER: Schuldabwehr, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE; ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II, S. 51-60.

<sup>301</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 41f.

<sup>302</sup> SDS-Bundesvorstand zit. nach: FICHTER/LÖNNENDONKER: Kleine Geschichte des SDS, S. 163. Die *Palestine Liberation Organisation* (PLO) hatte es zudem geschickt verstanden, ihre eigene antizionistische bzw. antisemitische Position gegenüber Israel in den Kontext eines sozialrevolutionären Antimperialismus einzubetten und so um Sympathien bei der europäischen Linken geworben, vgl. STEIN: Israelkritik, S. 139. Vgl. KLOKE, Martin: Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus, in: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 163-196, hier: S. 170-172.

<sup>303</sup> Vgl. MEINHOF, Ulrike: Drei Freunde Israels, in: RÖHL, Bettina u. a. (Hrsg.): Ulrike Marie Meinhof. Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken (Neuausgabe), Berlin 1992, S. 100-104.

<sup>304</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 42.

<sup>305</sup> Vgl. RC-Informationsbrief Nr. 7 (1967), in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

<sup>306</sup> Offener Brief von Wolfgang Abendroth, zit. nach: KLOKE: Israel und die deutsche Linke, S. 116.

<sup>307</sup> SDS-Bundesvorsitzender Reimut Reiche, zit. nach: Antizionismus. '68 – What's left?, in: Konkret, Nr. 9 (2008), S. 24f, hier: S. 24.

<sup>308</sup> Zit. nach: KLOKE: Israel und die deutsche Linke, S. 125.

<sup>309</sup> Ebd.

<sup>310</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 45.

<sup>311</sup> Vgl. ebd.

<sup>312</sup> Bild-Zeitung vom 8. Juni 1967, zit. nach: GERLACH, Daniel: Die doppelte Front. Die Bundesrepublik Deutschland und der Nahostkonflikt. 1967-1973, Berlin 2006, S. 87.

<sup>313</sup> Vgl. BERGMANN: Antisemitismus in Deutschland, in: SALZBORN (Hrsg.): Antisemitismus, S. 61f. Vgl. auch: BERGMANN, Werner; ERB, Rainer: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung 1946-1989, Opladen 1991, S. 182.

<sup>314</sup> SILBERMANN: Sind wir Antisemiten, S. 63-71. Vgl. SALLEN, Herbert: Zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse der empirischen Antisemitismusforschung, Frankfurt am Main 1977.

<sup>315</sup> Vgl. FICHTER, Tilman: Der Staat Israel und die Neue Linke in Deutschland, in: SCHNEIDER, Karlheinz; SIMON, Nikolaus (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Berlin 1987, S. 81-98, hier: S. 92. Vgl. MARCUSE, Herbert: Für eine gemeinsame Front, in: VOGT, Ernst: Israel. Kritik von links. Dokumentation einer Entwicklung, Wuppertal 1976, S. 131. Vgl. Améry, Jean: Der ehrbare Antisemitismus, in: Die Zeit, Nr. 30 (1969) vom 25. Juli 1969.

<sup>316</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 50.

<sup>317</sup> Die *Palästina-Komitees* wurde im Laufe des Jahres 1969 zu den zentralen Stellen antizionistischer Agitation in der BRD und konnten in der allgemeinen Zerfallsphase der Protestbewegung seit Ende 1968 einen Teil der Aktivisten organisatorisch auffangen. Die *Palästina-Komitees* arbeiteten eng mit

arabischen Gruppen, insbesondere der PLO, zusammen, vgl. KLOKE: Israel und die deutsche Linke, S. 82-84. Vgl. KRAUSHAAR: Bombe, S. 14-16.

<sup>318</sup> Zit. nach: SCHMIDT: Judenknax, S. 46. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>319</sup> Vgl. zum so genannten 3D-Test RIEBE, Jan: Was ist israelbezogener Antisemitismus?, in: AMADEU ANTONIO STIFTUNG (Hrsg.): „Man wird ja wohl noch Israel kritisieren dürfen...!“ Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen, Berlin 2012, S. 7-11, hier: S. 8f

<sup>320</sup> Die *El Fatah* bzw. die PLO hatte sich in ihrer Nationalcharta mehrfach zu einer Vernichtung Israels bekannt, vgl. BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012, S. 474f.

<sup>321</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 46.

<sup>322</sup> Vgl. RPK, Nr. 27/28 (1969) vom 29. August 1969.

<sup>323</sup> Ebd.

<sup>324</sup> Napalm und Schalom, in: Agit 883, Nr. 19 (1969) vom 19. Juni 1969. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>325</sup> Er kam nach Deutschland, um über die Nazi-Verbrechen Vorträge zu halten; man schrie ihn an: „Schade, daß man Dich nicht vergast hat.“, in: RC-Bulletin [Ende August 1969], S. 7, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

<sup>326</sup> „Er kam nach Deutschland, um über die Nazi-Verbrechen Vorträge zu halten; man schrie ihn an: ‚Schade, daß man Dich nicht vergast hat.‘“, in: Maariv vom 25. August 1969, zit. nach: RC-Bulletin [Ende August 1969], S. 7, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

<sup>327</sup> Kommentar des Diskussionsleiters Niels Kadritzke, in: RC-Bulletin [Ende August 1969], S.8f, in: HIS-Archiv, SAK 220, 01.

<sup>328</sup> Emanzipatorische Bewegung der Palästinenser, in: Agit 883, Nr. 29 (1969) vom 28. August 1969. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>329</sup> Vgl. Agit 883, Nr. 30 (1969) vom 4. September 1969.

<sup>330</sup> Vgl. Agit 883, Nr. 30 (1969) vom 4. September 1969.

<sup>331</sup> Vgl. unter anderem: BRODER, Henryk M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, 2. Aufl., Berlin 2006. Vgl. STROBEL, Ingrid: Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken, in: DIES. (Hrsg.): Das Feld des Vergessens. Jüdischer Widerstand und deutsche „Vergangenheitsbewältigung“, Berlin u. a. 1994, S. 102-118.

<sup>332</sup> Vgl. KISTENMACHER: Schuldabwehr, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE/ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II, S. 58. Vgl. RENSMANN, Lars: Zwischen Kosmopolitismus und Ressentiment. Zum Problem des sekundären Antisemitismus in der deutschen Linken, in: BROSCH, Matthias (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin 2007, S. 165-190. HOLZ, Klaus: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg 2005. HAURY: Antisemitismus von links, S. 428-431. RENSMANN, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2005.

<sup>333</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 40f. Vgl. VESPER, Bernward: Nachwort zu Bernard Larsson. Demonstrationen. Ein Berliner Modell. Fotos (=Voltaire-Flugschrift 10), Westberlin 1967. Vgl. DUTSCHKE, Rudi: Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, in: BERGMANN, Uwe u. a. (Hrsg.): Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 58-85.

<sup>334</sup> SDS-Erklärung: Niederlage oder Erfolg der Protestaktion, in: MIERMEISTER/STAADT: Provokationen, S. 108-110.

<sup>335</sup> VESPER: Nachwort zu Bernard Larsson, S. 166f.

- <sup>336</sup> Vgl. STEIN: Israelkritik, S. 47. Vgl. KRAUSHAAR: Bombe, S. 116-118.
- <sup>337</sup> Vgl. Ferienlager bei El Fatah, in: Die Zeit, Nr. 33 (1969) vom 15. August 1969
- <sup>338</sup> Zit. nach: Die Reise nach Algier. Mit Joschka Fischer in Nordafrika. Wie es war, was uns bewegte, in: FAZ vom 15. Januar 2001.
- <sup>339</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Bombe, S. 195. Annekatriin Bruhn (geb. 1950) war zeitweise Mitglied der *Tupamaros Westberlin* und hatte im Winter 1969/70 die Aufgabe, Mahler über die Entwicklungen und Diskussionen der Tupamaros Bericht zu erstatten, vgl. KRAUSHAAR: Bombe, S. 205 und 208.
- <sup>340</sup> Vgl. SKR-Interview (Abteilung Monitor) mit Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker am 15. Februar 1978 [Transkript], in: HIS-Archiv, MfS 73/029, S. 6.
- <sup>341</sup> Vgl. ebd., S. 4.
- <sup>342</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Bombe, S. 195.
- <sup>343</sup> Die Westberliner Polizeibehörden bezeichneten die Gruppe um Mahler auch als „Rudi-Gruppe“, nach einem Pseudonym, mit dem sich Mahler in der militanten Szene Westberlins Ende 1969 ansprechen ließ, vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Die Tupamaros West-Berlin, in: DERS. (Hrsg.): RAF, S. 521. Vgl. KOENEN: Vesper, Baader, Ensslin, S. 268f.
- <sup>344</sup> Brief Horst Mahler an Rudi Dutschke vom 5. Januar 1970, in: HIS-Archiv, RUD 154, 06. Mahler hatte Dutschke bereits im September 1969 in London besucht, vgl. DUTSCHKE-KLOTZ: Leben, S. 239f. Vor Mahler war auch der spätere Gründungskern der *Bewegung 2. Juni* bei Dutschke gewesen: Michael Baumann und andere Protagonisten aus dem Umfeld des *Blues* besuchten die Dutschkes im Sommer 1969 in London und wollten „Rabatz machen“, vgl. ebd., S. 238. Auch Ulrike Meinhof sondierte eine eventuelle Bereitschaft Dutschkes, sich an einer militanten Gruppe zu beteiligen, vgl. ebd., S. 240.
- <sup>345</sup> Vgl. ebd., S. 239f.
- <sup>346</sup> Horst Mahler zit. nach: Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: Die Zeit, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997. Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 105.
- <sup>347</sup> Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Die Tupamaros West-Berlin, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 519.
- <sup>348</sup> Vgl. Begründung Revision vom 6. Januar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 250, 04. Vgl. PETERS: Irrtum, S. 117.
- <sup>349</sup> In erster Linie zu Andreas Baader, jedoch auch zu den nicht von ihm vertretenen Horst Söhnlein und Thorward Proll, vgl. beispielweise Brief Horst Mahler an Horst Söhnlein vom 26. Februar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 250, 03 und Brief Horst Mahler an Thorward Proll vom 3. Dezember 1968, in: HIS-Archiv, SAK 250, 04.
- <sup>350</sup> Vgl. Antrag Haftprüfungstermin in der Strafsache gegen Andreas Baader vom 21. Februar 1969, in: SAK 250, 03.
- <sup>351</sup> Vgl. Dienstaufsichtsbeschwerde vom 28. Mai 1969, in: HIS-Archiv, SAK 250, 04.
- <sup>352</sup> Vgl. PETERS: Irrtum, S. 120.
- <sup>353</sup> Vgl. KLAUS/STERN: Baader, S. 155.
- <sup>354</sup> KOENEN: Vesper, Baader, Ensslin, S. 267f. Vgl. WINKLER, Willy: Die Geschichte der RAF, Berlin 2005, S. 154.
- <sup>355</sup> Nach der Ablehnung des Gnadengesuches kontaktierte Mahler Proll, Baader und Ensslin, um sie nach Westberlin zu holen, vgl. Brief Horst Mahler an Peter O. Chotjewitz vom 5. Februar 1970, in: HIS-Archiv, SAK 250, 05. Vgl. KLAUS/STERN: Baader, S. 158. Vgl. WINKLER: RAF, S. 154. Vgl. PETERS: Irrtum, S. 167f. Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 109.

- <sup>356</sup> Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 254.
- <sup>357</sup> Vgl. ebd.
- <sup>358</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 109.
- <sup>359</sup> Vgl. Die Revolution des Horst Mahler, in: Stern, Nr. 44 (1972) vom 15. Oktober 1972.
- <sup>360</sup> Vgl. „Slums verschoben“, in: Der Spiegel, Nr. 37 (1968) vom 9. Oktober 1968.
- <sup>361</sup> Was haben wir im Märkischen Viertel bisher erreicht?, in: HIS-Archiv, SAK 300, 82. Vgl. Randgruppenstrategie, in: RPK, Nr. 39 (1969) vom 14. November 1969.
- <sup>362</sup> Vgl. Randgruppenstrategie, in: RPK, Nr. 39 (1969) vom 14. November 1969. Vgl. Mein Umgang mit Fürsorgern und Thesen über die derzeitige Funktion der Heimerziehung, in: Agit 883, Nr. 9 (1969) vom 10. April 1969. Das Seminar fand Anfang Februar 1970 statt, vgl. Rundbrief des Vorbereitungskomitees für die Diskussion über Randgruppen, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.
- <sup>363</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 48-54 und S. 140-143.
- <sup>364</sup> Vgl. Angeklagten rund um die Uhr beschattet, in: Der Abend [September] 1971, in: SAK 280, 13. Vgl. Kommunistische Arbeiter Zeitung (KAZ), Nr. 9 (1971) vom 2. August 1971.
- <sup>365</sup> Brief Horst Mahler an Rudi Dutschke vom 14. April 1970, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.
- <sup>366</sup> Vgl. Mahler, Horst: Redemanuskript zur Mietsituation im Märkischen Viertel vom 15. April 1970, in: HIS-Archiv, SAK 280, 10.
- <sup>367</sup> Ebd.
- <sup>368</sup> Vorläufiger Plan für ein Beispiel des Kampfes in den Metropolen [Mai 1970], in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1. Vgl. Angeklagten rund um die Uhr beschattet, in: Der Abend [September] 1971.
- <sup>369</sup> Vorläufiger Plan für ein Beispiel des Kampfes in den Metropolen [Mai 1970], in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1. Eine Urhebererschaft Mahlers ist unwahrscheinlich. Einzelne Formulierungen („Die rechtliche Beratung wird ein Jurist übernehmen.“, „Darüber muß noch eine genaue Rechtsberatung eingeholt werden.“) legen nahe, dass ein anderes Gruppenmitglied diesen Text verfasst hat.
- <sup>370</sup> Vgl. WINKLER: RAF, S. 160.
- <sup>371</sup> Vgl. ebd.
- <sup>372</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 159. Vgl. PETERS: Irrtum, S. 167f.
- <sup>373</sup> Horst Mahler zit. nach: JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 382.
- <sup>374</sup> Fritz Teufel bestätigte Mahler später, dieser habe mit seiner das militante Konzept der Jahreswende 1969/70 aufgreifenden Schrift *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* einen „theoretischen Meilenstein für eine ganz bestimmte Richtung praktisch-revolutionärer Politik“ gesetzt, vgl. TEUFEL, Fritz: Indianer weinen nicht – sie kämpfen, in: ROTH/TEUFEL (Hrsg.): Klaut siel, S. 20-30, hier: S. 21. Vgl. auch: SKR-Interview (Abteilung Monitor) mit Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker am 15. Februar 1978 [Transkript], in: HIS-Archiv, MfS 73/029, S. 9. Während der Gründungsdiskussion der *Bewegung 2. Juni* war Mahlers spätere Schrift maßgebend, vgl. Die Unbeugsamen von der Spree. Interview des Stern mit Ronald Fritsch, Gerhard Klöpfer, Ralf Reinders und Fritz Teufel, in: ROTH/TEUFEL (Hrsg.): Klaut siel, S. 5-19, hier: S. 7. Vgl. WUNDERLE, Michaela: Die Roten Brigaden, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 782. Vgl. CURCIO, Renato: Mit offenem Blick. Ein Gespräch zur Geschichte der Roten Brigaden in Italien von Mario Scialoja, Berlin 1997, S. 9-16.
- <sup>375</sup> Vgl. WINKLER: RAF, S. 159. Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 111-113.
- <sup>376</sup> Vgl. PETERS: Irrtum, S. 172-176.
- <sup>377</sup> Vgl. zum Ablauf der Gefangenenbefreiung: AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 24-28. Vgl. PETERS: Irrtum, S. 177-184.

- <sup>378</sup> Vgl. Staatsanwälte kamen mit Durchsuchungsbefehl, in: Der Abend vom 30. Mai 1970. Vgl. SONTHEIMER, Michael: „Natürlich kann geschossen werden“. Eine kurze Geschichte der Roten Armee Fraktion, München 2010., S. 41. Vgl. WINKLER: RAF, S. 166.
- <sup>379</sup> Vgl. Staatsanwälte kamen mit Durchsuchungsbefehl, in: Der Abend vom 30. Mai 1970.
- <sup>380</sup> Zit. nach: PETERS: Irrtum, S. 199. Vgl. Nach der Haussuchung: „Urlaub“ mit Haftbefehl, in: Der Abend vom 4. Juni 1970.
- <sup>381</sup> Vgl. PETERS: Irrtum, S. 184-188.
- <sup>382</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 39.
- <sup>383</sup> Vgl. PETERS, Irrtum, S. 195-197.
- <sup>384</sup> Vgl. Natürlich kann geschossen werden, in: Der Spiegel, Nr. 25 (1970) vom 15. Juni 1970.
- <sup>385</sup> Vgl. Die Rote Armee aufbauen, in: Agit 883, Nr. 62 (1970) vom 5. Juni 1970. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>386</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 35.
- <sup>387</sup> Said Dudin (geb. 1946), palästinensischer Student an der FU Berlin, Kontaktmann der PLO in Westberlin, vgl. KRAUSHAAR: Bombe, S. 123.
- <sup>388</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 122-124.
- <sup>389</sup> Vgl. WINKLER: RAF, S. 173.
- <sup>390</sup> Vgl. Prozessakten Fathi Shelbaya und Sufian Kaddoumi wegen § 129 [1970], in: HIS-Archiv, SAK 300, 58 [gesperrt]. Zu Sufian Kaddoumi vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek bei Hamburg 2013.
- <sup>391</sup> Vgl. SONTHEIMER: RAF, S. 42. Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 124. Vgl. WINKLER: RAF, S. 174.
- <sup>392</sup> Zit. nach: SONTHEIMER: RAF, S. 42.
- <sup>393</sup> „Die Rote Armee aufbauen“, in: Der Abend vom 15. Juni 1970.
- <sup>394</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 180-183.
- <sup>395</sup> Niederschrift Michael Baumann über „Aktionen linksextremistischer Personen in der BRD und WB“ in: HIS-Archiv, MfS 73/009.
- <sup>396</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, 175-178.
- <sup>397</sup> So schilderte Peter Hohmann 1997 die damaligen Vorgänge im Ausbildungslager, vgl. Volksgericht im Wüstensand, in: Der Spiegel, Nr. 21 (1997) vom 19. Mai 1997. Horst Mahler bestritt dies in einem offenen Brief an Stefan Aust, den die *Zeit* abdruckte: Mahler, Horst: Offener Brief von Horst Mahler an Stefan Aust: in: Die Zeit, Nr. 23 (1997) vom 30. Mai 1997.
- <sup>398</sup> Vgl. ebd.
- <sup>399</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 130. Vgl. PETERS: Irrtum, S. 203.
- <sup>400</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 182.
- <sup>401</sup> „Ich erinnere, wann mich der Mut zu töten verlassen hat. Das geschah, als sich die Landsknechte in der RAF – versessen darauf, zu töten – darüber stritten, wer von ihnen einen verdächtig gewordenen Genossen erschießen darf. Damals verhinderte Abu Hassan, der Organisator des Olympia-Massakers, was ich nicht mehr hätte verhindern können. Der ‚Verräter‘ hat den RAF-Faschismus überlebt. Gott sei Dank!“ In: Mahler, Horst: Ist dein Mut zu töten wirklich so groß?, in: Taz vom 16. Juli 1987.
- <sup>402</sup> Horst Mahler zit. nach: SKR-Interview (Abteilung Monitor) mit Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker am 15. Februar 1978 [Transkript], in: HIS-Archiv, MfS 73/029, S. 4.

<sup>403</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 197-199. Im Rahmen der Diskussion über einen Gruppennamen – noch bis Anfang 1971 wurde die Gruppe in der medialen Öffentlichkeit wahlweise als Baader-Mahler- bzw. Baader-Meinhof-Gruppe bezeichnet – hatte Mahler angeblich Bezug auf die historische Figur des Florian Geyer aus den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts genommen und den Vorschlag geäußert, die Gruppe solle sich *Geyers schwarzer Haufen* nennen (vgl. SONTHEIMER: RAF, S. 44). Wenngleich nichts darüber bekannt ist, wie ernst Mahlers Vorschlag gemeint war und die Ablehnung der Restgruppe einstimmig gewesen sein dürfte, erscheint die Bezugnahme des linksradikalen Mahlers auf Florian Geyer bemerkenswert: Die historische Figur des adeligen Anführers eines Bauernhaufens im 16. Jahrhundert wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert mittels einer befreiungsnationalistischen Deutung zu einem selbstlosen Nationalrevolutionär mystifiziert, der während der Weimarer Republik unter anderem zu einem der Vorbilder für die nationalrevolutionäre Strömung der Konservativen Revolution wurde (vgl. WESTENFELDER, Frank: Genese, Problematik und Wirkung nationalsozialistischer Literatur am Beispiel des historischen Romans zwischen 1890 und 1945, Frankfurt am Main 1989, S. 95-100). Während der nationalsozialistischen Herrschaft war eine Kavallerie-Division der Waffen-SS nach Geyer benannt (vgl. MICHAELIS, Rolf: Die Kavallerie-Divisionen der Waffen-SS, 2. Aufl., Berlin 1998) und das um 1920 aus der Bündischen Jugend heraus entstandene politische Kampflied *Wir sind des Geyers schwarzer Haufen* war offizielles Liedgut der SS, jedoch bereits während der Weimarer Republik sowohl von rechts- als auch von linksradikalen Gruppen populärisiert worden. Bereits im 19. Jahrhundert hatten sich Linke positiv auf Geyer bezogen, so beispielsweise Friedrich Engels in seinem Werk *Der Bauernkrieg* (1870); auch in der DDR wurde ein NVA-Regiment nach Geyer benannt. Noch heute beziehen sich neurechte, an der nationalrevolutionären Strömung der Konservativen Revolution orientierte Gruppen wie der *Freibund – Bund Heimattreuer Jugend* positiv auf Florian Geyer. Dort war unter anderem das NS-apologetische NPD-Mitglied Jürgen Rieger (1946-2009) aktiv. Mahlers Bezugnahme auf Florian Geyer während der Diskussion über einen Namen für die spätere RAF illustriert zum einen die Schnittmenge der unterschiedlichen oben genannte Weltanschauungen, die in Mahlers Leben biographisch zusammenfallen, als auch dessen Versuch, zum einen eine identifikatorische Allianz mit der eigenen Elterngeneration bzw. der Generation der NS-Täter einzugehen, zum anderen sich gleichzeitig positiv auf den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR zu beziehen.

<sup>404</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 140. Vgl. WINKLER: RAF, S. 180.

<sup>405</sup> Vgl. SONTHEIMER: RAF, S. 45.

<sup>406</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 200. Vgl. SONTHEIMER: RAF, S. 46.

<sup>407</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 201.

<sup>408</sup> Vgl. ebd. Vgl. SONTHEIMER: RAF, S. 46.

<sup>409</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 201.

<sup>410</sup> Vgl. ebd. Vgl. SONTHEIMER: RAF, S. 47.

<sup>411</sup> Vgl. Mahler mit Pistole und Perücke in Berlin verhaftet, in: Der Telegraf vom 9. Oktober 1970. Horst Mahler zit. nach: Die Horst-Mahler-Story, in: Konkret, Nr. 22 (1970) vom 22. Oktober 1970. Während seines zweiten RAF-Prozesses bestritt Mahler allerdings, sich während seiner Festnahme solchermäßen ritterlich verhalten zu haben, wenngleich die beteiligten Polizisten an ihrer Aussage festhielten, vgl. Beamter schildert Mahlers Verhaftung, in: Berliner Zeitung vom 26. Oktober 1972.

<sup>412</sup> Vgl. SONTHEIMER: RAF, S. 47.

<sup>413</sup> Vgl. Rätsel für die Kripo, in: Der Abend vom 12. Oktober 1970.

<sup>414</sup> Vgl. Terror für Mahler, in: Der Abend vom 15. Oktober 1970.

<sup>415</sup> Erklärung zur Verhaftung des Genossen Mahler [von KPD/AO, KB/ML, PL/PI], in: HIS-Archiv, SAK 280, 12. Alle folgenden Zitate ebd.

- <sup>416</sup> Vgl. ...zwischen all den Trümmern ein paar Mädchen, in: Jasmin. Die Zeitschrift für das Leben zu zweit, Nr. 22 (1970) vom 26. Oktober 1970, S. 50-55. Die Redakteure der Jasmin interviewten die Eltern der fünf „Mädchen“ Mahlers (Ingrid Schubert, Brigitte Asdonk, Irene Goergens, Renate Wolff, Monika Berberich), um zu ergründen, was Mahler an sich habe, was die „Frauen schwach“ mache, in: ebd.
- <sup>417</sup> Vgl. Mahler soll 75 000 Mark zahlen, in: Berliner Zeitung vom 1. Juli 1970.
- <sup>418</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03.
- <sup>419</sup> Vgl. Mahler-Prozeß noch im Frühjahr, in: Der Abend vom 19. Dezember 1970.
- <sup>420</sup> Zit. nach: Wenn Sie's nicht anders haben wollen. Spiegel-Reporter Gerhard Mauz im Prozeß gegen Rechtsanwalt Mahler, Ingrid Schubert und Irene Goergens in West-Berlin, in: Der Spiegel, Nr. 11 (1971) vom 8. März 1971.
- <sup>421</sup> Vgl. beispielweise Mahler-Prozeß noch im Frühjahr, in: Der Abend vom 19. Dezember 1970. Vgl. Sagen wir doch einfach Erdbeertörtchen, in: Der Spiegel, Nr. 21 (1971) vom 17. Mai 1971.
- <sup>422</sup> Vgl. Die Bomben des Senators, in: Die Zeit, Nr. 21 (1971) vom 20. Mai 1971. Vgl. Wenn Sie's nicht anders haben wollen. Spiegel-Reporter Gerhard Mauz im Prozeß gegen Rechtsanwalt Mahler, Ingrid Schubert und Irene Goergens in West-Berlin, in: Der Spiegel, Nr. 11 (1971) vom 8. März 1971.
- <sup>423</sup> Mahler-Prozeß streng abgesichert, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Februar 1971. Vgl. Berlins Justiz geht im Mahler-Prozeß auf Nummer sicher, in: Frankfurter Rundschau vom 25. Februar 1971.
- <sup>424</sup> Vor allem war die demonstrative Ignoranz des Gerichts seitens der Angeklagten nur schwer zu übersehen: So fielen sich die drei Angeklagten mehrfach öffentlich in die Arme und unterhielten sich während des Prozesses angeregt, vgl. beispielweise Mahler-Prozeß begann in Moabit mit Bomben-Suche, in: Der Abend vom 1. März 1971.  
Mahler erschien dem Gerichtsreporter des *Spiegels* „gelöst, fast heiter“, vgl. Wenn Sie's nicht anders haben wollen. Spiegel-Reporter Gerhard Mauz im Prozeß gegen Rechtsanwalt Mahler, Ingrid Schubert und Irene Goergens in West-Berlin, in: Der Spiegel, Nr. 11 (1971) vom 8. März 1971. Vgl. Agit 883, Nr. 77 (1971) vom 19. März 1971.
- <sup>425</sup> Vgl. „Auf diesen Freispruch pfeife ich“, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. Mai 1971.
- <sup>426</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 246f.
- <sup>427</sup> Die Bomben des Senators, in: Die Zeit, Nr. 11 (1971) vom 20. Mai 1971.
- <sup>428</sup> Erklärung des Genossen Mahlers zum Polizeispitzel Urbach, in: Agit 883, Nr. 80 (1971) vom 11. Mai 1971. Alle folgenden Zitate ebd. Mahlers Rede vor Gericht wurde unter dem Titel „Polizei als Bombenleger“ in der Zeitschrift *Neues Forum* abgedruckt, allerdings unter der Weglassung der drei Schlusssätze, vgl. Polizei als Bombenleger, in: Neues Forum, Nr. 210 (Mai/Juni 1971), S. 23f.
- <sup>429</sup> Die von den *Tupamaros* beim missglückten Anschlag auf die *Jüdische Gemeinde* verwendete Bombe stammte tatsächlich aus den Beständen des Westberliner *Verfassungsschutzes*, vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.
- <sup>430</sup> Zit. nach: Sechs Jahre Freiheitsstrafe für Mahler und Ingrid Schubert gefordert, in: Tagesspiegel vom 14. Mai 1971.
- <sup>431</sup> Vgl. Urteilsverkündung im Mahlerprozeß, in: Tagesspiegel vom 22. Mai 1971.
- <sup>432</sup> Horst Mahler zit. nach: Nehmen Sie ihren Hut, Herr Neubauer, in: Agit 883, Nr. 81 (1971) vom 29. Mai 1971. Vgl. Mahler: „Auf den Freispruch pfeife ich!“, in: Berliner Zeitung vom 22. Mai 1971.
- <sup>433</sup> Vgl. Rechtsanwalt Mahler freigesprochen, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. Mai 1971. Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 247.
- <sup>434</sup> Vgl. Agit 883, Nr. 69 (1970) vom 16. Oktober 1970.

<sup>435</sup> Vgl. [Rote Hilfe Komitee Westberlin:] Solidarität mit Irene Goergens, Ingrid Schubert und Horst Mahler!, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, Prozeß, Solidaritätsgruppen, RAF-Dokumente, 1971-1974.

<sup>436</sup> [Rote Hilfe Komitee Westberlin:] Der Prozeß gegen Mahler, Schubert und Goergens zeigt, wie umfassend der Angriff der herrschenden Klasse auf die demokratischen Rechte des Volkes ist, in: APO-Archiv, KPD Kom. Partei Deutschlands. KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc. 1972-1977 (Sig. 515-516).

<sup>437</sup> [Rote Hilfe Westberlin:] Solidarisch dem Senat die gebührende Antwort erteilen!, in: APO-Archiv, Bewaffneter Kampf. 1971-1975 (Sig. 157-158).

<sup>438</sup> [Rote Hilfe Komitee Westberlin:] Der Prozeß gegen Mahler, Schubert und Goergens zeigt, wie umfassend der Angriff der herrschenden Klasse auf die demokratischen Rechte des Volkes ist, in: APO-Archiv, KPD Kom. Partei Deutschlands. KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc. 1972-1977 (Sig. 515-516). Aus dem *Roten Hilfe Komitee Westberlin* entstand später die *Rote Hilfe e. V.* der KPD.

<sup>439</sup> Horst Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 121.

<sup>440</sup> Vgl. Kollektiv RAF [Mahler, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Europa (=Rotbuch 29), Berlin 1971.

Zunächst wurde die Schrift mit einem Umschlagtitel: *Verkehrsrecht- und Verkehrsaufklärungsbeft. Die neue Straßenerkehrsordnung mit den neuen Verkehrszeichen und Hinweisschildern sowie Bußgeldkatalog* in den Umlauf gebracht. Es folgten Nachdrucke unter dem Titel *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa*. Im Wagenbach-Verlag erschien der Text als Rotbuch 29 mit der Titelangabe *Kollektiv RAF: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa*. Der Verleger wurde daraufhin zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten verurteilt, vgl. GIERDS: Das „Konzept Stadtguerilla“ – Meinhof, Mahler und ihre strategischen Differenzen, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 248-261, hier: S. 248f.

<sup>441</sup> Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 243.

<sup>442</sup> Dennoch bestritt Mahler die alleinige Urheberschaft, wenn auch indirekt, noch in seinem Ende 1974 verfassten Kritikpapier an der Konzeption und Entwicklung der RAF, vgl. MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974.

<sup>443</sup> [MAHLER, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa [Mai 1971], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 49-111, hier S. 49.

<sup>444</sup> Ebd., S. 51.

<sup>445</sup> Ebd., 52,

<sup>446</sup> Ebd.

<sup>447</sup> Ebd., S. 59.

<sup>448</sup> Ebd., S. 71.

<sup>449</sup> Ebd., S. 85.

<sup>450</sup> Ebd., S. 68.

<sup>451</sup> Tatsächlich kanonisierte der neo-nationalsozialistisch gewendete Horst Mahler den Text auch noch Anfang der 2000er Jahre auf seiner Website und empfahl ihn seinen Anhängern zur Lektüre. Vgl. auch: Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: *Die Zeit*, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.

452 [MAHLER, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa [Mai 1971], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 86.

453 Ebd., S. 69.

454 Ebd.

455 Ebd., S. 73.

456 Ebd., S. 75.

457 Ebd., S. 76.

458 Ebd., S. 102.

459 Ebd., S. 103f.

460 Ebd.

461 Ebd., S. 50. Hierbei setze Mahler mit den Chiffren Auschwitz, Sétif, Vietnam, Indochina und Amman die Shoa mit einem Massaker der französischen Kolonialmacht im algerischen Sétif (1945), dem Indochinakrieg Frankreichs gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Vietnam (Anfang der 1950er Jahre), dem Krieg der USA in Vietnam sowie der Vertreibung der PLO aus Jordanien (1970/71) in schuldrelativierender Absicht gleich.

462 Ebd., S. 106.

463 Ebd.

464 Ebd.

465 Ebd., S. 107.

466 Dieser Versuch drückte sich auch ikonographisch aus: Während das von Ulrike Meinhof verfasste *Konzept Stadtguerilla* erstmals mit einem von der sich nun *Rote Armee Fraktion* (RAF) nennenden Gruppe entwickelten Emblem erschienen war (der Gruppenname RAF vor dem Hintergrund einer Heckler & Koch-Maschinenpistole), war Mahlers Papier in der Erstfassung hingegen mit den Symbolen Hammer, Sichel und Gewehr versehen. Damit nahm Mahler auch in der Wahl des Emblems Bezug auf die maoistischen K-Gruppen, unter anderem verwendete die KPD/ML diese Symbole als ihr Parteiemblem.

467 [MAHLER, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa [Mai 1971], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 52-54.

468 Ebd., S. 59.

469 Die durchgängige Kleinschreibung Meinhofs, Mohnhaupts, Baaders und Ensslins in den Briefen des Info-Systems sowie der von Monika Berberich verlesenen Erklärung zum Ausschluss Mahlers aus der RAF wurden grammatikalisch in allen folgenden Zitaten angepasst. Meinhof, Ulrike: Brief Nr. 2, in: BAKKER SCHUT, Pieter H. (Hrsg.): das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF. Aus der Diskussion 1973-1977. Dokumente, [Kiel] 1987, S. 23.

470 „ml“= marxistisch-leninistisch, hier verstanden als Chiffre für den Sprachhabitus der maoistischen K-Gruppen.

471 Meinhof, Ulrike: Brief Nr. 25, in: BAKKER SCHUT (Hrsg.): das info, S. 107-110.

472 Leninisten mit Knarre, in: Agit 883, Nr. 86 (1971) vom 6. Dezember 1971.

473 Vgl. Der Mann, der nie nein sagen kann, in: Frankfurter Rundschau vom 21. Januar 1972. Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 145-147.

474 Vgl. ebd., S. 288.

475 Vgl. unter anderem ebd., S. 265-267.

476 Zit. nach: ebd., S. 268.

- <sup>477</sup> Vgl. ebd., S. 280-284.
- <sup>478</sup> Vgl. ebd., S. 328.
- <sup>479</sup> Erklärung vom 16. Mai 1972, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 145f.
- <sup>480</sup> Erklärung vom 25. Mai 1972, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 147f.
- <sup>481</sup> Vgl. PETERS: Irrtum, S. 285-293.
- <sup>482</sup> Sprengstoff-Anschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg. Erklärung vom 20. Mai 1972, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 147.
- <sup>483</sup> Zit. nach: SONTHEIMER: RAF, S. 60.
- <sup>484</sup> Vgl. Anklageschrift gegen Horst Mahler vom 24. Januar 1972, in: HIS-Archiv, SAK 280, 03.
- <sup>485</sup> Vgl. ebd.
- <sup>486</sup> Mahler, Horst: Die revolutionäre Linke ist kriminell, in: Der Spiegel, Nr. 5 (1972) vom 24. Januar 1972.
- <sup>487</sup> Vgl. „Schwindsucht, Schüttelfrost, Eiterbeulen“. Untersuchungshäftling Horst Mahler über RAF, Randgruppen und Revolution, in: Der Spiegel, Nr. 8 (1972) vom 14. Februar 1972.
- <sup>488</sup> Mahler zit. nach: ebd.
- <sup>489</sup> Mahler zit. nach: ebd.
- <sup>490</sup> Mahler zit. nach: ebd.
- <sup>491</sup> In der Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 1972 erschien die Prozessklärung unter dem Titel *„Die RAF lebt! – Der Kampf geht weiter“* Wie Horst Mahler die Gewaltaktionen der Baader-Meinhof-Gruppe zu rechtfertigen sucht und wurde mit einer kurzen redaktionellen Erläuterung versehen.
- <sup>492</sup> Zit. nach: Für die deutschen Genossen ist Mahler schon gestorben, in: FAZ vom 18. Oktober 1972.
- <sup>493</sup> Rote Hilfe Berlin (Hrsg.): Horst Mahler. Rede vor Gericht, Westberlin [1972], in: APO-Archiv, Sig.: 1314, Rote Hilfe Berlin, 1971-1978. Vgl. auch ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972. Mahlers Rede auch in: ROTE HILFE WESTBERLIN (Hrsg.): Schily/Ströbele. Plädoyers einer politischen Verteidigung. Reden und Mitschnitte aus dem Mahler-Prozeß (=Internationale Marxistische Diskussion Arbeitspapiere Nr. 11), Berlin 1973.
- <sup>494</sup> Vgl. Mahlers Ankläger bisher zufrieden, in: FAZ vom 11. Oktober 1972.
- <sup>495</sup> Das Kommando *Schwarzer September* hatte 11 Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft als Geiseln genommen und die Freilassung von über 200 inhaftierten Terroristen gefordert, darunter auch Andreas Baader und Ulrike Meinhof. Während eines Befreiungsversuches durch die deutsche Polizei wurden unter anderem alle Geiseln getötet.
- <sup>496</sup> Vgl. Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 151-177.
- <sup>497</sup> Während einer Unruhesituation im Prozess rechte Mahler das 1972 erschienene, antizionistische Buch *Kein Frieden um Israel* in die Höhe und rief den Zuhörern zu: „Unbedingt lesen“, vgl. Mahler preist Terror-Akt in München, in: FAZ vom 10. Oktober 1972. Vgl. HOLLSTEIN, Walter: Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konfliktes, Frankfurt am Main 1972.
- <sup>498</sup> MAHLER, Horst: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“, in: ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972. Alle folgenden Zitate ebd.

- <sup>499</sup> Vgl. ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972.
- <sup>500</sup> Vgl. Die schärfsten Sicherungen der Berliner Justizgeschichte, in: Tagesspiegel vom 7. Oktober 1972.
- <sup>501</sup> Vgl. bspw. Mahler preist Terror-Akt in München, in: FAZ vom 10. Oktober 1972.
- <sup>502</sup> Vgl. Der Trumpf der Anklage ist Kronzeuge Ruhland, in: Der Abend vom 7. Oktober 1972.
- <sup>503</sup> Vgl. Zwei fremde Welten im Gerichtssaal 700, in: Frankfurter Rundschau vom 11. Dezember 1972.
- <sup>504</sup> Vgl. „Einsiedler“ auf der Anklagebank, in: Der Abend vom 19. Januar 1973.
- <sup>505</sup> Vgl. Rote Hilfe Hamburg, Frankfurt, Berlin, München (Hrsg.): Rote Hilfe Broschüre 15, o. O. [1973], in: APO-Archiv, RAF-Prozesse 1) Mahler 2) Asdonk Bäcker Berberich Schubert Grusdat Georgens 1) Okt 1972 2) Nov 1972.
- <sup>506</sup> Meinhof hatte gesagt: „Mahler ist mein Bruder [...] Wir haben die gleiche Kinderstube, die gleiche Vergangenheit – was wollt ihr noch? Blut oder Boden?“ In: ROTE HILFE WESTBERLIN (Hrsg.): Plädoyers einer politischen Verteidigung, S. 140.
- <sup>507</sup> Meinhof zit. nach: ebd., S. 141f. Alle folgenden Zitate von Ulrike Meinhof ebd.
- <sup>508</sup> Vgl. ROTE HILFE WESTBERLIN (Hrsg.): Plädoyers einer politischen Verteidigung, S. 140-143.
- <sup>509</sup> Vgl. Ulrike Meinhof läßt sich nur die Stichworte geben, in: FAZ vom 15. Dezember 1972. Auch in einer wenig später herausgegebenen Dokumentation der Roten Hilfe Westberlin fand sich Mahlers und Meinhofs Diskussion unkommentiert im Anhang abgedruckt, vgl. ROTE HILFE WESTBERLIN (Hrsg.): Plädoyers einer politischen Verteidigung, S. 140-143.
- <sup>510</sup> Eine Kronzeugenregelung wurde erst Ende der 1980er Jahre von der christlich-liberalen Koalition eingeführt. Vgl. MAHLER, Horst (Hrsg.): Die Verstrickungen des meineidigen Kronzeugen Ruhland und der Berliner Justiz, Selbstverlag 1977.
- <sup>511</sup> Vgl. Das Fehlurteil von Moabit, in: Die Zeit, Nr. 10 (1973) vom 2. März 1973
- <sup>512</sup> Vgl. Haupt-Zeuge Ruhland fühlt sich von Mahler in die Enge getrieben, in: Tagesspiegel vom 12. Oktober 1972.
- <sup>513</sup> Karl-Heinz Ruhland zit. nach: Monoton trug Mahler seinen Aufruf zur Gewalt vor, in: Tagesspiegel vom 10. Oktober 1972.
- <sup>514</sup> „Einsiedler“ auf der Anklagebank, in: Der Abend vom 19. Januar 1973.
- <sup>515</sup> Mahler ließ die Maske fallen, in: Berliner Zeitung vom 16. November 1972.
- <sup>516</sup> Die Prozessmitschrift des Journalisten Wolfgang C. Triem vermerkte an dieser Stelle: Mahler, „auf dem Tisch sitzend[.] zu [den] Zuhörern gewandt[.] „Das dauert ein Weilchen, derweil können die da vorne (das Gericht) ruhig ein Nickerchen machen, die verstehen ohnehin nur Bahnhof“, in: Prozessmitschrift Wolfgang C. Triem, in: APO-Archiv, Ordner: RAF-Prozesse Mahler u. a., Okt./Nov. 1972.
- <sup>517</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd.
- <sup>518</sup> Horst Mahler zit. nach: Wir brauchen mehr Gelassenheit, in: Der Spiegel, Nr. 53 (1979) vom 31. Dezember 1979.
- <sup>519</sup> Das Fehlurteil von Moabit, in: Die Zeit, Nr. 10 (1973) vom 2. März 1973. Vgl. Bloße Gewißheit, in: Der Spiegel, Nr. 10 (1973) vom 5. März 1973
- <sup>520</sup> Vgl. auch die Zusammenstellung ähnlich lautender Einschätzungen der „bürgerlichen Presse“ in der Zeitung der RH der KPD: Das Urteil gegen Mahler in der bürgerlichen Presse, in: Rote Hilfe, Nr. 5 (1976) vom 14. Mai 1976.

- 521 Vgl. Ein zweiter Mahler-Freispruch scheint nicht mehr ausgeschlossen, in: Frankfurter Rundschau vom 5. Dezember 1972.
- 522 Vgl. Mahlers Ankläger bisher zufrieden, in: FAZ vom 11. Oktober 1972.
- 523 Mahler zit. nach: AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 370.
- 524 Vgl. Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 151-177.
- 525 Ensslin zit. nach: ebd., S. 372.
- 526 Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 159.
- 527 Zit. nach: AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 373.
- 528 Vgl. Hungerstreikerklärung vom 8. Mai 1973, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 187. Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 384.
- 529 Mahler zit. nach: ebd., S. 370.
- 530 Vgl. KOENEN: Jahrzehnt, S. 397-400. Vgl. Hungerstreikerklärung vom 8. Mai 1973, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 187.
- 531 Vgl. KRUG, Uli: Gefühles Gas. Der Mythos der Vernichtungshaft, in: BRUHN, Joachim; GERBER, Jan (Hrsg.): Rote Armee Fiktion, Freiburg 2007, S. 85-91, hier: S. 88.
- 532 Vgl. KOENEN: Jahrzehnt, S. 401f.
- 533 Vgl. KRUG: Gefühles Gas, in: BRUHN/GERBER (Hrsg.): Rote Armee Fiktion, S. 89.
- 534 Vgl. KOENEN: Jahrzehnt, S. 396.
- 535 Vgl. Pieter H. BAKKER SCHUT (Hrsg.): das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF. Aus der Diskussion 1973-1977. Dokumente, [Kiel] 1987. Dort sind allerdings keine Beiträge Mahlers enthalten.
- 536 Ensslin, Gudrun: „die rebellenarmee...“ (Brief Nr. 4), in: BAKKER SCHUT (Hrsg.): das info, S. 33-35. Hier bezeichnete Ensslin Mahler als „[M]anitu“, damit offenbar auf die von diesem eingeforderte Führungsrolle anspielend.
- 537 Ensslin, Gudrun: zum begriff des politischen gefangenen / gudrun (Brief Nr. 3), in: BAKKER SCHUT (Hrsg.): das info, S. 26-32.
- 538 Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 390-395.
- 539 Zit. nach: ebd., S. 392. Vgl. Interview mit Stefan Aust: Wer die RAF verstehen will, muss „Moby Dick“ lesen, in: FAZ vom 28. August 2007.
- 540 Vgl. AUST: Baader-Meinhof-Komplex, S. 392.
- 541 Meinhof, Ulrike: ulrike zu mahler, (Brief Nr. 2), in: BAKKER SCHUT (Hrsg.): das info, S. 19.
- 542 Ebd., S. 20.
- 543 Ebd.
- 544 Ensslin, Gudrun: zum begriff des politischen gefangenen / gudrun (Brief Nr. 3), in: ebd., S. 29.
- 545 Meinhof, Ulrike: ulrike zu mahler, (Brief Nr. 2), in: ebd., S. 21.
- 546 Ebd., S. 24f.
- 547 Vgl. Mohnhaupt, Brigitte: brigitte am 10.4. [1974], in: ebd., S. 38f.
- 548 Vgl. Baader, Andreas: die flöte, in: ebd., S. 68.
- 549 Baader, Andreas: die flöte, in: ebd., S. 68
- 550 Ebd.

- 551 Vgl. Neuer Prozeß gegen Horst Mahler, in: Tagesspiegel vom 12. April 1972.
- 552 Vgl. Schreie vor Gericht, in: Berliner Zeitung vom 10. September 1974.
- 553 Vgl. Brief Nr. 49, in: BAKKER SCHUT (Hrsg.): das info, S. 163f.
- 554 Vgl. Schreie vor Gericht, in: Berliner Zeitung vom 10. September 1974.
- 555 Zit. nach: Zehn Jahre Freiheitsentzug für Ulrike Meinhof beantragt, in: FAZ vom 21. November 1974.
- 556 Plädoyer von Otto Schily, in: Rote Hilfe e. V. (Hrsg.): Rote Hilfe Prozessinformationen zum Bäcker-, Mahler- und Meinhof-Prozeß, Nr. 4, Berlin [November 1974], in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516.
- 557 Erklärung des Genossen Horst Mahler, in: Rote Hilfe e. V. (Hrsg.): Rote Hilfe Prozessinformationen zum Bäcker-, Mahler- und Meinhof-Prozeß, Nr. 4, Berlin [November 1974], in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516. Alle folgenden Zitate ebd. Einen Entwurf für eine Analyse des globalen imperialistischen Systems hatte Mahler 1974 mit dem Satz: „Die Welt ist ein Wald voller Räuber“ überschrieben. Ulrike Meinhof hatte dieses Manuskript gelesen und als Ausdruck von Mahlers endgültiger Trennung von der RAF verstanden. Mahler sei ein „[P]azifist mit [K]narre“, vgl.: Brief Nr. 25, in: BAKKER SCHUT (Hrsg.): das info, S. 107-110. Vgl. Mahler, Horst: o. T. [Korrekturmanuskript, entstanden zwischen Mai 1973 und Juli 1974], in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, Prozeß, Solidaritätsgruppen, RAF-Dokumente, 1971-1974.
- 558 Alle Zitate von Monika Berberich aus: Berberich, Monika: Erklärung der Gefangenen aus der RAF zum Ausschluß von Horst Mahler aus der RAF, in: Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD, Der Kampf gegen die Vernichtungshaft in der BRD, o. O., o. J., S. 24-27, zit. nach: GIERDS: Differenzen, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 253.
- 559 Zit. nach: ebd., S. 254.
- 560 Vgl. RAF schloß Horst Mahler aus, in: Frankfurter Rundschau vom 28. September 1974.
- 561 Vgl. Schreie vor Gericht, in: Berliner Zeitung vom 10. September 1974.
- 562 Vgl. die Rote Hilfe e. V.-Prozessinformationen zum Bäcker-, Mahler- und Meinhof-Prozeß, Nr. 1-4, Berlin [1974], in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516.
- 563 Vgl. Aufruf *Dem Volke dienen* am 29. November 1974, in: Rote Hilfe e. V. (Hrsg.): Rote Hilfe Prozessinformationen zum Bäcker-, Mahler- und Meinhof-Prozeß, Nr. 4, Berlin [November 1974], in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516.
- 564 Aufruf: Freispruch für H. Mahler, U. Meinhof und H.-J. Bäcker!, in: APO-Archiv, Sammlung Horst Mahler, Solidaritätsgruppen, RAF-Dokumente, 1971-1974.
- 565 MAHLER, Horst; KUNZELMANN, Dieter u. a.: Erklärung zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen vom 2. Februar 1975, in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Horst Mahler. Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen aus dem Gefängnis, Köln 1976, S. 21f.
- 566 Vgl. ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974.
- 567 Vorwort Rote Hilfe e. V. Landesverband Berlin, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974, S. 2.

<sup>568</sup> MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf!, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>569</sup> Dabei artikuliert die RAF eine noch radikalere Schuldabwehr als Mahler: Die Prozessklärung zum Stammheim-Prozess trifft nur so von radikaler antiamerikanischer Schuldabwehr und Befreiungsnationalismus, vgl. Erklärung zu Sache vom 13. Januar 1976, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 198-265.

<sup>570</sup> MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf!, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974. Meinhof bzw. die Führungsgruppe der RAF bestätigte mit ihren Ausführungen im dritten Papier der RAF *Dem Volk dienen. Stadtguerilla und Klassenkampf*, dass das Organisationskonzept der frühen RAF eine Verbindung von Guerilla und (legalen) Basisorganisationen beinhaltet, dies jedoch auf Grund der Undurchführbarkeit des Ansatzes aufgegeben werden musste, vgl. *Dem Volk dienen. Stadtguerilla und Klassenkampf* [April 1972], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 112-143, hier: S. 130f.

<sup>571</sup> Erklärung von Dieter Kunzelmann zum Beitritt Mahlers in die Rote Hilfe e. V., in: MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf!, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974, S. 14-16.

<sup>572</sup> Vgl. unter anderem [MAHLER, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa [Mai 1971], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 49-111. Vgl. Mahler, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler. Broschüre der Roten Hilfe [e. V.], Westberlin 1974. Vgl. SKR-Interview (Abteilung Monitor) mit Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker am 15. Februar 1978 [Transkript], in: HIS-Archiv, MfS 73/029, S. 8.

<sup>573</sup> Vgl. MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf!, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974.

<sup>574</sup> Vgl. SKR-Interview (Abteilung Monitor) mit Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker am 15. Februar 1978 [Transkript], in: HIS-Archiv, MfS 73/029, S. 8. Vgl. MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf!, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974.

<sup>575</sup> Vgl. Auszüge aus der „Erklärung zur Sache“. Die Gefangenen aus der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe am 13. Januar 1976, in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 198-264.

<sup>576</sup> Meinhof, Ulrike: Brief Nr. 2, in: BAKKER SCHUT (Hrsg.): das info, S. 23.

<sup>577</sup> MAHLER, Horst: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“, in: ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>578</sup> Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 54.

<sup>579</sup> Vgl. ebd., S. 55f.

- 580 Vgl. unter anderem HAUSER: Achsenmächte, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 1288.
- 581 Vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 62.
- 582 Erklärung des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPD, zit. nach: BRODER, Henryk M.: Vergesst Auschwitz! Der deutsche Erinnerungswahn und die Endlösung der Israel-Frage, München 2012, S. 20.
- 583 [MAHLER, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa [Mai 1971], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 103f.
- 584 Ebd., S. 106.
- 585 Ebd., S. 50.
- 586 MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf!, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der raf! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974.
- 587 Vgl. ebd.
- 588 Interview von Horst Mahler mit dem Zentralorgan des *Kommunistischen Studentenverbandes* (KSV): ‚Dem Volke dienen‘ (Auszug), in: Rote Hilfe e. V.; KPD (Hrsg.): Freiheit für Horst Mahler, o. O. o. J., in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516. Vgl. Rote Fahne, Nr. 21 (1976) vom 26. Mai 1976.
- 589 Interview von Horst Mahler mit dem Zentralorgan des *Kommunistischen Studentenverbandes* (KSV): ‚Dem Volke dienen‘ (Auszug), in: Rote Hilfe e. V.; KPD (Hrsg.): Freiheit für Horst Mahler, o. O. o. J., in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516. Vgl. HANLOSER, Gerhard: Horst Mahler – der Gefangenen-Star der Roten Hilfe, in: Bambule (Hrsg.): Das Prinzip Solidarität, Bd. 2, Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD, Hamburg 2013, S. 240-258.
- 590 Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 175-199.
- 591 Der *Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands* (KABD) und der *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD* (AB) können, vor allem wegen ihres praktischen Schwerpunkts auf Betriebspolitik, als „rechte“ K-Gruppen betrachtet werden, der *Kommunistische Bund Westdeutschland* (KBW) und der *Kommunistische Bund* (KB) hingegen als „zentristisch“, da sie realpolitisch pragmatischer orientiert waren als die „ultralinken“ KPD/AO und KPD/ML, die jegliches Bemühen um Reformen zurückwiesen und im Rahmen der Drei-Welten-Theorie der KPCh einen radikal nationalistischen Kurs verfolgten, vgl. STEFFEN, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002, S. 33f.
- 592 Vgl. KÜHN, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005, S. 287f. Vgl. BENICKE, Jens: Die K-Gruppen und der Nationalsozialismus, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE/ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II, S. 36-50, hier: S. 36. Vgl. auch BENICKE: Adorno zu Mao, S. 220-264.
- 593 Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 263.
- 594 Vgl. ebd.
- 595 Zum regionalen Zuschnitt des bundesdeutschen Maoismus vgl. KOENEN: Jahrzehnt, S. 280-314. Während in Norddeutschland der KB die größte maoistische Organisation darstellte, war dies im bayerischen Raum der AB, im baden-württembergischen Raum der KABD, während der KPD(/AO) Westberlin vorbehalten blieb. Der KBW war als größte maoistische Organisation in der BRD relativ

gleichmäßig (mit einigen Schwerpunkten in Frankfurt, Heidelberg und Bremen) flächendeckend vertreten. Die KPD/ML hatte sich Anfang/Mitte der 1970er Jahre bereits mehrfach gespalten.

<sup>596</sup> Bei der Gründung der RPK war Mahler einer der beiden Gesellschafter der GmbH gewesen. Erst im Januar 1973 trat Mahler seinen Gesellschafteranteil an ein Mitglied der KPD ab, vgl. Notariell beglaubigte Abschrift vom 26. Januar 1973, in: HIS-Archiv, SAK 700, 06, Box 2.

<sup>597</sup> Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 264.

<sup>598</sup> Zit. nach: ebd.

<sup>599</sup> Zit. nach: ebd.

<sup>600</sup> Vgl. ebd., S. 265.

<sup>601</sup> *Rote Hilfe Westberlin* zit. nach: ebd.

<sup>602</sup> Vgl. ebd.

<sup>603</sup> Erste Annäherungen von Kunzelmann an die RH bzw. die KPD hatten bereits Anfang 1973 stattgefunden, vgl. *Rote Hilfe*, Nr. 1 (Februar 1973) sowie *Rote Fahne*, Nr. 23 (1973) vom 6. Juni 1973. Förmlich trat Kunzelmann der RH im Februar 1974 bei, vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 266.

<sup>604</sup> Vgl. ebd., S. 272.

<sup>605</sup> Die Re-Inszenierung der KPD der frühen 1930er Jahre ging soweit, dass die regionalen Gliederungen der KPD/[AO] nach den Gliederungsnamen der KPD der Weimarer Republik benannt wurden, vgl. HINCK: Maschinen, S. 436.

<sup>606</sup> Vgl. BACIA, Jürgen: Die Kommunistische Partei [Maoisten], in: STÖSS (Hrsg.): Parteienhandbuch, S. 1812-1830. Vgl. KÜHN: Stalins Enkel, S. 101-135. Vgl. KOENEN: Jahrzehnt, S. 281-295.

<sup>607</sup> Programm der KPD zit. nach: BACIA: Kommunistische Partei, in: STÖSS (Hrsg.): Parteienhandbuch, S. 1813.

<sup>608</sup> Ebd.

<sup>609</sup> Vgl. ebd.

<sup>610</sup> Die sowjetischen Führer sind in die Fußstapfen Hitlers getreten, in: *Rote Fahne*, Nr. 12 (1976) vom 24. März 1976, zit. nach: BENICKE: K-Gruppen, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE/ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II, S. 46.

<sup>611</sup> Vgl. ebd.

<sup>612</sup> Vorwort der Roten Hilfe e. V., in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 9-12.

<sup>613</sup> MAHLER, Horst: Aufruf aus dem Gefängnis vom 11. Oktober 1975, in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 15-19, hier: S. 18.

<sup>614</sup> MAHLER, Horst: Grußadresse an die tschechischen und slowakischen Völker [vom 21. August 1975], in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 41-47, hier: S. 46f. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>615</sup> KPD/AO: Die „Westberlin-Frage“ und das Potsdamer Abkommen im Lichte des antiimperialistischen Kampfes heute, in: RPK, Nr. 96/97 (1971) vom 8. Januar 1971, zit. nach: BENICKE: K-Gruppen, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE/ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II, S. 37.

<sup>616</sup> Dieser Nationenbegriff wurde maßgeblich auf Lenin aufbauend von Stalin entwickelt, vgl. BENICKE: K-Gruppen, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE/ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II, S. 39f. Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 217-219. Die bundesdeutschen K-Gruppen ergänzten diesen tradierten marxistisch-leninistischen Nationenbegriff mit den Ideen Mao Tse-Tungs.

- <sup>617</sup> MAHLER, Horst: Aufruf aus dem Gefängnis vom 11. Oktober 1975, in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 15-19, hier: S. 16. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>618</sup> MAHLER, Horst: Das 13./14. Strafrechtsänderungsgesetz, in: ROTE HILFE E.V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 41-47, hier: S. 41.
- <sup>619</sup> Zit. nach: KÜHN: Stalins Enkel, S. 153.
- <sup>620</sup> Zit. nach: REIMANN: Kunzelmann, S. 271.
- <sup>621</sup> MAHLER, Horst: Aufruf aus dem Gefängnis vom 11. Oktober 1975, in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 15-19, hier: S. 18f. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>622</sup> MAHLER, Horst: Das 13./14. Strafrechtsänderungsgesetz [Rede vom 7. Februar 1976], in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 41-47, hier: S. 41.
- <sup>623</sup> Ebd.
- <sup>624</sup> Ebd., S. 46f. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>625</sup> Zum Antizionismus in den K-Gruppen vgl. SCHMIDT: Judenknax, S. 65-68.
- <sup>626</sup> Vgl. KLOKE: Israel und die deutsche Linke, S. 145f.
- <sup>627</sup> Zit. nach: KÜHN: Stalins Enkel, S. 131-135. Vgl. REIMANN: Kunzelmann, S. 272. Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 253-292.
- <sup>628</sup> Zionisten: Die Nazis unserer Tage, in: Rote Fahne, Nr. 9 (1973) vom 28. Februar 1973, zit. nach: BENICKE: K-Gruppen, in: ASSOCIAZIONE DELLE TALPE; ROSA-LUXEMBURG-INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit II, S. 47. Wenngleich linker Antisemitismus kein spezifisch deutsches Phänomen war/ist, zeigte die Reaktion des französischen Maoismus auf die Geiselnahme von 1972 einen gewichtigen Unterschied: Die maoistischen Gruppen distanzieren sich vorbehaltlos von dem Massaker und im weiteren Verlauf beeinflussten die Diskussionen über das Attentat sogar die Auflösung der bedeutsamsten Gruppe, der *Gauche Prolétarienne*, vgl. WIEVIORKA, Michel: 1968 und der Terrorismus, in: GILCHER-HOLTEY, Ingrid (Hrsg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft (=Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17), Göttingen 1998, S. 273-282, hier: S. 274f.
- <sup>629</sup> Vgl. FRITZSCH/REINDERS (Hrsg.): Die Bewegung 2. Juni, S. 65f und 86.
- <sup>630</sup> Vgl. ebd., S. 119. Vgl. TEUFEL, Fritz: Indianer weinen nicht – sie kämpfen, in: ROTH/TEUFEL (Hrsg.): Klaut siel, S. 20-30, hier: S. 21.
- <sup>631</sup> MAHLER, Horst: Erklärung anlässlich der Entführung des westberliner CDU-Abgeordneten Peter Lorenz vom 1. März 1975, in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 25f.
- <sup>632</sup> Ebd.
- <sup>633</sup> Vgl. FRITZSCH/REINDERS (Hrsg.): Die Bewegung 2. Juni, S. 87.
- <sup>634</sup> Vgl. IS-Interview mit Horst Mahler, in: Internationale Solidarität, Nr. 11 (November 1975). Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>635</sup> Freiheit für Horst Mahler!, in: Rote Hilfe, Nr. 3 (April 1975).
- <sup>636</sup> Vgl. An die Gefangenen in Tegel, in: Rote Hilfe, Nr. 5 (Juni 1975).
- <sup>637</sup> Mitteilung Nr. 1 des Komitees Freiheit für Horst Mahler, in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516.
- <sup>638</sup> Plattform des Komitees Freiheit für Horst Mahler, in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig.

515-516. Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. auch: Vorläufige Erklärung des Komitees Freiheit für Horst Mahler, in: Rote Hilfe, Nr. 8 (September 1975).

<sup>639</sup> Mitteilungen Nr. 4 des Komitees Freiheit für Horst Mahler, in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516.

<sup>640</sup> IS-Interview mit Horst Mahler, in: Internationale Solidarität, Nr. 11 (November 1975).

<sup>641</sup> Ebd.

<sup>642</sup> Einhelliger Protest gegen das Mahler[-]Urteil, in: Rote Hilfe, Nr. 3 (1976) vom 10. März 1976.

<sup>643</sup> Mahler, Horst: Kämpfen heißt leben, in: Rote Hilfe, Nr. 5 (1976) vom 14. Mai 1976.

<sup>644</sup> Stellungnahme des Bruders [von] Horst Mahler, [Peter] Mahler, in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 102.

<sup>645</sup> Vgl. Sterbeanzeige Dorothea Mahler, in: Mitteilung Nr. 7 des Komitees Freiheit für Horst Mahler [Oktober 1975], in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516. Vgl. Rede Peter Mahlers vor Gericht, in: Rote Hilfe, Nr. 8/9 (1976) vom 3. September 1976.

<sup>646</sup> Vgl. Staatsanwalt begünstigt Ruhland, in: Rote Hilfe, Nr. 1 (1977) vom 6. Januar 1977. Vgl. Ermittlungsverfahren gegen Ruhland eingestellt, in: Rote Hilfe, Nr. 7 (August 1977).

<sup>647</sup> Horst Mahler. Anwalt der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Sein Weg an die Seite der Arbeiterklasse, in: Roten Hilfe e. V.; KPD (Hrsg.): Freiheit für Horst Mahler, o. o. J., in: APO-Archiv, Karton KPD, Kom. Partei Deutschlands, KPD RH e. V. 1, RH e. V. 2, Freiheit f. H.M., Dokumentationen etc, 1972-1977, Sig. 515-516.

<sup>648</sup> KOENEN: Rotes Jahrzehnt, S. 286.

<sup>649</sup> MAHLER, Horst: Spiegel-Reflexe, in: JESCHKE/MALANKOWSKI: Der Minister und der Terrorist, S. 85-102, hier: S. 91.

<sup>650</sup> Ebd., S. 91. Rückblickend äußerte Mahler, vor allem die Übernahme der antisowjetischen Drei-Welten-Theorie durch die KPD habe bei ihm zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus geführt, vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 167.

<sup>651</sup> MAHLER, Horst: Spiegel-Reflexe, in: JESCHKE/MALANKOWSKI: Der Minister und der Terrorist, S. 85-102, hier: S. 91.

<sup>652</sup> Ebd.

<sup>653</sup> Zentralvorstand zu den jüngsten Erklärungen von Horst Mahler, in: Rote Hilfe, Nr. 6/7 (Juni/Juli 1977). Folgende Zitate ebd.

<sup>654</sup> Vgl. „Komitee Freiheit für Horst Mahler“ stellt seine Arbeit ein, in: HIS-Archiv, MfS 79/066. Mahler hatte vorab intern erklärt, er sei nicht weiter mit der „Entschiedenheit des Auftretens“ einverstanden.

<sup>655</sup> Vgl. unter anderem: Benicke, Jens: Leninisten mit Knarren. War die Rote Armee Fraktion nur eine bewaffnete K-Gruppe?, Vortrag im Jour fixe der Initiative Sozialistisches Forum am 30. April 2008, URL: <http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/pdf/benicke-leninisten.pdf>, Abgerufen am 30. November 2013. Vgl. [MAHLER, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa [Mai 1971], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 69.

<sup>656</sup> Ebd., S. 71.

<sup>657</sup> Brief Horst Mahler an Werner Hofmann vom 21. November 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 05, Bd. 4. Vgl. Vortrag Horst Mahler: In der Bundesrepublik und in Westberlin herrscht der nicht erklärte Notstand [August 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1. Vgl. Brief Horst Mahler an Rudi Dutschke vom 16. Januar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.

<sup>658</sup> Vgl. die redaktionelle Anmerkung Mahlers aus den 2000er Jahren zu *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa*, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://archive.today/piqP9>, abgerufen am 30. November 2013. Vgl. [Korrekturmanuskript Mahler zu:] „Schwindsucht, Schüttelfrost, Eiterbeulen“. Untersuchungshäftling Horst Mahler über RAF, Randgruppen und Revolution [erschieden in: Der Spiegel, Nr. 8 (1972) vom 14. Februar 1972], in: HIS-Archiv, MfS 73/009.

<sup>659</sup> MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974

<sup>660</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 428-431.

<sup>661</sup> Vgl. Brief Horst Mahler an Rudi Dutschke vom 16. Januar 1969, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06.

<sup>662</sup> [MAHLER, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa [Mai 1971], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 52.

<sup>663</sup> [Korrekturmanuskript Mahler zu:] „Schwindsucht, Schüttelfrost, Eiterbeulen“. Untersuchungshäftling Horst Mahler über RAF, Randgruppen und Revolution [erschieden in: Der Spiegel, Nr. 8 (1972) vom 14. Februar 1972], in: HIS-Archiv, MfS 73/009.

<sup>664</sup> MAHLER, Horst: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“, in: ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler. „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972.

<sup>665</sup> Ebd.

<sup>666</sup> Vermerk in Sachen Schwierdzyk, Gaston Salvatore [Erde 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 08, Mappe 1.

<sup>667</sup> Vortrag Horst Mahler: In der Bundesrepublik und in Westberlin herrscht der nichterklärte Notstand [August 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1.

<sup>668</sup> MAHLER, Horst: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“, in: ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler. „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972.

<sup>669</sup> Mahler, Horst u. a.: Entwurf eines offenen Briefes des SAK [Oktober/November 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 10.

<sup>670</sup> Vortrag Horst Mahler: In der Bundesrepublik und in Westberlin herrscht der nichterklärte Notstand [August 1969], in: HIS-Archiv, SAK 280, 09, Mappe 1.

<sup>671</sup> Zu einigen Aspekten des Westberlin-Problems, in: RPK, Nr. 27/28 (1969) vom 29. August 1969.

<sup>672</sup> MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974.

<sup>673</sup> Ebd.

<sup>674</sup> MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974.

<sup>675</sup> MAHLER, Horst: Fritz Gildemeister muß Anwalt bleiben [Erklärung vom 2. September 1975], in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 38.

<sup>676</sup> MAHLER, Horst: Aufruf aus dem Gefängnis vom 11. Oktober 1975, in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 16.

<sup>677</sup> Vgl. [Korrekturmanuskript Mahler zu:] „Schwindsucht, Schüttelfrost, Eiterbeulen“. Untersuchungshäftling Horst Mahler über RAF, Randgruppen und Revolution [erschienen in: Der Spiegel, Nr. 8 (1972) vom 14. Februar 1972], in: HIS-Archiv, MfS 73/009.

<sup>678</sup> MAHLER, Horst: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“, in: ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972.

<sup>679</sup> [Korrekturmanuskript Mahler zu:] „Schwindsucht, Schüttelfrost, Eiterbeulen“. Untersuchungshäftling Horst Mahler über RAF, Randgruppen und Revolution [erschienen in: Der Spiegel, Nr. 8 (1972) vom 14. Februar 1972], in: HIS-Archiv, MfS 73/009.

<sup>680</sup> MAHLER, Horst: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“, in: ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972.

<sup>681</sup> Ebd.

<sup>682</sup> [MAHLER, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa [Mai 1971], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 86.

<sup>683</sup> Ebd., S. 73.

<sup>684</sup> MAHLER, Horst: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“, in: ROTE HILFE HAMBURG (Hrsg.): Rote Hilfe Dokumentation. Horst Mahler: „...das imperialistische Monopolkapital ist die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte“. Aufzeichnung der Erklärung zu Prozessbeginn, Hamburg 1972.

<sup>685</sup> MAHLER, Horst: um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl, in: ROTE HILFE E. V. WESTBERLIN (Hrsg.): um die reihen zu schliessen – organisiert die solidarische kritik an der sektiererischen linie der rafl! Erklärung von Horst Mahler, Westberlin 1974.

<sup>686</sup> MAHLER, Horst: Aufruf aus dem Gefängnis vom 11. Oktober 1975, in: ROTE HILFE E. V. (Hrsg.): Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen, S. 16.

<sup>687</sup> Vgl. BENICKE: Adorno zu Mao, S. 153-161. So schrieb die RPK Ende 1970 beispielweise: „Dagegen ging der US-Imperialismus mit einer konterevolutionären Strategie vor, die die Hauptträger des deutschen Imperialismus und Hauptschuldigen des Weltkrieges zunächst durch die Kollektivschuldtheorie entlastete, um sich später mit ihnen zu verbünden.“ S. Rote Zelle Germanistik: Die Seminare des Sozialistischen Studiums der Roten Zelle Germanistik WS 1970/71, in: RPK, Nr. 88 (1970) vom 30. Oktober 1970, zit. nach: ebd., S. 158.

## Anmerkungen Kapitel V

<sup>1</sup> Mahler zit. nach: Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 12.

<sup>2</sup> Vgl. SCHULZ, Birgit (Regie): Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte, Bildersturm Filmproduktion, BRD 2009.

<sup>3</sup> Brief von Horst Mahler an Günter Nenning im Frühjahr 1978, abgedruckt in: Mahler, Horst: Hegel wieder ausbuddeln..., in: Neues Forum, Nr. 293/294 (Mai/Juni 1978), S. 19-27, hier: S. 24.

- <sup>4</sup> Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 77-98. Diesen Rundumschlag hatte Mahler bereits in einem wenige Wochen zuvor erscheinenden Beitrag angekündigt, vgl. MAHLER, Horst: Der 2. Juni 1967 und unsere Zukunft, in: ASTA DER PH WESTBERLIN U. A. (Hrsg.): „Sie würden uns gerne im Knast begraben...“, u. a. Westberlin 1977, S. 87-92.
- <sup>5</sup> Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 77-98, hier: S. 78.
- <sup>6</sup> Ebd.
- <sup>7</sup> Ebd., S. 79. Vgl. Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: Die Zeit, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.
- <sup>8</sup> Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 79f.
- <sup>9</sup> Ebd., S. 80-82. Mahler betonte hierbei zudem, er habe „mehr Lenin als Marx“ gelesen und sich deshalb stets als „Leninist“ und weniger als „Marxist“ begriffen. Marx habe er bereits als ersten „Leninisten“ rezipiert. Vgl. Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): MEW, Bd. 42, Berlin 1983, S. 19-875.
- <sup>10</sup> Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 77-98, hier: S. 81.
- <sup>11</sup> Ebd., S. 84.
- <sup>12</sup> Ebd., S. 84f.
- <sup>13</sup> Ebd., S. 85.
- <sup>14</sup> Ebd., S. 86f.
- <sup>15</sup> Ebd., S. 80. Mit dem Ausdruck „Gesamtarbeiter“ griff Mahler einen bei Marx entliehenen Begriff auf, den dieser jedoch zur Beschreibung der Kooperation in Fabriken genutzt hatte, und nicht – wie Mahler – als Begriff zur Beschreibung aller Teile einer Gesellschaft mit Ausnahme einer kleinen „ausbeuterische[n] Minderheit“, vgl. INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): MEW, Bd. 25, Berlin 1986, S. 89.
- <sup>16</sup> Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 77-98, hier: S. 89.
- <sup>17</sup> Ebd., S. 93. „Auch scheint mir der Begriff ‚Arbeiterklasse‘ wenig geeignet zu sein für die Bestimmung des revolutionären Subjekts. Was darunter gemeinhin verstanden wird, ist nur eine bestimmte **Fraktion** [Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.] des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, die zudem heute auch durchaus nicht das vorwärtstreibende Moment der revolutionären Bewegung ist.“ Ebd., S. 95.
- <sup>18</sup> Ebd., S. 78.
- <sup>19</sup> Ebd., S. 93.
- <sup>20</sup> Ebd., S. 98.
- <sup>21</sup> Fragen an Horst Mahler zu seinem „Ausbruch aus einem Mißverständnis“, in: Neuer Langer Marsch. Zeitschrift für eine neue Linke, Nr. 29, Oktober 1977. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>22</sup> Vgl. Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 8-15. Mahler, Horst: Staat muß sein. Brief aus dem Kerker II, in: Neues Forum, Nr. 293/294 (Mai/Juni 1978), S. 18-25. Mahler, Horst: Revolutionäre Manager. Brief aus dem Kerker III, in: Neues Forum, Nr. 295/296 (Juli/August 1978), S. 25-33.
- <sup>23</sup> Dregger zit. nach: Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 8.

- <sup>24</sup> Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 8
- <sup>25</sup> Ebd.
- <sup>26</sup> Ebd.
- <sup>27</sup> S. auch: ebd., S. 13: „Die Arbeiterklasse ist in den Staat integriert; sie verfügt über einen nicht unerheblichen politischen Einfluß und nimmt teil an der staatlichen Machtausübung. Sie anerkennt den Staat als legitimen Garanten jener gesellschaftlichen Ordnung, innerhalb derer sie sich mit dem Kapital streitet und um eine Verbesserung ihrer Existenzbedingungen kämpft.“
- <sup>28</sup> Ebd., S. 9.
- <sup>29</sup> Ebd., S. 12.
- <sup>30</sup> Ebd., S. 14.
- <sup>31</sup> Mahler, Horst: Staat muß sein. Brief aus dem Kerker II, in: Neues Forum, Nr. 293/294 (Mai/Juni 1978), S. 18-25, hier: S. 20-22.
- <sup>32</sup> Mahler, Horst: Revolutionäre Manager. Brief aus dem Kerker III, in: Neues Forum, Nr. 295/296 (Juli/August 1978), S. 25-33, hier: S. 29.
- <sup>33</sup> Ebd., S. 25.
- <sup>34</sup> Ebd., S. 26.
- <sup>35</sup> Ebd., S. 31. Marx verstand „Kooperativfabriken“ als Vorstufe einer selbstverwalteten Produktion des Proletariats, „obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren müssen.“, in: INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): MEW, Bd. 25, Berlin 1986, S. 456.
- <sup>36</sup> Mahler, Horst: Revolutionäre Manager. Brief aus dem Kerker III, in: Neues Forum, Nr. 295/296 (Juli/August 1978), S. 25-33, hier: S. 32.
- <sup>37</sup> Marx nur noch zitieren, um ihn zu kritisieren? Rote Fahne-Interview mit Horst Mahler, in: Rote Fahne, Nr. 50 (1978) vom 14. Dezember 1978. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>38</sup> Eine Antwort an Horst Mahler, in: Rote Fahne, Nr. 50 (1978) vom 14. Dezember 1978. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>39</sup> Vgl. Mahler, Horst: „Es reicht nicht mehr aus, im traditionellen Sinne ‚Marxist‘ zu sein.“ Rudolf Bahros Ansichten über die revolutionäre Rolle der Intelligenz, in: Berliner Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik, Nr. 8 (1978), S. 8-13. Hierbei handelte es sich um eine Langfassung des Beitrages von Mahler in der Zeitschrift *Dasda. Avanti* (s. u.).
- <sup>40</sup> SCHRÖDER, Gerhard. Grußwort an den Bahro-Kongreß, in: KOMITEE FÜR DIE FREILASSUNG RUDOLF BAHROS (Hrsg.): Der Bahro-Kongreß. Aufzeichnungen, Berichte und Referate, Berlin 1979, S. 10f.
- <sup>41</sup> Mahler, Horst: Bahro – ein Marx-Schänder?, in: *Dasda. Avanti*, Nr. 2 (Februar 1979) Bahro war auf Grund seiner in *Die Alternative* publizierten Positionen in der DDR inhaftiert worden. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>42</sup> So Mahler in seinem erläuternden Leserbrief in der Folgeausgabe, vgl. Mahler, Horst: Viele Schnitzer, in: *Dasda. Avanti*, Nr. 3 (März 1979). Mahler hatte via Leserbrief die vielen „sinnentstellende[n] Fehler“ in seinem gekürzt abgedruckten Beitrag bemängelt.
- <sup>43</sup> Bäcker, Jürgen H.; Mahler, Horst: Zurück in die Wirklichkeit. Wider den schießwütigen Haß, in: Neues Forum, Nr. 289/290 (Januar/Februar 1978), S. 24-27, hier: S. 24. Der Artikel erschien auch hier: Zehn Thesen zu RAF, in: HERZBRUCH, Barbara; WAGENBACH, Klaus (Hrsg.): Jahrbuch Politik 8, Berlin 1978, S. 10-15. Vgl. SKR-Interview (Abteilung Monitor) mit Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker am 15. Februar 1978 [Transkript], in: HIS-Archiv, MfS 73/029, S. 13.

<sup>44</sup> Vgl. [MAHLER, Horst]: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa [Mai 1971], in: ID-VERLAG (Hrsg.): Texte und Materialien, S. 103f.

<sup>45</sup> Horst Mahler zit. nach: SKR-Interview (Abteilung Monitor) mit Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker am 15. Februar 1978 [Transkript], in: HIS-Archiv, MfS 73/029, S. 3.

<sup>46</sup> Bäcker, Jürgen H.; Mahler, Horst: Zurück in die Wirklichkeit. Wider den schießwütigen Haß, in: Neues Forum, Nr. 289/290 (Januar/Februar 1978), S. 24-27, hier: S. 24.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Ebd., S. 26.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Ebd., S. 27.

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Mahler, Horst: RAF fürs Kapital, in: Neues Forum, Nr. 289/290 (Januar/Februar 1978), S. 27.

Hierbei handelte es sich um einen Auszug aus einem Interview Mahlers mit dem italienischen Abgeordneten Luciana Castellina der undogmatischen sozialistischen Partei *Democrazia proletaria*, welches in der linken *Il Manifesto* am 6. November 1977 abgedruckt wurde.

<sup>56</sup> Mahler, Horst: RAF fürs Kapital, in: Neues Forum, Nr. 289/290 (Januar/Februar 1978), S. 27.

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Ebd.

<sup>61</sup> Ensslin, Gudrun: zum begriff des politischen gefangenen / gudrun (Brief Nr. 3), in: BAKKER SCHUT (Hrsg.): das info, S. 29. Vgl. KOENEN: Jahrzehnt, S. 397-400. Vgl. Kapitel IV.

<sup>62</sup> Peter-Paul Zahl (1944-2011) war ein linksradikaler Dichter und Schriftsteller aus dem Umfeld der *Agit 883*, der 1974 wegen „gefährlicher Körperverletzung und schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt“ sowie zweifachem Mordversuchs zu insgesamt 15 Jahren Haft verurteilt worden war. Vgl. ZAHL, Peter-Paul: Die Stille und das Grelle. Aufsätze, Frankfurt am Main 1981. Vgl. Brief Peter-Paul Zahl an Horst Mahler vom 12. September 1978, in: ZAHL: Die Stille, S. 140f. Vgl. auch: P. P. Zahl contra Horst Mahler, in: Dasda. Avanti, Nr. 1 (Januar 1979).

<sup>63</sup> Brief Horst Mahler an Peter-Paul Zahl vom 14. Oktober 1978, in: ZAHL: Die Stille, S. 143-145. Vgl. auch: Fichter, Tilman; Lönnendonker, Siegwald: Mahler gegen Zahl oder Wie verhindert man die dritte Terroristen-Generation?, in: Dasda. Avanti, Nr. 3, März 1979, S. 20-23.

<sup>64</sup> Brief Peter-Paul Zahl an Horst Mahler vom 20. Oktober 1978, in: ZAHL: Die Stille, S. 144. Vgl. auch: Fichter, Tilman; Lönnendonker, Siegwald: Mahler gegen Zahl oder Wie verhindert man die dritte Terroristen-Generation?, in: Dasda. Avanti, Nr. 3, März 1979, S. 20-23, hier: S. 21. Ähnliche Vorwürfe dieser Art erreichten Mahler vor allem aus dem Spektrum der *Bewegung 2. Juni*, vgl. FRITZ-SCH/REINDERS (Hrsg.): Die Bewegung 2. Juni, S. 86.

<sup>65</sup> Die originale Kleinschreibung Zahls wurde grammatikalisch angepasst.

<sup>66</sup> Mahler, Horst: Der Foltervorwurf – eine Propagandalüge, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1978) vom 11. November 1978. Mahler nannte als weitere Triebfedern für ein linksterroristisches Engagement die „faschistische[n] Vergangenheit“ der BRD sowie deren „Verstrickung in die imperialistischen Kriege der USA“. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>67</sup> Tatsächlich wandte sich Mahler vor allem dagegen, dass *alle* RAF-Gefangenen menschenverachtenden Haftbedingungen ausgesetzt gewesen seien, hingegen betonte er ausdrücklich, dass der Protest gegen die tatsächliche Isolationshaft von Ulrike Meinhof und Astrid Proll gerechtfertigt gewesen sei.

<sup>68</sup> Eine Forderung, die zwar von der linksradikalen Öffentlichkeit empört zurückgewiesen wurde, jedoch von den maoistischen K-Gruppen, beispielsweise dem KBW, ganz ähnlich praktiziert wurde, vgl. KOENEN: Jahrzehnt, S. 395.

<sup>69</sup> Vgl. Redaktion Radikal: Zur Auseinandersetzung P. P. Zahl mit Horst Mahler, zit. nach: ZAHL: Die Stille, S. 154. In diesem Sinne äußerte sich beispielweise die linksradikale Zeitschrift *Radikal*, die versucht hatte, den Briefwechsel zwischen Mahler und Zahl abzudrucken, vgl. Redaktion Radikal: Zur Auseinandersetzung P. P. Zahl mit Horst Mahler, zit. nach: ebd., S. 143-148, hier: S. 154.

<sup>70</sup> Eine Antwort an Horst Mahler, in: Rote Fahne, Nr. 50 (1978) vom 14. Dezember 1978.

<sup>71</sup> ZAHL, Peter-Paul: Ein Indianer weint nicht – Wider die 150%igen Bauchredner, in: DERS.: Die Stille, S. 162-169. Zuerst abgedruckt in: Radikal, Nr. 52 (Januar 1979). Sowie in: Pflasterstrand, Nr. 45 (Januar 1979), S. 26-29.

<sup>72</sup> ZAHL: Ein Indianer, in: DERS.: Die Stille, S. 163-165. Später – 2001 – sollte Mahler zugeben, dass er über eine „fatale Neigung“ verfüge, „immer Recht behalten zu wollen“, in: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 41.

<sup>73</sup> ZAHL: Ein Indianer, in: DERS.: Die Stille, S. 168.

<sup>74</sup> Brief Horst Mahler an Brigitta Wolf [Anfang 1979], in: ZAHL: Die Stille, S. 156.

<sup>75</sup> Ebd., S. 162.

<sup>76</sup> Vgl. TEUFEL, Fritz: Indianer weinen nicht – sie kämpfen, in: ROTH/TEUFEL (Hrsg.): Klaut sie!, S. 20-30, hier: S. 20.

<sup>77</sup> TEUFEL: Indianer weinen nicht, in: ROTH/TEUFEL (Hrsg.): Klaut sie!, S. 20f.

<sup>78</sup> 1972 hatte Mahler geschrieben: „Die Kategorie des ‚Verheizens von Genossen‘ verrät bei dem, der sie benutzt, ein schier unüberwindliches Bedürfnis, sich unter allen Umständen für den Tag aufzusparen, an dem es gilt, den Sieg der Revolution zu beklatschen, den andere errungen haben. Ist dieser Wunsch auch menschlich verständlich, zählt er doch nicht zu den Tugenden eines Revolutionäres.“ In: „Schwindsucht, Schüttelfrost, Eiterbeulen“. Untersuchungshäftling Horst Mahler über RAF, Randgruppen und Revolution, in: Der Spiegel, Nr. 8 (1972) vom 14. Februar 1972. Teufel pries diese revolutionäre Selbstlosigkeit mit einer fragwürdigen Aufreihung: „Es ist ihre Selbstlosigkeit [...], die Menschen wie Rosa Luxemburg, Che Guevara, Ulrike Meinhof und Ajatolla Khomeini und andere zu leuchtenden Vorbildern ihrer Zeitgenossen macht.“ In: TEUFEL: Indianer weinen nicht, in: ROTH/TEUFEL (Hrsg.): Klaut sie!, S. 21.

<sup>79</sup> Ebd., S. 21.

<sup>80</sup> „Ganz zweifellos haften seiner Haltung ganz andere Beweggründe an, als nur der schäbige Egoismus eines Menschen, der um jeden Preis die eigene Haut retten will.“ In: ebd.

<sup>81</sup> Karl-Heinz Roth, zwischen 1975 und 1977 in Untersuchungshaft, war 1975 in Begleitung von Werner Sauber (*Bewegung 2. Juni*) in eine Schießerei mit einem Polizisten geraten, bei der Sauber und der Polizist getötet wurden, Roth lebensgefährlich verletzt überlebte. Von der Anklage wegen Mordes wurde er 1977 freigesprochen.

<sup>82</sup> Vgl. ROTH, Karl-Heinz: Moral, Gehirnwäsche und Verrat, in: ROTH/TEUFEL (Hrsg.): Klaut sie!, S. 50-119, hier: S. 50.

<sup>83</sup> Ebd., S. 50f.

<sup>84</sup> Ebd., S. 53f.

<sup>85</sup> Namentlich nannte Roth: Siegward Lönnendonker, Tilman Fichter, Bernd Rabehl, Peter Brandt u. a., die meisten waren seit Mitte der 1960er Jahre im Westberliner SDS aktiv gewesen. Die Redaktion der Zeitschrift *Langer Marsch* hatte sich 1977 gespalten und wurde ab Dezember 1977 als *Neuer Langer Marsch* weitergeführt. Vgl. ROTH: Moral, Gehirnwäsche und Verrat, in: ROTH/TEUFEL (Hrsg.): Klautsiel, S. 67.

<sup>86</sup> Ebd., S. 59.

<sup>87</sup> Ebd., S. 65 und 67.

<sup>88</sup> Vgl. auch die zwar wohlwollende, aber dennoch kritische Position von Fichter und Lönnendonker in Bezug auf Mahlers politische Wandlung im Allgemeinen und seiner Kritik an Zahl im Besonderen: Fichter, Tilman; Lönnendonker, Siegward: Mahler contra Zahl, in: *Langer Marsch. Zeitung für eine neue Linke*, Nr. 40/41 (1979), S. 14-16.

<sup>89</sup> Fried, Erich: Gehirnverschmutzung und Irrsinn, in: *Neuer Langer Marsch*, Nr. 42 (1979), S. 6. Fried hatte seinen Beitrag mit einem Gedicht eingeleitet, das er Ende 1978 verfasst hatte und das Mahlers Habitus des stets vollständig überzeugten Konvertiten bemerkenswert darstellte:

„Du hast  
ganz und gar  
recht  
mit dem  
was du jetzt  
erkannt hast

Nur  
ein Mensch  
der ganz und gar  
recht hat  
macht mir immer  
ein wenig Angst

Und glaubtest du nicht  
schon früher  
als du ganz und gar  
unrecht hattest  
du habest ganz und gar recht

Und solltest du nicht  
vielleicht  
für die Irrtümer derer  
die denken  
wie du einmal dachtest  
ein wenig mehr Nachsicht aufbringen  
und sei es nur

um ihnen  
den letzten Weg  
aus dem Irrtum  
nicht ganz und gar  
zu vermauern?“<sup>90</sup>  
Ebd.

<sup>90</sup> Brandt, Peter: Offener Brief an Karl-Heinz Roth, in: *Neuer Langer Marsch*, Nr. 42 (1979), S. 7.

<sup>91</sup> Ebd.

<sup>92</sup> Rabebl, Bernd: Ein Mann läuft Amok, in: Neuer Langer Marsch, Nr. 42 (1979), S. 8.

<sup>93</sup> Brandt, Heinz: Wörterbuch III des Unmenschen, in: Neuer Langer Marsch, Nr. 42 (1979), S. 7.

<sup>94</sup> Fichter, Tilman; Lönnendonker, Sigward: Über die Schwierigkeiten des Karl Heinz Roth, die Gegenwart zu bewältigen, in: Neuer Langer Marsch, Nr. 42 (1979), S. 9.

<sup>95</sup> KUNZELMANN: Widerstand, S. 135.

<sup>96</sup> Vgl. Im Zweifel gegen den Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 15 (1979) vom 6. April 1979.

<sup>97</sup> Vgl. An der Brüstung, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1974) vom 9. Dezember 1974.

<sup>98</sup> Vgl. Muß man machen, in: Der Spiegel, Nr. 25 (1978) vom 19. Juni 1978.

<sup>99</sup> Wiewohl auch Schröder von der öffentlichen Aufmerksamkeit im Zuge der Mandatsübernahme profitierte. Vgl. SCHRÖDER, Gerhard: Entscheidungen: Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006, S. 35f. 1980 gelang ihm der Einzug in den Bundestag.

<sup>100</sup> Vgl. ebd., S. 36. Vgl. Muß man machen, in: Der Spiegel, Nr. 25 (1978) vom 19. Juni 1978.

<sup>101</sup> Vgl. auch: Wenn Häftling Horst Mahler Urlaub macht. Berlins neuer Justizsenator Meyer und die Verwahrung des Terroristen, in: APO-Archiv, Sig. 162-162, Karton: Bewaffneter Kampf, 1973-1974.

<sup>102</sup> Mahler attackierte Stobbe scharf für dessen Haltung: Stobbes „sogenannte Rechtsposition wäre nur dann diskutabel, wenn wir noch den ‚Rechts‘zustand des Dritten Reichs hätten, nach dem es zulässig war, Gesetze durch einfache Rechtsverordnungen und Verwaltungsanweisungen der Exekutive aufzuheben oder abzuändern.“ In: Marx nur noch zitieren, um ihn zu kritisieren? Rote Fahne-Interview mit Horst Mahler, in: Rote Fahne, Nr. 50 (1978) vom 14. Dezember 1978. Vgl. auch: Im Zweifel gegen den Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 15 (1979) vom 6. April 1979.

<sup>103</sup> Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 389.

<sup>104</sup> Im Zweifel gegen den Angeklagten, in: Die Zeit, Nr. 15 (1979) vom 6. April 1979.

<sup>105</sup> Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 389.

<sup>106</sup> Vgl. AP-Pressemeldung vom 14. August 1980 (AP-072 4 pl 220), in: HIS-Archiv, MfS 78/057.

<sup>107</sup> Vgl. Gollwitzer, Helmut: Recht für Horst Mahler, in: Langer Marsch, Nr. 30 (1977), S. 9.

<sup>108</sup> Vgl. RULAND, Maximilian: Inszenierung der Vergangenheitsbewältigung: Die Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ (1979) in der Bundesrepublik als Medienereignis, in: GROSSMANN, Yves Vincent u. a. (Hrsg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Tagungsband zum studentischen Symposium 2011 in Bremen, Bremen, 2014, S. 163-192.

<sup>109</sup> Mahler, Horst: Zur Verjährung von NS-Verbrechen, in: Langer Marsch. Zeitschrift für eine neue Linke, Nr. 40/41 (1979), S. 7f. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>110</sup> Vgl. Fragen an Horst Mahler, in: Neuer Langer Marsch. Zeitschrift für eine neue Linke, Nr. 40/41, 1979, S. 8.

<sup>111</sup> Mahler, Horst: Antwort von Horst Mahler vom 25. Dezember 1978, in: Neuer Langer Marsch. Zeitschrift für eine neue Linke, Nr. 40/41 (1979), S. 8. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>112</sup> Flechthelm, Ossip K.: Zur Verjährung von NS-Verbrechen, in: Neuer Langer Marsch. Zeitschrift für eine neue Linke, Nr. 40/41 (1979), S. 6f.

<sup>113</sup> Vgl. SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co., S. 285-302.

<sup>114</sup> Mahler, Horst: Träume, goldenes Wenn, in: Das Da. Avanti, Nr. 6/7 (Juni/Juli 1979), S. 20f. Alle folgenden Zitate ebd. Bei dem Titel handelt es sich um ein Zitat aus dem Gedicht *Tschaganak Bersijen oder die Erziehung der Hirse* von Berthold Brecht.

<sup>115</sup> Vgl. Vorwort: „Wir brauchen mehr Gelassenheit“, in: JESCHKE, Axel; MALANKOWSKI, Wolfgang (Hrsg.): *Der Minister und der Terrorist. Gespräche zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler* (=Spiegel-Buch 1), Hamburg 1980, S. 7-10, hier: S. 8.

<sup>116</sup> Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in:

JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): *Der Minister und der Terrorist*, S. 11-84, hier: S. 11. JESCHKE und MALANKOWSKI unterstellten diese Motivlage allerdings auch Gerhart Baum. Vgl. hierzu einen Beitrag Mahlers im Programmheft der Tübinger Aufführung von Friedrich Schillers *Die Räuber* von 1979. Darin hatte Mahler davon gesprochen, die Protestbewegung der 1960er bzw. die radikale Linke der 1970er Jahre sei „durch die Schuld der Väter zutiefst verletzt“. S. MAHLER, Horst: *Der Pulverturm von Mogadischu*, in: *Theater heute*, Nr. 11 (November 1979), S. 52.

<sup>117</sup> Ebd., S. 12.

<sup>118</sup> Ebd., S. 12.

<sup>119</sup> Ebd., S. 21.

<sup>120</sup> Ebd., S. 16.

<sup>121</sup> Ebd., S. 12.

<sup>122</sup> Ebd., S. 15.

<sup>123</sup> Ebd.

<sup>124</sup> Ebd., S. 25.

<sup>125</sup> Ebd.

<sup>126</sup> „Der Staat heute kann sich nicht aus der Verantwortung schleichen, indem er sagt: das waren damals die Nazis. Das war der Staat dieses Volkes, und dieses Volk – unser Volk – hat diesen Staat getragen. Das ist 1945 nicht verschwunden, hat sich nicht aufgelöst. Das muß bewußtseinsmäßig in ganz anderer Weise bewältigt werden, als die Vergangenheitsbewältigung bisher ausgesehen hat.“ Mahler zit. nach: ebd., S. 17.

<sup>127</sup> Ebd., S. 11.

<sup>128</sup> Ebd., S. 12.

<sup>129</sup> Ebd., S. 17.

<sup>130</sup> Ebd., S. 40.

<sup>131</sup> Ebd.

<sup>132</sup> Ebd., S. 46.

<sup>133</sup> Vgl. Betr. Spiegel-Buch, in: *Der Spiegel*, Nr. 36 (1981) vom 31. August 1981. Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): *RAF*, S. 390.

<sup>134</sup> Zit. nach: Rückspiegel, in: *Der Spiegel*, Nr. 4 (1980) vom 21. Januar 1980.

<sup>135</sup> Zit. nach: Rückspiegel, in: *Der Spiegel*, Nr. 3 (1980) vom 14. Januar 1980.

<sup>136</sup> Vgl. zu den Reaktionen aus der Linken: Mahler, Horst: *Spiegel-Reflexe*, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): *Der Minister und der Terrorist*, S. 85-114, hier: S. 85. Vgl. auch: „Auf den Straßen tanzen ohne Angst“ [Interview mit Fritz Teufel], in: *Der Spiegel*, Nr. 45 (1980) vom 3. November 1980.

<sup>137</sup> Zit. nach: Rückspiegel, in: *Der Spiegel*, Nr. 3 (1980) vom 14. Januar 1980.

<sup>138</sup> Vgl. *Der umstrittenste Mann der Regierung*, in: *Der Spiegel*, Nr. 37 (1981) vom 8. September 1980.

<sup>139</sup> Ein Dialog mit den Aussteigern, in: *Die Zeit*, Nr. 37 (1980) vom 5. September 1980.

<sup>140</sup> Ebd.

- <sup>141</sup> Vgl. Immer Terrorist, in: Der Spiegel, Nr. 28 (1987) vom 6. Juli 1987.
- <sup>142</sup> Verständnis selbst für Herrn Zimmermann, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1987) vom 7. Dezember 1987.
- <sup>143</sup> Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 390. Die „sozialistische Weinrunde“ war ein privater Diskussionszirkel in Westberlin, in dem sich seit Ende der 1970er Jahre einige ehemalige Mitarbeiter der Zeitschrift *Langer Marsch* regelmäßig trafen.
- <sup>144</sup> Vgl. Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 14. Vgl. Mahler, Horst: Revolutionäre Manager, in: Neues Forum, Nr. 295/296 (Juli/August 1978), S. 25-33.
- <sup>145</sup> Vgl. In jedem von uns ein Terrorist?, in: Der Spiegel, Nr. 45 (1980) vom 3. November 1980. Vgl. „Der Kapitalist ein armes Schwein“, in: Die Zeit, Nr. 45 (1980) vom 31. Oktober 1980
- <sup>146</sup> Vgl. Avantgarde des Wandels?, in: Manager Magazin, Nr. 1 (1981).
- <sup>147</sup> Immer Terrorist, in: Der Spiegel, Nr. 28 (1987) vom 6. Juli 1987. Vgl. Verständnis selbst für Herrn Zimmermann, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1987) vom 7. Dezember 1987. Vgl. auch: Mahler darf nicht Anwalt werden, in: Taz vom 11. September 1986.
- <sup>148</sup> Vgl. Keine Robe für Horst Mahler, in: 2. Juli 1987. Vgl. BGH: Mahler als Anwalt zulassen, in: Taz vom 1. Dezember 1987.
- <sup>149</sup> Vgl. Verständnis selbst für Herrn Zimmermann, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1987) vom 7. Dezember 1987. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>150</sup> Vgl. JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 389.
- <sup>151</sup> Vgl. Personalien, in: Der Spiegel, Nr. 14 (1988) vom 4. April 1988.
- <sup>152</sup> Horst Mahler zit. nach: ebd.
- <sup>153</sup> Ist der Rechtsstaat glaubwürdig?, in: Taz vom 20. November 1986.
- <sup>154</sup> Zit. nach: Mahler, Horst: Ist dein Mut zu töten wirklich so groß?, in: Taz vom 16. Juli 1987. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>155</sup> Vgl. AMILÉ, F.; HALBACH, Robert; KRAMER, Bernd: „Ich hasse zu hassen“. Offener Brief an Horst Mahler, Westberlin 1988.
- <sup>156</sup> Mahler, Horst: Sicherheit geht vor Recht. Gnade nach dem Recht. Wo bleibt das Recht?, in: Taz vom 21. Januar 1989. Alle folgenden Zitate ebd. Zu Jennings Rede vgl. BENZ, Wolfgang: Mislungenes Gedenken. Die Rede Phillip Jennings im Deutschen Bundestag am 10. November 1988, in: ZfG, Jg. 61, Nr. 11 (2013), S. 906-919.
- <sup>157</sup> Vgl. ebd., S. 912f.
- <sup>158</sup> Mahler, Horst: Wie weit denkt der Bundeskanzler?, in: Taz vom 7. März 1990. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>159</sup> Horst Mahler zit. nach: „Wird die DDR heute beerdigt?“, in: Taz vom 19. Mai 1990.
- <sup>160</sup> Später (2001) bezeichnete Mahler seine Hegel-Lektüre als „Damaskus-Erlebnis“, vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 38.
- <sup>161</sup> Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 15f.
- <sup>162</sup> Vgl. ebd. S. 28.
- <sup>163</sup> Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 12. Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 46. Vgl. auch: Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 9.

- <sup>164</sup> Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 46.
- <sup>165</sup> Vgl. Mahler, Horst: Hegels Theorie des modernen Staates rehabilitiert, in: Neue Gesellschaft, Nr. 9 (1979), S. 816-821.
- <sup>166</sup> Vgl. Brief Shlomo Avineri an Horst Mahler vom 7. Februar 1980, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070813123146/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/bibliographie/briefavineri.htm>, abgerufen am 30. November 2013.
- <sup>167</sup> Vgl. Brief Herbert Marcuse an Günther Nenning, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070813122641/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/bibliographie/marcuse.htm>, abgerufen am: 30. November 2013.
- <sup>168</sup> MAHLER, Horst: Der 2. Juni 1967 und unsere Zukunft, in: ASTA DER PH WESTBERLIN U. A. (Hrsg.): „Sie würden uns gerne im Knast begraben...“, S. 87.
- <sup>169</sup> Ebd. Mahler, Horst: Revolutionäre Manager. Brief aus dem Kerker III, in: Neues Forum, Nr. 295/296 (Juli/August 1978), S. 25-33, hier: S. 32.
- <sup>170</sup> Bäcker, Jürgen H.; Mahler, Horst: Zurück in die Wirklichkeit. Wider den schießwütigen Haß, in: Neues Forum, Nr. 289/290 (Januar/Februar 1978), S. 24-27, hier: S. 27.
- <sup>171</sup> SKR-Interview (Abteilung Monitor) mit Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker am 15. Februar 1978 [Transkript], in: HIS-Archiv, MfS 73/029, S. 2.
- <sup>172</sup> Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 77-98, hier: S. 78.
- <sup>173</sup> MAHLER, Horst: Der 2. Juni 1967 und unsere Zukunft, in: ASTA DER PH WESTBERLIN U. A. (Hrsg.): „Sie würden uns gerne im Knast begraben...“, S. 87. Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Nr. 48 (1977), S. 77-98, hier: S. 93.
- <sup>174</sup> Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 12.
- <sup>175</sup> Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 23f.
- <sup>176</sup> Ebd., S. 12.
- <sup>177</sup> Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 14 und 20-22. Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 109-114.
- <sup>178</sup> Vgl. BERGMANN: Antisemitismus in Deutschland, in: SALZBORN (Hrsg.): Antisemitismus, S. 63f.
- <sup>179</sup> Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Missverständnis, in: Kursbuch, Heft 48 (1977), S. 77-98, hier: S. 78.
- <sup>180</sup> Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 12.
- <sup>181</sup> Ebd.
- <sup>182</sup> Ebd., S. 25.
- <sup>183</sup> Mahler, Horst: Zur Verjährung von NS-Verbrechen, in: Langer Marsch. Zeitschrift für eine neue Linke, Nr. 40/41 (1979), S. 7f. Vgl. auch: Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 8
- <sup>184</sup> Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler: „Wir müssen raus aus den Schützengräben“, in: JESCHKE/MALANKOWSKI (Hrsg.): Der Minister und der Terrorist, S. 11.
- <sup>185</sup> Ebd., S. 21. Mahler, Horst: Sicherheit geht vor Recht. Gnade nach dem Recht. Wo bleibt das Recht?, in: Taz vom 21. Januar 1989.

<sup>186</sup> Ebd.

<sup>187</sup> Mahler, Horst: Neubeginnen. Brief aus dem Kerker, in: Neues Forum, Nr. 291/292 (März/April 1978), S. 8.

<sup>188</sup> Vgl. beispielweise Mahler, Horst: Der Foltervorwurf – eine Propagandalüge, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1978) vom 11. November 1978.

<sup>189</sup> Horst Mahler zit. nach: „Wird die DDR heute beerdigt?“, in: Taz vom 19. Mai 1990.

## Anmerkungen Kapitel VI

<sup>1</sup> Mahler, Horst: Flugschrift. An die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>2</sup> Einen kurzen Auftritt absolvierte Mahler 1991 im Rahmen der Talkshow *Holgers Waschsalon* des Hessischen Rundfunks. Dort ließ sich Mahlers Gesprächspartner von 1979/80, der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum, in einem inszenierten Gerichtsprozess von Mahler „verteidigen“. In der *Spiegel*-Berichterstattung wurde insbesondere auf den „gepflegt bürgerlich[en]“ Auftritt Mahlers verwiesen. Mahler attestierte Baum, beim Regierungswechsel 1982 einen „Kern von Anständigkeit demonstriert“ und sich zuvor „Verdienste um den Rechtsstaat erworben“ zu haben. In: Personalien: Gerhart Baum, in: Der Spiegel, Nr. 51 (1991) vom 16. Dezember 1991.

<sup>3</sup> Der „Unterweltkönig“ Speer wurde 1993 unter anderem wegen Erpressung, verbotenen Glücksspiel, Eigentums-, Wirtschafts- und Gewaltdelikten angeklagt, vgl. Serbische Märsche, in: Der Spiegel, Nr. 13 (1993) vom 29. März 1993.

<sup>4</sup> Zit. nach: Serbische Märsche, in: Der Spiegel, Nr. 13 (1993) vom 29. März 1993.

<sup>5</sup> Mahlers Prozessstrategie, die Justiz- und Ermittlungsbehörden mit Anzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden zu überziehen, wertete das Gericht jedoch als Eingeständnis der Schuld des Angeklagten, der im Februar 1995 zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt wurde, vgl. Klaus Speer rang bei Verkündung des Urteils um Fassung, in: Berliner Zeitung vom 28. Februar 1995. Aufgrund seines Auftretens während des Prozesses wurde Mahler im Anschluss an die Urteilsverkündung selbst wegen der Verleumdung von Richtern angeklagt. Bereits während des laufenden Prozesses war Mahler schon zur Zahlung einer Geldstrafe verurteilt worden: Er hatte der Staatsanwaltschaft bescheinigt, die Anklageschrift im „Zustand der Volltrunkenheit“ verfasst zu haben. Das Berliner Landgericht verurteilte Mahler im Dezember 1997 zu einer Zahlung von 10.800 DM. Der BGH hob das Urteil jedoch auf, was Mahler als „vollen Erfolg“ wertete, vgl. Geldstrafe für Anwalt Mahler wegen Beleidigung, in: Berliner Zeitung vom 18. Mai 1994. Vgl. Horst Mahler muß Geldstrafe nicht zahlen, in: Berliner Zeitung vom 25. November 1998.

<sup>6</sup> Vgl. Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: Die Zeit, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>7</sup> Mahler erwartete in naher Zukunft gewaltsame gesellschaftliche Auseinandersetzungen in der BRD: „Ich bin heute der Auffassung, daß das Konzept Stadtguerrilla Zukunft ist.“ In: ebd.

<sup>8</sup> Vgl. Mahler, Horst: Offener Brief von Horst Mahler an Stefan Aust, in: Die Zeit, Nr. 23 (1997) vom 30. Mai 1997.

<sup>9</sup> Vgl. ROHRMOSER, Günter: Ideologische Ursachen des Terrorismus, in: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Analysen zum Terrorismus 1. Ideologien und Strategien, Opladen 1981, S. 274-339, hier: S. 284.

<sup>10</sup> Mahler, Horst: Terrorismus als Aufklärung über die Aufklärung – oder der Unendlichkeitswahn des Endlichen, in: Frankfurter Rundschau vom 19. Mai 1981, zit. nach: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: [http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/rezension1\\_2.html](http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/rezension1_2.html), abgerufen am 30. November 2013. Vgl. ROHRMOSER, Günter: Zäsur. Wandel des Bewusstseins, Stuttgart 1980.

<sup>11</sup> Mahler, Horst: Zwischen Turmbau zu Babel und Pfingstwunder [Laudatio zum 70. Geburtstag Günter Rohrmosers, gehalten am 1. Dezember 1997 in Stuttgart], in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/rede3.html>, abgerufen am 30. November 2013. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>12</sup> Mahler, Horst: Zweite Steinzeit, in: Junge Freiheit, Nr. 17 (1998) vom 17. April 1998. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>13</sup> Mahler zit. nach: „Nur unsere Widersprüche sind Zeichen der Wahrheit“. Interview mit Horst Mahler, in: Junge Freiheit, Nr. 29 (1998) vom 10. Juli 1998. Diese Frage muss im Zusammenhang mit der Strategie der *Jungen Freiheit* verstanden werden, Personen, die sich dem liberalen oder linken Lager zurechnen, als Interviewpartner zu gewinnen. Vgl. hierzu: LÖLHÖFFEL, Helmut: Die Interview-Falle. Wie die „Junge Freiheit“ immer wieder Prominente und sogar Sozialdemokraten einspannte, in: BRAUN, Stephan; VOGT, Ute (Hrsg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden 2007, S. 271-282.

<sup>14</sup> Mahler, Horst: Der Geheimagent des Weltgeistes, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. September 1998. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>15</sup> Schröder, Gerhard: Zuerst das Land, dann die Parteien, in: FAZ vom 23. Mai 1998. Vgl. KRAUS-HAAR: Achtundsechzig, S. 240f.

<sup>16</sup> Solche Gespräche hatten zwar offenbar tatsächlich im Rahmen der „sozialistischen Weinrunde“ stattgefunden – allerdings Anfang der 1980er Jahre und nicht, wie Mahler suggerierte, in den späten 1990er Jahren. Vgl. redaktionelle Anmerkung Mahlers zum Artikel „Terrorismus als Aufklärung über die Aufklärung – oder der Unendlichkeitswahn des Endlichen (1981)“ im Elektronischen Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070621045111/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/bibliographie/>, abgerufen am 1. November 2013.

<sup>17</sup> Mahler, Horst: Der Geheimagent des Weltgeistes, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. September 1998. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>18</sup> Hetzler zu Märtyrern, in: Der Spiegel, Nr. 41 (1998) vom 5. Oktober 1998.

<sup>19</sup> Vgl. Schröder, Gerhard: Gefährlicher Unfug [Leserbrief], in: Süddeutsche Zeitung vom 21. Oktober 1998. Bernd Rabehl äußerte 2003 die Vermutung, Mahler habe sich 1998 als Minister für eine von Schröder geführte, nationalen Regierung empfehlen wollen: „In den Vorbereitungen des Machtwechsels in Bonn wurde ihm von den verantwortlichen Politikern signalisiert, daß vorläufig kein Platz für ihn, den Ex-Terroristen, in einem zukünftigen Kabinett sei. Otto Schily würde die Funktion des Innenministers erhalten. Im dritten oder vierten Glied wollte Mahler nicht stehen.“ In: Der Ideologe. Horst Mahler: Der politische Aktivist gibt sich als Missionar, der an die eigenen Visionen vorbehaltlos glaubt, in: Junge Freiheit, Nr. 16 (2003) vom 11. April 2003.

<sup>20</sup> Vgl. Mahler, Horst; Maschke, Günter; Oberlercher, Reinhold: Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968, in: Staatsbriefe, Nr. 1 (1999).

<sup>21</sup> Brief Horst Mahler an Gerhard Schröder vom 9. November 1999, in: MAHLER, Horst: Guten Tag, Herr Friedman.. Unter Berufung auf Christus, Marx und deutsche Philosophen lädt der Vordenker Horst Mahler führende jüdische Köpfe zu erstem kritischen Dialog, Malmö [2001], S. 87-92. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>22</sup> Vgl. Dem Volke dienen, in: Der Spiegel, Nr. 8 (1999) vom 22. Februar 1999.

- <sup>23</sup> Mahler zit. nach: Ideologisch vermintes Gelände. Interview mit Horst Mahler, in: Focus, Nr. 53 (1998) vom 28. Dezember 1998.
- <sup>24</sup> Erster sein, Bester, Extremster, in: Frankfurter Rundschau vom 15. März 1999.
- <sup>25</sup> Vgl. Horst Mahler. Der einstige Terrorist ist sich treu geblieben, in: , in: Die Welt, Nr. 176 (1999) vom 31. Juli 1999.
- <sup>26</sup> Weiter sind hier zu nennen: Thomas Schmid, Peter Furth, Peter Schütt, Rainer Langhans, Werner Olles sowie Tilman Fichter, vgl. unter anderem SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co., S. 10-12.
- <sup>27</sup> Vgl. [Kerkhoff, Frank]: Die Geschichte des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, in: Deutsche Stimme, Nr. 12 (2001).
- <sup>28</sup> KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 252. Vgl. hierzu ausführlich: SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co, insbesondere S. 356-394.
- <sup>29</sup> Vgl. Mahler, Horst: Annahme und Bewährung, in: Junge Freiheit, Nr. 43 (1998) vom 16. Oktober 1998.
- <sup>30</sup> Dankesrede von Martin Walser zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 11. Oktober 1998: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, in: BÖRSENVEREIN DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS (Hrsg.): Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1998, Martin Walser. Ansprachen aus Anlaß der Verleihung, Frankfurt am Main 1998.
- <sup>31</sup> Ein befreiender Streit?, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1998) vom 7. Dezember 1998.
- <sup>32</sup> Mahler, Horst: Bemerkungen zu Martin Walsers Paulskirchenrede vom 13. Oktober 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120849/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/walser.html>, abgerufen am 1. November 2013. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>33</sup> Mahler, Horst: Offener Brief an Ignatz Bubis vom 1. Dezember 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>34</sup> Vgl. BACKHAUS, Fritz; GROSS, Raphael; WEISSBERG, Liliäne (Hrsg.): Juden. Geld. Eine Vorstellung, Frankfurt am Main 2013.
- <sup>35</sup> „Karl Marx, selbst Jude und Sproß einer Rabbinerfamilie, schrieb: ‚Welches ist der weltliche Grund des Judentums?‘ Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“ In: Mahler, Horst: Offener Brief an Ignatz Bubis vom 1. Dezember 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013. Zu MARX' Text *Zur Judenfrage* s. u.
- <sup>36</sup> Mahler, Horst: Begreifen des Holocaust statt Monumentalisierung der Schande vom 4. Dezember 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>37</sup> Mahler, Horst: Flugschrift. An die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>38</sup> Vgl. beispielweise aus dem Umfeld der NPD: KOSIEK, Rolf: Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen, Tübingen 2001. Auch Günter ROHRMOSER hatte mit dem *Elend der kritischen Theorie* bereits 1970 eine umfassende Kritik der Frankfurter Schule vorgelegt, vgl. ROHRMOSER, Günter: Das Elend der kritischen Theorie, Freiburg 1970.

<sup>39</sup> Lediglich „jüdische Holocaustforscher“ wie der antizionistische US-Amerikaner Norman FINKELSTEIN würden diese Debatte richtigerweise führen. Der von Mahler in der Flugschrift mehrfach zitierte FINKELSTEIN vertritt unter anderem die antisemitische These, der Staat Israel würde sich einer „Holocaust-Industrie“ bedienen, um seine politischen Interessen international durchzusetzen, vgl. FINKELSTEIN, Norman: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, München 2001. An anderer Stelle zitierte Mahler den neurechten Publizisten Caspar von SCHRENCK-NOTZING, dessen 1965 erschienenes Buch *Charakterwäsche die Reeducation* aus nationalkonservativer Perspektive kritisierte. Zwar ist eine Rezeption SCHRENCK-NOTZINGS durch Mahler in den 1960er Jahren nicht belegbar, jedoch wies Dorothea HAUSER auf offensichtliche Parallelen zwischen diesem und den befreiungsnationalistischen Formulierungen der RAF hin, vgl. HAUSER: Achsenmächte, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 1289. Vgl. Koenen, Gerd: Rumor einer Nation (ungedrucktes Kapitel von: KOENEN, Gerd: Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine, deutsche Kulturrevolution. 1967-1977, Köln 2001), in: Website von Gerd Koenen, URL: [http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor\\_p.pdf](http://www.gerd-koenen.de/pdf/rumor_p.pdf), abgerufen am 1. November 2013.

<sup>40</sup> Zugespitzt fand sich diese These nochmals in Mahlers Beitrag zur Debatte um ein Shoa-Mahnmal in Berlin: „Das deutsche Volk kann angesichts seiner Tat, der Vernichtung der europäischen Juden, seiner Verantwortung nur durch diese geistige Veränderung gerecht werden, die seine Würde als Kulturvolk wiederherstellt.“ In: Mahler, Horst: Begreifen des Holocaust statt Monumentalisierung der Schande, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070813123812/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/mahnmal.html>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>41</sup> Vgl. Doppelpaß: Erste Montagsdemonstration in Frankfurt am Main, in: Junge Freiheit, Nr. 17 (1999) vom 23. April 1999.

<sup>42</sup> Horst Mahler zit. nach: Der Montags-Mahler, in: Jungle World, Nr. 9 (1999) vom 24. Februar 1999.

<sup>43</sup> Horst Mahler zit. nach: Interview mit Horst Mahler, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 (1999). Mahlers Überlegung, die bundesdeutsche Bevölkerung sei empfänglich für das Schüren von Überfremdungsängsten war tatsächlich nicht aus der Luft gegriffen: Im Frühjahr 1999 konnte die CDU mit der stimmungsmachenden Unterschriftenkampagne *Ja zur Integration – nein zur doppelten Staatsbürgerschaft* erfolgreich an solche Stimmungen appellieren und unter anderem die Landtagswahlen in Hessen gewinnen. Vgl. KLÄRNER, Andreas: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Köln 2000. Der Name der *Bürgerbewegung für Unser Land* war an den Aufruf zu den historischen Montagsdemonstrationen in der DDR *Für Unser Land* (veröffentlicht am 26. November 1989 in Ostberlin) angelehnt.

<sup>44</sup> Eilmarsch nach rechtsaußen, in: Analyse & Kritik, Nr. 424 (1999) vom 18. März 1999.

<sup>45</sup> Mahler zit. nach: ebd. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>46</sup> Vgl. ebd. In einem Interview Horst Mahlers mit der *Jungen Freiheit* wurde die Problematik der Isolation bereits früh thematisiert, vgl. „Ein Netz von Aktivisten“. Interview mit Horst Mahler, in: Junge Freiheit, Nr. 2 (1999) vom 8. Januar 1999.

<sup>47</sup> Vgl. hierzu: SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co, insbesondere S. 385-394.

<sup>48</sup> Die *Burschenschaft Danubia* war und ist Mitglied im innerverbandlichen Zusammenschluss *Burschenschaftliche Gemeinschaft* im burschenschaftlichen Dachverband *Deutsche Burschenschaft*. In der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* organisier(t)en sich die völkisch-nationalistisch orientierten Mitgliedsbünde, unter anderem mit Bezug auf einen „volkstumsbezogenen“ Nationalbegriff. Im Verfassungsschutzbericht Bayerns aus dem Jahr 2012 wurde die Burschenschaft Danubia zum wiederholten Male als „rechtsextremistische Organisation“ eingestuft, vgl. INNENMINISTERIUM BAYERN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Bayern 2012, München 2013, S. 92f.

<sup>49</sup> Vgl. Mythos 1968: Die Auseinandersetzung um den SDS-Veteranen Bernd Rabehl verschärft sich, in: Junge Freiheit, Nr. 27 (1999) vom 2. Juli 1999.

<sup>50</sup> Mahler, Horst; Maschke, Günter; Oberlercher, Reinhold: Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968, in: Staatsbriefe, Nr. 1 (1999). Alle folgenden Zitate ebd. Zur antiamerikanischen Motivation der ehemaligen Protestbewegung hieß es dort weiter: „Die 68er Bewegung steht nicht für die Amerikanisierung der Welt, nicht für die Zerstörung der Völker und der Familien durch Kommerzialisierung von allem und jedem, nicht für die Ausbreitung von Job-Mentalität, schlechter Musik, Pornographie, Rauschgift, Kapital, Verbrechen und Kapitalverbrechen, – sie steht für das Gegenteil.“ Mahler wiederholte diesen Gedanken mehrfach: „Die 68er haben einiges bewegt, insgesamt aber sind sie geschlagen: sie haben die ‚Massen‘ nicht in Bewegung gebracht, sie sind nicht in der ‚klassenlosen Gesellschaft‘ angelangt. Schlimmer noch – ihnen ist mit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks ihr ideologisches Ziel abhandengekommen. Weil ihnen ihre Theorien suspekt geworden sind, haben die meisten Denker der Revolte ihre Stellungen an der geistigen Front verlassen. Der von den Revolteuren als ‚Hauptfeind der Völker‘ markierte US-Imperialismus wird von den Epigonen heute als Garantmacht der Menschenrechte gefeiert. Die Abwehrhaltung gegen den US-amerikanischen Kulturimperialismus ist in hemmungslose Übernahme des ‚American-way-of-life‘ und in Propaganda für die ‚westliche Wertegemeinschaft‘ umgeschlagen.“ In: Mahler, Horst: Dutschke und Rabehl. Herolde des Nationalen Sozialismus?, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20041214051137/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/991113.html>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>51</sup> Vgl. Nationalisten waren wir nie! Ehemalige 68er SDS-Mitglieder distanzieren sich von Mahler und Rabehl, in: SDS-Website, URL: <http://www.isioma.net/sds00199.html>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Kurze Studie über einen Fall, in: Jungle World, Nr. 7 (1999) vom 17. Februar 1999.

<sup>54</sup> Mahler, Horst: Dutschke und Rabehl. Herolde des Nationalen Sozialismus?, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20041214051137/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/991113.html>, abgerufen am 1. März 2013. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>55</sup> Kolakowski zit. nach: Mahler, Horst: Dutschke und Rabehl. Herolde des Nationalen Sozialismus?, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20041214051137/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/991113.html>, abgerufen am 1. März 2013. Das Originalzitat lautete mit der von Mahler vorgenommenen Weglassung: „Die ‚Nationalisierung‘ des Kommunismus in seiner leninistischen Form ist einer der wichtigsten Faktoren im politischen Kräftespiel des 20. Jahrhunderts [...]“. In: KOLAKOWSKI, Leszek: Der revolutionäre Geist, Stuttgart 1972, S. 39.

<sup>56</sup> Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 185.

<sup>57</sup> In diesem Sinne versuchte Mahler wiederholt, Mitstreiter aus der ehemaligen Protestbewegung für seine politischen Optionen zu mobilisieren. Auch versuchte er, inhaltlich an prominente Linke anzuknüpfen: Der ehemalige Vorsitzende der SPD, Oskar Lafontaine, der im März 1999 auf Grund von unterschiedlichen Positionen in der Wirtschaftspolitik von seinen Partei- und Regierungsämtern zurückgetreten war, hatte zuvor unter anderem für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, der so genannte Tobin-Tax, geworben. Nach Mahler habe Lafontaine damit als erster deutscher Politiker „seit Hitler [...] einen Unterschied gemacht zwischen dem schaffenden Kapital und dem raffenden Kapital.“ Zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 200f. Diesen Gedanken hatte danach unter anderem Jürgen Elsässer aufgenommen, der, einen aus dem Leninismus abgeleiteten, völkischen Antiimperialismus vertretend, ein Bündnis von „Lafontaine bis Gauweiler“ gegen die „Herrschaft des Finanzkapitals“ initiierte, ohne dass freilich Lafontaine auf diese Umwerbung eingegangen wäre. Immerhin trat Lafontaine jedoch noch 2007 auf gemeinsamen Veranstaltungen mit Elsässer auf. Zu

Elsässers *Volksinitiative gegen das Finanzkapital* vgl. Mit Contenance für die Nation, in: *Jungle World*, Nr. 49 (2010) vom 9. Dezember 2010.

<sup>58</sup> Udo Voigt ist neuer NPD-Parteivorsitzender!, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 3/4 (1996), zit. nach: PFAHL-TRAUGHBER, Armin: *Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei* (=Reihe Zukunftsforum Politik 92), Berlin 2008, S. 24.

<sup>59</sup> Mahler, Horst: *Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation* [=Rede auf dem NPD-Bundesparteitag am 25. April 1999], in: *Staatsbriefe*, Nr. 6/7 (1999). Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>60</sup> Um die Schnittmengen der radikalen Linken und der radikalen Rechten zu betonen, zitierte Mahler in seiner Rede aus einem antiamerikanischen Beitrag der marxistisch-leninistischen Tageszeitung *Junge Welt*. Vgl. Mut zum Anti-Amerikanismus. Frankreichs Widerstand gegen die US-Hegemonie, in: *Junge Welt* vom 12. Februar 1999. Immer wieder wurden in der *Jungen Welt* antiamerikanische, antizionistische und strukturell antisemitische Positionen publiziert. Der *Bundeszentrale für politische Bildung* gilt die *Junge Welt* als Musterbeispiel eines Antisemitismus von links, vgl. Kilpert, Daniel: *Antisemitismus von links*, in: Website der Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37960/antisemitismus-von-links?p=all>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>61</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2001*, Berlin 2002, S. 117.

<sup>62</sup> Vgl. Sander, Hans-Dietrich: *Es geht nicht um die Juden, es geht um den Shylock im Juden*, in: *Staatsbriefe*, Nr. 3 (2000).

<sup>63</sup> Vgl. Interview mit Horst Mahler, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 4 (1999). Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>64</sup> In der Schrift wurde auf die Veröffentlichung am 9. November als „Tag, an dem sich der Fall der Berliner Mauer zum 10. Male jährt“ Bezug genommen. Auch der Veröffentlichungsort Leipzig sollte befreiungsnationalistische historische Bezüge zu den „Montagsdemonstrationen“ von 1989 und der „Völkerschlacht“ von 1813 herstellen, vgl. Mahler, Horst; Oberlercher, Reinhard; Ney, Johannes P.: *Thesen zur Reichsstatthalterschaft*, in: *Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler*, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>65</sup> Mahler, Horst: *Deutschland auf dem Wege zur Reichsordnung (2). Vorsicht! Der Feind denkt mit – in und mit unseren Köpfen*, September 1999, in: *Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler*, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>66</sup> Vgl. LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HAMBURG (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Stichworten. Ideologien – Organisationen – Aktivitäten*, Hamburg 2001, Stichwort: „Werkstatt Neues Deutschland“, S. 147.

<sup>67</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2001*, Berlin 2002, S. 72.

<sup>68</sup> Vgl. ebd., S. 117. Zu Jürgen Schwab vgl.: PFAHL-TRAUGHBER, Armin: *Eine nationalrevolutionäre Kritik an der NPD. Der rechtsextremistische Intellektuelle Jürgen Schwab als Ideologe und Kritiker der Partei*, in: BACKES, Uwe; STEGLICH, Henrik (Hrsg.): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei* (=Extremismus und Demokratie 17), Baden-Baden 2007, S. 383-397.

<sup>69</sup> Vgl. Mahler, Horst: *Strafanzeige gegen die Herren Hans-Jochen Vogel und Wolfgang Thierse wegen des Verdachts der Erpressung vom 19. Dezember 1999*, in: MAHLER: *Guten Tag*, S. 93-97.

<sup>70</sup> Vgl. Frohes Fest. Mit der Entschädigungsregelung für NS-Sklaven- und Zwangsarbeiter hat sich Deutschland das schönste Weihnachtsgeschenk gemacht, in: *Jungle World*, Nr. 52 (1999) vom 22. Dezember 1999.

<sup>71</sup> Mahler, Horst: Strafanzeige gegen die Herren Hans-Jochen Vogel und Wolfgang Thierse wegen des Verdachts der Erpressung vom 19. Dezember 1999, in: MAHLER: *Guten Tag*, S. 93-97.

<sup>72</sup> Ebd.

<sup>73</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: *Schluss*, S. 134.

<sup>74</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 140f.

<sup>75</sup> Vgl. „Und die Fremden, die schon hier sind, bekommen Kinder wie die Karnickel. Die Landnahme findet heute im Kreissaal statt.“ In: ebd., S. 25.

<sup>76</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: *Schluss*, S. 129.

<sup>77</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 173. Folgende Zitate ebd.

<sup>78</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 113.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 179f.

<sup>81</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 234.

<sup>82</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 17. Folgende Zitate ebd.

<sup>83</sup> Tatsächlich hatte GOLDHAGEN eine „Kollektivschuld“ aller Deutschen auch gar nicht behauptet. Trotzdem reagierten weite Teile der bundesdeutschen Wissenschaft sowie der Bevölkerung auf die Veröffentlichung GOLDHAGENS im Rahmen klassischer Schuldabwehrmechanismen. Zur Goldhagen-Debatte vgl. unter anderem: HAURY, Thomas: „Goldhagen gegen rechts verteidigen und von links kritisieren“. Die deutsche Linke in der Goldhagen-Debatte, in: ERB, Rainer; HEIL, Johannes (Hrsg.): *Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel J. Goldhagen*, Frankfurt am Main 1998, S. 235-258.

<sup>84</sup> Mahler, Horst: Offener Brief an Daniel Goldhagen vom 27. Januar 2000, in: MAHLER: *Guten Tag*, S. 17-86.

<sup>85</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: *Schluss*, S. 175.

<sup>86</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 31.

<sup>87</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 163.

<sup>88</sup> Mahler, Horst: Endlösung der Mauerfrage vom 17. Juni 2001, in: *Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler*, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120550/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/mauerfrage.html>, abgerufen am 1. März 2013. Alle folgenden Zitate ebd. Aufgrund dieser Publikation Mahlers entwickelte sich eine Diskussion mit einer der Führungsfiguren des bundesdeutschen Neo-Nationalsozialismus, Christian Worch, in der dieser Mahler attestierte, sich mit der Verteidigung der SED vollends diskreditiert zu haben und dabei selbst eine traditionalistisch-rechtsradikale, antikommunistische Position vertrat, die der SED die größte Verantwortung am Bau der Berliner Mauer gab. Die ältere historische Forschung hatte in der Tat eher Mahlers Position gestützt – selbstredend ohne dessen polemische Diktion zu teilen. Neuere Forschungsergebnisse seit den 2000er Jahren legen jedoch eine erhebliche Eigenverantwortung der DDR-Führung nahe. Vgl. HARRISON, Hope M.: *Ulbrichts Mauer*, Berlin 2011.

<sup>89</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: *Schluss*, S. 153. Tatsächlich sind rechtsradikale Einstellungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR weiter verbreitet als auf dem Gebiet der ‚alten‘ Bundesrepublik, wofür jedoch weder das angeblich „autoritäre“ Erbe der DDR noch die ausgebliebene „Umerziehung“ durch die USA (Mahler) ursächlich sind. Vgl. hierzu kritisch: FRIEDRICH, Walter: *Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR?*, in: *APuZ*, Nr. 46 (2001), S. 16-23.

<sup>90</sup> „Mein Vater ist daran zugrunde gegangen – und ich liebte und achtete meinen Vater über alles.“ In: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 163.

<sup>91</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 163. Zwar verwandte Mahler die Chiffre „Auschwitz“ um über die Shoa zu sprechen, als Beispiel für die von ihm erwähnten „Opfer“ führte er jedoch das Lied von den *Moorsoldaten* an, das ihn „stets sehr ergriffen“ habe. Das Lied handelt jedoch explizit nicht von den jüdischen Opfern der Shoa, sondern thematisiert vorwiegend die Behandlung von politischen Gefangenen des Widerstands aus der Arbeiterbewegung durch die Nationalsozialisten.

<sup>92</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 165f.

<sup>93</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 182.

<sup>94</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 181f.

<sup>95</sup> Mahler zit. nach: ebd., S. 176.

<sup>96</sup> Vgl. Mehr Habermas als Hitler, in: Junge Freiheit, Nr. 3 (2001) vom 12. Januar 2001.

<sup>97</sup> Angabe zum Zeitpunkt einer vermehrten Aktivität Mahlers im *Deutschen Kolleg* in: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 90.

<sup>98</sup> Zum *Deutschen Kolleg* vgl. GRUMKE, Thomas; WAGNER, Bernd: Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 373-375; BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, S. 93; BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 85.

<sup>99</sup> Einleitung zum Hegelseminar vom 22. bis 24. März 2002, zit. nach: Mahler, Horst: Zum Selbstverständnis des Deutschen Kollegs, in: Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik, Nr. 39 (2001), S. 2-8.

<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Beide Gesprächsangebote wurden Anfang 2001 von Mahler publiziert, in: MAHLER, Horst: Guten Tag, Herr Friedman.. Unter Berufung auf Christus, Marx und deutsche Philosophen lädt der Vordenker Horst Mahler führende jüdische Köpfe zu erstem kritischen Dialog, Malmö [2001]. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>102</sup> Die Nibelungenhalle im niederbayerischen Passau war seit den 1970er Jahren der traditionelle Veranstaltungsort der Politischen Aschermittwochveranstaltungen der CSU. In den 1990er Jahren hielten auch die DVU und die NPD (1998) große Veranstaltungen in dem aus der Zeit des Nationalsozialismus stammenden Bau ab. Am 27. Mai 2000 veranstaltete die NPD dort ihren, nach 1998, zweiten *Tag des nationalen Widerstands*. Michel Friedman war als Redner auf der Gegendemonstration eingeplant.

<sup>103</sup> Mahler zitierte hierbei zum wiederholten Male eine Stelle aus MARX' Frühschrift *Zur Judenfrage* von 1843. Die von Mahler zitierte Stelle findet sich allerdings nur abgewandelt in MARX' Schrift, im Original lautet sie: „Die *Judenemanzipation* in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom *Judentum* [kursiv im Original, Anm. d. Verf].“, in: INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): MEW, Bd. 1, Berlin 1983, S. 347-377, hier: S. 373. Vielfach wurde dieser Text, insbesondere von Antisemiten, als Beleg für einen angeblichen Antisemitismus von Marx herangezogen. Dies wurde vielfach widerlegt, sehr umfangreich unter anderem in: HAURY: Antisemitismus von links, S. 160-182.

<sup>104</sup> Oppoldt, Rainer: Über „Guten Tag, Herr Friedman...“ von Horst Mahler, in: Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik, Nr. 33 (April 2001), S. 57-59.

<sup>105</sup> Nachwort, in: MAHLER: Guten Tag, S. 101.

<sup>106</sup> Vgl.: Wir müssen es machen, in: Der Spiegel, Nr. 41 (2000) vom 9. Oktober 2000. Vgl. Explosive Mischung, in: Der Spiegel, Nr. 50 (2000) vom 11. Dezember 2000.

- <sup>107</sup> Mahler, Horst; Meenen, Uwe; Oberlercher, Reinhold: Ausrufung des Aufstands der Anständigen, in: Sleiþnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik, Nr. 32 (Februar 2001), S. 2-13. Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>108</sup> Vgl. Rechtsextremismus: Volksverhetzung im Internet?, in: Tagesspiegel vom 11. Juni 2001.
- <sup>109</sup> Vgl. Pressemitteilung der Vereinigung Berliner Strafverteidiger vom 20. Januar 2001, zit. nach: JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 391.
- <sup>110</sup> Vgl. Krauß, Winfried: Die Vorschläge des Deutschen Kollegs sind keine Reformation, sondern eine Deformation der NPD!, Oktober 2001, in: Netzseite Website von Winfried Krauß, Kopie in: URL: <http://www.geocities.ws/capitolhill/5680/ydeform.htm>, abgerufen am 1. März 2013.
- <sup>111</sup> Horst Mahler auf der Pressekonferenz der NPD in Bruchsal bei Karlsruhe im August 2000, zit. nach: Horst Mahler und die NPD, in: World Socialist Web Site vom 24. August 2000, URL: <http://www.wsws.org/de/articles/2000/08/mahl-a24.html>, abgerufen am 1. März 2013. Zum NPD-Verbotsverfahren vgl. FLEMMING, Lars: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2005.
- <sup>112</sup> Mahler, Horst: Appell an die Bürger des Deutschen Reiches, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/appell.html>, abgerufen am 1. März 2013. Folgende Zitate ebd.
- <sup>113</sup> Nach Eigenangaben der Partei traten im Zuge der NPD-Verbotdiskussionen in kurzer Zeit rund 500 Mitglieder ein. Vgl. NPD-Vorsitzender: 500 neue Mitglieder in zehn Tagen, in: Rheinische Post vom 12. August 2000.
- <sup>114</sup> Interview mit Horst Mahler, in: Das Herrenhaupt, Nr. 3 (März 2001).
- <sup>115</sup> Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 268.
- <sup>116</sup> Vgl. Die „Revolutionäre Plattform“ in der NPD, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 2 (2001) vom 31. August 2001. Vgl. auch: Interview mit Horst Mahler, in: Das Herrenhaupt, Nr. 3 (März 2001). Vgl. FLEMMING: NPD-Verbotsverfahren, S. 133-135.
- <sup>117</sup> Krauß, Winfried: Die Vorschläge des Deutschen Kollegs sind keine Reformation, sondern eine Deformation der NPD!, Oktober 2001, in: Website von Winfried Krauß, Kopie in: URL: <http://www.geocities.ws/capitolhill/5680/ydeform.htm>, abgerufen am 1. März 2013.
- <sup>118</sup> Zit. nach: Bundestag setzt neue Akzente, in: FAZ vom 30. März 2001.
- <sup>119</sup> Zit. nach: Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bekräftigt Bündnisse mit Neonazis (=Mitteilung des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz vom 21. März 2001), in: Website des bayerischen Verfassungsschutzes, URL: <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/service/mitteilungen/01568/index.php>, abgerufen am 1. März 2013.
- <sup>120</sup> Interview mit Horst Mahler, in: Deutsche Stimme, Nr. 6 (2001), zit. nach: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 66.
- <sup>121</sup> Mahler, Horst: Die Partei in der Verantwortung für das Deutsche Reich, August 2002, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.
- <sup>122</sup> Ebd.
- <sup>123</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin 2003. Vgl. FLEMMING: NPD-Verbotsverfahren, S. 145.

<sup>124</sup> Erklärung von Horst Mahler und Udo Voigt, in: Sonderbeilage „Spendenaufruf“ zur Januarausgabe der Deutschen Stimme vom 15. Januar 2002, zit. nach: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin 2003, S. 59.

<sup>125</sup> Vgl. Mahler, Horst: An das Bundesverfassungsgericht, in: Slepniir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik, Nr. 36 (2001), S. 18-22.

<sup>126</sup> Vgl. Mahler, Horst: Stellungnahme zur „V-Mann-Affäre“ im NPD-Verbotsverfahren, August/September 2002, S. 29-43, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>127</sup> Mahler, Horst: Persönliche Erklärung vom 17. Oktober 2002, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/erklaerung.html>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>128</sup> Pressemitteilung der Pressestelle des BVG, Nr. 22 vom 18. März 2003.

<sup>129</sup> Mahler, Horst: Stellungnahme zur „V-Mann-Affäre“ im NPD-Verbotsverfahren, August 2002, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120840/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/vorwort.html> und <http://web.archive.org/web/20060303180552/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/SS300802.pdf>, abgerufen am 1. März 2013. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>130</sup> Zit. nach: Mahlers „persönliche Erklärung“, in: Antifaschistische Nachrichten, Nr. 8 (2003), S. 16.

<sup>131</sup> Unter anderem: Mahler, Horst: Sie haben es gewußt!, Mai 2002, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120814/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/sichabenesgewusst.html>, abgerufen am 1. März 2013. Vgl. Mahler, Horst: Das Recht und die „große metallene Bestie“. Die Vereinigten Staaten von Amerika und das Dasein der Unsittlichkeit, in: Slepniir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik, Nr. 38 (2001), S. 46-50.

<sup>132</sup> Mahler, Horst: Independence Day Live, September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120514/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/independence.html>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>133</sup> Horst Mahler in einem Interview mit der ARD vom 19. September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070621045221/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/aktuelles/befragungard.htm>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>134</sup> Mahler, Horst: Independence Day Live, September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120514/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/independence.html>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>135</sup> Horst Mahler in einem Interview mit der ARD vom 19. September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070621045221/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/aktuelles/befragungard.htm>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>136</sup> Mahler, Horst: Independence Day Live, September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120514/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/independence.html>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>137</sup> Ebd.

<sup>138</sup> Ebd.

<sup>139</sup> Ebd.

<sup>140</sup> Horst Mahler in einem Interview mit der ARD vom 19. September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL:

<http://web.archive.org/web/20070621045221/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/aktuelles/befragungard.htm>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>141</sup> Ebd. In seiner nationalsozialistischen Phase ab 2003 kommentierte Mahler diese Äußerungen selbst wie folgt: „Das würde ich heute nicht mehr gleichsetzen. Es wäre eine ungerechtfertigte Herabsetzung von SA und SS.“ Ebd.

<sup>142</sup> Ebd.

<sup>143</sup> Ebd.

<sup>144</sup> Ebd. Eine von Mahler verfasste Erklärung mit einer Zusammenfassung des Textes *Independence Day Live* wurde mit geringfügigen Änderungen auf „einer gemeinsamen Arbeitssitzung in Berlin-Köpenick von Vertretern der NPD und 8 weiteren Organisationen und Persönlichkeiten des Nationalen Widerstandes [...] einstimmig verabschiedet und unterzeichnet sowie auf der Demonstration in Berlin am 3. Oktober 2001 als Beitrag von Horst Mahler verlesen.“

<sup>145</sup> Ebd.

<sup>146</sup> Ebd.

<sup>147</sup> Ebd. Folgende Zitate ebd.

<sup>148</sup> Links? Rechts? – Revolutionär!, in: *Jungle World*, Nr. 11 (1999) vom 10. März 1999.

<sup>149</sup> [Töpfer, Peter:] Agnostische Front! Horst Mahler, Gott im weltliche Herrschaft (2), in: *Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik*, Nr. 33 (April 2001), S. 45-48. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>150</sup> Henkemeyer, Horst: An Horst Mahler, in: *Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik*, Nr. 36 (April 2001), S. 61.

<sup>151</sup> Möller, Martin: Das Denken Horst Mahlers, in: *Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik*, Nr. 38 (2001), S. 55-60

<sup>152</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2001*, Berlin 2002, S. 122.

<sup>153</sup> Mahler, Horst: Endlösung der Judenfrage. Gotteserkenntnis statt Judenhaß vom 25. März 2001, in: *Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler*, URL:

<http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/judenfrage.html>, abgerufen am 1. März 2013. Folgende Zitate ebd.

<sup>154</sup> Zit. nach: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2002*, Berlin 2003, S. 185. Vgl. Dolch im Herzen, in: *Der Spiegel*, Nr. 47 (2002) vom 18. November 2002.

<sup>155</sup> Vgl. Mahler, Horst: In Sachen Frank Rennie, in: *Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik*, Nr. 39 (2001), S. 44-50.

<sup>156</sup> Vgl. So spricht man mit Nazis, in: *Vanity Fair*, Nr. 45 (November 2007).

<sup>157</sup> Mahler, Horst: Revisionsbegründung im Strafverfahren gegen Frank Rennie wegen Volksverhetzung, in: *Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler*, URL:

<http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013. Alle folgenden Zitate ebd.

<sup>158</sup> Das *Verdener Manifest* wurde auf der Pressekonferenz Mahlers zum Ende des Verbotsprozesses gegen die NPD von diesem an anwesende Journalisten verteilt, vgl. Mahlers „persönliche Erklärung“, in: *Antifaschistische Nachrichten*, Nr. 8, (2003), S. 16.

<sup>159</sup> Verdener Manifest, zit. nach: Mahlers „persönliche Erklärung“, in: *Antifaschistische Nachrichten*, Nr. 8 (2003), S. 16.

<sup>160</sup> Vgl. MEYER, Fritjof: Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivreise, in: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens*, Nr. 5 (2002), S. 631-641.

- <sup>161</sup> Vgl. Linksliberaler Kronzeuge für Holocaust-Leugner, in: Die Welt vom 28. August 2002.
- <sup>162</sup> Unter anderem wirkte an dieser Selbstanzeige-Kampagne auch die Berliner SchauspielerIn Imke Barnstedt mit, vgl. Auftritt von rechts, in: Jungle World, Nr. 15 (2005) vom 13. April 2005.
- <sup>163</sup> Ebd.
- <sup>164</sup> Hierbei handelte es sich um eine Replik auf den von Schröder ausgerufenen *Aufstand der Anständigen*.
- <sup>165</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, Berlin 2004, S. 85f. Vgl. Aufstand der Wahnsinnigen. Der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“, in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr. 15 (2004).
- <sup>166</sup> Ebd.
- <sup>167</sup> Gründungserklärung VRBHV, zit. nach: ebd.
- <sup>168</sup> Zit. nach: ebd.
- <sup>169</sup> Meenen und Oberlercher hatten in der Diskussion über eine für 2003 geplante, revisionistische Holocaustkampagne einen weit defensiveren Standpunkt als Mahler eingenommen. In der für Mahler üblichen Diktion schrieb dieser zur Trennung vom Deutschen Kolleg: „Für beide Seiten ist es ein Kampf auf Leben und Tod – endlich! Es wäre mir nicht im Traume eingefallen, in diesem Kampf Oberlercher und Meenen auf der anderen Seite zu sehen [...]. Der Bruch mit MO [Abkürzung für Meenen und Oberlercher; zuvor lautete das Kürzel noch MOM, Anm. d. Verf.] ist also nicht eine aus der Enttäuschung geborene Überreaktion, sondern eine notwendige Umgruppierung, damit wir dem Feind nicht länger den Rücken zukehren.“ Zit. nach: Das Gericht als Bühne. Horst Mahlers Revisionismus-Kampagne, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 63 (2004). Mahler zit. im Folgenden nach ebd.
- <sup>170</sup> Vgl. Rede von Carlo Schmid (SPD) im Parlamentarischen Rat am 8. September 1948, in: FLOEHR, Ralf (Hrsg.): Das Grundgesetz entsteht. Aus den stenographischen Berichten über die Plenarsitzungen des Parlamentarischen Rates, Krefeld 1985, S. 15-33.
- <sup>171</sup> In der Diskussion um die sich aus der Rede Schmidts angeblich ableitende Illegitimität des Grundgesetzes und der BRD ist folgendes anzumerken: Zum einen hielt Schmid die Rede vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes und zum anderen betrachtete er zwar in der Tat das Deutsche Reich als noch existent, leugnete aber nicht die Legitimität der Besatzungsmächte, die eine Treuhänderschaft für das Deutsche Reich übernommen hätten. Diese wurde dann aber 1955 mit der Aufhebung des Besatzungsstatutes in der BRD wieder an die bundesrepublikanische Regierung übergeben. Mit der Wiedervereinigung erlangte die BRD die volle Souveränität. Zu den von Schmid geführten Diskussionen Ende der 1940er Jahre vgl. WEBER, Petra: Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie, München 1996, S. 330-399.
- <sup>172</sup> Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE u. a.: Rechtsextreme Tendenzen in der sogenannten Reichsbürgerbewegung, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.): Drucksache 17/11970 vom 20. Dezember 2012.
- <sup>173</sup> Vgl. INNENSENATOR DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Hamburg 2006, Hamburg 2007, S. 193ff.
- <sup>174</sup> Horst Mahler zit. nach: INNENMINISTERIUM BRANDENBURG (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2012, Potsdam 2013, S. 94.
- <sup>175</sup> Vgl. ebd. Vgl. Albraum-Hochzeit unterm Hakenkreuz, in: Taz vom 16. November 2007.
- <sup>176</sup> Vgl. Ausreise-Stopp für Neonazis, in: Der Spiegel, Nr. 5 (2006) vom 30. Januar 2006.
- <sup>177</sup> Artikel in der Netzausgabe der *Teheran Times*, zit. nach: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 107f.
- <sup>178</sup> Brief Horst Mahler an Ingrid Zündel, zit. nach: ebd., S. 108.
- <sup>179</sup> Ebd.

- <sup>180</sup> Mahler, Horst: Horst Mahler reflects on 8 May 2006: „Das hält keine Justiz aus.“, zit. nach: ebd., S. 111.
- <sup>181</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 136.
- <sup>182</sup> Vgl. Berufsverbot für Horst Mahler, in: Der Tagesspiegel vom 12. April 2004.
- <sup>183</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 100.
- <sup>184</sup> Vgl. Das Gericht als Bühne. Horst Mahlers Revisionismus-Kampagne, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 63 (2004).
- <sup>185</sup> Mahler zit. nach: ebd.
- <sup>186</sup> Mahler zit. nach: ebd.
- <sup>187</sup> Mahler schloss mit dem Satz: „Ich bin glücklich, dass dieses Schicksal mich ausersparen hat, diesen Schlag gegen unsere Feinde zu führen.“ In: ebd.
- <sup>188</sup> Zu Bernhard Heldt vgl.: Bernhard Heldt (Geb. 1936), in: Tagesspiegel vom 14. September 2007.
- <sup>189</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 100.
- <sup>190</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 108.
- <sup>191</sup> Interview mit Horst Mahler am Rande eines Prozesses am Landgericht Gera vom 3. September 2007, zit. nach: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 104f.
- <sup>192</sup> Vgl. ebd., S. 98.
- <sup>193</sup> [Friedman, Michel:] So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007). Alle folgenden Zitate ebd.
- <sup>194</sup> „Ach, wir hatten ein Schuldgefühl gegenüber den Juden und waren peinlich berührt, als in Palästina, als wir da in diesem Lager der Fedajin waren, die Fedajin kamen mit Hitlerbildern und sagten: Guter Mann. Das war für uns schwierig.“ In: ebd.
- <sup>195</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 133.
- <sup>196</sup> Zit. nach: Verbale Entgleisung. Oberstaatsanwältin muss Posten räumen, in: Der Tagesspiegel vom 25. Juli 2008.
- <sup>197</sup> KÖRNER, Wieland (Hrsg.): Mahler, Horst: Manifest an die „Söhne des Bundes“ B'nai B'rith, o. O. 2009.
- <sup>198</sup> Walther, Gerd: Der 75. Geburtstag Horst Mahlers, sein Politisches Testament und kommende Aufgaben, in: Website von Gerd Walther; URL: <http://gerd-walther.net/>, abgerufen am: 1. März 2013.
- <sup>199</sup> Die B'nai B'rith sind eine große jüdische Wohlfahrtsorganisation, deren Hauptsitz sich in Washington D. C. befindet und welche Antisemitien oftmals als Beleg einer vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung dient.
- <sup>200</sup> KÖRNER (Hrsg.): Manifest, S. 1f.
- <sup>201</sup> Ebd., S. 8.
- <sup>202</sup> Ebd., S. 7.
- <sup>203</sup> Ebd., S. 8f.
- <sup>204</sup> Ebd., S. 19f.

<sup>205</sup> Ebd., S. 20.

<sup>206</sup> Ebd., S. 20.

<sup>207</sup> Ebd., S. 1. Hierbei handelte es sich um ein Zitat aus: Mt 10, 34–38. Ohne die von Mahler vorgenommenen Weglassungen lautet die zitierte Stelle: „Ihr sollt nicht wähnen, daß ich gekommen sei, Frieden zu senden auf die Erde. Ich bin nicht gekommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert. Denn ich bin gekommen, den Menschen zu erregen gegen seinen Vater und die Tochter gegen ihre Mutter und die Schwiegertochter gegen ihre Schwiegermutter. Und des Menschen Feinde werden seine eigenen Hausgenossen sein. Wer Vater oder Mutter mehr liebt denn mich, der ist mein nicht wert; und wer Sohn oder Tochter mehr liebt denn mich, der ist mein nicht wert. Und wer nicht sein Kreuz auf sich nimmt und folgt mir nach, der ist mein nicht wert.“

<sup>208</sup> Walther, Gerd: Der 75. Geburtstag Horst Mahlers, sein Politisches Testament und kommende Aufgaben, in: Website von Gerd Walther, URL: <http://gerd-walther.net/>, abgerufen am: 1. März 2013.

<sup>209</sup> Um die Heftigkeit der gegen Mahler wirkenden Repression zu veranschaulichen, zitierte Walther in seiner Schrift Mao Tse-Tung: „Denjenigen, den sie am meisten hassen und verfolgen, ist unser bester Freund“. Dieses Zitat wurde und wird im Milieu der rechtsradikalen Holocaustleugner immer wieder verwendet; Ein Ursprung in den Werken Mao Tse-Tungs konnte jedoch nicht nachgewiesen werden. Vgl. ebd.

<sup>210</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 134.

<sup>211</sup> Vgl. hierzu beispielweise Hecht-Galinski, Evelyn: „Der wandernde – Wer?“ Eine Studie jüdischer Identitätspolitik von Gilad Atzmon, in: Neue Rheinische Zeitung vom 22. Juni 2012, URL: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17930>, abgerufen am 1. März 2013. Darin hatte die Israelkritikerin Hecht-Galinski Atzmons Buch als „wichtiges und mutiges Buch“ bezeichnet. Atzmon hatte unter anderem einer links konnotierten Konferenz (Palästina-Solidaritätskonferenz *Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Zukunft* in Stuttgart vom 26. bis 28. November 2010) ein Grußwort übermittelt. An der Konferenz hatten unter anderem die Mitglieder der Partei *Die Linke* Annette Groth MdB und Norman Paech teilgenommen. An positiven Bezügen auf Atzmon aus dem rechtsradikalen Milieu mangelt(e) es nicht, besonders hervorgehoben sei an dieser Stelle der ehemalige „Nationalsozialist“ und heutige Querfrontler im Umfeld von Jürgen Elsässer, Detlef Nolde, vgl. Gilad Atzmon: Ich bin ein Ex-Jude! vom 18. Dezember 2010, in: Website von Detlef Nolde, URL: <http://detlefnolde.wordpress.com/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>212</sup> Mahler, Horst: Das Ende der Wanderschaft. Gedanken über Gilad Atzmon und die Judenheit, Brandenburg [Selbstverlag] 2012/13, S. 88.

<sup>213</sup> Atzmon unterschied in *The Wandering Who?* zwischen drei Dimensionen des Judentums: 1. das Judentum als Religion, 2. Judentum als (zufälliges) ethnisches Kriterium und 3. einer von vielen Juden vertretenen identitären „säkularen Ideologie“ des Judentums, die „Jüdischkeit“. Letztere, mit der sich Atzmon in seinem Buch beschäftigte, setze ihr „Jude-Sein“ an erste Stelle vor allem anderen, vgl. ATZMON, Gilad: Der wandernde – Wer? Eine Studie jüdischer Identitätspolitik, Vorwort des Verlages zur deutschen Ausgabe, Frankfurt am Main 2012.

<sup>214</sup> Mahler: Das Ende der Wanderschaft, S. 67.

<sup>215</sup> Ebd., S. 71.

<sup>216</sup> Ebd.

<sup>217</sup> Ebd., S. 104.

<sup>218</sup> Ebd., S. 71f.

<sup>219</sup> Ebd., S. 70.

<sup>220</sup> Prominent aufgegriffen wurde die Chiffre der „Antisemitismuskeule“ 2012 nach der Veröffentlichung eines gegen die Politik des Staates Israel gerichteten Gedichts von Günter Grass. Hatte Grass sich in den 1960er Jahren noch gegen die antizionistischen Tendenzen in der deutschen Linken zur Wehr gesetzt, sprach er in seinem Gedicht mit dem Titel *Was gesagt werden muss* nun von einer angeblichen atomaren Bedrohung des Weltfriedens durch Israel. Prominente Vertreter der Linken verteidigten den angeblichen „Tabubrecher“ Grass, so unter anderem der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Gehrcke MdB, sowie die marxistisch-leninistische und antizionistische Tageszeitung *Junge Welt*. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Norbert Nieszery verteidigte Grass: „Der reflexartig erhobene Vorwurf des Antisemitismus gegen jeden, der Israel kritisiert, ist intellektuell erbärmlich und politisch unredlich. Dieser Reflex ist [...] stark im deutschen Schuldstolz [...] verankert [...]“. In: Pressemitteilung von Norbert Nieszery: Reflexartiger Antisemitismus-Vorwurf an Günter Grass ist intellektuell erbärmlich und politisch unredlich, in: Website der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern; URL: [www.spd-fraktion-mv.de/](http://www.spd-fraktion-mv.de/), abgerufen am 1. März 2013. Vor allem Vertreter der linksliberalen Öffentlichkeit wie der Journalist Jakob Augstein ergriffen in der Debatte Partei für Grass.

Die Bezeichnung des von Grass vertretenen Antizionismus als Antisemitismus wurde von seinen Verteidigern stets mit einer Argumentation gegen eine angebliche „Antisemitismuskeule“ gekontert. Grass selbst hatte dies in seinem Gedicht bereits aufgegriffen und davon gesprochen, dass er deshalb so lange geschwiegen habe, weil jegliche Kritik am Staat Israel unter das „Verdikt ‚Antisemitismus‘“ fallen würde.

Auch das bundesdeutsche Querfront-Milieu verteidigte Grass gegen seine Kritiker: Jürgen Elsässer sprach in einem Interview von einer angeblichen „Antisemitismus-Keule“, die Grass zum Schweigen bringen solle. In: Elsässer zu Grass und Antisemitismus-Keule vom 7. April 2012, in: Website der Zeitschrift Compact. Magazin für Souveränität, URL: <http://juergensaelsser.wordpress.com/2012/04/07/video-elsaesser-zu-grass-und-antisemitismus-keule/>, abgerufen am 1. März 2013. Auch im rechtsradikalen Milieu erntete Grass breite Zustimmung: So bezeichnete beispielweise der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel Grass' Gedicht als „befreienden Tabubruch[es]“ und monierte eine angebliche „Antisemitismuskeule“. Grass nehme es richtigerweise „nicht länger hin, daß mit dem Totschlag-Vorwurf des ‚Antisemitismus‘ jede Kritik am Aggressions- und Apartheidsstaat Israel unterdrückt“ werde. Gansel ergänzte in der Diktion Mahlers unter Verweis auf den Antizionisten Norman Finkelstein die schuldabwehrende Funktion von Grass' Gedicht: „Selbstverständlich darf man auch Juden kritisieren. Die von jüdisch-israelischer Seite seit 67 Jahren penetrant betriebene Schuldanklage und die instrumentelle Opfertümelei muß sich kein Deutscher gefallen lassen. Die psychologische Kriegsführung bestimmter jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk muß ein Ende haben. Es ist zu offensichtlich, daß die ‚Holocaust-Industrie‘ (Norman Finkelstein) die Deutschen mit moralischen Vorwänden immer wieder finanziell auspressen und politisch gefügig machen will.“ In: Erklärung der NPD-Landtagsfraktion Sachsen vom 5. April 2012, URL: <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=28&aid=986>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>221</sup> Mahler: Das Ende der Wanderschaft, S. 133.

<sup>222</sup> Atzmon hatte davon gesprochen, dass der Organismus des Zionismus ein globales Netzwerk sei. („Zionism, a Global network“), vgl. ebd., S. 126.

<sup>223</sup> Ebd., S. 128.

<sup>224</sup> Vgl. Trotz Inhaftierung hetzt Mahler weiter, in: Tagesspiegel vom 24. Juli 2013.

<sup>225</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2012, Berlin 2013, S. 106-109.

<sup>226</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 240-252.

<sup>227</sup> Vgl. SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co., S. 385-394.

<sup>228</sup> Vgl. KRAUSHAAR: Achtundsechzig, S. 252.

- <sup>229</sup> Vgl. Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: *Die Zeit*, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997. Vgl. So spricht man mit Nazis, in: *Vanity Fair*, Nr. 45 (November 2007). Vgl. beispielweise: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 134 und 140f. Zwar hatte Mahler an vielerlei Stellen zur Wahl von parlamentarischen Parteien aufgerufen, dies jedoch stets nur als kurzfristige, taktische Option verstanden. Auch seine Mitgliedschaft in der SPD hatte unter einem taktischen Vorzeichen gestanden, wiewohl Mahler sich immer in scharfer Opposition zum Kurs des SPD-Bundesvorstands (wie auch zum Mehrheits-Kurs der SPD-Linken!) verstanden hatte. Noch seine Mitgliedschaft in der NPD war vornehmlich seiner Übernahme des Parteimandats im Verbotsverfahren geschuldet und wurde von Mahler metapolitisch begründet: „Man drischt auf die NPD ein – meint aber Deutschland.“ In: Mahler, Horst: Appell an die Bürger des Deutschen Reiches, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/appell.html>, abgerufen am 1. März 2013. Bei seinem Austritt erklärte Mahler folgerichtig: Die NPD sei am „Parlamentarismus ausgerichtet, deshalb unzeitgemäß und – wie das parlamentarische System selbst – zum Untergang verurteilt.“ In: Persönliche Erklärung Mahlers, zit. nach: Mahlers „persönliche Erklärung“, in: Antifaschistische Nachrichten, Nr. 8 (2003), S. 16.
- <sup>230</sup> Vgl. Der Ideologe. Horst Mahler: Der politische Aktivist gibt sich als Missionar, der an die eigenen Visionen vorbehaltlos glaubt, in: *Junge Freiheit*, Nr. 16 (2003) vom 11. April 2003.
- <sup>231</sup> Vgl. Mahler u. a.: Kanonische Erklärung, in: *Staatsbriefe*, Nr. 1 (1999).
- <sup>232</sup> Mahler, Horst: Offener Brief an Ignatz Bubis vom 1. Dezember 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.
- <sup>233</sup> Vgl. Mahler, Horst: Offener Brief an Ignatz Bubis vom 1. Dezember 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.
- <sup>234</sup> Mahler, Horst; Oberlercher, Reinhard; Ney, Johannes P.: Thesen zur Reichsstatthaltertschaft, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.
- <sup>235</sup> Vgl. unter anderem: MAHLER, Horst: Guten Tag, Herr Friedman.. Unter Berufung auf Christus, Marx und deutsche Philosophen lädt der Vordenker Horst Mahler führende jüdische Köpfe zu erstem kritischen Dialog, Malmö [2001].
- <sup>236</sup> Mahler zit. nach: Ein *Zeit*-Gespräch mit Ex-Terroristen Horst Mahler über die Apo, den Weg in den Terror und die Versöhnung mit dem Grundgesetz, in: *Die Zeit*, Nr. 19 (1997) vom 2. Mai 1997.
- <sup>237</sup> Mahler, Horst: Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation, Rede auf dem NPD-Bundesparteitag am 25. April 1999, in: *Staatsbriefe*, Nr. 6/7 (1999).
- <sup>238</sup> Vgl. ebd. Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 14.
- <sup>239</sup> Horst Mahler in einem Interview mit der ARD vom 19. September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070621045221/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/aktuelles/befragungard.htm>, abgerufen am 1. März 2013. Vgl. Gespräch mit Horst Mahler, in: *Das Herrenhaupt*, Nr. 3 (2001), zit. nach: JANDER: Mahler, in: KRAUSHAAR (Hrsg.): RAF, S. 393.
- <sup>240</sup> Zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 173.

- 241 Brief Horst Mahler an Gerhard Schröder vom 9. November 1999, in: MAHLER: Guten Tag, S. 87-92.
- 242 Mahler, Horst: Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation, Rede auf dem NPD-Bundesparteitag am 25. April 1999, in: Staatsbriefe, Nr. 6/7 (1999).
- 243 Zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 129.
- 244 Mahler zit. nach: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).
- 245 Mahler zit. nach: KÖRNER (Hrsg.): Manifest, S. 7.
- 246 Mahler, Horst: Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation, Rede auf dem NPD-Bundesparteitag am 25. April 1999, in: Staatsbriefe, Nr. 6/7 (1999). Alle folgenden Zitate ebd. Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 112f.
- 247 Mahler zit. nach: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).
- 248 Mahler, Horst: Independence Day Live, September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120514/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/independence.html>, abgerufen am 1. März 2013.
- 249 Zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 181.
- 250 Mahler, Horst: Das Ende der Wanderschaft. Gedanken über Gilad Atzmon und die Judenheit, Brandenburg [Selbstverlag] 2012/13. Vgl. MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 113.
- 251 Zit. nach: ebd., S. 234.
- 252 Mahler, Horst: Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation, Rede auf dem NPD-Bundesparteitag am 25. April 1999, in: Staatsbriefe, Nr. 6/7 (1999).
- 253 Mahler, Horst; Oberlercher, Reinhard; Ney, Johannes P.: Thesen zur Reichsstatthalterschaft, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013
- 254 Horst Mahler in einem Interview mit der ARD vom 19. September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070621045221/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/aktuelles/befragungard.htm>, abgerufen am 1. März 2013.
- 255 Mahler, Horst: Dutschke und Rabehl. Herolde des Nationalen Sozialismus?, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20041214051137/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/991113.html>, abgerufen am 1. März 2013.
- 256 Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 181f. Mahler, Horst: Independence Day Live, September 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120514/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/independence.html>, abgerufen am 1. März 2013.
- 257 Mahler zit. nach: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).
- 258 Mahler, Horst: Offener Brief an Daniel Goldhagen vom 27. Januar 2000, in: MAHLER,; Guten Tag, S. 17-86.
- 259 Mahler, Horst: Flugschrift. An die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>260</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 145.

<sup>261</sup> Vgl. Mahler, Horst: Zwischen Turmbau zu Babel und Pfingstwunder [Laudatio zum 70. Geburtstag Günter Rohrmösers, gehalten am 1. Dezember 1997 in Stuttgart], in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/rede3.html>, abgerufen am 30. November 2013.

<sup>262</sup> Mahler, Horst: Der Geheimagent des Weltgeistes, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. September 1998. Vgl. Mahler, Horst: Bemerkungen zu Martin Walsers Paulskirchenrede vom 13. Oktober 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL:

<http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm>, abgerufen am 1. März 2013. Vgl. Mahler, Horst: Offener Brief an Ignatz Bubis vom 1. Dezember 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>263</sup> Mahler, Horst: Flugschrift. An die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL:

<http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>264</sup> Mahler zit. nach: MAHLER/SCHÖNHUBER: Schluss, S. 173.

<sup>265</sup> Ebd., S. 175.

<sup>266</sup> Mahler, Horst: Der Geheimagent des Weltgeistes, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. September 1998. Vgl. Ideologisch vermintes Gelände. Interview mit Horst Mahler, in: Focus, Nr. 53 (1998) vom 28. Dezember 1998.

Vgl. Mahler, Horst: Bemerkungen zu Martin Walsers Paulskirchenrede vom 13. Oktober 1998, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL:

<http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm>, abgerufen am 1. März 2013. Vgl. Mahler, Horst: Flugschrift. An die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>267</sup> Mahler, Horst: Die Partei in der Verantwortung für das Deutsche Reich, August 2002, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL:

<http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>268</sup> Mahler, Horst: Flugschrift. An die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL:

<http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>269</sup> Mahler, Horst: Zwischen Turmbau zu Babel und Pfingstwunder [Laudatio zum 70. Geburtstag Günter Rohrmösers, gehalten am 1. Dezember 1997 in Stuttgart], in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20070518082132/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/rede3.html>, abgerufen am 30. November 2013.

<sup>270</sup> Mahler, Horst: Flugschrift. An die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL:

<http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>271</sup> Ebd.

<sup>272</sup> Vgl. Mahler, Horst: Endlösung der Mauerfrage vom 17. Juni 2001, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107120550/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/mauerfrage.html>, abgerufen am 1. März 2013.

<sup>273</sup> Vgl. So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).

<sup>274</sup> Mahler, Horst: Horst Mahler reflects on 8 May 2006: „Das hält keine Justiz aus.“, zit. nach: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 111.

<sup>275</sup> Mahler zit. nach: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).

## Anmerkungen Fazit

<sup>1</sup> Mahler zit. nach: SCHULZ, Birgit (Regie): Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte, Bildersturm Filmproduktion, BRD 2009.

<sup>2</sup> Vgl. HERBERT: Drei politische Generationen, in: REULECKE/MÜLLER-LUCKNER (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte, S. 111.

<sup>3</sup> Vgl. BUDE: Vom Altern einer Generation, S. 39-45. Vgl. HEINRICH, Horst-Alfred: Zeithistorische Ereignisse als Kristallisationspunkt von Generationen. Replikation eines Messinstruments, in: ZUMA-Nachrichten, Nr. 39 (November 1996), S. 69-94, hier: S. 84-86.

<sup>4</sup> Vgl. HINCK: Wir waren wie Maschinen, S. 67f.

<sup>5</sup> Notiz über einen Anruf von [Wolfgang] Zachle am 3. Oktober 1968, in: HIS-Archiv, SAK 280, 06. Der Artikel über Mahler war am 27. September 1968 erschienen.

<sup>6</sup> Vgl. JAECKER, Tobias: Hass, Neid, Wahn. Antiamerikanismus in den deutschen Medien, Frankfurt am Main u. a. 2014. UWER/V. D. OSTEN-SACKEN/WOELDIKE (Hrsg.): Amerika, S. 11. BEYER/LIEBE: Antiamerikanismus und Antisemitismus, in: Zeitschrift für Soziologie, Nr. 3 (Juni 2010), S. 215-232, hier: S. 217. DINER: Feindbild, S. 122-124. HAHN: Tägliche Faschismus-Vergleiche, in: DERS. (Hrsg.): Nicht gegen Amerika, S. 25-49, hier: S. 27. HAURY: Antisemitismus von links, S. 50.

<sup>7</sup> Mahler zit. nach: So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 (November 2007).

<sup>8</sup> HAURY: Antisemitismus von links, S. 145. Vgl. ANDERSON, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main 2005, S. 14-17.

<sup>9</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 145.

<sup>10</sup> Mahler, Horst: Revisionsbegründung im Strafverfahren gegen Frank Rennicke wegen Volksverhetzung, in: Elektronisches Schaufenster von Horst Mahler, URL: <http://web.archive.org/web/20071107101809/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/>, abgerufen am 1. März 2013. Vgl. Mahler, Horst: Horst Mahler reflects on 8 May 2006: „Das hält keine Justiz aus.“, zit. nach: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 111.

<sup>11</sup> Vgl. HAURY: Antisemitismus von links, S. 132-134. ALY: Unser Kampf, S. 159-168. EITZ/STÖTZEL: Wörterbuch, S. 453-475 sowie S. 601-617.



# Bildnachweis Titelseite

## 1. Reihe v. l. n. r.:

Gründungsplakat der FDJ, in der der junge Horst Mahler 1949 aktiv war.

([http://de.wikipedia.org/wiki/Freie\\_Deutsche\\_Jugend#/media/File:FDJ\\_Platat\\_-\\_Gr%C3%BCndung\\_der\\_FDJ\\_im\\_Kreis\\_Chemnitz.jpg](http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Deutsche_Jugend#/media/File:FDJ_Platat_-_Gr%C3%BCndung_der_FDJ_im_Kreis_Chemnitz.jpg))

Wappen der Landsmannschaft Thuringia, in der Mahler 1955/56 Mitglied war.

([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Silberkartell\\_Wappen.jpg?uselang=de](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Silberkartell_Wappen.jpg?uselang=de)) nachbearbeitet durch KIT Scientific Publishing

Logo der SPD, in der Horst Mahler von 1957 bis 1962 Mitglied war.

([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:SPD\\_old.JPG?uselang=de](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:SPD_old.JPG?uselang=de)) nachbearbeitet durch KIT Scientific Publishing

## 2. Reihe v. l. n. r.:

Mauerbau in Westberlin. Bis zu seiner Inhaftierung in den 1970er Jahren war Westberlin der zentrale Ort von Mahlers politischer Akitivität.

([http://de.wikipedia.org/wiki/West-Berlin#/media/File:Bundesarchiv\\_Bild\\_173-1282,\\_Berlin,\\_Brandenburger\\_Tor,\\_Wasserwerfer.jpg](http://de.wikipedia.org/wiki/West-Berlin#/media/File:Bundesarchiv_Bild_173-1282,_Berlin,_Brandenburger_Tor,_Wasserwerfer.jpg))

Demonstrationsaufruf zum Vietnamkongreß 1968.

([http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler\\_Vietnamkongress#/media/File:Internationale\\_Vietnam-Konferenz\\_1968.jpg](http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Vietnamkongress#/media/File:Internationale_Vietnam-Konferenz_1968.jpg))

Demonstration für Deserteure in Westberlin 1969. An der Kampagne der Protestbewegung war Mahler führend beteiligt.

([http://de.wikipedia.org/wiki/Internationale\\_der\\_Kriegsdienstgegner/innen#/media/File:Demo\\_f%C3%BCr\\_Deserteure.JPG](http://de.wikipedia.org/wiki/Internationale_der_Kriegsdienstgegner/innen#/media/File:Demo_f%C3%BCr_Deserteure.JPG))

## 3. Reihe v. l. n. r.:

Logo der von Mahler mitbegründeten Roten Armee Fraktion.

([https://http://commons.wikimedia.org/wiki/File:RAF-Logo\\_blackwhite.svg](https://http://commons.wikimedia.org/wiki/File:RAF-Logo_blackwhite.svg))

Holocaust-Mahnmal in Berlin. Mahler beteiligte sich in den 1990er Jahren an der Debatte über ein Mahnmal für die Shoa.

([http://de.wikipedia.org/wiki/Denkmal\\_f%C3%BCr\\_die\\_ermordeten\\_Juden\\_Europas#/media/File:Holocaust-Mahnmal\\_Berlin\\_2006.jpg](http://de.wikipedia.org/wiki/Denkmal_f%C3%BCr_die_ermordeten_Juden_Europas#/media/File:Holocaust-Mahnmal_Berlin_2006.jpg))

Logo der NPD, die Mahler Anfang der 2000er Jahre in ihrem Verbotsverfahren vor dem BVerfG vertreten hatte und in der er kurzzeitig Mitglied war.

([http://de.wikipedia.org/wiki/Nationaldemokratische\\_Partei\\_Deutschlands#/media/File:Nationaldemokratische\\_Partei\\_Deutschlands.svg](http://de.wikipedia.org/wiki/Nationaldemokratische_Partei_Deutschlands#/media/File:Nationaldemokratische_Partei_Deutschlands.svg))



# EUKLID

*Europäische Kultur und Ideengeschichte*  
(ISSN 1867-5018)

---

Herausgeber: Bernd Thum, Hans-Peter Schütt  
Institut für Philosophie, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Die Bände sind unter [www.ksp.kit.edu](http://www.ksp.kit.edu) als PDF frei verfügbar oder als Druckausgabe bestellbar.

- Band 1      Ulrich Arnsward (Hrsg.)  
In Search of Meaning. Ludwig Wittgenstein on Ethics, Mysticism and Religion. 2009  
ISBN 978-3-86644-218-4
- Band 2      Luis Miguel Carrujo Covas  
Worte am Werk. Wittgenstein über Sprache und Welt. 2008  
ISBN 978-3-86644-291-7
- Band 3      Christian Hoffstadt  
Denkräume und Denkbewegungen. Untersuchungen zum metaphorischen  
Gebrauch der Sprache der Räumlichkeit. 2009  
ISBN 978-3-86644-378-5
- Band 4      Ulrich Arnsward, Hans-Peter Schütt (Hrsg.)  
Thomas Morus' Utopia und das Genre der Utopie in der Politischen Philosophie. 2010  
ISBN 978-3-86644-403-4
- Band 5      Ezequiel L. Posesorski  
Between Reinhold and Fichte. August Ludwig Hülsen's Contribution to the  
Emergence of German Idealism. 2012  
ISBN 978-3-86644-861-2
- Band 6      Peter Uwe Henß  
Schmerz als interdisziplinärer Forschungsgegenstand. Der Schmerzbegriff in  
Viktor von Weizsäckers medizinischer Anthropologie und seine Bedeutung  
in der ärztlichen Praxis. 2015  
ISBN 978-3-86644-954-1
- Band 7      Jürgen Schmiesing  
1933 - Die Gleichschaltung des politischen Katholizismus in Baden. 2013  
ISBN 978-3-7315-0013-1

# EUKLID

*Europäische Kultur und Ideengeschichte*  
(ISSN 1867-5018)

---

Herausgeber: Bernd Thum, Hans-Peter Schütt  
Institut für Philosophie, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Band 8      Rolf-Ulrich Kunze  
Das halbe Jahrhundert meiner Eltern. 2015  
ISBN 978-3-7315-0360-6

Band 9      Michael Fischer  
Horst Mahler. Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus  
und Versuchen deutscher Schuldabwehr. 2015  
ISBN 978-3-7315-0388-0



## EUKLID – Studien 9

---

Horst Mahler war zweifelsohne einer der wichtigsten Protagonisten der Protestbewegung der 1960er Jahre: Er war Mitglied der SPD und des SDS, Co-Initiator des *Republikanischen Clubs*, „APO-Anwalt“ und Mitbegründer der RAF, später Mitglied der KPD/AO. Nach einem längeren Gefängnisaufenthalt und politisch ruhigen Zeiten in den 1980er Jahren trat er in den späten 1990er und 2000er Jahren als Neo-Nationalsozialist und Holocaustleugner auf. Mahlers „Entpuppung“ (Wolfgang KRAUSHAAR) beschäftigt die bundesdeutsche Öffentlichkeit bis heute. Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, ob in Mahlers Biographie – neben allen Diskontinuitäten – auch kontinuierliche Elemente auszumachen sind und kontextualisiert Mahlers ideologische Entwicklung mit dem Umgang mit den nationalsozialistischen Verbrechen nach 1945.

### Über den Autor / About the Author

Michael Fischer, geboren am 22. Juni 1982 in Dachau bei München, studierte von 2004 bis 2009 Neuere und Neueste Geschichte / Multimedia am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und ist heute beruflich im Bibliothekswesen tätig.

ISSN 1867-5018

ISBN 978-3-7315-0388-0

